WILLIAM Z. FOSTER

Geschichte der Kommunistischen Partei der Vereinigten Staaten

WILLIAM Z. FOSTER
GESCHICHTE DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DER VEREINIGTEN STAATEN

DIETZ VERLAG BERLIN 1956

[5:]

Der Autor möchte all denen danken, die ihm bei den Vorarbeiten zu dieser Geschichte der Kommunistischen Partei geholfen haben. Ihre umfassende Mitarbeit bestand in ausgedehnten Untersuchungen auf vielen Gebieten, in der Abfassung von Spezialstudien der verschiedensten Art sowie im Lesen und Korrigieren des Manuskripts und der Abzüge. Besonders wertvoll waren für mich die zahlreichen gründlichen Kritiken und konstruktiven Vorschläge dieser Mitarbeiter, ohne die dies Buch nicht hätte geschrieben werden können.

William Z. Foster

[7:]

1
ERSTE KLASSENKÄMPFE IN AMERIKA (1793-1848)

Die Geschichte der Kommunistischen Partei der Vereinigten Staaten ist die Geschichte der Vorhut der amerikanischen Arbeiterklasse. Sie schildert und analysiert den Ursprung, das Wachstum und die Entwicklung einer politischen Partei der Arbeiterklasse von neuem Typus, die durch die Epoche des Imperialismus – des letzten Stadiums des Kapitalismus – und durch das Aufkommen einer neuen Gesellschaftsordnung – des Sozialismus – ins Leben gerufen wurde. Sie ist die Chronik einer Partei, die in den mehr als drei Jahrzehnten ihres Bestehens unerschütterlich für die Interessen der amerikanischen Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten gekämpft hat, der Neger, der werktätigen Farmer und der städtischen Mittelschichten, die die große Mehrheit des amerikanischen Volkes bilden. Sie -ist die Lebensgeschichte einer Partei, die dazu berufen ist, die amerikanische Arbeiterklasse und ihre Verbündeten zum Siege über die monopolhörigen Kriegstreiber und Faschisten, zu einer Volksdemokratie und zum Sozialismus zu führen.

Die Geschichte der Kommunistischen Partei der Vereinigten Staaten ist auch die hundertjährige Geschichte des Marxismus in den Vereinigten Staaten. Die KPdUSA ist die Erbin und Nachfolgerin der vielen amerikanischen marxistischen Parteien und Organisationen, die ihr in dieser langen Zeitspanne vorausgegangen sind. Sie vereinigt in sich die Lehren des politischen Kampfes von Generationen der Arbeiterklasse, der weltweiten Erfahrungen der Ersten, der Zweiten und der Dritten Internationale, der Werke der großen sozialistischen Lehrmeister Marx, Engels, Lenin und Stalin und die Lehren der [8:] großen Revolutionen in Rußland, China, Mittel- und Osteuropa. Indem sie alles Gesunde und Schöpferische in den Werken Franklins, Jeffersons, Douglass', Lincolns, Morgans, Edisons, Twains, Dreisers und vieler anderer amerikanischer Denker, Schriftsteller und Künstler in sich begreift und weiterführt, ist sie auch die Fortsetzung und der Gipfelpunkt der amerikanischen wissenschaftlichen, demokratischen und künstlerischen Kultur.

Die Parteigeschichte ist die Chronik des Klassenkampfes in Amerika, dessen entscheidender Bestandteil sie ist. Sie ist im ganzen die Geschichte des Wachstums der Arbeiterklasse, der Abschaffung der Sklaverei und der Befreiung der Neger, des Aufbaus der Gewerkschafts- und der Farmerbewegung, der zahllosen Streiks und politischen Kämpfe der werktätigen Massen, des erstarkenden politischen Bündnisses der Arbeiter, Neger, Farmer und Angehörigen der Intelligenz. In der Partei kristallisiert sich das Wertvollste von all diesen reichen demokratischen und revolutionären Traditionen des Volkes; in ihr verkörpert sich das Streben der Werktätigen nach Freiheit und einem besseren Leben.

Die Geschichte der Kommunistischen Partei ist notwendigerweise in großen Umrissen auch die Geschichte des amerikanischen Kapitalismus. Sie schildert und analysiert die revolutionäre Befreiung von der britischen Herrschaft und die Gründung der Republik, die Ausdehnung der Landesgrenzen, die Entwicklung der Industrie und der Landwirtschaft, den militärischen Sturz der Sklavenhalterherrschaft des Südens, die periodischen Wirtschaftskrisen, die' rücksichtslose Ausbeutung der Arbeiter, die krassen Gegensätze zwischen Reichtum und Armut, das Wachstum der Monopole und die Entwicklung des Imperialismus, die brutale Ausplünderung der Kolonialvölker, die großen Weltkriege, die Bestialitäten des Faschismus, den Anspruch des amerikanischen Imperialismus auf die Weltherrschaft, den Kampf des Volkes um den Weltfrieden, die allgemeine Krise des Kapitalismus und die Entwicklung des Klassenkampfes in der Welt unter sich immer mehr durchsetzender marxistisch-leninistischer Führung zum Sozialismus.

[9:]

Die Jeffersonsche Demokratie

Mit der amerikanischen Revolution von 1776, die Lenin einen der „großen, wirklichen Befreiungskriege, wirklich revolutionären Kriege“[1] nannte, begann die Geschichte der heutigen kapitalistischen Vereinigten Staaten. Sie wurde ausgefochten von einer Koalition von Kaufleuten, Plantagenbesitzern, kleinen Farmern, weißen und schwarzen Werktätigen. Ihre Führung lag in der Hauptsache beim Handelskapital, während die demokratischen Massen die entscheidenden Schlachten schlugen. Durch die Schaffung der nationalen Unabhängigkeit Amerikas zerriß die Revolution die Fesseln, die England den Produktivkräften seiner Kolonie angelegt hatte. Sie befreite den nationalen Markt und öffnete die Bahn für ein schnelles Wachstum von Handel und Industrie. Sie zerschlug wenigstens teilweise das feudalistische System des Grundbesitzes, und sie brachte den kleinen Farmern und auch den Arbeitern, die zumeist Handwerker waren, begrenzte politische Rechte, beseitigte aber nicht die Sklaverei, unter der die Neger als bewegliche Habe galten. Für die kriegerischen Indianerstämme jedoch bedeutete die Revolution, daß nun ein noch heftigeres Bestreben einsetzte, ihnen ihr Land abzunehmen und sie auszurotten.

Die Revolution hatte auch weitreichende internationale Wirkungen. Sie war mit ein Anstoß, daß das französische Volk sich seiner feudalen Tyrannen entledigte. Sie trieb die Völker Lateinamerikas an, sich vom spanischen und portugiesischen Joch zu befreien, und überall in der Welt, wo die Bourgeoisie, unterstützt von den demokratischen Massen, gegen den Feudalismus kämpfte, wirkte sie als treibende Kraft. Bedeutsam für den Erfolg der Revolution war die Unterstützung der aufständischen Kolonien durch Frankreich, Spanien und Holland sowie durch die revolutionären Kämpfe, die sich damals in Irland und England abspielten.

Die Revolution stand im Zeichen der weitreichenden Verallgemeinerungen der von Thomas Jefferson verfaßten Unabhängigkeitserklärung, ‚die nationale Unabhängigkeit und Freiheit [10:] für alle Menschen forderte. Sie verkündete das Recht der Revolution und das Primat des Weltlichen vor dem Religiösen in der Regierung. Aber diese Grundsätze bedeuteten für die verschiedenen Klassen, die die Revolution durchführten, sehr verschiedene Dinge. Für die Kaufleute bedeuteten sie den Aufstieg zur herrschenden Macht und die unbeschränkte Gelegenheit, die übrige Bevölkerung auszubeuten. Für die Plantagenbesitzer bedeuteten sie die Beibehaltung und Ausdehnung ihres Sklavereisystems. Für die Farmer bedeuteten sie freien Zugang zu den ausgedehnten Staatsländereien. Den Arbeitern versprachen sie allgemeines Wahlrecht, mehr demokratische Freiheiten und einen größeren Anteil am Reichtum des neuen Landes. Den unterdrückten Negern brachten sie neue Hoffnung auf Befreiung von dem Elend und den Leiden der Sklaverei.

Die Verfassung, wie sie im Jahre 1787 ursprünglich formuliert und gegen eine starke Opposition angenommen wurde, bestand in erster Linie aus den Grundsätzen und Beziehungen, mit denen die herrschende Klasse sich einverstanden erklärt hatte, um die von ihr kontrollierte Gesellschaft in der Hand zu behalten.

Die Bill of Rights mit den ersten zehn Zusatzartikeln über Rede-, Presse- und Versammlungsfreiheit, Religionsfreiheit, Geschworenengerichte und andere demokratische Freiheiten für das Volk wurde im Jahre 1791 unter dem starken Druck der Massen in die Verfassung aufgenommen.[2]

So groß die Errungenschaften der Revolution auch waren, ließ sie doch viele bürgerlich-demokratische Aufgaben ungelöst. Diese ungelösten Aufgaben bildeten ein ernstliches Hindernis für die volle Entwicklung der Nation. Der Kampf um die fortschrittliche Lösung dieser Fragen bildete für die nächsten fünfundsiebzig Jahre den Hauptinhalt der Geschichte der Vereinigten Staaten. Zu den wichtigeren dieser Aufgaben gehörten die Abschaffung der Sklaverei, die Besiedlung der ausgedehnten Ländereien im Westen sowie die Festigung und Erweiterung der demokratischen Rechte des Volkes.

---

1 W. I. Lenin, „Brief. an die amerikanischen Arbeiter“; Über den Kampf um den Frieden, Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 200. [LW 28, S. 48]

2 Siehe Herbert M. Morais, „The Struggle for American Freedom“, New York 1944, S. 254-257.

In den ersten Jahrzehnten nach der Revolution konzentrierte sich der Kampf der [11:] werktätigen Massen in der Hauptsache darauf, die in der Revolution gewonnenen demokratischen Rechte gegen eine erbitterte reaktionäre Opposition zu bewahren und zu erweitern.

Mit Hilfe einer umfassenden politischen Koalition dieser demokratischen Kräfte, wie sie sich nach der Revolution herausgebildet hatte, wurde Jefferson im Jahre 1800 Präsident. Jefferson war auf Grund eines Programms an die Macht gekommen, das der Clique der Privilegierten die Regierung entwinden sollte, und bemühte sich, eine Demokratie zu schaffen, die sich vor allem auf die kleinen Farmer stützte, aber unter Ausschluß der Neger. Daraus haben viele den irrigen Schluß gezogen, seine Politik habe die industrielle Entwicklung Amerikas gehemmt. In Wirklichkeit jedoch wurde das Wachstum der amerikanischen Wirtschaft durch die Abschaffung der Sklaverei im Norden, die Erschließung der Staatsländereien, den Kampf gegen das britische Dumping in Amerika und die Ausdehnung des Wahlrechts für das Volk – alles in der Amtsperiode Jeffersons – wesentlich gefördert.

Die außerordentliche Schnelligkeit des wirtschaftlichen Fortschritts der Vereinigten Staaten in den auf die siegreiche Revolution folgenden Jahrzehnten ist dem Zusammenwirken mehrerer günstiger Faktoren zuzuschreiben. Hierher gehören die unermeßlichen Naturreichtümer, die verhältnismäßig geringen Überreste des Feudalismus in Wirtschaft und Politik, der Mangel an Arbeitskräften, der ständige Zustrom von Einwanderern und die riesige Ausdehnung des einheitlich regierten Territoriums. Ein anderer sehr wesentlicher Faktor waren die ungeheuren Strecken neuen Landes, die der kapitalistischen Entwicklung harrten und deren Erschließung jahrzehntelang eine entscheidende Rolle bei dem wirtschaftlichen und politischen Wachstum des Landes spielte. Sie zogen sehr viel Kapital an, beeinflußten weitgehend die Ideologie der Arbeiter und auch das Fortschreiten und die Formen der Arbeiterbewegung und waren ein Hauptdifferenzpunkt zwischen den rivalisierenden und streitbaren Klassen der Industriellen und der Plantagenbesitzer. Lenin, der die amerikanische Landwirtschaft eingehend studiert hat, spricht von jener „Eigentümlichkeit der Vereinigten Staaten, die in dem Vorhandensein noch nicht in Besitz ge-[12:]nommener, freier Ländereien besteht“ und die „die außerordentlich breite und rasche Entwicklung des Kapitalismus in Amerika“[3] erklärt.

Die Anfänge der Gewerkschaftsbewegung

Der Schnelligkeit des industriellen Wachstums der Vereinigten Staaten entsprach das Wachstum der Arbeiterklasse. In der Zeit vor der Revolution bildeten den Kern der Klasse der freien Arbeiter die gelernten Handwerker – Schiffsbauer, Bauarbeiter, Schneider, Schuhmacher, Bäcker usw. –, denen noch viel aus dem europäischen Zunftwesen mit seinen Beziehungen zwischen Meistern und Gesellen anhaftete. Die Verlagerung des Schwerpunkts der Produktion aus dem Heim in die Fabrik jedoch und die Entwicklung des Fabriksystems, besonders nach dem Kriege von 1812, führten zu entscheidenden Veränderungen in der Struktur und in der Lage der amerikanischen Arbeiterklasse. Die Entwicklung des nationalen Marktes ermöglichte es den aufstrebenden Kapitalisten mit ihren ständig wachsenden Fabriken und großen Belegschaften, die Handwerksmeister bald durch einige wenige Arbeiter an den Maschinen zu ersetzen. Die neuen Kapitalisten gingen zu rücksichtslosester Ausbeutung der Arbeiter über, unter denen sich zahlreiche Frauen und Kinder befanden, und ersetzten die Facharbeiter durch Maschinen.

Die Lebensverhältnisse der Arbeiter waren damals entsetzlich. Die Arbeitszeit dauerte von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang, dreizehn bis sechzehn Stunden täglich. Die Löhne betrugen häufig nicht mehr als einen Dollar täglich für Männer und weit weniger für Frauen und Kinder. In den Fabriken wurden die Arbeiter von den Aufsehern in der übelsten Weise tyrannisiert. Die hygienischen Verhältnisse waren katastrophal, und einen Arbeitsschutz gab es überhaupt nicht. Auch den Schrecken der Arbeitslosigkeit, der Unfälle, der Krankheit und des Alters waren die Arbeiter schutzlos preisgegeben. Wenn sie [13:] in Schulden gerieten, wurden sie ins Schuldgefängnis geworfen: Noch im Jahre 1833 saßen 75.000 Arbeiter in diesen abscheulichen Kerkern. Irische Einwanderer und freie

---

[3] W. I. Lenin, „Neue Daten über die Entwicklungsgesetze des Kapitalismus in der Landwirtschaft“; Werke, 4. Ausgabe, Bd. 22, S. 74/75, russ. [LW 22, S. 84]

Negerarbeiter wurden beim Bau von Straßen und Kanälen eingesetzt und starben in den Sümpfen wie die Fliegen.

Die Arbeiter standen vor der Alternative, nach Westen zu wandern und die damit verbundenen harten Entbehrungen auf sich zu nehmen oder sich zur Wehr zu setzen. Da bei weitem die meisten die für die Westwanderung und die Ansiedlung erforderlichen Mittel nicht aufbringen konnten, blieben sie und nahmen den Kampf gegen ihre Ausbeuter auf. Anfangs hatten ihre Kämpfe meist die Form unorganisierter, spontaner Streiks. Bald aber lernten sie, besonders die Facharbeiter, daß sie, um sich wirksam zur Wehr zu setzen, organisiert sein mußten. Die Gewerkschaftsbewegung begann Gestalt anzunehmen, und die Streiks wurden häufiger. Aber die Unternehmer schlugen heimtückisch zurück, indem sie sich auf das alte englische Gewohnheitsrecht stützten, das alle „Zusammenschlüsse" (Organisationen) zur Verbesserung der Löhne und sonstigen Arbeitsbedingungen als „Verschwörungen" brandmarkte.

Schon vor der Wirtschaftskrise von 1819 gab es zahlreiche Gewerkschaften in den verschiedensten Wirtschaftszweigen und Städten. Während der industriellen Depression brachen diese ersten Gewerkschaften zusammen. Kaum aber hatte die Wirtschaftslage sich wieder zu bessern begonnen, so machten sich die Arbeiter mit noch größerer Energie und klarerer Einsicht wieder an den Aufbau ihrer Gewerkschaften. Das nächste Jahrzehnt sah sehr bedeutsame Streiks der wiedererstandenen Arbeiterbewegung.

In dieser Frühzeit begannen die Gewerkschaften auf viele neue Berufszweige überzugreifen und sich zu Bünden zusammenzuschließen, die ganze Städte umfaßten. Im Jahre 1836 gab es solche Gewerkschaftszentren schon in dreizehn größeren Küstenstädten. Auch die ungelernten Arbeiter wurden mehr und mehr in die Bewegung hineingezogen. Einen Höhepunkt erreichte die aufsteigende Arbeiterbewegung in der Periode von 1833 bis 1837, in der 173 Streiks verzeichnet wurden, hauptsächlich um höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit. In diesen Jahren, im [14:] März 1834, wurde die National Trades Union gegründet. Es war der erste Versuch der Arbeiter, sich in einer umfassenden Organisation zusammenzuschließen. Sie bestand drei Jahre.[4]

Die Krise von 1837 fegte die meisten Gewerkschaften abermals hinweg, aber die großen Kämpfe der zwanziger und dreißiger Jahre hatten bleibende Ergebnisse gezeitigt. Zu den Vorteilen des Zehnstundentags kam die Abschaffung der Schuldhaft, die Annahme eines Pfändungsschutzgesetzes für Arbeiter, die Einführung des allgemeinen Schulunterrichts im Norden und die praktische Abschaffung des Vermögenszensus für das Wahlrecht, vorerst nur für die weiße Bevölkerung im Norden.

Die ersten Schritte der Arbeiterklasse zum selbständigen politischen Handeln

Die Arbeiter im jungen Amerika, unterdrückt durch rücksichtslose Ausbeuter, hatten den Wert von Gewerkschaften rasch erfaßt, und die fortgeschrittensten unter ihnen erkannten auch früh die Notwendigkeit politischen Handelns im Sinne ihrer Klasse. Sie begriffen, daß es nicht genügte, das Wahlrecht zu besitzen; sie mußten sich organisieren, um wirksamen Gebrauch davon zu machen.

Bürgerliche Historiker haben die Theorie entwickelt, die amerikanischen Arbeiter seien in der Vergangenheit abwechselnd auf wirtschaftlichem und auf politischem Gebiet aktiv gewesen, in dem Maße wie sie den Glauben an die eine Form der Aktivität verloren und sich der anderen zugewandt hätten. Die Tatsachen beweisen jedoch, wie aus diesen ersten amerikanischen Erfahrungen hervorgeht, daß der gleiche Aufschwung der Arbeiterklasse, der zu großen wirtschaftlichen Kämpfen führte, auch in den verschiedensten Formen politischer Aktivität seinen Ausdruck fand, so entstand in Philadelphia, wo die erste Gewerkschaft als zentrale Organisation der Arbeiterklasse gegründet und der erste Generalstreik ausgerufen wurde, auch die erste Arbeiterpartei in den Vereinigten Staaten.

[15:] In dem Aufruf der Gewerkschaften von Philadelphia zur Gründung einer politischen Partei im Jahre 1828 hieß es: „Die Handwerker und Arbeiter der Stadt und des Bezirks Philadelphia sind

---

4 Siehe Philip S. Foner, „History of the Labor Movement in the United States", New York 1947, S. 97-120.

entschlossen, die Wahrnehmung ihrer Klasseninteressen in ihre eigenen Hände zu nehmen."[5] Ein Jahr später bildete sich die New York Workingmen's Party, und in der Zeit von 1828 bis 1834 wurden etwa 61 lokale Arbeiterparteien mit 50 Arbeiterzeitungen gegründet. Diese lokalen Parteien errangen trotz wütender Angriffe der Unternehmer viele Erfolge, wie den Zehnstundentag bei öffentlichen Arbeiten, den unentgeltlichen Unterricht an allgemeinen Schulen und Einschränkungen der Frauen- und Kinderarbeit. Die Arbeiter verbanden diesen politischen Kampf mit den wirtschaftlichen Kampfaktionen der Gewerkschaften. Nach wenigen Jahren jedoch waren diese lokalen Parteien verschwunden.[6]

Obwohl sich diese lokalen Arbeiterparteien nicht zu einer ständigen Landesorganisation entwickelten, bereiteten sie doch den Boden für die nächste Phase politischer Kämpfe im Landesmaßstab, die Union der Farmer und Arbeiter, die sich in den dreißiger Jahren um Andrew Jackson bildete. Die Arbeiterklasse, obwohl noch schwach, war besonders geneigt, den Grenzer-Präsidenten Jackson wegen seiner heftigen Angriffe gegen das Lieblingsprojekt der aufstrebenden Kapitalisten jener Zeit, die United States Bank, zu unterstützen. Mit dieser Bewegung zur Unterstützung Jacksons begann die organisierte Unterstützung bürgerlicher politischer Parteien durch die Arbeiterschaft, eine Politik, die in späteren Jahrzehnten entscheidende Bedeutung gewinnen sollte.

Daß die ersten Arbeiterparteien so bald wieder verschwanden, hatte verschiedene Gründe. Die lokalen Parteien wurden von inneren Zwistigkeiten zerrissen, die von außenstehenden Politikern in dem Bestreben geschürt wurden, sie entweder zu den bürgerlichen Parteien zurückzuführen oder andernfalls zu liquidieren. Es schwächte sie auch jener politische Wirrwarr, den utopistische Reformer mit ihren mannigfachen Rezepten [16:] und Universalmitteln hervorriefen. Außerdem waren sie den heftigsten Angriffen seitens der Reaktionäre aus moralischen und religiösen Gründen ausgesetzt. Überdies entnahmen die größeren bürgerlichen Parteien vieles aus ihren Programmen, hauptsächlich zu demagogischen Zwecken. All diesen Schwächen jedoch lag der entscheidende Umstand zugrunde, daß das fortbestehende Grenzertum die Illusionen und Vorurteile aus der Zeit Jeffersons am Leben erhielt, die die Herausbildung einer festgefügten Arbeiterklasse und die Bildung einer unabhängigen politischen Klassenbewegung verhinderten.

Die Ideologie der Arbeiterbewegung in ihrer Frühzeit

Die amerikanische Arbeiterbewegung trat in das Zeitalter der Industrie mit einer Ideologie im Geiste Jeffersons, die der agrarischen und kolonialen Vergangenheit entstammte. Die Masse der Arbeiter, die an den Kämpfen der noch unreifen Arbeiterklasse in den zwanziger und dreißiger Jahren teilnahm, konnte die Frage des Sturzes der bestehenden Gesellschaftsordnung nicht aufwerfen und warf sie auch nicht auf. Statt dessen konzentrierte sich ihr Kampf auf die Realisierung der Versprechungen von 1776, wie sie in der Unabhängigkeitserklärung formuliert waren. Die Arbeiter hielten zäh an der Idee einer die Interessen des ganzen Volkes vertretenden Regierung fest. Die Lösung ihrer Probleme sahen sie nicht in einer Veränderung, sondern in der Verbesserung und Demokratisierung der bestehenden Ordnung.

Die Arbeiter hielten sich vorwiegend an Jeffersons Theorie der Demokratie. Es handelte sich dabei im wesentlichen um die Anpassung der Naturrechts- und Gleichheitsideen John Lockes an die amerikanischen Verhältnisse. Diese von der revolutionären Bourgeoisie in ihrem Kampf gegen den Feudalismus aufgegriffenen Ideen waren die herrschende Ideologie der Revolution geworden und wurden als solche von den Arbeitern übernommen. Der starke Einfluß der Unabhängigkeitserklärung auf das Denken „der Arbeiterklasse zeigte sich in den Jahrzehnten vor dem Bürgerkrieg darin, daß sich ihre Sprache und Form [17:] in vielen Satzungen und Erklärungen der Gewerkschaften wiederholte.

Aber die scharfe kapitalistische Ausbeutung verlieh dem Denken und Wollen der Arbeiterklasse bald einen anderen Klasseninhalt. Die Gleichheitsforderung der Arbeiter beschränkte sich nicht länger auf die formale Gleichheit an der Wahlurne; sie richtete sich auch gegen die wirtschaftliche Ungleichheit

---

5 "Mechanics' Free Press", Philadelphia, 16. August 1828; zitiert ebenda, S. 127.

6 Siehe ebenda, S. 121-142.

und Ausbeutung. In den Kreisen der Proletarier wurden Angriffe gegen das kapitalistische System formuliert, die zwar noch nicht gründlich durchdacht, aber eindringlich genug waren.

„Wir dürfen wohl behaupten", hieß es in der „Mechanics' Free Press" (Philadelphia), „daß alle, die hart arbeiten, ein natürliches und unabdingbares Recht darauf haben, die Früchte ihres Fleißes zu ernten, und daß diejenigen, welche arbeiten, ... die Schöpfer allen Komforts, aller Bequemlichkeit und allen Luxus sind."[7] Die Workingmen's Political Association of Penn

Township, Pennsylvania, erklärte: „Es gibt offenbar zwei verschiedene Klassen, Reiche und Arme, Unterdrücker und Unterdrückte, solche, die von ihrer Hände Arbeit leben, und solche, die von der Arbeit anderer leben."[8] Die in New York erscheinende Zeitung „The Working Man's Advocate" forderte eine Revolution, die von der für die Nöte der Arbeiter verantwortlichen Regierung keine Spur übriglassen sollte.[9] Thomas Skidmore, einer der damals bekanntesten Radikalen, schlug eine genossenschaftlich organisierte Gesellschaft vor, die „alle Menschen ohne Ausnahme zwingen soll, für die gleiche Menge an Genuß ebensoviel zu arbeiten, wie andere arbeiten müssen, andernfalls ihnen jegliches Genießen genommen werden soll"[10]. Auch die Bodenreformtheorie von George Henry Evans bewegte sich in dieser Richtung. Viele Dichter und Schriftsteller – Thoreau, Whittier, Emerson und andere – äußerten ähnliche radikale Ideen.

[18:] Diese antikapitalistischen Äußerungen deuteten darauf hin, daß die Massen nach einem Programm zur Befreiung der Arbeiterklasse tasteten. Aber es fehlte ihnen ein wissenschaftliches Fundament und ein fester Bestand an zweckdienlichen Grundsätzen. Es war die historische Mission des Marxismus, diesen ersten theoretischen Revolten der Proletarier die erforderliche Klarheit und Zielsetzung zu geben und sie auf das Niveau des wissenschaftlichen Sozialismus zu heben.

Der utopische Sozialismus

Die Krise von 1837 und die folgende zwölfjährige Depression übten auf das Denken der Arbeiterklasse und der fortschrittlichen Intelligenz einen tiefen Einfluß aus. Auf der Suche nach einem Ausweg aus der bitteren Not, die sie gefangen hielt, gingen viele über die Grenzen des eigentlichen Kapitalismus hinaus. Der gesunkene Lebensstandard der Arbeiter, die Leiden der Arbeitslosen und die allgemeine Lähmung der Wirtschaft führten sie zu dem Schluß, daß eine neue Gesellschaftsordnung notwendig sei, die der Ausbeutung und Unterdrückung der vielen durch die wenigen ein Ende machen sollte. In Ermangelung einer wissenschaftlichen Analyse der Gesetze der kapitalistischen Gesellschaft blieb ihnen jedoch nichts anderes übrig, als allerlei geistreich konstruierte Pläne für neue Gesellschaftsordnungen zu ersinnen oder zu unterstützen. Damit begann eine Zeit utopischer Experimente.

Zwar wurden solche utopische Pläne hauptsächlich in Europa geboren, breiteten sich aber in den Vereinigten Staaten weithin aus. Mindestens 200 solcher Projekte wurden innerhalb weniger Jahre in Angriff genommen. Der Boden Amerikas verlockte ganz besonders dazu. Land war reichlich und billig zu haben, nur noch wenige feudal-politische Beschränkungen lasteten auf dem Volk, und die Massen, in denen die Erfahrungen der großen Revolution noch lebendig waren, neigten stark zu sozialen Veränderungen und Experimenten.

In der Tat hatte Amerika schon lange vorher nennenswerte Erfahrungen mit genossenschaftlichen Systemen gemacht. Die [19:] Indianerstämme waren auf der ganzen westlichen Halbkugel auf der Basis einer primitiven Gemeinwirtschaft organisiert gewesen.[11] Auch in den Kolonien in Virginia und Massachusetts war in der ersten kritischen Zeit eine Art gemeinsamer Verteilung des gemeinsam Produzierten üblich gewesen.[12] Von 1776 an faßten zahlreiche europäische Sekten, die auf der Basis

---

7 "Mechanics' Free Press", 25. Oktober 1828.

8 "Mechanics' Free Press", 5. Juni 1830, zitiert bei John R. Commons u. a., "History of Labor in the United States", Bd. 1, New York 1918, S. 193.

9 Siehe "The Working Man's Advocate", 31. Oktober 1829, zitiert ebenda, S. 238.

10 Thomas Skidmore, "The Rights of Man to Property", New York 1829, S. 6.

11 Siehe Lewis H. Morgan, „Die Urgesellschaft", Stuttgart 1891.

12 Siehe Richard T. Ely, "The Labor Movement in America", Boston 1886, S. 7-8.

einer primitiven Gemeinwirtschaft lebten, in den Vereinigten Staaten Fuß und gewannen weite Verbreitung, wie zum Beispiel die Schüttler, die Rappisten, die Zoariten, die Ebenezer, die Betheliten, die Perfektionisten und andere. Aber die drei wichtigsten utopischen Systeme in der Zeit vor dem Bürgerkrieg waren die des Schotten Robert Owen und der beiden Franzosen Charles Fourier und Etienne Cabet.[13]

Owen, ein philanthropischer Industrieller, plante die Gründung einer Gesellschaft, in der die Produktionsmittel allen Arbeitern gehören sollten und es keine Ausbeutung geben sollte; er kam 1824 in die Vereinigten Staaten und gründete in New Harmony (Indiana) und auch an einigen anderen Orten Genossenschaftskolonien. Zunächst hatten diese Unternehmungen starke Anziehungskraft, doch gingen sie bis 1828 alle zugrunde. Owen wurde aufgefordert, vor dem Kongreß zu sprechen. 1845 berief er einen internationalen Sozialistenkongreß nach New York ein, doch kam sehr wenig dabei heraus.

Die Utopisten um Fourier erregten noch mehr Aufsehen als die Anhänger Owens. Zum Unterschied von Owen, der das private Eigentumsrecht abschaffte, behielt Fourier den persönlichen Besitz bei. Ebenfalls im Gegensatz zu Owen betrachtete Fourier die Industrie als ein absolutes Übel und stützte sich auf eine agrarische, handwerkliche Wirtschaft. Mit Hilfe so prominenter Persönlichkeiten wie Albert Brisbane, Horace Greeley, James Russell Lowell, Nathaniel Hawthorne, Margaret Fuller und Henry Thoreau gründeten die Anhänger Fouriers in den vierziger Jahren etwa vierzig „Phalanstere“ oder [20:] Kolonien. Die berühmteste war Brook Farm in der Nähe von Boston. Um 1850 jedoch war die Bewegung praktisch erloschen.

Die Anhänger Cabets, auch Ikarier genannt, gründeten ihre erste Ackerbaukolonie 1848 in Texas. Mehrere andere entstanden in Missouri und Iowa. Einige dieser genossenschaftlichen Experimente fristeten ihr Dasein in mehr oder weniger verkümmerter Form bis in die neunziger Jahre.

Etwa zu der gleichen Zeit unternahm Wilhelm Weitling, ein eingewanderter deutscher Arbeiter, freilich nur mit geringem Erfolg, das utopische Experiment einer Gewerbetauschbank, von der die Arbeiter Zertifikate zum vollen Werte ihres Arbeitsprodukts erhalten sollten. Weitlings Idee war, daß dies System allmählich die kapitalistische Produktion ersetzen sollte, es ging aber bald den Weg aller solcher Unternehmungen.

In den vierziger und fünfziger Jahren entwickelte sich auch eine starke Bewegung für Produzenten- und Konsumentengenossenschaften, die die zahlreichen Utopisten als soziales Allheilmittel förderten. Auch viele der zahlreichen Bodenreformer jener Zeit trugen sich mit großartigen Plänen zu grundlegenden gesellschaftlichen Umgestaltungen weitgehend utopischen Charakters. Noch in den neunziger Jahren waren Spuren dieses Agrarutopismus festzustellen, wie zum Beispiel in den Siedlungsplänen von Debs (siehe Seite 121).

Die vielen utopistischen Kolonien und Bewegungen, die in der Periode vor dem Bürgerkrieg entstanden waren, starben schließlich aus, weil sie sich weder auf die Realität der materiellen Bedingungen noch auf ein Begreifen der Gesellschaft und der Gesetze ihres Wachstums und Niedergangs gründeten. Sie waren nach willkürlichen Plänen, die nichts als Wunschträume waren, konstruiert. Diese kleinen inselartigen Gebilde waren künstliche Schöpfungen und mußten in dem weiten kapitalistischen Meer untergehen, das sie nacheinander verschlang. Sie bewiesen, wie manches andere, daß es unmöglich ist, „die neue Gesellschaft in der Hülle der alten zu errichten“. Die ausgeprägteren utopischen Systeme übten, mit Ausnahme desjenigen Weitlings, niemals besondere Anziehungskraft auf die Arbeiter aus, die sich praktischeren Projekten zuwandten, wie den Gewerkschaften und der politischen Tätigkeit. Jene waren zumeist [21:] gegen die Sklaverei, hatten aber nur wenige Anhänger unter den Negern. Unterstützt wurden die verschiedenen Utopien hauptsächlich von weißen Farmern und Angehörigen der städtischen Mittelschichten.

Die großen europäischen Utopisten konnten mit ihren künstlich konstruierten Systemen und ihrer Ahnungslosigkeit hinsichtlich der führenden Rolle der Arbeiter kein Fundament zu einer dauerhaften

---

13 Siehe Charles Nordhoff, “The Communist Societies of the United States”, New York 1875.

sozialistischen Bewegung legen. Trotzdem leisteten sie den Arbeitern mit ihrer scharfen Verurteilung der kapitalistischen Ausbeutung sehr nützliche Dienste. Wie Marx und Engels festgestellt haben, waren eben sie die Vorläufer des wissenschaftlichen Sozialismus. Engels hat gesagt, daß „der deutsche theoretische Sozialismus nie vergessen wird, daß er auf den Schultern Saint-Simons, Fouriers und Owens steht, dreier Männer, die bei aller Phantasterei und bei allem Utopismus zu den bedeutendsten Köpfen aller Zeiten gehören und zahllose Dinge genial antizipierten, deren Richtigkeit wir jetzt wissenschaftlich nachweisen“.[14]

So viel kurz über den Verlauf des Klassenkampfs in Amerika vor dem Aufkommen des Marxismus. Die Arbeiter setzten sich gegen ihre Ausbeuter auf wirtschaftlichem, politischem und ideologischem Gebiet immer energischer zur Wehr, aber wegen der Jugend des Kapitalismus fehlte es der Arbeiterklasse in diesem Kampf noch an Klassenbewußtsein, an einer treibenden Kraft und einer klaren Zielsetzung, wie sie schließlich in der Kommunistischen Partei in Erscheinung treten sollte.

---

[14] Friedrich Engels, Vorbemerkung zur dritten Auflage des „Deutschen Bauernkriegs“; Marx/Engels/Lenin/Stalin, Zur deutschen Geschichte, Bd. II, 2. Halbbd., Dietz Verlag, Berlin 1954, S. 944. [MEW 7, S. 541 sowie MEW 18, S. 516]

2
PIONIERE DES MARXISMUS IN DEN VEREINIGTEN STAATEN
(1848-1860)

Die Grundlegung des wissenschaftlichen Sozialismus datiert von der Veröffentlichung des „Kommunistischen Manifests“ durch Karl Marx und Friedrich Engels im Jahre 1848.[1] Diese beiden großen Gelehrten erklärten als erste, daß der Sozialismus im Gegensatz zu den Ideen der Utopisten keine Erfindung von Träumern, sondern das unvermeidliche Ergebnis der modernen kapitalistischen Gesellschaft sei. Sie entdeckten die Entwicklungsgesetze des Kapitalismus und bewiesen, daß das Wachstum der kapitalistischen Gesellschaft mit ihren inneren Klassenkämpfen unvermeidlich zum Sturz des Kapitalismus, zum Siege der Arbeiterklasse, zur Diktatur des Proletariats und zum Sozialismus führen müsse. Sie lehrten, daß das Proletariat der Totengräber des Kapitalismus sei und daß sein Sieg die Menschheit von jeglicher Ausbeutung befreien werde.

Die Lehren des wissenschaftlichen Sozialismus kamen in dem Jahrzehnt vor dem Bürgerkrieg nach den Vereinigten Staaten, Die objektiven Bedingungen dafür waren herangereift. Die Industrie entwickelte sich schnell, und trotz des hemmenden Ein-[23:]flusses der Sklavenwirtschaft stand der amerikanische Kapitalismus unter den Industrienationen der Welt bereits an vierter Stelle. In diesem Jahrzehnt verdoppelte sich die Industrieproduktion, wuchs die Länge der Eisenbahnstrecken von 9000 auf 31.000 Meilen, erreichte die jährliche Kohlenförderung (50.000 Tonnen in den dreißiger Jahren) 14 Millionen im Jahre 1850, machte die Konzentration und Zentralisation des Kapitals riesige Fortschritte. Die Entdeckung von Gold in Kalifornien hatte der allgemeinen kapitalistischen Entwicklung einen mächtigen Antrieb gegeben. Auch die Arbeiterklasse war zahlenmäßig gewachsen, und die Beziehungen zwischen den Klassen wurden gespannter. Einwanderer, in der Mehrzahl gelernte Arbeiter und Landarbeiter, strömten doppelt so zahlreich wie im vorhergehenden Jahrzehnt ins Land, und schon war etwa ein Drittel der Bevölkerung für ihren Lebensunterhalt auf Fabrikarbeit angewiesen.

Der Marxismus faßte in den Vereinigten Staaten Fuß, nachdem die Arbeiterklasse bereits zwei schwere Wirtschaftskrisen erlebt hatte. Die Arbeiter waren von den Unternehmern lange rücksichtslos ausgebeutet worden, sie hatten zahlreiche Gewerkschaften und lokale Arbeiterparteien gegründet, zahllose erbitterte Streiks und politische Aktionen durchgeführt und in schweren Klassenkämpfen mancherlei wesentliche Konzessionen durchgesetzt. Wie wir gesehen haben, hatten die fähigeren Köpfe unter ihnen schon das kapitalistische System als solches anzugreifen und nach einem Ausweg aus seinen Übelständen zu suchen begonnen. Das Bekenntnis dieser fortgeschrittenen Schichten der Arbeiterklasse zum marxistischen Sozialismus war daher eine logische Folge der gesamten gesellschaftlichen Entwicklung in den Vereinigten Staaten seit dem Revolutionskrieg. Dies Bekenntnis zum Sozialismus wurde außerdem gefördert durch die damaligen revolutionären Ereignisse in Europa, den Chartismus in England und die revolutionären Kämpfe in Frankreich, Deutschland und Irland, mit denen die erwachende amerikanische Arbeiterklasse lebhaft und unverhohlen sympathisierte.

Das übliche Argument der Unternehmer, der marxistische Sozialismus sei, weil in Europa entstanden, den Vereinigten [24:] Staaten wesensfremd, ist ausgesprochen dumm. Dasselbe könnte man vom Alphabet, vom Einmaleins, vom Gravitationsgesetz und vielen anderen wissenschaftlichen Lehrsätzen und Entdeckungen behaupten, die ebenfalls nicht aus den Vereinigten Staaten stammen. „Der Marxismus ist den Vereinigten Staaten wegen der geschichtlich bedingten deutschen Herkunft seiner

---

[1] In dieser frühen Periode nannten sich die revolutionären Sozialisten Kommunisten. Sie taten dies, wie Marx erklärt hat, weil die Utopisten und Opportunisten die Bezeichnung Sozialist in Mißkredit gebracht hatten. In der Periode der Zweiten Internationale jedoch, von 1889 bis 1914, als die Opportunisten und die Revolutionäre der gleichen Organisation angehörten, wurden die Bezeichnungen Sozialist und Sozialdemokrat wieder allgemein üblich. Nach der russischen Revolution gaben die Bolschewiki aus den gleichen Gründen, die Marx ursprünglich dazu bewogen hatten, die Bezeichnung Kommunist zu wählen, den Namen Sozialdemokraten auf und bezeichneten sich wieder als Kommunisten. Der Ausdruck Kommunist ist auch wissenschaftlich genauer.

Begründer oder der russischen Herkunft Lenins und Stalins nicht wesensfremder, als es die amerikanische Unabhängigkeitserklärung wegen der englischen Herkunft John Lockes und der französischen Herkunft der Enzyklopädisten ist.“[2]

Deutsche marxistische Einwanderer

Der Marxismus, der sich auf die verallgemeinerten Erfahrungen der werktätigen Massen aller Länder stützt und auf europäischem Boden seine wissenschaftliche Form erhielt, wurde der amerikanischen Arbeiterklasse durch den Strom politischer Einwanderer, hauptsächlich deutscher Herkunft, übermittelt, die nach der Niederlage der europäischen Revolutionen von 1848 nach Amerika kamen. In den dreißiger Jahren trafen jährlich rund 2000 deutsche Einwanderer ein, nach 1848 aber stieg ihre Zahl in den fünfziger Jahren auf mehr als 200.000 jährlich. Zahlreich waren auch die irischen, italienischen und französischen Einwanderer (die letztgenannten besonders nach dem Deutsch-Französischen Kriege und der Niederlage der Kommune im Jahre 1871); aber die Deutschen spielten bei der Entwicklung des marxistischen Denkens in den Vereinigten Staaten in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bei weitem die entscheidende Rolle. Sie waren die frühesten Vorläufer der heutigen Kommunistischen Partei.

Die Deutschen lebten hauptsächlich in den großen Industriezentren wie New York, Chicago, Philadelphia, St. Louis, Milwaukee und Cincinnati. Viele gingen als Facharbeiter in die Industrie und begannen bald einen starken Einfluß auf die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung auszuüben. Die meisten von ihnen betrachteten sich zwar als Sozialisten und Revolu-[25:]tionäre, doch brachten sie die verschiedenartigsten politischen Vorstellungen mit, in denen sich die zahlreichen in Deutschland bestehenden ideologischen Meinungsverschiedenheiten widerspiegelten. Ihr Interesse galt vor allem dem Geschehen in der Heimat, aber im Anfang der vierziger Jahre wurden viele von ihnen schon in das politische Leben Amerikas hineingezogen.

Im Jahre 1845 gründete eine Gruppe von Deutschen die Social Reform Association im Rahmen der National Reform Association. Die hervorragendste Persönlichkeit in dieser Bewegung war Hermann Kriege, ein ehemaliges Mitglied des Bundes der Gerechten, der sich dann die Lehren des Arbeiterredakteurs und späteren Bodenreformers George Henry Evans zu eigen machte. Kriege war wahrscheinlich der erste radikale Vertreter des „amerikanischen Exzeptionalismus“. Im wesentlichen schuf er bereits die Vorstellung, daß das kapitalistische System in den Vereinigten Staaten sich grundlegend von dem in Europa unterscheide. Er entwickelte die Theorie, daß die amerikanischen Arbeiter es wegen der großen Masse freien Bodens nicht nötig hätten, dem revolutionären Kurs ihrer europäischen Brüder zu folgen. Er erklärte, wenn die 1,4 Milliarden Acres amerikanischen Bodens an die Armen verteilt würden, so werde „mit *einem* Schlage aller Armut in Amerika ein Ende gemacht ...“[3] Marx kritisierte Kriege heftig wegen seines Opportunismus und zerpflückte seine agrarischen Illusionen.

Eine andere wichtige Persönlichkeit unter den ersten deutschen Einwanderern war Wilhelm Weitling. Nach einem früheren Besuch kehrte er 1849 in die Vereinigten Staaten zurück. Weitling war einer der ersten revolutionären Führer, die aus den Reihen der Arbeiter kamen. Er nahm eine Stellung zwischen utopischem und wissenschaftlichem Sozialismus ein. Sein bereits erwähnter Plan einer „Gewerbetauschbank“ fand großen Anklang bei der Arbeiterschaft und stiftete im Lauf des nächsten Jahrzehnts mancherlei Verwirrung in der sich entwickelnden marxistischen Bewegung.

[26:]

Joseph Weydemeyer, ein Pionier des amerikanischen Sozialismus

Der in Deutschland geborene Joseph Weydemeyer, ein Artillerieoffizier, der an der Revolution von 1848 teilgenommen hatte, war unter den ersten Einwanderern in die Vereinigten Staaten der bestunterrichtete Marxist.[4] Mehr als alle anderen hat er zur Schaffung der Grundlagen des wissenschaftlichen

---

2 V. J. Jerome in “The Communist”, September 1939, S. 836.

3 Zitiert bei W. I. Lenin, Marx – Engels – Marxismus, Dietz Verlag, Berlin 1946, S. 108. [LW 8, S. 319]

4 Siehe Karl Obermann, “Joseph Weydemeyer: Pioneer of American Socialism”, New York 1947.

Sozialismus in der Neuen Welt beigetragen. Bei seiner Ankunft im Jahre 1851 ragte er als Führer unter den amerikanischen Marxisten hervor, zu denen damals Männer wie F. A. Sorge, Adolph Douai, August Willich, Robert Rosa, Fritz Jacobi und Siegfried Meyer gehörten, von denen die meisten in Deutschland Marx persönlich gekannt und mit ihm zusammengearbeitet hatten. Sorge war, wie Weydemeyer, ein vorzüglich unterrichteter Marxist. Marx und Engels unterhielten lange Zeit einen umfangreichen Briefwechsel mit ihm.[5]

Weydemeyer und seine Gesinnungsfreunde fanden die sozialistische Bewegung in den Vereinigten Staaten in Verwirrung. Weitlings Plan einer Gewerbetauschbank wirkte zersetzend, Kriege propagierte seine Bodenreformideen als Allheilmittel, Willich und Gottfried Kinkel wollten die Bewegung einfach zu einer Kampagne zur Förderung der Revolution in Deutschland machen, und daneben gab es die verschiedensten Gruppen von Utopisten und Anarchisten.

Von all diesen Gruppen hatte nur der im Jahre 1850 gegründete Deutsche Turnverein ein relativ durchdachtes Programm. Gestützt auf fortschrittliche sozialistische Ideen, lehnte er konspirative Gruppen ab und schlug statt dessen eine umfassende, in den Massen verwurzelte demokratische Bewegung vor. Diese Marxisten unterstützten zwar die Bodenreformbewegung und ähnliche Bestrebungen, wiesen aber gleichzeitig warnend darauf hin, daß sie nicht zum Sozialismus führten. Sie betonten nachdrücklich, daß die Befreiung der Arbeiterklasse nur im [27:] Kampf gegen die Kapitalistenklasse unter der Führung des Proletariats vollbracht werden könne.

Als enger Mitarbeiter von Marx und Engels und gründlicher Kenner der marxistischen Theorie war Weydemeyer hervorragend für die Aufgabe geeignet, in der Ideologie der aufsteigenden sozialistischen Bewegung in Amerika Klarheit zu schaffen. Er war ein außerordentlich befähigter und tatkräftiger Organisator. Drei Jahre hatte er in Deutschland illegal gearbeitet und dort dem wütenden preußischen Terror zum Trotz die Werke von Marx und Engels unermüdlich verbreitet. Ein begabter Polemiker, verteidigte Weydemeyer den Marxismus geschickt gegen viele Entstellungen. Er besaß die Fähigkeit, die Prinzipien des Marxismus auf die amerikanischen Verhältnisse anzuwenden. Er vermied die Irrtümer der Utopisten, der radikalen Bodenreformer und auch die der „Exzeptionalisten“, die die Ansicht vertraten, daß die Anwendung der amerikanischen bürgerlichen Demokratie auf die Bodenfrage die Probleme der Arbeiterklasse lösen würde. Marx betrachtete Weydemeyer als „einen unserer Besten“ und hatte seiner Auswanderung nach den Vereinigten Staaten nur zugestimmt, weil die Bedeutung Amerikas in der Arbeiterbewegung der Welt immer größer wurde.

Die Proletarian League

Die im Juni 1852 in New York gegründete Proletarian League war die erste wahrhaft marxistische Organisation auf amerikanischem Boden. Auf Initiative von Weydemeyer und Sorge wurde sie von siebzehn der fortgeschrittensten Marxisten in New York City gebildet. Die ständig zunehmenden Kämpfe und organisatorischen Bemühungen der Arbeiterschaft und die rasch anschwellende Streikbewegung in den Vereinigten Staaten gaben zusammen mit der Gründung des Deutschen Arbeitervereins in Europa durch Marx den unmittelbaren Anstoß zur Bildung der Proletarian League.

Bei der Gründung der Liga und der späteren Tätigkeit dieser Organisation stützten sich die Marxisten, damals Kommunisten [28:] genannt, auf das kurz zuvor veröffentlichte „Manifest der Kommunistischen Partei“. Dieses historische Dokument, das der sozialistischen Weltbewegung noch heute als Leitfaden dient, lieferte der jungen und noch sehr schwachen amerikanischen Bewegung ein klares und grundlegendes Programm. Marx und Engels, die das Geschehen in den Vereinigten Staaten stets sehr sorgfältig beobachteten, sorgten dafür, daß Weydemeyer und seine Mitarbeiter alsbald Exemplare des „Manifests“ erhielten.

Das „Manifest der Kommunistischen Partei“ sagt unter seinen vielen grundlegenden politischen Lehren, daß „die Emanzipation der Arbeiterklasse das Werk der Arbeiterklasse selbst sein muß“[6], daß

---

5 Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Ausgewählte Briefe, Dietz Verlag, Berlin 1953. [MEW 27, 28, 30]

6 Karl Marx und Friedrich Engels, Ausgewählte Schriften in zwei Bänden, Dietz Verlag, Berlin 1955, Bd. I, S. 21. [MEW 4, S. 581]

„[j]eder Klassenkampf... ein politischer Kampf“ ist[7], daß die Bildung einer politischen Partei des fortgeschrittensten Teils der Arbeiter entscheidend ist für den Erfolg der sozialistischen Bewegung, daß das Proletariat in seinen Kämpfen Bündnisse mit anderen fortschrittlichen Kräften in der Gesellschaft schließen muß, daß die Kommunisten keine von den Interessen des ganzen Proletariats getrennten Interessen haben, daß die Kommunisten für die unmittelbar vorliegenden Interessen wie für die Zukunft der Arbeiterklasse kämpfen müssen und daß der Sozialismus nur durch die Abschaffung des kapitalistischen Systems errichtet werden kann.

„Die Revolution“, die erste amerikanische marxistische Zeitschrift, gegründet 1852 und redigiert von Weydemeyer, popularisierte dies grundlegende Programm. In der ersten der beiden einzigen Ausgaben der Zeitschrift erschien, Jahre vor ihrer Veröffentlichung in Europa, Marx’ klassische historische Arbeit „Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte“. Im folgenden Jahr wurde diese erste marxistische Zeitschrift durch eine andere abgelöst, „Die Reform“, ebenfalls mit Weydemeyer als leitendem Kopf. Dieses Organ, zuletzt eine Tageszeitung, wurde das führende Arbeiterblatt in den Vereinigten Staaten.

Als konsequente Marxisten lebten die Mitglieder der Liga nicht in einem Elfenbeinturm. Sie konzentrierten sich zwar vor [29:] allem auf die theoretische Klärung, beteiligten sich aber zugleich, im Geiste des „Kommunistischen Manifests“, aktiv an den Kämpfen der Arbeiterklasse. Bei all dem spielte Sorge eine Rolle, die nur derjenigen Weydemeyers nachstand, und länger als eine Generation sollte er dann in den politischen Bewegungen der amerikanischen Arbeiterklasse eine feste Stütze sein.

Entsprechend ihrer allgemeinen Politik, den Kampf der Arbeiter zu unterstützen, erließen die Marxisten trotz ihrer zahlenmäßigen Schwäche im März 1853 über die Gewerkschaften der deutschsprechenden Arbeiter einen Aufruf zur Bildung einer umfassenden Einheitsgewerkschaft. Daraufhin versammelten sich über 800 Arbeiter in der Mechanics’ Hall in New York und gründeten die American Labor Union. Die Plattform dieser Organisation, die den Utopismus Weitlings und die „ultrarevolutionären Phantasien“ Willichs und Kinkels vermied, enthielt ein kurzes Sofortprogramm. Dieses erste marxistische Sofortprogramm in Amerika hatte die Schwäche, nicht präzise zu sein und auch das sehr wesentliche Problem der Sklaverei zu ignorieren. Die Organisation bestand fast ausschließlich aus deutschen Arbeitern. Es war eine Art Arbeiterpartei mit angeschlossenen Gewerkschaften und Stadtteilorganisationen. Sie bestand nur kurze Zeit.

Obwohl die American Labor Union den Hauptakzent auf gemeinsame politische Aktionen aller Arbeiter legte, bemühte sie sich auch um die Organisierung neuer Arbeiter in jedem Berufszweig. Ihr Programm forderte die sofortige Naturalisierung aller Einwanderer, die Annahme von Bundesarbeitsgesetzen, die Beseitigung drückender Steuern und die Beschränkung des Arbeitstages auf zehn Stunden. Sie unterstützte die zahlreichen Streiks der damaligen Zeit aktiv. Auf ihre Initiative gründeten Vertreter von 40 Gewerkschaften mit 2000 Mitgliedern die General Trade Union von New York City.

Der Einfluß dieser Bewegungen machte sich unter den englisch sprechenden Arbeitern in anderen Städten bemerkbar. Dank der Bemühungen der beiden führenden Marxisten Sam Briggs und Adolph Cluss wurde im April 1853 in Washington die Workingmen’s National Association gegründet. Die Organisation löste sich jedoch noch im gleichen Jahr auf. Die American [30:] Labor Union wurde im Jahre 1857 als General Workers’ League reorganisiert, bestand aber im Jahre 1860 ebenfalls nicht mehr.[8]

Der Kommunistenklub

Die schwere Wirtschaftskrise, die im Herbst 1857 über das Land hereinbrach, veränderte den Charakter der Kämpfe der Arbeiterschaft weitgehend. Sie traf zwar auch die einheimischen Arbeiter schwer und brachte sie in große Not, aber am schwersten hatten unter der Depression die neuen Einwanderer zu leiden. Die bedeutendsten Kämpfe dieser Zeit wurden von den Arbeitslosen ausgefochten und

---

7 Ebenda, S. 32. [Ebenda, S. 471]

8 Siehe Philip S. Foner, “History of the Labor Movement in the United States”, S. 232-233.

entwickelten sich zu Auseinandersetzungen von einem Ausmaß und einer Heftigkeit, wie sie noch nicht dagewesen waren.

In der vordersten Front dieser Kämpfe standen die Marxisten, die trotz ihrer zahlenmäßigen Schwäche den Arbeitern eine klare und kämpferische Führung geben konnten. Große Demonstrationen der Arbeitslosen fanden unter Führung der Kommunisten in New York, Philadelphia, Chicago, Newark und anderen Orten statt. Sie forderten Hilfe und klagten die herrschende Klasse und ihr System als die Schuldigen am Hunger der Massen inmitten von Überfluß an. Die Rolle der Marxisten war damals so hervorragend, daß alle bedeutenden Kämpfe der Zeit als „kommunistische Revolten" und Revolutionsversuche angeprangert wurden.

Um ihre Aktionen besser zu koordinieren, reorganisierten die Marxisten ihre Kräfte und gründeten am 25. Oktober 1858 in New York den Communist Club. Friedrich Kamm wurde zum Vorsitzenden und Fritz Jacobi zum Sekretär gewählt, der wirkliche Führer der Organisation aber war Sorge. In einer Resolution des Klubs wurden die Ziele der Kommunisten folgendermaßen formuliert: „Wir erkennen keinerlei Unterschied hinsichtlich der Nationalität oder Rasse, der Klasse oder des Standes, der Farbe oder des Geschlechts an; unser einziges Ziel ist Versöhnung aller menschlichen Interessen, Freiheit und [31:] Glück für die Menschheit und die Gründung einer einheitlichen Weltrepublik."[9]

Der New-Yorker Communist Club, der im ganzen Lande Ansehen genoß, trat in Verbindung mit ähnlichen, aber kleineren Gruppen, die in anderen großen Städten, vor allem in Chicago, Milwaukee und Cincinnati, entstanden. Mit den vielen führenden Marxisten, einschließlich Weydemeyers, die sich nach dem Mittelwesten begeben hatten, verlagerte sich auch das Zentrum der Bewegung bald nach Chicago, wo der Workers' Club sich zu der stärksten sozialistischen Organisation jener Zeit entwickelte.

Die Ereignisse im Ausland und die wachsende Bewegung für internationale Solidarität nahmen die Aufmerksamkeit der Marxisten in den Vereinigten Staaten stark in Anspruch. Die Bildung eines internationalen Komitees im Jahre 1856 in London, zum Gedächtnis der großen französischen Revolution, verstärkte noch diese Tendenzen. So entstand ein Amerikanisches Zentralkomitee der Internationalen Assoziation, das in vielen Städten Verbindungen unterhielt. Eines seiner ersten und erfolgreichsten Unternehmen war eine Massenkundgebung zum Gedächtnis der historischen Junitage der Revolution von 1848 in Frankreich. Ein anderes Ereignis, im April 1858, war ein großer Fackelzug zu Ehren Felice Orsinis, des italienischen Patrioten, der ein Attentat auf Napoleon III. begangen hatte. Alle diese Aktionen brachten die deutschen Marxisten in Berührung mit anderen Kräften der Arbeiterklasse und trugen so dazu bei, daß die Basis für die im Jahre 1864 gegründete und später als Erste Internationale bekannte Internationale Arbeiterassoziation vorbereitet werden konnte.

Schaffung der theoretischen Grundlagen des Marxismus in den Vereinigten Staaten

Die ersten Marxisten sahen sich vor die Aufgabe gestellt, die ideologischen, taktischen und organisatorischen Grundlagen für den Marxismus in Amerika zu entwickeln. Noch aber war die [32:] Bewegung ideologisch uneinheitlich, und auch zu einer das ganze Land umfassenden Partei hatte sie sich noch nicht organisiert. Dies bedeutete, daß vor allem die Marxisten selbst sich die Lehren von Marx und Engels aneignen mußten. Es bedeutete außerdem, daß sie die Fähigkeit erwerben mußten, die Prinzipien des Marxismus auf die besonderen Verhältnisse in Amerika anzuwenden. Sie mußten auch das Fundament zu einer das ganze Land umfassenden marxistischen politischen Partei legen. Dies alles erforderte den unermüdlichsten Kampf, um den Arbeitern die vielen bürgerlich-agrarischen Illusionen aus der Zeit Jeffersons auszutreiben, die sich so hartnäckig in ihren Köpfen festgesetzt hatten.

Die Notwendigkeit ideologischer Klärung und politischer Organisation machte sich besonders lebhaft bemerkbar, als mit dem Nachlassen der Wirtschaftskrise von 1857 allerlei kleinbürgerliche Ideen im Denken der Arbeiter stärker wieder auflebten. Sie widerspiegelten sich auch in der wachsenden

---

9 Karl Obermann, "Joseph Weydemeyer ...", S. 96.

Verwirrung und Reibung innerhalb der marxistischen Bewegung. So richteten einige ihrer Führer den Kampf nicht gegen die Sklaverei, obwohl sie den Anspruch erhoben, echte Schüler von Marx zu sein. Auch allerlei utopische Sekten tauchten wieder auf, und die schädlichen Ideen Weitlings waren in neuer Gewandung wieder da.

Als die ersten Marxisten die große Aufgabe der ideologischen und organisatorischen Entwicklung in Angriff nahmen, kam ihnen der Umstand zugute, daß in dem Jahrzehnt vor dem Bürgerkrieg viele Grundprobleme der marxistischen Theorie – ihre Philosophie, ihre politische Ökonomie und ihre revolutionäre Taktik – von Marx und Engels entwickelt worden waren. Neben dem berühmten „Manifest“ hatten sie so grundlegende Werke vollendet wie „Lohnarbeit und Kapital“, „Ludwig Feuerbach“, „Der achtzehnte Brumaire“ und „Der deutsche Bauernkrieg“. Die amerikanische Bewegung hatte auch den ungeheuren Vorteil engen persönlichen Kontakts mit Marx und Engels, die beide deren Entwicklung sorgfältig beobachteten und berieten.

Das große Problem der Marxisten in den Vereinigten Staaten bestand natürlich darin, die Prinzipien des Marxismus auf die [33:] besonderen amerikanischen Verhältnisse anzuwenden. Hier sahen sich die ersten Marxisten zahlreichen objektiven und subjektiven Schwierigkeiten gegenüber. Ihrem Wesen nach dieselben Schwierigkeiten tauchten in neuen Formen und unter neuen Bedingungen immer wieder auf und haben sich in vieler Hinsicht bis auf den heutigen Tag erhalten.

Schon in den fünfziger Jahren stellten die Marxisten einen scheinbaren Widerspruch fest zwischen dem großen Kampfgeist und den kämpferischen Fähigkeiten der amerikanischen Arbeiterklasse und der Langsamkeit, mit der die Arbeiter klassenbewußte Ansichten hinsichtlich der politischen und gesellschaftlichen Probleme entwickelten. Sie konstatierten den Widerspruch zwischen der weit vorgeschrittenen Entwicklung des amerikanischen Kapitalismus und der subjektiven Rückständigkeit der Arbeiterbewegung. Einige der deutschen Einwanderer wollten dies mit einer angeblich angeborenen politischen Unbegabtheit der amerikanischen Arbeiterklasse erklären, während andere zu dem Schluß gelangten, daß der Marxismus in den neuen, demokratischen Vereinigten Staaten keine Geltung habe.

Im Kampf gegen diese Illusionen wiesen die ersten marxistischen Führer auf die zersetzenden Wirkungen hin, die die Sklaverei im Süden auf die Arbeiterschaft ausübte. Sie wiesen außerdem darauf hin, daß das Vorhandensein der freien Ländereien im Westen, die Massen von Menschen aus dem Osten anzogen, die Entwicklung des Klassenbewußtseins und einer festgefügten Arbeiterklasse behinderte und daß die unter den Arbeitern verbreiteten kleinbürgerlichen Ideen der Zeit Jeffersons aus der Revolution, deren ideologische Führung in der Hand der Bourgeoisie gelegen hatte, und auch aus der gesamten Geschichte des Landes herrührten. Sie gaben auch eine marxistische Erklärung der immer wiederkehrenden Wirtschaftskrisen, denen die Arbeiter und das ganze amerikanische Volk fassungslos gegenüberstanden.

Die bürgerlichen Illusionen und zersetzenden Einflüsse unter den Arbeitern waren so stark, daß Engels im Jahre 1892 an Hermann Schlüter schrieb: „Bis 1848 kann man von einer eingebornen, ständigen Arbeiterklasse nur als Ausnahme sprechen: [34:] die wenigen Anfänge davon im Osten in den Städten konnten immer noch hoffen, Bauern oder Bourgeois zu werden.“[10]

Die Pioniere des Marxismus, Weydemeyer, Sorge und die anderen – weitgehend unterstützt durch die zahlreichen neuen Bücher, Artikel, Briefe und die persönlichen ‘Ratschläge von Marx und Engels – kämpften an zwei ideologischen Fronten, gegen die „Linken“, die der Ansicht waren, politische Aktionen seien nutzlos und der Sozialismus müsse durch konspirative Tätigkeit und durch Beschränkung auf die Unterstützung der revolutionären Bewegungen in Deutschland verwirklicht werden, und auch gegen die Rechten, die mit dem angeblichen Universalmittel einer Bodenreform spielten, die Arbeiter an korrupte bürgerliche Politiker zu binden suchten und die Rolle des Marxismus in den Vereinigten Staaten leugneten.

---

[10] Briefe und Auszüge aus Briefen von Joh. Phil. Becker, Jos. Dietzgen, Friedrich Engels, Karl Marx u. A. an F. A. Sorge und Andere, Stuttgart 1921, S. 380/381. [MEW 38, S. 313]

Die Marxisten wandten sich vor allem gegen die verbreiteten Theorien des „amerikanischen Exzeptionalismus“, die von Leuten wie Kriege vertreten wurden. Diese wollten den Marxismus durch das Argument erledigen, der Kommunismus müsse in den Vereinigten Staaten auf einem anderen Wege als in Europa verwirklicht werden, nämlich durch eine Bodenreform. Wertvolle Hilfe leisteten ihnen in diesem Kampfe die Schriften von Marx und Engels. Sie wiesen darauf hin, daß eine bürgerliche Demokratie, wie sie in den Vereinigten Staaten existierte, alle wesentlichen Widersprüche nicht beseitigte, sondern beträchtlich verschärfte, und daß die Kräfte, die die schnellere Entwicklung des amerikanischen Kapitalismus begünstigten, auch deutlichere Klassenscheidungen herbeiführten und alle Beziehungen zwischen den Klassen verschärften. Sie wiesen darauf hin, daß das „Land der unbegrenzten Möglichkeiten“ auch das klassische Land der Wirtschaftskrisen, der Arbeitslosigkeit und der schärfsten Gegensätze zwischen dem Reichtum der wenigen und der Armut der großen Massen war.

Eine besondere Schwierigkeit für die Anfänge des Marxismus lag darin, daß seine Bahnbrecher, fast ausschließlich deutsche Einwanderer, ihre sozialistischen Ideen in eine Arbeiterbewe-[35:]gung hineinzutragen suchten, die eine andere Sprache sprach und von deren Vergangenheit und Traditionen sie wenig verstanden. Viele dieser Einwanderer betrachteten auch ihren Aufenthalt in Amerika als nur vorübergehend, bis der Sieg in Deutschland errungen sei. Diese Umstände schufen einen fruchtbaren Boden für sektiererische Tendenzen, die sich darin äußerten, daß die sozialistisch gesinnten deutschen Arbeiter stark geneigt waren, sich abseits zu halten und die amerikanischen Arbeiter als politisch unreif zu betrachten. Dieses Sektierertum war ein sehr bedenkliches Hindernis für die Verbreitung sozialistischer Ideen unter den Massen der einheimischen Arbeiter, und Engels kämpfte jahrzehntelang dagegen an.

Die Pioniere des Marxismus betonten in ihrer Propaganda immer wieder, daß die Arbeiter in ihrem eigenen Interesse politisch handeln müßten. Sie wiesen nachdrücklich darauf hin, wie wichtig es sei, daß die Arbeiter auf allen Gebieten gegen die Unternehmer kämpften. Sie machten ihnen klar, wie falsch es sei, den politischen Kampf vom wirtschaftlichen Kampf zu trennen. Sie wiesen nach, daß jeder wirtschaftliche Kampf, wie etwa der um den Zehnstundentag, wenn die Arbeiterschaft als Klasse gegen die herrschende Klasse auftrat, ein politischer Kampf sei.

Im letzten Jahrzehnt vor dem Bürgerkrieg waren die fortgeschrittenen Marxisten nur eine kleine Minderheit. Trotz ihrer Schwäche aber leisteten sie sehr viel für die junge amerikanische Arbeiterbewegung. Sie gingen voran beim Aufbau der Gewerkschaften; sie standen in jedem Kampf der Arbeiter in den vordersten Reihen; sie trugen dazu bei, daß die Schranken zwischen den einheimischen und den eingewanderten Arbeitern niedergerissen wurden; gemeinsam mit den einheimischen Abolitionisten kämpften sie energisch gegen die Negersklaverei; sie halfen bei der Schaffung einer zuverlässigen und einflußreichen Arbeiterpresse. Vor allem aber schufen sie die erste geschlossene Gruppe von organisierten Marxisten in Amerika und verbreiteten die Schriften von Marx und Engels im ganzen Lande. Wie weit der allgemeine Einfluß der Pioniere des Marxismus reichte, läßt sich daran ermessen, daß viele junge Gewerkschaften damals in den Einleitungen zu ihren Satzungen [36:] das „Manifest der Kommunistischen Partei“ als Leitfaden benutzten.

Bei all ihrem relativen Verständnis für die Lage der weißen Arbeiter, der Neger, der Einwanderer und der anderen unterdrückten Volksteile hatten die Pioniere des Marxismus jedoch keinen Blick für die Bedeutung des Kampfes der Indianerstämme, die damals von den erbarmungslosen weißen Eindringlingen in der schändlichsten Weise ausgeplündert und hingeschlachtet wurden. Tatsächlich haben die zahlreichen Gewerkschaften und politischen Parteien der Arbeiter in der ganzen Zeit von Jefferson bis auf unsere Tage die Notlage und die Leiden der mißhandelten und heroisch kämpfenden Indianer fast völlig ignoriert. Mehr ist über die Beziehungen der Arbeiterschaft zu den Indianern kaum zu sagen.

[37:]

3
DIE MARXISTEN IM KAMPF GEGEN DIE SKLAVEREI
(1848–1865)

Die Verfassung der Vereinigten Staaten, die nach dem Revolutionskrieg angenommen wurde, behielt die Negersklaverei stillschweigend bei: sie war ein Kompromiß zwischen den rivalisierenden Klassen der Plantagenbesitzer des Südens und der Kaufleute und Industriellen des Nordens. Aber sie festigte das Verhältnis zwischen diesen Klassen nicht, und bald danach entbrannten heftige Kämpfe zwischen ihnen. Nach der Erfindung der Baumwollreinigungsmaschine im Jahre 1793 und der Entwicklung des Zuckerrohranbaus im Jahre 1795 breiteten sich das Plantagensystem und die Sklaverei im Süden rasch aus. Im Norden wuchs mit der Ausbreitung des Fabriksystems und der Besiedelung des Westens die Macht der Industriellen schnell. Die Interessen der beiden Systeme waren unvereinbar, und die Auseinandersetzungen zwischen ihnen nahmen ständig schärfere Formen an.

Dieser Kampf, der sich hinsichtlich der entscheidenden, miteinander zusammenhängenden Fragen der Kontrolle über die neuorganisierten Territorien und die Bundesregierung bis zur Erbitterung steigerte, erreichte schließlich seinen Höhepunkt in der großen zweiten Revolution von 1861 bis 1865. Als die ausgedehnten neuen Gebiete, die durch den Kauf von Louisiana im Jahre 1803, die Annexion von Florida im Jahre 1819 und den Beitritt Oregons sowie den Mexikanischen Krieg von 1846 erworben wurden, in Staaten aufgeteilt und in die Union eingegliedert wurden, rissen die beiden politischen Rivalen sie nacheinander als freie beziehungsweise sklavenhaltende Staaten an sich. So kam ein höchst unsicheres Gleichgewicht zustande.

[38:] Die Industriellen des Nordens opponierten heftig gegen die immer weiter um sich greifende Einführung des Sklavensystems im Westen und Südwesten und drohten sogar mit dem Austritt aus der Union. Sie fochten den Kauf von Louisiana an und übten heftige Kritik an dem ungerechten Mexikanischen Krieg, in dem die Vereinigten Staaten die Hälfte von Mexiko (die heutigen Staaten Texas, California, Arizona, Nevada, Utah, New Mexico, Colorado und einen Teil von Wyoming) annektierten. Abraham Lincoln wandte sich gegen diesen Raubkrieg, und in der jungen Arbeiterbewegung war die Opposition sehr stark.[1] Anderseits waren die Industriellen an Oregon interessiert und intrigierten unaufhörlich gegen die territoriale Integrität Kanadas, da in diesen beiden Gebieten keine Sklaverei herrschte.

Trotz seiner Ausbreitung konnte das Sklavereisystem unmöglich mit der wachsenden Stärke der Industrie im Norden Schritt halten. Im Jahre 1860 kamen 75 Prozent der Gesamtproduktion des Landes aus dem Norden, und von dem Nationalreichtum entfielen 11 Milliarden Dollar auf den Norden und nur 5 Milliarden auf den Süden. Um das Machtgleichgewicht, das sich rasch zu ihren Ungunsten verschob, wiederherzustellen, faßten die Plantagenbesitzer des Südens zur Festigung ihrer eigenen Macht einen militärischen Angriff ins Auge. Vor dieser Drohung wichen die Industriellen des Nordens zunächst zurück. Ihre Reihen waren zersplittert, da viele Bankiers, Reeder und Textilfabrikanten wirtschaftlich an den Süden gebunden waren. Über die Behandlung der komplizierten Frage der Sklaverei herrschte keine Einigkeit unter ihnen, und außerdem fürchteten sie die wachsende Stärke der Arbeiterklasse.

In den fünfziger Jahren beherrschten die Plantagenbesitzer durch die Demokratische Partei beide Häuser des Kongresses, die Amtsführung des Präsidenten und sieben von den neun Richtern des Obersten Gerichtshofes. Sie machten von ihrem Einfluß rücksichtslos Gebrauch. Sie brachten das Gesetz gegen die Sklavenflucht durch, annullierten den Missouri-Kompromiß [39:] durch die Annahme des sklavereifreundlichen Kansas-Nebraska-Gesetzes, setzten sich über die Zollvorschriften hinweg, billigten das Schandurteil gegen Dred Scott, legten ihr Veto gegen das Heimstätten-Gesetz ein und erklärten die Sklaverei in allen Gebieten für legal. Marx traf den Kern der Sache mit der Feststellung, daß 20 Millionen freie Menschen im Norden unter der Herrschaft von 300.000 Sklavenhaltern im Süden

---

1 Siehe Philip S. Foner, “History of the Labor Movement ...”, S. 277-279.

stünden.[2] Die Spannungen zwischen den Klassen nahmen zu, und das Land trieb unaufhaltsam dem großen Bürgerkrieg entgegen.

Die abolitionistische Bewegung

Es waren die Führer und Vorkämpfer der abolitionistischen Bewegung mit ihrer kompromißlosen Ablehnung der Sklaverei, die die historischen Interessen der noch zögernden Bourgeoisie und des ganzen Volkes am konsequentesten zum Ausdruck brachten. Männer und Frauen wie Frederick Douglass, Wendell Philips, William Lloyd Garrison, Susan B. Anthony, Elizabeth Cady Stanton, John Brown und Elijah P. Lovejoy rüttelten das Gewissen der Nation auf. Sie kämpften für die Ausrottung der Sklaverei, sie errichteten die „Untergrundbahn“[3] und wandten sich energisch gegen die' Sklavenflucht-Gesetze. Mit wenigen Ausnahmen begründeten sie ihren Kampf für die Befreiung der Neger hauptsächlich mit ethischen und philanthropischen Argumenten.

Die stärkste Kraft im Kampf der Abolitionisten stellten jedoch die vier Millionen Negersklaven im Süden dar. Seit Generationen, besonders seit der Jahrhundertwende, erschütterten die immer wieder aufflammenden Sklavenaufstände, gewaltsame Proteste gegen die Schrecken der Sklaverei, die Herrschaft der Sklavenhalter in ihren Grundfesten. Trotz grausamster Unterdrückung sabotierten die Neger die Feld-[40:]arbeit, brannten sie Plantagen nieder, töteten Plantagenbesitzer und organisierten zahlreiche Revolten. Je näher der Bürgerkrieg rückte, desto heftiger wurden diese Kämpfe. Der Süden wurde zu einem regelrechten Heerlager, in dem die Plantagenbesitzer verzweifelte Anstrengungen machten, die wachsende Revolte ihrer Sklaven zu ersticken. Unvergeßlich sind die Namen Harriet Tubman, Sojourner Truth, Denmark Vesey, Nat Turner und die der vielen anderen tapferen Neger, die heldenhaft für die Freiheit fochten.

Die weißen Arbeiter des Nordens spielten ebenfalls eine wesentliche Rolle in dem großen Kampf. Das Bestehen der Sklaverei im Süden wirkte sich nachteilig auf ihre Lebensbedingungen und auf die Entwicklung ihrer Gewerkschaften im Norden aus.

Karl Marx rückte diese entscheidende Tatsache ins rechte Licht mit seiner berühmten Feststellung: „Die Arbeit in weißer Haut kann sich nicht dort emanzipieren, wo sie in schwarzer Haut gebrandmarkt wird.“[4] Das Verständnis der Arbeiterschaft des Nordens für die Sklavenfrage wurde jedoch erschwert durch die gewerkschaftsfeindlichen Tendenzen unter den bürgerlichen Abolitionisten und den Einfluß der opportunistischen Führer in der Arbeiterschaft. Männer wie der Bodenreformer George Henry Evans zum Beispiel behaupteten, die Befreiung der Sklaven vor der Abschaffung der Lohnsklaverei widerstreite den Interessen der Arbeiter, da sie sie der Konkurrenz einer großen Masse von billigen Arbeitskräften aussetzen würde. Als jedoch die organisierten Arbeiter begriffen hatten, daß die Abschaffung der Sklaverei die Vorbedingung für ihren eigenen weiteren Fortschritt war, waren sie bereit, bei der großen aktuellen Aufgabe mitzuwirken, die Schranken, die ihrer eigenen Entwicklung und derjenigen der Nation im Wege standen, niederzureißen. Mit dieser Erkenntnis wurde die Arbeiterschaft Ende der fünfziger Jahre zum fanatischen Gegner der Sklaverei und zur entscheidenden Kraft in der großen Koalition der Kapitalisten, Arbeiter, Neger und Farmer, die den Bürgerkrieg durchkämpfte und gewann.

[41:]

Die Rolle der Marxisten:

Von Anfang an nahmen die Marxisten in den Vereinigten Staaten, regelmäßig beraten von Karl Marx, innerhalb der Arbeiterbewegung die konsequenteste und klarste Stellung ein im Kampf für die völlige Abschaffung der Sklaverei. Der starke Einfluß der heutigen Kommunistischen Partei unter den Negern hat tiefe Wurzeln im Kampf dieser Pioniere des Marxismus. Sie sahen in der Niederlage des Regimes

---

2 Siehe Karl Marx and Frederick Engels, “The Civil War in the United States”, New York 1937, S. 71. [MEW 15, S. 337]

3 Das geheime, dicht organisierte Netz von Sklavereigegnern zur Weiterbeförderung geflohener Sklaven. *Die Red.*

4 Karl Marx, „Das Kapital“, Erster Band, Dietz Verlag, Berlin 1955, S. 315. [MEW 23, S. 318]

der Sklavenbesitzer die Vorbedingung für die Stärkung der Produktivkräfte der Nation, für die Ausbreitung der Demokratie und für die Schaffung eines zahlreichen, unabhängigen und einheitlichen Proletariats, das seine Interessen selbst vertrat. In der Befreiung der Neger sahen sie auch eine große Sache der menschlichen Freiheit. Sie begriffen, daß sich die Arbeiterklasse, um die Bahn frei zu machen für den nächsten geschichtlichen Fortschritt, mit anderen Gegnern der Sklaverei zusammenschließen und alle Kräfte anspannen mußte, um die aktuelle demokratische und revolutionäre Aufgabe der Beseitigung der Sklaverei und des Sklavensystems zu erfüllen.

Was die Pioniere des Marxismus für die abolitionistische Bewegung geleistet haben, steht in gar keinem Verhältnis zu ihrer zahlenmäßigen Schwäche. Sie waren äußerst aktiv in dem vom Terror heimgesuchten Süden. Vor allem ist hier die Tätigkeit Adolph Douais zu nennen, der in Europa ein enger Mitarbeiter von Karl Marx gewesen war. Im Jahre 1852 ließ Douai sich in Texas nieder, wo damals, wie man sagte, ein Fünftel der weißen Bevölkerung aus Achtundvierzigern europäischer Herkunft bestand. In San Antonio gab Douai eine abolitionistische Zeitung heraus, bis er schließlich unter Lebensgefahr das Land verlassen mußte. Wichtige Arbeit wurde auch in Alabama unter der Führung des eingewanderten Marxisten Hermann Meyer geleistet, der ebenfalls fliehen mußte.

Im Norden waren die Marxisten im Kampf gegen die Sklaverei besonders aktiv, vor allem der Kommunistenklub in Cleveland. Im Jahre 1851 sprach eine Konferenz sich für die Anwendung aller Mittel aus, die zur Abschaffung der Sklaverei geeignet wären. Die Sklaverei wurde als eine Institution be-
[42:]zeichnet, die mit den Grundsätzen wahrer Demokratie unvereinbar sei. In St. Louis und anderen größeren Städten, wo die deutschen Einwanderer zahlreich waren, entwickelten die Marxisten eine lebhafte Tätigkeit zur Bekämpfung der Sklaverei, besonders nachdem im Jahre 1854 das Kansas-Nebraska-Gesetz angenommen worden war, das die Schranken gegen die Sklaverei im Mittelwesten beseitigte. Wenige Tage nach der Vorlage des Gesetzentwurfs im Kongreß leiteten die Sozialisten von Chicago unter der Führung Georg Schneiders, eines deutschen Achtundvierzigers und Redakteurs der "State Gazette" von Illinois, eine Kampagne ein, die in einer großen öffentlichen Kundgebung gipfelte.

Am 16. Oktober 1859 elektrisierten der heroische Abolitionist John Brown und seine einundzwanzig Mitkämpfer, Neger und Weiße, das Land durch die Besetzung von Harper's Ferry bei dem verzweifelten, aber unglücklichen Versuch, eine bewaffnete Erhebung der Negersklaven im Süden hervorzurufen. Die Marxisten begrüßten Browns mutige Tat und organisierten in zahlreichen Städten Massenkundgebungen zu seiner Unterstützung. Die unter sozialistischer Führung stehende Social Workingmen's Association von Cincinnati erklärte: „Die Tat John Browns hat sehr viel dazu beigetragen, das schlummernde Gewissen der Mehrheit des Volkes wachzurütteln."[5] Zehn von Browns Leuten wurden im Kampf getötet, er selbst wurde später gehenkt.

Der führende Marxist Joseph Weydemeyer vertrat die Ansicht, daß dies alles auf den Beginn eines neuen politischen Erwachens der amerikanischen Arbeiterbewegung hindeute. Er mußte jedoch zusammen mit Marx die von Weitling, Kriege und anderen vertretene sektiererische Meinung bekämpfen, daß die Marxisten sich auf die Probleme der Lage der Arbeiter und den Kampf gegen das Kapital beschränken sollten und daß die Arbeiterschaft es vermeiden sollte, sich mit politischen Aktionen „die Finger schmutzig zu machen". Manche Sektierer brandmarkten die Teilnahme an der abolitionistischen Bewegung sogar als „Verrat" an den besonderen Interessen der Arbeiterklasse.

[43:] Weydemeyer vertrat in seiner gesamten Tätigkeit den Standpunkt, daß der Kampf gegen die Sklaverei in der damaligen Arbeit der Marxisten im Mittelpunkt stehen müsse. Er bemühte sich, die Gewerkschaften für diesen großen Kampf zu gewinnen. Er wies darauf hin, daß ohne eine Lösung der Sklavenfrage kein entscheidendes Problem der Arbeiterklasse gelöst werden könne. Er brachte die aktuellen Forderungen der Arbeiter in Verbindung mit der Fundamentalfrage der Negerbefreiung. In diesem Zusammenhang spielte die unter marxistischem Einfluß stehende American Workers' League eine wesentliche Rolle bei der Gewinnung der Arbeiter und ihrer Organisationen für den Kampf

5 "Cincinnati Communist", 5. Dezember 1859.

der Abolitionisten. So veranstaltete die Liga 1854 nach der Annahme des schändlichen Kansas-Nebraska-Gesetzes eine große Massenkundgebung, auf der erklärt wurde, daß die deutschamerikanischen Arbeiter von New York „nach wie vor aufs schärfste gegen die weiße wie die schwarze Sklaverei protestieren und jeden, der sie unterstützen wird, als Verräter am Volk und seinem Wohlergehen brandmarken“[6].

Die Krise reift heran

Nach der „Schmach von Nebraska“ im Jahre 1854 trieben die Ereignisse rasch der entscheidenden Auseinandersetzung entgegen. Die unverschämten Maßnahmen der Plantagenbesitzer, die die Regierung beherrschten, riefen eine immer schärfere Opposition im Norden und Westen hervor, Die alten politischen Parteien begannen sich aufzulösen, und im Februar 1854 wurde die Republikanische Partei gegründet. Alvin E. Bovay, ehemaliger Sekretär und Schatzmeister des National Industrial Congress und in New-Yorker Arbeiterkreisen als führende Persönlichkeit bekannt, brachte in Ripon (Wisconsin) eine Gruppe von Liberalen, Reformern, Farmern und Arbeiterführern zusammen, die alle über die Politik der Whig-Partei und der Demokratischen Partei empört waren. Diese Gruppe beschloß, „die bisherigen politischen Namen und Organisationen [44:] zu vergessen und sich zusammenzuschließen“[7], um der Ausbreitung der Sklaverei entgegenzutreten. In ihrem Programm traten sie auch für diejenigen ein, die um freies Land kämpften. Die Industriellen des Nordens reagierten auf die Gründung der neuen Partei sofort und positiv. Die meisten von ihnen sahen in ihr ein Instrument, mit dem sie den Sklavenbesitzern die politische Vorherrschaft entreißen und ihr eigenes Programm (Schutzzölle, Subventionen für den Eisenbahnbau, Besitznahme der Naturreichtümer des Landes, Landesbanksystem usw.) durchsetzen konnten. Der Großhandel und die Bankiers jedoch, die finanziell an das Baumwollgeschäft der Sklavenhalter des Südens gebunden waren, wandten sich zum größten Teil gegen die neue Partei.

Die erste Reaktion der Arbeiter auf die Gründung der Republikanischen Partei war uneinheitlich. Während viele ihre traditionellen Verbindungen mit der Demokratischen Partei abbrachen, trugen andere Bedenken, der gleichen Partei mit den Industriellen beizutreten. Unter den Farmern des Nordens und Westens jedoch fand die neue Partei von Anfang an sehr viel Anklang.

Die Marxisten, auf die im „Manifest der Kommunistischen Partei“ enthaltene Lehre gestützt, „sobald die Bourgeoisie revolutionär auftritt, gemeinsam mit der Bourgeoisie“[8] zu kämpfen, unterstützten die Republikanische Partei ohne Zögern und forderten die Arbeiterschaft auf, das gleiche zu tun, „Die Soziale Republik“, das Organ des Chicagoer Arbeiterbundes, der damals fortgeschrittensten marxistischen Gruppe im Lande, trat für diese Politik ein. Obwohl die Marxisten entschieden für die vollständige Befreiung der Neger eintraten, waren sie der Ansicht, daß sie die Sache der Sklavenbefreiung am besten fördern könnten, wenn sie sich mit anderen sozialen Gruppen auf der Basis des von weiten Kreisen angenommenen Programms der Opposition gegen die weitere Ausdehnung der Sklaverei zusammenschlössen. Diese Taktik bedeutete tatsächlich den Übergang zu einem revolutionären Kampf mit weitergesteckten Zielen in der Zukunft.

[45:] Bei den Wahlen von 1856 bemühten sich die Republikaner besonders um die Unterstützung der Arbeiter. Die Marxisten nahmen an der Wahlkampagne sehr aktiv teil. Im Februar 1856 zum Beispiel beteiligten sie sich an der Einberufung einer Konferenz von 25 Zeitungsverlegern, einschließlich der deutschamerikanischen Presse, in Decatur (Illinois), um alle Gegner des Nebraska-Gesetzes zur Beteiligung an der Wahlkampagne zu organisieren. Abraham Lincoln nahm an der Konferenz teil und unterstützte die von ihr angenommene Resolution leidenschaftlich. Diese Resolution wurde im gleichen Jahre auch auf dem Kongreß in Philadelphia angenommen, der John C. Fremont als Präsidenten nominierte. Fremont vereinigte 1.341.264 Stimmen auf sich, das heißt ein Drittel der gesamten abgegebenen

---

6 Hermann Schlueter, “Lincoln, Labor, and Slavery”, New York 1913, S. 76.

7 Elizabeth Lawson, “Lincoln’s Third Party”, New York 1948, S. 26.

8 Karl Marx und Friedrich Engels, Ausgewählte Schriften in zwei Bänden, Bd. I, S. 53. [MEW 4, S. 492]

Stimmen. Daraufhin kam es zur Spaltung der Demokratischen Partei, die Whig-Partei wurde praktisch liquidiert, und die Republikanische Partei ging als eine mächtige Partei hervor.

Die Wahl Abraham Lincolns

Die Wahl von 1860 war die bis dahin härteste Auseinandersetzung in der Geschichte der Vereinigten Staaten. Die Republikanische Partei machte eine ungewöhnliche und erfolgreiche Anstrengung, um die entscheidende Unterstützung der breiten Massen der Farmer, Arbeiter, Einwanderer und freien Neger zu gewinnen, die alle der großen neuen Koalition unter der Führung der Bourgeoisie des Nordens angehörten. Philip S. Foner stellt fest: „Ohne Übertreibung kann man sagen, daß die Republikanische Partei in der Kampagne von 1860 sich den Sieg als die Partei der freien Arbeit erkämpft hat.“[9]

Die Kandidatur Lincolns war unter den werktätigen Massen sehr populär. Lincoln war als Gegner der Sklaverei bekannt. Seine zahlreichen arbeiterfreundlichen Äußerungen hatten ihm eine große Anhängerschaft unter den Arbeitern verschafft. Sein Eintreten für das Heimstätten-Gesetz hatte ihm die Unterstützung der Farmer im Norden und Westen gesichert. Sein Kampf gegen die Intoleranz der alteingesessenen Amerikaner gegen-[46:]über den Zugewanderten hatte seine Stellung unter diesen allgemein gefestigt. Ihm standen drei Kandidaten der Opposition gegenüber, Stephen A. Douglas, John C. Breckinridge und John Bell, die die drei Richtungen in der Demokratischen Partei vertraten und sämtlich in der einen oder anderen Form für die Sklaverei eintraten. Lincoln vertrat den Standpunkt, die Sklaverei müsse innerhalb der bisherigen Grenzen gehalten werden. Kein Kandidat war für ihre völlige Abschaffung.

In dem mit größter Erbitterung geführten Wahlkampf verbreiteten die Sklavenbesitzer, die im Norden ebenfalls zahlreiche Verbindungen und Parteigänger hatten, über Lincoln alle nur erdenkbaren Verleumdungen. Die damaligen Kommunistenschnüffler zeterten über „Schwarzes Republikanertum“ und „Rotes Republikanertum“. Die sklavereifreundlichen Unternehmer und Zeitungen suchten die Arbeiter durch Entlassungsdrohungen, durch den Hinweis auf eine kommende Wirtschaftskrise und durch die Prophezeiung einzuschüchtern, daß die Befreiung der Neger große Massen von billigen Arbeitskräften schaffen werde, die die Löhne drücken würden. Gleichzeitig versuchten die Reaktionäre, die junge Republikanische Partei dadurch zu spalten, daß sie die fremdenfeindlichen Stimmungen in ihren Reihen schürten.

Die Marxisten waren in diesem außerordentlich wichtigen Wahlkampf sehr aktiv. Ihre kompromißlose Ablehnung der Sklaverei und ihr Kampfgeist waren ein Ausgleich für ihre noch immer sehr geringe Zahl. Ihre Schlüsselstellungen in vielen Gewerkschaften ermöglichten es ihnen, bei der Mobilisierung der Arbeiter für die Kandidatur Lincolns eine ausschlaggebende Rolle zu spielen. Zu diesem Zweck scheuten sie keine Mühe, um in vielen Teilen des Nordens und des Ostens Wahlkundgebungen der Arbeiter zu organisieren. Ohne Zweifel waren die Stimmen der Arbeiter bei der Wahl Lincolns ausschlaggebend, und die Marxisten hatten kein geringes Verdienst daran.

Die Marxisten waren besonders bemüht, die Massen der Zugewanderten für Lincoln zu gewinnen. Im Jahre 1860 bildeten die Zugewanderten in New York 47,62 Prozent, in Chicago und Pittsburgh 50 Prozent und in St. Louis 59,66 Prozent der Bevölkerung. In anderen Städten war das Verhältnis ähnlich. Die [47:] Deutschen, die unter den Einwanderern bei weitem überwogen, bildeten einen starken Machtfaktor in Missouri, Iowa, Minnesota, Illinois, Wisconsin, Ohio, Michigan, Indiana, Maryland, . Pennsylvania, New York, New Jersey und Connecticut. Sie standen geschlossen hinter Lincoln. „Von den 87 deutschsprachigen Zeitungen waren 69 für Lincoln.“[10]

Unter den Massen der Deutschamerikaner waren die Marxisten mit ihrer Propaganda für Lincoln besonders erfolgreich. Dies zeigte sich anschaulich auf der bedeutsamen Konferenz im Deutschen Haus in Chicago im Mai 1860, zwei Tage vor der Eröffnung des Nominierungskongresses der Republikanischen Partei. Auf dieser Landeskonferenz waren alle Richtungen der Deutschamerikaner vertreten. Die Marxisten Weydemeyer und Douai, die die Vertreter der Arbeiterklasse auf der

---

9 Philip S. Foner, “History of the Labor Movement ...”, S. 293.

10 Elizabeth Lawson, “Lincoln’s Third Party”, S. 41.

Konferenz führten, übten auf die Tätigkeit der Konferenz einen entscheidenden Einfluß aus. Douai, der zum Vorsitzenden des Resolutionsausschusses gewählt worden war, verfaßte für die Konferenz eine Reihe von Resolutionen und forderte, daß „sie sich entschieden gegen die Sklaverei richten müßten“[11]. Diese Resolutionen lieferten weitgehend die Grundlage für die Wahlplattform der Republikanischen Partei.

Die erbitterte Kampagne von 1860 endete mit der Wahl Lincolns. Das endgültige Resultat lautete: Lincoln 1.857.710, Douglas 1.291.574, Breckinridge 850.082 und Bell 646.124 Stimmen.

Der Bürgerkrieg

Nachdem Lincoln gesiegt hatte, handelte die Oligarchie der Plantagenbesitzer des Südens wie jede andere herrschende Klasse, die auf demokratischem Wege eine entscheidende Niederlage erleidet: sie griffen zu den Waffen, um ihre Macht um jeden Preis zu halten und auszudehnen. Sieben Staaten des Südens reagierten sofort. Unter Mißachtung des Friedenswillens ihrer Bevölkerung traten sie aus der Union aus und konstituierten sich als die Konföderierten Staaten von Amerika, [48:] mit Jefferson Davis als Präsidenten. Dies alles geschah, bevor Lincoln am 4. März 1861 in sein Amt eingeführt wurde, während der Marionetten-Präsident der Plantagenbesitzer, James Buchanan, noch im Amt war. Schließlich umfaßte die Konföderation elf Staaten. Am 12. April 1861 eröffneten die Sezessionisten das Feuer auf Fort Sumter, und damit begann der Krieg. Die Eroberungsziele des rebellischen Südens waren grenzenlos. „Was die Sklavenhalter also ‚den Süden‘ nennen“, sagte Marx, „umfaßt mehr als drei Viertel des bisher von der Union“[12] eingenommenen Territoriums. Die zweite amerikanische Revolution war aus dem Stadium der Verfassungskämpfe in das Stadium der militärischen Aktionen übergegangen.

Der schlecht gerüstete Norden stand der plötzlichen Offensive der Plantagenbesitzer des Südens unentschlossen gegenüber. Diese Schwäche widerspiegelte die in der Bourgeoisie herrschenden Meinungsverschiedenheiten. Da gab es die Bankiers und Großkaufleute der “Copperheads”[13], die einen Verständigungsfrieden zu den Bedingungen der Sklavenhalter erstrebten. Da waren die Radikalen Republikaner, die Repräsentanten des aufsteigenden Industriekapitals. Ihr revolutionärster Wortführer war Thaddeus Stevens, der auf eine militärische Offensive drängte, um die Rebellion durch die Freilassung und Bewaffnung der Sklaven niederzuwerfen. Da war schließlich das schwankende Kleinbürgertum, weitgehend repräsentiert durch Lincolns zögernden Kurs.

Die führenden Persönlichkeiten in der Regierung suchten klaren Entscheidungen auszuweichen, statt energische Maßnahmen zur Gewinnung des Krieges zu treffen. Lincoln, zu jedem Kompromiß bereit, durch das die Union gerettet werden konnte, gab die Parole aus: „Rettet die Union“, während die Situation unverkennbar auch die revolutionäre Parole der „vollständigen Befreiung der Sklaven“ forderte. Stevens, kühner und klarblickender, erklärte: „Jetzt schweigt die Verfassung, und nur die Gesetze des Krieges gelten.“ Zur Frage der Sklaven [49:] erklärte er: „Diejenigen, die jetzt die Kriegsmittel liefern, aber die natürlichen Feinde der Sklavenhalter sind, müssen zu unseren Verbündeten gemacht werden.“[14] Diese Position fand starke Unterstützung bei den Massen der Neger, deren maßgeblicher Wortführer, Frederick Douglass, erklärte: „Von Anfang an habe ich dem Norden vorgeworfen, daß er gegen die Rebellen nur mit einer Hand kämpfe, während er doch kräftig mit beiden Händen zuschlagen könnte, daß er mit seiner sanften weißen Hand kämpfe, seine schwarze eiserne Hand dagegen gefesselt und hilflos auf dem Rücken halte, daß er die Wirkung bekämpfe, die Ursache dagegen schütze, daß dieSache der Union niemals Erfolg haben werde, solange der Krieg nicht einen sklavereifeindlichen Charakter, annehme und die Neger auf der Seite des Rechts in den Kampf eingriffen.“[15]

---

11 V. J. Jerome in “The Communist”, September 1939, S. 839.

12 Karl Marx and Frederick Engels, “The Civil War in the United States”, S. 71. [MEW 15, S. 339]

13 Verschwörerorganisation der New-Yorker Handelsaristokratie. *Die Red*.

14 Elizabeth Lawson, “Thaddeus Stevens”, New York 1942, S. 16.

15 Philip S. Foner, “Frederick Douglass: Selections From His Writings”, New York 1945, S. 63.

Während Lincoln sich in der Defensive hielt, verließ das Kriegsglück den Norden mehr und mehr. Es wirkten jedoch mancherlei Umstände zusammen, um die Führung des Krieges so zu beeinflussen, daß aus dem Versuch, die Rebellion der Sklavenbesitzer niederzuwerfen, ein revolutionärer Kampf zur Liquidierung der Macht der Sklavenhalter wurde. Die wichtigsten waren die wachsende Stärke der Bourgeoisie des Nordens infolge der raschen Entwicklung der Industrie und der Eisenbahnen, die Lehren aus den bitteren Niederlagen in der ersten Phase des Krieges und der starke Druck, den die Farmer, die Negermassen und die weißen Arbeiter, besonders die Zugewanderten, ausübten, um eine energischere Kriegführung durchzusetzen.

So erließ Präsident Lincoln am 22. September 1862 nach etwa achtzehn Monaten erfolgloser Kriegführung die Befreiungsproklamation, in der verkündet wurde, daß nach dem 1. Januar die in den rebellischen Gebieten als Sklaven gehaltenen Personen „von nun an und für immer frei sein sollten". Im August 1862 war die Anwerbung der freien Neger in die Armee sanktioniert worden.[16] Im März 1862 berief Lincoln den sabotieren-[50:]den General McClellan von seinem Posten als Oberkommandierenden der Streitkräfte der Union ab und leitete allgemein eine tatkräftigere Politik ein. Die Befreiung der Sklaven, die ein schwerer Schlag für die Sklavenwirtschaft war und die Armeen des Nordens durch fast 200.000 Negersoldaten verstärkte, erwies sich als eine Maßnahme von entscheidender Bedeutung. Von Anfang 1863 an ging es mit der Macht der Sklavenhalter sichtlich abwärts. Aber es waren noch zwei weitere schwere Kriegsjahre notwendig, bis sich der Süden mit Lees Kapitulation vor Grant bei Appomattox Court House (Virginia) am 9. April 1865 geschlagen gab. Um den Preis von einer halben Million Gefallener und einer Million Krüppel waren die reaktionären Plantagenbesitzer aus der politischen Macht verdrängt und ihre Sklaven befreit worden.

Der Bürgerkrieg war eine bürgerlich-demokratische Revolution. Die Kapitalisten des Nordens brachen die politische Vorherrschaft der südlichen Großgrundbesitzer und übernahmen selbst die Macht. Das System der Sklaverei, das für die Entwicklung des Kapitalismus zu einem wirtschaftlichen Hemmschuh geworden war, war zerschmettert. Vier Millionen Sklaven waren formell befreit, und das Tempo der Industrialisierung sowie die Entwicklung der Arbeiterklasse wurden im ganzen Lande ungeheuer beschleunigt.

Die Neger und die Arbeiterklasse im Kriege

In diesem langen und blutigen Kriege bewiesen die unterdrückten Neger einen grenzenlosen Heroismus. Auf die verschiedenste Weise sabotierten sie die Kriegsanstrengungen des Südens. Sie kaperten Dampfer der Konföderierten und brachten sie in nördliche Häfen, und von ihnen erhielt der Norden die wichtigsten militärischen Nachrichten. In den Plantagenbezirken rebellierten sie so stark, daß der Süden einen großen Teil seiner Streitkräfte abziehen mußte, um sie niederzuhalten.

Der Heroismus und der Enthusiasmus, mit dem die befreiten Sklaven in den Armeen der Union kämpften, setzten die wei-[51:]ßen Soldaten und Offiziere in Erstaunen. Charakteristisch für viele ähnliche Berichte war folgende Äußerung von Oberst Thomas Wentworth Higginson: „Es wäre Wahnsinn gewesen, mit den tapfersten weißen Truppen zu unternehmen, was ich erfolgreich mit schwarzen vollbracht habe."[17] Die Taten der fast legendären Negerin Harriet Tubman, die tief im Süden zahlreiche Handstreiche zur Befreiung von Sklaven durchführte, waren Heldentum im wahrsten Sinne des Wortes. Als man Lincoln 1864 drängte, auf die Verwendung von Negertruppen zu verzichten, erwiderte er: „Nehmt uns die hundertunddreißig-, -vierzig- oder -fünfzigtausend Farbigen, die uns heute als Soldaten, Matrosen und Arbeiter dienen, und gebt sie dem Feinde, und wir können den Kampf nicht länger durchhalten."[18]

Neben den annähernd 200.000 Negersoldaten in der Armee und Flotte des Nordens waren auch etwa 250.000 weitere in den verschiedensten Funktionen bei den Streitkräften beschäftigt. Aptheker zitiert Angaben der Regierung, wonach schätzungsweise über 36.000 Negersoldaten im Kriege gefallen

---

16 Siehe Herbert Aptheker, "To Be Free: Studies in American Negro History", New York 1948, S. 71.
17 Zitiert in Philip S. Foner, "History of the Labor Movement ...", S. 319.
18 Carl Sandburg, "Abraham Lincoln: The War Years", Bd. 3, New York 1939, S. 210.

sind. Er stellt fest: „Die Sterblichkeit unter den farbigen Truppen der Vereinigten Staaten lag im Bürgerkrieg um 35 Prozent über derjenigen der anderen Truppen, obwohl die Farbigen erst achtzehn Monate nach dem Beginn der Kampfhandlungen eingesetzt wurden.“[19] Von den Matrosen in der Flotte des Nordens waren etwa 25 Prozent Neger, von denen nach Apthekers Schätzung annähernd 3200 an Krankheiten starben oder im Kampfe fielen. Diese Heldentaten wurden anfangs dadurch belohnt, daß man die Negersoldaten geringer besoldete als die Weißen.

Die organisierte Arbeiterschaft spielte ebenfalls eine bedeutende und heroische Rolle im Bürgerkrieg. Als der Krieg ausbrach, unterstützten die Arbeiter ihn in ihrer Masse als einen Kampf gegen die weitere Ausdehnung der Sklaverei. Nur ein kleiner Teil befürwortete den fortgeschrittenen Standpunkt der [52:] Marxisten, die die vollständige Abschaffung der Sklaverei verlangten. Eine geringe Minderheit der Arbeiter, die rückständigsten Elemente in den großen Handelszentren Boston und New York, stand stark unter dem kriegsfeindlichen Einfluß der Copperheads. Außerdem gab es eine kleine, aber einflußreiche Gruppe, die aus pazifistischen Erwägungen gegen jeden Krieg überhaupt war. Während des ganzen Krieges wurden die Arbeiter von den profitgierigen Kapitalisten rücksichtslos ausgebeutet. Die Preise wurden hemmungslos in die Höhe getrieben, und die Kapitalisten nahmen schamlos jede Möglichkeit wahr, die Regierung zu betrügen und sich zu bereichern.

Der Ruf nach Freiwilligen fand unter den Arbeitern ein gewaltiges Echo. Über Nacht wurden von den verschiedensten Berufszweigen Regimenter aufgestellt. Die eingewanderten Arbeiter reagierten mit größter Begeisterung. Zu den von der Arbeiterschaft aufgestellten Kontingenten gehörten das aus deutschen Büroangestellten bestehende Regiment DeKalb, die polnische Liga und eine Kompanie irischer Arbeiter. Eines der ersten Regimenter, die zur Verteidigung Washingtons ausrückten, wurde von dem bekannten Arbeiterführer William Sylvis organisiert, der noch einige Monate zuvor gegen Lincoln gestimmt hatte. Man schätzt, daß etwa 50 Prozent der Industriearbeiter ins Heer eintraten. T. V. Powderly, Präsident der Knights of Labor, hatte nicht ganz unrecht, als er Jahre später erklärte, daß im Bürgerkrieg „die Masse der Armee aus Arbeitern bestand“[20].

Bei Kriegsausbruch war die Arbeiterbewegung geschwächt, da sie sich noch nicht völlig von den verheerenden Auswirkungen der Wirtschaftskrise von 1857 erholt hatte. In der Hauptsache folgte die organisierte Arbeiterschaft der von Lincoln geführten Bourgeoisie und trat noch nicht als eine Klasse mit eigener politischer Organisation und dem vollen Bewußtsein ihrer besonderen Ziele in den Kampf ein. Diese Einstellung hatte insofern eine reale Grundlage, als sich die Interessen der Arbeiter im Kampf gegen die Sklaverei mit denen der Industriellen des Nordens deckten. Im Fortgang des Krieges wurde [53:] die Haltung der Arbeiterschaft fester, und die Arbeiter setzten sich immer nachdrücklicher für die Befreiung der Sklaven und eine revolutionäre Kriegführung ein.

Rolle und Strategie der Marxisten im Kriege

Die Tätigkeit der Marxisten, der Vorläufer der heutigen Kommunistischen Partei, im Kriege stellt eines der glänzendsten Kapitel in den Annalen des Bürgerkriegs dar. Ihre Reaktion auf Lincolns Ruf nach Freiwilligen gab der ganzen Nation ein „gutes Beispiel. In wenigen Tagen organisierten die unter marxistischem Einfluß stehenden Turner von New York ein ganzes Regiment. Die Turner von Missouri stellten drei Regimenter ins Feld. Die Kommunistenklubs und die deutschen Arbeitervereine schickten mehr als die Hälfte ihrer Mitglieder in die Armee. Die Marxisten kämpften tapfer auf vielen Schlachtfeldern. Der ehemalige deutsche Artillerieoffizier Joseph Weydemeyer warb ein ganzes Regiment an, brachte es bis zum Obersten und wurde von Lincoln zum Kommandanten des strategisch außerordentlich wichtigen Bezirks St. Louis ernannt. August Willich, der Brigadegeneral wurde, der Major Robert Rosa und der Leutnant Fritz Jacobi, der bei Fredericksburg fiel, gehörten alle dem Communist Club von New York an. Noch viele andere Marxisten waren an der Front.

Die von Marx und Engels erzogenen amerikanischen Marxisten hatten ein tieferes Verständnis für den Charakter des . Krieges als alle anderen Gruppen in der Nation. Sie begriffen, daß eine Niederlage

---

19 Herbert Aptheker, “To Be Free ...”, S. 78.

20 Terence V. Powderly, “Thirty Years of Labor”, Columbus, Ohio, 1889, S. 58.

der Union das Ende der fortgeschrittensten bürgerlich-demokratischen Republik und die Rückkehr zu halbfeudalen Verhältnissen bedeuten würden. Ein Sieg des Nordens, darüber waren sie sich klar, würde die Demokratie wesentlich fördern. Sie verstanden den Krieg als einen entscheidenden Zusammenstoß zweier entgegengesetzter Systeme, der nur durch revolutionäre Maßnahmen entschieden werden konnte.

Daher gaben die Marxisten von Anfang an die entscheidenden Losungen aus, die Sklaven zu befreien, die befreiten Sklaven zu bewaffnen, die Ländereien der Plantagenbesitzer zu [54:] konfiszieren und den Boden unter die landlosen Neger und Weißen zu verteilen. Sie verstanden auch die marxistische Politik der Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie, wenn diese für fortschrittliche Ziele kämpfte. Während des Krieges waren sie bemüht, die Position der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten unter den Negern und Farmern zu festigen und sie praktisch, wenn auch nicht bewußt, zur führenden Kraft in der Kriegskoalition zu machen. Sie bekämpften den Pazifismus und den Einfluß der Copperheads innerhalb und außerhalb der Arbeiterschaft. Ein wesentliches Verdienst der Marxisten bestand darin, daß sie dazu beitrugen, die Bestrebungen Fremonts zu vereiteln, der die neuerliche Nominierung Lincolns durch die Republikaner im Jahre 1864 zu hintertreiben suchte. Marx drängte die Arbeiterklasse, darauf hinzuarbeiten, daß der Bürgerkrieg sich schließlich für sie ebenso günstig auswirkte, wie der Unabhängigkeitskrieg sich für die Bourgeoisie ausgewirkt hatte. Dazu reichten indessen die schwachen Kräfte der Arbeiter nicht aus. Immerhin wurden die Marxisten durch die verhältnismäßige Klarheit ihrer politischen Linie und ihren unermüdlichen Kampfgeist zu einem politischen Faktor, dessen Bedeutung in keinem Verhältnis zu ihrer noch sehr geringen Zahl stand.

Karl Marx selbst spielte während des Bürgerkriegs eine außerordentlich wichtige Rolle, und sein Genie erstrahlte in hellstem Glanz. Seine zahlreichen Veröffentlichungen in der "New York Daily Tribune" und anderen Blättern waren ein hervorragender Beweis für die Bedeutung der revolutionären Theorie in der Interpretation der Ereignisse, im Begreifen ihrer wesentlichen Zusammenhänge und in der Erkenntnis der Richtung, in der die Klassen sich bewegten. Von Anfang an und in allen kritischen Phasen des Konflikts erfaßte Karl Marx unvergleichlich tiefer als alle anderen die entscheidende Bedeutung des Geschehens und zeichnete die richtige Linie für die Politik und das Handeln vor. Lenin sah hierin „ein Musterbeispiel" dafür, wie die Schöpfer des „Manifestes der Kommunistischen Partei" die Aufgaben des Proletariats entsprechend den verschiedenen Etappen des Kampfes bestimmten.

Viel klarer als die Führer der nördlichen Bourgeoisie erkannte Marx, daß es sich hier um einen Zusammenstoß zwischen „zwei [55:] entgegengesetzten sozialen Systemen" handelte, der bis zum „Siege des einen oder des anderen Systems" durchgekämpft werden mußte. Er wetterte gegen diejenigen, die der Ansicht waren, es handele sich nur um eine größere staatsrechtliche Auseinandersetzung, über die man mit leichter Hand hinweggehen könne. Er kritisierte die Führer der Bourgeoisie des Nordens, weil sie sich vor den Sklavenhaltern des Südens „demütigten", und er drängte Lincoln immer wieder zu entscheidenden Taten. Seit dem Ausbruch der Feindseligkeiten drängte er den Norden, den Kampf revolutionär zu führen, da dies die einzige Möglichkeit sei, den Sieg zu erringen. Er verlangte von Lincoln, „mit lauter Stimme die Emanzipation der Sklaven" zu fordern. Er setzte sich für die Bewaffnung der Negersklaven ein und wies auf die ungeheure psychologische Wirkung hin, die die Aufstellung auch nur eines einzigen Regiments von Negersoldaten haben würde. In den bösesten Zeiten des Krieges zweifelte er niemals am Endsieg des Nordens. Die militärischen Ratschläge, die er und Engels gaben, waren nicht weniger richtig als ihre tiefdringende politische Analyse. Marx gab den demokratischen Kräften des Nordens im Bürgerkrieg klare theoretische Richtlinien.[21]

Marx übte als Führer der I. Internationale einen gewaltigen Einfluß aus bei der Mobilisierung der Arbeiter in England und auf dem Kontinent für die Sache des Nordens. Als Korrespondent des bedeutenden Wiener Blattes „Die Presse" konnte er auch die allgemeine europäische Meinung hinsichtlich der entscheidungsschweren Ereignisse in Amerika beeinflussen. Er unterstützte die Sache der Union in seiner Inauguraladresse an die Internationale und in drei wichtigen offiziellen politischen

---

21 Siehe Karl Marx and Frederick Engels, "The Civil War in the United States". [MEW 15, S. 486-495]

Schreiben, die die Internationale in weniger als Jahresfrist an Präsident Lincoln, Präsident Johnson und die National Labor Union richtete.

Die britischen herrschenden Klassen wünschten trotz ihrer angeblichen Ablehnung der Sklaverei nichts sehnlicher, als an der Seite der Konföderierten in den Krieg einzugreifen. Wenn ihnen das nicht gelang, so war dies in erster Linie auf die ener-[56:]gische Ablehnung der Sklaverei durch die britische Arbeiterklasse zurückzuführen, die die Ratschläge von Marx beachtete und eine machtvolle Bewegung gegen die Sklaverei in Gang brachte. Sehr richtig sagte Marx: „Nicht die Weisheit der herrschenden Klassen, sondern der heroische Widerstand der englischen Arbeiterklasse gegen ihre verbrecherische Torheit bewahrte den Westen Europas vor einer transatlantischen Kreuzfahrt für die Verewigung und Propaganda der Sklaverei.“[22]

Die Geschichte kennt wenige so wirkungsvolle Bekundungen der internationalen. Solidarität der Arbeiter. Lincoln selbst erkannte dies an, als er in einer Botschaft an die Textilarbeiter von Manchester, die infolge der Baumwollblockade hungern mußten, ihre Unterstützung „ein Beispiel erhabenen christlichen Heldentums, das zu keiner Zeit in irgendeinem Lande übertroffen worden ist“[23], nannte. Lincoln dankte auch der I. Internationale für ihre Unterstützung, und der Senat der Vereinigten Staaten schloß sich am 2. März 1863 dem Dank an die britischen Arbeiter an. Die internationale Unterstützung der Arbeiterschaft trug wesentlich dazu bei, daß dieser „welthistorische, fortschrittliche und revolutionäre Krieg“, wie Lenin ihn nannte, zu einem erfolgreichen Abschluß gebracht werden konnte.

---

22 Karl Marx und Friedrich Engels, Ausgewählte Schriften in zwei Bänden, Bd. I, S. 358/359. [MEW 16, S. 13, 355]

23 Carl Sandburg, “Abraham Lincoln ...”, Bd. 2, S. 24.

[57:]

4
DIE INTERNATIONALE ARBEITERASSOZIATION
(1864–1876)

Die Internationale Arbeiterassoziation wurde am 28. September 1864 in London gegründet. Ihr maßgeblicher Organisator und politischer Führer war Karl Marx. Die IAA entstand in einer Zeit, als die politischen Auseinandersetzungen in Europa und den Vereinigten Staaten schärfere Formen annahmen. Sie war die erste internationale Organisation der rasch wachsenden gewerkschaftlichen und sozialistischen Bewegung jener Zeit, die erste große Verwirklichung der berühmten Losung von Marx „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“. Die IAA verpflichtete sich auf das Programm der vollständigen Befreiung der Arbeiterklasse. Engels kennzeichnete sie als „eine die fortgeschrittensten Länder Europas und Amerikas umfassende Arbeiterassoziation, die den internationalen Charakter der sozialistischen Bewegung sowohl den Arbeitern selbst wie den Bourgeois und den Regierungen sozusagen leiblich vorführen sollte ...“[1]

Die Marxisten begannen mit dem Aufbau der IAA in den Vereinigten Staaten bald nach dem Bürgerkrieg, im Jahre 1867. Die im Jahre 1869 gegründete Sektion 1 war eine Verschmelzung der German General Workers Union und des Communist Club von New York. Die Vereinigung nannte sich Social Party of New York. Gegen Ende 1870 entstanden zwei weitere Sektionen, eine französische und eine böhmische. Diese ersten drei Sektionen konstituierten sich als North American Federation der IAA, Sekretär des Zentralkomitees war F. A. Sorge. Bis 1872 entstanden dreißig Sektionen der IAA mit mehr als 5000 Mitgliedern, die über das ganze Land verteilt waren.

[58:]

Von der Revolution zur Konterrevolution

Die IAA, die eine sehr wichtige Etappe in der Entwicklung des amerikanischen Marxismus darstellte, gab den marxistischen Gruppen zunächst wenigstens ein lockeres nationales Zentrum. Sie begann ihre Tätigkeit in einem sehr kritischen Abschnitt der amerikanischen Geschichte. Mit der Niederlage der Sklavenhalter im Bürgerkrieg hatte die Revolution erst ihre erste Phase, die Befreiung der Sklaven, bewältigt. Nun kam es darauf an, die Ländereien der Plantagenbesitzer zu konfiszieren, den ehemaligen Negersklaven Boden zur Verfügung zu stellen und auch die Rückkehr der geschlagenen Sklavenbesitzer an die Macht zu verhindern.[2] Dies waren die revolutionären Aufgaben der Rekonstruktionsperiode.

Die Bourgeoisie war in diesen entscheidenden Fragen nicht einig. Die von Stevens geführte Linke, die sogenannten Radikalen Republikaner, forderte eine demokratische Rekonstruktion des Südens. Die um Präsident Johnson (seit der Ermordung Lincolns am 14. April 1865) gruppierten Kräfte der Rechten wollten der Revolution Einhalt gebieten und die Großgrundbesitzer im Süden wieder an die Macht bringen.

Im Dezember 1865 gelang es den Kräften um Stevens, die den Kongreß in der Hand hatten, das reaktionäre Rekonstruktionsprogramm Johnsons zu Fall zu bringen und den Dreizehnten Zusatzartikel zur Verfassung, durch den die Sklaverei überall in den Vereinigten Staaten abgeschafft wurde, durchzusetzen. Im Laufe des Jahres 1866, nach ihrem Siege in den erbitterten Wahlkämpfen dieses Jahres, beschlossen sie das Gesetz über die Bürgerrechte (Civil Rights Bill), das Gesetz über das Amt für befreite Sklaven (Freedmen’s Bureau Bill) und den Vierzehnten Zusatzartikel zur Verfassung, der gleiche Rechte für Neger und Weiße bestimmte. Im Jahre 1867 setzten sie auch die Rekonstruktionsgesetze durch. Alle diese Maßnahmen waren dazu bestimmt, den Negern ein Mindestmaß an Freiheit zu geben, nicht aber den Boden, den sie so dringend benötigten.

Die befreiten Neger, deren revolutionäre Aktivität und revo-[59:]lutionäres Bewußtsein stark entwickelt waren, organisierten Volksversammlungen, beteiligten sich aktiv am politischen Leben, brachten

---

1 Karl Marx und Friedrich Engels, Ausgewählte Schriften in zwei Bänden, Bd. II, S. 149/150. [MEW 19, S. 100 f.]

2 Siehe James S. Allen, “Reconstruction, the Battle for Democracy”, New York 1937, S. 31.

viele Neger auf hohe Posten in den Gemeinde- und Staatsverwaltungen und kämpften nicht selten mit der Waffe in der Hand um den für sie so wichtigen Boden. Gemeinsam mit ihren weißen Bundesgenossen spielten sie während der Rekonstruktionsperiode in vielen südstaatlichen Regierungen eine große Rolle, und sie erließen zahlreiche fortschrittliche Gesetze. Sie gaben glänzende Beweise für ihre politische Begabung. Zwischen 1870 und 1881 saßen zwei Neger, H. R. Revels und Blanche K, Bruce, beide aus Mississippi, im Senat. Vierzehn Neger waren in dem gleichen Zeitraum Mitglieder des Repräsentantenhauses. In Louisiana, Süd-Carolina und Mississippi waren die stellvertretenden Gouverneure Neger, und sehr viele Neger waren in den Südstaaten Staats- und Kommunalbeamte.

Karl Marx war sich bei seiner großen Kenntnis und Erfahrung in Fragen der Revolution darüber klar, daß es jetzt darauf ankam, den im Bürgerkrieg errungenen Sieg zu festigen, und sah die Gefahr der Gegenrevolution voraus. In der berühmten „Adresse des Generalrats der IAA an das Volk der Vereinigten Staaten“ vom September 1865 rief Marx dem amerikanischen Volke zu: „Erklärt eure Mitbürger von diesem Tage an für frei und gleich, ohne jeden Vorbehalt. Wenn ihr ihnen Bürgerrechte verweigert, während ihr von ihnen Bürgerpflichten fordert, werdet ihr euch früher oder später einem neuen Kampf gegenübersehen, der euer Land noch einmal mit Blut überschwemmen wird.“[3] Dies war die Generallinie der IAA in den Vereinigten Staaten, aber die amerikanischen Marxisten waren sich nicht völlig darüber klar, wie der Kampf gegen die Konterrevolution geführt werden mußte.

Die von den Farmern und Negern unterstützte Arbeiterklasse war die einzige Klasse, die die bürgerlich-demokratische Revolution 1861-1865 in der Rekonstruktionsperiode hätte zu Ende führen können. Aber sie war politisch viel zu unreif, um diese ungeheure Aufgabe zu bewältigen. Voll in Anspruch genommen durch ihre dringenden wirtschaftlichen Sorgen und erfüllt von kleinbürgerlichen Illusionen, begriff die Arbeiterschaft [60:] noch nicht ihre wahre Rolle als Führer aller Unterdrückten. Daher konnte sie ihre natürlichen Verbündeten – die Werktätigen, die Farmer und die Neger – nicht gegen die zunehmende Reaktion der Industriellen des Nordens und der Plantagenbesitzer des Südens zusammenschließen. Infolgedessen triumphierte die Konterrevolution im Süden.

Die Bourgeoisie des Nordens hatte ihre. wichtigsten Ziele durch den Bürgerkrieg erreicht. Sie brach die politische Vorherrschaft der Plantagenbesitzer; sie rettete die Einheit des Landes; sie räumte die größten Hindernisse für eine schnelle kapitalistische Entwicklung aus dem Wege, und sie bekam die Regierung völlig in die Hand. Das war es, was sie erstrebte. Nachdem das Kapital des Nordens im Laufe des Krieges enorm erstarkt war und seinen alten Gegner, die Plantagenbesitzer, nicht mehr zu fürchten brauchte, bemühte sich die Bourgeoisie, diese zu ihren willfährigen Verbündeten zu machen. Sie war nicht im geringsten daran interessiert, im Süden eine Masse von freien Negerfarmern zu schaffen. Sie wollte vielmehr der Revolution Einhalt gebieten. So gelangten die Kapitalisten des Nordens während der Amtszeit des Präsidenten Andrew Johnson, nachdem sie die Radikalen um Stevens ausgeschaltet hatten, zu einem stillschweigenden Übereinkommen mit den Plantagenbesitzern. Infolgedessen konnten diese mit den Gewaltmethoden des Ku Klux Klan die Neger niederhalten und ihnen das Zwangsarbeitssystem aufzwingen, unter dem sie noch immer leben. Dies war ein charakteristisches Beispiel dafür, daß eine herrschende Ausbeuterklasse angesichts einer revolutionären Situation zum Terrorismus und zur illegalen konterrevolutionären Gewalt greift.

Gefördert durch die Bedürfnisse des Krieges und der Fesseln der Sklavenbesitzerherrschaft ledig, machte die industrielle Entwicklung in den nächsten Jahrzehnten, besonders im Norden, beispiellose Fortschritte. Die Schwerindustrie und die Eisenbahnen dehnten sich sehr schnell aus. Charakteristische Züge jener Zeit waren die Konzentration in der Industrie und die Zunahme der Aktiengesellschaften. Die Bourgeoisie beeilte sich, ihre neue politische Macht zur Ausplünderung der Staatsländereien und Finanzen auszunutzen. So folgten auf den [61:] Bürgerkrieg Jahrzehnte stürmischer Ausdehnung und Spekulation und eine wilde Orgie von Bestechung und Korruption. Es war das „Goldene Zeitalter“. Die rasche Entwicklung des Kapitalismus führte auch zu einer schnellen Neugruppierung der Klassenkräfte und zur Verschärfung aller Klassenantagonismen.

---

3 Hermann Schlueter, “Lincoln, Labor, and Slavery”, S. 200.

Die Marxisten und die National Labor Union

Die mächtige Ausdehnung des Kapitalismus, die Vermehrung der Zahl der Industriearbeiter und die zunehmende Ausbeutung der Arbeiterschaft in dem Jahrzehnt des Bürgerkriegs verursachten auch eine schnelle Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung. So gab es im Jahre 1863 79 lokale Gewerkschaften in 20 Berufszweigen, und ein Jahr später waren es bereits 270 lokale Gewerkschaften in 53 Berufszweigen. Mit dem Ende des Krieges beschleunigte sich das Wachstumstempo noch. Das Bedürfnis nach einer das ganze Land umfassenden Organisation der Arbeiterschaft wurde akut. Nach einem vergeblichen Versuch mit der Industrial Assembly of America im Jahre 1864 kam der Erfolg mit der Gründung der National Labor Union in Baltimore am 26. August 1866. Joseph Weydemeyer, der führende Kopf unter den Marxisten, der sehr viel zu ihrer Gründung beitrug, starb am Eröffnungstage des Kongresses der National Labor Union in St. Louis an der Cholera.

Der marxistische Einfluß spielte unbestreitbar eine Rolle bei diesem großen Schritt vorwärts der Arbeiterklasse, doch war die National Labor Union keine marxistische Organisation. In allen Industriezentren leisteten die Sozialisten aktive Gewerkschaftsarbeit, und auf dem Kongreß von Baltimore waren sie mit mehreren Delegierten vertreten. William H. Sylvis[4] vom Formerverband, der Führer der National Labor Union, war zwar kein Marxist, aber er war mit Weydemeyer und Sorge befreundet und unterstützte auch die Internationale Arbeiterassoziation. Er war ein begabter Organisator und der erste [62:] wirkliche Führer eines das ganze Land umfassenden Gewerkschaftsverbandes. William J. Jessup, der Führer der New-Yorker Zimmerleute, unterhielt direkte Beziehungen zum Generalrat der IAA. Cameron, der Chefredakteur des "Workingman's Advocate", druckte alle Adressen des Generalrats der IAA sowie viele Artikel von Marx, Wilhelm Liebknecht und Sorge im vollen Wortlaut nach. Ira Stewart, bekannt wegen seiner führenden Rolle im Kampf um den Achtstundentag, hatte „Das Kapital" von Marx gelesen, und es hatte auf ihn einen tiefen Eindruck gemacht. Selbst Samuel Gompers, damals noch jung in der Arbeiterbewegung und mit Sorge befreundet, fühlte sich zur IAA hingezogen. Er sagte: „Ich gewann Interesse an der Internationale, denn ihre Prinzipien sprachen mich an als gesund und praktisch." Über die damalige Zeit erklärte Gompers: „Im Anfang der siebziger Jahre beherrschte die Internationale fraglos die Arbeiterbewegung in New York City."[5]

In den sechs Jahren ihres Bestehens führte die National Labor Union bedeutsame Aktionen durch und betrieb vielfach eine grundsätzlich richtige Arbeiterpolitik. Vor allem führte sie einen energischen Kampf für den Achtstundentag. Das Ergebnis ihrer Bemühungen war, daß der Kongreß am 25. Juni 1868 ein Gesetz annahm, in dem den Arbeitern, Handwerkern und allen anderen Werktätigen im Bundesdienst der Achtstundentag zugestanden wurde.[6] Die National Labor Union setzte sich auch energisch für die Arbeitslosen ein. Sie war der erste Gewerkschaftsverband in der Welt, der für Männer und Frauen gleichen Lohn für gleiche Arbeit forderte. Die hervorragende Gewerkschafterin Kate Mullaney wurde von Sylvis im Jahre 1868 zum Zweiten Sekretär ernannt und mit der Organisierung der Frauen betraut.[7] Die National Labor Union kämpfte auch gegen die Kinderarbeit und für die Organisierung der Unorganisierten in allen Berufszweigen und Industrien.

Die Gründer der National Labor Union begriffen die Not-[63:]wendigkeit unabhängigen politischen Handelns. So kam es 1871 zur Gründung der Labor Reform Party. Die National Labor Union und die Labor Reform Party gerieten jedoch in die Hände von Opportunisten und Reformern, die schließlich beide Organisationen zugrunde richteten. Beschleunigt wurde diese Entwicklung durch den plötzlichen Tod von Sylvis im Juli 1869.

Die Marxisten beteiligten sich aktiv an der gesamten Arbeit der National Labor Union. Sie leisteten eifrige Gewerkschaftsarbeit und traten für unabhängiges politisches Handeln ein. An allen Streiks und sonstigen Kämpfen der Zeit waren sie beteiligt. Sie wirkten bei der Organisierung der historischen Demonstration für den Achtstundentag 1871 in New York mit. In dieser Demonstration marschierte

---

4 Siehe Charlotte Todes, "William H. Sylvis and the National Labor Union", New York 1942.

5 Samuel Gompers, "Seventy Years of Life and Labor", New York 1925, Bd. 1, S. 60, 85.

6 Siehe Philip S. Foner, "History of the Labor Movement ...", S. 377.

7 Siehe Charlotte Todes, "William H. Sylvis ...", S. 84.

mit den 20.000 Arbeitern eine starke Abordnung der IAA, die zum ersten Mal ein rotes Banner mit der Inschrift „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ durch die Straßen der Stadt trug. Als die Abordnung der IAA vor der City Hall aufmarschierte, wurde sie von den 5000 Versammelten mit lebhaftem Beifall und dem Ruf „Vive la Commune“ begrüßt. Auch an der großen Arbeitslosendemonstration von 1874 auf dem Tompkins Square in New York waren die Marxisten maßgeblich beteiligt.

Ein großer Erfolg der damaligen Tätigkeit der IAA war der Anschluß der Gruppe United Irish Workers. Sie wurden geführt von dem begabten Marxisten J. P. McDonnell, einem Fenier und Mitarbeiter von Marx auf den Kongressen der I. Internationale. McDonnell, ein fähiger und aktiver Gewerkschafter, hatte große Erfolge bei der Organisierung der Unorganisierten. Viele Jahre hindurch war er Chefredakteur des „Labor Standard“, des führenden Gewerkschaftsblattes jener Zeit. Gompers nannte ihn den „Nestor der Gewerkschaftspresse“.

Die National Labor Union und die Negerfrage

Damals war die Frage der Negerarbeit ein brennendes Problem für die Arbeiterbewegung. Die Unternehmer spielten die weißen Arbeiter systematisch gegen die eben erst befreiten Negerarbeiter aus und versuchten die Negerarbeiter zur Herab-[64:]drückung der Löhne sämtlicher Arbeiter, ja sogar als Streikbrecher zu benutzen. Die fortschrittlicheren Führer der National Labor Union, besonders die Marxisten, hatten ein gewisses Verständnis für die Notwendigkeit der Solidarität zwischen den Negern und den weißen Arbeitern und der Organisierung der befreiten Neger durch die National Labor Union. Aber trotz der Bemühungen von Sylvis, Richard Trevellick und anderen wurde nicht viel dazu getan. In vielen Gewerkschaften bestanden diskriminierende Jim-Crow-Tendenzen, und infolgedessen waren die Negerarbeiter in ihrer Masse nicht organisiert und besaßen keine Interessenvertretung.

So kam es, daß sich die Negerarbeiter eine eigene Organisation schufen. Im Dezember 1869, nachdem es der National Labor Union einige Monate zuvor auf ihrem Kongreß nicht gelungen war, den Negerarbeitern Achtung zu verschaffen, beriefen sie einen Kongreß von 156 Delegierten, die in ihrer Mehrzahl aus dem Süden stammten, ein und gründeten die National Colored Labor Union mit Isaac Myers als Präsidenten. Trevellick nahm als Vertreter der National Labor Union an dem Kongreß teil. Der Kongreß wählte fünf Delegierte zur Teilnahme am nächsten Kongreß der National Labor Union. Die National Colored Labor Union schuf sich auch eine Zentrale, das National Bureau of Labor in Washington, und gab ein eigenes Organ heraus, die “New National Era”.[8]

„Im Februar 1870 gab das Amt eine Programmschrift mit den Hauptforderungen der Neger heraus. Darin wurde eine Gesetzgebung gefordert, die den Negern Gleichheit vor dem Gesetz verschaffen sollte. Es wurde eine Aufklärungskampagne vorgeschlagen, um die Opposition der weißen Mechaniker gegen die Neger in deren Berufen zu überwinden. Es wurden Genossenschaften und Heimstätten für die Neger empfohlen.“[9]

In mehreren Fragen wurden die Beziehungen zwischen der National Labor Union und der National Colored Labor Union gespannt. Die Spannung erreichte ihren Höhepunkt anläßlich der Gründung der National Land Reform Party. Daß dieser [65:] erste ernsthafte Versuch, die Einheit zwischen den Negerarbeitern und den weißen Arbeitern herzustellen, scheiterte, war im wesentlichen auf die kurzsichtige Politik der weißen Führer der National Labor Union zurückzuführen. Sie hatten niemals Verständnis für die brennenden Probleme der Neger in der Rekonstruktionsperiode, und einige von ihnen vertraten Ideen, die von denen des Präsidenten Johnson nicht allzu weit entfernt waren. Unter dem rücksichtslosen Druck der anwachsenden Reaktion im Süden löste sich die National Colored Labor Union bald auf.

Die Marxisten beschäftigten sich innerhalb wie außerhalb der National Labor Union ernstlich mit der Negerfrage, vorwiegend im gewerkschaftlichen Sinne. Sie forderten die Aufhebung aller die Neger diskriminierenden Gesetze. Die Sektion 1 der Internationalen Arbeiterassoziation schuf einen Sonderausschuß, um die Negerarbeiter gewerkschaftlich zu organisieren. Infolgedessen betrachteten die

---

8 Siehe Charles H. Wesley, “Negro Labor in the United States”, New York 1927, S. 174.

9 Philip S. Foner, “History of the Labor Movement ... ”, S. 405.

Neger die Sozialisten als ihre zuverlässigen Freunde, an die sie sich zwecks Zusammenarbeit wenden konnten. An der großen Demonstration für den Achtstundentag in New York beteiligten sich im Rahmen der IAA-Abordnung auch Negergewerkschafter, und in der Demonstration gegen die Hinrichtung der Kommunarden marschierte unter dem Banner der I. Internationale eine Kompanie Negermiliz, die Skidmore-Garde.

Die National Labor Union und die I. Internationale

Von Anfang an war der Geist des Internationalismus in der National Labor Union lebendig. Dies war in der Hauptsache dem Einfluß der deutschen Marxisten und der englischen Chartisten in ihren Reihen zuzuschreiben. Sie unterhielt freundschaftliche Beziehungen zur Internationalen Arbeiterassoziation. Marx begrüßte die Gründung des neuen Gewerkschaftsbundes in den Vereinigten Staaten mit tiefster Befriedigung. Die Frage des Anschlusses an die IAA spielte auf allen Kongressen der National Labor Union eine hervorragende Rolle. Besonders Sylvis wußte die Bedeutung der internationalen Solidarität der Arbeiter zu würdigen.

[66:] Auf dem Kongreß von 1867 stellte der Präsident W. J. Jessup den Antrag, der IAA beizutreten; er wurde dabei von Sylvis unterstützt. Der Kongreß stimmte zwar nicht für den Anschluß, erklärte sich aber bereit, Richard F. Trevellick zum nächsten Kongreß der IAA zu entsenden. Aus Geldmangel konnte er jedoch nicht reisen. Die beiden Organisationen arbeiteten immer freundschaftlich zusammen, und Karl Marx interessierte sich besonders für die vielversprechende National Labor Union. Schließlich nahm A. C. Cameron Ende 1869 als Vertreter der National Labor Union an dem Baseler Kongreß der IAA teil. Er stellte dort mehrere Anträge auf Zusammenarbeit zwischen den europäischen und den amerikanischen Arbeitern, um die Einwanderung zu regulieren und die Verschiffung von Streikbrechern nach den Vereinigten Staaten zu unterbinden. Der Kongreß der National Labor Union von 1870 stimmte zwar ebenfalls nicht für den Anschluß an die IAA, nahm aber eine Resolution an, die die Prinzipien der Internationalen Arbeiterassoziation billigte und die Absicht zum Ausdruck brachte, sich ihr „in nicht ferner Zukunft“ anzuschließen.[10]

Der Tod von Sylvis im Jahre 1869 war ein schwerer Schlag für die wachsende internationale Solidarität der Arbeiter. Commons sagt: „Hätte die National Labor Union nicht ihren Führer verloren, so wäre ihr Anschluß an die Internationale, soviel man aus der Korrespondenz von Sylvis entnehmen kann, bald zustande gekommen.“[11] Der Generalrat der IAA richtete an die National Labor Union ein von Karl Marx unterzeichnetes Beileidsschreiben, in dem es hieß: „Sein Tod, der euch einen treuen, standhaften und unermüdlichen Arbeiter für die gute Sache entrissen hat, hat uns mit tiefem Schmerz und Leid erfüllt.“

Der Niedergang der National Labor Union

Im Jahre 1869 stand die National Labor Union mit schätzungsweise 600.000 Mitgliedern auf ihrem Höhepunkt. Danach begann ihr Niedergang, und sie zerfiel rasch. An dem Kongreß [67:] von 1871 nahmen nur noch 22 Delegierte teil, in der Mehrzahl Bodenreformer. Die ihr angeschlossene amerikanische Sektion der IAA trat aus, da sie mit der Arbeitsweise der Organisation unzufrieden war. Auf dem Kongreß von 1872 waren nur sieben Delegierte, Führer aus der ersten Zeit, anwesend. Das war das Ende der National Labor Union. In den Jahren 1873 und 1874 wurden Versuche gemacht, zu ihrer Wiederbelebung Kongresse in Columbus und Rochester einzuberufen, aber das waren vergebliche Bemühungen. Die Organisation war nicht mehr zu retten.

Zahlreiche Ursachen wirkten zusammen, um das Ende der einst so vielversprechenden National Labor Union herbeizuführen. Eine von ihnen lag darin, daß die Organisation kein Gewerkschaftsbund im eigentlichen Sinne war. Von Anfang an setzte sie sich aus „Gewerkschaften, Arbeitervereinen und Kampfbünden für den Achtstundentag“ zusammen, und schließlich waren zahlreiche Prediger, Journalisten, Advokaten und sonstige Karrieristen in sie eingedrungen, die kleinbürgerliche Illusionen unter den Arbeitern verbreiteten. Außerdem war die Organisation in finanzieller Hinsicht schwach

---

10 Siehe Charlotte Todes, “William H. Sylvis ...”, S. 90.

11 John R. Commons, “History of Labor ...”, Bd. 2, S. 132.

und allzusehr dezentralisiert. Sie erhob keine regelmäßigen Beiträge und hatte keine fest besoldete dauernde Führung. Ihre Tätigkeit beschränkte sich im wesentlichen auf die Veranstaltung von Nationalkongressen, und die darauf folgende Arbeit leisteten die angeschlossenen Organisationen. Schließlich, und das war ihre Hauptschwäche, mißbilligte die Organisation unter dem Einfluß der Lassalleaner die Gewerkschaftsarbeit und beschäftigte sich vorwiegend mit der Währungsfrage und anderen kleinbürgerlich-reformistischen politischen Aktionen. Dies entfremdete ihr die Gewerkschaften, die aus der Organisation austraten. So fiel sie allen möglichen nicht zur Arbeiterklasse gehörenden Elementen in die Hände. Schon 1870 richtete Sorge einen Brief an Karl Marx, in dem er den Verlauf der Ereignisse klar voraussah: „Die National Labor Union, die im Anfang ihrer Laufbahn so glänzende Aussichten hatte, ist vom Banknotenfimmel vergiftet worden und stirbt langsam, aber sicher.“[12] Der Einfluß der Marxisten auf die National Labor [68:] Union war viel zu begrenzt, um diesen zersetzenden Einflüssen entgegenwirken zu können.

Trotz ihres kurzen sechsjährigen Lebens hat die National Labor Union in der Entwicklung der amerikanischen Arbeiterbewegung eine bedeutsame Rolle gespielt. Sie war die Nachfolgerin der National Trades Union der dreißiger Jahre und die Vorläuferin der Knights of Labor und der American Federation of Labor (AFL). Sie leistete Pionierarbeit in der Organisierung der Negerarbeiter, in der Verteidigung der Rechte der Arbeiterinnen und aller anderen Werktätigen, in der Organisierung unabhängigen politischen Handelns und in der Entwicklung der internationalen Solidarität der Arbeiterklasse. Die kämpferischen Traditionen, die Sylvis und seine Mitarbeiter hinterlassen haben, werden die amerikanische Arbeiterbewegung noch lange begeistern. Sie sind lebendig in der heutigen Kommunistischen Partei.

Die Marxisten und die Lassalleaner

In der Periode der Internationalen Arbeiterassoziation richtete sich der ideologische Kampf der Marxisten zu einem wesentlichen Teil gegen die Lassalleaner. Ferdinand Lassalle gründete 1863 den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein, dessen Programm darin bestand, das allgemeine Wahlrecht zu erobern und dann die Stimmen der Arbeiter zur Durchsetzung von Staatskrediten für Produktionsgenossenschaften zu benutzen. Darin sah Lassalle den Weg zum Sozialismus. Den gewerkschaftlichen Kampf der Arbeiter um bessere wirtschaftliche Verhältnisse betrachtete er als zwecklos. Er begründete diese Ablehnung mit seiner Theorie vom „ehernen Lohngesetz“, welches besagte, daß der Durchschnittslohn der Arbeiter immer beim Minimum liege und durch ökonomische Aktionen nicht erhöht werden könne. Daher sei die Gewerkschaftsarbeit nutzlos.

Die deutschen Einwanderer brachten die Ideen Lassalles mit, und diese fanden unter den deutschen Arbeitern in den Vereinigten Staaten viel Anklang. In den Vereinigten Staaten, wo die Arbeiter das Stimmrecht bereits besaßen, brauchten sie ihre [69:] Stimmen anscheinend nur noch dazu zu benutzen, Einfluß auf die Regierung zu gewinnen und dann Lassalles Plan der staatlich finanzierten Genossenschaften in die Tat umzusetzen. Dann würden alle Probleme der Arbeiter gelöst sein. Diese Theorie wirkte sich in der Praxis äußerst schädlich aus. Sie bedeutete, daß der tägliche Kampf der Arbeiter und der Neger vernachlässigt wurde; sie führte zur Geringschätzung der Gewerkschaften und zur Isolierung von ihnen und rief die Tendenz hervor, den Kampf der Arbeiter auf eine opportunistische Politik zu beschränken. Das Lassalleanertum war weitgehend dafür verantwortlich, daß die National Labor Union, in der die Lassalleaner großen Einfluß ausübten, die wichtigen ökonomischen Funktionen der Gewerkschaften in verhängnisvoller Weise unterschätzte. Angesichts des Zusammenbruchs der Gewerkschaften in der großen Wirtschaftskrise von 1873 und bei den erfolglosen Streiks dieser Zeit verloren viele Arbeiter den Glauben an die Gewerkschaften und liehen den Illusionen der Lassalleaner ihr Ohr.

Schon in den Anfängen des Lassalleanertums setzten sich die Marxisten unter der Führung von Sorge aktiv mit Lassalles Theorie und Praxis auseinander und wiesen nach, daß sie falsch und schädlich war. Eine wertvolle Hilfe für die amerikanischen Marxisten in diesem Kampf war Marx’ berühmte

---

12 Zitiert in Philip S. Foner, “History of the Labor Movement ...”, S. 429.

Polemik gegen Weston in England, die unter dem Titel „Value, Price and Profit“[13] veröffentlicht wurde. In dieser Streitschrift führte Marx den schlüssigen Beweis, daß es zwar die Tendenz des Kapitalismus ist, zur relativen und absoluten Verelendung der Arbeiter zu führen, daß sich diese aber trotzdem durch entschlossenes wirtschaftliches und politisches Handeln einen größeren Anteil an dem von ihnen geschaffenen Wert sichern können. Marx wies nach, daß die Abschaffung der Ausbeutung zwar nur durch die Abschaffung des Kapitalismus möglich ist, daß die Arbeiter aber dem Bestreben der Kapitalisten, sie auf das nackte Existenzminimum herunterzudrücken, erfolgreichen Widerstand leisten können.

Der Kampf zwischen den Marxisten und den Lassalleanern tobte in den siebziger Jahren eine Zeitlang besonders heftig in [70:] der gesamten Presse und in allen Sektionen der IAA, und er wirkte sich auch auf die Gewerkschaften aus. In diesem Kampf traten die Marxisten unerschütterlich für starke Gewerkschaften und für aktiven ökonomischen Kampf ein. Sie setzten sich auch dafür ein, daß die Arbeiter bei Wahlen nur dann Kandidaten aufstellen sollten, wenn sie starke Gewerkschaften hinter sich hätten. Die richtige Theorie und die harte Wirklichkeit des Lebens waren auf Seiten der Marxisten. Der Not gehorchend, bauten die Arbeiter ihre Gewerkschaften aus und streikten weiter, und die opportunistischen politischen Kampagnen der Lassalleaner erlitten eine Niederlage nach der anderen. Die Lassalleaner kämpften eine verlorene Schlacht. Gompers, damals ein radikaler junger Gewerkschafter, stand in diesem historischen Streit auf der Seite der Marxisten.

Im Verlauf der Kontroverse gründeten die Lassalleaner im Jahre 1874 die Labor Party in Illinois und die Social-Democratic Party of North America im Osten. Sie hatten auch ein eigenes Presseorgan, den „Vorboten“. Sehr aktive Lassalleaner waren Karl Klinge und der Zigarrenmacher Adolph Strasser, der später gemeinsam mit Gompers eine hervorragende Rolle bei der Gründung der American Federation of Labor spielte. Allmählich setzten sich die Marxisten in der Presse und den Organisationen der Lassalleaner weitgehend durch und gaben ihnen schließlich ein marxistisches Programm.

Neben diesen Auseinandersetzungen mit den Rechten, mit den Lassalleanern, führten die amerikanischen Marxisten, tatkräftig beraten von Marx und Engels, auch einen Kampf gegen das in der IAA tief eingewurzelte linke Sektierertum. Dieses Übel offenbarte sich unter anderem in den unter den deutschen sozialistischen Arbeitern bestehenden Tendenzen, die Erlernung der englischen Sprache und die Anpassung an die amerikanischen Gewohnheiten gering zu schätzen, sich von den breiten Massen des amerikanischen Volkes und ihren Tageskämpfen zu isolieren, neben den bereits bestehenden Arbeiterorganisationen rein deutsche Gewerkschaften zu gründen und überhaupt die konkrete Anwendung der marxistischen Prinzipien auf die amerikanischen Verhältnisse zu versäumen. Einige Jahre später schrieb Engels über das in den Vereinigten Staaten noch immer [71:] herrschende Sektierertum: „Die Deutschen haben nun einmal nicht verstanden, von ihrer Theorie aus den Hebel anzusetzen, der die amerikanischen Massen in Bewegung setzen konnte; sie verstehn die Theorie großenteils selbst nicht und behandeln sie doktrinär und dogmatisch als etwas, das auswendig gelernt werden muß, dann aber auch allen Bedürfnissen ohne weiteres genügt. Es ist ein Credo, keine Anleitung zum Handeln.“[14] Marx kritisierte diese doktrinäre und sektiererische Schwäche in den Vereinigten Staaten ebenso unmißverständlich.

Die Auflösung der I. Internationale

Die Zeit der Internationalen Arbeiterassoziation war voll von Stürmen und Kämpfen. Die organisierte Reaktion in Europa, erschreckt durch die revolutionäre Aktivität der Internationale, bekämpfte sieerbarmungslos, besonders nach der Niederlage der historischen Pariser Kommune von 1871. In Frankreich und anderen Ländern wurde die IAA außerhalb des Gesetzes gestellt. Wesentlicher aber für den Niedergang der I. Internationale waren die bedenklichen ideologischen Schwächen in ihren eigenen Reihen. Um diesem Übel abzuhelfen, bemühten sich die Marxisten immer wieder in Wort und Tat, den Marxismus zur herrschenden Ideologie der Arbeiterklasse zu machen. Sie kämpften gegen die

---

13 In der deutschen Übersetzung bekannt unter dem Titel „Lohn, Preis und Profit“. *Die Red*.

14 Karl Marx/Friedrich Engels, Ausgewählte Briefe, S. 469. [MEW 36, S. 578]

opportunistischen Gewerkschaftsführer in England, gegen den Proudhonismus in Frankreich, gegen das Lassalleanertum in Deutschland und gegen die Bakunisten in der ganzen Welt. Am heftigsten warten ihre Auseinandersetzungen mit den Bakunisten.

Der russische Anarchist Michael Bakunin war fest entschlossen, die Führung der Weltarbeiterbewegung den Marxisten zu entreißen. Im Jahre 1868 gründete er die sogenannte Schwarze Internationale, die sich in ihrem Programm für die Abwendung von jeglicher Politik und die Anwendung putschistischer Gewaltmaßnahmen einsetzte, und forderte die Aufnahme in die IAA. Vom Generalrat zurückgewiesen, brachte Bakunin im Jahre 1869 den Streit vor den Baseler Kongreß der IAA. Hier [72:] setzte Marx, von einer starken Mehrheit unterstützt, seinen Standpunkt durch. Bei der darauffolgenden Spaltung gelang es Bakunin, bedeutende französische, spanische und belgische Organisationen auf seine Seite zu ziehen. Die Auseinandersetzungen nahmen sehr heftige Formen an, und auf dem Kongreß von 1872 beschloß die IAA wegen der ungünstigen inneren und äußeren Situation, ihre Zentrale nach New York zu verlegen. Zum Sekretär wurde F. A. Sorge gewählt.

Die Schwierigkeiten, die der I. Internationale überall zu schaffen machten, suchten in abgeänderter Form auch ihre amerikanische Sektion heim. Infolge der politischen Unreife der Arbeiterklasse und der sozialistischen Bewegung wurde. Die IAA in den Vereinigten Staaten von allen möglichen Reformisten, beschränkten Gewerkschaftern, Lassalleanern und Anarchisten Bakuninscher Richtung unterwühlt. Nach der Verlegung ihrer Zentrale in die Vereinigten Staaten existierte die IAA noch vier Jahre. Am 15. Juli 1876 aber, auf ihrem Kongreß in Philadelphia, an dem fast ausschließlich amerikanische Delegierte teilnahmen, löste sie sich offiziell auf. Dreizehn Jahre sollten vergehen, bis eine neue Internationale an ihre Stelle trat. Aber in den Vereinigten Staaten war die Auflösung der IAA, wie wir noch sehen werden, nur das Vorspiel zu einem neuen Aufschwung des Marxismus.

In den zwölf Jahren ihres Bestehens trug die Internationale Arbeiterassoziation viel zur Entwicklung der sozialistischen Bewegung in den Vereinigten Staaten bei. Anfangs fand sie nur wenige zersplitterte Gruppen von Marxisten mit unsicherer Ideologie vor. Sie festigte diese Gruppen in ihrem Verständnis des Marxismus erheblich und trug viel dazu bei, daß sie sich im Landesmaßstabe zusammenschlossen. Kurz, sie schuf die ideologischen und organisatorischen Fundamente der heutigen Kommunistischen Partei. Im internationalen Maßstabe leistete die IAA eine gewaltige Arbeit, um den Arbeitern eine revolutionäre Perspektive zu geben und ihnen beim Aufbau von Massengewerkschaften und politischen Parteien behilflich zu sein. Die I. Internationale hob die Weltarbeiterbewegung aus dem früheren Wirrwarr von utopischen Vereinigungen und halbsozialistischen Sekten empor und gab ihr eine wissenschaftliche [73:] marxistische Grundlage. Lenin sagt dazu: „Die I. Internationale ... legte den Grundstein der internationalen Organisation der Arbeiter zur Vorbereitung des revolutionären Ansturms gegen das Kapital ... den Grundstein zum internationalen proletarischen Kampf für den Sozialismus.“[15]

---

15 W. I. Lenin, „Die Dritte Internationale und ihr Platz in der Geschichte“; Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Dietz Verlag, Berlin 1954, Bd. II, S. 549. [LW 29, S. 295, 296]

[74:]

5
DIE SOCIALIST LABOR PARTY
(1876-1890)

Ein Vierteljahrhundert lang, von der Auflösung der Internationalen Arbeiterassoziation im Jahre 1876 bis zur Gründung der Socialist Party im Jahre 1900, war die Socialist Labor Party der Bannerträger des Marxismus in den Vereinigten Staaten. Dies kennzeichnete die nächste große Etappe in der Vorgeschichte der Kommunistischen Partei. Die Jahrzehnte der Socialist Labor Party waren eine Periode der intensiven Industrialisierung, der Entstehung des Monopolkapitalismus und des Imperialismus, der Verschärfung der Klassenkämpfe, einer Reihe der größten Streiks in der Geschichte der Vereinigten Staaten, vieler großer Farmerbewegungen und der allmählichen Konsolidierung des Marxismus zu einer organisierten Kraft in den Vereinigten Staaten.

Aus dem dringenden Bedürfnis nach einer marxistischen Partei unternahmen es die sozialistischen Kräfte, eine solche Partei in Philadelphia am 19. bis 22. Juli 1876 zu schaffen, wenige Tage nach der Auflösung der alten IAA in der gleichen Stadt. Diese neue Organisation war die Workingmen's Party of America, die im folgenden Jahre in Socialist Labor Party umbenannt wurde. Sie war im wesentlichen eine Fusion der marxistischen Elemente der IAA unter der Führung von F. A. Sorge und Otto Weydemeyer, dem Sohn von Joseph Weydemeyer, und der Lassalleaner von der Labor Party in Illinois sowie der Social-Democratic Party unter der Führung von Adolph Strasser, A. Gabriel und P. J. McGuire. Insgesamt waren etwa 3000 Mitglieder vertreten. Dem Gründungskongreß in Philadelphia war drei Monate vorher eine Vereinigungskonferenz in Pittsburgh vorausgegangen.

[75:] Den Lassalleanern gelang es auf der Konferenz, sich im Landesausschuß der neuen Partei die Mehrheit zu sichern, und sie wählten auch einen der Ihren, Philip Van Patten, zum Landessekretär. In der Bestimmung der politischen Linie jedoch überwog der Einfluß der Marxisten. Die Partei forderte die Nationalisierung der Eisenbahnen, des Telegrafenwesens und aller Verkehrsmittel und „die möglichst baldige Einführung der Regierungskontrolle über alle Industriebetriebe sowie die Leitung der Betriebe durch frei zusammenarbeitende Gewerkschaften zum Wohle des ganzen Volkes“[1]. Die Prinzipienerklärung wurde den Statuten der IAA entnommen, und in den wesentlichsten Fragen der Gewerkschaftsarbeit und des politischen Handelns bezog das Parteiprogramm unzweideutig die Position der alten Internationale.[2] Die neue Partei war also entschlossen, die Gewerkschaften energisch zu fördern und sich in ihrer parlamentarischen Tätigkeit auf starke Gewerkschaften zu stützen. Es wurde auch ein Sofortprogramm beschlossen, und die Zentrale der Partei wurde in Chicago eingerichtet. J. P. McDonnell wurde Chefredakteur des in englischer Sprache erscheinenden Parteiorgans "The Labor Standard", und Douai sollte alle Veröffentlichungen der Partei redigieren.

Organisatorisch, wenn auch nicht ideologisch, war also die Einheit hergestellt. Die streitenden Gruppen der Marxisten und der Lassalleaner setzten ihre Dispute in der neuen Organisation fort. Der Opportunismus der Lassalleaner verlor zwar im Laufe des nächsten Jahrzehnts an sich mehr und mehr seine Bedeutung, sollte sich aber bald zu seinem direkten politischen Abkömmling, dem pseudomarxistischen Rechtsopportunismus, wandeln.

Die Socialist Labor Party und der große Eisenbahnerstreik

Die Wirtschaftskrise von 1873 war eine der schwersten in der amerikanischen Geschichte. Die Unternehmer machten sich die ungeheure Arbeitslosigkeit zunutze und drückten die Löhne, [76:] wo sie konnten. Die verzweifelten Arbeiter reagierten mit einer Reihe erbitterter Streiks, wie die Vereinigten Staaten sie noch niemals erlebt hatten. Diese Streiks waren in der Hauptsache spontan, da die meisten Gewerkschaften während der Wirtschaftskrise zerfallen waren. In den Jahren 1874/1875 kam es zu ausgedehnten und erbitterten Streiks in der Textilindustrie und im Bergbau. Der „lange Streik“ von

---

1 "The Socialist", 29. Juli 1876.

2 Siehe John R. Commons, "History of Labor...", Bd. 2, S. 270.

1875 im Anthrazit-Kohlenrevier von Pennsylvania erreichte seinen Höhepunkt, als zehn irische Arbeiter erhängt und vierundzwanzig weitere ins Gefängnis geworfen wurden wegen angeblicher Zugehörigkeit zur „Molly Maguire“[3]. Sie wurden fälschlich des Mordes, der Brandstiftung und anderer Gewalttaten gegen die Grubenbesitzer beschuldigt. Es war einer der vielen an den Haaren herbeigezogenen Schandprozesse gegen Arbeiter, die die amerikanische Geschichte besudelt haben.

Der bedeutsamste Streik jener Zeit aber war der große Eisenbahnerstreik von 1877. Er wurde mit der Heftigkeit eines Bürgerkriegs geführt. In Martinsburg, West-Virginia, traten zunächst am 17. Juli 1877 die Arbeiter aller Berufszweige, Neger wie Weiße, gegen eine erhebliche Lohnkürzung in den Streik. Wie ein Präriebrand verbreitete sich der spontane Streik über zahlreiche Eisenbahnen, von Küste zu Küste. Die schwachen Eisenbahnergewerkschaften, die unter konservativer Führung standen, waren machtlos. Zum ersten Male erlebten die Vereinigten Staaten einen das ganze Land umfassenden Streik.

Die Regierung griff zu brutalen Maßnahmen, um den Streik zu brechen. Die großen Eisenbahnknotenpunkte wurden mit Miliz und Bundestruppen überschwemmt. Etwa 100.000 Soldaten standen unter Waffen.[4] An vielen Orten verbrüderten sich die Soldaten mit den Streikenden; an anderen schossen sie auf die Massen, und an manchen Orten wurden sie von den tapferen Streikenden in die Flucht geschlagen. Es gab Dutzende von Toten. Schließlich wurde der mit größter Erbitterung geführte Streik niedergeworfen. Die Arbeiter zahlten einen bitteren Preis [77:] für die Erkenntnis, daß sie starke Gewerkschaften und organisierte politische Aktionen brauchten. Durch diesen einem Bürgerkrieg nahekommenden Streik wurden alle Schichten der Bevölkerung im ganzen Lande tief aufgewühlt.

Die Workingmen’s Party war in diesem großen Streik, wie in allen anderen jener Zeit, sehr aktiv. Die Parteileitung drängte die Arbeiter und die Öffentlichkeit, den Streik zu unterstützen. Sie stellte die Forderung nach dem Achtstundentag auf und verlangte die Nationalisierung der Eisenbahnen. In der sozialistischen Hochburg Chicago organisierte die Partei einen erfolgreichen Generalstreik. „Chicago ist in der Hand der Kommunisten“, zeterten die Zeitungen. Einer der aktivsten Parteiführer in Chicago war damals Albert R. Parsons. Auch die Führung der Sozialisten in St. Louis war ausgezeichnet, und der Streik sehr erfolgreich. „Dies ist eine Arbeiterrevolution“, heulte das Ortsblatt „The Republican“. Eine Woche lang hatte das von der Partei geführte Streikkomitee die Stadt praktisch in der Hand.[5] Schließlich wurde der Streik durch den Einsatz von Truppen und die Verhaftung sämtlicher Führer abgewürgt. Die Partei setzte ihre Tätigkeit in anderen Streikzentren fort.

Für die Workingmen’s Party bedeutete dies alles neue, gewaltige Erfahrungen in der Führung großer Massen im Kampf. Es war ein wirkungsvoller Schlag gegen die sektiererischen Schranken, die die Partei von den Arbeitern trennten. Marx und Engels begrüßten den großen Massenkampf. Auf dem Kongreß von 1877 änderte die Partei ihren Namen in Socialist Labor Party of North America. Sie wuchs rasch. Schon 1879 hatte sie 10.000 Mitglieder in 25 Staaten, und zwischen 1876 und 1878 wurden 24 Zeitungen gegründet.

In dieser kritischen Periode erschien 1877 in den Vereinigten Staaten Lewis Henry Morgans berühmtes wissenschaftliches Werk “Ancient Society” („Die Urgesellschaft“). Es war im wesentlichen eine Studie über die soziale Organisation der Irokesen und vielleicht das wichtigste Buch, das in der westlichen Welt je geschrieben worden ist. Engels nannte es „eins der wenigen epochemachenden Werke unsrer Zeit“. Morgan [78:] war kein Sozialist, aber Engels sagte von ihm: Er hatte „die von Marx vor vierzig Jahren entdeckte materialistische Geschichtsauffassung in Amerika in seiner Art neu entdeckt ...“[6]

---

3 Terroristische irische Geheimorganisation. *Die Red*.

4 Siehe Justus Ebert, “American Industrial Evolution”, New York 1907, S. 60.

5 Siehe Morris Hillquit, „Geschichte des Sozialismus in den Vereinigten Staaten“, Stuttgart 1906, S. 212.

6 Friedrich Engels, „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats“, Vorwort zur ersten Auflage 1884; Karl Marx und Friedrich Engels, Ausgewählte Schriften in zwei Bänden, Bd. II, S. 161 und 159. [MEW 21, S. 28, 27]

Politische Kämpfe der Arbeiter und der Farmer

Nach den großen Streiks von 1877 wandten sich die Arbeiter, empört über die brutalen Unterdrückungsmethoden der Regierung, entschlossen der politischen Aktion zu. Arbeiterparteien entstanden in vielen Städten und Staaten. Inzwischen wurden die Farmer unter dem Druck der schweren Wirtschaftskrise ebenfalls politisch aktiv. Sie gründeten die sogenannte Greenback Party, die das Allheilmittel in der Herausgabe von Papiergeld sah. Auf diese Weise hofften die Farmer ihre Hypotheken zu löschen, die Nationalschuld zu liquidieren und einen allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwung zu finanzieren. Bei den Wahlen von 1876 lehnten die Arbeiterparteien es ab, die Greenback Party zu unterstützen, weil ihr Programm keine Arbeiterforderungen enthielt.

Im Jahre 1878 jedoch bestand bereits eine gemeinsame Organisation von Farmern und Arbeitern, die National Greenback-Labor Party. Diese Partei, deren Programm damals ein Minimum an Arbeiterforderungen enthielt, hatte bei den Wahlen in jenem Jahr beträchtliche Erfolge. Sie verzeichnete 1.050.000 Stimmen und entsandte 15 ihrer Mitglieder in den Kongreß. Die kapitalistische Presse zeterte, die kommunistische Revolution stehe vor der Tür. Aber dieses Bündnis zwischen Arbeitern und Farmern war nicht gesund. Die Arbeiter waren verärgert darüber, daß die Partei von Geschäftsleuten und Großfarmern beherrscht wurde, und ebensowenig paßte es ihnen, daß auf ihre eigenen Forderungen so wenig Nachdruck gelegt wurde. Infolgedessen begann die Partei zu zerfallen. Bei den Präsidentschaftswahlen von 1880 erhielt ihr Kandidat, General Weaver, [79:] nur 300.000 Stimmen. Es sollte nicht mehr lange dauern, bis sie in Vergessenheit geriet.

Die Marxisten vertraten im allgemeinen den Standpunkt, daß sie sich an diesen bedeutsamen politischen Auseinandersetzungen beteiligen müßten. Sie unterstützten aktiv die Bildung von Arbeiterparteien in einzelnen Städten und Staaten und billigten auch den allgemeinen Plan eines politischen Bündnisses zwischen Arbeitern und Farmern. Ebenso traten sie für die Forderungen der Negerarbeiter ein. Bei den Wahlen von 1876 jedoch hatten sie die Unterstützung der Greenback Party aus der richtigen Überlegung heraus abgelehnt, daß diese nicht die Interessen der Arbeiter verteidigte. Bei den Wahlen von 1878 wurden die Kandidaten der Greenback-Labor Party von den Sozialisten weitgehend unterstützt, und im Jahre 1880 trat die Socialist Labor Party überall im Lande für die Kandidaten jener Partei ein.

Bei der Durchführung dieses allgemeinen Kurses kam es zu groben opportunistischen Fehlern. Die von Van Patten und anderen kleinbürgerlichen Intellektuellen geführten Lassalleaner beherrschten die Partei. Sie machten sich die schweren Niederlagen, die die Gewerkschaften während der Wirtschaftskrise erlitten hatten, zunutze und deuteten den Drang der Arbeiter nach politischen Aktionen in dem Sinne aus, daß die Gewerkschaften sich als wertlos erwiesen hätten und die Partei sich in Zukunft ausschließlich der politischen Tätigkeit im Parlament widmen müsse. Sie gingen in ihrem Opportunismus so weit, daß sie mit den Anhängern der Greenback Party untragbare Kompromisse schlossen und der von Denis Kearney an der Westküste ausgegebenen reaktionären Parole „Hinaus mit den Chinesen!“ beipflichteten. Auch verwässerten sie das Programm der Socialist Labor Party so sehr, daß es schließlich auf die Forderung der Abschaffung des Kapitalismus durch allmähliches und schrittweises Vorgehen hinauslief. Die Lassalleaner ließen in den Vereinigten Staaten wie in Deutschland Lassalles ursprüngliche utopische Forderung nach staatlich finanzierten Produktionsgenossenschaften mehr und mehr fallen und verwandelten sich in jene typischen rechten Sozialdemokraten, die der gesamten Arbeiterbewegung der Welt jahrzehntelang so schweren Schaden zufügen sollten.

[80:] Dem krassen Opportunismus der rechten Führung der Socialist Labor Party traten Sorge, Parsons, Schilling, McDonnell und andere Marxisten und Gewerkschafter in der Partei entgegen. Besonders die Letztgenannten bestanden darauf, daß die Partei ökonomische Aktionen mit politischen verband. Auf den Parteikongressen der Jahre 1877 bis 1881 wurde über diese Frage heftig gestritten. Die Aufsplitterung in Fraktionen ging immer weiter, es kam zu Austritten kleinerer Gruppen, die Mitgliederzahl sank, immer mehr Zeitungen gingen ein, und die Partei wurde von einer inneren Krise befallen. Inzwischen tauchte eine neue Gefahr am Horizont auf – der Anarchosyndikalismus. Er sollte in den nächsten Jahren zu einer tödlichen Gefahr für die Socialist Labor Party werden.

Der Anarchosyndikalismus

Der Anarchosyndikalismus hatte eine ganze Reihe von Ursachen. Unter ihnen gab es die folgenden: a) die Brutalität, mit der die Regierung gegen Streiks vorging, rief unter den Arbeitern die Idee hervor, „der Gewalt mit Gewalt zu begegnen"; b) die Unterschlagung von Stimmen, die bei den Wahlen für die Kandidaten der Arbeiter abgegeben wurden, trug dazu bei, politische Aktionen der Arbeiterklasse überhaupt in Mißkredit zu bringen; c) die Tatsache, daß Millionen eingewanderter Arbeiter kein Stimmrecht hatten, sprach ebenfalls gegen organisiertes politisches Handeln; d) die opportunistische Politik der reformistischen Führung der Socialist Labor Party empörte die aktiven Elemente unter den Arbeitern und stieß sie ab; e) der Einfluß kleinbürgerlich-radikaler Elemente auf die Arbeiterklasse und f) das Eindringen anarchistischer Ideen aus Europa gaben der Bewegung ein eigenes ideologisches Gesicht.

Schon 1875 stellten deutsche Arbeiter in Chicago eine bewaffnete Selbstschutzformation auf. Infolge des brutalen Vorgehens der Regierung bei den großen Streiks von 1877 griff diese Tendenz rasch um sich. Im Jahre 1878 verurteilte der Landesausschuß der Socialist Labor Party diese Tendenzen und verwies ihre Anhänger aus der Partei. Im Oktober 1881 kamen [81:] die Fürsprecher der „direkten Aktion", unter denen Albert R. Parsons[7] und August Spies eine führende Rolle spielten, in Chicago zusammen und gründeten die Revolutionary Socialist Labor Party. Einen ausgesprochen anarchistischen Charakter nahm diese Bewegung jedoch erst nach der Ankunft des deutschen Anarchisten Johann Most im Jahre 1882 an. Most fand Zulauf, und im Oktober 1883 fand ein gemeinsamer Kongreß von Anarchisten und Mitgliedern der Revolutionary Socialist Labor Party statt.

Auf diesem Kongreß wurde die International Working People's Association[8] gegründet. Ihr Programm empfahl „die Zerstörung der bestehenden Klassenherrschaft mit allen Mitteln, das heißt durch energisches, unversöhnliches, revolutionäres und internationales Handeln" und die Schöpfung eines Industriesystems, das auf „den freien Austausch gleichwertiger Produkte zwischen den produzierenden Organisationen selbst" gegründet ist.[9] Wahlen wurden in dem Programm als ein von den Kapitalisten zur Täuschung der Arbeiter ersonnener Trick verurteilt. Die Chicagoer Gruppe, die mehr syndikalistisch als anarchistisch orientiert war, setzte die Einfügung der Klausel durch: „Die Internationale erkennt die Gewerkschaften als die Keimform der zukünftigen Gesellschaft an." Hinter dieser Bewegung stand die anarchistische und unmarxistische Auffassung, daß der Sozialismus durch entschlossene Aktionen einer kleinen Minderheit der Arbeiterklasse, die die Massen zum Handeln treiben müsse, geschaffen werden könne.

Unter dem starken Druck der Anarchosyndikalisten schrumpfte die opportunistisch geleitete Socialist Labor Party immer mehr zusammen. Im Jahre 1883 zählte sie nur noch 1500 Mitglieder, während die International Working People's Association auf etwa 7000 anwuchs. Auch ihre Presse entwickelte sich günstig. Im [82:] April 1883 trat Van Patten, der sechs Jahre lang Generalsekretär der Socialist Labor Party gewesen war, plötzlich ab und tauchte später als Agent der Regierung wieder auf. Bald darauf bemühten sich führende Mitglieder der Socialist Labor Party um die Verschmelzung ihrer Organisation mit der anarchosyndikalistischen Gruppe, hatten aber keinen Erfolg dabei, weil die Anarchosyndikalisten sich auf den Standpunkt stellten, die Mitglieder der Socialist Labor Party sollten ihrer Organisation einzeln beitreten. Von diesem Zeitpunkt an lagen die beiden Parteien in offener Fehde miteinander.

Im Mai 1886 brach in Chicago eine Katastrophe über die anarchosyndikalistische Internationale herein. Ihre Funktionäre spielten eine maßgebliche Rolle bei der Agitation der AFL-Gewerkschaften für einen Generalstreik zur allgemeinen Durchsetzung des Achtstundentags, die am 1. Mai ihren Höhepunkt erreichte. In der Landmaschinenfabrik von McCormick wurden sechs streikende Arbeiter von der Polizei getötet. Am 4. Mai veranstalteten die Anarchosyndikalisten auf dem Haymarket (Heumarkt) eine große Protestkundgebung mit Parsons, Spies und Fielden als Hauptrednern. Ein

---

7 Parsons wurde von der Socialist Labor Party im Jahre 1879 als Präsidentschaftskandidat nominiert, nahm aber nicht an, weil er zu jung war. Siehe Lucy E. Parsons, "Life of Albert R. Parsons", Chicago 1889, S. 22.

8 Nicht zu verwechseln mit der Internationalen Arbeiterassoziation. Siehe Kapitel 4.

9 Morris Hillquit, „Geschichte des Sozialismus in den Vereinigten Staaten", S. 229.

Unbekannter warf eine Bombe, durch die sieben Polizisten und vier Arbeiter getötet und viele andere verwundet wurden. In der darauf ausbrechenden allgemeinen Panik wurden Parsons, Fischer, Lingg, Fielden, Schwab, Spies, Engel und Neebe verhaftet. Nach einem unerhört parteiisch geführten Prozeß, der die lange Liste der Schandprozesse gegen Arbeiter fortsetzte, wurden sie alle verurteilt. Neebe, Schwab und Fielden erhielten langjährige Gefängnisstrafen, Lingg beging im Laufe des Prozesses Selbstmord, und Parsons, Spies, Fischer und Engel wurden am 11. November 1887 gehenkt. Sechs Jahre später verfügte der Gouverneur John Altgeld die Freilassung der drei noch im Gefängnis Sitzenden und gab öffentlich ihre Unschuld bekannt.

Die Haymarket-Affäre war ein schwerer Schlag besonders für die International Working People's Association. Nach einem vergeblichen Versuch im Jahre 1887, sich mit der Socialist Labor Party zu verschmelzen, löste sie sich auf. Mit dem Verbrechen vom Haymarket hatten die Unternehmer der jungen Gewerkschaftsbewegung einen tödlichen Schlag versetzen wollen.

[83:]

Die Knights of Labor

Mit dem Aufleben der Industrie nach 1879 breitete sich auch die durch die lange Wirtschaftskrise geschwächte Gewerkschaftsbewegung sehr schnell wieder aus. Um der rücksichtslosen Ausbeutung durch die Unternehmer begegnen zu können, brauchten die Arbeiter eine Organisation. In vielen Städten entstanden lokale Gewerberäte und Arbeitervereine, und auch kleine Fachverbände begannen sich zu entwickeln. Die Sozialisten bildeten zwar nur eine geringe Minderheit in der Mitgliedschaft und in der Führung all dieser Verbände, arbeiteten aber überall sehr aktiv. Im September 1880 stellte das „Bulletin" der Socialist Labor Party fest, daß die Bildung von Zentralverbänden „in der Hauptsache den Bemühungen der Sozialisten zu verdanken ist, die diese Vereinigungen beeinflussen und an manchen Orten beherrschen und in ihnen allen hoch angesehen sind"[10].

Ein ernsthafter Versuch, die Arbeiterbewegung im Landesmaßstab zu organisieren, wurde mit der Anfang 1878 gegründeten International Labor Union unternommen. Diese Organisation entwickelte sich aus den gemeinsamen Bemühungen von Sozialisten wie Sorge, McDonnell und Otto Weydemeyer und auch der bekannten Vorkämpfer für den Achtstundentag Ira Stewart und G. E. McNeill. Die International Labor Union legte dem Achtstundentag größte Bedeutung bei und trat für die völlige Befreiung der Arbeiterklasse ein. Schließlich wurde die Organisation jedoch fast ausschließlich zu einer Gewerkschaft der Textilarbeiter. Sie führte eine Anzahl von Streiks durch, wurde aber im Jahre 1887 offiziell aufgelöst. Erfolgreicher verlief der nächste bedeutendere Versuch dieser Art, die Gründung des Ordens der Knights of Labor.

Der Noble Order of the Knights of Labor wurde im Dezember 1869 in Philadelphia von Uriah S. Stephens und einer Gruppe von Arbeitern gegründet. Er beschränkte sich anfangs auf den Kreis der Konfektionsarbeiter, griff aber 1871 auf andere Berufszweige über. Während es mit der National Labor Union bergab ging, entwickelten sich die Knights of Labor aufwärts. [84:] Im Jahre 1877 hatte der Orden bereits Versammlungen in fünfzehn Bezirken beziehungsweise Staaten. Wie viele andere Arbeiterverbände jener Zeit war der Orden eine Geheimorganisation mit einem ausgeklügelten Ritual. Seine erste Generalversammlung, beziehungsweise sein erster Landeskongreß, fand 1878 in Reading (Pennsylvania) statt. Bei dieser Gelegenheit trat der Orden aus der Illegalität heraus. Nach den großen Streiks von 1877 und unter den Auswirkungen der Wiederbelebung der Industrie erlebte er einen schnellen Aufstieg. Im Jahre 1883 zählten die Knights of Labor 52.000, 1885 111.000 und 1886, auf dem Höhepunkt ihrer Entwicklung, rund 700.000 Mitglieder. Bis 1879 war Stephens Hochmeister des Ordens. Sein Nachfolger war T. V. Powderly, der 1893 durch J. R. Sovereign abgelöst wurde.

Die Knights of Labor waren teils Marxisten, teils Lassalleaner, teils ausschließlich Gewerkschafter. Ihr Programm trat für das Ziel Lassalles ein, „genossenschaftliche Institutionen zu schaffen, die bestrebt sein werden, das Lohnsystem durch die Einführung eines genossenschaftlichen Systems in der Industrie zu ersetzen". In bezug auf die Gesetzgebung schlug das Programm eine Arbeits-, Währungs-

---

10 Zitiert in Philip S. Foner, "History of the Labor Movement ...", S. 498.

und Bodenreform, die Verstaatlichung der Eisenbahnen und des Telegrafenwesens sowie die staatliche Kontrolle der Banken vor. Der marxistische Einfluß offenbarte sich hauptsächlich in den zahlreichen energischen Streiks, die der Orden durchführte. Die Berufsverbände betrachtete er als zu beschränkt in ihrer Haltung und ihrem Aktionsbereich und erstrebte eine umfassende Organisation der gesamten Arbeiterklasse. Seine Devise lautete: „Ein Unrecht gegen einen geht alle an." Die Knights of Labor nahmen in ihre gemischten Ortsversammlungen Arbeiter aller Berufszweige auf. Sie zählten viele Neger in ihren Reihen, und etwa zehn Prozent der Mitgliedschaft waren Frauen. Freiberuflich Tätige und kleine Geschäftsleute waren ebenfallszugelassen und machten bis zu 25 Prozent der Mitgliedschaft in den Ortsversammlungen aus.

Obwohl ihre konservative Führung unter dem starken Einfluß lassalleanischer und ausgesprochen bürgerlicher Ideen Streiks ablehnte und sich sogar zum Streikbruch hergab, mach-[85:]ten die Knights of Labor ihre größten Fortschritte gerade durch wirtschaftliche Kämpfe. In den Jahren 1884/1885 hatte die Organisation besondere Erfolge bei mehreren großen Streiks der Telegrafenarbeiter, Bergarbeiter, Holzarbeiter und Eisenbahner. Die gepeinigten Arbeitermassen wandten sich voll Hoffnung der neuen Organisation zu, und die Unternehmer betrachteten sie mit tiefster Unruhe. Die Knights of Labor wurden bald ein beachtlicher Machtfaktor in den Kämpfen der Industriearbeiter. Auch politisch waren sie aktiv und beteiligten sich allgemein an den damaligen politischen Bewegungen der breiten Massen der Arbeiter und Farmer.

Während die Knights of Labor ihre Blütezeit hatten, herrschte in der Socialist Labor Party eine innere Krise infolge der lähmenden Auswirkungen der rechtsorientierten Führung, des andauernden Sektierertums und der heftigen Auseinandersetzungen mit den Anarchosyndikalisten. Trotzdem übte die Partei unter den Knights of Labor, seit der Orden an die Öffentlichkeit getreten war, einen beträchtlichen Einfluß aus, besonders in den Ortsverbänden, in denen die eingewanderten deutschen Arbeiter stark vertreten waren.

Die American Federation of Labor

Während die Knights of Labor sich entwickelten, trat eine neue, mit ihnen rivalisierende Gewerkschaftsbewegung, die spätere American Federation of Labor, in Erscheinung. Sie stützte sich auf diejenigen Fachverbände, die bei den Knights of Labor nicht genug Berücksichtigung fanden. Diese Organisationen, die teilweise noch aus der Zeit vor dem Bürgerkrieg stammten, opponierten gegen die gemischte Organisationsform der Knights of Labor, gegen ihre autokratisch zentralisierte Führung, gegen ihre Bevorzugung von Fragen, die in keinem unmittelbaren Zusammenhang mit Gewerkschaftsproblemen standen, und gegen deren Vernachlässigung ihrer eigenen beruflichen Sonderinteressen. Daher traten am 15. November 1881 in Pittsburgh sechs Fachverbände – die Maler, die Zimmerleute, die Former, die Glasarbeiter, die Zigarrenmacher und die [86:] Eisen-, Stahl- und Zinnarbeiter – zusammen und gaben den Anstoß zur Gründung einer ihnen genehmeren Organisation, der Federation of Organized Trades and Labor Unions of the United States and Canada.

Der marxistische Einfluß war in der neuen Organisation unverkennbar, allerdings nicht vorherrschend. Samuel Gompers, ein in London geborener jüdischer Zigarrenmacher, der der leitende Kopf in der neuen Organisation war, hatte lange in Beziehungen zu marxistischen Kreisen gestanden. Wahrscheinlich hatte er der IAA angehört, hielt es aber später für angebracht, dies zu bestreiten. Gompers behauptete, er habe Deutsch gelernt, um „Das Kapital" von Marx lesen zu können. Adolph Strasser, Ferdinand Laurrell und P. J. McGuire, die Gompers sehr nahestanden, waren Mitglieder der Socialist Labor Party gewesen. Unter den 107 Delegierten des Gründungskongresses waren acht Mitglieder der Socialist Labor Party. Marxistische Ideen waren auch in der Präambel des Programms der neuen Organisation festzustellen, die für die American Federation of Labor noch heute gilt. Hier ist die Rede von „einem Kampf zwischen Kapital und Arbeit, der von Jahr zu Jahr heftiger werden muß". Die Satzungen, in denen den einzelnen Landesgewerkschaften weitgehende Autonomie zugebilligt wurde, waren fast wörtlich abgeschrieben von denen des British Trades Union Congress und seines Parlamentsausschusses.[11]

---

11 Siehe Lewis L. Lorwin, "The American Federation of Labor", Washington 1933, S. 13.

Im allgemeinen ähnelten sich die Gewerkschaftsprogramme der Knights of Labor und der neuen Föderation, aber es gab auch bedeutende Unterschiede. „Die Knights forderten die Verstaatlichung des Transport- und Verkehrswesens, die neue Föderation tat es nicht. Ebensowenig übernahm die Föderation das Währungsprogramm der Knights of Labor, wobei sie darauf hinwies, daß sie den Hauptfeind der Lohnarbeiter im Grunde genommen eher in den Industriekapitalisten als in den Bankiers sehe. Im Gegensatz zu den Knights hatte sie sich von dem Glauben an finanzielle Allheilmittel weitgehend freigemacht. Bemerkenswert ist es auch, daß die Föderation weder von Produktions- noch von Konsumgenossenschaften sprach und es [87:] unterließ, die von den Knights befürwortete Zwangsschlichtung zu empfehlen.“[12] Die neue Föderation tendierte offensichtlich dahin, sich auf Konzessionen im Rahmen des Kapitalismus zu beschränken, statt die Abschaffung des herrschenden Regimes der Lohnsklaverei zu erstreben.

Bald nach ihrer Gründung stellte es sich heraus, daß die neue Arbeiterorganisation sich auf die gelernten Arbeiter beschränkte und dem Wohlergehen der Massen der angelernten und ungelernten Arbeiter wenig Beachtung schenkte. Die American Federation of Labor bemühte sich hauptsächlich um die Organisierung der im Entstehen begriffenen Arbeiteraristokratie, eine Politik, die mit derjenigen der Unternehmer, die N gelernten Arbeiter auf Kosten der ungelernten zu korrumpieren, Hand in Hand ging.

Auch negerfeindliche Tendenzen waren in den AFL-Gewerkschaften zu beobachten. Darin widerspiegelte sich die Diskriminierungspolitik der Unternehmer gegenüber den Negerarbeitern. Das waren große Rückschritte im Vergleich zur National Labor Union und zu den Knights of Labor. Die Knights of Labor zählten in ihrer Blütezeit bei etwa 700.000 Mitgliedern rund 60.000 Neger in ihren Reihen, eine Zahl, die von der American Federation of Labor etwa 50 Jahre lang nicht erreicht wurde, während sie doch insgesamt immerhin rund 3 Millionen Mitglieder hatte.

Anfangs galt die neue Föderation nicht als Gegner der Knights of Labor. Auf ihrem ersten Kongreß kamen 47 von den 107 Delegierten aus Organisationen der Knights of Labor. Die latenten Gegensätze verschärften sich jedoch, und bald waren die beiden Arbeiterorganisationen erbitterte Feinde. Es wurden zwar, besonders von den AFL-Führern in den ersten Jahren, Versuche gemacht, die beiden Organisationen zu versöhnen und zu vereinigen, aber das führte zu nichts, und die beiden Rivalen kämpften weiter, bis die Knights schließlich vom Schauplatz abtraten.

In den ersten fünf Jahren stagnierte die Föderation mit nur etwa 50.000 Mitgliedern. Im zweiten Jahr wurde Gompers ihr [88:] Vorsitzender. An dem zweiten Kongreß der Föderation im Jahre 1882 nahmen nur 19 Delegierte teil. Die nächsten drei Jahreskongresse ließen auch nicht mehr erhoffen. Die Arbeiter, beeindruckt durch die erfolgreichen Streiks der Knights of Labor, neigten zu dieser Organisation. Bald aber sollten die großen Ereignisse des Jahres 1886 eine völlige Veränderung in der gesamten Gewerkschaftsbewegung herbeiführen.

Der Kampf um den Achtstundentag

Der Klassenkampf nach dem Bürgerkrieg erreichte in seiner Entwicklung einen neuen Höhepunkt an Heftigkeit in dem großen Kampf um den Achtstundentag im Jahre 1886. Die Agitation für den Achtstundentag war seit dem Ende des Krieges immer lebhafter geworden. Sie hatte ihre Wurzeln in der verstärkten Ausbeutung der Arbeiter. Marx nannte die Bewegung für den Achtstundentag die „erste Frucht des Bürgerkriegs ... mit den Siebenmeilenstiefeln ... vom Atlantischen bis zum Stillen Ozean ausschreitend“[13].

Die Führer der Föderation, die damals weit kämpferischer waren als heute, bemächtigten sich des Problems der Verkürzung des Arbeitstags. „In ihrer Todesnot faßte die Föderation den heroischen Entschluß eines Generalstreiks, der schon ein Jahrzehnt vorher von der Industrial Brotherhood empfohlen worden war. Auf ihrem-Kongreß in Chicago im Jahre 1884 wurde eine Resolution des Inhalts angenommen, daß vom 1. Mai 1886 an der Arbeitstag acht Stunden umfassen sollte.“[14] Die Föderation

---

12 Philip S. Foner, “History of the Labor Movement ...”, S. 523 und 524.

13 Karl Marx, „Das Kapital“, Erster Band, S. 315. [MEW 23, S. 318]

14 Lewis L. Lorwin, “The American Federation of Labor”, S. 19.

setzte sich energisch für die Bewegung ein, während Powderly, der Führer der Knights of Labor, ein erklärter Konservativer, den verhängnisvollen Fehler beging, sich dem Streik zu widersetzen.

Der Mittelpunkt des Generalstreiks war Chicago, wo die Gruppe um Parsons und Schilling die Central Labor Union in der Hand hatte. Im ganzen Lande war der Streik sehr erfolgreich. Etwa 350.000 Arbeiter, darunter zahlreiche Mitglieder [89:] der Knights of Labor, beteiligten sich. In vielen Industriezweigen, besonders im Baugewerbe, wurde der Achtstundentag eingeführt. Noch wichtiger war es, daß nach dem oben dargestellten von den Unternehmern veranlaßten Verbrechen auf dem Haymarket die Gewerkschaftsbewegung einen gewaltigen Aufschwung nahm. So wurden die Grundlagen für die moderne Gewerkschaftsbewegung geschaffen.

Aus dieser Bewegung erwuchs der historische internationale Feiertag des Ersten Mai. Die American Federation of Labor freilich, der eigentliche Initiator, hat niemals besonderen Wert darauf gelegt, ihn zu begehen, obwohl die ihr angeschlossenen Gewerkschaften viele Jahre lang an den Maifeiern teilnahmen. Zum Weltfeiertag der Arbeit wurde der 1. Mai im Juli 1889 auf dem Internationalen Sozialistenkongreß in Paris bestimmt. Seitdem haben Millionen und aber Millionen von Arbeitern an diesem Tage in allen Städten der Welt im Hinblick auf den Endsieg der Arbeiterklasse demonstriert.[15]

Der Streik von 1886 wirkte sich praktisch dahin aus, daß die Föderation an Stelle der Knights of Labor zur gewerkschaftlichen Zentralorganisation des ganzen Landes wurde. Auf dem Kongreß vom Dezember 1886 in Columbus wurde die Föderation, die jetzt 316.469 Mitglieder hatte und schnell anwuchs, neu organisiert und in American Federation of Labor umbenannt. Die Knights of Labor waren zwar durch die großen Kämpfe von 1886 zahlenmäßig erheblich gewachsen, hatten aber die Führung der Arbeiterschaft endgültig verloren und wurden bald danach schwächer und schwächer. Im Jahre 1890 zählten sie nur noch 200.000 Mitglieder und spielten nicht mehr die entscheidende Rolle in der Arbeiterschaft.

Im Kampf um die Führung hatte die American Federation of Labor gegenüber den Knights of Labor eine ganze Reihe von Vorteilen. Die berufsmäßige Organisationsform, die sich auf die entscheidende Rolle der gelernten Arbeiter in dieser Periode stützte, war dem bunten Gemisch der Verbände der Knights of Labor überlegen. Ihr dezentralisierter Aufbau war ebenfalls praktischer als die lähmende Überzentralisation bei den Knights [90:] of Labor. Die Politik der American Federation of Labor, ihre Mitgliedschaft streng auf Arbeiter zu beschränken, verlieh ihr große Vorteile gegenüber den Knights of Labor, die zahlreiche Farmer, freiberuflich Tätige und kleine Geschäftsleute aufnahmen. Auch ihre Streikpolitik war ein großer Fortschritt gegenüber der ablehnenden Haltung Powderlys und der ihn umgebenden Bürokraten in der Streikfrage. Daß die AFL die Währungspatentmittel und sonstigen sozialen Allheilmittel, die beiden Knights of Labor eine so große Rolle spielten, ablehnte, wirkte sich für sie ebenso günstig aus wie ihre Opposition gegenüber der gefährlichen Kleinbürgerpolitik der Ritter der Arbeit.

Trotz dieser Vorzüge im Vergleich mit den Knights of Labor enthielt das Programm der American Federation of Labor eine ganze Reihe von Schwächen, die sich in den kommenden Jahrzehnten höchst verderblich auswirken sollten. Da die AFL die Perspektive auf den Sozialismus Schritt für Schritt aufgab, mußte sie schließlich dahin gelangen, den Kapitalismus und die Sklavenrolle der Arbeiterklasse endgültig zu akzeptieren. Ihre Konzentration auf die gelernten Arbeiter führte schließlich zum direkten Verrat an den Massen der Ungelernten und Zugewanderten. Ihr offensichtlicher Rassendünkel war von Anbeginn eine kaltblütige Preisgabe der Neger. Ihre Ablehnung selbständigen politischen Handelns wurde zur Kapitulation vor dem verhängnisvollen Zweiparteiensystem der Kapitalisten. Ihr allgemeines Programm, das die Arbeiterbewegung im Lauf der Jahre praktisch den Profitinteressen der Monopolisten anpaßte, führte schließlich dahin, daß die Arbeiteraristokratie durch und durch korrumpiert wurde, sich ein ungeheuerliches System des Streikbruchs zwischen den Gewerkschaften entwickelte und sich am Ende die korrupteste und reaktionärste Arbeiterführung herausbildete, die die Welt je gekannt hat.

---

15 Näheres bei Alexander Trachtenberg, “History of May Day”, New York 1947.

In der Anfangszeit der American Federation of Labor erhielt sich in den nichtmarxistischen Gewerkschaftsführungen, die sich noch nicht zu einer herrschenden Clique konsolidiert hatten, unter dem Druck der einfachen Mitglieder noch ein gewisser Kampfgeist. Mit der Entwicklung des amerikanischen Imperialismus jedoch, besonders von 1890 an, wuchsen sie rasch in die ihnen von den Unternehmern zugewiesene Rolle von „Arbeiter-[91:]sachwaltern des Kapitals“ hinein, indem sie sich auf Kosten der ungelernten Arbeiter auf die gelernten stützten. Sie begannen mit dem Aufbau des berüchtigten Gompers-Apparats, der seitdem ein so großes Hindernis für den Fortschritt der Arbeiterklasse ist. Ermöglicht wurde ihnen dies im Zusammenhang mit dem raschen Wachstum der amerikanischen Industrie durch alle jene spezifisch amerikanischen Faktoren, die zu einem verhältnismäßig hohen Lebensstandard der Arbeiter im Vergleich mit anderen Ländern geführt hatten und dahin wirkten, daß eine schnelle Radikalisierung der amerikanischen Arbeiterklasse verhindert wurde.

Die Kampagne für Henry George

Die großen Kämpfe um den Achtstundentag hatten natürlich auch bedeutsame politische Auswirkungen auf die Arbeiter. Als die Wahlen vom Herbst 1866 näher rückten, gründeten die Arbeiter in einer Reihe von Städten eigene Parteien. In allen diesen Parteien, die bei den lokalen Wahlen eine erhebliche Rolle spielten, waren die Sozialisten aktiv. Bei weitem die wichtigste dieser unabhängigen Bewegungen aber war die Kandidatur von Henry George für den Posten des Oberbürgermeisters von New York City im Jahre 1886.

Henry George war durch sein bedeutendes Buch über die Grundrente, “Progress and Poverty” (Fortschritt und Armut), das 1879 erschien und eine Millionenauflage erlebte, unter den werktätigen Massen äußerst populär geworden. Nach George waren alle Leiden des Volkes im wesentlichen auf die private Monopolisierung des Grundbesitzes zurückzuführen, und das wichtigste soziale Heilmittel war für ihn die Verstaatlichung der Grundrente. George übersah jedoch, wie Engels und die Führer der Socialist Labor Party energisch betonten, daß die Hauptursache der Armut der Arbeiter und des Antagonismus der Klassen das Eigentum der Kapitalisten an sämtlichen gesellschaftlichen Produktionsmitteln war und daß daher eine endgültige Lösung, wie die Sozialisten vorschlugen, nur durch das kollektive Eigentum der Gesellschaft an allen diesen Produk-[92:]tionsmitteln zu erreichen war. George begriff nicht, daß die Kapitalistenklasse der Hauptfeind der Arbeiterklasse und des Volkes war. Sein Wahlprogramm enthielt jedoch die Forderung der Verstaatlichung des Telegrafenwesens und der Eisenbahnen sowie einige weniger wichtige Arbeiterforderungen.

Henry George wurde von den New-Yorker Gewerkschaften nominiert. Auch die Socialist Labor Party billigte seine Kandidatur als eine Kampfkundgebung der Arbeiterschaft gegen das Kapital, „nicht wegen, sondern trotz seiner Bodensteuer-Theorie“. Engels, der die amerikanische Arbeiterbewegung genau beobachtete, lehnte zwar die Bodensteuer prinzipiell ab, erklärte sich aber damit einverstanden, daß die Sozialisten Henry George bedingt unterstützten. Die Hauptsache war, sagte er, daß die Arbeitermassen endlich einmal energische Schritte zum selbständigen politischen Handeln unternahmen.

Der mit großer Erbitterung geführte Wahlkampf ergab für Abram S. Hewitt 90.456, für Henry George 67.930 und für Theodore Roosevelt 60.474 Stimmen.[16] Die Anhänger von George machten mit Recht geltend, daß die Stimmenzählung nicht einwandfrei gewesen sei. Nach den Wahlen in New York veruneinigten sich die Sozialisten und die George-Anhänger in der Programmfrage, und die Bodensteuerbewegung ging an innerem Meinungsstreit zugrunde.

Die Lage in der Socialist Labor Party im Jahre 1890

Nach den mit dem großen Eisenbahnerstreik von 1877 beginnenden gewaltigen Klassenkämpfen, die in dem Kampf um den Achtstundentag von 1886 einen Höhepunkt erreichten, erlebte die Socialist Labor Party, obwohl noch immer durch Verwirrung und Meinungsverschiedenheiten in den eigenen Reihen geschwächt, einen neuen Aufstieg. Auf ihrem siebenten Kongreß im Jahre 1889 wies die Partei 70 Unterorganisationen auf gegenüber 32 zur Zeit ihres Kongresses zwei Jahre zuvor. Auch

16 Siehe Nathan Fine, “Labor and Farmer Parties in the United States”, New York 1928, S. 43.

die Parteipresse entwickelte sich günstig. Jedoch war die [93:] Partei weit davon entfernt, ein einwandfreies marxistisches Programm und eine marxistische Führung zu besitzen. Die Zahl derer, die wirklich als Marxisten bezeichnet werden konnten, war noch immer sehr gering. Infolgedessen wurde die Partei, obwohl sie am Sozialismus als Endziel festhielt und die Schriften von Marx und Engels als Leitfaden benutzte, von den Schwierigkeiten der jeweiligen Klassenkämpfe hin- und hergezerrt. In den vierzehn Jahren ihres bisherigen Bestehens hatte sie, noch immer innerlich. zerrissen, die verschiedensten ideologischen Abweichungen entwickelt, von denen die meisten der sozialistischen Bewegung auf Jahre hinaus schwer zu schaffen machen sollten.

Da waren die „Rechten", die in der Parteiführung seit ihrer Gründung im Jahre 1876 die Oberhand gehabt hatten. Sie unterschätzten die Bedeutung der Gewerkschaften, trafen opportunistische Abkommen mit der Greenback Party und anderen Bewegungen, gaben den chinesenfeindlichen Stimmungen nach, bewarben sich um die Gunst der gelernten Arbeiter und untergruben die führende Stellung der Partei ganz allgemein. Dann gab es die sektiererischen „Linken", die alle Wahlen als Betrug ablehnten, sich an keiner umfassenden Arbeiter- oder Farmerbewegung beteiligen wollten, mit dem Gedanken an eigene Gewerkschaften spielten und sich auf die Propaganda revolutionärer Parolen beschränkten. Ferner waren da die Anhänger der „direkten Aktion", die Anarchosyndikalisten, die, wie wir gesehen haben, die Partei beinahe zugrunde gerichtet hätten. Und schließlich war in allen diesen Gruppen ein tiefes Mißverständnis und eine große Vernachlässigung in bezug auf die wichtige Negerfrage zu verzeichnen.

In den siebziger und achtziger Jahren gaben Marx und besonders Engels der amerikanischen sozialistischen Bewegung unmittelbare Ratschläge und wandten sich gegen alle die charakteristischen Abweichungen.[17] Diese beiden großen Führer [94:] waren rastlos bemüht, die Sozialisten aus der Isolierung von den breiten Massen herauszuführen, und drängten darauf, daß sie sich an allen elementaren Bewegungen der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten aktiv beteiligten: in den Gewerkschaften, den Arbeiterparteien und den Farmerbewegungen. Doch der große Marx starb 1883, und Engels folgte ihm zwölf Jahre später. So verlor das junge amerikanische Proletariat seine beiden glänzendsten und treuesten Lehrer und Führer.

Eines der bedenklichsten Hindernisse für die Socialist Labor Party in dieser ganzen Periode bestand darin, daß sie sich fast ausschließlich aus Deutschen zusammensetzte. Als 1884 Lawrence Grönlunds "Cooperative Commonwealth" (Genossenschaftsstaat) und 1888 Edward Bellamys "Looking Backward", der berühmte „Rückblick aus dem Jahre 2000", erschienen, trugen diese Werke viel dazu bei, sozialistische und halbsozialistische Ideen unter den amerikanischen Massen populär zu machen, aber noch immer konnte Justus Ebert feststellen: „Die Socialist Labor Party der achtziger Jahre war eine deutsche Partei, und ihre offizielle Sprache war Deutsch. Das amerikanische Element spielte nur eine unbedeutende Rolle."[18] Auch Lawrence Grönlund sagte, daß man im Jahre 1880 die in Amerika geborenen Sozialisten an den Fingern einer Hand herzählen konnte.

Engels sprach von der „Deutsch-Amerikanischen Sozialistischen Arbeiterpartei" und bemühte sich, sie aus ihrer Isolierung herauszuführen. Er sagte über die Socialist Labor Party: „[D]iese Partei" ist dazu „berufen, eine wichtige Rolle in der Bewegung zu spielen. Aber um das zu können, müssen sie sich von allen Überresten ihres Auslandstums befreien. Sie müssen durch und durch Amerikaner werden. Sie können nicht erwarten, daß die Amerikaner zu ihnen kommen; sie, die Minderheit und die Einwanderer, müssen zu den Amerikanern gehen, die die große Mehrheit und die Eingeborenen sind. Und damit sie das können, müssen sie vor allem Englisch lernen."[19]

---

17 Die meisten Äußerungen von Friedrich Engels zur amerikanischen Frage finden sich in dem Vorwort zur amerikanischen Ausgabe seiner Schrift „Die Lage der arbeitenden Klasse in England", New York 1887 (Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 377-386) und in vielen Briefen an Florence Kelley-Wischnewetzky, Sorge und andere. Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Ausgewählte Briefe.

18 Justus Ebert, "American Industrial Evolution", S. 66/67.

19 Friedrich Engels, Vorwort zur amerikanischen Ausgabe von „Die Lage der arbeitenden Klasse in England"; ebenda, deutsche Ausgabe, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 384. [MEW 2, S. 634]

[95:] Im Jahre 1889 erreichten die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Socialist Labor Party einen Höchstgrad an Spannung. Nach Ebert ging es bei der Opposition gegen die opportunistische Führung um drei Hauptfragen: „Erstens ... ihre kompromißlerische Politik, zweitens ihre immer stärker werdenden Tendenzen zum reinen Gewerkschaftertum, drittens ihr Deutschtum im Geist und in den Formen.“[20] Geführt wurde die Revolte von der im Jahre 1878 als deutsche Tageszeitung gegründeten New-Yorker „Volkszeitung“ (Gruppe Schewitsch-Jonas). Die offizielle Parteiführung der Busche und Rosenberg, ein Überrest aus der alten Opportunistengruppe um Van Patten, wurde abgesetzt, und an ihre Stelle wurde die Gruppe Schewitsch-Jonas gewählt. Dies führte zur Spaltung, und infolgedessen gab es eine Zeitlang zwei Socialist Labor Parties. Die in der Minderheit befindliche Gruppe um Rosenberg verlor den Kampf. Unter der Bezeichnung Social Democratic Federation vegetierte sie kümmerlich dahin, bis sie sich schließlich 1897 mit der Sozialdemokratie von Debs vereinigte. Lucien Sanial schrieb das neue Programm der Socialist Labor Party. Durch die Spaltung wurden die marxistischen Elemente in der Partei gestärkt. Die heutige Socialist Labor Party datiert ihre Gründung aus jener Zeit.

Im folgenden Jahr, 1890, trat ein Ereignis von größter Bedeutung für die Socialist Labor Party und die Arbeiterbewegung ein. Dies Ereignis war der Eintritt Daniel De Leons in die Partei. De Leon, 1852 auf der Insel Curacao vor der Küste von Venezuela geboren, war Professor des Völkerrechts an der Columbia-Universität und hatte sich im Jahre 1886 für Henry George eingesetzt. Ein glänzender Kopf, energisch und rücksichtslos, wurde er alsbald zu einem Machtfaktor in der Socialist Labor Party. Im Jahre 1891 wurde er Chefredakteur des „Weekly People“ (zuerst eine Wochen-, später Tageszeitung) und blieb es von da an. Für die nächsten dreißig Jahre, noch lange nach seinem Tode im Jahre 1914, sollten seine Schriften einen tiefen Einfluß nicht nur auf die Socialist Labor Party, sondern auf die gesamte Linke ausüben, bis zur Gründung der Kommunistischen Partei im Jahre 1919 und sogar darüber hinaus.

---

20 Justus Ebert, “American Industrial Evolution”, S. 66.

[96:]

6
DIE SOCIALIST LABOR PARTY UNTER DE LEON UND IHR NIEDERGANG
(1890–1900)

Von der Mitte der achtziger Jahre bis zum Ende des Jahrhunderts entwickelte sich die amerikanische Industrie in einem beispiellosen Tempo. „Die Vereinigten Staaten“, schrieb Lenin im Jahre 1913, „haben keinen ebenbürtigen Rivalen, weder im Tempo der Entwicklung des Kapitalismus gegen Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts ...“[1] In diesen Jahren rückten die Vereinigten Staaten als Industrienation vom vierten auf den ersten Platz vor und ließen England, „die Werkstatt der Welt“, weit hinter sich. Kuczynski sagt, daß die Vereinigten Staaten im Jahre 1894 wertmäßig mehr als doppelt soviel Fabrikwaren produzierten wie England.[2]

Inzwischen geriet die amerikanische Industrie im Verlauf ihrer Ausdehnung mehr und mehr unter den Einfluß der Monopole. Im Jahre 1901 verzeichnete J. Moody im ganzen 440 große Industrie-, Finanz- und andere Truste mit einem Gesamtkapital von mehr als 20 Milliarden Dollar.[3] Die United States Steel, die Standard Oil und viele andere große Eisenbahn-, Zucker- und Kohletruste usw. stammen aus dieser Zeit. Am Ende des Jahrhunderts waren Morgan, Rockefeller, Kuhn Loeb und andere bereits riesige Konzerne. Eine mächtige Finanzoligarchie, die das Land rücksichtslos beherrschte, war entstan-[97:]den. Es war eine Zeit wildester Konkurrenz, und besonders während der Wirtschaftskrisen von 1885 und 1893 verschlangen die großen kapitalistischen Raubtiere Tausende der kleineren. Der Mittelstand wurde zerrieben, und auch das Sherman-Antitrustgesetz von 1890 konnte ihn nicht retten. Die Industriearbeiter wurden barbarisch ausgebeutet und ausgesogen.

Die Vereinigten Staaten waren ein mächtiges imperialistisches Land geworden. Nachdem sie sich den Inlandsmarkt gesichert hatten, streckten die Monopole ihre Hand nach Auslandsmärkten aus. Die anmaßenden Wallstreet-Monopolisten, die Industrie und Regierung in der Hand hatten, verwandelten die Monroedoktrin in ein Instrument zur Unterjochung und Ausbeutung Lateinamerikas. Im Jahre 1893 hatten sie im Zuge ihrer transpazifischen Expansion praktisch auch die Hawaii-Inseln annektiert. Im Jahre 1898 brachen sie unter dem Vorwand, Kuba befreien zu wollen, einen Krieg mit Spanien vom Zaun mit dem Ergebnis, daß die Philippinen, Guam, Puerto Rico und Kuba den Vereinigten Staaten in die Hände fielen. Trunken von imperialistischem Ehrgeiz, erklärte der Senator Lodge: „Das amerikanische Volk und die allem zugrunde liegenden wirtschaftlichen Kräfte tragen uns der wirtschaftlichen Weltherrschaft entgegen.“[4]

Erbitterte Arbeiterkämpfe

Die neunziger Jahre waren eine Periode großer Arbeiterkämpfe, die an Heftigkeit und Ausdehnung sogar diejenigen der beiden vorhergehenden Jahrzehnte übertrafen. Die Arbeiterklasse, mehr und mehr in Großbetrieben beschäftigt, war zahlenmäßig stark gewachsen. Die Kapitalisten, entschlossen, ihre Lohnsklaven der Möglichkeit einer Verteidigung mit gewerkschaftlichen Mitteln zu berauben und sie so intensiv auszubeuten, wie es menschenmöglich war, traten jedem Widerstand der Arbeiter gegen die kapitalistische Willkür mit äußerster Brutalität entgegen. Aber sie trafen auf eine Arbeiterklasse, die [98:] zahlenmäßig immer stärker wurde, an Einsicht wuchs und sich immer besser organisierte, und so kam es zu den erbittertsten Streiks in der amerikanischen Geschichte.

Einer der heftigsten war der große Streik vom Juli 1892 in Homestead (Pennsylvania), Er wurde von der Amalgamated Association of Iron, Steel and Tin Workers gegen die Carnegie Steel Company

---

1 W. I. Lenin, „Neue Daten über die Entwicklungsgesetze des Kapitalismus in der Landwirtschaft“; Werke, 4. Ausgabe, Bd. 22, S. 5, russ. [LW 22, S. 5]

2 Siehe Jürgen Kuczynski, “A Short History of Labour Conditions under Industrial Capitalism”, Bd. II, “The United States of America 1789 to the Present Day”, London 1943, S. 63.

3 Siehe J. Moody, “The Truth about the Trusts”, New York 1904, S. 477.

4 Henry Cabot Lodge, Rede vom 7. Januar 1901.

geführt, um eine angekündigte Lohnkürzung zu verhindern. Die Gesellschaft setzte 300 bewaffnete Pinkerton-Detektive ein, um den Streik zu brechen, aber die bewaffneten Arbeiter verjagten sie und besetzten die Fabriken. Schließlich jedoch wurde der Streik niedergeworfen und damit dem Gewerkschaftswesen in der gesamten vertrusteten Stahlindustrie ein tödlicher Schlag zugefügt.

Gleichzeitig kam es in den Erzbergbaubezirken der Rocky-Mountain-Staaten zu einer ganzen Reihe von Streiks, in Colorado, Idaho und Montana. Sie kamen an Heftigkeit einem Bürgerkrieg gleich, mit bewaffneten Zusammenstößen zwischen Streikenden und Truppen. Auf beiden Seiten gab es viele Tote. Diese historischen Streiks, die von Bill Haywood, Vincent St. John und anderen Radikalen geleitet wurden, schufen das Fundament für die berühmte Western Federation of Miners.

In diesem Jahrzehnt fanden auch viele große Streiks auf den Eisenbahnen statt, Sie erreichten ihren Höhepunkt im Mai 1894 in dem historischen Streik der American Railway Union. Diese Industriegewerkschaft machte den konservativen Fachverbänden der Eisenbahner Konkurrenz und wurde von Eugene V. Debs geführt, der noch kein Sozialist war. Der Streik begann in den Pullman-Werkstätten in Chicago anläßlich einer Lohnkürzung. Er wuchs sich zu einem Generalstreik auf den Eisenbahnen aus. Mehr als 100.000 Arbeiter traten in den Ausstand, und viele westliche Strecken wurden lahmgelegt. Der gewaltige Streik wurde schließlich dadurch gebrochen, daß die Gesellschaft und die Regierung Streikbrecher und Truppen einsetzten, gerichtliche Verfügungen veranlaßten und sämtliche Streikführer einschließlich Debs verhaften ließen.

Ein anderer bedeutender Streik der damaligen Zeit war der im Mai 1893 beginnende Bergarbeiterstreik. Etwa 125.000 Berg-[99:]leute legten die Arbeit nieder. Der Streik wurde zwar niedergeworfen, aber in seinem Verlauf entwickelten sich die United Mine Workers zu einer festgefügten Gewerkschaft. Eine andere bedeutsame Bewegung unter den Arbeitern war der Marsch der Arbeitslosen nach Washington in dem Notjahr 1894, der von General Jacob S. Coxey, einem wohlhabenden Geschäftsmann, geführt wurde. Im letzten Jahrzehnt des Jahrhunderts verloren die Knights of Labor immer mehr an Einfluß, und die American Federation of Labor wurde zur vorherrschenden Organisation. Bis 1900 stieg die Zahl ihrer Mitglieder langsam auf 548.321.

Die Rolle De Leons

Angesichts der rapiden Entwicklung des amerikanischen Monopolkapitalismus und der außerordentlichen Verschärfung des Klassenkampfes hatte die Socialist Labor Party in den neunziger Jahren eine schwere politische Verantwortung als Führer der Massen zu tragen. Wenn die Partei wirksam funktionieren und wachsen sollte, mußte sie die Vorhut der gesamten Arbeiterbewegung werden. Sie mußte also nicht nur die Arbeiter im Hinblick auf das Endziel des Sozialismus erziehen, sondern ihnen in allen ihren Tageskämpfen unbedingt auch eine praktische Führung geben. Zu einer solchen Führung der Massenarbeit erwies sich die Socialist Labor Party unter der Leitung Daniel De Leons als völlig unfähig.

De Leon legte großen Wert darauf, als Marxist zu gelten, aber bis zu seinem Tode im Mai 1914 gelang es ihm nicht, ein wirklicher Marxist zu werden. Formell akzeptierte er entscheidende marxistische Konzeptionen wie den historischen Materialismus, die politische Ökonomie des Marxismus und den Klassenkampf. Er sorgte auch für die Verbreitung der klassischen Werke des Marxismus, erkannte die Wichtigkeit der Industriegewerkschaften und sprach sich für eine starke, zentralisierte Partei aus. Vor allem kämpfte er unerbittlich gegen den Rechtsopportunismus. Seine Angriffe gegen die rechten Sozialdemokraten und die reaktionären Gewerkschaftsführer sind Meisterwerke der Polemik. Trotzdem war seine Position [100:] im Grunde genommen revisionistisch, da er in vielen wesentlichen Punkten Marx „korrigierte“. Seine Gesamtauffassung war eine Mischung aus „linkem“ Sektierertum und Syndikalismus. Im wesentlichen war er ein kleinbürgerlicher Linksradikaler.

In völliger Abweichung vom marxistischen Denken entwickelte er frühzeitig die syndikalistische, hauptsächlich von den ersten Anarchosyndikalisten[5] entlehnte Theorie, daß die Industriegewerkschaften die

---

5 Siehe das Programm der anarchosyndikalistischen International Working People’s Association in Kapitel 3.

Basis der zukünftigen Gesellschaft sein würden. Diese industrielle Organisation sollte nach De Leon kein Staat mit Zwangsvollmachten, sondern einfach ein Verwaltungsapparat sein.

In dieser Beziehung stimmten De Leons Vorstellungen im wesentlichen mit denen der Syndikalisten der Industrial Workers of the World (IWW) seit 1905 überein. De Leon sagte: „Die Industriegewerkschaften sind die sozialistische Republik im Werden, |und wenn das Ziel einmal erreicht ist, sind sie die sozialistische Republik in Aktion.“[6] Er billigte die Programmerklärung der IWW, in der es hieß: „Indem wir uns industriell organisieren, errichten wir den Bau der neuen Gesellschaft in der Hülle der alten.“ Ausdrücklich erklärte er: „Wo das Generalexekutivkomitee der IWW sich befindet, dort befindet sich die Hauptstadt der Nation.“[7]

Nach der russischen Revolution behaupteten die Führer der Socialist Labor Party, De Leon habe mit seiner Idee einer Industrierepublik das Sowjetsystem vorausgesehen und Lenin habe ihn dafür beglückwünscht. Aber das war Unsinn. De Leons Ideen vom Aufbau der sozialistischen Gesellschaft hatten anarchistische und linkssektiererische, nicht aber marxistische Wurzeln. Es ist bezeichnend, daß De Leons heutige Anhänger, starr an seinen Ideen festhaltend, die gesamte Organisation der Sowjets abgelehnt haben.

Auch in seinen Vorstellungen darüber, wie die Revolution in den Vereinigten Staaten durchzuführen sein würde, wich De [101:] Leon weitgehend vorn Marxismus ab. Er war der Meinung, die Arbeiter würden ihre Gesellschaftsordnung aufrichten, ohne seitens der Kapitalistenklasse auf praktischen Widerstand zu stoßen. Nun ist es natürlich richtig, daß Marx längere Zeit vorher bei seiner allgemeinen Feststellung, daß der Widerstand der Kapitalisten gegen den sozialen Fortschritt der sozialistischen Revolution notwendigerweise einen gewaltsamen Charakter verleihen würde, in bezug auf England und die Vereinigten Staaten eine Ausnahme gemacht hatte. Er sagte in diesem Zusammenhang: „Gewinnt z. B. in England oder in [den] Vereinigten Staaten die Arbeiterklasse die Majorität im Parlament oder Kongreß, so könnte sie auf gesetzlichem Weg die ihrer Entwicklung im Weg stehenden Gesetze und Einrichtungen beseitigen ...“[8] Marx gebrauchte hier ein „falls“ – das heißt, falls die Kapitalisten sich der legalen Machtübertragung nicht widersetzen würden. Lenin wies später nach, daß die fortschreitende Entwicklung des Imperialismus in diesen beiden Ländern durch die Schaffung einer großen Armee und einer staatlichen Bürokratie die Situation verändert hatte. Die Arbeiter würden sich, ihren demokratischen Grundneigungen getreu, um einen friedlichen Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus bemühen, aber sie würden dabei auf die Versuche der Kapitalisten stoßen, sie mit Gewalt daran zu hindern, und diese Versuche abweisen müssen.

De Leon jedoch ignorierte diese politischen Veränderungen in den Vereinigten Staaten und ihre Bedeutung für den Endkampf um den Sozialismus. Er entwickelte seine opportunistische Idee weiter, daß die Partei bei den Wahlen auf friedlichem Wege eine Mehrheit gewinnen und sich dann, wenn ihre politische Funktion zu Ende sei, alsbald auflösen werde. Danach würden die Industriegewerkschaften die Betriebe „übernehmen und besitzen“ und „die Kapitalisten aussperren“. In dem unwahrscheinlichen Falle, daß die Kapitalisten gewaltsamen Widerstand leisten sollten, würden die Industriegewerkschaften, [102:] wenn sie auch nur einen Verwaltungsapparat darstellten, schon mit ihnen fertig werden.[9]

De Leon hatte kaum eine Vorstellung von der führenden Rolle der Partei. Er legte nur Gewicht auf die Industriegewerkschaften vor, während und nach der Revolution. Sie spielten in seinem Denken die entscheidende Rolle in allen Etappen. Ebensowenig hatte er eine Vorstellung von Parteidemokratie und Parteidisziplin. Er schloß rücksichtslos alle aus, die auch nur um ein Jota von seinem Dogmatismus abwichen.

---

6 Daniel De Leon, “Industrial Unionism”, New York 1947, S. 48.

7 Daniel De Leon, “Socialist Reconstruction of Society”, New York 1947, S. 47.

8 Karl Marx, Konspekt der Reichstagsdebatten über das Sozialistengesetz; Marx/Engels/Lenin/Stalin, Zur deutschen Geschichte, Bd. II, 2. Halbbd., S. 994/995. [MEW 34, S. 498]

9 Siehe Daniel De Leon, “Socialist Reconstruction of Society”.

In einer ganzen Reihe wesentlicher Fragen der Strategie und Taktik wich De Leon ebenfalls stark vom Marxismus ab. Er begriff nicht, daß die Farmer, das Kleinbürgertum und die Neger die natürlichen Verbündeten der Arbeiterklasse sind. Er lehnte die Arbeiterpartei prinzipiell ab, war nicht im geringsten bestrebt, die Massen der Neger zu sammeln, hielt sich von allen Farmerbewegungen zurück und spottete über den Kampf des Kleinbürgertums gegen die Truste.

De Leon empfand auch eine fast besorgte Hochachtung vor den Trusten als einer im wesentlichen fortschrittlichen Erscheinung. Er erklärte: „Wir sagen, selbst wenn die Truste zerschlagen werden könnten, würden wir sie nicht zerschlagen, weil wir dadurch die Zivilisation zurückwerfen würden.“[10] Diese schematische Einstellung genügte, um die Socialist Labor Party von den Massen zu isolieren, die einen sehr vernünftigen, wenn auch nicht immer geschickten Kampf gegen das Vordringen des rücksichtslosen Monopolkapitals führten. Diese falsche Einstellung zu den Trusten überwog viele Jahre lang auch in der Socialist Party, die sie mit der Parole verquickte: „Die Truste gehören der Nation!“

Durch die sektiererischen Tendenzen geriet die Socialist Labor Party in völlige Isolierung von allen elementaren populären Massenbewegungen des werktätigen Volkes. Um diese Isolierung noch vollständiger zu machen, lehnte De Leon auch den Kampf für alle Tagesforderungen prinzipiell ab, die für [103:] ihn „Bananenschalen unter den Füßen der Arbeiter“ waren. Er begann mit der Übernahme des durch und durch opportunistischen Programms von Henry George und endete mit der Ablehnung von Teilforderungen überhaupt. Schließlich reduzierte er das Programm der Socialist Labor Party auf eine einzige Forderung, nämlich „die bedingungslose Kapitulation der Kapitalistenklasse“.

De Leons allgemeine Einstellung mußte dazu führen, daß die Partei eine isolierte, sektiererische und dogmatische Gemeinschaft wurde, die den Sozialismus abstrakt propagierte, wie die Socialist Labor Party es noch heute tut. Als er im Jahre 1891 die Führung der Partei übernahm, gab es keinen Marxisten, der seinen sektiererischen Grillen wirksam hätte entgegentreten können. Marx war tot, Engels sollte sterben, ehe De Leon sich voll entfalten konnte, der betagte Sorge war nicht mehr aktiv, McDonnell hatte die Arbeit in der Socialist Labor Party längst aufgegeben, und die anderen Marxisten, wie etwa Sanial und Vogt, erlagen bald dem Zauber seines brillanten Geistes. Das Tragische dabei war, daß die Denkweise De i Leons auf Jahre hinaus die gesamte Linke beherrschte. Erst eine Generation später, als die rauhe Realität der russischen Revolution sich anmeldete, als die tiefgründigen marxistischen Schriften Lenins nach Amerika gelangten und die Kommunistische Partei gegründet wurde, konnte der ideologische Einfluß De Leons endgültig gebrochen werden.

Die Socialist Labor Party und die Gewerkschaften

In den neunziger Jahren gingen die amerikanischen Großkapitalisten endgültig dazu über, die Kampfkraft der Arbeiterklasse durch die Förderung einer Arbeiteraristokratie, die die besser bezahlten und im Lande geborenen Facharbeiter umfaßte, zu paralysieren. Sie taten dies auf Kosten der ungelernten und der Negerarbeiter. Infolge der vielen Vorteile, die der Kapitalismus in den Vereinigten Staaten genoß, verfügten die Kapitalisten über die finanziellen Mittel, um diese Politik der Korruption der Arbeiterschaft in einem Ausmaß durchzufüh-[104:]ren, das weit über alles hinausging, was die Unternehmer in England oder anderen kapitalistischen Ländern auf diesem Gebiet je fertiggebracht hatten. Die opportunistischen Führer der American Federation of Labor mit ihrer erbitterten Feindschaft gegen den Sozialismus, ihrer Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den Kapitalisten, ihrer Ablehnung einer Arbeiterpartei, ihrer Vorliebe für Fachverbände, ihrer ablehnenden Haltung gegenüber den Negern und den ungelernten Arbeitern und ihrer Streikbrecherpolitik waren durchaus damit einverstanden.

De Leon führte heftige Angriffe gegen diese offizielle Korruption und nannte die Gompers-Bürokraten „Arbeitersachwalter der Kapitalistenklasse“[11]. Aber die allgemeine Schlußfolgerung, die er aus seiner Analyse zog, war falsch. Er verlangte nämlich, daß die Sozialisten sich aus den alten, konservativ geführten Gewerkschaften zurückziehen und sich der Schaffung einer betont sozialistischen

---

10 De Leon-Berry, “Debate on Solution of the Trust Problem”, New York 1913.

11 Daniel De Leon, “Two Pages from Roman History”, New York 1903.

Arbeiterbewegung widmen sollten. Die Folge dieser Politik war, daß die alten Gewerkschaften den Reaktionären überlassen und die Sozialisten von diesen wichtigsten wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse isoliert wurden. De Leon überschüttete diejenigen, die für eine Regeneration der konservativen Gewerkschaften durch „Zersetzung von innen“ eintraten, mit Hohn und Spott.

De Leons dualistischer Kurs lief den Ratschlägen von Engels, der sich entschieden für die Arbeit innerhalb der alten Gewerkschaften aussprach, direkt zuwider. Schon 1887 warnte Engels vor den isolationistischen Tendenzen von Leuten wie De Leon und erklärte: „Ich denke, unsere ganze Praxis hat bewiesen, daß es wohl möglich ist, mit der allgemeinen Bewegung der Arbeiterklasse in jeder einzelnen Etappe zusammenzuarbeiten, ohne unsere eigne aparte Stellung oder gar Organisation aufzugeben oder zu verbergen, und ich fürchte, daß die Deutsch-Amerikaner, wenn sie einen anderen Weg einschlagen, einen großen Fehler begehen werden.“[12]

[105:] Im Jahre 1890 kam es anläßlich des bekannten „Falls Sanial“ zum Bruch zwischen der führenden Gruppe um De Leon und der American Federation of Labor. Die Socialist Labor Party, die nur eine unklare Vorstellung von dem Unterschied zwischen Partei und Gewerkschaft hatte, überführte ihre „amerikanische Sektion“ in die unabhängige Central Labor Federation of New York, die unter sozialistischer Führung stand. Als diese Organisation sich dann wegen der Bestätigung der Aufnahme an die American Federation of Labor wandte, wurde ihr Delegierter Lucien Sanial von Gompers mit der Begründung abgewiesen, die AFL billige den Anschluß von politischen Parteien nicht. Nach heftigen Auseinandersetzungen unterstützte der AFL-Kongreß in Detroit im Jahre 1890 die Entscheidung von Gompers mit 1699 gegen 535 Stimmen. Engels wie auch Sorge erklärten später, Gompers sei bei dem Streit formal im Recht gewesen, aber De Leon benutzte den Zwist, um einen tiefen Keil zwischen die Socialist Labor Party und die AFL zu treiben und die Arbeit der Sozialisten in der AFL weitgehend einzuschränken. Die Central Labor Federation of New York blieb unabhängig.

Nunmehr wandte De Leon seine Aufmerksamkeit den Knights of Labor zu, mit denen es damals endgültig abwärts ging. Er trat der Mixed Assembly 1863 bei und ließ sich von dieser Ortsversammlung in die Bezirksversammlung Nr. 49 von New York delegieren, in der die Sozialisten die Oberhand hatten. Von dieser Körperschaft wurde De Leon im Jahre 1893 zur Generalversammlung der Knights of Labor delegiert. Hier war es in der Hauptsache das Verdienst der sozialistischen Delegierten, daß der Reaktionär Powderly abgesetzt und an seiner Stelle J. R. Sovereign zum Ordensmeister gewählt wurde. Sovereign versprach, Lucien Sanial zum Chefredakteur der Ordenszeitung “Journal” zu machen, zog aber später seine Zusage zurück. Die Beziehungen zwischen Sovereign und den Führern der Socialist Labor Party wurden daher sehr gespannt, so daß die Generalversammlung der Knights of Labor in Washington im Jahre 1895 De Leon nicht als Delegierten zuließ.[13]

[106:] Diese Erfahrung nahm De Leon schließlich jede Neigung, in den alten Gewerkschaften überhaupt noch mitzuarbeiten. Von nun an lehnte er die Mitarbeit bei den Knights of Labor ebenso energisch ab wie die in der American Federation of Labor. Infolgedessen brachte er die Sozialisten, einschließlich des Bezirks Nr. 49, dazu, sich von den Knights of Labor ebenso zu distanzieren, wie er sich von der AFL zurückgezogen hatte. Dann ging er dazu über, eine neue sozialistische Arbeiterbewegung zu organisieren, die seinem eigenen Geschmack entsprach, die Socialist Trades and Labor Alliance.[14] Bezeichnenderweise war Debs, der einen ähnlichen sektiererischen Standpunkt vertrat, De Leon um zwei Jahre vorangegangen mit der Gründung der American Railway Union, die sämtlichen Fachverbänden der Eisenbahner Konkurrenz machte.

Die Socialist Trades and Labor Alliance

De Leon organisierte die Socialist Trades and Labor Alliance ohne formelle Rücksprache mit der Partei. Er berief einfach eine Konferenz der Führer der unabhängigen Central Labor Federation of

---

12 Karl Marx/Friedrich Engels, Ausgewählte Briefe, S. 479. [MEW 36, S. 598]

13 Siehe Anthony Bimba, “History of the American Working Class”, New York 1927, S. 200.

14 Dem Generalexekutivkomitee der Socialist Trades and Labor Alliance gehörte Ella Reeve Bloor an. Siehe ihr Buch “We Are Many”, New York 1940, S. 55.

New York, der United Hebrew Trades, der Newark Central Labor Federation und der ausgetretenen Bezirksversammlung Nr. 49 ein, setzte einen Beschluß über die Schaffung einer neuen Organisation durch und gründete die Socialist Trades and Labor Alliance am 13. Dezember 1895 auf einer Massenkundgebung in Cooper Union. Die Bedenken des Landesexekutivkomitees der Socialist Labor Party suchte er mit der Versicherung zu zerstreuen, die Allianz werde nicht mit der American Federation of Labor konkurrieren, sondern sich auf die Organisierung der Unorganisierten beschränken. Die Erfahrung zeigte jedoch schnell ein anderes Bild, und bald lag die neue Organisation in heftigem Streit mit den alten Verbänden. Auch unter den Gewerkschaftern der Socialist Labor Party wuchs die Opposition gegen die Allianz, aber De Leon [107:] erreichte es trotzdem, daß die neue Organisation auf dem Parteikongreß von 1896 in New York mit einem Stimmenverhältnis von 71 zu 6 gebilligt wurde.

Im Jahre 1898 behauptete die Allianz, 15.000 Mitglieder zu haben, was übertrieben war. In Wirklichkeit stagnierte sie und konnte sich nicht entwickeln. Als Anhängsel der Socialist Labor Party, zur Unterstützung ihrer Kandidaten bei Wahlen verpflichtet und ganz allgemein an die Dogmen De Leons gebunden, konnte der neue Gesamtverband keine Anziehungskraft auf die Massen ausüben. Er führte einige kleinere Streiks, und das war alles. Zehn Jahre nach ihrer Gründung, im Jahre 1905, vereinigte sich die Allianz mit anderen linksgerichteten Verbänden bei der Gründung der Industrial Workers of the World. Auf diesem Kongreß trat De Leon mit der Behauptung auf, er vertrete 1500 Mitglieder der Allianz, aber selbst dies war übertrieben. Die American Federation of Labor, die De Leon längst totgesagt hatte, wuchs inzwischen weiter und steigerte die Zahl ihrer Mitglieder von 260.000 im Jahre 1395 auf 1.480.000 im Jahre 1905.

Das Bestehen der Allianz führte unter anderem zu dem bemerkenswerten Ergebnis, daß sich mit der Zeit eine verhängnisvolle Spaltung zwischen den der Partei angehörenden Gewerkschaftern und der Führungsgruppe um De Leon entwickelte. Die Parallelorganisation zog viele aktive Funktionäre aus den AFL-Gewerkschaften an sich, schwächte dadurch die sozialistischen Kräfte in diesen erheblich und wirkte sich auch hinsichtlich ihrer Teilnahme an den großen Streiks jener Zeit nachteilig aus. Im Jahre 1893 war es der von Thomas J. Morgan geführten sozialistischen Delegation auf dem AFL-Kongreß in Chicago gelungen, eine zwölf Punkte umfassende Resolution durchzusetzen, in der unter anderem von „dem Kollektivbesitz des Volkes an allen Produktions- und Verteilungsmitteln“ die Rede war. Dieser letzte Punkt wurde später in einer Urabstimmung abgelehnt. Auf dem Kongreß von 1894 gelang es den Sozialisten, Gompers zu stürzen und zum Präsidenten für das kommende Jahr den konservativen John McBride vom Bergarbeiterverband zu wählen. Auf dem gleichen Kongreß brachten die Sozialisten auch eine Resolution zur Negerfrage durch, [108:] in der es hieß: „Die AFL und die ihr angeschlossenen Verbände machen keinen Unterschied zwischen Negern und Weißen. Ein Verband, der anders handelt, kann nicht in die AFL aufgenommen werden.“ In dieser Frühzeit der AFL hätte eine richtige marxistische Politik die zukünftige Entwicklung der Organisation sehr wesentlich in fortschrittlicher Richtung beeinflussen können. Aber die Politik der Parallelgewerkschaften, wie die Socialist Trades and Labor Alliance sie betrieb, eine Politik, die den Marxisten nach 1895 noch 25 Jahre lang in den verschiedensten Formen schwer zu schaffen machen sollte, legte den linken Flügel in den Gewerkschaften praktisch lahm und begünstigte die Konsolidierung der reaktionären Führungsgruppe um Gompers.

Die Arbeiterpartei und die Populistenbewegung

Von jeher hatten die Marxisten in den Vereinigten Staaten trotz aller ihrer Fehler in der praktischen Anwendung den im wesentlichen richtigen Kurs verfolgt, in den zahlreichen Parteien der Arbeiter- und Farmermassen mitzuarbeiten, die die Werktätigen im Laufe von mehr als zwei Generationen des Klassenkampfes gegründet hatten. Aber De Leon nahm diese Politik nach wie vor nicht ernst und isolierte die Marxisten von diesen politischen Aktionen der Massen, ebenso wie er sie weitgehend von den Massengewerkschaften isoliert hatte. Er sprach sich im Prinzip gegen eine Arbeiterpartei aus und lehnte die Farmerbewegung rundweg ab. Ihm kam es einzig darauf an, daß die sektiererische Socialist Labor Party politisch unter allen Umständen direkt unterstützt wurde.

Dieser beschränkte Kurs stand in unmittelbarem Widerspruch zu dem von Engels seit Jahren eifrig propagierten. Anläßlich der großen politischen Bewegungen der achtziger Jahre zum Beispiel schrieb Engels: „Ein oder zwei Millionen Arbeiterstimmen im nächsten November für eine bona fide Arbeiterpartei sind augenblicklich unendlich viel mehr wert als hunderttausend Stimmen für eine doktrinär einwandfreie Plattform.“ Bei einer anderen Gelegenheit erklärte er: „Der erste Schritt, [109:] worauf es in jedem neu in die Bewegung eintretenden Land ankommt, ist immer die Konstituierung der Arbeiter als selbständige politische Partei, einerlei wie, solange es nur eine distinkte Arbeiterpartei ist.“[15]

Auch gegenüber den Farmern betrieb De Leon eine beschränkte Politik. In den neunziger Jahren erreichte die Unzufriedenheit der Farmer ein kritisches Stadium in der Populistenbewegung.[16] Sie war ein Ergebnis des kapitalistischen Drucks auf die Farmer durch wucherische Hypotheken, betrügerische Frachttarife, übermäßig hohe Preise für alles, was die Farmer brauchten, und viel zu niedrige Preise für alles, was sie verkauften. Mißernten und andere Schwierigkeiten trugen dazu bei, den Leidensbecher der Farmer zum Überfließen zu bringen.

Die Entstehung der Farmerbewegung reichte weit zurück in die Zeiten der zahlreichen Kämpfe der Grangers[17], der Greenback Party und anderer agrarischer Organisationen. Die People’s Party wurde am 22. Februar 1892 in St. Louis gegründet. Ihr Programm forderte die Nationalisierung des Telegrafenwesens und der Eisenbahnen, Regierungsmaßnahmen zur Bodenverbesserung und eine Reihe weniger wichtiger Maßnahmen für die Arbeiterschaft. Bei den Wahlen von 1892 erhielt der Kandidat der People’s Party, General Weaver, 1.027.329 Stimmen. In dem Krisenjahr 1894 erzielte die Partei 1.523.979 Stimmen. Im Jahre 1896 jedoch ging die Zahl der für sie abgegebenen Stimmen infolge einer unglückseligen Fusion mit der hinter William Jennings Bryan stehenden Demokratischen Partei auf 200.000 zurück, und damit war die People’s Party erledigt. Sie war von den Opportunisten zugrunde gerichtet worden.

Die organisierte Arbeiterschaft unterstützte die große Farmerbewegung der Populisten nicht uneingeschränkt. Dies war einer der wesentlichen Gründe für ihren Zusammenbruch. Auf den Kongressen der Partei von 1892 und 1896 waren die United Mine Workers und die im Abstieg befindlichen Knights of [110:] Labor vertreten, während die Gruppe um Gompers, die sich bereits dem Zweiparteiensystem verschrieben hatte, die Teilnahme der American Federation of Labor verhinderte. Auf Drängen De Leons verurteilte die Socialist Labor Party auf ihrem Kongreß im Juli 1893 die People’s Party scharf als „den Interessen und Zielen des Proletariats feindlich gegenüberstehend“[18].

Im Jahre 1892 stellte die Socialist Labor Party zum erstenmal eigene Präsidentschaftskandidaten auf, den kleinen Fabrikanten Simon Wing und den Elektrotechniker Charles Matchett. Sie erhielten in sechs Staaten des Ostens 21.534 Stimmen. Auch im Jahre 1896 stellte die Partei Kandidaten auf, Matchett und M. Maguire, die 36.534 Stimmen erhielten.

De Leons isolationistische Politik gegenüber den spontanen politischen Bewegungen der Arbeiter und Farmer fügte der Partei sowohl wie diesen Massenbewegungen unendlichen Schaden zu. Volle dreißig Jahre lang, bis in die zwanziger Jahre unseres Jahrhunderts, blieb sie nicht nur in der Socialist Labor Party, sondern auch in der Socialist Party die vorherrschende Politik.

Die Socialist Labor Party und die Neger

Eine der größten Schwächen der Socialist Labor Party war stets ihre unrichtige Haltung in der Negerfrage. Gewiß setzten sich die Marxisten seit dem Bürgerkrieg und sogar schon vorher energisch für die Aufnahme der Neger in die Gewerkschaften und für die Verteidigung ihrer wirtschaftlichen Interessen ein. Aber sie begriffen nicht, daß die Negerfrage sich zu einer nationalen Frage entwickelte, und sie arbeiteten auch kein geschlossenes Programm von Forderungen für die Neger aus. Ebensowenig erfaßten sie die wahre Bedeutung der umfassenden politischen Forderungen, die die

---

15 Karl Marx/Friedrich Engels, Ausgewählte Briefe, S. 475, 470. [MEW 36, S. 299]

16 Siehe Anna Rochester, “The Populist Movement in the United States”, New York 1943.

17 Farmerverbände. *Die Red*.

18 Nathan Fine, “Labor and Farmer Parties in the United States”, S. 155.

Neger selbst erhoben. Dieser Irrtum wirkte sich für die Massen der Neger besonders hemmend in der Rekonstruktionsperiode nach dem Bürger-[111:]krieg aus, als sie die Unterstützung der Arbeiterklasse in ihrem Kampf um Boden und Freiheit am dringendsten brauchten.

De Leon tat nichts, um die Schwächen und Unklarheiten der Marxisten hinsichtlich der Negerfrage zu beseitigen. Im Gegenteil, er vergrößerte sie noch. Nach dem Bürgerkrieg begannen die befreiten Neger, sich unter schwerstem wirtschaftlichem und politischem Druck zu einer Nation zu entwickeln. Diese Entwicklung dauert noch heute an.[19] De Leon, der den Anspruch erhob, der maßgebliche marxistische Theoretiker in den Vereinigten Staaten zu sein, hatte nicht die leiseste Ahnung von dieser entscheidenden Entwicklung, nicht einmal in ihren Grundzügen. Praktisch ignorierte er die so dringliche Negerfrage völlig. In seinen Schriften findet sich fast nichts über die Kämpfe und Leiden der Neger, obwohl die Zeitungen damals voll waren von Berichten über die barbarische Lynchjustiz gegen Neger und die Neger politisch, wirtschaftlich und sozial im ganzen Lande in der übelsten Weise diskriminiert wurden. Hinter dieser groben Mißachtung verbarg sich, wie bei vielen späteren Sozialisten- und Gewerkschaftsführern, das fressende Übel des weißen Rassenchauvinismus.

Der weiße Rassenchauvinismus, die bürgerliche Ideologie der Überlegenheit der Weißen, beruht auf der falschen Vorstellung, daß die Neger minderwertige Wesen sind. Er äußert sich in systematischer Diskriminierung und Verfolgung der Neger auf wirtschaftlichem, politischem und sozialem Gebiet. Obwohl unzählige Male wissenschaftlich und durch die Praxis des Lebens völlig widerlegt, herrscht er noch immer, weil die Plantagenbesitzer und die Industriellen, die mit seiner Hilfe den Negern einen niedrigeren Lebensstandard aufzwingen können, ihn eifrig pflegen. Ursprünglich die ideologische Rechtfertigung der Sklaverei seitens der Plantagenbesitzer, vergiftet der weiße Rassenchauvinismus noch heute in verschiedenem Grade alle Schichten der weißen Bevölkerung, einschließlich großer Teile der Arbeiterklasse.

Das wenige, was De Leon über die Negerfrage schrieb, war unrichtig. Er reduzierte sie einfach auf ein Klassenproblem. Die [112:] Neger bilden, so sagte er, „eine besondere Gruppe in den Reihen der Arbeiterschaft ... In wirtschaftlicher Hinsicht unterscheiden sie sich nicht von ihren andersrassigen Leidensgenossen; aber auf Grund ihrer Rasse, die lange mit Sklaventum gleichgesetzt wurde, drang das Licht der sozialen Frage so verzerrt in ihren Geist, daß es sich in allen Farben des Regenbogens bricht und es ihnen unmöglich macht, die Frage in ihrem klaren Licht zu erkennen.“[20]

Das einzige Programm, das De Leon den rücksichtslos verfolgten Negern zu bieten hatte, war der Endsieg des Sozialismus. Sofortige Forderungen zur Abstellung der barbarischen Verfolgungen, denen sie ausgesetzt waren, hielt er für überflüssig. Diese von De Leon formulierte durch und durch falsche Position wurde auf Jahre hinaus bestimmend für die theoretische und praktische Einstellung der Sozialisten zur Negerfrage, nicht nur bei den „Rechten“, sondern weitgehend auch bei den „Linken“. Erst nach der Entstehung der Kommunistischen Partei, eine Generation später, wurde die enorme Bedeutung des Kampfes der Neger für die sozialistische Bewegung im allgemeinen völlig begriffen, wurde sie als nationale Frage verstanden, wurde eine richtige marxistische Politik in dieser Frage formuliert.

Der Niedergang der Socialist Labor Party

Im Jahre 1900, nach vierundzwanzigjährigem Bestehen, hatte die Socialist Labor Party nur noch fünf- oder sechstausend Mitglieder in 26 Staaten.[21] Die für sie im ganzen Lande abgegebenen Stimmen hatten sich auf 82.204 erhöht. Bei weitem die meisten Mitglieder waren keine geborenen Amerikaner, sondern Deutsche, Juden, Skandinavier, Polen usw. Von den Massenorganisationen und den Kämpfen der werktätigen Massen war die Partei weitgehend isoliert. Das war offensichtlich nicht das Bild einer sich entwickelnden führenden Partei der Arbeiterklasse.

---

19 Siehe Harry Haywood, „Die schwarze Nation“, Dietz Verlag, Berlin 1952.

20 Zitiert in Eric Hass, “Socialism”, New York, o. J., S. 19.

21 Siehe Nathan Fine, “Labor and Farmer Parties ...”, S. 180.

[113:] Zweifellos war die Stagnation der Socialist Labor Party zu einem großen Teil auf ungünstige objektive Bedingungen zurückzuführen, worüber in Kapitel 37 gesprochen wird. Auch mit der richtigsten Politik wäre es unter den damaligen Verhältnissen schwierig gewesen, in einem kapitalistischen Lande wie den Vereinigten Staaten eine starke marxistische Partei aufzubauen. Trotzdem waren die Möglichkeiten für das Wachstum der Mitgliederzahl und die Stärkung des Einflusses der Partei weit größer, als die Socialist Labor Party zu erkennen imstande war. Dieses Unvermögen erklärt sich zum größten Teil aus den schweren sektiererischen politischen Fehlern De Leons. Sein Rückzug aus den konservativen Gewerkschaften, seine Politik der grundsätzlichen Ablehnung einer Arbeiterpartei sowie der Neger- und der Farmerbewegung und sein Verzicht auf alle praktischen Forderungen, alles Dinge, die für den Kurs der Partei bestimmend wurden, hatten für die Partei besonders unheilvolle Folgen bei den großen wirtschaftlichen und politischen Kämpfen der neunziger Jahre.

Daß die Socialist Labor Party unter De Leon unfähig war, die Marxisten in den Vereinigten Staaten zu vereinigen und ihnen eine Führung zu geben, wurde auch dadurch anschaulich bewiesen, daß sich gerade zu seiner Zeit mehrere sozialistische und halbsozialistische Richtungen entwickelten, die sich seiner offiziellen Führung entzogen. Hierher gehören die von Debs geführte Bewegung im Mittelwesten, die Gruppe radikaler Sozialisten um Haywood und andere unter den Bergarbeitern der Rocky-Mountain-Staaten, die linken und radikalen Elemente in der zerfallenden Populistenbewegung und die Herausbildung einer oppositionellen Gruppe innerhalb der Socialist Labor Party selbst.

Unter der sektiererischen und dogmatischen Führung De Leons war die Partei auch völlig unfähig, aus ihren Fehlern zu lernen. Infolgedessen konnte sie sich nicht umstellen, um die neuen sozialistischen Kräfte an sich zu ziehen, und ebensowenig ‚konnte sie der neuen und drängenden Probleme Herr werden, vor die die Entwicklung des amerikanischen Imperialismus sie stellte. Kurz, sie hatte ihre Rolle als sozialistische Partei des amerikanischen Proletariats ausgespielt; folglich begann sie zu [114:] zerfallen und sich zu spalten. Zunächst wurde sie von den neuen sozialistischen Kräften überwältigt und durch eine neue Organisation, die Socialist Party, verdrängt.

Die Spaltung in der Socialist Labor Party

Die Spaltungsbewegung begann im Zusammenhang mit der Frage der Socialist Trades and Labor Alliance, ergriff aber bald das gesamte sektiererische und autoritäre Regime De Leons. Fast unmittelbar nach der Gründung der Allianz hatten die Gewerkschafter in der Partei gegen die neue Organisation Stellung bezogen. DeLeon versuchte, die zunehmende Unzufriedenheit durch Repressalien und Ausschlüsse zu ersticken. Im Dezember 1898 jedoch hatte die zu ihm in Opposition stehende „Volkszeitung“ den Mut, die Politik der Partei offen zu kritisieren. Dies führte zu heftigen Fraktionskämpfen zwischen den Anhängern De Leons und den Oppositionellen. Zu den führenden Persönlichkeiten, die hinter der Opposition der „Volkszeitung“ standen, gehörte Morris Hillquit. Im Jahre 1870 in Riga geboren, war er im Alter von 15 Jahren nach Amerika gekommen und arbeitete als Hemdennäher und in anderen Berufen. Eine Zeitlang war er Sekretär der United Hebrew Trades; 1893 erwarb er einen juristischen akademischen Grad. Als Mitglied der Socialist Labor Party nahm er aktiv am Kampf gegen De Leon teil.

Die heftigen Auseinandersetzungen in der Partei erreichten einen Höhepunkt am 10. Juli 1899, als die Sektion New York, die auf Grund eines Beschlusses des Parteikongresses von 1896 berechtigt war, das Landesexekutivkomitee und den Generalsekretär der Socialist Labor Party zu wählen, für die Absetzung der damals amtierenden Parteifunktionäre stimmte und neue wählte. So wurde Henry L. Slobodin an Stelle von Henry Kuhn Generalsekretär. De Leon weigerte sich, diese Beschlüsse anzuerkennen, und beschimpfte die Rebellen als „Känguruhs“[22]. Es folgten materielle Kämpfe um den Besitz der Gebäude, Zeitungen und Geldmittel der Partei. Beide Gruppen bezeichneten [115:] sich als Socialist Labor Party, und jede gab ein eigenes Organ unter dem Namen “The People” heraus.

---

22 Eigenmächtig handelndes Gremium, das sich über die geltenden Rechtsbestimmungen hinwegsetzt. *Die Red*.

Schließlich entschieden die Gerichte, daß die Gruppe um De Leon das gesetzliche Recht zur Führung des Parteinamens habe.[23]

Inzwischen veranstaltete die Oppositionsgruppe, die sich noch immer Socialist Labor Party nannte, am 1. Januar 1900 einen neuen Kongreß in Rochester. Anwesend waren 59 Delegierte, die etwa die Hälfte der Parteimitglieder vertraten. Der Kongreß verurteilte die Socialist Trades and Labor Alliance unumwunden, entwarf ein neues Parteiprogramm, nahm neue Satzungen für die Leitung der Partei an und stellte für die kommenden Wahlen Job Harriman und Max Hayes als Präsidentschaftskandidaten auf. Er nahm auch eine Resolution an, in der die Verschmelzung mit der von Debs und Victor Berger geführten Social-Democratic Party ins Auge gefaßt wurde.

Für die alte Socialist Labor Party bedeutete die Spaltung ein nicht wiedergutzumachendes Unglück. Etwa die Hälfte der Mitgliedschaft wurde abtrünnig, und ihre Kandidaten bei den Wahlen von 1900, James T. Maloney und Valentine Remmel, erhielten nur 34.191 Stimmen, das heißt nicht einmal halb soviel, wie die Partei im Jahre 1898 hatte erreichen können. De Leon, dem auf dem Kongreß von 1900 keine Opposition mehr gegenüberstand, säuberte alsbald das Parteiprogramm von dem „Bandwurm der Tagesforderungen“ und behielt als einzigen Punkt die Forderung nach Revolution bei. Der Kongreß nahm auch eine Resolution an, in der den Mitgliedern der Partei bei Strafe des Ausschlusses verboten wurde, in den alten Gewerkschaften Funktionen zu übernehmen. Nachdem die Socialist Labor Party die Führung der marxistischen Bewegung in den Vereinigten Staaten verloren hatte, befand sie sich endgültig auf dem Wege, die winzige, verknöcherte, rückständige und reaktionäre Sekte zu werden, die sie heute ist. Die Richtung DeLeons in der Socialist Labor Party war an ihrem logischen Ziel angelangt. Leider aber sollte der sektiererische Einfluß DeLeons sich in den linksgerichteten Kreisen der Vereinigten Staaten noch lange halten.

---

[23] Siehe Morris Hillquit, „Die Geschichte des Sozialismus in den Vereinigten Staaten“, S. 327, 328 – “Daniel De Leon, a Symposium”, herausgegeben von Harry Kuhn, New York 1919, S. 22.

[116:]

7
DIE SOCIALIST PARTY
(1900-1905)

Bei ihrer Gründung in den Jahren 1900/1901 stand der Socialist Party, aus der schließlich die Kommunistische Partei hervorgehen sollte, ein starkes und triumphierendes kapitalistisches System in den Vereinigten Staaten gegenüber. Von 1860 bis 1900 war der Wert der Industrieproduktion sprunghaft von 1.885.825.000 Dollar auf 11.406.927.000 gestiegen; die Kapitalinvestitionen erhöhten sich von 1.000.856.000 Dollar auf 8.975.256.000 Dollar; die Zahl der Industriearbeiter wuchs von 1.310.000 auf 4.713.000, und 14 Millionen Einwanderer waren in das Land geströmt. Die Bevölkerung wuchs in diesen vier Jahrzehnten von 31.443.321 auf 75.994.575. Die Vereinigten Staaten waren aus einem vorwiegend agrarischen Land zur führenden Industrienation in der Welt geworden. Dies Entwicklungstempo hielt in der gesamten hier behandelten Periode an.

Um die Jahrhundertwende war der amerikanische Kapitalismus, nach der wissenschaftlichen Definition Lenins, endgültig in das Stadium des Imperialismus eingetreten. Die Industrie war weitgehend monopolisiert; das Finanzsystem wurde von einigen wenigen Großbanken beherrscht; die Großindustriellen und Großbankiers hatten sich zu einer Oligarchie des Finanzkapitals verschmolzen, die den Staat beherrschte; der amerikanische Kapitalismus spielte bereits eine entscheidende Rolle bei der Aufteilung der Weltmärkte, und im Spanisch-Amerikanischen Krieg hatte er begonnen, nach seinem imperialistischen Anteil an den Ländern der Erde zu greifen. Das Agrarland der Zeit von Jefferson, Jackson und Lincoln war das monopolistische und imperialistische Land der Morgan und Rockefeller geworden.[1]

[117:] Während die Großkapitalisten sich den Weg zur endgültigen Herrschaft ihrer Klasse in den Vereinigten Staaten bahnten, hatten sie seit dem Bürgerkrieg, wie wir gesehen haben, den Arbeitern, den Farmern und dem Kleinbürgertum in zahlreichen und erbitterten politischen Kämpfen schwere Schläge zugefügt, und die Regierung befand sich ganz und gar in ihrer Hand. Im Jahre 1900 griffen die Farmer und die kleinen Geschäftsleute unter der Führung des demokratischen Kandidaten Bryan und mit Wahlparolen, die sich vor allem gegen den amerikanischen Imperialismus richteten, noch einmal nach der Macht. Aber sie hatten keinen Erfolg. Der republikanische Kandidat der Wallstreet, William McKinley, siegte leicht, und als der neue Präsident am 6. September 1901 von dem Anarchisten Leon F. Czolgosz in Buffalo getötet wurde, trat der Ultrachauvinist und Imperialist Theodore Roosevelt an seine Stelle.

Die Korruption der Führung der American Federation of Labor

Ihre Unterdrückungspolitik gegenüber den Arbeitern verfolgten die Unternehmer in zwei Richtungen: Einerseits wurde jeder Versuch der Arbeiterschaft, sich zu organisieren und zur Wehr zu setzen, mit den brutalsten Mitteln bekämpft, und andererseits wurden den gelernten Arbeitern geringfügige Konzessionen gemacht, um mit ihrer Hilfe die Masse der Arbeiterklasse kampfunfähig zu machen und ihre Löhne zu drücken. Die vielen blutigen Streiks dieser Zeit und die ungeheure Korruption unter den AFL-Führern waren beredte Zeugnisse für die Energie, mit der die Unternehmer ihre arbeiterfeindliche Politik betrieben.

Im Jahre 1900 war die Oberschicht der AFL-Führung, die aus leidenschaftlichen Parteigängern des Kapitalismus bestand, politisch und persönlich durch und durch korrupt, Diese Leute stellten sich auf den Boden der mit der weiteren Entwicklung des Imperialismus immer ausgeprägter werdenden Unternehmerpolitik, die gelernten Arbeiter auf Kosten der angelernten und ungelernten zu bestechen. Sie waren tatsächlich, [118:] wie De Leon sie nannte, „Arbeitersachwalter der Kapitalisten“. In Übereinstimmung mit dieser Politik klammerten sich die AFL-Führer an ihr altes System der Fachverbände, von denen es in jedem Industriezweig ein Dutzend oder mehr gab, obwohl der Aufstieg der Truste und die weitgehende Spezialisierung der Arbeit diese Organisationsform unzeitgemäß gemacht hatten. Sie

---

1 Siehe Anna Rochester, “Rulers of America”, New York 1936.

wandten sich erbittert gegen jeden Vorschlag der Linken, Industriegewerkschaften zu gründen, entweder in Gestalt neuer Organisationen oder durch Umformung der alten Fachverbände. Dutzende von verlorenen Streiks, bei denen gewöhnlich einige Verbände ihre Mitglieder weiterarbeiten ließen, während die anderen streikten, zeugten für die völlige Unzulänglichkeit des Systems der Fachverbände und bewiesen, daß die Arbeiter dringend Industriegewerkschaften brauchten. Wenn die Gewerkschaften in dieser Zeit ein gewisses Wachstum verzeichnen konnten, so trotz der Politik ihrer reaktionären Führer und deshalb, weil die Arbeiter es bitter nötig hatten, ihren Lebensstandard zu verteidigen. Die Sozialisten trieben unter den eingewanderten Arbeitern eine eifrige Propaganda für den Eintritt in die Gewerkschaften.

Besonders wachten die Bürokraten in der Führung der American Federation of Labor und der Railroad Brotherhoods als treue Diener der Unternehmer darüber, daß die Arbeiter keine selbständigen politischen Aktionen unternahmen. Im Jahre 1895 entschied der AFL-Kongreß, „daß Parteipolitik, sei sie demokratisch, republikanisch, sozialistisch, populistisch, prohibitionistisch oder sonstwie, auf dem Kongreß der American Federation of Labor nichts zu suchen hat“[2]. Die Bedeutung dieser Politik zeigten die Kreise um Gompers auf, die wütende Angriffe gegen die Socialist Party richteten und jeglichen Versuchen zur Gründung einer Arbeiterpartei hartnäckigen Widerstand leisteten. Sie entwickelten eine Art „Ökonomismus“ amerikanischer Marke und hatten praktisch überhaupt kein politisches Programm für die Arbeiterklasse. Gleichzeitig waren sie käufliche Agenten der kapitalistischen Parteien. Mit ihrer Parole „Belohnt eure Freunde und bestraft eure Feinde!“ hielten sie die Arbeiter im Rahmen des Zweiparteiensystems fest. [119:] Dies alles fügte den politischen Interessen der Arbeiterklasse unendlich viel Schaden zu.

Ein anderes Prinzip der AFL-Politik bestand darin, die Organisierung der ungelernten Massen, besonders der Neger, zu verhindern: Man hielt sie von den Gewerkschaften fern durch hohe Beitrittsgelder, Rassenklauseln, Bestimmungen über die Lehrzeit, Ablehnung der gewerkschaftlichen Arbeit in der Grundstoffindustrie und allerlei andere Tricks. Was die Neger in ihrer Gesamtheit betrifft, so waren sie völlig der Gnade der Unternehmer, der Plantagenbesitzer und der weißen „Herrenmenschen“ überhaupt ausgeliefert.

Das Wesen der Gompers-Politik war die Zusammenarbeit der Klassen, was praktisch auf die Unterwerfung der Arbeiterklasse unter die Kapitalisten hinauslief. In der Periode von 1900 bis zum ersten Weltkrieg war das Symbol und das organisatorische Zentrum dieser AFL-Politik die National Civic Federation.

Die National Civic Federation wurde 1893 in Chicago gegründet, angeblich, „um bessere Beziehungen zwischen Arbeit und Kapital herzustellen“. Im Jahre 1900 dehnte sie sich unter der Leitung von Ralph M. Easley über das ganze Land aus. „Die Unternehmer, die Arbeiterschaft und die Öffentlichkeit waren in den leitenden Ausschüssen der Civic Federation getrennt vertreten. Der Senator Mark Hanna war Präsident, Gompers war Vizepräsident, und unter den Vertretern der ‚Öffentlichkeit‘ befanden sich August Belmont, Grover Cleveland und Präsident Charles W. Eliot.“[3] John Mitchell, der Vorsitzende der Miners Union, und viele andere Arbeiterführer wurden ebenfalls Mitglieder. Die National Civic Federation schickte sich an, jede Spur von Radikalismus und. Leben in der Arbeiterbewegung zu ersticken.

Die Gründung der National Civic Federation mit Hilfe der führenden Kreise um Gompers war eine Phase der nach 1900 noch heftiger werdenden Offensive der Unternehmer gegen die Arbeiterklasse. Die andere Phase war eine umfassende Kampagne zahlreicher großer Unternehmerverbände zur Durch-[120:]setzung des Prinzips des „open shop“[4], oder besser gesagt der Verdrängung der Gewerkschaften aus den Betrieben. Diese gewerkschaftsfeindliche Kampagne wurde von den Gerichten unterstützt, die ein Arbeitsgesetz nach dem anderen für ungültig erklärten und gegen jede größere Streikbewegung mit strengen Verfügungen vorgingen. Den unmittelbaren Anstoß zu dieser kapitalistischen

---

2 Protokolle des AFL-Kongresses von 1895, S. 79.

3 Selig Perlman and Philip Taft, “History of Labor in the United States”, Bd. 4, New York 1935, S. 48.

4 „Offener Betrieb“, das heißt ein Betrieb, in dem auch gewerkschaftlich nicht organisierte Arbeiter tätig sind. *Die Red.*

Reaktion gab der Umstand, daß die Gewerkschaften trotz der erbärmlichen Führung von Gompers eine Periode schnellen Wachstums erlebten. Ihre Mitgliederzahl stieg von 300.000 im Jahre 1898 auf 1.676.200 im Jahre 1904.

In dieser allgemeinen Situation der Ausbreitung des Kapitalismus und der Irreführung der Arbeiterschaft trat die Socialist Party in den Jahren 1900/1901 ins Leben. Ihre Vorgängerin, die Socialist Labor Party, war unter der Führung De Leons der neuen Probleme, die sich durch das Aufkommen des Imperialismus vor den Arbeitern erhoben, offensichtlich nicht Herr geworden. Der politische Kampf der fortgeschrittensten Teile der Arbeiterschaft sollte von nun an fast 20 Jahre lang hauptsächlich durch die neue Socialist Party organisiert werden. Mit ihrer Gründung begann ein neues Stadium in der Entwicklung des amerikanischen Marxismus, das schließlich zur Entstehung der Kommunistischen Partei führte.

Die Gründung der Socialist Party

Wie bereits bemerkt, machte die sezessionistische Gruppe der Socialist Labor Party um Hillquit auf ihrem Kongreß in Rochester im Januar 1900 dem Kongreß der Social-Democratic Party. den Vorschlag, die beiden Gruppen sollten sich verschmelzen. Eugene V. Debs, der Führer der Social-Democratic Party, war im Jahre 1855 geboren. Lange Jahre als Eisenbahnarbeiter tätig, hatte er sich aktiv für die Politik der Demokratischen Partei und der Populisten eingesetzt. Unter der Anleitung Victor L. Bergers gewann er Interesse am Sozialismus, während er im Gefängnis von Woodstock (Illinois) wegen sei-[121:]ner Rolle in dem Streik der American Railway Union von 1894 eine sechsmonatige Freiheitsstrafe verbüßte. Es dauerte jedoch noch einige Zeit, bis er sich endgültig für den Sozialismus entschied. Auf dem Kongreß der People's Party im Jahre 1896 verpflichteten sich 412 von den 1300 Delegierten schriftlich, die Kandidatur von Debs gegen die von Bryan zu unterstützen.[5] Bryan wurde aber trotzdem nominiert, und Debs trat bei den Wahlen für ihn ein. Im Januar 1897 bekannte Debs sich offen zum Sozialismus.

Im Juni 1897 ging die American Railway Union, jetzt nur noch eine ganz unbedeutende Organisation, in Chicago in der von Debs geführten Social Democracy of America auf. Diese Partei hatte ein unklares Programm und konzentrierte sich in der Hauptsache auf einen undurchführbaren Ansiedlungsplan. Diesem Plan lag die Idee zugrunde, irgendeinen westlichen Staat bei den Wahlen in die Hand zu bekommen und dann auf diesem Gebiet mit dem Aufbau des Sozialismus zu beginnen. Dieser utopische Plan ließ jedoch bald eine Opposition innerhalb der Partei entstehen, besonders seitens der bewußteren Sozialisten. So kam es auf dem ersten Kongreß der Partei im Juni 1898 in Chicago zu einer Spaltung, und die abtrünnige Minderheit gründete eine neue Organisation, die Social-Democratic Party of America. Diese Partei, die ein radikales Arbeiterprogramm besaß und deren Generalsekretär Theodore Debs, ein Bruder von Eugene Debs, war, konnte bei einigen lokalen Wahlen in Massachusetts Erfolge verzeichnen. Zur Zeit ihres ersten Landeskongresses, am 6. März 1900, hatte sie schätzungsweise 5000 Mitglieder.

Die Delegierten des Kongresses der Social-Democratic Party nahmen die Verschmelzungsvorschläge der Gruppe um Hillquit günstig auf. Debs und andere Führer der Partei trugen jedoch Bedenken. Nach komplizierten Manövern auf beiden Seiten einigten sich die beiden Organisationen schließlich dahin, bei den Präsidentschaftswahlen von 1900 mit einer gemeinsamen Liste aufzutreten. Als Kandidaten wurden Debs von der Social-Democratic Party und Job Harriman von der sezessionistischen Gruppe der Socialist Labor Party gewählt. Ihre Liste [122:] erhielt 97.730 Stimmen, dreimal soviel wie die alte Socialist Labor Party.

Noch waren die beiden Organisationen jedoch nicht vereinigt. Die Führer beider Gruppen handelten um die Posten, während die Mitgliedschaft auf Vereinigung drängte. Endlich, am 29. Juli 1901, trat in Indianapolis ein gemeinsamer Parteitag zusammen. Insgesamt waren von allen Gruppen annähernd 10.000 Mitglieder vertreten. Von den 125 Delegierten kamen 70 von der Hillquit-Gruppe, 47 von der Debs-Gruppe und 8 von kleineren Gruppen. Es war die größte und repräsentativste Versammlung

---

5 Siehe "Social-Democratic Handbook", S. 54.

amerikanischer Sozialisten, die bis dahin je zustande gekommen war. Außer den Anhängern von Debs und Hillquit waren die mehr oder weniger unabhängigen sozialistischen Gruppen der Erzbergarbeiter des Westens, der linke Flügel der zerfallenden agrarischen People's Party und einige kleinere Gruppen christlicher Sozialisten vertreten. Drei Viertel der Delegierten waren geborene Amerikaner. Zum ersten Mal nahmen Delegierte der Neger (drei) an einem Sozialistenkongreß teil.

Der Kongreß führte zur formellen Vereinigung der sozialistischen Bewegung. Er nahm Satzungen an, arbeitete ein Programm aus, gab der neuen Organisation den Namen Socialist Party of America, richtete eine Parteizentrale in St. Louis ein und wählte den verhältnismäßig unbekannten Leon Greenbaum zum Generalsekretär. Debs war der hervorragendste Vertreter der Massen auf dem Kongreß, während Hillquit und Berger die wirklichen politischen Führer waren.

Das Programm der Socialist Party

Auf dem Vereinigungsparteitag herrschte im allgemeinen Einigkeit über das Ziel der Partei, das in großen Zügen bestimmt wurde als Eroberung der Regierungsmacht und Anwendung dieser Macht zur Umwandlung des gegenwärtigen Systems des Privateigentums an den Produktions- und Verteilungsmitteln in Kollektiveigentum des ganzen Volkes.[6] In Ein-[123:]zelfragen jedoch herrschten heftige Meinungsverschiedenheiten, Der Einfluß DeLeons war noch immer stark; trotzdem stammte der Hauptteil des Programms von der Gruppe um Hillquit und Berger.

Der Kongreß der Socialist Party zeigte, wie der der Socialist Labor Party im vorhergehenden Jahr, wenig Verständnis für die Hauptfrage des Imperialismus, obwohl der demokratische Kandidat Bryan sie, wenn auch unklar, in den Mittelpunkt seiner Wahlkampagne stellte. Debs sowohl wie De Leon hatten den Spanisch-Amerikanischen Krieg abgelehnt, und die AFL nahm auf ihrem Kongreß von 1898 eine scharfe Resolution an, in der die Annexion der Philippinen verurteilt und der Imperialismus im allgemeinen bekämpft wurde.[7] Aber weder Debs noch De Leon hatten eine Vorstellung vom Wesen des Imperialismus. Für De Leon (und weitgehend auch für Debs) war der Imperialismus nichts weiter als „Expansionismus", nichts weiter als quantitatives Wachstum des Kapitalismus. Die Truste betrachteten sie beide als eine im wesentlichen fortschrittliche Erscheinung, gegen die keinerlei Opposition möglich oder erwünscht sei. De Leon erklärte: „Das Problem des Imperialismus, das eine politische Frage zu sein scheint, ist nur eine ökonomische Frage, da es im Grunde genommen auf die ökonomische Frage der Expansion zurückzuführen ist." De Leon nahm also die Entwicklung des Imperialismus ebenso gedankenlos hin wie das Wachstum der Truste.[8] In beiden Fällen mußte seine fatalistische Einstellung dazu führen, daß die Partei von den Massen, die sowohl die Truste als auch den Imperialismus überhaupt bekämpfen wollten, isoliert wurde.

Im November 1898 wurde in Chicago eine Anti-Imperialist League gegründet[9], die es schließlich auf etwa 500.000 Mitglieder brachte. Sie war im wesentlichen kleinbürgerlich orientiert. Zu ihren Führern gehörten die Senatoren Hoar und Pettigrew, Carl Schurz, Mark Twain, Finley Peter Dunne und der Stahl-[124:]magnat Andrew Carnegie. Samuel Gompers war einer der Vizepräsidenten der Organisation, und Debs zeigte ein gewisses Interesse für sie. Unter den Negern herrschte eine starke Stimmung für die Unabhängigkeit der Philippinen, die in der damaligen Negerpresse vielfachen Ausdruck fand. Im allgemeinen ging die Tendenz der Sozialisten in der Wahlkampagne von 1900 dahin, die Angriffe gegen den amerikanischen Imperialismus von seiten Bryans und anderer durch eine Verstärkung ihrer antikapitalistischen Agitation zu beantworten, wobei sie die besonderen Aufgaben, vor die das Aufkommen des Imperialismus sie stellte, nicht begriffen. Nicht der Kampf gegen die imperialistische Politik, sondern der Kampf zur Vernichtung des Kapitalismus selbst sei das Problem, war das Feldgeschrei der Anhänger De Leons. Die ganze Frage des Imperialismus wurde von den beiden sozialistischen Parteien in ihren damaligen Erklärungen völlig mißverstanden, unterschätzt und ignoriert.

---

6 Siehe Morris Hillquit, „Geschichte des Sozialismus in den Vereinigten Staaten", S. 355.

7 Siehe American Federation of Labor, "History, Encyclopedia, Reference Book", Washington, D. C., 1919, S. 243.

8 Siehe "The Weekly People", 22. September 1900.

9 Siehe Henry Steele Commager, "Documents of American History", New York 1949, S. 19.

Zu heftigen Auseinandersetzungen kam es auf dem Vereinigungskongreß über die Frage der Tagesforderungen. Die „Impossibilisten“, der sich herausbildende linke Flügel, in dem sich der Einfluß De Leons bemerkbar machte, bestand darauf, daß alle solche Forderungen aus dem Parteiprogramm ausgeschlossen würden und die Partei sich auf Propaganda für den Sozialismus beschränken müsse. Die „Possibilisten“ jedoch widerlegten dies Argument, und der Parteitag beschloß mit 5358 gegen 1325 Stimmen, eine Politik der Teilforderungen zu unterstützen. Daher forderte das Parteiprogramm außer der Nationalisierung der öffentlichen Dienste sowie des Verkehrs- und Nachrichtenwesens die Verkürzung der Arbeitszeit und höhere Löhne, eine Sozialversicherung, gleiche bürgerliche und politische Rechte für Männer und Frauen sowie das Recht der gesetzgeberischen Initiative, Volksentscheide und die Abberufung von Abgeordneten.

In der Gewerkschaftsfrage stellte der Parteitag nur allgemeine Grundsätze auf. Er erklärte, daß sowohl ökonomische als auch politische Aktionen zur Verwirklichung des Sozialismus erforderlich seien, und stellte sich auch auf den Standpunkt, daß „die Gründung jeder Gewerkschaft, ganz gleich, wie [125:] klein oder wie konservativ sie sein mag, die Kraft der Lohnarbeiterklasse stärkt“. Die lebenswichtige Frage der Industriegewerkschaften wurde im Parteiprogramm jedoch nicht berührt.

Stark machte sich der Einfluß De Leons in der Haltung der Partei gegenüber den Farmern bemerkbar. Aber der Parteitag konnte zu keiner Entscheidung in dieser Frage gelangen, und so wurde die ganze Angelegenheit bis zum nächsten Parteitag vertagt. Auch im Interesse der Neger wurden keine Forderungen erhoben, doch wurde eine Resolution angenommen, in der die Neger zum Eintritt in die Partei aufgefordert wurden. Dies war die einzige Resolution zur Negerfrage, die die Partei auf Jahre hinaus, praktisch bis in die Zeit des ersten Weltkrieges, annahm.

Durch seine Nachgiebigkeit gegenüber vielen Schwächen der Richtung De Leon und durch mancherlei reformistische Tendenzen offenbarte der Vereinigungsparteitag in Indianapolis die politische Unreife der Gründer der Socialist Party. Die „Einigkeit“ in der Gewerkschaftsfrage schaffte die wesentlichen Differenzen in dieser Angelegenheit nicht aus der Welt. Hillquit neigte zur Zusammenarbeit mit Gompers, während Debs Parallelgewerkschaften bevorzugte. In der Hauptsache gelang es dem Parteitag nicht, eine richtige Politik und Taktik auf fester marxistischer Grundlage auszuarbeiten. Trotzdem bedeutete die Gründung der Socialist Party einen Fortschritt, weil sie die sozialistische Bewegung in Kontakt mit den breiten Massen brachte. Mit dem Sektierertum De Leons, das die Bewegung des fortgeschrittenen Teils der Arbeiterklasse lähmte, wurde gebrochen. Aber die „Partei von neuem Typus“, nach der späteren Definition Lenins, konnte die Socialist Party nicht sein, da sie schließlich gegenüber den Forderungen der imperialistischen Ära, in die sie hineingeboren war, versagte.

Die Open-Shop-Offensive der Unternehmer

Inzwischen ging der Angriff der Unternehmer gegen die Gewerkschaften und den Lebensstandard der Arbeiter unter der Führung der National Association of Manufacturers rücksichtslos weiter. Im Jahre 1901 wurde ein Streik von 62.000 Stahl-[126:]arbeitern gegen die United States Steel niedergeworfen, und die Gewerkschaften waren in den Betrieben des Trusts praktisch erledigt. Im gleichen Jahr brachen die National Metal Trades einen über das ganze Land verbreiteten Streik von 58.000 Facharbeitern und verdrängten die Gewerkschaft aus den meisten ihrer Großbetriebe. Von 1901 bis 1904 kam es in den Bergbaugebieten der Rocky Mountains zu einer ganzen Reihe von Streiks und bürgerkriegähnlichen Konflikten, die von der kämpferischen Western Federation of Miners unter der entschlossenen Leitung von Männern wie Bill Haywood und Vincent St. John geführt und zu einem großen Teil siegreich beendet wurden. Im Jahre 1902 führten die in den United Mine Workers organisierten Kohlenbergarbeiter von Pennsylvania unter der Leitung des konservativen John Mitchell einen langen, aber im wesentlichen erfolglosen Streik durch.[10] Und 1905 verloren 5000 streikende Fuhrleute in Chicago den Kampf; es gab 20 Tote, 400 Verletzte und 500 Verhaftete.

---

[10] Zur Zeit dieses großen Streiks erklärte der übelberüchtigte Präsident Baer von der Philadelphia-Reading-Kohlenbahn, die Verhältnisse in der Industrie würden geregelt werden von „den Christen, denen Gott in seiner unendlichen Weisheit die Aufsicht über die Eigentumsinteressen des Landes übertragen hat“. (“The Independent”, 28. August 1902)

Alle diese Streiks wurden von den Unternehmern unter rücksichtslosem Einsatz aller bekannten Streikbruchmittel – Truppen, gerichtliche Verfügungen, Streikbrecher, bewaffnete Detektive usw. – durchgekämpft. Die von den Unternehmern durch und durch korrumpierte Führung der AFL begegnete dem Ansturm, indem sie der Solidarität und Kampfentschlossenheit der Arbeiter alle nur möglichen Hindernisse in den Weg legte. Das allgemeine Ergebnis der Antistreikkampagne war eine erhebliche Schwächung der Fachverbände in der Grundstoffindustrie. Trotzdem gelang es den Gewerkschaften, ihre Mitgliederzahl von 868.500 im Jahre 1900 auf 2.022.000 im Jahre 1905 zu steigern, hauptsächlich in der Bauindustrie und in der noch nicht vertrusteten Leichtindustrie.

Auch auf politischem Gebiet stießen die anmaßenden Unternehmer gegen die Arbeiter vor. Agenten der National Asso-[127:]ciation of Manufacturers brachten im Jahre 1902 die Gesetzesvorlagen über den Achtstundentag und gegen gerichtliche Verfügungen im Kongreß zu Fall. Auch bei den Lokal- und Kongreßwahlen konnten sie viele Kandidaten, die Sympathie für die Arbeiterschaft bekundeten, ausschalten. Im Jahre 1903 begann zudem der berühmte Danbury-Hatters-Prozeß, der schließlich dazu führte, daß Sympathiestreiks, Boykotte und das Tragen von Gewerkschaftsabzeichen für ungesetzlich erklärt wurden. Der politische Einfluß der uneinigen und falsch geführten organisierten Arbeiterschaft war im Landesmaßstab und in den einzelnen Staaten fast auf den Nullpunkt gesunken.

Die Tätigkeit der Socialist Party

Wenigstens teilweise befreit von den Fesseln des lähmenden Sektierertums De Leons, stürzten sich die Sozialisten in diesen Wirbel von Klassenkämpfen, das heißt, die sich zum linken Flügel entwickelnden Arbeitersozialisten taten es. Sie beteiligten sich aktiv an allen Streiks und Gewerkschaftskampagnen jener Zeit. Infolgedessen gewannen sie in vielen lokalen Gewerkschaften, unter den Arbeiterabgeordneten der Gemeinderäte und in internationalen Verbänden Einfluß. Sie trugen den Kampf auch in die AFL-Kongresse, wo die bürokratischen Gewerkschaftsführer eine direkte Streikbrecherkolonne der Unternehmer bildeten. In diesen Jahren kämpften die aktiven Sozialisten für selbständiges politisches Handeln, für die Gründung von Industriegewerkschaften, die Organisierung der Unorganisierten und eine wirkungsvollere Streikstrategie. Sie stellten sozialistische Kandidaten gegen die Gompers-Bürokratie auf.

Auf dem AFL-Kongreß von 1902 in New Orleans brachte die Sozialistische Gruppe eine Resolution ein, in der die AFL aufgefordert wurde, „dem werktätigen Volk zu empfehlen, seine ökonomischen und politischen Kräfte zu organisieren, um der Arbeiterschaft den vollen Gegenwert für ihre Mühen und den Sturz des Lohnsystems zu gewährleisten“. Nach einer langen und hitzigen Debatte brachten die Gompers-Anhänger die [128:] Resolution mit der knappen Mehrheit von 4899 zu 4171 Stimmen zu Fall.[11] Zu den Gewerkschaften, die die Resolution der Sozialisten unterstützten, gehörten so bedeutende Organisationen wie die der Bergarbeiter, der Zimmerleute und der Brauereiarbeiter. Eine ähnliche politische Resolution wurde in Verbindung mit einer Resolution über die Industriegewerkschaften auf dem Kongreß von 1903 eingebracht, doch wurden beide mit großer Mehrheit abgelehnt.

Die Gompers-Anhänger widersetzten sich heftig allen Bemühungen der Marxisten, die Fachverbände zu verbessern und zu modernisieren. Sie schmähten den Sozialismus nicht weniger eifrig als die Kapitalisten. Gompers selbst, der noch vor wenigen Jahren offen seine Sympathien für die I. Internationale geäußert hatte, war tonangebend in dieser Hetze. Auf dem AFL-Kongreß von 1903 kam es zu seiner bekannten Beschimpfung der Sozialisten mit der Erklärung: „In ökonomischer Hinsicht seid ihr verrückt, in sozialer Hinsicht seid ihr im Irrtum, und in der Industrie seid ihr unmöglich.“[12] Dieser Streit zwischen der AFL-Führung und den Sozialisten, der noch aus der Zeit De Leons im Anfang der neunziger Jahre stammte, sollte mehr oder weniger heftig bis zum Ende des ersten Weltkrieges toben.

Viele kleinbürgerliche Intellektuelle in der Socialist Party beobachteten den Kampf gegen die korrupte und reaktionäre AFL-Führung mit Mißvergnügen. Für sie bedeutete er eine Störung ihrer Bemühungen um Stimmenfang. Ihr Reformismus war im wesentlichen der gleiche wie der der AFL-

---

11 Siehe Lewis L. Lorwin, “The American Federation of Labor”, S. 74.

12 Protokolle des AFL-Kongresses von 1903.

Bürokratie, der sich aus der Korruption der Arbeiteraristokratie durch den Imperialismus ergab. Der erbitterte Kampf von Gompers gegen den Sozialismus richtete sich in der Hauptsache gegen den linken Flügel; denn bald zeigte es sich, daß er mit den kleinbürgerlichen Intellektuellen keine wirklichen Differenzen hatte.

Hillquit und die anderen Opportunisten seiner Richtung entwickelten bereits ihre Politik der „Neutralität" gegenüber den [129:] Gewerkschaften. Eine richtige marxistische Politik bedeutete Mitarbeit in den Gewerkschaften, um sie zu stärken, um die Rechte der Arbeiter zu verteidigen und ihr Klassenbewußtsein im Sinne des Sozialismus zu entwickeln. Die „Neutralitäts"politik der Opportunisten dagegen verzichtete auf den Kampf; sie überließ also die Arbeiter dem Einfluß der bürgerlichen Ideen und gab den Kampf gegen die korrupte Führung um Gompers auf. Im Hinblick darauf wurde auch auf dem AFL-Kongreß von 1904 überhaupt keine sozialistische Resolution eingebracht. Der Buchdrucker Max Hayes, ein führender sozialistischer Gewerkschafter, erklärte: „Die Sozialisten haben endlich begriffen, daß der Sozialismus nicht durch die Annahme von Resolutionen siegen wird, sondern durch Agitation."[13]

Die Gründung der Industrial Workers of the World

Die Organisation der Industrial Workers of the World (IWW) wurde am 27. Juni 1905 in Chicago gegründet.[14] Auf dem Gründungskongreß waren 203 Delegierte anwesend, die schätzungsweise 142.991 Mitglieder vertraten. Etwa 50.000 traten der neuen Organisation tatsächlich bei. Von der AFL waren 16 Lokal- und Landesgewerkschaften vertreten, aber die eigentlichen konstituierenden Verbände waren die Western Federation of Miners (27.000), die American Labor Union (16.750), die United Metal Workers (3000), die United Brotherhood of Railway Employees (2087) und die Socialist Trades and Labor Alliance (1450). C. O. Sherman von den United Metal Workers wurde zum Vorsitzenden gewählt.

Der Zweck der neuen Organisation war, die Arbeiterbewegung auf neuer, sozialistischer Basis aufzubauen. Ihre Form war die Industriegewerkschaft; ihre Arbeitsmethode war der aktive Kampf auf wirtschaftlichem wie auf politischem Gebiet, und ihr Ziel war die Abschaffung des kapitalistischen Systems. Die IWW bedeuteten Gewerkschaftsspaltung im Sinne der [130:] radikalen Linken. Es war eine kämpferische Antwort der Arbeiter auf die Torheiten und Verrätereien der Gompers-Gewerkschaften mit ihrer vorwiegenden Konzentration auf die gelernten und ihrem Verrat an den ungelernten Arbeitern, mit ihrem Fachverbändlertum und Streikbrechertum in einer weitgehend vertrusteten Industrie, in der die gelernten Facharbeiter eine immer geringere Rolle spielten und die Solidarität aller Arbeiter ein dringendes Gebot geworden war, mit ihren hochbezahlten und durch das Geld verdorbenen Funktionären, ihrer üblen Praxis der Klassenzusammenarbeit, ihren korrupten Bündnissen mit der Republikanischen und der Demokratischen Partei und ihrer Vergötterung des kapitalistischen Systems. Der Grundfehler der Gewerkschaftsspaltung jedoch bestand darin, daß die entscheidenden Massenverbände in der AFL praktisch der unbestrittenen Herrschaft der Gompers-Bürokratie überlassen wurden, weil die fortgeschrittensten Gewerkschafter sich in mehr oder weniger arbeitsunfähige Konkurrenzverbände zurückzogen.

Die IWW waren in ihren Anfängen ein sozialistischer Verband, eine Schöpfung des linken Flügels der Socialist Party. Alle an ihrer Gründung maßgeblich Beteiligten nannten sich Marxisten. Debs, De Leon und Haywood[15], die drei bedeutendsten Repräsentanten der Linken in jener Zeit, „reichten sich die Hände über dem schauerlichen Abgrund" vergangenen Streits, als sie die Organisation ins Leben riefen. Die Anarchisten und die anderen Anhänger der „direkten Aktion" spielten anfangs nur eine geringe Rolle.

---

13 Lewis L. Lorwin, "The American Federation of Labor", S. 74.

14 Siehe Paul F. Brissenden, "The Industrial Workers of the World", New York 1920.

15 Näheres über diese drei siehe bei Ray Ginger, "The Bending Cross", New Brunswick, N. Y., 1949, sowie in "Daniel De Leon, a Symposium", herausgegeben von Harry Kuhn, und in der Autobiographie von Bill Haywood, "Bill Haywood's Book".

Der unmittelbare Anstoß zur Gründung der IWW kam von den Erzbergarbeitern des Westens. Die unter erbitterten Kämpfen entstandene Western Federation of Miners war im Jahre 1893 in Butte gegründet worden. Da sie aber von seiten der AFL keinerlei Unterstützung erhielt, machte sie sich selbständig. Im Mai 1898 konstituierte sie sich als Western Labor Union und verkündete als ihr Ziel, die Arbeiterschaft der [131:] Rocky Mountains umfassend zu organisieren. Im Jahre 1902 reorganisierte sich die Western Labor Union zur American Labor Union, wobei der Gedanke vorschwebte, eines Tages die gesamte AFL zu verdrängen. Es war eine Parallelgewerkschaft im Landesmaßstabe. Die American Labor Union hatte eine sozialistische Führung, und sowohl Haywood als auch Debs wirkten aktiv bei ihrer Gründung mit. Es entsprach diesem allgemeinen Kurs auf unabhängige sozialistische Gewerkschaften, als die Führer der American Labor Union drei Jahre später die Initiative zur Gründung der IWW ergriffen. In dieser ganzen Entwicklung herrschten die gewerkschaftsspalterischen Ideen De Leons vor.

Die Gründung der IWW führte zum erstenmal zu einer wirklichen Kristallisierung des linken Flügels in der Socialist Party im Landesmaßstabe, zu einer Kristallisierung jener Kräfte, die unter neuen Umständen und mit einem richtigeren Programm die Kommunistische Partei ins Leben rufen sollten. Die rechte Führung der Socialist Party lehnte die IWW ebenso energisch ab wie einst die American Labor Union, und zwar mit der Begründung, sie gefährdeten die Position der Sozialisten in den Gewerkschaften. Die grundsätzlichen Auseinandersetzungen zwischen den Rechten und den Linken über die Gewerkschaftsfrage nahmen immer schärfere Formen an, wobei die IWW im Mittelpunkt des Kampfes standen. Dieser Streit verschärfte sich mehr und mehr, als die IWW in den nächsten Jahren in den Vordergrund traten.

Die Lage in der Partei

Unmittelbar nach ihrer Gründung im Jahre 1901 begann für die Socialist Party eine Blütezeit. Auf ihrem zweiten Kongreß, im Mai 1904, waren 184 Delegierte anwesend, die 1200 Ortsverbände in 35 Staaten vertraten. Die Zahl der beitragspflichtigen Mitglieder hatte sich seit 1901 verdoppelt und betrug jetzt 20.768. Auch die Parteipresse entwickelte sich schnell und umfaßte damals mehrere Tageszeitungen in deutscher und anderen Sprachen außer englisch, 20 englische Wochenschriften und [132:] 7 Monatsschriften. Die sozialistischen Arbeiter beteiligten sich aktiv an allen Streiks und bei der Organisierung von Kampagnen. Sie führten heftige Angriffe gegen Gompersche Ideen und eine kämpferische Kampagne gegen den Kapitalismus. Infolgedessen stieg der Einfluß der Partei in den Gewerkschaften rasch, und ihr Erfolg bei den Wahlen von 1904 war bedeutend. Die Kandidaten der Socialist Party, Eugene V. Debs und Ben Hanford, erhielten 409.230 Stimmen, etwa 350 Prozent mehr als im Jahre 1900.

Trotz all dieser Energie und dieses Fortschritts begann die Partei jedoch bereits die Wirkungen zahlreicher negativer Einflüsse zu spüren, die sie untergraben und es ihr unmöglich machen sollten, die führende Partei der Arbeiterklasse zu werden. Zunächst einmal zog die Partei bereits eine buntgemischte Masse von Ärzten, Rechtsanwälten, Zahnärzten, Predigern, kleinen Geschäftsleuten und anderen Reformern und Opportunisten an. Diese Elemente – der radikale Flügel des städtischen Kleinbürgertums, das damals von den aufsteigenden Trusten erdrückt wurde – hofften, die proletarischen Mitglieder und Anhänger der Partei ihren eigenen Zwecken nutzbar machen zu können, und sie strömten in Massen in die Socialist Party. Durch Konzentration auf unzählige opportunistische Teilforderungen und durch Erstickung jeder kämpferischen Aktion und revolutionären Propaganda verwandelten sie die Partei in ein Instrument für kleinbürgerliche Reformen. Eng verbündet mit den Reformisten der II. Internationale, kämpften diese Elemente dagegen, daß die Partei sich auf das Industrieproletariat stützte und ein antikapitalistisches Programm entwickelte. Schon 1905 waren die kleinbürgerlichen Elemente eifrig dabei, ihren Einfluß in der Partei zu konsolidieren, und dieser Einfluß sollte bestehen, solange die Organisation bestand.

Die opportunistischen Intellektuellen konnten die Führung der Socialist- Party an sich reißen, weil es dem proletarischen linken Flügel der Partei, der vom Sektierertum angekränkelt war, an einem praktischen Programm fehlte, Überdies hatte die Masse der Arbeitermitglieder, die nicht im Lande geboren

waren, große Sprachschwierigkeiten. Sie waren in mehr oder [133:] weniger isolierte nationale Gruppen (die späteren „Sprachföderationen“) aufgespalten, und es fehlte ihnen die notwendige Einheit, um mit den geräuschvoll auftretenden kleinbürgerlichen Opportunisten den Kampf aufzunehmen. Erst zur Zeit des ersten Weltkrieges und der russischen Revolution entwickelte, wie wir sehen werden, der proletarische linke Flügel der Partei das Programm und die Geschlossenheit, die er brauchte, um in der Socialist Party die Oberhand zu gewinnen.

Eine spezifische und bedenkliche Schwäche der Socialist Party, die sich weitgehend durch die Reaktion auf die früheren Erfahrungen mit der lähmenden Überzentralisation des Regimes De Leons in der Socialist Labor Party erklärte, war die übertriebene Dezentralisation. Die Parteiorganisationen in den einzelnen Staaten handelten meist nach eigenem Gutdünken und erhielten von der Parteizentrale wenig oder gar keine Anweisungen (ausgenommen, wenn diese den linken Flügel niederhalten wollte). Von Parteidisziplin im Landesmaßstab war kaum die Rede. In der in Privatbesitz befindlichen sozialistischen Presse herrschten ebenfalls chaotische Zustände. Die einzelnen Blätter propagierten ihre eigenen besonderen Ideen über Sozialismus und Parteipolitik. Diese Ideen waren zahlreich, verschiedenartig, widerstreitend und oft exzentrisch und umfaßten alle Schattierungen vom christlichen Sozialismus bis zum radikalen „Impossibilismus“. Ein von der Partei als solcher geleitetes und verteidigtes ideologisches Zentrum des Sozialismus gab es nicht. Der Wirrwarr und die Disziplinlosigkeit in programmatischen Fragen führten eine Situation herbei, in der die Opportunisten nach Herzenslust mit ihren Ideen hausieren gehen konnten, und sie taten das nach Kräften.

Von Anfang an bewiesen die Führer der Socialist Party einen weitgehenden Mangel an Verständnis für die Bedeutung der marxistischen Theorie. Sie litten am sogenannten amerikanischen Praktizismus und beschäftigten sich fast ausschließlich mit Tagesaufgaben in Verbindung mit einer abstrakten Propaganda des Sozialismus. Für die theoretischen und taktischen Auseinandersetzungen, die in den europäischen Parteien vor sich gingen, zeigten sie und die Partei als Ganzes wenig Interesse.

[134:] Eine andere bedenkliche Schwäche der Partei, die ebenfalls von Anfang an in Erscheinung trat, war ihre sektiererische Einstellung gegenüber den in zahlreichen Orten entstehenden Arbeiterparteien. Am 12. Januar 1903 stellte das Landesexekutivkomitee fest: „Jedes direkte oder indirekte Bündnis mit solchen Parteien (d. h. Arbeiterparteien) ist gefährlich für die politische Integrität. der Socialist Party und bedroht unmittelbar ihre Existenz.“[16] Die Parteiführung betrachtete die Arbeiterparteien unverkennbar als Rivalen. Diese Politik der Ablehnung einer Arbeiterpartei, ein Gemisch aus den Prinzipien De Leons und dem rechtssektiererischen Versuch, die Politik der europäischen Sozialdemokratie in den Vereinigten Staaten künstlich anzuwenden, sollte in der Socialist Party auf Jahre hinaus in Kraft bleiben, bis nach dem ersten Weltkrieg und dem Auftreten der Kommunistischen Partei. Diese Enthaltsamkeitspolitik richtete zwischen der Partei und den spontanen politischen Bewegungen der Massen eine hohe Schranke auf und trug viel dazu bei, daß sie schließlich isoliert wurde und scheiterte.

Eine weitere Schwäche der Partei war die Politik der Gewerkschaftsspaltung. Diese Tendenz machte sich bereits zur Zeit der Parteigründung stark bemerkbar, wie wir im Zusammenhang mit der Gründung der American Labor Union und der IWW gesehen haben. An dieser Neigung zur Gewerkschaftsspaltung krankte besonders der linke Flügel, sie war eines der schlimmsten Überbleibsel aus den Zeiten De Leons. In der Tat wurde der linke Flügel ein Vierteljahrhundert lang, von der Gründung der American Railway Union durch Debs im Jahre 1893 bis zu Lenins heftiger Kritik an der Politik der Gewerkschaftsspaltung im Jahre 1920[17], gelähmt durch die linksradikale Idee, daß man in Konkurrenz zu den bestehenden Massengewerkschaften und auf der Basis ideal konstruierter sozialistischer Verbände eine neue Gewerkschaftsbewegung ins Leben rufen könne.

---

16 “International Socialist Review”, Februar 1903.

17 Siehe W. I. Lenin, „Der ‚linke Radikalismus‘, die Kinderkrankheit im Kommunismus“; Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Bd. II, S. 693-702. [LW 31, S. 31-41]

[135:]

Die chauvinistische Politik der Socialist Party in der Negerfrage

In der Negerfrage hat die Socialist Party stets einen chauvinistischen Kurs verfolgt. Sie hat es nicht nur in bedauerlicher Weise unterlassen, den durch Lynchjustiz, Beschimpfungen und zahllose andere Diskriminierungen und Verfolgungen gequälten Negern zu Hilfe zu kommen, sondern sie hat die theoretische Bedeutung der Frage immer völlig mißverstanden. Seit jeher ist es die Politik dieser Partei gewesen, den nationalen Charakter der Negerfrage zu ignorieren und sie ausschließlich als Klassenfrage darzustellen. Ihre einzige Antwort an die unterdrückten Neger lautete, sie sollten für die Sozialisten stimmen und auf den Sozialismus hoffen. Infolge ihrer opportunistisch-sektiererischen Politik gegenüber den Negermassen konnte die Socialist Party die Neger nicht als Verbündete der Arbeiterklasse sehen, und ebensowenig konnte sie das Wesen der Negerunterdrückung begreifen, weil ihre Führer von der Rassenideologie der herrschenden Klasse geblendet waren.

Diese Politik, die besondere Lage der Neger als die eines unterdrückten Volkes zu ignorieren und die Angelegenheit nur als Klassenfrage zu behandeln, die auch die Politik De Leons war, trat schon auf dem Gründungskongreß der Socialist Party im Jahre 1901 zutage. In der von diesem Kongreß angenommenen Resolution zur Negerfrage hieß es: „Wir erklären dem Negerarbeiter, daß seine Interessen und Kämpfe mit den Interessen und Kämpfen aller Arbeiter aller Länder identisch sind, ohne Rücksicht auf Rasse, Farbe oder Gruppengrenzen, daß die einzige Trennungslinie, die wirklich existiert, die zwischen den Produzenten und den Besitzern in der Welt ist, die zwischen Kapitalismus und Arbeiterschaft.“[18] Diese Politik, die Neger als Proletarier zu betrachten (während etwa 85 Prozent von ihnen in der Landwirtschaft tätig waren, meist als Teilpächter) und das ganze dringende Problem in erster Linie als ein gewerkschaftliches aufzufassen, herrschte in der Partei viele Jahre lang, mit nur geringfügigen Variationen.

[136:] Auch der linke Flügel der Partei erhob sich nicht sehr weit über diese beschränkte, rechtssektiererische Auffassung in der Negerfrage. Die Linken verurteilten zwar die Lynchjustiz und drängten darauf, daß Negerarbeiter in der Industrie und in den Gewerkschaften zugelassen würden, stellten aber keinerlei besondere Forderungen auf, um der brennendsten Probleme der Neger Herr zu werden. Als zum Beispiel im Jahre 1903 in der Partei Vorschläge für ein Negerprogramm gemacht wurden, wandte sich Debs mit folgendem Argument dagegen: „Wir haben den Negern nichts Besonderes zu bieten, und wir können uns nicht an alle Rassen einzeln wenden. Die Socialist Party ist die Partei der gesamten Arbeiterklasse, unabhängig von der Hautfarbe.“[19] Debs erklärte auch zur Negerfrage: „Die soziale Gleichberechtigung ... ist wahrhaftig reiner Schwindel und dient nur dazu, das wirkliche Problem zu vertuschen, welches nicht die *soziale* Gleichberechtigung, sondern die *wirtschaftliche Freiheit* ist.“[20] Und bei einer anderen Gelegenheit: „Im sozialistischen Programm ist mit keinem Wort von sozialer Gleichberechtigung die Rede.“[21]

Wenn es die Socialist Party von Anfang an unterließ, sich der besonderen Nöte der Neger anzunehmen und im Süden Fuß zu fassen, so verbarg sich dahinter ein ganz offensichtlicher Rassenchauvinismus, besonders unter den kleinbürgerlichen Führern der Partei. Das kam in der Parteipresse häufig unverhüllt und brutal zum Ausdruck. So erklärte Victor Berger im Mai 1902 im “Social Democratic Herald”: „Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Neger und die Mulatten eine niedere Rasse darstellen.“[22] Der angebliche Negerfreund William Noyes veröffentlichte in der “International Socialist Review” einen Artikel, in dem es von empörenden und nicht wiederzugebenden Verleumdungen über die Neger wimmelte und alle Beschimpfungen und Herabsetzungen dieses unterdrückten Volkes [137:] durch die Sklavenhalter wiederholt wurden. Niemand in der “Review” trat diesem Chauvinismus entgegen. Heute würde es nicht einmal der großmäuligste weiße „Herrenmensch“ im tiefsten Süden wagen, öffentlich auszusprechen, was Noyes als etwas Selbstverständliches im Jahre 1901 in

---

18 “American Labor Year Book”, herausgegeben von Alexander Trachtenberg, New York 1916, S. 125.
19 Ray Ginger, “The Bending Cross”, S. 260.
20 Eugene V. Debs in der “International Socialist Review”, November 1903.
21 Eugene V. Debs in der “International Socialist Review”, Januar 1904.
22 Ray Ginger, “The Bending Cross”, S. 259.

der sozialistischen Presse schrieb.[23] Daß die ständigen Äußerungen von Rassenchauvinismus seitens der Führer der Socialist Party von den Linken keine energische Zurückweisung erfuhren, war ein Zeichen dafür, daß die Marxisten in der Partei sich selbst keineswegs klar waren über diese tödliche politische Krankheit. Bei dieser falschen Politik und Einstellung war es wenig verwunderlich, daß es in der Partei nur sehr wenige Negermitglieder gab und der Einfluß der Partei unter den Negermassen unbedeutend war.

Der opportunistische Einfluß der II. Internationale

Schädlich wirkte sich auf die junge Socialist Party – und das sollte von nun an so fortdauern – auch der opportunistische Einfluß der II. Internationale aus. In der Periode der I. Internationale (1864-1876) und ein Jahrzehnt danach hatten die amerikanischen Marxisten den unschätzbaren Vorteil, von Marx und Engels direkt beraten zu werden. Als aber die Politik der II. Internationale nach ihrer Gründung im Jahre 1889 immer opportunistischer wurde, war es mit der früheren revolutionären internationalen Führung plötzlich zu Ende. Die Marxisten in den Vereinigten Staaten verloren die Verbindung mit den Kräften der Linken in Europa und waren dem Gift des Revisionismus preisgegeben. Obwohl um die Jahrhundertwende in Rußland ein mit Karl Marx vergleichbares sozialistisches Genie wie Lenin heranwuchs, wußten die amerikanischen Marxisten bis zum ersten Weltkriege praktisch nichts über ihn und seine Schriften oder über die Entwicklung des Bolschewismus im zaristischen Rußland. Selbst die russische Revolution von 1905 vermittelte der amerikanischen Socialist Party kaum wesentliche Erkenntnisse, da sie von den opportuni-[138:]stischen Führern der II. Internationale verzerrt dargestellt wurde.

Die II. Internationale mit ihren in den neunziger Jahren rasch wachsenden Parteien, Gewerkschaften, Genossenschaften und Parlamentsfraktionen entwickelte frühzeitig reformistische Illusionen in dem Sinne, daß sie eben dadurch in den verschiedenen Ländern Schritt für Schritt den Sozialismus aufbaue.[24] Ihre Führer gelangten zu der Ansicht, daß Marx mit seiner Perspektive des aktiven Kampfes für den Sozialismus jetzt veraltet und überholt sei. Dieser Rechtsopportunismus war ein Produkt des imperialistischen Stadiums des Kapitalismus mit seiner sichtbar zunehmenden Bestechung und Korruption der Arbeiteraristokratie, auf die sich die Führung der Sozialdemokratie hauptsächlich stützte.

Dieser Revisionismus schlug tiefe Wurzeln. Sein hervorragendster Wortführer war Eduard Bernstein in Deutschland. Im Jahre 1899 legte er seine revisionistischen Anschauungen in seinem Buche „Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie“ dar, das in den Vereinigten Staaten unter dem Titel “Evolutionary Socialism” erschien. Bernstein lehnte die marxistischen Theorien über den Mehrwert, die Konzentration des Kapitals, die fortschreitende Verelendung der Arbeiterklasse und den Klassenkampf sowie die materialistische Geschichtsauffassung ab und machte sich über die soziale Revolution als „Endziel“ lustig. Die Richtung Bernsteins wurde damals von Bebel und Kautsky in Deutschland sowie von Lenin, Plechanow und anderen in Rußland und im internationalen Maßstabe energisch bekämpft. Trotzdem wurde sie schließlich zur vorherrschenden Weltanschauung der opportunistischen Führer der II. Internationale, was für die Arbeiterbewegung in vielen Ländern verderbliche Folgen hatte.

Mit diesem reformistischen Gift wurde die junge Socialist Party of America von der II. Internationale ständig verseucht. Bald nach der Jahrhundertwende setzte sich Victor Berger in seiner Zeitung in Milwaukee und auf den Parteikonferenzen offen für den Revisionismus Bernsteins ein. Zahlreiche klein-[139:]bürgerliche Führer der Socialist Party nahmen einen ähnlichen Standpunkt ein. So unterwühlten sie die Grundlagen des Marxismus in der Partei. Wie in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und in der gesamten Führung der I. Internationale, wurde der Bernsteinsche Revisionismus, mit entsprechenden nationalen Varianten, schon 1905 zur vorherrschenden Weltanschauung der in der Socialist Party of America tonangebenden Gruppe von Intellektuellen. Hillquit selbst indessen war Zentrist, ein Anhänger Kautskys, der, wie sich in der Folge erwies, nur ein verkappter Bernsteinianer war.

---

23 “International Socialist Review”, Dezember 1901.

24 Siehe J. Stalin, „Über die Grundlagen des Leninismus“; „Fragen des Leninismus“, Dietz Verlag, Berlin 1954, S. 18.

[140:]

8
DIE BLÜTEZEIT DER SOCIALIST PARTY
(1905–1914)

Das Jahrzehnt vor dem Beginn des ersten Weltkrieges war eine Zeit der schnellen Entwicklung und rasch fortschreitenden Vertrustung der amerikanischen Industrie und auch eine Zeit des imperialistischen Expansionismus. Auf die Vereinigten Staaten traf Lenins Feststellung zu: „Insbesondere ... weist der Imperialismus, weist die Epoche des Bankkapitals, die Epoche der gigantischen kapitalistischen Monopole, die Epoche des Hinüberwachsens des monopolistischen Kapitalismus in den staatsmonopolistischen Kapitalismus, eine ungewöhnliche Stärkung der ‚Staatsmaschinerie' auf, ein unerhörtes Anwachsen ihres Beamten- und Militärapparates ..."[1]

In Verfolgung seines Sieges im Spanisch-Amerikanischen Kriege wandte der amerikanische Imperialismus seine Hauptaufmerksamkeit der Eroberung Lateinamerikas, insbesondere der Länder um das Karibische Meer, zu. In vielen dieser Länder – so zum Beispiel in Venezuela, Honduras, Haiti, Guatemala, Nikaragua und der Dominikanischen Republik – vermehrten sich die amerikanischen Investitionen und griffen amerikanische Truppen direkt ein. Kuba und Puerto Rico wurden in kolonialer Sklaverei gehalten. Die amerikanische Aggression spielte eine entscheidende Rolle beim Ausbruch der mexikanischen Revolution im Jahre 1910. Systematisch verdrängte der amerikanische Imperialismus den älteren britischen Imperialismus in den Ländern um das Karibische Meer. Aber die größte Eroberung der Wallstreet in dieser Periode war die Annexion Panamas und der Bau des Panamakanals.

[141:] In den, Vereinigten Staaten waren die Kapitalisten eifrig dabei, den Reichtum des Landes und seine Industrie an sich zu reißen. Im Jahre 1914 hieß es in dem Bericht einer offiziellen Regierungskommission: „44 Familien haben ein Jahreseinkommen von einer Million Dollar oder mehr, und weniger als zwei Millionen Menschen ... besitzen von dem Reichtum der Nation 20 Prozent mehr als die übrigen 90 Millionen. Die 2 Prozent der Reichen besitzen 60 Prozent des Nationalreichtums, die 83 Prozent des Kleinbürgertums besitzen 35 Prozent, und die 65 Prozent der Armen besitzen nur 5 Prozent."[2] Durchgesetzt wurde die kapitalistische Ausplünderung des Volkes im größten Maßstabe mit Hilfe der völligen Beherrschung der Regierung und eines raffinierten Spionage- und Banditensystems in den Werksiedlungen der Grundstoffindustrie.

Die Lage der Arbeiter

Während die gelernten Arbeiter damals allgemein beträchtlich höhere Löhne hatten, als sie in anderen Ländern üblich waren, lebten die ungelernten, unorganisierten und eingewanderten Arbeiter, die in fast allen vertrusteten Industrien die große Mehrheit der Arbeiterschaft bildeten, am Rande des Existenzminimums. Der erwähnte Bericht der Commission on Industrial Relations[3] hob hervor: „Es ist sicher, daß wenigstens ein Drittel und vielleicht sogar die Hälfte der Familien der in der Industrie und im Bergbau beschäftigten Lohnarbeiter im Laufe des Jahres nicht genug verdienen, um einigermaßen behaglich und anständig leben zu können" (S. 10). Weiter heißt es: „Der beste Beweis für die elende Lage der Masse der amerikanischen Arbeiter ist die Tatsache, daß in den letzten Jahren Arbeiter in größerer Anzahl nur aus Rußland, Italien, Österreich-Ungarn und den rückständigen und [142:] verarmten Nationen Süd- und Osteuropas nach den Vereinigten Staaten gekommen sind" (S. 3). Und schließlich: „Haben die Arbeiter einen angemessenen Anteil an dem enorm vermehrten Reichtum erhalten, der in den Vereinigten Staaten in der Berichtsperiode weitgehend dank ihren Anstrengungen angehäuft worden ist? Die Frage kann nur mit einem entschiedenen Nein beantwortet werden!" (S. 8.)

Am Vorabend des ersten Weltkrieges lagen die Löhne der Frauen etwa 30 Prozent unter denen der Männer, die Kinderarbeit war ein weitverbreitetes Übel, und den werktätigen Negern, denen der

---

1 W. I. Lenin, „Staat und Revolution": Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Bd. II, S. 181. [LW 25, S. 423]

2 "Final Report. of the Commission on Industrial Relations", Washington, D. C., 1915.

3 Diese von Frank P. Walsh geleitete Kommission wurde durch Kongreßbeschluß am 23. August 1912 geschaffen und von Präsident Wilson ernannt.

Zugang zu vielen Industrien und Gewerkschaften versperrt war, ging es am allerschlechtesten. Infolge der grenzenlosen Habgier der Unternehmer waren die Industriebetriebe buchstäblich Schlachthäuser für die Arbeiter. Die Commission on Industrial Relations stellte dazu fest: „Annähernd 35.000 Menschen sind im letzten Jahr in der amerikanischen Industrie ums Leben gekommen, und mindestens die Hälfte dieser Todesfälle hätte verhindert werden können“ (S. 46). Die Kommission wies darauf hin, daß die Verhältnisse gebessert werden könnten, wenn die Kapitalisten für derartige unnötige Todesfälle strafrechtlich zur Verantwortung gezogen würden. Die Arbeitszeit betrug bis zu 12 Stunden täglich und sieben Tagen wöchentlich (Stahlindustrie, Eisenbahnen usw.), und nur verhältnismäßig wenige Arbeiter hatten den Achtstundentag (Kohlenbergbau, Bauwesen, Druckereigewerbe usw.). In vielen Gegenden waren die „Wohnungen“ der eingewanderten Arbeiter nichts anderes als Schlafasyle, in denen die Betten schichtweise benutzt wurden. Bei Betriebsunfällen erhielten die Arbeiter wenig oder keine finanzielle Unterstützung. Ebensowenig gab es einen Versicherungsschutz gegen Alter und Krankheit. Den Schrecken der Arbeitslosigkeit bei Wirtschaftskrisen waren die Arbeiter ebenfalls schutzlos preisgegeben.

In allen ihren Organen unterstützte die Regierung aktiv diese brutale Ausbeutung. „Die Arbeiter“, sagt der Kommissionsbericht, „sind fast durchweg überzeugt, daß ihnen als Einzelpersonen wie als Klasse in der Gesetzgebung, Rechtsprechung und Anwendung der Gesetze die Gerechtigkeit verweigert wird“ [143:] (S. 38). Und weiter: „Es ist ganz klar, daß der Vierzehnte Zusatzartikel (zur Verfassung) nicht nur nicht dazu beigetragen hat, die Rechte des einzelnen zu schützen, sondern fast ausschließlich zum Schutz der Eigentumsrechte der Aktiengesellschaften beigetragen hat“ (S. 56).

Der Kampf der Gewerkschaften

Die Periode vor dem ersten Weltkriege, mit der wir uns hier beschäftigen, war eine Zeit heftigster Angriffe gegen die Arbeiterschaft und das Volk seitens der habgierigen und anmaßenden Monopolisten. Es war auch eine Zeit heftiger Gegenangriffe seitens der Arbeiterklasse gegen die unerträglichen Arbeits- und Lebensbedingungen, eine Zeit erbitterter Streikkämpfe und schnellen Wachstums der wirtschaftlichen und politischen Organisationen der Arbeiter.

In diesen Jahren führten die AFL und die Eisenbahnergewerkschaften trotz der von den Gompers-Anhängern vertretenen Theorie der Klassenzusammenarbeit zahlreiche erbitterte Streikkämpfe durch. Ausgelöst wurden sie durch den regen Kampfgeist der Arbeiter. Die Streiks wurden verschärft durch die Wirtschaftskrisen von 1907 und 1913. Zu erwähnen sind vor allem die Streiks der New-Yorker Blusennäherinnen im Jahre 1909, der New-Yorker Mantelschneider und der Chicagoer Herrenschneider im Jahre 1910, der große Streik bei der Harriman-Eisenbahngesellschaft im Jahre 1911, die erbitterten Kämpfe um die Organisierung der Kohlenbergarbeiter von Westvirginia im Jahre 1913, der Streik der Kupferbergarbeiter von Calumet im gleichen Jahre und der besonders blutige Streik der Kohlenbergarbeiter von Colorado im Jahre 1914. An all diesen Streiks nahmen die Linken aktiv teil. Überall gingen die Unternehmer in der brutalsten Weise vor. Während des Kupferbergarbeiterstreiks von Calumet brüllte ein von der Gesellschaft gedungener Bandit in einer mit Kindern Streikender überfüllten Halle „Feuer!“, und in der ausbrechenden Panik wurden 73 Kinder zu Tode getrampelt. Die Unternehmer setzten auch auf politischem Gebiet ihren Kampf gegen die Ge-[144:]werkschaften fort, besonders durch die berüchtigten gerichtlichen Verfügungen im Falle der Boykotts gegen Danbury Hatters, Buck Stove und Range. Im ersten Falle wurden die Arbeiter zu einer Geldbuße von 232.000 Dollar verurteilt, im letzten Falle wurde Anklage gegen Gompers, Morrison und Mitchell, die obersten Führer der AFL, erhoben, die allerdings nicht ins Gefängnis zu wandern brauchten.

Die politisch und persönlich korrupte Gompers-Führung begegnete diesem Ansturm der Unternehmer mit den bei ihr üblichen Rückzügen und Kapitulationen. Da sie sich grundsätzlich auf die gelernten Arbeiter und die Zusammenarbeit mit den Unternehmern stützte, lehnte sie jeden Vorschlag zur Gründung von Industriegewerkschaften ab. Wiederholte Anträge auf Bildung einer Arbeiterpartei stimmte sie nieder. Sie brach die eigenen Streiks mit dem ungeheuerlichen System des „gewerkschaftlichen Streikbruchs“, das heißt, ein Teil der Gewerkschaften in dem betreffenden Industriezweig arbeitete

weiter, während die anderen streikten. Ihr Widerstand gegen den Ansturm des Kapitals beschränkte sich darauf, daß sie im Jahre 1907 ein sogenanntes Beschwerdegesetz der Arbeiterschaft ("Labor's Bill of Grievances") entwarfen. Diese zaghaften Gesetzesanträge führten 1914 schließlich zur Annahme des Clayton-Gesetzes, das die organisierte Arbeiterschaft gegen das Sherman-Antitrustgesetz schützen sollte, was indessen nicht der Fall war. Wenn die Mitgliederzahl der AFL sich in dieser Periode von 1.676.200 im Jahre 1904 auf 2.020.671 im Jahre 1914 erhöhte, so war dies weitestgehend den Bemühungen der einfachen Sozialisten in den Gewerkschaften und den Auswirkungen der großen IWW-Streiks zu verdanken, nicht aber der Tätigkeit der hochbezahlten und korrupten AFL-Führung.

Im Laufe dieses stürmischen Jahrzehnts kam es zu zwei berühmt gewordenen Prozessen gegen Arbeiter. Im Februar 1906 wurden drei Funktionäre der Western Federation of Miners – Moyer, Haywood und Pettibone – verhaftet und wegen eines Bombenattentats angeklagt, dem der Gouverneur von Idaho, Frank Steunenberg, im Dezember 1905 zum Opfer gefallen war. Nach einem aufsehenerregenden Prozeß, während dessen es zu heftigen Auseinandersetzungen kam, brach die Provokation [145:] zusammen, und die drei Angeklagten wurden unter allgemeinem Beifall freigesprochen. Der zweite war der Fall der Brüder James und John MacNamara, in den später auch Matt Schmidt und David Kaplan hineingezogen wurden. Die Brüder MacNamara wurden im April 1911 verhaftet und angeklagt, bei dem erbitterten Kampf zwischen der National Erectors Association und der Structural Iron Workers Union einen Dynamitanschlag gegen das Gebäude der "Los Angeles Times" verübt zu haben. Die beiden Brüder wurden auf unsaubere Weise zu einem Schuldbekenntnis veranlaßt und verbüßten langjährige Strafen in kalifornischen Zuchthäusern. James J. MacNamara starb im Gefängnis nach achtundzwanzigjähriger Haft. Einige Jahre vor seinem Tode wurde der unerschütterliche Kämpfer Kommunist.

Bezüglich der Aggression des amerikanischen Imperialismus in Lateinamerika hatten die AFL-Führer, die im Jahre 1898 noch energisch gegen die Annexion der Philippinen und die „Expansion" überhaupt opponiert hatten, ihre Haltung radikal geändert. Sie waren jetzt selbst imperialistisch gesinnt. Da sie ihre Interessen mit denen der Kapitalisten identifizierten, sahen sie über die Anschläge der Wallstreet gegen die Souveränität der Völker des Südens hinweg. Im besonderen wurde die mexikanische Revolution damals durch ihr proimperialistisches Eingreifen ungünstig beeinflußt. Die Socialist Party und die IWW jedoch nahmen gegenüber den Interventionen der Wallstreet eine kämpferische Haltung ein und unterstützten besonders die mexikanische Revolution.

Der Kampf der Industrial Workers of the World

Die IWW spielten in diesen Jahren unmittelbar vor dem Kriege und der Gründung der Kommunistischen Partei eine höchst bedeutsame Rolle. Bei ihrer Gründung im Juni 1905 war die Organisation weitgehend sozialistisch, bald danach aber begann sie sich in anarchosyndikalistischem Sinne zu entwickeln und politische Aktionen abzulehnen. Schon auf dem Kongreß von 1907 kam es zu einem erfolglosen Versuch, die Unterstüt-[146:]zung politischer Aktionen aus dem IWW-Programm zu streichen. Auf dem Kongreß von 1908 hatten die Anhänger „direkter Aktionen", meist Wanderarbeiter aus dem Westen, die von Vincent St. John und William L. Trautmann geführt wurden, die Oberhand, und sie tilgten die verhaßte „politische Klausel" endgültig. Von nun an orientierte sich die Organisation auf den Generalstreik, auf Sabotageakte und andere Methoden der „direkten Aktion". In den folgenden Jahren bezog sie mehr und mehr eine antimarxistische Position. Durch diese Entwicklung der IWW zum Syndikalismus wurden die politischen Sozialisten ihnen entfremdet. Die Western Federation of Miners trat schon im ersten Jahre aus, Debs zog sich bald danach zurück, und der Bruch mit De Leon kam im Jahre 1908. De Leon organisierte später die Workers International Industrial Union, die der alten Socialist Trades and Labor Alliance ähnelte.

Bestimmend für die Wendung der IWW zum Syndikalismus waren mehrere Faktoren, unter anderem a) die politische Rechtlosigkeit vieler Millionen eingewanderter Arbeiter[4], b) die Empörung der

[4] Von 1905 bis einschließlich 1914 strömte die gewaltige Menge von 10.121.943 Einwanderern in die Vereinigten Staaten, meist aus Süd- und Osteuropa.

Arbeiter über die opportunistische Haltung der AFL- und der Führer der Socialist Party in politischen Fragen, c) die weitverbreitete Korruption im politischen Leben des Landes und d) der Zustrom bewußt anarchistischer Elemente. Wie wir gesehen haben, hatten ähnliche Kräfte zusammengewirkt, um in den achtziger Jahren in Chicago den Anarchosyndikalismus in der von Parsons geleiteten Bewegung ins Leben zu rufen. Eine weitere wesentliche Ursache für die Entstehung des IWW-Syndikalismus war der lange andauernde Einfluß der Richtung De Leons. De Leon bagatellisierte in seinen theoretischen Schriften ständig die Bedeutung der Partei und übertrieb die der Industriegewerkschaften vor, während und nach der Revolution. Wenn St. John und die anderen Antiparlamentarier und Anhänger der „direkten Aktion" in den IWW die Partei gänzlich aus ihrem Programm strichen, so führten sie einfach De Leons Ideen zum logischen Ende. Trotz all seiner gelegentlichen Angriffe gegen die IWW war De Leon in Wahr-[147:]heit der geistige Vater des Anarchosyndikalismus in den Vereinigten Staaten.

In diesem Jahrzehnt vor dem Kriege führten die IWW viele

bemerkenswerte und erbitterte Streiks durch, so in Goldfield, McKees Rocks, Lawrence, Akron, Paterson, New Bedford, Chikago, Little Falls und in verschiedenen Teilen von Louisiana, Minnesota, California und Washington. Beteiligt waren an diesen Streiks in der Hauptsache Erzbergarbeiter, Holzarbeiter, Textilarbeiter, Landarbeiter und Bauarbeiter, größtenteils Eingewanderte. Die IWW kämpften an vielen Orten auch tapfer um das Recht, öffentlich zu den Arbeitern sprechen zu können, so in Spokane, San Diego, Denver, Kansas City, Sioux City, Omaha und an anderen Orten. Bei diesen Kämpfen wurden Hunderte ihrer Mitglieder von Polizeibanden mißhandelt und ins Gefängnis geschleppt.[5] Die IWW wurden zum Symbol unzähmbaren proletarischen Kampfgeistes.

Damals wurden viele Kämpfer der IWW unter falsche Anklage gestellt und rücksichtslos verfolgt. Die empörendsten dieser Schandprozesse waren die gegen Preston und Smith (Nevada, 1907, 25 und 10 Jahre Gefängnis), Cline und Rangel (Texas, 1913, 25 Jahre und lebenslängliches Gefängnis), Ford und Suhr (California, 1913, lebenslängliches Gefängnis) und vor allem der in Utah gegen Joe Hill, den berühmten Dichter von IWW-Liedern, der am 19. November 1915 auf Grund einer falschen Anklage wegen Mordes hingerichtet wurde.

Die meisten ihrer schweren Streikkämpfe gewannen die IWW gänzlich oder zum Teil. Trotzdem hatte die-Organisation bis 1914 nur etwa 100.000 Mitglieder erreicht. Schon offenbarte sie deutlich viele der inneren Schwächen, die sich schließlich auf ihre weitere Entwicklung verhängnisvoll auswirken sollten. Die bedenklichsten dieser Schwächen waren ihre zersetzende und scharf ausgeprägte Feindschaft gegenüber den Gewerkschaften und der Socialist Party, ihre ablehnende Haltung gegenüber dem politischen Kampf der Arbeiterklasse, ihre unbedachte Anwendung des Generalstreiks, ihre falsche Behandlung der Religionsfrage (die Parole „Kein Gott, kein Herr" in Lawrence), [148:] ihre anarchistische Dezentralisation, die jede feste Organisation unmöglich machte, ihr Eintreten für Sabotageakte, ihr Vertrauen auf spontane Bewegungen und ihr sektiererisches Bestehen darauf, daß die konservativ gesinnten Arbeiter ihre syndikalistischen Vorstellungen von der Revolution akzeptierten.

Die Entwicklung der Socialist Party

Bei allen Streiks, Kämpfen um Redefreiheit, Prozessen gegen Arbeiter und politischen Auseinandersetzungen dieser Zeit standen die Arbeiter, die dem linken Flügel der Socialist Party angehörten, in vorderster Front. Von den tonangebenden Intellektuellen wurden sie gönnerhaft als die „Jimmy Higgins"[6] der Bewegung bezeichnet, das heißt, sie arbeiteten und kämpften, während die kleinbürgerlichen Führer das Ansehen davon hatten und die Parteiämter besetzten. Ein schönes Beispiel für die Aktivität der Linken war ihr großer Kampf zur Rettung von Moyer, Haywood und Pettibone. Dr. Herman Titus zum Beispiel, lange Zeit der hervorragendste Führer der Linken an der Pazifikküste, verlegte seine Zeitung "Socialist" von Seattle nach Boise (Idaho), wo der Prozeß stattfand, und gab sie dort heraus; er beschränkte den Inhalt fast ausschließlich auf den großen Prozeß. Auch der "Appeal

---

5 Siehe Vincent St. John, "The I.W.W.: Its History, Structure and Methods", Chicago 1919.

6 Diese allgemein bekannte Bezeichnung stammt von Ben Hanford.

to Reason" entfaltete eine riesige Kampagne für die Angeklagten. In seinem berühmten "Appeal"-Artikel „Erhebt Euch, Sklaven!" erklärte der leidenschaftliche Debs: „Wenn sie versuchen, Moyer, Haywood und ihre Brüder zu ermorden, werden mindestens eine Million Revolutionäre ihnen mit der Waffe in der Hand entgegentreten."[7]

Infolge ihrer Aktivität bei den heftigen Klassenkämpfen jener Zeit wuchs die Partei rasch an Mitgliederzahl und Einfluß. Im Jahre 1912, zur Zeit ihrer größten Blüte, hatte die Socialist Party etwa 120.000 Mitglieder. Pennsylvania war mit 12.000 Mitgliedern ihre Hochburg. Die Partei hatte eine starke Basis in den Gewerkschaften. Auch unter den Farmern des Westens war sie organisatorisch verankert. In dem gleichen Jahre kandidierte [149:] Max Hayes von der Typographical Union für das Amt des Vorsitzenden der AFL und erhielt 5073 Stimmen gegenüber 11.974 für Gompers. Damals unterstützten folgende AFL-Verbände die Socialist Party: die Brauereiarbeiter, die Hut- und Mützenmacher, die Damenschneider, die Bäcker, die Kürschner, die Metallarbeiter, die Herrenschneider und die Western Federation of Miners. Auch in der Führung der Kohlenbergarbkeiter, Glasarbeiter, Maler, Zimmerleute, Maurer, Elektriker, Drucker und Zigarrenmacher und anderer Gewerkschaften war eine große Zahl von Sozialisten. Ebenso standen die AFL-Ausschüsse in vielen Orten und Staaten unter sozialistischer Führung. Ganz allgemein wurden die Sozialisten in den Gewerkschaften schnell zu einem bedeutsamen Faktor.

Die Socialist Party dehnte ihre Tätigkeit auch auf zahlreiche neue Gebiete aus. Im Jahre 1905 wurde die Intercollegiate Socialist Society gegründet, im Jahre 1906 die Rand School und im Jahre 1913 die Young People's Socialist League. Ganz besonderer Wert wurde auf die Gewinnung der Prediger gelegt, da die christlichen Sozialisten in der Partei eine große Rolle spielten. Auch unter den Frauen wurde eine gewisse Arbeit geleistet. Im Jahre 1908 wurde eine Frauenkommission im Landesmaßstab ins Leben gerufen. Im gleichen Jahre veranstalteten die sozialistischen Frauen der New-Yorker East Side am 8. März, dem späteren Internationalen Frauentag, eine Wahlrechtsdemonstration. Doch waren für die Socialist Labor Party wie für die Socialist Party die Vernachlässigung des historischen Kampfes der Frauen um das Wahlrecht und die Unterschätzung der Frauenarbeit überhaupt charakteristisch. Trotzdem spielten viele Frauen in der Socialist Party eine hervorragende Rolle.

Die Partei hatte beträchtliche Wahlerfolge. Im Jahre 1910 wurde Emil Seidel zum Oberbürgermeister von Milwaukee gewählt, und sechs Monate später entsandte derselbe Bezirk Victor Berger als ersten sozialistischen Abgeordneten in den Kongreß. In dieser Zeit stellte die Partei 56 Bürgermeister in Ohio, Pennsylvania, New York, Montana und New England sowie 300 Stadträte. Im Jahre 1912 bekleideten 1039 zahlende Parteimitglieder Wahlämter. Die Präsidentschaftskampagne von 1912, bei der Debs und Seidel kandidierten, brachte einen großen [150:] Fortschritt für die Partei. Sie erzielte 897.011 Stimmen, die höchste bis dahin erreichte Zahl.

Die Socialist Party schuf sich auch eine starke Presse. Im Jahre 1912 verfügte die Partei über 323 Zeitungen und Zeitschriften. Darunter waren fünf englische und acht nichtenglische Tageszeitungen, 262 englische und 36 nichtenglische Wochenschriften sowie zehn englische und zwei nichtenglische Monatsschriften. Die wichtigsten Blätter waren die "International Socialist Review" (Auflage etwa 200.000), der "Jewish Daily Forward" (Auflage 200.000), die "National Rip Saw" (Auflage 200.000), das "Wilshire's Magazine" (Auflage 270.000) und der "Appeal to Reason" (Auflage 500.000). Die letztgenannte Wochenschrift, die damals vielleicht die höchste Auflage in der sozialistischen Presse der ganzen Welt hatte, war im Besitz von J. A. Wayland und wurde von Fred D. Warren redigiert. Eugene Debs war regelmäßiger Mitarbeiter. Es war ein sehr kämpferisches Organ, dessen politische Richtung ein Gemisch von opportunistischem Sozialismus, Populismus und aktivem Gewerkschaftertum darstellte. Im Laufe des Jahres 1912 erschien das Blatt in 36.091.000 Exemplaren. Besonderer Wert wurde auf umfangreiche Sondernummern gelegt. Die beiden großen Sonderausgaben anläßlich des Prozesses gegen Moyer und Haywood und mit der Polemik von Debs gegen Roosevelt erreichten eine Auflage von je drei Millionen.[8] Zu ihrer Beförderung wurden vier große Postzüge von je zehn

---

7 "Appeal to Reason", 10. März 1906.

8 Siehe George Allen England, "The Story of the Appeal", S. 277.

Wagen benötigt. Der "Appeal" hatte eine treuergebene, organisierte „Armee" von fast 80.000 Arbeitern und Farmern hinter sich.

In dieser Zeit trat in der Socialist Party eine Entwicklung ein, die für die Zukunft der Partei von größter Bedeutung werden sollte. Es war die Organisierung der nationalen Gruppen oder „Sprachföderationen". Die opportunistischen Führer der Partei, die sich ausschließlich für die gelernten Arbeiter und das Kleinbürgertum interessierten, legten bezeichnenderweise wenig oder gar keinen Wert auf die organisatorische Arbeit unter den vielen Millionen nicht wahlberechtigter und nicht englisch sprechender Einwanderer. Infolgedessen schufen sich die sozialistischen Arbeiter unter diesen Gruppen eigene Or-[151:]ganisationen auf nationaler Grundlage. So entstanden nacheinander nationale Föderationen der Finnen (1907), der Letten (1908), der Südslawen (1911), der Italiener (1911), der Skandinavier (1911), der Ungarn (1912), der Böhmen (1912), der Deutschen (1913), der Polen (1913), der Juden (1913), der Slowaken (1913), der Ukrainer (1915), der Litauer (1915) und der Russen (1915).[9] Diese Gruppen, zum größten Teil ungelernte Arbeiter in der Grundstoffindustrie, entwickelten vortrefflich organisierte Bewegungen mit vorzüglichen Zeitungen, Genossenschaften und Bildungsinstitutionen. Allmählich schlossen sich die Föderationen, die zuerst selbständig waren, der Socialist Party an, anfangs in lockerer Form als nationale Gruppen, dann aber auch als Einzelmitglieder und Zweigorganisationen. Jede Sprachgruppe hatte in der Parteizentrale einen eigenen Dolmetscher-Sekretär. Bis 1912 hatten die Föderationen der Socialist Party etwa 20.000 sehr wertvolle proletarische Mitglieder zugeführt.

Das Wiederaufleben der Negerbefreiungsbewegung

Zu den vielen wichtigen Ereignissen der Jahre 1905 bis 1914 gehörte ein neuer Aufschwung der Negerbewegung, der bedeutsamste seit der Unterdrückung der Neger in der Rekonstruktionsperiode nach dem Bürgerkrieg. Der amerikanische Monopolkapitalismus und Imperialismus mit seinem allgemein scharf ausgeprägten reaktionären Wesen hatte für die verfolgten und unterdrückten Neger im Süden katastrophale Folgen. Dazu gehörten die Aufhebung der sogenannten Zwangsgesetze (Force Bills) durch den Kongreß im Jahre 1894, die Annahme einer ganzen Reihe von Jim-Crow-Gesetzen im gesamten Süden, durch die die Neger in einen Zustand halber Sklaverei versetzt wurden, der radikale Rückgang des Landbesitzes der Neger im Süden, das Wiederaufleben des Ku-Klux-Klan-Terrorismus und der Verrat der Populistenbewegung im Süden durch opportunistische Führer wie Tom Watson und Ben Tillman. Besonders schändlich war die negerfeindliche Einstellung [152:] der weißen Kirchen im Süden, die sich offenbar nur ein „lilienweißes" Himmelreich vorstellen konnten. In der Zeit von 1888 bis 1900 kam es im Jahresdurchschnitt zu 165 Fällen von Lynchjustiz gegen Neger.[10] Die Neger setzten sich gegen alle diese Verfolgungen tapfer zur Wehr.[11]

Der verschärfte Druck der Kapitalisten gegen die Neger führte zu heftigen Reaktionen seitens der Neger. Die erste bedeutsame Reaktion war die Organisierung der Niagara-Bewegung im Jahre 1905. Diese Bewegung wurde von dem bekannten Gelehrten W. E. B. DuBois geleitet, und sie rief wie eine Sturmglocke die Negermassen zum aktiven Kampf auf. Bis dahin, seit Anfang der neunziger Jahre, war Booker T. Washington der hervorragendste Sprecher der Neger gewesen. Die von ihm geleitete Tuskegee-Bewegung vertrat den Standpunkt, der Weg zum Fortschritt für die Negermassen führe über die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage durch Entwicklung ihrer Fähigkeiten und Schaffung eines starken Mittelstandes. Washington lehnte jeden Kampf um soziale Gleichberechtigung als „größte Torheit" ab. Unter den weißen Reformern und Philanthropen war er sehr populär; Andrew Carnegie zum Beispiel stellte ihm 600.000 Dollar für das Tuskegee-Institut zur Verfügung.

Die Niagara-Bewegung stand im schärfsten Gegensatz zu den ökonomischen, politischen und sozialen Lehren Washingtons. Sie lehnte seine Politik des Rückzugs und der Unterwerfung ab. „Wir werden uns nicht mit weniger als den vollen Menschenrechten zufriedengeben", erklärten ihre Führer. Sie forderten die Abschaffung jeder Diskriminierung und bestanden auf sozialer Gleichberechtigung. Man

---

9 Siehe Nathan Fine, "Labor and Farmer Parties in the United States", S. 325.

10 Siehe Harry Haywood, „Die schwarze Nation" – W. E. B. DuBois, "Dusk of Dawn", New York 1940.

11 Siehe Herbert Aptheker in "Jewish Life", Juli 1950.

kann sagen, daß die moderne Befreiungsbewegung der Neger mit der Niagara-Bewegung begonnen hat, die die Bourgeoisie stark beunruhigte. Im Jahre 1909 wurde die National Association for the Advancement of Colored People gegründet. Sie war ein Bündnis der kleinbürgerlichen Negerintellektuellen und ihrer weißen Freunde, größtenteils Liberaler und einiger Sozialisten. Sie strebte Gleich-[153:]heit vor dem Gesetz und gleiche ökonomische, gewerkschaftliche und soziale Möglichkeiten. Sie bekämpfte die Lynchjustiz und die Kopfsteuer. 1910 vereinigte sich die Niagara-Bewegung mit der National Association for the Advancement of Colored People. 1911 entstand die National Urban League. Eine Reihe sozialistischer Führer wirkte bei der Gründung dieser Organisationen mit.

Die wachsende Befreiungsbewegung der Neger war jedoch vor allem das Werk der kleinbürgerlichen Schicht der Neger. Die Arbeiter waren in ihr noch nicht der entscheidende Faktor, der sie später werden sollten. Die organisierten Negermassen waren auch von der Arbeiterbewegung und der sozialistischen Bewegung überhaupt weitgehend isoliert. Die AFL-Führung, verseucht von Rassenvorurteilen, duldete und begünstigte unverhüllt Gewerkschaften, deren Satzungen „lilienweiße“ Rassenklauseln enthielten. Noch schlimmer war es in den Bruderschaften der Eisenbahner, die sämtlich Negermitglieder ablehnten und Negerarbeiter aus dem Eisenbahndienst herauszudrängen suchten. Die IWW jedoch nahmen einen fortschrittlicheren Standpunkt ein. Haywood und die anderen Führer verurteilten entschieden alle Äußerungen von Negerdiskriminierung. Die IWW-Bruderschaft der Zimmerleute, die in den Jahren 1911 und 1912 große Streiks in der Holzindustrie von Louisiana führte, bestand etwa zur Hälfte aus Negern. Der Hafenarbeiter Ben Fletcher aus Philadelphia war der bedeutendste Negerführer in den IWW.

Die Socialist Party mi ihrer kleinbürgerlichen Führung ignorierte faktisch die Nöte und Kämpfe der Neger. Sie vertrat die falsche Theorie, der Neger werde nicht wegen seiner Hautfarbe, sondern nur deshalb verfolgt, weil er ein Arbeiter sei. Die wenigen Neger, die sich der Partei im Süden anschlossen, gehörten besonderen Ortsgruppen an. Die Partei tat nichts, um dem Unwesen der Lynchjustiz, die im ganzen Süden wütete, Einhalt zu gebieten.

Diese Gleichgültigkeit der Socialist Party gegenüber der Unterdrückung der Neger war, wie bereits bemerkt, zum größten Teil eine Folge des weißen Rassenchauvinismus, der sich im Herrenmenschenwahn äußert. Wie tief dieses reaktionäre Gift [154:] bereits in die kleinbürgerliche Führung der Partei eingedrungen war, offenbarte sich erschreckend während der Debatte über den Ausschluß der Chinesen auf dem Landeskongreß der Socialist Party im Jahre 1910. Das Ergebnis der Diskussion war, daß die Partei, auf den Kurs der korrupten AFL-Bürokratie einschwenkend und trotz heftiger Opposition seitens Debs’ und anderer Linker, einer zweideutigen Resolution zustimmte, Chinesen und andere Asiaten, die auf den amerikanischen Lebensstandard „drücken“ könnten, nicht ins Land zu lassen. Lenin verurteilte diesen Schritt scharf, und nicht einmal die opportunistische II. Internationale konnte ihn verdauen und kritisierte die amerikanische Socialist Party öffentlich.

Während dieser berüchtigten Debatte erlaubten sich verschiedene Führer der Rechten chauvinistische Ausfälle, die von den wildesten weißen Rassenfanatikern kaum hätten überboten werden können. Ernest Untermann zum Beispiel, ein Vertreter der extremen Rechten, der auf dem Kongreß für die Minderheit referierte, erklärte: „Die Frage, welche Rasse den Erdball beherrschen soll, muß unbedingt ebenso ins Auge gefaßt werden wie die Frage, welche Klasse die Welt beherrschen soll. Wir würden unsere Pflicht gegenüber der kommenden Generation der arischen Völker versäumen, wenn wir nicht schon heute alles in unserer Macht Stehende tun würden, um den Endsieg der Rasse unseres eigenen Volkes zu sichern.“[12]

Die Gründung der Syndicalist League

Die Syndicalist League of North Amerika wurde im März 1912 gegründet. Generalsekretär war William Z. Foster, Sitz der Zentrale war Chicago. Die Liga war ursprünglich eine Absplitterung von den IWW. Foster war, nachdem er 1909/1910 ein Jahr lang die Arbeiterbewegung in Frankreich und Deutschland studiert hatte, zu der Überzeugung gelangt, daß die Spaltungspolitik der IWW falsch sei.

---

12 William English Walling, “Progressivism and After”, New York 1914, S. 378.

Nach den Vereinigten Staaten zurückgekehrt, wies er darauf hin, daß die Gewerkschaftsspal-[155:]tung zur Isolierung der aktiven Kämpfer von den Massen und zur Festigung der Herrschaft der Gompers-Bürokratie in den alten Verbänden führen mußte. Er empfahl den IWW, sich mit .den Gewerkschaften zu verschmelzen und in ihnen eine „kämpferische Minderheit" zu schaffen, um sie zu revolutionieren. Frank Little gehörte zu denen, die Foster zustimmten, aber die IWW als Ganzes wollten von seiner Politik nichts wissen. Foster begann daher zusammen mit einigen anderen Funktionären die Gründung von Industrieverbänden.[13]

Die Liga war nicht marxistisch; sie war syndikalistisch nach dem Muster des französischen Gewerkschaftsbundes. Sie befürwortete den Generalstreik, Industriegewerkschaften, Sabotageakte, die Ablehnung von Parlament ünd Staat, den Antimilitarismus, den Antiklerikalismus und eine aggressive Kampfpolitik. Die Liga vertrat jedoch insofern einen eigenen Standpunkt, als sie die übliche syndikalistische Idee, die Industriegewerkschaften würden die Basis der zukünftigen Gesellschaft bilden, bestritt und sich auf den Standpunkt stellte, Gewerkschaften seien keine Produktionsverbände und die Industrie werde in der Zukunft eigene spezifische Organisationsformen entwickeln.[14]

Die Syndicalist League of North America gründete in den Staaten westlich von Chicago etwa ein Dutzend Zweigverbände, darunter einige im westlichen Kanada. Sie führte zahlreiche Streiks durch, leistete aktive Organisationsarbeit und gab vier Zeitungen heraus: "The Syndicalist"[15] in Chicago, "The Toiler" in Kansas City, "The Unionist' in Omaha und "The Internationalist" in San Diego. Tom Mooney gehörte der Organisation an und gründete im Formerverband eine starke Landessektion.[16] Im Jahre 1913 unternahm der Engländer Tom Mann eine sehr erfolgreiche Rundreise durch die Vereinigten Staaten, um für die Liga zu werben.

[156:] Die damals fast völlig zerfallene anarchistische Bewegung (die Gruppe Goldman-Berkman) versuchte die wachsenden Sympathien für den französischen Syndikalismus auszunutzen. Am 30. September 1912 veröffentlichten Alexander Berkman und andere in "Mother Earth" einen Aufruf zur' Gründung einer syndikalistischen Liga, hatten aber keinerlei Erfolg.

Im Jahre 1914 löste sich die Liga auf. Ihr Ende war im wesentlichen eine Folge ihres falschen syndikalistischen Programms. Ihre Ablehnung der Gewerkschaftsspaltung war richtig, aber die Linken der IWW und der Socialist Party waren so eingeschworen auf die Politik der Parallelgewerkschaften, daß sie die Argumente der Liga für die Arbeit in den alten Verbänden unbeachtet ließen, um so mehr, als die IWW gerade damals eine Reihe imposanter Streiks durchführten. Man kann sich heute kaum vorstellen, wie leidenschaftlich die Linken damals an die Politik der Parallelgewerkschaften glaubten. Bill Haywood sagte: „Die 28.000 Ortsverbände der AFL sind 28.000 Agenturen der Kapitalistenklasse", und er fügte hinzu, er wolle sich lieber den rechten Arm abhacken als der AFL angehören. Vincent St. John erklärte: „Die American Federation of Labor ist heute keine Arbeiterbewegung und kann es niemals werden." De Leon stellte fest: „Die American Federation of Labor ist weder amerikanisch noch eine Föderation, noch hat sie etwas mit der Arbeiterschaft zu tun." Joe Ettor, der Organisator der Streiks in Lawrence, erklärte: „Es ist die erste Pflicht jedes Revolutionärs, die AFL zu zerstören."[17] Debs konnte sich nicht genugtun in der Schmähung der alten Fachverbände und der Verherrlichung der abgespaltenen Industrieverbände, und Anfang 1914 forderte er – allerdings vergeblich – die Schaffung einer neuen Arbeiterbewegung durch Verschmelzung der United Mine Workers of America, der Western Federation of Miners und einer regenerierten IWW-Organisation.[18] Gegenüber dieser tief eingewurzelten Überzeugung der gesamten Linken von der Richtigkeit der Gewerkschaftsspaltung konnte sich die Politik der Syndicalist League, die alten Verbände „von [157:] innen zu zersetzen", nicht durchsetzen. Auch ihre Ablehnung jeder politischen Betätigung wirkte sich wesentlich gegen sie aus.

---

13 Siehe William Z. Foster, "From Bryan to Stalin", New York 1937, S. 58 ff.
14 Siehe Earl C. Ford and William Z. Foster, "Syndicalism", Chicago 1913.
15 Chefredakteur war Jay Fox, ein alter Kämpfer aus der Zeit der Haymarket-Affaire.
16 Siehe "International Socialist Review", Dezember 1912.
17 William Z. Foster, "The Bankruptcy of the American Labor Movement", New York 1922, S. 47.
18 Siehe "International Socialist Review", März 1914.

New Freedom und Square Deal

Im Jahre 1912 forcierten die Großkapitalisten, die bereits weitgehend die Methoden des Streikbruchs, der Gewerkschaftszerschlagung und überhaupt der Bekämpfung des Fortschritts der Arbeiterklasse anwandten, tief beunruhigt durch das andauernde Wachstum der Gewerkschaften, der IWW und der Socialist Party in dieser Periode, mit aller Macht ihren Bourgeois-Reformismus.

So entstanden innerhalb der Demokratischen Partei Woodrow Wilsons Richtung "New Freedom" (Neue Freiheit) und in den Kreisen der Republikaner Theodore Roosevelts Richtung "Square Deal".

Der Demagoge Wilson spekulierte auf die Furcht vor den Roten und brüllte: „Wir stehen am Rande einer Revolution"; zugleich warnte er das Volk vor der Übermacht der Truste. In allgemeinen Redensarten versprach er dem Volk eine neue Freiheit, die natürlich niemals Wirklichkeit wurde. Roosevelt ging in seiner Demagogie noch weiter als Wilson. Vom Stahltrust unterstützt und das allgemeine Verlangen nach Reformen erkennend, versuchte Roosevelt die Republikanische Partei zu bewegen, in paar liberale Punkte in ihr Programm aufzunehmen. Als ihm dies nicht gelang, trat er aus und gründete die Progressive Party, deren Präsidentschaftskandidaten er selbst und Hiram Johnson waren. Dies war die "Bull Moose"- (Elchbulle) oder "Square Deal"-Liste.

Roosevelts Programm forderte zahlreiche Reformen. Er sagte: „Wir sind für die fortschrittlichste Fabrikgesetzgebung. Wir wollen die Staatskontrolle über alle Truste einführen, damit keine Armut herrscht, damit jedermann anständige Löhne erhält. Wir wollen Gerechtigkeit im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben schaffen; wir neigen uns in Ehrfurcht vor jeder Reform; es gibt nur eine Reform, die wir nicht wünschen, und das ist die Enteignung der Kapitalisten."

[158:] Aus dem Wahlkampf der drei großen Parteien ging Wilson als Sieger hervor. Es fehlten ihm eine Million Stimmen an der Mehrheit, aber er erhielt 435 Wahlmännerstimmen gegenüber 88 für Roosevelt und 8 für Taft. Die Socialist Party erzielte, wie wir gesehen haben, trotz der doppelzünglerischen Demagogie der Kandidaten der alten Partei, ihre bis dahin höchste Stimmenzahl. Die Progressive Party löste sich nach dem Wahlkampf auf.

Lenin würdigte die Wichtigkeit der Wahl von 1912 mit der Feststellung: „[D]ie Bedeutung der Wahlen [liegt] in dem ungewöhnlich klaren und deutlichen Hervortreten des *bürgerlichen Reformertums* als eines Mittels zur Bekämpfung des Sozialismus ... Roosevelt ist von den gerissenen Milliardären *wissentlich* gedungen, um diesen Schwindel zu propagieren."[19] Die extremen Rechten in der Socialist Party andererseits begannen, in diesem Bourgeois-Reformismus einen „fortschrittlichen Kapitalismus" und damit einen Schritt zum Sozialismus zu sehen. Walling zum Beispiel erklärte, bürgerliche Reformen führten zum Staatskapitalismus, und begrüßte dessen Kommen als einen entscheidenden Fortschritt, ähnlich der Entwicklung der Truste. Er sagte: „Das Programm der Sozialisten ging bestimmt nicht weiter als Roosevelts einfacher Satz, daß ‚das Volk' die Industrie gemeinsam kontrollieren müsse."[20] Sowohl die Sozialisten als auch die Fortschrittler um LaFollette klagten, Roosevelt habe ihnen den Wind aus den Segeln genommen. Die organisierte Arbeiterschaft hielt sich abseits, da sie in der Bewegung eine Art neorepublikanischer Partei sah.

Links gegen rechts in der Partei

Von Anfang an war die Socialist Party, wie oben bemerkt, eine Beute der zahlreichen kleinbürgerlichen Intellektuellen und Geschäftsleute. In immer größerer Zahl strömten sie in die Partei – Rechtsanwälte, Ärzte, Prediger, Zahnärzte, Journa-[159:]listen, Professoren, kleine Unternehmer und sogar einige Geistliche. Zu diesen Leuten gehörten Hillquit, Berger, Harriman, Wilson, Untermann, Hoan, Wilshire, Wayland, Russell, Mills , Frank und William Bohn, Simons, Ghent und andere. Im Jahre 1908 gehörten der Partei schon 300 Prediger an, und andere Berufsgruppen waren entsprechend vertreten. Es gab auch eine beträchtliche Gruppe von „Millionär-Sozialisten" – Stokes, Walling, Lloyd,

---

19 Lenin, „Ergebnisse und Bedeutung der Präsidentenwahlen in Amerika"; Werke, 4. Ausgabe, Bd. 18, S. 373, 375, russ. [LW 18, S. 395, 397]

20 William English Walling, "Progressivism and After", S. 171.

Patterson, Hunter und Genossen. Diese nichtproletarischen Elemente im Verein mit gewissen konservativen sozialistischen Gewerkschaftsführern – Barnes, Johnston, Germer, Maurer, Walker, Schlesinger und anderen – nahmen die Partei im Lauf der Jahre immer fester in die Hand. Die Generalsekretäre der Partei von 1901 bis 1914 – Leon Greenbaum, W. Mailly, J. M. Barnes und J. M. Work – arbeiteten Hand in Hand mit der kleinbürgerlichen Führung.

Es gibt in der marxistischen Partei einen angemessenen und nützlichen Platz für kleinbürgerliche Intellektuelle. Sie können besonders bei ihrer theoretischen Entwicklung behilflich sein, aber nur unter der Bedingung, daß sie sich von ihren kleinbürgerlichen Illusionen frei machen und sich völlig mit den Tages- und Endzielen des Proletariats identifizieren. Dies taten jedoch nur wenige von ihnen in der Socialist Party; in ihrer Masse hielten sie an ihrem Reformismus fest und bildeten so den rechten Flügel der Partei. Ihr schädlicher Einfluß wurde dadurch nicht abgeschwächt, daß viele von ihnen, auch Hillquit selbst, eine proletarische Vergangenheit hatten.

Über diese allgemeine Frage hat Lenin im Zusammenhang mit dem Problem der Entwicklung des Klassenbewußtseins unter den Arbeitern gesagt: „Dieses (Bewußtsein) konnte ihnen nur von außen gebracht werden. Die Geschichte aller Länder zeugt davon, daß die Arbeiterklasse ausschließlich aus eigener Kraft nur ein trade-unionistisches Bewußtsein hervorzubringen vermag, d. h. die Überzeugung von der Notwendigkeit, sich in Verbänden zusammenzuschließen, einen Kampf gegen die Unternehmer zu führen, der Regierung diese oder jene für die Arbeiter notwendigen Gesetze abzutrotzen u. a. m. Die Lehre des Sozialismus ist hingegen aus den philosophischen, historischen und ökonomischen Theorien hervorgegangen, die von den [160:] gebildeten Vertretern der besitzenden Klassen, der Intelligenz, ausgearbeitet wurden. Auch die Begründer des modernen wissenschaftlichen Sozialismus, Marx und Engels, gehörten ihrer sozialen Stellung nach der bürgerlichen Intelligenz an.“[21]

Wie oben bereits bemerkt, neigten diese rechten Elemente allgemein zum Bernsteinschen Revisionismus. Ihre ganze Aufmerksamkeit galt dem parlamentarischen Opportunismus. Sie empfahlen den Aufkauf der Industriebetriebe, für sie waren Kommunalisierung und Nationalisierung unter dem Kapitalismus gleichbedeutend mit Sozialismus. Sie waren „Postamtssozialisten“. Sie waren einzig darauf bedacht, den proletarischen Kampfgeist der Mitgliedschaft zu ersticken und aus der Socialist Party eine kleinbürgerliche Reformpartei zu machen. Zu den tonangebenden kleinbürgerlichen Intellektuellen gehörte auch eine Gruppe von Zentristen – Hillquit, Stokes, Hunter und andere. Diese Leute hielten radikale Reden und dienten, wenn die Karten aufgedeckt werden mußten, seit jeher als Feigenblatt, um die politische Blöße der rechten Opportunisten zu verhüllen.

Die Intellektuellen der Socialist Party verfaßten zahlreiche Bücher und Broschüren, aber nicht ein einziges bedeutendes marxistisches Werk. Die vielen Bücher der Myers, Russell und Sinclair enthielten zwar wertvolles Tatsachenmaterial, erhoben sich aber nur wenig über die damalige bürgerlich-reformistische Skandalliteratur der Steffens, Tarbell usw. Hillquits und Boudins Schriften waren nur akademischer Marxismus, und die Bücher von Simons und Oneal vermittelten eine opportunistische Konzeption der amerikanischen Geschichte. Ghents “Benevolent Feudalism” (Wohltätiger Feudalismus) konnte als Beitrag gelten, aber ganz besonders wichtig unter der Literatur der Socialist Party war die „Eiserne Ferse“ von Jack London, ein Buch, in dem in gewissem Sinne die schließliche Entwicklung des Faschismus vorausgesehen wurde.

Wie früher die Socialist Labor Party, so hatte auch die Socialist Party eine sektiererische Einstellung zur amerikanischen [161:] bürgerlichen Kultur. Trotz des entgegengesetzten Standpunkts von Marx und Engels (und später von Lenin und Stalin) ignorierten oder verdammten ihre Führer in Bausch und Bogen die Leistungen der amerikanischen Wissenschaftler, Erfinder, Künstler, Schriftsteller und demokratischen Denker. Erst nach dem Aufkommen der Kommunistischen Partei bildete sich nach den Lehren Lenins eine richtige marxistische Einstellung zur bürgerlichen Kultur heraus.

---

[21] W. I. Lenin, „Was tun?“; Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Bd. I, Dietz Verlag, Berlin 1955, S. 199. [LW 5, S. 385 f.]

Von Anfang an gerieten die der Socialist Party angehörenden Arbeiter, die aus der Partei eine zum Sozialismus führende proletarische Kampfpartei machen wollten, in scharfen Gegensatz zu den die Partei beherrschenden Opportunisten. Dieser immer stärker werdende linke Flügel war der unmittelbare Vorläufer der Kommunistischen Partei. Seine Bemühungen blieben nicht ohne beträchtlichen fortschrittlichen Einfluß auf die Politik der Partei, besonders in den ersten Jahren. In verschiedenen Städten und Staaten kam es zu häufigen Zusammenstößen zwischen den Rechten und den Linken. Wie immer, wurde der junge linke Flügel bei diesen Auseinandersetzungen dadurch gehemmt, daß er kein klares, von Sektierertum freies Programm hatte.

Zu den ersten entscheidenden Auseinandersetzungen kam es im Staate Washington, was auf dem Parteitag in Everett im Juli 1909 zu einer Spaltung führte. Der Führer der Linken war Dr. Herman F. Titus, Chefredakteur des "Socialist" in Seattle und viele Jahre im ganzen Lande als hervorragender Vertreter des linken Flügels in der Partei bekannt. Der dortige Führer des rechten Flügels war Dr. E. J. Brown, ein erklärter Opportunist. Alfred Wagenknecht und William Z. Foster gehörten zur Zeit dieser bedeutsamen Auseinandersetzungen der Ortsgruppe Seattle der Socialist Party an. Der unmittelbare Anlaß zu der Spaltung war ein Streit um die Beherrschung des Parteitags; aber die entscheidende Ursache war die seit langem herangereifte Opposition des gesamten linken Flügels gegen die Oberherrschaft der kleinbürgerlichen Elemente in der Socialist Party. Das Ergebnis war eine Spaltung, so daß es im Staate Washington zwei sozialistische Parteien gab. Das Landesexekutivkomitee stellte sich auf die Seite der Rechten, obwohl [162:] die Linken klar in der Mehrheit waren. Infolgedessen gehörten diese der Partei nicht mehr an, und die meisten von ihnen, so auch Foster, kehrten nie dahin zurück.

Die ausgeschlossenen Linken gründeten, soweit sie sich nicht gänzlich den IWW verschrieben, die Wage Workers Party, deren Sekretär Joseph S. Biscay wurde. Diese Partei, die bald zugrunde ging, war typisch ultralinks. Sie legte besonderen Wert darauf, nur Proletarier als Mitglieder aufzunehmen und Rechtsanwälte, Prediger, Ärzte, Detektive, Soldaten, Polizisten und Kapitalisten ausdrücklich auszuschließen. Ihre Zeitschrift, "The Wage Worker", erschien nur einmal, im September 1910, und ging dann ein. Dr. Titus gab mit eiserner Konsequenz seinen Beruf auf und wurde Proletarier. Foster und viele andere ausgeschlossene Mitglieder schlossen sich nach dem Ende der Wage Workers Party den IWW an.

Die Spaltung der Socialist Party im Jahre 1912

Zum nächsten großen Zusammenstoß zwischen den Linken und Rechten in der Socialist Party kam es im Mai 1912 auf dem Parteitag in Indianapolis. Damit begann eine neue, höhere Etappe in der Entwicklung des linken Flügels, des Vorläufers der späteren Kommunistischen Partei. Die Auseinandersetzungen auf dem Parteitag betrafen den gesamten Kurs der Partei, einschließlich der alten Frage der kleinbürgerlichen Führung. Am hitzigsten wurde jedoch über zwei entscheidende Fragen gestritten, über die Fragen der Sabotage und der Industrieverbände. Die Rechten kamen auf den Parteitag zweifellos mit dem festen Entschluß, dem linken Flügel, der im Zusammenhang mit der wachsenden Bedeutung der IWW und der Entwicklung der „Sprachföderationen" die Herrschaft der kleinbürgerlichen Intellektuellen sowie ihre ganze opportunistische Politik bedrohte, den Garaus zu machen. Zu diesem Zweck richteten sie, neben ihren sonstigen Maßnahmen, an den opportunistischen deutschen Sozialdemokraten Karl Legien die Aufforderung, auf dem Parteitag eine wilde Rede gegen die Linken zu halten.

[163:] Zum großen Kampf kam es in der Frage der Sabotage. Die IWW und der linke Flügel der Socialist Party legten nach dem Vorbild der französischen und italienischen Syndikalisten einen gewissen Wert auf die Sabotage als wichtige Waffe der Arbeiterklasse. Der rechte Flügel unter der Führung Hillquits richtete seinen Hauptangriff gegen diesen Punkt und beantragte folgende Ergänzung zu den Satzungen (den bekannten Artikel II, Absatz 6): „Jedes Parteimitglied, das politische Aktionen ablehnt oder Verbrechen, Sabotage oder andere Gewaltmethoden als Waffe der Arbeiterklasse zur Unterstützung ihres Befreiungskampfes empfiehlt, ist aus der Partei auszuschließen." Während der rechte Flügel den Hauptansturm gegen die Sabotage richtete, die der linke Flügel nicht als Waffe der Arbeiterklasse im Tageskampf hätte verteidigen sollen, war sein eigentliches Ziel, die

revolutionäre Perspektive und den Kampfgeist der Linken überhaupt auszurotten. Bei diesen hochbedeutsamen Auseinandersetzungen verstärkten die Rechten ihre Bemühungen, aus der Partei eine einfache Wahlmaschine mit opportunistischem Programm zu machen. Das war der eigentliche Sinn des Zusatzantrages, und in der Diskussion trat dies klar zutage.

Wenn die meisten Linken gegen den Zusatzantrag stimmten, so taten sie dies nicht so sehr, um die Sabotage als taktisches Mittel der Arbeiterklasse gutzuheißen, als vielmehr zu dem Zweck, den damals von den Rechten gefährdeten Kampfgeist in der Partei zu bewahren. Grundsätzlich lehnen die Marxisten nicht nur die Sabotage, sondern auch den Syndikalismus überhaupt als für den Klassenkampf schädlich ab. Der vorhergehende Parteitag der Socialist Party im Jahre 1908 hatte gegen nur eine Stimme die Anwendung oder Befürwortung von Gewaltmaßnahmen verworfen.

Nach sehr heftigen Auseinandersetzungen wurde die neue Klausel mit 190 gegen 91 Stimmen angenommen. Sodann brachten die Rechten eine Gewerkschaftsresolution durch, die der brennenden Frage der Industrieverbände aus dem Wege ging und praktisch eine Neutralitätspolitik in der Gewerkschaftsfrage befürwortete, eine Resolution, der die Linken fälschlicherweise zustimmten. Die Rechten machten sogar den [164:] Versuch, die Präsidentschaftskandidatur von Debs zu Fall zu bringen, doch hatten sie damit keinen Erfolg. C. E. Ruthenberg, später der Hauptgründer der Kommunistischen Partei, war ein aktiver Delegierter der Linken auf diesem Parteitag.

Nach ihrem Siege auf dem Parteitag setzten die Rechten den Kampf gegen die Linken fort, indem sie Bill Haywood fälschlich beschuldigten, er habe durch Befürwortung von Gewaltmaßnahmen in einer Öffentlichen Rede gegen die neuen Satzungen verstoßen. Mit dieser falschen Beschuldigung drangen sie bei einer Urabstimmung durch, bei der sie 22.000 Stimmen gegen 11.000 erhielten. Auf diese Weise wurde Haywood aus dem Nationalkomitee entfernt, woraufhin er aus der Partei austrat. Ohne formelle Austrittserklärung folgten viele tausend sozialistische Arbeiter bald seinem Beispiel.

Die Folgen der von den Rechten provozierten Spaltung waren nahezu katastrophal für die Partei. Im Mai 1912 hatte die Partei 150.000 Mitglieder (der Jahresdurchschnitt lag allerdings bei 120.000), im Laufe von vier Monaten aber nahm die Mitgliederzahl um 40.000 ab. Dazu kam, daß die Partei alsbald in finanzielle Schwierigkeiten geriet. Bis 1915 sank die Mitgliederzahl auf 79.374, und bei den Präsidentschaftswahlen von 1916 erhielt ihr Kandidat Benson (Debs hatte abgelehnt) insgesamt nur 585.113 Stimmen, also über 300.000 weniger als 1912. In ihrer Politik glitt die Partei rasch nach rechts ab. So stellte sie von nun an auf den AFL-Kongressen keine Kandidaten mehr gegen Gompers auf, und bald verzichtete sie auch darauf, auf diesen Kongressen Resolutionen für Industrieverbände einzubringen. Die opportunistischen Führer der Socialist Party waren jetzt auf dem besten Wege zu ihrem späteren festen Bündnis mit den Gompers-Reaktionären. Von der Spaltung im Jahre 1912 konnte sich die Socialist Party niemals völlig erholen.

Die Lage des linken Flügels

Am Vorabend des ersten Weltkrieges hatte der große linke Flügel, obwohl er jetzt sehr viel stärker war als früher, noch immer keine klare Führung, keine feste Organisation und keine [165:] richtige politische Linie. Unter den wachsenden Kräften der Linken, die später die Kommunistische Partei bilden sollten, gab es drei Richtungen oder Gruppen. Die wichtigste war der linke Flügel in der Socialist Party, dann gab es die marxistischen Kräfte in den IWW und schließlich die aktiven Mitglieder der Syndicalist League.

Der wirkliche Führer der Massen innerhalb des linken Flügels der Socialist Party war in dieser kritischen Periode William D. Haywood. Haywood, 1869 in Salt Lake City geboren, war ein sehr aktiver Erzbergarbeiter. Im Jahre 1901 wurde er Schatzmeister der Western Federation of Miners. Sein Prozeß im Jahre 1907 verschaffte ihm ein gewaltiges Prestige, und von da an war er die einflußreichste Persönlichkeit unter den Linken. Er war ein kühner, zäher Kämpfer, allerdings kein Theoretiker. Stets erkannte er die Feinde der Arbeiter – ob Unternehmer, kapitalistische Politiker, Arbeiterbetrüger oder opportunistische Sozialisten – und bekämpfte sie alle erbarmungslos, mit unbezwinglichem Mut und ohne Pardon zu geben oder zu erbitten.

Auch Eugene V. Debs gehörte zu den Linken. Er war aktiver Gewerkschafter, ein Pionier der Industrieverbände, ein leidenschaftlicher und glänzender Redner, der dem Kapitalismus kühn entgegentrat und zu seiner Zeit mehr als alle anderen dazu beitrug, den Sozialismus unter den Massen populär zu machen. Er war ein bedeutender Vorläufer der Kommunistischen Partei, , obwohl er, zur Zeit der Gründung der Partei alt und krank, ihre Bedeutung nicht erfaßte und ihr niemals beitrat. Eine große Schwäche von Debs war seine mangelhafte theoretische Schulung. Auch kämpfte er, während er die Kapitalisten mutig und unermüdlich angriff, nicht konsequent gegen ihre Agentur in der Partei, den rechten Flügel. An Parteitagen nahm er niemals teil, und bis in seine letzten Lebensjahre nahm er kein Parteiamt an. Das von Grund aus antisozialistische Wesen der Hillquit und Berger verstand er nie. Haywood wurde schließlich Kommunist, Debs wurde es nicht.

Zwei andere Männer, die zu Führern des linken Flügels werden sollten, begannen damals eine umfassende Tätigkeit. Es waren Charles Emil Ruthenberg und William Z. Foster. Ruthen-[166:]berg, ein ehemaliger Zimmermann, der 1909 in die Partei eintrat, war schon in Ohio ein Machtfaktor, und er spielte eine große Rolle unter den Linken auf dem Parteitag der Socialist Party von 1912. Foster, ein Eisenbahnarbeiter, hatte der Partei von 1900 bis zur Spaltung im Jahre 1909 angehört und beschäftigte sich jetzt energisch damit, die Linken innerhalb der alten Gewerkschaften zu organisieren.

In dieser Vorkriegsperiode spielten viele Frauen eine hervorragende Rolle, darunter so bekannte Kämpferinnen des linken Flügels der Socialist Party wie Mary Marcy, Kate Sadler Greenhalgh, Rose Pastor Stokes, Anita Whitney, Margaret Prevey, Jeannette Pearl und andere. Besonders zu nennen sind „Mutter“ Mary Jones, ein altes Mitglied der Socialist Party und bekannt durch ihre Mitarbeit bei der Gründung der United Mine Workers, die, als sie 1930 im Alter von hundert Jahren starb, fast ein Dreivierteljahrhundert lang bei allen großen Streiks in sämtlichen Industriezweigen in vorderster Front gestanden hatte; Elizabeth Gurley Flynn, im ganzen Lande bekannt als Rednerin und Führerin der IWW, heute Mitglied des Nationalkomitees der Kommunistischen Partei, die in der heroischen Periode der IWW außerordentlich aktiv war, und „Mutter“ Ella Reeve Bloor, die am 10. August 1951 im Alter von 89 Jahren starb und seit 1897 aktive Organisationsarbeit unter den Sozialisten geleistet hat.

Im Landesmaßstabe schloß der linke Flügel sich hauptsächlich um die “International Socialist Review” zusammen, die eine Art organisatorisches Zentrum darstellte. Sie war jedoch keineswegs eine klar ausgeprägte marxistische Zeitschrift. Diese im Jahre 1901 gegründete Monatsschrift wurde bis 1908 von A. M. Simons redigiert. Nach seinem Rücktritt übernahm sie die Gruppe Bill Haywood, Charles H. Kerr und Mary Marcy vollständig. Hier und da hatte der linke Flügel auch mehr oder weniger Einfluß auf Lokalblätter, wie zum Beispiel den “Socialist” in Cleveland, und von 1914 bis 1915 erschien in New York als linksgerichtetes Organ der kleinbürgerlichen Intellektuellen die “New Review”.

Vom marxistischen Standpunkt aus ließ das Programm des sich herausbildenden linken Flügels viel zu wünschen übrig. [167:] Wie wir gesehen haben, war der Kurs der IWW und auch der Syndicalist League of North America rein syndikalistisch. Auch die Politik der Linken in der Socialist Party wies starke Tendenzen zum Syndikalismus und zum „Radikalismus“ De Leons auf. Es gab jedoch einen wesentlichen Unterschied zwischen dem linken Flügel der Partei und den Syndikalisten. Der linke Flügel der Partei stützte sich auf die Schriften von Marx und Engels, bezeichnete sich als marxistisch, bejahte die Existenzberechtigung einer politischen Arbeiterpartei und führte, wenn auch in sektiererischer Weise, politische Aktionen durch, während die Syndikalisten das alles rundweg ablehnten. Die maßgeblichste Darstellung des damaligen Programms der Linken in der Socialist Party enthielt die Broschüre “Industrial Socialism” von William D. Haywood und Frank Bohn. Der Letztgenannte war früher Generalsekretär der Socialist Labor Party.

Diese Broschüre identifizierte sich zwar nicht ausdrücklich mit den IWW, enthielt aber vieles aus deren Programm, mit der Ausnahme, daß sie auch ein gewisses Maß politischen Handelns forderte. Die politische Linie war durch die alte Idee De Leons bestimmt, wonach die politische Partei durch eine Wahl die Regierungsmacht erobert und dann die Industrieverbände die tatsächliche Herrschaft übernehmen. In dem Programm hieß es: „Die Gewerkschaft wird zur organisierten Industriegesellschaft werden“, und „unter dem Sozialismus wird die Regierung der Nation eine Industrieregierung,

eine Betriebsregierung sein.“ Das war ganz und gar die Industrierepublik De Leons. Die Konzeption von Haywood und Bohn wurde „Sozialismus im Arbeitsanzug“ genannt. In der Broschüre überwogen die für De Leon charakteristische syndikalistische Unterschätzung der Partei, seine Überschätzung der Rolle der Industrieverbände, seine falschen Auffassungen vom Staat, seine Bagatellisierung von Tagesforderungen und seine Gleichgültigkeit gegenüber der brennenden Negerfrage.

Es ist jedoch ein wichtiger Unterschied festzustellen. Die Socialist Labor Party De Leons war auch in ihrer besten Zeit von 1890 bis 1900 keine Kampf-, sondern eine Propagandaorganisation, sie organisierte und führte keine bedeutenden Streiks oder sonstigen Massenkämpfe. Die IWW und der linke Flügel der [168:] Socialist Party dagegen bekämpften die Gompers-Bürokratie, agitierten unermüdlich für die Industrieverbände, waren außerordentlich aktiv und führten einige der erbittertsten Streiks und Kämpfe um die Redefreiheit in der amerikanischen Geschichte durch.

In dieser Zeit legten die Linken zwar viele Lippenbekenntnisse zum Marxismus ab, verfolgten aber trotzdem einen revisionistischen Kurs in „ultralinkem“ Sinne. Hätten sie die marxistischen Klassiker sorgfältiger studiert, hätten sie sich nur die Lehren des „Kommunistischen Manifests“ zu eigen gemacht, ganz abgesehen von den anderen marxistischen Klassikern und den vielen Schriften von Marx, Engels und Lenin zur amerikanischen Frage, so hätten sie ihre groben theoretischen Fehler vermeiden können. Aber diese elementare Aufgabe, die amerikanische Linke auf einen echt marxistischen Weg zu führen, harrte der Zeit, als die Schriften des großen Lenin nach den Vereinigten Staaten kamen und die Kommunistische Partei gegründet wurde.

[169:]

9
DER ERSTE WELTKRIEG UND DER VERRAT DER SOZIALDEMOKRATIE
(1914–1918)

Der erste Weltkrieg war eine unvermeidliche Folge des Eintritts des Kapitalismus in sein imperialistisches Stadium. Er war ein Zusammenstoß auf Tod und Leben zwischen den imperialistischen Großmächten, von denen jede um einen größeren Anteil an der Welt, ihren Rohstoffquellen und ihren Märkten kämpfte. So begann ein gewaltiger Kampf, bei dem es um gegenseitige Unterjochung oder Vernichtung ging. Dieser Kampf, der bis dahin mit wirtschaftlichen und politischen Mitteln geführt worden war, sollte nun auf dem Schlachtfeld entschieden werden. Der Krieg erwuchs aus dem Wesen des kapitalistischen Systems. Der auf Habgier und Gewalt gegründete Kapitalismus konnte zur Lösung der grundlegenden Konflikte unter den Großmächten keinen anderen Weg als den Krieg finden.

In dem Kriegsausbruch offenbarte sich die Wirksamkeit des Gesetzes von der ungleichmäßigen Entwicklung des Kapitalismus, das zuerst von Lenin formuliert wurde.[1] Dies Gesetz besagt, daß sich das Wachstum und die Entwicklung aller kapitalistischen Länder nicht gleichmäßig vollzieht, sondern sehr verschiedenartig im Tempo und im Ausmaß. Durch diesen ruckartigen, stoßweisen Verlauf der kapitalistischen Entwicklung werden die Großmächte unvermeidlich in einen gewaltsamen Zusammenstoß miteinander getrieben, um über die Neuaufteilung der Welt entsprechend ihren veränderten wirtschaftlichen und politischen Beziehungen im Kampf zu entscheiden.

Seit der Jahrhundertwende besaß Großbritannien, der erste imperialistische Landräuber, mehr fremdes Gebiet als Deutsch-[170:]land, Frankreich, Rußland, Italien und die Vereinigten Staaten zusammen. Aber die industrielle Führung der Welt hatte es bereits verloren. Perlo sagt: „Von 1899 bis 1913 verdreifachte sich die Stahlproduktion in den Vereinigten Staaten und Deutschland, während die britische Stahlproduktion um nur wenig mehr als 50 Prozent zunahm und die britische Eisenproduktion rückläufig war. Die bis dahin führende Industriemacht fiel weit hinter ihre Rivalen zurück.“[2] Infolgedessen wurden die rivalisierenden Imperialisten zu einer Neuaufteilung der Welt entsprechend den neuen Machtverhältnissen gedrängt, und das Ergebnis war der erste Weltkrieg.

Alle imperialistischen Mächte waren am Kriege schuldig. Deutschland verfolgte das Ziel, England und Frankreich Kolonien, Rußland die Ukraine, Polen und das Ostseegebiet abzunehmen. Das zaristische Rußland strebte nach einer Aufteilung der Türkei und der Eroberung der Dardanellen. England strebte danach, seinen gefährlichen Konkurrenten, Deutschland, zu schlagen und sich Mesopotamien und Palästina anzueignen. Die Franzosen wollten Deutschland das Saarbecken und Elsaß-Lothringen entreißen.[3] Die Vereinigten Staaten aber rechneten darauf, durch die Schwächung ihrer europäischen Rivalen zur Weltherrschaft zu gelangen.

Die Entente, Großbritannien, Frankreich und Rußland (später kamen die Vereinigten Staaten hinzu), kämpfte anfangs gegen Deutschland, Österreich-Ungarn und die Türkei. Schließlich wurden alle Großmächte der Welt in den Krieg hineingezogen. Der Krieg, in dem 65 Millionen Soldaten kämpften, begann am 28. Juli 1914 und dauerte über vier Jahre, bis zum 11. November 1918. Er kostete 10 Millionen Tote, 21 Millionen Verwundete, zahllose Zivilverletzte, und die Wertverluste beliefen sich auf 338 Milliarden Dollar. In dieser typisch kapitalistischen Massenschlächterei trugen die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich den Sieg davon und konnten [171:] nun die Welt zur Befriedigung ihrer imperialistischen Gier neu aufteilen.

---

1 Siehe W. I. Lenin, „Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa“; Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Bd. I, S. 753. [LW 21, S. 344]

2 Victor Perlo, „Der amerikanische Imperialismus“, Dietz Verlag, Berlin 1953, S. 28.

3 Siehe „Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki), Kurzer Lehrgang“, Dietz Verlag, Berlin 1955, S. 202/203.

Im ersten Weltkriege entluden sich die entscheidenden imperialistischen Spannungen. Dieser Krieg erbrachte den Beweis dafür, daß das kapitalistische Weltsystem in eine allgemeine Krise geraten war. Die inneren Widersprüche des Systems waren nun so tief und zerrüttend geworden, daß sie durch ihre Auswirkungen das kapitalistische System selbst zu unterminieren und zu zerstören begannen. Der erste Weltkrieg fügte dem kapitalistischen Weltsystem dadurch, daß dem Kapitalismus ein Sechstel der Erde – Rußland – an den Sozialismus verloren ging, einen nicht zu verwindenden Schlag zu.

Der große Verrat der Sozialdemokratie

Die Marxisten hatten das Kommen des Weltkrieges lange vorausgesehen. Friedrich Engels sagte ihn schon 1892 voraus, und Lenin hatte wiederholt auf sein Kommen, seine Ursachen und seinen imperialistischen Charakter hingewiesen. Selbst die rechten Sozialdemokraten erkannten die am Welthorizont aufziehenden Kriegswolken. Infolgedessen wurde die Frage der ‚wachsenden Kriegsgefahr seit 1900 auf den Kongressen der II. Internationale mehrfach behandelt. Diese Diskussionen führten auf dem Stuttgarter Kongreß von 1907 zur Annahme einer Resolution gegen den Krieg, in die der von Lenin, Rosa Luxemburg und Martow im Namen der russischen und der polnischen Delegation beantragte bedeutsame Zusatz eingefügt würde: „Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, sind sie (die Arbeiter und ihre parlamentarischen Vertreter) verpflichtet, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, um die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur politischen Aufrüttelung der Volksschichten und zur Beschleunigung des Sturzes der kapitalistischen Klassenherrschaft auszunutzen.“[4] Diese Resolution wurde auch auf dem Kopenhagener Kongreß von 1910 angenommen und auf der Konferenz von Basel im Jahre 1912 [172:] einmütig gutgeheißen. Amerikanische Delegierte von der Socialist Party und der Socialist Labor Party nahmen an diesen Kongressen teil. Inzwischen erklärten die syndikalistischen Führer in Frankreich, Italien und anderen Ländern ebenfalls energisch, sie würden dem drohenden kapitalistischen Krieg durch die Ausrufung eines Generalstreiks in die Arme fallen und ein Ende machen.

Als aber die Kriegskrise wirklich kam, ignorierten die rechtssozialistischen Führer sofort und ausnahmslos die „einmütigen“ Resolutionen gegen den Krieg, denen sie mit Hintergedanken zugestimmt hatten. Diese Leute waren, wie die Geschichte seitdem überreichlich bewiesen hat, überhaupt keine Sozialisten. Allenfalls glaubten sie an einen angeblichen „fortschrittlichen Kapitalismus“, und ihre Interessen deckten sich mit denen der Kapitalisten in ihren Ländern. So folgten sie diesen schamlos in den Krieg, verherrlichten ihn als einen Verteidigungskrieg und leisteten nicht den geringsten Widerstand. Das war der logische Höhepunkt ihres gesamten reformistischen und opportunistischen Kurses. Die Führer der europäischen Syndikalisten bezogen trotz ihrer früheren leidenschaftlichen Ablehnung des Krieges im wesentlichen die gleiche chauvinistische Position.

Die deutschen Sozialdemokraten gingen bei diesem Verrat an der Arbeiterklasse voran. Drei Tage nach dem Eintritt Deutschlands in den Krieg stimmte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion für die Kriegskredite der Regierung. Nur der tapfere Karl Liebknecht und einige andere blieben ihrer kriegsfeindlichen Einstellung treu. Die konservativen Führer der Sozialdemokratie in ganz Westeuropa, die tonangebende Gruppe in allen Ländern, folgten bald dem Beispiel der deutschen Sozialdemokraten. Unter dem Vorwand, es handele sich um einen Verteidigungskrieg, lockten und trieben sie die Massen in die Schlächterei. Die Führer der II. Internationale „erwiesen sich ... als Fahnenflüchtige und Verräter an der Sache des Proletariats, ... als Lakaien der Bourgeoisie ...“ Die II. Internationale war tot. „Sie zerfiel in der Tat in einzelne sozialchauvinistische Parteien, die gegeneinander Krieg führten.“[5]

[173:] Aber die russischen Bolschewiki und kleine Gruppen der Linken in verschiedenen Ländern blieben standhaft. Auch dies war ein Ergebnis ihrer gesamten marxistischen und internationalistischen Vergangenheit. Die russischen Bolschewiki, die seit 1903 den rechten Flügel in der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands bekämpft hatten und nach Verjagung der Opportunisten 1912

---

4 „Internationaler Sozialisten-Kongreß zu Stuttgart 18. bis 24. August 1907“, Berlin 1907, S. 102.

5 „Geschichte der KPdSU (B)“, S. 206.

eine selbständige Partei bildeten, entwickelten ihren Internationalismus im Kampf gegen den Krieg weiter. Sie traten dem Kriege in Rußland entschlossen entgegen und trafen Maßnahmen, um die Kriegsgegner im internationalen Maßstabe zusammenzuschließen. Diese ihre Arbeit gegen den Krieg führte, abgesehen davon, daß sie schließlich revolutionäre Konsequenzen in Rußland selbst hatte, während des Krieges zu den bedeutsamen Konferenzen von Zimmerwald im September 1915 und von Kiental im Jahre 1916 (beide in der Schweiz). Auf diesen Konferenzen legte Lenin seine berühmte Losung der Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg zur Errichtung des Sozialismus vor. Lenin war ein großer Friedenskämpfer, und seine Losung hätte nicht nur der Massenschlächterei des ersten Weltkrieges ein Ende machen, sondern auch die noch größere Schlächterei des zweiten Weltkrieges verhindern können. Lenins Friedenskurs fand sichtbaren Ausdruck in dem Aufruf an alle kriegführenden Länder zur Beendigung des ersten Weltkrieges, der nach der Bildung der Sowjetregierung erlassen wurde. Die Konferenzen in der Schweiz nahmen zwar Lenins Losung nicht an, bedeuteten aber trotzdem wesentliche erste Schritte zur Zusammenfassung der Kriegsgegner und zur schließlichen Gründung der III. oder Kommunistischen Internationale, die an die Stelle der nicht mehr bestehenden II. Internationale trat.

Die Vereinigten Staaten in den ersten Kriegsjahren

Als der Krieg in Europa ausbrach, bestand die Politik der amerikanischen Bourgeoisie darin, neutral zu bleiben, die gegenseitige Abschlachtung ihrer imperialistischen Rivalen zu verfolgen, ihnen das für die Kriegführung erforderliche Mate-[174:]rial zu liefern und inzwischen aus dem furchtbaren Gemetzel riesige Profite zu ziehen. Als der Krieg begann, befanden sich die Vereinigten Staaten mitten in einer Wirtschaftskrise, aber der Strom der Rüstungsaufträge ließ die Industrie bald wieder auf hohen Touren laufen. Die Profite stiegen ins Unermeßliche, die Monopole breiteten sich aus und vervielfältigten sich. Ehe der Krieg zu Ende war, gab es 20.000 neue Millionäre in den Vereinigten Staaten.

Vom August 1914 bis Ende 1918 stiegen die Lebenshaltungskosten sehr schnell an, während die Löhne nachhinkten, und die Arbeiter waren sehr zu Streiks geneigt. Aber die AFL-Führer, wie immer treue Diener der Kapitalisten, stimmten in deren Neutralitätsparolen ein und legten dem Bemühen der mehr und mehr verelendenden Arbeiter, Streiks zu organisieren, Zügel an. Die meisten der 4924 Streiks, die in den Jahren 1915 und 1916 stattfanden, waren spontane Streiks, die von den Arbeitern |selbst organisiert wurden. Besonders wichtig war der umfassende Kampf der vier Eisenbahnerverbände um den Achtstundentag im Jahre 1916, der zur Annahme des Adamson-Gesetzes führte, was für die 350.000 betroffenen Arbeiter einen wesentlichen Erfolg bedeutete. Die IWW dagegen betrieben eine aktive Streikpolitik. Sie führten unter andern die Streiks von 8000 Erdölarbeitern in Bayonne, 15.000 Erzbergarbeitern in Minnesota und 6000 Stahlarbeitern in Youngstown.

Die Socialist Party nahm im August 1914 eine Resolution an, in der sie den „sinnlosen Konflikt“ verurteilte, „ihre Opposition gegen diesen und alle anderen Kriege, unter welchem Vorwand sie auch geführt werden“, zum Ausdruck brachte und forderte, daß die Vereinigten Staaten unter Wahrung strengster Neutralität alles täten, um dem Krieg so schnell wie möglich ein Ende zu machen. Sie verlangte auch eine allgemeine Volksabstimmung über die Kriegsfrage, bevor die Regierung das Recht hätte, Feindseligkeiten zu eröffnen. Im Dezember 1914 legte die Partei auch ein geschlossenes Programm vor, durch das die Kriegsfrage geklärt werden sollte.[6] Dieses pazifistische Programm, das keinen Unterschied zwischen gerechten [175:] und ungerechten Kriegen machte, wurde praktisch durch eine allgemeine Agitation gegen den Krieg und gegen die Bemühungen, die Vereinigten Staaten in den Krieg hineinzuziehen, unterstützt. Die Linken wandten sich besonders energisch gegen die militärische Dienstpflicht.[7]

Die Führung der Socialist Party sprach die europäischen Sozialdemokraten sofort von der Schuld am Kriege frei. Am 19. September 1914 erklärte das Landesexekutivkomitee: „Wir erlauben uns kein:

---

6 Siehe William English Walling, “The Socialists and the War”, New York 1915, S. 468-470.

7 Siehe “American Socialists and the War”, herausgegeben von Alexander Trachtenberg, New York 1917.

Urteil über die Haltung unserer Bruderparteien in Europa. Wir verstehen, daß sie Opfer des heutigen fehlerhaften wirtschaftlichen, politischen und militärischen Systems sind und daß sie das Beste taten, was sie unter den gegebenen Umständen tun konnten."[8]

Der linke Flügel der Socialist Party distanzierte sich zwar noch nicht klar von der offiziellen pazifistischen Politik der Partei, begann aber, seine Arbeit gegen den Krieg zu intensivieren. Dabei bediente er sich hauptsächlich der "International Socialist Review". Im November 1915 erließ die Socialist Propaganda League of America, eine Organisation des linken Flügels der Socialist Party, deren Zentrale sich in Boston befand, ein Manifest, in dem der Krieg scharf abgelehnt und der Verrat der rechten Opportunisten in der II. Internationale verurteilt wurde.[9] Lenin begrüßte die allgemeine Linie dieses Dokuments und äußerte den Wunsch, den „Kampf gegen den Opportunismus und für den wahren Internationalismus mit Ihnen *vereint* zu führen"[10].

Eines der bemerkenswertesten Ereignisse in den Jahren vor dem Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg war die Verhaftung von Tom Mooney und Warren K. Billings in San Francisco. Sie wurden für die Bombenexplosion bei der Parade am Tage der Bereitschaft (Preparedness Day), am 22. Juli 1916, verantwortlich gemacht, bei der neun Personen getötet und [176:] vierzig verletzt wurden. Während der allgemein herrschenden Kriegshysterie wurde ein Schandprozeß gegen Mooney und Billings inszeniert, und sie wurden zum Tode verurteilt. Später wurde dieses Urteil unter dem Druck der Massen, einschließlich der revolutionären Arbeiter Rußlands und anderer Länder, in lebenslängliche Gefängnisstrafe umgewandelt. Damit begann der Kampf der beiden Männer um ihre Freiheit, der Jahrzehnte dauern sollte.

Die Vereinigten Staaten treten in den Krieg ein

Die Vereinigten Staaten traten am 6. April 1917 in den Krieg ein, drei Wochen, nachdem die bürgerliche Revolution in Rußland am 12. März die Welt hatte aufhorchen lassen. Entscheidend für den Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg war die Befürchtung der amerikanischen Bourgeoisie, daß England, Frankreich und Rußland unter den schweren Schlägen der deutschen Armeen den Krieg verlieren könnten. Die Wallstreet-Monopolisten, die das niedergehende britische Weltreich gängeln konnten, fürchteten sich vor der Entstehung eines weit stärkeren deutschen Weltreichs. Dieses hätte ihr gesamtes Außenhandels- und Investitionssystem in Frage gestellt. So stürzten sie die Vereinigten Staaten in den Krieg und führten schließlich die Entscheidung gegen Deutschland herbei.

Gerade fünf Monate vorher hatte Präsident Woodrow Wilson mit der heuchlerischen Parole „Er hat uns aus dem Krieg herausgehalten" seine Wiederwahl erreicht. Diese Parole bedeutete das Versprechen, daß die Vereinigten Staaten sich auch weiterhin aus dem Krieg heraushalten würden; kaum aber sah die Wallstreet ihre entscheidenden Interessen bedroht, als sie sich zynisch über die ganze pazifistische Demagogie hinwegsetzte und die Nation in das Massenmorden hineinriß. Dabei war es den Kapitalisten höchst gleichgültig, daß das amerikanische Volk wiederholt seine Ablehnung des Krieges bekundet hatte. Das monopolistische Amerika zog nun, wie Wilson erklärte, ins Feld, um „der Demokratie in der Welt zum Siege zu verhelfen".

Um sich über den Friedenswillen des Volkes hinwegsetzen [177:] zu können, mußte das Großkapital die Arbeiterführer dazu bringen, sich für den Krieg auszusprechen. Das erwies sich indessen als nicht besonders schwierig. Die Gompers-Clique, diese gehorsamen Diener des Kapitalismus, war gern dazu bereit, ja sie drängte sich zu der Aufgabe. Gompers bezeichnete sich in den ersten Kriegsjahren als einen Pazifisten; aber Schritt haltend mit den Kriegsplänen der Kapitalisten, wurde er immer kriegsfreundlicher, bis er schließlich zum wildesten Kriegshetzer wurde. Als der Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg näher rückte, berief Gompers am 12. März 1917 eine hochoffizielle allgemeine Gewerkschaftskonferenz der obersten Gewerkschaftsführung ein. Diese Konferenz erklärte: „Sollte unser Land in den Strudel des europäischen Konflikts hineingezogen werden, so ... bieten wir unsere

---

8 Anthony Bimba, "History of the American Working Class", S. 257.

9 Siehe "International Socialist Review", Februar 1917.

10 W. I. Lenin, Werke, 4. Ausgabe, Bd. 21, S. 391, russ. [LW 21, S. 435]

Dienste an ... und fordern unsere Kollegen auf, ... loyal und patriotisch unserm Beispiel zu folgen.“[11] Das war das Signal für die Regierung, und drei Wochen später stürzte sie das Land in den Krieg.

Gompers stieß jedoch in der organisierten Arbeiterschaft auf eine erhebliche Opposition gegen seinen Verrat. Die United Mine Workers, die Typographical Union, die Ladies Garment Workers, die Western Federation of Miners und die Journeymen Barbers lehnten es ab, an seiner Kriegskonferenz teilzunehmen. Außerdem offenbarte sich in vielen Teilen des Landes in Ortsverbänden, Stadtleitungen und Bundesstaatsföderationen eine starke kriegsfeindliche Stimmung. Aber mit aktiver Hilfe der Regierung konnte die Gompers-Bürokratie diese Friedensstimmungen ignorieren. Eines der wirksamsten Mittel dazu war die am 16. August 1917 von der AFL gemeinsam mit kriegsfreundlichen Renegaten aus der Socialist Party gegründete American Alliance for Labor and Democracy. Die Allianz, praktisch eine Agentur der Regierung, veranstaltete in vielen Teilen des Landes Kundgebungen, auf denen sie die Kriegsparolen der Imperialisten an den Mann brachte.

Die Gompers-Bürokratie gliederte sich sofort in den Kriegsapparat des amerikanischen Imperialismus ein. Gompers selbst war Vorsitzender des Komitees für Arbeitsfragen bei der Beratenden Kommission des Landesverteidigungsrats. Andere [178:] Gewerkschaftsbürokraten bekleideten überall im Lande Kriegsposten der verschiedensten Art, Gompers war nun ständiger enger Mitarbeiter des Präsidenten Wilson, sogar auf der Friedenskonferenz von Versailles im Jahre 1919. Die Feinde der Arbeiter priesen ihn als einen großen „Arbeiter-Staatsmann“. Gompers konnte schließlich in den Versailler Vertrag eine abgeschwächte Version seines bekannten Ausspruchs lancieren: „Die Arbeit eines menschlichen Wesens ist keine Ware und kein Handelsartikel.“ Der Satz stammte aus dem Clayton-Gesetz vom Oktober 1914, das die Anwendung des Sherman-Antitrustgesetzes gegen Arbeiterorganisationen verhindern sollte, was indessen nicht der Fall war. Seine tiefere Bedeutung war, wie Gompers hervorhob, daß die amerikanischen Arbeiter – entgegen den Behauptungen von Marx – frei seien. Er wurde täglich durch die Tatsache widerlegt, daß Millionen und aber Millionen von Arbeitern ihre Arbeitskraft unter dem Druck der Not an die Unternehmer verkaufen mußten. Die Unternehmer, die sich die Realität des von Gompers gutgeheißenen Lohnsystems zunutze machten, waren gern bereit, ihm seine demagogische Behauptung, in den Vereinigten Staaten werde die Arbeitskraft nicht gekauft und verkauft, zu gestatten.

Abgesehen davon, daß die Arbeiterbewegung überhaupt in den Dienst des Krieges gestellt wurde, bestand der größte Dienst der Gompers-Bürokraten für die Imperialisten darin, daß sie während des Krieges den Drang der Arbeiter, sich zu organisieren und zu streiken, unterdrückten. Durch ihre Mitarbeit im Kriegsarbeitsamt und im Landesverteidigungsrat gaben die Führer der AFL und der Railroad Brotherhood nicht nur das Streikrecht preis, sondern auch das Recht, in den Open-Shop-Betrieben der Schwerindustrie gewerkschaftlich zu arbeiten. Lorwin sagt: „Die organisierte Arbeiterschaft verzichtete auf ihr Streikrecht“, und „in Washington galt es als selbstverständlich, daß der Status quo in der Industrie nicht verletzt wurde.“[12] Von nun an bestand die Kriegspolitik von Gompers darin, Streiks abzuwürgen und die Organisierung von Aktionen zu sabotieren.

[179:] Die Arbeiter jedoch, die unter den rasch ansteigenden Lebenshaltungskosten litten und für den Krieg nur wenig Verständnis hatten, waren in sehr kampflustiger Stimmung und sehr zum Organisieren und Streiken geneigt. Im Jahre 1917, dem ersten Kriegsjahr, fanden 4233 Streiks statt, also mehr als in jedem vorangegangenen Jahr in der amerikanischen Geschichte. Infolgedessen stieg die Mitgliederzahl der AFL trotz der verderblichen Politik ihrer Führung in den Jahren 1917 und 1918 um 650.000 an. Hätte das verräterische Abkommen von Gompers mit den Unternehmern und der Regierung, auf Organisierung der Arbeiter und auf Streiks zu verzichten, nicht bestanden, so hätte die AFL während des Krieges mit Leichtigkeit mindestens 10 Millionen Arbeiter aufnehmen und so die gewerkschaftliche Organisierung der Schwerindustrie und der vertrusteten Industriezweige zu Ende führen können. So aber blieb diese Aufgabe dem Congress of Industrial Organizations (CIO) vorbehalten, der etwa zwei Jahrzehnte später entstand.

---

11 John Steuben, “Labor in Wartime”, New York 1940, S. 25.

12 Lewis L. Lorwin, “The American Federation of Labor”, S. 161, 165.

Die Sozialisten und der Krieg

Als die Vereinigten Staaten am 6. April in den Krieg eintraten, hielt die Socialist Party in St. Louis einen Außerordentlichen Parteitag ab, um ihre Politik in der neuen Situation festzulegen. Wie die Stimmung in der Partei war, hatte sich offenbart, als in einer Urabstimmung mit 11.041 gegen 782 Stimmen eine Resolution angenommen wurde, die den Ausschluß aller ein öffentliches Amt bekleidenden Sozialisten empfahl, falls sie Kriegskredite bewilligen sollten. Langsam erholte sich die Partei von der Spaltung im Jahre 1912. Arbeiter ‚aus der Schwerindustrie traten wieder in die Partei ein. Die Mitgliederzahl stieg von 79.374 im Jahre 1915 auf 104.822 in den ersten drei Monaten des Jahres 1919.

Der Parteitag von St. Louis war stark kriegsgegnerisch, hauptsächlich dank der tragischen Lehren des sozialistischen Verrats in Europa, des Einflusses der fortschreitenden russischen Revolution und der kriegsfeindlichen Einstellung der zur Partei gekommenen neuen proletarischen Elemente. Infolgedessen [180:] wurden die ausgesprochen kriegsfreundlichen Sozialisten niedergestimmt, und auch die Zentristen um Hillquit mußten sich dem Sturm der Kriegsgegnerschaft beugen.

Auf dem Parteitag wurden drei Resolutionen zur Kriegsfrage vorgelegt. Die von Hillquit vorgelegte Mehrheitsresolution brandmarkte „die Kriegserklärung durch unsere Regierung als ein Verbrechen gegen die Völker der Vereinigten Staaten und gegen die Nationen der Welt“ und verkündete die „unwandelbare Kriegsgegnerschaft“ der Partei. In der Resolution hieß es: „Der einzige Kampf, der die Arbeiter berechtigen würde, zu den Waffen zu greifen, ist der große Kampf der Arbeiterklasse der Welt zur Befreiung von wirtschaftlicher Ausbeutung und politischer Unterdrückung, und wir warnen die Arbeiter besonders vor dem Schwindel und Betrug des sogenannten Verteidigungskrieges.“ Die Resolution empfahl, den Krieg zu bekämpfen durch „ständige aktive und öffentliche Opposition gegen den Krieg, durch Demonstrationen, Massenpetitionen und alle anderen in unserer Macht stehenden Mittel“[13]. Die zweite, von Louis Boudin vorgelegte Resolution unterschied sich nur wenig von derjenigen Hillquits. Die dritte, von John Spargo vorgelegte Resolution war offen kriegsfreundlich. In ihr hieß es: „Nachdem es uns nicht gelungen ist, den Krieg zu verhindern, können wir ihn nur als Tatsache anerkennen und versuchen, der Regierung durch den Druck der öffentlichen Meinung eine konstruktive Politik aufzuzwingen.“ Die Abstimmung ergab 140 Stimmen für die Resolution Hillquits, 31 Stimmen für die Boudins und 5 Stimmen für die Spargos. Später wurde die Mehrheitsresolution in einer Urabstimmung mit 21.000 gegen 350 Stimmen gebilligt.[14]

Die Parteiresolution war das Ergebnis eines Kompromisses zwischen den Zentristen und den Linken. Ruthenberg war der hervorragendste Führer der Linken auf dem Parteitag.[15] Auch [181:] auf dem Parteitag von 1912 hatte er eine große Rolle gespielt. Außerdem hatte er gemeinsam mit Wagenknecht eine starke Parteiorganisation in Ohio aufgebaut, und er wurde immer aktiver im Kampf gegen den Krieg. Als Sekretär des Unterausschusses, der die Mehrheitsresolution entwarf, war Ruthenberg für die meisten kämpferischen Formulierungen verantwortlich. Hillquits ursprünglicher Entwurf war nur pazifistisch. Wesentliche Schwächen der Resolution bestanden darin, daß sie nicht klarer zwischen gerechten und ungerechten Kriegen unterschied, daß sie die Sozialchauvinisten im Ausland nicht verurteilte und kein festes Programm für den Kampf gegen den Krieg enthielt.

Nach dem Parteitag traten die Befürworter des Krieges – Simons, Benson, Stokes, Walling, Spargo, Hunter, Ghent, Russell, Gaylord, Frank und William Bohn und andere – aus der Partei aus und schlossen sich den offenen Befürwortern des Krieges an.[16] Auch viele sozialistische Gewerkschaftsführer, die formell in der Partei blieben, führten den Kriegskurs von Gompers durch. Die Zahl der einfachen Mitglieder war unter diesen Abtrünnigen verhältnismäßig klein.

---

13 Nathan Fine, “Labor and Farmer Parties in the United States”, S. 313.

14 Zum Text aller drei Resolutionen siehe “American Labor Year Book”, herausgegeben von Alexander Trachtenberg, 1917/1918.

15 Siehe Oakley Johnson, “The Day Is Coming: The Biography of Charles E. Ruthenberg”, unveröffentlichtes Manuskript.

16 Diese und andere Befürworter des Krieges wurden zum Teil Schon vor dem Parteitag von St. Louis ausgeschlossen oder traten selbst aus.

Die zentristische Parteiführung um Hillquit hatte die Resolution gegen den Krieg zwar angenommen, tat aber nur wenig, um sie in die Tat umzusetzen. Sie hatte ihr Lippenbekenntnis ablegen müssen, um ihren Verrat in der Praxis verschleiern zu können. Der Zentrismus war die vorherrschende Form des Opportunismus in der Führung der Socialist Party in den Jahren 1916 und 1917, weil der Krieg nun schon zwei Jahre dauerte, unter den Arbeitern und Soldaten in Europa die revolutionären Stimmungen anwuchsen und dieser kämpferische Geist auf die Vereinigten. Staaten ausstrahlte. Der Radikalismus der Zentristen war dazu bestimmt, diese kampfbereiten Arbeiter zu täuschen. Die Linken dagegen betrieben die Antikriegskampagne energisch. Debs, Ruthenberg, Wagenknecht und andere sprachen kühn gegen den Krieg. Infolgedessen erhielt die Partei bei den Gemeindewahlen von 1917 in [182:] New York, Chicago, Cleveland und anderen Städten eine hohe Stimmenzahl, und die Zahl ihrer Mitglieder stieg rasch an. Die verschiedene Einstellung zum Krieg führte zu wachsenden Reibungen zwischen dem rechten und dem linken Flügel.

Die Industrial Workers of the World und der Krieg

Die IWW standen von Anfang an in Opposition zum ersten Weltkrieg und beharrten mutig auf ihrem Standpunkt. Einige Monate nach Kriegsausbruch verurteilte die Organisation in einer Kongreßresolution den Krieg und lehnte die Teilnahme am Kriege ab. Sie erklärte: „Als Angehörige der industriellen Armee lehnen wir es ab, für andere Zwecke zu kämpfen als für die Verwirklichung der industriellen Freiheit.“[17] Diese Zurückhaltung blieb während des ganzen Krieges bestimmend für die Position der IWW. Sie stand in scharfem Gegensatz zu der kriegsfreundlichen Einstellung der französischen und anderer Syndikalisten.

Die IWW interessierten sich für die politischen Aspekte des Krieges nur wenig, konzentrierten sich vielmehr vor allem auf die Durchführung wirtschaftlicher Kämpfe und auf die Festigung ihrer Mitgliedschaft. Sie arbeiteten hauptsächlich unter den Landarbeitern, Bergarbeitern und Holzarbeitern. Bei der Durchführung dieser wirtschaftlichen Aktionen, die von Agitation gegen den Krieg begleitet waren, stießen die IWW auf den heftigen Widerstand der Regierung, der Unternehmer, von Gewerkschaftsbonzen und irregulären Banden, die sich Polizeibefugnisse anmaßten.

Die Agricultural Workers Organization der IWW hatte während des Krieges schätzungsweise 20.000 Mitglieder. In vielen Teilen des Westens führte sie Streiks der Farmarbeiter durch, sehr oft mit Erfolg. Ganz besonders bemühte sie sich, der Terrorisierung und Ausplünderung der Wanderarbeiter durch das Zugpersonal ein Ende zu machen. So kam es, daß man mit einer Mitgliedskarte der Agricultural Workers Organization fast überall im Westen freie Fahrt auf Güterzügen hatte.

[183:] Im Juni 1916 führten die IWW einen Streik in den Eisenrevieren von Mesabi im nördlichen Minnesota durch. Sämtliche Bergarbeiter – etwa 16.000 – des Bezirks traten in den Ausstand. Mehrere Streikende wurden getötet, die Führer wurden verhaftet, und der Streik wurde gebrochen. Später jedoch mußten die Gesellschaften den Arbeitern Verbesserungen ihrer Lebensbedingungen zugestehen. In Everett hatten die IWW im November 1916 bei einer Kampagne zur Organisierung der Holzarbeiter heftige Zusammenstöße mit der dortigen Polizei. Fünf IWW-Mitglieder und zwei Polizisten kamen ums Leben. Die IWW setzten ihren Kampf jedoch energisch fort, und im Laufe des Jahres 1917 organisierten sie in Washington, Idaho und Montana Streiks von etwa 50.000 Holzarbeitern. Das Ergebnis dieser Kämpfe war der Achtstundentag für die Industrie.

Im Jahre 1917 führten die IWW auch große Streiks der Kupferbergarbeiter durch. In Arizona streikten 24.000 und in Butte (Montana) 14.000 Arbeiter. Die Gesellschaften gingen gegen die Streiks mit brutalen Mitteln vor. In Bisbee (Arizona) wurden 2000 streikende Arbeiter festgenommen, weit hinaus in die Wüste gebracht und dort ohne Nahrungsmittel und Wasser ihrem Schicksal überlassen. Diese verbrecherische Maßnahme rief im ganzen Lande einen Proteststurm hervor. Während des erbitterten Streiks in Butte entführten am 1. August 1917 mehrere bewaffnete Banditen Frank H. Little aus seinem Hotel und erhängten ihn an einer Eisenbahnbrücke am Stadtrand. Little, der dem Generalexekutivkomitee der IWW angehörte, lag mit einem gebrochenen Bein im Bett, als die Banditen

17 “Solidarity”, 3. Oktober 1914.

ihn verschleppten. Am Ende des Krieges wurde die Mitgliederzahl der IWW auf etwa 120.000 geschätzt.

Die International Trade Union Educational League

Die International Trade Union Educational League wurde am 17. Januar 1915 in St. Louis auf einer Konferenz ehemaliger Mitglieder der Syndicalist League aus Chicago, Omaha, St. Louis und Kansas City gegründet. Chicago wurde als Sitz der [184:] Zentrale gewählt, und William Z. Foster wurde Sekretär. Ihre wichtigsten Presseorgane waren der "International" in San Diego, der "Unionist" in Omaha und die "Labor News" in Chicago. Die Organisation gewann jedoch niemals festen Boden, hauptsächlich weil zu der Zeit der linke Flügel, der sich auf die Politik der Parallelgewerkschaften festgelegt hatte, nicht daran interessiert war, das Programm der Liga, innerhalb der alten Fachverbände zu arbeiten, zu verwirklichen.

Als syndikalistische Organisation lehnte die International Trade Union Educational League die politische Tätigkeit ab, trat für Industrieverbände ein und war gegen den Krieg.[18] Sie vertrat die Ansicht, daß die Gewerkschaften als solche, ob konservativ oder revolutionär geführt, ihrem Wesen nach revolutionär seien. Dies sei richtig, argumentierte sie, weil die Gewerkschaften Klassenorganisationen seien und das Ziel verfolgten, alle Konzessionen, die sie den Unternehmern mit Gewalt abringen könnten, zu erreichen. Weil die Gewerkschaften stetig stärker wurden, zog die Liga irrtümlicherweise daraus den Schluß, diese Politik werde schließlich zum Sturz der Kapitalistenklasse durch die wirtschaftliche Macht der Arbeiter führen und dann würden die Gewerkschaften die Leitung der Gesellschaft übernehmen. Dieser Syndikalismus bedeutete natürlich eine grobe Überschätzung der Bedeutung der Gewerkschaften und eine ebenso große Unterschätzung der Macht des kapitalistischen Staates. Er unterschätzte auch den zersetzenden Einfluß der reaktionären Sozialdemokratie und trug dem Bedürfnis nach einer klassenbewußten Ideologie und einer führenden politischen Partei nicht genügend Rechnung.

Schon im Frühjahr 1917 bestand die Liga als Organisation nicht mehr. Nur eine lockere Gruppe von ein paar Dutzend Funktionären in Chicago und einzelne in anderen Städten zerstreute aktive Arbeiter waren von ihr übriggeblieben. Die meisten Mitglieder der Chicagoer Gruppe spielten jedoch eine führende Rolle in ihren Ortsverbänden ,und waren auch Delegierte bei der Chicagoer Federation of Labor. Dort übten sie einen sehr erheblichen Einfluß aus.

[185:] Die ehemaligen Mitglieder der International Trade Union Educational League hatten den Krieg und die Beteiligung der USA am Kriege bekämpft und sich grundsätzlich auf den Standpunkt gestellt, daß man dem Kriegsausbruch mit einem revolutionären Generalstreik hätte begegnen sollen. Als die Vereinigten Staaten im April 1917 in den Krieg eintraten, stellten sie sich auf den Standpunkt, daß nach dem Verrat der Revolution durch die reaktionären Sozialdemokraten und Syndikalisten die Hauptaufgabe während des Krieges darin bestehe, die unorganisierten Massen gewerkschaftlich zu organisieren. Die Gewerkschaften waren ihrer Ansicht nach die allerwichtigsten und entscheidenden Organisationen, die eines Tages die Arbeiterklasse befreien würden. Die Verhältnisse der Kriegszeit mit der starken Nachfrage nach Arbeitskräften und dem dringenden Bedürfnis der Regierung nach allen möglichen Erzeugnissen boten außerordentlich günstige Möglichkeiten für eine solche gewerkschaftliche Aufbauarbeit. Diese sollte sich auf eine aktive Streikpolitik gründen. Jede andere Überlegung sollte während des Krieges der zentralen Aufgabe des Aufbaus von Gewerkschaften geopfert werden. Geleitet wurde diese Gruppe von Foster.

Das war natürlich eine ganz opportunistische Konzeption. Obwohl sie keine tatsächliche Unterstützung des Krieges einschloß, war sie doch ein falsches Kompromiß. Es war eine Art Ökonomismus, ein Versuch, den Krieg zu ignorieren und den Kampf auf unmittelbare Gewerkschaftsfragen zu konzentrieren. Die sehr aktiven Organisations- und Streikkampagnen der Chicagoer Gruppe der Liga stießen jedoch sehr bald auf den Widerstand der kriegsfreundlichen Gompers-Bürokratie, die jede Organisations- und Streikpolitik ablehnte.

---

[18] Zum Programm der Organisation siehe William Z. Foster, "Trade Unionism: The Road to Freedom", Chicago 1916.

Die Chicagoer Funktionärgruppe verfügte über günstige Voraussetzungen, um bei ihren energischen Organisierungskampagnen Erfolge zu erzielen. Seit mehreren Jahren wuchs ihr Einfluß in der Chicagoer Federation of Labor, und sie arbeitete mit der £fortschrittlichen Führung um Fitzpatrick und Nockels gut zusammen. Ihrer Tätigkeit war es weitgehend zu verdanken, daß die Chicagoer Federation of Labor der fortschrittlichste Gewerkschaftsverband in den Vereinigten Staaten [186:] wurde. Die Linken machten durch ihren Einfluß die Chicagoer Federation of Labor zum Mittelpunkt des Kampfes der Arbeiterschaft für die Rettung von Mooney und Billings; von 1917 an wurde die Chicagoer Federation of Labor führend in der allgemeinen Bewegung für eine Arbeiterpartei; sie begrüßte die russische Revolution und forderte die Anerkennung der Sowjetregierung; sie bekämpfte die Gompers-Bürokratie auf vielen Gebieten, und sie setzte sich für jede fortschrittliche Sache ein. Bezeichnend für den Einfluß der Linken bei all diesem Radikalismus war, daß die Chicagoer Federation of Labor, als später, im Jahre 1923, das Bündnis zwischen den Linken und den Zentristen in Chicago zerfiel, bald in eine der üblichen konservativen Gompers-Organisationen entartete.

Der erste große gewerkschaftliche Organisationsfeldzug, den die Chicagoer Gruppe während des Krieges durchführte, galt den Eisenbahnarbeitern. In den Jahren 1916 und 1917 organisierten die Linken durch den Railroad Labor Council, der von einigen unter ihrem Einfluß stehenden AFL- und lokalen Railroad Brotherhoods ins Leben gerufen worden war, etwa 25.000 Arbeiter in lokalen Fachverbänden. Diese große Bewegung erreichte schließlich unter der Führung des Mitglieds der Liga L. M. Hawver einen Höhepunkt in dem „wilden" Streik von 1919, an dem sich im ganzen Lande 200.000 Eisenbahnarbeiter beteiligten. Die nächste und noch größere Kampagne, die die ehemaligen Chicagoer Mitglieder der International Trade Union Educational League einleiteten, galt der Organisierung der Arbeiter der Fleischkonservenindustrie. Seit dreizehn Jahren gab es in dieser wichtigen Industrie fast gar keine Gewerkschaften, und die AFL hielt es für unmöglich, dort welche zu bilden. Der Chicagoer Gruppe aber gelang das Werk durch die Zusammenfassung der etwa zwölf Fachverbände in der Industrie und eine aktive Organisierungs- und Streikpolitik. John Fitzpatrick war Vorsitzender des Landeskomitees und William Z. Foster Organisationssekretär. Schließlich wurde Jack Johnstone, der die Organisationsarbeit für die Chicagoer Federation of Labor leitete, Sekretär des Chicago Stockyards Council mit 55.000 Mitgliedern. Joseph Manley und mehrere andere Linke bekleideten wichtige Posten. Die Kampagne begann am 11. Juli 1917 und [187:] endete, nachdem in der gesamten Industrie einmal gestreikt und ein weiterer Streik beschlossen worden war, am 30. März 1918 erfolgreich mit einem Schiedsspruch des Bundesrichters Altschuler, der beträchtliche Lohnerhöhungen, den Achtstundentag, die Anerkennung der Gewerkschaft und andere Verbesserungen gewährte. Bei den Schiedsverhandlungen erregte es im ganzen Lande ungeheures Aufsehen, als die entsetzlichen Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Fleischkonservenindustrie ans Tageslicht gezogen wurden.

Einer der wichtigsten Erfolge dieser Kampagne war die Organisierung der Negerarbeiter. Von den insgesamt 200.000 organisierten Arbeitern waren mindestens 20.000 Neger. Ihre Organisierung war von größter Bedeutung und einmalig in der Geschichte der Gewerkschaften. Sie stellten die größte Organisation von Negerarbeitern in der ganzen Welt dar. So wurde die „hoffnungslose" Fleischkonservenindustrie, die von der organisierten Arbeiterschaft seit Jahren aufgegeben war, organisiert. Die ganze Arbeiterbewegung war elektrisiert, und das Prestige der Chicagoer Federation of Labor und ihres linken Flügels stieg.

Die nächste große Aufgabe, an die sich die Chicagoer Gruppe der früheren Liga während des Krieges heranmachte, war die Organisierung der Stahlarbeiter, die schwierigste aller Aufgaben, denen sich die Arbeiterbewegung gegenübergestellt sah. Die Kampagne wurde am 7. April 1918 eröffnet, nur eine Woche nach dem Altschuler-Schiedsspruch für die Fleischkonservenindustrie. Die Linken unterbreiteten die Resolution über die Organisierung der Chicagoer Federation of Labor, von der sie gutgeheißen wurde. Foster wurde zum Delegierten der Chicagoer Federation of Labor auf dem AFL-Kongreß in St. Paul im Juni 1918 gewählt und setzte die Stahlarbeiter-Resolution dort durch. Die Kampagne begann unter der Leitung eines Landesorganisationskomitees, in dem 23 Verbände mit drei Millionen Mitgliedern vertreten waren. Gompers war Vorsitzender und Foster Organisationssekretär. Als dann

der Streik näher rückte, bekam Gompers kalte Füße, legte den Vorsitz nieder und setzte John Fitzpatrick an seine Stelle.

Während der Kampagne kam es zu der üblichen Sabotage durch die Gompers-Bürokratie, zu den üblichen Brutalitäten [188:] der Unternehmer und Gegenmaßnahmen der Regierung. Trotzdem gelang es den Organisatoren, in allen größeren Zentren der Stahlindustrie des Landes 250.000 Stahlarbeiter zusammenzufassen. Die Linken hatten geplant, eine günstige Regelung durch einen Streik während des Krieges zu erzwingen[19], aber durch finanzielle Schwierigkeiten wurde die Kampagne gehemmt, und erst am 22. September 1919, rund zehn Monate nach Kriegsende, kam es zu dem großen Streik von 367.000 Stahlarbeitern. Nach ungefähr vier Monaten brach der Streik infolge der Sabotage der Gompers-Bürokratie und der umfassenden Streikbruch- und Gewaltmaßnahmen der Unternehmer und der Regierung zusammen. Obwohl der große Streik mit einer Niederlage endete, mußten die Unternehmer den Zwölfstundentag und die Siebentagewoche aufgeben und viele Verbesserungen in den Lohn- und Arbeitsverhältnissen einführen. Der Streik von 1919 erbrachte den Beweis dafür, daß die Stahlindustrie, die größte aller vertrusteten Open-Shop-Industrien mit gelben Gewerkschaften, organisiert werden könne, und schuf so die Voraussetzungen dafür, daß fünfzehn Jahre später diese wichtige Aufgabe vom Congress of Industrial Organizations zu Ende geführt werden konnte.

Die Chicagoer Gruppe fühlte, daß all diese großen organisatorischen Erfolge eine glänzende Rechtfertigung für ihre seit jeher befürwortete Politik der Arbeit innerhalb der alten Gewerkschaften bedeuteten, aber der linke Flügel der Socialist Party und die IWW blieben im Bann der von ihnen seit etwa 25 Jahren vertretenen Politik der Parallelgewerkschaften.

Der Terror der Regierung gegen die Linke

Unter dem „liberalen“ Wilson beschloß die Regierung aus Furcht vor der Antikriegsstimmung unter den Massen, sofort nachdem sie das Land in den Krieg hineingezerrt hatte, eine ganze Reihe reaktionärer Gesetze zur Zügelung der kriegsgegnerischen Linken. Das erste dieser Gesetze war das Spionage-[189:]gesetz vom 15. Juni 1917, das praktisch gegen jedermann angewandt werden konnte und dazu bestimmt war, die Aktivität der Arbeiterschaft weitgehend lahmzulegen. Auf dieses Schandgesetz folgten dann das Gesetz gegen den Handel mit Feindländern, das Dienstpflichtgesetz usw. sowie Dutzende von Gesetzen gegen Aufruhr und Syndikalismus in verschiedenen Städten und Staaten. Alle diese Gesetze sollten dem amerikanischen Volk das Recht auf freie Meinungsäußerung nehmen, das zum mindesten die Weißen, wenn schon nicht die Neger, seit der Gründung der Republik vor fast anderthalb Jahrhunderten immer ausgeübt hatten. Nach diesen drakonischen Gesetzen ging die Regierung mit Hilfe des Generalstaatsanwalts A. Mitchell Palmer rücksichtslos gegen den linken Flügel der Arbeiterbewegung vor.[20]

Die schwersten Schläge richteten sich gegen die IWW. Am 5. September 1917 führten Agenten des Justizministeriums unter Mitwirkung von irregulären Banden im ganzen Lande gleichzeitig Überfälle auf die Räumlichkeiten der IWW durch. Sie brachen in Privatwohnungen ein und beschlagnahmten Papiere. Bill Haywood, der Schatzmeister der IWW, schätzte, daß bis Februar 1918 2000 Mitglieder verhaftet wurden. Die Massenverhaftungen erstreckten sich auf sämtliche Mitglieder des Generalexekutivkomitees der IWW, die Sekretäre der Industriegewerkschaften, die Redakteure und die bekanntesten örtlichen Führer. In Omaha wurde der gesamte Kongreß der Construction Workers Industrial Union – 164 Delegierte – verhaftet. Auch die stellvertretenden Funktionäre wurden überall verhaftet. Unter der Anklage allgemeiner Obstruktion gegen den Krieg wurden die IWW-Leute überall zu jahrelangen Gefängnisstrafen verurteilt. Höhepunkte waren die Massenprozesse in Chicago (165), Sacramento (146), Wichita (38), Tacoma (7), Omaha (27) und Spokane (28). Im April 1918 wurden in dem großen Chicagoer Prozeß unter dem berüchtigten Richter Kenesaw Mountain Landis 15 IWW-Mitglieder zu 20 Jahren, 35 zu 10 Jahren, 33 zu 5 Jahren und 12 zu einem Jahr Gefäng-[190:]nis verurteilt, und gegen die Verurteilten wurden Geldstrafen in Höhe von 2.300.000 Dollar

---

19 Siehe William Z. Foster, “The Great Steel Strike and Its Lessons”, New York 1920.

20 Siehe “American Labor Year Book”, herausgegeben von Alexander Trachtenberg, 1919/1920, S. 92-113 – “The Palmer Raids”, herausgegeben von Robert W. Dunn, New York 1948.

verhängt. In Sacramento erhielten 26 angeklagte IWW-Mitglieder je 10 Jahre Gefängnis. Ähnliche Terrorurteile wurden auch an anderen Orten gefällt.

Auch gegen die Socialist Party richteten sich während des Krieges vielfach die Überfälle und Verhaftungen. Im September 1917 wurde die Landeszentrale der Partei überfallen. Gegen Dutzende von sozialistischen Zeitungen – darunter den "Appeal to Reason", die "International Socialist Review", den "Socialist", den "New York Call" und die "Masses" – wurde gerichtlich vorgegangen, und man drohte ihnen mit Entzug der Postprivilegien für Zeitungen und Zeitschriften. Viele Zeitungen gingen ein. Am 16. Juni 1918 wurde Debs wegen einer Rede gegen den Krieg in Canton (Ohio) verhaftet und zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt. Auch viele andere – darunter Charles E. Ruthenberg, Alfred Wagenknecht, Kate Richards O'Hare, J. O. Bentall, Scott Nearing und Rose Pastor Stokes – wurden verhaftet und zu Gefängnisstrafen von einem bis drei Jahren verurteilt. Molly Steimer, ein junges Mädchen, erhielt 15 Jahre Gefängnis, weil sie Flugblätter gegen die Intervention in Rußland verteilt hatte.[21] Als Mitglieder des Landesexekutivkomitees der Socialist Party wurden Victor Berger, Adolph Germer, J. Louis Engdahl, Irwin St. John Tucker und William Kruse unter Anklage gestellt, aber nicht in Haft genommen.

Außer Mitgliedern der IWW und der Socialist Party wurden während des Krieges auch viele andere Kriegsgegner verhaftet. Alexander Berkman und Emma Goldman wurden wegen Obstruktion gegen die Dienstpflicht zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Auch Pazifisten, Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen und andere wanderten in die überfüllten Gefängnisse. Man schätzt, daß während des Krieges 1500 Menschen ins Gefängnis geworfen wurden. Debs ging am 12. April 1919 ins Gefängnis und wurde am 25. Dezember 1921 entlassen. Erst im Dezember 1923 wurden die letzten der während des Krieges zu Gefängnisstrafen verurteilten IWW-Mitglieder unter dem Druck einer gewaltigen und geschlossenen Massenkampagne [191:] freigelassen. Der Terrorismus gegen die Linken in der Kriegszeit war die erste Frucht des imperialistischen Krieges, „um der Demokratie in der Welt zum Siege zu verhelfen". Das war jedoch erst ein Vorgeschmack dessen, was nach dem Siege und der angeblichen Sicherung der Demokratie kommen sollte.

Der große Krieg, hervorgerufen durch die ungleichmäßige Entwicklung des Weltkapitalismus, verschärfte diese Ungleichmäßigkeit noch mehr. Die Vereinigten Staaten, die wirklichen kapitalistischen Sieger im Kriege, erweiterten ihre Industrie im Laufe des Krieges gewaltig. Sie traten als Schuldnerland in den Krieg ein und gingen als großes Gläubigerland mit Anleiheansprüchen in Höhe von 20 Milliarden Dollar aus dem Kriege hervor. Der Dollar hatte das Pfund und die Mark besiegt, und der Schwerpunkt hatte sich endgültig von Europa nach den Vereinigten Staaten verlagert. Die imperialistische Wallstreet war auf dem besten Wege zur kapitalistischen Weltherrschaft. Der erste Weltkrieg legte die Keime für den zweiten Weltkrieg.

---

21 Über die Verhaftungen während des Krieges siehe "American Labor Year Book", 1919/1920, S. 92 ff.

[192:]

10
Die Große Sozialistische Oktoberrevolution
(1917–1919)

Mit der Großen Sozialistischen Revolution vom 25. Oktober (7. November) 1917, die aus der Verschärfung der allgemeinen Krise des Weltkapitalismus entstand, wurde die erste sozialistische Bresche in die Festung des kapitalistischen Weltsystems geschlagen. Geführt von der Partei der Bolschewiki, an ihrer Spitze der große Lenin, zerschmetterten die revolutionären Arbeiter- und Bauernmassen den Zarismus und Kapitalismus in Rußland und führten damit einen tödlichen Schlag gegen das kapitalistische Weltsystem. Der Weltimperialismus war an seinem schwächsten Kettenglied gebrochen. Die Revolutionen von 1905 und vom Februar (März) 1917 waren nur Vorboten der eigentlich entscheidenden sozialistischen Oktoberrevolution gewesen. Damit begann eine neue Ära der Weltgeschichte, die Ära der proletarischen und kolonialen Revolutionen und des Niedergangs des Weltkapitalismus. Mit revolutionärer Energie führte die neue Sowjetregierung die großen Aufgaben durch, die die Provisorische Regierung Kerenski nicht in Angriff nehmen konnte und wollte. „Um die Sowjetmacht zu festigen, mußte man den alten, bürgerlichen Staatsapparat zerstören, zerbrechen und an seiner Stelle den neuen Apparat des Sowjetstaates schaffen. Man mußte ferner die Überreste der Ständeordnung und das Regime der nationalen Unterdrückung beseitigen, die Privilegien der Kirche abschaffen, die konterrevolutionäre Presse und die konterrevolutionären Organisationen aller Art – die legalen wie die illegalen – liquidieren, die bürgerliche Konstituierende Versammlung auflösen. Man mußte schließlich nach der Nationalisierung des Bodens auch die gesamte Großindustrie nationalisieren und [193:] sodann aus dem Kriegszustand herauskommen, mit dem Kriege Schluß machen, der der Festigung der Sowjetmacht mehr als alles andere im Wege stand.

Alle diese Maßnahmen wurden im Laufe einiger Monate von Ende 1917 bis Mitte 1918 durchgeführt.“[1] Sowjetrußland schied aus dem Kriege aus und rief die Welt auf, Frieden zu machen.

Die Oktoberrevolution ließ die Herzen von Millionen und aber Millionen Ausgebeuteter und Unterdrückter in der ganzen Welt höher schlagen. Ihr Einfluß war bestimmend dafür, daß nach dem Ende des Krieges eine mächtige revolutionäre Woge über Ost- und Mitteleuropa hinwegging. Könige und Kaiser stürzten, als dieser revolutionäre Sturm durch Deutschland, Österreich-Ungarn und die Balkanländer brauste. Der gesamte europäische Kapitalismus wurde bis in seine Grundfesten erschüttert.

Die Intervention der Vereinigten Staaten

Während die Revolution in Rußland die Völker der Welt begeisterte, jagte sie den Kapitalisten aller Länder einen tiefen Schrecken ein. Angstvoll zitterten sie vor der drohenden Vernichtung ihres gesamten Ausbeutungs- und Raubsystems. So verloren sie keine Zeit und griffen zu drastischen Maßnahmen, um der Revolution Einhalt zu gebieten und sie zu liquidieren. Der Krieg war kaum zu Ende, da begannen die siegreichen Ententemächte Truppen nach Sowjetrußland zu werfen und die innere Konterrevolution zum Kampf gegen die Sowjetregierung aufzustacheln und zu organisieren. Großbritannien, Frankreich, Japan, die Vereinigten Staaten, Deutschland, Polen und die Tschechoslowakei, alle hatten sie bei dieser konterrevolutionären Intervention die Hand im Spiel.

Die Folge war ein furchtbarer Bürgerkrieg. Das revolutionäre Sowjetvolk raffte seine Kräfte zusammen, obwohl es unter dem wirtschaftlichen Zusammenbruch, der Hungersnot und der Blockade und unter der allgemeinen Erschöpfung infolge des [194:] imperialistischen Weltkrieges schwer zu leiden hatte, schuf sich eine starke Rote Armee und schlug mit beispiellosem Heldenmut alle seine äußeren und inneren Feinde zurück. In diesem verzweifelten Kampf hatte es so manches Valley Forge[2] zu bestehen. Zeitweise befand sich der größte Teil des Landes in der Hand der Interventionstruppen und ihrer russischen konterrevolutionären Bundesgenossen. Aber die Rote Armee schlug sie schließlich

---

1 „Geschichte der KPdSU(B)“, S. 267.

2 Washingtons Winterquartier 1777/1778 im Revolutionskrieg; wegen schlechter Unterkunft und Verpflegung der Armee ein Schauplatz größten Elends. *Die Red*.

alle. Sie zerschmetterte Denikin, Koltschak, Judenitsch, Wrangel und die vielen anderen zaristischen und ausländischen Generale. Folglich mußten Großbritannien, Frankreich und Italien Ende 1920 die Blockade aufheben, und bald danach wurde Japan aus Sibirien hinausgetrieben. Auch die amerikanischen Truppen mußten abziehen. Die Revolution hatte in ihrem Kampf auf Leben und Tod einen entscheidenden Sieg gewonnen.

Die Grundlagen für diesen gewaltigen Sieg waren der unbezwingliche revolutionäre Geist des russischen Volkes und seine vorbehaltlose Unterstützung der Roten Armee, die unbesiegliche Kraft der Kommunistischen Partei und das Genie ihres großen Führers Lenin. Nicht wenig trug zu dem Siege die Sympathie der Arbeiter in vielen anderen Ländern bei, die ihre kapitalistischen Regierungen daran hinderten, ihre ganzen Kräfte gegen das kämpfende Sowjetvolk zu mobilisieren.

Die vom reaktionären Monopolkapital beherrschte Regierung der Vereinigten Staaten spielte bei der konterrevolutionären Intervention gegen Sowjetrußland in den Jahren 1918 bis 1920 eine führende Rolle. Der „liberale" Präsident Wilson schickte, ohne sich im geringsten um die Zustimmung des Kongresses zu bemühen, eigenmächtig amerikanische Expeditionstruppen nach Sibirien und Nordrußland. Das Expeditionskorps für Sibirien sollte angeblich die Gefahr abwenden, die von den zahlreichen durch die Revolution befreiten deutschen und österreichischen Kriegsgefangenen drohte, während die vorgebliche Aufgabe der Expedition nach Nordrußland darin bestand, Deutschland vom Rücken anzugreifen. Aber die ganze Intervention war nichts [195:] anderes als ein schamloser Versuch, die junge Sowjetregierung zu stürzen und die kapitalistische Reaktion wieder an die Macht zu bringen.

Das etwa 7000 Mann starke Expeditionskorps in Sibirien unter General W. S. Graves operierte mit den russischen Reaktionären und den Japanern zusammen, um den örtlichen Sowjet in Wladiwostok zu stürzen. Präsident Wilson unterstützte den zaristischen General Koltschak in seinem Bestreben, die Sowjetregierung zu zerschmettern und sich zum Diktator Rußlands zu machen. Das sibirische Abenteuer fand ein unrühmliches Ende, als Koltschaks Truppen von der Roten Armee vernichtet wurden.

Das Abenteuer in Nordrußland, in der Gegend von Archangelsk, wurde gemeinsam mit den Briten, den Franzosen und den weißgardistischen Russen unternommen. Das amerikanische Kontingent bestand aus etwa 5000 Mann unter Oberst Stewart. Ziel der alliierten Expedition war die Einnahme Petrograds und der Sturz der Sowjetregierung.

Aber die nördlichen Invasionstruppen wurden geschlagen und liefen Gefahr, vernichtet zu werden. „Am 30. März 1919 weigerte sich die 1. Kompanie des 339. US-Infanterieregiments, dem Befehl zum Vormarsch auf Archangelsk Folge zu leisten." Die Leute fügten sich erst, nachdem ein verhafteter Kamerad freigelassen worden war. Diese Unruhen wurden der „bolschewistischen Propaganda" zur Last gelegt. „Man befürchtete eine allgemeine Meuterei, und der Stabschef, General March, versprach die Zurückziehung der amerikanischen Truppen bis Juni."[3] So geschah es denn auch.

Lenin verurteilte aufs schärfste diese reaktionäre Intervention der Vereinigten Staaten und erklärte: „... die Engländer und Amerikaner [treten] als Henker und Gendarmen der russischen Freiheit auf[...], so wie dies unter dem Henker Rußlands Nikolaus I. der Fall war".[4]

Dies war erst der Anfang der sich durch Jahrzehnte hinziehenden Aggressionsakte der Vereinigten Staaten gegen Sowjet-[196:]rußland, wozu auch die Wirtschaftsblockade und der diplomatische Boykott gehörten. Sie alle wurden durch das unbesiegbare revolutionäre russische Volk abgewiesen. Die Vereinigten Staaten weigerten sich sogar bis 1933, bis zur Zeit Roosevelts, die UdSSR diplomatisch anzuerkennen. Dieser erbitterte, unversöhnliche und niemals endende Haß der herrschenden USA-Monopolisten gegen die Sowjetunion hat schließlich seinen Höhepunkt in den gegenwärtigen Versuchen Washingtons erreicht, einen Krieg der gesamten kapitalistischen Welt gegen die UdSSR zu organisieren.

---

3 F. L. Schuman, "American Policy Towards Russia Since 1917", New York 1928, S. 136/137.

4 W. I. Lenin, Werke, 4. Ausgabe, Bd. 28, S. 188, russ. [LW 28, S. 206]

Die Sozialdemokraten verraten die Revolution

Begeistert von der Oktoberrevolution und entsetzt über die Schlächterei des ersten Weltkrieges, waren die Arbeiter der Welt von revolutionärer Hochstimmung erfüllt, besonders in Europa. Bei richtiger Führung waren die europäischen Arbeiter bereit, dem Beispiel der russischen Arbeiter zu folgen. Sie waren reif für die sozialistische Revolution. Aber die rechten Führer der großen sozialdemokratischen Parteien in Europa, die in allen Organisationen der Arbeiterklasse starke Positionen innehatten, dachten ganz anders darüber. Für sie war die proletarische Revolution, in Rußland sowohl wie in ihren eigenen Ländern, ein nicht weniger furchtbarer Alpdruck als für die Unternehmer. Sie war völlig unvereinbar mit allen ihren Perspektiven und mit ihrem Programm, den Kapitalismus hier und dort durch unbedeutende Reformen zurechtzuflicken. Diese Leute waren faktisch auf die Beibehaltung des kapitalistischen Systems eingeschworen und wünschten nichts weniger als den Sturz dieses Systems und seine Ersetzung durch ein wirkliches sozialistisches System. Wie sie während des ersten Weltkrieges der Kapitalistenklasse im eigenen Lande zu Hilfe geeilt waren, so beeilten sie sich daher jetzt, das von der Revolution bedrohte kapitalistische System selbst zu verteidigen. Hand in Hand mit den Kapitalisten gingen diese Pseudosozialisten daran, der gesamten revolutionären Bewegung unter den proletarischen Massen in allen ihren Erscheinungsformen, im [197:] eigenen Lande wie in Rußland, mit Feuer und Schwert entgegenzutreten.

Typische Vertreter der in Europa tonangebenden rechtssozialistischen Verräter waren zum Beispiel Legien, Noske und Scheidemann in Deutschland, Henderson, Hyndman und MacDonald in England, Guesde und Thomas in Frankreich. Für eine andere Gruppe der sozialdemokratischen Führer, die Zentristen, waren Leute charakteristisch wie Kautsky, Hilferding, Bauer, Longuet, Fenner Brockway, Hillquit und Ledebour. Diese Leute waren groß in revolutionären Phrasen und winzig klein ‚im revolutionären Kampf. Von Kautsky sagte Lenin, er habe die höchste Meisterschaft in der Kunst erreicht, „Marxist in Worten und Lakai der Bourgeoisie in der Tat zu sein“[*]. Das Wesen der zentristischen Politik bestand darin, Lippenbekenntnisse zur Revolution abzulegen und sie praktisch zu bekämpfen. Die allgemeine Folge dieser Politik war, daß die Aktionen der revolutionären Arbeiter gelähmt wurden, während die Rechten in offenem Bunde mit den Kapitalisten die Revolution praktisch abschlachteten. Diese zentristischen Elemente waren es, die in verschiedenen Ländern sogenannte linkssozialistische Parteien schufen, um den kommunistischen Parteien das Wasser abzugraben. Im Februar 1921 gründeten sie in Wien als Gegengewicht zur III. Internationale die Internationale Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien, die unter dem Spitznamen „Internationale Zweieinhalb“ bekannt geworden ist. Nachdem der Höhepunkt der revolutionären Krise in Mitteleuropa überschritten war, gingen die Zentristen und ihre Scheininternationale dorthin zurück, wohin sie politisch gehörten, in die II. Internationale.

Die scheinbaren politischen Meinungsverschiedenheiten zwischen den Rechten und den Zentristen bedeuteten in Wirklichkeit nur eine Arbeitsteilung, deren Hauptziel es war, die Revolution in Mittel- und Westeuropa zu liquidieren. Dies führten sie gemeinsam durch, Hand in Hand mit den kapitalistischen Generalen und Politikern. Sie schossen die Revolution in Deutschland, Ungarn, Österreich und Italien zusammen, und hur die starke Faust der Roten Armee hinderte sie daran, es in Sowjetrußland ebenso zu machen. Die rechten und zentristischen [198:] Führer der Sozialdemokratie retteten den Kapitalismus in Mitteleuropa und dadurch auch in Westeuropa. Diese Verräter des Sozialismus sind daher für alles spätere Unheil mitverantwortlich – den Aufstieg des Faschismus, den zweiten Weltkrieg und die heute drohende Gefahr eines neuen Weltbrandes.

Auswirkungen der Revolution auf die amerikanische Arbeiterbewegung

Der Ausbruch der großen russischen Revolution erfüllte die Massen in den Vereinigten Staaten wie in anderen Ländern allgemein mit Kampfstimmung, aber anders als in Osteuropa erreichte diese Stimmung nicht die Gewalt eines Orkans. Endlich war es den Arbeitern gelungen, in das verhaßte kapitalistische System eine Bresche zu schlagen, endlich hatten sie die Bahn zum Sozialismus freigemacht.

---

[*] LW 28, S. 232.

Selbst die konservativer eingestellten Arbeiterschichten begriffen, daß eine große Tat für die Freiheit vollbracht worden war. Auf den überfüllten Arbeiterversammlungen in den amerikanischen Städten, wo man nach jeder kleinsten Nachricht über die erste Arbeiterrepublik hungerte, erdröhnten die Säle von Beifall, wenn von den Bolschewiki und ihrem großen Führer Lenin die Rede war. Debs, der die Gabe besaß, dem Empfinden der einfachen Arbeiter revolutionären Ausdruck zu verleihen, erklärte: „Ich bin vom Scheitel bis zur Sohle Bolschewik, und ich bin stolz darauf. Der Tag des Volkes ist gekommen."[5] Die Hafenarbeiter in Seattle handelten im Geiste der Zeit, als sie die Verladung von Kriegsmaterial gegen Sowjetrußland durch Streik verhinderten. Die breiten Massen des amerikanischen Proletariats fühlten deutlich, daß der große Sieg in Rußland auch ihr Sieg war. Dies galt besonders für die Massen der eingewanderten Arbeiter.

Aber die opportunistischen Führer der amerikanischen Sozialdemokratie standen, wie ihre Gesinnungsgenossen in Europa, der russischen Revolution wesentlich anders gegenüber. Die oberste Führung der AFL zum Beispiel – eine Art unentwickelter Sozialdemokraten, die wegen der ideologischen [199:] Unreife der amerikanischen Arbeiterklasse nicht auf die demagogische Verwendung sozialistischer Parolen angewiesen sind[6] – lehnte die Revolution von Anfang an ab. Diese Werkzeuge der Kapitalisten bewiesen in ihrem Haß gegen den lebendigen Sozialismus einen ebenso unfehlbaren Instinkt wie die großen Monopolherren selbst. Der AFL-Kongreß von 1919 lehnte die Anerkennung der russischen Sowjetregierung ab, und die folgenden Kongresse, auf denen die Reaktion immer dreister wurde, überhäuften die Sowjets mit maßlosen Beschimpfungen und Verleumdungen. Von jener Zeit an bis in die jüngste Vergangenheit waren die führenden AFL-Bürokraten bei jedem Ausfall der Kapitalisten gegen die Sowjetunion die eifrigsten und schärfsten Hetzer.

Die Führer der Socialist Party waren anfangs vorsichtiger. Es waren zumeist Zentristen vom Schlage Hillquits, da die Masse der extremen Rechten nach dem vergeblichen Versuch, die Partei für eine kriegsfreundliche Politik zu gewinnen, ausgetreten war. Die zentristischen Opportunisten, die in der Tiefe ihrer Herzen die Sowjetherrschaft ebenfalls haßten und als unvereinbar mit ihren politischen Plänen und Programmen betrachteten, beschlossen trotz des Drucks der kämpferisch gesinnten einfachen Parteimitglieder eine Politik des Lavierens. Sie begrüßten also die Revolution mit gedämpftem Beifall und versprachen auf ihrem Parteitag von 1919, „die revolutionären Arbeiter Rußlands bei der Aufrechterhaltung ihres Sowjetregimes zu unterstützen"[7], was natürlich nicht ehrlich gemeint war. Unter dem Druck der einfachen Mitglieder legten sie auch formell Protest ein gegen die militärische Intervention der Ver-[200:]einigten Staaten und der anderen kapitalistischen Mächte in Sowjetrußland. Als dann aber ihre Behauptungen als heuchlerisch entlarvt wurden, entwickelten sich Hillquit und seine Gesinnungsgenossen zu ebenso erbitterten Gegnern der Sowjetunion, wie es ihre politischen Verwandten, die reaktionären AFL-Führer, waren. Hillquit nannte später das Sowjetregime „das größte Unheil und Unglück, das der sozialistischen Bewegung je begegnet ist".[8]

Die Linken bekämpften den Verrat Hillquits und seiner Gesinnungsgenossen an der russischen Revolution unermüdlich und machten den Massen nach besten Kräften die Bedeutung dieses gewaltigen politischen Vorstoßes für die Arbeiterklasse der Welt klar. Die aus dem linken Flügel der Socialist Party hervorgegangene Kommunistische Partei hat in den 32 Jahren ihres Bestehens niemals nachgelassen in dem Bemühen, den Arbeitermassen die positive Bedeutung dieses gewaltigen politischen Ereignisses verständlich zu machen.

---

5 "The Liberator", Mai 1919.

6 Lenin machte keinen wesentlichen Unterschied zwischen den AFL-Führern und den europäischen Rechtssozialisten. In seinem Brief an die Socialist Propaganda League zum Beispiel erklärte er im Jahre 1915: „Leute aber wie die Herren Legien in Deutschland und Gompers in den USA halten wir für Bourgeois, und ihre Politik ist in unseren Augen keine sozialistische, sondern eine nationalistische, bürgerliche Politik. Die Herren Legien, Gompers und ihresgleichen sind nicht Vertreter der Arbeiterklasse; sie vertreten lediglich die Aristokratie und Bürokratie der Arbeiterklasse." (W. I. Lenin, Werke, 4. Ausgabe, Bd. 21, S. 389 bis 390, russ. [LW 21, S. 434])

7 "American Labor Year Book", 1919/1920, S. 414.

8 "New Leader", 4. Februar 1928.

Die Lehren des Marxismus-Leninismus

Die Oktoberrevolution und der ihr vorausgegangene lange revolutionäre Kampf trugen außerordentlich viel zur Weiterentwicklung der marxistischen Gesellschaftswissenschaft bei. Dies offenbarte sich in der Tatsache der großen Revolution selbst und – untrennbar davon – in der hervorragenden wissenschaftlichen Tätigkeit Lenins. Sinn und Inhalt dieser ganzen theoretischen Entwicklung war die Weiterentwicklung des Marxismus zum Marxismus-Leninismus. Dies ist, vom wissenschaftlichen Standpunkt aus, das Bedeutsamste, was die russische Revolution für die Menschheit geleistet hat.

„Der Leninismus", sagt Stalin, „ist der Marxismus der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution."[9] Das theoretische Werk Lenins ist unter zwei Hauptgesichtspunkten zu betrachten. Erstens stellte Lenin die Prinzipien des Marxismus wieder her, wie sie bereits von Marx und Engels im „Kom-[201:]munistischen Manifest" und in ihren anderen Werken formuliert wurden. Diese Prinzipien hatten die rechten Theoretiker der II. Internationale im Laufe des vorangegangenen halben Jahrhunderts eifrig verwässert und begraben. Zweitens entwickelte Lenin den Marxismus weiter, indem er ihn durch die wichtigsten Lehren der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution ergänzte. Sein Werk wuchs sich zu einer geschlossenen Theorie der sozialistischen Revolution aus.

Was den ersten Gesichtspunkt betrifft, die Säuberung des Marxismus vom opportunistischen Revisionismus, so stellte Lenin die entscheidende These von Marx wieder her, daß der heutige Staat ein Unterdrückungsinstrument des Kapitalismus, der „Vollzugsausschuß der Kapitalistenklasse", ist, wodurch er die übliche sozialdemokratisch-revisionistische Auffassung, daß der moderne Staat unter dem Kapitalismus eine Art Volksstaat ohne ausgesprochene kapitalistische Klassenherrschaft sei, theoretisch widerlegte. Lenin bewies ferner, daß auch für unsere Zeit die grundlegende These von Marx gilt, wonach der kapitalistische Staat, weil die herrschende Klasse sich jedem demokratischen Fortschritt gewaltsam widersetzt, beseitigt werden muß, bevor der Sozialismus errichtet werden kann. Er erklärte das ganze rechtssozialistische Geschwätz, der Kapitalismus werde allmählich und Schritt für Schritt in den Sozialismus umgewandelt, für Opportunismus. Gleichzeitig zeigte Lenin auf, daß die bürgerlich-demokratische Revolution in die sozialistische Revolution hinüberwächst.

Lenin bewies auch unwiderleglich die prinzipielle Richtigkeit der Auffassung von Marx, daß die Diktatur des Proletariats die staatliche Form der Herrschaft der Arbeiterklasse im Sozialismus ist[10], und er erledigte den ganzen revisionistischen Unsinn vom Sozialismus – beziehungsweise von dem, was die Opportunisten fälschlich Sozialismus nennen – als einer bloßen Fortsetzung der bürgerlichen Demokratie in fortgeschrittenerer Form. Lenin brachte ferner in glänzender Weise das große marxistische Prinzip des Klassenkampfes wieder zur Geltung [202:] gegenüber dem Gefasel von der Zusammenarbeit der Klassen, was in Wirklichkeit auf die Unterwerfung der Arbeiterklasse unter die Klassenherrschaft der Kapitalisten hinausläuft, wozu die revisionistischen Theoretiker der II. Internationale die sozialistische Bewegung erniedrigt hatten. Schließlich – um nur noch dies über Lenins gewaltige Arbeit zur Wiederherstellung des Marxismus zu erwähnen – brachte er die von Marx formulierten Grundsätze des dialektischen Materialismus[11] wieder zur Geltung gegenüber der Konfusion des bürgerlichen Idealismus und Eklektizismus, die die heruntergekommenen sozialdemokratischen Theoretiker der II. Internationale von ihren bürgerlichen Vorbildern übernommen hatten.

Was den zweiten Hauptgesichtspunkt betrifft, unter dem Lenins theoretisches Werk zu betrachten ist, nämlich die Weiterentwicklung des Marxismus und seine Anwendung auf die zahlreichen Probleme des modernen Monopolkapitalismus und der proletarischen Revolution, so vollbrachte Lenin eine bewunderungswürdige theoretische Pionierarbeit. Wir können seine ungeheuren Leistungen auf diesem

---

9 J. Stalin, „Über die Grundlagen des Leninismus"; „Fragen des Leninismus", S. 10.

10 Siehe Karl Marx, „Kritik des Gothaer Programms"; Karl Marx und Friedrich Engels, Ausgewählte Schriften in zwei Bänden, Bd. II, S. 25. [MEW 19, S. 28]

11 Siehe W. I. Lenin, „Materialismus und Empiriokritizismus", Dietz Verlag, Berlin 1952. [LW 14] – J. Stalin, „Über dialektischen und historischen Materialismus"; „Fragen des Leninismus".

Gebiet hier nur knapp skizzieren. Lenin löste die entscheidende Aufgabe, den kapitalistischen Imperialismus zu analysieren, indem er die Gesamtstruktur des modernen Monopolkapitalismus kritisch untersuchte und den Nachweis führte, daß er der sterbende Kapitalismus, das letzte Stadium des kapitalistischen Systems ist. Dabei deckte Lenin die entscheidenden Ursachen des modernen Krieges auf. Diese allgemeine Analyse untermauerte er ferner mit seiner scharfsinnigen Entdeckung des Gesetzes von der ungleichmäßigen Entwicklung des Kapitalismus, welches erklärt, wie und warum die kapitalistischen Nationen, statt sich alle gleichmäßig zu entwickeln, in sehr verschiedenem Tempo wachsen, was zur Folge hat, daß sie ihre sich stetig verändernden politischen Beziehungen von Zeit zu Zeit durch Kriege neu regeln. Lenin bekämpfte auch erfolgreich die Ansicht der Bonzen von der II. Internationale, daß der Sozialismus zunächst in den am meisten industrialisierten Ländern kommen und, [203:] um sich durchzusetzen, außerdem in mehreren von ihnen zugleich errichtet werden müsse. Er bewies, daß der Sozialismus im Gegenteil in einem einzigen Lande errichtet werden könne, speziell in dem rückständigen und vorwiegend agrarischen Rußland. Zu dieser entscheidenden Frage lieferte auch Stalin später glänzende Beiträge. Während Lenin auf den wesentlich kriegerischen Charakter des Imperialismus hinwies, betonte er gleichzeitig die Notwendigkeit und die Möglichkeit des friedlichen Nebeneinanderbestehens kapitalistischer und sozialistischer Staaten in der Welt.

Gemeinsam mit Stalin entwickelte Lenin die Theorie der kolonialen und nationalen Befreiungsrevolution. Ebenso bewies er, daß die Kolonialvölker und das revolutionäre Proletariat der imperialistischen Länder unbedingt zusammenarbeiten müssen. Er widerlegte die gesamte revisionistische Theorie der Sozialdemokraten und deckte auch die revolutionären Möglichkeiten der Bauernschalt im Bunde mit dem Proletariat und unter dessen ausschließlicher Führung auf. Lenin, der als Stratege und Taktiker ebenso groß war wie als Theoretiker, schuf Klarheit über die Bedeutung der Teilforderungen, der Gewerkschaftsarbeit und des Parlamentarismus und löste so viele schwierige Probleme hinsichtlich der Mittel und Methoden im allgemeinen Kampf der Arbeiterklasse für den Sozialismus. In allen seinen Werken entlarvte Lenin gründlich die opportunistischen Sozialdemokraten. Er zeigte, daß sie an das kapitalistische System gebunden waren, und deckte die ökonomischen und politischen Ursachen dieser Erscheinung auf.

Die Krönung seines gewaltigen theoretischen Werkes war der Aufbau und die Organisierung der großen Kommunistischen Partei Rußlands, die das russische Volk bei seinem historischen Siege über den Kapitalismus führte. Lenin nannte sie „eine Partei von neuem, Typus“. ‘Diese Partei ist bei weitem die entwickeltste politische Organisation in der Geschichte der Menschheit. Die Kommunistische Partei setzt sich aus den besten und fortgeschrittensten Elementen der Arbeiterklasse, der Bauernschaft und der Intelligenz zusammen. In ihr herrscht strengste Disziplin und gleichzeitig weitestgehende Demokratie. Sie wendet eine gesunde Selbstkritik an, indem sie aus ihren [204:] eigenen Fehlern lernt, und das stärkt sie in jeder Phase und Etappe ihrer Arbeit. Ihre Mitglieder besitzen die edlen Eigenschaften des Mutes, der Hingabe an die Interessen des Sowjetvolkes und der Treue zu der großen Sache des Sozialismus. Diese große Partei, der Alpdruck der Kapitalisten und ihrer sozialdemokratischen Schleppenträger in der ganzen Welt, ist ein unvergängliches Denkmal der theoretischen und organisatorischen Fähigkeiten Lenins und auch des durch und durch revolutionären Geistes des Sowjetvolkes.

Lenin legte, wie Marx, die Ergebnisse seiner theoretischen Forschungen in zahlreichen hochbedeutenden Schriften nieder, und er sah, wiederum wie Marx, die größte Bestätigung seiner Schriften nicht nur in ihrer unerschütterlichen Beweisführung, sondern vor allem darin, daß sie die höchste Probe, die Bewährung im realen Leben, bestanden. Lenin schuf nicht nur revolutionäre Theorien, sondern er stand auch an der Spitze der Massen des russischen Volkes bei der Durchführung der größten Revolution in der Geschichte der Menschheit an Hand dieser Theorien. Sein engster Mitarbeiter bei diesem gewaltigen Werk war Stalin. Die Theorien von Lenin und Marx werden heute restlos bestätigt durch den gesamten Verlauf des politischen Geschehens in der Welt, durch den raschen Niedergang des Kapitalismus und den schnellen Aufstieg des Sozialismus.

Der Marxismus-Leninismus und die amerikanischen Marxisten

Der Marxismus-Leninismus ist universal in seiner Geltung. Er ist seinem Wesen nach ebenso international wie alle anderen Wissenschaften. Seine Prinzipien und politischen Konsequenzen gelten für alle Länder, in allen Stadien der kapitalistischen oder sozialistischen Entwicklung. Aber nach dem Ausspruch von Engels und den wiederholten Feststellungen aller kommunistischen Theoretiker ist der Marxismus-Leninismus kein Dogma, sondern eine Anleitung zum Handeln. Er darf nicht schematisch in jeder Situation, nicht als fertiges Allheilmittel angewandt werden. Der Wert des Marxismus-Leninismus kann in einem [205:] gegebenen Lande nur voll genutzt werden, wenn seine Prinzipien und politischen Konsequenzen der spezifischen Situation in diesem Lande elastisch angepaßt werden. Lenin bemerkte dazu im Jahre 1918: „... die Entwicklung der Revolution in den verschiedenen Ländern vollzieht sich in verschiedenen Formen und in verschiedenem Tempo (und kann sich nicht anders vollziehen).“[12]

Der Marxismus-Leninismus beeinflußte die linkssozialistische Bewegung in den Vereinigten Staaten nicht nur durch das praktische Beispiel der russischen Revolution und der wichtigsten Schriften Lenins, sondern auch durch direkte Ratschläge von seiten Lenins selbst. Lenin kannte die Verhältnisse in Amerika gründlich und interessierte sich außerordentlich dafür. Er schrieb ein grundlegendes Werk über die amerikanische Landwirtschaft[13], und zweimal wandte er sich mit einem bedeutsamen politischen Brief direkt an die amerikanische Arbeiterklasse – das erstemal im Jahre 1915 in Beantwortung eines Manifests der Socialist Propaganda League und das zweite Mal im Jahre 1918 in seinem berühmten „Brief an die amerikanischen Arbeiter“. Auch in den ersten Jahren der Kommunistischen Internationale äußerte sich Lenin häufig zur „amerikanischen Frage“.

Der fördernde Einfluß des Marxismus-Leninismus auf die amerikanischen Marxisten war gewaltig. Lenin gab die entscheidenden Antworten auf zahlreiche komplizierte Probleme der Theorie und Praxis, die die amerikanische sozialistische Bewegung jahrzehntelang verwirrt und gelähmt hatten. Diese Klärung wirkte sich nicht nur vernichtend gegen die Sophismen der Rechten aus, sondern trug auch dazu bei, daß die traditionellen sektiererischen Irrtümer der Linken ausgemerzt wurden. Lenin widerlegte die syndikalistischen und sektiererischen Theorien De Leons, die die Linken seit dem Tode von Engels vor fast einem Vierteljahrhundert beherrscht und ihnen schwer zu schaffen gemacht hatten. Lenin gab dem Kampf der Linken [206:] gegen die Gompers-Bürokratie in den Gewerkschaften eine feste theoretische Basis, und er widerlegte auch die pseudosozialistischen Prätensionen aller Sektionen der rechten Sozialdemokraten, einschließlich der Richtungen Bernsteins und Kautskys. Dadurch wurde die marxistische Bewegung in Amerika gereinigt und gefestigt.

Ganz besonders wichtig vom amerikanischen Standpunkt aus war Lenins wissenschaftliche Analyse des Imperialismus. Mit größtem Nachdruck wies Lenin auf die qualitativen Unterschiede hin, die sich in der Gesamtstruktur des Kapitalismus mit der Entwicklung der Monopole herausbilden. Früher hatten die Linken, ohne sich in dieser Frage von den Rechten klar zu distanzieren, dazu geneigt, die Entwicklung der Monopole als einen rein quantitativen Vorgang im Kapitalismus und ihren „Expansionismus“ (Imperialismus) nur als eine politische Nebenerscheinung und nicht als entscheidenden Ausdruck des Monopolkapitalismus zu betrachten. Dieser Irrtum führte zu einer weitgehenden Unterschätzung des aggressiven Charakters, der reaktionären Ziele und der kriegerischen Neigungen des Imperialismus. Lenin schuf Klarheit in diesem Wirrwarr.[14]

Lenin schuf auch Klarheit darüber, daß nur der politische Massenkampf zum Sozialismus führt. Dadurch erledigte er die in Amerika weit verbreiteten syndikalistischen Ideen De Leons, daß die Arbeiter durch „Aussperrung der Kapitalisten“ oder einfach durch einen Generalstreik zur Macht gelangen würden, und ähnliche Illusionen. Er zerschlug auch die früher von allen Sektionen der amerikanischen

---

12 W. I. Lenin, „Brief an die amerikanischen Arbeiter“; „Über den Kampf um den Frieden“, S. 215. [LW 28, S. 61]

13 Siehe W. I. Lenin, „Neue Daten über die Entwicklungsgesetze des Kapitalismus in der Landwirtschaft“; Werke, 4. Ausg., Bd. 22, russ. [LW, S. 5 ff.]

14 Siehe W. I. Lenin, „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“; Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Bd. I, S. 767-875. [LW 22, S. 189-309]

Linken fast einmütig vertretene Auffassung, daß die Partei sich nach der Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiter selbst auflösen werde und die Gewerkschaften die Leitung des Wirtschaftslebens und der gesamten Gesellschaft übernehmen würden. Mit der Realität der russischen Revolution hinter sich, gab Lenin eine klare Darstellung der sowjetischen Form der Diktatur des Proletariats, wies er darauf hin, daß sie unvergleichlich demokratischer ist als die bürgerliche Diktatur, und betonte er die entscheidende Bedeutung der führenden Rolle der Partei in jeder [207:] Etappe des Kampfes, sowohl vor dem Sozialismus als auch im Sozialismus.[15] In seiner meisterhaften Analyse der nationalen Frage schuf Lenin auch in fruchtbarer Zusammenarbeit mit Stalin die Grundlage für ein richtiges Verständnis der Negerfrage in den Vereinigten Staaten, ein Problem, das unter den Linken bis dahin viel Verwirrung gestiftet hatte. Mit seiner hochbedeutsamen Feststellung, daß es ohne revolutionäre Theorie keine revolutionäre Bewegung geben könne, führte Lenin auch einen wirksamen Schlag gegen die traditionelle amerikanische Tendenz, die Bedeutung der Theorie herabzusetzen.

Neben seinen vielen anderen Beiträgen zur amerikanischen revolutionären Bewegung klärte Lenin auch die Frage der Rolle der Farmer, eine Frage, die in der Politik der Socialist Labor Party und der Socialist Party immer eine schwache Stelle gewesen war, besonders seit dem Auftreten De Leons. Lenin betonte die dringende Notwendigkeit der Zusammenarbeit der Arbeiterschaft mit den unterdrückten und ausgebeuteten Schichten dieser Werktätigen und zeigte die entscheidenden Bedingungen auf, unter denen eine solche Zusammenarbeit bei führender Rolle der. Arbeiterklasse zu verwirklichen war. Durch seine energische Ablehnung des Sektierertums und seine außerordentliche Fähigkeit, alle verborgenen Möglichkeiten auszuschöpfen, um die antikapitalistischen Kräfte zu mobilisieren, schuf Lenin auch die Grundlage für eine Klärung in der Frage der Arbeiterpartei. Er durchbrach die lähmende Politik De Leons, die Beteiligung an den elementaren Bewegungen der breiten Massen abzulehnen, und sprach sich kategorisch, wie schon Engels lange vor ihm, für die Teilnahme an solchen Bewegungen aus. Ebenso schuf Lenin Klarheit in der verzwickten Frage der politischen Teilforderungen, die unter den Linken, besonders während der geistigen Bevormundung durch De Leon, seit Jahren ein Zankapfel gewesen war. Tatsächlich hatte Lenin diese Frage in der russischen Praxis lange vor der bolschewistischen Revolution völlig geklärt. Er zeigte, daß Teilforderungen einen wesentlichen Bestandteil des gesamten Kampfes der Arbeiter bilden. Stalin weist in seinen „Grund-[208:]lagen des Leninismus“ darauf hin, daß Reformen Nebenprodukte des revolutionären Kampfes sind und im Kampf für den Sozialismus angewendet werden können und müssen.

Auch in der Frage der Religion schuf Lenin Klarheit unter den amerikanischen Marxisten. Die Politik der Socialist Party war in dieser Angelegenheit von Anfang an unklar. Die einen setzten sich für einen kleinbürgerlichen „christlichen Sozialismus“ ein, die anderen betrachteten es als Hauptaufgabe der Partei, „Gott aus der Welt zu schaffen“. Lenin wies immer wieder auf die Feststellung von Marx hin, daß „Religion Opium für das Volk ist“*, und betonte die Klassenrolle der Religion bei der Ausbeutung der Arbeiter. Er erklärte: „Wir fordern, daß die Religion dem Staat gegenüber Privatsache sei, können sie aber keinesfalls unserer eigenen Partei gegenüber als Privatsache betrachten.“[16] Lenin bestand einerseits auf völliger Trennung von Kirche und Staat und anderseits auf einer Aufklärungskampagne seitens der Partei. Jedoch müsse die Propaganda des Atheismus durch die Sozialdemokratie einer wichtigeren Aufgabe *untergeordnet* werden – der Entwicklung des Klassenkampfes der ausgebeuteten Massen gegen die Ausbeuter. Die Partei solle den Atheismus nicht in ihr Programm aufnehmen. Sie müsse jedoch religiös gesinnte Arbeiter als Mitglieder zulassen und sie dann zu einer wissenschaftlichen Lebensanschauung erziehen.[17]

Als großer Parteischöpfer belehrte Lenin in seinen Schriften die amerikanischen Linken über die Struktur, die Praxis und die Rolle der kommunistischen Partei. In dieser Beziehung klärte er auch

---

15 Siehe W. I. Lenin, „Staat und Revolution“; Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Bd. II, S. 158-253. [LW 25, S. 393-507]

* Nicht korrekt. Marx schrieb: „Die Religion ist der Seufzer der bedrängten Kreatur, das Gemüt einer herzlosen Welt, wie sie der Geist geistloser Zustände ist. Sie ist das *Opium* des Volks.“ [MEW 1, S- 378]

16 W. I. Lenin, Marx-Engels-Marxismus, S. 115. [LW 10, S. 71.]

17 Siehe ebenda, S. 114-119. [Ebenda, S. 70-75]

viele Probleme, die den Linken jahrelang Kopfschmerzen gemacht und sie behindert hatten. Seine grundlegende Lehre von der Partei war für die Vereinigten Staaten besonders notwendig, weil hier seit langem syndikalistische und halbsyndikalistische Ideen vorherrschten, deren Wesen die Herabsetzung der Partei und die Unterschätzung der politischen Tätigkeit war.

Zu all diesen großen Beiträgen Lenins für die amerikanische Arbeiterbewegung muß wenigstens noch einer hinzugefügt [209:] werden. Lenin war es vor allen anderen, der endlich der chronischen amerikanischen sektiererischen Krankheit, der Illusion über die Parallelgewerkschaften, zu Leibe ging. Wie wir schon gesehen haben, waren die amerikanischen Linken seit der Zeit der American Railway Union von Debs (1894) und der Socialist ‚Trades and Labor Alliance De Leons (1895) von der Idee besessen, daß man zur Revolutionierung der Arbeiterbewegung durch den Austritt aus den konservativen Gewerkschaften und die Organisierung unabhängiger, theoretisch vollkommener Industriegewerkschaften gelange. Die allgemeine Folge dieser Politik war gewesen, daß die Gompers-Bürokratie die wichtigsten wirtschaftlichen Massenorganisationen der Arbeiterklasse praktisch unangefochten in der Hand behielt und die aktiven und kämpferischen linken Gewerkschafter ihre Kräfte auf zahllose utopische Industriegewerkschaftsprojekte verschwendeten.

Lenin war 1908 dem Problem der Abwendung von den Gewerkschaften in Rußland bei den Otsowisten[18], einer Gruppe unter den Bolschewiki, begegnet. Abgesehen von anderen falschen Tendenzen lehnten es diese Leute ab, in den Arbeitergewerkschaften und anderen legalen Vereinigungen zu arbeiten. Lenin mit seiner glänzenden Gabe, sofort den Kern eines Problems zu erfassen und es so durch eine eindringende Analyse Fein für allemal zu klären, sagte den Otsowisten unversöhnlichen Kampf an und zerstörte ihre Position völlig.[19] Er übte nochmals heftigste Kritik an dieser besonderen sektiererischen, abstentionistischen Tendenz bald nach dem Beginn der russischen Revolution, als die „Ultralinken“ in Deutschland, Holland, England und anderen europäischen Ländern im Überschwang ihrer revolutionären Begeisterung die Arbeit in den alten Gewerkschaften ungeduldig ablehnten und mit der Gründung neuer revolutionärer Arbeiterorganisationen den Weg abzukürzen suchten. Lenin kritisierte dies Verfahren heftig als eine [210:] bedenkliche Form von Sektierertum. Er erklärte: „Nicht in den reaktionären Gewerkschaften arbeiten heißt die ungenügend entwickelten oder rückständigen Arbeitermassen dem Einfluß der reaktionären Führer, der Agenten der Bourgeoisie, der Arbeiteraristokraten oder der ‚verbürgerten Arbeiter‘... überlassen.“[20] Diese Kritik war doppelt und dreifach berechtigt in bezug auf die Vereinigten Staaten, wo der Fehler der Gewerkschaftsspaltung unter den Linken seit Jahren fast unbestritten praktiziert wurde und der revolutionären Bewegung unberechenbaren Schaden zufügte.

Bei seinen Bemühungen um eine richtige politische Linie kämpfte Lenin an zwei Fronten, das heißt, er wandte sich sowohl gegen die rechte Gefahr als auch gegen alle Formen des Pseudoradikalismus. Dieser Zweifrontenkampf war besonders notwendig in den Vereinigten Staaten, wo der rechte Fehler des amerikanischen Exzeptionalismus und das „linke“ Sektierertum seit jeher fest verwurzelt waren.

Das zählebige Sektierertum der Linken war im wesentlichen eine unreife politische Reaktion gegen den extremen Opportunismus der Führer der AFL und der Socialist Party, der aus den besonders korrumpierenden Einflüssen des politischen Lebens in den Vereinigten Staaten erwuchs. Die falsche Gewerkschaftspolitik der Linken, ihre ablehnende Haltung in der Frage der Arbeiterpartei, ihre Gleichgültigkeit gegenüber den Farmern und in der Frage der Tagesforderungen, ihr Antiparlamentarismus und ihr sonstiges ultrarevolutionäres Gebaren waren als abgekürztes Verfahren zur Schaffung starker Gewerkschaften, einer kämpferischen Arbeiterpartei und einer sozialistischen Massenideologie gedacht. Ein historisch bedingter Einfluß, der das Sektierertum der Linken hervorrief, war auch der Druck der großen Masse von eingewanderten Arbeitern, die in das ökonomische, politische und soziale Leben der Vereinigten Staaten noch nicht richtig hineingewachsen waren.

---

18 Otsowisten nannte man einen Teil früherer Bolschewiki, die die Abberufung der Arbeiterdeputierten aus der Reichsduma und überhaupt die Einstellung jeder Arbeit in den legalen Organisationen forderten. *Die Red.*

19 Siehe „Geschichte der KPdSU (B)“, S. 170/171.

20 W. I. Lenin, „Der ‚linke Radikalismus‘, die Kinderkrankheit im Kommunismus“; Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Bd. II, S. 699. [LW 31, S. 38]

Bedeutungsvoll in dieser Hinsicht war ferner die Tatsache, daß die amerikanische marxistische Bewegung in der imperia-[211:]listischen Epoche keinen überragenden marxistischen Theoretiker hervorgebracht hatte, der die vielen verwickelten Probleme, denen die Arbeiterklasse gegenüberstand, schnell und gründlich hätte lösen können. Viele Jahre lang, etwa seit 1890, war der große Lenin damit beschäftigt, den Marxismus zum Marxismus-Leninismus weiterzuentwickeln und den Kern der späteren starken bolschewistischen Partei zu schaffen. In dieser Zeit wurden die amerikanischen Sozialisten bei äußerst schwierigen objektiven Verhältnissen in ihrer Entwicklung stark behindert durch den mächtigen revisionistischen Einfluß des ultralinken Sektierers und halbsyndikalistischen Theoretikers De Leon.

Die plötzliche Einwirkung der tiefdringenden und umfassenden Schriften Lenins in Verbindung mit der eindrucksvollen Realität der russischen Revolution revolutionierte das Denken der Marxisten in den Vereinigten Staaten. Die Linken kamen rasch dem wissenschaftlichen Kommunismus näher. Alexander Bittelman bemerkt dazu: „Die Entstehungsperiode in der Geschichte unserer Partei erscheint als eine Entwicklung vom Linkssozialismus zum Kommunismus. Das Wesen dieser Entwicklung bestand darin, daß der linke Flügel der Socialist Party (1918/1919) sich allmählich durch immer engere Annäherung an die Positionen des Marxismus-Leninismus von den Schwankungen zwischen Reformismus und ultralinkem Radikalismus frei machte.“[21]

. Der Marxismus-Leninismus galt offensichtlich uneingeschränkt auch für die Vereinigten Staaten, allerdings nicht schematisch. Denn die Vereinigten Staaten stellen keine „Ausnahme“ dar; sie sind Fleisch vom Fleische und Blut vom Blute des weltkapitalistischen Systems und sind den Gesetzen des Aufstiegs und des Niedergangs dieses Systems unterworfen. Aber die Anwendung der wissenschaftlichen Prinzipien des Marxismus-Leninismus auf die spezifischen Verhältnisse der Vereinigten Staaten, um den Kampf der amerikanischen Arbeiter für ein besseres Leben in allen seinen Etappen zu verstärken, war eine Aufgabe von gewaltigen Ausmaßen, und es sollten dabei, wie [212:] sich in der Folge zeigte, viele Fehler gemacht werden. Das alteingewurzelte falsche Denken und Sektierertum waren nicht von heute auf morgen zu überwinden. Die Schaffung einer reifen kommunistischen Partei ist in jedem kapitalistischen Lande eine sehr schwierige politische Aufgabe, ganz besonders schwierig aber ist sie in den Vereinigten Staaten der Hochburg des Weltkapitalismus.

---

21 Alexander Bittelman, “Milestones in the History of the Communist Party”, New York 1937, S. 27.

[213:]

11
DIE SPALTUNG IN DER SOCIALIST PARTY
(1919)

Die. Spaltung in der Socialist Party, deren Folge die Entstehung der Kommunistischen Partei war, wurde im Herbst 1919 akut. Sie entsprang dem langwierigen Kampf zwischen den Rechten und den Linken, der in der Partei seit ihrer Gründung im Jahre 1901 mit. ständig zunehmender Heftigkeit getobt hatte. Im Laufe der Zeit hatte dieser Kampf sich um viele Fragen gedreht und praktisch jeden Abschnitt des Parteiprogramms, die Tagespolitik der Partei und ihre Zusammensetzung betroffen. Es war der Kampf des streitbaren proletarischen linken Flügels der Partei, der die Socialist Party zu einer Kampfpartei der Arbeiterklasse machen wollte, gegen die opportunistischen Rechten, die sie zu einer kleinbürgerlichen Reformpartei zu machen suchten. Daß diese beiden unvereinbaren Gruppen sich schließlich als getrennte Parteien konstituierten, war unvermeidlich.

Der Verlauf der innerparteilichen Kämpfe

Wir haben in der vorliegenden Darstellung einige der wichtigsten Punkte dieses langen und immer heftiger werdenden Kampfes innerhalb der Socialist Party bereits kurz erwähnt. Dazu gehörten das zähe Ringen gegen die Vorherrschaft der kleinbürgerlichen Opportunisten in der Partei, der jahrelange Kampf gegen Bergers „Milwaukee-Sozialismus“, der Kampf gegen die Gompersfreunde in der Parteiführung, die hartnäckigen Bemühungen der Linken um die Aktivierung der Sozialisten im Zusammenhang mit Streiks, politischen Prozessen [214:] gegen Arbeiter und anderen Erscheinungsformen des Klassenkampfes, der Kampf gegen den Rassenchauvinismus und die Unterdrückung der Neger, das Ringen um die gewerkschaftliche Organisierung der Unorganisierten, die endlosen Debatten über die Frage der Industriegewerkschaften, die Bemühungen um eine energische Antikriegspolitik und die Versuche, die Partei zu einer richtigen Stellungnahme gegenüber der russischen Revolution zu bewegen. Es war ein ständiger Kampf des aktiven linken Flügels gegen die unverschämten und aggressiven Anhänger Bernsteins, die korrupte Gompers-Bürokratie und die hinterhältigen Anhänger Kautskys für eine kämpferische marxistische Politik und Partei.

Gegen Ende des ersten Weltkriegs gab es in der obersten Parteiführung zwei opportunistische Gruppen. Zu den typischen Vertretern der einen, den extremen Rechten und erklärten Anhängern Bernsteins, die allerdings durch die Spaltung des rechten Flügels in der Kriegsfrage geschwächt waren, gehörten Berger, Cahan, Germer, Hayes, Van Lear, Stit Wilson, Harriman und andere. Die zweite Gruppe, die zentristischen Kautsky-Anhänger, die revolutionäre Phrasen droschen, es aber an revolutionären Taten fehlen ließen, war durch Hillquit, Oneal und Lee vertreten. Im Verlauf des Kampfes gegen die Linken verschmolzen diese beiden Gruppen mehr und mehr zu einem umfassenden rechten Flügel, entschlossen, es um jeden Preis zu verhindern, daß die Partei zu einer sozialistischen Kampforganisation wurde.

Die ständigen inneren Auseinandersetzungen führten mit den Jahren, wie wir gesehen haben, zu zahlreichen heftigen politisch-organisatorischen Zusammenstößen zwischen den Rechten und den Linken. In der Frühzeit der Partei gab es in vielen Städten und Staaten erbitterte örtliche Kämpfe, so in Texas, Nebraska, Oklahoma und besonders in Washington im Jahre 1909. Dann kam auf dem Parteitag von 1912 in Indianapolis die große allgemeine Debatte über die strittige Frage, ob die Partei die Anwendung der Sabotage im Klassenkampf ablehnen solle. Darauf folgten im Jahre 1917 die Auseinandersetzungen auf dem Außerordentlichen Parteitag in St. Louis und danach, bei denen der Hauptstreitpunkt die Einstellung der Partei [215:] zum Kriege war. Schließlich kam im Jahre 1919 der entscheidende Parteitag in Chicago, auf dem es um die Existenz und die Linie der Partei überhaupt ging.

Im Verlauf dieser langwierigen Kämpfe war der linke Flügel, wenn es ihm auch nicht gelang, die Partei in die Hand zu bekommen, politisch gefestigter und reifer geworden. Zwar war er noch immer weitgehend eine Beute des „linken“ Sektierertums, hatte aber trotzdem in vielen Fragen Klarheit gewonnen. Auch organisatorisch entwickelte er sich gut. Daß er mehr und mehr zu einem Faktor von

nationaler Bedeutung wurde, offenbarte sich in seinem festen Zusammenschluß um die "International Socialist Review" in der Vorkriegszeit und, nachdem die Zeitschrift während des Krieges ihr Erscheinen hatte einstellen müssen, um die Socialist Propaganda League, die im November 1916 in Boston unter der Führung S. J. Rutgers (der später in seine Heimat, nach Holland, zurückkehrte) gegründet worden war. In Chicago schließlich, im September 1919, konstituierte sich der linke Flügel als unabhängige politische Organisation. Dies war eine geschichtliche politische Notwendigkeit. Die amerikanische kommunistische Bewegung, ihrem Wesen nach das Produkt einer langen Entwicklung im Rahmen der heftigen Klassenkämpfe in den Vereinigten Staaten, hatte endlich ihr natürliches Ziel erreicht und wurde eine selbständige Partei.

Die unmittelbaren Ursachen der Spaltung von 1919

Verschiedene starke politische Faktoren wirkten zusammen, um die Spaltung in der Socialist Party gerade zu diesem Zeitpunkt herbeizuführen. In ihrem Wesen waren sie Auswirkungen des ersten Weltkrieges und der russischen Revolution. Die Vereinigten Staaten mit ihren ganz besonderen Verhältnissen wurden durch diese entscheidenden Ereignisse, die die Gesamtstruktur des Weltkapitalismus untergruben, aufs heftigste erschüttert. Diese Erschütterung offenbarte sich unter anderem in dem Zerfall der Socialist Party und der Entstehung der Kommunistischen Partei (Communist Party).

[216:] Ein wesentlicher Faktor, der unmittelbar zur Spaltung der Partei führte, war die heftige Unzufriedenheit der einfachen Mitglieder über die Art, in der die opportunistische Parteiführung die Frage des Krieges behandelt hatte. Diese Unzufriedenheit richtete sich nicht nur gegen die aus der Partei austretenden kriegsfreundlichen Führer der Rechten, sondern auch gegen die Hillquit-Gruppe. Nach dem Parteitag von St. Louis mit seiner energischen Resolution gegen den Krieg hatte große Begeisterung geherrscht, und sogar der linke Flügel hatte sich von der kriegsgegnerischen Demagogie Hillquits einfangen lassen. Bald danach aber begann die Enttäuschung unter den Linken, weil viele Parteiführer, die für die Resolution von St. Louis gestimmt hatten, sie entweder nicht praktisch durchführten oder sogar den Krieg offen unterstützten. Diese Haltung empörte die proletarischen Mitglieder, die leidenschaftlich einen energischen Kampf der Partei gegen den imperialistischen Krieg ersehnten, aufs äußerste.

Zu dieser Unzufriedenheit der einfachen Mitglieder kam die noch größere Empörung der Linken über die kompromißlerische Art, in der die rechte und zentristische Führung um Hillquit die zentrale Frage der russischen Revolution behandelte. Die kämpferischen Parteimitglieder betrachteten die russische Revolution mit Recht als einen gewaltigen sozialistischen Sieg der russischen Arbeiterklasse, und sie waren entschlossen, sie mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln gegen die militärische Intervention und die sonstigen Angriffe der amerikanischen Kapitalisten zu unterstützen und zu verteidigen. Infolgedessen erkannten die proletarischen Parteimitglieder bald, daß Hillquit und seine Gesinnungsgenossen in der Parteiführung mit ihren zweideutigen opportunistischen Sympathieerklärungen für das Sowjetregime und mit ihren schwachen Protesten gegen die amerikanische Intervention in Sowjetrußland in Wirklichkeit Feinde der russischen Revolution waren.

Geschürt wurde der Brand des Parteizwistes noch durch die spezielle Kontroverse über die Frage der internationalen Bindungen der Partei. Diese Kontroverse entwickelte sich während des Krieges im Zusammenhang mit den Konferenzen von Zim-[217:]merwald und Kiental, wobei der linke Flügel darauf drängte, Lenins Kampf für eine richtige internationale Politik. der Arbeiterklasse aktiv zu unterstützen. Sie wurde noch heftiger, als in Moskau unter der unmittelbaren Führung Lenins vom 2. bis 6. März 1919 neunzehn linksorientierte Gruppen und Parteien die III. oder Kommunistische Internationale gründeten.[1] Das war eine unumgängliche Entwicklung, die sich aus der gesamten internationalen Lage ergab, nachdem die II. Internationale durch den Verrat ihrer Führer im Kriege zusammengebrochen war und die revolutionären Arbeiter Europas in Bewegung geraten waren und eine neue internationale Organisation forderten.

---

1 Inoffizieller Vertreter auf dem Gründungskongreß der Komintern war Boris Reinstein.

Der linke Flügel der amerikanischen Socialist Party drängte darauf, daß sich die Partei der Kommunistischen Internationale anschloß. Abermals jedoch bemühte sich die aalglatte Clique um Hillquit, während sie sich über die neue Organisation sehr sanft äußerte, eifrig, die zusammengebrochene II. Internationale wieder auf die Beine zu stellen. Sie wählte Delegierte für die geplante Stockholmer Konferenz von 1917 (die niemals zustande kam) und unterstützte auch die Berner Konferenz vom September 1918. Beide Konferenzen waren dazu bestimmt, die tote II. Internationale wieder auszugraben. Diese Schritte riefen heftige Empörung in der Socialist Party der Vereinigten Staaten hervor.

Ein weiterer Faktor, der die innerparteiliche Spannung verstärkte, war die dringende Notwendigkeit, ein Kampfprogramm zur Unterstützung der damaligen gewaltigen Kämpfe der Arbeiter und zur Abwehr der Nachkriegsoffensive der Unternehmer zu entwickeln. Es war die Zeit der Generalstreiks von Seattle (Januar 1919) und Winnipeg (April 1919) und des großen Stahlarbeiterstreiks (September 1919). Viele andere Streiks kündigten sich drohend an. Auch die Unternehmer rüsteten offensichtlich auf allen Seiten zu einer aggressiven Kampagne gegen die Arbeiterschaft.

Die opportunistische Hillquit-Clique war zur größten Unzufriedenheit der einfachen Mitglieder gänzlich unfähig, ein [218:] energisches Aktionsprogramm aufzustellen, um der Partei die Führung in den sich damals entwickelnden gewaltigen Klassenkämpfen zu verschaffen.

Das Kräfteverhältnis in der Partei

Die Position des linken Flügels bei den sich verschärfenden inneren Auseinandersetzungen war stark. Im Kampf gegen den Krieg hatten seine Anhänger viel gelernt, und auch die große russische Revolution erfüllte sie mit hoher Begeisterung. Sehr wesentlich für die ideologische Festigung des linken Flügels in dieser kritischen Situation war das erstmalige Erscheinen solch grundlegender Werke Lenins wie „Brief an die amerikanischen Arbeiter“, „Staat und Revolution“ und „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ in den Vereinigten Staaten in den Jahren 1918 und 1919.

Die Linken hatten eine klare Mehrheit der Mitgliedschaft hinter sich. Sie waren in allen Sektionen der Partei stark, aber ihre Hochburgen waren New York, Ohio, Michigan, Illinois, Massachusetts und besonders die „Sprachföderationen“. Von diesen war die Russian Socialist Federation mit etwa 8000 Mitgliedern die größte und aktivste. Die Mitgliederzahl der Partei war von 80.379 im Jahre 1917 auf 104.822 in den ersten Monaten des Jahres 1919 gestiegen, und die meisten neuen Mitglieder, von den Föderationen geworbene Arbeiter, waren entschieden links eingestellt.

Was die Parteipresse betrifft, so gelang es der rechten Führung schließlich, den in New York erscheinenden “Call” und die meisten anderen Blätter in englischer Sprache in die Hand zu bekommen. Die nichtenglische Presse jedoch unterstützte fast geschlossen den linken Flügel, mit der bemerkenswerten Ausnahme des “Jewish Daily Forward”. Im Laufe des Kampfes gründete der linke Flügel mehrere neue Zeitungen in englischer Sprache. Die wichtigsten waren “The Class Struggle” (1917) und “The Communist” (1919) in New York, “The Revolutionary Age” (1918) in Boston, “The Proletarian” (1918) und “The Communist” (1919) in Chicago sowie “The Socialist News” [219:] in Cleveland. Als Zentralorgan des linken Flügels der Socialist Party fungierte “The Revolutionary Age”,

In den letzten Jahren hatte der linke Flügel auch zahlreiche neue Führer hervorgebracht. Die bedeutendsten von ihnen waren Charles E. Ruthenberg aus Cleveland und John Reed aus New York. Diese neuen Führer boten die Gewähr dafür, daß sie für ein richtiges Programm kämpfen würden. Debs, der alte Führer des linken Flügels, äußerte sich zwar energisch gegen den Krieg und für die russische Revolution und unterstützte die Politik der Linken auch auf anderen Gebieten, aber den unerläßlichen Kampf gegen die Rechten, die die leitenden Posten in der Partei innehatten, lehnte er ab. Haywood gehörte nicht nur der Partei, sondern auch den IWW an.

Der rechte Flügel der Partei befand sich im Gegensatz zum linken Flügel in einer sehr schwierigen Lage. Er war klar in der Minderheit, und außerdem hatte er durch den Abfall der .kriegsfreundlichen Elemente im Kriege viele seiner fähigsten Schriftsteller und Redner verloren. Aber was den Rechten an Zahl und Fähigkeiten mangelte, hofften sie dadurch auszugleichen, daß sie von ihren Schlüsselstellungen in der Partei rücksichtslos Gebrauch machten. Wie alle Reaktionäre in solchen Situationen,

waren sie fest entschlossen, sich über den demokratischen Willen der Mitgliedschaft mit Gewalt hinwegzusetzen und die Parteiführung um jeden Preis in der Hand zu behalten.

Die Durchsetzung ihres Programms suchten die Linken, als der Kampf heftiger wurde, mit Hilfe der Parteidemokratie zu erreichen. Aber die Führung um Hillquit und Berger, die mit dem Kopf durch die Wand ging, wollte unter diesen Umständen von Parteidemokratie nichts wissen. "The Revolutionary Age" kennzeichnete die Situation folgendermaßen: „Die Losung der Gemäßigten lautet: Spaltet die Partei im Interesse des gemäßigten Sozialismus! Die Losung der Linken lautet: Erobert die Partei für den revolutionären Sozialismus – für die Kommunistische Internationale!"[2] Unter diesen Parolen wurde der Kampf geführt. Da der rechte Flügel die Parteidemokratie völlig mißachtete, war die Spaltung unvermeidlich.

[220:]

Der Verlauf des Kampfes

Zu Beginn des entscheidenden Jahres 1919 wurde der innerparteiliche Kampf immer heftiger. Die Hauptstreitfragen zwischen den beiden großen Gruppen in der Partei hatten sich klar herauskristallisiert – Klassenkampf gegen Zusammenarbeit der Klassen, proletarischer Internationalismus gegen nationalen Chauvinismus, proletarische Diktatur gegen bürgerliche Demokratie, die III. Internationale gegen die II. Internationale.

In New York machte der linke Flügel rasche Fortschritte in der Gewinnung von Ortsgruppen, aber diese wurden von den Parteifunktionären sofort reorganisiert und unter rechter Führung gesiebt. Trotzdem kamen die Ortsgruppen Brooklyn, Bronx und Queens bald unter linke Führung. Als das von Julius Gerber beherrschte Zentralkomitee der Groß-New-Yorker Ortsgruppen der Socialist Party es ablehnte, den sozialistischen Stadträten wegen ihrer Unterstützung des Krieges eine Rüge zu erteilen, versammelten sich die Vertreter von zwanzig linksorientierten Ortsgruppen aus verschiedenen Teilen der Stadt am 15. Februar 1919 zu einer Konferenz, um zur Tat zu schreiten. Nach Referaten von John Reed, Jim Larkin, Rose Pastor Stokes und Vertretern verschiedener Föderationen konstituierte sich die Konferenz als Linker Flügel der Socialist Party und wählte Funktionäre. Die Konferenz beschloß ferner, ein Manifest zu veröffentlichen[3] und eine Zeitung herauszugeben, die am 19. April 1919 als "New York Communist" unter der Chefredaktion von John Reed erschien. Man kann sagen, daß der linke Flügel zu diesem Zeitpunkt erstmalig als Organisation in Erscheinung getreten ist. Chicago, Boston, Cleveland und andere Städte übernahmen das New-Yorker Manifest als Grundlage ihrer Politik und schlossen sich dem Beispiel New Yorks bald an.

Inzwischen kam es im Landesmaßstab zu schnell aufeinanderfolgenden bedeutsamen Ereignissen. Zunächst hatte der linke Flügel in Beantwortung der Einladung zu dem für März in Mos-[221:]kau geplanten Gründungskongreß der Kommunistischen Internationale der Partei rechtzeitig einen Antrag zur Abstimmung unterbreitet, in dem es hieß: „Die Socialist Party beteiligt sich an einem internationalen Kongreß oder einer internationalen Konferenz, die von der Kommunistischen Partei Rußlands und der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) einberufen wird oder an der diese Organisationen teilnehmen." Die Abstimmung ergab eine gewaltige Mehrheit für den Antrag, aber der verschlagene Hillquit hielt die Ergebnisse bis Mai zurück, zwei Monate nach dem Gründungskongreß der Komintern.

Dann kamen die Parteiwahlen im Landesmaßstab, die ebenfalls, wie üblich, durch allgemeine Abstimmung durchgeführt wurden. Sie fanden zu Beginn des Frühjahrs 1919 statt und erbrachten einen überwältigenden Sieg für den linken Flügel. Selbst so prominente Führer des rechten Flügels wie Hillquit und Berger mußten eine schmähliche Niederlage einstecken. Aber Hillquit mit seiner Politik des Alles oder Nichts weigerte sich, die ungünstigen Ergebnisse bekanntzugeben. Nach den endgültigen einwandfreien Feststellungen der Linken wiesen die Wahlziffern aus, daß Hillgquit für den Posten des Internationalen Sekretärs nur 4775, Kate Richards O'Hare dagegen 13.262 Stimmen

---

2 "The Revolutionary Age", 24. Mai 1919.

3 Siehe James Oneal, "American Communism", New York 1947, S. 375.

erhalten hatte. In der Frage der Vertretung in der II. Internationale war Berger mit 4871 Stimmen von John Reed mit 17.235 Stimmen geschlagen worden. Der linke Flügel stellte auch zwölf von den fünfzehn Mitgliedern des Landesexekutivkomitees. Ruthenberg und Wagenknecht wurden jeder mit mehr als 10.000 Stimmen in das Landesexekutivkomitee gewählt, erhielten also drei- bis fünfmal soviel Stimmen wie die entsprechenden Kandidaten des rechten Flügels.

Hillquits Terror gegen die Linken

Die Bedeutung und der Sinn dieser Ereignisse entging der offiziellen Führung der Partei nicht. Diese Leute sahen klar, daß der linke Flügel, falls man an der innerparteilichen Demokratie festhielt, mit Sicherheit die Partei im ganzen Lande [222:] erobern würde. Daher griffen sie, entschlossen, sich um jeden Preis zu halten, zu einer Politik der Ausschlüsse, wie sie nicht einmal von der ultrareaktionären AFL-Führung praktiziert worden war. Den ausgeschlossenen Mitgliedern und Organisationen wurde nicht die geringste Möglichkeit gegeben, sich zu rechtfertigen, es wurden nicht einmal formelle Beschuldigungen gegen sie erhoben.

Das Landesexekutivkomitee schloß auf seiner Tagung vom 24. bis 30. Mai 1919 eigenmächtig die Organisation im Staat Michigan mit 6000 Mitgliedern aus und löste die russische, litauische, polnische, lettische, ungarische, ukrainische und südslawische Föderation mit insgesamt mehr als 40.000 Mitgliedern auf, das heißt, schloß sie aus.[4] Die rechte Führung war besonders darauf bedacht, die sich rasch entwickelnden Föderationen loszuwerden, in deren Kampfgeist, entstanden durch die entsetzlichen Verhältnisse in der amerikanischen Industrie, sich auch weitgehend die revolutionäre Situation in ihren Heimatländern widerspiegelte.

In den folgenden Wochen wurden auch die Organisationen der Staaten Massachusetts und Ohio ausgeschlossen[5] sowie die Parteiorganisationen in Chicago und ganze Ortsgruppen in New York und verschiedenen anderen Städten. In allen diesen Organisationen der Partei besaßen die Linken eine starke Mehrheit. Schließlich waren insgesamt mindestens 55.000 Mitglieder auf diktatorische Weise aus der Partei entfernt worden. Auf der gleichen berüchtigten Maitagung ignorierte das Landesexekutivkomitee die Ergebnisse der Landesparteiwahlen und übertrug das gesamte Vermögen der Partei einer Gesellschaft von sieben Mitgliedern.

Die Männer, die dieses Verbrechen gegen die Einheit der Partei und die Parteidemokratie begingen, waren A. Shiplacoff, James Oneal, G. H. Goebel, Fred Krafft, Seymour Stedman,[6] Dan Hogan, John M. Work und M. Holt. Die beiden auf dieser [223:] Schandkonferenz anwesenden Vertreter des linken Flügels – Alfred Wagenknecht und L. E. Katterfeld – hatten keine Möglichkeit, dies empörende Vorgehen zu verhindern. Fünf Mitglieder des Landesexekutivkomitees waren nicht anwesend.[7] Hillquit, der damals im Krankenhaus lag, dirigierte das ganze schändliche Geschäft.

Inzwischen war am 5. Mai ein Aufruf für eine Landeskonferenz des linken Flügels erlassen worden, um aktiv in die Parteikrise einzugreifen. Er war unterzeichnet von den Ortsgruppen Boston und Cleveland und von der Gruppe der Linken in der New-Yorker Partei. Der Aufruf löste gewaltige Begeisterung unter den Sozialisten aus, und die Mitgliedschaft unterstützte ihn geschlossen. Die von der Mehrheit des Landesexekutivkomitees vollzogenen Massenausschlüsse dienten nur dazu, den Konflikt zu verschärfen.

Die Landeskonferenz der Linken

Die Landeskonferenz der Linken trat am 21. Juni 1919 im Manhattan-Lyzeum in New York zusammen. Anwesend waren 94 Delegierte aus 20 Städten, darunter New York, Boston, Buffalo, Cleveland, Rochester, Philadelphia, Pittsburgh, Hartford, Minneapolis, Duluth, St. Paul, Detroit, Kansas City, Denver und Oakland. Die Delegierten vertraten die große Mehrheit der Mitgliedschaft der Socialist Party.

---

4 Siehe “The Revolutionary Age”, 7. Juni 1919.

5 Siehe Nathan Fine, “Labor and Farmer Parties in the United States”, S. 344.

6 Stedman trat einige Jahre später der Kommunistischen Partei bei.

7 Siehe “The Revolutionary Age”, 7. Juni 1919.

Die Hauptziele der Versammlung bestanden nach dem Wortlaut des Aufrufs, auf Grund dessen sie zustandegekommen war, darin, „eine Deklaration der Prinzipien der Linken zu formulieren, ihnen eine einheitliche Form im Landesmaßstab zu geben (eine Art Generalrat, nicht eine separate Organisation) und unsere Kräfte auf die Eroberung der Partei für den revolutionären Sozialismus zu konzentrieren“[8], Kaum aber hatte die Konferenz begonnen, als es zu einer ernsthaften Spaltung kam. Hervorgerufen wurde sie durch den späteren Renegaten Dennis E. Batt aus Detroit, der die Erklärung abgab, seine [224:] Gruppe treffe Sofortmaßnahmen, um am 1. September in Chicago eine Kommunistische Partei zu gründen, und den Antrag stellte, die Konferenz solle in dieser Richtung arbeiten. Hinter dem Antrag von Batt standen der Bezirk Michigan und die sieben aufgelösten Föderationen. Damit begann eine tiefe Spaltung in den Reihen der amerikanischen Kommunisten, die erst nach zweieinhalb Jahren beseitigt wurde.

Die Befürworter der sofortigen Gründung einer Kommunistischen Partei vertraten den Standpunkt, daß wenig oder keine Aussicht bestehe, sich auf dem für den 30. August nach Chicago einberufenen Außerordentlichen Parteitag der Socialist Party durchzusetzen, daß die rechten Parteiführer trotz aller Versuche, sie zu verdrängen, sich an die Macht klammern würden, daß es zwecklos sei, eine völlig diskreditierte Partei zu gewinnen und daß der geschichtliche Zeitpunkt für die Gründung der Kommunistischen Partei jetzt gekommen sei. Die gegnerische Gruppe, der Männer wie John Reed, Charles E. Ruthenberg, Alfred Wagenknecht, Alexander Bittelman, W. W. Weinstone und Charles Krumbein angehörten, vertrat dagegen den Standpunkt, daß die augenblickliche Taktik, die Socialist Party im Namen der Parteimehrheit zu erobern, von der Masse der einfachen Mitglieder unterstützt werde, daß diese Taktik die Führung um Hillquit mit ihren rücksichtslosen Ausschlüssen als die tatsächlichen Spalter entlarve und daß diese Politik, um die noch schwankenden Gruppen in der Partei zu gewinnen, bis zum Parteitag am 30. August fortgesetzt werden solle. Diese zweifellos elastischere und richtigere Haltung war darauf berechnet, möglichst viele Anhänger für die neue Partei zu gewinnen.

Die Auseinandersetzungen über die Taktik beschäftigten die Konferenz vorwiegend. Nach dreitägiger Debatte wurde der Antrag von Batt, den Kampf innerhalb der Partei aufzugeben und sofort zur Gründung der Kommunistischen Partei zu schreiten, mit 55 gegen 38 Stimmen abgelehnt. Die Mehrheit entschied: „Die Konferenz konstituiert sich als Linker Flügel der Socialist Party und betrachtet es als ihre Aufgabe, die Socialist Party für den revolutionären Sozialismus zu gewinnen.“ Dies wurde mit 43 gegen 14 Stimmen bei 14 Enthaltungen angenom-[225:]men. Entsprechend ihrer allgemeinen taktischen Linie beschloß die Konferenz ferner, Delegierte des Linken Flügels, einschließlich der ausgeschlossenen Organisationen, für den Parteitag der Socialist Party zu wählen, den Parteitag zur Anerkennung des Manifests des Linken Flügels als Programmgrundlage zu bewegen, sich für den Beitritt der Socialist Party zur Kommunistischen Internationale einzusetzen, die Anerkennung der Ergebnisse der Landesparteiwahlen durchzusetzen und die Kommunistische Partei sofort zu gründen, falls die rechten Führer sich mit Hilfe der Gerichte und der Polizei auf dem Parteitag durchzusetzen suchen sollten.

Die Vertreter Michigans und der Föderationen weigerten sich, diese Beschlüsse auszuführen. Sie teilten der Konferenz mit, daß sie ohne Rücksicht auf die Beschlüsse der Konferenz die Arbeit innerhalb der Socialist Party aufgeben und sich unter allen Umständen darauf orientieren würden, die Kommunistische Partei am 1. September in Chicago zu gründen. Die Reihen der Kommunisten waren tief gespalten.

Die Landeskonferenz des Linken Flügels veranlaßte die Veröffentlichung eines Manifests und eines Programms. Sie richtete auch eine Zentrale in New York ein und machte “The Revolutionary Age” zu ihrem offiziellen Organ. Die Konferenz wählte einen neunköpfigen Nationalrat. Diesem gehörten unter anderen Charles E. Ruthenberg, John Ballam, I. E. Ferguson, "James Larkin und Eadmonn MacAlpine an. Ferguson wurde zum Generalsekretär gewählt. Außerdem richtete die Konferenz an alle revolutionären Elemente, die sich mit einer revolutionären Socialist Party oder mit einer neuen Kommunistischen Partei vereinigen wollten, einen Aufruf zu einem Kongreß in Chicago am 1. September.

---

8 “The Revolutionary Age”, 26. Juni 1919.

Je näher der Tag ihres Chicagoer Parteitags heranrückte, desto rücksichtsloser betrieben die Führer der Socialist Party ihre Ausschlußpolitik, und auch die Linken mobilisierten ihre Kräfte unermüdlich. Inzwischen traten am 26. und 27. Juli die dem Linken Flügel angehörenden Mitglieder des Landesexekutivkomitees, die bei den Landesparteiwahlen gewählt, aber von der herrschenden Parteiclique nicht anerkannt worden waren, in Chicago zusammen. Sie erklärten sich für das legi-[226:]time Landesexekutivkomitee der Partei und wählten L. E. Katterfeld zum Parteivorsitzenden und Alfred Wagenknecht zum Generalsekretär. Der amtierende Sekretär Adolph Germer wurde abgesetzt und angewiesen, das Vermögen der Partei an Wagenknecht auszuliefern. Aber diese Maßnahmen wurden nicht mit der nötigen Energie verfolgt, und das neue linke Landesexekutivkomitee spielte nur eine geringe Rolle in dem großen Kampf, der sich jetzt rasch einem Höhepunkt näherte.[9]

Um die Spaltung in den Reihen der Kommunisten zu beseitigen, traten die beiden Fraktionen im August zu einer Konferenz zusammen. Auf dieser Konferenz wurde mit sieben gegen zwei Stimmen beschlossen, den Antrag bezüglich der Gründung der Kommunistischen Partei am 1. September zu unterstützen, nachdem Ruthenberg und andere Ratsmitglieder in der Zwischenzeit zu der Politik der Vertreter Michigans und der Föderationen übergegangen waren. Daher wurde ein gemeinsamer Aufruf zu einem Parteitag der Kommunistischen Partei am 1. September erlassen, der vom Nationalrat des Linken Flügels und vom Landesorganisationsausschuß (Gruppe Michigan und Föderationen) unterzeichnet war.[10] Aber die Minderheit im Nationalrat unter der Führung von John Reed und Alfred Wagenknecht lehnte diesen Beschluß ab und setzte die ursprüngliche Politik des Rates fort, um die Eroberung der Socialist Party zu kämpfen. Die Einheit war nicht zustande gekommen, und die beiden kommunistischen Fraktionen arbeiteten weiterhin in verschiedener Richtung.

Das Manifest des Linken Flügels

Hier dürfte es angebracht sein, das Manifest des Nationalrats des Linken Flügels, auf dessen Grundlage die amerikanische kommunistische Bewegung organisiert wurde, einer kurzen Analyse zu unterziehen. Dieses Manifest, das sich nur wenig von dem ursprünglichen Manifest des New-Yorker Linken Flügels unterschied, diente schließlich auch mit nur geringfügigen [227:] Änderungen als Grundlage für die Programme der beiden kommunistischen Parteien, die nunmehr entstanden.[11]

Das Manifest verurteilte richtig die gesamte politische Linie der rechten Parteiführung von Grund aus. Es warf Hillquit und seinen Gesinnungsgenossen vor, daß sie das Parteiprogramm auf das Kleinbürgertum und die Arbeiteraristokratie ausrichteten, es an Unterstützung der Industriegewerkschaften und der wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiter fehlen ließen, vor der Gompers-Bürokratiekapitulierten, eine opportunistische Parlamentspolitik betrieben, den Kampf gegen den Krieg sabotierten, der russischen Revolution ablehnend gegenüberstanden, einen Frieden im Sinne Wilsons akzeptierten, sich für die verweste II. Internationale einsetzten und überhaupt eine reformistische Politik betrieben, die nicht zum Sozialismus, sondern zur Erhaltung des Kapitalismus führte.

Gegenüber dieser Politik des Reformismus und der Klassenzusammenarbeit entwarf das Manifest des Linken Flügels die Umrisse einer Politik des aktiven Kampfes auf wirtschaftlichem wie auf politischem Gebiet. Es empfahl die Ausrichtung der Partei und ihres Programms auf das Proletariat, vorbehaltlose Unterstützung der Industriegewerkschaften, rücksichtslosen Kampf gegen die Gompers-Bürokratie, einen revolutionären Parlamentarismus, Unterstützung der russischen Revolution, den Anschluß an die Kommunistische Internationale und ein Programm, dessen Ziel die Abschaffung des kapitalistischen Systems und die Errichtung der Diktatur des Proletariats sein sollte.

Mit diesem Manifest kam der Linke Flügel einer marxistisch-leninistischen Politik erheblich näher. Gegenüber den Vorkriegsprogrammen der Linken, wie etwa dem „Industriesozialismus“ von Haywood und Bohn aus dem Jahre 1911, bedeutete es einen wesentlichen Fortschritt. Die bisherige

---

9 Siehe “The Revolutionary Age”, 2. August 1919.

10 Siehe “The Revolutionary Age”, 23. August 1919.

11 Über den Wortlaut der beiden Manifeste siehe “Revolutionary Radicalism” (Report of Lusk-Committee), Albany 1920, Teil 1, S. 706 bis 738.

Politik der Linken war durch und durch sektiererisch und syndikalistisch gewesen, während das Programm von 1919 vorwiegend marxistisch-leninistisch war. Zu den positiven Punkten des Mani-[228:]fests gehörte eine im wesentlichen richtige Analyse des amerikanischen Imperialismus, deren Fehlen bis dahin eine ernste Schwäche der Linken gewesen war. Das Manifest enthielt auch eine klare Analyse des letzten imperialistischen Krieges, was ebenfalls eine erhebliche Verbesserung gegenüber den pazifistischen Auffassungen bedeutete, die bisher in der Partei, sogar auf ihrem linken Flügel, geherrscht hatten. Ein weiterer bedeutender Fortschritt in dem Manifest war die marxistische Analyse des Staates in seiner kapitalistischen wie in seiner sozialistischen Form. Im besonderen bedeutete die Vorstellung von der Diktatur des Proletariats, wenn sie auch noch gewisse Überreste der Auffassungen De Leons erkennen ließ, einen merklichen Fortschritt gegenüber den früher herrschenden syndikalistischen Ideen von einem Staat der Arbeitergewerkschaften. Das Programm der organisierten Massenaktionen als Weg zum Sozialismus zeigte, daß die Linken sich von den Illusionen De Leons über die „Aussperrung der Kapitalisten", über Generalstreiks mit verschränkten Armen und ähnlichen Phantastereien zu befreien begannen. Ferner unterstrich das Manifest, im Gegensatz zu der groben Unterschätzung der Partei in der Vergangenheit, energisch die führende Rolle der Partei.

Das Manifest bedeutete also (abgesehen von solchen theoretischen Schwächen wie der unzulänglichen Analyse der Sozialdemokratie) einen tatsächlichen Fortschritt zum Verständnis der allgemeinen theoretischen Prinzipien des Marxismus-Leninismus in dem oben erwähnten umfassenden Sinne. Anderseits jedoch bewies das Manifest wenig Geschicklichkeit in der Anwendung dieser richtigen Grundsätze auf die spezifische Situation in den Vereinigten Staaten. Die amerikanischen Kommunisten hatten zwar die starke Waffe der marxistisch-leninistischen Analyse in ihrer Bedeutung zu erkennen begonnen, aber sie hatten es noch nicht gelernt, diese Waffe richtig zu handhaben. Sie waren noch weit entfernt von der Meisterung der großen Lehre Lenins, daß der Marxismus kein Dogma, sondern eine Anleitung zum Handeln ist, und diese Schwäche sollte der Partei noch viele Jahre zu schaffen machen. Besonders hinsichtlich der entscheidenden Frage des Weges zur Abschaffung des Kapitalismus und zur Errichtung des Sozialismus [229:] herrschte die Tendenz, die spezifisch amerikanischen Verhältnisse zu übersehen und mechanisch in den Kategorien der russischen Revolution zu denken. Diese Schwäche führte zur politischen Erstarrung und förderte die seit jeher herrschenden sektiererischen Tendenzen.

In theoretischer Hinsicht führte das Manifest entscheidende Schläge gegen den opportunistischen rechten Flügel und auch gegen die sektiererischen Irrtümer der Linken in der Vergangenheit; aber in der Praxis liquidierte es nicht einmal teilweise das „linksradikale" Sektierertum, das dadurch, daß es umfassende und einheitliche Aktionen in politischen, wirtschaftlichen und gesetzgeberischen Tagesfragen unmöglich machte, stets, besonders seit der theoretischen Vorherrschaft De Leons nach 1890, ein schweres Hemmnis für die marxistische Bewegung in Amerika gewesen war.

In der Tat roch das Manifest des Linken Flügels in praktischen Fragen stark nach traditionellem Sektierertum. Das Manifest beharrte auf dem falschen Kurs, die alten Gewerkschaften ihrem Schicksal zu überlassen und durch ausgeklügelte parallele Industriegewerkschaften zu ersetzen. Es vertrat auch eine beschränkte Auffassung in der Frage der Arbeiterpartei, die es als eine Gefahr für die Arbeiterklasse ablehnte. Ebenso zeigte es sich völlig unfähig, ein Aktionsprogramm der. Einheitsfront mit den natürlichen Bundesgenossen der Arbeiterschaft, im besonderen mit den Negern und den Farmern, zu entwickeln, da es den Kampf gegen den Kapitalismus ausschließlich als Angelegenheit der Arbeiterklasse betrachtete. Die so wichtige Negerfrage ignorierte es überhaupt. Ebenso ließ es die Frage der Teilforderungen gänzlich aus dem Spiel und reduzierte die parlamentarische Tätigkeit auf reine Agitation. Die Idee eines Minimalprogramms neben einem Maximalprogramm trat in dem Manifest nicht in Erscheinung. Alexander Bittelman bemerkt dazu: „Der Linke Flügel schien nicht zu begreifen, daß die revolutionäre Massenaktion nur aus den realen, brennenden Fragen des Klassenkampfes in seiner tagtäglichen Entwicklung erwächst."[12]

---

12 Alexander Bittelman, "Milestones in the History of the Communist Party", S. 42.

[230:] Aus dem Manifest wird also ersichtlich, daß die Kommunistische Partei (in ihren beiden Sektionen) zu einem Zeitpunkt entstand, als sie noch damit beschäftigt war, die große Bedeutung der russischen Revolution in sich aufzunehmen und sich die wichtigsten Grundlagen des Marxismus-Leninismus zu eigen zu machen.[13] Diese ungeklärte Lage war ein Hemmnis für sie, und daraus erklärten sich im wesentlichen ihre späteren Kämpfe zur Behebung der Spaltung und zur Schaffung eines richtigeren, umfassenden Massenprogramms. Ruthenberg wies auf diesen Umstand mit der Bemerkung hin, daß die meisten kommunistischen Parteien Europas später als die amerikanische gegründet wurden, und zwar zu ihrem Vorteil.[14] Während die amerikanische Kommunistische Partei im September 1919 entstand, wurde die Kommunistische Partei in England erst im August 1920, in Frankreich im Dezember 1920 und in Italien im Januar 1921 gegründet. Gerade weil diese Parteien später entstanden, waren sie ideologisch weit besser vorbereitet, die Aufgaben unabhängiger Parteien in Angriff zu nehmen, als es in den Vereinigten Staaten der Fall war. Aber die allgemeine Lage in den Vereinigten Staaten machte, wie wir gesehen haben, die Entstehung der Kommunistischen Partei gerade zu diesem Zeitpunkt zur gebieterischen Notwendigkeit; sie ließ sich nicht länger aufschieben.

Der Niedergang der Socialist Party

Die Spaltung, die nun so schnell zur Krise gedieh, hatte für die Socialist Party verheerende Folgen. Nach dem Bruch sank ihre Mitgliederzahl rasch von 104.822 im Jahre 1919 auf nur 26 766 im Jahre 1920. Der Niedergang dauerte an, bis die Mit-[231:]gliederzahl im Jahre 1927 auf 7425 gesunken war. Heute, im Jahre 1952, hat die Socialist Party wahrscheinlich nicht mehr als 4000 Mitglieder. Auch der Einfluß der Partei unter den Massen ging zurück; sie erschöpfte sich in inneren Streitigkeiten, und bei ihrer schließlichen Spaltung im Jahre 1936 ging die bürgerliche Social Democratic Federation aus ihr hervor. Darüber hinaus ist die Socialist Party politisch so weit entartet, daß sie, wie wir sehen werden, zum schamlosen Parteigänger des kriegslüsternen amerikanischen Imperialismus geworden ist.

Die Entstehung der Socialist Party war eine gesunde Reaktion gegen den sektiererischen Dogmatismus der Socialist Labor Party. Diese war nach 45jährigem Bestehen nur noch das Gerippe einer Organisation. Sie bestand in der Hauptsache aus eingewanderten Arbeitern, propagierte den Sozialismus in abstrakter Form und war hinsichtlich der Tagesprobleme der amerikanischen Arbeiterklasse wenig aktiv. Das chronische Versagen der Socialist Labor Party gegenüber den Forderungen der Zeit wurde besonders augenfällig, als die Vereinigten Staaten in das Stadium des Imperialismus eintraten und die Arbeiterklasse zu breiten Massenkämpfen überging. Es lag auf der Hand, daß die Socialist Labor Party nicht die führende Partei der Arbeiterklasse in dieser Situation sein konnte. Infolgedessen ging die Führung der Sozialisten an die Socialist Party über.

In ihrer Anfangszeit entwickelte die Socialist Party große Aktivität im Klassenkampf. Bei den zahllosen Streiks der damaligen Zeit waren die sozialistischen Arbeiter äußerst aktiv. Zahlreiche Gewerkschaften wurden von den Sozialisten gegründet, und die Parteimitglieder standen immer in vorderster Front bei Gewerkschaftskampagnen, bei der Verteidigung angeklagter Arbeiter, bei den Kämpfen der Farmer und dergleichen. Viele Jahre lang bekämpfte die Partei, die in der überwiegenden Mehrheit aus Arbeitern bestand, die korrupte und reaktionäre Gompers-Bürokratie. Sie betrieb auch sehr wertvolle antikapitalistische Propaganda unter den Arbeitern. Daher entwickelte sie sich so schnell und wurde ein wesentlicher politischer Faktor im Lande. Diese positiven Leistungen waren [232:] in erster Linie das Werk des proletarischen linken Flügels der Partei.

Aber auch die Socialist Party versagte trotz ihrer bemerkenswerten anfänglichen Leistungen, wie wir gesehen haben, vor den Aufgaben, die die Geschichte und im besonderen die Epoche des Imperialismus, in der sie entstand, ihr stellte. Sie war nicht die notwendige „Partei von neuem Typus“, sondern

---

13 Die erste Einzelveröffentlichung von Lenins „Staat und Revolution“ erschien erst zwei Monate vor der Landeskonferenz des Linken Flügels (“The Communist”, Februar 1919), und Lenins berühmte Schrift „Der ‚linke Radikalismus‘, die Kinderkrankheit im Kommunismus“ mit ihrer vernichtenden Kritik sämtlicher Formen des Sektierertums wurde erst 1920, fast ein Jahr nach dem Parteitag von 1919, veröffentlicht.

14 Siehe Charles E. Ruthenberg in “The Communist”, Juli 1921.

nach dem Vorbild der opportunistisch beherrschten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zugeschnitten. Von Anfang an wurde sie gelähmt durch ihre kleinbürgerliche Führung, und ihre Ideologie war eher bürgerlich als marxistisch-sozialistisch. Die reformistischen Parteiführer erwiesen sich als unfähig, der Arbeiterklasse die notwendige ökonomische und politische Leitung zu geben. Die Partei litt auch an starken sektiererischen und syndikalistischen Tendenzen auf ihrem linken Flügel, und das behinderte stark ihre Entwicklung.

Die Unfähigkeit der opportunistisch geführten Partei, als Vorhut der Arbeiterklasse zu handeln, führte unvermeidlich zur Entwicklung eines starken linken Flügels, der für eine wirkliche Klassenkampfpolitik kämpfte. In dieser Wachstumszeit des linken Flügels entstanden die Keime der Kommunistischen Partei. Im Feuer des ersten Weltkrieges und der russischen Revolution kam die neue Partei schließlich und unvermeidlich zur Welt. Die opportunistisch-kleinbürgerliche Führung der Socialist Party hatte im besonderen die politischen Lehren dieser großen Ereignisse nicht begriffen. Ihnen gegenüber entlarvte sie sich endgültig als Feind des soeben errichteten sozialistischen Systems. So kam es, daß die Führung der sozialistischen Bewegung in den Vereinigten Staaten von der Socialist Party auf eine neue Organisation wahrhaft sozialistischen Charakters, die Kommunistische Partei, übergehen mußte und überging.

[233:]

12
DIE GRÜNDUNG DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI
(1919–1921)

Der Parteitag der Socialist Party begann am 30. August 1919 im Metallarbeiterhaus in Chicago, South Ashland Boulevard 113. Die Hillquit-Clique hatte den Parteiapparat völlig in der Hand und machte von Anfang an rücksichtslos Gebrauch davon. Die Wahlprüfungskommission anerkannte zweifelhafte Mandate, lehnte aber die Delegierten des linken Flügels aus einem Dutzend Staaten ab. Als John Reed und andere Vertreter der Linken trotzdem versuchten, ihre Plätze einzunehmen, rief der Generalsekretär Germer die Polizei zu Hilfe, um sie hinauszuweisen. Auf diesen Skandal hin verließen die Delegierten der Linken den Tagungsort. Die schon so lange schwelenden Meinungsverschiedenheiten zwischen dem rechten und dem linken Flügel hatten damit das Endstadium der offenen, organisatorischen Spaltung erreicht.[1]

Die beiden kommunistischen Parteitage

Inzwischen gingen die beiden kommunistischen Gruppen eilig daran, ihre separaten Parteitage zu organisieren. Die beiden Fraktionen übten heftige Kritik aneinander. Die Gruppe Reed-Wagenknecht erhob nach ihrer Vertreibung vom Parteitag zunächst den Anspruch, die legitime Socialist Party zu sein, siedelte aber am folgenden Tage, dem 31. August, in das IWW-Gebäude, Throop Street 129, über und konstituierte sich als Communist Labor Party of America. Einen Tag später, am [234:] 1. September, gründete die Gruppe Michigan und Föderationen in der Blue Island Avenue 1221 die Communist Party of America.[2]

Die Communist Party, zu der die Föderationen gehörten, war bei weitem die größere der beiden neuen Parteien. Sie hatte 128 ordentliche und Gastdelegierte und wies eine Mitgliederzahl von 58.000 aus. Die Communist Labor Party hatte 92 Delegierte auf ihrem Parteitag. Über die Zahl ihrer Mitglieder, die in der Hauptsache geborene Amerikaner, aber offensichtlich sehr viel weniger zahlreich waren als die der Communist Party, machte sie keine Angaben. Die Communist Party gab die Mitgliederzahl der Communist Labor Party mit etwa 10.000 an. Es wurden, besonders von Ruthenberg, Versuche gemacht, die beiden Parteitage zu vereinigen, doch blieben sie erfolglos. Die Communist Party kritisierte die Communist Labor Party als zentristisch und erklärte, die Delegierten der Communist Labor Party sollten sich, wenn sie die Einheit wünschten, dem Parteitag der Communist Party anschließen und dort als Gastdelegierte mitarbeiten. Dieser Vorschlag wurde von der Communist Labor Party natürlich abgelehnt.

Inzwischen erhob die von Batt und Keracher geführte Michigan-Gruppe auf dem Parteitag der Communist Party Einwände gegen die straffe Verhandlungsleitung der Führer der Föderationen und weigerte sich, für das Programm der Communist Party zu stimmen. Diese Gruppe wurde am 2. Dezember ausgeschlossen und konstituierte sich dann im Juni 1920 als Proletarian Party. Diese Zwergpartei existiert heute noch. Ruthenberg wurde zum Generalsekretär der Communist Party und Wagenknecht zum Generalsekretär der Communist Labor Party gewählt. Zentralorgan der Communist Party wurde "The Cornmunist", und "The Toiler" (früher "The Socialist News") wurde das Organ der Communist Labor Party. Die Communist Party richtete ihre Zentrale in Chicago ein, und die Communist Labor Party übersiedelte nach Cleveland. Die Communist Party verfügte über zwölf Presseorgane in ihren „Sprachföderationen".

[235:] Beide kommunistischen Parteien dehnten ihre Organisation nach Kanada aus. Im Juni 1921 jedoch vereinigten sich diese beiden Gruppen zu einer einheitlichen Kommunistischen Partei, deren

---

1 Siehe "The Communist", 27. September 1919.

2 Etwa um die gleiche Zeit und aus den gleichen Gründen entstand auch in Kanada die Kommunistische Partei in zwei Sektionen.

Gründung illegal erfolgte.[3] Im Februar 1922 wurde die Workers Party of Canada gegründet. Im August 1943 reorganisierte sich die KP Kanadas zu der heutigen Labor-Progressive Party.

Die kommunistischen Programme

Die Programme der beiden Parteien stimmten im wesentlichen überein.[4] Ihre Stärken und Schwächen waren die des Manifests des Linken Flügels, auf dem sie beruhten und das wir im vorhergehenden Kapitel analysiert haben. Sie vertraten einen in der Hauptsache richtigen marxistisch-leninistischen Standpunkt in solchen allgemeinen Fragen wie denen des Staates, des Imperialismus, des Krieges und der proletarischen Diktatur; aber sie versagten in der Anwendung der marxistisch-leninistischen Prinzipien auf die konkreten amerikanischen Verhältnisse. In dieser letzten Hinsicht blieben sie weitgehend dem traditionellen Sektierertum und „Linksradikalismus“ verhaftet.

So standen beide Parteien in der Gewerkschaftsfrage auf dem Boden der Nichtbeteiligung an den reaktionären Gewerkschaften. Die Communist Party zum Beispiel schlug die Bildung einer Gesamtorganisation von Industriegewerkschaften auf der Grundlage des revolutionären Klassenkampfes vor, die die IWW, die Workers International Industrial Union[5], die unabhängigen und abgespaltenen Gewerkschaften, die kämpferischen AFL-Gewerkschaften und die unorganisierten Arbeiter umfassen sollte. Auch die Communist Labor Party war für die Gewerkschaftsspaltung.

[236:] Die Negerfrage wurde von der Communist Labor Party überhaupt nicht erwähnt, und die Communist Party vertrat die unrichtige, aber allgemein verbreitete Ansicht in der Wort für Wort De Leon entlehnten Formulierung: „In der Rassendiskriminierung des Negers kommt einfach seine wirtschaftliche Versklavung und Unterdrückung zum Ausdruck, wobei eins das andere verstärkt. Dies kompliziert das Negerproblem, ändert aber nichts an seinem proletarischen Charakter.“[6]

Beide Parteien wollten mit politischen Teil- und Tagesforderungen nichts zu tun haben. Die Communist Party sagte, daß ihre Parlamentsvertreter „keinerlei Reformmaßnahmen einführen oder unterstützen“ werden, und die Communist Labor Party erklärte, daß ihre Plattform „nur eine einzige Forderung, nämlich die Errichtung der Diktatur des Proletariats, enthalten“ könne. So wurde die parlamentarische Tätigkeit auf Agitation mit revolutionären Formeln reduziert.

Auch die Frage der möglichen Bundesgenossen der Arbeiter im Klassenkampf wurde in den Programmen der beiden Parteien falsch behandelt. Die Communist Party zum Beispiel erklärte: „Die Communist Party wird also bei Kampagnen und Wahlen und in ihrer gesamten sonstigen Tätigkeit nicht mit Gruppen oder Parteien zusammenarbeiten, die nicht auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes stehen, wie zum Beispiel die Socialist Party, die Labor Party, die Nonpartisan League, der People’s Council, die Municipal Leaguers usw.“ Die Communist Labor Party war nicht weniger „linksradikal“.

Beide Parteien waren für den Anschluß an die Kommunistische Internationale. Beide unterstrichen auch die führende Rolle der Partei, doch taten sie dies in abstrakter Weise, da ihnen die Einsicht verschlossen blieb, daß die Partei nicht nur in Zeiten des revolutionären Kampfes, sondern auch bei jeder Tagesfrage der Arbeiterklasse, wie geringfügig sie auch sein mochte, führen müsse.

Die politische Grundlage des in beiden Parteien herrschenden „Linksradikalismus“ war eine falsche Einschätzung der allgemeinen politischen Lage in den Vereinigten Staaten. Beide Parteien setzten stillschweigend voraus, daß das Land sich [237:] einer revolutionären Krise nähere. So hieß es in dem Programm der Communist Labor Party: „Die Partei ist sich darüber klar, daß die Zeit für Verhandlungen und Kompromisse vorbei ist und daß es sich jetzt nur darum handelt, ob die ganze Macht in den Händen der Kapitalisten bleibt oder von der Arbeiterklasse übernommen wird.“ Das Programm der Communist Party war vom gleichen Geiste revolutionärer Überspitzung erfüllt. Im einzelnen jedoch wurde diese entscheidende These zu jener Zeit nicht entwickelt.

---

3 Siehe Tim Buck, “30 Years, the Story of the Communist Movement in Canada”, Toronto 1952, S. 21-23.

4 Zu beiden Programmen siehe “American Labor Year Book, 1919/1920”, S. 414-419.

5 Socialist Labor Party, “The Workers International Industrial Union”.

6 “American Labor Year Book, 1919/1920”, S. 419.

Damals bestand in einem großen Teil Europas eine revolutionäre Situation. Darüber hinaus hätte die Revolution in Deutschland, wäre sie nicht von den Sozialdemokraten verraten worden, weit um sich greifen und sich auch direkt auf die Vereinigten Staaten auswirken können. Insofern waren die amerikanischen kommunistischen Parteien durchaus im Recht, wenn sie eine allgemeine sozialistische Perspektive hatten. Ihr Fehler lag darin, daß sie sie viel zu unmittelbar und mechanisch verstanden. Sie konnten nicht klar unterscheiden zwischen dem vom Kriege verheerten Europa, in dem sich aktive revolutionäre Kämpfe abspielten, und dem kapitalistischen Amerika, das sich am Kriege bereichert hatte und keineswegs zum Sozialismus neigte. Diese fehlerhafte Analyse trug unmittelbar dazu bei, daß die jungen kommunistischen Parteien die täglichen Kämpfe der Arbeiter für Teilforderungen unterschätzten und vernachlässigten. Wenn die Partei für die Vereinigten Staaten die Losung der Sowjets aufstellte, so war dies ein schwerer politischer Fehler und ein Beweis für ihre politische Unreife.

Die beiden Parteitage schufen gemeinsam die organisatorischen und politischen Grundlagen für die spätere Kommunistische Partei der Vereinigten Staaten. Aber vor dieser jungen und gespaltenen Bewegung standen zahlreiche dringende Aufgaben. Die erste und wichtigste bestand darin, die beiden kommunistischen Parteien zu vereinigen. Außerdem mußten sehr viele linksorientierte Elemente noch gesammelt werden, wie zum Beispiel die in der Socialist Party verbliebenen Sektionen, die fortgeschritteneren IWW-Mitglieder, die kämpferischen Elemente in der AFL und andere Gruppen, die auf dem [238:] Wege zum marxistischen Sozialismus waren. Vor allem galt es, zu einem besseren Verständnis der großen theoretischen Prinzipien des Marxismus-Leninismus zu gelangen, die den amerikanischen Linken erst vor so kurzer Zeit bekanntgeworden waren. Aber ehe diese dringenden Aufgaben in Angriff genommen werden konnten, hatte die Bewegung ihre erste Feuerprobe zu bestehen.

Die Palmer-Überfälle

Die Kommunistische Partei der Vereinigten Staaten entstand in einer Zeit, als im Ausland wie im eigenen Lande heftige wirtschaftliche und politische Kämpfe tobten. Die russische Revolution stürmte voran und zerschlug die Armeen der konterrevolutionären Interventen, Deutschland und ganz Mittel- und Osteuropa war vom revolutionären Geist erfaßt. In den Vereinigten Staaten kämpften die Arbeiter offensiv, worin sich in einem gewissen Grade die revolutionäre Stimmung der Arbeiterklasse in vielen Ländern widerspiegelte. Die historischen Generalstreiks von Seattle und Winnipeg waren noch in frischer Erinnerung, und der große Stahlarbeiterstreik, mit dem mehr als eine drittel Million Arbeiter einen Schlag gegen das Herz der Open-Shop-Industrien führten, nahm gerade seinen Anfang. In dieser Situation entstand die Partei, in der die Aktivität und der Kampfgeist der Arbeiter ihren höchsten Ausdruck fanden.

Von all diesen bedrohlichen Ereignissen erschreckt, eröffneten die Kapitalisten ihre intensive Nachkriegsoffensive, um den Arbeitern eine neue bittere Kostprobe von der „Demokratie“ zu geben, die sie durch die siegreiche Beendigung des Krieges gerettet hatten. Sie benutzten die Staatsmacht willkürlich, um das Volk in ungesetzlicher Weise seiner Rechte zu berauben. Diese zunehmende Offensive der Unternehmer traf die kommunistischen Parteien mit voller Wucht in den schändlichen Palmer-Überfällen Ende 1919.

Am 16. Oktober 1919 drang die Polizei in die Zentrale der Communist Labor Party in Cleveland ein und verhaftete die [239:] Parteileitung, und am 8. November überfielen in New York 700 Polizisten Massenkundgebungen zur Feier des Jahrestages der russischen Revolution und nahmen mehrere hundert Arbeiter fest. Aber diese Überfälle waren erst die Generalprobe für die Ungeheuerlichkeiten, die noch kommen sollten. In der Nacht zum 2. Januar 1920 schlug das Justizministerium plötzlich im ganzen Lande in 70 Städten zu. Arbeiter wurden aus ihren Wohnungen geschleppt, mißhandelt und in überfüllte Gefängnisse geworfen, oft ohne angemessene Ernährung und sanitäre Einrichtungen. Diese von dem „liberalen“ Präsidenten Wilson sanktionierten skandalösen Überfälle wurden von Generalstaatsanwalt A. Mitchell Palmer und seinem Büttel J. Edgar Hoover durchgeführt. Angeblich befand sich das Land am Rande einer Revolution, und auf diese Weise sollte es gerettet werden, ohne Rücksicht auf Gesetze und verfassungsmäßige Rechte.

Schätzungsweise 10.000 Personen wurden verhaftet.[7] Die meisten Führer der beiden kommunistischen Parteien saßen im Gefängnis, 39 Funktionäre der Communist Labor Party standen unter Anklage. Schließlich wurden Ruthenberg, Larkin, Winitsky, Whitney und andere, die während der Überfälle verhaftet worden waren, zu langjährigen Zuchthausstrafen verurteilt. Am brutalsten ging die Regierung gegen die eingewanderten Arbeiter vor, die sie als die gefährlichsten Revolutionäre betrachtete. Auf Grund des Kriegsdeportationsgesetzes wurden über 500 Ausländer kurzerhand des Landes verwiesen. Auf dem von New York abgehenden Dampfer „Buford" befanden sich 249 Deportierte, darunter Alexander Berkman und Emma Goldman. In der allgemeinen Hysterie wurde Victor Berger, obwohl er ordnungsgemäß gewählt worden war, sein Sitz im Repräsentantenhaus aberkannt, und fünf sozialistische Abgeordnete wurden aus dem Parlament des Staates New York ausgeschlossen.[8]

Dieser Terrorismus, ergänzt durch Verfügungen des Arbeitsministeriums, wonach im Ausland geborene Mitglieder der [240:] kommunistischen Bewegung als solche des Landes verwiesen werden konnten, beraubte die beiden kommunistischen Parteien der Grundrechte der Rede- und Versammlungsfreiheit. Er zwang sie, ihre Zentralen zu schließen und andere Notmaßnahmen zu ergreifen, um ihre Mitglieder, ihre Zweigorganisationen, ihre Presse und ihre Führung vor willkürlichen Überfällen und terroristischen Verfolgungen zu schützen. Auf die gesetzwidrigen Angriffe, deren Ziel es war, die kommunistische Bewegung außerhalb des Gesetzes zu stellen und in die Illegalität zu treiben, reagierten die beiden Parteien so, wie es vor ihnen manche anderen Arbeiterbewegungen und fortschrittlichen Organisationen in der amerikanischen Geschichte gegenüber ähnlichen Verfolgungen getan hatten. Sie trafen Schutzmaßnahmen und setzten ihre legale Tätigkeit fort, so gut es unter den obwaltenden Umständen möglich war. Keine schöpferische politische. Bewegung wird sich durch polizeiliche Verfolgung erledigen lassen.

In der Presse wurde in bezug auf die Lage der Parteien in diesen Jahren der Verfolgung ein stark übertriebener und verzerrter Gebrauch von dem Ausdruck „illegal" gemacht. In Wirklichkeit jedoch gelang es A. Mitchell Palmer, J. Edgar Hoover und den anderen, die die Offensive gegen die Kommunisten durchführten, keineswegs, die offene und öffentliche Tätigkeit der kommunistischen Bewegung völlig zum Stillstand zu bringen. Trotz der Bemühungen der Regierung, sie in die Illegalität zu treiben, existierte sie weiter. Ungeachtet der Gewaltmaßnahmen, Drohung mit Gewalt, Bespitzelung und ähnlichen ungesetzlichen Maßnahmen, die von den Behörden entweder direkt durchgeführt oder doch geduldet wurden, gaben die Parteien offen verschiedene Zeitschriften heraus. So erschienen "The Toiler" als Organ der United Communist Party und „Der Kampf" als erste jüdische kommunistische Zeitung in den Vereinigten Staaten. Auch Bücher und Broschüren wurden offen verkauft, und die meisten „Sprachföderationen" brachten es fertig, ihre „Heime" in Betrieb zu halten und ihre Zeitungen weiterhin erscheinen zu lassen. Auch der Workers Council arbeitete in aller Öffentlichkeit und gab ein eigenes Organ heraus.

[241:] Der Gebrauch des Ausdrucks „illegal" hinsichtlich der Lage der beiden Parteien in dieser Zeit war unrichtig. In Wirklichkeit waren die Propaganda der Parteiprogramme und ihre allgemeine praktische Tätigkeit legal, insofern befanden sie sich durchaus im Rahmen der Verfassung, aber infolge der gewaltsamen und gesetzwidrigen Unterdrückung war die Partei nicht in der Lage, diese demokratischen Rechte offen auszuüben.

Die Richtigkeit dieser Auffassung ist daraus ersichtlich, daß die Legalität der Kommunisten, nachdem der Palmer-Terror vorüber war und es den beiden kommunistischen Parteien gelungen war, ihre demokratischen Rechte praktisch durchzusetzen, von der Regierung 25 Jahre lang nicht angefochten wurde, bis im Rahmen der Weltherrschaftspläne der Wallstreet-Imperialisten eine neuerliche Terrorwelle seitens der Regierung einsetzte.

In den folgenden Monaten waren die kommunistischen Parteien, die beide nach New York übergesiedelt waren, eifrig damit beschäftigt, ihre Organisationen, ihre Presse und ihre Führung entsprechend der neuen Situation zu reorganisieren. Als sie später, auf den Parteitagen von 1920, den Stand ihrer

---

7 Siehe Senator T. J. Walsh in "Congressional Record", 67. Kongreß, Vierte Tagung, S. 3005.

8 Siehe "The Palmer Raids", herausgegeben von Robert W. Dunn.

Mitgliederzahl überprüften, stellte es sich heraus, daß sie zusammen nur etwa 10.000 von den annähernd 60.000 Mitgliedern behalten hatten, die früher unter dem Banner des linken Flügels standen. Die Palmer-Überfälle hatten die Parteien zahlenmäßig ernsthaft geschwächt, ihnen aber keineswegs das Rückgrat gebrochen. Sie bestanden jetzt aus einem festen Kern von entschlossenen kommunistischen Kämpfern. Daß sie nach dem brutalen Angriff der Regierung zahlenmäßig zurückgegangen waren, konnte nicht überraschen. Während des Terrors nach der Revolution von 1905 in Rußland beispielsweise wurde auch die bolschewistische Partei zahlenmäßig sehr viel schwächer. Ein ähnlicher zahlenmäßiger Rückgang, ohne daß der revolutionäre Geist beeinträchtigt wurde, zeigte sich später in der Kommunistischen Partei Chinas unter dem Terror Tschiang Kai-scheks und auch in den Parteien vieler europäischer Länder unter dem brutalen Regime der Faschisten. Die etwa 50.000 früheren Mitglieder, die die kommunistischen Parteien in den [242:] Vereinigten Staaten unter dem Palmer-Terror verloren, wurden im allgemeinen zu Anhängern und Sympathisierenden der Partei.

Die Gründung der United Communist Party

Die Parteieinheit war in den Vereinigten Staaten offensichtlich dringend notwendig. Die Führer der Communist Labor Party drängten seit der Zeit der Parteilage auf eine Verschmelzung der beiden Parteien; aber die Führer der Föderationen in der Communist Party widerstrebten. Hinsichtlich der Parteieinheit lief ihr Vorschlag an die Communist Labor Party im wesentlichen darauf hinaus, daß deren Anschluß an die Communist Party durch den Beitritt von Einzelmitgliedern und Ortsgruppen erfolgen sollte. „Die Vereinigung mit der Communist Labor Party als einer zentristischen Partei", sagten sie, „ist unmöglich."[9] Die Führer der Föderationen machten zwei bestimmte Punkte geltend, die der Vereinigung im Wege standen. Erstens beschuldigten sie die Führer der Communist Labor Party des Opportunismus und vertraten die Ansicht, ihre eigenen, zum größten Teil im Ausland geborenen Mitglieder seien von stärkerem revolutionärem Geist erfüllt als die größtenteils in Amerika geborenen Mitglieder der Communist Labor Party. Zweitens befürchteten sie, daß die Führer der Communist Labor Party, die die Bedeutung der eingewanderten Arbeiter für den Klassenkampf allgemein unterschätzten, die „Sprachföderationen" liquidieren würden, da sie nicht verstünden, was für eine große Rolle diese bei der Organisierung der den verschiedenen nationalen Gruppen angehörenden ausländischen Arbeiter spielten, von denen die meisten damals nicht englisch sprachen. Ein weiteres allgemeines Hindernis für die Vereinigung lag darin, daß in beiden Parteien, da sie noch damit beschäftigt waren, sich die große Lehre des Marxismus-Leninismus anzueignen, die Neigung bestand, die Bedeutung jeder einzelnen strittigen Frage zu übertreiben, über weniger wichtige Punkte erbittert zu streiten und den Marxismus-[243:]Leninismus auf die Vereinigten Staaten schematisch statt unter Berücksichtigung der tatsächlichen amerikanischen Verhältnisse anzuwenden. Diese sektiererische Haltung hatte zur Folge, daß es in der Entstehungsperiode zu kleineren Spaltungen in den Parteien kam.

Trotz dieser Differenzen begannen die beiden Parteien Anfang 1920 Vereinigungsverhandlungen.[10] Ruthenberg, der Generalsekretär der Communist Party, setzte sich in seiner Partei leidenschaftlich für die Vereinigung ein. Trotz dieser Bemühungen zogen sich die Verhandlungen ergebnislos hin, wobei jede Seite die Anträge der anderen niederstimmte. Schließlich kam es in der Communist Party selbst zu einer Spaltung wegen der Vereinigungsfrage, und ein großer Teil der Partei schloß sich unter der Führung Ruthenbergs der Communist Labor Party an. Aus mehreren Föderationen traten kleinere Gruppen aus, und die meisten Mitglieder der von Alexander Bittelman geführten Jewish Federation trennten sich von der Communist Party und schlossen sich der Communist Labor Party an. Im Mai 1920 fand in Bridgman (Michigan) ein Vereinigungsparteitag statt, der zur Gründung der United Communist Party of America führte. Ruthenberg wurde zum Generalsekretär gewählt, und das neue Zentralexekutivkomitee setzte sich aus fünf Mitgliedern der Communist Party und fünf der Communist Labor Party zusammen.

---

9 "The Communist", 1. August 1920.

10 Siehe "Communist Labor" (offizielles Organ der Communist Labor Party), 15. Mai 1920.

Auf politischem Gebiet unterschied sich die United Communist Party nicht wesentlich von der Communist Labor Party und der Communist Party. Die große Streitfrage auf dem Parteitag war die Rolle der Föderationen. Die Communist Party war praktisch eine „Föderation von Föderationen"; diese Organisationen waren weitgehend autonom, sie veranstalteten eigene Parteitage, wählten ihre Funktionäre selbst und konnten, wenn sie es für angebracht hielten, aus der Partei austreten (was gelegentlich vorkam). Die United Communist Party anderseits lehnte dies lockere System ab. Sie sanktionierte zwar die Föderationen, erklärte aber; diese sollten keine Parteitage, sondern Nationalkonferenzen abhalten, und ihre [244:] Entscheidungen, ihre praktische Tätigkeit, ihre Funktionäre und Presseorgane müßten sämtlich unter unmittelbarer Kontrolle des Zentralexekutivkomitees stehen. Für die Grundeinheiten der Partei setzte der Parteitag eine zahlenmäßige Stärke von höchstens zehn oder mindestens fünf Mitgliedern fest.

Die Communist Party veranstaltete ihren aus 34 Delegierten bestehenden Parteitag (ebenfalls „illegal") im Juli 1920 in New York City. Es herrschte viel Bitterkeit wegen des jüngsten „Vereinigungsverfahrens", das zur Spaltung der Communist Party geführt hatte, und die neue United Communist Party erhielt den Spitznamen „United Centrist Party". Erhebliche Änderungen in ihrem Programm nahm die Communist Party nicht vor. Zu Unrecht jedoch wurde gegen die United Communist Party der Vorwurf erhoben, sie stelle auf ihrem Parteitag die Negerfrage ungebührlich in den Vordergrund, indem sie sie als besonderen Punkt betrachte. Die dem Parteitag vorgelegten Berichte ergaben, daß die Partei in den letzten drei Monaten des Jahres 1919 durchschnittlich 23.744 zahlende Mitglieder gehabt hatte und diese Zahl in den ersten vier Monaten des Jahres 1920 auf 5584 zurückgegangen war. Zur Zeit des Parteitags wurde die Mitgliederzahl auf 8500 geschätzt. Nach den vorliegenden Berichten hatte die Partei im Zuge des „Vereinigungsverfahrens" 18 Prozent ihrer Mitgliedschaft an die United Communist Party verloren. Zum Generalsekretär der Communist Party wurde Charles Dirba gewählt.

Die Rolle der Kommunistischen Internationale

Die im März 1919 gegründete Komintern leistete zur Zeit ihres zweiten Kongresses im Juli 1920 bereits aktive Arbeit.[11] Für die nächsten zwanzig Jahre hatte die amerikanische kommunistische Bewegung den unschätzbaren Vorteil, sich bei der Entwicklung einer kommunistischen Politik in den Vereinigten Staaten des Rates und der Erfahrung der Marxisten-Leninisten [245:] in der ganzen Welt bedienen zu können. Dies war besonders wichtig, weil die amerikanischen Linken seit dem Tode von Engels im Jahre 1895 praktisch von den Linken in anderen Ländern isoliert gewesen waren.

Die Kommunistische Internationale, die sich auf ihren Kongressen und in ihren führenden Körperschaften aus Arbeiterdelegierten aus der ganzen Welt zusammensetzte, war eine äußerst demokratische Organisation, weit demokratischer, als es die II. Internationale je gewesen war. Es wurden keinerlei Beschlüsse gefaßt ohne die gründlichste Diskussion mit den unmittelbar betroffenen Delegationen. Die von Sozialdemokraten und anderen kapitalistischen Agenten erhobenen Beschuldigungen, die Komintern erteile den ihr angeschlossenen Organisationen eigenmächtig Befehle und Anweisungen, waren nichts weiter als die üblichen antikommunistischen Verleumdungen. Stalin hat diese Verleumdungen schon vor Jahren mit folgender Feststellung beantwortet: „Völlig falsch ist die Behauptung, die amerikanischen Kommunisten arbeiteten ‚auf Anweisung aus Moskau'. Sie werden in der Welt keine Kommunisten finden, die bereit wären, ‚auf Anweisungen' von außen, gegen ihre Überzeugung, gegen ihren Willen, gegen das Gebot der Situation zu handeln. Ja selbst wenn es irgendwo solche Kommunisten gäbe, wären sie keinen Groschen wert."[12] Die Komintern war eine disziplinierte Organisation, und der internationale Kapitalismus fürchtete ihr entschlossenes Handeln; aber ihre leninistische Disziplin gründete sich auf absolute Demokratie in ihrer gesamten Struktur.

Die Gegner des Kommunismus erhoben vielfach auch die phantastische Beschuldigung gegen die Komintern, sie entsende „Agenten" nach den verschiedenen Ländern, darunter auch nach den

---

11 Der Delegierte John Reed starb bald nach dem Kongreß, am 11. Oktober, in Moskau.

12 J. W. Stalin, „Unterredung mit der ersten amerikanischen Arbeiterdelegation"; Werke, Bd. 10, S. 112.

Vereinigten Staaten. Über diese Abgesandten wurden die größten Schauergeschichten verbreitet. In Wirklichkeit jedoch arbeitete die Komintern, wenn ihre Vertreter die verschiedensten Länder aufsuchten, ungefähr ebenso wie jede andere internationale Arbeiterorganisation. Diese den kommunistischen Bruderparteien angehörenden Vertreter vermittelten [246:] den betreffenden Parteien nur ihre eigenen besonderen Erfahrungen im Lichte der allgemeinen Politik und der Beschlüsse der Komintern.

Töricht und unbegründet war auch die Beschuldigung, die Existenz der Kommunistischen Internationale (beziehungsweise der einzelnen kommunistischen Parteien seit der Auflösung der Komintern) bedeute eine Einmischung der Sowjetunion in die inneren Angelegenheiten anderer Länder. Die Komintern war eine Organisation, die sich auf die kommunistischen Parteien aller wichtigeren Länder in der Welt stützte und aus der sozialistischen Bewegung erwachsen war, die ihrerseits mindestens 75 Jahre vor der Entstehung der UdSSR bestanden hatte.

Unter den vielen allgemeinen Beschlüssen des II. Kongresses der Kommunistischen Internationale im Juli/August 1920 waren drei von besonderer Wichtigkeit. Dies waren die bekannten „21 Punkte“, die Resolution zur nationalen und kolonialen Frage und die politischen Darlegungen in Lenins berühmter Schrift „Der ‚linke Radikalismus‘, die Kinderkrankheit im Kommunismus“.

Die „21 Punkte“ formulierten die Arbeitsgrundsätze der kommunistischen Bewegung im nationalen wie im internationalen Maßstabe in der damals bestehenden gespannten revolutionären Situation. Die Punkte enthielten Instruktionen für eine revolutionäre Partei im Hinblick auf Mitgliedschaft, Führung, Politik, Presse und Disziplin. Ihr Hauptzweck bestand in der Festlegung, wie eine kommunistische Partei aussehen müsse, um die Massen in dem sich damals in Europa rasch entwickelnden revolutionären Kampf zu führen. Die „Punkte“ stellten Richtlinien, nicht aber starre Vorschriften dar. In der Praxis der verschiedenen kommunistischen Parteien wurden sie weitgehend variiert. Damals waren die beiden amerikanischen kommunistischen Parteien in der Komintern nur durch Gastdelegierte vertreten, und die Kommunistische Bewegung der Vereinigten Staaten hat nach ihrer schließlichen Vereinigung die 21 Punkte niemals offiziell bestätigt.

Wenn die „21 Punkte“ einen vernichtenden Schlag gegen die Rechten bedeuteten, so stellte Lenins Schrift „Der ‚linke Radikalismus‘, die Kinderkrankheit im Kommunismus“ einen nicht [247:] weniger scharfen Angriff gegen die „Ultralinken“ dar. Sie übte heftigste Kritik an allen Formen des Sektierertums unter den Kommunisten. In diesem bedeutenden Werk widerlegte Lenin im besonderen die Illusion der Parallelgewerkschaften, wobei er zur Erläuterung unter anderm die Erfahrungen in den Vereinigten Staaten auf diesem Gebiet heranzog. Ebenso wandte er sich energisch gegen so gefährliche Formen des „Linksradikalismus“ wie die Nichtbeteiligung an bürgerlichen Parlamenten, gegen die Ablehnung des Kampfes für Teilforderungen, gegen das Unverständnis für die Bedeutung von Kampfbündnissen der Arbeiterschaft mit den kleinen Farmern und anderen Bundesgenossen, gegen die Tendenzen zur mechanischen Übertragung der russischen Erfahrung auf andere Länder und dergleichen.

Die von Lenin verfaßte Kolonialresolution war von besonderer Wichtigkeit. Sie erläuterte das Verhältnis zwischen dem Kampf der Arbeiterklasse in den imperialistischen Ländern und dem Kampf der Kolonialvölker um ihre nationale Unabhängigkeit. Sie sah die gewaltigen revolutionären Kämpfe, die heute die gesamte koloniale Welt erschüttern, klar voraus.

Die Verwirklichung der Parteieinheit

Obwohl es auf dem Gründungsparteitag der United Communist Party im Mai 1920 nicht gelungen war, die Parteieinheit herzustellen, dauerte der starke Druck der einfachen Mitglieder in dieser Richtung an. Auch die Führung der United Communist Party verstärkte ihre Agitation für die Einheit. Ein von Alexander Bittelman, Mitglied der United Communist Party, geleitetes Communist Unity Committee kritisierte die Führung beider Parteien und drängte auf sofortige Vereinigung. Darüber hinaus machte auch die Komintern ihren Einfluß geltend. Die Führer der Föderationen in der Communist Party mußten dem starken Einheitsdrang in der Partei nachgeben.

Infolgedessen begannen bald nach dem ersten Parteitag der United Communist Party Verhandlungen über die Vereinigung, die aber nur langsam vorankamen, da man sich in der Frage [248:] der Vertretung auf dem geplanten Vereinigungsparteitag nicht einigen konnte. Die Communist Party bestand auch auf Autonomie für die Föderationen und behauptete außerdem, die United Communist Party sei „nicht revolutionär genug". Die separaten Parteitage der United Communist Party im Januar und der Communist Party im Februar 1921 (beide unter Ausschluß der Öffentlichkeit) gaben der Einheitsbewegung neuen Antrieb. Nach vielem Hin und Her fand schließlich der Parteitag zur Vereinigung der Communist Party und der United Communist Party im Mai in Woodstock (New York) statt.[13]

Jede der beiden Parteien war durch dreißig Delegierte vertreten. Der Parteitag dauerte zwei Wochen. Die United Communist Party wies 5700 Mitglieder, die in 667 Gruppen organisiert waren, und 35 Presseorgane aus. Die Communist Party wies 6328 zahlende Mitglieder und 19 Zeitungen aus. Jede der beiden Parteien stellte fest, daß sie in den letzten Monaten etwa 2 Millionen Flugblätter verbreitet hatte.

Die Debatten auf dem Parteitag waren zwar hitzig, ließen aber keine wesentlichen politischen Differenzen zwischen den beiden Gruppen erkennen. Diskutiert wurde hauptsächlich über taktische Fragen, im besonderen darüber, wie die Parteien aus der Isolierung herausgeführt und die Prinzipien des Marxismus-Leninismus in den damaligen heftigen Klassenkämpfen angewandt werden konnten. In dieser Frage war der Einfluß on Lenins Schriften augenscheinlich, besonders der seines Werkes „Der ‚linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im Kommunismus". Die wichtigste politische Veränderung, die vom Parteitag beschlossen wurde, war der Verzicht auf die bisherige Politik der Linken in der Gewerkschaftsfrage. Hierzu erklärte der Parteitag: „Die Politik der IWW und ähnlicher Organisationen, künstlich neue Industriegewerkschaften zu schaffen, ist durch die Erfahrung als falsch erwiesen worden ... Die Kommunistische Partei verurteilt die Politik der revolutionären Elemente, die bestehenden Gewerkschaften zu verlassen." Diese Ablehnung der Gewerkschaftsspaltung bedeutete einen schweren Schlag gegen das Sektierertum. Aber die Partei war [249:] noch nicht in der Lage, aus ihrer neuen taktischen Linie, wie sie besonders in Lenins Schrift gegen den Linksradikalismus dargelegt war, die vollen Konsequenzen zu ziehen. Sie billigte zwar Teilforderungen prinzipiell, arbeitete aber kein Programm für solche Forderungen aus. Ebenso sprach sich die Partei auf ihrem Vereinigungsparteitag zwar für Zusammenarbeit mit den ausgebeuteten Massen auf dem flachen Lande aus, entwickelte aber keine praktische Einheitsfrontpolitik zu diesem Zweck. Auch für die Bildung einer Arbeiterpartei brachte sie noch nicht das richtige Verständnis auf. Was die Negerfrage betrifft, so wurden hierin geringe oder keine Fortschritte erzielt. Die Angelegenheit wurde nicht in das Parteiprogramm aufgenommen, sondern in das Manifest verwiesen. Trotz dieser vielen Mängel jedoch bedeutete der Verlauf des Parteitags, vor allem durch den Verzicht auf die bisherige Gewerkschaftspolitik, einen erheblichen Fortschritt in der Richtung auf eine marxistisch-leninistische Massenpolitik für die Vereinigten Staaten.

Zu ernsthaften Auseinandersetzungen kam es auf dem Vereinigungsparteitag in der Frage des Parteiaufbaus. Der Hauptgegenstand des Streites war die Rolle der Föderationen. Schließlich wurde ein Kompromiß erzielt, wonach die Föderationen grundsätzlich der Kontrolle durch die Partei unterstanden, aber weitgehende Autonomie erhielten. In Zukunft sollten die Föderationen keine Parteitage, sondern Konferenzen abhalten, sie sollten grundsätzlich der Aufsicht des Zentralexekutivkomitees unterstehen, und ihre Mitglieder sollten ihre Beiträge direkt an die Partei entrichten. Die neue Organisation erhielt den Namen Communist Party of America, die Parteizentrale wurde in New York eingerichtet. Zum Generalsekretär wurde Ruthenberg gewählt. Das Zentralexekutivkomitee, für das ursprünglich neun Mitglieder vorgesehen waren, mußte auf zehn erweitert werden – fünf aus jeder der beiden alten Parteien.

Das schwierige Werk dieses langen und entscheidenden Parteitags wurde von den Delegierten in gehobener Stimmung zu Ende geführt. In der allgemeinen Begeisterung „schmolzen die Parteigrenzen dahin. Genossen, die jahrelang getrennt gewesen waren, sanken sich in die Arme. Man schüttelte

---

13 Zum Verlauf des Parteitags siehe "The Communist", Juli 1921.

sich die Hände. [250:] Die Delegierten sangen die Internationale mit aller Kraft, die sie nach den anstrengenden 48stündigen Dauersitzungen aufbringen konnten.“[14]

Die Konzentration der kommunistischen Kräfte

Während der frühere linke Flügel der Socialist Party, nunmehr zur Kommunistischen Partei kristallisiert, der Einheit entgegenging und ein marxistisch-leninistisches Programm für Amerika ausarbeitete, zog er auch Kräfte aus anderen kämpferischen Richtungen an sich. Da waren zunächst die IWW. Von Anfang an gaben die Kommunisten sich die größte Mühe, Mitglieder dieser Kampforganisation für sich zu gewinnen. Im Januar 1920 wandte sich die Komintern mit einem besonderen Schreiben an die IWW, in dem sie gegen deren syndikalistische Illusionen polemisierte und ihnen „die Bruderhand“ bot. Viele hervorragende IWW-Führer stießen zur Partei, darunter William D. Haywood, George Hardy, Art Shields und Roy Brown. Elizabeth Gurley Flynn, die sich der Partei einige Jahre später anschloß, kam ebenfalls von den IWW. Haywood erklärte: . „Sobald die Vereinigung der Kommunistischen Partei in den Vereinigten Staaten vollzogen war, wurde ich Mitglied.“[15] Er starb im Jahre 1928 in Moskau, wohin er sich als kranker Mann begeben hatte, um sich einer zwanzigjährigen Gefängnisstrafe wegen seines Kampfes gegen den Krieg zu entziehen.

Im Jahre 1920 erklärte sich das Generalexekutivkomitee der IWW formell für die Kommunistische Internationale. Da jedoch die Mehrzahl der IWW-Führer nichtsdestoweniger dem Kommunismus ablehnend gegenüberstand, gelang es ihnen schließlich, einen Keil zwischen die IWW und die Kommunistische Partei zu treiben. Im Frühjahr 1921 entsandten die IWW einen Delegierten zum ersten Kongreß der Roten Gewerkschaftsinternationale in Moskau. Aber auf Grund eines ungünstigen [251:] (stark tendenziösen) Berichts ihres Delegierten George Williams über den Verlauf des Kongresses beschlossen die IWW, der neuen Internationale nicht beizutreten. Gleich einigen anderen syndikalistischen Organisationen in Europa und Lateinamerika orientierten sich die IWW auf die sogenannte Berliner Syndikalisteninternationale, die damals gegründet wurde. Trotz der stark syndikalistischen Tendenz der IWW jedoch wurden ziemlich viele ihrer Mitglieder Kommunisten. Gambs sagt hierzu: „Die IWW haben vielleicht 2000 Mitglieder an die Kommunistische Partei verloren.“[16]

Von der Socialist Labor Party kamen nur wenige Mitglieder zur Kommunistischen Partei, darunter Boris Reinstein, Caleb Harrison und einige andere. In die sektiererischen Dogmen De Leons verstrickt, war die Socialist Labor Party völlig unfähig, die russische Revolution und ihre gewaltigen Auswirkungen auf die Arbeiterbewegung der Welt zu verstehen. Sie verurteilte die Revolution als „verfrüht“ und verspottete die Kommunistische Internationale als „einen bloßen Zirkustrick“.[17] Die Socialist Labor Party entartete bald zu einer fanatischen kommunisten- und sowjetfeindlichen Sekte.

Ein bedeutsames Ereignis dieser Zeit, das darauf hindeutete, daß sich der Kommunistischen Partei eine der schließlich wichtigsten Möglichkeiten zur Gewinnung von Mitgliedern zu eröffnen begann, war das Anwachsen der kommunistischen Bewegung unter den Negern in New York. Dies vollzog sich hauptsächlich um die Zeitschrift “The Messenger”. Das Blatt, über das in einem späteren Kapitel noch mehr zu sagen sein wird, wurde im Jahre 1917 von einer Gruppe von Negerintellektuellen und Negergewerkschaftern gegründet, zu denen A. Philip Randolph, Chandler Owen, Richard B. Moore und Cyril Briggs gehörten.

Der “Messenger”, hinter dem viele sozialistisch geführte Gewerkschaften standen, war im wesentlichen links orientiert. Er opponierte gegen den Krieg, unterstützte die russische Revolution und sprach sich für eine aktive kämpferische Politik zugunsten der Arbeiter und der Neger aus. In der Zeit der Spal-[252:]tung der Socialist Party im Jahre 1919 kam es im Redaktionskollegium des Blattes zu Meinungsverschiedenheiten, und die Linken – Briggs und Moore – schieden aus. Randolph, der sich an das Blatt klammerte, machte es zu einer typischen rechtssozialistischen Zeitschrift. Im Jahre 1925

---

14 “The Communist”, Juli 1921.

15 J. G. Gambs, “The Decline of the I. W. W.”, Denver (Colo.) 1932, S. 75.

16 Ebenda, S. 89.

17 Siehe “The S. L. P. and the Third International”, New York 1926.

wurde es schließlich das offizielle Organ der neugegründeten Brotherhood of Sleeping Car Porters. Aus der Gruppe um den "Messenger" kamen mehrere der ersten Kommunisten.

Auch die Jugend war eine Kraftquelle für die sich sammelnden kommunistischen Kräfte. Die folgenschweren Ereignisse, die zur Spaltung in der Socialist Party und zur Gründung der Kommunistischen Partei geführt hatten, fanden natürlicherweise ihren Widerhall in der sozialistischen Jugend. Im April 1913 hatte die Socialist Party nach mehrjähriger Vorarbeit der Intercollegiate Socialist Society die Young People's Socialist League gegründet. Im Jahre 1916 umfaßte der Verband 150 Klubs und 4000 Mitglieder. Er gab die Zeitschrift "The Young Socialist" heraus und beschäftigte sich mit Bildungs und Sozialarbeit.[18] Während des Krieges veranstaltete der links eingestellte Verband zahlreiche Antikriegskundgebungen und betrjeb eine lebhafte Agitation gegen die Wehrpflicht.

Die verräterische Haltung der sozialdemokratischen Führer der II. Internationale gegenüber der russischen Revolution und im Kriege rief in der Young People's Socialist League, wie in anderen Teilen der amerikanischen sozialistischen Bewegung, heftige Reaktionen hervor. Auf dem ersten Nationalkongreß des Jugendverbands im Mai 1919 offenbarte sich diese Linkseinstellung in der Organisation. Der Kongreß nahm Resolutionen an, in denen die II. Internationale verurteilt und die III. Internationale unterstützt wurde. Im Dezember 1919, nach der Spaltung der Socialist Party im September, veranstaltete der Jugendverband auf Verlangen des linken Flügels einen Sonderkongreß. So konstituierte er sich als unabhängige Organisation und erklärte sich für die Sozialistische Jugendinternationale, die damals auf dem Wege war, sich in die Kommunistische Jugendinternationale umzuwandeln. Im Zuge der Palmer-Überfälle gegen die Arbeiterschaft und die kommuni-[253:]stische Bewegung löste sich der Jugendverband als Organisation im Landesmaßstabe auf, wenn auch einige seiner Sektionen weiterbestanden. Wm. F. Kruse, der Führer des Jugendverbandes, schloß sich der Workers Party bei deren Gründung im Dezember. 1921 an, und viele ehemalige Mitglieder des Verbandes wirkten auch bei der Gründung der Young Communist League mit. Die Young Communist League wurde auf einem Kongreß im April 1922 „illegal" gegründet. Im Mai 1922 wurde aus den zahlreichen damals bestehenden Jugendgruppen die Young Workers League geschaffen.[19] Zu seinen Führern gehörten Harry Gannes und John Williamson.

Beim Zusammenbruch der Socialist Party und bei der Gründung der Kommunistischen Partei im Jahre 1919 spielten auch die sozialistischen Frauen eine bedeutende Rolle. Viele von ihnen gingen zu der neuen Partei, über oder wurden aktive Sympathisierende. Auf dem Gründungsparteitag der Communist Party und der Communist Labor Party waren mehrere weibliche Delegierte anwesend. Von den hervorragendsten Vorkämpferinnen der kommunistischen Bewegung erwähnen wir Ella Reeve Bloor, Anita Whitney, Margaret Prevey, Kate Sadler Greenhalgh, Rose Pastor Stokes, Hortense Allison, Sadie Van Veen, Jeanette Pearl, Rose Wortis, Margaret Krumbein, Rose Baron, Becky Buhay, Dora Lifshitz, Clara Bodian.

Zahlreiche Anhänger stießen zur Kommunistischen Partei auch aus der Trade Union Educational League. Sie war die Nachfolgerin der alten Syndicalist League und der International Trade Union Educational League und wurde im November 1920 in Chicago gegründet. Nach dem Zusammenbruch des großen Stahlarbeiterstreiks empfand die Gruppe der Chicagoer Funktionäre, die hinter dieser Bewegung stand, mehr denn je das Bedürfnis, die „kämpferische Minderheit" in den Gewerkschaften zu organisieren. Der Organisation gehörten auch Gewerkschafter in Kanada an.

Die Trade Union Educational League war nicht so ausgesprochen syndikalistisch, wie die Syndicalist League und die International Trade Union Educational League es gewesen waren. [254:] Ihre Mitglieder und Führer wurden entscheidend beeinflußt von den Lehren der großen russischen Revolution und den Schriften Lenins. Die Chicagoer Syndikalistengruppe rebellierte nicht nur gegen die Gompers-Bürokratie, sondern auch gegen den Rechtsopportunismus der Socialist Party; daher erhielt sie, gleich allen anderen Gruppen der kämpferisch gesinnten Arbeiter, stärkste Impulse von den Werken

---

18 Siehe "American Labor Year Book, 1916".

19 Siehe Helen Allison und Carl Winter, unveröffentlichtes Manuskript.

Lenins. Die apolitische Einstellung der Gruppe verlor sich mehr und mehr, und in der Bewegung für eine Arbeiterpartei, deren nationales Zentrum Chicago war, spielte sie eine bedeutende Rolle. Sie machte schnelle Fortschritte im Sinne des Marxismus-Leninismus. Im Jahre 1920 trennte in der Hauptsache nur noch die Gewerkschaftsfrage die Trade Union Educational League von der Kommunistischen Partei, da sie die von den Kommunisten noch immer unterstützte Politik der Gewerkschaftsspaltung unerschütterlich ablehnte. Dieses Hindernis wurde jedoch beseitigt, als im Januar 1921 Lenins Schrift „Der ‚linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im Kommunismus" in den Vereinigten Staaten erschien. Von nun an war die Politik der Gewerkschaftsspaltung für die Kommunisten politisch erledigt. William Z. Foster, der Führer der Liga, dessen Denken durch Lenin revolutioniert worden war, wurde zum I. Kongreß der Roten Gewerkschaftsinternationale, am 3. Juli 1921, nach Moskau eingeladen. Dort lehnte die Rote Gewerkschaftsinternationale die bisherige Politik der Parallelgewerkschaften endgültig ab. Im Sommer 1921 schlossen sich Foster und andere Funktionäre der Liga der Partei an. Sie zogen eine starke Gruppe aktiver und erfahrener Gewerkschafter mit sich, darunter Jack Johnstone, Jay Fox, Joseph Manley, David Coutts, Sam Hammersmark und viele andere. Doch blieb die Liga als unabhängige, umfassende Einheitsfrontorganisation von Linken und fortschrittlich Gesinnten überhaupt bestehen.

[255:]

13
DIE WORKERS PARTY
(1921)

Die Jahre unmittelbar nach dem ersten Weltkrieg waren eine Zeit übelster kapitalistischer Reaktion. Wir werden uns mit dieser Offensive des Kapitals im nächsten Kapitel ausführlicher beschäftigen. In dieser Periode kam es in den Vereinigten Staaten zu vielen erbitterten Streiks, zahlreichen Rassenverfolgungen und Provokationen gegen Arbeiter. Die Arbeiterbewegung kämpfte um ihr Leben Durch die schwere Wirtschaftskrise von 1920/1921 wurde der Klassenkampf verschärft. Es war die Zeit, als der Ku Klux Klan florierte wie nie zuvor und angeblich fünf Millionen Mitglieder hatte. Um in den damaligen großen Klassenkämpfen eine nennenswerte Rolle spielen zu können, mußte die Kommunistische Partei auf allen Gebieten öffentlich hervortreten, soweit es unter den herrschenden Umständen möglich war. Die Verschmelzung der beiden „illegalen" kommunistischen Parteien auf dem Parteitag vom Mai 1921 bedeutete einen erheblichen Fortschritt in dieser allgemeinen Richtung.

Aber unbeschränkte Legalität für die Partei zu erkämpfen war nicht leicht. Es war wirklich eine einzigartige Aufgabe, deren Lösung nahezu zwei Jahre in Anspruch nahm. Die entscheidende Schwierigkeit war natürlich die Entfaltung der Massenarbeit der Partei gegenüber der damals vor sich gehenden reaktionären kapitalistischen Offensive. Kommunistische Erfahrungen, an die man sich in dieser spezifischen Situation hätte halten können, waren kaum bekannt. Natürlich war es vorgekommen, daß durch kapitalistischen Terrorismus in die Illegalität gezwungene kommunistische Parteien in Zeiten revolutionären Umschwungs legal hervorgetreten waren. Glän-[256:]zende Beispiele dafür gaben die Bolschewiki in der Revolution von 1905 und der Februarrevolution von 1917 in Rußland und auch die Parteien in den Balkanländern nach dem ersten Weltkrieg. Ähnliche Erfahrungen gab es später in vielen europäischen Ländern nach der Niederlage Hitlers und dem revolutionären Aufschwung der Arbeiterklasse als Folgeerscheinung des zweiten Weltkrieges. Aber dafür, daß kommunistische Parteien in Zeiten einer so heftigen Reaktion, wie sie in den Vereinigten Staaten herrschte, legal geworden waren, gab es nur wenige, ja vielleicht überhaupt keine Beispiele.

Neben diesen objektiven Schwierigkeiten für die völlig legale Arbeit der Partei gegenüber der damaligen kapitalistischen Reaktion gab es auch subjektive Gründe, die diese Aufgabe noch mehr erschwerten. Das in der Partei noch immer herrschende Sektierertum, die Tendenz, sich den täglichen Kämpfen der Massen fernzuhalten und sich unter dem Druck der Gewaltmaßnahmen der Behörden auf sozialistische Propaganda zu beschränken, führte zur stillschweigenden Hinnahme der „Illegalität", zu der Vorstellung, daß eine kommunistische Partei in einem kapitalistischen Lande notwendig illegal sein müsse. Diese falschen Vorstellungen wurden dadurch verstärkt, daß die linksorientierten, noch nicht naturalisierten eingewanderten Arbeiter willkürlichen Deportationen ausgesetzt waren und auf jede nur mögliche Weise gegen die brutale Reaktion geschützt werden mußten.

Die American Labor Alliance

Als Hauptvorkämpfer der Demokratie ist die Kommunistische Partei stets bemüht, in größtmöglicher Öffentlichkeit zu arbeiten, um mit ihrer Botschaft so wirksam wie möglich die Massen zu erreichen. Dies war die Generallinie der Partei in dieser schwierigen Anfangszeit. Sie bemühte sich nach besten Kräften, trotz der barbarischen Verfolgungen, denen sie ausgesetzt war, die allgemein geltenden demokratischen Rechte der Rede- und Versammlungsfreiheit für sich zu erobern, und ihr Bemühen wurde schließlich von Erfolg gekrönt.

[257:] Trotzdem wurden die Möglichkeiten zur kommunistischen Massenarbeit infolge der in der Partei herrschenden sektiererischen Stimmungen vernachlässigt. Der KP-Parteitag vom Mai 1921 erklärte richtig: „Legale Methoden können und müssen viel umfassender und wirkungsvoller angewandt werden. Unsere legale Tätigkeit muß – immer unter der Kontrolle des Zentralexekutivkomitees der KP – erweitert und verstärkt werden."[1] Im Einklang mit diesem Beschluß wurde in New York City die

[1] Verhandlungen des Parteitags der Kommunistischen Partei in "The Communist" vom Juli 1921.

Workers League gegründet, die bei den Wahlen im Herbst 1921 eigene Kandidaten aufstellte. Versuche des städtischen Wahlamts, diese Kandidaten mit der Begründung zu disqualifizieren, daß sie entweder im Gefängnis säßen oder unter Anklage stünden, wurden vereitelt. Auch bei den verschiedensten lokalen politischen Kämpfen begann die Partei damals offen eine aktive Rolle zu spielen.

Die erste organisatorische Maßnahme der Partei zur Erreichung der vollen Legalität war jedoch die Gründung der American Labor Alliance. Diese Organisation wurde, zunächst mehr versuchsweise, auf einem öffentlichen Kongreß in New York City im Juli 1921 gegründet. Vertreten waren fünfzehn Organisationen, darunter die Irish American Labor League, das National Defense Committee, die Finnish Socialist Federation, die Associated Toiler Clubs, die American Freedom Foundation, die Ukrainian Workers Clubs, die Independent Socialist League, die Marxian Educational League und die Hungarian Workers Federation. Der Kongreß der American Labor Alliance wählte Elmer L. Allison zum Sekretär und richtete die Zentrale in der 13. West-Straße 201 ein.

Die Allianz erklärte, es sei ihr Ziel, „durch eine Zentralorganisation die große Masse der unzufriedenen ‚linken' Kräfte in der Politik und Wirtschaft des Landes zu vereinigen und um ein gemeinsames Ziel zu sammeln"[2]. Später stellte die Allianz genauer fest: „Wir sind der Ansicht, daß die Zeit für die Organisierung der klassenbewußten Arbeiter Amerikas in einer neuen revolutionären Partei gekommen ist, und wir kündigen [258:] für die nächste Zukunft die Einberufung einer Nationalkonferenz zur Gründung einer solchen Partei an."[3] Eine entscheidende Maßnahme der Allianz zu diesem allgemeinen Zweck war der Versuch einer Verständigung mit dem Workers Council.

Der Workers Council

Nach der großen Spaltung von 1919 in der Socialist Party, die zur Gründung der beiden kommunistischen Parteien führte, verblieben einige Oppositionelle in der Socialist Party, die noch immer die Hoffnung hegten, diese Organisation als Partei der Arbeiterklasse verwenden zu können. Führend in dieser Richtung waren J. Louis Engdahl, Alexander Trachtenberg, William Kruse, Margaret B. Prevey und M. Olgin. Auch zahlreiche Zentristen waren dabei, darunter Salutsky und andere. Die Linken in dieser Gruppe machten den schweren Fehler, nach der Gründung der Kommunistischen Partei im Jahre 1919 nicht sofort mit ihren Anhängern die Socialist Party zu verlassen.

Auf dem Chicagoer Parteitag der Socialist Party im September 1919 war diese Gruppe verantwortlich für die Annahme einer Resolution, die einen mit Vorbehalten verbundenen (ursprünglich vorbehaltlosen) Antrag um Aufnahme in die Komintern enthielt. Die Komintern lehnte den Antrag energisch ab mit der Erklärung: „Die Socialist Party of the United States ist keine Partei der Arbeiterklasse, sondern eine Hilfstruppe der amerikanischen Bourgeoisie, des amerikanischen Imperialismus."[4] Auf dem New-Yorker Parteitag im Mai 1920 unterlag die Gruppe Engdahl-Trachtenberg abermals, obwohl Trachtenberg als Kandidat für den Posten des Internationalen Sekretärs gegen Hillquit ein Drittel aller abgegebenen Stimmen erhielt. Die Gruppe setzte sich für die Nominierung des damals im Gefängnis sitzenden Debs durch den Parteitag ein, während Victor Berger, der für Hoan war, erklärte, kein Amerikaner werde für einen Mann stimmen, der im Gefängnis sitze. Auf diesem Parteitag fungierte die Gruppe als „Komitee [259:] für die III. Internationale", das sie früher zum Zweck der Propaganda innerhalb der Socialist Party gegründet hatte. Im Mai 1921 gründete sie auch den Workers Council, eine wirksame politische Organisation, die sich auf die Föderationen der Juden, Finnen und Tschechen, die German Workers Educational Society und einen Teil der italienischen Föderation stützte. Ebenso wurde sie von Gruppen englisch sprechender Mitglieder im ganzen Lande unterstützt, die noch der Socialist Party angehörten und sich für den Beitritt zur Kommunistischen Internationale einsetzten. Im Juni 1921 veranstaltete die Socialist Party ihren Parteitag in Detroit. Der Parteitag sprach sich gegen die Kommunistische Internationale, gegen die Diktatur des Proletariats und gegen Massenaktionen aus.

---

2 "The Toiler", New York, 6. August 1921.

3 "The Voice of Labor", Chicago, 30. September 1921.

4 "The Communist" (United Communist Party), Nr. 10, 1920.

Daraufhin trat der Workers Council endlich aus der Socialist Party aus. In ihrer offiziellen Zeitschrift erklärte die Gruppe in einem Artikel unter der Überschrift „Abschied von der Socialist Party“: „Das Komitee für die III. Internationale sieht keinerlei Anlaß mehr, in der Socialist Party zu bleiben. Es ist der Meinung, daß die Socialist Party ihre Nützlichkeit als Propagandainstrument und als Mittel zur Verwirklichung des Sozialismus völlig und unwiderruflich eingebüßt hat.“[5]

Neben dem Austritt des Workers Council hatte die Socialist Party damals noch andere Verluste. Vor allem schied am 20. Dezember 1920 die finnische Föderation mit mehreren tausend Mitgliedern aus; im September 1921 folgte ihr die jüdische Föderation, und eine Woche zuvor hatte die böhmische Föderation sich mit zehn Stimmen gegen eine zum Austritt aus der Partei entschlossen.[6] Von 1920 bis 1922 sank die Mitgliederzahl von 27.000 auf 11.000.

Nach den Massenaustritten aus der Socialist Party in den Jahren 1919 bis 1921 war Debs fast der einzige prominente „Linke“, der noch in der Partei blieb. Dieser einstige Kämpfer für die Linke, der ein so glänzender Propagandist des Sozialismus gewesen war, jetzt aber den Weg zum Sozialismus nicht, einschlagen konnte, spielte eine tragische Rolle. Als sich Anfang 1919 die große kommunistische Abspaltung vollzog, schwieg [260:] Debs und gab keinerlei Erklärungen über seinen Standpunkt in diesem für die Partei entscheidenden Konflikt ab. Doch verstand er offenbar, wenn er sich auch für die russische Revolution erklärte, die Diktatur des Proletariats infolge seiner bürgerlich-demokratischen Vorurteile nicht, und ebensowenig konnte er begreifen, daß seine alten Mitarbeiter in der Führung der Partei in Wirklichkeit Feinde des Sozialismus waren. Als die Spaltung im Jahre 1919 stattfand, war er im Gefängnis. D. Karsner, der Debs in seiner Wohnung und im Zuchthaus Atlanta besuchte, berichtet, daß dieser ihm erklärte, „ich sehe keinen Unterschied zwischen der Workers Party und der Socialist Party“, und eine Vereinigung beider Parteien vorschlug. Debs soll gegenüber Karsner auch geäußert haben: „Ich bin zu dem endgültigen Schluß gelangt, daß mein Platz in Zukunft wie in der Vergangenheit in der Socialist Party ist.“[7] Wie dem auch sei, Tatsache ist, daß Debs bis zu seinem Tode am 20. Oktober 1926 in der bankrotten Socialist Party blieb.

Die Gründung der Workers Party

Mit aktiver Unterstützung der Kommunistischen Partei begann die American Labor Alliance im August 1921 mit der Werbung von Ortsgruppen für eine neue Organisation. Gleichzeitig begann auch der Workers Council, der den Plan für eine solche Partei billigste, mit der organisatorischen Arbeit für diesen Zweck. Am 15. Oktober erließ der Workers Council einen Aufruf für eine Konferenz, um die Möglichkeiten zur Gründung der neuen Partei zu erörtern. Schließlich fanden sich die American Labor Alliance und der Workers Council nach längeren Verhandlungen zusammen und erließen einen gemeinsamen Aufruf zur Gründung einer neuen Partei.[8]

Folgende Organisationen unterstützten den Aufruf: die American Labor Alliance und die ihr angeschlossenen Verbände, die Finnish Socialist Federation, die Hungarian Workers [261:] Federation, die Italian Workers Federation und die Jewish Workers Federation, der Workers Council of America, die Jewish Socialist Federation und die deutsche Workers Educational Association. Unterzeichnet war der Aufruf von Elmer L. Allison für das Parteitagskomitee der Workers Party.

Verbunden mit dem Aufruf zum Parteitag war eine Prinzipienerklärung, zu deren Billigung die beteiligten Organisationen aufgefordert wurden. Sie lautete:

„1. *Die Arbeiterrepublik*: Führung der Arbeitermassen im Kampf für die Abschaffung des Kapitalismus mittels Schaffung einer Regierung durch die Arbeiterklasse – einer Arbeiterrepublik in Amerika.

9, *Politische Tätigkeit*: Beteiligung an allen politischen Aktionen einschließlich Wahlkampagnen, um durch sie unsere Botschaft in die Massen zu tragen. Die gewählten Vertreter der Workers Party

---

5 “The Workers Council”, 25. September 1921.

6 Siehe “American Labor Year Book, 1922/1923”, S. 406.

7 David Karsner, “Talks with Debs in Terre Haute”, New York 1922, S. 28-33.

8 Siehe “The Workers Council”, 15. Dezember 1921.

werden die verlogene kapitalistische Demokratie entlarven und die Arbeiter zum Endkampf gegen ihren gemeinsamen Feind mobilisieren helfen.

3. *Gewerkschaften*: Entwicklung der Gewerkschaften zu Kampforganen gegen den Kapitalismus, Entlarvung der reaktionären Gewerkschaftsbürokraten und Erziehung der Arbeiter zu kämpferischer Gewerkschaftsarbeit.

4. *Kampfpartei*: Zu erstreben ist eine Partei von kämpferischen, klassenbewußten Arbeitern, durch Disziplin zusammengehalten und auf der Grundlage des demokratischen Zentralismus organisiert, wobei in der Zeit zwischen den Parteitagen alle Macht in den Händen des Zentralexekutivkomitees liegt. Das Zentralexekutivkomitee der Partei kontrolliert die gesamte Tätigkeit der beamteten Personen. Es koordiniert und leitet auch die Arbeit der Parteimitglieder in den Gewerkschaften.

5. *Parteipresse*: Die Parteipresse ist Eigentum der Partei, und ihre gesamte Tätigkeit Man der Kontrolle des Zentralexekutivkomitees."

Der Gründungsparteitag der neuen Partei fand vom 23. bis 26. Dezember 1921 im Labor Temple, New York, 84. Ost-Straße, statt. Anwesend waren 150 Delegierte aus allen Teilen des Landes. Zu den größeren Organisationen, deren Vertreter zum Anschluß bevollmächtigt waren, gehörten außer der American [262:] Labor Alliance und dem Workers Council die Föderationen und Sektionen der Russen, Finnen, Südslawen, Ukrainer, Iren, Deutschen, Griechen, Juden, Italiener, Esten, Spanier, Armenier, Letten, Skandinavier und Ungarn. Ferner waren Gastdelegierte der Proletarian Party, der Left Poalei Tsion, der Young Workers League und der African Blood Brotherhood und anderer Organisationen anwesend. Der Parteitag vertrat eine Gesamtmitgliedschaft von etwa 20.000 in den stimmberechtigten Organisationen, die neun Tageszeitungen und 21 Wochenzeitschriften herausgaben.

Eröffnet wurde der Parteitag von J. Louis Engdahl, der die Delegierten in einer kurzen Ansprache begrüßte und die historische Bedeutung der Versammlung würdigte, weil sie „eine neue Epoche in dem Kampf der amerikanischen Arbeiterklasse einleite". Er hieß die Delegierten der verschiedenen Gruppen willkommen, „die so viele Jahre verschiedene Wege gegangen seien und sich schließlich zusammengefunden hätten in dem gemeinsamen Bestreben, eine wirklich revolutionäre Partei in Amerika zu schaffen".

Die dann einsetzende dreitägige Diskussion ergab volle Übereinstimmung in allen wichtigeren grundsätzlichen und taktischen Fragen. Erheblichere Einwände wurden nur von den drei Gastdelegierten der Proletarian Party vorgebracht. Sie kritisierten das gesamte Vorhaben des Parteitags von einem beschränkten, „linksradikalen" und sektiererischen Standpunkt aus und behaupteten, ihre eigene Zwergorganisation würde als Partei der Arbeiterklasse genügen. Die Proletarian Party lehnte später den Beitritt zu der neuen Partei ab.

Die neue Organisation erhielt den Namen Workers Party of America, Es wurden Vorbereitungen getroffen für die baldige Herausgabe des offiziellen Parteiorgans "The Worker" und ein Zentralexekutivkomitee von siebzehn Mitgliedern gewählt. Ruthenberg wurde zum Sekretär gewählt, da er aber im Gefängnis war, übertrug man die Führung der Geschäfte dem zu seinem Vertreter bestimmten Caleb Harrison. Zum Sitz der Parteizentrale wurde New York City bestimmt.[9]

[263:]

Das Programm der Workers Party

Der Parteitag der Workers Party im Jahre 1921 eröffnete eine sehr wichtige Etappe in der Entwicklungsgeschichte der Kommunistischen Partei der Vereinigten Staaten. Er schuf die lang ersehnte Einheit praktisch aller kommunistischen Kräfte im Lande und schloß auch die Gründungsphase der Kommunistischen Partei ab. Er beendete die Periode fast ausschließlicher sozialistischer Propaganda und führte die neue Partei in die Anfänge der Massenarbeit ein. Mit der Ausarbeitung eines provisorischen Programms von Tagesforderungen versetzte er dem traditionellen Sektierertum des linken Flügels

---

9 Zu den Verhandlungen des Parteitags siehe "The Toiler" vom 14. Januar 1921 und "American Labor Year Book, 1923/1924", S. 159.

empfindliche Schläge. Im besonderen bedeutete er einen wesentlichen Schritt vorwärts in der öffentlichen Tätigkeit der Partei. Kurz, der Parteitag bekundete einen tatsächlichen Fortschritt in der Anwendung des Marxismus-Leninismus auf die spezifischen Bedingungen des Klassenkampfes in den Vereinigten Staaten. Parteifeinde wie James Oneal haben versucht, die Gründung der Workers Party und die Annahme ihres besonderen Programms als einen Verzicht auf die leninistische Linie der Kommunisten zu interpretieren. Aber das war Unsinn. Die gesamte Entwicklung entsprach dem normalen Wachstum der Partei im Rahmen ihrer historischen Aufgabe, die sozialistische Propaganda mit dem aktiven Kampf für die Tagesforderungen der Arbeiter und der Volksmassen zu verbinden.

Das Programm der Workers Party konnte – zum erstenmal in der jahrzehntelangen Geschichte des linken Flügels – mit Recht als Kombination eines Maximal- und eines Minimalprogramms bezeichnet werden. Es beschränkte sich nicht darauf, einfach das Grundprogramm des Kommunismus zu umreißen. Die Hauptgrundsätze der Organisation waren in der dem Aufruf zum Parteitag beigefügten Erklärung niedergelegt (siehe S. 261). Sie verkündeten in einfacher Form die allgemeinen sozialistischen Ziele der Partei, ohne jedoch die allgemeinen Perspektiven und die Strategie der Partei, die die Aufmerksamkeit früherer kommunistischer Parteitage so stark in Anspruch genommen hatten, im einzelnen festzulegen.

In dieser Hinsicht erklärte das Programm: „Die Workers [264:] Party wird die Arbeiter mutig verteidigen und einen energischen Kampf für die Abschaffung des Kapitalismus führen." Der Parteitag sprach sich auch klar für die russische Revolution aus, die eine neue Periode, „die Ära der Arbeiterrepubliken", eingeleitet habe, und forderte die Anerkennung der Sowjetregierung durch die Vereinigten Staaten. Nach einer konkreten Analyse der internationalen Stellung der Vereinigten Staaten und der allgemeinen Position des amerikanischen Imperialismus zeichnete das Programm die. Richtung des praktischen Massenkampfes vor.

Die Gewerkschaftsfrage füllte fast die Hälfte des Programms aus. Nach einer Abrechnung mit dem schändlichen Verrat der Arbeiter durch ihre sozialdemokratischen Führer in der gegenwärtigen Offensive der Unternehmer rief das Programm alle Arbeiter auf, sich den für ihren Beruf in Frage kommenden Gewerkschaften anzuschließen, innerhalb der Verbände Minderheitsgruppen der linksorientierten Arbeiter zu bilden, sich für kämpferische Programme in den Organisationen einzusetzen und die reaktionäre Gewerkschaftsführung zu stürzen. Das Programm verurteilte die Gründung von Parallelgewerkschaften und jeden Gedanken an die Zerstörung der alten Fachverbände. Es sprach sich für die Zusammenfassung der Gewerkschaften zu Industrieverbänden aus.

In der Negerfrage waren gegenüber der bisherigen Vernachlässigung dieses wichtigen Problems große Fortschritte zu verzeichnen. In dem Abschnitt „Das Rassenproblem" analysierte das Programm zunächst die Geschichte der Unterdrückung der Neger im Süden und fuhr dann fort: „Die Workers Party wird die Neger in ihrem Befreiungskampf unterstützen und ihnen in ihrem Kampf um wirtschaftliche, politische und soziale Gleichberechtigung helfen. Sie wird sie darauf hinweisen, daß die Interessen der Negerarbeiter sich mit denen der weißen Arbeiter decken. Sie wird sich bemühen, der von der organisierten Arbeiterschaft betriebenen Diskriminierungspolitik ein Ende zu machen. Ihre Aufgabe wird es sein, die Schranke der Rassendiskriminierung, die dazu benutzt worden ist, die schwarzen und die weißen Arbeiter voneinander zu trennen, endgültig niederzureißen und beide zu einem festen [265:] Bunde der revolutionären Kräfte für den Sturz ihres gemeinsamen Feindes zusammenzuschließen." Diese Resolution verstand zwar die Negerfrage noch immer nicht als nationale Frage, war aber doch die fortschrittlichste, die irgendeine marxistische Partei in den Vereinigten Staaten in dieser Angelegenheit bis dahin angenommen hatte.

In der Resolution über die Jugend hieß es: „Das Zentralexekutivkomitee der Workers Party wird angewiesen, ein provisorisches Landesorganisationskomitee zu schaffen, um alle bestehenden aktiven Jungarbeiterorganisationen zu verschmelzen, gegebenenfalls neue zu gründen und die erforderlichen Vorarbeiten zur Einberufung eines Landeskongresses durchzuführen, der diese Kräfte vereinigen und offiziell die Young Workers League of America ins Leben rufen wird." Entsprechend dieser Resolution wurde einige Monate später eine Konferenz veranstaltet und der geplante Verband gegründet.

In einer weiteren Resolution hieß es: „Die Workers Party erkennt die Notwendigkeit eines verstärkten Kampfes an, um die Lage der Frauen zu verbessern und sie mit dem übrigen Teil der Arbeiterklasse im gemeinsamen Kampf gegen den Kapitalismus zu vereinigen.“ Die Partei sollte die Initiative ergreifen, um die Frauen zu organisieren und im Kampf zu führen. Der Parteitag versicherte die Landarbeiter seiner Unterstützung. Er verurteilte auch die Tendenzprozesse gegen Mooney und Billings und gegen Sacco und Vanzetti und rief die Arbeiter auf, für ihre Befreiung zu kämpfen. Debs war unter dem starken Druck der Massen von Präsident Harding freigelassen worden, und der Parteitag wandte sich an ihn mit den Worten: „Wir begrüßen freudig Ihre Heimkehr (aus dem Gefängnis) und hoffen zuversichtlich, daß Sie bald wieder in den Reihen der amerikanischen Arbeiterklasse für ihre Befreiung kämpfen werden.“

In der Frage der parlamentarischen Arbeit ließ das Programm, wenn es auch für Beteiligung an Wahlen und am allgemeinen politischen Leben des Landes eintrat, noch immer bedenkliche Symptome des traditionellen „linken“ Sektierertums erkennen, insofern es die parlamentarische Tätigkeit ausschließlich als ein Mittel zur Entlarvung des Kapitalismus [266:] und zur Agitation für den Sozialismus betrachtete. Die für die Wahlen und andere Abschnitte des Kampfes der Arbeiter ausgearbeiteten Teilforderungen waren völlig unzulänglich und stellten in keiner Weise ein abgerundetes Programm für den Tageskampf dar. Die Partei unternahm auch einstweilen keine Schritte, um sich an der politischen Aktivität der breiten Massen der amerikanischen Arbeiterklasse zu beteiligen.

Die Partei sichert sich ihre demokratischen Rechte

Die Gründung der Workers Party war eine wichtige Maßnahme zur Eroberung der demokratischen Rechte für die kommunistische Bewegung, nachdem diese, in ihren beiden ursprünglichen Gruppierungen, durch die brutalen Palmer-Überfälle vom Januar 1920 der Rede- und Versammlungsfreiheit beraubt worden war. Aber dieser Fortschritt wurde nicht ohne eine bedenkliche Spaltung in der Kommunistischen Partei erzielt. Drei Mitglieder des Zentralexekutivkomitees, die an die Theorie glaubten, die kommunistische Bewegung müsse in einem Lande wie den Vereinigten Staaten notwendigerweise „legal“ sein, vertraten den Standpunkt, schon das Bestehen der Workers Party werde dazu führen, daß die Kommunistische Partei programmatisch wie organisatorisch liquidiert werde. Sie wandten sich also kategorisch gegen diesen Kurs und begannen einen fraktionellen Kampf, um ihren Standpunkt durchzusetzen. Nachdem alle Versuche, die Differenzen zu beseitigen, gescheitert waren, wurden die Rebellen am 2. November 1921 ausgeschlossen.

Am 3. Februar 1922 erließ die ausgeschlossene Gruppe unter dem Namen Workers Defense League of New England einen Aufruf zu einer Landeskonferenz in New York City am 18. Februar. Hier wurden die United Toilers of America gegründet, die mit ihrem „linksradikalen“ Kurs in schärfster Opposition zu der neugegründeten Workers Party standen. Die neue Partei richtete ihre Zentrale in New York ein und gab als offizielles Organ “The Workers Challenge” heraus. Die Vereinigung hatte nur wenige. Anhänger, größtenteils im Bezirk New York, be-[267:]hauptete jedoch, 5000 Mitglieder zu zählen. Auf dem KP-Parteitag in Bridgman im August 1922 wurde die Bewegung liquidiert, und fast alle ihre Mitglieder kehrten zur Partei zurück.

Nach der Gründung der Workers Party im Dezember 1921 machte der Kampf für die praktische Durchsetzung der demokratischen Rechte der Kommunistischen Partei rasche Fortschritte. Diese Frage stand im Mittelpunkt des Parteitags in Bridgman (Michigan), Mitte August 1922. Unter Berücksichtigung der andauernden Nachkriegsoffensive der Unternehmer gegen die gesamte Arbeiterbewegung sprach sich der Parteitag jedoch mit knapper Mehrheit gegen die Liquidierung der „illegalen“ Formen der Partei aus. Bei den fraktionellen Auseinandersetzungen wurde die von Katterfeld und anderen geführte Mehrheitsgruppe der „Gänseklub“ genannt, und diese wiederum bezeichnete die von Ruthenberg geführte Minderheitsgruppe als die „Liquidatoren“.[10]

Daß die Regierung den Versuch, die Partei außerhalb des Gesetzes zu stellen, noch nicht aufgegeben hatte, zeigte sich, als der Parteitag am 22. August von Agenten des Federal Bureau of Investigation

[10] Zu den Programmen der „Gänse“ und der „Liquidatoren“ siehe “The Communist”, Juli 1922.

(FBI) und des Staates Michigan überfallen wurde, gerade als er seine Beratungen abgeschlossen hatte und auseinanderging. Siebzehn Delegierte wurden verhaftet, und später wurden weitere vierzig ins Gefängnis geworfen. Sie alle wurden wegen Verletzung des Antisyndikalistengesetzes von Michigan – konkret wegen „gesetzwidriger Versammlung“ – angeklagt. Damit begann ein lang dauernder legaler Kampf (siehe nächstes Kapitel), um für die Partei das demokratische Grundrecht zu erobern, dem amerikanischen Volk ihr Programm ungehindert vortragen zu können.

Indessen wandelten sich die Verhältnisse, deren Kennzeichen gesetzwidrige Gewaltmaßnahmen der Behörden waren, die die Partei ihrer demokratischen Rechte beraubten. In der allgemeinen politischen Situation zeichnete sich (wie wir in den folgenden Kapiteln sehen werden) insofern eine neue Wendung ab, als die Offensive der Unternehmer gegen die Arbeiterklasse weniger gewaltsame Formen annahm. So bot sich der Partei [268:] die Möglichkeit, das erstrebte Ziel eines völlig öffentlichen. Bestehens zu erreichen. Infolgedessen verkündete die Kommunistische Partei am 7. April 1923 ihre Verschmelzung mit der Workers Party. So fand die „illegale“ Periode der Kommunistischen Partei, die ihr durch die Brutalitäten der Palmer-Überfälle aufgezwungen worden war, nach 29 Monaten ihr Ende. Auf dem Parteitag von 1925 änderte die Workers Party ihren Namen in Workers (Communist) Party und schließlich auf dem Parteitag von 1930 in Communist Party of the United States. Die Tatsache, daß die Kommunistische Partei ihre gesetzlichen Grundrechte der Rede- und Versammlungsfreiheit durchsetzte, war ein großer Sieg für die Demokratie in den Vereinigten Staaten.

[269:]

14
DIE KOMMUNISTEN UND DIE KAPITALISTISCHE OFFENSIVE
(1919–1923)

Unmittelbar nach ihrer Gründung sahen sich die jungen kommunistischen Parteien einer erbitterten Offensive der Unternehmer gegenüber. Der amerikanische Imperialismus ging, wie bereits bemerkt, aus dem ersten Weltkrieg als die führende Macht in einem kapitalistischen System hervor, das, wie sich in der Folge zeigte, während des Krieges einen Schlag erhalten hatte, von dem es sich nie wieder erholen sollte. Es war von einer unheilbaren und sich immer mehr vertiefenden allgemeinen Krise befallen. Die Vereinigten Staaten, nunmehr vom Monopolkapital noch stärker beherrscht und durch den Krieg gewaltig bereichert und zentralisiert, waren mächtig, anmaßend und reaktionär. Sie nahmen maßgebenden Einfluß auf den imperialistischen Versailler Vertrag und blieben dann dem Völkerbund fern, um sich völlige Handlungsfreiheit zu bewahren. Mit dem Dawesplan und dem auf ihn folgenden Youngplan beherrschten die USA weitgehend das wirtschaftliche Leben der besiegten europäischen Länder. Ihre wachsende Macht im pazifischen Raum befestigten sie in dem Neunmächtepakt. Mit der Politik der „Offenen Tür“ suchten sie das vom Kriege zerrissene China in ihre Hand zu bekommen. Durch eine energische wirtschaftliche und politische Offensive in Lateinamerika verstärkten sie ihren Einfluß in diesem riesigen Gebiet auf Kosten der lateinamerikanischen Völker und ihrer geschwächten imperialistischen Rivalen, Großbritannien und Deutschland.

Erfüllt von dem reaktionären Geist, der in Europa bald den Faschismus hervorbringen sollte, im Bewußtsein ihrer neuen Stellung als führende kapitalistische Weltmacht und in panischer Furcht vor dem revolutionären Geist der Arbeiter in Rußland und in anderen europäischen Ländern, ging die Wall-[270:]street daran, die kampfentschlossenen amerikanischen Arbeiter organisatorisch wehrlos zu machen. So kam es in den ersten vier Nachkriegsjahren zu dem brutalsten. Feldzug gegen die Arbeiterschaft in der amerikanischen Geschichte.

Diese Offensive, die sich gegen jeden Abschnitt der Arbeiterbewegung richtete, verfolgte vor allem das Ziel, die Gewerkschaften zu erdrosseln und die neugeborene kommunistische Bewegung zu zerstören. Während des Krieges hatten die Arbeiter trotz des Verrats der obersten Führung der AFL und der Railroad Brotherhoods in zahlreichen Industriezweigen den Achtstundentag erkämpft und es fertiggebracht, in verschiedenen Zweigen der ihnen bis dahin unzugänglichen vertrusteten Open-Shop-Industrien Gewerkschaften zu organisieren. Die bedeutsamsten Fortschritte wurden in der Stahlindustrie, bei den Eisenbahnen, im Bergbau, in der Seeschiffahrt, in der Fleischkonservenindustrie, in der Holzindustrie und in der Textilindustrie erzielt. Daher ging das Monopolkapital daran, die Gewerkschaften von diesen vorgeschobenen Posten zu vertreiben und, wenn möglich, hinter ihre Vorkriegspositionen zurückzuwerfen. Die Kapitalisten wollten einmal praktisch demonstrieren, wie zynisch ihre Kriegsparole gewesen war, „der Demokratie in der Welt zum Siege zu verhelfen“. Sie wollten den Arbeitern eine Kostprobe der Demokratie, Marke Wallstreet, geben.

Mit Vorbedacht suchte das amerikanische Großkapital die Gewerkschaftsbewegung zu zerstören und durch sein eigenes System der „offenen“, gewerkschaftsfeindlichen Betriebe und der von ihnen selbst organisierten Betriebsverbände zu ersetzen. Diese Betriebsverbände, die zuerst im Jahre 1886 von einem gewissen J. C. Bayles in Vorschlag gebracht worden waren, begannen sich nach 1900 auszubreiten.[1] Am Ende des ersten Weltkrieges gab es 250 Betriebsverbände in der Metallindustrie, bei den Eisenbahnen und in den vertrusteten Industrien. Im allgemeinen gründeten die Unternehmer diese Betriebsverbande, um die Ausbreitung der eigentlichen Gewerkschaften einzudämmen. Der Nachkriegsplan bestand darin, dieses verderbliche System so weit wie möglich auszudehnen [271:] und auf diese Weise die Gewerkschaftsbewegung praktisch zu entmachten. Mit diesem System der von

[1] Siehe “The Workers Monthly”, September 1925.

den Unternehmern beherrschten Verbände gab das amerikanische Großkapital Mussolini und Hitler ein Vorbild für ihre späteren durch und durch faschistischen Gewerkschaften.[2]

Kaum war der Krieg beendet, als die Unternehmer ihren Feldzug gegen die Gewerkschaften eröffneten, aber er kam erst während des großen Stahlarbeiterstreiks im September 1919 zur vollen Entfaltung. Diese Offensive trat klar zutage auf der Landesindustriekonferenz im Oktober 1919, die von Präsident Wilson zu dem angeblichen Zweck einberufen wurde, die Unruhe in der Industrie zu beseitigen. Auf dieser Konferenz lehnten es die Diktatoren der Großindustrie nicht nur ab, den Stahlarbeiterstreik beizulegen, sondern erklärten praktisch der gesamten organisierten Arbeiterschaft den Krieg. „Gewerkschaften sind nicht mehr notwendig", hatte der anmaßende Richter Gary, der Präsident der U. S. Steel, gesagt, und die Konferenz handelte in diesem Sinne. Die Open-Shop-Bewegung griff bald "auf das ganze Land über. Alle großen Unternehmerverbände – National Association of Manufacturers, United States Chamber of Commerce und viele einflußreiche Verbände in den einzelnen Industrien – waren dabei und stellten sich hinter die National Open Shop Association. „Im Herbst 1920", sagen Perlman und Taft, „war das Land schon mit einem Netz von Open-Shop-Organisationen bedeckt. Im Staate New York allein arbeiteten mindestens fünfzig Open-Shop-Verbände."[3] Im Mittelwesten und im Westen wurde die Kampagne nicht weniger bösartig durchgeführt als im industriellen Osten.

Der erste Schlag trifft die Linke

Als erste bekamen den Schlag der kapitalistischen Offensive die fortgeschritteneren und kämpferischen Arbeiter zu spüren. Damals wie heute verstanden die Unternehmer sehr wohl die [272:] kämpferische Bedeutung der klassenbewußtesten Arbeiter, gegen die sie stets die schwersten und frühesten Schläge führen. Besonders fürchteten und haßten die Kapitalisten die neue kommunistische Bewegung, die sie als die Vorhut der Arbeiterklasse erkannten. Wir haben bereits gesehen, wie rücksichtslos die beiden jungen kommunistischen Parteien im Zuge der brutalen Palmer-Überfälle in den Jahren 1919 und 1920 angegriffen und verfolgt wurden. Mehr als zwei Jahre danach, im August 1922, gab die Regierung durch die Sprengung des Parteitags der Kommunistischen Partei in Bridgman (Michigan) zu verstehen, daß sie noch immer gewillt war, die Kommunisten zu liquidieren.

Auch der während des Krieges eröffnete Feldzug gegen die IWW wurde mit verstärkter Heftigkeit bis in die Nachkriegszeit hinein fortgeführt. Am 11. November 1919, dem Waffenstillstandstage, drang in Centralia (Washington) während einer Parade der American Legion eine Bande von Strolchen in das IWW-Gebäude ein, und bei der darauffolgenden bewaffneten Auseinandersetzung kamen drei Legionäre ums Leben. Ein IWW-Mitglied wurde gelyncht, und acht andere wurden zu Gefängnisstrafen von 25 bis 40 Jahren verurteilt. Das war das Signal für brutale Angriffe gegen die IWW im gesamten Westen. Wie sich zeigte, konnten die Kommunisten dank der weltweiten Erfahrungen, die sie besaßen, ihre Organisation während dieser Nachkriegsoffensive durch Schutzmaßnahmen retten, aber die IWW-Organisation wurde fast gänzlich zerstört. Teils infolge dieser Angriffe und teils infolge ihrer Unfähigkeit, sich die allgemeinen politischen Lehren der russischen Revolution zu eigen zu machen, hörten die IWW von nun an auf, eine wesentliche Rolle in der Arbeiterbewegung zu spielen.

Der Feldzug gegen die Gewerkschaften

In dem Jahrzehnt des Krieges und der Nachkriegsperiode waren große Veränderungen in der Arbeiterklasse eingetreten. Die Zahl der in der Industrie beschäftigten Arbeiter war um 31,6 Prozent gestiegen. Die scharfe Grenzlinie zwischen Gelern-[273:]ten und Ungelernten wurde durch das Wachstum der Massenproduktion weitgehend verwischt. In der Industrie des Nordens hatte sich ein beachtliches Negerproletariat entwickelt. Seit die Einwanderung gesperrt war, hatten sich die im Ausland geborenen Arbeiter immer schneller amerikanisiert. Dies alles hatte die Unterschiede unter den Arbeitern mehr und mehr verschwinden lassen und ihre Solidarität gestärkt.

---

2 Siehe Robert W. Dunn, "The Americanization of Labor", New York 1927, S. 127 ff.

3 Selig Perlman und Philip Taft, "History of Labor in the United States", Bd. 4, S. 491.

Aus dem Krieg zurückgekehrt und geplagt von den rasch steigenden Lebenshaltungskosten, waren die Arbeiter in Kampfstimmung. Abgesehen von ihren eigenen unmittelbaren Nöten standen sie auch weitgehend unter dem Einfluß des revolutionären Geistes der Arbeiter in Osteuropa. Im Jahre 1919 waren 4.160.348 Arbeiter an Streiks beteiligt, das heißt mehr als in jedem anderen Jahr der bisherigen amerikanischen Geschichte. Dieser Kampfgeist der Arbeiter führte unter anderem zu den denkwürdigen Generalstreiks in Seattle im Februar und in Winnipeg (Manitoba) im August, dem Bostoner Polizeistreik im September, dem wilden Streik von 200.000 Eisenbahnarbeitern und den großen Streiks der Kohlen- und Stahlarbeiter im September.[4]

Diese Streiks brachten den Arbeitern zwar in jedem Falle gewisse wirtschaftliche Konzessionen ein, wurden aber alle von den rücksichtslosen Unternehmern mit Hilfe der Regierung, der Polizei und der Justiz auf verschiedene Weise abgewürgt. Der Streik der: Kohlenarbeiter wurde durch eine Verfügung des Bundesrichters Anderson, der den Funktionären der United Mine Workers of America jegliche Maßnahme zur Unterstützung des Streiks untersagte, kategorisch für ungesetzlich erklärt. Daraufhin brach John L. Lewis den Streik ab mit seiner bekannten Erklärung: „Gegen die Regierung kann ich nicht kämpfen." Die Bergarbeiter kämpften jedoch weiter und erreichten schließlich erträgliche Vereinbarungen. Während des großen Streiks von 367.000 Stahlarbeitern herrschte der übelste Terror. Das gesamte Gelände der Stahlbetriebe wimmelte von Streikbrechern, bewaffneten Wächtern, Polizisten, Sheriffs-[274:]gehilfen und Truppen. Streikposten wurden verhaftet, wo sie sich zeigten, und in dem großen Monongahela-River-Distrikt bei Pittsburgh, wo 200.000 Stahlarbeiter beschäftigt waren, wurde während des nahezu vier Monate währenden Streiks nicht eine einzige Massenkundgebung der Streikenden gestattet. Schließlich wurde der Streik niedergeworfen, und die Gewerkschaften wurden vollständig zerschlagen. Unter den 22 bei diesem Streik Getöteten befand sich Fannie Sellins, die bei der Organisationskampagne unter den Stahlarbeitern für die United Mine Workers tätig gewesen war und von bewaffneten Banditen des Stahltrusts in New Kensington (Pennsylvania) brutal ermordet wurde.[5]

Verschärft wurden die Streiks von 1920/1921 durch den Ausbruch einer schweren Wirtschaftskrise. Diese wurde in erster Linie durch Schwierigkeiten in der Umstellung von der Kriegs- auf die Friedensproduktion und durch einen empfindlichen Exportrückgang (von 6.516.000.000 Dollar im Jahre 1920 auf 3.771.000.000 Dollar im Jahre 1921) hervorgerufen. Die industrielle Produktion verringerte sich um 25 Prozent, und im Oktober 1921 gab es schon 5.750.000 Arbeitslose. Obwohl die Profite noch immer doppelt so hoch waren wie im Jahre 1913, machten sich die Unternehmer die Situation zunutze, um die Löhne um 25 bis 50 Prozent zu kürzen und ihre Angriffe gegen die Gewerkschaften zu verstärken.

Die Arbeiter nahmen diese Lohnkürzungen nicht widerstandslos hin, und die Jahre 1920/1921 waren durch zahlreiche erbitterte Streikkämpfe gekennzeichnet. Bemerkenswert ist vor allem der „gesetzwidrige" Streik der Weichensteller im April 1920, der in Chicago begann, sich über das ganze Land ausbreitete und viele der größten Eisenbahnen lahmlegte. Diese spontane Revolte der einfachen Arbeiter wurde von John Grunau geleitet. In West-Virginia herrschte 1920/1921 in den Bergwerksbezirken praktisch der Bürgerkrieg. Im Mai 1921 traten die Seeleute an der Atlantikküste in den Ausstand, und es begann der größte Streik in der Geschichte dieses Wirtschaftszweiges, ein Streik, der von den Unternehmern gewaltsam [275:] niedergeworfen wurde. In den Jahren 1921/1922 führte die Typographical Union eine ganze Reihe erbitterter Streiks in vielen Orten durch, und die Bauarbeitergewerkschaften, besonders in Chicago und New York, standen 1921 in hartem Kampf gegen die Open-Shop-Bewegung. Das Jahr endete mit der Niederlage von 45.000 Fleischkonservenarbeitern in 13 Städten im Dezember, die den Zusammenbruch der Gewerkschaften dieses Industriezweigs im ganzen Lande zur Folge hatte.

---

4 Eine Gesamtübersicht über die Streiks dieser Periode siehe bei Selig Perlman und Philip Taft, "History of Labor in the United States", Bd. 4, S. 434-454.

5 Siehe William Z. Foster, "The Great Steel Strike and Its Lessons".

Der große Open-Shop-Feldzug nach dem Kriege erreichte seinen Höhepunkt im Jahre 1922. In diesem Jahr kam es zu zahlreichen großen Streiks, von denen die wichtigsten die der Textilarbeiter von Neuengland, der Kohlenbergarbeiter und der Eisenbahnarbeiter waren. Der Textilarbeiterstreik begann im Januar und dauerte sechs Monate trotz des Masseneinsatzes von Streikbrechern und Truppen, trotz gerichtlicher Verfügungen auf Veranlassung der Unternehmer und der Regierung. Die Arbeiter erlitten eine empfindliche Niederlage.

Der Kohlenarbeiterstreik, der am 1. April 1922 begann, umfaßte 600.000 Stein- und Braunkohlenarbeiter. Charakteristisch für diesen Streik, wie für alle Bergarbeiterstreiks, war der brutale Einsatz von Schlägerkolonnen seitens der Unternehmer. Aber in Herrin (Illinois) übernahmen sich diese Banditen. Im Juni ermordeten sie kaltblütig mehrere Streikende, woraufhin die Bergarbeiter zur Tat übergingen, 19 Banditen töteten und die übrigen aus dem Ort vertrieben. Daraufhin wurden 214 Bergarbeiter wegen Mordes, Hochverrats und Verschwörung unter Anklage gestellt, doch erwies es sich in dem gewerkschaftlich gut durchorganisierten Kohlenbezirk als unmöglich, sie zu verurteilen. Der große Streik endete mit einem Abkommen, in das jedoch die 100.000 unorganisierten Bergarbeiter, die in West-Pennsylvania gestreikt hatten, nicht einbezogen wurden. Sie waren, wie sich später herausstellte, von Lewis schmählich verraten worden.

Der Streik der 400.000 Eisenbahnarbeiter begann am 1. Juli 1922 wegen wiederholter Lohnkürzungen, die vom Railroad Labor Board verfügt worden waren. Die Regierung Harding, die die Verhältnisse im Lande „wieder normalisieren“ wollte, kündigte an, sie werde den Streik mit allen erforderlichen Mit-[276:]teln brechen. Dabei wurde sie von den Gewerkschaften des Betriebspersonals unterstützt, die ihre Mitglieder weiterarbeiten ließen, während die Werkstättenarbeiter streikten; ferner von der 350.000 Mitglieder umfassenden Maintenance of Way Union, die am Tage vor dem Streikbeginn aus der Streikfront ausbrach.

Am 1. September veranlaßte der Generalstaatsanwalt Daugherty eine Bundesverfügung, die den Streik praktisch für gesetzwidrig erklärte. Das waren allzu schwere Schläge, und am 13. September, als der Streik praktisch niedergeworfen war, wurde für etwa 225.000 Arbeiter ein Kapitulationsabkommen unterzeichnet, der „Baltimore-Ohio-Plan“, über den noch zu reden sein wird. Etwa 175.000 Arbeiter kehrten ohne Abkommen und Gewerkschaften in die Betriebe zurück.

Insgesamt standen in den vier schweren Kampfjahren von 1919 bis einschließlich 1922 rund 10 Millionen Arbeiter im Streik. Die organisierte Arbeiterschaft verlor viel harterkämpften Boden. In der Stahlindustrie, der Fleischkonservenindustrie, der Holzindustrie und der Schiffahrt wurden die Gewerkschaften fast vollständig liquidiert. Dementsprechend verschlechterten sich die Arbeitsbedingungen. Selbst so fest gefügte Organisationen wie die im Kohlenbergbau, bei den Eisenbahnen, im Druckereigewerbe, in der Bauindustrie, in der Textilindustrie und in der Konfektion trugen schweren Schaden davon. Infolgedessen ging die Mitgliederzahl der AFL von 4.160.348 im Jahre 1920 auf 2.926.462 im Jahre 1923 zurück. Es war die schwerste Niederlage, die die amerikanische Arbeiterbewegung jemals erlitten hatte.

Falsche Führer der Arbeiterschaft

Die obersten Führer der AFL und der Railroad Brotherhoods – faul, unfähig, korrupt und reaktionär – wurden durch die große Offensive ihrer kapitalistischen Freunde aus der Kriegszeit aus der Fassung gebracht und demoralisiert. Ihre Politik gegenüber der Offensive war eine Kombination von krassem Verrat und feiger Flucht. Mitten im Kampf, am [277:] 23. Februar 1921, berief der Exekutivrat der AFL eine Versammlung von hohen Funktionären ein, um die kritische Situation zu erörtern und „die sich aus der Arbeitslosigkeit, der Reaktion und dem Bolschewismus ergebenden Probleme zu meistern“. Das einzige, was die Konferenz empfahl, war eine Pressekampagne zur Gewinnung der öffentlichen Meinung. Lorwin sagt dazu: „Die Konferenz konnte den Gewerkschaften wenig greifbare Hilfe bieten. Jeder internationale Verband mußte mit seinen eigenen Problemen fertig werden.“[6]

---

6 Lewis L. Lorwin, “The American Federation of Labor”, S. 204.

Das war der Bankrott vor dem angreifenden Gegner. Die Führer der einen Gewerkschaften suchten sich auf Kosten der anderen zu retten. Eine Orgie von Arbeiterverrat und gewerkschaftlichem Streikbruch brach aus. In dem Stahlstreik wurden die Arbeiter von den AFL-Führern schamlos ihrem Schicksal überlassen. In der Fleischkonservenindustrie spalteten die AFL-Führer die Föderation, die die Industrie organisiert hatte, schlossen den Stockyards Labor Council aus und gaben die Negerarbeiter preis. Im Druckereigewerbe kämpfte die Typographical Union um ihre Existenz,[7] da alle anderen Gewerkschaften in diesem Industriezweig ihre Mitglieder weiterarbeiten ließen, um auf Kosten der streikenden Gewerkschaft zu profitieren. Als die Drucker auf Initiative der einfachen Mitglieder in den Streik traten, ersetzte der ultrareaktionäre Vorsitzende Berry sie zynisch durch gewerkschaftlich organisierte Streikbrecher. Der Verrat an den 100.000 unorganisierten streikenden Bergarbeitern in West-Pennsylvania bei der Regelung von 1922 wurde der United Mine Workers schließlich zum Verhängnis. Während des Streiks der Eisenbahnarbeiter nahm der gewerkschaftliche Streikbruch die übelsten Formen an. Während die Werkstattarbeiter verzweifelt gegen die Gesellschaften und die Regierung kämpften, brach die Streckenarbeitergewerkschaft nicht nur aus der Bewegung aus, um eigene Abkommen zu schließen, sondern auch die vier entscheidenden Bruderschaften des Betriebspersonals ließen ihre Mitglieder weiterarbeiten und trafen, was noch schlimmer war, auf Kosten der Streikenden neue Abkommen. So war es kein Wunder, daß [278:] die organisierte Arbeiterschaft allgemein eine so schwere Niederlage erlitt.

Die Initiative in dem Kampf während dieser kritischen Periode ging von den einfachen Arbeitern und den unteren Funktionären aus. Während des Krieges, als die oberste Führung sich der Regierung und den Unternehmern gegenüber verpflichtet hatte, den Krieg zu unterstützen, keine Streiks zu führen und die Organisationsarbeit einzustellen, waren die Vorbereitungskampagnen und Streiks von den Arbeitern durchgeführt worden. So waren die großen Kampagnen in der Fleischkonserven- und in der Stahlindustrie das Werk der Arbeiter selbst, gegen den Willen der obersten Gewerkschaftsführung. Nach dem Kriege dauerte diese Initiative der einfachen Mitglieder gegenüber der Offensive der Unternehmer an. Während die reaktionäre oberste Führung sich vor dem Sturm in Sicherheit zu bringen suchte, waren es die Arbeiter selbst, die den Kampf entfalteten. Ihr Kampfgeist und ihre Initiative offenbarten sich besonders bei den „gesetzwidrigen“ Streiks der Eisenbahnarbeiter, Weichensteller und Drucker, bei den spontanen Streiks der unorganisierten Kohlenbergarbeiter in West-Pennsylvania und der Textilarbeiter in Neuengland und bei Streiks verschiedener anderer Arbeitergruppen.

Die Kommunistische Partei durchbricht ihre Isolierung

Leider gab es bei den meisten dieser großen Kämpfe keinen organisierten linken Flügel in den Gewerkschaften, der den von ihren hochbezahlten und kapitalistisch gesinnten Funktionären verratenen kampfentschlossenen Arbeitern eine Führung hätte geben können. Die Trade Union Educational League wurde erst Ende 1920 gegründet und brauchte ein Jahr, um wirklich aktiv zu werden, und die KP war noch zu jung und unfertig, um ihre latente Kraft im Kampf einzusetzen. Die Partei, selbst das Ziel schwerer Angriffe seitens der Reaktion, war mit dem Kampf um ihre Einheit und um die Sicherung ihres demokratischen Rechts auf eine legale Existenz beschäftigt.

[279:] Die größte Schwierigkeit in dieser kritischen Periode lag aber für die junge kommunistische Bewegung darin, daß sie noch kein eigenes marxistisch-leninistisches Programm ausgearbeitet hatte. Noch immer war sie vorwiegend eine sozialistische Propagandapartei, und ihr Programm beschäftigte sich wenig oder gar nicht mit Teilforderungen und Problemen des täglichen Kampfes. Ein besonderes Hindernis für die Partei war auch ihre weit zurückreichende falsche Politik in der Gewerkschaftsfrage. Ruthenberg stellte später fest: „Die Kommunistische Partei von 1919 stand außerhalb der Arbeiterbewegung und war nur darauf bedacht, die Arbeiter durch eine Agitation und eine Propaganda für sich zu gewinnen, die die Notwendigkeit einer revolutionären Kampfpartei für den Sturz des Kapitalismus betonten ... Während der Jahre 1919 und 1920 war die Partei von der Gewerkschaftsbewegung isoliert.“[8]

---

7 Siehe “The Labor Herald”, März 1922.

8 The Workers Monthly”, September 1926.

In dieser Zeit beteiligte sich die Partei (in ihren beiden Sektionen) an einer Reihe von Streiks, so an dem Stahlarbeiterstreik von 1919 und dem Kohlenarbeiterstreik von 1920. Dabei aber befaßte sie sich fast ausschließlich mit revolutionären Zielsetzungen. Als zum Beispiel während des Stahlarbeiterstreiks die Stadt Gary unter Kriegsrecht stand, erklärte die Partei: „Die Arbeiter müssen die Staatsmacht ergreifen ... Die Antwort auf die Diktatur der Kapitalisten ist die Diktatur der Arbeiter.“[9] Dies war eine theoretisch richtige Parole auf weite Sicht für völlig andere objektive Bedingungen, aber während die Arbeiter in einem verzweifelten Kampf für die Schaffung von Gewerkschaften und die Abschaffung des Zwölfstundentags und der Siebentagewoche im Rahmen des kapitalistischen Systems standen, traf sie auf taube Ohren.

Erst gegen Ende 1921, als die Parteieinheit erreicht und besonders die schädliche bisherige Politik der Gewerkschaftsspaltung aufgegeben worden war, begann die kraftvolle junge kommunistische Bewegung, die sich jetzt Workers Party nannte, in den Kämpfen der hartbedrängten Arbeiterklasse eine wirkliche Rolle zu spielen. Ruthenberg sagte in seinem obenerwähnten Artikel: „Im Jahre 1921 revidierte die Partei ihre Gewerk-[280:]schaftspolitik und entschied sich für die richtige kommunistische Politik der Arbeit innerhalb der bestehenden Gewerkschaften.“ Praktisch wirkte sich diese politische Umstellung hauptsächlich in der umfassenden Unterstützung der Trade Union Educational League aus.

Von großem Vorteil für die Partei war in dieser Hinsicht die praktische Erfahrung und das gewerkschaftliche Prestige jener Gruppe von Funktionären der Liga, die jetzt Kommunisten geworden waren und die die großen Kampagnen in der Fleischkonserven- und in der Stahlindustrie sowie viele andere fortschrittliche Bewegungen in Chicago geleitet hatten. Vergrößert wurde ihre Schlagkraft ferner durch den bedeutsamen Umstand, daß diese Gruppe aufs engste mit der Führung der Chicagoer Federation of Labor um Fitzpatrick und Nockels zusammenarbeitete, die 325.000 Mitglieder hatte und die führende fortschrittliche Zentralorganisation in der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung war.

Die Anfänge der Trade Union Educational League

Die Trade Union Educational League war zwar schon im November 1920 gegründet worden, wurde aber erst Anfang 1922 zu einem wirklichen Faktor in der Gewerkschaftsbewegung. Ihr offizielles Organ, “The Labor Herald”, erschien im März jenes Jahres. Ihr in der ersten Ausgabe veröffentlichtes Programm wandte sich gegen die reaktionäre Bürokratie und empfahl eine kämpferische Politik an Stelle der Klassenzusammenarbeit, die Verschmelzung der Fachgewerkschaften zu Industriegewerkschaften, die Organisierung der Unorganisierten, selbständige politische Aktionen, den Anschluß an die Rote Gewerkschaftsinternationale, die Anerkennung Sowjetrußlands, die Abschaffung des Kapitalismus und die Errichtung einer Arbeiterrepublik. Was ihre organisatorischen Formen betraf, so gründete die Liga in den Gewerkschaften der verschiedensten Berufszweige, Industrien, Ortschaften und Bezirke Gruppen von fortschrittlich gesinnten und linksorientierten Arbei-[281:]tern, die keine Beiträge zahlten, aber sich für ihr allgemeines Programm einsetzten. Die ganze gewerkschaftliche Stärke der Arbeiterpartei war in der Liga konzentriert, und die meisten Führer der Liga waren Kommunisten.

Die Trade Union Educational League fand viel Anklang und entwickelte sich bald zu einer umfassenden Koalition der links und fortschrittlich eingestellten Arbeiter. Überall im Lande interessierten sich die kämpferisch gesinnten Arbeiter, empört über die Gompers-Bürokratie, rasch für ihr Programm. So traten zum Beispiel Alex Howat, ein Bergarbeiterführer in Kansas, und J. G. Brown, der Vorsitzende der Labor Party, dem Verband bei, während John Fitzpatrick und Ed Nockels mit der Organisation sympathisierten. Debs unterstützte den Verband und schrieb: „Die Trade Union Educational League ist meiner Meinung nach die einzige richtig geleitete Bewegung für die industrielle Vereinigung der amerikanischen Arbeiter.“[10]

Die Liga gründete bald starke Orts- und Landesgruppen in verschiedenen Industriezweigen, so im Bergbau, in der Textil- und Bauindustrie, in der Konfektion, in der Nahrungsmittelindustrie und in

---

9 “The Communist”, 11. Oktober 1919.

10 “The Labor Herald”, April 1923.

der Lederindustrie. Auf ihrer Landeskonferenz der Eisenbahner in Chicago, im Dezember 1922, waren 425 Delegierte aus allen Teilen des Landes anwesend. Geführt wurde diese starke Bewegung von Otto Wangerin. Auch in Kanada entstanden Gruppen der Liga unter der Führung von Tim Buck.[11]

Sehr bald begann die Liga bei zahlreichen Gelegenheiten einen starken Einfluß auszuüben. In Chicago hatten Funktionäre der Liga, Charles Krumbein, Nels Kjar und andere, maßgeblichen Anteil an einer Gewerkschaftskundgebung von 125.000 Arbeitern gegen den schändlichen Landis-Schiedsspruch im Baugewerbe. Auf dem Kongreß der Maintenance of Way [282:] Union in Detroit im Jahre 1922 wurden der Vorsitzende Grable und sein gesamter Funktionärstab wegen ihres schändlichen Verrats an den streikenden Eisenbahnarbeitern von den empörten Delegierten unter der Führung einiger Mitglieder der Liga abgesetzt. Bei den allgemeinen Wahlen in der Machinists Union erhielt der vom linken Flügel für den Posten des Verbandsvorsitzenden vorgeschlagene Kandidat der Trade Union Educational League 14.598 Stimmen, während für den amtierenden Vorsitzenden William H. Johnston 41.837 Stimmen abgegeben wurden. Diese Bewegung führte Andrew Overgaard. In der Konfektion spielte der linke Flügel sehr bald eine wesentliche Rolle.

Beim großen Kohlenarbeiterstreik von 1922 hinderten Funktionäre der Liga durch die Einberufung gewaltiger Protestkundgebungen der Bergarbeiter den Führer der United Mine Workers von Illinois, Frank Farrington, daran, ein Sonderabkommen zu treffen, das den Streik gebrochen hätte. Auf dem Kongreß der United Mine Workers im gleichen Jahre erzielten die Mitglieder der Liga, die mit Alex Howat in der Frage seines Ausschlusses wegen seines kompromißlosen Kampfes gegen das schändliche Betriebsleitungsgesetz (Industrial Court Law) von Kansas zusammenarbeiteten, eine Stimmenmehrheit gegen John L. Lewis. Anfang 1923 trugen Joseph Manley und Margaret Cowl dazu bei, daß die Abspaltung von etwa 50.000 eingewanderten Arbeitern von den United Mine Workers in den Kohlenbezirken von Pennsylvania verhindert wurde. Diese Spaltungsbewegung wurde provoziert, als die konservative Bezirksführung plötzlich beschloß, den Verband organisatorisch von der Sprachbasis auf die Grubenbasis umzustellen, womit sie das Ziel verfolgte, die Leitung des Verbandes konservativen englisch sprechenden Elementen in die Hände zu spielen. Die Ligamitglieder Pat Toohey und Tom Myerscough ragten unter den Führern der Bergarbeiter hervor.

Besonders aktiv waren die Mitglieder der Liga in dem großen Eisenbahnerstreik von 1922. Auf einer Rundreise zur Unterstützung des Streiks wurde Foster, der Schatzmeister der Liga, aus einem Hotel in Denver von den Colorado Rangers (Staatspolizei) entführt, mehrere Tage festgehalten, überall in [283:] Colorado und Wyoming bespitzelt und auf der Nebraska-Bahn aus dem Zuge geworfen. Debs sandte ein Sympathietelegramm an Foster: Diese Angelegenheit stand im Mittelpunkt der Herbstwahlen jenes Jahres in Colorado. Das Ergebnis war die Niederlage des amtierenden Gouverneurs und die Auflösung der Staatspolizei in der Amtszeit des neuen Gouverneurs.

Massenkampagnen der Trade Union Educational League

Die Workers Party proklamierte entsprechend ihrer wachsenden Bedeutung als führende Partei der Arbeiterklasse als die drei wichtigsten Fragen für die Arbeiter die Zusammenfassung der Gewerkschaften in Industriegewerkschaften, die Gründung einer alle Arbeiter umfassenden Partei und die Anerkennung Sowjetrußlands. Diese Forderungen entsprachen den dringendsten Bedürfnissen der Arbeiterbewegung. In den Gewerkschaften selbst setzten sich die Kommunisten für diese Punkte durch die Einheitsorganisation der Trade Union Educational League ein.

Im ganzen Lande konzentrierte die Liga ihren Kampf auf diese drei Hauptpunkte. Die Massen der einfachen Gewerkschaftsmitglieder, empört über den schmählichen Bankrott ihrer Führer vor der Offensive der Unternehmer, sympathisierten stark mit diesen drei Forderungen. Die Losungen „Verschmelzung oder Untergang“, „Verschmelzung und eine alle Arbeiter umfassende Partei“ und „Anerkennung

---

[11] Eine sektiererische Abweichung von der kommunistischen Gewerkschaftspolitik war damals die Gründung des United Labor Council of America in New York im November 1921 durch eine Gruppe von Kommunisten. Diese Organisation faßte einige der zahlreichen kleineren selbständigen Industriegewerkschaften jener Zeit zusammen, löste sich aber bald wieder auf. Siehe “The Toiler”, 11. November 1921.

Sowjetrußlands“ gingen wie ein Lauffeuer in den Jahren 1922 und 1923 durch die gesamte Arbeiterbewegung. Mit Hilfe ihrer ausgedehnten Organisation und Presse sammelte die Workers Party energisch ihre Kräfte für alle diese Kampfforderungen.

Die große Verschmelzungskampagne begann damit, daß auf einer Kundgebung der Chicagoer Federation of Labor am 19. März 1922 eine von Johnstone und Foster eingebrachte Resolution mit 114 gegen 37 Stimmen angenommen wurde. Auf der nächsten Kundgebung wurden die Reaktionäre, die die Resolution zu Fall zu bringen hofften, abermals geschlagen, [284:] diesmal mit 102 gegen 14 Stimmen. Beunruhigt über diese Vorfälle, kam Gompers am 11. April nach Chicago und berief, da er sich davor fürchtete, auf der Tagung der Chicagoer Federation of Labor persönlich zu erscheinen, eine Kundgebung von einigen Hundert ausgewählten Gewerkschaftsbeamten im Morrison-Hotel ein. Durch die Ausgabe der Losung „Entreißt die Chicagoer Federation of Labor den Roten!“ setzte er sich praktisch für ein gewaltsames Vorgehen gegen die Föderation ein. Aber aus diesem hoffnungslosen Plan wurde nichts. Die Chicagoer Federation of Labor trat nach wie vor fest für die Verschmelzung ein.

Die Chicagoer Federation of Labor genoß bei allen fortschrittlich Gesinnten hohes Ansehen, weil sie bei den großen Kampagnen unter den Arbeitern der Fleischkonserven- und der Stahlindustrie die Initiative ergriffen hatte, in der Bewegung für eine Partei der Arbeiterschaft eine führende Rolle spielte, sich energisch für Mooney und Billings eingesetzt hatte und allgemein als Gegner der Gompers-Bürokratie bekannt war. Als sie sich daher für die Verschmelzung aussprach, hatte dies mächtige Auswirkungen im ganzen Lande. Überall, wo die Workers Party und die Liga Verbindungen hatten, begannen die Gewerkschaftsverbände Resolutionen für die Verschmelzung anzunehmen. Die Bewegung breitete sich wie ein Steppenbrand aus, und die verwirrte und beunruhigte Gompers-Bürokratie war unfähig, sie aufzuhalten. Die einfachen Mitglieder sahen in der Verschmelzungsbewegung jene Solidarität der Arbeiterschaft und jene kämpferische Politik, woran es bei den erbitterten Streiks jener Zeit so schmählich mangelte. Die oberste Gewerkschaftsführung sah in der Bewegung eine tödliche Gefahr für ihre gesamte korrupte Position.

In den nächsten achtzehn Monaten traten sechzehn Gewerkschaftsverbände für die Verschmelzung ein, darunter die Eisenbahnangestellten, die Streckenarbeiter, die Buchdrucker, die Former, die Konfektionsarbeiter, die Kürschner, die Bäcker, die Lithographen, die Brauer und die Fleischer. In dem gleichen Sinne entschieden sich die Föderationen von siebzehn Staaten, darunter Pennsylvania, Ohio, Indiana, Michigan, Minnesota und Washington. Dutzende von Stadtleitungen und Gewerk-[285:]schaftsausschüssen waren ebenfalls für die Verschmelzung, ebenso Tausende von Ortsverbänden, so zum Beispiel 3377 allein bei den Eisenbahnern. Auch Tim Buck stellte fest: „Im vergangenen Jahr haben in allen Teilen Kanadas Gewerkschaften fast jeder Art Verschmelzungsresolutionen angenommen.“ Die Liga hatte völlig recht mit ihrer Behauptung, daß sich zwei Millionen organisierte Arbeiter, das heißt mehr als die Hälfte der gesamten Arbeiterbewegung, für die Verschmelzung ausgesprochen hätten.[12]

Die Kampagne der Workers Party für eine Partei der Arbeiterschaft, die die Liga ebenfalls überall im Lande energisch unterstützte, war fast ebenso erfolgreich wie die Verschmelzungskampagne. Die Arbeiter zogen aus den empörenden Maßnahmen der Regierung in der damaligen politischen Situation die richtigen Lehren. Eine ganze Reihe von Landesverbänden und Arbeiterorganisationen in den Staaten und Gemeinden beantwortete die Kampagne der Partei und der Liga mit Erklärungen für eine Partei der Arbeiterschaft. Im März 1923 legte die Liga diese Frage 35.000 Ortsverbänden der AFL und der Railroad Brotherhoods zur direkten Entscheidung vor.[13] Trotz aktiver Gegenmaßnahmen der Reaktionäre äußerten sich 7000 Ortsverbände zustimmend, und viele Tausend andere entschieden sich zweifellos ebenfalls positiv, ohne die Liga zu unterrichten. Im folgenden Kapitel werden wir uns mit dieser Bewegung und der entscheidenden Rolle, die die Workers Party dabei spielte, weiter beschäftigen.

---

12 Siehe Jay Fox, “Amalgamation”, Chicago 1923.

13 Siehe “The Labor Herald”, März 1923.

Von Anfang an hatte die Workers Party einen ständigen und entschlossenen Kampf für die Anerkennung Sowjetrußlands geführt. Auch die Liga wandte dieser Frage ihre besondere Aufmerksamkeit zu. Der Kampf hatte großen Erfolg unter den Massen. Viele Gewerkschaftsverbände, darunter die Bergarbeiter, die Feuerwehrleute, die Lokomotivführer, die Metallarbeiter, die Maler, die Konfektionsarbeiter, und auch zahllose Leitungen unterstützten diese Forderung. Im Jahre 1919 wurde in New York die American Labor Alliance for Trade Relations with Russia gegründet. Ihr Präsident war Timothy Healey, der [286:] Vorsitzende der Stationary Firemen's Union. Zahlreiche Gewerkschaften schlossen sich der Allianz an.[14] Neben der Workers Party und der Liga spielten in der Anerkennungskampagne eine große Rolle das Trade Union National Committee for Russian Famine Relief unter dem Vorsitz von Joseph Manley und die Friends of Soviet Russia unter der Führung von Alfred Wagenknecht. Die letztgenannte Organisation brachte in mehrjähriger erfolgreicher Arbeit zwei Millionen Dollar für die Linderung der Hungersnot und zur technischen Unterstützung Sowjetrußlands auf, das damals in einem Kampf auf Leben und Tod gegen die kapitalistische Welt stand.

Dank der drei großen kombinierten Kampagnen für die Verschmelzung, die politische Einigung der Arbeiterschaft und die Anerkennung Sowjetrußlands wuchs der Einfluß der Workers Party, und auch die Trade Union Educational League entwickelte sich stürmisch. Für die Kommunisten hatte sich die Situation in der Tat erheblich geändert gegenüber der jüngsten Vergangenheit, als die Partei „illegal" arbeitete, sich auf Propaganda für den Sozialismus beschränkte und von der Arbeiterbewegung isoliert war.

Der AFL-Kongreß von 1923

Die von der Workers Party und der Trade Union Educational

League ins Leben gerufene mächtige Bewegung der einfachen Mitglieder führte zu heftigen Zusammenstößen mit der Gewerkschaftsbürokratie auf dem AFL-Kongreß in Portland (Oregon) im Herbst 1923. Die AFL-Führer, die sich von ihrem anfänglichen Schrecken und von der Verwirrung über das plötzliche Auftreten der starken kommunistisch-fortschrittlichen Opposition erholten, hatten sich inzwischen gesammelt und hatten ihren Apparat wieder völlig in der Hand. Auf dem Kongreß, der sich fast ausschließlich aus den Spitzenfunktionären der Landesverbände zusammensetzte, herrschte keine Spur von Demokratie. Daß mehr als die Hälfte der einfachen [287:] Mitglieder für einen grundsätzlich neuen Kurs gestimmt hatte, bedeutete für diese falschen Führer nichts. Mit dem alten Gompers an der Spitze gingen sie daran, sich zynisch über den Auftrag ihrer Mitglieder und die ganze Bewegung der einfachen Mitglieder überhaupt hinwegzusetzen. Dabei standen die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer auf dem Kongreß völlig auf der Seite der Gompers-Bürokratie. Das ganze schmähliche Theater wurde inmitten einer Orgie von Kommunistenhetze inszeniert, um die Delegierten so einzuschüchtern, daß sie sich dem Willen der Gompers-Bürokratie fügten.

Die Verschmelzung wurde als „kommunistisch" diffamiert. Weder eine Diskussion noch eine namentliche Abstimmung wurden zugelassen. Die Resolutionen bezüglich der politischen Einigung der Arbeiterklasse wurden als „unamerikanisch" abgetan und mit 25.066 gegen 1895 Stimmen abgelehnt. Die Resolution für die Anerkennung Sowjetrußlands erhielt die größte Unterstützung. Hayes von der Typographical Union, Healey von der Stationary Firemen's Union, Smart von den Weichenstellern, Johnston von den Maschinisten und andere sprachen für sie. Aber auch sie wurde von der herrschenden Clique zu Fall gebracht. So lehnten die AFL-Führer als treue Diener ihrer kapitalistischen Herren kaltschnäuzig ein Programm ab, das wirkliches Leben in die durch ihren reaktionären Kurs fast zugrunde gerichtete Arbeiterbewegung gebracht hätte. Um allem die Krone aufzusetzen, wurde ein kommunistischer Delegierter satzungswidrig und unter dramatischen Umständen auf den Antrag des damals dem Bergarbeiterverband angehörenden Philip Murray vom Kongreß ausgeschlossen.

Eine Reihe von Faktoren wirkte zusammen, um es den AFL-Führern zu ermöglichen, den Willen der einfachen Mitglieder in so ungeheuerlicher Weise zu mißachten. Erstens hatte sich die wirtschaftliche Lage etwas gebessert, und auch die brutale Antigewerkschaftskampagne der Unternehmer hatte

---

14 Siehe Alexander Trachtenberg in "The Communist", September 1939.

wesentlich nachgelassen. Zweitens traten die AFL-Führer auf diesem Kongreß mit einem vollständig neuen Programm der Klassenzusammenarbeit auf, einem Programm, der „Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaft und Betriebsleitung“ (hierüber später [288:] mehr), das sie eifrig als konstruktiv und fortschrittlich anpriesen. Drittens war die Anhängerschaft der Workers Party und der Liga viel zuwenig stabil, um die umfassende Agitationstätigkeit der beiden Organisationen mit energischen planmäßigen Aktionen unterstützen zu können. Viertens – und das war besonders wichtig – war es drei Monate vorher zwischen der Workers Party und ihren fortschrittlichen Verbündeten in der Fitzpatrick-Gruppe zu ernsthaften Meinungsverschiedenheiten in der Frage der politischen Zusammenfassung der Arbeiterschaft gekommen, und die Gompers-Anhänger konnten sich diese Uneinigkeit zunutze machen, um den Angriff gegen den linken Flügel durchzuführen. Der Kongreß von Portland war das Signal zu rücksichtslosem Vorgehen gegen die Workers Party, die Liga und alle ihre Freunde und Anhänger in der gesamten Arbeiterbewegung.

Der Kampf gegen die Klassenjustiz

Der Kampf gegen die Klassenjustiz spielte eine sehr bedeutende Rolle in der Tätigkeit der Workers Party während der heftigen kapitalistischen Offensive nach dem ersten Weltkriege. Während des Krieges und in der ersten Zeit nach dem Kriege waren zahlreiche IWW-Mitglieder vor Gericht gestellt worden. Da waren die Prozesse gegen Debs, Ruthenberg und viele andere, die wegen ihrer Tätigkeit gegen den Krieg ins Gefängnis geworfen wurden. Da war der allgemein bekannte Prozeß gegen Mooney und Billings und der nicht weniger bekannte Prozeß gegen McNamara und Schmidt usw. Außerdem gab es Dutzende von Prozessen gegen eingewanderte Arbeiter, die willkürlich ins Gefängnis geworfen oder von den reaktionären Regierungen Wilson und Harding aus dem Lande gewiesen wurden. Anfänglich griff die Partei als solche oder in Zusammenarbeit mit speziellen Verteidigungskomitees in diesen verschiedenen Fällen ein. Am 23. Juni 1925 aber ergriff sie in Chicago zusammen mit anderen Kräften die Initiative und gründete die International Labor Defense, eine Einheitsorganisation auf Massenbasis. Eine hervorragende Rolle spielten dabei Elizabeth Gurley Flynn, [289:] Anna Damon und Rose Baron. Um die gleiche Zeit entstand der Council for the Protection of the Foreign Born.

Am 5. Mai 1920 kam zu den vielen Tendenzprozessen, die die amerikanische Demokratie bereits mit Schande bedeckt hatten, ein anderer ungeheuerlicher Fall, die Verhaftung von Nicola Sacco und Bartolomeo Vanzetti in Massachusetts. Beide waren eingewanderte Anarchisten, der eine Schuhmacher und der andere Fischhändler. Beide wurden fälschlich beschuldigt, 15.000 Dollar Lohngelder in South Braintree (Massachusetts) geraubt und dabei einen Wächter getötet zu haben. Nach einer Justizkomödie, die durch übelste Kommunistenhetze und nationalistischen Chauvinismus gekennzeichnet war, wurden die beiden Angeklagten für schuldig erklärt und zum Tode durch den elektrischen Stuhl verurteilt. Die Workers Party stand im Mittelpunkt des Kampfes um ihre Rettung.

In der ganzen Welt erregte das schändliche Tendenzurteil Empörung unter der Arbeiterschaft und allen freiheitlich gesinnten Menschen. In den nächsten sieben Jahren kam es in vielen Städten zu Demonstrationen, Streiks und Protestkundgebungen gegen diese legale Lynchjustiz, wobei die Kommunisten überall in vorderster Reihe standen. Aber die erbarmungslosen Kapitalisten weigerten sich, ihre Beute aus den Händen zu lassen, und die Verurteilung Saccos und Vanzettis wurde von allen Gerichten trotz der offensichtlichen Unschuld der Angeklagten bestätigt. Die beiden Opfer des Klassenhasses wurden schließlich am 23. August 1927 hingerichtet, wobei es zu gewaltigen Protestkundgebungen in der ganzen Welt kam. In vielen Städten der Vereinigten Staaten und auch in Panama, Manila, Brüssel, Havanna, Mexiko, Buenos Aires, Montreal, Warschau, Belgrad, Melbourne, Kairo und in der Sowjetunion fanden Demonstrationen statt. In Genf demonstrierten 50.000 Menschen. In der ganzen Welt wurden die Botschaften der Vereinigten Staaten von bewaffneten Posten bewacht. Nach den Hinrichtungen zogen 150.000 Menschen zur amerikanischen Botschaft in Paris, und es kam zu Barrikadenkämpfen gegen die Polizei. In Boston beteiligten sich trotz strömenden Regens 250.000

Menschen an einer Trauerkundgebung.[15] Der Mord an [290:] Sacco und Vanzetti gehört zu den Schandtaten, für die die Arbeiter eines Tages Vergeltung fordern werden.

Dann war da die Verteidigung der 57 führenden Kommunisten, die anläßlich des kommunistischen Parteitags in Bridgman (Michigan) im August 1922 verhaftet und angeklagt worden waren. Zur Leitung ihrer Verteidigung wurde der Labor Defense Council gegründet. Es war eine umfassende Einheitsorganisation, deren Exekutivkomitee Persönlichkeiten wie Eugene V. Debs, Max S. Hayes, Robert M. Buck, Rev. John A. Ryan, J. G. Brown, Roger N. Baldwin, R. D. Cramer, F. Fisher Kane und George P. West angehörten. Hauptverteidiger war der bekannte Rechtsanwalt Frank P. Walsh. Die Verteidigung wurde von der Chicagoer Federation of Labor und von Gewerkschaftsorganisationen in vielen anderen Städten aktiv unterstützt.

Die Prozesse begannen im Februar 1923 in St. Joseph (Michigan). Alle 57 Angeklagten verlangten und erreichten eine Einzelverhandlung nach dem Staatsgesetz. Zuerst wurde gegen Foster verhandelt. Nach dreiwöchiger Verhandlung kamen die Geschworenen mit sechs gegen sechs Stimmen zu keiner Entscheidung. Dann kam Ruthenberg an die Reihe und wurde, da drastischere Methoden als notwendig erachtet wurden, im Handumdrehen für schuldig erklärt. Wegen „gesetzwidriger Zusammenrottung“ ‚wurden drei bis zehn Jahre Gefängnis beantragt. Der Schuldspruch wurde von sämtlichen Gerichten einschließlich des Obersten Gerichtshofs bestätigt, aber ehe Ruthenberg seine Strafe tatsächlich antreten konnte, starb er. Mittlerweile verzichteten die Behörden in Michigan angesichts der Perspektive endloser Einzelverfahren auf das aussichtslose Unternehmen. Zwölf Jahre später, im Jahre 1934, wurden die Anklagen schließlich von einem New-Deal-Staatsanwalt in Michigan fallengelassen.

15 Siehe “National Guardian”, 28. März 1951.

[291:]

15
DIE KOMMUNISTEN UND DIE LAFOLLETTE-BEWEGUNG
(1922–1924)

Der allgemeine Widerstand der Arbeiter gegen die kapitalistische Offensive in den Jahren unmittelbar nach dem ersten Weltkrieg nahm die Form einer großen Bewegung der Farmer und der Arbeiterschaft an und erreichte seinen Höhepunkt in der unabhängigen Kandidatur des Senators Robert M. LaFollette bei den Präsidentschaftswahlen von 1924. Dies war die größte Anstrengung, die die einfachen amerikanischen Arbeiter und ihre Klassenverbündeten je gemacht haben, um dem Verrat der Bürokratie eine unabhängige politische Organisation entgegenzustellen. Die Workers Party, die damalige kommunistische Partei, spielte bei diesem bedeutsamen Geschehen eine sehr wesentliche Rolle.

Seit anderthalb Jahrhunderten besteht eines der stärksten Mittel der amerikanischen Kapitalisten zur Beherrschung der Arbeiter darin, sie an die kapitalistischen politischen Parteien zu fesseln beziehungsweise unter deren Einfluß zu halten. Seit den Zeiten des Bürgerkrieges offenbart sich diese Absicht der kapitalistischen Machthaber in dem sogenannten Zweiparteiensystem. In all diesen Jahren lehnten sich die fortschrittlichen Arbeiter mehrfach gegen diese schändliche politische Bevormundung auf, indem sie Arbeiterparteien schufen, doch hatten diese Versuche keinen Erfolg. Verschiedene Ursachen wirkten zusammen, um ihre Bemühungen scheitern zu lassen. Die wichtigsten waren die politische Unreife der Arbeiterklasse in ideologischer und organisatorischer Hinsicht, ihre uneinheitliche Zusammensetzung in bezug auf Sprache, Religion und kulturelle Gegebenheiten, ihr zähes Hängen an kleinbürgerlichen Illusionen, der hartnäckige Widerstand der Gewerkschafts-[292:]bürokratie seit dem Aufkommen der AFL und schließlich nicht zuletzt das Fehlen einer klaren Führung seitens der Marxisten, hauptsächlich infolge ihres Sektierertums.

In den Jahrzehnten unmittelbar nach dem Bürgerkrieg befolgten die ersten amerikanischen Marxisten, von Marx und Engels persönlich beraten, im allgemeinen die vernünftige Politik, sich an diesen spontanen Parteibildungen zu beteiligen und mit den der Arbeiterklasse sehr nahestehenden politischen Organisationen der Farmer zusammenzuarbeiten, wobei sie allerdings häufig in sektiererische und opportunistische Irrtümer verfielen. Wie Lenin schrieb, lehrten Marx und Engels, die Sozialisten müßten „*um jeden Preis* mit dem engen Sektierertum aufräumen und sich der Arbeiterbewegung *anschließen*, um das Proletariat *politisch aufzurütteln*. Denn in England wie in Amerika zeigte das Proletariat im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts *fast keine* politische Selbständigkeit.“[1] Seit 1890 jedoch machte der Sektierer De Leon dieser im wesentlichen richtigen Massenpolitik ein Ende, da er den Standpunkt vertrat, die Arbeiter- und Farmerparteien seien im Grunde genommen reaktionär und die Socialist Labor Party reiche als Partei der Arbeiterklasse aus. Die Socialist Party setzte diesen beschränkten Kurs fort, und erst 1921 begann sie, die spontane Arbeiterpartei-Bewegung nicht mehr ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der Konkurrenz zu betrachten. Die Workers Party übernahm von der Socialist Party die alte ablehnende Haltung gegenüber diesen Bestrebungen der Arbeiterschaft.

Im Jahre 1922 jedoch brach die Workers Party endgültig mit dieser dreißig Jahre alten Politik der Socialist Labor Party und der Socialist Party und trat in dem sich verstärkenden Kampf für eine Partei der gesamten Arbeiterklasse in die vorderste Front. Durch Diskussionen in den eigenen Reihen und mit den europäischen Marxisten auf den Tagungen der Komintern kam die Workers Party zu der Erkenntnis, daß die politische Entwicklung der Arbeiterklasse in den Vereinigten Staaten sich nicht in der gleichen Weise vollzog wie im kontinentalen [293:] Europa. In Europa, wo die Gewerkschaften nach der sozialistischen Partei oder gleichzeitig mit ihr entstanden, entwickelte sich diese Partei unabhängig mit individueller Mitgliedschaft, einem sozialdemokratischen Programm und einer anerkannten politischen Führung der Arbeiterklasse. In manchen Ländern andererseits entstanden die Gewerkschaften im Zusammenhang mit spezifischen Faktoren, die die politische Entwicklung der Arbeiter hemmten, im Zuge der Organisierung der Arbeiterklasse vor der politischen Partei. Hier

---

1 W. I. Lenin, Marx-Engels-Marxismus, Dietz Verlag, Berlin 1946, S. 79. [LW 12, S. 371]

schufen sich die Arbeiter, die sowohl einen politischen als auch einen wirtschaftlichen Kampf führen wollten, schließlich eine Partei, die sich in erster Linie auf die Gewerkschaften stützte. So war es in Großbritannien und einigen seiner Dominions – Australien, Kanada, Neuseeland, Südafrika – und auch in den Vereinigten Staaten. Hier verläuft die Entwicklung im allgemeinen ebenfalls in der Richtung auf eine Massenpartei, die sich auf die Gewerkschaften stützt, aber ihr Wachstumstempo ist sehr viel langsamer, weil die hemmenden politischen Faktoren viel stärker gewesen sind. (Näheres hierüber bringen wir in Kapitel 37.) Diese Tatsachen hinsichtlich der allgemeinen Linie der politischen Entwicklung der Arbeiterklasse und der Rolle der Partei der Arbeiterklasse in diesem Zusammenhang, über die Stalin endgültig Klarheit geschaffen hat, haben die amerikanischen Marxisten viele Jahre lang nicht verstanden.

Im Jahre 1922 hatte die Workers Party endlich begriffen, wie j außerordentlich wichtig es war, sich für eine Partei der Arbeiterschaft einzusetzen und so die Arbeiter vom Zweiparteiensystem und von der politischen Bevormundung durch die Bourgeoisie zu befreien. Das bedeutete eine entschiedene Abwendung vom Sektierertum und den Übergang zur Arbeit unter den breiten Massen. Auf dem II. Parteitag der Workers Party in New York City im Dezember 1922 bestätigten die Delegierten daher die frühere Entscheidung des Zentralexekutivkomitees vom Mai 1922 und erklärten![2]: „Die Workers Party unterstützt die Schaffung einer politischen Partei der Arbeiterklasse, die von allen kapitalistischen politischen Parteien unabhängig ist und in Opposition zu ihnen steht. Sie wird [294:] alles tun, um die Schaffung einer solchen Partei zu beschleunigen und den Eintritt in sie als eine autonome Organisation durchzusetzen ... Eine wirkliche Partei der Arbeiterklasse kann nicht geschaffen werden ohne die Gewerkschaften, und die Organisationen der ausgebeuteten Farmer, der Farmpächter und der Landarbeiter sind in sie einzuschließen.“[3]

Die politische Situation war damals günstig für die Schaffung einer Partei der Arbeiterklasse. Im Zuge der heftigen Offensive des Großkapitals hatten die Arbeiter in den Vereinigten Staaten eine ganze Reihe erbitterter Streiks durchgekämpft. Der „Liberalismus“ Wilsons hatte sie tief enttäuscht, und für die Reaktion Hardings hatten sie natürlich nichts übrig. Außerdem hatte sich die Gompers-Bürokratie bei allen Kämpfen der Nachkriegszeit diskreditiert und war kaum in der Lage, den starken Drang der Arbeiterklasse nach selbständigem politischem Handeln einzudämmen. Auch die Marxisten setzten sich zum erstenmal seit mehr als 35 Jahren in der Workers Party und der Trade Union Educational League wirklich energisch für eine politische Partei der Arbeiterklasse ein. So gingen die Arbeiter entschlossen zum selbständigen politischen Handeln über.

Die Entwicklung der LaFollette-Bewegung

Vier politisch-organisatorische Hauptströmungen vereinigten sich schließlich zu der großen Bewegung für die Präsidentschaftskandidatur LaFollettes im Jahre 1924. Es waren: a) Die Gruppe lokaler Arbeiterparteien, die in den Jahren 1918/1919 in Chicago, New York, Bridgeport und anderen Städten entstanden, nebst den Parteiorganisationen im Rahmen der Staaten Illinois, Connecticut, Michigan, Utah, Indiana und Pennsylvania. Die anerkannte Führung dieser Bewegung lag bei der Chicagoer Federation of Labor. b) Die Nonpartisan League, die im Jahre 1915 als Linksgruppe in der Republikanischen Partei entstanden war und von A. P. Townley geführt wurde, der früher in der Socialist Party tätig gewesen war. Die Liga hatte [295:] im Jahre 1918 angeblich 188 365 Mitglieder. Ihr Schwerpunkt lag in Nord- und Süd-Dakota, und einige Farmerparteien im Mittelwesten und im Nordwesten standen in lockerer Verbindung mit ihr. c) Das im Jahre 1918 gegründete Committee of Forty-Eight, an dessen Spitze J. A. H. Hopkins stand. Dies war eine umfassende kleinbürgerlich-liberale Organisation. d) Die lumb-Plan-Bewegung, die im Jahre 1919 entstand. Ihre Führer waren Warren S. Stone und William H. Johnston, die Vorsitzenden der Gewerkschaften der Lokomotivführer und der Metallarbeiter. Sie stützte sich auf die sechzehn Eisenbahnergewerkschaften und forderte in ihrem Programm „Verstaatlichung und demokratische Verwaltung der Eisenbahnen“. Auch die National Association for the Advancement of Colored People setzte sich schließlich für LaFollette ein.

---

2 Siehe Charles E. Ruthenberg in “The Liberator”, Februar 1923.

3 Anthony Bimba, “History of the American Working Class”, S. 318.

Im November 1919 traten die verschiedenen Arbeiterparteien der Staaten und Städte in Chicago zusammen und vereinigten sich zur National Labor Party. Die Vorläufer der Trade Union Educational League in Chicago arbeiteten aktiv für diese Bewegung, und der Generalsekretär der National Labor Party, J. G. Brown, wurde später Mitglied der Liga. Im Jahre 1920 beteiligte sich die National Labor Party, wiederum in Chicago, an der Verschmelzung des Committee of Forty-Eight und einiger Farmerparteien aus verschiedenen Staaten, woraus die National Farmer-Labor Party hervorging, deren Sekretär ebenfalls Brown war. Die Anhänger des linken Flügels in Chicago waren auch auf diesem Kongreß sehr aktiv. Ihnen war es letztlich zu verdanken, daß die Verschmelzung der beiden Hauptgruppen durch Aktionen von unten trotz der schwankenden Haltung der Führer zustande kam. Bei den Wahlen von 1920 bemühte sich die Farmer-Labor Party um die Kandidatur LaFollettes; aber ihr Programm war „zu radikal" für ihn, und die „Linken" erhoben Einwände gegen LaFollettes Chauvinismus in der Rassenfrage. So wurde der verhältnismäßig unbekannte Parley Parker Christensen als Kandidat nominiert und erhielt etwa 300.000 Stimmen.

Den nächsten großen Schritt tat die LaFollette-Bewegung, als die Plumb-Plan-Bewegung sich im Februar 1922 als Con-[296:]ference for Progressive Political Action neu konstituierte. An dem Gründungskongreß in Chicago beteiligten sich neben den Vertretern der sechzehn Eisenbahnergewerkschaften Vertreter der Bergarbeiter, der Konfektionsarbeiter, der Arbeiterföderationen aus neun Staaten und anderer Gewerkschaftsverbände sowie die National Farmer-Labor Party, die Socialist Party, die Nonpartisan League, Arbeiterparteien aus verschiedenen Staaten, der National Catholic Welfare Council, die Methodist Federation for Social Service und andere Organisationen. Insgesamt waren etwa 2,5 Millionen organisierte Mitglieder vertreten. Die Frage einer politischen Partei der Arbeiterklasse wurde jedoch umgangen, und die Versammlung beschloß, in jedem Staat solle nach einem jeweils geeignet erscheinenden Plan politisch gearbeitet werden, entweder als Minderheit im Rahmen der-alten Parteien oder als selbständige politische Partei. Dem Landesorganisationskomitee gehörten J. G. Brown und Morris Hillquit an.

Im Dezember 1922 veranstaltete die Conference for Progressive Political Action eine neue Tagung in Cleveland. Auf dieser Konferenz jedoch trat die Frage der Schaffung einer unabhängigen politischen Partei der Arbeiterklasse in den Vordergrund und stand im Mittelpunkt der Debatten. Eine entsprechende Resolution wurde schließlich mit 64 gegen 52 Stimmen zu Fall gebracht. Daraufhin beschloß die Farmer-Labor Party unter der Führung Fitzpatricks, aus der Vereinigung auszutreten. Die Kommunisten sprachen sich im Namen der Workers Party, die Ruthenberg[4] und Foster als Delegierte auf die Konferenz entsandt hatte, gegen diesen Schritt aus.[5] Die Socialist Party, die sich den Reaktionären anschloß, forderte in einer Erklärung den Ausschluß der Workers Party.[6] Sämtliche Chicagoer Vertreter der Farmer-Labor Party bestanden darauf, daß Ruthenberg und Foster als vollberechtigte [297:] Teilnehmer zugelassen würden. Aber die von den konservativen Gewerkschaftsführern beherrschte Konferenz beschloß, die Vertreter der Workers Party nicht zuzulassen.

Die Workers Party und die Farmer-Labor Party

Inzwischen agitierten die Workers Party und die Trade Union Educational League unter den Massen eifrig für eine politische Partei der Arbeiterklasse. Die Umfrage der Liga in dieser Angelegenheit war ein großer Erfolg. Überall im Lande äußerten die Gewerkschaften sich positiv zu dem Vorschlag der Liga, eine solche Partei sofort zu schaffen. Der "Labor Herald" berichtete: „Bisher haben sich mehr als 40 Verbände in einzelnen Staaten und 47 Landesverbände an der von der Liga veranlaßten Abstimmung beteiligt. Von den Tausenden von Ortsverbänden, in denen eine Abstimmung stattgefunden hat, haben nach unseren Informationen kaum ein Dutzend ablehnend geantwortet."[7] Die Führer der Chicagoer Federation of Labor unterstützten diese Umfrage.

---

4 Ruthenberg, der seit Anfang 1921 im Gefängnis gewesen war, wurde im Juli 1922 freigelassen.

5 Siehe "Proceedings of the Third National Convention, Workers Party, December, 1923", Chicago, S. 15.

6 Siehe Nathan Fine, "Labor and Farmer Parties in the United States", S. 405.

7 "The Labor Herald", Juni 1923.

In dieser Zeit, im April 1923, liquidierte die Kommunistische Partei auf einem Außerordentlichen Parteitag ihre „illegale“ Phase. Die Workers Party wurde jetzt praktisch, wenn auch nicht dem Namen nach, die kommunistische Partei. Die Partei verlegte ihre Zentrale im Juli von New York nach Chicago. Auf ihrem III. Parteitag, im Dezember 1923, wies die Partei eine Mitgliederzahl von 25.000 aus.

Inzwischen entwickelte sich im ganzen Lande eine feste Zusammenarbeit zwischen der Workers Party und der Gruppe Fitzpatrick-Nockels-Brown. Nachdem die Führer der Föderation und die Chicagoer Ligafunktionäre zehn Jahre lang gemeinsam so zahlreiche erfolgreiche Kampagnen im ganzen Land durchgeführt hatten, kam es nun endlich zu einer Einheitsfront zwischen der Workers Party und der Farmer-Labor Party.

Auf Grund eines Übereinkommens der beiden Parteien erließ die Farmer-Labor Party einen Aufruf für einen allgemeinen Kongreß „aller wirtschaftlichen und politischen Organisationen, [298:] die für die Gründung einer Farmer-Labor Party sind“, der am 3. Juli 1923 in Chicago stattfinden sollte. Die Zentralkomitees der Workers Party und der Farmer-Labor Party verständigten sich über die Vertretungsbasis, die Zusammensetzung und die zahlenmäßige Stärke des Zentralkomitees der zukünftigen Partei und auch über bestimmte einzubringende Resolutionen, darunter eine über die Anerkennung Sowjetrußlands. Sie kamen ferner überein, daß die neue Partei gegründet werden sollte, falls eine halbe Million Arbeiter auf dem Kongreß vertreten wären. Die Kosten für den Versand des Aufrufs zum Kongreß teilten sich die beiden Parteien. Auf der vereinbarten Grundlage wurden, abgesehen von den beiden Parteien, von denen die Initiative ausging, Einladungen an alle Gewerkschaften, an die Orts- und Landesorganisationen der Arbeiter- und Farmerparteien sowie an die Socialist Party, die Socialist Labor Party und die Proletarian Party versandt.[8] Die Socialist Party lehnte ab, aber die allgemeine Aufnahme war ausgezeichnet. Die Bewegung breitete sich nach vielen Richtungen aus.

Als aber der für den Kongreß in Aussicht genommene 3. Juli näherrückte, begann die Fitzpatrick-Gruppe zu schwanken und sichtlich kühler zu werden. Die AFL hatte ihre Zuschüsse für die Chicagoer Federation of Labor eingestellt, und viele hinter LaFollette stehende Kräfte versuchten, Fitzpatrick und seine Gruppe zu einer Absage an den kommenden Kongreß zu bewegen. Unter diesem Druck wurde die Fitzpatrick-Gruppe schwach. Trotzdem erschien sie zum Kongreß, ohne sich von ihrem Abkommen mit der Workers Party offen zu distanzieren.

Der Kongreß der Federated Farmer Labor Party

Auf dem Kongreß vom 3. Juli 1923 waren insgesamt etwa 600.000 Arbeiter und Farmer durch 650 Delegierte vertreten. Die Kommunisten bildeten nur eine sehr kleine Minderheit. In der Versammlung, die hauptsächlich aus einfachen Mitglie-[299:]dern bestand, war die Begeisterung für die in Aussicht genommene gemeinsame Partei gewaltig. Die Fitzpatrick-Gruppe arbeitete von Anfang an gegen die geplante Parteigründung. Zunächst versuchte sie, die Mandate der Delegierten der Workers Party für ungültig erklären zu lassen, doch wurde dieser Antrag vom Kongreß fast einmütig abgelehnt. Dann wollte sie den Kongreß mit Hilfe eines auswärtigen Delegierten zu einer ausschließlich beratenden Konferenz erklären lassen. Dieser Antrag wurde durch einen Zusatzantrag für die Gründung der neuen Partei pariert, der von dem der Workers Party angehörenden Joseph Manley als Vertreter der Ortsgruppe 40 der Structural Iron Workers Union eingebracht und von Ruthenberg unterstützt wurde.

Erst am späten Abend des dritten und letzten Kongreßtages stellte die unentschlossene Fitzpatrick-Gruppe einen fest umrissenen Antrag, aus dem ihre wahren Absichten hervorgingen. Sie schlug vor, daß alle beteiligten Organisationen sich der Farmer-Labor Party als autonome Verbände anschließen sollten. Nur die revolutionären Elemente, das heißt die Workers Party, sollten ausgeschlossen sein. Ihr Antrag besagte: „Es wäre Selbstmord, ... eine Organisation, die sich für andere als gesetzliche Maßnahmen zur Herbeiführung politischer Veränderungen einsetzt, in eine solche Vereinigung aufzunehmen.“ Das waren in der Tat seltsame Beschuldigungen seitens der radikalen Fitzpatrick-Gruppe, die die Workers Party zu diesem Kongreß eingeladen und erst vor wenigen Monaten auf der

---

8 Siehe “Proceedings of the Third National Convention, Workers Party”, S. 15-17.

Tagung der Conference for Progressive Political Action in Cleveland für Ruthenberg und Foster gestimmt hatte. Der Kongreß lehnte den Antrag der Fitzpatrick-Gruppe unter stürmischem Protest ab und entschied sich mit rund 500 gegen 40 Stimmen für die Gründung der Federated Farmer Labor Party, die denn auch erfolgte.[9] Die Fitzpatrick-Gruppe wollte, wie Fine sagt, querschießen, „aber dazu hatte sie nicht genug Anhänger“[10]. Sodann wurden Vertreter der Arbeiterschaft und [300:] der Farmer in das Exekutivkomitee gewählt. Sekretär und Schatzmeister wurde Joseph Manley, und die Parteizentrale wurde in Chicago eingerichtet.

In dem Programm der Federated Farmer Labor Party hieß es: „Wir wollen den werktätigen Farmer und den Industriearbeiter von der rücksichtslosen Ausbeutung derjenigen befreien, die heute in diesem Lande herrschen, und für sie das Recht auf Leben, Freiheit und das Streben nach Glück erkämpfen, das ihre Ausbeuter ihnen verweigern.“ Die neue Partei forderte „die Nationalisierung aller öffentlichen Dienste und aller Öffentlichen Verkehrs- und Beförderungsmittel“ sowie eine demokratische Verwaltung dieser Betriebe, letztlich durch die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter und Farmer. Für die Arbeiterschaft wurden der Achtstundentag, die Abschaffung der Kinderarbeit und ein Mindestlohn gefordert, für langjährige Berufstätigkeit Prämienzulagen, für alle städtischen und ländlichen Arbeiter die Schaffung einer Sozialversicherung für den Krankheitsfall und andere Fälle von Arbeitsunfähigkeit, für die Farmer die Sicherstellung des Bodens für diejenigen, die ihn bebauen, sowie die Ausgabe und Kontrolle alles Geldes durch die Regierung, die Bezahlung der Kriegsschulden durch Besteuerung der Überprofite und ein Moratorium für alle Farmschulden. Spezielle Forderungen für die Neger enthielt das Programm nicht.[11]

Die Organisationen, die für die Gründung der Federated Farmer Labor Party am 3. Juli stimmten, umfaßten annähernd 600.000 Mitglieder, darunter etwa 50.000 Bergarbeiter, 10.000 Maschinisten, 100.000 Konfektionsarbeiter, 7000 Zimmerleute, 10.000 Metallarbeiter, die 87.000 Mitglieder der Federation of Labor von West-Virginia, die AFL-Zentralverbände von Detroit, Buffalo, Minneapolis und Butte mit 140.000, 40.000, 20.000 und 10.000 eingetragenen Mitgliedern. Dazu kamen viele tausend weitere Mitglieder der Arbeiter- und Farmerparteien in Washington, Ohio, Kalifornien, Illinois, Wisconsin usw. Als aber später der Beitritt zur Federated Farmer Labor Party praktisch vollzogen werden sollte, taten nur etwa 155.000 Mitglieder diesen Schritt, die zum größten Teil den politisch [301:] reiferen Organisationen angehörten.[12] Kurz gesagt, es war der neuen Partei nicht gelungen, die Massen zu gewinnen. Der Conference for Progressive Political Action sowie der spalterischen Fitzpatrick-Gruppe gelang es, mit Hilfe der Kommunistenhetze der kapitalistischen Presse im ganzen Lande die konservativen Gewerkschaften auf dem Kongreß vom Anschluß an die Federated Farmer Labor Party abzuhalten. Allmählich wurde diese Partei immer schwächer.

Die Farmer-Labor Party

Das Interesse für eine politische Partei der Arbeiterklasse blieb jedoch lebendig, und die Workers Party unternahm einen neuen Versuch, eine solche Partei auf breiter Grundlage zu schaffen. Dieser neue Versuch wurde in Gemeinschaft mit der fest fundierten Farmer-Labor Party von Minnesota unternommen, zu der die Workers Party in freundschaftlichen Beziehungen stand. Am 17. Juni 1924 fand in St. Paul (Minnesota) ein allgemeiner Kongreß zwecks Gründung einer Farmer-Labor Party für das ganze Land statt. An diesem Kongreß beteiligten sich 542 Delegierte aus 29 Staaten, die zum größten Teil Farmer vertraten. Nach der Annahme eines Programms, das dem der Federated Farmer Labor Party ähnelte, wählte der Kongreß den einflußreichen kommunistischen Maschinisten C. A. Hathaway aus Minnesota zum Sekretär. Als Präsidentschafts- und Vizepräsidentschaftskandidaten für die bevorstehenden Wahlen wurden Duncan McDonald, ehemals Vorsitzender der United Mine Workers in Illinois, und William Bouck, der Vorsitzende der Western Progressive Farmers League in Washington, gewählt.

---

9 Siehe “Proceedings of the Second Convention, Workers Party, 1923”, S. 19 – “The Labor Herald”, August 1923.

10 Nathan Fine, “Labor and Farmer Parties in the United States”, S. 431.

11 Siehe “American Labor Year Book, 1923/1924”, S. 158.

12 Siehe “Proceedings of the Third National Convention, Workers Party”, S. 21.

Auf dem Kongreß von St. Paul waren trotz des mit überwältigender Mehrheit gefaßten Beschlusses, eine neue Farmer-Labor Party zu gründen, die Sympathien für LaFollette sehr stark, und es tauchten Vorschläge auf, mit der Conference for Progressive Political Action über eine gemeinsame Unterstüt-[302:]zung LaFollettes zu verhandeln. Die Workers Party, die LaFollette als einem kleinbürgerlichen Reformisten mißtraute, erklärte auf dem Kongreß in St. Paul: „Die einzige Basis, auf der die Workers Party LaFollette als Kandidaten akzeptieren wird, ist sein Einverständnis damit, im Namen der Farmer-Labor Party zu kandidieren, das Programm der Partei anzunehmen und der zentralen Kontrolle der Partei über die Wahlkampagne und die Wahlmittel zuzustimmen.“[13] LaFollette lehnte diese Bedingungen ab.

Zwei Wochen nach dem Kongreß von St. Paul nominierte die Vereinigung am 3. Juli in Cleveland Robert M. LaFollette und Burton K. Wheeler als Präsidentschafts- und Vizepräsidentschaftskandidaten. Auf diesem Kongreß waren mindestens 4 Millionen organisierte Arbeiter, Farmer und Mittelstandsgruppen vertreten. Die AFL, die sich zum erstenmal für unabhängige Präsidentschaftskandidaten einsetzte, gab der Bewegung ihren offiziellen Segen. Angesichts der Tatsache, daß für die Republikanische und die Demokratische Partei die Ultrareaktionäre Calvin Coolidge und John W. Davis kandidierten, konnte die AFL die Sympathien ihrer einfachen Mitglieder für LaFollette nicht ignorieren. Außerdem hatte die Gompers-Bürokratie ziemlichen Respekt vor den hinter der Vereinigung stehenden Eisenbahnerverbänden, da diese ihr auf dem AFL-Kongreß von 1920 in Montreal im Zusammenhang mit der Frage des Plumb-Planes den schwersten Schlag ihres Lebens versetzt hatten. Aber bei der Unterstützung LaFollettes ließ das Exekutivkomitee keinen Zweifel darüber, daß dieser Schritt in keiner Weise ein Versprechen bedeutete, „sich mit einer unabhängigen Parteibewegung oder einer dritten Partei zu identifizieren“[14].

Die starken Sympathien der Massen für LaFollette wirkten sich auf die eben erst in St. Paul gegründete Farmer-Labor Party verheerend aus. Die meisten Konferenzteilnehmer schlugen sich später auf die Seite der Vereinigung. Infolgedessen hielt es das Exekutivkomitee der Farmer-Labor Party für das vernünftigste, die Kandidaten der Partei, McDonald und Bouck, [303:] zurückzuziehen, was praktisch auf die Auflösung der Partei hinauslief. Daraufhin nominierte die Workers Party William Z. Foster, den Führer des Stahlarbeiterstreiks von 1919, als Präsidentschaftskandidaten. Es war die erste kommunistische Präsidentschaftskandidatur, ein Ereignis von größter historischer Bedeutung im Leben der Arbeiterklasse. Die Partei beteiligte sich in dreizehn Staaten an der Wahl, führte eine lebhafte Kampagne durch und erhielt für ihre Liste – nach den unzuverlässigen amtlichen Angaben – insgesamt 33.316 Stimmen.

Die fortschrittlichen Unabhängigen LaFollettes erzielten bei den Präsidentschaftswahlen 4.826.382 Stimmen oder rund 16,5 Prozent der Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen. Zweifellos wurden sehr viele für LaFollette abgegebene Stimmen unterschlagen. Das gute Abschneiden LaFollettes bei der Wahl und die hinter der Vereinigung stehenden starken Massenorganisationen stellten offensichtlich eine ausreichende Basis für eine starke Partei der Arbeiter und Farmer dar; aber dies war das Letzte, was die Führer der AFL und der Eisenbahnerverbände, die sich den beiden kapitalistischen Parteien verschrieben hatten, wünschten. Infolgedessen traten sie am 21. Februar 1925 in Chicago zusammen, lehnten die Vorschläge zur Schaffung einer politischen Partei der Arbeiterklasse ab, lösten die Vereinigung ohne weitere Umstände auf und kehrten zu der alten Losung der Gompers-Bürokratie „Belohnt eure Freunde und bestraft eure Feinde!“ zurück. Gompers starb am 13. Dezember 1924, bald nach der LaFollette-Kampagne, aber seine arbeiterfeindliche Politik wurde nach seinem Tode fortgesetzt.

Trotz der günstigen politischen Situation gelang es der Arbeiterklasse in der kritischen Periode von 1922 bis 1924 nicht, sich von den beiden kapitalistischen Parteien loszureißen und eine unabhängige politische Massenpartei zu schaffen. Es gelang ihnen nicht, weil unter den Arbeitern die oben erwähnten ideologischen und organisatorischen Schwächen weit verbreitet waren, weil die Gewerkschaftsführer und die Hillquit-Clique in der Führung der Socialist Party schändlichen Verrat übten

---

13 “The Liberator”, Juli 1924.

14 Lewis L. Lorwin, “The American Federation of Labor”, S. 225.

und weil die wirtschaftliche Lage sich im Jahre 1923 merklich [304:] zu bessern begann. Die nunmehr einsetzende „Prosperität“ ließ die kleinbürgerlichen Illusionen unter den Massen wiederaufleben und festigte auch die Herrschaft der reaktionären Führer dieser geschworenen Feinde einer politischen Partei der Arbeiterklasse über die Gewerkschaften. Auch Fehler der Linken trugen dazu bei, daß die Bemühungen, eine solche Partei zu schaffen, scheiterten.

Taktische Fehler der Workers Party

Es ist verständlich, daß die junge Workers Party in diesem komplizierten Kampf um eine politische Partei der Arbeiterklasse, in ihrem eifrigen Bestreben, die Arbeiterklasse aus dem gefährlichen Zweiparteiensystem herauszulösen und eine politische Partei der Arbeiterklasse zu schaffen, einige ernste Fehler beging. Der entscheidende Fehler war, daß sie sich von der hinter LaFollette stehenden breiten Bewegung der Arbeiter und Farmer isolieren ließ. Gewiß war die Partei von einem offiziellen Anschluß an diese Bewegung ausgeschlossen, aber sie hätte trotzdem mit Hilfe der Massenorganisationen als linker Flügel der LaFollette-Bewegung fungieren können, sei es auch um den Preis einer bedingten Unterstützung ihrer Kandidaten. Wenn die Workers Party als Hauptgrund für ihre Nichtbeteiligung an der LaFollette-Bewegung angab, sie befürchte, als kleine Partei von dieser breiten kleinbürgerlich geführten Bewegung verschlungen zu werden, so war das kein stichhaltiges Argument. Die Tatsache, daß die Partei zur Zeit dieser breiten Bewegung der Arbeiter und Farmer zur Aufstellung eigener Kandidaten gezwungen war, bewies, daß sie einen Fehler in sektiererischer Richtung begangen hatte.

Natürlich bestand eine gewisse Gefahr, daß die Partei ideologisch von der LaFollette-Richtung ungünstig beeinflußt wurde. Das zeigte sich in ihren eigenen Reihen. Das Mitglied des Zentralexekutivkomitees John Pepper gab eine völlig opportunistische Einschätzung der LaFollette-Bewegung. Er nannte diese Bewegung „die dritte amerikanische Revolution“ und erklärte: „Die Revolution ist da. Die Weltgeschichte steht [305:] vor einem ihrer großen Wendepunkte: Amerika geht seiner dritten Revolution entgegen ... Die kommende dritte Revolution wird keine proletarische Revolution sein. Sie wird eine Revolution der wohlhabenden und der ausgebeuteten Farmer, der kleinen Geschäftsleute und der Arbeiter sein ... Sie wird Elemente der großen französischen Revolution und der russischen Revolution Kerenskis enthalten. In ihrer Ideologie werden Elemente der Weltanschauung Jeffersons, der dänischen Genossenschaften, des Ku Klux Klan und des Bolschewismus enthalten sein.“[15] Die Gefährlichkeit dieser Tendenzen wurde verstärkt durch die weit verbreiteten kleinbürgerlichen Illusionen der Massen.

Selbstverständlich wird es in jeder breiten Massenbewegung verschiedene Ideologien geben, darunter auch reaktionäre. Wenn aber Pepper behauptete, die Beteiligung der Arbeiterschaft an der LaFollette-Bewegung bedeute eine „dritte Revolution“, so war das nicht nur eine Überschätzung ihres sozialen Charakters und ihrer Stärke, sondern auch eine falsche Perspektive hinsichtlich der Art der sozialen Veränderungen, die Amerika in der Zukunft erwarten. Die LaFollette-Bewegung stellte eine Einheitsfront der Arbeiter, des Kleinbürgertums und der Farmer im Kampf gegen das Monopolkapital dar, wobei die Führer des Kleinbürgertums und der Gewerkschaften den größten Einfluß ausübten. Um dieser Vorherrschaft ein Ende zu machen, dazu gehörten Zeit, Erfahrung und die Tätigkeit der Kommunisten. Aber sich von der Bewegung zurückzuziehen, wie es die Kommunisten taten, war ein politischer Fehler. Die Partei hätte die LaFollette-Bewegung weiterhin kritisch unterstützen müssen. So hätte sie nicht nur erfolgreiche Arbeit unter den in Bewegung geratenen Massen leisten, sondern auch ihre eigene spätere relative Isolierung vermeiden können.

Ein anderer Fehler von wesentlich der gleichen Art war die Entzweiung mit der Fitzpatrick-Gruppe anläßlich der Gründung der Farmer-Labor Party am 3. Juli 1923. Angesichts der starken Tendenz der Massen, sich der Conference for Progressive Political Action und der LaFollette-Bewegung zuzuwenden, [306:] die damals bereits erkennbar war, und auch angesichts der schwankenden Haltung der Anhänger Fitzpatricks war es unklug von den Kommunisten, gerade damals auf der Gründung

15 “The Liberator”, September 1923,

der Federated Farmer Labor Party zu bestehen, obwohl dies formell dem Abkommen entsprach, das vor dem Kongreß zwischen der Workers Party einerseits und der Fitzpatrick-Gruppe sowie der Farmer-Labor Party anderseits geschlossen worden war. Die Workers Party hätte einsehen müssen, daß unter diesen Umständen noch keine feste Basis für eine neue politische Partei der Arbeiterklasse gegeben war. Die Folge dieses Fehlers war die lebensunfähige Federated Farmer Labor Party. Die spätere Gründung der Farmer-Labor Party am 17. Juni 1924 auf dem Kongreß in St. Paul fügte zu dem ursprünglichen Fehler nur eine weitere Voreiligkeit hinzu; da auch diese Partei sehr bald wieder aufgegeben werden mußte.

Die Spaltung zwischen der Workers Party und der Fitzpatrick-Gruppe am 3. Juli 1923 war insofern besonders schädlich, als sie auf die ganze Gewerkschaftsbewegung übergriff. Schließlich führte sie zu einer tiefen Kluft zwischen den Kommunisten und ihren zentristischen Verbündeten und zum Zusammenbruch der politischen Koalition, die die Kampagnen für die Verschmelzung und für eine politische Partei der Arbeiterklasse durchgeführt hatte, ganz zu schweigen von der Mooney-Kampagne,‘ den Organisationskampagnen in der Fleischkonserven- und der Stahlindustrie und manchen anderen fortschrittlichen Bewegungen in der ersten Zeit. Die Spaltung zwischen den Linken und den Zentristen am 3. Juli war entscheidend dafür, daß die Gompers-Bürokraten einige Monate später auf dem AFL-Kongreß mit dem linken Flügel kurzen Prozeß machen konnten.

Politisch gesehen, war folgendes geschehen: Die Workers Party ging von der richtigen Überlegung aus, daß eine politische Partei der Arbeiterklasse sich auf die breite Gewerkschaftsbewegung stützen mußte. Als ihr jedoch der Anschluß an die Conference for Progressive Political Action verweigert wurde, zog sie daraus den falschen Schluß, daß die Koalition der Workers Party und der Fitzpatrick-Gruppe zur Schaffung einer solchen Partei ausreichen würde. Als es schließlich zu dem [307:] unvernünftigen Bruch mit Fitzpatrick kam, wich die Workers Party von ihrer auf die Massen orientierten und richtigen Politik in dieser Frage noch weiter ab und unternahm es, eine solche Partei allein, nur mit ihren engsten Verbündeten, zu gründen. Dieser engherzige Kurs war sinnlos, wie sowohl die Kongresse vom 3. Juli 1923 und vom 17. Juni 1924 als auch die relative Isolierung der Workers Party erwiesen.

Fraktionskämpfe in der Workers Party

Die Kampagne für eine politische Partei der Arbeiterklasse in den Jahren 1922 bis 1924 rief innerhalb der Workers Party erbitterte Fraktionskämpfe hervor, die mehr oder weniger heftig bis 1929 andauerten. In bezug auf die in dieser Frage zu befolgende Strategie und Taktik kam es zu schweren innerparteilichen Differenzen. Die Partei war in zwei Hauptgruppen gespalten, die in der Hitze des Gefechts fast wie zwei verschiedene Parteien mit eigener Leitung und eigener Disziplin handelten. Die Gruppe Bittelman-Foster, die auf dem Kongreß der Workers Party im Jahre 1924 die Mehrheit beherrschte, wurde von der großen Masse der Gewerkschafter in der Partei unterstützt und hatte ihre praktischen Erfahrungen aus ihrer Arbeit in der Socialist Party, unter den IWW und in der AFL für sich. Die in der Minderheit befindliche Gruppe Ruthenberg-Pepper anderseits kam fast ausschließlich vom linken Flügel der Socialist Party und hatte Erfahrungen in der Parteiarbeit und in der politischen Tätigkeit, während sie wenig oder keine praktische Erfahrung in der Gewerkschaftsarbeit besaß. Einige ihrer Führer waren Intellektuelle, und auch zu der Gruppe Bittelman-Foster gehörten einige Intellektuelle. Der Fraktionskampf war jedoch nicht völlig negativ. Das wichtigste Ergebnis der langwierigen innerparteilichen Auseinandersetzungen von 1923 bis 1929 war das langsame und allmähliche Zusammenwachsen dieser gegensätzlichen Parteigruppen zu einer einheitlichen marxistisch-leninistischen Führung.

Die Gruppe Bittelman-Foster, selbst nicht ohne Schuld an der Spaltung vom 3. Juli, sah bald danach ein, daß die Grün-[308:]dung der Federated Farmer Labor Party ein schwerer Fehler gewesen war, und wollte mit der engherzigen Politik in der Frage einer politischen Partei der Arbeiterklasse, die zu dieser Gründung geführt hatte, Schluß machen. Die Anhänger dieser Gruppe machten geltend, daß der Bruch mit den fortschrittlichen Elementen die Partei in den Gewerkschaften isoliere, was sie als aktive Gewerkschafter besonders schmerzlich empfanden. Sie behaupteten außerdem, die Workers

Party liquidiere sich durch die Stützung „linker“ Arbeiterparteien, die sie schwere Opfer in finanzieller, personeller und politischer Hinsicht koste, praktisch selbst, und bestanden darauf, daß eine politische Partei der Arbeiterklasse erst dann gegründet werden solle, wenn dies auf breiter gewerkschaftlicher Basis geschehen könne. Aber indem die Gruppe Bittelman-Foster behauptete, zur Zeit sei eine solche breite Basis nicht gegeben, machte sie den schweren Fehler, die Einstellung der Bemühungen in dieser Richtung vorzuschlagen, „wenigstens vorläufig“, was zur weiteren Isolierung der Partei von der Bewegung geführt hätte. Diese Einstellung hatte schließlich zur Folge, daß der Gruppe die Führung der Partei entglitt.

Die Gruppe Ruthenberg-Pepper dagegen wollte durchaus nicht zugeben, daß die Spaltung vom 3. Juli und die Gründung der Federated Farmer Labor Party ein Fehler war. Statt dessen verteidigte sie die gesamte politische Linie, die dazu geführt hatte. Besonders Pepper entwickelte ein System opportunistischer Theorien in dieser Richtung. Er argumentierte, die politische Partei der Arbeiterklasse müsse in ihren Anfangsstadien notwendigerweise eine „Linkspartei“, eine „Klassenpartei“ sein; eine solche „Linkspartei“ werde allmählich zu einer kommunistischen Massenpartei werden; die verschiedenen Arbeitergruppen neigten zur Gründung eigener Parteien, denn die fortschrittlichen Gewerkschafter, die Sozialisten und die Kommunisten hätten bereits eine eigene Partei oder wollten eine solche schaffen; die Einheitsfront mit der Fitzpatrick-Gruppe sei auf jeden Fall opportunistisch und müsse schließlich zusammenbrechen.[16]

[309:] In allen Zweigen der Parteiarbeit wurde über diese Frage gestritten, und auch die nationalen Gruppen und die Young Workers League wurden von dem Streit erfaßt. Die beiden Fraktionen kämpften erbittert um den beherrschenden Einfluß in der Partei. Die Frage wurde in der Komintern behandelt. Nach längerer Diskussion wurde Anfang 1925[17] eine Resolution ausgearbeitet, in der es hieß, die Gruppe Bittelman-Foster habe unrecht getan, den Verzicht auf die Parole einer politischen Partei der Arbeiterklasse vorzuschlagen, und die Gruppe Ruthenberg-Pepper habe die Frage „etwas zu eng“ gestellt. Es war charakteristisch für die Situation. in der Partei, daß beide Gruppen behaupteten, ihr Standpunkt habe sich durchgesetzt, und der Kampf ging weiter.

Auf dem IV. Parteitag der Workers Party am 21. August 1925 in Chicago gewann die Gruppe Bittelman-Foster die Mehrheit der Delegierten für sich. Der Fraktionskampf auf diesem Parteitag war sehr heftig. Jay Lovestone, der später ein erbitterter Feind des Kommunismus wurde, machte einen Versuch, die Partei zu spalten. Die Gruppe Ruthenberg-Pepper hielt eine Sondersitzung ab, und der Parteitag unterbrach inzwischen seine Arbeiten. Lovestone brachte auf der Sondersitzung den Antrag ein, die Minderheit solle nicht auf den Parteitag zurückgehen. Wäre dieser Antrag angenommen worden, so hätte dies die Spaltung der Partei bedeutet. Er wurde jedoch mit einer Mehrheit von einer einzigen Stimme abgelehnt.

Auf diesem Parteitag verzichtete die Gruppe Bittelman-Foster auf Grund einer kritischen Stellungnahme des Komintern-Vorsitzenden Sinowjew auf ihre Mehrheit im Zentralexekutivkomitee, was ein Fehler war. Wegen dieser kritischen Stellungnahme, die mit der absolut demokratischen Arbeitsweise der Komintern völlig unvereinbar war, wurde Sinowjew später scharf verurteilt.

Der Parteitag wählte ein „paritätisches“ Zentralexekutivkomitee, in dem die Gruppe Ruthenberg-Pepper bald die Oberhand gewann. Der Fraktionskampf ging weiter. Eine bedeutsame positive Maßnahme des Parteitags von 1925 war der Ausschluß der kleinen rechtsopportunistischen Lore-Gruppe. [309:] Außerdem fügte die Partei ihrem Namen das Wort „Kommunistisch“ hinzu und nannte sich Workers (Communist) Party.

Lenins Tod

Am 21. Januar 1924 erlitten die Völker der Sowjetunion und die Welt einen schweren Verlust durch den Tod des großen Lenin, der im Alter von 54 Jahren starb. Lenin, dessen historische Bedeutung

---

16 Zu den Standpunkten der beiden Hauptfraktionen in dieser Kontroverse siehe “The Workers Monthly”, 1924/1925, und “Proceedings of the 1925 Convention of the Workers Party”.

17 Siehe “Daily Worker”, 29. Mai 1925.

derjenigen des genialen Karl Marx gleichkommt, war ein hervorragender Theoretiker, Organisator und praktischer Führer. Lenin erklärte durch Weiterführung der marxistischen Analyse den Monopolkapitalismus, den Imperialismus, als das Endstadium des sterbenden kapitalistischen Systems. Er entwickelte Marx' große Idee von der Hegemonie der Arbeiterklasse im politischen Kampf und von der Diktatur des Proletariats weiter und wandte sie beim praktischen Aufbau des Sozialismus an. Er kämpfte gegen alle bürgerlich-idealistischen philosophischen Richtungen. Er war es auch, der die wichtigsten Prinzipien für die Organisierung der unerschütterlichen, disziplinierten, elastischen kommunistischen Partei ausarbeitete, der Partei von neuem Typus, die die Kapitalisten und ihre Lakaien unter den Arbeiterführern in der ganzen Welt fürchten. Er war es ferner, der den Arbeitern klarmachte, daß sie die Bauern und die Kolonialvölker als ihre revolutionären Verbündeten betrachten müssen. Sein theoretisches und organisatorisches Lebenswerk erfuhr seine Krönung, als er die Richtigkeit seiner gesamten Arbeit dadurch bewies, daß er persönlich die große russische Revolution zum Siege führte, was einen Triumph des Sozialismus über den Weltkapitalismus bedeutete. Lenin war es gegeben, das historische Werk von Marx und Engels fortzusetzen und weiterzuentwickeln. Stalin, der geniale Führer des Sowjetvolks, der den Marxismus-Leninismus weiter bereichert und ausgebaut hat, war der begabteste Schüler Lenins[*]. Lenin, der treue Sohn des Volkes, der kühne und unbeugsame Führer, war der überragende politische Genius des 20. Jahrhunderts.

[*] Eine typisch stalinistische Verzerrung der Wirklichkeit. Politisch gesehen verfügte Stalin über das, was man Bauernschläue nennen kann; theoretisch war Stalin eine Null. *KWF*

[311:]

16
AUF DEM WEGE ZUR ARBEITERSOLIDARITÄT DER NEGER UND DER WEISSEN
(1919-1924)

Eines der wichtigsten Ereignisse des ersten Weltkrieges und der Nachkriegsperiode war der Beginn einer aktiven Zusammenarbeit zwischen den Negern und der Arbeiterbewegung. Mehrere Faktoren wirkten zusammen, um diese hochbedeutsame Entwicklung herbeizuführen. Nicht der unwichtigste dieser Faktoren war die Aufklärungstätigkeit der Workers Party und eine richtigere Einstellung zur Negerfrage auf dem ganzen linken Flügel der Arbeiterbewegung. Von Bedeutung war ferner die Tatsache, daß die Zahl der Negerarbeiter im Norden immer größer wurde.

In der Zeit von 1910 bis 1920 wanderten gut eine Million Neger aus dem Süden nach dem Norden. In den Südstaaten lebten die Neger unter so entsetzlichen Verhältnissen, daß sie in Massen nach dem Norden zu flüchten suchten, wo die Verhältnisse allerdings nicht wesentlich besser waren. In diesen Jahren vermehrte sich die Zahl der Neger in New York um 66 Prozent, in Chicago um 148 Prozent und in Detroit um 611 Prozent. In anderen Städten war es ähnlich. Die zugewanderten Neger strömten in die Industrie, soweit sie ihnen offen stand. Die Zahl der Negerarbeiter vermehrte sich beträchtlich. Aus den Daten der Volkszählungen ergibt sich, daß die Zahl der Negerarbeiter in der verarbeitenden Industrie von 631.280 im Jahre 1910 auf 886.870 im Jahre 1920, das heißt um 40 Prozent, stieg. Am stärksten waren die Negerarbeiter in der Stahlindustrie (17 Prozent), in der Fleischkonservenindustrie (15 Prozent), bei den Eisenbahnen (8 Prozent) und im Kohlenbergbau (7 Prozent) vertreten. Die Zunahme des Negerproletariats war eines der bedeutsamsten politischen Kennzeichen dieser Periode überhaupt.

[312:] Unter der kapitalistischen Reaktion, die während des Krieges und nach dem Kriege im Lande wütete, litten die Neger am schwersten. Überall trieb die Lynchjustiz ihr Unwesen mit Revolver, Fackel und Strick. Keine Woche verging ohne sensationelle Zeitungsberichte über Fälle von sadistischer Lynchjustiz. Im Jahre 1917 kamen mindestens 38 Neger auf diese Weise ums Leben; 1918 stieg die Zahl auf 58 und 1919 auf 70. In den 45 Jahren von 1885 bis 1930 geschahen 3256 Lynchmorde, das heißt 72 im Jahresdurchschnitt. Die Unternehmer und ihre Lakaien provozierten Negerpogrome in zahlreichen kleineren und größeren Städten, darunter in Chicago, Detroit, East St. Louis und Washington. Der weit verbreitete, unverschämte und brutale Ku Klux Klan machte die Neger, die Einwanderer und die Kommunisten zum Hauptziel seiner Angriffe. Er faßte in vielen Staaten des Nordens Fuß und verkündete frech, er werde eines Tages auch die Regierung in seine Hand bekommen.

Aber die Lynchmörder und weißen Rassenfanatiker stießen bei den Negern, die sich oft genug mit der Waffe in der Hand gegen ihre Verfolger zur Wehr setzten, auf einen unerwartet heftigen Widerstand. Bei dem großen Pogrom in East St. Louis im Juli 1917, bei dem vierzig Menschen ums Leben kamen, waren viele der Opfer Weiße. Auch bei dem dreizehntägigen Pogrom in Chicago im Juli 1919, wo dreizehn Tote amtlich festgestellt wurden, wehrten sich die Neger erfolgreich gegen die Lynchbanditen. Im Bezirk Elaine (Arkansas) wurden schätzungsweise 100 schwarze Teilpächter von bewaffneten Strolchen in einem erbitterten Gefecht hingemordet. Im September 1917 gab ein Negerregiment in Houston (Texas), durch Angriffe von weißen Strolchen bis aufs Blut gereizt, ein glänzendes Beispiel für den Kampfgeist der Neger, indem es sich zur Wehr setzte und siebzehn der Angreifer tötete. Der Kampfgeist der Neger wurde auch dadurch nicht gebrochen, daß aus diesem Anlaß dreizehn Neger erhängt und einundvierzig zu lebenslänglichem Gefängnis verurteilt wurden.

Die Kampfentschlossenheit der Negermassen entsprach der kämpferischen Stimmung, die damals allgemein in der Arbeiterschaft herrschte. Sie wurde weitgehend beeinflußt durch den kämpferischen Kurs der Workers Party, obwohl sie auch an-[313:]dere Quellen hatte, Die Negerbevölkerung war empört und gereizt durch das brutale Jim-Crow-Regime und die Verfolgungen, unter denen sie leben mußte. Dazu kam, daß die Negertruppen in Frankreich, wo sie in geschlossenen Negerregimentern

eingesetzt wurden, von den Massen des Volkes in einem Geist der Brüderlichkeit begrüßt worden waren, den sie in den Vereinigten Staaten niemals kennengelernt hatten. Daher waren sie, als sie in die Heimat zurückkehrten, nicht mehr gewillt, sich die ungeheuerliche Diskriminierung im Norden wie im Süden gefallen zu lassen. Auch durch das anfeuernde Beispiel der großen russischen Revolution wurde der Kampfgeist unter den Negermassen wesentlich gestärkt. In der UdSSR hatten die amerikanischen Neger, wie die, unterdrückten Völker der ganzen Welt, das großartige Beispiel der zahlreichen Völker vor Augen, die dort harmonisch und gleichberechtigt zusammenleben. In dieser Beziehung ist der sowjetische Einfluß auf die amerikanischen Neger sehr viel größer gewesen, als man allgemein annimmt.

Die Garvey-Bewegung

Den ersten bedeutsamen Schritt zur organisierten Selbstverteidigung unternahmen die gequälten Neger während des Krieges und in den Nachkriegsjahren mit der Universal Negro Improvement Association, der sogenannten Garvey-Bewegung. Der Gründer des Verbandes, Marcus Garvey, ein hochbegabter Negerführer, 1887 in Jamaika geboren, war ursprünglich Drucker und Redakteur. Er rief seine Bewegung im Jahre 1914 in Britisch-Westindien ins Leben, um die Neger in der ganzen Welt aufzurütteln. Nach den Vereinigten Staaten kam Garvey 1917 und gründete im gleichen Jahre in New York die erste Sektion des Einheitsverbandes. Die Bewegung erwies sich als lebensfähig, entwickelte sich rasch und veranstaltete im Jahre 1920 ihren ersten Nationalkongreß.

Zunächst formulierte Garvey, dem kämpferischen Geist der amerikanischen Neger entsprechend, eine Reihe von ernsten Beschwerden. Diese Beschwerden, mit denen er 1920 hervor-[314:]trat, bezogen sich unter anderem auf die ungleiche Entlohnung der Negerarbeiter und der weißen Arbeiter, die Ausschließung von den Gewerkschaften, den Bodenraub, die willkürliche Besteuerung, den ungerechten Militärdienst, die Jim-Crow-Gesetze und die Lynchjustiz. Der Einheitsverband forderte „uneingeschränkte Verwaltung unserer sozialen Institutionen ohne Einmischung fremder Rassen“. Er stand ursprünglich positiv zur UdSSR, setzte sich für das Selbstbestimmungsrecht der Völker ein und lehnte den Völkerbund ab, weil „er den Negern ihre Freiheit rauben will“. Der Verband erklärte ferner: „Die Neger müssen alle Maßnahmen treffen, um sich gegen die Brutalitäten zu schützen, die man wegen ihrer Farbe gegen sie anwendet.“ Garvey glaubte nicht daran, daß die Neger in der Lage wären, in irgendeinem Lande eine gerechte Behandlung zu erreichen, auch nicht in den Vereinigten Staaten, wo sie in der Minderheit sind. Sein Programm ermutigte zwar die amerikanischen Neger dazu, sich gegen grobe Ungerechtigkeiten zur Wehr zu setzen, aber sein wirkliches Ziel bestand darin, die Negermassen eines Tages in ihre ursprüngliche Heimat zurückzuführen. Seine zentrale Losung war „Zurück nach Afrika!“.

Die Neger der Vereinigten Staaten schlossen sich der Garvey-Bewegung in großer Zahl an. Zu Anfang der zwanziger Jahre hatte der Einheitsverband angeblich eine halbe Million Mitglieder. Er war bei weitem die größte politische Organisation der Neger in den Vereinigten Staaten. Die aktiven Neger fühlten sich indessen zu der Bewegung hauptsächlich wegen ihres kämpferischen Geistes hingezogen, während sie ihren „zionistischen“ Tendenzen mit der Losung „Zurück nach Afrika!“ keine wesentliche Bedeutung beimaßen. Die Negermassen, Amerikaner seit vielen Generationen, waren offensichtlich entschlossen, in ihrem Geburtsland für ihre Rechte zu kämpfen. Die Losung „Zurück nach Afrika!“ war rein utopisch.

Der von Garvey und seiner Gruppe opportunistisch geleitete Verband begann bald, vor dem reaktionären Druck der Kapitalisten zurückzuweichen und seinen anfänglichen Radikalismus abzustreifen. Robert Minor sagt dazu: „Allmählich wurden alle Forderungen, an denen die. herrschende Klasse Anstoß [315:] nahm, eine nach der anderen fallengelassen, und die Organisation langte bei einer Politik an, die jeden Gedanken verwarf, irgendwelche Rechte für die Neger in den Vereinigten Staaten zu fordern, und sie beschränkte sich auf die Erklärung, „die Universal Negro Improvement Association wolle nur die ‚Heimkehr der Neger nach Afrika‘ organisieren“[1], Schließlich erreichte die politische Entartung ihren tiefsten Punkt, indem der Verband jeden wirklichen Kampf für die Gleichberechtigung der Neger in

[1] Robert Minor in “The Workers Monthly”, April 1926.

den Vereinigten Staaten aufgab. Infolge dieses reaktionären Kurses war der Verband für die Neger endgültig erledigt. Non 1921 an konzentrierten die Führer des Verbandes ihre Tätigkeit hauptsächlich darauf, Aktien der Black Star Line abzusetzen, einer Dampfschiffahrtsgesellschaft, die einen Dreiecksdienst zwischen Westindien, Afrika und New York betreiben sollte. Zu diesem Zweck wurden rund 500.000 Dollar aufgebracht. Da die Gesellschaft jedoch nicht zustande kam, wurde 'Garvey auf Anordnung der Bundesregierung verhaftet, für schuldig erklärt und 1925 für zwei Jahre in das Bundeszuchthaus Atlanta gesteckt. Die große Bewegung, die er aufgebaut hatte, wurde während seiner Gefangenschaft von Fraktionskämpfen zerrissen und zerfiel allmählich. Indessen lebte die Garvey-Bewegung nach ihrem Zerfall, wie Harry Haywood in seinem Buche feststellt, in der Gestalt zahlreicher kleiner Organisationen weiter.[2]

‚Die politische Bedeutung der Garvey-Bewegung lag vor allem in ihrem nationalen Gehalt. Garvey förderte unter den Negern in den Vereinigten Staaten das Nationalgefühl, wenn es auch ein bürgerlicher Nationalismus war. Seine im wesentlichen utopische Bewegung konnte für die Bestrebungen der Neger nicht förderlich sein, aber sie trug doch dazu bei, daß ihr Zusammengehörigkeitsgefühl und ihr Bewußtsein auf eine höhere Stufe gehoben wurden. Das Nationalgefühl der Neger, das bei Garvey nur unklaren Ausdruck fand, erreichte seine volle Entwicklung in der heutigen Politik der Kommunisten, die von der Tatsache ausgeht, daß die Neger in den Vereinigten Staaten eine unterdrückte Nation darstellen.

[316:] Die Workers Party stand der Garvey-Bewegung im allgemeinen freundlich, wenn auch kritisch gegenüber. 1924 richtete das Zentralkomitee an den Einheitsverband ein Schreiben, in dem es die Unterstützung der Partei anbot und auf Zusammenarbeit zwischen Negern und Weißen drängte. Indessen behandelte die Partei in diesem Schreiben die Frage noch nicht vom nationalen Standpunkt, sondern vom Klassen- und Rassenstandpunkt.[3]

Versuche zur Spaltung der schwarzen und weißen Arbeiter

Die Unternehmer haben gegenüber den Arbeitern seit jeher die Politik des Teilens und Herrschens angewandt. Systematisch spielten sie die eine Gruppe gegen die andere aus, zum Schaden aller: die geborenen Amerikaner gegen die Einwanderer, die Männer gegen die Frauen, die Gelernten gegen die Ungelernten, die Angehörigen der einen Nation oder Religion gegen die der anderen. Die Opfer dieser Spaltungspolitik sind ganz besonders die Negerarbeiter gewesen. Viele Jahre lang machten es die Unternehmer den Negern unmöglich, in verschiedenen Industrien – in der Stahl-, Automobil-, Gummi-, Textil-, Holz-, Elektroindustrie usw. – zu arbeiten oder in qualifizierten Berufen Beschäftigung zu finden, es sei denn, daß sie sich als Streikbrecher gegenüber weißen Arbeitern mißbrauchen ließen. Das Wesen der kommunistischen Politik: hat immer darin bestanden, diese -Spaltungstaktik der Unternehmer zu bekämpfen und zu vereiteln.

Die konservativen Gewerkschaftsführer dagegen als Arbeitersachwalter der Kapitalistenklasse, und besonders die Gompers-Bürokraten, waren mit der schändlichen negerfeindlichen Politik der Unternehmer durchaus einverstanden. Als „Fachleute“ auf dem Gebiet der Diskriminierung verschiedener Teile der Arbeiterklasse, wie zum Beispiel der Frauen, der Jungarbeiter, der Ungelernten und der Arbeitslosen, betrieben diese Gewerkschaftsbonzen die übelste Ausschließungspolitik gegenüber den Negerarbeitern. Sie taten ihr Äußerstes, um die Neger daran zu [317:] hindern, irgendwo in der Industrie, speziell in den qualifizierten Berufen, Fuß zu fassen. Dutzende von Gewerkschaften hielten die Negerarbeiter durch Satzungsbestimmungen zynisch von der Mitgliedschaft fern, und noch viel mehr schlossen sie praktisch aus. Dieser Verrat war um so schändlicher, als die AFL offiziell die heuchlerische Erklärung abgab, sie wolle alle Arbeiter „ohne Rücksicht auf Rasse, Glaubensbekenntnis oder Farbe“ organisieren, während ihre Führer es ablehnten, auch nur einen Finger zu rühren, um die ihr angeschlossenen Verbände zu zwingen, die Neger-in den Betrieben und den Verbänden zuzulassen. Die negerfeindliche Politik der Gompers-Clique ist das schmachvollste unter all den schändlichen

---

2 Siehe Harry Haywood, „Die schwarze Nation“, S. 262.

3 Siehe “Daily Worker”, 5. August 1924.

Kapiteln in der Geschichte dieser falschen Führer der Arbeiterschaft. Ihre Haltung lief, wie die der Unternehmer, im wesentlichen darauf hinaus, daß die Negerarbeiter nur auf dem Wege des Streikbruchs in die Betriebe, speziell in die gelernten Berufe, gelangen konnten. Das Tragische dabei war, daß diese reaktionäre Politik der Gewerkschaftsführer von den rückständigeren und chauvinistischen Schichten der weißen Arbeiter in einem gewissen Grade unterstützt wurde.

Erschwert wurde die Lage der Negerarbeiter dadurch, daß Angehörige ihres eigenen Volkes, die sie damals als ihre Führer betrachteten, kleinbürgerlich-konservative Elemente, die über die ungeheuerliche Diskriminierung der Neger in den Betrieben und den Gewerkschaften empört waren, ebenfalls den Standpunkt vertraten, die Negerarbeiter könnten in die Betriebe und die qualifizierten Berufe nur dann gelangen, wenn sie sich um die Gewerkschaften nicht kümmerten. Spero und Harris führen zahlreiche Beispiele für diese Einstellung an, die besonders in der Zeit des ersten Weltkrieges festzustellen war.[4] Booker T. Washington und Garvey sahen in der Gewerkschaftsbewegung keine Hoffnung für die Negerarbeiter. Garvey vertrat, wie die eben genannten Autoren feststellen, den Standpunkt, die Neger sollten „sich vor der Arbeiterbewegung in allen ihren Formen hüten". Kelly Miller, ein Negerprofessor an der Harvard-Universität, der sich mit der Negerfrage und der [318:] Gewerkschaftsfrage beschäftigte, erklärte: „Was die Zukunft auch an Gutem oder Bösem für die Neger bereithalten mag, die praktische Klugheit verlangt, ohne Rücksicht auf logische Vereinbarkeit, daß sie Schulter an Schulter mit den Industriekapitänen stehen." Auch in solchen Organisationen wie der Urban League und der National Association for the Advancement of Colored People hatten ein Vierteljahrhundert vorher gewerkschaftsfeindliche Stimmungen geherrscht. Jeder, der damals praktische Gewerkschaftsarbeit leistete, wußte, daß viele kleinbürgerliche Negerführer, abgestoßen durch die Jim-Crow-Politik zahlreicher Gewerkschaften, den Negerarbeitern unter allen Umständen davon abrieten, sich mit der Arbeiterbewegung einzulassen. Cayton und Mitchell schreiben: „Der Arbeiterbewegung standen die Oberschichten der Neger im allgemeinen feindlich gegenüber."[5] Viele dieser Intellektuellen neigten auch gerade wegen ihrer schwachen Klassenposition gegenüber der weißen Bourgeoisie dazu, die Interessen der Arbeiter an jene zu verraten.

Wachsende Einheit zwischen schwarzen und weißen Arbeitern

Es gereicht den Negerarbeitern zu hoher Ehre, daß sie es verstanden haben, sich weitgehend den Zutritt zu den Gewerkschaften und Betrieben zu erkämpfen und heute fast eine Million zuverlässige Gewerkschafter aus ihren Reihen zu stellen. Das haben sie trotz der Jim-Crow-Politik der Unternehmer, trotz des Lakaientums ihrer Gewerkschaftsführer und trotz des unklugen Abratens vieler kleinbürgerlicher Negerführer vollbracht. Natürlich wurden in den Jahren nach dem ersten Weltkrieg hier und da Negerarbeiter als Streikbrecher mißbraucht, doch sind diese Dinge von den Feinden der Neger gröblich übertrieben worden. Unter den Weißen war der Streikbruch weit mehr verbreitet. Auf jeden schwarzen Streikbrecher kamen Dutzende von weißen.

Während des ersten Weltkrieges wurde die Solidarität zwi-[319:]schen den schwarzen und den weißen Arbeitern erheblich gefestigt. Dies war das Werk der fortgeschrittensten Elemente unter den Negern und den links eingestellten Weißen, und es wurde gegenüber einer heftigen Opposition seitens der oben erwähnten Kräfte vollbracht. Die Kommunistische Partei ist besonders stolz darauf, daß sie bei dieser ganzen so bedeutsamen Entwicklung eine entscheidende Rolle spielte.

Der erste bedeutsame konkrete Schritt zur Schaffung der gewerkschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Negern und Weißen war damals die große Organisationskampagne in der Fleischkonservenindustrie und die Streikbewegung von 1917 bis 1918, die wir in Kapitel 9 kurz dargestellt haben. An der Spitze dieser entscheidenden Bewegung standen William Z. Foster und J. W. Johnstone, die später Kommunisten wurden. Die Gewerkschaftskampagne hatte den Erfolg, daß etwa R 20.000 Negerarbeiter in die Gewerkschaften gelangten, von insgesamt etwa 200.000 im ganzen Lande organisierten Arbeitern. Dieser Erfolg übertraf alles, was bisher von negerfreundlichen Verbänden wie den IWW,

---

4 Siehe S. D. Spero and A. L. Harris, "The Black Worker", New York 1931, S. 138-146.

5 H. R. Cayton and G. S. Mitchell, "Black Workers and the New Unions", Chapel Hill, N. C., 1932, S. 378.

den Bergarbeitern, den Hafenarbeitern und anderen erreicht worden war. Heute gehört dies alles zu den schönsten Traditionen der Kommunistischen Partei.

Der Erfolg in der Fleischkonservenindustrie war um so bedeutsamer, als er trotz heftiger Opposition nicht hur der Fleischkonserventruste und der negerfeindlichen AFL-Führer, sondern auch gegenüber stärkstem Widerstand seitens vieler kleinbürgerlicher Negerintellektuellen durchgesetzt wurde. Diese befürchteten auf Grund ihrer bisherigen Erfahrungen, daß sich die Gewerkschaftskampagne in der Fleischkonservenindustrie nur als eine neue Falle für die Negerarbeiter erweisen würde. Vielfach befürchteten sie auch, ihre eigene führende Stellung unter den Negermassen an die Gewerkschaften zu verlieren. Aber das starke proletarische Empfinden der Arbeiter überwand alle diese Widerstände und veranlaßte sie, die ihnen entgegengestreckten Hände der weißen Arbeiter in freundschaftlicher Solidarität zu ergreifen.

Die neu geschaffene Solidarität zwischen schwarzen und weißen Arbeitern in der Fleischkonservenindustrie hatte bei den grausamen Chicagoer Negerpogromen im Juli 1919 ihre Feuer-[320:]probe zu bestehen. Diese Negerpogrome wurden von Agenten der Industriellen organisiert, denen sehr viel daran lag, die Neger aus den Gewerkschaften herauszudrängen und in ihren Betrieben einen Keil zwischen die schwarzen und die weißen Arbeiter zu treiben. Der Chicago Stockyards Labor Council, der damals von J. W. Johnstone geführt wurde, nachdem Foster seine Tätigkeit in der Fleischkonservenindustrie eingestellt hatte, um in der Stahlindustrie zu arbeiten, sah den Sturm kommen und mobilisierte die Verbandsmitglieder, um ihn abzuwenden. Am 6. Juli marschierte ein großer Demonstrationszug von weißen und schwarzen Fleischkonservenarbeitern durch die Negerbezirke im Süden von Chicago, um die in der Luft liegende Spannung zu dämpfen. Trotzdem brach der Sturm am 27. Juli los infolge direkter Provokationen von Strolchen, die die Industriellen gedungen hatten. Zwei Wochen lang wütete in dem ganzen Bezirk praktisch ein Bürgerkrieg, wobei 6000 Polizisten und Soldaten aufgeboten wurden, um die Neger einzuschüchtern. Indessen veranstalteten 30.000 weiße Schlachthofarbeiter eine Protestkundgebung, erklärten sich mit ihren schwarzen Brüdern solidarisch und verlangten die Zurückziehung der Polizisten und Truppen, die die größte Schuld an dem Blutvergießen trugen. Die prachtvolle Haltung des Verbandes der Schlachthofarbeiter in dieser kritischen Situation, in der sich Jack Johnstone besonders auszeichnete, gehört zu den besten Traditionen in der Geschichte der amerikanischen Arbeiterbewegung. Sie trug viel dazu bei, daß die Solidarität zwischen schwarzen und weißen Arbeitern im ganzen Lande immer festere Formen annahm.[6]

Von wesentlicher Bedeutung für die Schaffung der Solidarität zwischen schwarzen und weißen Arbeitern war damals auch die sich während des Krieges bildende Gruppe von New-Yorker Negerarbeitern und Negerintellektuellen um die Zeitschrift "The Messenger". In Kapitel 12 haben wir diese wichtige Bewegung kurz geschildert. Ihre Bedeutung, vor allem im Hinblick auf die Zusammenarbeit zwischen schwarzen und weißen Arbeitern, lag hauptsächlich darin, daß sie der unter den kleinbürgerlichen Negern verbreiteten Meinung, die Gewerkschafts-[321:]bewegung könne den Negerarbeitern nur schaden, entgegentrat und die Neger energisch zum Eintritt in die Gewerkschaften drängte. Unermüdlich entlarvte die Gruppe die für die Neger so demütigende und nachteilige Jim-Crow-Politik der AFL und forderte die Zulassung von Negerarbeitern zu allen Gewerkschaften auf der Grundlage voller Gleichberechtigung. Außerdem war sie aktiv bemüht, die Negerarbeiter in denjenigen Berufszweigen zu organisieren, in denen sie als Arbeitskräfte überwogen.

Die "Messenger"-Gruppe, in deren frühen und besten Zeiten die ersten kommunistischen Neger eine entscheidende Rolle spielten, rief eine ganze Reihe von konstruktiven Bewegungen und Organisationen ins Leben, die wir hier nur aufzählen können. Sie gründete mehrere Zeitungen neben dem "Messenger" selbst, darunter "The Crusader", "The Challenge" und "The Emancipator". Zu den dank der Tätigkeit dieser Gruppe entstandenen Arbeiterorganisationen gehörten die United Brotherhood of Elevator and Switchboard Operators, die National Brotherhood Workers of America, die National Association for the Promotion of Labor Unionism among Negroes, die geplanten United Negro Trades, die Brotherhood of Dining Car Employees und die Brotherhood of Sleeping Car Porters. Aus der

---

6 Siehe "The Communist", Januar 1930.

“Messenger”-Gruppe gingen auch mehrere Negerorganisationen hervor, die sich mit allgemeiner politischer Propaganda beschäftigten, wie zum Beispiel die Friends of Negro Freedom und die African Blood Brotherhood.[7]

Die “Messenger”-Gruppe war, besonders in ihrer Anfangszeit, im wesentlichen linksradikal orientiert. In einer hysterisch aufgeregten Zeit, als die Neger brutalen Angriffen seitens der kapitalistischen Reaktion ausgesetzt waren, erhob sie ihre Stimme für den energischen Widerstand der Neger. Der „neue Neger“, wie er der “Messenger”-Gruppe vorschwebte, war durchaus bereit, nötigenfalls sein Leben zu opfern, um sich selbst, seine Familie und seine politischen Rechte zu verteidigen. Er forderte „den vollen Ertrag seiner Arbeit“. Sein nächstes Ziel waren „höhere Löhne, kürzere Arbeitszeit und bessere Wohnungsverhältnisse“. Er trat für „absolute soziale [322:] Gleichberechtigung, Bildungsmöglichkeiten, Anwendung physischer Gewalt zur Selbstverteidigung, Rede-, Presse- und Versammlungsfreiheit sowie das Selbstbestimmungsrecht Rußlands“[8] ein. “The Messenger” war eine der sehr wenigen Negerzeitungen, die gegen den ersten Weltkrieg waren. Das FBI stellte die kämpferische Haltung des Blattes in völlig falschem Lichte dar, wenn es behauptete: „Diese Zeitschrift ließ alle Zurückhaltung außer acht und wurde zum Exponenten offener Herausforderung und Rebellion.“[9] Dieser Kampfgeist wurde aber schließlich durch Randolph und seine Gesinnungsgenossen erstickt, die dem “Messenger” eine typisch rechtssozialistische Haltung gaben. Dem Druck der “Messenger”-Gruppe und der Kommunistischen Partei war es weitgehend zu verdanken, daß die National Association for the Advancement of Colored People und die Urban League im Anfang der zwanziger Jahre dem Gedanken der gewerkschaftlichen Organisierung der Negerarbeiter gegenüber geneigter wurden.

Die Kommunisten und die Zusammenarbeit zwischen Negern und Weißen

Durch das Erscheinen der Kommunistischen Partei auf dem politischen Schauplatz nach 1919 wurde der Kampf der Neger um die grundlegenden Menschenrechte auf eine höhere Stufe gehoben. Im besonderen verstärkten die Kommunisten die Grundtendenz der Negermassen, der weißen Arbeiter und aller fortschrittlich Gesinnten überhaupt, für die Förderung ihrer gemeinsamen Interessen Hand in Hand zu arbeiten. Mit der für sie charakteristischen Zähigkeit und Energie überwanden die Kommunisten bald die völlige Vernachlässigung und falsche Beurteilung der Negerfrage, die seit vierzig Jahren eine so auffallende politische Schwäche der Socialist Labor Party und der Socialist Party gewesen war. Sie erreichten es, daß der Kampf [323:] um die Rechte der Neger für die gesamte Arbeiterbewegung zu einer brennenden Frage wurde.

Schon in den Jahren 1920/1921 hatte die Partei die Bedeutung der Negerfrage mehr und mehr erkannt. Als Ende 1921 die Workers Party gegründet wurde und der kommunistischen Bewegung eine legale Tätigkeit ermöglichte, nahm sie gegenüber den Negern eine richtigere Haltung ein. Wie schon bemerkt, war die damals angenommene Parteitagsresolution die fortschrittlichste, die eine Partei der Arbeiterklasse in den Vereinigten Staaten je in der Negerfrage zustande gebracht hatte. Auf dem Parteitag von 1922 stellte die Workers Party die Negerfrage nochmals in den Vordergrund, beschloß ein Programm von umfassenden Unterstützungsmaßnahmen für den Kampf der Neger um die wirtschaftliche, politische und soziale Gleichberechtigung und erhob ihre Stimme gegen den Rassenchauvinismus der Weißen und für die Einheit im Kampf gegen den Kapitalismus. Auch die Trade Union Educational League förderte und unterstützte in ihren Massenkampagnen zu Anfang der zwanziger Jahre die allgemeine Bewegung der Neger. Bei den Präsidentschaftswahlen von 1924 trug William Z. Foster, der für die Workers Party kandidierte, das kommunistische Programm in der Negerfrage in vielen Städten des tiefsten Südens vor. Von damals an bis heute hat es keinen Parteitag und keine Massenkampagne der Kommunistischen Partei gegeben, bei denen die Negerfrage nicht im Vordergrund stand.

Als charakteristisch für den Kampf der Kommunisten in der Negerfrage, der damals eingeleitet wurde, können fünf spezifische Momente hervorgehoben werden. Erstens hatten die Kommunisten Verständnis dafür, daß es für die Neger von entscheidender Bedeutung war, in der Industrie und in

---

7 Siehe Harry Haywood, unveröffentlichtes Manuskript.

8 “The Messenger”, August 1920.

9 Max Lowenthal, “The Federal Bureau of Investigation”, New York 1950, S. 121.

den Gewerkschaften Fuß zu fassen, und sie bemühten sich hartnäckig, alle Schranken auf diesem Gebiet niederzureißen. Zweitens legten die Kommunisten besonderen Nachdruck auf die lebenswichtige Frage der sozialen Gleichberechtigung. Andere Bewegungen, die mit den Negermassen in deren Kampf um Gerechtigkeit bis zu einem gewissen Grade zusammengearbeitet hatten, gingen dieser Frage fast immer aus dem Wege. Nicht so die Kommunisten. In ihren Programmen und in der praktischen [219:] Parteiarbeit betrachteten sie die Bemühungen um soziale Gleichberechtigung als eine sehr wesentliche Seite des gesamten Kampfes der Neger. Drittens begriffen die Kommunisten von Anfang an, daß es wesentlich darauf ankam, den Rassenchauvinismus der Weißen (die Ideologie des weißen Herrenmenschentums) zu bekämpfen, und zwar nicht nur in den Reihen der erklärten Gegner, sondern auch unter den weißen Arbeitern, selbst unter den politisch reiferen. Wie bedeutsam diese Einstellung war, lehrt ein Blick auf die skandalösen chauvinistischen Artikel, die früher unangefochten in der Presse der Socialist Party erschienen. Der Kampf gegen diesen heimtückischen weißen Rassenchauvinismus unter den Kommunisten selbst wird seitdem mit wachsender Klarheit und Energie weitergeführt. Viertens schufen die Kommunisten Klarheit darüber, daß der Kampf für die Rechte der Neger auch für die weißen Arbeiter von größter politischer Bedeutung ist. Sie räumten auf mit der weit verbreiteten Vorstellung, daß die Unterstützung der Neger nur so etwas wie eine edelmütige Geste der Solidarität sei, und erklärten, daß die weißen Arbeiter ihren Kampf ohne Zusammenarbeit mit den Negern nicht gewinnen können. Sie bewiesen, daß die Neger eine mächtige positive Kraft darstellen, die unbedingt mit der der Weißen verbunden werden muß. Fünftens stellten die Kommunisten, weil sie im Gegensatz zu den meisten Kräften in der Arbeiterbewegung, deren Sympathie für die Sache der Neger sich bisher bestenfalls in Lippenbekenntnissen geäußert hatte, die enorme Wichtigkeit der Negerfrage begriffen, diese Frage stets in den Vordergrund ihres Programms und setzten sich so nachdrücklich wie möglich für sie ein. Doch verstand die Partei damals die Negerfrage noch nicht als eine nationale Frage.

Eine neue Etappe in der Negerbewegung

Die oben dargestellte Politik befolgten die Kommunisten jahrelang bei ihrer gesamten Tätigkeit im Zusammenhang mit der Negerfrage in solchen Organisationen wie dem American Negro Labor Congress, den Gewerkschaften und vielen ande-[325:]ren. Diese Tätigkeit der Kommunisten trug wesentlich dazu bei, daß der Kampf der Neger ein höheres politisches Niveau erreichte.

Die oben geschilderte Entwicklung wirkte sich auf die Befreiungsbewegung der Neger sichtlich positiv aus. Zunächst einmal wurde in die bisherige Isolierung der Negerbewegung eine Bresche geschlagen. Die Isolierung der Neger war eifrig begünstigt worden von der Garvey-Bewegung, die nicht nur alle Hoffnungen auf Zusammenarbeit mit den Weißen von sich wies, sondern den Negern sogar empfahl, die Vereinigten Staaten für immer zu verlassen. Als die Neger jedoch neue Verbündete unter den weißen Vertretern der politischen Linken und in der Arbeiterbewegung überhaupt fanden, wandten sie sich im Einklang mit ihrer früheren Haltung allmählich von der Auffassung Garveys ab, daß sie ihren Kampf allein ausfechten müßten. Mehr und mehr nahmen sie den ihnen gebührenden Platz ein in den vordersten Reihen der allgemein-fortschrittlichen und demokratischen Kräfte in den Vereinigten Staaten.

Das zweite wesentliche Moment in der Negerbewegung, das sich damals aus den dargestellten Ursachen ergab, war die zunehmende Bedeutung des Negerproletariats in der Befreiungsbewegung. Nicht nur wegen ihres zahlenmäßigen Wachstums gewannen die Negerarbeiter an Bedeutung, sondern sie spielten auch mehr und mehr eine führende Rolle unter den Negern. Das war ein sehr wesentliches Moment; denn unter den Negern wie unter dem amerikanischen Volk überhaupt kann nur das Proletariat die werktätigen Massen erfolgreich zur Freiheit führen.

Ein drittes wichtiges Moment in der Negerbewegung war damals der immer schneller wachsende Einfluß der Kommunisten unter den Negermassen. Die Kommunisten, die in der ganzen Welt an der Spitze der kämpfenden Arbeiterklasse und der unterdrückten Kolonialvölker stehen, waren besonders dazu geeignet, der Negerbewegung in den Vereinigten Staaten neue Kräfte und eine neue Führung zu geben. In den folgenden Jahren erbrachten sie den klaren Beweis dafür.

[326:]

17
DIE KLASSENZUSAMMENARBEIT DER AFL WÄHREND DER COOLIDGE-„PROSPERITÄT“
(1923–1929)

Die Periode von Anfang 1923 bis fast zum Ende des Jahres 1929 war für die Vereinigten Staaten eine Zeit industrieller Expansion und kapitalistischer Prosperität. Mit gewissen Schwankungen dauerte diese „Prosperität“ praktisch während der ganzen Amtszeit des knauserigen Yankees und Streikbrecher-Präsidenten Calvin Coolidge sowie noch etwa sechs Monate der Amtszeit des „großen Ingenieurs“ Herbert Hoover, dieses imperialistischen Ausbeuters der Kolonialvölker. Es war eine Zeit wilder Spekulation und kapitalistischer Überheblichkeit, bis schließlich im Oktober 1929 das ganze ökonomische Schwindelgebäude in der größten Wirtschaftskrise, die der Weltkapitalismus je erlebt hat, wie ein Kartenhaus zusammenbrach.

Die amerikanische Industrie, die sich an dem blutigen Geschäft des Krieges mästete, steigerte ihre Produktion von 1913 bis 1929 um 70 Prozent.[1] „Bis 1928 überstieg das Gesamtvolumen der (amerikanischen) Produktion die Produktion von ganz Europa.“[2] Die Produktion von Personenkraftwagen, eine Goldgrube der Industrie, stieg von 895930 im Jahre 1915 auf 4.587.400 im Jahre 1920 und die von Lastkraftwagen von 74.000 auf 771.000. Die Brennstofferzeugung erhöhte sich um 300 Prozent. In dieser ganzen Periode blühten und gediehen die Monopole, die Vertrustung der Industrie machte rasche Fortschritte, und die Zahl der blutsaugenden Millionäre vervielfachte sich. Nie zuvor hatte die Welt eine so zügellose kapitalistische Profit-[327:]macherei erlebt. Der Lebensstandard der Arbeiter aber blieb weit zurück.

Verschiedene Faktoren wirkten zusammen, um diese Scheinblüte herbeizuführen, darunter der amerikanische Kapitalexport in Höhe von 20 Milliarden Dollar in der Form von Anleihen zur Finanzierung des europäischen Krieges und zum Wiederaufbau der vom Kriege schwer mitgenommenen europäischen Industrie, die Eroberung von Absatzgebieten der geschwächten europäischen Mächte durch die Vereinigten Staaten, die Einführung eines intensiven Antreibersystems, auch „Rationalisierung“ genannt, in der amerikanischen Industrie selbst, die Entwicklung eines ungeheuren Abzahlungssystems, die Industrialisierung des Südens, die Ausdehnung der Automobilindustrie und die erhebliche Erweiterung der Luxusindustrien. Diese ganze fieberhafte Entwicklung beruhte auf den durch den ersten Weltkrieg herbeigeführten Zerstörungen. Der große Krieg brachte den Vereinigten Staaten nicht nur enorme Profite ein und machte sie zu dem bei weitem reichsten kapitalistischen Lande, sondern er bewies auch, daß das Weltsystem des Kapitalismus einschließlich der Vereinigten Staaten in eine unheilbare allgemeine Krise geriet und, um auch nur zeitweise weiter zu funktionieren, auf das verhängnisvolle Stimulans des Krieges angewiesen war.

Zur Zeit der Coolidge-‚Prosperität“ war der amerikanische Imperialismus rücksichtslos expansionistisch und reaktionär. Seine räuberische Natur offenbarte sich in dem ungeheuren Anwachsen der Rüstung zu Lande und zur See, in den wiederholten militärischen Interventionen in den karibischen und mittelamerikanischen Ländern, in der systematischen Durchdringung Deutschlands mit Hilfe des Dawesplans und des Youngplans, in der erbitterten Feindschaft gegenüber der Sowjetunion und in der Invasion in China unter dem Deckmantel der „Politik der offenen Tür“. Im eigenen Lande offenbarte sie sich in einer reaktionären gewerkschaftsfeindlichen Gesetzgebung, in der systematischen Förderung der gelben Gewerkschaften, in der Hinrichtung Saccos und Vanzettis, in der fortgesetzten Gefangenhaltung von Mooney und Billings, in der Duldung der schändlichen Lynchjustiz im Süden, in dem Teapot-Dome-Skandal, in dem Affenprozeß von Scopes und dergleichen.

---

1 Siehe James S. Allen, „Weltmonopol und Frieden“, Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 166.

2 F. Sternberg, “The Coming Crisis”, New York 1947, S. 119.

[328:]

Die Ausbildung des Antreibersystems

Das ökonomische Hauptziel des amerikanischen Großkapitals bestand damals darin, das Tempo der Produktion zu beschleunigen, das heißt die Arbeiter bis zur Grenze ihrer Leistungsfähigkeit auszubeuten. Natürlich ist es stets das Ziel der Kapitalisten, die Arbeiter immer intensiver auszubeuten, aber in der Coolidge-Periode war dies ganz besonders der Fall. Sie wollten den seit dem Ende des Krieges auf den Weltmärkten herrschenden Warenhunger mit einem Minimum an neuen Kapitalinvestitionen befriedigen, da der Kapitalbedarf Europas sehr stark war. Infolgedessen wurde das Antreibersystem, die sogenannte Rationalisierung der Industrie, für die amerikanischen Kapitalisten in diesen Jahren zum Fetisch.

Der Angelpunkt der Rationalisierung in der Industrie war das System der Massenproduktion. Ihr Hauptmerkmal war das Fließbandsystem, wodurch unzählige gelernte Berufe auf einen gemeinsamen Nenner gebracht und die Ausrüstungen der Fabriken völlig verändert wurden. Dieses durch den ersten Weltkrieg geförderte System war die Basis für die dann erfolgende erhebliche Produktivitätssteigerung in der amerikanischen Industrie. In den zwanziger Jahren waren die Kapitalisten bestrebt, die Arbeiter zu einem noch schnelleren Produktionstempo zu zwingen und sie dem System der Massenproduktion hilflos auszuliefern.

Aber um die Rationalisierung zu erzwingen, mußten die Unternehmer den Widerstand der Arbeiter gegen diese brutale Antreiberei brechen. Hier nun traten die konservativen Gewerkschaftsführer als willfährige Lakaien der Unternehmer auf den Plan. Die oberste Führung der AFL und der Railroad Brotherhoods hatte die Mitgliedermassen für den ersten imperialistischen Weltkrieg der Unternehmer mobilisiert und den Widerstand der Arbeiter während der großen Unternehmerkampagne zur Zerschlagung der Gewerkschaften nach der siegreichen Beendigung des Krieges schamlos sabotiert. Nun konnten sich ihre Herren, die Unternehmer, darauf verlassen, daß sie auch diese neue Aufgabe der Rationalisierung erfüllen würden, und das taten sie.

[329:] Die konservativen Gewerkschaftsführer waren nicht nur bereit, die Rationalisierungspläne der Unternehmer durchzuführen, sondern sie drängten sich geradezu danach. Was dabei aus dem Lebensstandard der Arbeiter wurde, berührte sie sehr wenig. Diesen Gewerkschaftsbürokraten war der Schreck in die Glieder gefahren über die schweren Niederlagen, die die Gewerkschaften während der Nachkriegsoffensive der Kapitalisten erlitten hatten, und über die zunehmende Radikalisierung der einfachen Arbeiter. So stellten sie den Unternehmern die einzige Bedingung, irgendeine Art Massengewerkschaften – und seien sie noch so ohnmächtig – mit zahlenden Mitgliedern aufrechterhalten zu dürfen, so daß sie ihre unmäßig angeschwollenen Gehälter weiterbeziehen konnten, ganz abgesehen von ihren anderen gelegentlichen Einnahmen.

Zu diesem Zweck waren die konservativen Gewerkschaftsführer bereit, die Verbände den Unternehmern weitgehend auszuliefern, und sie handelten dementsprechend. William Green, seit 1924 Nachfolger von Gompers in der Führung der AFL, sprach dies deutlich aus in einigen der servilsten Reden, die je von einem Arbeiterführer in den Vereinigten Staaten gehalten worden sind. Er stellte die Gewerkschaften den Unternehmern für ihre sogenannten Rationalisierungspläne zur Verfügung. Der Bericht des Exekutivrats an den AFL-Kongreß von 1927 ließ erkennen, wie weit die Gewerkschaftsbonzen bei der Umbildung der Gewerkschaften in gelbe Verbände gingen. In diesem Bericht hieß es: „Es gibt nichts, was ein Werkverband in einem einzelnen Unternehmen tun kann, das nicht die Gewerkschaft durch Entwicklung ihres Apparats tun und sogar besser tun könnte. Die Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaft und Betriebsleitung ... ist viel wesentlicher und fruchtbarer als alle Pläne von Belegschaftsvertretungen zur Zusammenarbeit mit der Betriebsleitung.“

Einige Gruppen des gewerkschaftsfeindlichen Großkapitals interessierten sich für dieses Angebot der AFL-Führer, daß die Fachgewerkschaften die Funktionen der (gelben) Werkverbände „besser erfüllen“ würden, als diese es selbst tun könnten. Im Januar 1927 berichtete William Green dem Exekutivrat: „Die General Motors Corporation ist bereit, in einigen ihrer Groß-[330:]betriebe einen Versuch

mit der Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaft und Betriebsleitung zu machen, vorausgesetzt, daß nicht über Zuständigkeitsfragen gestritten wird.“[3] Aber die neunzehn Verbände, die die Zuständigkeit für die Automobilarbeiter beanspruchten, konnten sich nicht darüber verständigen, welchem Verband die Arbeiter angehören sollten. Mit der charakteristischen Stupidität von Fachverbändlern zogen sie es vor, die Schwerindustrie unorganisiert zu lassen, um nur nicht ihre Rivalität in den papierenen Ansprüchen auf die Arbeiter aufzugeben. So kam der ganze Plan zu Fall. Lorwin stellt fest, daß auch andere große Konzerne sich für Greens Pläne zur Umwandlung der amerikanischen Gewerkschaften in Werkverbände interessierten.

Die Gewerkschaften als Antreiberagenturen der Unternehmer

Die neue Orientierung der Gewerkschaftsbürokratie auf engere Klassenzusammenarbeit zum Zweck der Rationalisierung offenbarte sich zuerst in dem sogenannten Baltimore-Ohio-Plan, einem Plan zur Intensivierung der Produktion, den die Rentabilitätsexperten dieser Eisenbahngesellschaft ausgeheckt hatten. Er wurde den Werkstattarbeitern mehrerer Eisenbahnlinien nach ihrer Niederlage in dem unglückseligen Streik von 1922 aufgezwungen. Der Kern des Baltimore-Ohio-Plans bestand darin, daß die Arbeiter, falls sie entsprechend den Wünschen der Unternehmer mehr leisteten, automatisch greifbare Vorteile in der Gestalt erhöhter Löhne und stabilerer Beschäftigung erlangen würden.

Da die führenden Gewerkschaftsbürokraten seit der großen Nachkriegskampagne der Unternehmer gegen die Gewerkschaften bankrott waren, griff der AFL-Kongreß von 1923 gierig nach dem Baltimore-Ohio-Plan, der eine Möglichkeit zur Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Betriebsleitungen bot, wie nach einem wundertätigen Geschenk des Himmels. Dieser Plan ermöglichte es, den Schein einer Massenorgani-[331:]sation zu. wahren, und lieferte zugleich so etwas wie ein Programm, das man den Arbeitern vorsetzen konnte. Also nutzten sie ihn nach Kräften aus. Der Kongreß, der sich fast ausschließlich aus hohen Gewerkschaftsbürokraten zusammensetzte, begrüßte den Plan als einen Wendepunkt für die Arbeiterbewegung und die Vereinigten Staaten. Zwei Jahre später, auf dem AFL-Kongreß von 1925, wurde der Plan in allen Einzelheiten als „neue Lohnpolitik“ proklamiert.

Nicht zufrieden damit, sich zur Zusammenarbeit mit den Kapitalisten zum Zweck der Produktionssteigerung anzubieten, stiegen die Gewerkschaftsführer selbst in das Antreibergeschäft ein. Sie bezahlten Rentabilitätsfachleute aus Gewerkschaftsmitteln und ließen sie Pläne zur Produktionssteigerung ausarbeiten. Diese Pläne zwangen sie dann den Arbeitern auf und boten sie auch kostenlos den Unternehmern an. Viele Gewerkschaften folgten diesem Beispiel. Verbände, die es nicht taten, wurden von den Bürokraten geradezu als rückständig und fortschrittsfeindlich angesehen. So tief war die Gewerkschaftsführung gesunken, daß sie die Verbände faktisch aus Kampforganisationen zum Schutz der Arbeiterinteressen in Bestandteile des Produktionsmechanismus der Unternehmer verwandelt hatte. Die Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaft und Betriebsleitung übertraf also bei weitem sogar das, was der klassische Rentabilitätsexperte, Frederick Taylor, in seinen kühnsten Träumen erhofft hatte. Vor dem ersten Weltkrieg waren Taylors Rationalisierungspläne von der offiziellen Gewerkschaftsführung als tödliche Gefahr für jede Gewerkschaftsbewegung verurteilt und verdammt worden, Jetzt nahmen die gleichen Führer Taylors Ideen als das Evangelium der organisierten Arbeiterschaft an.

Die einstmals „fortschrittliche“ oder zentristische Gruppe in der Arbeiterbewegung wetteiferte mit der rechten Führung in ihrer Begeisterung für die Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Betriebsleitungen. Auch die Sozialisten verschrieben sich diesem System mit Leib und Seele. So war das Antreibersystem in keiner amerikanischen Gewerkschaft so hoch entwickelt wie in den angeblich sozialistischen Verbänden der Konfektionsarbeiter. Sie hatten ein ganzes Sortiment von Ren-[332:]tabilitätsfachleuten, Produktionsnormen und alles, was sonst noch zu den Rationalisierungsplänen gehörte. Leo Wolman, der Leiter der Forschungsabteilung der Amalgamated Clothing Workers, erläuterte die Rolle der Gewerkschaften in dieser Periode folgendermaßen: „Das Hauptziel der Gewerkschaft ist es,

---

3 Lewis L. Lorwin, “The American Federation of Labor”, S. 246.

mit dem Fabrikanten zusammenzuarbeiten, um wirksamere Produktionsverfahren zu entwickeln, die für beide Seiten vorteilhaft sein werden. Gelegentlich werden die Gewerkschaften vertrauenswürdigen Fabrikanten sogar Geld leihen, um ihnen über Notzeiten hinwegzuhelfen."

Ford gegen Marx

Um die sogenannten Rationalisierungspläne voranzutreiben und die Arbeiterbewegung noch mehr zu demoralisieren, brachte der marktschreierische amerikanische Imperialismus in der Coolidge-Zeit eine ganze Reihe von Prosperitätsillusionen in Umlauf, die die Arbeiter hinters Licht führen und verwirren sollten. Niemals in der gesamten Geschichte des amerikanischen Kapitalismus haben die Unternehmer so viele durch und durch utopistische Ideen über sozialen Fortschritt ausgeheckt wie während des fieberhaften wirtschaftlichen Aufschwungs der zwanziger Jahre.

So stellte zum Beispiel Thomas N. Carver, Professor für politische Ökonomie an der Harvard-Universität, die „glänzende" Theorie auf, daß die Arbeiter im Zusammenhang mit der Massenproduktion und der Rationalisierung durch den Erwerb von Industrieaktien nicht nur Kapitalisten werden könnten, sondern tatsächlich würden.[4] „Die einzige Revolution, die heute stattfindet", sagte er, „vollzieht sich in den Vereinigten Staaten. Es ist eine Revolution, die den Unterschied zwischen Arbeitern und Kapitalisten verwischen wird, indem sie die Arbeiter selbst zu Kapitalisten macht und die meisten Kapitalisten zwingt, Arbeiter in dieser oder jener Form zu werden." Er behauptete, daß die Arbeiter über so beträchtliche Ersparnisse verfügten, [333:] daß sie „jederzeit, wenn sie sich nur dazu entschließen, einige Milliarden Ersparnisse für den Erwerb von Aktien von Industriegesellschaften, Eisenbahnen und Kommunalbetrieben anwenden und praktisch eine beträchtliche Anzahl dieser Unternehmungen kontrollieren können ... Wenn zum Beispiel die Eisenbahnangestellten nur die Beträge sparen würden, die ihnen durch die letzten Lohnerhöhungen zugeflossen sind, so würden ihnen jährlich 625 Millionen Dollar für Investierungen zur Verfügung stehen. Auf dieser Grundlage könnten sie, wenn sie Eisenbahnaktien zum Nennwert kauften, durch die Anlage aller ihrer Ersparnisse und Dividenden in Eisenbahnaktien in fünf Jahren 3,49 Milliarden Dollar erwerben. Auf diese Weise würden sie eine sehr erhebliche Aktienmehrheit erhalten." Wovon die Arbeiter in der Zwischenzeit leben sollten, sagte Carver allerdings nicht.

Professor Tugwell von der Columbia-Universität entwickelte in seinem Buch "Industry's Coming of Age" (Die Industrie wird mündig) die Perspektive, der Kapitalismus einschließlich der monopolisierten Industriezweige werde allmählich „sozialisiert" und die Form des Privateigentums schwinde mehr und mehr und sterbe ab. Der Rasierklingen-Magnat Gillette schilderte in seinem Buche "The People's Corporation" (Die Volksaktiengesellschaft) ein kapitalistisch-„sozialistisches" Traumland, das das Volk durch den Erwerb von Industrieaktien allmählich schaffe, ein Plan ähnlich dem von Carver. Foster und Catchings, Vorläufer von John Maynard Keynes, entwarfen Pläne zur „Finanzierung des Käufers", durch die die Wirtschaftskrisen angeblich beseitigt und alle Menschen wohlhabend werden sollten. Stuart Chase, ein ehemaliger Sozialist, schilderte eine neue und glanzvolle allgemeine Prosperität, die sich aus dem einfachen Plan ergeben sollte, durch Anwendung besserer wissenschaftlicher Produktionsmethoden. Verluste in der Industrie zu vermeiden. Whiting Williams, MacKenzie King, Glen Plumb, Thorstein Veblen und viele andere stimmten in den Chor der kapitalistischen Ökonomen und Industriellen ein, die darauf aus waren, eine Welt des Wohlstands für alle zu schaffen. In eben diesem Geiste versicherte Herbert Hoover, der unter Coolidge Handelsminister war und dieser Ökonomenschule an-[334:]gehörte, nach seiner Wahl im November 1928 dem Volke, daß die Vereinigten Staaten im Begriff seien, die Armut aus der Welt zu schaffen. Diese ganze Demagogie war natürlich nichts anderes als jenes Delirium des Optimismus (im allerhöchsten Grade), in das die Kapitalisten stets geraten, wenn ihr ökonomisches System sich in der Aufstiegsphase seines Zyklus befindet.

Alles, was diese überschwenglichen Wortführer des amerikanischen Kapitalismus zu sagen wußten, lief darauf hinaus, daß der Kapitalismus in den Vereinigten Staaten im natürlichen Prozeß seiner Entwicklung in den Sozialismus, wenn nicht in etwas noch weit Höheres, hinüberwachse. Zum

---

4 T. N. Carver, "The Present Economic Revolution in the United States", Boston 1925, S. 9, 94, 124.

Unterschied vom europäischen Kapitalismus habe der Kapitalismus in den Vereinigten Staaten seine inneren Widersprüche überwunden, sei „mündig geworden“, werde mehr und mehr demokratisiert und befinde sich nunmehr in einer endlosen spiralförmigen Aufwärtsentwicklung und allgemeinen Prosperität. Es war eine Art „Sozialismus von kapitalistischer Leistungsfähigkeit“. Man nannte ihn den „Neuen Kapitalismus“. Wenn man diese Propheten hörte, hatte Henry Ford Karl Marx verdrängt.

In diesen fieberhaft aufgeregten Jahren blickten die europäischen und sonstigen Kapitalisten voll Neid und Bewunderung auf die Vereinigten Staaten, wo die Kapitalisten mit dem Zaubermittel der Massenproduktion und der sogenannten Rationalisierung die Arbeiterbewegung anscheinend gezähmt und alle ökonomischen Probleme gelöst hatten. In den vordersten Reihen dieser ausländischen Bewunderer des amerikanischen Monopolkapitalismus und Imperialismus standen die europäischen Sozialdemokraten. Rudolf Hilferding, ein führender Theoretiker der deutschen Sozialdemokratie, sagte 1927 auf dem Kieler Parteitag der SPD: „Wir befinden uns ... in der Periode des Kapitalismus, in der im wesentlichen die Ära der freien Konkurrenz, in der der Kapitalismus rein durch das Walten der blinden Marktgesetze beherrscht war, überwunden ist, und wir ... zur organisierten kapitalistischen Wirtschaft kommen.“ Auch Karl Kautsky vertrat diesen Standpunkt. Die Sozialdemokraten überboten einander in Lobpreisungen der neuen amerikanischen Massenproduktion und verstärkten Klas-[335:]senzusammenarbeit und waren eifrig bemüht, diese Dinge im eigenen Lande einzuführen. In den Vereinigten Staaten, so glaubten sie, gingen alle Träume Bernsteins vom Kapitalismus, der in den „Sozialismus“ hinüberwächst, in Erfüllung.

„Die höhere Strategie der Arbeiterbewegung“

Die führenden Bonzen der AFL und der Railroad Brotherhoods beteiligten sich natürlich an dieser Kampagne zur ideologischen Vergiftung der Arbeiterklasse, wie sie ja auch das sogenannte Rationalisierungsprogramm, das die Grundlage für das ganze demagogische Geschwätz der Kapitalisten von einer dauernden „Prosperität“ bildete, vorbehaltlos übernommen hatten. William Green, ein fähiger Schüler von Gompers, Erzreaktionär und Zutreiber des Kapitalismus, war der erste, der dem kapitalistischen System Treue schwur und alles Radikale oder Revolutionäre verdammte. Auch H. V. Boswell, der Präsident der Lokomotivführer-Bank von New York, verlieh der allgemeinen Ansicht der Bürokratie Ausdruck, als er sagte: „Wer möchte Bolschewik sein, wenn er statt dessen Kapitalist sein kann? Wir haben gezeigt, wie man Öl und Wasser mischt, wie man Kapital und Arbeit versöhnt. Statt an einer Straßenecke auf einer Seifenkiste zu stehen und vor Wut zu schäumen, weil die Kapitalisten Immobilien, Bankkonten und Autos besitzen, ist der Lokomotivführer in sich gegangen und selbst Kapitalist geworden.“[5]

Um ihre neue Orientierung auf die sogenannte Rationalisierung und rasche Bereicherung in die Tat umzusetzen, entwarfen die Gewerkschaftsbürokraten entsprechend den Vorschlägen Carvers einen Plan, den sie großsprecherisch als „höhere Strategie der Arbeiterbewegung“ bezeichneten. Matthew Woll erläuterte im “Iron Age”, was er sich unter diesem neumodischen Ausdruck vorstellte, folgendermaßen: „In ihren ersten Kämpfen suchten die Arbeiter die Produktion zu hemmen, einzuschränken, zu behindern, um zu erreichen, was sie wünschten. [336:] Heute möchten sie als Bewahrer und Förderer einer ökonomischen, industriellen und sozialen Ordnung anerkannt werden, in der es allen gut geht: den Arbeitern, den Unternehmern und der Öffentlichkeit.“ Warren S. Stone, der „fortschrittliche“ Vorsitzende der Gewerkschaft der Lokomotivführer, drückte das so aus: „Die organisierte Arbeiterschaft hat in den Vereinigten Staaten drei Etappen durchlaufen ... Die erste war die Zeit, in der das Klassenbewußtsein geweckt wurde ... Die zweite war der Kampf zur Verteidigung des Prinzips der Kollektivverträge ... Die dritte Etappe oder Phase ist die der konstruktiven Entwicklung in der Richtung auf Zusammenarbeit statt auf Kampf.“[6]

Dieses ganze Geschwätz besagte, in klaren Worten ausgedrückt, daß die „neue Lohnpolitik“ und die „höhere Strategie der Arbeiterbewegung“ auf eine Politik des Antreibens und der Streikverhinderung

---

5 Zitiert in Anthony Bimba, “History of the American Working Class”, S. 347.

6 Zitiert in “World’s Work”, November 1924.

hinausliefen. Das heißt, die Arbeiter sollten bis zum äußersten produzieren und sich dann darauf verlassen, daß die „intelligenten“ Kapitalisten sie in freundschaftlichen Konferenzen mit den Gewerkschaftsführern angemessen belohnen würden. Infolgedessen ging die Zahl der Streiks und der Streikenden zurück. 1922 streikten insgesamt 1.612.562 Arbeiter, 1929 waren es nur noch 230.463.[7] Dementsprechend verschlechterten sich die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter.

Zusammen mit der als „höhere Strategie der Arbeiterbewegung“ herausgeputzten Antistreikpolitik der Wallstreet übernahmen die obersten Gewerkschaftsführer auch das Propagandageschwätz der Bourgeoisie von den gewaltigen Ersparnissen der Arbeiter, und sie stürzten sich in das große Geschäft. Zu Anfang der zwanziger Jahre gründeten sie eine unübersehbare Anzahl von Arbeiterbanken, Versicherungsgesellschaften, Investitionsunternehmen und dergleichen, von denen nichtwenige auf nichtgewerkschaftlicher Basis arbeiteten. Die Kommunisten nannten das „Gewerkschaftskapitalismus“. Die Arbeiterbanken hatten es den Gewerkschaften besonders angetan. Eine Gewerkschaftsorganisation oder eine bedeutendere Gewerkschafts-[337:]zentrale, die sich nicht für den Gedanken der Arbeiterbanken einsetzte, galt als sehr rückständig. Insgesamt gab es auf dem Höhepunkt dieses Rummels, im Jahre 1925, sechsunddreißig Arbeiterbanken mit Einlagen in Höhe von 126.356.944 Dollar. Die führende Rolle spielten dabei die Locomotive Engineers und die Amalgamated Clothing Workers.

Die Entartung der Gewerkschaftsbürokratie

Die oberste Führung der American Federation of Labor und der Railroad Brotherhoods waren schon seit den neunziger Jahren berüchtigt für ihre Korrumpierung durch kapitalistische Einflüsse und ihren fast völligen Mangel an Sauberkeit im Sinne der Arbeiterklasse. Der typische AFL-Führer jener Zeit (selbstverständlich mit vielen rühmlichen Ausnahmen) trat entschieden für die Beibehaltung des Kapitalismus ein, war ein leidenschaftlicher Gegner jedes Radikalismus und betrachtete seine Tätigkeit in der Gewerkschaft als eine bequeme Möglichkeit, sich ein gutes Leben zu machen. Die höchsten Funktionen in den Gewerkschaften waren einträgliche Sinekuren, um die man sich mit allen Mitteln riß und die man mit allen Mitteln zu halten suchte. Diese Posten boten den Gewerkschaftsführern, abgesehen von den vielen sonstigen finanziellen Vorteilen, zahlreiche Gelegenheiten, Unternehmer, die Garantien gegen Streiks wünschten, zu melken und einträgliche Bündnisse mit der Republikanischen und der Demokratischen Partei abzuschließen. Das Wohlergehen der den Gewerkschaften angehörenden Arbeiter interessierte diese Leute erst in letzter Linie. Es war ein Wunder, daß die Arbeiterbewegung bei dieser Korruption ihrer Führung überhaupt existieren konnte, von wirklichem Fortschritt ganz zu schweigen.

Im ersten Weltkriege, während der Nachkriegsoffensive und in der Zeit der Coolidge-„Prosperität“ war der korrumpierende Einfluß der Kapitalisten auf die Gewerkschaftsbürokratie besonders stark, und die Moral der Gewerkschaftsführer wurde unter diesem Druck zusehends schlechter. Viele Gewerkschaftsbürokraten wurden durch die ihnen zufließenden Bestechungs-[338:]gelder reiche Leute. Typisch in dieser Hinsicht war der ehemalige Vorsitzende der United Mine Workers und erste Vizepräsident der AFL, John Mitchell, ein regelrechter Kapitalist. Als er 1919 starb, hinterließ er ein Gesamtvermögen von 244.295 Dollar, darunter Investitionen in zahlreichen kapitalistischen Unternehmen – Kohlengruben, Armour & Co., Baltimore & Ohio, New York Central, Rock Island –, die alle für ihre gewerkschaftsfeindliche Einstellung bekannt waren. George L. Berry, der Vorsitzende der Printing Pressmen und lange Zeit eine hochangesehene Persönlichkeit in der AFL-Hierarchie, erwarb durch seine dunklen Geschäfte aller Art mindestens eine Million Dollar. Gestalten ähnlicher Art gab es in den verschiedenen Verbänden in Menge. Dutzende von Gewerkschaftsführern wurden von den Kapitalisten als „Personalchefs“, das heißt als Streikverhinderer, in ihre Betriebe übernommen.

Am üppigsten wucherte die Korruption in den Bauarbeiterverbänden, die damals das Rückgrat der AFL bildeten. Hier herrschte richtiges Gangstertum. Viele Bauarbeiterführer verkauften den Unternehmern großzügig „Versicherungen gegen Streiks“ und plünderten die Mitgliedschaft auf jede nur denkbare Weise aus. In der Prohibitionszeit standen viele von ihnen in direkter Verbindung mit der

---

7 Siehe “American Labor Year Book, 1929”, S, 135.

Unterwelt. Sie regierten die Verbände mit Gewalt und lieferten sich gegenseitig im Kampf um die Vorherrschaft von Zeit zu Zeit blutige Schlachten. Ein Musterprodukt dieser Gompers-Bürokratie war Robert P. Brindell aus New York, dem man nachsagte, daß er in den zwei Jahren vor seiner Entlarvung durch das Lockwood-Komitee im Jahre 1920 eine Million Dollar zusammengebracht habe. Ein anderer von dieser Sorte war Simon O'Donnell, während des Krieges Vorsitzender des Building Trades Council von Chicago, dem man, als er 1927 starb, ein Prunkbegräbnis im Gangsterstil mit einem Sarg im Werte von 10.000 Dollar veranstaltete. Vom gleichen Schlage war der berüchtigte "Big Tim" Murphy, ebenfalls von den Chicago Building Trades. Murphy, der schließlich in einer Gangsterschlacht ums Leben kam, formulierte die für die AFL-Bürokraten charakteristische Weltanschauung folgendermaßen: „Ich bin noch ein ziemlicher Anfänger, aber ich [339:] habe eine Million gemacht und eine Million ausgegeben, und ich denke, ich werde noch eine Million machen, bevor ich eingescharrt werde."[8]

Die Unternehmer förderten die korrupten Führer dieses Schlages, wenn sie auch gelegentlich, um die Gewerkschaften in Mißkredit zu bringen, den einen oder anderen üblen Gewerkschaftsbonzen nach einem Skandalprozeß ins Gefängnis stecken ließen. Was den Exekutivrat der AFL betrifft, so tat er buchstäblich nichts, um das Gangstertum und die Korruption auszurotten. Im Gegenteil, Leute wie Mitchell, Berry, Brindell, O'Donnell und viele ihresgleichen spielten jahrzehntelang eine hervorragende Rolle in der AFL. Manche von ihnen waren hochgeehrte Mitglieder des Exekutivrates selbst, und auf den AFL-Kongressen traten sie gewöhnlich in Massen in Erscheinung und stimmten alle „roten" Anträge nieder. Gerade diese Arbeiterführer waren es, die den Gedanken des Zusammenschlusses, der Bildung einer politischen Partei der Arbeiterklasse und der Anerkennung der Sowjetregierung auf dem AFL-Kongreß von 1923 entschieden ablehnten, obwohl die Masse der organisierten Arbeiter diese Politik gefordert hatte. Sie waren es auch, die die amtierende Gompers-Clique leidenschaftlich unterstützten und die „neue Lohnpolitik", die „höhere Strategie der Arbeiterbewegung", den „Gewerkschaftskapitalismus" sowie den aktiven Kampf gegen die Linke während der Coolidge-„Prosperität" von 1923 bis 1929 verteidigten.

Die Abrechnung

Die verstärkte Klassenzusammenarbeit der konservativen obersten Gewerkschaftsführung in der Coolidge-Periode wirkte sich auf die Arbeiter und ihre Verbände in mehrfacher Hinsicht sehr nachteilig aus. Einmal wurden die Arbeiter dadurch, daß die Gewerkschaftsführer die von den Unternehmern verbreiteten Prosperitätsillusionen übernahmen und propagierten, in ideologischer Hinsicht demoralisiert. Besonders verwirrend [340:] wirkte das zügellose Propagandageschwätz, wonach die Wirtschaftskrisen in den Vereinigten Staaten nunmehr der Vergangenheit angehörten. Infolgedessen standen die Arbeiter völlig unvorbereitet der verheerenden Wirtschaftskrise gegenüber, die im Oktober 1929 hereinbrach. Die obersten Gewerkschaftsführer, Opfer ihrer eignen Propaganda, waren für den großen Wirtschaftskrach noch weniger gerüstet als die Arbeiter selbst, als er schließlich kam.

Auch das sogenannte Rationalisierungsprogramm der Unternehmer, das die Gewerkschaftsführer den Arbeitern als „neue Lohnpolitik" und „höhere Strategie der Arbeiterbewegung" schmackhaft gemacht hatten, wirkte sich auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter nachteilig aus. Diese Politik des Streikverzichts nahm den Gewerkschaften allen Kampfgeist. Niemals im Leben der modernen amerikanischen Arbeiterbewegung war ihre Moral so schlecht wie in der Coolidge-Periode mit ihrer verstärkten Klassenzusammenarbeit. Die Unternehmer machten sich die bewußt geförderte Passivität der Gewerkschaften zunutze und rissen natürlich alle Vorteile der Produktionssteigerung an sich, die sie den Arbeitern mit Hilfe des für sie sehr bequemen Plans der Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Betriebsleitungen abringen konnten.

Auch in den Betrieben verschlechterten sich die Verhältnisse damals allgemein. Da die Klassenwachsamkeit der Gewerkschaften durch das Gift der Klassenzusammenarbeit eingeschläfert war, konnten die Unternehmer den Arbeitern unter dem geheiligten Zeichen der Betriebsrentabilität viele hart

---

8 Zitiert in William Z. Foster, "Misleaders of Labor", Chicago 1927.

erkämpfte Errungenschaften entreißen. In einer Zeit der wirtschaftlichen Blüte, in der die Arbeiter ein Höchstmaß an latenter Kraft besaßen, um ihre Löhne zu verbessern, wurden die Löhne von den Unternehmern gedrückt. Von 1923 bis 1929 erhöhte sich zwar die Industrieproduktion um nicht weniger als 29 Prozent je Arbeiter, und die Profite verdoppelten und verdreifachten sich, aber die Arbeitslöhne stiegen nur wenig, wenn überhaupt. Die Lohnerhöhungen, die sich meist aus Überstunden ergaben, kamen in der Hauptsache den gelernten Arbeitern zugute, während die Löhne der Masse der Angelernten und Ungelernten entweder stagnierten oder sanken. Die obersten [341:] Gewerkschaftsführer, die jetzt als Bankiers und Industrielle glänzende Geschäfte machten, fanden wenig Zeit für solche Kleinigkeiten wie die Verteidigung des Lebensstandards der Arbeiter.

Auch auf die Entwicklung der Gewerkschaften wirkte sich die Politik der Klassenzusammenarbeit der Gewerkschaftsführer äußerst nachteilig aus. Zwar herrschte während der Coolidge-„Prosperität" eine nicht unbeträchtliche Arbeitslosigkeit, im ganzen aber war es eine Zeit starker industrieller Aktivität, so daß die Mitgliederzahl der Gewerkschaften bedeutend hätte anwachsen müssen. In Wirklichkeit aber nahm die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder damals ab. So hatte die AFL 1922 3.195.635 Mitglieder, dagegen 1929, nach mehrjähriger „Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Betriebsleitungen", war die Mitgliederzahl auf 2.933.545, das heißt um 262.090 gesunken. In Wirklichkeit war der Mitgliederschwund weit größer, da viele Gewerkschaften trotz des Rückgangs der Mitgliederzahl aus innerpolitischen Gründen ihre Kopfquoten an die AFL weiterhin nach Maßgabe des früheren Höchststandes an Mitgliedern abführten. 1928 zum Beispiel führten die United Mine Workers wie im Jahre 1920 Quoten für 400.000 Mitglieder ab, obwohl sie inzwischen rund 200.000 zahlende Mitglieder verloren hatten. In der Zeit von 1923 bis 1929 kam es zum ersten Male in der Geschichte der Arbeiterbewegung vor, daß die Gewerkschaften in einer längeren Periode der „Prosperität" nicht wesentlich wuchsen.

Der Zusammenbruch der Politik des „neuen Kapitalismus" wurde dadurch noch folgenschwerer, daß die Gewerkschaftsführer die Millionen von Dollars, die die Arbeiter ihnen anvertraut hatten, bedenkenlos in den vielen Arbeiterbanken und sonstigen finanziellen und industriellen Unternehmungen verzettelten, die während dieser Epidemie des „Gewerkschaftskapitalismus" gegründet wurden. Das ganze unsichere Gebäude krachte bald zusammen, und die Arbeiter verloren gewaltige Beträge. Hervorgerufen wurde dieser finanzielle Zusammenbruch durch wilde Spekulationen in Florida sowie durch allgemeine Unbedachtsamkeit und Unfähigkeit. Im Zusammenhang mit dem Bankrott des großen Bankunternehmens [342:] der Locomotive Engineers bemerken Perlman und Taft: „Für das größere Problem der Neuorientierung des Kapitalismus hatte die Arbeiterbank-Bewegung, wie das Fiasko der Lokomotivführer gezeigt hat, kaum mehr Sinn als der Kinderkreuzzug gegen die Sarazenen."[9] Die Zahl der Arbeiterbanken ging rapide zurück, und der Skandal wurde immer größer. Bis 1932 sank ihre Zahl auf sieben, und heute bestehen nur noch vier. Das war das unglückliche Ende des Plans von Professor Carver, wonach die Arbeiter den Kapitalismus auskaufen sollten, eines Plans, den die kapitalistisch denkenden Reaktionäre an der Spitze der AFL und der Railroad Brotherhoods in die Tat umzusetzen versucht hatten.

---

9 Selig Perlman und Philip Taft, "History of Labor in the United States", Bd. 4, S. 578.

[343:

18
KOMMUNISTISCHE KLASSENKAMPFPOLITIK
(1923-1929)

In der Periode der Coolidge-„Prosperität“ führte die Kommunistische Partei, die sich seit 1925 Workers (Communist) Party nannte, einen energischen Kampf gegen die Politik der Klassenzusammenarbeit der Gewerkschaftsführung und bekannte sich zu einer Politik des Klassenkampfes, obwohl sich in ihren eigenen Reihen ein bedenklicher Rechtsopportunismus – die Richtung Lovestone – bemerkbar machte. Die Partei entlarvte den theoretischen und praktischen Schwindel des Baltimore-Ohio-Plans, der „Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Betriebsleitungen“, der „neuen Lohnpolitik“, der „Arbeiterbanken“, der „höheren Strategie der Arbeiterbewegung“ und all der übrigen Maßnahmen zur ideologischen Überzuckerung des Antreiberprogramms der Unternehmer. Ebenso zerpflückte sie die unreife Idee vom „amerikanischen Exzeptionalismus“, die der ganzen Kampagne zur Verwirrung und damit noch intensiveren Ausbeutung der Arbeiter zugrunde lag, die Idee, der Kapitalismus in den Vereinigten Staaten unterscheide sich irgendwie von dem Kapitalismus in der übrigen Welt und sei ihm überlegen. Die Partei wies nach, daß der sogenannte „neue Kapitalismus“ nichts weiter als der alte Kapitalismus in der Aufschwungsphase seines ökonomischen Zyklus war und daß dies System keineswegs allen Wirtschaftskrisen ein Ende gemacht hatte, sondern gerade damals einem furchtbaren Wirtschaftskrach entgegenraste. Die Partei bewies, daß die ganze Politik der Gewerkschaftsbürokratie den Arbeitern nichts anderes einbrachte als einen niedrigeren Lebensstandard und eine Schwächung der Gewerkschaften.

[344:] Die Kommunisten und ihre Verbündeten wandten sich trotz harter Verfolgungen überall gegen die Verwirklichung des unheilvollen Programms der Klassenzusammenarbeit der AFL-Führung – in den Sälen der Gewerkschaftshäuser, bei den Gewerkschaftswahlen und an den Fronten der Streikposten. Sie unterstützten und förderten alle energischen Kampfmaßnahmen der Arbeiter, der Neger und der Farmermassen zur Durchsetzung ihrer elementarsten Forderungen. Die meisten der bedeutenderen Agitationskampagnen und Streiks jener Zeit wurden von den Kommunisten und ihren Verbündeten entweder unmittelbar geleitet oder stark beeinflußt, weil die offiziellen Führer der Arbeiterbewegung es ablehnten, sich auch nur in den elementarsten Fragen an die Spitze der Arbeiter zu stellen. Dieser entschlossene Kampf gegen die AFL-Politik der Klassenzusammenarbeit in der Coolidge-Zeit ist ein Ruhmesblatt in der Geschichte der Kommunistischen Partei der USA.

Die Politik der Ausschlüsse

Wenn die Unternehmer und die Gewerkschaftsführer den widerstrebenden Arbeitern ihr damaliges sogenanntes Rationalisierungsprogramm aufzwingen wollten, so mußten sie vor allem jede Opposition gegen dieses Programm innerhalb der Gewerkschaften brechen. Der Rentabilitätsexperte Taylor nannte dies euphemistisch „die Einwilligung der Arbeiter erlangen“; es bedeutete Kampf bis aufs Messer gegen die Kommunisten und alle anderen Gegner der verstärkten Klassenzusammenarbeit. Die allgemeine Folge war, daß die Demokratie in den Gewerkschaften praktisch liquidiert wurde. In den Gewerkschaften, in denen der linke Flügel über eine starke Anhängerschaft verfügte, wurde nach dem Muster des Gangstertums der Prohibitionszeit ein Rowdyregime eingeführt und oft genug auch von berufsmäßigen Gangstern praktiziert. Außerdem konnten die reaktionären Gewerkschaftsführer sich stets auf die Hilfe der Unternehmer und der Polizei verlassen, wenn die Situation ihnen aus der Hand zu gleiten drohte.

[345:] Der übelste Zug dieses Terrorregimes war die Politik der Gewerkschaftsführer, aktive Mitglieder auszuschließen. Die Workers (Communist) Party wurde in wüstester Weise beschimpft, die Trade Union Educational League wurde als kommunistische Organisation und Spaltergewerkschaft diffamiert, und die Mitgliedschaft in jeder der beiden Organisationen hatte den Ausschluß zur Folge. Die Kommunisten, die nicht in ehrlicher Auseinandersetzung zu schlagen waren, wurden durchweg an die Luft gesetzt, oft unter Anwendung physischer Gewalt. Das bedeutete, daß sie auch aus den

Betrieben verjagt wurden, in denen sie ihr Brot verdienten. Dieser Terrorismus war etwas Neues in der Arbeiterbewegung der USA, wenn sie auch schon immer gewisse reaktionäre Züge aufgewiesen hatte. Noch niemals war es vorgekommen, daß Arbeiter wegen ihrer politischen Überzeugung systematisch aus ihren Arbeitsstellen und ihren Gewerkschaften verjagt worden waren. In Dutzenden von Gewerkschaften fügten die tonangebenden Cliquen, in Vorausnahme des Smith- und des McCarran-Gesetzes um einige Jahrzehnte, in die Satzungen spezielle Klauseln ein, die den Kommunisten den Beitritt verwehrten (oft zusammen mit Negern, Frauen, Jugendlichen und anderen „unerwünschten Elementen"). Im Zuge dieser Ausschlußkampagne, von der zunächst hier und da einzelne Funktionäre betroffen wurden, wurden schließlich Tausende gleichzeitig an die Luft gesetzt.

Die Sozialisten gingen in dieser Terrorkampagne Hand in Hand mit den offenen Gompers-Anhängern, wie sie ja auch deren Baltimore-Ohio-Plan, neue Lohnpolitik und Rationalisierungsprogramm geschluckt hatten. Sie überboten die offenen Reaktionäre sogar dabei. Denn zu den ersten Ausschlüssen kam es in der sozialistisch geführten International Ladies Garment Workers Union, und in diesem Verband erreichte die Ausschlußkampagne später auch ihren Höhepunkt mit dem Ausschluß von 35.000 New-Yorker Mantelschneidern. Nirgends waren die Gangstermethoden weiter verbreitet als in der Konfektion.

Im Rahmen der schmachvollen Klassenzusammenarbeit in der Coolidge-Periode gingen die sozialistischen Führer schließlich ein offenes Bündnis mit der Gompers- beziehungsweise Green-Bürokratie ein, der sie seit Jahren den Hof machten. [346:] Schneider und Saposs schildern diese Entwicklung, in deren Verlauf die Sozialisten auf ihre Politik der aktiven Zersetzung von innen verzichteten und das Vertrauen der AFL-Bürokratie zu gewinnen trachteten.[1] Saposs sagt: „Nach dem Weltkrieg revidierten die Sozialisten ihre Politik und Taktik der Zersetzung von innen völlig ... Statt dessen bemühen sie sich um das Vertrauen und Entgegenkommen der unnahbaren Gewerkschaftsführer ... Diese neue politische Ausrichtung der Sozialisten auf die Gewerkschaftsbürokratie bedeutet das Ende ihrer führenden Stellung in der Opposition innerhalb der Arbeiterbewegung."[2] Seitdem haben sich die Sozialisten mit Haut und Haaren der reaktionären Clique verschrieben, die die amerikanische Arbeiterbewegung beherrscht.

Gegen Ende der „Prosperitätsperiode", im Mai 1929, gründete eine Gruppe von „linken" Sozialdemokraten und kommunistischen Renegaten, beunruhigt über die allzu offenkundige Korruption in der Führung der Socialist Party, die Conference for Progressive Labor Action. Als Endziel schwebte dieser Gruppe eine Konkurrenz mit der Kommunistischen Partei vor. Zu ihren Führern gehörten A. J. Muste, der Leiter der Gewerkschaftsschule Brookwood, J. H. Crosswaith und andere. Ihr Programm forderte eine aktive Lohnpolitik, Sozialversicherung, Gewerkschaftsdemokratie, eine politische Partei der Arbeiterklasse, Bildungsmöglichkeiten für die Arbeiter und die Anerkennung Sowjetrußlands. Die Vereinigung stand auf dem Boden der sogenannten Internationale Zweieinhalb, das heißt, sie redete sehr radikal, leistete aber wenig Positives. Sie machte einen kümmerlichen Versuch, nach dem Vorbild der Trade Union Educational League zu arbeiten. Die „Muste-Bewegung" bestand mehrere Jahre. Sie beteiligte sich an einigen Streiks in der Textilindustrie und im Bergbau, spielte aber keine sehr wichtige Rolle in der Arbeiterbewegung. Im Oktober 1934 verschmolz sie mit den Trotzkisten – ein kurzlebiges Bündnis, das ihren Zerfall beschleunigte. Die Vereinigung diente in der Hauptsache als Feigenblatt, die Schamlosigkeit der Führung [347:] der Socialist Party und der AFL zu decken. Die Muste-Leute waren die „kleinen Brüder der großen Arbeiterbetrüger".

Die Empörung der Arbeitermassen über die verräterische Politik der Klassenzusammenarbeit, der sich die Führung ihrer Gewerkschaften verschrieben hatte, trat klar zutage in der starken Unterstützung, die das Programm der Kommunisten und der Liga in vielen Industriezweigen trotz der Ausschlußpolitik der obersten Gewerkschaftsführer fand. So erhielt bei den Wahlen in der Machinists Union 1925 die fortschrittlich-linke Anderson-Liste 17 076 Stimmen gegenüber 18.021, die für den Kandidaten der Bürokratie, William H. Johnston, abgegeben wurden. Praktisch hatten die Linken

---

1 Siehe D. M. Schneider, "The Workers (Communist) Party and the American Trades Unions", Baltimore 1928.

2 D. J. Saposs, "Left Wing Unionism", New York 1926, S. 37, 39.

zweifellos die Wahl gewonnen. Bei den Wahlen in der Carpenters Union im gleichen Jahre erhielt der Kandidat der Liga, M. Rosen, 9014 Stimmen gegenüber 77.985, die auf den autokratisch herrschenden Hutcheson entfielen.

Erbitterte Streiks in der Textilindustrie

Zu den zahlreichen Industriezweigen, in denen die Kommunistische Partei und die Trade Union Educational League während der Coolidge-Periode Streiks leiteten, gehörten die Textilindustrie, die Konfektion und der Bergbau. Dies waren damals die sogenannten „kranken" Industrien, in denen die Arbeiter durch Arbeitslosigkeit, Antreibermethoden, niedrige Löhne und – was die Sache noch schlimmer machte – die reaktionäre Führung der Gewerkschaften besonders schwer zu leiden hatten. Alle diese Streiks wurden auf der Basis einer breiten Einheitsfront von Kommunisten, Linkssozialisten und fortschrittlichen Elementen von der Liga und ihren Sonderorganisationen in den verschiedenen Industriezweigen geführt.

Der erste große Kampf der Textilarbeiter, der von der Kommunistischen Partei eingeleitet und unmittelbar von der Liga geführt wurde, war der berühmte Streik in Passaic (New Jersey) im Jahre 1926. Anfangs waren die Arbeiter, die zum größten Teil in der Woll- und Kammgarnstoffproduktion beschäftigt waren, fast vollständig unorganisiert. Von insgesamt einer Million [348:] Textilarbeitern waren damals höchstens fünf Prozent Gewerkschaftsmitglieder. Die Partei leitete eine energische Organisierungskampagne unter ihnen ein. Tiefste Armut, ungeheure Ausbeutung und Unternehmertyrannei waren charakteristisch für ihre Lebensbedingungen. Der Funke, der die Explosion in Passaic auslöste, war eine zehnprozentige Lohnkürzung im Oktober 1925. Der besonders unfähige AFL-Verband für diese Industrie, die United Textile Workers, lehnte ein Eingreifen ab. Daher eröffnete die Trade Union Educational League auf dem Wege über ein Einheitsfrontkomitee eine erfolgreiche Organisationsarbeit in Passaic.

Der Streik wurde am 21. Januar 1926 provoziert, als die 45 Mitglieder eines Ausschusses, der die Forderungen der Arbeiter in den Botany-Werken vorlegte, auf der Stelle entlassen wurden. Die Arbeitermassen reagierten auf diese brutale Behandlung ihrer Wortführer unverzüglich und energisch. Binnen zwei Tagen standen die 5000 gewerkschaftlich organisierten Arbeiter der selbstherrlichen Firma im Streik, und in wenigen Tagen war die ganze Gegend von Passaic mit etwa 16.000 Textilarbeitern in den Kampf einbezogen. Mit der für die Open-Shop-Bewegung charakteristischen Gewalttätigkeit versuchten die Unternehmer den Streik durch die Errichtung eines Terrorregimes in der Gemeinde zu brechen. Alle bekannten Methoden des Streikbruchs wurden angewandt; aber sie alle versagten, die Solidarität der Arbeiter war unbesiegbar. Die offizielle Streikleitung lag in den Händen des Schwächlings Albert Weisbord, aber seine Stoßkraft erhielt der Streik durch die Unterstützung seitens der Partei, die so aktive Kämpfer wie W. W. Weinstone, Charles Krumbein, Elizabeth Gurley Flynn, John Ballam, Alfred Wagenknecht und andere einsetzte.

Der Streik war gut organisiert und wurde von beiden Seiten mit größter Hartnäckigkeit geführt. Er erregte im ganzen Lande Aufsehen. Dieser in den schärfsten Formen durchgekämpfte Streik brachte eine neue, kämpferische Note in die Arbeiterbewegung, die damals durch das Gift der Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Betriebsleitungen gelähmt wurde. Der Kampf dauerte dreizehn Monate. Er wurde schließlich durch ein Kompromiß beigelegt, das die Lohnkürzung [349:] rückgängig machte, den Arbeitern das Recht zugestand, sich in der AFL zu organisieren, und auch die gewerkschaftlichen Beschwerdeausschüsse in gewissem Sinne anerkannte.

Der nächste große Textilarbeiterstreik, in dem die Kommunistische Partei und die Liga eine entscheidende Rolle spielten, war der Ausstand von 26.000 Arbeitern der Baumwollspinnereien in New Bedford im April 1928. Auch bei diesem Streik handelte es sich um Lohnkürzungen, Antreibermethoden und Gewerkschaftsanerkennung. Er löste eine Reihe weiterer Kämpfe in Fall River, Woonsocket und den umliegenden Textilbezirken aus. Nach sechsmonatigem Kampf wurde die Lohnkürzung in New Bedford rückgängig gemacht, aber des vollen Sieges wurden die Arbeiter durch einen typischen AFL-Schwindel beraubt. Der Streik führte zur Gründung einer neuen Textilarbeitergewerkschaft, der National Textile Workers Union, die der Trade Union Educational League angeschlossen war.

Der erbittertste Textilarbeiterstreik jener Zeit war jedoch der in Gastonia (Nord-Carolina) im Jahre 1929. Die National Textile Workers Union entsandte im Februar dieses Jahres Organisatoren nach dem Süden. Ihre Tätigkeit löste eine allgemeine Bewegung unter den Textilarbeitern aus, die unter außerordentlich niedrigen Löhnen, übelsten Antreibermethoden und Ablehnung der Gewerkschaften durch die Unternehmer zu leiden hatten. Die betroffenen Arbeiter waren fast ausnahmslos geborene Amerikaner. Die National Textile Workers Union konzentrierte sich auf die Gegend von Gastonia, wo am 2. April 2500 Arbeiter der Loray-Werke streikten. Später schlossen sich ihnen 1700 weitere Arbeiter an. Alle 25.000 Textilarbeiter dieser Gegend wurden durch den dramatischen Verlauf des Streiks tief aufgewühlt. Die Kommunistische Partei setzte viele ihrer Funktionäre in diesem Kampf ein.

Die Fabrikbesitzer und die Regierungsbehörden gingen sofort daran, den bedrohlichen Streik gewaltsam niederzuwerfen. Der Gouverneur, Besitzer einer Textilfabrik, beorderte mehrere Kompanien Miliz ins Streikgebiet. Die Amerikanische Legion organisierte Banden, und am 18. April überfielen 50 bis 75 maskierte Gangster das Büro der Gewerkschaft, demolierten es und verprügelten Streikende. Am 7. Juni, überfiel eine an-[350:]dere Gangsterbande unter der Führung des Polizeichefs Aderholt das Gewerkschaftsbüro; aber diesmal waren die Arbeiter gerüstet und verteidigten sich mit der Waffe. Der Polizeichef wurde getötet und drei seiner Gehilfen wurden verwundet. Daraufhin verhaftete man hundert Arbeiter. Sieben Streikführer wurden schließlich wegen Totschlags verurteilt und erhielten Gefängnisstrafen bis zu zwanzig Jahren. Während der Verhandlung randalierte der Pöbel, demolierte das Gewerkschaftshaus und überfiel Funktionäre. Dabei wurde Ella May Wiggin, eine Mutter und aktive Streikführerin, ermordet. Der Streik wurde schließlich niedergeworfen, aber die Fabrikbesitzer mußten den Arbeitern Konzessionen machen.

Die AFL war stark beunruhigt über den Aufruhr unter den Textilarbeitern des Südens und über den wachsenden Einfluß der Kommunisten, der sich auf Tennessee, Georgia, Nord- und Süd-Carolina und andere Gegenden erstreckte, und entsandte einen Schwarm von Funktionären in diese Gebiete, um die Bewegung abzufangen. William Green machte eine Reise durch den Süden, um sich bei den Fabrikbesitzern und Bankiers anzubiedern und ihnen Zusammenarbeit nach dem Muster des bewährten Baltimore-Ohio-Plans anzubieten. Aber die Textilfabrikanten, hinter denen das Großkapital der Wallstreet stand, bevorzugten ihre eigenen Methoden zur Unterdrückung von Streiks und gewerkschaftlichen Aktionen durch offenen Terrorismus. Die Textilarbeiter des Südens aber blieben unorganisiert. Damals machte die Kommunistische Partei den schweren Fehler, sich zu sehr auf Gastonia zu konzentrieren, statt auf andere wichtige Textilbezirke des Südens überzugreifen und auch dort den Unternehmern und den AFL-Führern entgegenzutreten.

Die Streiks von Passaic, New Bedford und Gastonia bedeuteten ein neues, höheres Niveau der Streikorganisation in den Vereinigten Staaten. Nicht nur die Streikorganisation selbst war in jedem einzelnen Falle um vieles vervollkommnet, sondern auch die Hilfstruppen waren gut entwickelt. Es bestanden starke Jugendabteilungen, die die Jungarbeiter und die Kinder mobilisierten. Besonderer Wert wurde ferner auf die Gewinnung der Frauen für den Streikkampf gelegt, und viele Frauen [351:] spielten eine sehr aktive Rolle in der Streikführung. Die Workers International Relief organisierte im ganzen Land Unterstützungskampagnen, und die International Labor Defense bemühte sich energisch um juristischen Beistand für die vielen verhafteten Streikenden und Gewerkschaftsführer. Die Kommunistische Partei verlieh der Unternehmung Lebenskraft und Stärke. Die Streiks wurden auch unter sorgfältiger Berücksichtigung strategischer Gesichtspunkte geführt, worauf die der Roten Gewerkschaftsinternationale angeschlossene Trade Union Educational League in jenen Jahren ihre besondere Aufmerksamkeit richtete. Die große Bedeutung der Streiks lag vor allem darin, daß sie den Kampfgeist pflegten in einer Zeit, als die AFL eine Politik des Streikverzichts betrieb. Sie unterstrichen die Rolle einer neuen bestimmenden Kraft, der Kommunistischen Partei, in der Arbeiterbewegung.

Die Streiks in der Konfektion

Die „sozialistischen“ Gewerkschaftsführer in der Konfektion waren, wie bereits bemerkt, völlig von der lähmenden Politik der Klassenzusammenarbeit und Rationalisierung befangen, die die AFL in der Periode von 1923 bis 1929 betrieb. Dies brachte sie in schärfsten Gegensatz zu den Kommunisten und

den fortschrittlichen Kräften, die in der Kommunistischen Partei und der Liga in diesem Industriezweig eine starke organisatorische Basis besaßen. Die Linken kämpften für höhere Löhne, die Vierzigstundenwoche, das Betriebsdelegiertensystem, die Organisierung der Unorganisierten, eine Industriegewerkschaft der Konfektionsarbeiter, eine politische Partei der Arbeiterklasse, den Anschluß an die Rote Gewerkschaftsinternationale, die Verteidigung der Sowjetunion und gegen das gesamte allgemein eingeführte Regime der Antreiberei und Gangsterkontrolle durch die rechten Führer.

Zu dem ersten entscheidenden Zusammenstoß kam es in der Fur Workers Union. Nachdem die Machtverhältnisse vielfach gewechselt hatten, gelang es der Einheitsfront der Linken und Zentristen nach heftigen Kämpfen, den New York Joint Board, [352:] der etwa 80 Prozent des gesamten Kürschnerverbandes repräsentierte, fest in die Hand zu bekommen. Ben Gold, der während der Kämpfe von Gangstern überfallen und verwundet wurde, wurde Vorsitzender dieses Ausschusses. Im Februar 1926 traten etwa 12.000 New-Yorker Kürschner in den Ausstand. Im Mittelpunkt ihrer Forderungen stand die Vierzigstundenwoche. Siebzehn Wochen dauerte der Streik, einer der erbittertsten in der Geschichte von New York City.

Die Verbandsleitung unter Kaufman sabotierte den Streik von Anfang an. Schließlich wurde der AFL-Vorsitzende William Green hinzugezogen, der sich über die Führung des New York Joint Board hinwegsetzte und mit den Unternehmern ein Schwindelabkommen auf der Basis der Zweiundvierzigstundenwoche arrangierte. Die Linken hielten jedoch die Kürschner so fest zusammen, daß diese die Durchführung des verräterischen Abkommens verhinderten. Einige Wochen danach setzten die Arbeiter schließlich die Vierzigstundenwoche durch. Damit wurde sie zum erstenmal in der amerikanischen Industrie eingeführt. Das war ein sensationeller Erfolg für die Arbeiter und die Linken und ein direkter Schlag ins Gesicht für die streikbrecherische AFL-Führung.

Mit dieser war indessen nicht so leicht fertig zu werden. Völlig verwirrt und tief erbittert durch ihre Niederlage, riefen die Green und Konsorten einen ultrareaktionären Ausschuß ins Leben, dem Matthew Woll, E. McGrady, J. Ryan, J. Sullivan und H. Frayne angehörten und der die Führung des Streiks „untersuchen“ sollte. Daraufhin wurden der Ausschuß der Kürschner von New York und die ihm angeschlossenen Ortsverbände im Januar 1927 „reorganisiert“. Die Folge dieses unerhörten Vorgehens war der Ausschluß von 12.000 Kürschnern aus ihrem Verband und die völlige Zerrüttung des Gesamtverbandes.[3]

Nicht weniger heftig waren die Auseinandersetzungen in der International Ladies Garment Workers Union. Trotz der Gangster- und Ausschlußpolitik der obersten Führung war es der Einheitsfront der Linken und Zentristen bis 1925 gelungen, den [353:] 2., den 9. und den 22. Ortsverband in die Hand zu bekommen. Diese Verbände umfaßten etwa 70 Prozent des New York Joint Board, des Rückgrats der Gewerkschaft. Daraufhin schloß der Vorsitzende Sigman zynisch die 77 Kommunisten und Anhänger der Trade Union Educational League in den Exekutivausschüssen dieser Ortsverbände aus, und das kam dem Ausschluß von 35.000 Gewerkschaftsmitgliedern gleich. Die ausgeschlossenen Ortsverbände gründeten das Joint Action Committee und setzten sich energisch zur Wehr, so daß Sigman nach sechzehn Wochen nachgeben und die drei Verbände wieder aufnehmen mußte.

Das war ein für das ganze Land bedeutsamer Erfolg für den linken Flügel der Gewerkschaft. Als im November 1925 der Landeskongreß .der International Ladies Garment Workers Union in Philadelphia zusammentrat, repräsentierte daher der linke Flügel mit 114 Delegierten 34.762 Mitglieder, das heißt zwei Drittel der Mitgliedschaft. Aber die Sigman-Bürokratie hatte bei den Verbandswahlen so manipuliert, daß sie, obwohl nur 15.852 Mitglieder hinter ihr standen, mit 146 Delegierten auf dem Kongreß die Mehrheit hatte. Sie benutzte diese beherrschende Stellung, um sich an der Macht zu halten.

Am 1. Juli 1926 rief der New-Yorker Ausschuß der International Ladies Garment Workers Union einen Streik von 40.000 Mantelschneidern aus, der sich gegen die unerträglichen Verhältnisse in diesem Industriezweig richtete. Die Kommunistische Partei unterstützte den Streik in jeder Hinsicht. Der

---

3 Siehe Philip S. Foner, “The Fur and Leather Workers Union”, New York 1950.

Vorsitzende Sigman war zwar offiziell für den Streik, praktisch aber sabotierte er ihn. Schließlich traf Sigman im Dezember, nachdem der Streik zwanzig Wochen lang mit größter Erbitterung geführt worden war, hinter dem Rücken des Gemeinsamen Ausschusses ein Abkommen mit den Unternehmern, ein Manöver nach Greens Vorbild beim Kürschnerstreik. Diesmal indessen gelang der Verrat. Unter den Mantelschneidern gab es viele tüchtige Führer, wie zum Beispiel Joseph Boruchovitch, aber die in den Gemeinsamen Ausschüssen der Mantelschneider und der Schneiderinnen maßgebenden Funktionäre Louis Hyman und Charles Zimmerman – später wurden sie von der Gewerkschaftsführung dafür belohnt – mobilisierten die Streikenden nicht kühn zur Abwehr des Verrats, wie Gold es bei [354:] dem Streik der Kürschner getan hatte, sondern unterwarfen sich demütig. Der Streik ging verloren, und 35.000 Arbeiter wurden aus der Gewerkschaft ausgeschlossen.

Die Massenausschlüsse von Kommunisten und anderen fortschrittlich gesinnten Arbeitern aus den Verbänden der Kürschner und der Damenkonfektionsarbeiter führten am 28. Dezember 1928 zur Gründung der Needle Trades Workers Industrial Union im Rahmen der Liga. Louis Hyman wurde Vorsitzender und Ben Gold Generalsekretär. Es folgte ein siebenjähriger erbitterter Kampf zwischen den rivalisierenden Verbänden um den entscheidenden Einfluß in diesem Industriezweig. Aber über diese allgemeine Entwicklung später mehr.

Bei den langwierigen und schweren Kämpfen in der Konfektion spielten Frauen vielfach eine entscheidende Rolle. Niemand übertraf. sie an Tapferkeit beim Streikpostenstehen, an Kühnheit im Kampf um gewerkschaftliche Demokratie. Die neugegründete Gewerkschaft hatte mehr Frauen als Männer unter ihren Mitgliedern.

Bei den Amalgamated Clothing Workers sowie bei den Mützenmachern und Putzmacherinnen war der Kampf zwischen den Linken und den Rechten nicht so heftig, obwohl die oberste Führung, besonders Hillman, sich auch hier dem Baltimore-Ohio-Plan, der „neuen Lohnpolitik“, der Idee der Arbeiterbanken, den Produktionsnormen, der sogenannten Rationalisierung und dem allgemeinen AFL-Programm zur Klassenzusammenarbeit verschrieben hatte. Die Amalgamated Clothing Workers schlossen ebenfalls eine Anzahl von Mitgliedern, die für die Trade Union Educational League warben, aus. Der Vorsitzende Sidney Hillman jedoch neigte in gewissem Sinne zu einer fortschrittlichen Politik, und auf den Verbandskongressen wurden gewöhnlich linke Resolutionen zu nichtökonomischen Fragen angenommen. Der Verband stand auch dem kämpfenden Sowjetrußland freundlich gegenüber; 1921 gründete er die Russian American Industrial Corporation, die von Robert W. Dunn geleitet wurde und den Aufbau der Bekleidungsindustrie in Sowjetrußland unterstützen sollte. Die damals unabhängigen Amalgamated Clothing Workers unterhielten auch Beziehungen zur Roten Gewerkschaftsinternationale. In vielen politischen [355:] Fragen standen die Linken in einer Front mit Hillman, doch, wie häufig in solchen Fällen, verstanden sie es nicht, im Rahmen dieser Einheitsfront ihre eigenen Kräfte zu konsolidieren. Heute ist der Verband unter der Führung von Potofsky nichts weiter als eine verknöcherte AFL-Gewerkschaft, aber vor einer Generation genoß er als ein unabhängiger Verband, der 1914 im Kampf gegen die AFL-Gauner entstanden war, großes Ansehen bei den Linken. Die meisten der unabhängigen Industrieverbände jener Zeit – in der Metall-, Textil-, Nahrungsmittel-, Schuh-, Tabakindustrie usw. – führten in ihrem Namen das Wort „Amalgamated“ (Vereinigt). Wie stark der Einfluß der Kommunisten und der Liga in diesem Verband war, zeigte sich auf dem Kongreß von 1924, als Phil Aronberg, der als Kommunist für das Exekutivkomitee kandidierte, 8897 Stimmen gegen 17.362 erhielt.

Der Kampf im Bergbau

Die United Mine Workers machten während der „Prosperität“ der Coolidge-Zeit eine lebensgefährliche Krise durch. Im Kohlenbergbau, der zum Teil infolge der schnellen Mechanisierung zu den sogenannten kranken Industriezweigen zählte, herrschte große Arbeitslosigkeit, die die wirtschaftliche Kraft des Verbandes untergrub. Die Zechenherren machten sich diese Situation zunutze, um den geschwächten Verband zu torpedieren. Der Verbandsvorsitzende John L. Lewis verschlimmerte die Lage dadurch, daß er sich immer wieder auf Konzessionen einließ oder günstige Gelegenheiten versäumte. Statt einen entschlossenen Kampf gegen die Arbeitslosigkeit zu führen, gab er die reaktionäre

Losung aus „200.000 Kumpel müssen gehen“. Im Jahre 1922 ließ er bei der Beendigung des damals stattfindenden Streiks die aktiven Bergarbeiter der unorganisierten Bezirke im Stich und lehnte auch ernsthafte Bemühungen um die gewerkschaftliche Organisierung in den besonders wichtigen Gruben in den Südstaaten ab. Er verschlimmerte noch die schwierige Situation durch den Ausschluß von Freeman Thompson, Pat Toohey, Frank Borich, Dan Slinger, Tony [356:] Minerich und Hunderten anderer kommunistischer Gewerkschafter, die es gewagt hatten, gegen seine verderbliche Politik aufzutreten.

Die Trade Union Educational League, von der Partei aktiv unterstützt, begann ihre Tätigkeit im Bergbau schon früh (siehe Kapitel 14). Am 2./3. Juni 1923 gründete sie in Pittsburgh das Progressive International Committee of the United Mine Workers. Dieses auf breiter Grundlage beruhende, links und fortschrittlich orientierte Komitee forderte vor allem den Sechsstundentag, die Fünftagewoche, Durchsetzung der gewerkschaftlichen Tariflöhne, Arbeitslosenunterstützung und Arbeitslosenversicherung, die Organisierung der unorganisierten Bergarbeiter, die Ablehnung von Schiedssprüchen und Rationalisierungsabkommen, einen für das ganze Land geltenden Vertrag für alle Kohlenarbeiter, die Wiederherstellung der gewerkschaftlichen Bezirksautonomie, die Nationalisierung der Gruben und eine politische Partei der Arbeiterklasse. Zur Förderung dieses Programms stellten die Kräfte der Linken und des Fortschritts bei den Verbandswahlen der Lewis-Liste eine eigene Liste mit dem kommunistischen Bergarbeiter George Voyzey aus Illinois entgegen. Nach der Stimmenauszählung behauptete Lewis, daß Voyzey 66.000, er selbst dagegen 136.000 Stimmen erhalten habe. Die Opposition erklärte, daß in Wirklichkeit Voyzey gewählt worden sei.

Inzwischen verschlechterte sich die Stellung des Verbandes in dieser Industrie rasch. Das Abkommen von Jacksonville vom Februar 1924 sollte bis zum April 1927 gelten, aber 1925 begannen die großen Grubenbesitzer in West-Virginia und West-Pennsylvania einschließlich der Pittsburgh Coal Company, der größten all dieser Gesellschaften, das Abkommen offen zu verletzen und nichtorganisierte Arbeitskräfte zu beschäftigen. In Pennsylvania, Ohio, West-Virginia, Kentucky, Alabama und anderen Kohlenrevieren zerfiel der Verband schnell. Als am 1. April 1927 der entscheidende Streik begann, kontrollierten die United Mine Workers nur noch 40 Prozent der Braunkohlengruben gegenüber 60 Prozent im Jahre 1924.

Im Jahre 1925 gaben die Anhänger der Trade Union Educational League im Kohlenbergbau, um dem katastrophalen [357:] Niedergang des Verbandes entgegenzuwirken, die Losung „Rettet den Verband!“ aus und organisierten ein Einheitsfront-Komitee unter diesem Namen. Pat Toohey war Sekretär, und Frank Keany, der ehemalige Vorsitzende des Verbandes in West-Virginia, war Chefredakteur des “Coal Digger”. Die Liga führte in den Kohlenrevieren eine Kampagne in drei Phasen durch. Im Mittelpunkt der ersten Etappe stand die Organisierung der wichtigen Reviere in West-Virginia und Kentucky sowie im Süden, um für den kommenden Streik gerüstet zu sein. Es kam jedoch nichts dabei heraus, da Lewis es trotz der Forderungen zahlreicher Ortsverbände ablehnte, auch nur einen Finger in der Angelegenheit zu rühren.

Die zweite Etappe der Kampagne verfolgte das Ziel, bei den Verbandswahlen von 1926 der Lewis-Liste eine fortschrittliche Liste entgegenzustellen. Unter der Losung „Rettet den Verband!“ kandidierten John Brophy, der Vorsitzende des Bezirks 2, für den Posten des Verbandsvorsitzenden und William J. Brennan, der ehemalige Vorsitzende des Bezirks 1 im Steinkohlenrevier, für den Posten des Generalsekretärs. Es war eine umfassende Einheitsfrontbewegung. Die linke und fortschrittliche Opposition führte den Wahlkampf sehr energisch. Lewis gestand Brophy 60.661 Stimmen zu und errechnete für sich selbst 173.323 Stimmen. Brophy erklärte unter Protest, daß das Wahlergebnis grob gefälscht sei, und behauptete, er sei gewählt worden.[4]

Die dritte Etappe umfaßte die tatkräftige Unterstützung des entscheidenden Streiks der Kohlenbergarbeiter von 1927. Die fortschrittliche Opposition mobilisierte ihre starken Kräfte überall, um Streikposten zu stellen und die Streikenden zu ermutigen. Unter der Leitung von Alfred Wagenknecht

4 Siehe “Labor Unity”, 15. Juni 1927.

wurde die Penn-Ohio-Streikhilfe organisiert und im ganzen Lande eine energische Kampagne geführt. Nachdem der Streik ein volles Jahr gedauert hatte, veranstaltete das Einheitsfrontkomitee eine große Konferenz in Pittsburgh, um den Streik zu stützen und auszudehnen. Anwesend waren 1125 Delegierte, die 101.000 Bergarbeiter oder fast die Hälfte der Verbandsmitgliedschaft vertraten. Die Konferenz forderte die Bergarbeiter [358:] in den nichtbestreikten Revieren zum Ausstand auf und fand ein beträchtliches Echo.

Aber der Streik war nicht mehr zu retten. Bald darauf unterzeichnete Lewis ein Separatabkommen für den Bezirk Illinois. Daraufhin nahmen die anderen Bezirke nach und nach die Arbeit zu den bestmöglichen Bedingungen wieder auf. Die im Laufe von 30 Jahren erkämpften Lohn- und Arbeitsbedingungen waren fast über Nacht verloren. Nunmehr zerfiel der Verband tatsächlich. In Pennsylvania, West-Virginia, Colorado und anderen Gebieten kam es zu Spaltungen und zur Gründung von neuen Verbänden. In dieser Zeit des allgemeinen Zusammenbruchs der United Mine Workers sammelten die unter der Losung „Rettet den Verband!“ kämpfenden Kräfte, mit Ausnahme der Brophy-Gruppe, ihre Anhänger und gründeten im September 1928 in Pittsburgh die National Miners Union. John Watt wurde zum Vorsitzenden, William Boyce zum Stellvertretenden Vorsitzenden und Pat Toohey zum Generalsekretär des neuen Bergarbeiterverbandes gewählt.[5]

Die Gründung der Trade Union Unity League

Die Trade Union Unity League wurde am 31. August/1. September 1929 in Cleveland (Ohio) gegründet. Sie entstand aus der Reorganisation der Trade Union Educational League auf deren viertem Landeskongreß. Anwesend waren 690 Delegierte aus 18 Staaten. Ungefähr 320 Delegierte kamen aus den neugegründeten Industriegewerkschaften in der Textilindustrie, der Konfektion und dem Bergbau, die zusammen etwa 57.000 Mitglieder hatten; 159 Delegierte vertraten Linksgruppen in Fachverbänden; 107 kamen von kleineren Gruppen in Industriezweigen ohne Gewerkschaften und 18 Delegierte direkt von AFL-Ortsverbänden. Von den Delegierten waren 64 Neger, 72 Frauen und 159 Jungarbeiter. Das Durchschnittsalter war 32 Jahre. Es wurden ein Landesexekutivausschuß von 10 Mitgliedern und ein Landeskomitee von 53 Mitgliedern gewählt. Offizielles Organ [359:] war die “Labor Unity”, zum Sitz der Organisation wurde New York gewählt. Generalsekretär wurde William Z. Foster.[6]

Das Programm der Trade Union Unity League entsprach in den Grundzügen dem der Trade Union Educational League. Es war eine umfassende, unabhängige Einheitsfrontbewegung von Kommunisten und fortschrittlich gesinnten Arbeitern. Die Liga wandte sich scharf gegen die Klassenzusammenarbeit der AFL-Führung und stellte sich auf den Standpunkt des Klassenkampfes. Ihre zentrale Losung lautete „Klasse gegen Klasse“. ‚Im einzelnen forderte das Programm den Siebenstundentag, die Fünftagewoche, die Organisierung der Unorganisierten, Industriegewerkschaften, Sozialversicherung, völlige wirtschaftliche, politische und soziale Gleichberechtigung für die Neger, Anschluß an die Rote Gewerkschaftsinternationale, Gewerkschaftseinheit im Weltmaßstabe, Kampf gegen den Faschismus und den imperialistischen Krieg, Verteidigung der Sowjetunion und Sozialismus.

Der Hauptunterschied zwischen der Trade Union Unity League und der Trade Union Educational League lag darin, daß die letztgenannte Organisation den größten Nachdruck auf die Arbeit innerhalb der konservativen Gewerkschaften gelegt hatte, während die neue Liga sich hauptsächlich auf die Organisierung der Unorganisierten in Industriegewerkschaften konzentrierte. Wie wir gesehen haben, hatte sich diese neue Orientierung 1927/1928 in der Tätigkeit der Trade Union Educational League bereits angebahnt; und tatsächlich hatte sie in der Zeit ihrer schwersten Kämpfe in der Textilindustrie, in der Konfektion und im Bergbau drei neue unabhängige Industriegewerkschaften geschaffen, die auf dem Prinzip „Ein Betrieb, eine Industrie, eine Gewerkschaft“ aufgebaut waren.

Diese radikale Änderung in der Gewerkschaftspolitik, wie sie in dem Unterschied zwischen dem Kurs der neuen Liga und dem der alten Liga zum Ausdruck kam, ergab sich aus drei entscheidenden Überlegungen. Erstens stand die Politik der Klassenzusammenarbeit und Rationalisierung, wie sie von der

---

5 Siehe Selig Perlman und Philip Taft, “History of Labor in the United States”, Bd. 4, S. 564-568.

6 Siehe “Labor Unity”, 14. September 1929.

Führung der AFL und der Eisenbahnerverbände betrieben wurde, im schärfsten Gegensatz zu den Interessen der Arbeiter und machte [360:] die Gewerkschaften kampfunfähig. In dem Programm der neuen Liga hieß es dementsprechend: „Die Gewerkschaftsbewegung der Vorkriegszeit war trotz der in ihr herrschenden Korruption, Rückständigkeit und allgemeinen Schwäche im Vergleich zu der heutigen degenerierten AFL kämpferisch." Zweitens befanden sich die falsch geführten und den Unternehmern in die Hände gespielten AFL-Verbände in ernstlichem Verfall. In vielen wichtigen Industriezweigen hatten sie ihren Einfluß verloren, besonders in den vertrusteten Industrien, wie in der Stahl-, Automobil-, Fleischkonserven-, Textil- und Holzindustrie, bei der Eisenbahn und im Kohlenbergbau. Mehr denn je beschränkten sie sich jetzt auf die gelernten Arbeiter und vertraten nicht die großen Massen der ungelernten und angelernten Arbeiter und schützten auch nicht deren Interessen. Drittens wurde die Frage der Gründung von unabhängigen Gewerkschaften durch den Ausschluß zahlreicher Kommunisten und aktiver einfacher Arbeiter aus den alten Gewerkschaften akut. Diese allgemeinen Gründe veranlaßten die Kommunisten und ihre fortschrittlichen Verbündeten damals, im Rahmen der Liga das Hauptgewicht auf die Gründung neuer Gewerkschaften in den nicht oder wenig gewerkschaftlich organisierten Industriezweigen zu legen.

Die scharfe Wendung in der Gewerkschaftspolitik wurde von der Kommunistischen Partei erst nach gründlicher Diskussion gebilligt.[7] Jay Lovestone und seine Anhänger lehnten die neue Gewerkschaftspolitik grundsätzlich ab. Auch die Rote Gewerkschaftsinternationale griff in die Diskussion ein, da die allgemeine Ausschluß- und Spaltungspolitik der Sozialdemokraten die Frage der Gründung unabhängiger Gewerkschaften überall dringlich machte.

Die neue Gewerkschaftspolitik bedeutete nicht, daß die Kommunisten das Steuer herumwarfen und zur Politik der Gewerkschaftsspaltung zurückkehrten, wie Muste und andere Gegner behaupteten. Zweifellos gab es unter den damaligen Umständen eine breite Basis für eine unabhängige Gewerkschaftsbewegung. In den nächsten Jahren jedoch zeigten sich starke sektiererische Tendenzen zur Gründung unabhängiger Gewerk-[361:]schaften in Situationen, die keinerlei Anlaß dazu gaben, und auch zu der Ansicht, die Liga werde als Zentrum der Arbeiterbewegung im Landesmaßstabe schließlich die AFL verdrängen. Immerhin führten die Verbände der Liga zahlreiche bedeutende Streiks, Organisierungskampagnen und Arbeitslosenaktionen durch. Im besonderen leisteten sie sehr wertvolle Pionierarbeit für die großen Organisierungskampagnen in der Mitte der dreißiger Jahre.

Die internationale Gewerkschaftseinheit

Die Kommunisten setzen sich als bewußte Internationalisten stets leidenschaftlich für eine internationale Gewerkschaftseinheit ein. Diese Frage spielte in verschiedenen Formen eine bedeutende Rolle in der Coolidge-Periode. Eine dieser Formen war die damalige Kampagne für den Anschluß der Gewerkschaften an die Rote Gewerkschaftsinternationale. Die bemerkenswerteste Aktion in diesem Zusammenhang war die Abstimmung der Bergarbeiter von Nova Scotia im Jahre 1923 für den Anschluß, die neben anderem ihren Ausschluß aus den United Mine Workers zur Folge hatte. Eine andere wichtige internationale Bewegung waren die Reisen von Arbeiterdelegationen nach Sowjetrußland, um die neue sozialistische Republik an Ort und Stelle kennenzulernen. Die bedeutendste dieser Delegationen war die von 1927, der die bekannten Gewerkschafter James H. Maurer, John Brophy, F. L. Palmer, J. W. Fitzpatrick und A. F. Coyle und die Ökonomen Robert W. Dunn, Stuart Chase, Paul Douglas und andere angehörten. Die Delegation kehrte mit einem günstigen Bericht zurück, der unter den einfachen Gewerkschaftsmitgliedern viel Anklang fand.

Damals machten die sowjetischen Gewerkschafter große Anstrengungen, eine weltumspannende Gewerkschaftseinheit zu schaffen. Die Politik der reformistischen Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale lief darauf hinaus, die Gewerkschaften in der Sowjetunion von der Arbeiterbewegung des Westens zu isolieren. Daher schlossen die sowjetischen Gewerkschafter nach mehreren erfolglosen Versuchen, eine allgemeine Einheit her-[362:]beizuführen, ein Abkommen mit den britischen Gewerkschaftsführern und gründeten das Englisch-Russische Komitee. Die britischen Gewerkschaftsführer

---

7 Siehe "The Communist", Juli 1928.

waren um so eher dazu bereit, als Großbritannien sehr bemüht war, Zugang zu den großen sowjetischen Märkten zu gewinnen. Absolut sowjetfeindlich eingestellt, stand die AFL in heftigster Opposition zu dem neuen Komitee, das verheißungsvolle Perspektiven für eine allgemeine Gewerkschaftsinternationale eröffnete. Als daher A. A. Purcell, der Vorsitzende des British Trades Union Congress, als Gastdelegierter auf dem AFL-Kongreß von 1925 erschien und hier für eine weltumspannende Gewerkschaftseinheit sprach, wurde er von den Green-Bürokraten als „Roter" diffamiert und praktisch wie ein Paria behandelt. Die Kommunistische Partei unterstützte und popularisierte das Englisch-Russische Komitee nach Kräften. Im September 1927 wurde jedoch das Komitee von den britischen Gewerkschaftsführern aufgelöst; dabei nahmen sie zum Vorwand, daß ihr schmählicher Verrat an den Arbeitern im großen englischen Generalstreik von 1926 von den sowjetischen Gewerkschaftsführern kritisiert worden war.[8]

[8] Siehe Lewis L. Lorwin, "Labor and Internationalism", New York 1929, S. 313-315.

[363:]

19
DIE SCHAFFUNG DER PARTEI VON NEUEM TYPUS
(1919–1929)

| Um die Aufgaben des amerikanischen Klassenkampfes zu bewältigen, bedarf die Arbeiterklasse einer Partei, die Lenin als Partei von neuem Typus bezeichnet hat. Diese Partei muß, wie Stalin erläutert, „weiter sehen als die Arbeiterklasse, sie muß das Proletariat führen und darf nicht hinter der spontanen Bewegung einhertrotten ... Die Partei ist der politische Führer der Arbeiterklasse." Daraus folgt, wie Stalin sagt, die Notwendigkeit „einer Kampfpartei, einer revolutionären Partei, die kühn genug ist, die Proletarier in den Kampf um die Macht zu führen, die genügend Erfahrung hat, um sich in den komplizierten Verhältnissen der revolutionären Situation zurechtzufinden, und genügend Elastizität besitzt, um Klippen jeder Art auf dem Wege zum Ziel zu umgehen"[1]. Selbstkritisch, demokratisch und diszipliniert, muß die Partei als Vorhut kämpfen, gleichzeitig aber fest im Proletariat verwurzelt sein. Eine solche Partei setzt weder objektiv noch subjektiv Wunschträume und leere Schlagworte an die Stelle der Realitäten. Die Partei von neuem Typus bleibt mit der Arbeiterklasse und dem Volk in jeder Etappe ihres Kampfes verbunden, findet die besten Lösungen für alle Probleme einer gegebenen Periode und führt bis zur Endetappe, in der die werktätigen Massen zu der Erkenntnis gelangen, daß die grundlegenden sozialen Verhältnisse geändert werden müssen.

In dem Jahrzehnt von 1919 bis 1929 schufen die Kommunisten in den Vereinigten Staaten, der Hochburg des Weltkapitalismus, die ersten Grundlagen für eine solche leninistische Partei. Das heißt, sie machten sich die allgemeinen Prinzipien [364:] des Marxismus-Leninismus weitgehend zu eigen, schlossen die kommunistischen Kräfte zusammen, hielten dem ersten großen Angriff der Regierung stand, erkämpften sich die Legalität, lernten Selbstkritik und Disziplin in ihrer praktischen Arbeit anwenden und säuberten ihre Reihen von opportunistischen Elementen aller Art. Sie beteiligten sich auch an zahlreichen Massenkämpfen auf der Grundlage einer breiten Einheitsfront und bewiesen dabei, wie wir gesehen haben, ein nicht geringes Maß von leninistischer Initiative. Die Kommunisten schufen politischen Kontakt zur Arbeiterklasse, besonders zu den Gewerkschaftern, den Negerarbeitern, den Frauen, der Jugend und den Eingewanderten. Sie hatten die leninistische Aufgabe zu meistern begonnen, den Kampf um den Sozialismus mit den täglichen Kämpfen der Massen zu verbinden. Die Partei bewies auch wirklichen Internationalismus in ihrem Kampf zur Verteidigung der Sowjetunion, in ihrer energischen Kampagne unter der Losung „Hände weg von China!", in ihrem tatkräftigen Zusammenwirken mit den Kommunisten in Lateinamerika gegenüber dem amerikanischen Imperialismus, in ihrer ständigen Zusammenarbeit mit den kanadischen Kommunisten und ihrer aktiven Unterstützung der Arbeit der Roten Gewerkschaftsinternationale und der Kommunistischen Internationale. Alle diese mit der Schaffung einer Partei von neuem Typus zusammenhängenden Aufgaben waren zusammengefaßt in der zentralen Losung „Bolschewisierung der Partei". Trotzdem beschränkte sich die Partei am Ende des Jahrzehnts noch immer zu sehr auf reine Propagandaarbeit und war noch mit zahlreichen sektiererischen Schwächen behaftet.

Auf dem IV. Parteitag 1925 wurde in der Bolschewisierung der Partei, die sich damals den Namen Workers (Communist) Party gab, dadurch ein wesentlicher Fortschritt erzielt, daß sie sich organisatorisch von den alten „Sprachföderationen" auf Betriebs- und Straßengruppen umstellte, während Fraktionen der nationalen Gruppen in ihren besonderen Organisationen arbeiteten. Zur Zeit dieses Parteitags umfaßte die Partei 18 „Sprachföderationen" (Organisationen der nationalen Minderheiten). Die größten waren die finnische mit 6410, die jüdische mit 1447, die südslawische mit 1109, die russische mit [365:] 870, die litauische mit 850 und die ukrainische mit 622 Mitgliedern.

Die nachstehend aufgeführten 27 Zeitungen und Zeitschriften wurden als linksgerichtet registriert. Sie waren finanziell von der Partei unabhängig und zum größten Teil Eigentum von Einheitsfrontgruppen.

---

1 J. Stalin, „Fragen des Leninismus", S. 93 und 92.

Sprache	Name	Erscheinungsfolge	Auflage
Armenisch	[Proletarier]	wöchentlich	1200
Bulgarisch	Saznarie	vierteljährlich	1900
Tschechisch	Obrana	wöchentlich	1500
Tschechisch	Delnik	wöchentlich	1150
Englisch	Daily Worker	täglich	17.000
Englisch	Workers Monthly	monatlich	16.000
Estnisch	Uus Ilm	wöchentlich	600
Finnisch	Tyomies	täglich	8000
Finnisch	Eteenpain	täglich	8000
Finnisch	Toveri	täglich	4500
Finnisch	Uusi Kotimaa	2mal wöchentlich	6000
Finnisch	Toveritar	Wöchentlich (für Frauen)	11.000
Finnisch	Punikki	halbmonatlich	10.000
Deutsch	Volkszeitung	täglich	10 000
Griechisch	Empros	wöchentlich	4700
Ungarisch	Uj Elore	täglich	9000
Italienisch	Il Lavoratore	wöchentlich	13.500
Jiddisch	Freiheit	täglich	22.000
Litauisch	Laisve	täglich	8000
Litauisch	Vilnis	2mal wöchentlich	5000
Polnisch	Tribuna Robotnicza	wöchentlich	1500
Rumänisch	Desteptarea	wöchentlich	1200
Russisch	Nowy Mir	täglich	10.000
Schwedisch	Ny Tid	wöchentlich (Bauernzeitschrift)	2500
Serbisch	Radnik	alle 3 Wochen	8500
Slowenisch	Delavska Slovenija	wöchentlich	4000
Ukrainisch	[Tägl. Nachrichten]	täglich	6000

[366:] In diesen Jahren, besonders nach den organisatorischen Veränderungen von 1925, schwankte die Mitgliederzahl der Partei erheblich. Die Statistik weist für 1923 15.395, für 1925 16.325 und für 1929 9642 Mitglieder aus. Die YoungCommunist League hatte 1922 1000 und 1929 2500 Mitglieder. Im Jahre 1929 verfügte die Partei über 25 Betriebszeitungen. Am Freitag, dem 21. Juni 1929, erschien der "Daily Worker" nicht – das einzige Mal in den 28 Jahren seines bewegten Daseins. Die im Oktober 1923 gegründete Workers School zählte damals rund 1500 Studenten. Am 24. Januar 1927 verlegte die Partei ihre Zentrale von Chicago nach New York, und auf dem Parteitag von 1930 nahm sie den neuen Namen Communist Party of the United States an.

Der IV. und der V. Parteitag (1925 und 1927) forderten von der Mitgliedschaft eine umfassendere Gewerkschaftsarbeit. Die Masse der Parteimitglieder bestand aus eingewanderten Arbeitern, die in gewerkschaftlich nicht organisierten Industriezweigen arbeiteten und sich von jeher in der Hauptsache mit politischer Agitation beschäftigt hatten. Diese Situation änderte sich erheblich durch den Beschluß, Betriebsgruppen zu gründen und Sekretäre für Gewerkschaftsfragen in den einzelnen Parteiorganisationen zu ernennen, durch die Schaffung von Parteiorganisationen gemischter nationaler Zusammensetzung und durch die besondere Betonung der Notwendigkeit, bei den wirtschaftlichen Kämpfen der Arbeiter die Führung zu übernehmen.

Diese und die folgenden Parteitage legten wachsenden Nachdruck auf die Konzentration der Parteiarbeit, das heißt auf Verstärkung der Parteiarbeit unter den Bergarbeitern, den Stahlarbeitern, den Eisenbahnern, den Seeleuten und Hafenarbeitern, den Arbeitern in der chemischen Industrie und

unter anderen in der Schwerindustrie und den vertrusteten Industriezweigen beschäftigten Arbeitergruppen. Diese Gruppen bilden den Kern der Arbeiterklasse, und ohne ihre Unterstützung kann keine Gewerkschaftsbewegung und keine politische Arbeiterpartei im Tageskampf oder in bezug auf das Endziel Erfolge erringen. Von diesem Prinzip der Konzentration ausgehend, haben europäische marxistische Parteien allgemein [367:] sowie die Gewerkschaften sich immer besonders darum bemüht, unter der Arbeiterschaft in der Schwerindustrie Fuß zu fassen. Nach demselben Prinzip lag umgekehrt die Hauptschwäche der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung darin, daß sie es so lange ablehnte, sich auf die Arbeiterschaft in den vertrusteten Industriezweigen zu konzentrieren und hier festen Fuß zu fassen. Als der Congress of Industrial Organizations dies endlich zuwege brachte, wurde die gesamte amerikanische Arbeiterbewegung dadurch auf eine höhere Stufe gehoben. Die Kommunistische Partei wendet bei dieser Konzentration ihrer Tätigkeit einfach mit der für Kommunisten charakteristischen Klarheit und Energie das für die Arbeiterbewegung schon lange aufgestellte Prinzip an, das Schwergewicht ihrer Arbeit auf die Schlüssel- und Grundindustrien zu verlegen, in denen der Kern der Arbeiterklasse zu finden ist.

Bei den Präsidentschaftswahlen 1928 stellte die Kommunistische Partei eigene Kandidaten auf. Ihr Spitzenkandidat war William Z. Foster. Die Partei beteiligte sich an den Wahlen in 32 Staaten; sie führte eine sehr aktive Kampagne durch und erhielt 48.228 Stimmen, was gegenüber 1924 einen Zuwachs von 15.000 Stimmen bedeutete. Bei dieser Kampagne kämpfte die Partei gegen die Kriegsgefahr und den aggressiven amerikanischen Imperialismus. Sie forderte Hilfe für die Farmer und eine Sozialversicherung für die Arbeiter. Sie setzte sich für die Idee einer politischen Partei der Arbeiterklasse ein und verlangte die Aufhebung des Volstead-Gesetzes und des Achtzehnten Zusatzartikels zur Verfassung (Prohibition).

Die bedrohlichste Schwäche der Partei in dieser ganzen Periode war der fortdauernde innere Fraktionskampf. Wie wir gesehen haben, entbrannte dieser Kampf 1923 im Zusammenhang mit der Frage einer politischen Partei der Arbeiterklasse. Obwohl diese besondere Frage nach der LaFollette-Kampagne von 1924 in der Partei nicht mehr so heftig umstritten war, ging der Fraktionskampf in vielen anderen Fragen weiter und lähmte die Partei in ihrer gesamten Tätigkeit. Die beiden entscheidenden Gruppen Ruthenberg-Pepper und Bittelman-Foster machten mehrmals den Versuch, ihre Differenzen beizulegen und die Parteieinheit zu schaffen, kamen aber zu keinem Er-[368:]gebnis. Die spätere Entwicklung zeigte, daß die Parteieinheit nur durch den Ausschluß der spalterischen nichtkommunistischen Elemente – der Anhänger Cannons und Lovestones –, aus der Partei hergestellt werden konnte.

Die Arbeit der Partei unter den Frauen und der Jugend

Ein wichtiges Moment bei der Umwandlung der Partei in eine echt leninistische Organisation war, daß sie im ersten Jahrzehnt ihres Bestehens der Arbeit unter den Massen der Frauen immer größere Aufmerksamkeit zuwandte. Im Jahre 1921 rief die Partei eine National Women's Commission ins Leben. Die Partei orientierte sich hauptsächlich auf die in der Industrie beschäftigten Frauen, leistete aber auch intensive Arbeit unter den Hausfrauen. Frauenausschüsse auf Einheitsfrontgrundlage spielten damals eine nicht unbeträchtliche Rolle. Alle nationalen Gruppen interessierten sich in ihrem jeweiligen Wirkungskreis für die Frauenarbeit. In den zwanziger Jahren belief sich der Anteil der Frauen an der Mitgliederzahl der Partei auf höchstens 20 Prozent, in den dreißiger Jahren war er fast doppelt so groß.

Kommunistische Arbeiterinnen betätigten sich damals nicht nur allgemein aktiv im politischen Leben, sondern spielten auch eine sehr wesentliche Rolle bei zahlreichen Streiks, besonders in der Konfektion und in der Textilindustrie. Sehr aktiv waren die Frauen auch bei der Verteidigung angeklagter Arbeiter. Bei den berühmten Prozessen gegen Mooney und Billings, Sacco und Vanzetti, McNamara und Schmidt führten sie den Kampf im ganzen Lande. Auch im Kampf gegen die hohen Lebenshaltungskosten und alle Formen des Militarismus spielten Frauen eine große Rolle.

Anfang der zwanziger Jahre nahm die Partei in der Frage besonderer Frauenschutzgesetze eine sektiererische Haltung ein und kümmerte sich auch wenig um die speziellen Forderungen der Negerarbeiterinnen in der Industrie. Zum Internationalen Frauentag im März 1929 gab das Parteiblatt "The

Working [369:] Woman" folgende Losungen aus: Gleiche Löhne für die Frauen, höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit, bessere Arbeitsbedingungen, Schluß mit der Kinderarbeit, Schwangerschaftsurlaub und Unterstützungen für arbeitende Mütter, Sozialversicherung bei Arbeitslosigkeit, Krankheit, Unfall, Alter und Schwangerschaft, Kampf gegen die Teuerung, gegen das Open-Shop-System, die Kriegsgefahr und den „Kriege erzeugenden Imperialismus".

Die Young Communist League, die ihren Namen wie die Partei selbst vielfach änderte, wies im allgemeinen die gleichen Schwächen und die gleichen Vorzüge wie die Partei auf. Um 1923 gab sie ihr bisheriges Sektierertum teilweise auf und begann, spezielle Forderungen für die Jugend aufzustellen sowie Kinderorganisationen und Sportverbände zu schaffen. Auf ihrem Kongreß von 1927 erfolgte eine deutliche Schwenkung in der Richtung auf die Arbeit in den Gewerkschaften, und an einigen Streiks waren die Jungarbeiter aktiv beteiligt. Ein Nachteil war es für den Verband, daß er in der Industrie nur eine schwache Basis hatte, da die meisten seiner Mitglieder Studenten waren. Der Fraktionskampf in der Partei spiegelte sich auch im Jugendverband wider und hemmte seine Entwicklung. Durch die Fraktionskämpfe in der Partei wurde eine besondere Art von Sektierertum unter der Jugend gefördert, der „Avantgardismus". Diese Abweichung, die auf der Vorstellung beruhte, daß die Jugend als solche klassenbewußter sei als die erwachsenen Arbeiter, trug dazu bei, daß der Verband nicht die breite Massenorganisation wurde, die er hätte sein sollen, sondern eine Art „kommunistische Juniorenpartei".

Der Tod Ruthenbergs

Am 2. März 1927 erlitt die Partei einen schmerzlichen Verlust durch den Tod ihres Generalsekretärs Charles E. Ruthenberg. Er starb an einer Blinddarmentzündung, die er infolge seiner Überlastung mit Arbeit vernachlässigt hatte, im Alter von 45 Jahren. Ruthenberg spielte bei der Gründung und Leitung der Kommunistischen Partei eine hervorragende Rolle. Er war ein aufrichtiger, entschlossener und kluger Kämpfer. Als er sich [370:] im Jahre 1909 der Socialist Party anschloß, war sein Einfluß besonders in Ohio groß. Allgemein bekannt wurde er auf dem Parteitag der Socialist Party von 1912 bei den bekannten Debatten um den Artikel 2, Absatz 6. Eine entscheidende Rolle spielte er auch auf dem Außerordentlichen Parteitag der Socialist Party in St. Louis im April 1917 anläßlich des Eintritts der USA in den Krieg sowie überhaupt im Kampf gegen den Krieg. Besonders erfolgreich beteiligte er sich an den Kämpfen für die Gründung der Kommunistischen Partei, für die Herstellung der Einheit in der Partei und für die Durchsetzung ihrer Legalität. Auch bei den ersten Massenkämpfen der Partei trat er hervor, vor allem in der Frage einer politischen Partei der Arbeiterklasse. Seine mannhafte Haltung bei den Kommunistenprozessen von 1917 bis 1920 und 1922 begeisterte die Partei. Bei den Fraktionskämpfen genoß Ruthenberg das Vertrauen beider feindlicher Gruppen, so daß er auch zur Zeit der heftigsten Auseinandersetzungen Generalsekretär blieb.

Ruthenberg wurde von der kapitalistischen Reaktion erbittert gehaßt und verfolgt und brachte mehrere Jahre im Gefängnis zu. Er war ein hervorragender Kenner der Werke von Marx und Lenin und trug wesentlich dazu bei, daß die junge Kommunistische Partei eine feste theoretische Grundlage gewann. Unter den Kommunisten der ganzen Welt war er allgemein bekannt und hoch angesehen.

Der VI. Weltkongreß der Komintern

Eines der bedeutsamsten internationalen Ereignisse jener Zeit war der VI. Kongreß der Komintern, der im Juli/August 1928 in Moskau stattfand. Er versammelte die führenden Marxisten aus aller Welt und verlief in einer Atmosphäre kämpferischer Entschlossenheit. Das Exekutivkomitee der Komintern hatte im März 1925 erklärt, daß es Europa dank der finanziellen Hilfe Amerikas (Dawesplan usw.) gelungen sei, sich nach den revolutionären Stürmen der verflossenen Jahre „relativ", „teilweise" und „vorübergehend" zu stabilisieren. Der VI. Kongreß jedoch stellte drei Jahre danach fest, daß auch diese [371:] „relative, teilweise und vorübergehende" kapitalistische Stabilisierung bereits ihr Ende erreicht hatte und daß die Welt einer Vertiefung der allgemeinen Krise des Kapitalismus und einer Verschärfung des Klassenkampfes im internationalen Maßstab entgegenging.

Der VI. Komintern-Kongreß, der zum erstenmal ein vollständiges Programm der Komintern entwarf, gliederte die internationale Entwicklung seit dem Ende des ersten Weltkrieges in drei Perioden. Die

erste dieser Perioden, etwa vom März 1917 bis Ende 1923, war gekennzeichnet durch eine Reihe von Revolutionen und revolutionären Erhebungen in Rußland, Deutschland, Ungarn, der Türkei, Bulgarien, China, Indien, Korea und anderen Ländern. Charakteristisch für die zweite Periode, von Anfang 1924 bis Ende 1927, die Zeit der „relativen, teilweisen und vorübergehenden Stabilisierung", waren eine stärker werdende Offensive seitens der Unternehmer und eine verhältnismäßig defensive Kampfführung seitens des Proletariats und seiner Verbündeten. Mit der dritten Periode, die 1928 begann, als die unsichere kapitalistische Stabilisierung ihr Ende fand, setzte eine neue Welle von Kämpfen ein – zwischen Arbeitern und Unternehmern, zwischen den kapitalistischen Ländern und ihren Kolonien, unter den imperialistischen Mächten selbst und zwischen dem kapitalistischen und dem sozialistischen Sektor der Welt.

Über den Begriff dieser „dritten Periode" wurde in der Arbeiterbewegung der ganzen Welt, auch in den Vereinigten Staaten, heftig debattiert. Auf dem VI. Weltkongreß der Komintern nahm der Kampf gegen die Bucharin-Gruppe in der UdSSR konkrete Formen an im Zusammenhang mit den Fragen der Stabilisierung des Kapitalismus, des Kampfes gegen die Rechten usw. Hierüber später mehr. Wie richtig die Einstellung des Kongresses auf Verschärfung des Kampfes war, offenbarte sich schließlich in dramatischer Form, als im nächsten Jahrzehnt die große Weltwirtschaftskrise ausbrach, der Faschismus auf den größten Teil Europas übergriff und der zweite Weltkrieg entbrannte.

Der Komintern-Kongreß von 1928 forderte eine Verstärkung des Kampfes der Arbeiterklasse an allen Fronten. Er drängte [372:] auf energischen Kampf gegen die rechten Elemente in den kommunistischen Parteien und verstärkte den Angriff gegen die opportunistischen Sozialdemokraten, die als „Sozialfaschisten" gebrandmarkt wurden, weil sie im Namen des Sozialismus den Widerstand der Arbeiter gegenüber dem vorrückenden Faschismus brachen. Die zentrale Losung des Kongresses lautete „Klasse gegen Klasse". Die Hauptgefahr stellten die Rechten dar, weil diese opportunistischen Elemente in den Parteien und in der Arbeiterbewegung überhaupt den Standpunkt vertraten, die vorausgegangene teilweise Stabilisierung des Kapitalismus bedeute eine dauernde Heilung der Krankheiten dieser Gesellschaftsordnung und damit ein Nachlassen des Klassenkampfes.

Die Negerfrage als nationale Frage

Von besonders großer Bedeutung war es, daß auf dem VI. Weltkongreß eine gründliche Diskussion über die Kolonialfrage stattfand, an der sich die amerikanischen Delegierten, wie die vieler anderer Länder, lebhaft beteiligten. Ein Ergebnis dieser Diskussion war es, daß die Negerfrage in den Vereinigten Staaten als nationale Frage erkannt wurde. Bisher hatten die Marxisten in den Vereinigten Staaten die Negerfrage als das Problem einer verfolgten rassischen Minderheit innerhalb der Arbeiterklasse und im wesentlichen als reine Gewerkschaftsangelegenheit betrachtet. Nunmehr charakterisierte die Partei die Negerbevölkerung als eine unterdrückte Nation, die das Recht auf Selbstbestimmung besaß. Diese Auffassung wurde in einer weiteren Resolution im Jahre 1930 voll entwickelt. Durch diese neue Auffassung der Negerfrage erreichte die Parteiarbeit unter der Negerbevölkerung ein weit höheres, leninistisches Niveau.

Diese Behandlung der Negerfrage stützte sich auf die tatsächliche Lage der Negerbevölkerung und auf die von Lenin und Stalin, den beiden größten Autoritäten in der nationalen Frage, früher entwickelten Prinzipien. Lenin hatte bereits in den von ihm im Juni 1920 verfaßten Kolonialthesen des II. Komintern-Kongresses die Stellung der amerikanischen Neger als die einer [373:] unterdrückten Nation anerkannt. Die Thesen riefen die Arbeiter der Welt auf, „die revolutionären Bewegungen in den abhängigen oder nicht gleichberechtigten Nationen (z. B. in Irland, unter den *Negern Amerikas* usw.) und in den Kolonien direkt zu unterstützen". (Hervorhebung von mir. W. Z. F.)[2]

Stalin, neben Lenin der größte Sachverständige in der nationalen Frage, definierte die Nation als eine „historisch entstandene stabile Gemeinschaft von Menschen, entstanden auf der Grundlage der Gemeinschaft der Sprache, des Territoriums, des Wirtschaftslebens und der sich in der Gemeinschaft

---

[2] W. I. Lenin, „Ursprünglicher Entwurf der Thesen zur nationalen und kolonialen Frage"; Ausgewählte Werke, Bd. II, S. 773. [LW 31, S. 136]

der Kultur offenbarenden psychischen Wesensart“[3]. Dies sind die wissenschaftlichen Grundlagen des Begriffs der Nation. Nach diesen Kriterien stellt die Negerbevölkerung in dem sogenannten Schwarzen Gürtel im amerikanischen Süden, wo sie die Mehrheit der Bevölkerung bildet, eine unterdrückte Nation dar. Über die Entwicklung der Negerbevölkerung zur Nation sagt James S. Allen: „Die Sklaverei führte zu gemeinsamer Sprache, gemeinsamem Territorium, gemeinsamer geschichtlicher Vergangenheit und den Anfängen einer gemeinsamen Ideologie, deren Hauptmerkmal das Streben nach Freiheit ist. In der durch das System der Sklavenarbeit nicht mehr behinderten Periode der kapitalistischen Entwicklung entstanden die Bedingungen, die es der Negerbevölkerung ermöglichten, sich mehr und mehr zu einer Nation zu entwickeln. Die Neger wurden unmittelbarer in die kapitalistische Entwicklung einbezogen, so daß sich die für alle modernen Nationen charakteristischen Klassenbeziehungen herausbildeten.“[4] Die Neger des Nordens sind nach dieser allgemeinen Definition eine unterdrückte nationale Minderheit.

Haywood führt genauer aus: „Innerhalb der Grenzen der Vereinigten Staaten und unter der Hoheit einer einzigen zentralen Regierung gibt es nicht eine, sondern zwei Nationen: eine herrschende weiße Nation mit ihrer angelsächsischen Hierarchie und eine unterdrückte schwarze Nation ... Die Neger sind Amerikaner. Sie sind das Produkt aller gesellschaftlichen und [374:] wirtschaftlichen Kämpfe, die Amerika gestaltet haben. Aber der Neger ist eine besondere Art Amerikaner und zwar insoweit, als ihn seine Unterdrückung von der herrschenden weißen Nation abgesondert hat. Unter dem Druck dieser Verhältnisse hat er alle objektiven Merkmale einer Nation entwickelt.“[5]

Als praktische politische Konsequenz ergab sich für die Kommunistische Partei aus ihrer neuen Einstellung zur Negerfrage, daß sie nicht nur, wie bisher, für die Negerbevölkerung volle wirtschaftliche, politische und soziale Gleichberechtigung in all ihren Verzweigungen forderte, sondern auch die Losung ausgab, die Negerbevölkerung solle das Recht auf Selbstbestimmung in dem Schwarzen Gürtel des Südens haben auf der Grundlage der Liquidierung des Plantagensystems und Aufteilung des Bodens unter den Negerfarmern. Die Forderung nach Selbstbestimmung bedeutete indessen nicht, daß die Partei für die Gründung einer „Negerrepublik“ im Süden eintrat, wie ihre Gegner behaupteten. Sie bedeutete vielmehr, daß die Partei in Zukunft darauf bestehen würde, daß die Negernation das Selbstbestimmungsrecht ausüben sollte, wann immer und wie immer es ihr angebracht erscheinen würde.

Der American Negro Labor Congress

Wie wir in früheren Kapiteln gesehen haben, hat die Kommunistische Partei sich seit ihrer Gründung in wachsendem Maße dafür eingesetzt, daß dem rücksichtslos ausgebeuteten und gequälten Negervolk Gerechtigkeit zuteil werde. In organisierter Form äußerte sich diese kommunistische Politik unter anderem zuerst in der Gründung der African Blood Brotherhood mit ihrem Organ “The Crusader”. Diese Organisation, die im Anfang der zwanziger Jahre aus der New-Yorker “Messenger”-Gruppe hervorging, führte zusammen mit linken Splittergruppen der Garvey-Bewegung einen energischen Kampf für die Rechte der Neger. Im Februar 1924 beteiligte sie sich an dem Neger-Sanhedrin in Chicago, doch gewann sie niemals eine Massenbasis. So wurde im Oktober 1925 in Chicago der American [375:] Negro Labor Congress ins Leben gerufen.[6] Die maßgebende Rolle in der Führung des Verbandes spielte damals Lovett Fort-Whiteman, sein Organ war die Zeitschrift “The Negro Champion”.

Die Bedeutung des Kongresses lag vor allem darin, daß er die zunehmende Wichtigkeit des Proletariats in dem fortschreitenden Kampf des Negervolks sichtbar machte. Der Kongreß forderte energisch die völlige wirtschaftliche, politische und soziale Gleichberechtigung für die Neger und legte dabei besonderen Nachdruck auf die Gewerkschaftsfrage. Er kämpfte speziell für die Zulassung von Negerarbeitern zu den Gewerkschaften. Organisatorisch setzte er sich aus örtlichen Räten zusammen, in

---

3 J. W. Stalin, „Marxismus und nationale Frage“; Werke, Bd. 2, S. 272.
4 James S. Allen, “Negro Liberation”, New York 1938, S. 21.
5 Harry Haywood, „Die schwarze Nation“, S. 181, 182.
6 Siehe Robert Minor in “The Workers Monthly”, Dezember 1925.

denen Negergewerkschaften, Gewerkschaften, die keine Diskriminierungstendenzen gegenüber den Negern zeigten, und Gruppen von unorganisierten Negerarbeitern vertreten waren.[7]

Der Kongreß leistete einige Jahre wertvolle agitatorische Arbeit, aber auch er blieb klein und beschränkte sich in der Mitgliedschaft weitgehend auf Kommunisten. Die Tätigkeit dieser Organisation ließ neue Führer des Negervolks in den Vordergrund treten, darunter James Ford, Harry Haywood, Maude White und viele andere, Cyril Briggs sagt über die damalige Tätigkeit der Kommunisten: „Die Partei leitete den Streik der Negerarbeiter in der Chicagoer Feigen- und Dattelindustrie, den Streik der Wäschereien in Carteret, N. J., und den Streik der Neger-Filmvorführer in New York. Außerdem organisierten wir das Negro Miners Relief Committee, entrissen den Sozialisten die Tenants League, veranstalteten Kurse und Diskussionsversammlungen in New York City, Chicago, Philadelphia usw.“[8]

Im Jahre 1930 trat an die Stelle des American Negro Labor Congress die League of Struggle for Negro Rights. Ihr Generalsekretär war Harry Haywood und ihr Organ “The Negro Liberator”. Bei ihrem Kampf für die Negerrechte stützte sich die Liga auf allgemeine Bestrebungen zur Befreiung der Neger [376:] als Nation. In den folgenden Jahren leistete diese Organisation umfassende Pionierarbeit im Süden.

Der unermüdliche und entschlossene Kampf der Kommunistischen Partei in der Coolidge-Periode fand bei den Massen des Negervolkes ein lebhaftes Echo und starke Unterstützung. Allmählich bildete sich ein fester Kern von kommunistischen Negern heraus. Besonders stark wuchs der kommunistische Einfluß unter den Negern, als die Partei den nationalen Charakter der Negerfrage erkannte und dementsprechend handelte. Auf dem VI. Parteitag der Kommunistischen Partei im März 1929 berichtete Jack Stachel, daß der Partei etwa 200 Neger angehörten. Bei der Werbekampagne im nächsten Jahr, die am 6. März 1930 begann und insgesamt 6167 neue Mitglieder erbrachte, stießen nicht weniger als 1300 Neger zur Partei. So rasch nahm die kommunistische Stimmung unter den Negermassen zu.

Der Ausschluß der Trotzkisten

Zu den wichtigeren Maßnahmen, die in diesem Jahrzehnt von 1919 bis 1929 getroffen wurden, um eine Partei von neuem Typus aufzubauen, gehörte der Ausschluß der Trotzkisten am 27. Oktober 1928. Der Führer dieser Gruppe war James Cannon, der in der Parteiführung (Gruppe Bittelman-Foster) seit längerem als unverbesserlicher Fraktionsmacher eine aktive Rolle spielte. Diese Entwicklung des Trotzkismus stand auch in direktem Zusammenhang mit dem VI. Kongreß der Kommunistischen Internationale.

Schon mehrere Jahre vor dem VI. Komintern-Kongreß war der Trotzkismus, den Lenin lange bekämpft hatte, zu einer schädlichen und gefährlichen Richtung in der Sowjetunion geworden. Leo Trotzki, schon immer ein Opportunist und Abenteurer, suchte nach dem Tode Lenins im Jahre 1924 die Führung der Kommunistischen Partei rücksichtslos an sich zu reißen. Der Kern seines „ultrarevolutionären“ Programms war die Provozierung eines Bürgerkrieges gegen die sowjetische Bauernschaft in ihrer Gesamtheit und die Entfaltung einer aggressiven Außenpolitik, die nur zu einem Kriege zwischen [377:] den kapitalistischen Mächten und der Sowjetunion hätte führen können. Trotzki arbeitete vor allem mit dem Argument, daß der Sozialismus in einem einzelnen Lande nicht aufgebaut werden könne und daher eine sofortige europäische Revolution unerläßlich sei. Diese Politik der Erzwingung einer künstlichen Revolution hätte verhängnisvolle Folgen für die russische Revolution gehabt und zur Wiederherstellung des Kapitalismus in Rußland geführt.[9]

Das Sowjetvolk wollte von Trotzkis gefährlichem Programm nichts wissen. J. W. Stalin bewies theoretisch (und die Erfahrung des nächsten Vierteljahrhunderts hat den praktischen Nachweis erbracht, daß er völlig recht hatte), daß es möglich ist, den Sozialismus in einem einzelnen Lande, nämlich in

---

7 Siehe “Program of the American Negro Labor Congress”, New York 1925.

8 Cyril Briggs in “The Communist”, September 1929.

9 Trotzki verurteilte auch die Politik der Komintern in China, aber Mao Tse-tung und andere chinesische Führer haben wiederholt festgestellt, daß die chinesische Revolution vor allem nach den von Stalin viele Jahre vorher empfohlenen Richtlinien zum siegreichen Ende geführt wurde.

der Sowjetunion, aufzubauen, und daß die Politik der Kommunistischen Partei genau zu diesem Ziel führt. Infolgedessen lehnten die Kommunistische Partei, die Sowjets, die Jugend, die Gewerkschaften und die verschiedenen anderen Massenorganisationen das Programm Trotzkis, das von der opportunistischen Gruppe Sinowjew-Kamenew weitgehend unterstützt worden war, mit überwältigender Mehrheit ab.[10] Da alle diese Elemente in ihrem Kampf gegen die Partei zu kriminellen Mitteln wie Sabotage und anderen Gewaltakten gegriffen hatten, wurde diese ganze Gruppe von Funktionären auf dem XV. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion im Dezember 1927 als Konterrevolutionäre ausgeschlossen.

Zur Zeit des VI. Komintern-Kongresses im Jahre 1928 lebte Trotzki in der Verbannung als ein Verbrecher gegen die Revolution. Er wandte sich mit einem Aufruf an den Kongreß, um ihn zur Ablehnung des Beschlusses der Kommunistischen Partei und der Sowjetregierung zu bewegen. Der Kongreß wies jedoch diesen unverschämten Antrag mit überwältigender Mehrheit zurück. Trotzdem fand der Plan einen geheimen Anhänger in [378:] James Cannon, einem der Delegierten der Kommunistischen Partei der Vereinigten Staaten. Nach seiner Rückkehr in die Vereinigten Staaten begann Cannon sogleich, zusammen mit seinen Freunden, geheime trotzkistische Propaganda zu treiben. Sie setzten sich für den Austritt aus den bestehenden Gewerkschaften, für die Preisgabe der Einheitsfront ein und entfesselten heftige fraktionelle Kämpfe. Als die Führungsgruppe um Bittelman und Foster von diesen Vorgängen erfuhr, strengte sie ein Parteiverfahren gegen Cannon, Max Schachtman und M. Abern ein, und alle drei wurden sofort als Spalter, Parteifeinde und politische Lumpen ausgeschlossen. Etwa 100 von Cannons Anhängern wurden später ebenfalls aus der Partei ausgeschlossen.

Nach ihrem Ausschluß gründeten die Trotzkisten einen oppositionellen Verband, der nach mehrfachen inneren Spaltungen und zwei aussichtslosen Verschmelzungen – das erste Mal 1934 mit den Muste-Anhängern, das zweite Mal 1936 mit der Socialist Party – schließlich im Januar 1938 als Socialist Workers Party in Erscheinung trat, eine Organisation, die im Durchschnitt niemals mehr als 1000 oder 2000 Mitglieder gehabt hat. Diese Partei, die die amerikanische Sektion der sogenannten IV. Internationale darstellt und sich wie diese durch eine pathologische Feindschaft gegenüber der Kommunistischen Partei und der Sowjetunion auszeichnet, findet den Sinn ihrer Existenz vor allem darin, der Reaktion als Werkzeug zu dienen. Unter dem Deckmantel hyperrevolutionärer Phrasen betreibt sie ihre konterrevolutionäre Tätigkeit gegen die Partei und die UdSSR.

Lovestone und der Exzeptionalismus

Auf den VI. Weltkongreß der Komintern folgte im Juni 1929 der Ausschluß der etwa 200 Mitglieder zählenden rechtsopportunistischen Lovestone-Gruppe, der unter anderen Lovestone selbst, B. Gitlow, B. Wolfe und H. Zam – dieser war Führer der Young Communist League – angehörten. Jay Lovestone, ein kleinbürgerlicher Intellektueller, kam ursprünglich von der [379:] Socialist Party in die Partei. Wie Cannon war Lovestone ein berufsmäßiger Fraktionsmacher und Intrigant. Nach dem Tode Ruthenbergs im Jahre 1927 brachte er es als leitendes Mitglied der Gruppe Ruthenberg-Pepper durch intrigante Methoden fertig, Generalsekretär der Partei zu werden. Diesen Posten bekleidete er zwei Jahre.

Lovestones Opportunismus erreichte seinen Höhepunkt im Zusammenhang mit der tiefschürfenden Analyse und kämpferischen Perspektive, wie sie vom VI. Komintern-Kongreß gegeben wurden. Seine politische Position lief im wesentlichen auf die Behauptung hinaus, daß die „dritte Periode“ der zunehmenden kapitalistischen Krise und des sich verschärfenden Klassenkampfes, wie der Kongreß sie charakterisiert hatte, zwar für die übrige Welt gelte, aber auf die Vereinigten Staaten nicht zutreffe. Zur Rechtfertigung dieser Behauptung verkündete Lovestone neuerlich in marxistischer Phraseologie die alte bürgerliche Theorie vom „amerikanischen Exzeptionalismus“. Danach ist der Kapitalismus in den Vereinigten Staaten wesentlich verschieden von dem Kapitalismus in anderen Ländern und diesem überlegen, weshalb die für das kapitalistische System geltenden Gesetze des Wachstums und des Niedergangs für ihn nicht zutreffen. Dabei gründete Lovestone seine Analyse auf die spezifischen Züge des amerikanischen Kapitalismus, auf seine unwesentlichen Unterschiede von dem Kapitalismus in anderen Ländern und nicht auf seine wesentliche Identität mit dem Weltkapitalismus. Er suchte

---

10 Siehe J. Stalin, „Fragen des Leninismus“, S. 145-209.

seine opportunistischen Schlußfolgerungen mit dem Argument zu untermauern, daß seine Theorie des amerikanischen Exzeptionalismus sich in Lenins Gesetz von der ungleichmäßigen Entwicklung des Kapitalismus einfüge und auf ihm beruhe. Für die Praxis ergab sich aus Lovestones Position der Schluß, daß der Kapitalismus in der übrigen Welt zwar eine sich stetig verschärfende Krise durchmache und mit revolutionären Aktionen der Arbeiter rechnen müsse, daß dagegen der Kapitalismus in den Vereinigten Staaten offensichtlich im Aufstieg befindlich sei und keinerlei Verschärfung des Klassenkampfes zu erwarten habe. Besonders eifrig unterstützt wurde Lovestone in seinen opportunistischen Theorien von Pepper und Wolfe.

[380:] Diese Opportunisten hatten ihre exzeptionalistischen Theorien schon vor dem VI. Komintern-Kongreß entwickelt, und sie vertraten sie noch energischer nach dem Kongreß. Anfangs drückten sie sich nur in hinterhältigen Andeutungen aus, allmählich aber wurde ihre Sprache kühner. Am 28. Mai 1928 akzeptierte das Plenum des Zentralexekutivkomitees, in dem sie die Mehrheit hatten, offiziell den Standpunkt Peppers, der besagte: „Eine Analyse zeigt, daß zwischen den europäischen und den amerikanischen Verhältnissen gegenwärtig ein wesentlicher Unterschied besteht." Wolfe entwarf ein überschwengliches „Prosperitätsprogramm", in dem die ökonomischen Perspektiven des amerikanischen Kapitalismus gröblich übertrieben wurden. Lovestone entwickelte eine ganze revisionistische Theorie, wonach die Industrialisierung des Südens die Negerfrage als solche durch die Proletarisierung der Negermassen automatisch aus der Welt schaffen würde, das „Hoover-Zeitalter" des amerikanischen Imperialismus dem „Victorianischen Zeitalter" des britischen Kapitalismus entsprach, der amerikanische Imperialismus ein Werkzeug des britischen Imperialismus war, man bei der Analyse des Weltkapitalismus in erster Linie die äußeren Widersprüche berücksichtigen müsse (hierin kam Lovestones Standpunkt zum Ausdruck, daß der amerikanische Kapitalismus im Gegensatz zum Kapitalismus in anderen Ländern im Kern gesund sei), wonach eine Wirtschaftskrise in den Vereinigten Staaten nicht zu erwarten sei, usw.[11]

Inzwischen intrigierte Lovestone mit den Rechten in der Komintern, die die politische Linie des VI. Weltkongresses bekämpften. Gleichzeitig machte er sich den trotzkistischen Standpunkt zu eigen, daß die Führung der Komintern und der Kommunistischen Partei der Sowjetunion entarte und die russische Revolution durch einen Thermidor bedroht sei. Lovestone tat sich mit Bucharin zusammen, dem Führer der internationalen Rechten, der damals seinen opportunistischen Kampf gegen die Führung der Kommunistischen Partei der Sowjetunion einleitete.

Zu Beginn des ersten Fünfjahrplans betrieb die Kommunistische Partei der Sowjetunion energisch die Industrialisie-[381:]rung, die Kollektivierung der Landwirtschaft und den Kampf gegen die Kulaken und Dorfwucherer. Bucharin und seine Anhänger, die zu konterrevolutionären Aktionen übergingen, vertraten die Theorie, der Weltkapitalismus habe sich endgültig stabilisiert und werde zu einem „organisierten" Kapitalismus. Sie wandten sich direkt gegen den Kurs der Partei und schlugen statt dessen die Abschwächung der Industrialisierung, die Einstellung der Kollektivierung der Landwirtschaft, den Verzicht auf den Kampf gegen die Kulaken und die Abschaffung des Außenhandelsmonopols vor. Stalin machte der Partei klar, welche verhängnisvollen Folgen die Politik Bucharins haben mußte, und Anfang 1929 traf der geschlagene Bucharin sein prinzipienloses und schließlich verhängnisvolles Abkommen mit den ausgeschlossenen konterrevolutionären Cliquen um Trotzki und Sinowjew. Diese Elemente waren die Wortführer der Überreste der früheren herrschenden Klassen in Rußland. Mit diesen reaktionären Kräften identifizierten sich Lovestone und Pepper.[12] Diese beiden repräsentierten das Renegatentum in der amerikanischen Kommunistischen Partei.

In der praktischen Parteiarbeit äußerte sich Lovestones Revisionismus in der Tendenz, sich statt auf die Massenarbeit auf den Kampf um die Herrschaft innerhalb der Partei zu konzentrieren, den Kampf für die Rechte der Neger zu vernachlässigen, die Rolle der neuen Industriegewerkschaften der Trade Union Unity League zu unterschätzen, die von den Linken geführten Streiks und Organisierungskampagnen nur ungenügend zu unterstützen, die Bedeutung des Kampfes gegen die Sozialdemokratie zu

---

11 Näheres hierüber siehe in "The Communist", Jahrgänge 1927-1929.

12 Siehe „Geschichte der KPdSU (B)", S. 356-368.

unterschätzen und den ideologischen Kampf der Partei gegen die verstärkte Politik der Klassenzusammenarbeit und gegen die Prosperitätsillusionen der Gewerkschaftsbürokratie abzuschwächen. Für die Massenkämpfe der Partei in der kritischen Periode von 1927 bis 1929 bedeutete die Politik Lovestones und seiner Anhänger ein schweres Hindernis.

Durch die Entwicklung des Revisionismus der Richtung Lovestone-Pepper wurde der Fraktionskampf innerhalb der amerikanischen Kommunistischen Partei erheblich verschärft. Die Gruppe Bittelman-Foster wandte sich energisch gegen die [382:] gesamte Konzeption der Gruppe Lovestone-Pepper und wies nach, daß diese die internationale Lage, die Perspektiven der amerikanischen Wirtschaft, die Position der Sozialdemokratie und die Radikalisierung der Arbeiter falsch einschätzte, mit anderen Worten, daß sie sich in direkten Widerspruch zu den politischen Realitäten und der politischen Analyse des VI. Kongresses hinsichtlich ihrer Gültigkeit für die Vereinigten Staaten setzte. Die Auseinandersetzungen erreichten ihren Höhepunkt auf dem in New York am 10. März 1929 eröffneten VI. Parteitag, auf dem die Gruppe Lovestone-Pepper die Mehrheit der Delegierten hinter sich hatte. Nach fruchtloser Diskussion beschloß der Parteitag einstimmig, den Rat der Komintern zur Lösung dieses Problems einzuholen.

In den nächsten Wochen diskutierte die Komintern die ihr von der amerikanischen Partei unterbreiteten Fragen sorgfältig. Die fortdauernden inneren Kämpfe der Partei fanden größte Beachtung bei allen Delegationen. An der Diskussion beteiligten sich führende Marxisten aus vielen Ländern, so aus Frankreich, Deutschland, England, China, der Tschechoslowakei, Kanada und der UdSSR. Auch Stalin äußerte sich als Delegierter zu der Frage. Er kritisierte beide Gruppen wegen ihrer beschränkten fraktionellen Einstellung und wegen ihrer Überschätzung der Stärke des amerikanischen Imperialismus. Er sagte: „Beide Gruppen machen den grundsätzlichen Fehler, die spezifischen Züge des amerikanischen Imperialismus zu übertreiben ... Diese Übertreibung ist die Wurzel all der opportunistischen Fehler, die sowohl die *Mehrheit* als auch die *Minderheit* begangen haben." Er bemerkte ferner: „Dies ist die Basis für die Unsicherheit beider Sektionen der amerikanischen Kommunistischen Partei in prinzipiellen Fragen."[13]

Weiter sagte Stalin zu der Hauptfrage des amerikanischen Exzeptionalismus: „Es wäre falsch, die spezifischen Besonderheiten des amerikanischen Kapitalismus zu ignorieren. Die Kommunistische Partei muß sie bei ihrer Arbeit berücksichtigen. Noch falscher aber wäre es, die Tätigkeit der Kommunistischen Partei auf diese spezifischen Züge zu basieren; denn [383:] die Grundlage der Tätigkeit jeder kommunistischen Partei, einschließlich der amerikanischen, müssen die allgemeinen Züge des Kapitalismus sein, die für alle Länder die gleichen sind, und nicht seine spezifischen Züge in irgendeinem gegebenen Lande." Stalin gab auch eine glänzende marxistische Voraussage über die kommende amerikanische Wirtschaftskrise. Er erklärte: „Die gegenwärtigen drei Millionen Arbeitslosen in Amerika sind die ersten Schwalben, die das Heranreifen der Wirtschaftskrise in Amerika ankündigen." Dies sagte er am 6. Mai 1929, zu einem Zeitpunkt, als die bürgerlichen und sozialdemokratischen Theoretiker in ihrer überschwenglichen Begeisterung für den „neuen amerikanischen Kapitalismus" überall in der Welt verkündeten, daß Wirtschaftskrisen für die Vereinigten Staaten der Vergangenheit angehörten.

Stalin wies warnend auf die Gefährlichkeit der Fraktionsmacherei in der amerikanischen Partei hin. Er sagte: „Die Fraktionsmacherei ist das Grundübel der amerikanischen Kommunistischen Partei." Die langwierigen Auseinandersetzungen, die zu einem Kampf um die Macht zwischen den beiden Gruppen geführt hatten, charakterisierte er als „prinzipienlos". Er erklärte weiter: „Diese Fraktionsmacherei ist gefährlich und schädlich, weil sie den Kommunismus schwächt, weil sie die Offensive gegen den Reformismus schwächt und den Kampf des Kommunismus gegen die Sozialdemokratie in der Arbeiterbewegung lähmt." Der demokratische Zentralismus erfordere eine freie Diskussion in der Partei in Verbindung mit fester Disziplin; der Kampf aber, der sich in der amerikanischen Kommunistischen Partei abspiele, habe einen destruktiven Charakter angenommen.

---

[13] Dieses Zitat sowie die folgenden auf S. 383 siehe Joseph Stalin, "Speeches on the American Communist Party", New York 1929.

Die aus Delegierten der kommunistischen Parteien vieler Länder zusammengesetzte Kommission formulierte ihre Stellungnahme schließlich in einer „Botschaft an die Kommunistische Partei der Vereinigten Staaten“[14]. In dieser Erklärung wurde die Analyse des VI. Kongresses als auch für die Vereinigten Staaten gültig erklärt und das Herannahen einer Wirtschaftskrise mit verschärften Klassenkämpfen angekündigt. Bezüglich des „amerikanischen Exzeptionalismus“ hieß es: „Der ideologische Hebel der rechten Fehler in der amerikani-[384:]schen Kommunistischen Partei war die sogenannte Theorie des ‚Exzeptionalismus‘, die ihren klarsten Ausdruck bei den Genossen Pepper und Lovestone fand, deren Konzeption folgende war: Krise des Kapitalismus, aber nicht des amerikanischen Kapitalismus; Schwenkung der Massen nach links, aber nicht in Amerika; Notwendigkeit des Kampfes gegen die rechte Gefahr, aber nicht in der amerikanischen Kommunistischen Partei.“

Die Einigung der Partei

Lovestone und Gitlow lehnten diese Schlußfolgerungen ab und unternahmen nach ihrer Rückkehr in die Vereinigten Staaten einen ernsthaften Versuch, die Partei zu spalten. Dabei aber scheiterten sie völlig, da fast ihre ganze Gruppe sich von ihnen distanzierte und geschlossen die Partei unterstützte. Schließlich wurden, wie bereits bemerkt, einige hundert wegen Fraktionsmacherei und Spaltung aus der Partei ausgeschlossen. Das Zentralexekutivkomitee veröffentlichte eine ausführliche Erklärung über die Gründe dieser Ausschlüsse.

Inzwischen schuf das Zentralexekutivkomitee ein leitendes Sekretariat, dem Robert Minor, Max Bedacht, W. W. Weinstone und William Z. Foster angehörten, das heißt Vertreter der früheren Parteigruppierungen. Dieses Sekretariat ging nun daran, mit den Resten der Fraktionsmacherei aufzuräumen und die gesäuberte Partei zu einigen. Damit begann eine Parteieinheit, die, allerdings nicht ohne mancherlei Risse, fast fünfzehn Jahre andauern sollte. Die Ausschaltung der ungesunden, antikommunistischen trotzkistischen und Lovestone-Elemente, die für die prinzipienlose Art des Fraktionskampfes hauptsächlich verantwortlich waren, hatte es endlich ermöglicht, die Partei zu einigen. Damit fanden die heftigen Fraktionskämpfe der sechs Jahre von 1923 bis 1929 ihr Ende. Die Herstellung der Parteieinheit bedeutete einen weiteren großen Fortschritt in der Richtung auf die Schaffung einer leninistischen Partei von neuem Typus in den Vereinigten Staaten.

Der weitere Verlauf der Ereignisse rechtfertigte den von der Partei in der damaligen Lage eingeschlagenen politischen und [385:] organisatorischen Kurs rasch und völlig. Der Ausbruch der großen Wirtschaftskrise im Oktober 1929, nur wenige Monate nach dem Ausschluß Lovestones, war ein vernichtender Schlag gegen die bürgerliche Theorie des „amerikanischen Exzeptionalismus“, und er erbrachte auch den schlüssigen Beweis dafür, daß die Analyse des VI. Weltkongresses von Grund aus richtig war. Was die Anhänger Lovestones betrifft, so verfielen sie bald der politischen Entartung, die das Schicksal aller Renegaten des Kommunismus ist. Einige Jahre spielten sie sich noch als Marxisten und Leninisten auf und wahrten den organisatorischen Zusammenhalt zum Zweck parteifeindlicher Propaganda, schließlich aber lösten sie sich in völliger politischer Demoralisierung auf. Lovestone wurde ein offener Feind des Kommunismus und der Sowjetunion. Er betätigt sich heute als Fachmann für Antikommunismus und als Handlanger des amerikanischen Imperialismus im Dienste der Reaktionäre David Dubinsky und Matthew Woll. Wolfe, der zum berufsmäßigen Verteidiger der kapitalistischen „Demokratie“ geworden ist, betätigt sich in aller Öffentlichkeit mit dem Entwerfen von Plänen zur Vernichtung der Sowjetunion und der Volksrepublik China durch den amerikanischen Imperialismus. Was Gitlow betrifft, so ist er zu einem bezahlten antikommunistischen Provokateur hinabgesunken.

---

14 “Daily Worker”, 20. Mai 1929.

[386:]

20
DIE KOMMUNISTISCHE PARTEI UND DIE GROSSE WIRTSCHAFTSKRISE
(1929-1933)

Das goldene Zeitalter einer „permanenten Prosperität“ in den Vereinigten Staaten fand ein plötzliches Ende durch den furchtbaren Börsenkrach vom Oktober 1929. Er war begleitet von einem jähen Sturz auf allen Gebieten der Wirtschaft, einem Niedergang, der in den nächsten vier Jahren ununterbrochen andauerte. Mehr als 160 Milliarden Dollar an Börsenwerten lösten sich in nichts auf, die Produktion der Schwerindustrie ging um 50 Prozent zurück, 5761 Banken machten bankrott, und der Wert der landwirtschaftlichen Produktion sank von 8,5 Milliarden Dollar auf 4 Milliarden Dollar. In allen Industriezweigen wurden die Löhne um mindestens 45 Prozent herabgesetzt. 1933 lagen 17 Millionen Arbeiter auf der Straße, und dazu kamen viele Millionen Kurzarbeiter.[1]

Diese große zyklische Krise begann in den Vereinigten Staaten und griff rasch auf die gesamte kapitalistische Welt über. Die anderen Länder Amerikas sowie Europa, Asien und die Kolonien wurden sämtlich von ihr erfaßt. Die kapitalistische Weltproduktion ging um 42 Prozent und der Außenhandel um 65 Prozent zurück. Die Zahl der Arbeitslosen in der Welt erreichte die schwindelnde Höhe von 50 Millionen.

Es handelte sich um eine Überproduktionskrise, in der der innere Grundwiderspruch des Kapitalismus zwischen dem privaten Charakter der Produktionsmittel und dem gesellschaftlichen Charakter des Produktionsprozesses zum Ausbruch kam. Die sich schnell ausdehnende Produktion war infolge der systematischen Ausbeutung der werktätigen Massen durch die kapitalistischen Räuber weit hinausgewachsen über die be-[337:]grenzte Aufnahmefähigkeit der kapitalistischen Märkte. Verschärft wurde dieser Faktor durch die Anarchie der kapitalistischen Produktion. Infolgedessen häuften sich die Warenvorräte, und die katastrophale Krise war da.

An Tiefe, Dauer und Umfang war diese zyklische Krise bei weitem die schwerste in der Geschichte des Weltkapitalismus. Diese ungewöhnliche Heftigkeit der Krise erklärte sich dadurch, daß der Zusammenbruch im Rahmen der sich vertiefenden allgemeinen Krise des kapitalistischen Weltsystems erfolgte, das heißt, die Krise trat ein während einer lang andauernden internationalen Landwirtschaftskrise, als in den Kolonien große politische Umwälzungen stattfanden und in der Sowjetunion der Sozialismus mächtig erstarkte. Die zyklische Wirtschaftskrise ihrerseits vertiefte die allgemeine Krise des Weltkapitalismus wesentlich und beschleunigte den Niedergang des ökonomischen und politischen Systems des Weltkapitalismus.

Die Kapitalisten der Welt und ihre sozialdemokratischen Lakaien, besonders in den Vereinigten Staaten, wurden durch die große Krise schwer erschüttert und völlig demoralisiert. Alle ihre Träume von dem „neuen Kapitalismus“, der eine permanente kapitalistische „Prosperität“ herbeiführen und die Gefahr des Sozialismus für immer beseitigen sollte, wurden vom Sturmwind der Wirtschaftskrise über Nacht hinweggefegt. Die kapitalistischen Führer waren verwirrt, erschrocken und kopflos, und das blieben sie während der ganzen Dauer der Krise.

Viele Wortführer des Kapitalismus gerieten in Panik. Während sie noch vor kurzem das kapitalistische Himmelreich in greifbarer Nähe gesehen hatten, hörten sie jetzt die sozialistische Revolution an ihre Türen pochen. Der führende Ökonom der Wallstreet, Dr. Irving Fisher von der Yale-Universität, wies warnend darauf hin, daß die Vereinigten Staaten Gefahr liefen, „von irgendeiner Form des Sozialismus verschlungen“ zu werden. Der Richter Brandeis erklärte: „Das Volk der Vereinigten Staaten steht heute einer ernsteren Gefahr gegenüber, als es der Krieg ist.“ Der Abgeordnete Rainey erklärte im Repräsentantenhaus, die Vereinigten Staaten stünden „direkt dem Kommunismus gegenüber“, und die gesamte kapitalistische Presse war voll von düstersten Prophezeiungen.

---

1 Siehe Labor Research Association, “Labor Fact Book 2”, New York 1934.

[388:] Was die Verwirrung der Kapitalisten und Sozialdemokraten noch schlimmer machte, war der Umstand, daß nicht nur ihr vermeintlich krisenfestes System zusammengebrochen war, sondern das sowjetische Wirtschaftssystem, das die bürgerlichen Ökonomen seit jeher als untauglich abgelehnt hatten, während der ganzen Dauer der Krise wuchs und in schönster Blüte stand. Von 1929 bis 1933, während die kapitalistische Weltproduktion fast auf die Hälfte sank, wuchs die Produktion der Sowjetunion im Vergleich mit dem Stand von 1928 um 119 Prozent; die Zahl der Arbeiter und Angestellten stieg sprunghaft von 11,5 Millionen auf 22,8 Millionen; der durchschnittliche Jahreslohn der Arbeiter und Angestellten der Großindustrie stieg im Vergleich mit 1928 um 67 Prozent, und die ‚Arbeitslosigkeit verschwand. Der erste Fünfjahrplan, den alle Ökonomen und Gewerkschaftslakaien des Kapitalismus verhöhnt hatten, wurde in vier Jahren erfüllt. Unter Überwindung gewaltiger Schwierigkeiten – fünfzehn Jahre Krieg und Bürgerkrieg, Intervention und Blockade – rückte die Sowjetunion aus der Lage eines vorwiegend agrarischen, in seiner Rückständigkeit fast mittelalterlichen Landes auf die erste Stelle unter den Industrienationen Europas vor, und sie vollbrachte dies alles, während der Weltkapitalismus, in dem Gewirr seiner eigenen Widersprüche gefangen, ökonomisch darniederlag. Alles in allem war es ein welterschütternder Beweis für die Überlegenheit des Sozialismus über den Kapitalismus.

Die Marxisten sehen die Krise voraus und wappnen sich für den Sturm

Der Ausbruch der Krise war für die Marxisten in der Welt keine Überraschung. Sie hatten schon zu Beginn des wirtschaftlichen Aufschwungs in der Coolidge-Periode begriffen, daß die kapitalistische „Prosperität“ auf Sand gebaut war. Wiederholt hatten die Marxisten, besonders Stalin in seinen Reden, in dieser Zeit auf das Nahen einer Wirtschaftskrise in den Vereinigten Staaten hingewiesen. Die amerikanische Kommunistische Partei hatte die Vorzeichen der Krise analysiert, nämlich die fort-[389:]dauernde Depression in der Landwirtschaft, die große Arbeitslosigkeit im Kohlenbergbau, in der Textilindustrie und in anderen Industriezweigen sowie die sich aus der Rationalisierungs- und Lohnsenkungspolitik der Unternehmer und ihrer Agenten, der obersten Gewerkschaftsführer, ergebende gefährliche Überproduktion. Auf seiner Tagung im Februar 1928 wies das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei warnend darauf hin, daß in der amerikanischen Wirtschaft bedenkliche Risse zu beobachten seien und daß diese sich vergrößern und weitreichende Folgen haben würden. Bei den Präsidentschaftswahlen dieses Jahres stellte die Partei die Frage der Arbeitslosigkeit in den Mittelpunkt ihrer Kampagne. Auch bei den Kämpfen gegen Lovestone 1927-1929 spielten die ökonomischen Perspektiven der Vereinigten Staaten eine entscheidende Rolle in der Diskussion. Lovestone behauptete, andere Teile der Welt könnten zwar von einer Wirtschaftskrise befallen werden, die Vereinigten Staaten dagegen nähmen eine Sonderstellung ein und würden sich unbegrenzt aufwärtsentwickeln. Demgegenüber erklärten die Marxisten in der Partei, daß eine schwere amerikanische Wirtschaftskrise herannahe.

Die Partei distanzierte sich rechtzeitig von Lovestone und seinen bürgerlichen Prosperitätstheorien. Auf der Tagung des Zentralkomitees im Oktober 1929 prüfte die Parteiführung die Lage und erklärte, sie zeige „die deutlichen Züge einer herannahenden Wirtschaftskrise, die die Macht des amerikanischen Imperialismus in den Fundamenten erschüttern wird“. Das Zentralkomitee forderte die Parteimitglieder auf, sich für den Sturm zu wappnen, alle Passivität und Gleichgültigkeit auszurotten und die Kampfmethoden und Kampfformen anzuwenden, die die neue Periode erforderlich mache. Kaum war die Plenartagung beendet, als diese Analyse durch den über die ganze Welt hallenden Börsenkrach bestätigt wurde.

Die Wallstreet-Magnaten und ihre kleinen Brüder, die William Green, Norman Thomas, Jay Lovestone und andere, wollten dies bedrohliche Vorzeichen noch immer nicht ernst nehmen und prophezeiten, der im Kern gesunde Kapitalismus werde seine Aufwärtsentwicklung bald wieder aufnehmen. Aber die Partei lehnte diese rosigen Prophezeiungen ab. Auf seiner [390:] Tagung im Januar 1930 stellte das Zentralkomitee fest, daß der Börsenkrach nur die Einleitung eines schweren wirtschaftlichen Zusammenbruchs bedeute. Es erklärte: „Wir haben es mit der größten Wirtschaftskrise in der Geschichte des Kapitalismus zu tun, die auf die ganze Welt übergreift.“ Diese richtige Analyse war ein Zeichen dafür, daß die Führung der Partei sich mehr und mehr im Sinne des Marxismus-Leninismus entwickelte.

Hoovers Hungerpolitik

Als die Wirtschaftskrise ausbrach, schlug die Bourgeoisie alsbald den gleichen Kurs ein, den sie bei allen früheren Krisen befolgt hatte: Sie wälzte die Lasten des wirtschaftlichen Zusammenbruchs auf die Arbeiter und die ärmeren Farmer ab. Ohne die geringste Rücksicht auf das Schicksal ihrer Lohnsklaven, aus deren Arbeitskraft sie ihre Vermögen herausgepreßt hatten, gingen die Kapitalisten dazu über, Millionen von Arbeitern ohne jede Unterstützung auf die Straße zu setzen. Von einer Arbeitslosenversicherung, wie sie in den meisten europäischen Ländern bestand, war noch viel weniger die Rede.

Präsident Hoover, der sein Amt sieben Monate vor dem Krach antrat, warf zwar mit demagogischen Redensarten um sich, daß die Armut nunmehr abgeschafft und er dafür sorgen werde, daß jeder Arbeiter sein Huhn im Topf und seinen Wagen in der Garage haben werde, tat aber nichts, um dem entsetzlichen Massenhunger zu steuern. Hoover gedachte den Sturm vorüberbrausen zu lassen, wie es solche Stürme in der Vergangenheit stets getan hatten. So stellte er sich mit der Macht der Regierung hinter das Lohnkürzungsprogramm der Unternehmer, setzte Militär zur Einschüchterung der Arbeitslosen ein, überließ das kümmerliche Unterstützungsprogramm gänzlich den einzelnen Staaten und ließ an allen Straßenecken verkünden, die Wiederkehr der „Prosperität“ stehe unmittelbar bevor. Er tat alles, um die Interessen der Unternehmer zu schützen. Eine große Rolle spielte dabei die Gründung der Reconstruction Finance Corporation, die den Eisenbahnen, den Banken und der Industrie zwei Milliarden Dollar zur Verfügung [391:] stellte, wozu Hoover erklärte, der Segen von diesen Subventionen werde allmählich auch auf die Arbeiter „hinabträufeln“.

Inzwischen verschlechterte sich die wirtschaftliche Lage in den Jahren 1930-1932 ständig, und Zehntausende von Arbeitern und armen Farmern standen buchstäblich vor dem Hungertod. Die Vereinigten Staaten erlebten ein dramatisches Beispiel für die Gültigkeit der marxistischen These von der absoluten Verelendung der Arbeiter durch die Auswirkungen des kapitalistischen Systems. Brotschlangen und Suppenküchen schossen wie die Pilze aus dem Boden. Überall auf den Schuttplätzen der Städte und an unbebauten Stellen entstanden „Hoover-Siedlungen“, elende Barackenlager, die die Arbeitslosen aufbauten. In Massen wurden die Arbeiter aus ihren Wohnungen exmittiert, in Ohio zum Beispiel 100.000 in den ersten beiden Jahren der Krise. Millionen von heimatlosen Arbeitern fuhren auf vergeblicher Suche nach Arbeit ziellos auf den Eisenbahnen hin und her. Obwohl die Löhne um fast 50 Prozent sanken, gingen die Kleinhandelspreise für Lebensmittel nur um 12 Prozent zurück. Die Vereinigten Staaten, einst weltberühmt als das Land kapitalistischer Prosperität, wurden ein Land des Schreckens, in dem Hunger, Krankheit, Armut und Elend herrschten. In dieser schweren Notlage verflüchtigten sich die kleinbürgerlichen Illusionen der Arbeiter, und es erwachte ein kämpferischer Geist unter ihnen.

Am schwersten waren die Neger betroffen. In den Industriezentren war die Arbeitslosigkeit unter den Negern etwa doppelt so groß wie unter den Weißen. Negerarbeiter wurden entlassen und an ihrer Stelle Weiße zu geringeren Löhnen eingestellt. Die Löhne für Neger lagen im Durchschnitt 30 Prozent unter denen der Weißen. Auch in der Unterstützungsfrage kamen die Neger am schlechtesten weg. Entweder verweigerte man ihnen die Unterstützung überhaupt, oder sie bekamen weniger, oder sie wurden bei der Verteilung in anderer Weise diskriminiert. Als die immer am schlechtesten bezahlten Industriearbeiter hatten die Neger wenige oder keine Reserven, um der Krise zu begegnen, und ihre Lebensverhältnisse spotteten jeder Beschreibung. Im Laufe der vier Krisenjahre wurden 150 Neger gelyncht.

[392:] Inzwischen beschäftigten sich die Kapitalisten damit, die riesigen Mengen von überschüssigen Produkten zu vernichten, die ihr Produktionssystem verstopften. So wurden zum Beispiel in Kalifornien ungeheure Mengen von Apfelsinen mit Petroleum übergossen, um sie ungenießbar zu machen. Im Mittelwesten wurden gewaltige Mengen von Getreide verheizt und Rindvieh und Schweine umgebracht. Im Süden wurden große Mengen Baumwolle untergepflügt. Und das Volk litt inzwischen Hunger. Die dem amerikanischen Kapitalismus innewohnenden Widersprüche wurden in dem allgemeinen Chaos auf die Spitze getrieben.

Der politische Bankrott der AFL und der Socialist Party

Die AFL-Führer wurden durch die Krise nicht weniger erschüttert und demoralisiert als die Kapitalisten selbst, und zwar im wesentlichen aus den gleichen Gründen. Ihre törichten kapitalistischen Träume waren vor ihren Augen zerronnen. Sie arbeiteten keinerlei Programm aus, um die Interessen der Arbeiter in diesem beispiellosen wirtschaftlichen Inferno zu verteidigen. Sie waren einzig darauf bedacht, hinter den Kapitalisten einherzutrotten, während diese verzweifelte Anstrengungen machten, irgendeinen Ausweg aus der Krise zu finden.

Die Green-Bürokratie folgte dem allgemeinen Kurs Hoovers. Sie lähmte den Kampfgeist der Arbeiter, indem sie Hoovers demagogische Redensarten nachplapperte, daß die wirtschaftliche Erholung unmittelbar bevorstehe. Sie akzeptierte Hoovers Plan der „umschichtigen" Beschäftigung, der auf die Verelendung der gesamten Arbeiterklasse hinauslief. Sie kapitulierten vor Hoovers Lohnsenkungsprogramm. Mit einem Wort, niemals in der Geschichte der amerikanischen Arbeiterbewegung fügten sich die Gewerkschaften während einer Wirtschaftskrise so widerstandslos in radikale Lohnkürzungen wie in den Jahren 1929-1932 unter der Führung der AFL-Bürokratie.

Die AFL-Führer unterstützten die Kapitalisten besonders bei der Ablehnung der Forderung der Massen nach einer Arbeits-[393:]losenversicherung. Mit unwahrscheinlicher Schamlosigkeit und Dummheit bezeichneten sie diese lebensnotwendige Maßnahme als „Bettelpfennige", als „Unterstützung der Faulheit", als „eines Arbeiters unwürdig" und als „ein Hindernis für wirklichen Fortschritt". Präsident Hoover und die vielen Generale, Bischöfe und Kapitalisten, die auf dem AFL-Kongreß von 1930 die Tribüne füllten, hatten ihre guten Gründe, wenn sie die Green, Woll und Konsorten wegen ihres energischen Kampfes gegen die Forderung nach einer Arbeitslosenversicherung beglückwünschten, die damals im ganzen Lande von den Kommunisten und den hungernden Werktätigen so dringlich erhoben wurde. Erst im Juli 1932, nach fast drei schweren Krisenjahren, gaben die hochbezahlten AFL-Führer endlich dem starken Massendruck nach und setzten sich widerwillig für eine Arbeitslosenversicherung ein.[2]

Die Führer der Socialist Party, die mit der Green-Bürokratie und ihrer bürgerlichen Ideologie fest verbunden waren, befolgten in den Krisenjahren einen ähnlichen Kurs. Es dauerte vier Jahre, bis sie in der Frage der Arbeitslosigkeit einen Finger rührten. Sie unterstützten Hoovers Plan der „umschichtigen" Beschäftigung; sie kämpften nicht für die Arbeitslosenversicherung, obwohl die Socialist Party sich schon lange dafür eingesetzt hatte; sie unterstützten keinen Streik gegen die allgemeinen Lohnkürzungen; sie empfahlen Geduld und prophezeiten eine baldige Wiederkehr „guter Zeiten". In dem „sozialistischen" Milwaukee wurden die Arbeiter, wie überall, exmittiert und dem Hungertod preisgegeben. Die Kapitulationspolitik der Sozialisten wurde vortrefflich erläutert durch Norman Thomas, der im Rundfunk mit J. P. Morgan zugunsten von Hoovers Politik der „Wohnblockhilfe" diskutierte. Es handelte sich dabei um eine Nachbarschaftshilfe, und vermutlich sollte Morgan seinen bedürftigen Nachbarn in der Park Avenue beispringen. während die hungernden Arbeitslosen in den Elendsvierteln und „Hoover-Siedlungen" von Harlem und East Side das gleiche taten. Die Socialist Party hatte, wie die AFL, die Arbeitslosen preisgegeben.

[394:]

Der 6. März: die Kommunisten an der Spitze des Massenkampfes

Es gab in den Vereinigten Staaten nur eine Partei, von der die Arbeitslosen Führung zu erwarten hatten und Führung erhielten – die Kommunistische Partei. Mit verhältnismäßig geringer Mitgliedschaft[3], aber mit klarem Kopf und großer Kühnheit organisierte die Partei die hungernden Arbeitslosen. Das erste bemerkenswerte Ergebnis dieser Bemühungen zeigte sich anläßlich des Todes von Steve Katovis, eines streikenden Bäckereiarbeiters, der im Januar 1930 von der New-Yorker Polizei brutal ermordet wurde. An seinem Leichenbegängnis, das zu einer gewaltigen Protestkundgebung der Arbeitslosen wurde, beteiligten sich 50.000 empörte Arbeiter.

---

2 Siehe Lewis L. Lorwin, "The American Federation of Labor", S. 294,

3 Zur Zeit des Parteitages 1929 hatte die Partei 9642 Mitglieder.

Dann kam am 6. März 1930 die historische Arbeitslosendemonstration, die im ganzen Lande unter Führung der Kommunisten an wurde. Die Kommunistische Partei, die Young Communist League und die Trade Union Unity League trafen gemeinsam die Vorbereitungen. Eine Million Flugblätter wurden verbreitet und zahllose vorbereitende Kundgebungen veranstaltet. Die Demonstration stand unter dem Protektorat der Liga. Im Mittelpunkt stand die Forderung nach Arbeitslosenunterstützung und Arbeitslosenversicherung mit besonderer Betonung der Forderungen für die Neger sowie der Protest gegen Lohnkürzungen und gegen Faschismus und Krieg. Die Kampflosungen lauteten unter anderem „Arbeit oder Geld!“ und „Nicht verhungern, sondern kämpfen!“. Die städtischen Behörden zogen überall ihre bewaffneten Kräfte gegen die Demonstration zusammen, als gelte es, einen revolutionären Aufstand niederzuwerfen. In New York zum Beispiel wurden 25.000 Polizisten und Feuerwehrleute gegen die Demonstration auf dem Union Square konzentriert. Als gehorsame Diener ihrer kapitalistischen Herren zeterten die AFL-Führer, das Ganze sei ein Moskauer Komplott, Matthew Woll schrie in die Welt hinaus, die Liga habe zwei Millionen aus Rußland erhalten, um die große Verschwörung gegen die Vereinigten Staaten zu finanzieren.

[395:] Der Aufmarsch der Arbeiter am 6. März war imposant: In New York beteiligten sich 110.000, in Detroit 100.000, in Chicago 50.000, in Pittsburgh 50.000, in Milwaukee 40.000, in Philadelphia 30.000, in Cleveland 25.000, in Youngstown 20.000. Nicht weniger eindrucksvoll waren die Kundgebungen in Los Angeles, Boston, San Francisco, Seattle, Denver und anderen Städten in allen Teilen des Landes. Insgesamt demonstrierten 1.250.000 Arbeiter gegen den unhaltbaren Zustand von Hunger und Arbeitslosigkeit. Eine hervorragende Rolle spielten bei den Demonstrationen die Negerarbeiter. Überall ging die Polizei brutal gegen die Arbeitslosen vor: In New York zum Beispiel lehnte die Polizei es ab, den Demonstranten zu gestatten, ihre Forderungen dem geschniegelten Stutzer, Oberbürgermeister James J. Walker, vorzutragen, und löste die Riesenkundgebung gewaltsam auf. Die Führer der Demonstration, William Z. Foster, Robert Minor, Israel Amter und H. Raymond, wurden verhaftet und für einstweilen drei Jahre ins Zuchthaus gesteckt.

Die gewaltige Demonstration vom 6. März rüttelte das ganze Land auf. Unter der Führung der Kommunisten waren die Arbeitslosen als ein beachtlicher politischer Faktor in Erscheinung getreten. Durch die große Demonstration wurde die Frage der Arbeitslosenunterstützung und Arbeitslosenversicherung einem aktuellen politischen Problem in den Vereinigten Staaten. Sie zeigte, daß die Massen nicht daran dachten, widerstandslos zu verhungern, wie die Unternehmer und die reaktionären Gewerkschaftsführer es sich vorgestellt hatten. Die bürgerliche und imperialistische Presse gab zähneknirschend zu, daß die Kommunisten die Führer der arbeitslosen Massen waren. Der imposante Aufmarsch gab der Partei ein neues Bewußtsein politischer Stärke. Gleichzeitig war er ein glänzender Beweis für ihre in leninistischem Sinne führende Rolle.

Arbeitslosenräte und Hungermärsche

Der National Unemployed Council, dem Arbeiter aller politischen Richtungen angehörten, wurde am 4. Juli 1930 auf einem von 1320 Delegierten beschickten Kongreß in Chicago ge-[396:]gründet. Er wurde vorbehaltlos unterstützt von der Kommunistischen Partei, der Trade Union Unity League und der Young Communist League. Örtliche Arbeitslosenräte wurden in zahlreichen Städten in allen Teilen des Landes gebildet. Außer den Arbeitslosen beteiligten sich an der Bewegung Gewerkschaften, Unterstützungsvereine, Negerorganisationen und sonstige sympathisierende Gruppen. Die Räte kämpften für Arbeitslosenversicherung, sofortige Unterstützung durch Geld und Arbeitsmöglichkeiten, öffentliche Arbeiten zu tariflichen Löhnen, Schulspeisungen, gegen Exmittierungen, gegen die Diskriminierung der Neger usw. Ihre Agitations- und Kampfformen waren unter anderem Massenkundgebungen, Aufmärsche, Eingaben, Streikpostenstehen und Hungermärsche. Sie bildeten Wohnblockausschüsse, um die Arbeiter in ihren Wohnungen zu organisieren. Das Hauptinstrument für die Arbeit innerhalb der AFL war das Committee for Unemployment Insurance and Relief der AFL, an dessen Spitze Louis Weinstock vom Malerverband stand. Hinter dem Ausschuß standen 3000 Ortsverbände, 35 Gewerkschaftszentralen in größeren Städten, 6 Landesverbände und 5 internationale Gewerkschaften. Die Bewegung konzentrierte sich politisch vor allem auf die Forderung eines Gesetzes über Arbeitslosenversicherung.

Die Arbeitslosenräte entwickelten, obwohl die Polizei vielfach brutal gegen sie vorging, eine intensive Tätigkeit, um die Unternehmer, die örtlichen Unterstützungsämter, die Stadtverwaltungen, die Regierungen der einzelnen Staaten und die Bundesregierung unter Druck zu setzen. Sie führten Hunderte von Demonstrationen im Orts- und Landesmaßstab durch. Zu den größten Kundgebungen im Landesmaßstabe gehörten die vom 1. Mai 1930 mit 350.000 Teilnehmern, die Demonstration am 25. Februar 1931, dem „Tag der Arbeitslosenversicherung“, mit 400.000 Teilnehmern und der Aufmarsch der 500.000 in allen Teilen des Landes am 4. Februar 1932. Dreimal wurden dem Kongreß Masseneingaben mit einer Million oder mehr Unterschriften vorgelegt.

In vielen Staaten fanden Hungermärsche von den Industriezentren nach den Hauptstädten statt. Dazu kamen die beiden Hungermärsche aus allen Teilen des Landes nach Washington [397:] am 7. Dezember 1931 (1800 Teilnehmer) und am 6. Dezember 1932 (3000 Teilnehmer).

Diese großen Hungermärsche erregten gewaltiges Aufsehen. Sie waren hervorragend organisiert. Die Teilnehmer benutzten alte Automobile, die gespendet worden waren. Sie waren registriert, und jeder Wagen, jede Abteilung, jeder Zug hatte einen Führer. Es herrschte strengste Disziplin. Die Züge brachen von St. Louis, Chicago, Buffalo, Boston und anderen Orten auf, und die Rastorte waren vorher geplant und organisiert. Sämtliche Züge bewegten sich mit der Präzision eines Uhrwerks auf Washington zu. Ebenso diszipliniert und organisiert war der Rückmarsch. Versuche der American Legion und ausgesuchter Strolche, die Märsche unterwegs zu sprengen, scheiterten.

In Washington rief das Eintreffen der Züge eine Sensation hervor. Ihre Musikkapelle spielte auf dem Großen Platz vor dem Capitol die Internationale. Tausende von Polizisten und Detektiven waren aus allen Teilen des Landes aufgeboten worden. Die Truppen in den Forts der Umgebung lagen in Bereitschaft. Man hätte glauben können, die Demonstranten wollten die Regierung stürzen. Als die Teilnehmer des ersten Hungermarsches durch die Pennsylvania Avenue vom Capitol nach dem Weißen Haus (und im Anschluß daran nach dem AFL-Gebäude) zogen, um Hoover (und Green) ihre Forderungen zu unterbreiten, wurde der Zug auf beiden Seiten von Reihen mitmarschierender Polizisten flankiert, die mindestens doppelt so zahlreich waren wie die Demonstranten selbst. Die Partei konzentrierte ihre ganze Kraft darauf, diese Märsche zu einem Erfolg zu machen.

Die vielseitige Tätigkeit der Arbeitslosenräte rückte nicht nur die Frage der Arbeitslosenversicherung in den Mittelpunkt der allgemeinen Aufmerksamkeit, sondern hatte auch zur Folge, daß den Arbeitslosen im ganzen Lande vielfach Konzessionen in bezug auf Soforthilfe gemacht wurden. Die erschrockene Kapitalistenklasse erkannte, daß die alte Methode, die Arbeiter zur Zeit von Wirtschaftskrisen einfach hungern zu lassen, nicht mehr anwendbar war. Sie hatte es mit einer erwachenden Arbeiterklasse zu tun, die in den nächsten Jahren der Geschichte der Arbeiterbewegung manches Ruhmesblatt einfügen sollte.

[398:]

Der Kampf gegen die Lohnkürzungen

Während die Arbeitslosen unter der Führung der Kommunisten sich energisch gegen das Hungerleben zur Wehr setzten, nahmen die Massen der organisierten Arbeiter, die es nicht verstanden, sich dem festen Griff der Green-Bürokratie zu entwinden, die mehrfachen einschneidenden Lohnkürzungen der Krisenjahre fast widerstandslos hin. Wie Hoover, waren die obersten Gewerkschaftsführer, trotz all ihrer wortreichen gegenteiligen Versicherungen, der Ansicht, daß die Lohnkürzungen wirtschaftlich notwendig seien. Daher halfen sie den Unternehmern bei deren Durchsetzung. Dies entsprach völlig ihrer Politik der Streikverhinderung und Klassenzusammenarbeit in der vorausgegangenen Periode der sogenannten Coolidge-Prosperität. Die Rückgratlosigkeit und Korruption der Gewerkschaftsführer in dieser Hinsicht trat offen zutage, als die Eisenbahnerverbände eine allgemeine zehnprozentige Lohnkürzung ohne Streik hinnahmen und Matthew Woll dies als einen der größten Erfolge in der Geschichte der amerikanischen Industrie begrüßte. Infolgedessen ging die Zahl der Streiks während der Krisenjahre auf einen nie dagewesenen Tiefstand zurück, im Gegensatz zu dem leidenschaftlichen Widerstand der Arbeiter während der Krisen von 1877, 1893 und 1921. Auf dem

AFL-Kongreß von 1930 konnte Hoover mit hämischer Genugtuung feststellen: „Zum erstenmal in den mehr als hundert Jahren, seit derartige Depressionen regelmäßig wiederkehren, haben wir praktisch keine heftigen Wirtschaftskämpfe erlebt.“ So war es kein Wunder, daß die AFL während der Krise etwa ein Fünftel ihrer Mitglieder verlor.

Während die Kommunistische Partei sich so energisch auf die Führung der Arbeitslosen im ganzen Lande konzentrierte, gelang es den Linken und Fortschrittlern nicht, die Führung der beschäftigten Arbeiter in die Hand zu bekommen, die Streikverhinderungspolitik der Green-Bürokratie zu vereiteln und einen wirksamen Widerstand gegen die immer mehr um sich greifenden Lohnkürzungen zu organisieren. Immerhin führten damals die Verbände der Liga, an deren Spitze meistens Kommunisten standen, doch eine Anzahl bedeutender Streiks durch, [399:] darunter mehrere Streiks der Textilarbeiter gegen Lohnkürzungen in Neu-England, an denen 75.000 Arbeiter teilnahmen. Ein sehr bedeutender und erfolgreicher Streik war der der 1500 Stahlarbeiter der Republic-Steel-Betriebe in Warren (Ohio), der im Oktober 1932 von der Liga durchgeführt wurde. Außerdem kam es in verschiedenen Städten zu zahlreichen kleineren Streiks in der Konfektion. Auch in der Nahrungsmittelindustrie und in anderen Industriezweigen führte die Liga Streiks durch. Wichtig waren auch die von der Liga geführten großen Streiks von 7000 Landarbeitern in Imperial Valley (California) 1930 und von 18.000 Rübenhackern in Colorado 1932.

Der bedeutendste von der Liga organisierte Streik der Krisenzeit aber war der von 42.000 Kohlenbergarbeitern, darunter 6000 Negern, im Bezirk Pittsburgh, der im Mai 1931 begann. Es war der größte Streik, den ein linksgerichteter Verband in den Vereinigten Staaten jemals durchgeführt hatte. Der erbitterte Kampf wurde unter der Losung „Streikt gegen den Hungertod!“ von der der Liga angeschlossenen National Miners Union geführt. Die Bergarbeiter standen, nachdem zahlreiche Ortsgruppen der United Mine Workers bei dem großen Streik von 1927/1928 zerschlagen worden waren, am Rande der Verzweiflung und des Hungertodes. Die Grubenbesitzer, die Regierung und die Führer des Bergarbeiterverbands griffen zu brutalsten Gewaltmaßnahmen gegen die Streikenden. Nach viermonatigem verzweifeltem Kampf wurde der Streik niedergeworfen. Ein Nachspiel dieses erbitterten Kampfes war der Streik von 8000 Kohlenbergarbeitern in Kentucky, der, ebenfalls unter der Führung der National Miners Union, am 1. Januar 1932 begann. Der Streik verlief in bürgerkriegsähnlicher Form, und die gesamte Verbandsführung wurde in Pineville verhaftet. Auch dieser Streik ging verloren. Harry Simms, ein Funktionär der Young Communist League, kam bei dem Streik von Kentucky ums Leben.

Nach den Feststellungen der Labor Research Association wurden in den Jahren 1929 bis 1932 bei den zahlreichen Kämpfen der Kommunistischen Partei, der Arbeitslosenräte und der Trade Union Unity League 23 Arbeiter von der Polizei, von [400:] Werkschutzbanditen und Achtgroschenjungen ermordet. Acht von ihnen wurden bei Streiks und 15 bei Arbeitslosendemonstrationen umgebracht. Hunderte wurden mißhandelt und ins Gefängnis geworfen. Fünf Arbeiter wurden von der Polizei bei dem berühmten Hungermarsch nach den Ford-Betrieben in Detroit am 7. März 1932 getötet, darunter Joe York, Funktionär der Young Communist League, und der sechzehnjährige Joseph Bussell, Mitglied der Young Communist League. Am 4. August 1931 wurden in Chicago bei einer Kundgebung anläßlich einer Exmission drei Neger niedergeschossen. Mehrfach kam es zu Überfällen auf die Räumlichkeiten von Erwerbslosenräten und der Trade Union Unity League. Zwei Sekretäre der National Textile Workers Union, William Murdock und Pat Devine, wurden als Kommunisten nach England ausgewiesen. Gegen die Food Workers Industrial Union wurden bei den Streiks in New York 110 gerichtliche Verfügungen erlassen. Hundert der Trade Union Unity League angehörende streikende Landarbeiter wurden verhaftet, und gegen acht ihrer Führer wurden Zuchthausstrafen von 3 bis 42 Jahren verhängt. Damals, im Mai 1930, rief das Repräsentantenhaus das Fish-Committee ins Leben, einen Vorgänger der berüchtigten Komitees zur Knebelung der Gewissensfreiheit, die später unter dem Vorsitz der Dies, Thomas, Wood, Rankin und McCarran entstanden.

Die Durchdringung des Südens

Eine der größten Errungenschaften der Kommunistischen Partei während der großen Wirtschaftskrise war ihre Durchdringung des Südens. In der Coolidge-Zeit hatte die Partei im Süden tüchtige Arbeit geleistet. Hierher gehören die Bildung vereinzelter Ortsgruppen, die Rundreisen Fosters anläßlich der Wahlen von 1924 und 1928 und dergleichen mehr. Aber ihre wirkliche Arbeit begann, als sie am 30. August 1930 in Chattanooga (Tennessee) den "Southern Worker" mit James S. Allen als Chefredakteur ins Leben rief. Damals herrschten im Süden ungeheuerliche Zustände. Die Arbeitslosigkeit war gewaltig, die Teilpächter standen am Rande des Hungertodes, und [401:] terroristische Organisationen wie der Ku Klux Klan, die Blauhemden, die Silberhemden, die Schwarzhemden, die Kreuzfahrer, die Weiße Legion und andere waren zu einer Landplage geworden.

In dieser äußerst schwierigen Situation arbeitete die Partei unerschrocken und kühn. In dem Gebiet von Virginia bis Georgia und auch in verschiedenen anderen Zentren führte sie Arbeitslosendemonstrationen unter den Textilarbeitern durch. Anfang 1932 betätigte sie sich aktiv bei dem heroischen Streik der schwarzen und weißen Bergarbeiter von Kentucky und Tennessee, der von der National Miners Union geleitet wurde. Bei diesem Bürgerkrieg der Unternehmer gab es zahlreiche Tote. Der Verband der Grubenbesitzer von Harlan County setzte eine Belohnung von 1000 Dollar für denjenigen aus, der den kommunistischen Vorsitzenden des Landesverbandes, Frank Borich, tot oder lebendig zur Stelle schaffen würde.[4] Wenn ein Arbeiter im Besitz einer Mitgliedskarte des Verbandes oder der Kommunistischen Partei war, wurde er wegen verbrecherischen Syndikalismus unter Anklage gestellt. Sehr aktiv war die Partei auch unter den schwarzen und weißen Stahl- und Bergarbeitern des Bezirks Birmingham (Alabama).[5]

Das großartigste Ergebnis der Arbeit der Partei im Süden war der internationale Kampf für die Rettung der neun Jungen von Scottsboro. Am 25. März 1931 wurden in Scottsboro (Alabama) neun Negerjungen unter der Anklage, auf einem Güterzuge zwei weiße Mädchen vergewaltigt zu haben, ins Gefängnis geworfen. Tatsächlich hatte eine Vergewaltigung niemals stattgefunden, wie Ruby Bates, eines der betroffenen Mädchen, später öffentlich bezeugte.[6] Trotzdem wurden in der Atmosphäre desallgemeinen Terrorismus gegen das Negervolk die neun Jungen – C. Norris, C. Weems, H. Patterson, O. Powell, O. Montgomery, E. Williams, A. Wright, W. Roberson und Roy Wright – nach den Methoden der Lynchjustiz kurzerhand für schuldig erklärt und sämtlich (mit Ausnahme des dreizehnjährigen Wright) zum Tode auf dem elektrischen Stuhl verurteilt.

[402:] Am 9. April telegrafierte die International Labor Defense an Gouverneur Miller mit dem Ersuchen um Aufschub der Hinrichtung und sandte ihren Anwalt, den altbewährten Kommunisten Joseph Brodsky, zur Verteidigung der Negerjungen, die legal gelyncht werden sollten, nach Alabama. Inzwischen sorgten die Kommunisten dafür, daß der Fall rasch im ganzen Lande bekannt wurde, und das rettete den Jungen das Leben: Die AFL, die Socialist Party, die Association of Catholic Trade Unionists und sogar die National Association for the Advancement of Colored People bekundeten jedoch keinerlei Interesse für den Fall.

Nun begann ein Kampf mit Anwendung aller legalen Mittel, der sich viele Jahre hinzog und an den berühmten Fall Mooney erinnert. Immer wieder beschäftigten sich die Gerichte mit dem Fall. Im ganzen Lande fanden Massenkundgebungen statt. Geleitet wurden alle diese Aktionen von der Kommunistischen Partei. Schließlich interessierten sich auch liberale Organisationen und Arbeiterverbände für die Angelegenheit. Im Jahre 1934 wurde das American Scottsboro Committee unter der Führung von S. Leibowitz gegründet, und im Jahre 1935: entstand das Scottsboro Defense Committee auf der Basis der Einheitsfront. Dieser Organisation gehörten die International Labor Defense, die National Association for the Advancement of Colored People, die Association of Catholic Trade Unionists, die Methodist Federation for Social Service und andere Organisationen an. Dieses Verteidigungskomitee führte den juristischen Kampf, während die International Labor Defense die

---

4 Siehe "The Southern Worker", 27. Februar 1932.

5 Siehe Mary Southard, unveröffentlichtes Manuskript.

6 Siehe "Daily Worker", 6. April 1935.

Massenkampagne führte. Der Generalsekretär der International Labor Defense, J. Louis Engdahl, starb auf einer Rundreise durch Europa, wo er über den Fall sprach, an einer Lungenentzündung. Nachdem die Versuche der Lynchbanditen, die Negerjungen auf legalem Wege zu ermorden, vereitelt worden waren, begann der Kampf, um sie vor den über sie verhängten grausamen Gefängnisstrafen – bis zu 99 Jahren – zu bewahren. Erst im Jahre 1950 fand diese schändliche Justizkomödie mit der Freilassung des letzten der unschuldigen Gefangenen von Scottsboro ihr Ende.[7] Landessekretär der International Labor Defense war [403:] fast die ganze Zeit hindurch William L. Patterson. – Der große Kampf von Scottsboro verschaffte der Kommunistischen Partei überall höchste Achtung und Popularität unter dem Negervolk.

Ein Nachspiel von Scottsboro war der erbitterte Kampf der Teilpächter von Camp Hill (Alabama), der am 16. Juli 1931 begann. Da die Baumwolle für 9 Cent je Pfund verkauft wurde, während die Produktionskosten sich auf 17 Cent beliefen, war die wirtschaftliche Lage der Teilpächter furchtbar. Die Landeigentümer erhöhten die Pachtsätze, rissen einen immer größeren Teil der Ernteerträge der Pächter an sich und raubten den kleinen Farmern sogar ihr Vieh. Im Rahmen ihrer Organisationsarbeit unter den schwarzen und weißen Teilpächtern des Südens setzte sich die Partei für ein Notstandsprogramm ein, das eine fünfzigprozentige Herabsetzung des Pachtzinses und der Steuern, eine Stundung aller Schulden und Hypotheken auf fünf Jahre und einen Barvorschuß seitens der Regierung für die kleinen Farmer vorsah.[8]

Im Januar 1931 begann eine bedeutsame Aktion mit dem Marsch von 500 schwarzen und weißen Teilpächtern nach England (Arkansas), die die ortsansässigen Plantagenbesitzer und Kaufleute zur Herausgabe von Lebensmitteln zwangen. Inzwischen veranlaßten Mitglieder der Kommunistischen Partei die Gründung der Share-Croppers Union in Tallapoosa County (Alabama). Zu schweren Zusammenstößen kam es im Juli in Camp Hill, als eine Protestkundgebung der Gewerkschaft gegen die Schmach von Scottsboro vom weißen Pöbel gesprengt und die Kirche, in der die Kundgebung stattfand, völlig niedergebrannt wurde. Der Negerführer Ralph Gray fiel nach einer Schießerei, bei der die Teilpächter sich gegen die Gewalttätigkeiten des Pöbels zur Wehr gesetzt hatten, den Strolchen in die Hände und wurde kaltblütig ermordet. Zahlreiche Neger wurden mißhandelt und verhaftet. Aber die Share-Croppers Union wuchs. Ende 1932 zählte sie bereits 1500 Mitglieder, und in der Zeit des New Deal sollte sie in den Kämpfen der Pächter eine bedeutende Rolle spielen.

Zu einer anderen großen Aktion in dieser Frühzeit der Parteiarbeit im Süden kam es anläßlich des Falls Angelo Herndon. [404:] Herndon, der der Young Communist League angehörte, wurde am 11. Juli 1932 wegen seiner Tätigkeit zugunsten der Jungen von Scottsboro und der Arbeitslosen in Atlanta verhaftet. Er wurde wegen Aufreizung zum Aufstand (nach einem Gesetz aus dem Jahre 1861) angeklagt und nach einem willkürlichen Verfahren zu 18 beziehungsweise 20 Jahren Gefängnis verurteilt. Die International Labor Defense organisierte den Kampf zu seiner Verteidigung auf der Grundlage der Einheitsfront. Als Anwalt tat sich besonders Benjamin J. Davis jr. hervor, der heute als Mitglied des Nationalkomitees der Kommunistischen Partei im Gefängnis sitzt. Es war ein langwieriges juristisches Ringen, unterstützt durch zahllose Massenkundgebungen und eine gewaltige Petitionskampagne. Der Oberste Gerichtshof bestätigte anfänglich das Urteil, revidierte sich aber schließlich mit fünf gegen vier Stimmen. Gegen eine Kaution von 18.000 Dollar wurde Herndon freigelassen und schließlich im Jahre 1937 den Klauen der weißen Herrenmenschen und Lynchbanditen endgültig entrissen.

Eine besonders dramatische Episode in dem Kampf der Kommunistischen Partei gegen den weißen Rassenchauvinismus innerhalb und außerhalb der Partei war damals das öffentliche Verfahren gegen das Parteimitglied A. Yokinen im März 1931 in New York City. Yokinen, dem soziale Diskriminierung von Negern vorgeworfen wurde, erhielt Gelegenheit, sich öffentlich zu verteidigen. An dem Verhör nahmen 211 Delegierte aus 133 Massenorganisationen sowie 1500 Zuschauer teil. Er wurde

---

7 Siehe Haywood Patterson and Earl Conrad, "Scottsboro Boy", New York 1950.

8 Siehe "The Southern Worker", 21. März 1931.

vom Parteigericht für schuldig befunden und aus der Partei ausgeschlossen, er versprach indessen, sich von nun an zu ändern.[9]

Während die Kommunistische Partei so einen mutigen und energischen Kampf für die Rechte des Negervolks führte, offenbarte sich der reaktionäre Geist der Socialist Party in der folgenden skandalösen Auslassung in ihrem offiziellen Organ: „Fast alle Südstaatler halten es für richtig, daß die Neger in Isolierung gehalten und der sozialen und politischen Rechte, die die Weißen genießen, beraubt werden. Die Sozialisten im Süden müssen sich dieser Lage der Dinge anpassen. Es ist sicher, [405:] daß niemals eine Bewegung im Süden gedeihen wird, wenn sie nicht im Stil des Südens durchgeführt wird.“[10] Auch die Politik der AFL-Bürokratie verharrte auf diesem reaktionären Jim-Crow-Standpunkt.

Die Revolte der Farmer

Die Farmer des Westens und Mittelwestens kämpften gegen die Wirtschaftskrise kaum weniger energisch als die Arbeitslosen und die Neger. Ihre Lage war unerträglich. Nicht nur waren ihre Einnahmen um mehr als die Hälfte zurückgegangen, sondern außerdem schritten die Banken und Versicherungsgesellschaften rücksichtslos zu Zwangsvollstreckungen auf Grund von Hypothekenschulden. Von 1929 bis 1933 verloren dadurch 1.019.300 Farmer ihr Eigentum.[11]

Die Farmer setzten sich gegen diese Brutalitäten energisch zur Wehr. Sie organisierten Milchstreiks, führten Demonstrationen durch und verlangten Unterstützung. Eine ihrer wirksamsten Waffen war der sogenannte Penny-Verkauf. Wenn eine der Zwangsvollstreckung unterliegende Farm versteigert wurde, bot ein befreundeter Nachbar einen Penny, und die versammelten Farmer hinderten jeden anderen daran, mehr zu bieten. Die Revolte gegen die Zwangsvollstreckungen wuchs sich an vielen Orten zu offenem Widerstand aus.

Die Kommunistische Partei war in vielen ländlichen Bezirken sehr aktiv und unterstützte diese starke Farmerbewegung tatkräftig. Hauptsächlich ihrer Initiative war es zu verdanken, daß am 7. Dezember 1932, zur Zeit des Zweiten Nationalen Hungermarsches, in Washington die Farmers’ National Relief Conference abgehalten wurde. Anwesend waren 248 Delegierte aus 26 Staaten, die 33 Organisationen und die unorganisierten Farmer vertraten. Die Konferenz gründete ein Farmers’ National Committee of Action. Im November 1933 trat dies Aktionskomitee in Chicago zusammen; anwesend waren 702 Farmerdelegierte aus 36 Staaten, die das Farm Bureau, die Farmer [406:] Union, die Farmers Holiday Association und andere Organisationen vertraten. Das Programm des Komitees war von den Kommunisten und anderen linken Strömungen beeinflußt: Es forderte die Annullierung der Schulden der kleinen und mittleren Farmer, das Verbot von Zwangsverkäufen und Zwangsexmittierungen, geldliche Unterstützung für notleidende Farmer, Herabsetzung der Pachtsätze und Steuern, Preissenkungen für Farmerbedarfsartikel und Abschaffung des Systems der Unterdrückung des Negervolks. Diese kämpferische Bewegung trug viel dazu bei, daß die Farmer später in der Zeit des New Deal eine so wesentliche Rolle spielten.

Der Marsch der Kriegsteilnehmer

Eines der bedeutsamsten und sensationellsten Ereignisse der Krisenjahre 1929-1933 war der große Marsch der Kriegsteilnehmer nach Washington im Juli 1932. Die ehemaligen Soldaten, die unter der schweren Wirtschaftskrise besonders zu leiden hatten, von den Funktionären der American Legion verraten worden waren und von der Hoover-Regierung politisch vernachlässigt wurden, nahmen sich ein Beispiel an den Arbeitslosen und trugen den leitenden Persönlichkeiten der Bundesregierung in Washington ihre Beschwerden in einem Massenaufmarsch vor.

Der Aufruf zum allgemeinen Marsch nach der Hauptstadt ging von Vertretern der Workers Ex-Servicemen’s League auf einer Sitzung des Bewilligungsausschusses des Repräsentantenhauses im April

---

9 Siehe “Race Hatred on Trial”, New York 1931.

10 New Leader”, 21. Juni 1930.

11 Siehe Labor Research Association, “Labor Fact Book 2”, S. 148.

1932 aus. In der Landesleitung des Bundes saßen bekannte Kommunisten wie Emanuel Levin, Peter Cacchione, James W. Ford und andere.

Der Aufruf zum Marsch fand unter den Kriegsteilnehmern ein lebhaftes Echo. Aus allen Teilen des Landes strömten unorganisierte Gruppen von Kriegsteilnehmern nach Washington, wo sie leerstehende Gebäude besetzten und auf dem Anacostia-Feld ein großes Barackenlager aufschlugen. Die Versuche der Regierung, reaktionärer Funktionäre der American Legion und der AFL-Führung, die Demonstration zu verhindern, hat-[407:]ten nur zur Folge, daß sie noch gewaltiger wurde. Viele Negerarbeiter beteiligten sich an dem Marsch, und kein Mensch dachte daran, sie zu beschimpfen. Die Presse zeterte über die „Roten“ und die „Revolution“.[12]

Die Zahl der Demonstranten in Washington wuchs schließlich auf 25.000 an. Es ertönten Rufe wie „Wir haben für Demokratie gekämpft, und was haben wir bekommen?“ oder „1917 waren wir Helden – 1932 sind wir Bettler“. Im Mittelpunkt ihrer Forderungen stand die Nachzahlung des ihnen zugestandenen Soldes, fälschlich Prämie genannt.[13] Die Kommunistische Partei unterstützte diese Forderung tatkräftig. gegenüber heftiger Opposition seitens der Socialist Party und der AFL-Führung. Die „Prämie“ wurde schließlich unter Roosevelts New Deal gezahlt.

Die Hoover-Regierung, die durch die Kundgebungen in die größte Verlegenheit geriet und die Demonstranten nicht bewegen konnte, Washington unverrichteter Dinge zu verlassen, befahl schließlich den Einsatz von Militär gegen sie. Daraufhin ließ General Douglas MacArthur, der sich heute als Überpatriot, militärisches Genie und unvergleichlicher Staatsmann aufspielt, die ehemaligen Soldaten durch seine mit Bajonetten und Tränengas ausgerüsteten Truppen aus ihrem Lager vertreiben und dieses niederbrennen. Zwei Kriegsteilnehmer wurden getötet und viele Dutzend verwundet. Das war die schmachvolle „Schlacht von Washington“. Sie sollte ein Nagel zum Sarg von Hoovers politischer Karriere werden.

Die Kommunisten spielten eine sehr bedeutende Rolle bei dieser großen Bewegung der Kriegsteilnehmer. Die Workers Ex-Servicemen’s League jedoch mit ihren sehr schwachen Kräften war nicht imstande, die Führung der sich rasch entwickelnden Bewegung in der Hand zu behalten. Zu diesem Versagen trug außerdem der Umstand bei, daß die Parteiführung anfänglich hinsichtlich der Möglichkeiten der Bewegung unsicher war.

[408:]

Die Präsidentschaftswahlen von 1932

Zur Zeit der Präsidentschaftswahlen von 1932 hatte sich das Land nach 37 Monaten Wirtschaftskrise noch immer nicht erholt. Die Republikanische Partei, deren Kandidat Hoover war, wußte nichts anderes vorzuschlagen als eine Fortführung seiner unfruchtbaren Politik. Die Demokraten mit Franklin D. Roosevelt entwarfen ein Programm, das sich von dem der Republikaner nur wenig unterschied. Roosevelt forderte Sparsamkeit in der Verwaltung, ein ausgeglichenes Budget und eine gesunde Währung und machte allgemeine Versprechungen hinsichtlich der Arbeitslosenunterstützung. Von seinem späteren umfassenden Reformprogramm ließ er nichts verlauten, doch wandte er sich in seinen Reden an „die Vergessenen“ und sprach ganz allgemein von einem “New Deal”. Die AFL-Führer neigten zu Roosevelt, hielten aber offiziell noch immer an ihrer antiquierten Neutralitätspolitik im Sinne von Gompers fest. Wie vorauszusehen war, gewann Roosevelt die Wahl, und zwar mit der Rekordmehrheit von 7 Millionen Stimmen. Alle Staaten, bis auf sechs, stimmten für ihn.

Die Kommunistische Partei stellte als Präsidentschaftskandidaten William Z. Foster und als Vizepräsidentschaftskandidaten James W. Ford auf, einen Neger und ehemaligen Stahlarbeiter aus Alabama, dessen Großvater von Ku-Klux-Klan-Leuten gelyncht worden war. Das Wahlprogramm der Partei forderte Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit und eine Sozialversicherung auf Kosten des Staats und der Unternehmer, die Einstellung der Lohnkürzungspolitik Hoovers, Sonderunterstützungen für die hart bedrängten Farmer ohne Einschränkungen durch die Regierung und die Banken, Steuerbefreiung für

---

12 Siehe Erklärung der Kommunistischen Partei in “The Communist”, September 1932.

13 Siehe Jack Douglas, “Veterans on the March”, New York 1934, S. 16-18.

verarmte Farmer und das Verbot der zwangsweisen Eintreibung von Pachtgebühren oder Schulden, gleiche Rechte für die Neger und das Selbstbestimmungsrecht für den Schwarzen Gürtel, Kampfmaßnahmen gegen den kapitalistischen Terror, gegen jegliche Beschneidung der politischen Rechte der Arbeiter und gegen den imperialistischen Krieg sowie die Verteidigung des chinesischen Volkes und der Sowjetunion. Die Partei, die sich in 40 Staaten an der Wahl beteiligte, führte eine sehr [409:] energische Kampagne durch. Sie veranstaltete Hunderte von Kundgebungen, verteilte 7 Millionen Flugblätter und verkaufte 1 Million Broschüren. Mitten im Wahlkampf erlitt Foster einen Herzanfall, der ihn auf mehrere Jahre mehr oder weniger in seiner Tätigkeit behinderte. Die Partei erhielt insgesamt 102.991 Stimmen.

Die Lage in der Partei und in der Young Communist League

Die von den Kommunisten bei der Wahl erzielte Stimmenzahl war zwar mehr als doppelt so groß wie im Jahre 1928, entsprach aber offensichtlich keineswegs der Tatsache, daß die Partei und andere linke und fortschrittliche Organisationen in den Krisenjahren so viele große Kämpfe durchgeführt und tatkräftig geleitet hatten. Dieses Mißverhältnis erklärte sich im wesentlichen dadurch, daß die Arbeiter zwar bei den heftigen Kämpfen um ihre Tagesforderungen – Unterstützungen, Löhne usw. – der kommunistischen Führung bereitwillig in Massen folgten, aber noch nicht geneigt waren, mit dem Kapitalismus als solchem zu brechen, was, wie sie fühlten, eine Stimmabgabe für die kommunistischen Kandidaten bedeutet hätte. Außerdem wollten sie, befangen in den Illusionen des Zweiparteiensystems, ihre Stimmen nicht für Minderheitskandidaten „vergeuden".

Die Partei selbst trug zur Begrenzung ihres Wahlerfolgs und ihres allgemeinen Einflusses unter den Massen dadurch bei, daß sie es unterließ, eine Wahlkampagne auf der Grundlage einer umfassenden Einheitsfront um die in ihrem Programm umrissenen aktuellen Probleme jener Zeit zu entwickeln. Sie hätte diese Tagesforderungen in ihrer Wahlkampagne viel mehr in den Vordergrund stellen müssen. Statt dessen legte sie viel zuviel Nachdruck auf solche weitgesteckten Ziele, wie sie in den Losungen „Der revolutionäre Ausweg aus der Krise" oder „Eine Arbeiter- und Farmerregierung" zum Ausdruck kamen. Das war ein linkssektiererischer Fehler, zu dem die Partei dadurch verleitet wurde, daß sie es nicht verstand, gegenüber den verheerenden Auswirkungen der Wirtschaftskrise geschickt nach einem leninistischen Kurs zu operieren.

[410:] Auf dem VI. Parteitag im Juni 1930 wurde das Sekretariat reorganisiert. Organisationssekretär wurde W. W. Weinstone, Gewerkschaftssekretär William Z. Foster und Verwaltungssekretär Earl Browder. Browder war früher Chefredakteur des "Labor Herald" und der "Labor Unity" gewesen und hatte lange Zeit dem Zentralexekutivkomitee angehört.

In den Krisenjahren von 1929 bis 1933 stieg die Mitgliederzahl der Kommunistischen Partei von nicht ganz 10.000 auf 18.000, und die der Young Communist League erreichte etwa 3000. Diese Zahlen standen jedoch ebenfalls in keinem richtigen Verhältnis zu dem weitreichenden Einfluß der Kommunisten bei den großen Massenkämpfen jener Zeit. Die Arbeiter, die noch immer an den Kapitalismus glaubten, während sie bei ihren Tageskämpfen den Kommunisten folgten, waren noch nicht bereit, sich kämpferischen kommunistischen Organisationen in größerer Zahl anzuschließen, wie sie ja auch der Partei bei den Wahlen nicht ihre Stimme gegeben hatten.

Trotzdem hätten weit mehr Mitglieder gewonnen werden können, wenn die organisatorische Arbeit nicht so mangelhaft gewesen wäre, was im besonderen auf den hartnäckigen Glauben zurückzuführen war, daß zur Zeit von Massenkämpfen keine Mitglieder gewonnen werden könnten. So nahm die Partei die üble Gewohnheit an, die Werbung neuer Mitglieder fast nur im Rahmen spezieller Kampagnen durchzuführen, die gewöhnlich in politisch weniger gespannten Zeiten veranstaltet wurden. Die Entwicklung der Mitgliederzahl wurde ferner dadurch negativ beeinflußt, daß die Wichtigkeit der Organisationsarbeit speziell unter der Jugend immer noch unterschätzt wurde und sogar Kommunisten die entscheidende Bedeutung der Schaffung einer starken Massenpartei nicht völlig begriffen. Diese letztgenannten Schwächen machten sich in den Vereinigten Staaten ganz besonders bemerkbar, wo die Gewerkschaften seit jeher die Hauptorganisationen der Arbeiterklasse gewesen sind und die Arbeiterparteien geschichtlich eine viel geringere Rolle gespielt haben.

[411:]

21
ERSTE KÄMPFE UNTER DEM NEW DEAL
(1933–1936)

Als Franklin D. Roosevelt am 4. März 1933 Präsident wurde, lag der amerikanische Kapitalismus, der von bürgerlichen und sozialdemokratischen Ökonomen noch vor kurzem überall in der Welt enthusiastisch als krisenfest gepriesen worden war, nach mehr als dreieinhalb Jahren der großen Wirtschaftskrise noch immer darnieder. Die Industrieproduktion und der Außenhandel waren um die Hälfte zurückgegangen. Eine Bank nach der andern stellte ihre Zahlungen ein. 17 Millionen Arbeiter lagen auf der Straße. Millionen von Facharbeitern, Farmern und Angehörigen des Mittelstandes hatten ihre Ersparnisse, ihre Wohnungen und ihre Farmen durch Bankzusammenbrüche und Zwangsvollstreckungen verloren. Die Massen waren bitter enttäuscht und von Grimm erfüllt über das Hungerdasein, das die Unternehmer ihnen brutal aufzwangen. Immer wieder kam es zu Arbeitslosendemonstrationen, Streiks und Veteranenmärschen, und am Horizont zogen drohend die Wolken verschärfter Klassenkämpfe auf. Niemals in ihrer ganzen Geschichte waren die amerikanischen Kapitalisten so ratlos und erschrocken gewesen wie jetzt in dieser bedrohlichen wirtschaftlichen und politischen Situation. Nicht die „Prosperität“ für alle, sondern die „Revolution“ schien unmittelbar bevorzustehen.

Um dieser chaotischen Verhältnisse Herr zu werden, ging Roosevelt mit phantastischer Schnelligkeit daran, seinen New Deal einzuführen, über den er während der Wahlkampagne fast kein Wort gesagt hatte. Die in Panik geratenen kapitalistischen Politiker peitschten im Kongreß einen Gesetzentwurf nach dem andern mit solcher Hast durch, daß viele Abgeordnete nur ganz unklare Vorstellungen von dem hatten, worüber sie [412:] abstimmten, selbst wenn sie die vielen Entwürfe wirklich lasen. Diese Flut von Gesetzen wurde hauptsächlich von Roosevelts „Gehirntrust“– Moley, Tugwell, Berle und anderen – produziert.

Der New Deal, wie er in den zahllosen alphabetisch geordneten Gesetzen und Ämtern seiner ersten Jahre zum Ausdruck kam, bedeutete eine erheblich verstärkte Zentralisierung der Bundesregierung und ihre verstärkte Einmischung in das Wirtschaftsleben des Landes. Damit sollten im einzelnen folgende Ziele erreicht werden: „a) Rekonstruktion des zerrütteten Finanz- und Banksystems, b) Rettung des dahinsiechenden Geschäftslebens durch große Anleihen und Subventionen, c) Förderung privater Kapitalinvestitionen, d) Erhöhung der gesunkenen Preise durch Einführung inflationistischer Tendenzen, e) Überwindung der landwirtschaftlichen Überproduktion durch Einschränkung der Anbauflächen und Erntevernichtung, f) Schutz der Farm- und Hausbesitzer gegen Zwangsvollstreckungen, g) Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten und Stärkung der Massenkaufkraft durch öffentliche Arbeiten, h) Einführung einer Minimalunterstützung für die hungernden Arbeitslosen.“[1]

Der allgemeine Zweck dieser Masse von sich vielfach widersprechenden Reformgesetzen bestand darin, dem kranken Wirtschaftssystem eine heilende Spritze zu verabfolgen. Außerdem wurde damit ein wesentliches politisches Ziel verfolgt, nämlich die kampflustigen Massen von energischeren Aktionen abzuhalten. Varga bemerkt dazu: „Das Ziel des New Deal bestand zuerst und vor allem darin, die Farmer und Arbeiter von revolutionären Massenaktionen abzuhalten.“[2] Und in der Tat, wäre Roosevelts Programm nicht gewesen, so wären die Arbeiter damals viel weiter gegangen, als sie es taten, und fast sicherlich aus dem Zweiparteiensystem ausgebrochen, um eine eigene politische Partei zu gründen.

Die Kommunistische Partei forderte zwar selbst viele von Roosevelts Reformen, wies aber klar darauf hin, daß der New Deal kein Programm zur Erreichung des Sozialismus war, wie die Sozialdemokraten überall in der Welt behaupteten. Der [413:] New Deal enthielt keine Spur von Sozialismus. Nach wie vor beherrschten die Kapitalisten unbeschränkt die Banken, die Fabriken und das Transportsystem, so daß sie die Arbeiter wie vorher ausbeuten konnten. Ebensowenig war der New Deal das Programm

---

1 William Z. Foster, “Outline Political History of the Americas”, New York 1951, S. 422.

2 Eugene Varga, “Two Systems”, New York 1939, S. 135.

eines „fortschrittlichen Kapitalismus“, wie die Gewerkschaftsführer, die Liberalen und schließlich Earl Browder ihn nannten. In ökonomischer Hinsicht war er einfach ein Plan zur Stützung des schwer erschütterten Kapitalismus in den Vereinigten Staaten, zur Rekonstruktion des amerikanischen Imperialismus, damit dieser in einem kapitalistischen Weltsystem, das sich in einer fortschreitenden allgemeinen Krise befand, weiterleben konnte. Der New Deal beruhte zum größten Teil auf den Ideen des bekannten englischen Ökonomen John Maynard Keynes, nach dessen Theorie der Kapitalismus in seiner monopolistischen Phase nicht mehr ein sich selbst regulierendes ökonomisches System war und sich entweder mit einer Politik direkter Einmischung seitens der Regierung und der Subventionen für die Industrie abfinden oder hoffnungslos zugrunde gehen mußte.[3]

Präsident Roosevelt, persönlich ein wohlhabender Mann, war ein erklärter Anhänger des kapitalistischen Systems, und der offen zugegebene Zweck seines New Deal bestand darin, die kapitalistische Gesellschaftsordnung mit gewissen liberalen Zutaten beizubehalten und zu festigen. Bei der Ausarbeitung seines Programms vermied Roosevelt sorgfältig alle Maßnahmen, die irgendwie zur Untergrabung des kapitalistischen Systems hätten führen können. Sein ganzes Regime wirkte sich zum Vorteil des Monopolkapitals, des amerikanischen Imperialismus aus. Niemals erzielten die Kapitalisten höhere Profite, die Vertrustung machte immer schnellere Fortschritte, die Monopole verwuchsen rasch mit dem Staatsapparat, so daß ein staatsmonopolistischer Kapitalismus entstand. Unter der Präsidentschaft Roosevelts machte das Monopolkapital der Wallstreet in den Vereinigten Staaten wie im Auslande zahlreiche Fortschritte, die es schließlich in die Lage versetzten, den unverschämten Anspruch auf die Weltherrschaft zu erheben.

[414:]

Warum kein Faschismus in den Vereinigten Staaten?

Am 30. Januar 1933, fünf Wochen vor der Amtsübernahme Roosevelts in den Vereinigten Staaten, riß in Deutschland Adolf Hitler die Macht an sich. Der Machtantritt des Agenten des deutschen Monopolkapitals Hitler war eine direkte Folge der sozialdemokratischen Politik des sogenannten kleineren Übels, das heißt, die Sozialdemokraten lehnten es ab, bei Wahlen und Kampfaktionen mit den Kommunisten gegen Hitler zusammenzugehen, und trugen durch ihre Stimmabgabe für den reaktionären Generalfeldmarschall von Hindenburg als dem „kleineren Übel“ im Vergleich mit Hitler zu dessen Wiederwahl als Reichspräsident bei. Das hinderte diesen nicht im geringsten, nach wenigen Monaten Hitler das Amt des Reichskanzlers zu übertragen. So kamen die Nazis an die Macht.

Die Sozialdemokraten machten ihren Verrat an der Arbeiterklasse noch offenkundiger durch die Behauptung, Hitler sei legal an die Macht gekommen, und sie beschlossen, ihn aus diesem Grunde zu unterstützen. Dann schlug der faschistische Blitz ein und zerschmetterte die Sozialdemokratie sowohl wie die Kommunistische Partei, die Gewerkschaften, die Genossenschaften und alle anderen demokratischen Organisationen und Institutionen.

Als Hitler sein Amt in Deutschland übernahm, befand sich das Land infolge der großen Wirtschaftskrise in einer bedrängten Lage. Die Wirtschaft war völlig zusammengebrochen, rund 8 Millionen Arbeitslose führten ein Hungerdasein, und der Mittelstand war verarmt. Die großen Monopolisten, die nun durch Hitler die unbeschränkte Herrschaft ausübten, errichteten alsbald eine faschistische Diktatur, indem sie die Arbeiterbewegung zerschlugen und die bürgerlich-parlamentarische Regierungsform abschafften. Um die gelähmte Wirtschaft wieder in Gang zu bringen, stürzten sie sich in eine gewaltige Aufrüstungskampagne. Dann griffen sie nach der Weltherrschaft, und dieser faschistische Irrsinn führte sie schließlich in die vernichtende Niederlage im zweiten Weltkriege.

Der von der deutschen Bourgeoisie eingeschlagene faschistische Kurs war keine ausschließlich deutsche Spezialität. Er [415:] entsprach mehr oder weniger der allgemeinen Orientierung des Monopolkapitals im internationalen Maßstabe. Auf diese Weise gedachten die großen Bankiers, die Großunternehmer und Großgrundbesitzer die allgemeine Krise des Kapitalismus zu überwinden und die

---

3 Siehe John Maynard Keynes, “The General Theory of Employment, Interest, and Money”, New York 1935.

drohende Gefahr des Sozialismus im nationalen wie im internationalen Maßstabe ein für allemal zu beseitigen. Die Großkapitalisten, die reaktionärsten Elemente unter ihnen, träumten zweifellos von einer faschistischen Welt. Überall in Europa trugen diese herrschenden Schichten sich mit faschistischen Ideen, vor allem in Italien, Spanien, Polen, Ungarn, den baltischen Staaten und den Balkanländern. In Frankreich und in geringerem Grade auch in Großbritannien gab es starke profaschistische Strömungen in der herrschenden Klasse. Auch in den Vereinigten Staaten war das Finanzkapital, wie wir später sehen werden, vom Geiste des Faschismus durchdrungen.

Warum kam es unter diesen Umständen in den Vereinigten Staaten nicht zur Errichtung eines faschistischen Regimes? Wenn es in den vom Großkapital beherrschten Vereinigten Staaten tatsächlich nicht zu dem Versuch kam, die verheerende Wirtschaftskrise mit den verzweifelten Methoden des Faschismus aus der Welt zu schaffen, so war das auf eine Reihe von Faktoren zurückzuführen, die den kapitalistischen Drang zum Faschismus abschwächten. a) Zunächst war der amerikanische Kapitalismus von der allgemeinen Krise des Systems nicht so schwer betroffen wie der deutsche. b) Sodann sah sich der amerikanische Kapitalismus im Gegensatz zum deutschen nicht einer drohenden proletarischen Revolution gegenüber. c) Außerdem gehörte der amerikanische Kapitalismus damals zu derjenigen Gruppe imperialistischer Mächte, die vorübergehend die Aufrechterhaltung des Status quo in dem Kräfteverhältnis innerhalb des imperialistischen Lagers begünstigten, und rüstete nicht aktiv zu einem Weltkrieg zum Zweck der Neuaufteilung der Welt, wie es der deutsche Kapitalismus tat. d) Schließlich besaß der amerikanische Kapitalismus im Gegensatz zum deutschen noch die finanziellen Mittel, um ein Reformprogramm wie den New Deal durchzuführen, statt zu der verhängnisvollen Waffe des Faschismus zu greifen.

[416:] Die genannten Faktoren trugen zweifellos wesentlich dazu bei, den Drang des amerikanischen Finanzkapitals zum Faschismus zu zügeln; aber es ist unbestreitbar, daß das amerikanische Finanzkapital trotzdem starke Tendenzen in dieser Richtung erkennen ließ. Bei der Eindämmung dieser faschistischen Gefahr spielte eine entscheidende Rolle der Massenwiderstand des Volkes – der Arbeiter, der Neger, der armen Farmer und der unteren Schichten des Kleinbürgertums. Wenn sie auch keine Revolutionäre waren, so handelten sie doch nach den besten Traditionen des amerikanischen Volkes und führten eine ganze Reihe ökonomischer und politischer Kampfaktionen durch, die sich der Kontrolle der bestürzten Unternehmer und ihrer Lakaien in der Gewerkschaftsbürokratie weitgehend entzogen. Die Kommunistische Partei betrachtete es als ihre Hauptaufgabe, diesen Widerstand zu ermuntern und den Unternehmern sowie der Regierung alle nur möglichen Konzessionen abzuringen. Die Massenkämpfe dieser Jahre hemmten offensichtlich die wachsenden faschistischen Tendenzen in der herrschenden Klasse und zwangen diese, den verelendeten und kampfentschlossenen Werktätigen erhebliche Konzessionen zu machen. Kurz, die amerikanischen Arbeiter hielten, wie die französischen Arbeiter und die Arbeiterschaft anderer europäischer Länder, den Vormarsch des Faschismus in den Vereinigten Staaten auf, wobei allerdings die politische Atmosphäre weniger gespannt war.

Das Gesetz über die industrielle Wiedergesundung des Landes

Der Eckstein des ursprünglichen Roosevelt-Programms war das Gesetz über die industrielle Wiedergesundung des Landes (National Industrial Recovery Act – NIRA), das am 13. Juni 1933 vom Kongreß angenommen wurde. Dadurch wurden in den verschiedenen Wirtschaftszweigen gesetzliche Vorschriften über Preise und Arbeitsbedingungen eingeführt. Das erklärte Ziel des Gesetzes war die Herstellung eines „ehrlichen Wettbewerbs“ im Geschäftsleben und in der Landwirtschaft. Den [417:] Arbeitern wurde theoretisch ein allerdings nicht klar umrissenes Organisationsrecht zugestanden, insofern es in Abschnitt VII (a) hieß, die Arbeiter hätten „das Recht, sich zu organisieren und durch selbstgewählte Vertreter Kollektivverträge abzuschließen“. Der gesamte Gesetzgebungsapparat lag in den Händen der National Recovery Administration, in der den Arbeitern – im Rahmen des Labor Advisory Board– beratende Rechte zugestanden wurden. In Wirklichkeit aber war die Arbeiterschaft nur in 26 der 775 gesetzgebenden Körperschaften vertreten. Beherrscht wurde der gesamte Apparat vom Großkapital.

In diesem ausgeklügelten Schema kamen die damals unter dem amerikanischen Großkapital herrschenden faschistischen Tendenzen zum Ausdruck. Das Gesetz über die industrielle Wiedergesundung des

Landes wurde gleichzeitig mit der US-Handelskammer geschaffen und hielt sich an das Vorbild von Mussolinis „Korporativstaat“. Der Plan sah in großen Zügen eine staatlich kontrollierte Industrie und Arbeiterbewegung vor. Der mit der Durchführung beauftragte General Hugh Johnson war ein Reaktionär und ein offener Bewunderer Mussolinis. Roosevelt gewährte diesem gefährlichen, zum Faschismus neigenden Plan bereitwillig seine Unterstützung.

Das Gesetz über die industrielle Wiedergesundung des Landes wurde im Jahre 1933 unter gewaltiger Reklame und mit Unterstützung einer alle Klassen umfassenden nationalen Front in Kraft gesetzt. Die Monopolherren, die darin eine Gelegenheit sahen, ihre Herrschaft in der Industrie zu festigen, das System der gelben Gewerkschaftsverbände auszubauen und die Arbeiterorganisationen mehr oder weniger ohnmächtig zu machen, waren dafür. Die Führer der Farmer und des Kleinbürgertums ließen sich durch die glänzenden Versprechungen einer wirtschaftlichen Gesundung verlocken. Die AFL-Führer, einschließlich der „Sozialisten“, hofften auf eine erhebliche Vergrößerung des Bestandes an zahlenden Mitgliedern, sei es selbst auf der Grundlage der Betriebskontrolle über die Gewerkschaften, und begrüßten das Unternehmen freudig. Huey Long, Pater Coughlin und andere faschistische Demagogen setzten sich ebenfalls leidenschaftlich für das Gesetz ein. Der Blaue Adler, das Symbol [418:] des Gesetzes, wurde damals geradezu zum Kennzeichen des Patriotismus und der staatsbürgerlichen Loyalität. Eine intensive Kampagne zur Durchführung des Gesetzes wurde veranstaltet. Wer die Wirtschaftsvorschriften zu umgehen versuchte, wurde praktisch als Landesverräter gebrandmarkt. Einzig die Kommunisten bekämpften das Gesetz konsequent.

Der Beginn des Massenkampfes

Nach der Theorie des Gesetzes über die industrielle Wiedergesundung sollten die Arbeiter sich ruhig verhalten, während ihre Führer in freundschaftlichen Besprechungen mit den Kapitalisten in der National Recovery Administration bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen für sie aushandelten. Roosevelt und Johnson erklärten, Streiks dürften nicht stattfinden, da sie die „Gesundung“ aufhalten würden. Die von dieser Idee gleichfalls beherrschten Führer der Gewerkschaften und der „Sozialisten“ trieben praktisch eine Politik des Streikverzichts. In der Tat wurden Streiks sozusagen als Verrat an der hinter dem Gesetz stehenden „nationalen Front“ gebrandmarkt. Aber die Massen der Arbeiter dachten ganz anders über die Sache. Sie beobachteten, daß nach den neuen Vorschriften zwar die Preise rasch anstiegen, ihre Löhne aber weit zurückblieben. Daher gingen sie in der durch die große Wirtschaftskrise erzeugten allgemeinen Kampfstimmung nach einem kurzen Nachlassen der Streiks in den ersten Monaten der Roosevelt-Regierung ihren „Führern“ zum Trotz dazu über, eine wachsende Streikbewegung zu entfalten. Es begann die größte Massenbewegung der Arbeiter in der amerikanischen Geschichte.

Die Kommunistische Partei ließ der wachsenden Streikbewegung jede nur mögliche Förderung und Führung angedeihen. Von Anfang an hatte die Partei das Gesetz über die Wiedergesundung samt all seinen praktischen Konsequenzen verurteilt. Sie warnte vor den in diesem ersten Programm der Roosevelt-Regierung enthaltenen schweren faschistischen Gefahren, besonders im Hinblick auf den tragischen Verlauf der Ereignisse in Deutschland unter Hitler. Im Juli 1933 berief die [419:] Partei eine Konferenz von 350 Delegierten nach New York ein.[4] Diese Konferenz richtete an die Partei einen Offenen Brief, in dem ein Programm des aktiven Kampfs entworfen und die Notwendigkeit betont wurde, sich auf die Bildung von Parteigruppen und Gewerkschaften in den entscheidenden Industriezweigen zu konzentrieren und die wachsende Massenstreikbewegung in jeder Beziehung zu unterstützen. Die Konferenz richtete an die Arbeiter die dringende Forderung: „Schreibt eure eigenen Vorschriften in der Streikpostenkette!“ Sie trug wesentlich dazu bei, die Partei für die bevorstehenden großen Massenkämpfe zu rüsten.

Im Jahre 1933 belief sich die Gesamtzahl der Streikenden auf 900.000, das heißt mehr als das Dreifache der Zahl von 1932. Die Trade Union Unity League unter der Leitung von Jack Stachel (Foster war krank) stand an der Spitze von 200.000 streikenden Arbeitern, während 250.000 Streikende

---

4 Siehe William W. Weinstone in “Political Affairs”, September 1949.

unabhängigen Verbänden und 450.000 der AFL angehörten. Die wichtigsten der zahlreichen von der Liga geführten Streiks dieses Jahres waren die von 16.000 Automobilarbeitern in Detroit, 5000 Stahlarbeitern in Ambridge, 3000 Bergarbeitern in West-Pennsylvania, 12.000 Schuharbeitern in New York, 15.000 Konfektionsarbeitern in New York, 18.000 Baumwollpflückern und 6000 Traubenpflückern in Kalifornien und Arizona sowie 2700 Arbeitern der Fleischkonservenindustrie in Pittsburgh.[5] In diesen Jahren erlebten alle Gewerkschaften eine Aufwärtsentwicklung. Die AFL gewann 500.000 neue Mitglieder, die unabhängigen Verbände 150.000 und die Liga 100.000, womit sie eine Mitgliederzahl von etwa 125.000 erreichte.[6]

[420:]

Die große Streikbewegung von 1934 bis 1936

Die im Jahre 1933 einsetzende Massenstreikbewegung unterschied sich erheblich von den üblichen Facharbeiterstreiks der AFL. In ihr widerspiegelten sich deutlich die Prinzipien, die Strategie und die Taktik, die die Kommunistische Partei und die Liga so tatkräftig propagiert hatten. Die Streiks erfaßten die vertrusteten Industriezweige, die bis dahin eine Domäne der AFL gewesen waren, wie zum Beispiel die Stahlindustrie, die Automobilindustrie, die Aluminiumindustrie, den Seetransport usw. Sie ignorierten die AFL-These, daß gewerkschaftliche Vereinbarungen den gewerkschaftlichen Streikbruch rechtfertigten. Sie erstreckten sich auf ganze Industriezweige. Sie umfaßten Neger, ungelernte Arbeiter, eingewanderte Arbeiter, Frauen, Jugendliche und Angestellte. Sie betonen die Solidarität zwischen Beschäftigten und Arbeitslosen. Sie verwendeten linke Kampfmethoden wie Massenstreikposten, Betriebsdelegationen, umfassende Streikausschüsse, Sitzstreiks und Arbeitelangsam-Streiks. Sienahmen immer mehr politischen Charakter an und entwickelten sich über die Köpfe der reaktionären Gewerkschaftsbürokraten hinweg, die die Kämpfe abwürgen wollten.

Diese radikale Tendenz zu Massenstreiks verstärkte sich in den Jahren 1934-1936. Die Zahl der Streikenden war groß, und nicht weniger groß war ihr Kampfgeist. Im Jahre 1934 streikten 1.466.695, im Jahre 1935 1141.363 und im Jahre 1936 788.648 Arbeiter. Es kam zu Streiks in ganzen Industriezweigen und zu örtlich begrenzten Generalstreiks. Die Arbeiter kämpften hauptsächlich um Lohnerhöhungen und Anerkennung der Gewerkschaften. Die meisten dieser Streiks waren von Erfolg gekrönt. Die Arbeiter streikten damals vielfach mit dem Ziel, „die Einhaltung der Vorschriften zu erzwingen“, in Wirklichkeit aber gingen ihre Forderungen über die Zielsetzungen des Gesetzes über die industrielle Wiedergesundung des Landes hinaus. Das, worauf die Kommunistische Partei energisch hingearbeitet hatte, geschah: Die Arbeiter schrieben in der Tat ihre eigenen Vorschriften in der Streikpostenkette.

Die Unternehmer begegneten der wachsenden Streikbewegung, wie üblich, mit Gewaltmaßnahmen. Sie mobilisier-[421:]ten ihre bewaffneten Werkschutzbanditen gegen die Streikenden, zogen die lokalen Polizeikräfte heran, um Arbeiter niederschlagen und ins Gefängnis werfen zu lassen, und erreichten bei zahlreichen Streiks den Einsatz von Militär. Bei dem großen, das ganze Land umfassenden Textilarbeiterstreik wurden 16 Arbeiter getötet. Weit mehr noch kamen bei dem Kohlenarbeiterstreik, dem Streik in San Francisco und bei anderen erbitterten Wirtschaftskämpfen ums Leben. Insgesamt wurden in den Jahren 1934-1936 bei Massenkämpfen 88 Arbeiter getötet. Aber die Arbeiter schlugen zurück, und die Streikwelle stieg weiter an.

Von großer Bedeutung in der Streikbewegung während dieser ersten Jahre des New Deal war die Tätigkeit des National Unemployed Council. Diese Organisation agitierte beharrlich weiter für Arbeitslosenunterstützung und Arbeitslosenversicherung und förderte unentwegt die Solidarität zwischen den Beschäftigten und den Arbeitslosen. Bei jedem bedeutenden Streik war sie aktiv und stärkte

---

5 Siehe “Report to the Eighth Convention, C. P. U. S. A.”, 2. April 1934.

6 Die wichtigsten der Liga angeschlossenen Verbände waren die Konfektionsarbeiter mit 25.000, die Metallarbeiter mit 21.000, die Landarbeiter mit 20.000, die Kohlenbergarbeiter mit 10.000, die Nahrungsmittelarbeiter mit 10.000, die Schuharbeiter mit 9000, die Möbelarbeiter mit 8000, die Seeleute mit 7000, die Textilarbeiter mit 7000, die Automobilarbeiter mit 5000, die Holzarbeiter mit 3500, die Fischer mit 2000 und die Tabakarbeiter mit 1400 Mitgliedern.

die Kampffront. Auch die von den Sozialisten organisierte Workers Alliance spielte eine gewisse Rolle unter den Arbeitslosen. Im April 1936 schlossen sich die Unemployed Councils, die Workers Alliance und die National Unemployed League auf Vorschlag der Kommunisten in Washington zu einer einzigen Organisation mit schätzungsweise 500.000 Mitgliedern zusammen.[7] Im Jahre 1938 erreichte die Mitgliederzahl der Organisation 800.000. Das einflußreichste Element in der neuen Organisation und in ihrer Führung wurden die Kommunisten. Das Ergebnis der aktiven Arbeit unter den Arbeitslosen war, daß zum erstenmal in der Geschichte der amerikanischen Arbeiterbewegung während einer Wirtschaftskrise Streikbrecher nur schwer aufzutreiben waren. Obwohl die Zahl der Arbeitslosen in der Zeit von 1933 bis 1936 niemals geringer als 13 Millionen war, lehnten sie es ab, die Arbeitsplätze von Streikenden zu übernehmen. Hauptsächlich dank der tatkräftigen Führung der Arbeitslosen durch die Kommunistische Partei erhob sich so die Solidarität der Arbeiterklasse in den Vereinigten Staaten auf eine neue, höhere Stufe.

[422:] Die größten und bedeutendsten ganze Industriezweige erfassenden Streiks in der Zeit von 1934 bis 1936 waren die der Textilarbeiter und der Braunkohlenarbeiter, die beide von der AFL durchgeführt wurden. Der von den United Textile Workers im September 1934 durchgeführte Streik erfaßte 475.000 Arbeiter in elf Staaten; auch zahlreiche Arbeiter im Süden waren beteiligt. Der Streik begegnete scharfen Gewaltmaßnahmen von seiten der Unternehmer und der Regierung. Im großen und ganzen war er verloren, als die Forderungen der Streikenden einem Schiedsgericht unterbreitet wurden und der Kampf abgebrochen wurde. An dem großen Braunkohlenarbeiterstreik vom September 1935 beteiligten sich 400.000 Bergarbeiter. Fast alle wichtigeren Braunkohlenreviere waren stillgelegt. In wenigen Tagen endete der Streik mit einem Siege. Er führte zu neuer Stärkung der United Mine Workers, nachdem diese bei dem verhängnisvollen Streik von 1927/1928 fast zerschlagen worden waren. In den Küstengebieten des Nordwestens streikten 41.000 Holzarbeiter der links orientierten National Lumber Workers. Ein anderer sehr wichtiger Streik, der auf die in den vertrusteten Industriezweigen unmittelbar bevorstehende große Streikwelle hindeutete, war der erfolgreiche Streik der Gummiarbeiter in Akron Anfang 1936.

Ein charakteristischer Zug dieser Jahre waren die wichtigen örtlich begrenzten, mehr oder weniger vollständigen Generalstreiks, die sich über die „geheiligten“ AFL-Verträge hinwegsetzten. In Milwaukee (Februar 1934) und Minneapolis (Mai 1934) erhielten kleinere Gruppen von Streikenden rasch die Unterstützung der örtlichen Arbeiterorganisationen, als die Unternehmer mit Gewalt gegen sie vorgingen, und nur durch rechtzeitige Vereinbarungen wurden Generalstreiks abgewandt. Zu einer weiteren umfassenden Streikbewegung kam es im gleichen Jahre in Pekin (Illinois). Als im Mai 1934 die Unternehmer in Toledo den Versuch machten, einen Streik von 1500 Metallarbeitern zu zerschlagen, leisteten die örtlichen Arbeiterorganisationen tatkräftige Hilfe, und 83 von 91 AFL-Verbänden stimmten ihren konservativen Führern zum Trotz für den Streik. In Terre Haute fand im Juli 1935 ein zweitägiger Streik von 48 AFL-Verbänden mit 26.000 Arbeitern zur Unter-[423:]stützung von 600 hart bedrängten Metallarbeitern statt. Bei allen diesen Gelegenheiten waren die Kommunisten äußerst aktiv.

Der Generalstreik von San Francisco

Der große Generalstreik im Gebiet von San Francisco, an dem 127.000 Arbeiter beteiligt waren, fand vom 16. bis 19. Juli 1934 statt. Er entwickelte sich aus einem Streik von 35.000 Seeleuten längs der Westküste. Die Kommunistische Partei, die in Kalifornien über eine starke Organisation verfügte, unterstützte den Streik in jeder Hinsicht, und ihr Einfluß war bestimmend für den Verlauf des Kampfes. Dieser historische Streik gab der gesamten amerikanischen Arbeiterbewegung gewaltigen Auftrieb.[8]

Die Bewegung begann schon 1932 mit einer Kampagne der Kommunisten und Fortschrittler zur Organisierung der Seeleute an der Pazifik-Küste. Ihren Höhepunkt erreichte diese Kampagne in der Gründung eines starken AFL-Hafenarbeiterverbandes unter der Führung von Harry Bridges, in der Forderung nach besseren Arbeitsbedingungen und in einem Streik von 12.000 Hafenarbeitern am 7.

---

7 Siehe Labor Research Association, “Labor Fact Book 3”, New "York 1936, S. 154.

8 Über Einzelheiten und Darstellungen des Streiks siehe Labor Research Association, “Labor Fact Book 3” – Mike Quin, “The Big Strike” – George Morris, “Where Is the C. I. O. Going?”

Mai 1934. Die Marine Workers Industrial Union, die der Trade Union Unity League angehörte und unter der Leitung Harry Jacksons die Führung von entscheidenden Schichten der Seeleute an sich brachte, rief ebenfalls zum Streik auf, und am 23. Mai befanden sich die acht AFL-Gewerkschaften der Seeleute längs der ganzen Küste im Ausstand. Zum erstenmal war die Schiffahrt an der Westküste vollständig lahmgelegt. Die konservative AFL-Führung machte die größten Anstrengungen, um die machtvolle Bewegung abzuwürgen, hatte aber keinerlei Erfolg. Der Diktator der Longshoremen's Union, Joseph Ryan, wurde gezwungen, die Führung des Streiks aus der Hand zu geben, und verließ die Stadt. Bridges als Vorsitzender eines 75köpfigen Ausschusses der einfachen Mitglieder überspielte in Zusammenarbeit mit [424:] den aktiven Arbeitern die Gewerkschaftsbürokraten glänzend bei jeder Gelegenheit.

Empört über die rücksichtslosen Maßnahmen der Unternehmer zur Niederschlagung des Streiks der Seeleute und über ihre offensichtliche Entschlossenheit, das Open-Shop-System in der Stadt einzuführen, entwickelten die Arbeiter von San Francisco einen großartigen Kampfgeist. Die Kommunistische Partei, die in den wichtigsten örtlichen AFL-Verbänden zahlreiche Mitglieder und Anhänger hatte, drängte auf einen Generalstreik in allen Städten an der pazifischen Küste. Vergeblich bemühte sich die oberste Gewerkschaftsführung, der wachsenden Stimmung für einen Generalstreik unter den Arbeitern entgegenzuarbeiten. Mitte Juni verbreitete die Painters' Local 1158 ein Rundschreiben mit der Forderung eines Generalstreiks. Anfang Juli erklärte sich die einflußreiche Machinists Local 68 mit vielen anderen Ortsverbänden für den Streik. Die Ermordung zweier Hafenarbeiter durch die Polizei am 8. Juli – einer von ihnen war Nick Bordois, ein Kommunist – goß Öl in die Flammen, und 35.000 empörte Arbeiter beteiligten sich an der Beisetzung. Am 10. Juli rief der Arbeiterrat von Alameda zum Generalstreik auf; am 12. Juli traten die Fuhrleute von San Francisco und Oakland in den Ausstand, und am 16. Juli wurde das gesamte Gebiet von San Francisco durch 160 AFL-Verbände mit 127.000 Mitgliedern in die Bewegung hineingerissen.

Der Streik war äußerst wirksam. Praktisch kam die gesamte Industrie der Gegend von San Francisco zum Stillstand. Die Arbeiter bekundeten machtvoll ihre Empörung über die große Wirtschaftskrise und ihren festen Willen, sich ein besseres Leben unter dem versprochenen New Deal zu erkämpfen. Ohne die Erlaubnis des Generalstreikkomitees konnte, kein Laden öffnen, kein Kraftwagen fahren, kein Rad in den Fabriken sich drehen. Niemals war eine amerikanische Stadt so vollständig durch einen Streik lahmgelegt wie damals die ganze Gegend um San Francisco.

Die Behörden – die Kommunalverwaltung, die Staatsregierung und die Bundesregierung – setzten alle ihre Machtmittel gegen diesen für die Kapitalisten so gefährlichen Streik ein. Der Oberbürgermeister Rossi vereidigte 5000 Sheriffs und [425:] Polizisten; der Gouverneur Merriam forderte 4500 Milizleute, um das Streikgebiet unter Kontrolle zu halten; Präsident Roosevelt verurteilte den Streik, und seine Beauftragten, Hugh Johnson von der National Recovery Administration und der Arbeitsminister Frances Perkins, machten an Ort und Stelle den Versuch, ihn zu zerschlagen. Die Presse peitschte die ganze Gegend auf mit einer wilden Kommunistenhetze und lautem Geschrei, daß die kommunistische Revolution vor der Tür stehe. Gekaufte Subjekte überfielen und demolierten die Räumlichkeiten der Kommunistischen Partei, des "Western Worker" und verschiedener Gewerkschaften und linker Massenorganisationen. Die "New York Times" berichtete am 29. Juli 1934: „Über 400 Männer und eine Anzahl Frauen wurden verhaftet und im Gefängnis so eng zusammengepfercht, daß die meisten auf dem Fußboden schlafen mußten." Mehrere Wochen lang stand die Kommunistische Partei in Kalifornien praktisch außerhalb des Gesetzes.

Während die Regierung von außen gegen den Streik vorging, stürmten die AFL-Führer in noch gefährlicherer Weise von innen gegen ihn an. William Green beschimpfte den Streik als „nicht genehmigt" und als das Werk der Kommunisten; Joseph Ryan und andere Arbeiterbetrüger versuchten, die Mitglieder ihrer Verbände zur Wiederaufnahme der Arbeit zu zwingen, und Howard von der Typographical Union gelang es, seine Leute durch eine im letzten Augenblick vereinbarte zehnprozentige Lohnerhöhung zum Weiterarbeiten zu bewegen. Was die obersten Gewerkschaftsführer in San Francisco – Vandeleur, Kidwell, Deal und andere – betraf. so schlossen sie sich, als sie sahen, daß sie den Generalstreik nicht verhindern konnten, diesem an, um ihn abzuwürgen. Auf Grund ihrer beherrschenden Stellung

im Generalstreikkomitee lehnten sie es ab, das Erscheinen der kapitalistischen Zeitungen sowie das Funktionieren des Telefon- und Telegrafendienstes zu unterbinden; zahlreichen Gaststätten und Kraftfahrzeugfirmen erteilten sie die Genehmigung zur Weiterarbeit; sie machten keinerlei Versuch, die Streikenden zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in der Stadt einzusetzen; sie unterstützten die Streikbruchkampagne und die Kommunistenhetze der Unternehmer. [426:] Und als sie sich Herr der Lage fühlten, stellten sie plötzlich den Antrag, den Streik abzublasen. Trotz all ihrer Manöver aber konnten sie den Antrag nur mit 191 gegen 174 Stimmen durchbringen, ohne eine namentliche Abstimmung zu riskieren. Damit fand der historische Streik sein Ende.

Die Seeleute mußten nun allein weiterkämpfen. Am 30. Juli nahmen die 35.000 Streikenden nach dreimonatigem Ausstand die Arbeit wieder auf. Ihre Forderungen wurden an ein Schiedsgericht überwiesen, und sie errangen einen Teilerfolg. In diesem epochemachenden Streik schufen die Hafenarbeiter der Westküste und ihr Führer, Harry Bridges, die Grundlage für eine der stärksten Gewerkschaften in der kapitalistischen Welt, die International Longshoremen's and Warehousemen's Union.

Der große Streik von San Francisco hätte nur gewonnen werden können, wenn er sich über das ganze Küstengebiet und noch weiter ausgedehnt hätte. Diese Ausdehnung war unerläßlich, um die gemeinsamen Versuche der Regierung, der Unternehmer und der AFL-Führung zu vereiteln, die den Streik lokalisieren, isolieren und dadurch abwürgen wollten. Die Kommunisten und die anderen linken und fortschrittlichen Elemente waren sich trotz ihrer zahlreichen Fehler im einzelnen darüber klar, daß die Ausdehnung des Streiks unbedingt notwendig war, und ihre Bemühungen gingen in dieser Richtung. Aber gegenüber der gewaltigen Opposition reichten ihre Kräfte dazu nicht aus. Der „verlorene" Streik von San Francisco wirkte sich trotz aller düsteren Prophezeiungen auf die Arbeiterbewegung in Kalifornien und in den gesamten Vereinigten Staaten belebend aus. Er füllt eines der ruhmreichsten Blätter in der ganzen Geschichte der amerikanischen Arbeiterbewegung.

Verschmelzung der Trade Union Unity League mit der AFL

In den ersten beiden stürmischen Jahren des New Deal strömten etwa eine Million Arbeiter, zum größten Teil ungelernte und eingewanderte Arbeiter aus der Schwerindustrie, in die AFL-Verbände. Diese Arbeiter zogen es naturgemäß vor, [427:] sich den anerkannten und festfundierten Gewerkschaften anzuschließen, wenn die Aussicht bestand, dadurch etwas zu gewinnen. Die Lage in diesen Gewerkschaften wurde durch diesen Zustrom völlig verändert. Er vereitelte die Streikverzichtpolitik der Gewerkschaftsfunktionäre, brachte frischen demokratischen Wind in die Verbände, schwächte die beherrschende Stellung der Bürokratie und erschwerte die Anwendung antikommunistischer Klauseln gegen die Linken. Außerdem begannen Teile der obersten Gewerkschaftsführung sich für die organisatorische Arbeit zu interessieren.

In der Erkenntnis, daß die Verhältnisse, die ursprünglich zur Gründung der Trade Union Unity League geführt hatten, sich jetzt wesentlich veränderten, begannen die Kommunisten und die anderen Linken, die stets leidenschaftliche Vorkämpfer der Gewerkschaftseinheit gewesen waren, alsbald sich auf die Rückkehr zur AFL umzustellen. Schon Anfang 1933 unterstützten sie die Bergarbeiter bei ihren Bemühungen um die Wiederherstellung der United Mine Workers, und im September 1934 schlug die Liga der AFL die Gewerkschaftseinheit vor. In verschiedenen Industriezweigen begannen die Gruppen der Liga mit den entsprechenden AFL-Verbänden zusammenzuarbeiten. Diese Einheitstendenzen kamen jedoch den obersten AFL-Führern sehr ungelegen, und William Green warnte in einem Rundschreiben vor diesen Einheitsanträgen.

Im Frühjahr 1934[9] propagierte die Kommunistische Partei einen unabhängigen Gewerkschaftsverband, der sich aus den 400.000 Mitgliedern der Liga und anderen unabhängigen Verbänden zusammensetzen sollte. Aber diese Politik wurde bald als falsch erkannt und fallengelassen. Statt dessen wurde die Tendenz zur allgemeinen Gewerkschaftseinheit von der Partei überall tatkräftig gefördert. Anfang 1935 stimmten die der Liga angeschlossenen Gewerkschaften der Stahl-, Automobil- und Konfektionsarbeiter für den Anschluß an die AFL. Wo die Arbeiter nicht geschlossen übertreten

9 Siehe "Labor Unity", Juni 1934.

konnten, traten sie einzeln bei. Am 16. und 17. März 1935 konstituierte sich die Liga auf einem Sonderkongreß als Committee for the Unification of the Trade Unions mit dem Ziel, die noch bestehenden Verbände [428:] der Liga in die AFL überzuführen.[10] Vier Monate später löste sie sich endgültig auf.

Trotz gelegentlicher sektiererischer und dualistischer Tendenzen spielte die Liga eine wichtige und positive Rolle in der Arbeiterbewegung. In der ganzen Zeit der Wirtschaftskrise, als der Kampfgeist in der AFL fast ganz erloschen war, leistete sie, wie wir gesehen haben, eine heldenhafte und erfolgreiche Arbeit in der Führung der Kämpfe der Beschäftigten sowohl wie der Arbeitslosen. Ihr energisches Eintreten für das Prinzip der Industrieverbände im Laufe mehrerer Jahre wirkte sehr erzieherisch auf die Arbeiter. Die Verbindungen, die sie gemeinsam mit den Betriebsgruppen der Kommunistischen Partei in der Schwerindustrie hergestellt hatte, spielten eine wesentliche Rolle bei der großen Organisierungskampagne des Committee for Industrial Organization in den nächsten Jahren. Die Partei handelte im wesentlichen richtig, indem sie die Liga unterstützte.

Die Gründung des Committee for Industrial Organization (CIO)

Die großen Arbeiterkämpfe der ersten Jahre des New Deal erreichten einen bemerkenswerten Höhepunkt mit der Gründung des Committee for Industrial Organization (CIO) im November 1935. Die Organisation setzte sich ursprünglich aus Vertretern der Gewerkschaften der Kohlenbergarbeiter, Textilarbeiter, der Damen- und Herrenschneider, Drucker, Ölfeldarbeiter, der Mützen- und Hutmacher und der Erzbergarbeiter mit einer Gesamtmitgliedschaft von rund einer Million zusammen. Ziel des Komitees war die gewerkschaftliche Organisierung der fast durchweg unorganisierten Millionen von Arbeitern in der vertrusteten Schwerindustrie. Das war ein außerordentlich bedeutungsvolles Beginnen, und die Kommunistische Partei unterstützte es von Anfang an sehr aktiv.

Die maßgebenden Führer in der AFL-Bürokratie hatten die gewaltige Massenbewegung zum gewerkschaftlichen Zusammenschluß, die sich in den letzten Monaten der Wirtschaftskrise und [429:] in der Anfangszeit des New Deal entwickelte, mit Unbehagen und Besorgnis beobachtet. Sie fürchteten sie kaum weniger als die Unternehmer selbst. Sie befürchteten, die vielen neuen ungelernten und eingewanderten Mitglieder mit ihren radikalen Vorstellungen über Wesen und Zweck der Gewerkschaften könnten dem behaglichen Dasein der Bürokraten ein Ende machen, indem sie die gelernten Arbeiter als beherrschendes Element in den Verbänden beiseite schoben, die Schranken zwischen den Berufen niederrissen und die Fachverbände in Industrieverbände umwandelten, die Arbeiterbewegung von dem Prinzip der Klassenzusammenarbeit zu dem des Klassenkampes drängten und sich neue und wahrscheinlich radikale Führer wählten. Um alle diese drohenden Gefahren zu vermeiden und doch von dem Umschwung in der Stimmung der Massen zu profitieren, verlegten die Green-Bürokraten sich auf die Politik, die gelernten Arbeiter für sich einzufangen und die übrigen ich selbst zu überlassen, in der altbewährten AFL-Manier.

Bezeichnenderweise waren die acht AFL-Verbände, die das CIO gründeten, alle mehr oder weniger nach dem Prinzip der Industrieverbände aufgebaut. Ihre Führer – John L. Lewis, Philip Murray, Sidney Hillman und andere – stützten sich zwar, wie die Green-Bürokraten, in erster Linie auf die gelernten Arbeiter, hatten aber begriffen, daß diese Politik nicht unbedingt die Fernhaltung der ungelernten von den Gewerkschaften einschließen mußte. Auf Grund der bitteren Erfahrungen der Nachkriegszeit und der Wirtschaftskrise und auch auf Grund des starken Dranges der einfachen Arbeiter zum organisatorischen Zusammenschluß waren sie zu der Überzeugung gelangt, daß die Schaffung von Gewerkschaften in der Schwerindustrie absolut notwendig war, wenn die Arbeiterbewegung am Leben bleiben und vorankommen sollte. Später veranlaßte diese Erkenntnis sie unter dem Druck. der neuorganisierten Massen zu zahlreichen fortschrittlichen Maßnahmen. Nur in diesem begrenzten Sinne konnten sie selbst als fortschrittlich bezeichnet werden. In der Folge erwies es sich, daß sie ihre entscheidende Rolle als Verteidiger des kapitalistischen Systems gegen die elementaren Interessen der Arbeiter keineswegs aufgaben (siehe Kapitel 34).

---

10 Siehe “Daily Worker”, 11., 16. und 17. März 1935.

[430:] Die Spaltung in den Reihen der Gewerkschaftsbürokratie beschleunigte das Tempo der gewerkschaftlichen Entwicklung erheblich. Die Kommunisten, die in der AFL ein bedeutender Machtfaktor waren, arbeiteten mit den Oppositionsführern weitgehend zusammen und unterstützten sie in ihrer neuen, fortschrittlichen Rolle. Als im Jahre 1933 der Zustrom zu den Gewerkschaften begann, hatten die AFL-Führer versucht, die neuen Mitglieder nach Berufen zu sortieren und unter die entsprechenden Verbände aufzuteilen. Da dies sich als undurchführbar erwies, schlossen sie die Arbeiter in gemischten Ortsverbänden zusammen. Auf dem AFL-Kongreß von 1934 jedoch mußte die Angelegenheit, da bereits 2000 solcher Verbände bestanden, geregelt werden. Es herrschte eine starke Stimmung für die Gründung von Industrieverbänden, und in 14 Resolutionen wurde diese Maßnahme gefordert. Die Kommunistische Partei unterstützte die Bewegung unter den einfachen Arbeitern tatkräftig. Selbst die hartgesottenen Bürokraten, aus denen die AFL-Kongresse sich zusammenzusetzen pflegen, waren sich darüber klar, daß sie manövrieren mußten. So setzte die Leitung eine einstimmig angenommene Resolution durch, die sich zwar für das Prinzip der Fachverbände aussprach, „soweit die Grenzlinien zwischen den Berufen unverkennbar sind“, aber doch das Bedürfnis nach Industrieverbänden in unbestimmten Formulierungen anerkannte und den Exekutivrat anwies, für verschiedene Industriezweige Charten auszustellen. Die Fortschrittler setzten voraus, daß diese Urkunden auf dem Prinzip der Industrieverbände beruhen würden. Dieser AFL-Kongreß fand in San Francisco kurz nach dem Generalstreik statt, bei dem die Linken, alle Anhänger der Industrieverbände, eine so wichtige Rolle gespielt hatten.

Im Laufe des Jahres 1935 stellte der Exekutivrat begrenzte Charten für die Automobilarbeiter und die Gummiarbeiter aus, lehnte es aber ab, den vielen neuen Ortsverbänden in der Rundfunk-, Zement- und Aluminiumindustrie und in anderen Zweigen der Schwerindustrie entsprechende Charten zuzustellen. Er tat auch nichts, um die geplante Organisierungskampagne in der Stahlindustrie voranzutreiben, obwohl die Stahlarbeiter sich den Eintritt in die Verbände vielfach buchstäblich erzwungen [431:] hatten. Kurz, der Exekutivrat sabotierte die Resolution des Kongresses von 1934 in schamloser Weise, und das erbitterte die Anhänger der Industrieverbände maßlos.

Auf dem Kongreß von 1935 in Atlantic City, der am 7. Oktober begann, brachten daher John L. Lewis und fünf andere Gewerkschaftsführer eine Resolution ein, die die Schaffung von Industrieverbänden in der Schwerindustrie forderte. Die Resolution verurteilte die fachverbändlerische AFL-Politik scharf als fruchtlos in den vertrusteten Industriezweigen und erklärte: „In denjenigen Industriezweigen, in denen die von der Mehrzahl der Arbeiter geleistete Arbeit derartig ist, daß mehr als ein Fachverband für sie zuständig wäre, ist die Organisation in Industrieverbänden die einzige Form, die für die Arbeiter annehmbar ist und ihren Bedürfnissen entspricht.“ Nach langer und heftiger Debatte wurde die von Lewis eingebrachte Resolution mit 18.025 gegen 10.924 Stimmen abgelehnt. Die AFL-Führer waren entschlossen, diese Industriezweige unorganisiert zu lassen, da eben dadurch ihre eigene Zuständigkeit unangefochten blieb.

Die Lewis-Gruppe ließ sich durch ihre Niederlage nicht entmutigen. Einen Monat später gründete sie das CIO und begann mit der Organisationsarbeit. Überall im Lande eröffnete sie eine energische Kampagne in der Stahl-, Automobil-, Gummi- und Textilindustrie und in den Kokereien. Die acht gemeinsam arbeitenden Verbände brachten kolossale Geldmittel auf. Organisierungskomitees für das ganze Land wurden ins Leben gerufen, und neue Industrieverbände sollten gegründet werden. Die Schwerindustrie sollte der AFL-Führung zum Trotz gewerkschaftlich organisiert werden.

Die Green-Bürokratie verurteilte das CIO wegen dieses Vorgehens sofort und schloß die acht Verbände nach vielem Hin und Her am 5. August 1936 wegen „Gewerkschaftsspaltung und Widersetzlichkeit“ aus der AFL aus. Dieser Ausschluß, der sich auf mehr als eine Million Mitglieder (rund 40 Prozent der AFL) bezog, wurde von dem AFL-Kongreß in Tampa (Florida) im Oktober 1936 trotz starker Opposition bestätigt. Die Spalter um Green, Woll und Hutcheson ließen sich auch durch die zahlreichen Proteste nicht aufhalten, die von Ortsverbänden, Stadt-[432:]leitungen und Verbänden aus allen Teilen des Landes kamen. Sie wollten lieber die Arbeiterbewegung zugrunde richten als von ihrem überlebten Prinzip der Fachverbände abgehen.

Lewis, der es offenbar für ausgemacht hielt, daß die organisatorische Arbeit ohne unmittelbaren Kontakt mit der Green-Bürokratie erledigt werden mußte, machte keine ernsthafte Anstrengung, um die Verbindung mit der AFL aufrechtzuerhalten. In dieser taktischen Frage stimmten die Kommunisten nicht mit ihm überein. Die Kommunisten waren der Ansicht, daß Lewis, da er 40 Prozent der AFL-Verbände hinter sich hatte und auch in den übrigen Gewerkschaften über eine starke Anhängerschaft verfügte, in der Lage gewesen wäre, die Green-Bürokratie durch entschlossenen Kampf zu schlagen. Tatsächlich entsandte Lewis nicht einmal CIO-Delegierte nach Tampa. Die Kommunisten erklärten, die Spaltung hätte, wenn sie schon unvermeidlich war, wenigstens unter weit günstigeren Bedingungen für das CIO vollzogen werden können. Die Partei lehnte die Spaltung ab und gab die Losung aus „Für eine einheitliche, starke AFL!“[11] Sie setzte jedoch alle ihre Kräfte für den Aufbau des CIO in all seinen Stadien und für die Schaffung von Gewerkschaften in der Schwerindustrie ein, wofür sie so lange und so energisch gekämpft hatte.

Das Wachstum der Kommunistischen Partei

In den Jahren 1933-1936 machte die Kommunistische Partei, die sich an allen Massenkämpfen der damaligen Zeit aktiv beteiligte, beträchtliche Fortschritte, nicht nur bezüglich ihres Einflusses unter den Massen, sondern auch zahlenmäßig. Sie konzentrierte ihre Kräfte mehr und mehr auf die Schwerindustrie. Zur Zeit des VIII. Parteitages in Cleveland, vom 2. bis 8. April 1934, betrug die Zahl der Mitglieder 24.500 gegenüber 14.000 im Jahre 1932. Von den 233 ordentlichen Delegierten kamen 119 aus der Schwerindustrie. Unter den Delegierten befanden sich 39 Neger, die Zahl der Neger unter den Parteimit-[433:]gliedern betrug 2500. Der wachsende Anteil der geborenen Amerikaner wurde auch dadurch sichtbar, daß 145 Delegierte in den Vereinigten Staaten geboren waren. Die Young Communist League war um diese Zeit auf 5000 Mitglieder angewachsen, hatte sich also ebenfalls seit 1932 wesentlich vergrößert. Zur Zeit des IX. Parteitags in New York, vom 24. bis 28. Juni 1936, war die Zahl der Parteimitglieder schon auf 41.000 angestiegen, und die Young Communist League hatte 11.000 Mitglieder.

Die Socialist Party, die Gruppen um Muste, Lovestone und Trotzki, die Socialist Labor Party und die Proletarian Party blieben sämtlich kleine und größtenteils stagnierende Sekten. In der Mitte der dreißiger Jahre zeigte die Socialist Party eine Zeitlang etwas Leben und Bewegung. Aber die ausgerechnet von dem Opportunisten Norman Thomas geführte „linke“ Richtung verlor bald wieder an Kraft, und 1936 kam es in der von Trotzkisten und rechtsopportunistischen Sozialdemokraten sowie von den. Anhängern Mustes und Lovestones zugrunde gerichteten Socialist Party zu einer verworrenen Spaltung, durch die sie noch hilfloser wurde. Die führende Rolle der Kommunistischen Partei als der Vorhut der aktiven Kräfte in der Arbeiterbewegung war klar und unbestreitbar geworden.

---

[11] Siehe Erklärung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei in “The Communist”, März 1936.

[434:]

22
DER DEMOKRATISCHE MASSENKAMPF
(1933-1936)

In den ersten Jahren des New Deal nahm nicht nur die Gewerkschaftsbewegung einen starken Aufschwung, sondern es entwickelten sich auch verschiedene demokratische Massenkämpfe anderer Art. Die Kommunistische Partei spielte infolge ihrer Einheitsfrontpolitik und ihrer wachsenden Bedeutung als Vorhut der Arbeiterklasse bei der Auslösung und Förderung vieler dieser Bewegungen eine wesentliche Rolle. Die Roosevelt-Regierung, in ihrem Kampf gegen die extreme Reaktion mehr und mehr auf die Unterstützung der Volksmassen angewiesen, duldete und unterstützte sie sogar gelegentlich. Alle diese Kräfte schufen schließlich die demokratische Basis der großen politischen Koalition, mit deren Unterstützung Roosevelt viermal Präsident wurde.

Der National Negro Congress

Ein charakteristisches Merkmal dieser Jahre waren die bedeutenden politischen Fortschritte des Negervolks. Die Negermassen setzten sich gegen die Diskriminierung in der Arbeit, gegen die Jim-Crow-Politik sowie gegen die Lynchjustiz energisch zur Wehr. Sie machten Fortschritte und erwarben sich allgemeines Ansehen in der Wissenschaft, in der Literatur, im Theaterleben und im Sport.[1] Sie rissen die Scheidewände in der [435:] Arbeiterbewegung nieder und schufen so die Voraussetzungen dafür, daß die Zahl der Neger unter den Gewerkschaftsmitgliedern heute eine Million beträgt. Auf allen Gebieten des Klassenkampfes standen sie in der vordersten Front der demokratischen Massen.

Der wachsende Kampfgeist des Negervolks verkörperte sich damals in dem National Negro Congress, der vom 14. bis zum 16. Februar 1936 in Chicago organisiert wurde. Er war das Ergebnis einer Konferenz unter der gemeinsamen Leitung der Howard-Universität und des Joint Committee on National Recovery.[2] Der Kongreß, dem auch Weiße angehörten, stellte eine breite Einheitsfront der Neger aus allen demokratischen Schichten dar. Er umfaßte Republikaner, Demokraten, Sozialisten und Kommunisten, Geistliche, Arbeiter, Angehörige freier Berufe und Geschäftsleute. Insgesamt waren 817 Delegierte zugegen, die aus 28 Staaten kamen und 585 Organisationen mit 1,2 Millionen Mitgliedern vertraten. Unter den Anwesenden waren so bekannte Persönlichkeiten wie Ralph Bunche, W. E. B. DuBois, A. Philip Randolph, R. A. Carter, John P. Davis, James W. Ford und andere. Die Mehrzahl der Delegierten kam aus kommunalen Organisationen (226), Bildungsorganisationen (14) und religiösen Organisationen (81). 83 Gewerkschaften und 71 Bruderschaften waren vertreten. Landesvorsitzender war A. Philip Randolph und Sekretär John P. Davis.

Die Kommunisten spielten bei der Organisierung dieses bedeutungsvollen Kongresses eine wesentliche Rolle. Die Idee des Kongresses war zwei Jahre zuvor von dem als Kommunist bekannten James W. Ford in einer Diskussion mit Oscar De Priest und Frank Crosswaith entwickelt worden. Auch an der Popularisierung des Kongresses und der umfassenden organisatorischen Arbeit zu seiner Ermöglichung hatte die Partei großen Anteil. Auf den Kongreß selbst übten Ford und andere Kommunisten sowie Sympathisierende großen Einfluß aus. Dem von dem Kongreß gewählten 75köpfigen Nationalrat gehörten mehrere Kommunisten an.

Der Kongreß nahm ein fortschrittliches Programm an, das den dringendsten Bedürfnissen des Negervolks Rechnung trug. [436:] Es drängte auf Zulassung der Neger zu den Gewerkschaften, trat für die Gewerkschaftseinheit ein, verurteilte das Jim-Crow-System und andere reaktionäre Maßnahmen und forderte gleiche Rechte für die Neger. Er unterstützte den Kampf gegen Faschismus und Krieg und distanzierte sich von der „neutralen“ Haltung der Vereinigten Staaten im Zusammenhang mit der Invasion in Abessinien. Er entwarf einen Plan für Konsum- und Produktionsgenossenschaften sowie

---

1 Damals eröffnete die Kommunistische Partei ihre lange, unermüdliche und schließlich, im Jahre 1947, von Erfolg gekrönte Kampagne gegen die Diskriminierung der Neger in den großen Baseball-Verbänden. Die Negerpresse beteiligte sich sehr aktiv an dieser Kampagne.

2 Siehe James W. Ford in “The Communist”, April, Mai und Juni 1936.

für den Ausbau der Workers Alliance. Der Kongreß setzte sich für einen Weltkongreß des Negervolks ein, und die Kirchenvertreter empfahlen den Kirchen, jeden fünften Sonntag der Förderung der Bestrebungen des Kongresses zu widmen. Auf politischem Gebiet entschied sich der Kongreß für die Gründung einer Farmer- und Arbeiterpartei, erklärte jedoch einstweilen: „Wir unterstützen keine Kandidaten, aber wir schaffen Klarheit über ihre Vergangenheit." Über sein politisches Endziel gab der Kongreß keinerlei Erklärungen ab, ebensowenig nahm er zur Negerfrage als einer nationalen Frage Stellung.

Der Landeskongreß der Neger, in dem sowohl Arbeiter als auch Angehörige des Mittelstandes vereinigt waren, hatte in vielen Städten Ortsgruppen. Er brachte die führende Rolle der Massen der Negerarbeiter in der allgemeinen Bewegung des Negervolks zum Ausdruck. In den nächsten Jahren erwies er sich als ein besonders wichtiger Faktor beim Aufbau des CIO und bei der Propagierung des Gewerkschaftsgedankens unter den Negerarbeitern.

Der American Youth Congress

Eine der wichtigsten unter den Massenbewegungen, die sich in den ersten Jahren des New Deal entwickelten, war der American Youth Congress. Eine Organisation dieser Art hatte es in den Vereinigten Staaten noch nie gegeben. 1934 gegründet, umfaßte die Bewegung beim Ausbruch des zweiten Weltkrieges etwa 4,6 Millionen Jugendliche. In ihr offenbarte sich der leidenschaftliche Protest der amerikanischen Jugend gegen die bittere Not der Jugendlichen während der großen Wirtschaftskrise, gegen die allgemeine Vernachlässigung ihrer Inter-[437:]essen seitens der Regierung und gegen die drohende Gefahr des Faschismus und eines neuen Weltkrieges.[3]

Die Roosevelt-Regierung ging frühzeitig daran, diese neue und dynamische, das ganze Land erfassende Kraft der organisierten Jugendlichen unter ihre Kontrolle zu bringen. Zu ihrer Wortführerin wählte sie infolgedessen eine junge Frau, Viola Ilma, die mit Unterstützung Frau Roosevelts, eines halben Dutzends Gouverneure, des Oberbürgermeisters La Guardia und anderer Regierungsvertreter im August 1934 eine allgemeine Jugendkonferenz nach New York einberief. Ihr Aufruf fand lebhaften Widerhall: Es waren mindestens 1,5 Millionen organisierte Jugendliche vertreten, darunter der Christliche Verein junger Männer, der Christliche Verein junger Mädchen, der Jüdische Verein junger Männer und viele andere religiöse Organisationen und Bruderschaften der Jugendlichen. Die Katholiken waren durch Beobachter vertreten. Anwesend waren auch Vertreter der Young People's Socialist League und der Young Communist League.

Viola Ilma, die gerade erst aus dem faschistischen Deutschland zurückgekehrt war, hatte ihre Vorstellungen über die Art der neuen Jugendorganisation offenbar von der Hitler-Jugend übernommen. Sie schien zu glauben, die jungen Leute seien zur Konferenz gekommen, um sich sagen zu lassen, was sie zu tun hätten, wie man das mit ihnen in der Schule, im Betrieb und in der Armee tat. Aber sie unterschätzte den neuen demokratischen Geist der Jugend völlig. Als daher die Konferenz versuchte, sich einen eigenen Vorsitzenden zu wählen, und sie es ablehnte, den Antrag auch nur zu unterstützen, setzte die Versammlung sich über ihren Despotismus hinweg und stimmte sie nieder. Daraufhin zeigte sie der Konferenz die kalte Schulter und erhob in der Presse ein lautes Geschrei darüber, daß die Kommunisten die Jugendbewegung an sich gerissen hätten. Frau Roosevelt war verblüfft über den unerwarteten Verlauf der Dinge, aber da viel auf dem Spiele stand, schloß sie sich dem American Youth Congress, der nunmehr gegründet wurde, an. Der Vorsitzende der Young Communist League, Gilbert Green, wurde in die Landesleitung gewählt.

[438:] In den nächsten Jahren entwickelte der Jugendkongreß eine rege Tätigkeit. Er wirkte bei der gewerkschaftlichen Organisierung der Jugendlichen mit, kämpfte für bessere Verhältnisse in den Jugendhilfslagern des von der Regierung geschaffenen Civilian Conservation Corps, forderte ein fortschrittlicheres Programm für die im Juni 1935 gegründete National Youth Administration, verurteilte ohne jede Zurückhaltung jegliche Diskriminierung des Negervolks und kämpfte gegen die wachsende Gefahr des Faschismus und des Krieges. Der Jugendkongreß formulierte sein politisches

---

3 Siehe Dave Doran, "Highway of Hunger", New York 1933.

Sofortprogramm für die Jugend in dem am 30. Januar 1936 im Kongreß eingereichten Jugendgesetzentwurf.[4] Dieser Entwurf stellte einen umfassenden Plan zur Berufsausbildung und Studienhilfe dar, der von der Regierung finanziert und von den Studenten durchgeführt werden sollte. Der Entwurf wurde zwar niemals Gesetz, fand aber in weiten Kreisen Verbreitung und diente als Grundlage für zahlreiche Jugendgesetze des Bundes und einzelner Staaten.

Fast über Nacht wurde die organisierte Jugend zu einem Machtfaktor im Lande. Jugendführer wie Waldo McNutt, William Hinckley, Joseph Cadden und Gilbert Green waren Persönlichkeiten, mit denen man rechnen mußte. Sogar die AFL mußte die neue Jugendbewegung auf ihrem Kongreß von 1935 anerkennen, wo sie zum erstenmal in ihrer Geschichte positiv zu einer Reihe von Jugendanträgen Stellung nahm. Auch das CIO entsandte Delegierte zu den Tagungen des Jugendkongresses, setzte sich für die Forderungen streikender Jugendlicher ein und unterstützte die Bewegung auch in anderer Weise aktiv. In vielen Gewerkschaften und Parteien der Farmer und Arbeiter in einzelnen Staaten wurden Jugendabteilungen gebildet, die im Interesse der Jugend arbeiteten und Forderungen erhoben. Auch die Republikanische und die Demokratische Partei legten großes Gewicht auf die Jugendarbeit, wie sie sie verstanden.

Ein wichtiges Ereignis in der Jugendbewegung jener Zeit war es, als im Dezember 1935 in Columbus (Ohio) durch die Verschmelzung der 1932 gegründeten und unter kommunistischer Führung stehenden National Student League und der [439:] 1905 gegründeten und unter sozialistischer Führung stehenden, weit schwächeren Student League for Industrial Democracy die American Student Union gegründet wurde. Unter den zahlreichen und verschiedenartigen Aktionen dieser Union ist der Streik von 184.000 Studenten gegen den Krieg hervorzuheben, der am 12. April 1937 durchgeführt wurde und das ganze Land erfaßte. Derartige Streiks fanden bis zum April 1941 immer wieder statt. In den Jahren 1938 und 1939 streikten insgesamt mehrere hunderttausend Studenten. Ein anderes sehr wichtiges Ereignis in der damaligen Jugendbewegung war die Gründung des vielversprechenden Southern Negro Youth Congress, die im Februar 1937 in Richmond (Virginia) auf der Grundlage einer breiten Einheitsfront erfolgte. Vorsitzender war Edward Strong. Auch James W. Ford, James Jackson und Henry Winston spielten eine führende Rolle in dieser sehr wichtigen Bewegung, die in den nächsten Jahren überall im Süden ausgedehnte Bildungsarbeit leistete, Streiks unterstützte, den Entwurf des Landesjugendgesetzes popularisierte und gegen das Jim-Crow-System auf allen Gebieten kämpfte. Im Jahre 1939 waren in dieser Organisation und in der Southern Conference for Human Welfare mindestens 500.000 jugendliche Neger des Südens zusammengefaßt. Die Kommunisten waren in diesen Organisationen sehr aktiv.

Sehr stark war der kommunistische Einfluß in dem American Youth Congress, der eine fortschrittliche Politik betrieb. Die Führer der großen Jugendorganisationen fühlten sich besonders stark angezogen von dem Kampfgeist der Kommunisten, von ihrem Verständnis für die Jugendfrage überhaupt und für die besonderen Forderungen der Jugendlichen, von ihrer geschickten Einheitsfrontpolitik unter den Jugendlichen der verschiedensten politischen und religiösen Richtungen und vor allem von ihrem zielbewußten und unermüdlichen Kampf gegen die wachsende Gefahr des Faschismus und des Krieges. Gegner des American Youth Congress, wie die Sozialisten und andere, zeterten, die Kommunisten hätten die Jugendbewegung völlig in der Hand. Der bedeutendste Jugendführer war Gilbert Green.

Die Sozialisten, die Anhänger Lovestones und die Trotzkisten standen zwar in loser Verbindung zum Jugendkongreß, sabo-[440:]tierten aber die Bewegung in ihrem Haß gegen die Kommunisten im allgemeinen derartig, daß sie ihren politischen Niedergang nur vorübergehend aufhalten konnten. Die Young Communist League dagegen erlebte dank ihrer gesunden Politik einen Aufschwung. Ihre aktive Teilnahme an der breiten Massenbewegung der Jugendlichen trug wesentlich dazu bei, daß sie ihr altes Sektierertum überwand. Die Young Communist League wuchs an Mitgliederzahl, Einfluß und Erfahrung und gewann eine festere Grundlage unter den Jungarbeitern. Zur Zeit ihres IX. Kongresses im Jahre 1939 zählte sie 22.000 Mitglieder gegenüber 11.000 im Jahre 1936 und 3000 im

---

4 Siehe Labor Research Association, "Labor Fact Book 3", S. 70.

Jahre 1933. In Funktionären wie Green, Winston, Thompson, Weiss, Gates, Strack, Ross und anderen erzog sich der Verband eine zuverlässige marxistisch-leninistische Führung.

Die Frauenbewegung

Die Frauen, die die Hälfte der amerikanischen Wählermassen und rund ein Drittel aller Lohnarbeiter darstellen, spielten ebenfalls eine hervorragende Rolle in den breiten Massenbewegungen, die sich in den ersten Jahren des New Deal in allen demokratischen Schichten der Bevölkerung entwickelten. Jedoch brachten es die Frauen nicht zu einer starken und fest umrissenen nationalen Organisation in der Art der von uns in diesem und dem vorhergehenden Kapitel geschilderten. Sie bildeten vielmehr einen wesentlichen und sehr aktiven Bestandteil aller dieser Massenbewegungen. Während der hier behandelten Periode konzentrierte sich die Frauenbewegung vorwiegend auf die Frauen-Charte.

Die Frauen-Charte wurde im Jahre 1936 von einer Gruppe liberaler Frauen und Vertreterinnen der Arbeiterbewegung verfaßt.[5] Zahlreiche Organisationen setzten sich für sie ein, darunter – mit Vorbehalten – die Kommunistische Partei. Auch von Regierungsstellen wurde sie unterstützt, so zum Beispiel von Mary Anderson, der Leiterin des Frauenamtes im Arbeitsministerium. Dies deutete darauf hin, daß das Roosevelt-[441:]Regime dahinterstand. In den folgenden Jahren setzten sich schließlich Organisationen, die insgesamt mehrere Millionen Frauen umfaßten, für die Frauen-Charte ein. Sie wurde in die Resolution über die Gleichberechtigung der Frauen aufgenommen, die auf der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf im Jahre 1937 beschlossen wurde.

Die Frauen-Charte forderte die volle Gleichberechtigung der Frauen auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens. Mutter Bloor begrüßte sie[6] unter anderem mit der Begründung, daß „sie eine große einigende Kraft für den Frieden und für den Kampf gegen Reaktion und Faschismus sein könnte“. Ann Rivington sagt von ihr, daß sie für die Frauen „der Höhepunkt der Einheitsfront in diesem Jahrzehnt“ war.[7] Margaret Cowl Krumbein, die damals die Frauenkommission der Partei leitete, setzte sich aktiv für die Charte ein.

In verschiedenen Industriezweigen, wie zum Beispiel in der Konfektion, der Textilindustrie und der Elektroindustrie, befanden sich unter den neuorganisierten Gewerkschaftsmitgliedern viele Frauen, und die Partei kümmerte sich sehr eingehend um sie. In dem ausgedehnten Netz von gewerkschaftlichen Frauengruppen, die hauptsächlich auf Initiative der Kommunisten in den CIO-Verbänden in der Stahl- und Automobilindustrie und verschiedenen anderen Industriezweigen entstanden, stellten sie eine bedeutende Kraft dar. Die der Partei angehörenden Arbeiterinnen taten auch viel zur Unterstützung der Women’s Trade Union League.

Die kommunistischen Frauen spielten in der Partei stets eine führende Rolle im Zusammenhang mit der Bewegung für Volksgesundheit. Sie schufen das Workers Health Bureau of America in New York und veranstalteten im Juni 1927 eine Landesgesundheitskonferenz der Gewerkschaften in Cleveland. Offiziell vertreten waren die AFL-Verbände der Staaten Ohio, Illinois, Pennsylvania, Michigan, Washington und Rhode Island sowie viele Stadtleitungen und Ortsverbände. Diese bahnbrechende Konferenz beschäftigte sich hauptsächlich mit der Frage der Betriebsunfälle und Berufskrankheiten. Sie entwarf [442:] ein Programm für umfassende Erziehungsarbeit, Gesundheitsschutz, Unfallverhütung und Schadenersatzleistung. In den späteren Stadien des New Deal waren die weiblichen Parteimitglieder auch sehr aktiv in der großen Massenbewegung für staatliche Gesundheitsversicherung und ein großzügiges Gesundheitsprogramm für alle Staaten.

Neben dem Kampf für ihre spezifischen Forderungen, besonders für Schwangerschaftsversicherung, Arbeitsschutz und Kinderfürsorge, setzten sich die Frauen für das gesamte Programm der Partei ein. Sehr aktiv waren sie im Kampf gegen die hohen Lebenshaltungskosten und die Kürzungen der Works-Progress-Administration-Unterstützung sowie in der Unterstützung der Streiks. Besondere Aufmerksamkeit widmeten sie den Nöten und Forderungen der Negerinnen. Ebenso kämpften sie

---

5 Siehe Mary Van Kleeck in “The Woman Worker”, Februar 1937.

6 Siehe “The Woman Today”, Februar 1937.

7 Siehe Ann Rivington, unveröffentlichtes Manuskript.

unermüdlich gegen den reaktionären Zusatzartikel über Gleichberechtigung, der auf die Initiative der Women's Rights Party zurückging und sowohl von der Demokratischen als auch von der Republikanischen Partei unterstützt wurde. Am Internationalen Frauentag, dem 8. März, veranstalteten sie regelmäßig große Demonstrationen. Besonders aktiv waren die Frauen im Kampf für den Frieden, und sie bildeten das Rückgrat der American League Against War and Fascism.

Die Entwicklung des internationalen Faschismus verlieh dem Kampf der Frauen neue Kraft, denn, wie Georgi Dimitroff auf dem VII. Komintern-Kongreß sagte: „Der Faschismus versklavt die Frauen besonders rücksichtslos und zynisch, indem er auf die innigsten Gefühle der Mutter, der Hausfrau, der alleinstehenden Arbeiterin ... spekuliert."[8] Ein wirksames Argument in der Propaganda der kommunistischen Frauen war die höhere ökonomische, politische und soziale Stellung der Frauen in der Sowjetunion im Vergleich zu der allgemeinen Lage der Frauen in allen kapitalistischen Ländern.[9] In diesen Jahren bildete die Partei einen festen Stamm von marxistisch-leninistisch geschulten Funktionärinnen heran. Wie groß die Anziehungskraft der [443:] Partei für kämpferisch gesinnte Frauen war, zeigte sich bei der großen Werbekampagne von 1937, bei der mehr als 30 Prozent der neuen Mitglieder Frauen waren.

Die Massenbewegungen für „Allheilmittel"

Der mächtige demokratische Aufschwung der Massen in der Anfangsperiode des New Deal offenbarte sich besonders eindrucksvoll in den zahlreichen Massenbewegungen jener Zeit für die verschiedensten „Allheilmittel". Sie umfaßten breite Schichten der Farmer, des städtischen Mittelstandes und des Proletariats, deren Zahl manchmal in die Millionen ging. Im allgemeinen waren es die Arbeiter, die diesen Bewegungen Lebensfähigkeit verliehen. Schwer erschüttert durch die Wirtschaftskrise, gerieten diese Massen in blinde Empörung gegen den Kapitalismus und suchten verzweifelt nach irgendeinem Heilmittel. Gewöhnlich waren ihre Programme phantastisch und utopistisch, und die demagogischen Führer neigten vielfach zum Faschismus, aber die Massen selbst waren von demokratischem Kampfgeist erfüllt. Daß solche unklaren Bewegungen entstehen konnten, war ein Beweis für die ideologische Rückständigkeit der amerikanischen Arbeiter und für die Notwendigkeit einer großen politischen Partei mit einer fortschrittlichen Führung im Sinne der Arbeiterklasse.

1. Die *Technokratie*: Von Howard Scott ins Leben gerufen und auf einem konfusen Gemisch der Ideen der IWW sowie Thorstein Veblens beruhend, entwickelte sich diese Bewegung zur Zeit des Höhepunkts der Wirtschaftskrise und griff 1932/1933 im ganzen Lande wie ein Lauffeuer um sich. Die gesamte kapitalistische Presse beschäftigte sich eingehend mit ihr. Die Technokratie beruhte auf dem Trugschluß, daß die Mißstände des Kapitalismus nicht in erster Linie den Produktionsverhältnissen, sondern einfach dem „Verteilungssystem" entsprängen. Sie sah das Allheilmittel in der Ersetzung des üblichen „Preissystems" durch ein System von „Ergs" oder Energieeinheiten. Die Technokratie bestritt, daß die Arbeiter ausgebeutet werden, lehnte den Klassenkampf ab und leugnete [444:] die revolutionäre Rolle der Arbeiter. Im Grunde genommen empfahl sie die Herrschaft einer Oberschicht von Ingenieuren. Eine Zeitlang war sie große Mode unter den Intellektuellen, da sie sich speziell an die Ingenieure und Techniker wandte. Die Bewegung verfiel so schnell, wie sie entstanden war, doch lebt sie hier und da in Überresten weiter.

2. *End-Poverty-in-California* (Epic) (Schluß mit der Armut in Kalifornien); Diese Bewegung erlebte einen schnellen Aufstieg in Kalifornien und den Nachbarstaaten, nachdem im Oktober 1933 Upton Sinclairs Buch „Ich, Gouverneur von Kalifornien" erschienen war. Sie beruhte auf der Idee der Selbsthilfe unter den Arbeitslosen und empfahl die Übergabe stillgelegter Betriebe an Arbeitslose, die sie wieder in Betrieb setzen und ein Tauschsystem einführen sollten. Sie vertrat die utopistische Ansicht, daß ein separates, nicht auf Profit gegründetes Produktions- und Austauschsystem unabhängig im Rahmen des auf Privateigentum und Privatverteilung beruhenden kapitalistischen Systems existieren könne. Auf Grund dieses Programms erzielte Upton Sinclair, als er 1934 demokratischer

---

8 G. Dimitroff, „Probleme der Einheits- und Volksfront", Moskau 1938, S. 53.

9 Siehe Margaret Cowl Krumbein in "The Communist", Juni 1937 und Januar 1938.

Kandidat für den Posten des Gouverneurs von Kalifornien war, 879.000 Stimmen, während sein Gegner, Merriam, 1.138.000 Stimmen erhielt. Danach löste sich die Epic-Bewegung allmählich auf.[10]

3. Die *Utopian Society*: Diese von E. J. Reed im Herbst 1933 gegründete Organisation gewann in kurzer Zeit eine Million Anhänger in Südkalifornien. Die Utopisten, die sich für die „Brüderlichkeit der Menschen" und „Wohlstand für Alle" erklärten, hofften, eine allgemeine Prosperität auf dem: Wege des Regierungseigentums erreichen zu können. Die Bewegung stützte sich hauptsächlich auf den Mittelstand, lehnte den Klassenkampf ab und stellte keine Tagesforderungen auf. Sie existierte nur kurze Zeit.

4. Der *Townsend National Recovery Plan* (Townsend-Plan für die Gesundung des Landes): Diese gewaltige Massenbewegung, die von fanatischer Begeisterung beseelt war und schließlich mehrere Millionen Anhänger gewann, wurde im April 1934 von Dr. F. E. Townsend in Long Beach (Kalifornien) ins Leben ge-[445:]rufen. Sie stützte sich im wesentlichen auf die älteren und mittleren Jahrgänge. Ihr Allheilmittel war die Einführung einer Höchstpension von 200 Dollar monatlich für die alten Leute. Die Mittel dazu sollten hauptsächlich durch eine allgemeine zweiprozentige Umsatzsteuer aufgebracht werden. Die auf diese Weise jährlich gewonnenen 20 Milliarden Dollar sollten, so hoffte man, nicht nur den Alten zugute kommen, sondern auch durch Aufrechterhaltung der industriellen Produktion zu einem allgemeinen und dauernden Wohlstand für die gesamte Bevölkerung führen. Der Townsend-Plan ließ jedoch die Tatsache außer acht, daß die Grundlage der Krise und des Elends das Privateigentum an den Industriebetrieben war und Wirtschaftskrisen nur dann abgewendet und Wohlstand und Vollbeschäftigung gesichert werden können, wenn dies Privateigentum abgeschafft und der Sozialismus errichtet wird. Die Townsend-Bewegung spielte viele Jahre lang eine große Rolle im Pensionswesen und existiert heute noch.[11]

5. Die "*Ham and Eggs*"-Bewegung („Schinken-und-Eier"-Bewegung): Auch diese Allheilmittelbewegung wandte sich besonders an die älteren Leute und war im südlichen Kalifornien entstanden, wo die Zahl der alten Leute besonders groß ist. Sie wurde in den dreißiger Jahren von L. W. Allen aus Hollywood gegründet und nannte sich offiziell Retirement Life Payments Association. In den Jahren 1938 und 1939 gelang es ihr, eine Volksabstimmung über einen Zusatzartikel zur Verfassung durchzusetzen, wonach der Staat Kalifornien jedem Arbeitslosen oder im Ruhestand lebenden Bürger im Alter von 50 Jahren aufwärts wöchentlich (jeden Donnerstag) 30 Dollar bis an sein Lebensende zahlen sollte. Der Antrag wurde beide Male abgelehnt. Die offizielle Wochenzeitschrift der Bewegung nannte sich "National Ham and Eggs" (Schinken und Eier für Alle).

6. Die *National Union for Social Justice*: Diese Bewegung wurde als Organisation im November 1934 in Detroit von einem katholischen Geistlichen, Charles E. Coughlin, ins Leben gerufen. Die Zeitschrift "Fortune" schätzte damals, daß dieser Demagoge bei seinen wöchentlichen Rundfunkansprachen [446:] 10 Millionen Hörer hatte. Eine Erscheinungsform dieser Bewegung war die berüchtigte Christian Front mit ihren organisierten Gruppen von Strolchen und Sturmabteilungen. Coughlins Utopie gründete sich auf die altüberlieferte amerikanische Illusion, daß allgemeiner Wohlstand durch die Ausgabe von riesigen Mengen an Papiergeld erzeugt werden könne. Seine Anhängerschaft war besonders stark unter den Farmern des Mittelwestens, dem städtischen Mittelstand und den katholischen Industriearbeitern. Coughlin selbst, ein Silberspekulant und Geschäftspartner von Großbankiers, kritisierte heftig jede Art von Demokratie, und sein Ziel war zweifellos ein faschistisches Amerika, vermutlich mit ihm selbst als Diktator. Er wurde schließlich von der katholischen Kirche zum Schweigen gebracht, die offenbar noch keinen Wert darauf legte, so vollständig mit dem Faschismus in den Vereinigten Staaten identifiziert zu werden. Die Kommunistische Partei bekämpfte diese gefährliche Bewegung energisch.[12]

7. *Share-the-Wealth* (Nehmt teil am Reichtum): Diese Massenbewegung entstand 1934 und breitete sich mit der für alle Allheilmittelbewegungen charakteristischen Schnelligkeit aus. Ihr Gründer war der Senator Huey P. Long aus Louisiana. Long, mit dem Beinamen „Königsfisch", arbeitete hauptsächlich

---

10 Siehe Robert Minor in "The Communist", Dezember 1934.

11 Siehe Alexander Bittelman, "The Townsend Plan", New York 1936.

12 Siehe A. B. Magil, "The Truth About Father Coughlin", New York 1935.

mit den Losungen „Nehmt teil am Reichtum!“ und „Jedermann ein König!“. Er machte den Vorschlag, den Kapitalisten ihren Reichtum durch eine ungeheure Kapitalsteuer fortzunehmen. Die dadurch in die Hände der Regierung gelangenden 165 Milliarden Dollar wollte er unter das Volk verteilen. Jede Familie sollte bis zu 5000 Dollar erhalten, und jedem Arbeiter sollte ein jährliches Einkommen von 2500 Dollar garantiert werden. Diese Bewegung war die phantastischste von allen Allheilmittelbewegungen und Long der erfolgreichste faschistische Demagoge, den die Vereinigten Staaten je erlebt hatten. Er errichtete eine regelrechte Diktatur in Louisiana und hatte auch zahlreiche Anhänger unter den armen Farmern und den Arbeitern im ganzen Süden. Im September 1935 wurde er von einem Mann ermordet, den er zugrunde gerichtet hatte. Darauf-[447:]hin geriet seine Bewegung in die Hände des weniger befähigten Gerald L. K. Smith und anderer und zerfiel allmählich.[13]

Die Kommunistische Partei schenkte all diesen Allheilmittelbewegungen sorgfältige Beachtung. Sie wurden zwar häufig von gefährlichen Demagogen geleitet, waren aber nicht gänzlich nutzlos. Sie machten in dramatischer Form auf die Lage der Arbeiter, der Arbeitslosen, der alten Leute, der Farmer und des verarmten Kleinbürgertums aufmerksam. Sie waren auch ein Beweis für die Entschlossenheit des Volkes, gegen die empörenden Verhältnisse anzukämpfen, die es so schwer bedrückten. Die in Roosevelts New-Deal-Programm ins Auge gefaßten Reformen trugen entscheidend dazu bei, daß die weitere Entwicklung derartiger Bewegungen unterbunden und verhindert wurde. Wenn die Allheilmittelbewegungen nicht zu einer realen Basis für einen amerikanischen Faschismus entarteten, so war dies in nicht geringem Maße der Tätigkeit der Kommunistischen Partei zuzuschreiben, die ihre ökonomischen Trugschlüsse entlarvte, ihre reaktionären Führer bekämpfte und die Massen ihrer Anhänger für praktischere Methoden des politischen Kampfes gewann.

Der kulturelle Aufschwung

Die Kommunistische Partei hat sich von Anfang an gegen die Vorherrschaft der Kapitalisten auf kulturellem Gebiet gewandt. Sie hat sich für die Entwicklung der Künste und Wissenschaften im Interesse des Volkes und nicht der, herrschenden Ausbeuter eingesetzt. Seit Jahren übt die Partei trotz ihrer zahlenmäßigen Schwäche auf diesem lebenswichtigen Gebiet sehr starken Einfluß aus. Ihre ständig wirksamer werdenden Bemühungen machten sich besonders in und nach den Jahren der großen Wirtschaftskrise bemerkbar.

Zur Zeit des Coolidge-Booms der zwanziger Jahre verstärkte das Monopolkapital seine Kontrolle über die entscheidenden Mittel zur kulturellen Beeinflussung der Massen erheblich. Die [448:] Zeitungen und Zeitschriften, das Schulwesen, die Kirche, der Film und die junge Rundfunkindustrie gerieten mehr und mehr unter seinen Einfluß. Die Folge war nicht nur, daß die geistige Nahrung für das Volk in nie dagewesener Weise standardisiert wurde, sondern auch daß die Schöpfer der kapitalistischen Kultur selbst in ein Mittel zur Verherrlichung der damaligen „Prosperität“, der Segnungen des Ford-Systems und der Wunder des „neuen Kapitalismus“ verwandelt wurden. So kam es zu einem beispiellosen Niedergang der bürgerlichen Kunst und Literatur. Antisemitismus und weißer Rassenchauvinismus wucherten auf allen Gebieten der kapitalistischen Kultur. Der tonangebende Vertreter der bürgerlichen Literatur jener Zeit war der großmäulige und zynische Mencken. Der Pragmatismus der James und Dewey, jene schamlose Philosophie, die alles, was die Kapitalisten sind und tun, für richtig erklärt, blühte und gedieh in den Kreisen des Bürgertums. Die Bedeutung des Pragmatismus für die Kapitalisten liegt vor allem darin, daß er die Arbeiterklasse einer Gesellschaftstheorie beraubt. Er will die wissenschaftliche, marxistische Analyse der Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung durch eine idealistische, empiristische Praxis ersetzen. Diese zynische Philosophie herrscht nicht nur unter den Kapitalisten selbst, sondern auch unter den „Arbeitersachwaltern“ der Unternehmer und verseucht das gesamte Bildungswesen in den Vereinigten Staaten.

Die demokratischen Kräfte führten, vor allem durch die „Kleinen Theater“ und „Kleinen Zeitschriften“, einen schweren Kampf gegen die übermächtige Flut des standardisierten kapitalistischen Schunds und der Reaktion.

---

13 Siehe Alexander Bittelman, “How Can We Share the Wealth?”, New York 1935.

Zielbewußter und energischer als alle anderen aber kämpften für eine wirkliche Volkskultur die Kommunisten und andere Vertreter der Linken, darunter Art Young, Robert Minor, Michael Gold, William Gropper, Fred Ellis und Moissaye J. Olgin, die hauptsächlich mit den Zeitschriften "The Liberator" und später "New Masses" zusammenarbeiteten.[14] Im Oktober 1929 bildete sich in New York der erste John Reed Club, eine linksgerichtete literarische Organisation. Drei Jahre [449:] später gab es viele Dutzend solcher Klubs in allen Teilen des Landes.

In den zwanziger Jahren begann die Kommunistische Partei im Zuge ihres Kampfes gegen die Flut des reaktionären kapitalistischen Kulturschunds und für eine demokratische Volkskultur, auch die demokratischen Elemente in Kunst, Literatur und Wissenschaft zu würdigen und zu schätzen, die geschichtlich im Gesamtrahmen der amerikanischen bürgerlichen Kultur Ausdruck gefunden haben. Damit begann die Abwendung von dem traditionellen Sektierertum der amerikanischen Marxisten auch auf kulturellem Gebiet, und das war von wesentlicher Bedeutung für die Entwicklung des Marxismus-Leninismus in den Vereinigten Staaten.

Die große Wirtschaftskrise versetzte dem ganzen Schwindel der kapitalistischen Propaganda der Coolidge-„Prosperität" einen vernichtenden Schlag. Die Selbstzufriedenheit, die Hochnäsigkeit, die rosigen Träume vom „neuen Kapitalismus" schwanden im Nu dahin. Die nackte Not herrschte im Lande. Auch die bürgerlichen Intellektuellen und Künstler, die Lobsänger der kapitalistischen „Prosperität", bekamen den Sturm der Wirtschaftskrise zu spüren. Sie wurden ideologisch unsicher, und ihre wirtschaftliche Stellung wurde untergraben. Ihre Einnahmen gingen fast ebenso zurück wie die der Arbeiter und Farmer. Rund 30 Prozent von ihnen waren arbeitslos, und im Mai 1934 wurden etwa 91.000 Angehörige freier Berufe von der Works Progress Administration unterstützt.[15] Diese Menschen liehen jetzt den Kommunisten ihr Ohr.

An dem großen demokratischen Massenaufschwung, der Roosevelt zum Präsidenten machte und zur Bildung der neuen Gewerkschaften, zu den „Allheilmittelbewegungen" und den Reformen des New Deal führte, waren auch die Künstler und die Freischaffenden überhaupt beteiligt. Viele von ihnen traten aus ihrer traditionellen bürgerlichen Absonderung heraus und schlossen sich den Arbeitern und anderen demokratischen Elementen im Kampf gegen die Reaktion an. Durch bittere Erfahrungen hatten sie gelernt, daß ihre bisherige individualistische Einstellung, bei der jeder für sich selbst eintrat, ver-[450:]derblich war und daß sie den Kampf zur Verteidigung ihrer Interessen in organisierter Form führen mußten. So kam es, daß in diesen Jahren fast alle Organisationen der freiberuflich Tätigen, technischen sowohl wie gewerkschaftlichen Charakters, den größten Aufstieg in ihrer Geschichte erlebten. Lehrer, Schauspieler, Ingenieure, Künstler, Rechtsanwälte und Journalisten beteiligten sich an der Bewegung, und zum erstenmal spielten die „Stehkragenproletarier" aller Art eine wichtige Rolle in der Arbeiterbewegung. Sie zwangen das Rooseveltregime, sie in den Federal Arts Projects für Schriftsteller, Musiker und Schauspieler in einem gewissen Grade zu berücksichtigen.

Diese Aktivität der Intellektuellen in der Zeit des New Deal hatte nicht nur wirtschaftliche, sondern auch weltanschauliche Hintergründe. Sie wollten sich über die Ursache der großen Wirtschaftskrise, des kulturellen Niedergangs und der Gefahr eines neuen imperialistischen Krieges Klarheit verschaffen. Sie wandten sich gegen die bürgerlichen Theorien, wonach die Kunst um ihrer selbst willen da ist und der Künstler über dem Klassenkampf steht. Die Lehrerin interessierte sich nicht mehr nur für ihr Einkommen, sondern machte sich auch Gedanken über das, was sie lehrte. Die Schriftsteller und Schauspieler von Hollywood und vom Broadway erhoben ihre Stimme gegen all den kapitalistischen Schund, den die Filmkönige und Regisseure dem amerikanischen Volk unter der Maske der Unterhaltung aufnötigten. Mit dem großen Theodore Dreiser an der Spitze bekundeten die Schriftsteller ihre Empörung über die abscheulichen sozialen Verhältnisse. Dreiser selbst wurde ein begeistertes Mitglied der Kommunistischen Partei. Die Redakteure und Journalisten kämpften in ihrem neuen Landesverband für Demokratie im Zeitungswesen. Die Rechtsanwälte entwickelten neue, demokratische Ideen darüber, wie das Rechtswesen und die Praxis der Gerichte gehandhabt werden müßte.

---

14 Siehe "Proletarian Literature in the United States, an Anthology", New York 1935.

15 Siehe Labor Research Association, "Labor Fact Book 3", S, 109.

Gefördert wurde das kulturelle Erwachen durch die großartige Entwicklung der sowjetischen Kunst, vor allem der sowjetischen Filmkunst.

Die Reaktionäre waren tief beunruhigt über diese Aktivität unter den Intellektuellen und Künstlern, mit deren Hilfe sie [451:] ihre Propaganda in die Köpfe der Arbeiter einzuhämmern gedachten. Aber bei der damaligen politischen Situation waren sie nicht in der Lage, sie zu ersticken.

Diese demokratische Bewegung unter den freiberuflich Tätigen und den Kulturschaffenden erhielt einen weiteren Auftrieb durch die entsetzlichen Geschehnisse unter der barbarischen Politik des deutschen Faschismus. Was die Kulturschaffenden vom Faschismus zu erwarten hatten, trat klar zutage durch den Ausspruch jenes Nazijugendführers, der erklärte: „Wenn ich das Wort Kultur höre, entsichere ich meinen Revolver", durch die barbarischen Bücherverbrennungen im Mai 1933, durch die allgemeine Unterdrückung der Kunst unter Hitler und dadurch, daß der Faschismus die Kulturschaffenden auf allen Gebieten rücksichtslos in den Dienst der Propagierung des Antisemitismus und ähnlicher Barbareien zwang. Es war ‚klar, daß der im Entstehen begriffene amerikanische Faschismus sich nur allzu eifrig bemühen würde, diese Abscheulichkeiten noch zu überbieten.[16]

Die neue Aktivität der Kulturschaffenden fand ihren allgemeinsten Ausdruck in der Gründung des American Writers Congress in New York am 26. April 1935. Anwesend waren 216 Delegierte aus 26 Staaten, und 150 Schriftsteller nahmen als Gäste teil. 4000 Zuhörer fanden sich ein, „die größte Zuhörerzahl, die ein literarisches Ereignis in den Vereinigten Staaten je gehabt hat"[17]. Auf dem Kongreß wurden 30 Referate gehalten, die den Beruf und die gesellschaftliche Bedeutung des Schriftstellers unter den verschiedensten Gesichtspunkten beleuchteten. Entsprechend den Einheitsfrontbestrebungen jener Jahre umfaßte der Kongreß viel breitere Kreise als die John Reed Clubs, die der Bewegung einst die Bahn gebrochen hatten. In den nächsten Jahren spielte der Kongreß eine bedeutende Rolle in den Kreisen der Kulturschaffenden, nicht zuletzt in Hollywood. Die Kommunisten waren sehr aktiv in dieser Bewegung, wie in nahezu allen anderen Phasen des kulturellen Aufschwungs jener Zeit. Die Kommunistische Partei war auf [452:] der Gründungskonferenz dieser sehr wichtigen Einheitsorganisation der Schriftsteller offiziell vertreten. Eine andere bedeutende Organisation war der im Jahre 1936 gegründete American Artists Congress.[18]

Die größte und dauerhafteste Errungenschaft der kulturellen Renaissance in der Periode des New Deal war jedoch die tatkräftige Förderung der Negerkultur. Diese Bewegung war vielseitig. Ihr wichtigster Zug war die vernichtende Abfuhr, die sie durch den hervorragenden Anthropologen Franz Boas, viele andere Wissenschaftler und eine ganze Gruppe von kommunistischen Schriftstellern allen Versuchen der Rassenfanatiker und Ideologen der weißen Vorrangstellung erteilte, die Neger auf allen Gebieten – in der Wissenschaft, in der Wirtschaft, in der Politik und in der Kunst – als minderwertig darzustellen. Die Bewegung förderte auch wesentlich das Verständnis für die großartigen Beiträge des Negervolks zu den wertvollsten Schöpfungen der amerikanischen Kultur. Ebenso bemühte sie sich um die Würdigung der vielen hochbegabten Künstler und Kulturschaffenden, die das Negervolk trotz ungeheurer Schwierigkeiten hervorgebracht hatte (Paul Robeson, Langston Hughes, Marian Anderson, Sterling Brown und viele andere). Besonders wichtig war es, daß Männer wie James W. Ford, Harry Haywood, Doxey Wilkerson, James Jackson, Herbert Aptheker, Philip S. Foner, James S. Allen, Robert Minor, John Howard Lawson und andere es unternahmen, die Geschichte des Negervolks im richtigen Lichte darzustellen, um die zahllosen Verleumdungen und Herabsetzungen zu widerlegen, die ganze Generationen chauvinistischer weißer Historiker über dieses unterdrückte Volk verbreitet hatten.[19] Es bedarf kaum der ausdrücklichen Feststellung, daß die Kommunisten zu den treuesten und unermüdlichsten Mitkämpfern des Negervolks bei seinen Bemühungen um kulturelle Anerkennung und Förderung gehörten und einen weitreichenden Einfluß ausübten.

---

16 Siehe Sidney Finkelstein, "Art and Society", New York 1947 – Louis Harap, "Social Roots of the Arts", New York 1949.

17 Michael Gold, "The Hollow Men", New York 1941, S. 37.

18 Siehe "American Writers Congress" (Berichte), New York 1935.

19 Als wichtige neue Werke sind zu nennen "The Hidden Heritage" von John Howard Lawson und "A Documentary History of the Negro People in the United States" von Herbert Aptheker.

[453:]

Der VII. Kongreß der Kommunistischen Internationale und die Roosevelt-Koalition

Die großen Massenkämpfe der Arbeiter, Arbeitslosen, Farmer, Neger, Jugendlichen, Frauen und Intellektuellen in den ersten Jahren des New Deal standen in unmittelbarem Zusammenhang mit der Entwicklung des Kampfes gegen den Weltfaschismus. Nur in diesem Sinne werden sie völlig verständlich. Der Kampf gegen den Faschismus wurde ausführlich diskutiert und im internationalen Maßstab organisiert auf dem VII. Kongreß der Kommunistischen Internationale, der vom 25. Juli bis 25. August 1935 in Moskau stattfand. Auf diesem historischen Kongreß, an dem eine starke Delegation der KPdUSA teilnahm, erledigte Georgi Dimitroff, der Generalsekretär der Komintern und Held des Reichstagsbrandprozesses, das landläufige Geschwätz der Liberalen und Sozialdemokraten, der Faschismus sei „eine Revolte des Mittelstandes", und enthüllte ihn in seiner ganzen Nacktheit als „die offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals"[20]. „Der Faschismus –", sagte Dimitroff, „das ist die grausamste Offensive des Kapitals gegen die werktätigen Massen; der Faschismus – das ist der zügelloseste Chauvinismus und Raubkrieg; der Faschismus – das ist die wütende Reaktion und Konterrevolution; der Faschismus – das ist der schlimmste Feind der Arbeiterklasse und aller Werktätigen!"[21]

Dimitroff empfahl – und dies wurde die politische Linie des Kongresses – zur Bekämpfung des Faschismus die Bildung einer großen antifaschistischen Volksfront der Arbeiter, Bauern, Intellektuellen und aller anderen werktätigen, demokratischen Schichten der Bevölkerung. Über das Ziel dieser breiten Einheitsfront sagte Dimitroff: „... in den Ländern der bürgerlichen Demokratie wollen wir der Reaktion und der Offensive des Kapitals und des Faschismus die Bahn versperren, die Liquidierung der bürgerlich-demokratischen Freiheiten verhindern, den terroristischen Rachefeldzug des Faschismus gegen das [454:] Proletariat und gegen den revolutionären Teil der Bauernschaft und der Intelligenz verhüten, die junge Generation vor körperlicher und geistiger Entartung bewahren ...

Wir sind bereit, dies alles zu tun, weil wir in den faschistischen Ländern die Niederwerfung der faschistischen Diktatur vorbereiten und beschleunigen wollen.

Wir sind bereit, dies alles zu tun, weil wir die Welt vor der faschistischen Barbarei und den Schrecken eines imperialistischen Krieges retten wollen."[22]

In bezug auf die Vereinigten Staaten stellte Dimitroff fest: „Die Krise hat hier Millionenmassen in Bewegung gebracht." Er wies auf die drohende faschistische Gefahr in den Vereinigten Staaten hin und warnte vor ihrer heimlichen Annäherung. „... die Eigenart der Entwicklung des amerikanischen Faschismus besteht darin", sagte er, „daß er im jetzigen Stadium vorwiegend in der Form der Opposition gegen den Faschismus als eine ‚nichtamerikanische', aus dem Ausland importierte Strömung auftritt."

Er wies auf die Notwendigkeit einer Volksfront in den Vereinigten Staaten hin und erklärte: „Die Schaffung einer *‚Arbeiter- und Farmerpartei'* könnte ... eine solche geeignete Form sein. *Eine solche Partei wäre eine spezifische Form der Volksfront der Massen in Amerika* ..."[23]

Die Volksfront war die Anwendung der historischen Einheitsfrontpolitik auf die Bedingungen des Kampfes gegen Faschismus und Krieg. Die Kommunisten haben das Prinzip der Einheitsfront seit jeher propagiert und durchgeführt. Marx erklärte in dem vor mehr als einem Jahrhundert geschriebenen „Kommunistischen Manifest", daß die Kommunisten für Tagesforderungen im Bündnis mit Gruppen, Klassen und Parteien kämpfen, die das Fernziel des Sozialismus nicht akzeptieren.

Dimitroffs Erklärung über die von den amerikanischen Kommunisten seit jeher empfohlene Arbeiter- und Farmerpartei als die Form der Volksfront in den Vereinigten Staaten entsprach vollkommen den

---

20 G. Dimitroff, „Probleme der Einheits- und Volksfront", S. 8.
21 Ebenda, S. 12.
22 Ebenda, S. 105.
23 Ebenda, S. 32/33.

Traditionen und Bedingungen des amerika-[455:]nischen Klassenkampfes. Schon lange, schon seit den Zeiten des Präsidenten Jackson, herrschte unter den Arbeitern und Farmern, wie wir in früheren Kapiteln bemerkt haben, stets eine starke Tendenz zur Vereinigung ihrer Kräfte im gemeinsamen politischen Kampf gegen den gemeinsamen Feind, die Kapitalisten. Diese Tendenz trat besonders deutlich während der großen politischen Kämpfe der Greenback Party, der Populisten und der La-Follette-Bewegung zutage. In der Tat hat das charakteristische Einheitsfrontbündnis von Arbeitern und kleinen Farmern in der Vergangenheit der Vereinigten Staaten tiefere politische Wurzeln als im industriellen Europa, wo die Sozialdemokratie, die die politischen Möglichkeiten der Bauernschaft ignorierte, sich seit jeher fast ausschließlich für den Kampf des Proletariats und des Mittelstandes interessierte.

In der hier betrachteten Periode, von 1933 bis 1938, verbesserte die Kommunistische Partei ihre Einheitsfrontpolitik wesentlich. Sie brach mehr und mehr mit dem sektiererischen Linksradikalismus, den sie in einem gewissen Grade zur Zeit des Höhepunkts der Krise offenbart hatte. Dies zeigte sich in ihrer erfolgreichen Arbeit in den Gewerkschaften, in den Kämpfen der Arbeitslosen, der Neger und der Jugendlichen und auf vielen anderen Gebieten. Die Partei spielte eine sehr wesentliche Rolle in dem sich immer mehr verstärkenden Kampf gegen Faschismus und Krieg.

Das Wachstum und die Aktivität des CIO, der Unemployed Councils, des National Negro Congress, des American Youth Congress und der Frauenbewegung. die zunehmende Aktivität der Intellektuellen und die mannigfaltigen progressiven Strömungen dieser Jahre waren keine isolierten Erscheinungen. Sie entsprangen der gleichen entscheidenden Ursache – den Verheerungen der großen Wirtschaftskrise; es bestanden zahlreiche direkte Verbindungen unter ihnen, und sie fühlten sich vielfach solidarisch; sie erstrebten das gleiche Ziel, die Abwehr der drohenden Reaktion, und hatten naturgemäß die Neigung, zu einer allgemeinen Kampfbewegung zusammenzuwachsen. Die Einheitsfrontpolitik der Kommunistischen Partei förderte diese Vereinigungsbestrebungen sehr. In der Periode des Imperialismus und des Kampfes gegen Faschismus und [456:] Krieg strebte die alte amerikanische Praxis der werktätigen demokratischen Massen, Schulter an Schulter zu kämpfen, der Schaffung einer Volksfront zu.

Die beginnende Volksfrontbewegung jener Jahre, die vom gleichen Geiste erfüllt war wie die großen Volksfrontbewegungen in Europa, entwickelte sich jedoch niemals zu einer voll ausgereiften „Arbeiter- und Farmerpartei“, wie Dimitroff sie geschildert hatte. Dies erklärte sich teils durch Roosevelts geschickte Manöver, die Arbeiter fest an die Demokratische Partei zu binden, und teils durch die Unentschlossenheit und den Verrat der Gewerkschaftsführer, die es ablehnten, mit dem Zweiparteiensystem zu brechen. Infolgedessen wurde die Bewegung niemals mehr als eine unkoordinierte Volkskoalition um Roosevelt, eine lockere „demokratische Front“; jedoch erwies sie sich als stark genug, um den Vormarsch des Faschismus in den Vereinigten Staaten wenigstens vorübergehend aufzuhalten.

Die Kommunistische Partei und die Nation

Ein integrierender Bestandteil der Idee einer antifaschistischen Volksfront, wie der VII. Komintern-Kongreß sie entwickelt hatte und wie sie im Einklang mit den Traditionen und den politischen Verhältnissen der Vereinigten Staaten stand, war der starke Nachdruck, den sie auf die Tatsache legte, daß die kommunistischen Parteien nicht nur die führenden Parteien des Proletariats, sondern ebendeshalb auch die wichtigsten Parteien ihrer Nationen sind. Marx und Engels und die Marxisten überhaupt hatten schon immer gelehrt, daß die marxistische Partei, indem sie die Interessen der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen verteidigt, auch die Interessen der überwiegenden Mehrheit des Volkes verteidigt. Sie wirkt im Interesse der Nation gegen einen reaktionären bürgerlichen Nationalismus, gegen eine ausbeuterische Kapitalistenklasse, die ihre eigenen Klasseninteressen stets auf Kosten des ganzen Volkes fördert. Das klassische Beispiel der marxistischen Partei als der Partei der Nation bot die Partei der Bolschewiki in Rußland, die dem russischen Volk, das von seiner verräterischen [457:] herrschenden Klasse in den Zusammenbruch und in ungeheures Blutvergießen getrieben worden war, beim Sturz des Zarismus und Kapitalismus und beim Aufbau des Sozialismus voranging.

In der Situation, in der sich die Völker der Welt angesichts des aufsteigenden Faschismus in den dreißiger Jahren befanden, war es oberstes Gebot für die kommunistischen Parteien, hinsichtlich der nationalen Frage mit größerer Klarheit und vollerer Bewußtheit denn je als die Verteidiger und Vorkämpfer ihrer Nationen gegen ihre verräterische Bourgeoisie aufzutreten, und sie handelten dementsprechend. Beängstigt von der schweren zyklischen Wirtschaftskrise, der Verschärfung der allgemeinen Krise des kapitalistischen Systems und der revolutionären Stimmung der Arbeiter, versuchten die Großkapitalisten, ihre Nationen zu verraten und in das Verhängnis der faschistischen Tyrannei und eines imperialistischen Weltkrieges zu treiben.

Um die Völker gegen diesen abscheulichen Verrat durch die herrschende Bourgeoisie zusammenzuschließen, erließ der VII. Komintern-Kongreß seinen berühmten Aufruf für eine antifaschistische Volksfront. Die neue taktische Orientierung – die Schaffung eines umfassenden Bündnisses aller demokratischen Kräfte und die Zustimmung der Kommunisten zur Beteiligung an den Volksfrontregierungen – bedeutete praktisch die Organisierung der Nation zu ihrer Rettung vor dem verhängnisvollen Verrat der Kapitalistenklasse. „Die sozialistische Revolution wird die *Rettung der Nation* bedeuten“[24], sagte Dimitroff. Er wies ferner darauf hin, daß nunmehr unter kapitalistischen Verhältnissen eine Situation eingetreten war, in der die Arbeiter unter Führung der kommunistischen Partei die Nation vor dem Untergang bewahren mußten.

Vor der Ära des Imperialismus gab es eine Zeit, in der die Interessen der aufsteigenden nationalen Kapitalistenklasse sich wenigstens in einem gewissen Maße mit denen der Nation deckten. Aber diese Zeit ist nun für immer vorüber. Das Volk muß unter der Führung der Arbeiter, an deren Spitze die kommunistische Partei steht, sein Schicksal gegenüber der verräterischen [458:] Kapitalistenklasse in die eigenen Hände nehmen. „Wir Kommunisten“, sagt Dimitroff, „sind *unversöhnliche grundsätzliche Gegner* des bürgerlichen Nationalismus in allen seinen Spielarten. Aber wir sind *nicht Anhänger des nationalen Nihilismus* ...“[25] Wenn die Kapitalisten vorgeben, die Nation zu führen, so ist das eine unverschämte Lüge und ein ungeheuerlicher Verrat. Diese historische Tatsache wurde durch die Volksfrontpolitik des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale in eindrucksvollster Weise hervorgehoben. Sie wird heute neuerlich bewiesen durch den Friedenskampf der Kommunistischen Partei gegen die kriegstreiberischen, profaschistischen Monopolherren, die um ihrer eigenen Profite willen das Volk in die nationale Katastrophe eines Krieges stürzen wollen.

---

24 G. Dimitroff, „Probleme der Einheits- und Volksfront“, S. 64.

25 Ebenda, S. 62.

[459:]

23
ROOSEVELT UND DIE WALLSTREET
(1933–1936)

Als Präsident Roosevelt Anfang 1933 seinen New Deal in die Tat umzusetzen begann, hatte er, wie schon bemerkt, das Großkapital im wesentlichen hinter sich. Die erschreckten und demoralisierten Kapitalisten griffen gierig nach seinem Programm in der Hoffnung, es könnte sie aus der lebensgefährlichen Krise herausführen. Vielleicht konnte es sie sogar zum Faschismus führen, den so viele von ihnen ersehnten. Inzwischen machten sie den Arbeitern widerwillig einige geringe Konzessionen, um sie von energischeren politischen Aktionen zurückzuhalten. Aber es dauerte nicht lange, bis die Großkapitalisten mit Roosevelt brachen und sich gegen sein Programm wandten, und schließlich wurde ihre Opposition so heftig, daß er von ihnen mehr gehaßt und beschimpft wurde als je ein Mann, der im Weißen Haus regiert hat.

Diese großkapitalistische Opposition gegen Roosevelt setzte bereits im ersten Jahr nach seiner Amtsübernahme ein. Die wirtschaftlichen Verhältnisse hatten sich zu bessern begonnen, hauptsächlich durch die normale Tendenz des Kapitalismus, vorübergehend aus der zyklischen Krise herauszukommen, und zum Teil auch durch die Regierungsunterstützung für Industrie und Landwirtschaft unter dem New Deal. Am 1. Januar 1934 war der Index der Industrieproduktion 73,1 gegen 58,5 im März 1933 und 116,7 im Oktober 1929. Im Jahre 1932 erlitten 1435 große Gesellschaften einen Verlust von 97 Millionen Dollar, im Jahre 1933 dagegen erzielten die gleichen Konzerne 661 Millionen Dollar Profit. Die Preise zogen spürbar an, und die Zahl der Arbeitslosen war etwas geringer als ein Jahr vorher, wo sie die beispiellose Höhe von 17 Millionen erreicht hatte. Begeisterter denn je verkündeten die Demokraten, die glücklichen [460:] Tage seien wiedergekehrt. Das Großkapital, überzeugt, daß die „Prosperität“ unmittelbar bevorstehe, und befreit von der Furcht vor Zusammenbruch und Revolution, glaubte, es könne auch ohne Roosevelts kümmerliche Arbeitslosenunterstützung, ohne seine zweifelhaften Konzessionen an die Arbeiter und ohne seine dürftigen Hilfsgelder für die Farmer auskommen.

Es war jedoch eine „trügerische Morgendämmerung“, soweit es sich um die wirtschaftliche Lage handelte; denn die Industrie hatte die Krise keineswegs überwunden. Stalin gab auf dem XVII. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (im Januar 1934) ein klares Bild von den Vorgängen in den wichtigsten kapitalistischen Ländern. Er faßte seine Analyse in der Feststellung zusammen: „Es ist offensichtlich, daß wir es hier mit einem Übergang von dem Tiefpunkt des Niedergangs der Industrie, von dem Tiefpunkt der industriellen Krise zu einer Depression zu tun haben, aber nicht zu einer gewöhnlichen Depression, sondern zu einer Depression besonderer Art, die nicht zu einem neuen Aufschwung und Aufblühen der Industrie führt, sie aber auch nicht zu dem Tiefpunkt des Niedergangs zurückführt.“[1] Stalins tiefschürfende marxistische Analyse bestätigte sich in den folgenden Jahren glänzend. Der Weltkapitalismus, und speziell der Kapitalismus in den Vereinigten Staaten, konnte seine „Depression besonderer Art“ nicht überwinden und überwand sie auch nicht, sondern litt weiter an Unterproduktion und ungeheurer Arbeitslosigkeit, wobei er schließlich in die Wirtschaftskrise von 1937 geriet, bis der Ausbruch des zweiten Weltkrieges die Industrie noch einmal auf höchste Touren brachte. Es bedurfte einer gewaltigen Bluttransfusion von Millionen hingeschlachteter Menschen, um das hoffnungslos kranke kapitalistische System auch nur zeitweilig wiederzubeleben.

Wallstreet gegen New Deal

Die Großkapitalisten der Wallstreet, beunruhigt durch die energischen Streikaktionen und Kampagnen für die Organisierung der Arbeiter in den ersten Jahren des New Deal, forder-[461:]ten von der Regierung drastische Maßnahmen zur Niederwerfung der rebellischen Arbeiter, und ihre Forderungen blieben auch nicht unbeachtet. In zahlreichen Staaten setzten die Gouverneure großzügig Militär

---

1 Stalin, „Fragen des Leninismus“, S. 590.

gegen die Streikenden ein. In den Jahren 1933 und 1934 wurden 88 Arbeiter und Farmer umgebracht, und ihre Mörder gingen straffrei aus. Im Jahre 1935 wurden 18.000 Streikende und Demonstranten verhaftet. Gegen streikende Gewerkschaften wurden in zahlreichen Fällen brutale gerichtliche Verfügungen erlassen. Die Lynchmorde im Süden nahmen zu. Der Ku Klux Klan, Revolvermänner und andere Terroristenbanden wüteten hemmungslos. Doch rührte die angeblich arbeiterfreundliche Bundesregierung keinen Finger, um diesen von den Unternehmern provozierten Gewalttätigkeiten Einhalt zu gebieten.

Aber die in den beiden vorhergehenden Kapiteln geschilderten Massenbewegungen jener Zeit waren durch derartige Brutalitäten nicht aufzuhalten. Die Arbeiter und die übrigen Werktätigen waren in Kampfstimmung, denn die Preise stiegen und die Löhne hinkten nach; es gab noch immer fast 13 Millionen Arbeitslose, insgesamt 24 Millionen Menschen waren auf Regierungshilfe angewiesen (im Durchschnitt erhielt eine Familie nur 19 Dollar Unterstützung monatlich), und die Unternehmer häuften schon wieder riesige Profite an. Die Arbeiter drängten energisch darauf, daß die Versprechungen des New Deal auch für sie gelten sollten.

Das größte „Verbrechen", dessen das Großkapital Roosevelt beschuldigte, bestand darin, daß seine Politik zur gewerkschaftlichen Organisierung in der Schwerindustrie führte. Alle Anklagen, die sie gegen ihn wegen seiner „roten" und „sozialistischen" Einstellung erhoben, erklärten sich durch diese Tatsache. Mit tiefster Besorgnis beobachteten die Wallstreet-Magnaten die Kampfaktionen der Arbeiter in den Jahren 1933 und 1934, bei denen die Kommunistische Partei eine so entscheidende Rolle spielte. Diese Aktionen, darüber waren sie sich klar, bedeuteten, daß ihre industriellen Hochburgen – die "Open Shops" in den vertrusteten Industriezweigen, der Stolz und die Hoffnung aller Reaktionäre – ins Wanken gerieten. Endlich durchbrachen die Arbeiter diese Schranke, die mit den [462:] zahlreichen von Unternehmern ausgehaltenen Verbänden, dem Spitzelsystem, dem Unwesen bewaffneter Banditentrupps und der heftigen Bekämpfung der Gewerkschaften jeden Fortschritt der Gewerkschaftsbewegung so lange verhindert hatte. Das bedeutete eine schwere politische Niederlage für das Großkapital, und dieses machte Roosevelt für die Katastrophe verantwortlich.

Die American Liberty League

Nach mehrmonatigen Vorbereitungen wurde die American Liberty League am 15. August 1934 offiziell ins Leben gerufen. Die Initiative zu ihrer Gründung ging vor allem von den Du Ponts aus, und auf der Liste ihrer Geldgeber standen viele der größten kapitalistischen Konzerne in den Vereinigten Staaten: Dazu gehörten neben Vertretern der Morgans, Rockefellers und Mellons zahlreiche andere führende Wallstreet-Gesellschaften, wie zum Beispiel United States Steel, General Motors, Bethlehem Steel, Pennsylvania Railroad, Baltimore & Ohio Railroad, Reading Railroad, Bankers Trust, Montgomery Ward, General Foods, Armour & Co., Guaranty Trust, United States Rubber, American Telephone & Telegraph, International Harvester und eine ganze Reihe ähnlicher Firmen. Der Organisator dieses politischen Unternehmens des Großkapitals war John J. Raskob, ein Werkzeug Du Ponts in der Demokratischen Partei. Sein Wortführer in der Öffentlichkeit war Alfred E. Smith, Präsidentschaftskandidat der Demokraten im Jahre 1928. Smith, der aus den Elendsvierteln von New York stammte und Karriere gemacht hatte, sollte dem reaktionären Unternehmen einen demokratischen Anstrich geben. Neben ihrer allgemeinen Agitation gegen Roosevelt lief die Liberty League Sturm gegen die beherrschende Stellung des Präsidenten in der Demokratischen Partei, seiner wichtigsten politischen Stütze. Die Kommunistische Partei entlarvte und bekämpfte die üble Organisation von Anfang an.[2]

Die Liberty League zog alle hervorragenden faschistischen [463:] Demagogen des Landes schnell an sich. Hearst unterstützte sie und machte unermüdlich Propaganda für sie; auch Huey Long und Pater Coughlin setzten sich stark für sie ein. Diese beiden hatten ursprünglich Roosevelt unterstützt, als sie noch glaubten, sein Programm führe zum Faschismus; sie wurden aber bald seine Feinde angesichts der fortschrittlichen Massenbewegungen, die sich unter seinem Regime entwickelten. Die Liberty

---

2 Siehe Grace Hutchins, "The Truth About the Liberty League", New York 1936.

League arbeitete Hand in Hand mit der Republikanischen Partei, und mit vereinten Kräften bekämpften sie Roosevelt aufs heftigste, traten dem Vormarsch der Gewerkschaften entgegen und unterstützten offen oder heimlich den Antisemitismus, die Diskriminierung der Neger und alle anderen reaktionären und profaschistischen politischen Richtungen. Sie forderten die Rückkehr zu der Politik des von den Massen so verachteten Hoover.

Roosevelt schlägt zurück

Durch diese Angriffe des Großkapitals geriet Roosevelt zwischen zwei Feuer. Auf der einen Seite wurde er von der großen Massenbewegung des Volkes bedrängt, das entschlossen war, weitgehende ökonomische und politische Reformen durchzusetzen, und auf der anderen Seite wurde die Opposition des Großkapitals immer heftiger, das allen demokratischen Reformen ein rasches Ende bereiten wollte. Roosevelt selbst war ein Liberaler, der sein Amt als Vertreter einer praktisch bestehenden nationalen Front einschließlich breitester Kreise des Großkapitals übernommen hatte. Unter diesem starken Druck von zwei Seiten schwankte er und bemühte sich, das Unversöhnliche zu versöhnen. Schließlich aber sah er sich gezwungen, eine entschiedenere Stellung gegen den Teil des Finanzkapitals einzunehmen, der das Land mit den Methoden Hitlers dem Faschismus in die Arme treiben wollte, und denjenigen Teil der Kapitalisten zu unterstützen, der für eine Politik maßvoller Reformen und minimaler Konzessionen an die Arbeiterklasse war. Präsident Roosevelt steuerte noch immer einen mittleren Kurs, jetzt aber, wie er es nannte, „ein wenig links von der Mitte".

[464:] Lange vorher hatte Lenin darauf hingewiesen, daß die Bourgeoisie, um die Arbeiter niederzuhalten, abwechselnd, je nach den Erfordernissen der Lage, zwei allgemeine Herrschaftsmethoden anwendet: „Die erste Methode ist die Methode der Gewalt, die Methode der Verweigerung jeglicher Zugeständnisse an die Arbeiterbewegung, die Methode der Aufrechterhaltung aller alten und überlebten Institutionen, die Methode der unnachgiebigen Ablehnung von Reformen. ... Die zweite Methode ist die Methode des ‚Liberalismus', der Schritte in der Richtung auf die Entfaltung politischer Rechte, in der Richtung auf Reformen, Zugeständnisse usw."[3] Unter dem wachsenden Druck der Massen wählte Roosevelt diese zweite Methode. Die hinter ihm stehenden Teile der Bourgeoisie waren der Ansicht, daß eine Politik begrenzter Reformen sowohl möglich als auch unumgänglich sei. Auf der Grundlage eben dieser Reformen, die im besonderen die Entwicklung der Gewerkschaften erleichterten, entstand unter den Arbeitern die starke „Roosevelt-Tradition". Wie die Dinge lagen, wäre der andere Weg – die völlige Unterdrückung – der Weg zum Faschismus gewesen und hätte möglicherweise zum Sturz der Kapitalisten durch die erwachenden Arbeiter geführt.

Zu dem ersten größeren politischen Zusammenstoß zwischen den Kräften um Roosevelt und der American Liberty League sowie der Republikanischen Partei kam es bei den Zwischenwahlen im Herbst 1934. Es war ein heißes Ringen, aus dem Roosevelt siegreich hervorging. Er konnte seinen Einfluß im Kongreß und in vielen Staaten bedeutend verstärken. Aber es war keineswegs ein entscheidender Sieg. Ohne sich durch die ihnen vom Volk beigebrachte Niederlage abschrecken zu lassen, appellierten die großkapitalistischen Gegner des New Deal an ihren treuen Verbündeten, den Obersten Gerichtshof. Dieser reagierte sofort und erklärte Anfang 1935 den National Industrial Recovery Act (NIRA), das Eisenbahner-Ruhestandsgesetz (Railroad Retirement Act), das Frazier-Lemke-Gesetz, durch das die Farmhypotheken teilweise abgelöst wurden, und das Gesetz über die Regulierung der Landwirtschaft (Agricultural Adjust-[465:]ment Act) für verfassungswidrig. Dies alles waren entscheidende New-Deal-Gesetze. Im Anfang des New Deal hatten die Großkapitalisten, wie wir gesehen haben, gewisse Hoffnungen auf den NIRA gesetzt, da sie erwarteten, durch dieses Gesetz die Industrie fest in die Hand zu bekommen und ein System von mehr oder weniger faschistischen Betriebsverbänden aufbauen zu können. Aber das Gesetz wandte sich gegen sie selbst; also ließen sie es sich durch den Obersten Gerichtshof vom Halse schaffen und versetzten damit Roosevelt einen empfindlichen Schlag.

---

[3] W. I. Lenin, „Kampfmethoden der bürgerlichen Intelligenz gegen die Arbeiter", Werke, 4. Ausgabe, Bd. 20, S. 425, russ. [LW 16, S. 356]

Von den Arbeitern heftig bedrängt, parierte Roosevelt diesen Angriff des Obersten Gerichtshofs dadurch, daß er durch den von den Demokraten beherrschten Kongreß 1935 mehrere neue Gesetze annehmen ließ. Die wichtigsten von diesen waren das Gesetz über Notstandsarbeiten (Works Progress Administration), das Gesetz über allgemeine Arbeitsbeziehungen (National Labor Relations Act oder Wagner-Gesetz) und das Gesetz über die Sozialversicherung (Social Security Act), die im April, im Juli und im August angenommen wurden. Dazu kam das Guffey-Kohlegesetz.

Das Gesetz über Notstandsarbeiten war ein Projekt für öffentliche Arbeiten, wobei die Tarife und Löhne freilich jämmerlich waren. Das Wagner-Gesetz gewährte den Arbeitern in klarerer Form als der Abschnitt VII (a) des NIRA das Koalitionsrecht und schränkte die Möglichkeit der Unternehmer, den Arbeitern die Ausübung dieses Rechtes zu erschweren, bis zu einem gewissen Grade ein. Es wurde sofort zum Schreckgespenst für die Kapitalisten und spielte in ihrer Hetzkampagne gegen Roosevelt eine große Rolle. Durch das Wagner-Gesetz wurde das Spitzel- und Banditensystem der Unternehmer gesetzlich verboten. Gestützt auf den Abschnitt VII (a) des NIRA, hatten die unter dem Einfluß der Unternehmer stehenden Betriebsverbände die besten Fortschritte in ihrer Karriere gemacht. Die vom Senat am 6. Juni 1936 eingesetzte LaFollette-Kommission stellte fest, daß die Unternehmer, um die Gewerkschaften zu zerschlagen, jährlich 80 Millionen Dollar für ihr Spionage- und Terrorsystem ausgaben. Nicht weniger als 230 Agenturen (Burns, Pinkerton, Sherman usw.) betrieben diese schändliche Tätigkeit. Man schätzte, daß die Unternehmer [466:] 100.000 Spitzel beschäftigten, mindestens einen in jedem der 48.000 Ortsverbände der Gewerkschaften.[4] Das Gesetz über die Sozialversicherung führte eine geringe Bundeshilfe für Alte und Arbeitslose ein. Das Guffey-Gesetz begünstigte durch einige seiner Bestimmungen die United Mine Workers. Alle diese Gesetze waren im Grunde genommen von den Arbeitern selbst in ihren großen wirtschaftlichen und politischen Kämpfen jener Zeit geschrieben. Der Präsident unternahm es auch trotz heftiger Opposition, die Zusammensetzung des Obersten Gerichtshofs entsprechend zu ändern. Dies trug ihm wilde Beschuldigungen ein, daß er dem Gericht seine eigenen Anhänger aufzwinge.

Präsident Roosevelt beschränkte sich auf die obengenannten verhältnismäßig bescheidenen Reformen, von denen die meisten in verschiedenen europäischen Ländern bereits eingeführt waren. Sorgfältig vermied er alle Maßnahmen, die das kapitalistische System direkt schwächen oder die entscheidende Position der Monopolherren verschlechtern konnten, wie etwa die demokratische Nationalisierung der Banken und Eisenbahnen, eine Kapitalbesteuerung zur Beschaffung von Mitteln für die Regierungshilfe, eine feste Begrenzung der kapitalistischen Profite oder die Schaffung einer Farmer- und Arbeiterpartei. Roosevelt blieb in seinem New-Deal-Programm stets der Vorkämpfer und Verteidiger des Kapitalismus, das heißt natürlich des Monopolkapitalismus. Unter seiner Präsidentschaft machte das monopolistische Großkapital in vieler Hinsicht die schnellsten und wesentlichsten ökonomischen Fortschritte in seiner ganzen Geschichte.

Die Kommunistische Partei unterstützte Roosevelt aktiv in seinem Kampf gegen die reaktionärsten Gruppen des Großkapitals. Ihre Generallinie bestand darin, einerseits die bürgerlich-demokratischen Illusionen der Arbeiter über Roosevelt und seinen New Deal zu bekämpfen, anderseits aber Roosevelts Reformmaßnahmen zu unterstützen und soviel wie möglich für die Arbeiterklasse dabei herauszuholen. Es war eine Politik der Unterstützung mit aktiver Kritik.

[467:]

Die Wahlen von 1936

Die Präsidentschaftswahlen von 1936 wurden mit einer Erbitterung durchgeführt, wie sie in der Geschichte der Vereinigten Staaten noch nicht dagewesen war. Niemals waren die Grenzen zwischen den Klassen schärfer gezogen, und niemals war der Kampf fanatischer. Die größten und am meisten zum Faschismus neigenden Wallstreet-Reaktionäre waren entschlossen, sich Roosevelts um jeden Preis zu entledigen und einen fügsameren Mann in das Weiße Haus zu bringen, der ihre ultrareaktionäre Politik unterstützen würde. Zu ihren Bannerträgern wählten sie Alfred M. Landon, den

---

4 Siehe Labor Research Association, "Labor Fact Book 4", New York 1938, S. 108.

Gouverneur von Kansas, und Oberst Frank Knox, den Eigentümer der "Chicago Daily News". Landon, bekannt als der „Coolidge von Kansas", war ein Ultrareaktionär, und sein Programm lief im wesentlichen darauf hinaus, alle Schöpfungen des New Deal rückgängig zu machen und zur Politik Herbert Hoovers zurückzukehren. Roosevelt selbst versprach für den Fall seiner Wiederwahl die Fortführung und Weiterentwicklung des New-Deal-Programms. Er forderte die Niederlage der „Wirtschaftsroyalisten" der Wallstreet.

Der Wahlkampf verlief in einer Atmosphäre steigender politischer Spannungen nicht nur im eigenen Lande, sondern auch in der Weltpolitik. Die Achse Hitler-Mussolini-Hirohito steuerte auf die Eroberung der Weltherrschaft zu. Die Japaner überrannten Nordchina, die Italiener waren in Abessinien eingefallen, Hitler wütete in Deutschland, und die Deutschen und die Italiener hatten den spanischen Bürgerkrieg provoziert. Der Weltfaschismus war auf dem Marsch, und in eben diesem Geiste führten die reaktionärsten Gruppen des Wallstreet-Finanzkapitals ihren Kampf gegen Roosevelt. Ihr erster Versuch, das Land mit Hilfe des National Industrial Recovery Act dem Faschismus in die Arme zu treiben, war mißlungen, aber vielleicht würden sie im Jahre 1936 mehr Erfolg haben. Viele rechneten zweifellos damit, daß eine Niederlage der Kräfte um Roosevelt bei der Wahl dem Faschismus in den Vereinigten Staaten die Bahn frei machen würde.

Die großen Reaktionäre sammelten ihre Kräfte, um Roosevelt zu schlagen und die Wahl Landons durchzusetzen. Die [468:] National Association of Manufacturers, die United States Chamber of Commerce und andere große Kapitalistenverbände strengten alle ihre Kräfte an. Die Republikanische Partei warf mit Geld um sich, und die American Liberty League und andere Wallstreet-Gruppen taten es ihr gleich. Die Presse war zu wenigstens 85 Prozent für Landon, den besonderen Liebling von William Randolph Hearst.

Ein hinterhältiger Wahltrick der Republikaner war die Gründung der sogenannten Union Party. Die Agenten des Großkapitals, die dies Geschäft übernahmen, waren die Faschisten Pater Coughlin und Gerald L. K. Smith. Coughlin und Smith wurden von dem durch seine Pensionspläne berühmten Dr. Townsend unterstützt. Diese Leute wählten zu ihrem Präsidentschaftskandidaten das Kongreßmitglied William Lemke, der vor Zeiten in der Nonpartisan League eine Rolle gespielt hatte. Mit dem Manöver der Union Party verfolgte man den Zweck, die unter der Arbeiterschaft verbreiteten Sympathien für eine dritte Partei sowie den Radikalismus der Massen in den unklaren „Allheilmittelbewegungen" auszunutzen, um so diese Elemente dem Lager Roosevelts abtrünnig zu machen.

Der Wahlkampf war jedoch noch nicht weit vorgeschritten, als es klar wurde, daß die gegen Roosevelt aufmarschierte Front des Großkapitals auf den entschlossenen Widerstand der Arbeiter- und Farmermassen stieß. Besonders bemerkenswert war die rooseveltfreundliche Haltung der wahlberechtigten Neger im Norden. Seit dem Bürgerkrieg hatte das Negervolk in der Hauptsache immer die Republikanische Partei unterstützt, die Partei Abraham Lincolns und der Negerbefreiung. Im Jahre 1936 aber brachen sehr viele Neger mit dieser starken Tradition. Es war in der Hauptsache eine Rebellion der kleinen Leute, denn die Negerpolitiker der alten Richtung bemühten sich, die Negermassen auf der Seite Landons zu halten. Der "Defender" und andere bedeutende Negerzeitschriften verfolgten den gleichen Kurs. Aber die Negermassen stimmten trotzdem für Roosevelt, mit vier zu eins in Harlem, mit zwei zu eins in Brooklyn und mit ähnlichen Mehrheiten in Chicago, Detroit und anderen großen Negerzentren des Nordens. James W. Ford sagte über die Wahlen: „Der Erdrutsch für Roosevelt brachte [469:] 25 Neger in die Staatenparlamente und einen in den Kongreß der Vereinigten Staaten. Die meisten waren Demokraten. In mehreren Fällen wurden republikanische Neger durch demokratische Neger ersetzt. Kein auf der demokratischen Liste stehender Negerkandidat wurde geschlagen."[5] Dieser Bruch der Negermassen mit der Bevormundung durch die Republikaner war von historischer Bedeutung. Seitdem sind sie nie wieder in ihr altes Abhängigkeitsverhältnis zurückgekehrt. Im Gegenteil, ausgeprägt fortschrittlich eingestellt, nehmen sie in mehreren wichtigen Staaten des Nordens, besonders in New York, Pennsylvania und Illinois entscheidende strategische Stellungen in der Politik ein.

---

5 James W. Ford in "The Communist", Januar 1937.

Die Arbeiterbewegung bei den Wahlen

Die organisierte Arbeiterschaft stand ganz auf seiten Roosevelts, vor allem das neugegründete CIO. Während William Green und seine Busenfreunde in der AFL an der alten Gompers-Politik nach der Parole „Belohnt die Freunde der Arbeiterschaft und bestraft ihre Feinde!“ festhielten, setzten sich John L. Lewis und Sidney Hillman, die Führer des CIO, tatkräftig für Roosevelt ein. Im April 1936 bewogen sie George L. Berry, den Vorsitzenden der International Pressmen’s Union (AFL), in Zusammenarbeit mit ihnen die Labor’s Non-Partisan League zu gründen, deren erster Vorsitzender Berry wurde. Die Liga, die gegenüber der alten Gompers-Politik einen Fortschritt bedeutete, arbeitete nicht nur innerhalb der Demokratischen Partei (und natürlich auch der Republikanischen Partei), sondern sie wirkte auch gemeinsam mit den damals existierenden unabhängigen Farmer- und Arbeiterparteien. Die Liga, die noch vor dem Ausschluß des CIO auf dem AFL-Kongreß im November 1936 und vor ihrer eigenen Verurteilung wegen „Spaltung“ der AFL gegründet worden war, gewann rasch zahlreiche Anhänger unter den AFL-Funktionären. Sie verstand es, 35.000 leitende Funktionäre von Landes- und Ortsverbänden zur aktiven Arbeit für ihre Ziele heranzuziehen. Sie war eine Macht [470:] bei den Wahlen, da sie in weit größerem Umfange, als es in der amerikanischen Arbeiterbewegung jemals vorgekommen war, agitatorische und organisatorische Arbeit leistete.

Die Lage bot eine glänzende Gelegenheit zur Gründung einer Farmer- und Arbeiterpartei, eine günstigere sogar als während der LaFollette-Kampagne von 1924. Die Arbeiter waren politisch sowie wirtschaftlich auf dem Vormarsch. Alles deutete darauf hin, daß sie die Bewegung für eine unabhängige Partei unter der Führung der organisierten Arbeiterschaft unterstützen würden. Ihr Kampfgeist offenbarte sich in der damals erfolgten Gründung und schnellen Entwicklung der American Labor Party of New York, der Commonwealth Federation in Washington, eines ähnlichen Bundes in Oregon, der Minnesota Farmer-Labor Party, der Progressive Party of Wisconsin, der Epic-Bewegung in Kalifornien und verschiedener anderer derartiger Organisationen in einer Reihe von Staaten. Die Kommunisten spielten in allen diesen Bewegungen eine sehr wichtige Rolle.

Wie stark die politische Bewegung der Arbeiter war, ging auch daraus hervor, daß auf dem zweiten Landeskongreß der Labor’s Non-Partisan League (März 1937 in Washington) 600 Delegierte anwesend waren, die 3,5 Millionen Arbeiter von der AFL, vom CIO und von den Railroad Brotherhoods vertraten. Aber die obersten Gewerkschaftsführer klammerten sich an Formfragen und waren der Situation nicht gewachsen. Trotz der allgemeinen Forderung der einfachen Mitglieder und des energischen Drängens der Kommunisten lehnten sie die Schaffung einer unabhängigen Partei der werktätigen Massen ab, obwohl dies die Massenunterstützung für Roosevelt verstärkt und nicht geschwächt hätte. So ging diese goldene Gelegenheit, die Arbeiterklasse auf den Weg selbständigen politischen Handelns zu führen, ungenutzt vorüber.

Die Position der Kommunistischen Partei bei den Wahlen von 1936 war, im Einklang mit ihrer allgemeinen Einstellung zum New Deal, die einer praktischen, jedoch nicht offiziellen Unterstützung für Roosevelt. Auf ihrem IX. Parteitag in New York vom 24. bis 28. Juni 1936 stellte sich die Partei auf den Standpunkt, daß im Mittelpunkt der Wahlkampagne die Frage [471:] „Demokratie oder Faschismus“ stehe, und sie wies darauf hin, daß die Hauptkräfte der Reaktion und des Faschismus hinter Landon stünden. Sie forderte „die Konzentration aller Kräfte der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten im Kampf gegen die Koalition der Republikanischen Partei, der Liberty League und Hearsts und die Zerschlagung ihrer Pläne bei den Wahlen von 1936“. Die Partei richtete ihre Angriffe vor allem gegen Landon. Was Roosevelt betraf, so gab die Partei zwar zu, daß er den Werktätigen gewisse Konzessionen gemacht hatte, erklärte aber mit Recht, daß er in seinen „Konzessionen an Hearst, die Wallstreet und die Reaktionäre“[6] noch weiter gegangen sei. Sie stellte fest, daß Roosevelts „mittlerer Kurs“ „keine Schranke gegen Reaktion und Faschismus“[7] sei und daß die Partei ihn deshalb nicht vorbehaltlos unterstützen könne. Daher trat die Partei mit einer eigenen Landesliste – Earl Browder und James W. Ford – auf. Sie beteiligte sich an den Wahlen in 34 Staaten. Die Art jedoch, in der die

---

6 “Communist Party Election Platform”, 1936.

7 Resolution des IX. Parteitages der KPdUSA, April 1936.

Partei die Wahlkampagne durchführte, indem sie die Niederlage Landons um jeden Preis forderte; wirkte sich gegen die Realisierung aller ihrer Möglichkeiten bei den Wahlen aus. Infolgedessen erhielt ihre Liste nur 80.181 Stimmen.

Die Socialist Party, die damals besonders unter den Arbeitslosen eine gewisse Aktivität entfaltete und ihre in einem früheren Kapitel erwähnte scheinbare „Linksorientierung" verwirklichte, bezog bei den Wahlen eine ultralinke Position. In einem seitens dieses opportunistischen Scharlatans lächerlichen Ausbruch von Radikalismus erklärte Norman Thomas, es gehe bei den Wahlen um die Frage „Sozialismus oder Kapitalismus" und die einzige unmittelbare Forderung der Sozialisten sei der Sozialismus. Die Socialist Party behauptete, es sei für die Arbeiter gleichgültig, ob Landon oder Roosevelt gewählt werde, und verurteilte die Kommunistische Partei wegen ihrer bedingten Unterstützung Roosevelts.

Die Wahlen wurden mit außerordentlicher Heftigkeit und Erbitterung durchgefochten. Roosevelt wurde als Kommunistenfreund angegriffen, und die Reaktionäre bedienten sich aller [472:] Mittel, um die Massen durch Täuschung oder Einschüchterung zur Stimmabgabe für die Liste der Republikaner zu bewegen. Aber diese Bemühungen waren völlig erfolglos, die wilde Kommunistenhetze verfehlte ihren Zweck. Roosevelts Sieg übertraf alle Erwartungen. Er siegte in allen Staaten der Union, mit Ausnahme von Maine und Vermont. Insgesamt erhielt er 27,75 Millionen Stimmen, über 11 Millionen mehr als Landon. Es war die größte Wahlmehrheit in der politischen Geschichte Amerikas. Beide Häuser des Kongresses waren fest in der Hand der Demokraten, und die Gouverneure aller Staaten, mit Ausnahme von sieben, waren Roosevelt-Anhänger. Lemke, der Mann der Faschisten, der für die Union Party kandidierte, erhielt nur 891.858 Stimmen und siegte in keinem einzigen Staat. Die Socialist Party, die viele Jahre lang zahlreiche „Proteststimmen" für sich gewonnen hatte, erzielte im Jahre 1936 nur 187.342 Stimmen, also weniger als ein Viertel ihrer Stimmenzahl von 1932.[8] Der Versuch der Wallstreet-Reaktionäre, das Land dem Faschismus in die Arme zu treiben, war mißlungen. Er war zerschellt an dem Felsen des demokratischen Willens des amerikanischen Volkes.

Die politische Linie der Kommunistischen Partei

In den hier behandelten ersten Jahren des New Deal, von Anfang 1933 bis Ende 1936, war die Politik der Kommunistischen Partei im allgemeinen richtig, wenn auch in der Praxis eine Reihe von Schwächen und offensichtlichen Fehlern vorkam. Daß die politische Linie der Kommunisten in ihren Grundzügen richtig war, zeigte sich in der beträchtlichen Zunahme des Einflusses der Partei unter den Massen und in dem stetigen Wachstum ihrer Mitgliederzahl in diesen Jahren.

Die Partei nahm Roosevelt gegenüber eine im wesentlichen richtige Stellung ein, wenn sie die starken faschistischen Einflüsse in der Anfangszeit des New Deal scharf bekämpfte und [473:] den Präsidenten und eine Reihe seiner Reformen später mit kritischen Einschränkungen unterstützte. Schon 1936 jedoch schwächte Browder die notwendige Kritik an Roosevelt ab, und dieser Opportunismus sollte später verderbliche Folgen haben.

Die Partei hatte recht, wenn sie den größten Nachdruck darauf legte, die Kämpfe der Massen um ihre Tagesforderungen voranzutreiben, und zwar mehr und mehr auf der Basis einer Einheitsfront – die Kämpfe um höhere Löhne, um die Arbeitslosenunterstützung, um die Rechte der Neger, für die Interessen der Jugend und für den Ausbau der Gewerkschaften. Sie handelte auch völlig richtig, wenn sie die Massen darauf hinwies, daß sie die Berücksichtigung ihrer Forderungen nur dann erreichen würden, wenn sie für diese Forderungen kämpften. Diese kämpferische Haltung der Partei gegenüber allen Opportunisten und Kompromißlern trug weitgehend dazu bei, daß die Arbeiter in diesen Jahren gewisse Konzessionen durchsetzten. Zwar neigte die Partei noch immer dazu, den „revolutionären Ausweg aus der Krise" etwas zu stark zu betonen, doch hinderte sie dies nicht daran, einen energischen und erfolgreichen Kampf für die Tagesforderungen der werktätigen Massen zu führen.

---

[8] Die Socialist Party spaltete sich, und die Zahl ihrer zahlenden Mitglieder sank im Jahre 1937 auf 6194 gegenüber 16.656 im Jahre 1936.

Im besonderen war die Kommunistische Partei sehr erfolgreich in ihrem hartnäckigen und geschickten Kampf für die Stärkung der Gewerkschaftsbewegung. Als Vorhut der Arbeiterklasse war die Partei naturgemäß an allen Gewerkschaftsfragen stark interessiert, doch mischte sie sich nicht selbst in das Leben der Gewerkschaften ein. Die Kommunisten bemühten sich energisch, die Gewerkschaften zu einer fortschrittlichen Politik zu bewegen; trotzdem führten sie in vorbildlicher Disziplin und Solidarität die Beschlüsse der Gewerkschaften getreulich durch, selbst wenn sie nicht völlig mit ihnen einverstanden waren. Bei allen Organisationskampagnen, Streiks und sonstigen gewerkschaftlichen Aktionen standen die Kommunisten in der vordersten Front. Sie waren auch eifrige Vorkämpfer der Gewerkschaftseinheit. Unermüdlich waren sie darauf bedacht, die Spaltung zwischen der AFL und dem CIO zu verhindern und die beiden Organisationen wieder zu vereinigen, nachdem die Spaltung Tatsache geworden war.

[474:] In ihren nie nachlassenden Bemühungen um die Gewerkschaftseinheit machte die Partei im März 1933 der AFL und der Socialist Party den Vorschlag, auf der Basis eines gemeinsamen Kampfprogramms in einer Einheitsfront mit ihr zusammenzuarbeiten.[9] Dieser Vorschlag stand im Einklang mit den Realitäten der politischen Situation in Amerika und ebenso mit dem Kampf, den die Kommunisten angesichts der wachsenden faschistischen Gefahr überall für die Einheit der Arbeiter in der ganzen Welt führten. Die oberste Führung der AFL und der Socialist Party reagierte jedoch nicht auf die Einheitsfrontvorschläge der KP, während zahlreiche untere Organisationen sehr lebhaft reagierten. Damals beteiligten sich Hunderte von Ortsverbänden der AFL und zahlreiche Ortsgruppen der Socialist Party gegen den Willen ihrer Führer an fortschrittlichen Einheitsfrontorganisationen wie dem National Negro Congress, dem American Youth Congress, der American League Against War and Fascism, der Workers Alliance, der League of American Writers und den Councils for the Foreign-Born. Bei der Kampagne von 1936 schlug die KP im Rahmen ihrer richtigen Einheitsfrontpolitik auch eine gemeinsame Wahlliste mit der Socialist Party vor, die seit 1933 erheblich stärker geworden war und damals „linksradikale“ Tendenzen zeigte, doch wurde dieser Vorschlag von der Thomas-Führung ignoriert. Im Januar 1936 schlug die Young Communist League der Young People’s Socialist League ohne Erfolg die Bildung einer einheitlichen Jugendorganisation vor.

Richtig handelte die Partei auch, wenn sie sich tatkräftig für die politische Festigung der lockeren demokratischen Massenkoalition einsetzte, die hinter Roosevelt stand. Sie betonte besonders die Notwendigkeit der Schaffung einer festgefügten Volksfront in der amerikanischen Form einer Farmer- und Arbeiterpartei. In allen Parteien der Bundesstaaten und politischen Vereinigungen jener Zeit arbeiteten die Kommunisten aktiv und wirksam mit, und auch in der Labor’s Non-Partisan League waren die Kommunisten und die anderen Linken außerordentlich rührig. Die Partei erkannte durchaus die historische [475:] Gelegenheit, die die ersten Jahre des New Deal der Arbeiterklasse boten, mit dem unheilvollen kapitalistischen Zweiparteiensystem zu brechen und zum selbständigen politischen Handeln überzugehen.

Dabei hätte die Partei jedoch beinahe einen schweren Fehler begangen. Nachdem das CIO, die AFL und die verschiedenen Arbeiter- und Farmerparteien, die damals in einzelnen Staaten existierten, Anfang 1936[10] deutlich zu erkennen gegeben hatten, daß sie nicht gewillt seien, für die Präsidentschaftswahlen im Herbst jenes Jahres eine unabhängige Partei ins Leben zu rufen, drängte Earl Browder, der Generalsekretär der KP, trotzdem darauf, daß die KP mit einer Arbeiterpartei-Liste in den Kampf eingriff. Dies hätte eine Erneuerung der Federated Farmer Labor Party von 1923 bedeutet, aber auf einer noch schmaleren Basis. Browder suchte diesen undurchführbaren, rechtssektiererischen Vorschlag, der die Partei in eine verderbliche Isolierung geführt hätte, mit dem unsinnigen Argument zu rechtfertigen, daß eine solche Partei eher Landon als Roosevelt Stimmen entziehen würde. Erst nachdem er überstimmt worden war, zog Browder seinen Vorschlag zurück und akzeptierte die Politik einer bedingten Unterstützung Roosevelts, die die Partei bei den Wahlen von 1936 erfolgreich durchführte.

---

9 Siehe Alexander Bittelman, Einleitung zu “The Advance of the United Front”, New York 1934.

10 Auf einer Konferenz in Chicago im Mai 1936, auf der alle Farmer- und Arbeiterparteien und auch die Kommunistische Partei vertreten waren.

Die Partei hatte auch im wesentlichen recht mit ihrer scharfen Opposition gegen Roosevelt in den ersten drei Jahren seines Regimes. Der Faschismus war eine aktuelle Gefahr in der gesamten kapitalistischen Welt, und Roosevelts Programm, besonders den National Industrial Recovery Act, enthielt zahlreiche ausgesprochen faschistische Tendenzen. Als Roosevelt jedoch unter dem Druck der großen Massenkämpfe und der Angriffe der extremen Rechten sich entschiedener gegen die rücksichtslose Reaktion wandte, änderte die Partei ihre Einstellung zu ihm. Auf dem IX. Parteitag der Kommunistischen Partei im Juni 1936 wurde in der Hauptsache beschlossen, Roosevelt indirekt dadurch zu unterstützen, daß die Partei ihren Kampf vor allem gegen Landon führte. Diese richtige [476:] Politik wurde jedoch, wie spätere Ereignisse zeigen sollten, schließlich von Browder im Sinne einer unzulässigen Unterordnung der Kommunistischen Partei unter das bürgerliche Roosevelt-Programm überhaupt verzerrt.

Browder und die amerikanischen demokratischen Traditionen

Der bedenklichste theoretische Fehler, den die Kommunistische Partei in den ersten Jahren der Roosevelt-Periode beging, war ihre falsche Einstellung in der Frage der amerikanischen nationalen demokratischen Traditionen. Die von vielen kommunistischen Parteien lange vernachlässigte Frage der nationalen Traditionen gewann erstrangige Bedeutung durch das Aufkommen des Weltfaschismus und den Versuch der Faschisten, die Geschichte ihrer Völker im Sinne ihrer eigenen reaktionären Ziele zu verfälschen. In Frankreich legte die Kommunistische Partei als Führer der mächtigen Volksfrontbewegung, entsprechend den tatsächlichen Verhältnissen im Lande und den von Lenin und Stalin schon vor längerer Zeit entwickelten Prinzipien, von 1933 an starken Nachdruck auf diese Frage. Sie machte den Massen eindringlich klar, daß die Marxisten-Leninisten, wenn sie gegen Faschismus und Krieg und für den Sozialismus kämpften, nicht nur als unmittelbare Führer der Nation handelten, sondern gleichzeitig die revolutionären und demokratischen Traditionen des französischen Volkes weiterführten. Diese richtige Politik machte die Geschichtsfälschungen der Faschisten zunichte und verstärkte den gesamten Kampf der Volksfront außerordentlich. Georgi Dimitroff unterstrich die Wichtigkeit dieser Aufgabe auf dem VII. Weltkongreß der Komintern mit der Feststellung: „Die Faschisten durchstöbern die gesamte *Geschichte* jedes Volkes, um sich als Nachfolger und Fortsetzer alles Erhabenen und Heldenhaften in seiner Vergangenheit aufzuspielen ...“[11]

Earl Browder verzerrte das richtige Vorbild der französischen Kommunisten, als er es nach 1934 unternahm, das Verhältnis [477:] des amerikanischen Kommunismus zu den amerikanischen demokratischen und revolutionären Traditionen zu analysieren. Er beging dabei gröbste opportunistische Fehler. Sein Hauptfehler in dieser Hinsicht war, daß er nicht zwischen der bürgerlichen Demokratie und der proletarischen Demokratie unterschied. Er übersah den entscheidenden Umstand, daß bürgerliche Demokratie die Herrschaft der Bourgeoisie und proletarische Demokratie die Herrschaft der Arbeiterklasse bedeutet und daß zwischen den beiden die proletarische Revolution liegt. Bei der Anwendung seiner opportunistischen Theorien auf die amerikanische Geschichte ignorierte Browder den fundamentalen Unterschied zwischen der engen und beschränkten Art von Demokratie, wie die Bourgeoisie sie versteht, und der umfassenden Volksdemokratie, für die das Proletariat kämpft.[12] Er verschleierte die Tatsache, daß die Bourgeoisie die demokratischen Institutionen unter dem Kapitalismus in ihrem eigenen Klasseninteresse einschränkt, unwirksam macht und entstellt, während die Arbeiterklasse seit jeher für die Erweiterung der bürgerlichen Demokratie kämpft. Die Arbeiter, legte Lenin dar, entwickeln die bürgerliche Demokratie bis zum äußersten und machen dann den Sprung zur sozialistischen Demokratie. Der Kampf für den Sozialismus ist ein Kampf mit demokratischen Mitteln um die höchste Form der Demokratie, die unter dem Kapitalismus überhaupt nicht zu verwirklichen ist.

Browder mit seiner unmarxistischen, undifferenzierten Auffassung von „amerikanischer Demokratie“ trat für die bürgerliche Demokratie an sich ein und entwickelte schon damals die Perspektive ihres beständigen, evolutionären Wachstums. Dies bedeutete die Preisgabe des Sozialismus und die

---

11 G. Dimitroff, „Probleme der Einheits- und Volksfront“, S. 61.

12 Siehe Betty Gannett in “Political Affairs”, April 1951.

unbegrenzte Beibehaltung des kapitalistischen Systems. Browder faßte seine opportunistischen Vorstellungen von den amerikanischen revolutionären und demokratischen Traditionen in dem Schlagwort „Der Kommunismus ist der Amerikanismus des zwanzigsten Jahrhunderts“ zusammen, das er auf dem VIII. Parteitag in Cleveland im Jahre 1934 verkündete. H. Jennings bemerkt über den Sinn dieses Schlagworts: „Was als amerikanische Tradition gilt, mit allen dabei mitgedachten Vorstellungen von [478:] Klassenlosigkeit und der Illusion einer über den Klassengegensätzen stehenden abstrakten und zeitlosen Demokratie, wird in die Definition des Kommunismus einbezogen.“[13] Browders Schlagwort stieß auf Kritik, und später formulierte er es in angeblich selbstkritischer Weise neu.[14] Nach wie vor propagierte er sein Schlagwort, doch kam es bald aus dem Gebrauch.

Nach 1934 waren Browders Schriften erfüllt von seinen Vorstellungen über eine „für alle Klassen geltende amerikanische Demokratie“. Er entwickelte die Idee, daß der Marxismus-Leninismus nur eine Art erweiterter, ununterbrochener Fortführung der bürgerlichen Demokratie sei. Auf dem X. Parteitag, der in New York am 27. Mai 1938 begann, erklärte Browder: „Die restlose und vollständige Anwendung der Prinzipien Jeffersons, die konsequente Anwendung der demokratischen Ideen auf die heutigen Verhältnisse wird naturgemäß und unvermeidlich zur Verwirklichung des Programms der Kommunistischen Partei, zur sozialistischen Umgestaltung der Vereinigten Staaten, zum Gemeineigentum und zur gemeinsamen Betriebsführung in unserer Wirtschaft zum Wohle aller führen.“[15] Im Sinne dieser revisionistischen Konzeption setzte Browder es durch, daß der Parteitag seine falsche Idee von der allmählichen Entwicklung der Demokratie im Geiste Jeffersons zum Marxismus-Leninismus in die Präambel des Parteiprogramms aufnahm. In ihrer korrigierten Form besagte die Präambel, daß die KP einfach „die Traditionen Washingtons, Jeffersons, Paines, Jacksons und Lincolns unter den veränderten heutigen Verhältnissen weiterentwickelt“. Damit wurde der Klasseninhalt der bürgerlichen Demokratie völlig geleugnet.

Browders opportunistische Auffassung von der bürgerlichen Demokratie schloß nicht nur den Kampf für den Sozialismus aus, sondern ignorierte auch die demokratische Rolle der Arbeiterklasse in der amerikanischen Geschichte. Gewiß kämpften Washington, Jefferson, Paine, Jackson und Lincoln für bestimmte begrenzte demokratische Freiheiten, wie die herr-[479:]schende Klasse eines Landes sie benötigte, das sich von der bürgerlichen Agrarwirtschaft und Sklavenwirtschaft zum Industriekapitalismus entwickelte, einschließlich des begrenzten Rechts auf Rede-, Versammlungs- und Religionsfreiheit, Geschworenengerichte und dergleichen. Für die Schaffung, Verteidigung und Erweiterung dieser demokratischen Freiheiten kämpfte auch die Arbeiterklasse, aber sie kämpfte außerdem für ihre eigenen spezifischen demokratischen Forderungen, für höhere Löhne, kürzere Arbeitszeit, Volksbildung, die Rechte des Negervolks, das Koalitions- und Streikrecht, Sozialversicherung, Schutz der Frauen und Kinder in der Industrie usw., für Forderungen, die die herrschende Klasse seit jeher sämtlich abgelehnt hat. Diese Forderungen der Arbeiterklasse, die sich von der begrenzten Demokratie aller Führer der amerikanischen Bourgeoisie in der Vergangenheit wie in der Gegenwart grundlegend und wesentlich unterscheiden, stellen im Rahmen des Kapitalismus die Wurzeln jener proletarischen Demokratie dar, die schließlich im Sozialismus heranreifen wird.

Die Arbeiterklasse hat bei der Schaffung der Demokratie, wie sie in den Vereinigten Staaten besteht, eine sehr wesentliche Rolle gespielt, und heute sind die Arbeiter und ihre demokratischen Verbündeten, in den Vereinigten Staaten wie in allen anderen kapitalistischen Ländern, die einzigen Verteidiger und Vorkämpfer der Demokratie. Ohne den demokratischen Kampf der Arbeiter würden die faschistisch gesinnten Monopolkapitalisten bald jede demokratische Institution in den Vereinigten Staaten zerstören. Browder hat alle diese Tatsachen ignoriert oder geleugnet. Trotz des groben Opportunismus der Formulierungen Browders blieben sie in der Präambel des Parteiprogramms stehen, bis sie auf dem außerordentlichen XII. Parteitag vom Juli 1945 durch die richtigen marxistisch-leninistischen Formulierungen ersetzt wurden, die noch heute gelten.

---

13 Jennings in “Political Affairs”, August 1945.

14 Siehe “The Communist”, Dezember 1938.

15 “Report to the Tenth National Convention of the C. P. U. S. A.”, New York 1938, S. 93.

Browders Gleichsetzung der proletarischen Demokratie mit der bürgerlichen Demokratie bedeutete, daß er im wesentlichen die Kapitalistenklasse als den demokratischen Führer des amerikanischen Volkes anerkannte. Damit bestritt er ausdrücklich die Rolle der Arbeiterklasse, vor allem unter der Leitung [480:] der kommunistischen Partei, als der führenden Kraft der Nation. Diese nicht berichtigte falsche Idee führte Browder einige Jahre später auch dazu, daß er die Vorrangstellung des amerikanischen Imperialismus auf dem Gebiet der praktischen Politik anerkannte. Er tat dies im Januar 1944 in seiner berüchtigten Teheran-These, die den „fortschrittlichen Kapitalismus“ pries. Auf ihren Parteitagen von 1934, 1936 und 1938 besaß die Partei noch nicht genügend marxistisch-leninistische Klarheit, um die Bedeutung von Browders im Entstehen begriffener opportunistischer Interpretation der Geschichte der amerikanischen Demokratie zu erfassen und dementsprechend dieses besonders gefährliche politische Gift rechtzeitig unschädlich zu machen. Dies politische Versagen sollte der Partei in den folgenden Jahren teuer zu stehen kommen.

[481:]

24
DIE KOMMUNISTEN BEIM AUFBAU DES CIO
(1936-1940)

Der Aufbau der CIO-Verbände war der größte Schritt vorwärts, den die amerikanische Arbeiterbewegung je gemacht hat. Er veränderte die gesamte Situation in der Gewerkschaftsbewegung und erhob die Arbeiterklasse auf ein neues, höheres Niveau hinsichtlich ihrer Stärke und Reife im wirtschaftlichen und politischen Kampf. In dieser historischen Bewegung spielte die Kommunistische Partei eine entscheidende und notwendige Rolle. Sie handelte wirklich als die Vorhut der Arbeiterklasse.

Wie wir in Kapitel 21 gesehen haben, wurde das Committee for Industrial Organization (CIO) Ende 1935 unter der Führung von John L. Lewis gegründet. Es konzentrierte sich zunächst in der Hauptsache auf die Stahlindustrie. Im Juni 1936 wurde unter der Führung Philip Murrays das Steel Workers Organizing Committee gegründet. Bezirkszentralen wurden in Pittsburgh, Chicago und Birmingham eingerichtet, und etwa 200 Funktionäre beschäftigten sich ausschließlich mit der Organisationsarbeit. Die acht angeschlossenen CIO-Verbände, besonders die Bergarbeiter, waren in der Lage, Millionen für diesen Zweck zur Verfügung zu stellen.

Die Stahlarbeiter waren reif für die Organisierung. Viele verdienten nur 560 Dollar jährlich, während die durchschnittlichen Lebenshaltungskosten sich auf 1500 Dollar beliefen. In den Betrieben herrschte lange Arbeitszeit und Willkür. Die Arbeiter waren von dem Kampfgeist erfüllt, der damals das Proletariat in der ganzen Welt beseelte. So führte die Organisationsarbeit alsbald zu Erfolgen. Ende 1936 erfaßte das Organisationskomitee, das praktisch die alte, verknöcherte Amalgamated [482:] Association of Iron, Steel and Tin Workers aufgesogen hatte, 150 Ortsverbände mit 100.000 Mitgliedern.

Inzwischen traten auch in der Automobilindustrie dramatische und entscheidende Ereignisse ein. Den United Automobile Workers, einer von der AFL gegründeten Organisation, die sich aber später dem CIO angeschlossen hatte, gelang es, bis Dezember 1936 einen Verband mit rund 30.000 Mitgliedern aufzubauen. Die Arbeiter, deren Wochenlöhne damals durchschnittlich zwanzig Dollar betrugen, forderten ein Abkommen mit der General Motors Corp. und begannen, als dies abgelehnt wurde, in Atlanta und Cleveland mit dem Streik. Im Januar 1937 standen schließlich 51.000 Arbeiter im Streik, die 60 General-Motors-Betriebe in 14 Staaten mit etwa 140.000 Arbeitern in die Bewegung hineinrissen.

Das Zentrum und den entscheidenden Punkt des Streiks bildeten die großen General-Motors-Betriebe in Flint (Michigan), das Herz dieses riesigen Unternehmens. Dort nahmen sich die Arbeiter einen Streik der Gummiarbeiter in Akron, der einige Monate vorher stattgefunden hatte, und die Erfahrungen der französischen und italienischen Arbeiter zum Vorbild und besetzten die Betriebe. Es war ein sogenannter Sitzstreik. Die Arbeiter verbarrikadierten sich in den Werkabteilungen, führten eine eiserne Disziplin ein, schlugen alle Versuche der von der Gesellschaft bezahlten Banditen und der Polizei zur Rückeroberung der Betriebe ab und drohten, sich jedem Versuch der staatlichen Miliz, sie hinauszudrängen, wie es die Gesellschaft vom Gouverneur forderte, mit allen Mitteln zu widersetzen. Die Solidarität der Arbeiter war unerschütterlich, und nach 44 Streiktagen mußte die große General Motors Corp. Mit ihren 1,5 Milliarden Dollar kapitulieren, die Gewerkschaft anerkennen und wesentliche Verbesserungen in bezug auf Löhne, Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen gewähren.[1]

Der General-Motors-Streik, vor allem in den entscheidenden Betrieben von Flint, war in strategischer Hinsicht einer der wichtigsten Streiks in der Geschichte der amerikanischen Arbeiterbewegung. Mit diesem Streik erzielte das CIO den ersten [483:] wirklichen Durchbruch in den Herrschaftsbereich des Open-Shop-Monopolkapitals, und die wirksame Taktik der Sitzstreiks rief gewaltige

---

1 Siehe William W. Weinstone, “The Great Sit-Down Strike”, New York 1937.

Begeisterung in der gesamten Arbeiterklasse hervor. Die anderen Kampagnen des CIO griffen daraufhin wie ein Lauffeuer um sich, und an vielen Orten wurde die Sitzstreik-Taktik erfolgreich angewandt. Am 8. März traten auch rund 63.000 Arbeiter der Chrysler Corp. in den Streik, davon etwa zwei Drittel in den Sitzstreik, und errangen nach kurzem Kampf einen Sieg. Nunmehr entwickelte sich die Gewerkschaftsbewegung in der Automobilindustrie in raschem Tempo.

Auch in der Stahlindustrie wurden eindrucksvolle Erfolge erzielt. Am 2. März 1937 wurde das Land durch die Nachricht von einem Abkommen zwischen dem Organisationskomitee und der United States Steel Corp. überrascht, das sich auf etwa 240.000 Arbeiter in ihren wichtigsten Betrieben bezog. Das Abkommen führte den Achtstundentag sowie die Vierzigstundenwoche ein und gewährleistete eine Erhöhung des Stundenlohns um 10 Cent, Beschwerdekommissionen, Dienstzeitzulagen und andere Verbesserungen. Endlich, nach einem Kampf, der fast ein halbes Jahrhundert gedauert hatte, hatten sich die Gewerkschaftenden Weg in die Stahlindustrie, die Hochburg des Open-shop-Systems, erzwungen.

Mit diesen entscheidenden Erfolgen in der Stahl- und der Automobilindustrie, dem Kern der Schwerindustrie, war jedoch die Organisationsarbeit in diesen beiden großen Industriezweigen keineswegs abgeschlossen. Die kleineren Stahlgesellschaften – Bethlehem, Inland, Republic, Youngstown – hielten stand und zerschlugen im Mai 1937 mit der üblichen Brutalität den Streik von 75.000 Stahlarbeitern. Am Gedenktag für die Gefallenen des Bürgerkrieges (Memorial Day) kam es in Chicago zu einem ungeheuerlichen Blutbad, wobei zehn Streikposten getötet und mehr als 100 von der Polizei verwundet wurden. Auch in der Automobilindustrie gelang es dem Ford-Konzern, sich dem allgemeinen Drang zur gewerkschaftlichen Organisierung zu widersetzen. Aber im Laufe der nächsten vier Jahre mußten sowohl Ford als auch die kleineren Stahlgesellschaften die gewerkschaftliche Organisierung ihrer Arbeiter zulassen.

[484:] Inzwischen wurden in verschiedenen anderen Industriezweigen energische und erfolgreiche Organisierungskampagnen durchgeführt, so zum Beispiel in der Rundfunk- und Elektroindustrie, unter den Hafenarbeitern, im Erzbergbau, in der Textil- und Holzindustrie, im Transportwesen, in der Schuh-, Fleischkonserven-, Leder-, Gummi-, Aluminium- und Glasindustrie sowie unter den Angestellten, doch würde eine Schilderung aller dieser Kampagnen den Rahmen dieser allgemeinen Darstellung sprengen. Wir begnügen uns mit der Feststellung, daß die CIO-Verbände Ende 1940[2] etwa vier Millionen Arbeiter umfaßten, was einen Zuwachs von mehr als 3 Millionen im Laufe von vier Jahren bedeutete. Als der zweite Weltkrieg die Völker in seinen Strudel zu reißen begann, hatte die Organisierungskampagne des CIO sich als ein unbestreitbarer Erfolg erwiesen. Der Kern der vertrusteten Industrie war gewerkschaftlich organisiert.

Die AFL-Führer sabotieren die Kampagne

Als zu Anfang der dreißiger Jahre die Forderung nach Industrieverbänden in der AFL immer lauter vernehmbar wurde, bezeichnete Daniel J. Tobin, der Vorsitzende der Teamsters Union, „die ungelernten Arbeiter in der Industrie für Massenproduktion verächtlich als ‚Abfall'"[3]. Darin kam die tatsächliche Haltung der obersten AFL-Führer zu dem Problem der Organisierung in der Schwerindustrie zutreffend, wenn auch in ungewöhnlich offenherziger Weise, zum Ausdruck. Wenn sie die Facharbeiter in der Hand hatten, interessierte das Schicksal der übrigen sie wenig. Mit dieser Einstellung wollten Green und seine Spießgesellen die spontanen Aktionen der Massen abwürgen. Sie lehnten es ab, die Gründung von Industrieverbänden zu bestätigen; sie schlossen die CIO-Verbände aus, um die Organisierungskampagne im Keim zu ersticken; sie verurteilten die Sitzstreiks als ungesetzlich und schädlich für die organisierte Arbeiterschaft; mehrfach setzten sie ihre Fachver-[485:]bände für den Streikbruch ein; sie stimmten den Unternehmern zu, die das CIO als „rot" beschimpften. Aber die Arbeiter mit ihrem prachtvollen Kampfgeist und ihrer großartigen Solidarität machten, vor allem unter dem Einfluß der Kommunisten, diese AFL-Sabotage, die sich bei früheren Gewerkschaftskampagnen so

---

2 Über die Organisationsreformen des CIO siehe Anhang.

3 F. R. Dulles, "Labor in America", New York 1949, S. 294.

verhängnisvoll ausgewirkt hatte, zuschanden und führten ihre Organisierungskampagnen und Streiks zum Erfolg.

Es war jedoch eine Ironie der Geschichte, daß die AFL-Verbände von der großen Massenorganisierungsbewegung, die ihre Führer mit allen Mitteln. zum Scheitern zu bringen suchten, ebenfalls weitgehend profitierten. Einige der wendigeren Verbände – die Maschinisten, die Fuhrleute, die Elektriker, die Kesselschmiede, die Hotel- und Restaurantangestellten usw. – nahmen die günstige Situation wahr und organisierten Arbeiter aller Berufszweige, wobei sie sich wenig um Zuständigkeitsfragen kümmerten. So wurden sie zu Massengewerkschaften in der Art von Industrieverbänden, und die Zahl ihrer Mitglieder wuchs erheblich. Die Kommunisten beteiligten sich aktiv an allen diesen Kampagnen. Die AFL hatte 1940 trotz des Verlustes mehrerer Gewerkschaften an den CIO ungefähr ebenso viele Mitglieder wie der CIO selbst. Niemals jedoch brachte die oberste AFL-Führung eine allgemeine systematische Kampagne zur Organisierung der erwachenden Arbeiter in Gang.

Charakteristisch für die damalige Situation in der Arbeiterbewegung war es, daß die Entwicklung des CIO und der Zustrom zahlreicher ungelernter Arbeiter zu den Fachverbänden dem reaktionären Kurs der AFL-Führer Einhalt geboten. Die Herrschaft des Gangstertums und die ungeheuerliche Korruption, die der AFL-Führung schon so lange zur Schande gereichten, ließen merklich nach. Ebenso begann die AFL sich ein wenig mehr für fortschrittliche politische Programme und ihre Durchsetzung auf dem Wege der Gesetzgebung zu interessieren. Die alte Gompersschе Indifferenz gegenüber der Politik, die Gesetze über Löhne. Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen ablehnte, weil sie angeblich zur Liquidierung der Gewerkschaften führen würden, gehörte jetzt der Vergangenheit an. Sogar die Kommunistenhetze in den AFL-Verbänden ließ bedeutend nach.[4]

[486:] Auf den Kongressen des CIO und der AFL im Jahre 1940 waren 3.810.318 beziehungsweise 4.247.443 Mitglieder vertreten. Einschließlich der unabhängigen Verbände waren insgesamt etwa 10 Millionen Arbeiter gewerkschaftlich organisiert. Bei der großen Organisierungskampagne Ende der dreißiger Jahre gewann der CIO etwa 3 Millionen neue Mitglieder, und die Mitgliederzahl der AFL wuchs gegenüber 1935 um 1,75 Millionen. Die Eisenbahnerverbände hatten die schweren Verluste bei dem Streik von 1922 praktisch wiedergutgemacht, und die ursprünglichen acht CIO-Verbände gewannen etwa 800.000 Mitglieder. Die wichtigsten CIO-Verbände waren damals die Bergarbeiter mit 600.000, die Stahlarbeiter mit 535.109, die Automobilarbeiter mit 206.824, die Fleischkonservenarbeiter mit 90.000 und die Transportarbeiter mit 90.000 Mitgliedern. Bis 1940 gewann die Gewerkschaftsbewegung durch die vom CIO eingeleitete Massenkampagne rund 7 Millionen Mitglieder.

Obwohl der CIO und die AFL damals zahlenmäßig ungefähr gleich stark waren, stellte der CIO den wichtigsten und aussichtsvollsten Abschnitt der Arbeiterbewegung dar, weil er sich hauptsächlich auf die Schwerindustrie stützte, eine fortschrittlichere Politik unter einer fortschrittlicheren Führung betrieb und von den Kommunisten stärker beeinflußt wurde.

Die Solidarität der Arbeiterschaft überwindet alle Hindernisse

Die entscheidende Ursache der großen Erfolge beim Aufbau des CIO in jenen Jahren waren die großartige Solidarität und der Kampfgeist der Arbeiter, der von den Kommunisten eifrig gefördert wurde. Dieser Kampfgeist war die Folge der langjährigen Unterdrückung durch das Open-Shop-System, der bitteren Not in der Zeit der großen Wirtschaftskrise, des Gefühls der ökonomischen und politischen Macht, das die Arbeiter durch die erfolgreichen Streiks seit 1933 gewonnen hatten, und ihres Bewußtseins, daß sie die Republikanische Partei bei den Wahlen von 1932 und 1936 geschlagen hatten. Diese Kampfmoral herrschte überall – unter den Arbeitern, den Arbeitslosen, den [487:] Negern, den Eingewanderten, den Frauen und der Jugend. Der Sitzstreik war ihr Symbol und die unerschütterliche Solidarität der Beschäftigten und der Arbeitslosen ihr höchster Ausdruck. Obwohl es in dieser ganzen Periode niemals weniger als 10 Millionen Arbeitslose gab und sich außerdem im Jahre 1937 eine neue Wirtschaftskrise anbahnte, wurden die Streiks mit außerordentlicher Geschlossenheit durchgeführt, und es war sehr schwierig, Streikbrecher aufzutreiben. Dieser beispiellosen proletarischen

4 Siehe Jack Stachel in “The Communist”, November 1936.

Solidarität und Kampfentschlossenheit war es zu verdanken, daß die Unternehmer – scheinbar mühelos – geschlagen wurden und die Gründung von Gewerkschaften in den vertrusteten Industriezweigen erzwungen werden konnte.

Die tiefe Spaltung innerhalb der Gewerkschaftsbürokratie war, im Gegensatz zur Spaltung der Arbeiterbewegung selbst, für die Organisierung der Arbeiter außerordentlich günstig. Früher stießen die Versuche zur Organisierung der Massen auf die geschlossene und gewöhnlich unüberwindliche Ablehnung der obersten Führung, die sich in erster Linie auf die gelernten Arbeiter stützte. Daher mußten die Organisierungskampagnen in der Schwerindustrie von den einfachen Mitgliedern oder von unabhängigen Verbänden unternommen werden, gegen die die konservative Gewerkschaftsführung alle ihre Geldmittel, alle ihre Funktionäre und ihr ganzes Prestige aufbot. Ohne diese Opposition von oben hätten die Arbeiter in den Industriezweigen für Massenproduktion schon längst organisiert werden können, bestimmt im ersten Weltkriege oder in der Coolidge-Zeit. Jetzt aber, seitdem es in der Bürokratie zur Spaltung zwischen Green und Lewis gekommen war und Lewis die Organisierung forcierte, wurde es möglich, die Sache zum erstenmal ernsthaft in Angriff zu nehmen, da die reale Macht und das Prestige festgefügter Gewerkschaften hinter der Kampagne standen. So war der Erfolg von Anfang an gesichert.

Die hartgesottenen Unternehmer – in der Stahl- und Automobilindustrie zum Beispiel – kapitulierten mit überraschender Bereitwilligkeit vor dem CIO. Nicht einmal die Girdler und Ford konnten sich der Organisierungsbewegung lange widersetzen. Alle ihre erprobten und bewährten Streikbruchmethoden waren unwirksam geworden, in erster Linie, weil der [488:] Kampfgeist der Arbeiter die von den Unternehmern ausgehaltenen Betriebsverbände, das Spitzelsystem, das Banditenregiment und die übrigen demagogischen und terroristischen Methoden des Open-Shop-Systems erbarmungslos ausrottete, die die Unternehmer seit einer Generation entwickelt und die sich bisher als so außerordentlich wirksam erwiesen hatten, um die Entwicklung der Gewerkschaften zu erschweren. Die maßgebenden Persönlichkeiten der United States Steel, der General Motors und anderer Truste befürchteten angesichts der Aktivität der Arbeiterklasse, ein offener Kampf würde die Arbeiterschaft noch radikaler organisieren, als es bereits der Fall war. Die Kommunistische Partei, die treibende Kraft in der gesamten Bewegung, befürwortete damals eine gemeinsame Streikbewegung in der Stahlindustrie, in der Automobilindustrie und im Kohlenbergbau, und eine solche breite Streikbewegung war praktisch durchaus möglich. Daher machten die Industriemagnaten gute Miene zum bösen Spiel und gingen daran, die neuen Gewerkschaften, die sie nicht mehr verhindern konnten, unter ihre Kontrolle zu bringen. Schließlich waren „Arbeiterstatthalter“ wie Green, Woll, Frey und ihresgleichen keine Verhandlungspartner, die ihnen große Sorgen machten, und solche Gestalten, so hofften sie offenbar, würden auch im CIO an die Führung gelangen.

In dem Kampf gegen die Gründung der CIO-Verbände stießen die Unternehmer auf Schwierigkeiten, weil die damalige Bundesregierung sich nicht so bequem und wirksam zum Streikbruch gebrauchen ließ wie früher. Roosevelt war weder ein Grover Cleveland, der 1894 den Streik des Eisenbahnerverbandes niederschlug, noch ein Woodrow Wilson, der 1919 Gary und seinen Kreaturen das Signal zur Zerschlagung des Stahlarbeiterverbandes gab, und auch kein Warren G. Harding, der 1922 den Streik der Eisenbahnarbeiter niederschlug. Statt dessen begünstigte der Liberale Roosevelt die Gewerkschaften in gewissen Grenzen, vor allem, weil er ihre Hilfe gegen die heftigen Angriffe der extremen Reaktion benötigte. Er erkannte, daß die alten Open-Shop-Zeiten vorüber waren. Aber ohne die Kampfentschlossenheit der Massen hätte die Gewerkschaftsbewegung auch unter seinem Regime nur geringe Fortschritte [489:] gemacht. Hatte doch Roosevelt in Zusammenarbeit mit William Green die starken Gewerkschaftskampagnen von 1934 in der Stahl- und der Automobilindustrie durch ein „Kompromiß“ aus der Welt geschafft, indem er ihre Forderungen an Schiedsgerichte überwies, die sie beschnitten. Ebenso wandte sich die Regierung gegen die außerordentlich wichtige Taktik der Sitzstreiks, und Roosevelts Wagner-Gesetz stellte zwar gegenüber Abschnitt VII (a) des Gesetzes für die industrielle Wiedergesundung des Landes eine wirkliche Verbesserung dar, war aber nichts weniger als die alles entscheidende „Magna Charta der Arbeit“, wie es von den Gewerkschaftsbürokraten genannt wurde. Gewiß anerkannte es das Koalitionsrecht der Arbeiter, aber diese mußten kämpfen, um dies Recht zu

realisieren. Das Wagner-Gesetz war eine Folge der starken Aktivität der Arbeiter in jener Zeit, nicht ihre Ursache. Ohne den Kampfgeist der Arbeiter wäre es eine Deklaration auf dem Papier ohne tatsächlichen Inhalt geblieben, wenn es überhaupt jemals zustande gekommen wäre.

Die Rolle der Kommunistischen Partei

Die Kommunistische Partei unterstützte das CIO bei seinen Bemühungen, in der unorganisierten Schwerindustrie neue Industrieverbände zu schaffen, in jeder Hinsicht. Obwohl das CIO ‚von der AFL abgespalten war, identifizierte die Partei diese breite unabhängige Massenbewegung durchaus nicht mit der beschränkten linksradikalen Taktik der Gewerkschaftsspaltung, gegen die sie – trotz gewisser eigener Abweichungen in der Periode der Trade Union Unity League – so lange angekämpft hatte. Die traditionelle linke Taktik der Gewerkschaftsspaltung hatte zur Folge, daß die aktiven Elemente sich aus den Gewerkschaften zurückzogen und in kleinen Verbänden die Fühlung mit der Arbeiterbewegung überhaupt verloren. Nichts desgleichen geschah bei der Gründung des CIO. Im Gegenteil, das CIO war in jedem Sinne eine breite Massenbewegung.

Bei den großen Streiks und Organisierungskampagnen des CIO spielten die Kommunisten eine entscheidende Rolle. Das [490:] war unverkennbar. Es zeigte sich in dem außerordentlich kämpferischen Charakter – wir sprachen davon in Kapitel 21 – der Methoden und des Geistes der Bewegung überhaupt. Ihre organisatorische Aktivität, ihre verstärkte politische Aktivität, ihren Internationalismus, ihre richtigere Politik in der Negerfrage, das System der Werkobleute, die innergewerkschaftliche Demokratie, den Kampf gegen das Banditenunwesen, die Taktik der Massenstreikposten, die Werbung für die Gewerkschaften, die Taktik der Sitzstreiks und Arbeite-langsam-Streiks und eine richtige kämpferische Politik – das alles lernten die neuen Verbände bestimmt nicht von den konservativen Gewerkschaftsführern, die offiziell an der Spitze der bedeutsamen Bewegung standen. Ebensowenig lernten sie es von den Trotzkisten oder Sozialisten, die nur einen sehr geringen Anteil an diesen Kämpfen hatten, und die IWW-Tradition war schon lange erloschen. Stolberg, der die Kommunistische Partei haßte und ihre Feinde liebte, sagte 1938 über die Beteiligung der Trotzkisten an diesen Kämpfen: „Die Trotzkisten können wir im CIO entbehren.“ Über die Sozialisten, die im Kampf und in der Organisationsarbeit kaum eine größere Rolle spielten als die Trotzkisten, sagte Stolberg: „Die Socialist Party verfolgt weder im CIO noch sonstwo eine klare Gewerkschaftspolitik.“[5] Bezeichnenderweise beschäftigt sich sein Buch fast ausschließlich mit dem Einfluß der Kommunisten im CIO. Es ist einfach eine Tatsache, daß sich in der Ideologie der mächtigen neuen Gewerkschaftsbewegung und in ihrer kämpferischen Taktik hauptsächlich der starke Masseneinfluß der Kommunisten widerspiegelte, die in der Organisationsarbeit und im Kampf überall aktiv waren. Das CIO übernahm das Sofortprogramm der Liga fast vollständig.

In der Tat lehnten die „alten“ Sozialisten das CIO und sein Programm ab. Auf dem AFL-Kongreß in Tampa (1936) stimmten sie für den Ausschluß der CIO-Verbände. Unter ihrem Druck bekam Dubinsky kalte Füße, löste die International Ladies Garment Workers Union vom CIO und führte sie in die AFL zurück.

Die Kommunisten waren für ihre entscheidende Rolle in der CIO-Kampagne wohl gerüstet. Seit Jahren konzentrierten sie [491:] sich in erster Linie auf die Frage der Schaffung von Gewerkschaften in der Schwerindustrie, und sie hatten ausgedehnte praktische Erfahrungen gesammelt sowie Verbindung mit den Massen gewonnen. In vielen Zentren der Schwerindustrie und der vertrusteten Industriezweige hatten sie unzählige Streiks der Trade Union Educational League und der Trade Union Unity League und Aktionen der Unemployed Couneils und der Workers Alliance geleitet. Die Kommunistische Partei mit ihrem System der Betriebsgruppen und Betriebszeitungen hatte auch wertvolle Verbindungen zu den aktivsten Arbeitern in vielen Open-Shop-Industrien. Die Linken besaßen in diesen Betrieben sehr viele andere Stützpunkte dieser Art durch die verschiedenen Neger-, Eingewanderten- und anderen Massenorganisationen, in denen sie einen starken Einfluß ausübten. Alle diese Verbindungen mobilisierte die Partei, als die große Organisierungskampagne begann. Der

---

5 B. Stolberg, “The Story of the C. I. O.”, New York 1938.

fünfzehnjährige Kampf der Partei in der Schwerindustrie bildete Tausende von Kämpfern heran, die später das Fundament des CIO schufen.

Dieser entscheidende Anteil der Kommunisten am Aufbau des CIO wird heute von der rechten CIO-Führung gern ignoriert oder bestritten. Aber gelegentlich läßt man unserer Partei ein wenig Gerechtigkeit widerfahren. So sagt Alinsky in seiner „nicht autorisierten" Lewis-Biographie, die in enger Zusammenarbeit mit Lewis geschrieben wurde, über die Rolle der Kommunisten beim Aufbau des CIO: „Damals arbeiteten die Kommunisten, wie jetzt allgemein bekannt ist, unermüdlich, und keine Sache war ihnen zu niedrig oder zu unwichtig. Sie gingen buchstäblich restlos in ihrer Aufgabe auf. Die Kommunistische Partei unterstützte das CIO in jeder Hinsicht ... Es ist Tatsache, daß die Kommunistische Partei bei der Organisierung der Unorganisierten dem CIO große Dienste leistete."[6]

Als die CIO-Bewegung in Gang kam, veröffentlichte die Partei eine Reihe von Broschüren, in denen die ideologischen Argumente für die Schaffung von Industrieverbänden, wirksame Methoden der Organisationsarbeit in den Industriezweigen für Massenproduktion, die Elemente der Streikstrategie und die [492:] Prinzipien des Aufbaus und der Arbeit von demokratischen Industrieverbänden eingehend dargelegt wurden. Diese Broschüren faßten die positiven Erfahrungen der IWW, der Trade Union Educational League, der Trade Union Unity League und der unabhängigen Industrieverbände in der letzten Generation sowie die der Organisationskampagnen in der AFL, zum Beispiel in der Fleischkonservenindustrie und in der Stahlindustrie von 1917 bis 1919, zusammen. Sie fanden weite Verbreitung und waren vielfach in den Büros von CIO-Ortsverbänden zu finden, denen sie als Leitfaden in Organisationsfragen bei der Außenarbeit dienten.[7]

Bei der Diskussion über die notwendigen Voraussetzungen für den Erfolg der damals in Gang kommenden allgemeinen Organisationskampagne erklärte die Partei für die entscheidendste, für die erste Voraussetzung die Entwicklung einer freiwilligen Zusammenarbeit zwischen den Fortschrittlern und den Kommunisten in der Bewegung. Dies entsprach den wertvollsten Erfahrungen aus der Geschichte der Arbeiterbewegung in allen ihren Entwicklungsetappen. Die Partei formulierte das folgendermaßen: „Die Organisationsarbeit muß im Zusammenwirken der Fortschrittler und der Linken in der Arbeiterbewegung erfolgen. Nur diese Kräfte sind weitblickend, wendig und mutig genug, ein so wichtiges Unternehmen wie die Organisierung der 500.000 Stahlarbeiter gegenüber der heftigen Opposition des Stahltrusts und seiner kapitalistischen Verbündeten zum Erfolg zu führen."[8]

Ein Hindernis für die Tätigkeit und die Entwicklung der Kommunistischen Partei in diesen Jahren war der immer mehr in Erscheinung tretende Opportunismus ihres Generalsekretärs Earl Browder. Browder, der keinerlei Erfahrung in der Organisierung von Massenverbänden besaß und diese Tätigkeit nicht zu würdigen wußte, zog es vor, mit der obersten Gewerkschaftsführung und den maßgebenden politischen Führern op-[493:]portunistisch zu manövrieren. Er war ständig bemüht, die Aktivität und den Kampfgeist in der Partei zu dämpfen. Vor allem scheute er davor zurück, die Werbung von Parteimitgliedern in der Schwerindustrie aktiv zu betreiben, da er befürchtete, dies würde auf den Widerstand der CIO-Führung stoßen. Diese opportunistischen Tendenzen, die sich einige Jahre später zu einem regelrechten System des Revisionismus und Liquidatorentums auswuchsen, führten zu mancherlei Reibungen in der Parteiführung und wirkten sich gegen die organisatorische Entwicklung der Partei und die Verstärkung ihres Einflusses unter den Arbeitermassen aus.

Eine andere sehr schädliche Tendenz war damals die Überschätzung des fortschrittlichen Charakters der obersten CIO-Führung. Diese falsche Tendenz offenbarte sich zum Beispiel in der übermäßigen Verehrung Browders für Lewis und Murray, die er abwechselnd als die allergrößten Führer der amerikanischen Arbeiterbewegung bezeichnete. Dabei wurde der Tatsache ungenügende Beachtung geschenkt, daß die „fortschrittliche" Rolle, die diese beiden damals spielten, im Grunde genommen opportunistisch war und daß sie, wenn sich ihnen eine günstige Gelegenheit von einer anderen Seite

---

6 Saul Alinsky, "John L. Lewis", New York 1949, S. 153.

7 Mehrere dieser Broschüren wurden später in dem Buche "Organizing the Mass Production Industries", New York 1937, zusammengefaßt.

8 William Z. Foster, "Organizing Methods in the Steel Industry", New York 1936.

böte, ihre „fortschrittliche“ Haltung alsbald aufgeben würden, wie sie es schließlich taten. Im besten Falle war sie doch nur oberflächlich.

John L. Lewis, Sidney Hillman und ihre Mitarbeiter waren offenbar überzeugt von dem Wert der Zusammenarbeit mit den Kommunisten, weil die Organisationsarbeit und die Führung unzähliger siegreicher Streiks von Anfang an von den Linken und den Zentristen – das heißt von Lewis, Hillman, den Kommunisten und anderen Fortschrittlern – gemeinsam unternommen wurden. Dieses Arbeitsbündnis war zwar, solange Lewis (bis Ende 1940) Vorsitzender des CIO war, im Grunde genommen inoffiziell, aber es war allgemein bekannt. F. R. Dulles sagt dazu: „Lewis zögerte nicht, sich ihrer (der Kommunisten) Erfahrung und Geschicklichkeit beim Aufbau des CIO zu bedienen.“[9] Praktisch spielten daher die Kommunisten überall in der Organisationsarbeit eine aktive und wirksame Rolle. Als Philip Murray Vorsitzender des CIO wurde, gewann der Block [494:] zwischen den Linken und den Zentristen für einige Jahre sogar noch größere Festigkeit und entwickelte sich praktisch zu einem Arbeitsbündnis. Auf einer anderen Grundlage hätte das CIO keine Erfolge erzielen können.

Die Kommunisten waren eifrig bemüht, den Block zwischen den Linken und den Zentristen zu schaffen und zu festigen. Sie verzichteten auf Funktionärposten. in den neuen Verbänden und widmeten sich selbstlos der Organisationsarbeit. Um ihre Bereitwilligkeit zur Zusammenarbeit zu demonstrieren, liquidierte die Partei im Jahre 1939 ihr System der Gewerkschaftsfraktionen und Betriebszeitungen. Die Gewerkschaftsfraktionen der Partei – kommunistische Schulungsgruppen in den Ortsverbänden – wurden aufgelöst, um den Befürchtungen ein Ende zu machen, daß sie zum Zweck der Beherrschung der Gewerkschaften gebildet worden seien. Aus den gleichen Gründen wurden die Betriebszeitungen der Partei aufgegeben, die in den Anfangsetappen der CIO-Kampagnen unschätzbare Dienste geleistet hatten.

Der Block zwischen den Linken und den Zentristen, die Arbeitsgemeinschaft der Fortschrittler und der Linken (hauptsächlich der Kommunisten) führte die großen Organisierungskampagnen und Streiks, die zur Schaffung von Gewerkschaften in der Schwerindustrie und zur Gründung des CIO führten, erfolgreich durch. Diese Kombination war es auch, die in den zehn Jahren seines Bestehens den CIO zur führenden Gruppe der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung und zu einem positiven Faktor in der Weltgewerkschaftsbewegung machte. Murray und seine Freunde haben es jedoch nach dem Ende des zweiten Weltkrieges für angebracht gehalten, ihre Verbindung mit diesem Block, die im Leben des CIO eine so wesentliche Rolle gespielt hat, abzubrechen. Doch darüber später.

Die Kommunisten in der Stahlindustrie

Im Jahre 1936, als die Kampagne begann, verfügten die Kommunisten über viele wertvolle Verbindungen, mit deren Hilfe sie die Organisationsarbeit in. der Stahlindustrie voran-[495:]treiben konnten. Die Partei hatte Gruppen in den wichtigsten Stahlindustriestädten und Stahlbetrieben, und viele Stahlarbeiter gehörten ihr als Einzelmitglieder an. Es gab auch zahlreiche links orientierte Mitglieder in den politischen Organisationen und sonstigen Vereinigungen der Negerarbeiter und der eingewanderten Arbeiter dieser Bezirke. Die Trade Union Unity League hatte seit Jahren viele Streiks und Arbeitslosenaktionen unter den Stahlarbeitern geführt, und die Kommunisten waren in der Organisierungskampagne unter den Stahlarbeitern von 1933 und 1934 sehr aktiv gewesen. Außerdem hatte der Landesvorsitzende der Partei, William Z. Foster, 17 Jahre vorher den großen Stahlstreik geleitet und war überall in der Stahlindustrie bekannt.

Bei der Durchführung der „Stahlkampagne“ bestand zwischen den Kommunisten und Philip Murray, dem Vorsitzenden des Steel Workers Organizing Committee, eine Arbeitsgemeinschaft, eine Art inoffizieller Einheitsfront. Von den annähernd 200 Funktionären, die auf Kosten des Komitees ausschließlich zur Organisationsarbeit in den Stahlbezirken eingesetzt wurden, waren etwa 60 Parteimitglieder, was Murray wohl bekannt war. Die Partei stellte viele ihrer besten Funktionäre für die Kampagne zur Verfügung, darunter eine Reihe von Negerfunktionären, wie zum Beispiel Gus Hall, Ben Carreathers, John Steuben und Pat Cush. Alle ihre Ortsverbände und örtlichen Verbindungen wurden

---

9 F. R. Dulles, “Labor in America”, S. 317.

mobilisiert; für die Partei wurde die Organisierung der Stahlarbeiter die vordringlichste Aufgabe. Der Verbindungsmann der Partei beim Organisationskomitee war W. Gebert, und er hielt mit den Führern dieser Organisation viele Konferenzen ab.

Ein Beispiel für den Erfolg der kommunistischen Organisationsarbeit war die Landeskonferenz der Negerorganisationen, die am 6. Februar 1937 in Pittsburgh (Pennsylvania) stattfand, um die Organisationsarbeit in der Stahlindustrie zu fördern. Anwesend waren 186 Delegierte, die 110 Organisationen mit insgesamt 100.000 Mitgliedern vertraten. Die Konferenz wurde von dem Neger Benjamin L. Carreathers organisiert, der unter den Kommunisten in Pittsburgh eine führende Rolle spielte und als hauptberuflicher Organisationsfunktionär für das Orga-[496:]nisationskomitee tätig war. Die Partei mobilisierte alle ihre Verbindungen mit den Negerarbeitern, um diese wichtige Organisationskonferenz zu dem Erfolg zu machen, der sie wurde. Die große Bedeutung der Konferenz läßt sich schon daran ermessen, daß damals etwa 100.000 Neger in den Stahlbetrieben arbeiteten.[10] Die Aktivität der Kommunisten in der Negerfrage war entscheidend dafür, daß die Negerarbeiter sich den CIO-Verbänden so zahlreich anschlossen und das CIO im allgemeinen eine fortschrittliche Einstellung gegenüber dem Negervolk hatte.

Ein anderes Beispiel für die systematische Organisationsarbeit der Kommunisten in der Stahlkampagne war die Landeskonferenz der Einwandererorganisationen. Sie wurde von W. Gebert, dem Parteiorganisator in der Stahlindustrie, zustande gebracht und von Philip Murray und Clinton Golden unterstützt. Die Konferenz fand am 25. Oktober 1936. in Pittsburgh statt. Anwesend waren insgesamt 447 Delegierte, die offiziell 459.000 Mitglieder zahlreicher litauischer, polnischer, kroatischer, serbischer, slowenischer, ukrainischer, russischer und anderer Gruppen[11] vertraten, darunter mehrere bedeutende katholische Organisationen. Gebert war Vorsitzender, Murray und Golden ergriffen das Wort. Angesichts der sehr großen Zahl eingewanderter Arbeiter in. der Stahlindustrie war diese Konferenz offensichtlich von größter Wichtigkeit für die Organisationsarbeit.

Auch die Young Communist League veranlaßte zahlreiche große Konferenzen in verschiedenen Stahlzentren, um die Jungarbeiter für die Kampagne zu gewinnen. Die kommunistischen Frauen unternahmen ähnliche Schritte. In den Stahlindustriebezirken beteiligte sich die gesamte Partei aktiv an der Organisationsarbeit, und ihr Einfluß bei der Organisierung der Massen war zweifellos sehr groß.

Obwohl die Kommunisten und die anderen Linken an vielen Orten eine einflußreiche Stellung im Stahlarbeiterverband gewannen, gelang es ihnen nie, eine entsprechende Position in der obersten Führung zu erringen, was sich zum Teil dadurch [497:] erklärt, daß die CIO-Führer, die sich darüber klar waren, daß die Stahlindustrie für den Aufbau ihrer Organisation von entscheidender Bedeutung war, sorgfältige Vorsichtsmaßnahmen trafen, um die Kontrolle über den neuen Stahlarbeiterverband fest in der Hand zu behalten. Sie besetzten alle Schlüsselstellungen im Verband mit Kohlenbergarbeitern, angefangen mit Philip Murray, und noch heute gehört kein wirklicher Stahlarbeiter der Verbandsführung an. Erst sechs Jahre nach der Unterzeichnung des Abkommens mit den großen Stahlkonzernen gestattete Philip Murray endlich dem von ihm scharf kontrollierten Steel Workers Organizing Committee, sich als angeblich demokratische United Steelworkers of America zu reorganisieren.

Von größerer Bedeutung jedoch für das Versagen der Linken bei der Konsolidierung ihrer Kräfte in der Stahlindustrie waren ihre eigenen Fehler und Mängel, wie sie für die Browder-Periode typisch waren: Ihre Kritik an der Führung Murrays war unzulänglich, es gelang ihnen nicht, der Partei und ihrer Presse in den Betrieben Eingang zu verschaffen, bei Verbandswahlen selbständig aufzutreten usw. Während die Kommunisten sich, wie in anderen Industriezweigen, ganz und gar dem Aufbau des Verbandes widmeten, vernachlässigten sie die Frage der Entwicklung einer fortschrittlichen Verbandsführung. Die Kommunisten und die Linken waren damals in der Stahlindustrie örtlich stark genug, um darauf zu drängen, daß Vertreter der Stahlarbeiter in die oberste Führung aufgenommen würden, aber sie unterließen es. So behielten die Funktionäre des Bergarbeiterverbandes, die vielfach

---

10 Siehe Benjamin L. Carreathers, unveröffentlichtes Manuskript.

11 Siehe “Laisve”, New York, 27. Oktober 1936.

nur an ihren Posten klebten und unverbesserliche Bürokraten waren, alle entscheidenden Führungspositionen fest in der Hand.

Die Kommunisten in der Automobilindustrie

Als die AFL im Jahre 1935 sich unter dem Druck der Automobilarbeiter gezwungen sah, der Gründung der United Automobile Workers zuzustimmen, hatten die Kommunisten in dieser Industrie schon seit Jahren aktiv gearbeitet. Raymond, [498:] McKie, Schmies und andere waren allgemein als aufrechte Kämpfer bekannt. In den Betrieben gab es viele Betriebsgruppen der KP und Einzelmitglieder. Auch die Trade Union Unity League hatte mehrere örtliche Streiks geführt, die Unemployed Councils hatten zahlreiche Arbeitslosendemonstrationen organisiert, und seit 15 Jahren stellte die Partei in ihrer allgemeinen politischen Agitation die Frage der gewerkschaftlichen Organisierung in den Vordergrund. Als daher die United Automobile Workers sich Ende 1935 von der AFL trennten und sich dem CIO anschlossen, spielten die Linken eine bedeutende Rolle in dem jungen Verband. Alinsky sagt dazu: „Als Lewis sich entschloß, den Automobilarbeitern zu helfen, stellte er fest, daß sie von den Linken organisiert und geführt wurden. Die Führer und Organisatoren der Verbandsgruppe bei General Motors waren die Linken Wyndham Mortimer und Robert Travis. Diese beiden bauten den Verband innerhalb des General-Motors-Konzerns auf. Wenn Lewis die Automobilarbeiter in das CIO bekommen wollte, mußte er ihre linke Führung übernehmen.“[12]

Von ausschlaggebender Bedeutung für die Organisierung der Automobilarbeiter im Landesmaßstabe war. wie wir oben gesehen haben, der große Sitzstreik bei General Motors im Januar 1937. Nach diesem eindrucksvollen Sieg kam es nur noch darauf an, die Masse der Automobilarbeiter, die zur Organisierung durchaus bereit waren, zu sammeln. Ohne Übertreibung kann man sagen, daß der Streik bei General Motors die United Automobile Workers geschaffen hat. In gewisser Hinsicht gilt dies für das ganze CIO; denn dieser strategisch entscheidende Streik rief eine so ungeheure Begeisterung und einen so starken Kampfgeist unter den Arbeitern in der gesamten Schwerindustrie hervor, daß ihre Organisierung im Rahmen des CIO fast eine Selbstverständlichkeit wurde.

Es waren die Linken – die Kommunisten und die mit ihnen eng zusammenarbeitenden fortschrittlichen Elemente –, die den historischen Streik bei General Motors zu diesem glänzenden Erfolg führten. Das Zentrum der gewaltigen Streikbewegung war Flint (Michigan). Dort wurde, wie Alinsky sagt, der Ver-[499:]band von dem breiten linken Flügel mit Mortimer und Travis an der Spitze aufgebaut und geleitet. Der Ausgangspunkt des Streiks in Flint war das Fisher-Body-Werk Nr. 1. Dort begann der große Sitzstreik von Michigan, von dort breitete er sich aus, und dort wurde er auch zum Siege geführt. Travis organisierte den Verband in Flint, dem entscheidenden Bollwerk und organisatorischen Zentrum des ganzen Streiks. Als der Streik auf das ganze Land übergriff, kam es wesentlich darauf an, ob die Arbeiter unter dem starken Druck der Unternehmer, der städtischen Behörden, der Regierungen der Bundesstaaten und der Bundesregierung ihren Sitzstreik aufgeben und die Betriebe räumen würden oder nicht. Hätten sie dies getan, so wäre der Streik verloren worden. Es war in erster Linie der unerschütterlichen Standhaftigkeit der Arbeiter im Fisher-Body-Werk Nr. 1 und der Unterstützung der örtlichen kommunistischen Presse zu verdanken, daß der Sitzstreik weitergeführt und der große Streik schließlich gewonnen wurde. Bei den Verhandlungen und der Unterzeichnung des entscheidenden Abkommens mit General Motors standen John L. Lewis und Wyndham Mortimer im Vordergrund.

Fast alle sieben Mitglieder des Streikkomitees in dem wichtigen Fisher-Body-Werk Nr. 1 waren Kommunisten, und ihr Führer, Walter Moore, war der Parteiorganisator in Flint. Die Kommunistische Partei in Michigan, deren Bezirks-Parteiorganisator W. W. Weinstone war, unterstützte den Streik mit allen ihren Kräften und nicht ohne Erfolg. Bei dem späteren erfolgreichen Streik in den Chrysler-Betrieben und beim weiteren Aufbau des Verbandes waren die Kommunisten nicht weniger aktiv.

Im Gegensatz zu den Stahlarbeitern schufen sich die Automobilarbeiter ihre eigene oberste Führung. Dabei kam es vielfach zu inneren Auseinandersetzungen und Fraktionskämpfen. Entschlossen, den

---

12 Saul Alinsky, “John L. Lewis”, S. 153.

neuen Verband unter ihre Kontrolle zu bringen, griffen die Automobilfabrikanten in diese inneren Kämpfe ein. So gelang es den Unternehmern, als 1936 auf dem Kongreß von South Bend die reaktionäre AFL-Clique um Dillon von den einfachen Mitgliedern ausgeschaltet wurde, ihren neuen Vertrauensmann, Homer Martin, in die Verbandsführung hinein-[500:]zuschmuggeln. Doch wurden mehrere Linke und Fortschrittler in die Führung gewählt, unter anderem Mortimer, Travis, Hall und Anderson. Im Winter 1938/1939 schloß Homer Martin, dessen Hauptberater der kommunistische Renegat Jay Lovestone war, in der Befürchtung, die einfachen Mitglieder würden ihn absetzen, die linke Mehrheit des Exekutivkomitees aus und riß mit Hilfe einer Bande von Strolchen die Landesleitung des Verbandes gewaltsam an sich.[13] Dubinsky stellte sich hinter Martin.

Auf dem Kongreß in Cleveland im April 1939, auf dem Martin als Ford-Agent entlarvt und ausgeschlossen wurde, hatten die Linken und Fortschrittler – die sogenannte. Einheitsgruppe – drei Viertel der Delegierten in der Hand. Murray und Hillman drängten darauf, daß R. J. Thomas, den Lewis später einen „dummen Schwätzer“ nannte, zum Vorsitzenden gewählt wurde. Die Linken und Fortschrittler machten den Fehler, diesem Antrag zuzustimmen, statt einen fortschrittlichen Verbandsvorsitzenden zu wählen, was durchaus in ihrer Macht lag. Gleichzeitig schafften Murray und Hillman alle stellvertretenden Vorsitzenden ab und schwächten dadurch die Position der Linken weiter. Die Hauptschwäche der Kommunisten und der wirklichen Fortschrittler in diesem Kampf bestand darin, daß sie in dem allgemeinen Kampf gegen die Rechten nicht selbständig genug auftraten, gegen Addes und Thomas ebensowenig wie gegen Murray und Hillman.

Der konservative und unfähige Vorsitzende Thomas schuf durch seine wiederholten Verrätereien gegen den Block der Linken und Fortschrittler die Voraussetzungen dafür, daß einige Jahre später Walter Reuther Verbandsvorsitzender wurde. In der Entstehungszeit des Verbandes, 1936 bis 1938, spielte Reuther eine verhältnismäßig untergeordnete Rolle. Er war gerade aus Sowjetrußland zurückgekehrt, wo er sich ein Jahr aufgehalten hatte, und erklärte, er habe dort einen günstigen Eindruck vom Sozialismus bekommen. Eine Zeitlang spielte er sich sogar als Kommunist auf. Mit Hilfe der Kommunisten gelang es ihm, einen Betriebsposten zu erlangen und schließlich Vorsitzender des Ortsverbandes von West Side in Detroit zu [501:] werden. Dieser Posten war der Ausgangspunkt für seinen späteren erfolgreichen Kampf um die Landesführung. Sein maßloser Ehrgeiz und krasser Opportunismus brachten ihn jedoch bald in Gegensatz zum Kommunismus.

Die Kommunisten und die Fortschrittler in anderen Industriezweigen

Die fortschrittlichen Kräfte entwickelten auch bei der Organisierung fast aller anderen CIO-Verbände starke Initiative. In der Schiffahrt schufen sie an der Atlantik-, Golf- und Pazifikküste in einer ganzen Reihe erfolgreicher Streiks von 1934 an die International Longshoremen’s and Warehousemen’s Union und die National Maritime Union. Harry Bridges, der dabei eine führende Rolle spielte, wurde CIO-Leiter an der Pazifikküste. Der Führer der National Maritime Union an der Atlantikküste, Joseph Curran, heute ein wilder Kommunistenfresser, arbeitete damals eng mit den Kommunisten zusammen. Die Mehrheit der Leitung dieses Verbandes bestand aus Parteimitgliedern. Im Jahre 1940 hatten diese neuen Verbände für die Schiffahrt insgesamt rund 125.000 Mitglieder.

Auch in der Textilindustrie hatte die Partei dank ihrer zahlreichen früheren Streiks und Arbeitslosenkampagnen viele Mitglieder und Stützpunkte, und sie alle gingen energisch daran, den neuen Verband der United Textile Workers of America aufzubauen, Die unmittelbare Leitung lag in den Händen Sidney Hillmans, der durchaus bereit war, mit den Kommunisten und den anderen fortschrittlichen Elementen zusammenzuarbeiten, aber immer darauf ausging, deren Bemühungen um eine wirklich repräsentative Führung zu vereiteln.

In der Rundfunk- und Elektroindustrie spielte die Gruppe der Linken und Fortschrittler die entscheidende Rolle bei der Gründung der United Electrical, Radio and Machine Workers of America, an deren Spitze heute Albert J. Fitzgerald, Julius Emspak und James Matles stehen. Der erste Vorsitzende dieses Verbandes, der berüchtigte James Carey, wurde auf dem Verbandskongreß von 1940 seines Amtes

---

13 Siehe Wyndham Mortimer in “March of Labor”, Juli 1951.

enthoben, weil er eine [502:] Resolution. durchzubringen versuchte, die darauf abzielte, die Kommunisten und andere Linke von der Bekleidung gewerkschaftlicher Ämter auszuschließen. Es .war ein Fehler der fortschrittlichen Kräfte, damals nicht darauf zu bestehen, daß dieser spätere extreme Reaktionär, der von seinem eigenen Verband abgelehnt worden war, seines Postens als Landessekretär des CIO enthoben würde. Durch energischen Druck hätte dies leicht erreicht werden können.

In den Wäldern und Sägemühlen des Nordwestens, wo die IWW-Traditionen noch immer stark waren, spielten die Linken eine entscheidende Rolle bei der Gründung der zum CIO gehörenden International Woodworkers of America, deren erster Vorsitzender der kanadische Kommunist Harold Pritchett war. Dieser Verband kam durch Loslösung von der United Brotherhood of Carpenters zustande.

Die International Fur and Leather Workers Union, der kampfbereiteste und fortschrittlichste Verband in der Konfektion, wurde dem CIO zugeführt, als die Kommunisten und Fortschrittler 1937 auf dem Verbandskongreß in Chicago die Führung in die Hand bekamen und den Verband von der AFL lösten. Er organisierte die Kürschner restlos, faßte Fuß unter den unorganisierten Lederarbeitern und konnte dann seine Mitgliederzahl rasch verdreifachen. Sein Führer war damals und ist noch heute der bewährte alte Kämpfer Ben Gold. Eine Säule des Verbandes ist auch Irving Potash.

Die Transport Workers Union wurde hauptsächlich von den Kommunisten organisiert. Der Vorsitzende des Verbandes, der Kommunistenfresser Michael Quill, gebärdete sich damals als radikaler Linker. Er war ein Pseudokommunist. Die International Union of Mine, Mill and Smelter Workers, eine Organisation mit starker Kampftradition, die auf die Zeiten der Western Federation of Miners zurückgeht und eine der wichtigsten amerikanischen Gewerkschaften in der Schwerindustrie ist, wurde ebenfalls durch das Zusammenwirken der Linken und Fortschrittler geschaffen. Das gleiche gilt im wesentlichen für die Arbeiter der Konservenindustrie, die Farm Equipment and Metal Worker, die Arbeiter und Angestellten im Post- und Telegrafenwesen, die Beamten und die Angehörigen der freien [503:] Berufe, die Arbeiter der Staats-, Bezirks- und Stadtverwaltungen und die Presse. Zum Aufbau der übrigen neuen CIO-Verbände trugen die Kommunisten ebenfalls bei, so in der Schuh-, Gummi-, Aluminium- und Flachglasindustrie.

Auch bei der Schaffung zahlreicher CIO-Verbandsausschüsse in einzelnen Städten und Staaten leisteten die Kommunisten gemeinsam mit anderen fortschrittlichen Elementen bahnbrechende Arbeit. Infolgedessen standen an der Spitze der Ausschüsse in nahezu allen Großstädten – New York, Chicago, Los Angeles, Philadelphia, Milwaukee, Seattle, San Francisco, Buffalo und anderen – linke und fortschrittliche Kräfte. Ebenso war es in mehreren Ausschüssen für die Staaten, so zum Beispiel in Illinois, Kalifornien, Wisconsin, Indiana und Washington.

Im Jahre 1940 waren die Kommunisten bereits sehr einflußreich in der Führung des CIO. Diese einflußreiche Position hatten sie ungeachtet vieler Fehler durch ihre ideologische Klarheit, ihre erfolgreiche Organisationsarbeit, ihr tapferes Auftreten bei Streiks und ihre bedingungslose Ergebenheit für die Arbeiterklasse errungen. Die großen Organisierungskampagnen in diesen Gründungsjahren des CIO und die erbitterten Streiks in San Francisco, in Flint, im Ford-Konzern, in den kleineren Stahlkonzernen, an der Atlantik- und der Pazifikküste waren in den Augen der Arbeiter das Verdienst der Kommunisten. In den AFL-Verbänden waren die Kommunisten weniger stark, obwohl etwa ein Drittel aller kommunistischen Gewerkschafter diesen Verbänden angehörte. Die wichtigsten Positionen der Kommunisten innerhalb der AFL waren die in den Verbänden der Nahrungsmittelarbeiter, der Maler und der Maschinisten. Diese verhältnismäßige Schwäche in der AFL war die Folge davon, daß die Kommunisten die Arbeit in der AFL vernachlässigten und sich auf die Arbeit im CIO konzentrierten.

Der kommunistische Einfluß im CIO beschränkte sich keineswegs darauf, daß Mitglieder der Partei hier und da die formelle Führung ausübten. Wie bereits erwähnt, offenbarte er sich in dem verhältnismäßig fortschrittlichen politischen Programm des CIO, in seinem progressiven Verhalten zu den [504:] Negerarbeitern, in den zeitgemäßen organisatorischen Methoden beim Aufbau der Verbände und in dem kämpferischen Geist, in dem die Streiks durchgeführt wurden. Die Kommunistische Partei kann stolz sein auf die Rolle, die sie beim Aufbau des CIO und bei der Gründung von Gewerkschaften in den vertrusteten Industriezweigen spielte. Angesichts dieser großen Verdienste sind die

Beschuldigungen der AFL- und der CIO-Führung, daß die Kommunisten „die Gewerkschaftsbewegung beherrschen“ oder gar „zerschlagen“ möchten, einfach lächerlich.

[505:]

25
DIE POLITIK DER GUTEN NACHBARSCHAFT
(1933–1941)

Roosevelts Politik der „guten Nachbarschaft“ gegenüber Lateinamerika war ein Eckpfeiler des New Deal. In der Botschaft anläßlich seiner Amtsübernahme vom 4. März 1933 entwickelte der Präsident dies Programm mit der Erklärung: „In der Außenpolitik möchte ich die Vereinigten Staaten auf die Politik des guten Nachbarn verpflichten, des Nachbarn, der unbedingt sich selbst respektiert und ebendeshalb die Rechte anderer respektiert.“ Diese Doktrin proklamierte der Präsident auch kurz danach in Montevideo (Uruguay) auf einer Konferenz der amerikanischen Staaten. Von da an bildete die Politik der guten Nachbarschaft, soweit es sich um Lateinamerika handelte, bis zu seinem Tode einen festen Bestandteil seines Programms.[1]

Sein Bekenntnis zur panamerikanischen Freundschaft und Gleichberechtigung in Montevideo unterstrich Roosevelt dadurch, daß er in die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Lateinamerika ein Mindestmaß an Liberalismus einführte. Er annullierte den Zusatzartikel von Platt, der den Vereinigten Staaten das Recht gab, in Kuba zu intervenieren; er verzichtete auf das vertragliche Recht der USA, Truppen nach Mexiko zu entsenden; er zog die amerikanischen Truppen aus Haiti und anderen karibischen Ländern zurück; er verzichtete auf das „Recht“ der Vereinigten Staaten, sich in Panama und in der Dominikanischen Republik einzumischen.

Diese Maßnahmen wurden von breiten Kreisen in Lateinamerika und in den Vereinigten Staaten begrüßt, weil sie [506:] angeblich das Ende des Yankee-Imperialismus in Lateinamerika und den Beginn eines Systems brüderlicher Gleichberechtigung unter den Nationen der westlichen Halbkugel ankündigten. Aber das war natürlich nicht richtig. Die imperialistisch-kolonialen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und den anderen Ländern Amerikas blieben im wesentlichen unverändert. Nach wie vor beherrschte der „Koloß des Nordens“ unter sogar noch günstigeren Umständen das wirtschaftliche und politische Leben seiner Nachbarn in Lateinamerika und Kanada. Das war alles, was bei der Politik der guten Nachbarschaft herauskam. Die amerikanischen Investitionen blieben und erbrachten nach wie vor riesige Profite, und die politische Intervention der Yankees dauerte in raffinierteren Formen an, wie es sich bei der Opposition der Vereinigten Staaten gegen den Sturz Machados in Kuba, bei ihrer Einmischung in den Gran-Chaco-Krieg in Südamerika, bei ihrer Unterstützung der faschistischen Opposition gegen Cardenas in Mexiko, bei ihrer Einmischung in Argentinien und bei ähnlichen Gelegenheiten zeigte.

Mit seinem New Deal schaffte Roosevelt den Monopolkapitalismus in den Vereinigten Staaten nicht aus der Welt, und mit seiner Politik der guten Nachbarschaft beseitigte er nicht den Yankee-Imperialismus in den übrigen Teilen der westlichen Halbkugel. In beiden Fällen führte Roosevelt mit seinem Liberalismus einfach einige bitter notwendige Reformen ein, um dieses Ausbeutungssystem arbeitsfähiger zu machen. Tatsache ist, daß die Politik der guten Nachbarschaft sich für die Interessen des amerikanischen Imperialismus so vorteilhaft auswirkte, daß die großen amerikanischen Monopolherren sich bald entschlossen, sie als eine sehr brauchbare imperialistische Politik zu unterstützen, und ihre politischen Wortführer sich mit Roosevelt um die Urheberschaft stritten.

Die Politik der guten Nachbarschaft sollte offiziell nicht für das hochindustrialisierte Kanada gelten, obwohl die Wallstreet dieses Land unverhohlen als einen Teil ihres gesamtamerikanischen Hinterlandes betrachtet und es dementsprechend in ökonomischer und politischer Hinsicht energisch zu durchdringen trachtet. Die amerikanischen Investitionen in Kanada [507:] belaufen sich heute insgesamt auf mehr als 6 Milliarden Dollar und wachsen rasch an, während die britischen nur etwa den vierten Teil dieser Summe ausmachen und ständig abnehmen. Dementsprechend wächst der politische Einfluß der Vereinigten Staaten in Kanada, während der britische zurückgeht. Mit ihren zahlreichen Stützpunkten üben die Vereinigten Staaten heute praktisch eine militärische Kontrolle über

---

[1] Siehe William Z. Foster, “Outline Political History of the Americas”, S. 430-433.

Kanada aus, und ein weiterer Vorteil für den USA-Imperialismus besteht darin, daß die kanadische Gewerkschaftsbewegung von Amerikanern beherrscht wird, nämlich auf dem Wege über die AFL und die Railroad Brotherhoods, denen sie größtenteils angeschlossen ist. Die KPAUSA arbeitet mit der Kommunistischen Partei Kanadas seit jeher eng zusammen in ihrem Kampf für die nationale Unabhängigkeit Kanadas, gegen die Übergriffe der Wallstreet.

Das Schuldkonto des Yankee-Imperialismus

Als Präsident Monroe am 2. Dezember 1823 die Doktrin verkündete, die seinen Namen tragen sollte, war das in erster Linie ein Versuch, die eben erst befreiten nord-, mittel- und südamerikanischen Kolonien vor neuerlicher Versklavung durch die Heilige Allianz (Rußland, Preußen und Österreich) oder durch Großbritannien zu bewahren. Aber schon damals gab es viele amerikanische Landräuber und Expansionisten, die nur darauf warteten, daß die Vereinigten Staaten eines Tages die gesamte westliche Halbkugel beherrschen würden. Schon 1786 erklärte der liberale Jefferson: „Unsere Konföderation muß als das Nest betrachtet werden, von wo aus ganz Amerika, der Norden und der Süden, zu besiedeln ist“[2], und im Jahre 1820 formulierte Henry Clay ähnlich weitgespannte expansionistische Ideen mit dem Vorschlag einer von den Yankees geleiteten Liga „aller Nationen von der Hudson-Bai bis Kap Horn“.[3]

[508:] Mit dem Wachstum der Vereinigten Staaten und besonders mit der Entwicklung des amerikanischen Imperialismus in der Periode von 1880 bis 1900 traten die Interventionstendenzen der Yankees in Lateinamerika immer schärfer hervor. Die Monroedoktrin diente nun dazu, der Oberherrschaft der Vereinigten Staaten auf dem amerikanischen Kontinent einen legalen Anstrich zu geben. Im Jahre 1889 wurde die Pan American Union gegründet, ein von den USA inspirierter Zusammenschluß lateinamerikanischer Staaten unter der Hegemonie der Vereinigten Staaten. Sie war von Anfang an ein Werkzeug des Yankee-Imperialismus zur Bekämpfung der britischen Imperialisten und zur Ausbeutung der lateinamerikanischen Völker.

Im Ergebnis des Spanisch-Amerikanischen Krieges von 1898 rissen die Vereinigten Staaten Kuba, Puerto Rico sowie die Philippinen und andere strategisch wichtige Inseln im Pazifik an sich. Damit begann die Schaffung eines amerikanischen Kolonialreichs. Es folgte eine ganze Reihe von groben militärischen und politischen Aggressionsakten der USA-Imperialisten, von denen als wichtigste die Annexion von Panama, die Einmischung in Venezuela, die Besetzung Haitis, der Dominikanischen Republik und anderer karibischer Länder, die Invasion in Nikaragua, die Intervention in der mexikanischen Revolution sowie die Einsetzung und Absetzung verschiedener lateinamerikanischer Regierungen zu nennen sind. Ein charakteristischer Vertreter dieses rücksichtslosen Yankee-Imperialismus war Präsident Theodore Roosevelt mit seiner „Dollardiplomatie“ und seinem „dicken Knüppel“; er erklärte in der unverschämtesten Weise, die Vereinigten Staaten hätten das Recht, auf der gesamten westlichen Halbkugel für Ruhe und Ordnung zu sorgen.

Hinter dieser extremen politischen und militärischen Aggression der Vereinigten Staaten stand das nicht weniger aktive Streben nach der imperialistischen ökonomischen Durchdringung Lateinamerikas. Im Jahre 1900 waren die amerikanischen Investitionen in Lateinamerika sehr geringfügig, aber schon 1913 beliefen sie sich auf 173 Millionen Dollar, um bis 1930 die astronomische Ziffer von fast 5 Milliarden Dollar zu erreichen. [509:] Der Handelsverkehr zwischen den Vereinigten Staaten und Lateinamerika entwickelte sich dementsprechend. Im Jahre 1938 kamen 39,8 Prozent des lateinamerikanischen Imports aus den Vereinigten Staaten, und 32,8 Prozent des lateinamerikanischen Exports gingen in die USA.[4] Diese wirtschaftlichen Beziehungen waren für die Vereinigten Staaten höchst vorteilhaft, da sie Profite zwischen 10 und 50 Prozent abwarfen. Rippy stellt fest, daß Ende 1930 der größte Teil der lateinamerikanischen Bodenschätze USA-Kapitalisten gehörte.[5] Die Vereinigten Staaten kontrollierten 1934 in Lateinamerika schätzungsweise „den gesamten Bauxit, einen beträchtlichen

---

2 Zitiert in J. F. Rippy, “Latin America in World Politics”, New York 1928, S. 14.
3 Zitiert in A. C. Wilgus, “The Development of Hispanic America”, New York 1941, S. 743.
4 Siehe S. G. Hanson, “Economic Development in Latin America”, New York 1951, S. 424.
5 Siehe J. F. Rippy, “Latin America and the Industrial Age”, New York 1945, S. 194.

Teil der Kohle, etwa 90 Prozent des Kupfers, ein Drittel des Goldes, praktisch das gesamte Eisenerz, mehr als ein Drittel des Bleis, die Hälfte des Mangans, mehr als die Hälfte des Petroleums, annähernd die Hälfte des Platins, 70 Prozent des Silbers, nur ein Zehntel des Zinns, das gesamte Wolfram und Vanadium und zwei Drittel des Zinks“[6], Besonders augenfällig war die ökonomische und politische Oberherrschaft der Vereinigten Staaten in den mittelamerikanischen Ländern des karibischen Raums.[7]

Die Vereinigten Staaten beziehen aus ihren großen Investitionen in Lateinamerika seit langem Maximalprofite. Im Jahre 1951 erzielte allein die reiche United Fruit Co. (nach Abzug der Steuern) Profite in Höhe von 66.159.375 Dollar. Die amerikanischen Konzerne pressen heute aus Lateinamerika jährlich mindestens eine halbe Milliarde Dollar heraus. Der kubanische Arbeiterführer Lazaro Pena stellt fest, daß die Imperialisten (vor allem die amerikanischen) zwischen 1913 und 1939 aus Lateinamerika 6,5 Milliarden Dollar herauspreßten und weniger als 2 Milliarden Dollar dort neu investierten.[8]

[510:]

Der amerikanische Imperialismus bekommt ein „neues Gesicht“

Als Franklin D. Roosevelt im März 1933 sein Amt übernahm, war die für die Wallstreet bis dahin sehr günstige Situation in Lateinamerika bedenklich zerrüttet. Die große zyklische Krise hatte die wirtschaftlichen Verhältnisse völlig durcheinandergebracht. Lateinamerika war, wie die Vereinigten Staaten, durch die Wirtschaftskatastrophe schwer betroffen. Infolgedessen ging der Handelsumsatz zwischen den Vereinigten Staaten und Lateinamerika von 686 Millionen Dollar im Jahre 1930 auf nur 96 Millionen im Jahre 1932 zurück, und die jährlichen Investitionen der USA in den lateinamerikanischen Ländern, die sich im Jahre 1929 auf 175 Millionen Dollar belaufen hatten, wurden in den Jahren 1931 bis 1935 völlig eingestellt.

Verschlimmert wurde die Lage dadurch, daß neue und gefährliche Konkurrenten am Horizont erschienen, um den Yankees die lateinamerikanischen Märkte und den politischen Einfluß in Lateinamerika streitig zu machen. Diese Konkurrenten waren Deutschland, Italien und Japan. Die Geschichte Lateinamerikas war durch den fortschreitenden Kampf hauptsächlich zwischen dem britischen und dem amerikanischen Imperialismus um die wirtschaftliche und politische Vorherrschaft bestimmt worden, wobei die Briten langsam ins Hintertreffen gerieten. Aber besonders mit dem Aufkommen des Faschismus und infolge der großen Bedeutung, die die Faschisten der Eroberung Lateinamerikas beimaßen, entwickelten sich die Deutschen, Italiener und Japaner zu neuen, kampfentschlossenen imperialistischen Gegnern, die den Yankee-Imperialismus und die lateinamerikanischen Völker ernsthaft bedrohten.

Dazu kam, daß die lateinamerikanischen Arbeiter und Bauern sich, gleich den werktätigen Massen in den Vereinigten Staaten, politisch und gewerkschaftlich zu organisieren begannen und sich nach den furchtbaren Jahren der großen Wirtschaftskrise gegen ihre Ausbeuter erhoben. Ihre Erbitterung richtete sich zu einem großen Teil gegen die Yankee-Kapitalisten, die überall mit den einheimischen Großgrundbesitzern und Unternehmern im Bunde standen. Die Völker waren von Haß erfüllt gegen [511:] den Wallstreet-Imperialismus, der sie seit so vielen Jahren in empörender Weise demütigte und mißhandelte.

Um die Position des amerikanischen Imperialismus in dieser höchst ungünstigen Situation zu verbessern, wurde die Politik der guten Nachbarschaft proklamiert, die die nationale Unabhängigkeit der lateinamerikanischen Staaten in einem gewissen Grade anerkannte. Die Politik der guten Nachbarschaft hatte besonders Ende der dreißiger Jahre einen gewissen Anteil daran, daß die Völker die Versuche der Faschisten, sich in Brasilien und in anderen Ländern der Regierung zu bemächtigen, vereitelten. Sie spielte auch eine Rolle bei der Vereinigung der lateinamerikanischen Völker zum internationalen Kampf gegen den Faschismus während des zweiten Weltkrieges.

---

6 Zitiert in S. G. Hanson, a. a. O., S. 239.

7 Siehe Victor Perlo, „Der amerikanische Imperialismus“, Kapitel V.

8 Siehe Konferenz des Weltgewerkschaftsbundes, Havanna, Juni 1949.

Die Rückständigkeit der lateinamerikanischen Wirtschaft

Lateinamerika ist in industrieller Hinsicht sehr viel weniger entwickelt als die Vereinigten Staaten. Obwohl dieser riesige Raum über ausreichende Naturschätze verfügt und seine Bevölkerung etwa ebenso groß ist wie die der Vereinigten Staaten, beläuft sich die Industrieproduktion hier auf kaum mehr als 10 Prozent derjenigen der USA. In den Vereinigten Staaten sind nur 20 Prozent der Bevölkerung wirkliche Farmer, während es in Lateinamerika durchschnittlich etwa 70 Prozent sind. In den Vereinigten Staaten ist die Länge der Landstraßen sechsmal, die der Eisenbahnstrecken viermal, die Zahl der Telefonanlagen zwanzigmal und die der Automobile dreißigmal so groß wie in ganz Lateinamerika. Die Produktionskapazität der Stahlindustrie der USA (rund 105 Millionen Tonnen jährlich) ist etwa siebzigmal so groß wie die der gesamten lateinamerikanischen Stahlindustrie (1,5 Millionen Tonnen).

Die wirtschaftliche Rückständigkeit- Lateinamerikas im allgemeinen (einige Länder, wie zum Beispiel Argentinien, sind fortgeschrittener, während andere, wie Paraguay, noch rückständiger sind) erklärt sich in erster Linie dadurch, daß die bürgerliche Revolution-in diesen Ländern verhältnismäßig-unvollständig war. Als es in den Jahren 1776 bis 1837 auf dem ge-[512:]samten amerikanischen Kontinent zur bürgerlichen (das heißt kapitalistischen) Revolution kam, wurde das spanische, portugiesische, französische und britische Kolonialsystem in Amerika erschüttert. Diese Revolution machte die amerikanischen Völker politisch unabhängig; sie schuf eine ganze Reihe neuer Staaten und gab der Entwicklung des Kapitalismus auf der ganzen westlichen Halbkugel einen gewaltigen Antrieb.

In Lateinamerika jedoch war die Revolution insofern unvollständig, als sie die Macht der feudalen Großgrundbesitzer nicht brach. Infolgedessen herrscht das Latifundiensystem bis auf den heutigen Tag noch in fast ganz Lateinamerika. Den kleinen Farmern gehören insgesamt kaum mehr als 10 Prozent des Bodens, und die Masse der Landarbeiter besitzt überhaupt keinen Boden. Die Großgrundbesitzer bewirtschaften nicht nur ihr Land mit unglaublich rückständigen technischen Mitteln, sondern haben auch die Entwicklung der Industrie bewußt gehemmt. Ihre Vorherrschaft in den Regierungen und in der nationalen Wirtschaft hat daher die typischen Klassen der Kapitalisten, der Kleinbürger und der Arbeiter nicht voll zur Entwicklung kommen lassen. Die Großgrundbesitzer stellen die meisten Tyrannen und Diktatoren, unter denen die lateinamerikanischen Völker seit Generationen gelitten haben. Die katholische Kirche mit ihrem starken wirtschaftlichen, politischen und ideologischen Einfluß ist mit diesem reaktionären System des Großgrundbesitzes, dem Hauptübel Lateinamerikas, eng verbunden.

Die ökonomische und politische Durchdringung Lateinamerikas durch die Imperialisten, die etwa seit 1880 entscheidende Bedeutung gewann, hat noch stärker dazu beigetragen, die Entwicklung der lateinamerikanischen Industrie zu behindern, da die Imperialisten nur solche Unternehmen – vor allem den Bergbau, das Transportwesen und bestimmte Plantagen – fördern, die ihren Ausbeutungsbestrebungen dienen. Sie pressen riesige Profite aus den Ländern heraus und berauben sie ihrer Naturschätze. Besonders verhindern sie die Entwicklung aller Industriezweige, die Produktionsmittel erzeugen und so eine mit den Imperialisten wettbewerbsfähige Industrialisierung ermöglichen könnten. Ebenso fördern sie die Aufrecht-[513:]erhaltung des Latifundiensystems, sowohl durch politische Bündnisse mit den Großgrundbesitzern als auch durch den Raub weiter Landstriche für sich selbst. Beispiele sind die ausgedehnten Besitzungen der United Fruit Co. in Mittelamerika, die riesigen amerikanischen Zucker- und Kaffeeplantagen in Kuba und Brasilien, der ungeheure Plantagenbesitz des Ford-Konzerns in Brasilien und die gewaltigen Kupfer-, Kohle-, Erdöl- und sonstigen Vorkommen an Bodenschätzen, die in Chile, Peru, Brasilien und anderen Ländern Eigentum von USA-Kapitalisten sind. Die Ölfelder und Eisenbergwerke der USA-Kapitalisten in Venezuela sind märchenhaft reich.

Eine der übelsten Erscheinungen, die sich aus diesem Zusammenwirken der Großgrundbesitzer und der Imperialisten entwickelt haben, sind die sogenannten Monokulturen. Bei diesem System produziert ein Land jeweils nur eine oder zwei Warengattungen für den Export, sei es Kaffee, Zucker, Bananen, Kupfer, Öl oder sonst etwas. So setzen sich zum Beispiel in fünf Republiken mehr als zwei

Drittel des Gesamtwerts ihres Exports aus einem einzigen Produkt, in sechs aus zwei Produkten und in fünf aus drei Produkten zusammen. Die gefährlichste Folge der Monokulturen besteht darin, daß dies System die Entwicklung einer produktiven Landwirtschaft und einer in sich geschlossenen Industrie verhindert, so daß das Land bezüglich aller Arten von Industriewaren auf die ausländischen Imperialisten angewiesen ist. Außerdem sind die einzelnen Länder völlig den verheerenden Schwankungen der Weltmarktpreise für ihre Exportgüter ausgesetzt.

Eine andere für die lateinamerikanische Wirtschaft sehr nachteilige Erscheinung, eine Folge des imperialistischen Diktats, ist die Abhängigkeit ihres Außen- und Binnenhandels von den Interessen der sie beherrschenden ausländischen Kapitalisten, hauptsächlich der amerikanischen. Da die Vereinigten Staaten den Hauptmarkt für das jeweilige Produkt eines Landes – zum Beispiel für den kubanischen Zucker, den brasilianischen Kaffee oder die mittelamerikanischen Bananen – kontrollieren, können sie den Preis für diese Waren willkürlich festsetzen, den Handel der betreffenden Länder untereinander oder mit imperialistischen Konkurrenten einschränken und ihre eigenen [514:] Waren auf den Märkten dieser Länder zu übermäßigen Preisen absetzen.

Die Vereinigten Staaten haben auf den Philippinen und in Lateinamerika mit Einschluß von Puerto Rico (das eine regelrechte Kolonie ist) ein umfassendes System von Marionettenregierungen aufgebaut, die mehr oder weniger vollständig von ihnen kontrolliert werden. Es ist einfach nicht wahr, daß die USA das Kolonialsystem ablehnen. Das spezifische Kolonialsystem der Wallstreet, bei dem den zu Kolonien gemachten Ländern eine schattenhafte politische Unabhängigkeit gewährt wird, ist nur eine zeitgemäßere Art, dazu bestimmt, die nach nationaler Befreiung strebenden Völker hinters Licht zu führen.

Die ausgebeuteten und ausgehungerten Völker Lateinamerikas

Durch die langjährige brutale Unterdrückung und Ausraubung seitens der Großgrundbesitzer, der einheimischen Kapitalisten und der ausländischen Imperialisten sind die lateinamerikanischen Völker in tiefste Armut und Not geraten. Die Löhne der Industriearbeiter betragen fast durchgängig ein Zehntel bis ein Drittel der Löhne in den Vereinigten Staaten, während die Massen der Landarbeiter in den Haziendas, Estanzias und Fazendas – es sind größtenteils Indianer, Neger, Mulatten und Mestizen[9] – praktisch im Zustand der Leibeigenschaft leben, da sie hoffnungslos an die Großgrundbesitzer verschuldet sind.

In vielen lateinamerikanischen Ländern stehen weite Kreise der Bevölkerung am Rande des Hungertodes. „Zwei Drittel, wenn nicht mehr, der lateinamerikanischen Bevölkerung sind physisch unterernährt, und in manchen Gegenden herrscht tatsächlich der Hungertod“, stellen George Soule und seine Mitautoren fest.[10] Krankheiten und vorzeitiger Tod sind die unver-[515:]meidlichen Folgen dieser ungeheuerlichen Armut. Unter den werktätigen Massen grassieren die Tuberkulose, die Malaria, die Syphilis, die Gonorrhöe, die Dysenterie, Trachome, Typhus, Wurmkrankheiten, Sumpffieber und viele andere Krankheiten. Der brasilianische Wissenschaftler Miguel Pereira bemerkte kürzlich, Brasilien sei ein riesiges Siechenhaus, und dasselbe gilt für viele andere lateinamerikanische Länder. „Die Hälfte der lateinamerikanischen Bevölkerung“, sagen Soule und seine Mitautoren, „leidet an Infektions- oder Mangelkrankheiten.“ Die jährliche Sterblichkeitsziffer ist in Lateinamerika mehr als doppelt so hoch wie in den Vereinigten Staaten. Eine unvermeidliche Begleiterscheinung dieser entsetzlichen Armut und der vielen Krankheiten ist das weit verbreitete Analphabetentum. Es gibt in Lateinamerika 70 Millionen Analphabeten, und weitere 50 Millionen Menschen haben nur ein oder zwei Jahre eine Schule besucht.

Die amerikanischen Imperialisten sind durch ihre Ausbeutungspraxis weitgehend verantwortlich für diese entsetzlichen Verhältnisse in Lateinamerika. Bezeichnenderweise aber bestreiten sie das und führen die Armut in Lateinamerika in verleumderischer Weise auf die angebliche Unbegabtheit und

---

9 Etwa zwei Drittel der gesamten Bevölkerung Lateinamerikas besteht aus Farbigen, und etwa die Hälfte davon ist gänzlich oder teilweise indianischer Abstammung.

10 Soule, Efron and Ness, “Latin America in a Future World”, New York 1945, S. 4.

Unfähigkeit der Lateinamerikaner zurück. Sie können jedoch nicht ihre Verantwortlichkeit für die elenden Lebensverhältnisse in Puerto Rico abschütteln, das seit mehr als einem halben Jahrhundert völlig unter der Herrschaft der USA steht.

Als Puerto Rico im Spanisch-Amerikanischen Kriege im Jahre 1898 von den Streitkräften des Generals Miles besetzt wurde, versprach man dem Lande baldige Freiheit. Aber dieses Versprechen ist schamlos gebrochen worden, und Puerto Rico ist noch immer eine Kolonie, ein militärischer Stützpunkt der Vereinigten Staaten zum Schutz des Panamakanals. Es leidet unter allen typischen wirtschaftlichen Mißständen des Kolonialsystems und unter der damit verbundenen politischen Tyrannei. Auf der Insel wird fast ausschließlich Zuckerrohr angebaut, und die Entwicklung nennenswerter Fabrikbetriebe hat man verhindert. Der Außen- wie der Binnenhandel werden von den Vereinigten Staaten kontrolliert und beherrscht. Die Löhne liegen um etwa zwei Drittel unter denen in den Ver-[516:]einigten Staaten, obwohl die Lebenshaltungskosten in beiden Ländern etwa gleich hoch sind. Krankheiten sind weit verbreitet, und die ungeheuren Elendsviertel in San Juan und anderen Städten der Insel gehören zu den schlimmsten in der Welt. Das Ganze ist ein himmelschreiendes Verbrechen gegen das Volk von Puerto Rico und eine Schande für die Vereinigten Staaten. Ähnliche Verhältnisse herrschen auf den Jungfern-Inseln, die seit 1917 zu den Vereinigten Staaten gehören.

Die Völker Lateinamerikas im Kampf gegen den Faschismus

Während der großen Wirtschaftskrise von 1929 bis 1933, als die Arbeitslosigkeit in den verschiedenen lateinamerikanischen Ländern auf 50 bis 75 Prozent anstieg, führten die dortigen Arbeiter und Bauern viele harte Kämpfe um ihre Existenz. Als nach 1933 der Faschismus in der Welt aufkam und sich im besonderen die einheimischen Reaktionäre und Agenten Hitlers und Mussolinis ernsthaft entschlossen zeigten, faschistische Regierungen in Lateinamerika zu bilden, gewannen diese Kämpfe der demokratischen Volksmassen einen weiteren Horizont und eine stärkere Intensität und erhoben sich auf ein höheres politisches Niveau. Der VII. Weltkongreß der Komintern gab diesem Kampf der Massen mit seiner Losung der Volksfront klare politische Richtlinien.

Eine der bedeutsamsten Aktionen der Massen in Lateinamerika in dieser Periode vor dem Kriege war der Sturz des blutigen Machado-Regimes in Kuba im Jahre 1933, ein Ereignis, das viele wichtige demokratische Reformen in diesem Lande ermöglichte. Auch in Chile wurde im Jahre 1938 nach langen und heftigen Kämpfen eine Regierung der Volksfront gewählt, die erste auf der westlichen Halbkugel. In Brasilien verhinderten es die kampfentschlossenen demokratischen Volkskräfte, daß die von Hitler inspirierten Integralisten in der Zeit von 1935 bis 1937 die Regierungsgewalt an sich rissen. In Mexiko gewann die bürgerlich-demokratische Revolution in der Zeit des Cardenas-Regimes von 1934 bis 1940 unter dem Druck [517:] der Massen neue und größere Energie. Zu ähnlichen Aktionen des Volkes kam es in Argentinien, Kolumbien, Peru, Venezuela und verschiedenen anderen Ländern. Das allgemeine Ergebnis dieser Massenkämpfe bestand darin, daß die Völker Lateinamerikas den Versuch Hitlers und Mussolinis, im Einverständnis mit der inneren Reaktion Südamerika an sich zu reißen, vereitelten.

Die Hauptkraft bei diesen Kampfaktionen waren die Kommunisten und die Gewerkschaften. Trotz brutalster Gegenmaßnahmen hatten die Arbeiterorganisationen sich in den meisten Ländern konsolidiert. Im September 1938 kamen sie in Mexico City zusammen und gründeten den Lateinamerikanischen Gewerkschaftsbund mit rund 4 Millionen Mitgliedern. Es war ein gewerkschaftliches Ereignis von Weltbedeutung. Der Vorsitzende der neuen Organisation war Vicente Lombardo Toledano, der sich als „unabhängigen Marxisten“ bezeichnet. Zu den führenden Gewerkschaftern aus den verschiedensten Ländern, die auf dem Gründungskongreß anwesend waren, gehörte John L. Lewis, der damalige Vorsitzende des CIO. Durch die Schaffung des Gewerkschaftsbundes wurde der Kampf der Arbeiter bedeutend verstärkt und allgemein auf ein höheres Niveau gehoben.

Die politische Führung des antifaschistischen Kampfes der Volksfront lag in ganz Lateinamerika in den Händen der kommunistischen Parteien. Diese Parteien, geführt von Männern wie Victorio Codovilla, Luis Carlos Prestes, Blas Roca, Dionisio Encina, Juan Marinello, Louis Recabarren, Rodolfo Ghioldi, Gustavo Machado und Eugenio Gomez, entstanden bald nach dem Ausbruch der russischen

Revolution. Ihr Aufbau und ihre Entwicklung hatten sich fast ausnahmslos unter den Bedingungen von unverhülltem Terrorismus und tiefster Illegalität vollzogen. Sie waren überall die Führer und Inspiratoren der Volksfront und des allgemeinen Kampfes gegen die faschistische Reaktion. Die Sozialdemokraten spielten in diesen Ländern eine geringe Rolle, abgesehen von Argentinien und Chile. Auch die Syndikalisten, die einst in ganz Lateinamerika starken Einfluß besessen hatten, befanden sich unstreitig im Niedergang, und die konterrevolutionären Trotzkisten verfügten nur hier und dort über unbedeutende Grüppchen.

[518:] Als Roosevelt im Jahre 1933 seine Politik der guten Nachbarschaft proklamierte, wirkte sich dies auf die demokratischen Kämpfe in ganz Lateinamerika fördernd aus. Die Völker standen zwar dem „Koloß des Nordens“ auf Grund vieler bitteren Erfahrungen ablehnend gegenüber, begrüßten aber Roosevelts demokratische, Äußerungen, in denen er versprach, brüderliche Beziehungen zwischen allen amerikanischen Nationen herzustellen und der alten barbarischen Einmischung der Vereinigten Staaten in die Angelegenheiten ihrer lateinamerikanischen Nachbarn ein Ende zu machen. Die Massen sympathisierten auch durchaus mit Roosevelts wachsender Opposition gegen den Weltfaschismus. Überall in Lateinamerika genoß Roosevelt den Ruf eines Liberalen.

Auf der Grundlage der Politik der guten Nachbarschaft, die so viele glänzende (aber meist unerfüllte) demokratische Versprechungen machte, stellte Roosevelt freundschaftliche Beziehungen zu den meisten Regierungen und den demokratischen Kräften Lateinamerikas her. Diese gewannen Interesse für die Tätigkeit der Pan American Union, für die man bis dahin in Lateinamerika nur Hohn und Spott übrig gehabt hatte. Es kam auch zu einer neuen gesamtamerikanischen Zusammenarbeit der demokratischen Elemente, wie zum Beispiel auf dem Internationalen Kongreß der amerikanischen Demokratien im März 1939 in Montevideo. Diese freundschaftliche Zusammenarbeit der demokratischen Kräfte hatte zur Folge, daß bei dem großen Zusammenstoß mit der faschistischen Achse im zweiten Weltkriege alle lateinamerikanischen Länder – mit Ausnahme Argentiniens, das schließlich zum Abbruch der Beziehungen mit Deutschland gezwungen wurde – mit den Vereinigten Staaten zusammen im Kriegsbündnis gegen den Faschismus standen.

Die Kommunistische Partei und Lateinamerika

Die Kommunistische Partei der Vereinigten Staaten hat sich dementsprechend als eine leninistische Organisation stets außerordentlich für die Kämpfe der Völker interessiert, die unter dem Joch des imperialistischen Aggressors stöhnen. Dies galt und [519:] gilt besonders in bezug auf Lateinamerika und vor allem in bezug auf Puerto Rico und Kuba. Auch den Kampf auf den Philippinen hat die Partei immer unterstützt. Sind doch alle diese Länder das Hinterland des Yankee-Imperialismus und direkte Kolonien der Wallstreet. Dieses ganze Gebiet geht unverkennbar einer großen antiimperialistischen nationalen Befreiungsrevolution entgegen, die im ganzen die gleichen Ziele verfolgt wie die großen Bewegungen, durch die gegenwärtig andere Teile der kolonialen und halbkolonialen Welt aufgewühlt werden. Es ist die proletarische Pflicht der Kommunistischen Partei der Vereinigten Staaten, diese Völker in ihrem Kampf unermüdlich zu unterstützen.

Die Kommunistische Partei der Vereinigten Staaten wandte sich von Anfang an entschieden gegen alle Erscheinungsformen des amerikanischen Imperialismus in Lateinamerika. Sie arbeitete mit allen kommunistischen Parteien in diesen Ländern eng zusammen. Sie war aktiv beteiligt an der Gründung der All-American Anti-Imperialist League in Mexico City im Jahre 1924, einer Organisation, die den Yankee-Imperialismus auf der ganzen westlichen Halbkugel bekämpfte. Im besonderen unterstützte die Partei tatkräftig den tapferen nikaraguanischen Patrioten August Cesar Sandino, der fünf Jahre lang den Interventionsstreitkräften der USA-Marine Widerstand leistete und erst im Jahre 1934, nach der Wiederherstellung des Friedens, das Opfer eines im Solde der USA stehenden Mörders wurde.

In den zwanziger Jahren bediente sich die Wallstreet zur Durchdringung Lateinamerikas vor allem der im November 1918 von der AFL-Führung organisierten Pan-American Federation of Labor. Diese Gewerkschaftsimperialisten benutzten den Gewerkschaftsbund dazu, jeden Anschlag der Wallstreet gegen die Völker Lateinamerikas zu unterstützen. Die Kommunisten der Vereinigten Staaten bekämpften gemeinsam mit den lateinamerikanischen Kommunisten diese Verräterorganisation

energisch. Infolgedessen verlor die Pan-American Federation of Labor jegliches Vertrauen, ihr Einfluß wurde immer geringer, und nach 1930 bestand sie einige Jahre nur noch auf dem Papier weiter.

[520:] Die KPdUSA hat die lateinamerikanische Frage vor der amerikanischen Arbeiterklasse immer energisch vertreten. Sie beteiligte sich an zahlreichen interamerikanischen Konferenzen mit den lateinamerikanischen kommunistischen Parteien. Sie war auf den Kongressen dieser Parteien vertreten und begrüßte deren Delegierte auf ihren eigenen Kongressen. Im Juni 1939 veranstalteten sechs amerikanische kommunistische Parteien in New York eine Konferenz und gaben eine Erklärung heraus, die die Völker zum gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus aufrief.[11] Den Kommunisten war es hauptsächlich zu verdanken, daß der CIO eine freundschaftliche Haltung gegenüber dem Lateinamerikanischen Gewerkschaftsbund einnahm. Die lateinamerikanische Frage ist in der Presse und in den Kundgebungen der Kommunistischen Partei der Vereinigten Staaten immer wieder zur Sprache gekommen, aber trotzdem hat die Partei niemals genügend Nachdruck auf diese Frage gelegt.

Die Generallinie der verschiedenen kommunistischen Parteien in der Roosevelt-Periode bestand darin, für eine „demokratische Verwirklichung" der Politik der guten Nachbarschaft in Lateinamerika zu kämpfen. Doch entwickelten sich in diesen Jahren vor dem Kriege gewisse falsche Standpunkte in der Frage der lateinamerikanischen Politik Roosevelts. Sowohl in der KPdUSA als auch in den Parteien anderer Länder der westlichen Halbkugel bildete sich deutlich die Tendenz heraus, die Tatsache zu ignorieren, daß Roosevelt bei all seinem Liberalismus ein Imperialist und die Politik der guten Nachbarschaft bei all ihrer demokratischen Aufmachung eine Politik des Yankee-Imperialismus war, dazu bestimmt, eine veränderte Situation zu meistern. Earl Browder ermutigte, wie gewöhnlich, diese bedenkliche rechte Abweichung. Im Jahre 1942, als die falsche Tendenz ganz offenkundig geworden war, verlieh er ihr folgendermaßen Ausdruck:

„Es muß noch viel geschehen, um die Furcht und das Mißtrauen gegenüber dem Yankee-Imperialismus zu zerstreuen, damit Lateinamerika Vertrauen gewinnt zu der Rolle der Vereinigten Staaten als Führer der koalierten Nationen. Die Erinnerungen an die Vergangenheit, so bitter sie sein mögen, an [521:] gebrochene Versprechungen und gewaltsame Intervention, an wirtschaftlichen Druck, diplomatische Intrigen und finanzielle Ausbeutung – das alles könnte in den Archiven der Geschichte verschwinden und brauchte heute nicht mehr eine so schädliche Rolle zu spielen, wenn die Völker Lateinamerikas die Überzeugung gewonnen hätten, daß die Politik der ‚guten Nachbarschaft' etwas mehr sei als ein dem geschichtlichen Augenblick angepaßtes Mittel."[12]

Diese Erklärung Browders lief im Grunde genommen darauf hinaus, daß die Politik der guten Nachbarschaft in ihrem Wesen nicht imperialistisch sei und die Völker Lateinamerikas daher auf Roosevelt vertrauen sollten. Das war eine gefährliche Einstellung, eine Kapitulation vor Illusionen, die die Bourgeoisie nährte. Gewiß war der Hauptfeind damals der Hitlerfaschismus, aber trotzdem hätte die von Browder empfohlene Politik die lateinamerikanischen Völker wehrlos gemacht gegenüber einer aggressiven Macht wie dem Wallstreet-Imperialismus. Unter dem Banner der Politik der guten Nachbarschaft verstärkten die Vereinigten Staaten rasch ihre Position in Lateinamerika und beeinträchtigten die Rechte und die Wohlfahrt der Völker in diesem ausgedehnten Gebiet. In der Zeit nach dem Kriege erwiesen sie sich schließlich als noch gefährlicher für die lateinamerikanischen Völker, als selbst der Hitlerfaschismus es gewesen war.

---

11 Siehe "The Communist", Juli 1939.

12 Earl Browder, "Victory – and After", New York 1942, S. 217.

[522:]

26
DER KAMPF GEGEN FASCHISMUS UND KRIEG
(1935–1939)

Unmittelbar nach der Machtübernahme Hitlers in Deutschland, einen Monat und vier Tage vor der Amtseinführung Roosevelts als Präsident der Vereinigten Staaten im März 1933, begannen die Nazis, die Agenten des deutschen Großkapitals, mit der Durchführung ihres rücksichtslosen imperialistischen Expansionsprogramms. Um ihre Front im Innern zu festigen, verboten sie die Kommunistische und die Sozialdemokratische Partei, konfiszierten sie das Vermögen der Gewerkschaften sowie der Genossenschaften und schalteten diese gleich, liquidierten die bürgerlichen Konkurrenzparteien, schafften die Weimarer Republik ab und errichteten ein faschistisches Regime.

Die Nazis verkündeten ihre Entschlossenheit, den Versailler Vertrag mit Gewalt zu annullieren, und eröffneten alsbald eine energische annexionistische Außenpolitik. Sehr bald verließen sie den Völkerbund, um freie Hand zu bekommen, begannen unter Verletzung des Friedensvertrages mit der Wiederaufrüstung Deutschlands, schlossen einen antisowjetischen Pakt mit Polen ab, arrangierten einen faschistischen Staatsstreich in Österreich, brachten durch eine terroristische Volksabstimmung das Saargebiet wieder an sich und ließen ihre Truppen ins Rheinland einmarschieren. Deutschlands faschistische Bundesgenossen, Italien und Japan, waren inzwischen mit ähnlichen Aggressionsakten beschäftigt. Im Jahre 1935 fiel Italien in Abessinien ein und unterjochte dieses Land, und Japan war schon seit 1931 eifrig dabei, Nordchina unter seine Kontrolle zu bringen. Im November 1936 unterzeichneten Deutschland und Japan den Antikomintern-Pakt „zur Bekämpfung des Kommunismus“, dem Italien ein Jahr später beitrat.

[523:] Der Völkerbund stand allen diesen Aggressionsakten ohnmächtig gegenüber. Das hatte drei wesentliche Gründe: Erstens waren die herrschenden Großkapitalisten in England, Frankreich und anderen europäischen Ländern selbst von faschistischen Ideen infiziert und glaubten, Hitler habe im Nazismus das Mittel gefunden, sich die Arbeiterbewegung endgültig vom Halse zu schaffen und die Gefahr des Sozialismus abzuwenden. Zweitens waren sie überzeugt, daß der Krieg, den die deutschen Faschisten offensichtlich vorbereiteten, sich gegen die UdSSR richten werde und daß die beiden Gegner sich in einem solchen Kriege gegenseitig zugrunde richten würden. Den Großkapitalisten in den Vereinigten Staaten schwebten im wesentlichen die gleichen Ideen vor. Sie alle „beschwichtigten“ Hitler und seine faschistischen Verbündeten, das heißt, sie gewährten ihm aktive wirtschaftliche und politische Unterstützung. Drittens widerspiegelten die Sozialdemokraten die Stimmungen und die Politik ihrer kapitalistischen Regierungen und verzichteten auf den Kampf gegen den Vormarsch des Nazismus.

Die Sowjetunion für kollektive Sicherheit

Es war nicht zu verkennen, daß der Menschheit infolge der brutalen Aggressionsakte Deutschlands, Italiens, Japans und der Gruppe von Satellitenstaaten, die sie in Osteuropa bald um sich "sammelten, ein neuer Weitbrand drohte. Die imperialistische Clique der Hitler, Mussolini und Hirohito wollte durch erbarmungslosen Krieg und den Versuch, die ganze Welt unter ihre Herrschaft zu bringen, den Ausweg aus der allgemeinen Krise des kapitalistischen Weltsystems erzwingen. Noch niemals in der Geschichte der Menschheit war die Gefahr einer Massenschlächterei und allgemeiner Versklavung so groß gewesen.

In dieser ernsten Krise waren es die Kommunisten, die die entscheidenden Abwehrmaßnahmen vorschlugen. Die Sowjetunion, das friedliebende Land des Sozialismus, setzte sich, ihrem Wesen getreu, für eine Politik der Eindämmung und Niederschlagung des Faschismus ein. Im Völkerbund, dem die [524:] UdSSR Ende 1934 nach dem Ausscheiden der drei großen faschistischen Aggressoren beigetreten war, unterbreitete Maxim Litwinow im Namen der Sowjetregierung wiederholt den Vorschlag, die friedliebenden Länder sollten sich zu einer internationalen Friedensfront zusammenschließen und den faschistischen Aggressoren Einhalt gebieten. „Kollektive Sicherheit“ nannte er diese Politik.

Wäre dieser Friedensvorschlag angenommen worden, so hätte er den Weltfaschismus im Keim ersticken und den zweiten Weltkrieg verhindern können; denn damals waren die faschistischen Mächte noch schwach, und die Vereinigten Staaten, Großbritannien, Frankreich, die Sowjetunion und ihre Freunde waren ihnen an bewaffneten Kräften, Kapazität der Industrie und an Bodenschätzen weit überlegen.

Aber die kapitalistischen Westmächte hatten aus den erwähnten Gründen kein Interesse daran, Hitler und dem Faschismus Einhalt zu gebieten. Was die internationale Sozialdemokratie betrifft, so blieb sie ihrem Wesen als Stütze des Kapitalismus treu, folgte ihren kapitalistischen Herren und lehnte die kollektive Sicherheit ebenfalls ab. Roosevelt, der die Sowjetregierung im November 1933 unter dem Druck der Massen anerkannt hatte, beschränkte sich auf einige Gesten im Sinne der kollektiven Sicherheit. Er beantragte zögernd die Verhängung von Ölsanktionen gegen Italien wegen seiner Invasion in Abessinien, und am 5. Oktober 1937 empfahl er in Chicago, „die Aggressoren unter Quarantäne zu stellen". Aber es kam nichts dabei heraus. Selbst diese schwächlichen Vorschläge zur Zügelung der faschistischen Achsenmächte stießen auf den energischen Widerstand der Kapitalisten in den Vereinigten Staaten. Daher weigerte sich Roosevelt, den Friedensvorschlag der Sowjetunion, den einzigen praktischen Weg zur kollektiven Sicherheit, zu unterstützen. Er ließ Deutschland und Italien ihren aggressiven Kurs ohne Gegenwehr verfolgen und gestattete die Lieferung großer Mengen von Schrott und anderem Kriegsmaterial an Japan, das damals damit beschäftigt war, weite Teile Chinas an sich zu reißen. Die faschistischen Mächte trieben zum Krieg, und die kapitalistischen „demokratischen" Mächte lehnten es ab, sie aufzuhalten.

[525:]

Die Volksfront

Inzwischen übernahmen die Kommunisten, die im Kampf für den Weltfrieden in vorderster Front standen, auch die Führung in der Abwehr der faschistischen Gefahr in ihren eigenen Ländern. Sie wandten dabei die berühmte Politik der antifaschistischen Volksfront an. In Kapitel 22 haben wir gezeigt, wie diese Politik auf dem VII. Weltkongreß der Komintern in Moskau im Jahre 1935 entwickelt wurde. Sie forderte eine Einheitsfront aller demokratischen Kräfte – der Arbeiter, Bauern, Intellektuellen, kleinen Geschäftsleute, Kommunisten, Sozialisten, Katholiken und anderer –, die bereit waren, gemeinsam gegen Faschismus und Krieg zu kämpfen. Diese Massen mußten um ihre Gewerkschaften, um ihren Lebensstandard, um ihre demokratischen Freiheiten, selbst um ihr Leben kämpfen, und die Kommunisten gingen ihnen dabei voran. Wieder einmal erbrachten die Kommunisten einen überzeugenden Beweis dafür, daß sie die Führer der Nation sowie der Arbeiterklasse in dieser Zeit schwerster nationaler und internationaler Gefahren waren.

Die Volksfrontpolitik konnte gegenüber der drohenden Gefahr eines faschistischen Krieges sehr bald wesentliche Erfolge verzeichnen. Im Februar 1936 stellte sich die französische Arbeiterschaft an die Spitze der demokratischen Kräfte und leitete eine Offensive ein, durch die das Machtstreben der Faschisten in Frankreich vereitelt, eine gewaltige Sitzstreikbewegung entfesselt und die Mitgliederzahl des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes (CGT) von 900.000 auf 4 Millionen sowie die der Kommunistischen Partei von 40.000 von 270.000 erhöht wurde. In Frankreich wurde eine Art Volksfrontregierung gebildet. Gleichzeitig führten die spanischen Arbeiter eine ähnliche, aber umfassendere Bewegung durch. Am 16. Februar 1936 errang die Volksfront in Spanien einen Wahlsieg, durch den sich die Zahl der Parlamentssitze der Linken auf 268 erhöhte, während die Reaktionäre 205 Sitze erhielten. Auch in verschiedenen anderen Ländern wurde die Volksfront zu einem Machtfaktor.

Die kommunistischen Parteien unterstützten den Kampf der Volksfront in Frankreich und Spanien mit allen nur möglichen Mitteln. In beiden Fällen aber wurde ein Rechtssozialist Mini-[526:]sterpräsident, Leon Blum in Frankreich und Largo Caballero in Spanien. Von 1934 bis 1939 lehnte die Zweite Internationale zehn verschiedene Vorschläge der Komintern hinsichtlich einer allgemeinen Volksfrontopposition gegen den Faschismus ab und erklärte jedesmal, dies sei Sache der nationalen Parteien.[1]

---

[1] Siehe D. S. Manuilski, "The World Communist Movement", New York 1939.

In den Ländern mit einer starken Volksfront stellten sich die Rechtssozialisten, die in ganz Westeuropa noch immer die entscheidenden Positionen in der Arbeiterbewegung innehatten, an die Spitze dieser Bewegungen, um ihnen die Stoßkraft zu nehmen. Der Einfluß Blums in Frankreich und Caballeros in Spanien war verhängnisvoll. Durch eine bösartige Antisowjethetze vergrößerten die Rechtssozialisten überall die Gefahr von Faschismus und Krieg.

Der spanische Bürgerkrieg

Ermutigt durch den Erfolg ihrer Aggression (dank der profaschistischen Politik Englands, Frankreichs und der Vereinigten Staaten), beschlossen Hitler und Mussolini nun, die Herrschaft der Volksfront in Spanien zu stürzen. Am 17. Juli 1936 stellte sich ihre Marionette, General Franco, an die Spitze einer Revolte in Marokko. Hätte die republikanische Regierung, an deren Spitze damals Caballero stand, sofort durchgegriffen, so hätte der Aufstand rasch niedergeworfen werden können. Sie wurde jedoch gelähmt durch den üblichen sozialdemokratischen Konservatismus, so daß die faschistische Revolte um sich greifen konnte. Hitler und Mussolini unterstützten Francos Konterrevolutionäre reichlich mit Truppen, Geschützen, Panzerwagen und Flugzeugen, und bald standen diese vor den Toren von Madrid.

Im Völkerbund forderte die UdSSR mehrfach kollektive Maßnahmen, um der faschistischen Aggression in Spanien Einhalt zu gebieten. Dies wurde jedoch abgelehnt und statt dessen eine Politik der „Nichteinmischung“ beschlossen. Während also Hitler und Mussolini Truppen und Material in Massen nach Spanien schickten, bezogen die kapitalistischen Demokratien Großbritannien, Frankreich und die Vereinigten Staaten, die der [527:] spanischen Republik offensichtlich feindlich gegenüberstanden, eine heuchlerische „neutrale“ Position und lehnten den Verkauf von Kriegsmaterial an beide Parteien ab. Roosevelt schloß sich dieser Politik an durch das Neutralitätsgesetz vom 8. Januar 1937 und das Embargogesetz vom 1. Mai des gleichen Jahres. So geriet die legal gebildete republikanische Volksfrontregierung in Spanien, die nach dem Völkerrecht dazu berechtigt war, überall Kriegsmaterial zu ihrer Verteidigung zu kaufen, in Nachteil gegenüber den faschistischen Banditen, die unbeschränkt Waffen aus Deutschland und Italien bezogen. Dieser ungeheuerliche Verrat war eine weitere Folge der „Befriedungspolitik“ gegenüber Hitler. Er verurteilte die spanische Republik zur Niederlage und machte die Bahn frei für den zweiten Weltkrieg. Die Rechtssozialisten unterstützten überall die schändliche „Nichteinmischungspolitik“, während die Kommunisten sie überall anprangerten.

Die kommunistischen Parteien leisteten der spanischen Republik in ihrem Kampf jede nur mögliche Hilfe. Vor allem organisierten sie die Internationalen Brigaden, die sich aus Kommunisten und anderen antifaschistischen Kämpfern aus ganz Europa – so zum Beispiel aus Frankreich, Polen, Italien, Deutschland, Bulgarien und Großbritannien – und auch aus vielen amerikanischen Ländern zusammensetzten. Vierundfünfzig Nationen waren in diesen Brigaden vertreten. Insgesamt zählten die Internationalen Brigaden schätzungsweise etwa 30.000 Mann. Sie waren in dem langen und heroischen Kampf des spanischen Volkes eine gewaltige Stütze.

Die Kommunistische Partei der Vereinigten Staaten und die Young Communist League konnten den regierungstreuen Truppen in Spanien rund 3000 Mann, großenteils Parteilose, zur Verfügung stellen. Das war unter den damaligen Verhältnissen eine ungeheure Leistung. Am 6. Januar 1937 wurde das Abraham-Lincoln-Bataillon und bald danach das George-Washington-Bataillon aufgestellt. Sie wurden später zu dem Lincoln-Washington-Bataillon zusammengefaßt. Die amerikanischen Soldaten gehörten zusammen mit den britischen, kanadischen, irischen und anderen englisch sprechenden Verbänden der 15. Brigade an. Zu den Offizieren und Führern der ameri-[528:]kanischen Freiwilligen gehörten I. A. Valledor, R. H. Merriman, Hans Amlie, Leonard Lamb, Milton Wolff, Dave Doran, John Gates, Robert Thompson, Steve Nelson, Joseph Dallett, George Watt, Bill Lawrence, Saul Wellman, Joe Brandt und andere. Die amerikanischen Sanitätsverbände standen unter der Führung von Dr. E. K. Barsky.

Unter den 3000 Amerikanern befanden sich mehrere hundert Neger, die im ganzen Verlauf des schweren Krieges mit dem ihnen eigenen Heldenmut kämpften. Anders als in der US-Armee, in der die Neger in jeder Hinsicht diskriminiert werden, wurden sie in den Internationalen Brigaden vielfach

Offiziere und führten ihre Truppen, Neger wie Weiße, im Kampf vorbildlich. Viele opferten ihr Leben bei dem edlen Bemühen, den Faschismus mit seinem abscheulichen Rassenwahn und seiner Menschenversklavung auszurotten.

Die amerikanischen Brigaden fochten in der Brunete-Offensive, am Jarama, bei Quinto, Belchite, Fuentes de Ebro, Teruel, am Aragon, in der Ebro-Offensive und in vielen anderen Schlachten. Sie bewährten sich hervorragend, und ihre militärischen Leistungen wurden in der amerikanischen Presse und unter den Volksmassen, die mit den spanischen Republikanern sympathisierten, allgemein anerkannt. Selbst unter den primitivsten und gefahrvollsten Verhältnissen vollbrachten die Sanitätsverbände bei ihrer Arbeit wahre Heldentaten. Schulter an Schulter mit den Soldaten aus den Vereinigten Staaten kämpften etwa 500 Mann aus Mexiko, Kuba, Puerto Rico, Argentinien und den Philippinen.[2] Die Kanadier gehörten größtenteils dem Mackenzie-Papineau-Bataillon, den sogenannten MacPaps, an. Es waren 1300 Mann. Der kanadische Arzt Dr. Norman Bethune, der später in der chinesischen Volksarmee diente, wandte zum erstenmal in größerem Maßstabe Bluttransfusionen unmittelbar im Kampfgelände an.

Die spanischen Republikaner kämpften mit vorbildlichem Heroismus, aber die Übermacht ihrer Gegner war zu groß. Verraten, an Truppenzahl und Ausrüstung unterlegen, wurden die tapferen Kämpfer der Republik allmählich in die Knie gezwun-[529:]gen. Nach fast dreijährigem verzweifelten Kampf fiel Madrid am 28. März 1939. Mit ungebührlicher Hast, schon vier Tage später, erkannte die Roosevelt-Regierung das Regime des Schlächters Franco an und hob das Waffenembargo auf.

Die Verluste im Bürgerkrieg waren entsetzlich, nicht nur im unmittelbaren Kampf, sondern auch infolge der Massenmorde der Faschisten nach dem Kriege. Insgesamt verlor Spanien wahrscheinlich mindestens zwei Millionen an Toten. In Sevilla wurden nach dem Kriege 50.000 Menschen und in Navarra 20.000 erschossen. Zu ähnlichen Schlächtereien kam es auch an anderen Orten.[3] Von den amerikanischen Freiwilligen kehrten etwa 1500, das heißt rund die Hälfte, nicht mehr zurück, und in den kanadischen, britischen und anderen Bataillonen waren die Verluste ebenso schwer. Zu den Amerikanern, die den Heldentod starben, gehörten so bekannte Kämpfer wie Dave Doran, Joseph Dallett, R. H. Merriman und die jungen Negerführer Milton Herndon, Oliver Law und Alonzo Watson.

Die amerikanischen Kommunisten können stolz sein auf die aktive Rolle, die sie bei der tapferen Verteidigung der spanischen Republik spielten. Sie ist ein Ruhmesblatt in der Geschichte der Partei. Die Freiwilligen kämpften mit der Entschlossenheit, die die Kommunisten auf den Schlachtfeldern Rußlands, Chinas und in vielen anderen Teilen der Welt stets bewiesen haben. Der Kampf für die Rettung Spaniens war ein Kampf zur Rettung der Welt vor dem Faschismus und einem zweiten Weltkriege. Er war daher ein Kampf im Interesse des amerikanischen Volkes. Dieser Kampf wurde verloren, weil die spanische Republik von den kapitalistischen Regierungen des Westens und von der Sozialdemokratie verraten wurde, und die Folge davon war, daß Millionen und aber Millionen im zweiten Weltkriege sterben mußten.

München und der Krieg

Nach den Erfolgen im Saargebiet, in Abessinien, China und Spanien setzten die faschistischen Weltherrschaftsprätendenten ihre Aggression mit verdoppelter Kraft fort. Im Februar 1938 [530:] ließ Hitler durch seine Wehrmacht Österreich besetzen. Gleichzeitig provozierte er einen schweren Konflikt mit der Tschechoslowakei wegen angeblich ungerechter Behandlung der dortigen deutschen Minderheit. Präsident Roosevelt empfahl umfassende Bemühungen zur Regelung der kritischen Lage in Europa, und daraufhin organisierte Hitler die berüchtigte Münchener Konferenz vom September 1938. Die Regierungshäupter Deutschlands, Italiens, Großbritanniens und Frankreichs – Hitler, Mussolini, Chamberlain und Daladier – traten zusammen und einigten sich darüber, daß Deutschland das Sudetenland annektierte, was schließlich zur Annexion der ganzen Tschechoslowakei führte. Dieser schändliche Pakt zur „Befriedung“ der Faschisten stellte einen neuerlichen Verrat in einer langen

---

2 Siehe “The Book of the XV Brigade”, Madrid 1938, und Edwin Rolfe, “The Lincoln Battalion”, New York 1939.

3 Siehe “New Republic”, 13. Juli 1939.

Reihe ähnlicher Verrätereien dar und wurde von den bürgerlichen und sozialdemokratischen Staatsmännern und Wortführern in der ganzen Welt begrüßt, weil sie angeblich den „Frieden in unserer Zeit“ herstellte. Es waren fast nur die Kommunisten, die München als verbrecherischen Betrug und Kriegsprovokation verurteilten. Das Ziel, das die profaschistischen herrschenden Klassen in England und Frankreich bei den Münchener Verhandlungen verfolgten, war nicht die Herstellung des Friedens, sondern die Ablenkung Hitlers nach Osten gegen die Sowjetunion.

Damals, am 10. März 1939, formulierte Stalin die Friedenspolitik der UdSSR folgendermaßen: „Wir sind für den Frieden und für die Festigung sachlicher Beziehungen mit allen Ländern ... Wir sind für friedliche, freundschaftliche und gutnachbarliche Beziehungen mit allen Nachbarländern, die mit der Sowjetunion eine gemeinsame Grenze haben ... Wir sind für die Unterstützung der Völker, die Opfer der Aggression geworden sind und für die Unabhängigkeit ihrer Heimat kämpfen ... Wir fürchten keine Drohungen der Aggressoren und sind bereit, auf einen Schlag der Kriegsbrandstifter, die versuchen sollten, die Unantastbarkeit der Sowjetgrenzen zu verletzen, mit einem doppelten Schlag zu antworten.“[4]

Im Sinne dieser Politik beharrte die Sowjetregierung bei ihren Bemühungen, eine internationale Friedensfront gegen die [531:] faschistischen Banditen zu organisieren. Immer wieder schlug sie gemeinsame Aktionen mit den westlichen Demokratien vor, um Abessinien, China, Spanien, Österreich, die Tschechoslowakei zu retten. Aber die kapitalistischen Regierungen Westeuropas und auch die Vereinigten Staaten hatten kein Interesse an einer solchen Friedensfront und an gemeinsamen Aktionen. Daher erklärte sich die Sowjetunion bereit, auf Grund des gegenseitigen Verteidigungspaktes mit Hilfe Frankreichs für die Tschechoslowakei einzutreten; aber Frankreich zögerte. Ebenso erklärte sich die UdSSR zur Verteidigung Polens bereit, als Hitler sich anschickte, dieses zu überfallen, aber Polen weigerte sich, russischen Truppen den Durchmarsch durch polnisches Gebiet zu gestatten. Inzwischen scheiterten die Bemühungen der UdSSR um einen gegenseitigen Beistandspakt mit Großbritannien Anfang 1939, obwohl die Sowjetunion bereits ähnliche Pakte mit Frankreich, China und einem Dutzend anderer Länder abgeschlossen hatten. Die britischen Konservativen, die mit Vorbedacht einen deutsch-russischen Krieg herbeizuführen suchten, wünschten keinen solchen Pakt; ihre Verhandlungen mit den Russen waren nur ein Täuschungsmanöver. Die britische Delegation in Moskau war nicht zum Abschluß eines Paktes ermächtigt. Sie wurde von einem drittrangigen Diplomaten geführt und hielt sich nur zum Schein längere Zeit in Moskau auf.

Die Sowjetregierung machte Großbritannien wiederholt warnend darauf aufmerksam, daß seine hinterhältige Taktik untragbar sei. Am 10. März erklärte Stalin, daß die Sowjetunion nicht daran denke, für Großbritannien die Kastanien aus dem Feuer zu holen.[5] Ähnliche Warnungen kamen fast jede Woche von Litwinow, Shdanow und anderen sowjetischen Führern, wurden aber sämtlich von der britischen Regierung ignoriert.

Als die Sowjetunion erkannte, daß sie von Großbritannien und Frankreich (ebenso wie von den Vereinigten Staaten) schamlos verraten wurde, nahm sie schließlich im Interesse der eigenen Verteidigung Deutschlands Vorschlag über die Unterzeichnung eines Nichtangriffspaktes an. Der Pakt wurde am 23. August 1939 geschlossen.

[532:] Über dieses Abkommen sagte Molotow: „Nicht deshalb wurden die Militärbesprechungen mit England und Frankreich abgebrochen, weil die UdSSR den Nichtangriffspakt mit Deutschland geschlossen hatte, sondern umgekehrt, die UdSSR schloß den Nichtangriffspakt u. a. deshalb, weil die Militärbesprechungen mit Frankreich und England wegen unüberwindlicher Meinungsverschiedenheiten in eine Sackgasse geraten waren.“[6]

Die Zukunft zeigte, daß die Atempause von 22 Monaten, die die UdSSR durch den Pakt gewann, ihr ermöglichte, ihre Rüstung zu vervollkommnen, und so von entscheidender Bedeutung für den Sieg im Kriege war.

---

4 J. Stalin, „Fragen des Leninismus“, S. 772/773.

5 Siehe ebenda, S. 773.

6 W. M. Molotow, „Iswestija“ vom 27. August 1939.

Inzwischen hatte Hitler einen schweren Konflikt mit Polen provoziert und marschierte daraufhin am 1. September 1939 in Polen ein. Der zweite Weltkrieg, dessen Keim die Invasionen in China, Abessinien, Spanien, Österreich und der Tschechoslowakei waren, war da.

Die Vereinigten Staaten und der Krieg

Während sich die aggressive faschistische Expansion des deutschen, japanischen und italienischen Imperialismus in den Jahren unmittelbar vor dem Kriege entwickelte, verfolgte die allgemeine Politik des amerikanischen Imperialismus (mit gewissen Differenzen innerhalb der kapitalistischen Reihen) das Ziel, den kommenden Krieg gegen die UdSSR zu lenken. Dies erklärt die „Befriedungspolitik" der amerikanischen Regierung gegenüber Hitler und auch ihre Zustimmung zu dem Verrat von München. Als jedoch der Krieg gegen den Westen tatsächlich begann, trat die Spaltung innerhalb der amerikanischen Bourgeoisie, die schon in den Jahren der großen Wirtschaftskrise (siehe Kapitel 23) und in den Vorkriegsjahren mehr oder weniger sichtbar gewesen war, deutlicher zutage. Die Roosevelt-Gruppe orientierte sich auf Zusammenarbeit mit Großbritannien, während die Republikaner und die reaktionären Demokraten indirekt Hitler unterstützten. Trotz dieser Differenzen jedoch bestand das Hauptziel des amerikanischen Imperialismus [533:] darin, durch Schwächung der UdSSR, Deutschlands und Japans die Vorherrschaft der Vereinigten Staaten in der Welt zu sichern und den fortschreitenden Zerfall des britischen Weltreichs durch den Krieg herbeizuführen.

Als Roosevelt am 16. November 1933 die lange aufgeschobene Anerkennung der Sowjetunion vollzog, ließ er sich dabei wahrscheinlich in der Hauptsache von dem Bedürfnis leiten, zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise einen ausgedehnten Handelsverkehr mit der UdSSR in Gang zu bringen. Aber während der ganzen kritischen Jahre vor dem Kriege weigerte er sich beharrlich, auf die wiederholten Vorschläge der Sowjetunion einzugehen, deren Ziel ein System der internationalen kollektiven Sicherheit war, um China, Abessinien, Spanien, Österreich und die Tschechoslowakei den Klauen der faschistischen Mächte zu entreißen und einen Weltkrieg abzuwenden. Offensichtlich lag auch ihm wenig daran, den Osten gegen Hitlers Rüstungen und Kriegsdrohungen zu schützen.

Als der Krieg in Europa begann, schlug die Roosevelt-Regierung den Kurs eines inoffiziellen Bündnisses mit Großbritannien ein, wobei sie die Führung in der Hand zu behalten gedachte. Diese probritische Politik erklärte sich großenteils durch die Tatsache, daß von den insgesamt fast 12 Milliarden Dollar Auslandsinvestitionen der USA damals nicht weniger als 42 Prozent auf das britische Weltreich entfielen. Neben diesem hohen: Einsatz im britischen Weltreich berücksichtigte Roosevelt auch den Umstand, daß der Aufstieg des kriegslüsternen faschistischen Imperialismus in Deutschland, Italien und Japan eine bedrohliche Gefahr für die Position des amerikanischen Imperialismus in Europa, im Fernen Osten und in Lateinamerika darstellte. Um diese Gefahr abzuwenden, trieb er die Rüstung der Vereinigten Staaten energisch voran. Er entschloß sich zu einer Politik der aktiven Zusammenarbeit mit Großbritannien und Frankreich, die unter den Parolen „Hilfe für Großbritannien", „Wir sind das Arsenal der Demokratie" und „Alles, nur kein Krieg" die verschiedensten Stadien durchlief und schließlich zum Kriege selbst führte.

Die Opposition der Republikaner und konservativen Demokraten gegen Roosevelt, die fast vom gesamten Großkapital [534:] unterstützt wurde, lehnte seine probritische Politik ab und verfolgte einen Kurs, der praktisch auf die Unterstützung Deutschlands hinauslief. Diese von faschistischen Ideen infizierte Opposition war für einen Teilsieg oder ein Unentschieden in Europa und glaubte, die Vereinigten Staaten seien stark genug, in einer faschistischen Welt ihren Mann zu stehen. Ihr schwebte ein Erschöpfungskrieg zwischen Deutschland und der Sowjetunion vor, wobei die kapitalistischen Länder Deutschland mehr oder weniger unterstützen sollten. Ebenso erwarteten sie einen fortschreitenden Zerfall des britischen Weltreiches. Jedoch wurden die Gegner Roosevelts von den Fortschritten des japanischen Imperialismus in China beunruhigt, der das von ihnen bevorzugte Expansionsgebiet im Fernen Osten bedrohte, und deshalb waren sie für einen Vernichtungskrieg gegen Japan. Angesichts der starken antifaschistischen und friedensfreundlichen Stimmungen unter den Massen war selbst eine begrenzt offene Unterstützung der Achsenmächte unmöglich; deshalb betrieb die Opposition gegen Roosevelt eine Politik des „Isolationismus" gegenüber Europa. Das bedeutete praktisch

eine verschleierte Unterstützung Hitlers und die Ablehnung jeglicher Unterstützung Großbritanniens und der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion.

Alle faschistischen Kräfte in den Vereinigten Staaten fühlten sich zu dieser Opposition magnetisch hingezogen. Die Hearst, Cougshlin, Winrod, Smith, der Ku Klux Klan, die Männer der Wallstreet, die den Versuch gemacht hatten, durch General Smedley D. Butler einen Marsch von 500.000 Kriegsteilnehmern nach Washington zu organisieren, der Deutsch-Amerikanische Bund, die faschistischen Gruppen unter den nationalen Minderheiten – sie alle waren dabei. „Dr. Birkhead zählte im Jahre 1936 119 profaschistische Organisationen in den Vereinigten Staaten und schätzte die Gesamtzahl derartiger Organisationen, von denen mindestens 5 Millionen Menschen erfaßt wurden, auf mehr als 250.“[7] Im Juni 1938 wurde unter der Leitung von Martin Dies der Ausschuß des Repräsentantenhauses zur Untersuchung unamerikanischer Betätigung ins Leben gerufen und [535:] begann seine profaschistische Gesinnungsschnüffelei. Die faschistische Gefahr in den Vereinigten Staaten erreichte, was die Jahre unmittelbar vor dem Kriege anbetrifft, jetzt den Höhepunkt ihrer Entwicklung.

Die Kommunistische Partei lief Sturm gegen den verlogenen „Isolationismus“ der hitlerfreundlichen Opposition der Republikaner und konservativen Demokraten. Ebenso wandte sie sich gegen den probritischen Kurs der Roosevelt-Regierung, während sie deren innere Reformen aktiv unterstützte. Die Partei kämpfte für den Weltfrieden und betonte immer wieder, daß dieser nur durch die von der Sowjetunion vorgeschlagene internationale kollektive Sicherheit gewährleistet werden könne. Ihre Parolen richteten sich hauptsächlich gegen den Faschismus und den imperialistischen Krieg. Sie gab die Losung aus: „Haltet Amerika vom Kriege fern, indem ihr den Krieg von der Welt fernhaltet!“ Die von abgrundtiefem Haß gegen die UdSSR erfüllten Sozialisten und Trotzkisten standen praktisch im Lager der reaktionären „Isolationisten“.

Das amerikanische Volk gegen Faschismus und Krieg

In diesen kritischen Jahren unmittelbar vor dem Kriege lehnten die Arbeiter und die anderen demokratischen Schichten des amerikanischen Volkes den Faschismus, besonders in seinen Krasseren europäischen Formen, in ihrer überwältigenden Mehrheit ab. Jedoch den verhüllteren amerikanischen Formen gegenüber, die sich unter der Maske von Demokratie und Frieden verbargen, war ihr Urteil nicht immer zuverlässig. Sie waren für die Unterstützung derjenigen Länder, die von den faschistischen Staaten überfallen und annektiert wurden, konnten sich aber in ihren Organisationen im allgemeinen nicht dazu durchringen, ein Weltsystem der kollektiven Sicherheit zur Zügelung und Niederwerfung der Aggressoren zu fordern. Sie waren weitgehend isolationistisch eingestellt. Vor allem lehnten sie einen Krieg entschieden ab.

Auf ihrem Kongreß von 1938 verurteilte die AFL, die stets die konservativ-bürgerlichen Stimmungen unter der Arbeiter-[536:]schaft förderte, zwar den Faschismus Hitlers und Mussolinis, beschloß anderseits aber, den schändlichen Dies-Ausschuß „in jeder nur möglichen Weise zu unterstützen“. Den Versuch Matthew Wolls und John P. Freys, den New Deal als „sozialistisch“ verurteilen zu lassen, wies sie allerdings zurück. Anderseits lehnte sie das O’Connell-Friedensgesetz und die „Quarantäne-Politik“ gegenüber den Aggressoren ab. Sie war für einen Boykott gegen Deutschland und Japan. Der CIO gab unter der Führung von John L. Lewis und besonders unter dem Einfluß der Kommunisten auf seinem ersten ordentlichen Kongreß in Pittsburgh im November 1938 dem New Deal und ebenso der Politik der kollektiven Sicherheit seine klare Zustimmung.[8]

Das Negervolk stand in der vordersten Front der Kämpfer gegen Faschismus und imperialistischen Krieg. Im Mai 1937 veranstaltete der National Negro Congress seine zweite Generalversammlung in Philadelphia. Die 1200 Delegierten, von denen unter anderen Walter White von der National Association for the Advancement of Colored People, Philip Murray, Norman Thomas und T. J. Kennedy von den United Mine Workers das Wort ergriffen, bildeten eine umfassende Einheitsfront, deren treibende Kraft die Kommunistische Partei war. Die Organisation spielte eine große Rolle in allen

---

7 A. B. Magil and Henry Stevens, “The Peril of Fascism”, New York 1938, S. 280.

8 Siehe Labor Research Association, “Labor Fact Book 5”, New York 1941, S. 134.

Bewegungen gegen den Faschismus und für den Frieden sowie in dem Kampf für die speziellen wirtschaftlichen und politischen Forderungen des Negervolks. Der Southern Negro Youth Congress, eine Zweigorganisation des National Negro Congress, übte erheblichen Einfluß unter den Negern im Süden aus. Er nahm entschieden gegen den Faschismus und für die kollektive Sicherheit Stellung.

Ein Ereignis von großer Bedeutung im Leben des Negervolks und im Kampf gegen den Faschismus war damals die Gründung der Southern Conference for Human Welfare in Birmingham (Alabama) im November 1938. Hinter dieser Organisation stand die Roosevelt-Regierung, die den Süden als „das ökonomische Problem Nummer 1 der Nation" bezeichnet hatte. An [537:] dem Gründungskongreß nahmen 1250 Delegierte teil, darunter zahlreiche prominente Liberale und Gewerkschafter des Südens. Die Kommunistische Partei war offiziell vertreten und übte einen starken Einfluß auf die Organisation aus. Vorsitzender war Dr. Frank Graham, und in den fünfzehnköpfigen Rat, der an der Spitze der Organisation stand, wurde John P. Davis vom National Negro Congress gewählt. Der Kongreß formulierte ein Programm, in dem Arbeitsmöglichkeiten, bürgerliche Gleichberechtigung und allgemeine Schulpflicht für die Neger gefordert wurden sowie gegen die Lynchjustiz und andere Formen der Unterdrückung des Negervolks scharf Stellung genommen wurde. Die Southern Conference for Human Welfare spielte in den nächsten Jahren eine beträchtliche Rolle im Kampfe gegen die engstirnigen Konservativen des Südens.[9]

Der American Youth Congress, der die große Masse der organisierten Jugendlichen in den Vereinigten Staaten vertrat, veranstaltete in der Vorkriegszeit alljährlich Konferenzen. Er wandte sich im allgemeinen entschieden gegen den Faschismus und trat für die kollektive Sicherheit ein, und dies trotz der Spaltungsbemühungen der Katholiken, Sozialdemokraten und Trotzkisten, die in der Organisation einzig das Ziel verfolgten, den Einfluß der Kommunisten zu schwächen, auch wenn sie dabei den Verband zugrunde richteten. Auf der 5. Konferenz des American Youth Congress im Juli 1939 wurde in dem törichten Bemühen, die gegen die Organisation erhobene Beschuldigung des Kommunismus zu entkräften, eine Resolution angenommen, die sich gegen jegliche Diktatur – „ob kommunistisch, faschistisch oder nazistisch usw." – richtete. Im Rahmen seiner zahlreichen Massenaktionen organisierte der Kongreß einen Marsch von 35 Landesjugendorganisationen und Jugendfürsorgeverbänden nach Washington, um „für Arbeit, Gesundheitsfürsorge und Bildungsmöglichkeiten" zu demonstrieren. Im August 1938 fand in Poughkeepsie (New York) der Zweite Weltjugendkongreß mit Delegierten aus 53 Ländern statt, die 40 Millionen Jugendliche vertraten. Bei allen diesen Aktionen spielte die Young Communist League eine sehr bedeutende führende Rolle.

[538:] Im Kampf gegen die wachsende Gefahr für die Demokratie und den Frieden war die American League Against War and Fascism eine der wichtigsten Einheitsfrontorganisationen jener Zeit. Ihr Landesvorsitzender war Dr. Harry F. Ward. Die Liga wurde am 29. September 1933 in New York gegründet. Nach ihrem Pittsburgher Kongreß im November 1937 bestand die Organisation als American League for Peace and Democracy weiter. Die Kommunistische Partei war der ursprünglichen Liga angegliedert, nicht aber ihrer späteren Form. In beiden besaß sie großen Einfluß. Es war eine umfassende Einheitsfrontorganisation, die für wirtschaftliche und politische Forderungen, für die Rechte des Negervolks, für Demokratie und kollektive Sicherheit kämpfte. Sehr aktiv waren in der Organisation, wie in allen anderen Kampforganisationen gegen die Gefahr des Faschismus und des Kriegs, die Frauen. Die Liga veranstaltete alljährlich große Kongresse mit 2000 bis 3500 Delegierten, die 4 Millionen Menschen vertraten. Darunter befanden sich starke Delegationen der Neger, der Jugendlichen und der Gewerkschaften. Auf dem Kongreß von 1937 zum Beispiel waren etwa 30 Prozent aller Gewerkschaften vertreten, entweder durch Zustimmungserklärungen oder direkt durch Delegierte. Die Liga war ein bedeutender Faktor im Kampf für Frieden und Demokratie.

Die Wahlen von 1938

Die Zwischenwahlen von 1938 fanden in einer Atmosphäre heftiger Klassenkämpfe statt. Die wirtschaftliche Lage war schlecht, da die Industrie durch die zyklische Krise von 1937 abermals schwer

---

9 Siehe Robert W. Hall in "The Communist", Januar 1939.

betroffen war. Es herrschte allgemeine Unzufriedenheit über die Unzulänglichkeit der New-Deal-Reformen. Mindestens 10 Millionen Arbeiter lagen auf der Straße, während die Profite der Kapitalisten stiegen. Die Politik der „Kräftezuführung“ nach Keynes hatte offensichtlich versagt. Obwohl Roosevelts ungeheure Subsidien für die Industrie und die „Stärkung der Kaufkraft der Arbeiter“ ein Anwachsen der Staatsschuld um 16 Milliarden Dollar bewirkt hatten, konnten sie die „Depression besonderer Art“ nicht beseitigen. Das wurde [539:] erst anders, als der Krieg näher rückte und damit die Rüstungsproduktion einen mächtigen Auftrieb erhielt.

Die großen Unternehmer, erbittert durch die Organisationskampagnen und Streiks des CIO, richteten gegen Roosevelt und den New Deal die gehässigsten Angriffe. Gleichzeitig versprachen sie in demagogischer Weise eine ganze Reihe von Reformen als Ersatz für die Reformen Roosevelts. Die organisierte Arbeiterschaft war bei den Wahlen sehr uneinig. Die reaktionäre AFL-Führung tat ihr möglichstes, um dem CIO das Lebenslicht auszublasen, und bekämpfte auch die Labor’s Nonartisan League, der viele AFL-Verbände angehörten, als ebenso schädlich für die Neutralitätspolitik der AFL, wie der CIO es für die AFL selbst ist“.

Die Kommunistische Partei eröffnete eine energische Kampagne. Sie kämpfte für eine demokratische Front aller fortschrittlichen Elemente. Sie konzentrierte ihr Feuer gegen die Reaktionäre, kritisierte aber auch, allerdings unzulänglich, die Politik Roosevelts. In verschiedenen Orten stellte sie eigene Kandidaten auf und unterstützte im übrigen die „Fortschrittler“ auf den demokratischen und anderen Listen, darunter hier und da auch Republikaner. Sie setzte sich energisch für das O’Connell-Friedensgesetz (Repräsentantenhaus Nr. 527) ein, das Roosevelts Rede über die Anwendung der Quarantäne gegen den Aggressor in die Tat umsetzen sollte. Ihre zentrale Losung lautete „Für Arbeit, Sicherheit, Demokratie und Frieden“.

Die Republikaner schnitten bei den Wahlen am besten ab. Sie eroberten 79 neue Sitze im Repräsentantenhaus und 8 im Senat sowie zahlreiche Gouverneursposten. Zwar blieben beide Häuser des Kongresses nominell demokratisch, wurden aber von dem Bündnis der Republikaner und der konservativen Demokraten beherrscht. In der Sitzungsperiode von 1939 unternahm daher die Reaktion heftige Vorstöße gegen den New Deal. Sie kürzte die Löhne bei den öffentlichen Arbeiten, setzte die Steuern der Begüterten herab, finanzierte den Dies-Ausschuß freigebig, unterstützte alle möglichen Maßnahmen gegen regierungsfeindliche Tätigkeit und gegen die Eingewanderten und lehnte eine Ergänzung des Neutralitätsgesetzes ab, um es den [540:] Vereinigten Staaten unmöglich zu machen, sich an koordinierten Bemühungen anderer Länder zur Verhinderung des Krieges zu beteiligen.

Ein erfreuliches Nebenergebnis dieses im allgemeinen reaktionären Wahlausfalls war indessen die Freilassung von Tom Mooney am 7. Januar 1939 und Warren K. Billings im Oktober 1939 durch den neugewählten New-Deal-Gouverneur Olson in Kalifornien. Mooney, dessen Gesundheit durch den zweiundzwanzigjährigen Aufenthalt im Gefängnis zerrüttet war, lebte nicht mehr lange; er starb am 6. März 1942, Er stand der Kommunistischen Partei sehr nahe. Auch der bei dem Prozeß gegen McNamara verurteilte Matt Schmidt wurde im August 1939 auf Ehrenwort freigelassen, während der heldenhafte J. B. McNamara im Kerker zugrunde ging. Er starb nach neunundzwanzigjähriger Haft am 8. März 1941 im Gefängnis von Folsom als Mitglied der Kommunistischen Partei. Am 24. Januar 1937 würden auch vier der Scottsboro-Jungen freigelassen, während die fünf anderen im Gefängnis blieben. Ray Becker, der letzte Angehörige der IWW, der im Zusammenhang mit den Vorfällen in Centralia im Jahre 1919 noch im Gefängnis saß, wurde im September 1939 ebenfalls freigelassen.[10]

Das Wachstum der Kommunistischen Partei

In den hier betrachteten Vorkriegsjahren, in denen die Arbeiterklasse sich in organisatorischer Hinsicht rasch entwickelte, machte die Kommunistische Partei wesentliche Fortschritte, obwohl Browder, wie wir gesehen haben, manche günstige Gelegenheit für den Aufbau der Partei verabsäumte und sich entsprechenden Bemühungen sogar mehr und mehr widersetzte. Auf dem X. Parteitag in New York im Mai 1938 wurden 75.000 Parteimitglieder und 20.000 Mitglieder der Young Communist

10 Siehe Labor Research Association, “Labor Fact Book 5”, S. 212.

League gezählt. Das bedeutete eine Zunahme um 35.000 beziehungsweise 10.000 im Laufe von zwei Jahren. Ein bedeutsames Ereignis war es, als auf dem Parteitag die Gründung der "People's World" am 1. Januar 1938 in San Francisco und des [541:] "Midwest Daily Record"[11] am 12. Februar 1938 in Chicago bekanntgegeben wurde.

Die Fortschritte der Partei beruhten auf einer im wesentlichen richtigen Politik, obwohl sie im einzelnen noch zahlreiche Fehler beging, von denen wir die wichtigsten kurz gestreift haben. Die Partei führte einen energischen Kampf für die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter, für ihre gewerkschaftliche Organisierung, für die Rechte des Negervolks, für die Forderungen der Jugend und der Frauen und besonders gegen die wachsende Gefahr des Faschismus und des Krieges. Auf allen diesen Gebieten entwickelte die Partei Initiative und zeigte, daß sie zu führen fähig war. Eine große Hilfe bei der Durchführung der im allgemeinen richtigen politischen Linie war für sie ihre aktive Teilnahme an der Kommunistischen Internationale: das verschaffte ihr den Vorteil, von den führenden Marxisten der Welt beraten zu werden. Besonders nützlich waren für die Partei damals Stalins Werk „Die Grundlagen des Leninismus" und die „Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion" sowie die Schriften Georgi Dimitroffs. Vor allem die „Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion" ist eine Enzyklopädie des Marxismus-Leninismus und ein Werk von ungeheurem erzieherischem Wert. Sie enthält nicht nur eine Geschichte der großen russischen Revolution, sondern schildert auch die Entstehung des theoretischen Werkes Lenins. Außerdem enthält sie eine vortreffliche Darstellung des marxistischen dialektischen Materialismus.

Von wesentlicher Bedeutung für den wachsenden Einfluß der Partei in diesen Jahren – einen Einfluß, der weit über den Kreis ihrer Mitgliedschaft und ihrer Wähler hinausging – war ihre Einheitsfrontpolitik. Die Partei lernte es, die Massen in ihren täglichen Kämpfen um aktuelle Forderungen zusammenzuschließen und zu führen. Ein wichtiger Zug dieser Politik, der auf dem X. Parteitag unterstrichen wurde, war die Politik der „ausgestreckten Hand" gegenüber den katholischen Arbeitern. Diese Politik entsprach dem Kampf der Kommunisten in [542:] der ganzen Welt gegen die Versuche der katholischen Hierarchie, mit Hilfe ihres religiösen Einflusses die Massen ihrer Gläubigen für das Lager der Reaktion zu gewinnen.

Die Kommunisten haben selbstverständlich die gleichen wesentlichen ökonomischen und politischen Interessen wie die katholischen Arbeiter. Daß eine freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen den beiden Gruppen möglich ist, hat zur Genüge die Tatsache bewiesen, daß sich seit dem Ende des zweiten Weltkrieges in Frankreich, Italien, Polen, der Tschechoslowakei, im Osten Deutschlands, in Lateinamerika und anderen Ländern buchstäblich Millionen von Katholiken den kommunistischen Parteien und den kommunistisch geführten Gewerkschaften angeschlossen haben. Auch amerikanische Kommunisten haben mit katholischen Arbeitern im CIO und den anderen Gewerkschaften stets freundschaftlich zusammengearbeitet.

Ein sehr wichtiges Ereignis auf dem X. Parteitag war ferner die Proklamierung der Politik der „demokratischen Front". Bisher hatte die Partei, seit 1935, den Standpunkt vertreten, daß die Farmer-Arbeiter-Partei die spezifische amerikanische Form der Volksfront sei. Als sich jedoch in dem Roosevelt-Flügel der Demokratischen Partei starke linke Tendenzen entwickelten, wurde die Konzeption der Volksfront auf diese demokratischen Elemente ausgedehnt unter gleichzeitiger Einbeziehung der American Labor Party, der Minnesota Farmer Labor Party, der Washington Commonwealth Federation, der Gewerkschaften, des National Negro Congress, des American Youth Congress usw. Diese „demokratische Front", heißt es in der Hauptresolution des Parteitags, „stellt unter den in unserem Lande herrschenden Bedingungen den Beginn der Entwicklung einer wirklichen Volksfront gegen Reaktion und Faschismus dar". Das war im Grunde genommen die spätere sogenannte Roosevelt-Koalition.

Die Politik der demokratischen Front war zweifellos richtig, und nur dadurch, daß er sie in gröbster Form verzerrte, konnte Browder einige Jahre später zu seiner ungeheuerlichen revisionistischen

---

[11] Der "Midwest Daily Record" stellte sein Erscheinen als Tageszeitung am 13. November 1939 ein und erschien als Wochenschrift bis zum 2. März 1940 weiter.

Politik gelangen. Er gelangte aber dadurch dazu, daß er einen unabhängigen Kurs für die Arbeiterschaft ablehnte und der Führung Roosevelts folgte, den Klassenkampf der Poli-[543:]tik Roosevelts unterordnete, die Festigung des Bündnisses zwischen den Arbeitern, den Negern, den werktätigen Farmern und den armen städtischen Mittelschichten ablehnte, es verabsäumte, den Einfluß der Arbeiterschaft zu fördern und auf ihre schließliche Führung in der Koalition hinzuarbeiten, eine unabhängige Politik und führende Rolle der Kommunistischen Partei ablehnte, den Ausbau der Partei vernachlässigte und die marxistische Ideologie in der Massenarbeit der Partei allmählich verwässerte und ausschaltete.

[544:]

27
DER ZWEITE WELTKRIEG: DIE ERSTEN PHASEN DES KRIEGES
(1939–1941)

Im zweiten Weltkrieg offenbarte sich, wie im ersten Weltkrieg und in der großen Wirtschaftskrise von 1929 bis 1933, die Verschärfung der allgemeinen Krise des Weltkapitalismus. Er war eine gewaltige Explosion der imperialistischen Widersprüche im Rahmen des unaufhaltsamen Niedergangs des kapitalistischen Systems. Der Krieg wurde vom Zaun gebrochen als mörderischer Kampf unter den kapitalistischen Großmächten um die Beherrschung der Weltmärkte, als ein Kampf um Ressourcen, Länder und Menschen, als ein Kampf um eine politische Neuaufteilung der Welt. Schließlich und endlich verfolgte das reaktionäre Großkapital in den wichtigsten Ländern mit dem Kriege außerdem das Ziel, die Demokratie und den Sozialismus zu zerstören und eine faschistische Welt zu schaffen, in der die Arbeiter nur noch Roboter sein würden. Die Hauptaggressoren waren die deutschen, japanischen und italienischen Imperialisten, die, nachdem sie die Demokratie im eigenen Lande liquidiert hatten, den Konflikt vom Zaun brachen und frech nach der Weltherrschaft griffen. Aber auch die Imperialisten Großbritanniens, Frankreichs und der Vereinigten Staaten trugen durch die „Befriedungspolitik“ ihrer Regierungen gegenüber den faschistischen Mächten mit die Schuld am Kriege. Als der Krieg zu Ende war, hatten die kapitalistischen Kriegsverbrecher den Tod von mindestens 50 Millionen Menschen, unendliches Leid der Massen und die Zerstörung von Werten in Höhe von 4 Billionen Dollar auf dem Gewissen.[1]

[545:] Von Anfang an war der Krieg auch eine Sache des Volkes, da die demokratischen Massen sich gegen die Versklavung durch die faschistischen Imperialisten der Achsenmächte zur Wehr setzten. Gerade dieser immer erbitterter werdende Kampf der Völker gegen die Sklaverei verlieh dem zweiten Weltkriege in seiner Gesamtheit schließlich den Charakter eines Volkskrieges, eines gerechten Krieges. Stalin charakterisierte den Krieg, nachdem er gezeigt hatte, daß die Feindseligkeiten ihre Wurzeln in den unversöhnlichen Widersprüchen zwischen den beiden Lagern der imperialistischen Großmächte hatten, folgendermaßen: „... der zweite Weltkrieg gegen die „Achsenmächte“ nahm, „zum Unterschied vom ersten Weltkrieg, gleich von Anfang an den Charakter eines antifaschistischen, eines Befreiungskrieges an, dessen eine Aufgabe denn auch die Wiederherstellung der demokratischen Freiheiten war. Der Eintritt der Sowjetunion in den Krieg gegen die Achsenmächte konnte den antifaschistischen und Befreiungscharakter des zweiten Weltkriegs lediglich verstärken und hat ihn tatsächlich verstärkt.“[2]

Im Verlauf des großen Krieges kämpften die Völker erbittert gegen die blutigste und gefährlichste Tyrannei, die die Welt je gekannt hat. Sie kämpften für ihre bürgerlichen Rechte, ihren Lebensstandard, ihre Gewerkschaften, ihre nationale Unabhängigkeit, für ihr nacktes Leben.

In den ersten, von den Imperialisten beherrschten Stadien des Krieges forderte die kommunistische Politik die Verteidigung der überfallenen Völker (in China, Spanien, Abessinien, Polen, der Tschechoslowakei und anderen Ländern), die Verhinderung der Ausweitung des Krieges und einen demokratischen Frieden.

Nachdem die Sowjetunion in den Krieg hineingezogen worden war, wodurch der Charakter, das Ausmaß und die Perspektiven des Krieges entscheidend in demokratischer Richtung verändert wurden, setzten sich die Kommunisten energisch für die Fortsetzung des Krieges bis zur völligen Niederwerfung des faschistischen Feindes ein.

[546:]

---

1 Siehe Labor Research Association, “Economic Notes”, Oktober 1951.

2 W. Stalin, „Über den Kampf um den Frieden“, Dietz Verlag, Berlin 1954, S. 267/268.

Der „komische Krieg“[3]

Der eigentliche zweite Weltkrieg begann mit Hitlers Angriff gegen Polen am 1. September 1939. Der Krieg wurde auf beiden Seiten von imperialistischen Regierungen geführt. Hitlers gewaltige, hochmechanisierte Armee brach den polnischen Widerstand in drei Wochen. Die faschistische polnische Regierung flüchtete feige über die Grenze und überließ das Land seinem Schicksal. Daher besetzte Hitler mit seinen Truppen schleunigst das ganze westliche Polen. Inzwischen ließ die UdSSR, um sich gegen den Vormarsch der Nazitruppen zu sichern, ihre Truppen in das östliche Polen einrücken, im wesentlichen bis zu der sogenannten Curzon-Linie, die schon vor Jahren von einer Kommission des Völkerbundes als Demarkationslinie in dem sowjetisch-polnischen Grenzstreit festgelegt worden war. Die Völker Litauens, Lettlands und Estlands stimmten für die Wiedervereinigung mit der UdSSR.

Nach der Niederlage Polens begann ein eigenartiger Krieg. Großbritannien und Frankreich, die beide zur Verteidigung Polens verpflichtet waren, taten nichts, um dem überfallenen Lande zu helfen. Diese beiden Großmächte waren offenbar völlig aus der Fassung gebracht durch die unerwünschte Lage, in die sie geraten waren, Jahrelang hatten sie Hitlerdeutschland und seine Streitkräfte systematisch „befriedet“ und unterstützt, in der zweifelsfreien Erwartung, diese gewaltige Macht zur Vernichtung der verhaßten Sowjetunion verwenden zu können. Jetzt aber kehrten sich durch die unerwartete Wendung der Dinge eben diese Kräfte zu einem Vernichtungsfeldzug gegen sie selbst, während die Sowjetunion unversehrt war. Die britisch-französisch-amerikanischen Imperialisten hatten sich in ihrer eigenen Falle gefangen. Sie hatten einen „falschen Krieg“ veranlaßt; jetzt mußten sie ihn unbedingt in den „richtigen Krieg“ gegen die UdSSR umwandeln. Dieses ungeheuerliche Vorhaben war ihr Ziel in den nächsten sechs Monaten, in der Periode des „komischen Kriegs“, in der keine der an [547:] dem Konflikt beteiligten Parteien militärisch gegen die andere vorging.

Hitler hatte seine eigene Welteroberungsstrategie. Er hätte sich mit den Westmächten gern geeinigt über einen umfassenden Angriff gegen die UdSSR, wenn er ein zufriedenstellendes Abkommen mit ihnen hätte erreichen können. Das war der Grund des Fluges von Heß nach England, und Goebbels drängte während des ganzen Krieges darauf. Ein solches Abkommen wurde jedoch durch zwei große Hindernisse unmöglich gemacht. Das erste waren die einander widersprechenden imperialistischen Bestrebungen der Westmächte und die starken antifaschistischen Stimmungen ihrer Arbeiterklasse, die von den kommunistischen Parteien geführt oder stark beeinflußt wurde. Außerdem glaubte Hitler in seinem Größenwahn, Deutschland sei stark genug, um alle seine imperialistischen Rivalen und die Sowjetunion dazu schlagen zu können. Seine Pläne standen also in direktem Widerspruch zu denen seiner westlichen kapitalistischen Rivalen. Seine strategischen Ziele bestanden darin, zunächst England und Frankreich sowie ihre Satelliten als die schwächsten Gegner zu erledigen und dann später die Sowjetunion zu vernichten. So hoffte er, zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen: Er wollte die Produktionskapazität Westeuropas in seine Hand bringen und der Notwendigkeit enthoben sein, die in der Sowjetunion erwartete reiche Beute mit England und Frankreich zu teilen. Was den Sieg über die Rote Armee betraf, so zweifelte Hitler nicht daran, daß dies für seine gewaltige Wehrmacht eine Kleinigkeit sein würde.

Während die westlichen Imperialisten nach dem Zusammenbruch Polens sich verzweifelt bemühten, den Krieg von sich selbst fernzuhalten und gegen die UdSSR abzulenken, brach am 30. November 1939 der finnisch-sowjetische Krieg aus. Der unmittelbare Anlaß zu diesem Krieg waren Überfälle der Finnen auf sowjetisches Grenzgebiet, die eigentliche Ursache aber war eine englisch-französische Provokation, ein Versuch, die in Waffen starrende kapitalistische Welt zu einem fanatischen antikommunistischen Kreuzzug zusammenzufassen. Finnland war von Großbritannien aufgerüstet worden, und seine berühmten Befestigungsanlagen an der sowjetischen Grenze wur-[548:]den von britischen Ingenieuren gebaut. Die finnische Regierung stand unter dem Einfluß der typisch faschistischen Clique eines ehemaligen zaristischen Generals, des Schlächters Mannerheim, der von einer besonders

---

[3] Die Franzosen waren die ersten, die den Krieg während der ersten Monate als “la guerre drôle”, als komischen Krieg, bezeichneten. *Die Red*.

verkommenen Gruppe sozialdemokratischer Führer unterstützt wurde, die ebenfalls alle mit Hitler sympathisierten.

Der finnisch-sowjetische Krieg dauerte bis zum 12. März 1940. An diesem Tage schloß die UdSSR, nachdem sie die „unüberwindliche“ Mannerheim-Linie zertrümmert hatte, einen ehrlichen und demokratischen Frieden mit Finnland. Während dieses Krieges wurde in Großbritannien, Frankreich, Skandinavien und den Vereinigten Staaten hemmungslos gegen die Sowjetunion agitiert. Das faschistische Finnland wurde als ein mißhandeltes demokratisches Land dargestellt, und die sozialistische Sowjetunion wurde als „Aggressor“ aus dem Völkerbund ausgeschlossen.

Der Rundfunk verbreitete phantastische Geschichten über die militärischen Heldentaten der Finnen im Kriege. Antisowjetische Freiwilligenformationen wurden in England, Frankreich und anderen Ländern aufgestellt. In den Vereinigten Staaten, wo eine wilde profinnische Agitation getrieben wurde, beschimpfte Präsident Roosevelt die Sowjetunion und gewährte Finnland eine Anleihe von zehn Millionen Dollar, während die Reaktionäre und die irregeführten Liberalen einen allgemeinen Krieg gegen die UdSSR forderten. Später jedoch brachte die Regierung des „demokratischen“ Finnlands alle ihre Freunde in der westlichen Welt dadurch in Verlegenheit, daß sie sich offen zum Faschismus bekannte und im zweiten Weltkriege an der Seite der Achsenmächte kämpfte.

Hitler hatte, wie oben bemerkt, seinen eigenen Kriegsplan, und dieser Plan basierte nicht auf der Zusammenarbeit mit den kapitalistischen Nationen des Westens. Als er alle Vorbereitungen beendet hatte, eröffnete er seinen vernichtenden Angriff gegen die westlichen Länder. Am 9. April 1940 fielen seine Armeen in Dänemark und Norwegen ein und erledigten diese Länder in wenigen Tagen. Bis zum 21. Mai des gleichen Jahres zwangen die Streitkräfte des „Führers“ die Niederlande zur Kapitulation und trieben die britische Armee bei Dünkirchen ins Meer. Am 22. Juni kapitulierte die „unbesiegliche“ französ-[549:]sische Armee. Die kapitalistischen Regierungen Westeuropas, deren herrschende Klassen und Offizierkorps vom Faschismus infiziert waren, verrieten ihre Völker schamlos und zerfielen vor dem Angriff Hitlerdeutschlands.

Die Reaktion der Vereinigten Staaten auf den Krieg

Das amerikanische Volk sympathisierte zwar lebhaft mit den von den faschistischen Aggressoren überfallenen Völkern, lehnte aber den Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg scharf ab. Mehrere Gallup-Umfragen zwischen September 1939 und Mai 1940 ergaben, daß über 96 Prozent des amerikanischen Volkes gegen eine Beteiligung Amerikas am Kriege waren.[4] Sämtliche Massenorganisationen verliehen dieser allgemeinen kriegsfeindlichen Stimmung Ausdruck. Die AFL erklärte auf ihrem Kongreß im Oktober 1939: „Was unser eigenes Land betrifft, so fordern wir, daß es sich aus dem europäischen Konflikt heraushält und im Geist wie in der Tat Neutralität wahrt.“ Der gleichzeitig stattfindende CIO-Kongreß vertrat einen ähnlichen Standpunkt und erklärte: „Die Arbeiterschaft wünscht keinen Krieg und will mit dem Kriege nichts zu tun haben.“[5]

Die drei wichtigsten Farmerorganisationen – die American Farm Bureau Federation, die National Grange und die National Farmers Union – hielten im November 1939 Kongresse ab, auf denen sie gegen die laufenden hohen Militärausgaben protestierten und den Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg ablehnten. Auch Einheitsfrontorganisationen wie die American League for Peace and Democracy, der National Negro Congress, der American Youth Congress, die League of American Writers und die Southern Conference for Human Welfare wandten sich gegen eine Beteiligung der Vereinigten Staaten am Kriege. Als daher Präsident Roosevelt zwei Tage nach der Invasion in Polen erklärte, die amerikanische Regierung werde sich im Kriege neutral verhalten, hatte er zweifellos die Volksmassen hinter sich.

[550:] Die starken profaschistischen Elemente in den Vereinigten Staaten vertraten offiziell ebenfalls den Standpunkt der Neutralität. Aber das war eine recht fadenscheinige Neutralität. In Wirklichkeit gingen sie darauf aus, das amerikanische Volk daran zu hindern, den überfallenen Nationen Europas

---

4 Siehe Labor Research Association, “Labor Fact Book 5”, S. 57.

5 Congress of Industrial Organizations, “The C. I. O. and the War“, Washington, D. C., 1939.

und Asiens in irgendeiner Weise beizustehen, um gleichzeitig selbst die faschistischen Aggressoren in jeder nur möglichen Form zu unterstützen. Zu diesem Zweck förderten sie systematisch die starken und traditionellen isolationistischen Stimmungen im Volke und machten sie sich zunutze.

Die Haltung der Kommunisten im Kriege

An dem Tage, als Hitler Polen angriff und so den zweiten Weltkrieg vom Zaune brach, tagte in Chicago anläßlich des zwanzigsten Jahrestages der Gründung der Kommunistischen Partei in dieser Stadt ein erweitertes Plenum des Nationalkomitees. Zum Kriege nahm das Nationalkomitee im Bericht des Generalsekretärs folgendermaßen Stellung: „Die amerikanische Regierung kann in den imperialistischen Rivalitäten, die unmittelbar zur Invasion in Polen führten, nicht Partei ergreifen. Aber sie kann und muß gemeinsam mit der Sowjetunion für den Frieden, für die nationale Unabhängigkeit Polens, für eine Friedenspolitik, die eine Wiederholung des Verrats von München verhindert, intervenieren.“[6] Das war eine unklare Stellungnahme.

Am 19. September 1939 veröffentlichte das Nationalkomitee der Kommunistischen Partei eine formelle Erklärung zum Kriege.[7] Darin hieß es: „Der Krieg, der in Europa ausgebrochen ist, ist der zweite imperialistische Krieg. Die herrschenden Klassen der Kapitalisten und Großgrundbesitzer in allen kriegführenden Ländern sind gleichermaßen schuldig an diesem Kriege. Daher können die Arbeiter diesen Krieg nicht unterstützen. Er ist kein Krieg gegen den Faschismus, kein Krieg zum Schutz [551:] der kleinen Nationen gegen eine Aggression, kein Krieg mit irgendwelchen Kennzeichen eines gerechten Krieges, kein Krieg, den die Arbeiter unterstützen können oder müßten. Er ist ein Krieg um die Weltherrschaft zwischen imperialistischen Rivalen.“ Die Partei forderte „weitestgehende Unterstützung Chinas und aller unterdrückten Völker in ihrem Kampf gegen den Faschismus, für Freiheit und nationale Unabhängigkeit“. Sie drängte auf „das demokratische Bündnis der Arbeiter, werktätigen Farmer und Mittelschichten gegen die Monopolkapitalisten und imperialistischen Kriegstreiber“. Sie erklärte sich bereit zum Kampf für „die Verteidigung und Verbesserung des Lebensstandards, der demokratischen Freiheiten sowie des Koalitions- und Streikrechts“. Sie forderte die Unterstützung „der Friedenspolitik der Sowjetunion, des Landes der sozialistischen Demokratie, des Fortschritts, des Friedens und der nationalen Befreiung“. Ihre zentrale Losung lautete „Haltet Amerika aus dem imperialistischen Krieg heraus!“

Diese ablehnende Haltung gegenüber dem Kriege in seinen Anfangsstadien, als die Imperialisten ihn beherrschten, entsprach der Einstellung der Kommunisten in der ganzen Welt. Am 7. November, dem 22. Jahrestag der russischen Revolution, als die politische Führung der Streitkräfte der westlichen Alliierten noch in den Händen der britischen und französischen Imperialisten lag, erließ die Kommunistische Internationale ein Manifest über den Krieg unter dem Titel „Frieden für das Volk“. Die Komintern charakterisierte den Krieg als „einen ungerechten, reaktionären, imperialistischen Krieg, den die herrschenden Kreise Englands, Frankreichs und Deutschlands um die Weltherrschaft führen“. Sie stellte fest: „Die Bourgeoisie hat diesen Krieg begonnen, weil sie sich in den unlöslichen Widersprüchen des kapitalistischen Systems verstrickt hat und diese Widersprüche durch neue Kriege aus der Welt zu schaffen sucht.“ Die Bourgeoisie hätte diesen Krieg nicht begonnen oder geführt, „wäre sie nicht von den verräterischen Führern der sozialdemokratischen Parteien unterstützt worden ... Die Arbeiterklasse kann einen solchen Krieg nicht unterstützen.“ Die Erklärung gab die Losung aus „Nieder mit dem imperialistischen Krieg!“ und forderte das Proletariat auf, seinen [552:] Lebensstandard, seine Organisationen und seine Freiheiten zu verteidigen und gleichzeitig „die sofortige Einstellung des ungerechten imperialistischen Raubkrieges zu verlangen“[8].

Die Politik der Kommunisten war weder isolationistisch noch neutral, sondern forderte energischen Kampf zur Verteidigung der Rechte der vergewaltigten Völker, zur Verhinderung der Ausweitung des Krieges und zur Herbeiführung eines möglichst schnellen demokratischen Friedensschlusses. Das

---

6 Earl Browder, “Unity for Peace and Democracy”, New York 1939, S. 20.

7 Siehe “The Communist”, Oktober 1939.

8 “The Communist”, Dezember 1939.

war die Generallinie der KPdUSA in der ersten Phase des Krieges, vom September 1939 bis zum Juni 1941.

Zu den zahlreichen damals durchgeführten und von der Kommunistischen Partei unterstützten Aktionen für den Frieden gehörte die Gründung der American Peace Mobilization, die am 31. August 1940 in Chicago auf einer großen Einheitsfrontkonferenz von Gewerkschaften, Jugendorganisationen, Negergruppen, Frauenklubs, Bruderschaften usw. erfolgte. Anwesend waren 6000 Delegierte aus 39 Staaten, die insgesamt rund zwölf Millionen Mitglieder vertraten. Neben der Verteidigung der wirtschaftlichen und politischen Rechte der amerikanischen werktätigen Massen kämpfte diese große Bewegung gegen die weitere Ausdehnung des Krieges und „für einen Volksfrieden, für einen Frieden ohne Entschädigungen, ohne Annexionen, auf der Grundlage des Rechtes aller Völker in den unterjochten oder kolonialen Ländern, ihr Schicksal selbst zu bestimmen“[9].

Roosevelt nimmt Kurs auf den Krieg

Obwohl Präsident Roosevelt das Land zu Beginn des Krieges auf eine Politik der Neutralität festgelegt hatte, begann er sofort, sich auf die Unterstützung der Westmächte gegen die Achse Berlin–Rom–Tokio zu orientieren. Es wurden zahlreiche Gesetze und Verwaltungsmaßnahmen erlassen, um die zahlenmäßige Stärke der Streitkräfte zu vergrößern, die Industrie und die Arbeiterschaft für die Kriegsproduktion zu mobilisieren, die militärischen Unternehmungen zu finanzieren, den Westmäch-[553:]ten Hilfe zu leisten und jede Opposition gegen den Krieg niederzuhalten. Dieses Kriegsprogramm nahm noch festere Formen an, als im Frühjahr 1940 Hitlers Wehrmacht die korrupten Regierungen und faschistisch infizierten Armeen Englands, Frankreichs und ihrer Verbündeten hinwegzufegen begann.

Am 4. November 1939 nahm der Kongreß die Zusätze zum Neutralitätsgesetz von 1937 an, und damit begann der ungeheure Zustrom von Kriegsmaterial nach Großbritannien, zunächst auf der Grundlage der sofortigen Zahlung. Die westlichen Alliierten erhielten beliebige Materialmengen gegen Barzahlung. Fünfzehn Monate später jedoch, am 11. März 1941, trat das Pacht- und Leihgesetz in Kraft, durch das der Präsident unbeschränkte Vollmachten hinsichtlich der Verfügung über das amerikanische Kriegsmaterial erhielt. Nach diesem Gesetz war der Präsident ermächtigt, anderen Ländern zu ihm angemessen erscheinenden finanziellen Bedingungen die Ausrüstung der amerikanischen Marine und Armee ganz oder teilweise zu überlassen und ihnen weiteres Rüstungsmaterial zur Verfügung zu stellen. Diese direkte Hilfe für die Alliierten wurde ergänzt durch Maßnahmen wie die Verteidigungspakte mit Kanada (am 18. August 1940) und Großbritannien (am 2. September 1940). Auf dieser Grundlage wurden Großbritannien fünfzig Zerstörer überlassen, wofür es an die Vereinigten Staaten auf 99 Jahre Stützpunkte in seinen Kolonien, von Neufundland bis Guiana, verpachtete. Im März 1941 wurde das Gesetz über eine finanzielle Unterstützung Großbritanniens in Höhe von sieben Milliarden Dollar angenommen.[10]

Auch die Mobilisierung der Industrie wurde energisch vorangetrieben. Die Vereinigten Staaten wurden jetzt „das Arsenal der Demokratie“. Um in das für den Kapitalismus charakteristische Chaos der Produktion einigermaßen Ordnung zu bringen, rief die Regierung die National Defense Advisory Commission ins Leben, an deren Spitze William S. Knudsen, der Präsident der General Motors, stand. Als dies fehlschlug, richtete der Präsident am 7. Januar 1941 das Office of Production Management ein, das von Knudsen und Sidney Hillman gemeinsam geleitet wurde. Am 27. Mai verkündete Roosevelt [554:] den uneingeschränkten nationalen Notstand. Außerdem wurde eine intensive Propaganda eröffnet, um die Arbeiter zu höheren Leistungen anzutreiben. Das Ergebnis aller dieser Maßnahmen war, daß die Produktion anzusteigen begann. Die Arbeitslosigkeit ging erheblich zurück. Der Krieg brachte Leben in die Industriezweige, die der Kapitalismus auf andere Weise nicht in Gang bringen konnte. Während die Bruttoproduktion des Landes sich im Jahre 1939 auf 88,6 Milliarden Dollar belief, hatte sie im Jahre 1941 bereits 120,5 Milliarden Dollar erreicht. Der Kongreß bewilligte riesige

---

9 Labor Research Association, “Labor Fact Book 5”, S. 58.

10 Siehe ebenda, S. 24.

Mittel, um die wachsende Produktion und die sonstigen Kriegsausgaben zu finanzieren. Diese stiegen von 931,5 Millionen Dollar im Jahre 1938 auf 8,2 Milliarden im Jahre 1941.

Das traditionelle System der Anwerbung von Freiwilligen für die Streitkräfte wurde bald durch das Prinzip der Dienstpflicht ersetzt, was in den Vereinigten Staaten in Friedenszeiten noch nicht vorgekommen war. Daher unterzeichnete der Präsident am 16. September 1940 das Gesetz über die beschränkte Ausbildung und Dienstpflicht (Selective Training and Service Act), auf Grund dessen rund 16,5 Millionen Mann im Alter von 21 bis 35 Jahren der Wehrpflicht unterlagen. Die meisten Kriegsmaßnahmen waren im Kongreß mit überwältigender Mehrheit angenommen worden, diese letzte aber, die in breiten Kreisen der Bevölkerung auf Widerstand stieß, kam gegen eine Opposition von einem Drittel der Stimmen im Kongreß zustande.

Die Wahlen von 1940

Während diese weitreichenden Kriegsvorbereitungen betrieben wurden, fanden die Präsidentschaftswahlen von 1940 statt. Die Demokraten nominierten Roosevelt und als Vizepräsidenten den Landwirtschaftsminister Henry A. Wallace. Die Republikaner stellten als Kandidaten Wendell L. Willkie und den Senator Charles L. McNary auf. Der ehemalige Demokrat Willkie war ein Morgan-Mann und früher Präsident der monopolistischen Commonwealth and Southern Corp. gewesen. Als „Wallstreet-Liberaler“ vertrat er in vielen außen- und innen-[555:]politischen Fragen die gleichen Ansichten wie Roosevelt. Daß ein solcher Liberaler von den Republikanern (gegen den Senator Taft) nominiert wurde, ließ erkennen, daß die „isolationistischen“, hitlerfreundlichen Führer der Republikanischen Partei durch die tiefe Beunruhigung der Massen über die sensationellen Siege, die Hitlers Armeen damals in Europa errangen, zeitweilig an Einfluß verloren hatten.

Obwohl die Republikanische Partei sich in ihrer Wahlplattform gegen den New Deal wandte, ließ Willkie durchblicken, er werde im Falle seiner Wahl Roosevelts New Deal noch überbieten. In einer Rede in Elwood (Indiana) zitierte Willkie wörtlich Präsident Roosevelts Äußerung, daß sie beide in der Innen- und Außenpolitik einen gemeinsamen Standpunkt verträten. Als der Zeitpunkt der Wahl jedoch näher rückte, begriff Willkie, daß er auf diesem Boden nicht als Sieger hervorgehen würde. Daher appellierte er demagogisch an die reaktionären antikommunistischen Vorurteile, indem er erklärte, Roosevelt habe „kommunistische Neigungen“. Er versuchte auch, die unter den Massen herrschende Stimmung für den Frieden durch die Behauptung zu mißbrauchen, Roosevelt treibe das Land in den Krieg. Außerdem wetterte er gewaltig dagegen, daß Roosevelt sich über die alte Tradition hinwegsetzte, nach der niemand mehr als zweimal hintereinander Präsident werden durfte.

Roosevelt, der dem Volk versicherte, er werde die Söhne Amerikas nicht in den Krieg führen, wurde zum drittenmal einwandfrei gewählt. Er eroberte 39 Staaten mit 449 Wahlmännerstimmen, während Willkie nur in 10 Staaten mit 82 Wahlmännerstimmen siegte. Immerhin war Roosevelts Mehrheit im Jahre 1940 erheblich geringer als bei den Wahlen von 1936. Sie verringerte sich von 10.797.090 auf 4.938.711 Stimmen.

Die Kommunistische Partei stellte auf ihrem XI. Parteitag, der am 30. Mai 1940 in New York City begann, Earl Browder und James W. Ford als Präsidentschaftskandidaten auf. Doch konnte die Partei, da sie an vielen Stellen seitens der American Legion und anderer reaktionärer Organisationen auf heftigen Widerstand stieß, nur in 23 Staaten eigene Wahllisten aufstellen. In New York, Illinois, Ohio, Indiana, Missouri und anderen wichtigen Staaten wurde ihr dies durch die verschiedensten [556:] Mittel unmöglich gemacht. So kam es, daß sie nur 46.251 Stimmen erhielt. In den Mittelpunkt ihrer Wahlkampagne stellte die Partei die Losungen „Haltet die Vereinigten Staaten aus dem imperialistischen Krieg heraus!“ und „Für einen Volksfrieden!“ Sie kämpfte auch energisch für die Forderungen des Negervolks und der Jugend, für die Erhaltung der demokratischen Rechte und besonders für den Lebensstandard der Arbeiterklasse, der durch die unersättlichen Ansprüche des wachsenden Kriegsapparates bedroht wurde.

Ein wichtiges Nebenergebnis der Wahl von 1940 war der Rücktritt von John L. Lewis als Vorsitzender des CIO. Lewis, der sich mit Roosevelt überworfen hatte, behauptete, dieser kümmere sich nicht

genügend um die Bedürfnisse der Arbeiter, und forderte die Bevölkerung auf, Willkie zu wählen. Er erklärte: „Ich glaube, daß eine nochmalige Wiederwahl Präsident Roosevelts ein nationales Unglück ersten Ranges sein würde.“[11] Gleichzeitig versprach Lewis, er werde zurücktreten, falls Willkie nicht gewählt werden sollte. Dieses Versprechen erfüllte er korrekt, indem er am 18. November 1940 auf dem Kongreß in Atlantic City sein Amt als Vorsitzender des CIO niederlegte. Er hatte also, statt einen selbständigen politischen Kurs einzuschlagen, versucht, die Arbeiter noch enger an das Zweiparteiensystem zu binden. Zum neuen Vorsitzenden des CIO wurde Philip Murray gewählt.

John L. Lewis hat sich wesentliche Verdienste um die Arbeiterklasse in der Leitung der großen Organisierungskampagne des CIO erworben, die zur Gründung von Industriegewerkschaften in der Schwerindustrie und den vertrusteten Industriezweigen führte. Sein Verhalten als Arbeiterführer war jedoch insofern außerordentlich widerspruchsvoll, als er sich zwar für die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter einsetzte, gleichzeitig aber die ultrareaktionäre Republikanische Partei unterstützte. Nur während der beiden ersten Amtsperioden Roosevelts schwankte er in dieser lebenslangen Bindung an die Republikaner. Zur Zeit seines Rücktritts erfreute er sich größter Popularität im CIO und in weiten Kreisen der in der AFL organisierten Arbeiter.

[557:]

Die Verfolgung der Partei

In der Periode vor den Ereignissen von Pearl Harbor leitete die aggressive Reaktion unter dem Deckmantel des „nationalen Notstandes“ einen heftigen Angriff gegen die Kommunistische Partei ein. Roosevelt war offenbar einverstanden damit. Im Zuge dieses Angriffs wurden im Oktober und November 1939 der Generalsekretär der KP, Earl Browder, der Führer des International Workers Order, William Weiner, und der außenpolitische Redakteur des “Daily Worker”, Harry Gannes, unter der Anklage des Paßvergehens verhaftet. Browder trat in Atlanta eine vierjährige Gefängnisstrafe an, wurde aber schon nach einem Jahr, im März 1941, unter dem Druck der Massen von Roosevelt freigelassen. Weiner und Gannes wurden wegen schwerer Krankheit nicht vor Gericht gestellt.

Dem Sekretär der KP in Kalifornien, William Schneiderman, einem naturalisierten Amerikaner, der seit seinem zweiten Lebensjahre in den Vereinigten Staaten lebte, wurde seine Staatsbürgerschaft im Juni 1940 aberkannt, weil er vor seiner Naturalisierung der Young Communist League und der Kommunistischen Partei angehört hatte. Im Oktober 1942 jedoch, als die Vereinigten Staaten bereits im Kriege standen, machte der Oberste Gerichtshof die Entscheidung der unteren Instanz rückgängig mit der Feststellung, man könne sich auf den Standpunkt stellen, daß „die Partei im Jahre 1927 ihre Ziele durch friedliche und demokratische Mittel zu erreichen suchte“[12]. Schneidermans Anwalt war Wendell Willkie. Der Spruch des Obersten Gerichts wurde von dem Richter Murphy formuliert.

Auch gegen andere Parteiführer wurde gerichtlich vorgegangen. Mehrere wurden vom Dies-Ausschuß wegen Mißachtung verurteilt, weil sie es ablehnten, Mitgliederlisten der Partei auszuliefern. Im August 1940 wurde Oscar Wheeler, der in West-Virginia Kandidat der KP für den Posten des Gouverneurs gewesen war, zu fünfzehn Jahren Gefängnis verurteilt, weil er Unterschriften für eine Wahlpetition der Partei gesammelt hatte. Im Laufe des gleichen Monats wurden 18 Arbeiter, [558:] die sich an der üblichen Wahlagitation beteiligten, in Oklahoma verhaftet, wegen Verletzung eines bundesstaatlichen Gesetzes gegen den Syndikalismus angeklagt und nur gegen eine Kaution von je 100.000 Dollar freigelassen. R. Wood und A. Shaw wurden zu je zehn Jahren verurteilt, aber bald wieder freigelassen.

Zu den zahlreichen damals angenommenen schändlichen Gesetzen gehörte das berüchtigte Smith-Gesetz vom 22. Juni 1940. Dieses Gesetz, auf Grund dessen gegenwärtig, im Jahre 1952, gegen die Partei vorgegangen wird, sieht brutale Urteile vor wegen des angeblichen Verbrechens, „den gewaltsamen Sturz der Regierung der Vereinigten Staaten zu propagieren“ und zu diesem Zweck Verschwörungen anzuzetteln. 1940 bestand seine Bedeutung jedoch vor allem darin, daß die Abnahme von

---

11 F. R. Dulles, “Labor in America“, S. 322.

12 American Committee for the Protection of Foreign Born, “The Schneiderman Case”, New York 1943, S. 26.

Fingerabdrücken und die Registrierung von 3,6 Millionen nichtnaturalisierten Einwanderern erzwungen wurde.

Ein anderes Schandgesetz war das Voorhis-Gesetz, dessen Initiator der Kongreßabgeordnete Voorhis, ein Mitglied des Dies-Ausschusses, war. Es wurde im Oktober 1940 vom Präsidenten unterzeichnet. Dieses reaktionäre Gesetz untersagte der Kommunistischen Partei den Anschluß an internationale Organisationen, welches Recht zahlreiche Verbände ökonomischer, politischer, wissenschaftlicher, industrieller, pädagogischer und religiöser Natur seit Generationen genossen. Um sich dieses Angriffs zu erwehren, hielt die Partei vom 16. bis 17. November 1940 in New York einen außerordentlichen Parteitag ab. Dieser Parteitag bestätigte nochmals „die unerschütterliche Treue unserer Partei zu den Prinzipien des proletarischen. Internationalismus“ und beschloß, für die Aufhebung des Voorhis-Gesetzes zu kämpfen, erklärte aber gleichzeitig: „Die durch den Parteitag vertretene Kommunistische Partei der USA annulliert und löst hiermit ihre organisatorische Bindung an die Kommunistische Internationale sowie an jegliche andere Organisationen irgendwelcher Art außerhalb der Grenzen der Vereinigten Staaten von Amerika, und zwar zu dem ausdrücklichen Zweck, sich den Bestimmungen des sogenannten Voorhis-Gesetzes zu entziehen.“ Diese organisatorische Loslösung vereitelte das vom Justizministerium geplante Vorgehen gegen die Partei, durch das sie in die Illegalität getrieben und zerschla-[559:]gen und ihre Führer ins Gefängnis geworfen werden sollten. Ihre internationalistische Einstellung gab die Partei nicht preis.

Auf Grund des neuen Smith-Gesetzes nahm die Partei auf dem Parteitag von 1940 auf Antrag Browders in ihre Statuten eine Klausel auf, durch die die Zugehörigkeit zur Partei auf Bürger der Vereinigten Staaten beschränkt wurde. Dies war ein Fehler, der die Partei rund 4000 Mitglieder kostete und ihren Einfluß unter den Einwanderern erheblich schwächte. Auf dem Parteitag von 1944 wurde die Klausel zurückgezogen. Auf dem gleichen Parteitag wurde die Altersgrenze für Parteimitglieder von 21 auf 18 Jahre herabgesetzt.

Das America First Committee

Die verhängnisvolle Bewegung um das America First Committee („Amerika über alles!“) kam einer faschistischen Partei so nahe wie nie eine andere Bewegung in den Vereinigten Staaten. Ihre Generallinie war der altvertraute „Isolationalismus“. Unter dem Deckmantel einer raffinierten Friedensdemagogie förderte sie jede Form der Reaktion in den Vereinigten Staaten und gewährte den faschistischen Achsenmächten jede nur mögliche Unterstützung. Das America First Committee trug einen viel ausgeprägteren faschistischen Charakter als seine Vorläuferin, die American Liberty League aus der Zeit der Präsidentschaftskampagne von 1936.

Das America First Committee wurde im Frühjahr 1940 auf dem Sportplatz der Yale-Universität auf Initiative des vierundzwanzigjährigen Studenten R. Douglas Stuart gegründet. Es breitete sich rasch aus, als es von General Robert E. Wood übernommen wurde, der Direktor der Sears, Roebuck & Co. war und der Clique um die “Chicago Tribune” angehörte. Die Bewegung wurde großzügig finanziert, unter anderem von Henry Ford, L. J. Rosenwald, E. P. Weir, Robert M. McCormick und T. N McCarter. Zu den zahlreichen ihr nahestehenden Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens gehörten die Senatoren Wheeler, Nye und Lodge, Hugh S. Johnson, Amos Pinchot, Philip LaFollette, Edward Rickenbacker, John T. Flynn, Kathryn [560:] Lewis und andere. Sie zog viele liberale Wirrköpfe an sich, darunter Chester Bowles, den späteren Vorsitzenden der Americans for Democratie Action. William H. Hutcheson, der erste Vizepräsident der AFL, gehörte ihr an, und Norman Thomas sprach von ihrer Tribüne auf einer Massenkundgebung in New York im März 1941.[13] Der Einfluß der katholischen Geistlichkeit war ebenfalls unverkennbar. Alle faschistischen Organisationen im Lande standen in direkter oder indirekter Verbindung mit dem Komitee. Der bekannte Flieger Charles A. Lindbergh, den Roosevelt einen “Copperhead” nannte, war ihr Hauptsprecher. Die Zentrale befand sich in Chicago.

---

13 Siehe Oneal and Werner, “American Communism”, S. 292.

Eine Zweigorganisation des America First Committee war das No Foreign Wars Committee. Diese Bande wurde von berüchtigten Faschistenfreunden wie Merwin K. Hart, Vern Marshall und G. T. Eggleston geleitet. Ihre Spezialaufgabe im Rahmen ‚der America-First-Bewegung war die Propagierung eines gehässigen Antisemitismus. Die Kommunisten bekämpften diese Organisation und ihre Tätigkeit auf allen Gebieten.

Das America First Committee, das sich die ungeheure Friedenssehnsucht des Volkes zunutze machte, wuchs sich rasch zu einer nationalen Organisation mit angeblich 15 Millionen Anhängern aus.[14] Es verfügte über einen riesigen Propagandaapparat, da in allen Teilen des Landes zahlreiche Ortsgruppen gegründet wurden. Die Hintermänner der Bewegung verfolgten das Ziel, das Komitee zu einer politischen Organisation auszubauen, die die Republikanische Partei stärken sollte. Aber die ganze mächtige Bewegung brach plötzlich zusammen nach dem japanischen Überfall auf Pearl Harbor am 7. Dezember 1941. Angesichts der Kriegsbegeisterung des Volkes wurde das America First Committee alsbald aufgelöst.

Hitler marschiert ins Verderben

Wenden wir uns nun ‚wieder dem Kriege selbst zu. Nachdem Hitler die Briten bei Dünkirchen ins Meer geworfen hatte, war [561:] der nächste strategische Schritt offenbar die Besetzung der Britischen Inseln, deren Verteidigungszustand völlig unzureichend war. Hanson W. Baldwin bemerkt dazu: „Im Sommer 1940 verfügten die Briten nicht über eine einzige vollausgerüstete Division, die einer deutschen Invasion hätte entgegentreten können.“[15] Die britischen Luft- und Seestreitkräfte waren ebenfalls nicht stark genug, um eine Invasion abzuweisen. Trotzdem wagte Hitler es nicht, nach der großen Beute zu greifen, die so verlockend vor ihm lag. Dies erklärte sich vor allem aus seiner Furcht vor einem Zweifrontenkrieg, vor der Roten Armee, die im Osten in seinem Rücken stand. Tatsächlich hatte Hitler bis dahin – so groß war diese Furcht – drei Viertel seiner Armee in Osteuropa auf Wacht gegen die Russen stationiert. Es ist ein Märchen, daß die Royal Air Force in der sogenannten Schlacht um England Großbritannien vor der Invasion bewahrte.

Statt Großbritannien zu besetzen, was er im Jahre 1940 hätte tun können, mußte Hitler sein Hauptaugenmerk auf die Balkanländer richten, vor allem weil die Rote Armee gerade die frühere russische Provinz Bessarabien besetzt hatte. In den nächsten Monaten konzentrierte Hitler sich daher auf den Osten. Er zog Bulgarien in den Krieg hinein, rannte Jugoslawien, Griechenland und Albanien über den Haufen und brachte den ganzen Balkan unter seine Kontrolle. Dann führte er in der Überlegung, daß Großbritannien für die nächste Zeit keine Gefahr in seinem Rücken bedeuten konnte, seinen großen Schlag gegen die UdSSR. Hitler hielt es für unerläßlich, die Sowjetunion zu zerschlagen, um Europa zu unterjochen und die Hände frei zu bekommen für die großartige Perspektive, Asien und Afrika zu erobern. Daher ließ er am 22. Juni 1941 unter zynischer Verletzung seines Nichtangriffspaktes mit der Sowjetunion plötzlich seine Armeen die sowjetischen Grenzen stürmen. Das war der Schritt, der Hitler zum Verhängnis wurde. Dieses Unternehmen veränderte den gesamten Verlauf des Krieges und bedeutete den Anfang vom Ende für Hitlerdeutschland und seine Miträuber.

---

14 Siehe John Roy Carlson in “American Mercury”, Juni 1942.

15 “New York Times”, 14, Mai 1945.

[562:]

28
DER ZWEITE WELTKRIEG: DER ANTIFASCHISTISCHE KRIEG DER VÖLKER (1941–1945)

Hitler hielt es für verhältnismäßig leicht, die UdSSR zu schlagen, und die bürgerlichen Militärsachverständigen der ganzen Welt waren fast einmütig seiner Meinung.[1] In spätestens ein paar Wochen würde die Angelegenheit erledigt sein. Diese Leute wurden zu Opfern ihrer eigenen Lügenpropaganda gegen die Sowjetunion. Sie glaubten, das russische Wirtschaftssystem sei schwach und zerrüttet, das Sowjetvolk bestehe aus unzufriedenen Sklaven und werde sich, wenn es Waffen erhalte, erheben, die Rote Armee aber sei nur ein drittrangiger militärischer Faktor. Daher erwartete man allgemein, daß Hitler die vermeintlich morsche Sowjetunion schnell zerschmettern werde. Die Kommunistische Partei der Vereinigten Staaten jedoch wurde niemals schwankend in ihrer festen Überzeugung, daß die mächtige und gesunde junge sozialistische Republik jeder Kraft standhalten könne, die der dekadente Kapitalismus ihr entgegenwerfen würde.

Die wahre Lage in der UdSSR war ganz anders, als sie in den phantastischen Lügengeschichten dargestellt wurde, die die berufsmäßigen Sowjethasser in der ganzen kapitalistischen Welt schon so lange verbreiteten. Wirtschaftlich hatte das Land sich in den letzten fünfzehn Jahren enorm entwickelt und war zur führenden Industriemacht in Europa geworden. Auch die Rote Armee war in Erwartung der Angriffe, die die Imperialisten mit Sicherheit gegen die Sowjets unternehmen würden, hinsichtlich ihrer Stärke und Schlagkraft auf ein hohes Niveau [563:] gebracht worden. Ja, die kommenden Ereignisse sollten beweisen, daß sie in bezug auf Disziplin und Kampfgeist bei weitem die beste Armee in der Welt war. Die Moral des Volkes aber war über jedes Lob erhaben. Die Sowjetmenschen waren stolz auf ihr neues sozialistisches System und bereit, es unter Einsatz ihres Lebens zu verteidigen. Die großen Prozesse der dreißiger Jahre gegen die Schädlinge und Konterrevolutionäre um Trotzki, Sinowjew, Tuchatschewski und Bucharin hatten das Land keineswegs geschwächt, wie die kapitalistischen Führer glaubten, sondern es gewaltig gestärkt. Die Prozesse rotteten die aufkeimende „Fünfte Kolonne“ mit Stumpf und Stiel aus und hatten Hitler eine sehr starke Waffe aus der Hand geschlagen, mit der er fest gerechnet hatte.

Die große deutsche Offensive

Als die deutschen Armeen am 22. Juni 1941 die Grenzen der Sowjetunion überschritten, setzte Hitler eine gewaltige Macht gegen die große sozialistische Republik ein. Er hatte nicht nur das ungeheure militärische und industrielle Potential Deutschlands und Italiens hinter sich, sondern auch die Fabriken und Menschenmassen zahlreicher Satellitenländer und unterworfener Nationen, nämlich Frankreichs, Belgiens, Hollands, Norwegens, Dänemarks, Spaniens, Österreichs, Polens, Ungarns, Rumäniens, Bulgariens, Finnlands, Luxemburgs, Griechenlands, Jugoslawiens und der Tschechoslowakei, also praktisch ganz Europas. Er verfügte auch über die Produktionskapazitäten der „neutralen“ Länder: Schwedens und der Schweiz. Zahlenmäßig und wirtschaftlich war Hitler der Sowjetunion gewaltig überlegen, jedoch fehlte ihm die Hauptsache – revolutionärer Kampfgeist und sozialistische Organisation.

Mit seinem „Blitzkrieg“ drang Hitler schnell tief in die Sowjetunion ein. Der Vormarsch seiner „unwiderstehlichen“ Wehrmacht wurde begleitet von phantastischen Geschichten über russische Niederlagen und die Vernichtung und Gefangennahme von Millionen von Rotarmisten*. Diese von der Nazipropaganda verbreiteten Lügengeschichten wurden in allen [564:] kapitalistischen Ländern von den

---

[1] Von allen militärischen Sachverständigen in den Vereinigten Staaten gab nur Max Werner der UdSSR eine Chance im Kriege, und der einzige, der den Sieg der Roten Armee voraussagte, war der Hauptmann Sergei Kournakoff.

* *Hier irrt der Autor*. In den ersten Kriegsmonaten gerieten ca. 3,35 Millionen sowjetischer Soldaten in deutsche Kriegsgefangenschaft. Bis zum Frühjahr 1942 starben 2 Millionen Soldaten an Auszehrung infolge ungenügender Essensrationen, mangelnder medizinischer Betreuung, fehlenden Schutzes vor Hitze und Kälte. *KWF*

Leichtgläubigen begierig aufgenommen, die täglich den völligen Zusammenbruch der Sowjetregierung erwarteten. Wieder aber war die Wirklichkeit ganz anders, als Goebbels es der kapitalistischen Welt darstellte. Die deutschen Truppen rückten unter furchtbaren Verlusten vor, da die Rote Armee sich bei ihrem Rückzug auf die Hauptstützpunkte des Landes erbittert zur Wehr setzte. Schon am 11. August, sechs Wochen nach dem Beginn der großen Offensive, machte General Halder Hitler warnend darauf aufmerksam, daß man „den russischen Koloß gefährlich unterschätzt" habe, und erklärte, Deutschlands letzte Reserven würden in einer letzten verzweifelten Anstrengung eingesetzt, die Front vor der Erstarrung im Stellungskrieg zu bewahren.

Wie weit der große russische Rückzug auf strategischen Berechnungen beruhte und wie weit er erzwungen war, darüber werden die sowjetischen Militärhistoriker Klarheit schaffen. Die ständig wiederholte Behauptung der bürgerlichen Militärschriftsteller, die Sowjetregierung sei von der Naziinvasion strategisch „überrascht" worden, ist offensichtlich unzutreffend; wäre es so gewesen, dann wäre die Rote Armee vernichtet worden, ehe sie ihre tatsächliche Stärke mobilisieren konnte.

Am 8. September schlossen die deutschen Truppen Leningrad ein, und am 3. Oktober schrie Hitler prahlerisch in die Welt hinaus, Rußland sei besiegt und werde sich nie wieder erheben. Am 12. November standen die Deutschen vor Moskau. Nun aber mußten Hitlers Streitkräfte, vor Moskau wie vor Leningrad zum Stehen gebracht, den grauenhaften Winterfeldzug 1941/1942 auf sich nehmen. Damals bekam Hitlers Armee das, was Napoleons Horden vor mehr als einem Jahrhundert seitens des unbesieglichen russischen Volkes hatten über sich ergehen lassen müssen, dreifach zu spüren.

Der japanische Überfall auf Pearl Harbor

Inzwischen glaubten die japanischen Imperialisten, durch Hitlers Siege in Europa ermutigt, die Zeit gekommen, ebenfalls einen gewaltigen Schlag gegen ihren alten Feind, den USA-[565:]Imperialismus, zu führen. Bei Pearl Harbor schlugen sie zu. Am frühen Morgen des 7. Dezembers 1941 – es war einer der verhängnisvollsten Tage in der amerikanischen Geschichte – erschienen 105 japanische Flugzeuge über der schlafenden, nichts ahnenden Garnison. „Die Überraschung war so groß, daß die meisten amerikanischen Flugzeuge am Boden zerstört wurden und die amerikanische Flotte dem verräterischen Feind schutzlos preisgegeben war. Neunzehn von den 86 im Hafen liegenden amerikanischen Schiffen wurden schwer getroffen, fünf große Schlachtschiffe wurden entweder versenkt oder auf andere Weise außer Gefecht gesetzt, und die Verluste an Menschen betrugen 4575 Tote, Verwundete oder Vermißte ... Hätten die Japaner genügend Landungstruppen mitgebracht, so hätten sie mit Leichtigkeit die Hawaiischen Inseln restlos besetzen können."[2]

Dieses ungeheuerliche Verbrechen, das um so schändlicher war, als es begangen wurde, während zwischen den USA und Japan Friedensverhandlungen stattfanden, versetzte das amerikanische Volk in Höchste Erregung und Wut. Am nächsten Tage verkündete der Kongreß den Kriegszustand mit Japan. Am 11. Dezember erklärten Deutschland und Italien gemeinsam mit Japan den Vereinigten Staaten den Krieg. Nun waren die Vereinigten Staaten mit ihrer schwergeschädigten Flotte in den zweiten Weltkrieg verwickelt. Die amerikanischen Offiziere, die dafür verantwortlich waren, daß es zu dem barbarischen Überfall auf Pearl Harbor kommen konnte, wurden für ihre verbrecherische Nachlässigkeit niemals bestraft. Die beiden Hauptverantwortlichen, General W. C. Short und Admiral H. E. Kimmel, konnten mit voller Pension den Dienst quittieren, und die ganze schmachvolle Angelegenheit wurde schließlich vertuscht. Der „große" General Douglas MacArthur war nicht weniger schuldig, da seine Flugzeuge zur gleichen Zeit in Manila von den Japanern restlos am Boden zerstört wurden, obwohl er aus Washington mehrfach gewarnt worden war. Nach Pearl Harbor begann Japan eine aggressive expansionistische Offensive. Im Laufe der nächsten fünf Monate besetz-[566:]ten japanische Truppen die Philippinen, Wake, Guam, Hongkong, Singapore, Thailand, Birma, Britisch-Malaya, Holländisch-Ostindien und einen großen Teil Chinas und bedrohten Indien. Fast über Nacht hatten die Japaner eines der gewaltigsten Reiche in der Geschichte aufgebaut, sich ungeheure Menschenmassen unterworfen und enorme Naturschätze angeeignet.

---

[2] John D. Hicks, "A Short History of American Democracy", Boston 1943, S. 581.

Die Sowjetunion auf dem Weg zum Siege

Der Winter 1941/1942 war für die Deutschen, die vor Leningrad und Moskau standen, eine Katastrophe. Im Frühjahr 1942 jedoch gelang es Hitler, eine neue Offensive gegen die Industriestadt Stalingrad und die Ölfelder des Kaukasus zu organisieren, wobei ihm als Endziel die Umgehung Moskaus und die endgültige Niederwerfung der UdSSR vorschwebte. Aber dieser umfassende Plan brach Hitler das Genick. Vergeblich versuchte er, Stalingrad zu nehmen. Im August 1942 erschienen seine Truppen vor Stalingrad, und nahezu fünf Monate lang waren eine Million Mann in einen verzweifelten Kampf verwickelt. Am 31. Januar 1943 ergab sich Hitlers Generalfeldmarschall Paulus, geschlagen, eingekreist und abgeschnitten, mit 200.000 Mann und 24 Generalen, der Roten Armee. Das war alles, was von den 400.000 Mann der deutschen 6. Armee übriggeblieben war. Die heroische Verteidigung Stalingrads war die entscheidendste Schlacht in der Weltgeschichte. Sie richtete die deutsche Wehrmacht zugrunde und machte Hitlers Träumen von der Welteroberung ein Ende.

Die Welt widerhallte vom Lobe der Russen für ihre militärische Leistung. Schon lange vor der Schlacht von Stalingrad mußte sogar der reaktionäre General MacArthur erklären: „Die Weltlage zeigt gegenwärtig, daß die Hoffnungen der Zivilisation auf den ruhmreichen Bannern der tapferen russischen Armee beruhen. Ich habe in meinem Leben an mehreren Kriegen teilgenommen und andere als Augenzeuge miterlebt sowie die Feldzüge hervorragender Feldherren der Vergangenheit sorgfältig studiert. In keinem Falle habe ich einen so wirksamen Widerstand gegen die schwersten Schläge eines bis dahin [567:] unbesiegten Feindes beobachtet, gefolgt von einem vernichtenden Gegenangriff, der diesen Feind in sein eigenes Land zurücktreibt. Der Umfang und die Großartigkeit dieser Tat kennzeichnen sie als die größte militärische Leistung aller Zeiten.“[3]

Nach Stalingrad ging die Rote Armee in einer pausenlosen Offensive dazu über, die deutschen, italienischen, rumänischen, ungarischen, finnischen und spanischen Truppen aus der Sowjetunion zu vertreiben, wobei sie ihnen katastrophale Verluste zufügte. In den nächsten zwei Jahren meldete die Weltpresse fast täglich große Siege der vorrückenden Roten Armee. Am 16. Februar 1943 wurde Charkow zurückerobert; am 6. November wurde Kiew befreit, und am 26. November befreiten die Russen Gomel. Am 10. April 1944 eroberte die Rote Armee Odessa zurück, am 9. Mai nahm sie Sewastopol, und am 4. Juni überschritt sie die polnische Grenze. Seit Stalingrad war die „unbesiegliche“ Nazi-Wehrmacht von der „geschlagenen“ Roten Armee durch halb Europa gejagt worden. Mit grenzenloser Freude begrüßten die Völker der Welt einschließlich des amerikanischen Volkes den siegreichen Vormarsch der Sowjetarmeen.

Am 6. Juni 1944 eröffneten die Vereinigten Staaten und Großbritannien die seit langem versprochene westliche Front in Frankreich, und damit begann der Todeskampf des Naziregimes. Am 25. August wurde Paris befreit, und am 11. September überschritten englische, amerikanische und kanadische Truppen die deutsche Grenze. Am 17. Januar 1945 nahm die Sowjetarmee Warschau und drang dann unaufhörlich in den Raum von Berlin vor. Am 25. April begegneten sich amerikanische und sowjetische Truppen an der Elbe; am 2. Mai nahmen die Russen Berlin, und am 8. Mai kapitulierte Deutschland bedingungslos. Präsident Roosevelt starb am 12. April, knapp einen Monat vor dem Endsieg.

Die große Offensive des Sowjetvolks und seiner heldenhaften Armee gegen die Nazihorden stand unter der ständigen Leitung Stalins, der aus der Zeit der russischen Revolutionskriege hervorragende militärische Erfahrungen besaß. Diese glänzende [568:] militärische Leistung erhöhte Stalins Prestige im Sowjetvolk gewaltig, bei dem er sich bereits höchstes Ansehen erworben hatte durch seine entscheidenden Verdienste bei der Gründung und Verteidigung der Sowjetrepublik an der Seite Lenins, seine hervorragende Führung beim Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion, seinen großartigen Kampf gegen die Opposition der Schädlinge um Trotzki, Sinowjew, Bucharin usw., wobei es zu politischen Debatten und Kämpfen von vielleicht nie dagewesener Schwierigkeit kam, durch sein bedeutendes theoretisches Werk, das ihn als den größten lebenden Marxisten kennzeichnete, und seine glänzende Diplomatie, mit der er alle Staatsmänner unserer Tage in den Schatten stellte.

---

3 “Associated Press Dispatch”, 23. Februar 1942.

Die Frage der Westfront

Kaum war die UdSSR in den Krieg hineingezogen worden, als Großbritannien und die Vereinigten Staaten, die vor dem Kriege die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion gegen den Faschismus so beharrlich abgelehnt hatten, sie als ihren Bundesgenossen begrüßten. Churchill erklärte alsbald: „Jeder Mensch oder Staat, der gegen den Nazismus kämpft, wird von uns unterstützt werden", und ein paar Tage später verkündete, Roosevelt, die Sowjetunion werde im Rahmen des Pacht- und Leihplans militärische Hilfe erhalten. Am 1. Januar 1942 begründeten die 26 gegen Hitler kämpfenden Nationen das Kriegsbündnis der koalierten Nationen, indem sie die von Roosevelt und Churchill am 14. August 1941 unterzeichnete Atlantikcharta guthießen, sich zu gegenseitiger uneingeschränkter Unterstützung verpflichteten und sich damit einverstanden erklärten, keinen Separatfrieden mit den faschistischen Mächten zu schließen.

Äußerlich galt also die UdSSR als vollwertiger Bundesgenosse der Westmächte, aber die Wirklichkeit sah wesentlich anders aus. Die imperialistischen Großmächte gaben ihren Haß und ihre Furcht bezüglich der Sowjetunion nicht so leicht auf. In Wahrheit beruhte die englisch-amerikanische Politik nach wie vor auf dem alten Münchener Plan aus der Vorkriegszeit, die Sowjetunion und Deutschland aufeinanderzuhetzen in der [569:] Hoffnung, daß sie sich allmählich gegenseitig schwächen und zugrunde richten würden. Weder vor noch nach dem Kriege und ebensowenig während des Krieges wurde die UdSSR von den Vereinigten Staaten und Großbritannien als Verbündeter anerkannt und dementsprechend behandelt.

Während es um das Schicksal der Welt ging, vertraten zahlreiche bürgerliche Staatsmänner sogar offen den Standpunkt, man solle Deutschland und Rußland sich gegenseitig erschöpfen lassen. So erklärte Präsident Truman, damals Senator, am 23. Juni 1941: „Wenn wir sehen, daß Deutschland gewinnt, sollten wir Rußland helfen, und wenn Rußland gewinnt, sollten wir Deutschland helfen."[4] Nicht weniger empörend und reaktionär ist die Äußerung des ehemaligen Präsidenten Hoover: „Stalin und Hitler waren in einen Kampf auf Tod und Leben verwickelt ... Staatspolitische Überlegungen geboten den Vereinigten Staaten, wachsam abwartend und bis an die Zähne bewaffnet beiseite zu stehen."[5] Das war auch Churchills Kurs. Die Konzeption Trumans, Hoovers und Churchills entsprach praktisch der überwiegenden Ansicht in der amerikanischen und britischen Bourgeoisie und bestimmte die Politik der beiden Regierungen. Wenn Präsident Roosevelt anders dachte, so war er bestimmt nicht imstande, die amerikanisch-britische Kriegspolitik wesentlich zu ändern. Die verräterische Haltung gegenüber der UdSSR wurde jedoch getarnt durch eine Flut von heuchlerischen Redensarten über Zusammenarbeit, um die Sowjetunion nicht vor den Kopf zu stoßen und der starken sowjetfreundlichen Stimmung unter den amerikanischen Massen Rechnung zu tragen.

Das Ziel, das die englischen und amerikanischen Imperialisten mit dieser hinterhältigen Politik verfolgten, war leicht zu ersehen. Sie rechneten kaltschnäuzig darauf, daß sie nach dem Kriege, wenn Rußland und Deutschland am Boden liegen würden, die Welt nach ihrem Belieben reorganisieren und beherrschen könnten, wobei die Vereinigten Staaten die entscheidende Rolle zu spielen gedachten. Schon 1941 schrie Henry Luce, der [570:] bekannte Zeitschriftenverleger, in die Welt hinaus: „Das zwanzigste Jahrhundert ist das amerikanische Jahrhundert."[6]

Die Feuerprobe für die englisch-amerikanische Politik gegenüber der UdSSR war die Frage der Westfront. Von Erwägungen strategischer Art ausgehend, mußten die Westmächte offenbar so bald wie möglich eine Front in Westeuropa eröffnen, um Hitler in die Zange eines Zweifrontenkrieges zu nehmen und den schweren Druck gegen die UdSSR zu erleichtern. Durch die baldige Eröffnung der Westfront hätte der Krieg mindestens ein volles Jahr früher beendet werden können. Die Sowjetregierung forderte diese zweite Front, und die Massen in der ganzen Welt verlangten sie. Die Kommunistische Partei der Vereinigten Staaten stellte diese Frage in den Mittelpunkt ihrer Propaganda, und zweifellos entsprach sie damit den Wünschen der Mehrheit des amerikanischen Volkes. Aber die

---

4 "New York Times", 24. Juni 1941.

5 Von Herbert Hoover zynisch in der "New York Times" vom 10. Februar 1951 zitiert.

6 Henry R. Luce, "The American Century", New York 1941.

amerikanische und die britische Regierung weigerten sich hartnäckig, die bitter notwendige Westfront zu schaffen, obwohl in Großbritannien im Herbst 1942 die Mittel für eine Landung auf dem Festland zweifellos zur Verfügung standen. Die Amerikaner und Engländer rührten sich jedoch nicht und fuhren fort, auf dem Inselreich Kriegsmaterial anzuhäufen, bis, wie man damals sagte, die Gefahr bestand, das Land könne im Meer versinken.

Inzwischen gingen von den Vereinigten Staaten Pacht- und Leihlieferungen nach der kämpfenden Sowjetunion. Aber auch hierbei trat die starke sowjetfeindliche Tendenz der englischamerikanischen Politik zutage, da die Russen, die praktisch die ganze Last des Krieges in Europa trugen, nur etwa den vierten Teil des Pacht- und Leihmaterials erhielten, das an das militärisch fast untätige Großbritannien ging.

Endlich, im November 1942, als die Forderung nach der Westfront allgemein war, setzten sich die westlichen Alliierten in Bewegung. Sie landeten aber nicht etwa in Europa, sondern in Afrika. Diese Invasion in Afrika und Italien war in keiner Hinsicht die so dringend benötigte zweite Front. Erstens nahm sie nur verhältnismäßig wenige Divisionen in Anspruch, und zweitens war sie im wesentlichen politischen und nicht militärischen Charakters. Mit dieser von Churchill inspirierten In-[571:]vasion in den „weichen Unterleib Europas“ verfolgte man in der Hauptsache nicht das Ziel, den Druck gegen die Rote Armee zu erleichtern, sondern man wollte Italien und, wenn möglich, die Balkanländer mit englisch-amerikanischen Truppen besetzen, um etwaigen Nachkriegsrevolutionen in diesen Gebieten vorzubeugen.

Erst neunzehn Monate später, am 6. Juni 1944, überquerten amerikanische, britische und kanadische Streitkräfte den Kanal, faßten in Frankreich Fuß und begannen ihren Vorstoß nach Deutschland hinein. Länger ließ sich die Invasion nicht aufschieben. Einerseits forderten die Massen die zweite Front immer energischer, anderseits – und dies gab den Ausschlag – hatten die Sowjettruppen die Deutschen entscheidend geschlagen und rückten siegreich durch das versklavte Europa vor. Die Sowjetarmee hatte, wie bereits bemerkt, der Wehrmacht das Rückgrat gebrochen, hatte sie 1300 Meilen zurückgetrieben und am 4. Juni, zwei Tage vor dem Tag „D“ in Frankreich, die polnische Grenze überschritten. Jetzt erst wurden die ungeheuren Kräfte Großbritanniens und der Vereinigten Staaten eingesetzt und die lange verzögerte Westfront eröffnet. In den Zeitungen wurde damals vielfach die Meinung vertreten, daß es, wenn Eisenhower sich nicht beeilte, seine Truppen nach Frankreich zu werfen, zu spät sein würde, da die Sowjetarmee in ihrem Vernichtungskampf gegen die Nazitruppen den ganzen Kontinent durchqueren werde.

Der Krieg gegen Japan

Der Hauptfeind und bei weitem die stärkste faschistische Macht im zweiten Weltkrieg war Hitlerdeutschland, das fast ganz Europa in der Hand hatte. Daher mußte der entscheidende Schlag gegen Hitler geführt werden. Japan erwies sich hinsichtlich seines militärischen Potentials als eine zweitrangige Macht. Die Roosevelt-Regierung war sich darüber klar, daß Deutschland der Hauptfeind war und man seine Kräfte vor allem gegen Deutschland konzentrieren mußte. Der Marineminister Knox erklärte: „Wir wissen, wer unser eigentlicher [572:] Feind ist, der Feind, der vor allen anderen zuerst geschlagen werden muß. Es ist nicht Japan, es ist nicht Italien. Es ist Hitler, es sind Hitlers Nazis, es ist Hitlerdeutschland.“[7]

Dies blieb nach außen hin die Politik der Vereinigten Staaten wie der alliierten Nationen den ganzen Krieg hindurch. In Wirklichkeit jedoch richteten die Vereinigten Staaten ihre schwersten Schläge gegen Japan und überließen es, wie wir gesehen haben, fast ausschließlich der UdSSR, mit dem Hauptfeind Deutschland fertig zu werden. Dies erklärte sich teilweise durch den Starken Druck der reaktionären Elemente, die es auf einen Erschöpfungskrieg zwischen der Sowjetunion und Deutschland anlegten, vor allem aber dadurch, daß der amerikanische Imperialismus sich weit mehr durch die ausgedehnten Eroberungen Japans im Pazifik und im Fernen Osten betroffen fühlte, in Gebieten also, auf die er selbst ein Auge geworfen hatte.

---

7 “Associated Press Dispatch”, 13. Januar 1942

Bald nach der Katastrophe von Pearl Harbor machte sich daher die gewaltige materielle und zahlenmäßige Überlegenheit der Vereinigten Staaten auf dem pazifischen Kriegsschauplatz bemerkbar. Die Seeschlacht bei Midway vom 3. bis 6. Juni 1942 war ein amerikanischer Sieg und machte dem japanischen Vordringen auf Australien ein Ende. Dann erlitten die Japaner von August bis November 1942 weitere schwere Niederlagen bei Guadalcanar. Danach begann das „Inselhüpfen", wobei die amerikanischen und alliierten Streitkräfte allmählich nach Norden vordrangen und im Laufe der Jahre 1942 und 1943 die Salomon-Inseln, Neu-Guinea, Tarawa und andere wichtige Inseln besetzten. In den Jahren 1944 und 1945 waren die Japaner überall auf dem Rückzug, und die (in der Hauptsache) amerikanischen Streitkräfte nahmen eine Inselfestung nach der anderen – Holländisch-Ostindien, Kwadjelin, Saipan, die Philippinen, Iwo-shima, Okinawa usw. Es folgten die Luftangriffe gegen Tokio und andere japanische Städte und am 6. und 9. August 1945 der entsetzliche und unnötige Atombombenangriff gegen Hiroshima und Nagasaki.

Der Krieg im Pazifik ist dem amerikanischen Volk fälschlich als eine fast ausschließlich amerikanische Leistung dargestellt worden; es war aber in Wirklichkeit ein Koalitionskrieg, und [573:] zwar in einem viel umfassenderen Sinne als der Krieg in Europa. Die Niederlage Japans wäre nicht möglich gewesen ohne die großen Armeen der Sowjetunion und Volkschinas. Den ganzen Krieg hindurch hielt die Sowjetarmee, obwohl sie in einem Kampf auf Leben und Tod gegen die gewaltigen Armeen Hitlers in Europa stand, Japans beste Truppen, die eine Million starke Kwantung-Armee, an der sibirischen Grenze fest. Dadurch wurden die japanischen Streitkräfte, die zur Ausdehnung der japanischen Eroberungen und zu ihrer Verteidigung gegen die Truppen der Vereinigten Staaten und der anderen Alliierten zur Verfügung standen, sehr erheblich geschwächt. Sonst wäre der amerikanische Vormarsch sehr viel schwieriger, wenn nicht unmöglich gewesen. Ebenso leistete die UdSSR der chinesischen Volksarmee von Anfang an, als die Vereinigten Staaten noch Schrott und anderes Kriegsmaterial an Japan lieferten, wirksame militärische Hilfe. Als die UdSSR dann am 8. August 1945 entsprechend dem mit ihren Verbündeten getroffenen Abkommen in den Krieg gegen Japan eingriff, zerschlug sie die vielgerühmte Kwantung-Armee in kürzester Zeit. Das war ein weiterer entscheidender Schlag gegen Japan.

Auch die von den Kommunisten geführten Streitkräfte des freien Chinas trugen wesentlich dazu bei, daß der Krieg im Pazifik gewonnen werden konnte. Mehrere Jahre lang banden sie mehr als eine Million japanische Soldaten und fügten ihnen ungeheure Verluste an Menschen und Material zu. „In den acht Jahren des Widerstandskrieges banden sie (die Achte und die Vierte Volksarmee) 64 Prozent der japanischen Truppen in China und 95 Prozent der Marionettentruppen."[8] Japan wurde durch den Krieg in China erheblich geschwächt und in seinem Kampf gegen die amerikanischen und sowjetischen Kräfte gelähmt. Was Tschiang Kai-scheks Armeen betrifft, so richteten sie ihre Hauptangriffe nicht gegen Japan, sondern gegen die chinesischen Volksarmeen.

Japan kapitulierte am 14. August 1945, restlos geschlagen durch die vereinten Kräfte der Vereinigten Staaten, der Sowjetunion und Volkschinas. Die Briten hatten zur Niederlage Japans kaum beigetragen.

[574:9

Bilanz des zweiten Weltkrieges

Die UdSSR war die entscheidende Kraft in der Koalition, die den großen Sieg über den Faschismus im zweiten Weltkrieg errang. Durch den Eintritt der Sowjetunion in den Krieg wurde der Charakter des Krieges insofern verändert, als das demokratische Element erheblich gestärkt wurde und der Krieg im wesentlichen zu einem Krieg der Völker wurde. Das war ein qualitativer sowie quantitativer Kräftezuwachs in dem Kampf der Völker. Durch ihre enorme politische, wirtschaftliche und militärische Stärke bestimmte die Sowjetunion die Perspektive des Krieges und sicherte den schließlichen Sieg. Als die UdSSR in den Krieg eintrat, war er, soweit die westlichen Alliierten betroffen waren, eine aussichtslose Angelegenheit. Sie waren praktisch geschlagen, politisch sowohl wie militärisch,

8 Hsiao Hua in "People's China", 1. August 1951.

und ihre Siegesaussichten waren äußerst gering. Als die Sowjetunion in das militärische Geschehen eingriff, wurde sie zum Führer der Völker im Kriege. Dies war von entscheidender Bedeutung für den Sieg.

Die Sowjetunion verlieh der Sache der Alliierten demokratische politische Stärke, Festigkeit und Zielsicherheit. Als sozialistische Großmacht und absoluter Gegenpol des Faschismus war die Sowjetunion, ein Land ohne Imperialisten, in ihrer ganzen Kriegführung ehrlich und unerschütterlich antifaschistisch. Ihr Interesse an der völligen Zerschmetterung des Faschismus deckte sich mit dem der demokratischen Massen in der ganzen Welt. Die UdSSR erbrachte im Kriege den überzeugenden Beweis für die politische Idiotie jener, die da schreien, „Faschismus und sowjetischer Sozialismus sind ein und dasselbe".

Die kapitalistischen Regierungen der Vereinigten, Staaten und Großbritanniens, die von faschistisch stark infizierten reaktionären herrschenden Klassen kontrolliert wurden, deren einziges Ziel Milliardenprofite waren, konnten sich während des Krieges unmöglich über das erbärmliche Niveau ihrer eigenen imperialistischen Interessen erheben. Sie konnten die antifaschistischen Stimmungen unter den Volksmassen in den Vereinigten Staaten, Großbritannien und der ganzen Welt nicht vertreten und konnten auch keinen demokratischen antifaschi-[575:]stischen Volkskrieg führen. Ihr imperialistisches Interesse daran, durch den Krieg möglichst große territoriale und sonstige Eroberungen zu machen, hatte nichts zu tun mit den Zielen der Völker, die leidenschaftlich für ihre Freiheit und um ihre Existenz kämpften. Die Imperialisten verrieten die demokratischen Kriegsziele der alliierten Koalition ständig. Die einzige konsequente antiimperialistische und antifaschistische Kraft unter den an der Kriegskoalition beteiligten Großmächten war die UdSSR.

Daß die Imperialisten der Vereinigten Staaten und Großbritanniens weder willens noch fähig waren, den Faschismus zu bekämpfen, bewiesen sie durch ihre aktive Unterstützung ‚Hitlers vor dem Kriege und durch ihr ständiges Drängen auf einen Verhandlungsfrieden während des Krieges. Wäre der antifaschistische Einfluß der Sowjetunion nicht gewesen, so wären sie zu einer Verständigung mit Hitler gelangt, viel eher noch als mit Hirohito. Bezeichnenderweise klagen die englisch-amerikanischen Imperialisten in dem gegenwärtigen „kalten Kriege", während sie sich die größte Mühe geben, einen totalen kapitalistischen Krieg gegen die UdSSR zu organisieren, es sei ihr schwerster Fehler gewesen, dem Druck der Massen nachzugeben und das Hitlerregime im zweiten Weltkrieg so vollständig zu zerschlagen. Daß der Krieg einen so weitgehend antifaschistischen Charakter annahm und die Parole der „bedingungslosen Kapitulation" in die Tat umgesetzt wurde, war einzig dem überwiegenden demokratischen Einfluß der Sowjetunion zu verdanken. In dieser Hinsicht stimmten die Sowjetvölker mit den demokratischen Massen in der ganzen Welt, auch in den Vereinigten Staaten, überein. Die politische Führung des zweiten Weltkrieges im Kampf gegen den Hitlerfaschismus lag bei der UdSSR, und anders hätte es nicht sein können.

Selbstverständlich war es auch, daß die Sowjetunion, was die demokratischen Aspekte des Krieges betrifft, die politisch-militärische Strategie entscheidend bestimmte. Die Politik eines umfassenden internationalen Bündnisses der demokratischen Mächte und der nationalen antifaschistischen Einheit in den einzelnen Ländern war nichts weiter als der den Bedingungen [576:] des Krieges angemessene Ausdruck der vom VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale im Jahre 1935 ausgearbeiteten Linie – der Linie einer internationalen Friedensfront zur Zügelung der aggressiven faschistischen Staaten und einer Volksfront zur Niederschlagung des Faschismus in den einzelnen Ländern. Großbritannien und die Vereinigten Staaten (sowie ihre sozialdemokratischen Marionetten) lehnten diese antifaschistische Zusammenarbeit mit den Kommunisten in den Jahren vor dem Kriege ab, und wenn sie sie während des Krieges (in dem von uns erwähnten begrenzten Umfang) akzeptierten, so nur deshalb, weil sie sich durch ihre Politik der „Befriedung" selbst in eine verzweifelte Situation hineinmanövriert hatten. In dieser schweren Krise benötigten sie die Hilfe der Kommunisten dringend.

Die UdSSR hatte nicht nur, wie gesagt, die politische Führung des Krieges in der Hand und bestimmte nicht nur im wesentlichen die politisch-militärische Strategie, sondern sie trug auch auf den Schlachtfeldern das meiste zur Gewinnung des Krieges bei. Das wird sofort klar, wenn man die Listen der

Toten, Verwundeten und Vermißten bei den einzelnen demokratischen Großmächten vergleicht. Die entsprechenden Zahlen lauten 755.257 für Großbritannien, 994.893 [1.076.245] für die Vereinigten Staaten und 23.417.000 [27.000.000] für die UdSSR.[9] Die Verluste der Sowjetunion an gefallenen Soldaten (6.115.000) waren fast elfmal so hoch wie die der Vereinigten Staaten (325.464) und Großbritanniens (244.723) zusammen.

Wie wir oben gesehen haben, mußte die Sowjetunion praktisch allein mit dem Hauptfeind, mit Hitlerdeutschland, fertig werden. So erklären sich ihre ungeheuer großen Menschenverluste und die gewaltigen Zerstörungen auf dem Territorium der Sowjetunion. Natürlich bedeuteten die englisch-amerikanischen Bombenangriffe auf deutsche Städte und die amerikanischen Lieferungen von Kriegsmaterial im Rahmen des Pacht- und Leihgesetzes eine gewisse Hilfe für die UdSSR. Aber diese Hilfe wurde überreichlich aufgewogen durch den Umstand, daß die UdSSR während des ganzen Krieges die schwere Last auf sich nehmen mußte, mehr als eine Million ihrer besten Truppen [577:] an den sibirischen Grenzen zu stationieren, um die Japaner in Schach zu halten. Außerdem ist die lähmende Wirkung der Luftangriffe auf die deutsche Industrie stark überschätzt worden. Tatsache ist, daß die deutsche Rüstungsproduktion sich bis kurz vor dem Ende des Krieges ständig steigerte.

Was die Pacht- und Leihhilfe betrifft, die nach der Behauptung gewisser Leute, die die Verdienste des Sowjetvolks im Kriege schmälern möchten, die Sowjetunion vor der Niederlage bewahrte, so war sie mengenmäßig verhältnismäßig klein und traf erst spät ein. Das aus den USA nach der UdSSR versandte Kriegsmaterial im Werte von 10 Milliarden Dollar (erhebliche Mengen erreichten niemals ihren Bestimmungsort) repräsentierte noch nicht fünf Prozent der amerikanischen Kriegsproduktion im Werte von insgesamt 210 Milliarden Dollar. Überdies traf diese Unterstützung an der Ostfront erst ein, nachdem die UdSSR Deutschland bereits entscheidend geschlagen hatte. Das bezeugt kein Geringerer als der Sowjetfeind Herbert Hoover, der einmal gesagt hat: „Sie (die UdSSR) hatte die Deutschen zum Stehen gebracht, noch bevor die Pacht- und Leihhilfe eingetroffen war.“[10]

Aus all diesen Tatsachen ist die entscheidende Lehre zu ziehen, daß die Sowjetunion im zweiten Weltkriege die Welt vor der faschistischen Versklavung bewahrte. Das war eine Rolle, würdig der UdSSR, der großen Vorkämpferin für Demokratie. Die kapitalistischen Regierungen Großbritanniens und der Vereinigten Staaten hätten nicht einmal ihre eigene begrenzte Demokratie vor dem Faschismus retten können oder wollen, denn sie waren militärisch nicht stark genug dazu, und vor allem mangelte es ihrer Politik, trotz des demokratischen Dranges ihrer Völker, an den notwendigen Antrieben, da sie vom Faschismus und imperialistischer Reaktion durchseucht waren. Wäre es Hitler gelungen, die Sowjetarmee zu zerschmettern, so hätte dies das Ende der Demokratie in der Welt auf unbestimmte Zeit bedeutet. Die Vereinigten Staaten hätten, selbst wenn sie nicht sofort erledigt gewesen wären, der ungeheuren Macht, über die Hitler dann verfügt hätte, nicht lange standhalten können. Diese wesentlichen Tatsachen muß man sich [578:] heute, in der Zeit des „kalten Krieges“, vergegenwärtigen, in dem der englisch-amerikanische Imperialismus, reaktionärer und expansionistischer denn je, brutal zur Offensive übergeht unter der Vorspiegelung, die Demokratie in der Welt gegen die Angriffe der Sowjetunion schützen zu wollen.

---

9 Siehe “Information Please Almanac”, New York 1951, S. 220/221. – Die in eckigen Klammern genannten Zahlen sind spätere Berechnungen.

10 “New York Times”, 10. Februar 1951.

[579:]

29
DIE KOMMUNISTEN IM KRIEGE
(1941-1945)

Im Anfangsstadium des Krieges war das amerikanische Volk, wie wir gesehen haben, in seiner überwältigenden Mehrheit – mindestens zu 90 Prozent – gegen den Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg. Den gleichen Standpunkt vertrat im wesentlichen auch die Kommunistische Partei der Vereinigten Staaten.

Als Hitler jedoch am 22. Juni 1941 die Sowjetunion überfiel, erkannte die Partei, daß eine Begrenzung des Krieges nicht mehr möglich und der Krieg zu einem Volkskrieg geworden war. Daher revidierte die Partei ihre politische Haltung dahin, daß sie sich für die militärische Beteiligung an dem nunmehr zu einem antifaschistischen Volkskrieg gewordenen Ringen aussprach. In ihrer Erklärung vom 22. Juni verurteilte die Partei den Überfall der Nazis auf die UdSSR und forderte „uneingeschränkte Unterstützung und Zusammenarbeit mit der Sowjetunion in ihrem Kampf gegen den Hitlerfaschismus“[1]. Sechs Tage später präzisierte das Nationalkomitee seine Haltung mit der Aufforderung, „Amerika durch uneingeschränkte Unterstützung der Sowjetunion, Großbritanniens und aller gegen Hitler kämpfenden Nationen zu verteidigen“, und erklärte sich „für vollständige und uneingeschränkte Zusammenarbeit der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und der Sowjetunion, um die militärische Niederlage Hitlers herbeizuführen“[2].

Die Partei rief die Arbeiter in den Vereinigten Staaten auf, besonders auf der Hut zu sein, um ihren Lebensstandard zu [580:] verteidigen, die Rechte des Negervolks zu schützen, den Antisemitismus zu bekämpfen und die nationale wie die internationale Gewerkschaftseinheit herzustellen. Vor allem warnte sie vor der Gefahr eines neuen Münchens zwecks Umwandlung des Krieges in einen Kampf der kapitalistischen Welt gegen die Sowjetunion; denn die Reaktionäre glaubten, daß sie in dem Kampf zwischen Deutschland und Rußland jetzt endlich den „richtigen Krieg“ hätten. Ein neues München bezweckte damals Heß mit seinem phantastischen Flug nach England, und das gleiche Ziel verfolgte Hoover mit seiner Rundfunkrede am 29. Juni 1941, als er erklärte, es gebe „keine Möglichkeit, den Krieg zu beenden, außer durch einen Kompromißfrieden“ mit Hitler gegen die UdSSR. Die Kommunistische Partei rief zum organisierten Kampf gegen die Reaktion im Ausland und im eigenen Lande auf und entfaltete in den nächsten sechs kritischen Monaten, während die Stimmung im amerikanischen Volk immer kriegsfreundlicher wurde, eine energische Tätigkeit.

Der japanische Überfall auf Pearl Harbor am 7. Dezember 1941 führte einen radikalen Stimmungsumschwung im amerikanischen Volk herbei. Die Hoffnungen, sich aus dem Krieg heraushalten zu können, die sogar noch nach dem Überfall der Nazis auf die Sowjetunion bestanden hatten, schwanden jetzt über Nacht. Die amerikanischen Massen machten sich bereit zum Kriege.

Am Tage des Überfalls auf Pearl Harbor brandmarkte die Kommunistische Partei diese Aktion als „den Höhepunkt der verbrecherischen Aggression der Achsenmächte zur Erringung der Weltherrschaft. Über das Schicksal aller Nationen und aller Völker muß jetzt mit Waffengewalt entschieden werden.“ Die Partei erklärte: „Die Kommunistische Partei verpflichtet sich, unser Land in dieser größten aller Krisen, die jemals seine Existenz bedroht haben, loyal, hingebungsvoll und bis zum letzten Blutstropfen zu verteidigen.“ Die Partei gab die Losungen aus „Alles für die nationale Einheit!“ und „Alles für den Sieg über die die ganze Welt bedrohenden faschistischen Sklavenhalter!“[3]

[581:] In den folgenden schweren Kriegsjahren erfüllten die Kommunisten treu ihr patriotisches Gelöbnis. Keine andere Organisation bewährte sich besser in dem Volkskrieg als die Kommunistische Partei und die Young Communist League. Sie gaben 15.000 ihrer männlichen und weiblichen Mitglieder an die Streitkräfte ab. An den Fronten kämpften die Kommunisten mit der für sie

---

1 “The Communist”, Juli 1941.
2 “The Communist”, August 1941.
3 “The Communist”, Dezember 1941.

charakteristischen Tapferkeit und Hingabe. Viele wurden Offiziere, und viele andere erhielten Auszeichnungen für persönliche Tapferkeit, darunter Robert Thompson, Alexander Suer und Herman Boettcher, die das Verdienstkreuz erhielten.[4] Suer und Boettcher fielen als Hauptleute im Kampf. Auch viele andere kehrten niemals zurück, darunter Hank Forbes, Bezirkssekretär in Pittsburgh.

In der Heimat standen die Kommunisten bei allen Bemühungen um die Stärkung der nationalen Verteidigungskraft in vorderster Front. Sie setzten sich energisch für eine starke antifaschistische Kriegspolitik der Regierung ein. Sie standen niemand nach, als es galt, die Arbeiter für die Intensivierung der Produktion zu mobilisieren. Sie arbeiteten aktiv auf allen Gebieten der Zivilverteidigung. Sie kämpften unermüdlich gegen alle „Isolationisten“ und andere Reaktionäre, die die Landesverteidigung gefährdeten und sabotierten.

Die weiblichen Parteimitglieder zeichneten sich im Kriege besonders aus. Da zahlreiche Funktionäre an der Front standen, sprangen vielfach Frauen für sie ein. Vier Frauen – Mutter Bloor, Anita Whitney, Elizabeth Gurley Flynn und Alice Burke – gehörten dem Nationalkomitee an, fünf dem Redaktionskollegium des “Daily Worker”. Hunderte von Genossinnen übten leitende Funktionen in den Staats-, Bezirks- und Lokalorganisationen in allen Teilen des Landes aus. Auch die [582:] linken und fortschrittlichen Gewerkschaften zogen ihre weiblichen Mitglieder während des Krieges weitgehend zu leitenden Posten heran.

Die Schlacht um die Produktion

Der wichtigste Beitrag der Vereinigten Staaten zur Erringung des Sieges lag auf dem Gebiet der Produktion von Kriegsmaterial. Insgesamt wurde die Produktion gegenüber der Vorkriegszeit fast verdoppelt.[5] Dazu gehörten 297.000 Militärflugzeuge, 86.388 Panzer, 16.438 Panzerautos, 2.434.535 Lastkraftwagen, 123.707 Traktoren, 2,7 Millionen Maschinengewehre, 17,4 Millionen Gewehre, 315.000 Geschütze, 71.060 Schiffe, 45 Millionen Tonnen Handelsschiffsraum usw.[6] Diese ungeheure Produktion wurde durch Verlängerung der Arbeitszeit, Intensivierung; der Arbeit und industrielle Neuinvestitionen in Höhe von 25 Milliarden Dollar erreicht. Zu diesem Zweck wurde eine regelrechte Schlacht um die Produktion organisiert.

Die Kommunistische Partei, die sich über die ungeheure Bedeutung der Produktion für die siegreiche Beendigung des Krieges klar war, setzte sich mit ganzer Kraft auf diesem Teilgebiet des Kampfes ein. Mit der für sie charakteristischen Energie mobilisierte sie alle ihre Mitglieder in den Gewerkschaften, mit Hilfe ihrer Presse und auf andere Art für die Intensivierung der Arbeit. Niemand übertraf die Leistungen der Kommunisten auf diesem Gebiet.

Die Arbeiter, die sich im ersten Weltkriege wenig oder gar nicht für die Steigerung der Rüstungsproduktion interessiert hatten, machten gewaltige Anstrengungen, um die Produktion in dem antifaschistischen zweiten Weltkriege auf ein Höchstmaß zu steigern. Fast alle Gewerkschaften waren daran beteiligt, vor allem, unter dem starken Einfluß der Linken, der CIO. Eine sehr wesentliche Rolle bei der Steigerung der Produktion spielten die gemeinschaftlichen Produktionskomitees der Gewerkschaften und Betriebsleitungen, von denen im Jahre 1945 [583:] in den Großbetrieben 5000 bestanden. Von wesentlicher Bedeutung für die Steigerung der Produktion war ferner der Streikverzicht der Arbeiterschaft. Sowohl der CIO als auch die AFL faßten auf ihren Kongressen im Jahre 1941 entsprechende Beschlüsse. Dieser Streikverzicht reduzierte die Zahl der Streikenden im Jahre 1942 auf ein Drittel des Standes von 1941. Die organisierte Arbeiterschaft erfüllte in der Hauptsache die von ihr gemachten Versprechungen, und während des Krieges gab es keine legalen Streiks. John L. Lewis jedoch setzte mehrere große Bergarbeiterstreiks durch, und die um Walter Reuther gescharte Gruppe

---

4 Die 414 Delegierten auf einem Landestreffen kommunistischer Kriegsteilnehmer in Washington, D. C., im Mai 1947 hatten insgesamt folgende Auszeichnungen: 1019 Frontkämpfermedaillen, 44 Purpurherzen, 21 Bronzesterne, 6 Silbersterne, 107 Fliegermedaillen, 9 Verdienstkreuze für Flieger und 1 Kriegsverdienstkreuz; 44 Delegierte hatten Einheiten angehört, die vom Präsidenten lobend erwähnt worden waren, und 2 gehörten der Ehrenlegion an.

5 Siehe Labor Research Association, “Labor Fact Book 7”, New York 1945, S. 9.

6 Siehe L, P. Todd and Merle Curti, “America’s History”, S. 776.

in den United Automobile Workers erklärte sich zwar öffentlich für den Streikverzicht, setzte sich aber im geheimen häufig für örtliche Ausstände ein. Was die Kommunistische Partei und die unter linker Führung stehenden Gewerkschaften betrifft, so bestanden sie energisch auf Einhaltung der Verpflichtung zum Streikverzicht, in den Fällen von Produktionsstockungen im Zusammenhang mit Beschwerden der Belegschaft sogar zu rücksichtslos. Auch die Produktionskomitees in den Betrieben unterstützten sie aktiv.

Obwohl die Preise angeblich stabilisiert waren, stiegen die Lebenshaltungskosten während des Krieges ständig. Die Unternehmer stellten ihren Profit, wie immer, über das nationale Interesse und zogen aus der stürmischen Rüstungsproduktion alle nur möglichen finanziellen Vorteile für sich selbst. Sie erzielten sogar noch größere Profite als im ersten Weltkriege, und die Macht der Monopole im Lande wurde während des Krieges gewaltig gestärkt. Als der Krieg ausbrach, veranstalteten die Kapitalisten ihren berüchtigten „Sitzstreik des Kapitals", bis sie bei der Regierung die gewünschten Profitraten durchgesetzt hatten.[7] Außerdem arbeiteten die Unternehmer, als sie sahen, daß die Löhne stabilisiert waren und die Gewerkschaften sich zum Streikverzicht verpflichtet hatten, in allen Regierungsstellen darauf hin, die Löhne zu drücken. Daher [584:] sahen sich die Gewerkschaften zu einem energischen Kampf gezwungen, um durchzusetzen, daß die Löhne wenigstens mit den steigenden Preisen Schritt hielten. Bei diesen allgemeinen Bemühungen um die Aufrechterhaltung des Lebensstandards standen die Kommunisten naturgemäß in der vordersten Front.

Ende 1942 jedoch legte Earl Browder der Partei einen Antrag vor, der die Bemühungen der Partei, den Lebensstandard der Arbeiter zu verteidigen, zu vereiteln drohte. Dies war sein sogenannter „Antriebslohn". Browder schlug im wesentlichen vor, daß die Löhne zukünftig von der Produktion abhängen, die Arbeiter also nach ihrer Arbeitsleistung bezahlt werden sollten. Es war richtig, daß die Arbeiter im Kriege gegen den Faschismus möglichst viel produzieren sollten. Es war auch richtig, daß sie auf Grund ihrer höheren Leistung höhere Löhne erhalten sollten. Aber Browder wandte diese Überlegungen in der Theorie wie in der Praxis falsch an. Er schilderte die Vorteile, die durch sein System der Bezahlung nach der Leistung zu erreichen seien, in den leuchtendsten Farben und erklärte: „Wir könnten eine allgemeine Produktivitätssteigerung haben, durch die unsere Kriegsproduktion im Laufe eines halben oder ganzen Jahres gegenüber dem heutigen Stand verdoppelt werden könnte. Für die Arbeiter würde das mindestens doppelte Löhne bedeuten."[8] Browders Plan, der den Arbeitern angeblich so große Vorteile bringen sollte, legte indessen gar kein Gewicht auf die Verbesserung der bestehenden Stunden-, Tage- und Wochenlöhne, die er als ein überholtes System betrachtete. Das war ein Fehler. Der Plan, der von der Partei nach erheblicher Opposition angenommen worden war, fand in den Gewerkschaften nur geringe Zustimmung.

Der Kampf um die zweite Front

Die Bemühungen, die amerikanische und die englische Regierung zur Eröffnung der Westfront in Frankreich zu veranlassen oder vielmehr zu zwingen, beschäftigten die Kommuni-[585:]stische Partei in der Zeit von 1941 bis 1944 ganz besonders. Die Rote Armee trug die ganze Last des Krieges gegen Hitlerdeutschland, die Hochburg des Faschismus, und ihre beiden großen „Verbündeten" im Westen sahen sich das ruhig mit an, unter dem offensichtlich verlogenen Vorwand, ihre Kräfte seien noch nicht stark genug, um eine erfolgreiche Invasion in Frankreich durchzuführen. Das Interesse aller Alliierten, einschließlich der Vereinigten Staaten, gebot dringend, die zweite Front sobald wie möglich zu eröffnen. Die Kommunistische Partei setzte ihre ganze Kraft und ihren ganzen Einfluß in einer unermüdlichen und beharrlichen Agitation ein, um den lange und absichtlich verzögerten Angriff gegen Hitler von Westen her zustande zu bringen. Im ganzen Lande war die Partei vorbildlich durch ihre klare und energische Haltung in dieser entscheidenden Frage.

---

7 Die angeblich hohen Kriegslöhne waren eine Fiktion. Im Jahre 1944 betrug der durchschnittliche Wochenlohn aller Arbeiter in der Industrie 47,45 Dollar, während die allgemein anerkannten Berechnungen der Lebenshaltungskosten nach Heller einen Mindestwochenlohn von 54 Dollar ergaben.

8 Earl Browder, "Wage Policy in War Production", New York 1943, S. 8.

Das amerikanische Volk war allgemein von Bewunderung erfüllt für die Großtaten der Sowjetarmee und wünschte zweifellos die möglichst baldige Eröffnung der zweiten Front, obwohl es sich über die zu erwartenden Verluste durchaus klar war. Es wurde aber von den Reaktionären innerhalb und außerhalb der Regierung, die den Standpunkt vertraten, man solle Deutschland und die Sowjetunion den Krieg unter sich durchkämpfen lassen, ständig in dem Sinne propagandistisch bearbeitet, daß die Vereinigten Staaten „noch nicht bereit" seien. Die sowjetfeindliche und reaktionäre AFL-Bürokratie bekundete ebenfalls wenig Interesse für die zweite Front und war bereit, die Sache den antisowjetischen militärischen Sachverständigen zur Entscheidung zu überlassen. Ihre Landes-, Bundesstaats-, Stadt- und Ortsorganisationen jedoch schlossen sich vielfach der Forderung des Volkes nach einer baldigen Invasion in Frankreich an. Der CIO, der damals ausgesprochen links orientiert war, setzte sich ehrlich für die zweite Front ein. So erklärte er auf seinem Kongreß im Jahre 1943, eine gemeinsame Kriegführung der Alliierten sei der Schlüssel zum Siege, und die Alliierten müßten unbedingt eine entscheidende und umfassende Invasion in Europa durchführen.

Erst als die englisch-amerikanischen Reaktionäre, wie oben bemerkt, die Eröffnung der Westfront nicht länger aufschieben [586:] konnten, ohne ihre imperialistischen Interessen zu gefährden, einigten sie sich endlich mit der Sowjetunion über die lange verzögerte Festsetzung des Datums für den Beginn der Invasion. Dies geschah auf der berühmten Teheraner Konferenz zwischen Roosevelt, Churchill und Stalin Ende November 1943.

Browder beging in der Frage der zweiten Front zwei schwere opportunistische Fehler. Als Hitler die Sowjetunion überfiel, zog Browder aus der Tatsache, daß Großbritannien und die Vereinigten Staaten sich zur Unterstützung der UdSSR bereit erklärt hatten, den falschen Schluß, daß sie in Zukunft zuverlässige Verbündete sein würden. „Sie haben den Rubikon überschritten", schrieb er aus dem Zuchthaus Atlanta an das Nationalkomitee. „Mit der Politik von München ist es nun zu Ende. In dieser Hinsicht haben wir nichts mehr zu fürchten." Dieser Glaube, es sei zu einer zuverlässigen Vereinigung der militärischen Anstrengungen gekommen, nur weil die Sowjetunion und die Westmächte im Kriege auf der gleichen Seite standen, enthielt schon den Keim seines späteren Teheraner Revisionismus.

Die Partei wies Browders opportunistische Beurteilung des Kriegsbündnisses zurück, und die Richtigkeit ihrer Stellungnahme wurde dadurch bewiesen, daß sie fast unmittelbar danach den zweieinhalb Jahre dauernden Kampf gegen die Verschleppungstaktik der englischen und der amerikanischen Regierung in der Frage der zweiten Front eröffnen mußte.

Den zweiten Fehler in der Frage der Westfront beging Browder nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis unmittelbar nach Beendigung dieses historischen Kampfes. Sein Fehler beruhte auf einer gewaltigen Überschätzung der Bedeutung des Teheraner Abkommens über die Eröffnung der zweiten Front. Es war eine Ironie der Geschichte, daß die Partei ihren sonst so glanzvollen Kampf für die zweite Front dadurch abschließen sollte, daß sie in diesem Zusammenhang auf die Initiative Browders den bei weitem schwersten politischen Fehler in ihrem ganzen Leben beging. Über diesen Fehler wird ausführlich im nächsten Kapitel gesprochen.

[587:]

Die Fair Employment Practices Commission

Während des Krieges brachten die Unternehmer Roosevelts Sozialversicherungsprogramm aus angeblichen Sparsamkeitsgründen zum Stillstand, obwohl ihre eigenen Profite zwei- bis dreimal so hoch waren wie unmittelbar vor dem Kriege. Ein besonders spürbarer Rückschlag in dieser Hinsicht war das Wagner-Dingell-Gesetz über die obligatorische Krankenversicherung. In derselben Richtung lag es, als der Kongreß im Jahre 1943 das berüchtigte Smith-Connally-Gesetz annahm, das Streiks in Rüstungsbetrieben für ungesetzlich erklärte und die Gewerkschaften in ihrer politischen Betätigung beschränkte. Trotzdem gelang es den Arbeitern in der durch den Volkskrieg bedingten demokratischen. Atmosphäre, entsprechend dem Gesetz über gerechte Arbeitsnormen (Fair Labor Standards Act) von 1938 einige Konzessionen durchzusetzen und die Vierzigstundenwoche zu verteidigen. Im

Jahre 1944 verkündete Roosevelt außerdem das Gesetz über wirtschaftliche Rechte (Economic Bill of Rights).[9] Der wichtigste Fortschritt aber war die Gründung der Fair Employment Practices Commission, durch die die Diskriminierung der Negerarbeiter in der Industrie teilweise eingedämmt werden sollte.

Am 25. Juni 1941 erklärte der Präsident in seinem Erlaß Nr. 8802 es als die „Politik der Vereinigten Staaten, daß kein in der Rüstungsindustrie oder von der Regierung beschäftigter Arbeiter wegen seiner Rasse, seines Glaubensbekenntnisses, seiner Hautfarbe oder seiner Volkszugehörigkeit diskriminiert werden darf". Am 18. Juli rief Roosevelt zur Durchsetzung dieser Direktive die Fair Employment Practices Commission insLeben.

Bisher hatte der Präsident, obwohl er gegenüber dem Negervolk eine wohlwollende Haltung einnahm, praktisch nichts getan, um die schändliche Diskriminierung der Neger einzuschränken. Obwohl die Zahl seiner Anhänger im Süden besonders groß war, hatte er gegen die dort herrschenden Jim-Crow-Methoden niemals etwas Ernsthaftes unternommen. Auch die 920.000 Neger beiderlei Geschlechts, die während des Krieges bei den Streitkräften dienten, mußten sich Diskriminierungen [588:] jeder Art gefallen lassen, obwohl Roosevelt durch ein einziges Wort hier hätte Wandel schaffen können. Ebensowenig setzte der Präsident sich für die Gesetzentwürfe gegen die Wahlsteuer und das Lynchunwesen ein, die seit Jahren von Vito Marcantonio, dem Vertreter des 18. Wahlbezirks von New York City im Repräsentantenhaus, mutig verfochten wurden und beinahe angenommen worden wären. Wenn die Fair Employment Practices Commission zustande kam, so war dies in erster Linie dem Bedarf an Arbeitskräften unter den besonderen Verhältnissen der Kriegszeit, dem Druck der Massen der gewerkschaftlich organisierten Neger, dem Kampfgeist des Negervolks und der wachsenden Aktionseinheit zwischen den fortschrittlich gesinnten Negern und Weißen zu verdanken. Ein nicht geringes Verdienst am Zustandekommen dieser Maßnahme hatte sich die Kommunistische Partei durch ihren unermüdlichen Kampf für die Interessen des Negervolks erworben.[10]

Dieser Ausschuß erleichterte zwar die Lage der Negerarbeiter während des Krieges zu einem gewissen Grade und legte prinzipiell ihre Rechte in der Industrie fest, doch erhielt er niemals bundesgesetzliche Vollmachten. Den Gesetzentwurf Marcantonios (Repräsentantenhaus Nr. 1732), der seinen Erlaß konkretisieren sollte, unterstützte Roosevelt nicht. Als der Reaktionär Truman Präsident wurde, gelang es ihm, wie wir später sehen werden, unter dem Deckmantel seiner üblichen demagogischen Redensarten den Ausschuß völlig zu entmachten. Die AFL und die Railroad Brotherhoods, die an ihrer diskriminierenden Haltung gegenüber den Negern festhielten, bekämpften die praktische und legislative Tätigkeit des Ausschusses ebenfalls als „Verletzung des Rechts der Gewerkschaften, ihre inneren Angelegenheiten selbst zu regeln".

Die Auflösung der Kommunistischen Internationale

Am 10. Juni 1943 wurde die Kommunistische Internationale im Einvernehmen mit allen ihr angeschlossenen ‚Parteien aufgelöst. Am 15. Mai war den Parteien ein entsprechender Antrag [589:] unterbreitet worden.[11] So fand die von Lenin im März 1919 gegründete Weltorganisation der Kommunisten ihr Ende.

Dieser bedeutsame Schritt war eine durch den Krieg bedingte Maßnahme und sollte die Einheit der gegen die faschistische Aggression kämpfenden Völker festigen. In einem Interview mit dem Reuter-Korrespondent Harold King erklärte Stalin: „Die Auflösung der Kommunistischen Internationale ... erleichtert ... die Organisierung des gemeinsamen Angriffs aller freiheitliebenden Nationen gegen den gemeinsamen Feind – den Hitlerfaschismus ... sie entlarvt die Lüge der Hitlerleute, daß ‚Moskau' angeblich beabsichtige, sich in das Leben anderer Staaten einzumischen und sie zu ‚bolschewisieren'."[12] Stalin wies auch konkret nach, daß die Maßnahme die Organisierung der progressiven Kräfte

---

9 Siehe Labor Research Association, "Labor Fact Book 7", S. 22.

10 Siehe Benjamin J. Davis jun. in "The Communist", August 1942.

11 Siehe "The Communist", Juli 1943.

12 J. Stalin, „Über den Großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion", Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 120/121.

in den verschiedenen Ländern fördern und außerdem die „Vereinigung aller freiheitliebenden Völker zu einem einheitlichen internationalen Lager für den Kampf gegen die Gefahr der Weltherrschaft des Hitlerfaschismus“ erleichtern werde.[13]

Mit der Auflösung der Komintern brachten die Kommunisten ein großes Opfer für die gemeinsame Sache des Sieges. Seit ihrer Gründung hatte die Komintern den Kampf für Freiheit, nationale Unabhängigkeit und Sozialismus in der ganzen Welt mit fester Hand geleitet. Sie war eine außerordentlich wertvolle Organisation, in der die Führer der Arbeiterklasse aller Länder über die Lage der Arbeiter beraten und Kampfpläne ausarbeiten konnten, um das Wohlergehen des werktätigen Volkes entsprechend seinen realen Bedürfnissen und seiner realen Lage in jedem einzelnen Lande zu fördern. Sie erzog auch im Feuer des praktischen Kampfes Zehntausende aktiver kommunistischer Kämpfer, die heute vielfach an der Spitze der Regierung ihrer Länder stehen. Die Kommunistische Internationale repräsentierte die sozialistische Weltbewegung auf einem weit höheren Niveau, als es die I. oder II. Internationale getan hatten.

[590:] Die Kommunistische Partei der Vereinigten Staaten verdankt der Komintern, wie wir im Laufe dieser Darstellung gesehen haben, zu einem großen Teil ihre eigene Entwicklung im Geiste des Marxismus-Leninismus. Bei der Lösung der schwierigen Nachkriegsprobleme hat sie es als sehr schmerzlich empfunden, daß sie den unmittelbaren Kontakt, den sie durch diese Organisation mit den besten Marxisten der Welt hatte, verlor.

Opportunistische Auffassungen über die nationale Einheit

Wir haben oben bereits einige von Browders Abweichungen gestreift. Das war aber erst der Anfang eines regelrechten Systems von Entstellungen des Marxismus-Leninismus. Während Browder im Gefängnis war, forderte die Kommunistische Partei ganz richtig die nationale Einheit der gegen Hitler kämpfenden Kräfte zur Fortsetzung des Krieges. Später aber ging Browder dazu über, diese gesunde Politik stark opportunistisch zu verzerren. Die nationale Einheit bedeutete für ihn „die Vereinigung der ganzen Nation, einschließlich der größten Kapitalisten, um einen totalen Sieg zu erkämpfen“[14], Diese allumfassende Vorstellung von der nationalen Einheit ignorierte die entscheidende Tatsache, daß die „größten Kapitalisten“, die sich in ihrem Verhalten von ihren eigenen imperialistischen Interessen leiten ließen, mit den Massen des amerikanischen Volkes, die für die Vernichtung des Hitlerfaschismus kämpften, politisch nichts gemein hatten. Statt sich mit solchen Reaktionären zu vereinigen, mußten sich die breiten Massen des Volkes im Interesse einer gesunden Kriegspolitik gegen sie organisieren und sie bekämpfen.

Browders Auffassung von der nationalen Einheit, die im Grunde genommen sozialdemokratisch war, ordnete außerdem die politische Rolle der Arbeiterklasse dem Diktat der Bourgeoisie unter. Während des Krieges hätte die organisierte Arbeiterschaft, deren Zahl im Laufe des Krieges von elf Millionen auf vierzehn Millionen anstieg, ihre Kräfte politisch, wenn [591:] auch nur locker, zusammenfassen müssen. Da die Arbeiterschaft den Krieg vorbehaltlos unterstützte, hätte sie auch verlangen müssen, daß ihr Verhältnis zur Regierung Roosevelt die Form einer Koalition erhielt. Einem solchen Koalitionskabinett hätten mehrere Vertreter der Arbeiterschaft angehören müssen, anstatt daß ihm nicht einer angehörte. Aber Roosevelt stand solchen Plänen naturgemäß ablehnend gegenüber, und ebenso verhielt sich die Gewerkschaftsbürokratie, die gar nicht daran dachte, irgend etwas zu unternehmen, wodurch ihr geliebtes (bürgerliches) Zweiparteiensystem auch nur im geringsten bedroht werden konnte.

In der Kommunistischen Partei wurde die Forderung erhoben, die organisierte Arbeiterschaft solle für eine Koalitionsregierung und für Beteiligung an Roosevelts Kabinett kämpfen. Aber Browder wandte sich gegen diesen Vorschlag. Er ließ sich von Roosevelt, Lewis, Murray und Green ins Schlepptau nehmen, betrachtete das Zweiparteiensystem als selbstverständlich und lehnte die Perspektive einer dritten Partei, einer Partei der Arbeiterklasse, rundweg ab. Er erklärte: „Wir haben

---

13 Ebenda, S. 121.

14 Earl Browder, “Victory – and After”, S. 112.

jegliche allgemeine Reorganisierung oder Umgruppierung der Parteistruktur in unserem nationalen politischen Leben als für die Kriegszeit unzulässig abgelehnt.“[15] Die Folge des Verzichts der Arbeiterschaft, auf ihren Rechten zu bestehen, war, daß ihr der erheblich verstärkte politische Einfluß, den sie durch die Beteiligung an einer Koalitionsregierung hätte gewinnen können, versagt blieb. Browders Idee war nicht, daß die Arbeiterschaft mit Roosevelt im Kriege „zusammenarbeiten“, sondern daß sie ihn einfach „unterstützen“ müsse. So verfügte die Arbeiterschaft während des ganzen Krieges nur über unbedeutende Vertretungen in den zahlreichen Kriegskomitees und Ämtern. Roosevelt war vor allem darauf bedacht, selbständige politische Aktionen der Arbeiterklasse zu verhindern, und er konnte diesen die Arbeiterschaft schwächenden Kurs während des Krieges mit Browders Segen sehr erfolgreich durchführen.

Um die allgemeine Forderung der Arbeiterschaft nach stärkerem Einfluß während des Krieges zu beschwichtigen, rief [592:] Roosevelt schließlich das Combined Labor Victory Committee ins Leben, dem je drei Vertreter des CIO und der AFL und ein Vertreter der Railroad Brotherhoods angehörten. Dieser Ausschuß, der von Zeit zu Zeit gemeinsam mit dem Präsidenten tagte, hatte keine wirkliche Entscheidungsgewalt. Browder begrüßte gemeinsam mit den Gewerkschaftsbürokraten dieses Verlegenheitsgebilde als kompetente Vertretung und große Errungenschaft der organisierten Arbeiterschaft.

Durch Browders falsche Auffassung von der nationalen Einheit wurde der politische Einfluß der Kommunistischen Partei stark beschnitten. Es wäre für die Partei wie für die Arbeiterbewegung überhaupt von großem Vorteil gewesen, wenn die Kommunisten die imperialistische Politik des Großkapitals während des Krieges gegenüber den demokratischen Bestrebungen der Arbeiter deutlicher herausgestellt hätten und die Partei sich wirklich für eine tatsächliche politische Anerkennung der Arbeiterschaft in der Führung des Krieges eingesetzt hätte. Browders Opportunismus machte es der Partei unmöglich, sich in diesen beiden entscheidenden Fragen während der Kriegszeit durchzusetzen.

Browders Plan eines organisierten Kapitalismus

Zahlreiche Rechtssozialisten und Pseudokommunisten – Bernstein, Kautsky, Bucharin und andere – haben nach dem Vorbild „fortschrittlicher“ bürgerlicher Ökonomen von Zeit zu Zeit Theorien über einen „organisierten Kapitalismus“ entwickelt, das heißt über ein kapitalistisches System, das seine inneren Widersprüche und das unvermeidliche Chaos überwindet, um im nationalen wie im internationalen Maßstabe planmäßig und systematisch zu produzieren. Browder versuchte sich in diesen opportunistischen Spielereien im Rahmen einer Politik für die Kriegszeit im Jahre 1942. Die Anregung dazu erhielt er von dem Kongreßabgeordneten Tolan, der in einem Bericht an den Kongreß den Vorschlag machte, daß „jede Phase“ der nationalen Wirtschaft „geplant, geleitet, unter Regierungskontrolle gebracht werden“ solle. Das war ein vergeblicher Versuch [593:] von bürgerlicher Seite, die planmäßige sozialistische Produktion der UdSSR nachzuahmen. Browder bezeichnete seinen eigenen Plan eines organisierten Kapitalismus als „zentralisierte Kriegswirtschaft“. In der Partei erhob sich Widerspruch gegen Browders Plan, doch war die Opposition nicht stark genug, um zu verhindern, daß er wenigstens formell angenommen wurde.

Browder erklärte: „Eine maximale Kriegsproduktion verlangt eine zentrale Verwaltung, die die gesamte Wirtschaft der Nation plant, lenkt, leitet und kontrolliert.“[16] Den gesamten Wirtschaftsapparat sollte die Regierung verwalten, wobei die Arbeiterschaft (ebenfalls gemäß Browders Politik) nur unbedeutende beratende Funktionen ausüben sollte. Welche Bedeutung Browder seinem Projekt beimaß, ergibt sich aus folgenden Zitaten aus seinem Buche “Victory – and After”: „In einer zentralisierten Kriegswirtschaft verlieren die Preise ihre frühere Bedeutung als Registrierung der Marktbeziehungen und sind nur noch ein Mittel der Buchhaltung und Verrechnung ... Die Profite verlieren ihre frühere Bedeutung als Quelle ‚unbeschränkten persönlichen Verbrauchs .... Zwar bleibt das Privateigentum unangetastet, doch verliert das Privatkapital seine Bedeutung als Vorbedingung der

---

15 Ebenda, S. 140.
16 Ebenda, S. 228.

Produktion ... Die Löhne werden allmählich ihre Bedeutung für die Marktverhältnisse verlieren ... Für die Regierung besteht die Notwendigkeit, die Betriebe zu ‚übernehmen', nur so weit, wie der Kongreß dies bereits in dem Bundesgesetz vorgesehen hat, wonach Betriebe beschlagnahmt werden können, wenn dies durch den Widerstand der gegenwärtigen Einzeleigentümer gegen die Politik der Regierung erforderlich wird."[17] Browder sah das Lohnsystem unter seinem „organisierten Kapitalismus" praktisch völlig verschwinden. Er sagte: „Die in Geld ausgedrückten Löhne repräsentieren nicht mehr den Lebensstandard, die Löhne müssen daher jetzt in einer garantierten Versorgung der Arbeiter entsprechend ihren Bedürfnissen als Produzenten ausgedrückt werden."[18]

[594:] Lenin und Stalin haben wiederholt darauf hingewiesen, daß der Kapitalismus weder im Kriege noch im Frieden planmäßig produzieren kann. Diese Feststellung gilt nicht nur für Bucharins organisierten Kapitalismus, sondern auch für Browders „zentralisierte Kriegswirtschaft" und Trumans Plan einer „gelenkten Wirtschaft". Die Beherrschung des kapitalistischen Systems durch das Monopolkapital, die starke Konkurrenz zwischen Hunderttausenden von kapitalistischen Firmen, die blind für den Markt produzieren, die heftigen Kämpfe zwischen den herrschenden und den ausgebeuteten Klassen in der Lohnfrage usw., der erbarmungslose Kampf zwischen den imperialistischen Mächten um die Weltmärkte, der scharfe Interessengegensatz der kapitalistischen Welt gegenüber der sozialistischen Welt – das alles macht das kapitalistische Weltsystem hoffnungslos chaotisch und unorganisierbar.

In seiner berühmten Einleitung zu Bucharins Schrift „Weltwirtschaft und Imperialismus" bemerkte Lenin im Jahre 1915 zu dieser ganzen Frage folgendes: „Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Entwicklung in der *Richtung* auf einen einzigen, ausnahmslos alle Unternehmungen und ausnahmslos alle Staaten verschlingenden Welttrust verläuft. Doch diese Entwicklung erfolgt unter solchen Umständen, in einem solchen Tempo, unter solchen Widersprüchen, Konflikten und Erschütterungen – keineswegs nur ökonomischen, sondern auch politischen, nationalen usw. usf. –, daß notwendigerweise, *bevor* es zu einem einzigen Welttrust, zu einer ‚ultraimperialistischen' Weltvereinigung der nationalen Finanzkapitale kommt, der Imperialismus unweigerlich bersten muß, daß der Kapitalismus in sein Gegenteil umschlagen wird."[19]

Unter den gegebenen Verhältnissen des Krieges mußten Browders Träume von einem „organisierten Kapitalismus" unter den Arbeitern Illusionen über die Fähigkeit des Kapitalismus zu einer planmäßigen Produktion verbreiten. Außerdem bestand die Gefahr, daß die politische Initiative des Proletariats dadurch gelähmt und das Proletariat ins Schlepptau der Bourgeoisie geraten würde. Unmittelbar schwächte Browders [595:] utopistischer Plan den Kampf für Präsident Roosevelts praktischeres 7-Punkte-Programm (Steuern, Preiskontrolle, Materialzuteilung, Profitbegrenzung usw.), das in den unvermeidlichen Wirrwarr der kapitalistischen Produktions- und Verteilungsverhältnisse wenigstens eine Spur von Ordnung bringen sollte.

Browders Opportunismus und die chinesische Revolution

Seit jeher hat der Wallstreet-Imperialismus gegenüber China eine Politik der Aggression und Ausbeutung betrieben. Die Kommunistische Partei kämpfte fast von Anfang an, im allgemeinen unter der Losung „Hände weg von China!", gegen diese imperialistische Durchdringung Chinas und unterstützte die chinesische Revolution nach besten Kräften. Im besonderen wandte sie sich energisch gegen Roosevelts Politik der Lieferung von Eisenschrott und anderem Kriegsmaterial an Japan in den dreißiger Jahren, als die Japaner in China einfielen und sich dort ausbreiteten. Im Jahre 1937 würdigten Mao Tse-tung, Tschou En-lai und Tschu Teh, die Führer der chinesischen Kommunisten, diese Unterstützung in Dankschreiben an die Kommunistische Partei der Vereinigten Staaten.

Während des zweiten Weltkrieges jedoch wich Browder im Zuge seiner Entwicklung zum Revisionismus weitgehend von der richtigen Haltung der Partei gegenüber der chinesischen Revolution ab. Sein

---

17 Ebenda, S. 245-249.

18 Ebenda, S. 238.

19 W. I. Lenin, „Vorwort zu M. Bucharins Broschüre ‚Weltwirtschaft und Imperialismus'"; Werke, 4. Ausgabe, Bd. 22, S. 94/95, russ. [LW 22, S. 106]

Opportunismus trat klar zutage nach seiner Unterredung mit dem stellvertretenden Außenminister Sumner Welles im Oktober 1942. Kurz zuvor hatte Browder die antikommunistische Politik der Regierung Roosevelt in China heftig kritisiert. Daraufhin ließ Welles ihn nach Washington kommen und erklärte ihm, seine Behauptungen seien unzutreffend und das Ziel der Vereinigten Staaten sei die Vereinigung der Kräfte Tschiang Kai-scheks und der Kommunisten in China. Diese Politik lief einzig darauf hinaus, die ganze militärische Kraft Chinas im Kriege gegen die Japaner zusammenzufassen. Browder aber verstand sie als ein echtes und ehrliches Bestreben, die nationale Einheit Chinas auf demokra-[596:]tischer Grundlage herzustellen. Er akzeptierte die These von Welles vorbehaltlos, entschuldigte sich öffentlich wegen seiner früheren Angriffe gegen die Chinapolitik des Außenministeriums[20] und unterstützte von nun an den reaktionären Kurs des amerikanischen Imperialismus in China.

So behauptete er bezeichnenderweise in einer Rede am 13. März 1945: „Die Vereinigten Staaten sind der Ansicht, daß die Politik Jenans (das heißt der Kommunisten) unserer Auffassung über das Verhältnis der beiden Nationen näherkommt als die Politik Tschungkings (das heißt Tschiang Kai-scheks) ... Die Wirtschaftspolitik des von den Kommunisten beherrschten Gebiets kommt den amerikanischen Methoden des ‚freien Unternehmertums' viel näher als diejenige Tschungkings ... Die chinesischen Kommunisten haben Vertrauen zu Amerika."[21] Einen Höhepunkt erreichte seine Unterstützung der Wallstreet-Politik in China, als er auf dem außerordentlichen Parteitag im Juli 1945 erklärte: „Die offizielle amerikanische Politik erstrebt trotz aller zeitweiligen scheinbaren Schwankungen die Vereinigung und Demokratisierung Chinas."[22] Browder suchte sogar den falschen Eindruck zu erwecken, daß das Außenministerium die Kommunisten gegen Tschiang Kai-schek unterstütze.

Daß Browder in der chinesischen Frage völlig falsch orientiert war, wird durch die gegenwärtige Chinapolitik des Außenministeriums bewiesen: durch die Annexion Taiwans, den Versuch der Eroberung Koreas, den Vorschlag des Abwurfs von Atombomben über chinesischen Städten, den Wirtschaftsboykott gegen China, die militärische Unterstützung Tschiang Kaischeks gegen Volkschina, die Nichtzulassung der chinesischen Volksrepublik zu den Vereinten Nationen. Das ist die logische Konsequenz der traditionellen Aggressionspolitik des amerikanischen Imperialismus gegenüber China. Als Marxisten-Leninisten verfolgten die chinesischen Kommunisten einen von demjenigen Browders völlig verschiedenen Kurs, den Kurs des [597:] antiimperialistischen Kampfes, der fünfundzwanzig Jahre früher von dem großen Marxisten Stalin vorgezeichnet worden war und der ihnen den vollständigen Sieg brachte.

Die Partei und die Massen

Die Zusammenarbeit der Linken und der Fortschrittler, die zum Aufbau des CIO geführt und den CIO zur führenden Sektion der Gewerkschaftsbewegung in Fragen des Krieges, der Organisierung der Unorganisierten, der Neger, der Frauen, der Jugendlichen usw. gemacht hatte, dauerte auch während des Krieges an, hauptsächlich auf Grund einer allgemeinen Übereinstimmung über die Ziele und Aufgaben des Krieges, teilweise aber auch, weil Philip Murray in seinem Kampf gegen John L. Lewis und die Green-Clique in der AFL dringend auf die Hilfe der Kommunisten angewiesen war. Die praktische Wirksamkeit des Blocks zwischen der Linken und der Mitte wurde damals jedoch erheblich beeinträchtigt durch die erwähnten Fehler Browders, besonders dadurch, daß er in Fragen wie denen des organisierten Kapitalismus und des Verzichts auf selbständiges politisches Handeln der Arbeiterklasse der Linie Murrays folgte.

Die umfassenden Einheitsfrontbewegungen der Linken und Fortschrittler, die in den Jahren unmittelbar vor dem Kriege eine so große Rolle gespielt hatten, lösten sich im Laufe des Krieges zum größten Teil entweder auf oder wurden gänzlich bedeutungslos, hauptsächlich deshalb, weil die neue Lage die Probleme änderte, die vor den Organisationen standen, und diese weitgehend überflüssig machte. Die Auseinandersetzungen zwischen der Rechten und der Linken über Fragen wie den sowjetisch-deutschen Pakt, den finnischen Krieg und den „komischen Krieg" überhaupt beschleunigten ihre

---

20 Siehe Earl Browder, "The Policy of Victory", New York 1943, S. 20-22.

21 Earl Browder, "Why America Is Interested in the Chinese Communists", New York 1945.

22 "Daily Worker", 28. Juli 1945.

Auflösung. Die American League for Peace and Democracy wurde im Jahre 1940 und die American Peace Mobilization im Jahre 1941 aufgelöst. Der American Youth Congress löste sich 1942 auf, die League of American Writers 1941. Auch die Workers Alliance trat, da die Arbeitslosigkeit kein Problem mehr war, bei Kriegs-[598:]ausbruch vom Schauplatz ab. Der National Negro Congress, der Southern Negro Youth Congress und .die Southern Conference for Human Welfare überlebten den Krieg, aber nur in stark reduzierter Form. Das American Committee for Protection of Foreign Born arbeitete weiter, da es nach wie vor wesentliche Aufgaben zu erfüllen hatte. Ebenso blieben die Einheitsfrontorganisationen für Rechtsschutz in der Form des Civil Rights Congress bestehen.

Während des Krieges wuchs die Mitgliederzahl der Partei nur langsam. Anfang 1944 erreichte sie ihren Höchststand mit etwa 80.000 Mitgliedern, einschließlich der 15.000, deren Mitgliedschaft während ihrer militärischen Dienstzeit ruhte. Das waren nur 5000 mehr als zur Zeit des Parteitags von 1938. Zahlreiche Arbeiter traten der Partei bei; die Werbekampagne Anfang 1944 zum Beispiel erbrachte 24.000 neue Mitglieder, darunter 30 Prozent Neger; doch war die Fluktuation innerhalb der Mitgliedschaft sehr stark. Damals gehörten 33.000 Mitglieder der Partei weniger als ein Jahr lang an.[23] Im Jahre 1944 waren rund 14 Prozent der Parteimitglieder Neger, 46 Prozent Industriearbeiter, 46 Prozent Frauen und 25 Prozent freiberuflich Tätige und Angestellte.

Der wachsende Einfluß der Partei unter den Massen offenbarte sich bei den Kommunalwahlen in New York im Jahre 1943, als Peter V. Cacchione (erstmals 1941 gewählt) als Vertreter der Kommunisten mit der größten Stimmenzahl, die jemals ein Kandidat in der Stadt im ersten Wahlgang erreicht hatte, in den Stadtrat wiedergewählt wurde. Von größter Bedeutung war es, als gleichzeitig zum erstenmal ein kommunistischer Neger, Benjamin J. Davis jun., in ein öffentliches Amt gewählt wurde. Sowohl Cacchione als auch Davis leisteten hervorragende Arbeit im Stadtrat.

Die Möglichkeiten zur Entwicklung der Partei waren während des Krieges ganz besonders günstig, und die Partei hätte bei Kriegsende wenigstens 150.000 festorganisierte Mitglieder zählen müssen. Wenn ihr dies nicht gelang, so hauptsächlich [599:] infolge der opportunistischen Politik Browders, die die Initiative der Partei lähmte und ihr Programm verzerrte, so daß die Partei weniger Anziehungskraft auf die Arbeiter ausübte. In der Partei gab es eine beträchtliche Opposition gegen Browders Fehler, gegen seine falsche Einstellung zu den amerikanischen demokratischen Traditionen, seine schädliche Haltung in der lateinamerikanischen Frage, seine Theorie des „Antriebslohns“, seine opportunistischen Auffassungen über die nationale Einheit und seine Theorie einer zentralisierten Kriegswirtschaft. Aber diese Opposition war einstweilen weder klar noch stark genug, um das revisionistische System, das Browder eifrig entwickelte, restlos zu entlarven und zu widerlegen. Dies geschah erst später.

---

23 Siehe John Williamson in “Proceedings of the Constitutional Convention of the Communist Political Association”, 20.-22. Mai, New York 1944, S. 51.

[600:]

30
DIE COMMUNIST POLITICAL ASSOCIATION
(1944-1945)

Das Teheraner Abkommen zwischen Roosevelt, Churchill und Stalin vom Dezember 1943 war im wesentlichen militärischer Art und bestimmte Zeitpunkt – 6. Juni 1944 –, Ort und Strategie der lange verzögerten Eröffnung der Westfront in Frankreich. Die drei Männer nahmen auch Gelegenheit, in diplomatischer Form die Hoffnung auszusprechen, daß diese kriegsbedingte Einigkeit nach dem Kriege weiterbestehen und zu einem Frieden „für viele Generationen“ führen werde. Entsprechend der leninistischen Politik, wonach die kapitalistischen und die sozialistischen Mächte friedlich nebeneinander bestehen können, setzte Stalin sich entschieden für einen solchen Frieden ein. Aber der aggressive englisch-amerikanische Imperialismus, der bereits nach der Welteroberung strebte und dessen Repräsentanten Churchill und Roosevelt waren, verfolgte keine solche friedlichen Ziele, wie sich bald herausstellte.

Earl Browder, der Generalsekretär der Kommunistischen Partei, zog den voreiligen Schluß, daß die Nachkriegseinheit, die die „Großen Drei“ in Teheran als erwünscht bezeichnet hatten, tatsächlich vereinbart und daher der Friede und die Zusammenarbeit nach dem Kriege garantiert seien. Er war der Ansicht, die herrschenden Kreise des amerikanischen Monopolkapitals seien an einem friedlichen Zusammenleben und freundschaftlichen Wettbewerb mit der UdSSR interessiert. Mit der Zungenfertigkeit eines Utopisten und Opportunisten unternahm es Browder, den wesentlichen Inhalt dieses imaginären Teheraner Abkommens zu präzisieren. Er tat dies im Januar 1944 auf einer Tagung des Nationalkomitees der Kom-[601:]munistischen Partei in New York. Später entwickelte er seine These ausführlich in seinem Buch “Teheran: Our Path in Peace and War”. Trotz zahlreicher Zweifel und einer gewissen Opposition unter der Mitgliedschaft gelang es Browder, die Partei zur Billigung seiner Politik zu bewegen, wenn man ihm 'auch nicht aus vollem Herzen zustimmte.

„Der Kapitalismus und der Sozialismus“, sagte Browder, „haben begonnen, den Weg zum friedlichen Zusammenleben und zur Zusammenarbeit in der gleichen Welt zu finden.“ Die Einigkeit der „Großen Drei“ in der Nachkriegszeit, so argumentierte er, beruhe darauf, daß Churchill und Roosevelt Stalin versichert hätten, man werde die Sowjetunion sich in Frieden entwickeln lassen, während Stalin Churchill und Roosevelt versprochen habe, „die siegreiche Rote Armee werde das Sowjetsystem und den Sozialismus nicht mit Gewalt dem übrigen Europa aufzwingen“. Also seien die alten „Befürchtungen und Verdächtigungen“ erledigt, und eine echte Zusammenarbeit in der ganzen Welt sei praktisch gesichert.

Die in Europa nach dem Kriege zu erwartenden revolutionären Bewegungen, so meinte Browder, müßten die neue internationale Einheit durchaus nicht sprengen. Denn, behauptete er, „es ist der dümmste Fehler, wenn man unterstellt, die amerikanischen Interessen, selbst die des amerikanischen Monopolkapitals, vertrügen sich keinesfalls mit der unumgänglichen Volksrevolution in Europa“. Ebenso leicht machte er sich die Sache in der Frage der Kolonialrevolution. Die Profitinteressen, so argumentierte er, nötigten den amerikanischen Kapitalismus offensichtlich, große Märkte in den kolonialen und halbkolonialen Ländern zu schaffen. Infolgedessen würde ein Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten und Großbritannien zur Befreiung, Industrialisierung und Demokratisierung dieser Gebiete äußerst praktisch (ja unvermeidlich) sein. Das war Trumans „Punkt 4“, angeregt durch Roosevelt und zur Theorie entwickelt durch Browder. Wirtschaftliche Gegensätze zwischen den beiden Mächten könnten und würden ebenfalls in freundschaftlichem Einvernehmen bereinigt werden.

In der von Browder unterstellten „Teheraner“ Nachkriegswelt würden also die Imperialisten die ihrer Natur entspre-[602:]chende feindselige Einstellung gegenüber der Sowjetunion aufgeben, ihre eigenen wirtschaftlichen Streitigkeiten begraben, die Volksrevolutionen in Europa hinnehmen und mit den Unabhängigkeitsbewegungen der Kolonialvölker zusammenarbeiten. Dann werde der Frieden auf viele Generationen gesichert sein.

Diese idyllische internationale Einheit im Sinne Browders setzte natürlich eine ebenso idyllische nationale Einheit in den kapitalistischen Ländern voraus. In den Vereinigten Staaten empfahl sich diese Einheit hauptsächlich durch wirtschaftliche Erwägungen. Dies bedeutete nach Browder, daß jährlich zusätzliche Konsumgüter im Werte von 80 Milliarden Dollar zur Verfügung stehen würden, die sich nach der Umstellung der Rüstungsindustrie auf zivile Produktion ergäben. Dieses Problem wollte er vorzugsweise durch eine Steigerung des amerikanischen Außenhandels um 40 Milliarden Dollar jährlich lösen, das heißt durch eine Erhöhung des amerikanischen Exports nach Lateinamerika um 6 Milliarden, nach Afrika um 6 Milliarden, nach Asien um 20 Milliarden, nach Europa um 6 Milliarden und nach der UdSSR um 2 Milliarden Dollar. „Ich bin durchaus bereit", sagte Browder, „den freien Privatunternehmern dabei behilflich zu sein, den erforderlichen 40-Milliarden-Dollar-Markt ganz und gar mit ihren eigenen Methoden zu realisieren." Das war ein Wink für die Wallstreet, den Welthandel mit Hilfe der Arbeiterklasse an sich zu reißen.

Was den Absatz der 40 Milliarden Dollar an amerikanischer Überproduktion betraf, die selbst nach dieser gewaltigen Erweiterung des Außenhandels übrigbleiben würde, so erwartete Browder, daß die Unternehmer die Reallöhne freiwillig verdoppeln würden. „Mir scheint, es gibt keinen anderen Weg", sagte Browder, „als eine Verdoppelung der Kaufkraft des Einzelverbrauchers. Wie das gemacht werden soll, darüber wollen wir diesmal noch nichts sagen. Wir erwarten praktische Vorschläge von den Kapitalisten, die die Lösung finden müssen, um ihre Betriebe in Gang zu halten."

Browder erklärte, die „einsichtsvollen" Kapitalisten würden die nationale Einheit auf der Grundlage aller seiner Projekte – Duldung der Revolutionen in Europa und in den Kolonien, [603:] Verdoppelung der Löhne, Abschaffung des Antisemitismus und der Negerverfolgung – entsprechend ihren „wahren Klasseninteressen" herbeiführen. In seiner Begeisterung für eine nationale Einheit auf der Grundlage der Zusammenarbeit der Klassen erklärte er am 12. Dezember 1943 in einer Rede in Bridgeport (Connecticut): „Wenn J. P. Morgan diese Koalition (im Geiste Teherans) unterstützt und entsprechende Konzessionen macht, bin ich als Kommunist bereit, ihm die Hand zu drücken und mit ihm zusammenzugehen, um sie zu verwirklichen."[1]

So dachte sich Browder die nationale Einheit in den Vereinigten Staaten. Es werde, behauptete er, „sehr wenig Unzufriedenheit unter der Arbeiterschaft und nur sehr geringe Spannungen zwischen den Gewerkschaften, der Regierung und den Betriebsleitungen" geben. Die Gewerkschaften würden nur wenige Probleme haben. Browder erwartete, daß sie, wenn sie sich auf der Grundlage des Antriebslohns und des Streikverzichts betätigten, die er in die Nachkriegszeit übernehmen wollte, bestimmt zu „einem vereinbarten praktischen Programm" gelangen würden, „das den Kapitalisten ein Höchstmaß von Initiative gewährt, um die Verteilungsprobleme auf ihre eigene Weise zu lösen".

Einer der übelsten Faktoren in Browders sogenannter nationaler Einheit war sein Abrücken von dem Kampf des Negervolks um das Selbstbestimmungsrecht. Nach seiner Theorie hatte das Negervolk durch seine Haltung am Ende des Bürgerkriegs sein Selbstbestimmungsrecht ausgeübt und auf alle Perspektiven, eine gesonderte Nation zu bilden, verzichtet. Damit wurde der nationale Charakter der Negerfrage geleugnet. Politisch lief dies darauf hinaus, daß die Negermassen, wie die Arbeiter, es gar nicht nötig hätten, weiterhin gegen die angeblich wohlwollende herrschende Klasse zu kämpfen, sondern ihre Rechte automatisch erlangen würden. Die letzten Folgen dieser Auffassung waren eine ernstliche Schwächung der Parteiarbeit unter den Negern und die praktische Liquidierung der Kommunistischen Partei im Süden.[2]

[604:] Browders nationale Einheit setzte auch voraus, daß sich die Arbeiter mit dem Zweiparteiensystem bei den Wahlen vorbehaltlos abfinden würden. Er sagte: „Die Arbeiterklasse teilt sehr weitgehend die in der Nation allgemein verbreitete Ansicht, daß dieses ‚Zweiparteiensystem' angemessene Möglichkeiten biete, um die demokratischen Rechte im wesentlichen zu schützen." Er verteidigte dies System und erklärte: „Die politischen Ziele, die wir mit der Mehrheit der Amerikaner

---

1 "The Communist", Januar 1943.

2 Siehe Resolution des außerordentlichen Parteitags der KPdUSA vom 28. Juli 1945.

gemeinsam haben, werden wir mit Hilfe der in unserem Lande bestehenden Parteistruktur, die in der Hauptsache das typisch amerikanische Zweiparteiensystem ist, zu fördern suchen."

Da Browder den Kapitalismus, die Klassenzusammenarbeit und das Zweiparteiensystem akzeptierte und den nationalen Befreiungskampf des Negervolks preisgab, war es nur logisch, daß er die Kommunistische Partei für überflüssig hielt. So beantragte er ihre Auflösung und die Gründung einer kommunistischen Schulungsorganisation. Diese Organisation sollte bei Wahlen keine eigenen Kandidaten aufstellen und „überparteilichen Charakter" tragen. Sie sollte unter den Massen weiterhin im Sinne des „Marxismus" arbeiten. Vom Leninismus, dem Marxismus unserer Zeit, war überhaupt nicht mehr die Rede. In den Ausführungen über seine Teheran-These erwähnte Browder den Namen Lenin nicht einmal.

Das Wesen des Browderschen Opportunismus

Der Kern der opportunistischen Ideen Browders war der traditionelle „amerikanische Exzeptionalismus", die Illusion, das kapitalistische System in den: Vereinigten Staaten sei insofern von ganz besonderer Art, als es den für den Kapitalismus in anderen Ländern maßgeblichen Gesetzen des Wachstums und Niedergangs nicht unterliege. Infolge seiner verhältnismäßig günstigen Entwicklungsbedingungen – keine feudalistische politische Vergangenheit, ungeheure Naturschätze, gewaltiges einheitliches Territorium und, in neuerer Zeit, die sich aus der strategischen Lage ergebende Möglichkeit, aus den andere kapitalistische Länder zerstörenden Weltkriegen Profit [605:] herauszuschlagen – hat der Kapitalismus in den Vereinigten Staaten in einer Welt fortschreitender kapitalistischer Schwäche sich eine scheinbar große Stärke bewahrt. Lenin erklärte dies Phänomen schon vor langer Zeit durch sein Gesetz der ungleichmäßigen Entwicklung des Kapitalismus; aber Opportunisten wie Lovestone und Browder vertraten in voller Übereinstimmung mit den bürgerlichen Ökonomen den Standpunkt, daß die äußeren, spezifischen Züge des amerikanischen Kapitalismus ihn wesentlich vom Kapitalismus im allgemeinen unterschieden. Von diesem „amerikanischen Exzeptionalismus" waren alle politischen Auffassungen Browders durchdrungen.

Browders opportunistischer Plan enthielt, wie es bei den „amerikanischen Exzeptionalisten" üblich ist, eine gewaltige Überschätzung der Macht des amerikanischen Kapitalismus. Seine Teheran-These stellte die amerikanischen Monopolisten praktisch als die Herren der Welt dar und erkannte die imperialistische Welthegemonie der Wallstreet an. Henry Luce hat das „amerikanische Jahrhundert" niemals in so leuchtenden Farben geschildert, wie Earl Browder es tat.

Ein anderes wesentliches Element in Browders Opportunismus war sein Bekenntnis zu den Theorien von Keynes: Er wollte zeigen, daß die Vereinigten Staaten mit ihren Überproduktionskrisen durch Regierungsplanung fertig werden könnten. Dabei setzte er fälschlich voraus, daß der Kapitalismus auf diese Weise seine allgemeine Krise überwinden könne. Browders Utopie war die für Keynes charakteristische Illusion von einem „progressiven Kapitalismus", der sich in einer ständig steigenden Spirale vorwärtsbewegt. Was er schilderte, war der evolutionäre Fortschritt eines allen Bedürfnissen gerecht werdenden Kapitalismus, nicht aber der Kampf um den Sozialismus.

Zu Browders Opportunismus gehörte auch die typische rechtssozialistische Politik der Klassenzusammenarbeit, die darauf hinausläuft, daß die Arbeiterklasse sich dem Diktat der Kapitalistenklasse unterwirft. Er legte die gesamte Leitung der Gesellschaft in die Hände von „einsichtsvollen Kapitalisten". Weder die Arbeiterklasse noch die Kommunistische Partei hatten eine revolutionäre Rolle zu spielen.

[606:] Browders Auffassungen bedeuteten eine krasse Revision des Marxismus-Leninismus. In seiner Teheran-These strich er den Klassenkampf, überwand er die Grundwidersprüche des Kapitalismus, merzte er den Begriff des Imperialismus aus (schon das Wort „Imperialismus" wurde tabu für ihn) und beseitigte er die Perspektive des Sozialismus. Wenn nämlich die Kapitalisten freiwillig die Löhne verdoppelten, die unentwickelten Gebiete der Welt industrialisierten und demokratisierten, den Krieg abschafften und für einen steigenden Lebensstandard in der ganzen Welt sorgten, wie Browder von ihnen erwartete – wozu waren dann noch die proletarische Revolution und der Sozialismus

notwendig? Browders revisionistischer Ehrgeiz ging aber darüber noch hinaus. Er erdreistete sich, die Prinzipien und das Programm von Marx, Lenin und Stalin völlig neu formulieren zu wollen.

Browders opportunistische Teheran-Politik war die letzte Konsequenz seiner mehrjährigen falschen Einstellung gegenüber der Roosevelt-Koalition und der nationalen Einheit in den Jahren vor dem Kriege und im Kriege selbst. Von dem Zeitpunkt an, als die Partei Roosevelt im Jahre 1936 zu unterstützen begann, führte diese systematische Mißdeutung zu einer ganzen Reihe von aufeinanderfolgenden Fehlern. Dazu gehörten, wie wir bereits kurz bemerkt haben, seine Unfähigkeit zur Kritik an Roosevelt und seine Formel, man müsse „Roosevelt folgen und alles seiner Politik unterordnen" (schon 1937 sagte ein prominenter europäischer Marxist, Browder sei „von Roosevelt geblendet"), sein Verrat der nationalen Befreiungsbewegungen in Asien und Lateinamerika, seine Theorie, der englisch-amerikanische Imperialismus habe im Kriege „den Rubikon überschritten", seine falsche Auffassung des nationalen Befreiungskampfes in China, sein Verzicht auf die Forderung einer Koalitionsregierung während des Krieges, sein Antriebslohn, seine zentralisierte Kriegswirtschaft, der auf seine Veranlassung erfolgte Ausschluß von 4000 Einwanderern aus der Kommunistischen Partei, seine Abschaffung der Betriebsgruppen, seine sich in der Praxis immer stärker auswirkende Voraussetzung, daß es keinen Klassenkampf mehr gebe, seine Unterschätzung der führenden und selbständigen [607:] Rolle der Arbeiterklasse und der Kommunistischen Partei sowie seine ständige opportunistische Interpretation der amerikanischen Geschichte. In Browders Teheran-Politik gelangte seine immer deutlicher werdende Rechtsorientierung nur zur endgültigen Reife.

In seiner Teheran-Politik war Browder ein Wortführer des amerikanischen Imperialismus. Er verherrlichte die „fortschrittliche" Rolle des amerikanischen Monopolkapitalismus, verbreitete unter den Arbeitern imperialistische Illusionen, bemühte sich, die Arbeiterbewegung und die Kolonialvölker angesichts des aggressiven Imperialismus zu entwaffnen, und versuchte, den schärfsten Gegner des amerikanischen Imperialismus, die Kommunistische Partei, zu liquidieren. Die Teheran-Politik war ein Versuch, ein Aktionsprogramm nicht im Interesse der Arbeiterklasse, sondern im Interesse der amerikanischen Großbourgeoisie zu verfassen. Sie war zur Förderung der Weltherrschaftsbestrebungen der Wallstreet nach dem Kriege bestimmt und wollte die Arbeiterklasse für diese Ziele einspannen.

Wie Browders Revisionismus entstand

Heute, wo in den Vereinigten Staaten heftige Klassenkämpfe toben, ein neuer Weltkrieg droht und die Kommunistische Partei auf dem Boden des Leninismus steht, scheint es fast unglaublich, daß die Partei jemals den grundsätzlichen Fehler begehen konnte, Browders unmöglichen Teheran-Plan anzunehmen. Dieser Fehler ergab sich vor allem aus der unzulänglichen marxistisch-leninistischen Entwicklung der Partei und ihrer Führer. Es war ein Fehler der Partei, nicht nur ein Fehler ihres damaligen Führers Browder. Dieser machte sich nur die schwache marxistisch-leninistische Entwicklung der Partei zunutze. Er war der Theoretiker, der Wortführer und der Initiator der Abweichung.

Die Partei fügte sich damals in eine alle Klassen umfassende nationale Einheit ein und unterstützte eine bürgerliche Regierung, die mit der UdSSR in einem großen antifaschistischen Kriege verbündet war. Diese politische Linie war im wesent-[608:]lichen richtig. Durch die Entwicklung des Browderschen Opportunismus in den vorhergehenden Jahren aber war die Partei in dieser komplizierten Situation so stark beeinflußt worden, daß sie die fortschrittliche Bedeutung der damaligen nationalen und internationalen Einigkeit gröblich überschätzte. Als geriebener Sophist verstand es Browder, sein Teheran-Projekt in verhängnisvoller Weise plausibel erscheinen zu lassen. So ließ sich die Partei – zumindest teilweise – zu dem Glauben verleiten, die nationale und internationale Einigkeit der Kriegszeit werde nach dem Kriege weiterbestehen und sich sogar festigen. Andere kommunistische Parteien begingen damals, besonders auf der westlichen Halbkugel, ähnliche Fehler, indem sie Browders Linie oder Variationen dieser Linie billigten.

Browders Revisionismus hatte tiefe Wurzeln in der unangemessenen sozialen Zusammensetzung der Partei. Die Partei war verhältnismäßig schwach unter den Arbeitern in der Schwerindustrie, und diese Schwäche wurde durch die von Browder veranlaßte Auflösung der Betriebsgruppen damals noch vertieft. Außerdem waren zahlreiche ideologisch unentwickelte Angestellte und Angehörige freier

Berufe zur Partei gestoßen. Viele, wenn nicht die meisten, von diesen wurden schließlich vorbildliche Kommunisten; Browder aber, der selbst Angestellter – Buchhalter – gewesen war, verbündete sich systematisch mit den rechtsorientierten Elementen. Er unterhielt auch enge Beziehungen zu jenen opportunistischen kommunistischen Gewerkschaftsführern (späteren Renegaten), die durch die hohen Gehälter und den politischen Opportunismus der CIO-Bürokratie korrumpiert worden waren. Browder förderte alle diese rechten Tendenzen, stützte sich selbst auf sie und konzentrierte sich innerhalb der Partei ausschließlich auf den Kampf gegen die wirklichen Marxisten. Das alles erinnerte an den kleinbürgerlichen Opportunismus, der einst die Socialist Party zugrunde gerichtet hatte.

Die Richtung Browders konnte auch deshalb so üppig ins Kraut schießen, weil das Prinzip des demokratischen Zentralismus in der Partei nicht eingehalten wurde. In einer Partei, in der demokratischer Zentralismus im Geiste des Leninismus [609:] herrscht, gibt es unbedingt lebhafte politische Diskussionen, wird gründliche Selbstkritik geübt, herrscht feste Disziplin, werden rechte wie „linke“ Abweichungen energisch bekämpft und Parteibeschlüsse tatkräftig durchgeführt. Das sind die Voraussetzungen für eine starke Partei und eine richtige Politik. Im allgemeinen wurden diese Voraussetzungen in unserer Partei annähernd erfüllt, doch war dies nicht immer der Fall. Während der langen Fraktionskämpfe von 1923 bis 1929 zum Beispiel wurde der demokratische Zentralismus in der Partei erstickt durch Nörgelsucht, Cliquengeist, Mangel an Disziplin und die Bevorzugung von Gruppeninteressen gegenüber den Interessen der Partei. Zur Zeit Browders schlug dann die Verletzung des demokratischen Zentralismus in das entgegengesetzte, aber verwandte Extrem um, indem echte politische Diskussionen rücksichtslos unterbunden, die Selbstkritik praktisch abgeschafft, bürokratische Arbeitsmethoden bevorzugt, durchweg eine Überzentralisierung entwickelt und der Kampf gegen die rechten Tendenzen in der Partei fast völlig eingestellt wurden. Um politische Diskussionen abzuwürgen, wies Browder in demagogischer Weise ständig auf die Gefahren der Fraktionsbildung hin, wobei ihm der Umstand zu Hilfe kam, daß die Erinnerung an den schweren Schaden, der durch die langen Fraktionskämpfe von 1923 bis 1929 angerichtet worden war, in der Partei noch sehr lebendig war. Unter diesen unnatürlichen Verhältnissen, die mit einem marxistisch-leninistischen Parteileben nichts zu tun hatten, ließ sich die Partei Browders revisionistische Teheran-These ohne gründliche Diskussion vorübergehend aufzwingen.

Die Teheraner Abweichung unserer Partei war wesentlich sozialdemokratischen Charakters. Die rechte Sozialdemokratie läßt sich – das gehört zu ihren politischen Grundsätzen – stets von der Bourgeoisie ins Schlepptau nehmen. Diese Politik hat sie, wie wir gesehen haben, in ihrem Verrat so weit gebracht, daß sie das Programm des amerikanischen Imperialismus, durch einen großen Krieg die Weltherrschaft zu erobern, unterstützt. Browders Politik hätte unsere Partei in die gleiche Richtung geführt. Die Partei bewies jedoch ihre kommunistischen Qualitäten dadurch, daß sie ihren schweren Fehler [610:] erkannte und energisch korrigierte, Dazu ist die rechte Sozialdemokratie nicht fähig. Die Marxisten-Leninisten sind nicht unfehlbar. Auch sie machen gelegentlich Fehler. Doch ist es für sie charakteristisch, daß sie weniger Fehler begehen als andere Parteien und durch gründliche Selbstkritik solche Fehler offen korrigieren und Lehren aus ihnen ziehen.

Foster gegen Browder

Browder referierte über Teheran am 7. Januar 1944 vor den Mitgliedern des Nationalkomitees und anderen führenden Parteifunktionären. Insgesamt waren etwa 500 Funktionäre anwesend. Geleitet wurde die Versammlung von dem Landesvorsitzenden der Partei, William Z. Foster. Als Browder zu Ende gesprochen hatte, trug Foster sich in die Rednerliste ein und teilte dem Politischen Ausschuß mit, daß er gegen Browders Referat sprechen wolle. Mehrere Ausschußmitglieder suchten ihn von seinem Vorhaben abzubringen mit der Begründung, daß dadurch mitten im Kriege eine bedenkliche Verwirrung in der Partei angerichtet würde. Sie versicherten ihm auch, Browder habe ohne vorhergehende Prüfung seiner Rede gesprochen und der Politische Ausschuß werde die ganze Angelegenheit demnächst nochmals überprüfen.

Unter dieser Voraussetzung zog Foster seine Wortmeldung zurück. Da aber im Politischen Ausschuß keine Diskussion über Browders Referat stattfand, richtete er am 20. Januar ein Schreiben an das

Nationalkomitee, in dem er seine Ansichten darlegte.[3] In diesem Schreiben wandte sich Foster gegen Browders Referat in all seinen Punkten. Auf außenpolitischem Gebiet kritisierte er Browders Unterschätzung der allgemeinen Krise des Kapitalismus, seine Illusionen über die Liquidierung des Imperialismus und die „fortschrittliche“ Rolle des amerikanischen Kapitalismus sowie seinen Glauben, daß die Großkapitalisten in Großbritannien und den Vereinigten Staaten [611:] ihre Angriffe gegen die Sowjetunion einstellen würden. Er wies darauf hin, daß Roosevelt ein Imperialist sei, und warnte vor den nach dem Kriege zu erwartenden Aktionen des amerikanischen Imperialismus zur Erkämpfung der Weltherrschaft.

Was die Innenpolitik betraf, so wies Foster nach, daß es ein Fehler war, eine nationale Einheit nach dem Kriege unter Einschluß der „größten Kapitalisten“ ins Auge zu fassen. Er wandte sich gegen eine nationale Einheit im Zeichen Browders und Morgans, sagte voraus, daß nach dem Kriege kein Klassenfrieden, sondern heftige Klassenkämpfe kommen würden, lehnte Browders Anerkennung des Zweiparteiensystems ab, griff die Politik des Streikverzichts nach dem Kriege an, verurteilte die Preisgabe des Sozialismus und warnte die Partei vor dem gefährlichen rechtssozialistischen Fehler, sich von der Bourgeoisie ins Schlepptau nehmen zu lassen. Was die Auflösung der Partei betraf, so hatten Foster und andere Genossen diese Maßnahme bekämpft, seitdem sie einige Wochen vorher beantragt worden war. Offenbar hätte er jedoch diese Frage in seinem Schreiben an das Nationalkomitee nochmals besonders betonen sollen. Über Browders These in ihrer Gesamtheit hieß es in dem Schreiben Fosters: „In dieser Darstellung verschwindet der -amerikanische Imperialismus praktisch, vom Klassenkampf bleibt kaum noch eine Spur, und der Sozialismus spielt praktisch überhaupt keine Rolle.“

Foster forderte die Anberaumung einer neuen Tagung des Nationalkomitees zur Diskussion seines Schreibens. Dies wurde abgelehnt, aber dafür fand am 8. Februar 1944 eine „erweiterte Tagung“ des Politischen Ausschusses statt, an der etwa 80 führende Parteifunktionäre teilnahmen. Fosters Schreiben wurde verlesen und mit überwältigender Mehrheit zurückgewiesen. Nur ein einziger Teilnehmer stimmte dafür. Daraufhin machte Browder Foster darauf aufmerksam, daß man ihn, wenn er seine Stellungnahme der Mitgliedschaft unterbreiten sollte, aus der Partei ausschließen werde. Fosters Schreiben wurde von Browder unterdrückt und der Mitgliedschaft vorenthalten.

Überzeugt, daß jeder Versuch, die Frage unter den Massen der Mitglieder zur Diskussion zu stellen, zu einer nutzlosen Parteispaltung führen würde, entschloß sich Foster, seine [612:] Opposition wenigstens vorläufig auf das Nationalkomitee zu beschränken. „Diesen Kurs“, sagte er, „verfolgte ich in den nächsten anderthalb Jahren durch zahllose kritische Aufsätze, politische Anträge, Artikel[4] usw., die alle darauf abzielten, Browders opportunistische Fehler zu beseitigen. Ich war überzeugt, daß die politische Entwicklung und die kommunistische Schulung der leitenden Genossen unsere Partei schließlich zu einer richtigen politischen Linie zurückkehren lassen würden.“[5] So kam es denn auch tatsächlich.

Die Auflösung der Kommunistischen Partei

Schon zu Beginn der Diskussionen über seine Teheran-These schlug Browder die Auflösung der Kommunistischen Partei vor. Er verwies dabei unter anderem auf die Auflösung der Kommunistischen Internationale im Mai 1943, die jedoch, wie wir gesehen haben, aus Gründen stattfand, die mit den opportunistischen Zielen Browders nicht das geringste zu tun hatten. Im Politischen Ausschuß stieß er auf lebhafte Opposition, setzte aber seinen Standpunkt schließlich durch.

Infolgedessen richtete das Nationalkomitee der. Kommunistischen Partei am 11. Januar 1944 an die Bezirksorganisationen der Partei ein Schreiben, in dem empfohlen wurde, die Partei als solche aufzulösen und als „politischen Bildungsverein“ neu zu organisieren. Dieser Vorschlag wurde praktisch von allen Bezirksorganisationen angenommen. Vom 20. bis 22. Mai 1944 wurde der Plan daher auf dem XII. Ordentlichen Parteitag in New York City durchgeführt.

---

3 Vollständiger Wortlaut in “Political Affairs”, Juli 1945. Seit Januar 1945 erschien die Zeitschrift “The Communist” unter dem neuen Namen “Political Affairs”.

4 Siehe William Z. Foster in “Political Affairs”, Juni 1945.

5 William Z. Foster in “On the Struggle against Revisionism”, New York 1945, S. 18.

Der eigentliche Parteitag dauerte nur wenige Minuten. Browder stellte den Antrag auf Auflösung der Partei mit der Erklärung: „Hiermit beantrage ich, die Kommunistische Partei Amerikas aufzulösen. und hiermit als aufgelöst zu betrachten sowie ein dreiköpfiges Komitee, bestehend aus dem Vorsitzenden, dem Generalsekretär und seinem Stellvertreter, zu er-[613:]mächtigen, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um Angelegenheiten der Partei zu liquidieren, und dieses Komitee weiterhin zu ermächtigen, über das gesamte Parteieigentum zu verfügen und etwa verbleibende Überschüsse jeder Organisation beziehungsweise allen Organisationen zu überweisen, die seiner Ansicht nach dafür arbeiten, daß unser Land den Krieg, in den es zur Zeit verwickelt ist, gewinnt und ein dauerhafter Frieden erreicht wird."

Der Antrag wurde ohne Diskussion angenommen, und daraufhin wurde der Parteitag für beendet erklärt.

Unmittelbar danach traten die Delegierten wieder zusammen und konstituierten sich als Communist Political Association. Browder hielt das politische Hauptreferat im Sinne seiner damals schon allgemein bekannten Teheran-These, die als allgemeines Programm des Vereins angenommen wurde. Die alte Struktur der KP wurde mit beträchtlichen Veränderungen von der neuen Organisation übernommen, ebenso, auf Beschluß des auf dem Parteitag für diese Zwecke gebildeten Sonderausschusses, ihre Zeitschriften, Liegenschaften und Gelder. Die Bezirksleitungen und die Landesleitung blieben im wesentlichen unverändert. Nur Foster wurde wegen seines oppositionellen Standpunktes als Landesvorsitzender abgesetzt, und Browder übernahm seine Funktion mit dem Titel eines Präsidenten. Außerdem wurden elf Vizepräsidenten gewählt, wodurch in den Händen Browders noch mehr Macht konzentriert wurde. Die Vorsitzenden der Organisationen des Vereins in den einzelnen Staaten hießen ebenfalls Präsidenten.

Die Präambel zu den Satzungen wurde weitgehend im Sinne der neuen politischen Orientierung modifiziert. Die Communist Political Association bezeichnete sich als „ein überparteilicher Verein von Amerikanern", der „sich zu den Prinzipien des wissenschaftlichen Sozialismus, des Marxismus (nicht des Marxismus-Leninismus) bekennt". Die Präambel enthielt kein Wort über den Klassenkampf, den Imperialismus, die revolutionäre Rolle der Arbeiterklasse und die Errichtung des Sozialismus. Statt dessen hieß es: „Der Verein erstrebt die von der großen Koalition der demokratischen kapitalistischen und sozialistischen Staaten geleitete Familie freier Nationen, [614:] um eine Ära des Weltfriedens, steigender Produktion und wirtschaftlichen Wohlstands sowie die Befreiung und Gleichberechtigung aller Völker; unabhängig von Rasse, Glaubensbekenntnis oder Hautfarbe, einzuleiten." Einige Monate danach beantragte Browder die Streichung des Wortes „kommunistisch" aus dem Namen des Vereins, unterlag aber im Politischen Ausschuß gegen eine Mehrheit von einer Stimme.

Damit hatte Browders revisionistisches System seine endgültige Prägung erreicht. Mit der Liquidierung der Partei war es bis zur letzten Konsequenz gegangen. Browder hatte nicht nur die Prinzipien und die Politik der Partei revidiert, er hatte auch die Partei selbst aufgelöst. Er tat dies unter dem Vorwand, der Verein sei für die praktische Arbeit geeigneter. Damit wurden die entscheidenden Ideen des Marxismus-Leninismus preisgegeben und verraten. Es war eine Kapitulation vor der sozialdemokratischen und bürgerlichen Forderung nach Beseitigung der KP, ein Versuch, die Arbeiterklasse der für sie unentbehrlichen führenden politischen Partei zu berauben. Auf dem Parteitag vom Mai 1944 beging die Kommunistische Partei der Vereinigten Staaten den schwersten politischen Fehler in ihrer ganzen Geschichte.[6]

Auswirkungen auf die Massenarbeit

Browders Revisionismus wirkte sich sofort auf alle Gebiete der kommunistischen Massenarbeit lähmend aus. In den Gewerkschaften richteten die Versuche, für die Zeit nach dem Kriege den Streikverzicht zu propagieren, schweren Schaden an, und die Rechtsopposition hatte dementsprechend gute Tage. In der Arbeit unter den Negermassen trug Browders Theorie, das Negervolk habe seine nationalen Bestrebungen aufgegeben beziehungsweise durchgesetzt und füge sich jetzt in die weiße

6 Siehe "Proceedings of the Constitutional Convention of the Communist Political Association".

Bevölkerung ein, Verwirrung in die Reihen der Kommunisten und Sympathisierenden und schwächte ihren Kampf für die Rechte des Negervolks. In der Frauenarbeit [615:] führte Browders Vertrauen auf die fortschrittliche Rolle der Bourgeoisie dazu, daß man den Gedanken, die Frauen müßten für die Durchsetzung ihrer Forderungen praktisch kämpfen, fallen ließ. In der Arbeit unter den nationalen Gruppen faßten ähnliche opportunistische Vorstellungen Wurzel, und zum erstenmal in der Geschichte des amerikanischen Kommunismus wurde der bürgerliche Nationalismus ein akutes Problem unter den Linken auf diesem Gebiet. In der kulturellen Arbeit übte Browders bürgerliche Liebedienerei vor „großen Namen" einen schwächenden Einfluß aus. Im Süden, wo die Kommunisten lange Zeit hindurch so heroisch gekämpft hatten, wurde die Arbeit praktisch eingestellt.

Die Young Communist League bekam die schlimmen Folgen des Browderschen Revisionismus und Liquidatorentums sehr bald zu spüren. Am 16. Oktober 1943 löste sie sich auf und reorganisierte sich zur American Youth for Democracy. Dies geschah nicht, um die Basis für eine umfassendere marxistische Organisation zu schaffen, was von jeher das Ziel der Young Communist League gewesen war, sondern es war ein Versuch, den Marxismus-Leninismus in der Jugendarbeit auszuschalten. Betty Gannett bemerkt dazu: „Die neue Organisation sollte die Jugend nicht im Geiste des Sozialismus, sondern in den wertvollsten Traditionen der bürgerlichen Demokratie erziehen. Sie sollte eine überparteiliche Organisation sein, in der über die Politik und die Theorien *aller* politischen Parteien frei diskutiert werden sollte ... Die engen Beziehungen zur Kommunistischen Partei wurden abgebrochen ... Vor allem wurde das Element der Jugendfürsorge betont, so daß sich die Organisation nur noch wenig von anderen Jugendfürsorgeorganisationen unterschied. Das Studium des Marxismus war nicht mehr obligatorisch; der Marxismus galt nur noch als eine der wichtigen ‚Richtungen des demokratischen Denkens'. Diese opportunistische Tendenz verstärkte sich in dem Maße, wie Browder an Einfluß gewann. Browders Revisionismus hatte zur Folge, daß in der Jugendarbeit die entscheidenden Prinzipien des Marxismus-Leninismus preisgegeben wurden."[7] Dieser Kurs wurde erst 1945 nach Browders Niederlage kor-[616:]rigiert, und im Mai 1949 bei der Gründung der Labor Youth League wurden weitere Fortschritte in dieser Richtung erzielt.

Bei den Präsidentschaftswahlen von 1944, bei denen die Spitzenkandidaten der Demokratischen Partei der kranke Roosevelt und Harry S. Truman waren, versuchte Browder ein grandioses Manöver im Sinne seines Teheran-Programms. In einer Rede in Cleveland schlug er vor, die Führer der Republikanischen und der Demokratischen Partei sollten zusammenkommen und sich unter der Parole der siegreichen Beendigung des Krieges über eine Einheitsliste verständigen. Das war von Browders revisionistischem Standpunkt aus nur logisch. Browder behauptete, das Finanzkapital unterstütze zu seinem größten Teil die Teheran-Politik, und deshalb mache es für ihn wenig aus, ob die Republikaner oder die Demokraten die Wahl gewännen, da ja beide Parteien vom „fortschrittlichen" Finanzkapital beherrscht würden. Infolgedessen hatte die Wahl für ihn kaum reale Bedeutung, und der ganze Wahlkampf war nichts weiter als bornierter Parteirummel ohne realen politischen Inhalt. Ebendeshalb sollten die beiden Parteien gemeinsam wählen. Dieser Plan setzte offensichtlich voraus, daß Roosevelt fallengelassen wurde, denn die Republikaner hätten ihn natürlich niemals akzeptiert. Aber Browder distanzierte sich sehr bald von seinem unsinnigen Projekt, da er im Politischen Ausschuß auf heftigen Widerstand stieß und außerdem alles darauf hindeutete, daß sein Vorschlag von den zahlreichen Anhängern Roosevelts unter den breiten Massen fast einmütig zurückgewiesen worden wäre. So setzte sich die Communist Political Association weiterhin für Roosevelt ein und trug dazu bei, daß er zum viertenmal gewählt wurde.

Wachsende Opposition gegen Browder

Die Parteimitgliedschaft hatte der revisionistischen Teheran-Politik Browders von Anfang an ohne rechte Überzeugung zugestimmt. Es dauerte nicht lange, bis diese Unsicherheit sich zu Zweifel und Opposition steigerte. Dieser Stimmungsumschwung beruhte vor allem auf der Tatsache, daß der Verlauf [617:] der Ereignisse in Amerika und in der Welt sehr bald erkennen ließ, wie falsch Browders ganze Linie war. Es war klar zu erkennen, daß die Nachkriegszeit der Arbeiterschaft nicht die von

---

7 Betty Gannett in "Political Affairs", September 1948.

Browder vorausgesagte lange Periode friedlicher Klassenzusammenarbeit, sondern viele schwere Streikkämpfe bringen würde. Auf dem Gebiet der Außenpolitik aber schickte sich der amerikanische Imperialismus (mit seinem neuen politischen Geschäftsführer Truman), obwohl der Krieg noch nicht zu Ende war, unverkennbar an, in der vom Kriege heimgesuchten Welt an sich zu reißen, was er nur konnte. Das trat besonders deutlich zutage bei der Eröffnung der Gründungskonferenz der Vereinten Nationen in San Francisco am 25. April 1945. „Alle die heftigen Auseinandersetzungen auf der Konferenz", sagt Frederick V. Field, „drehten sich um das Bestreben des Imperialismus, sich gegenüber den Kräften der Demokratie, denen der Krieg solchen Auftrieb gegeben hatte, wieder durchzusetzen."[8] Besonders unheilvolle Anzeichen in dieser Richtung waren die Aufnahme Perón-Argentiniens in die UN und der Ausschluß des demokratischen Polens.

Die bedrohliche innen- und außenpolitische Situation rief in der Communist Political Association wachsende Zweifel hinsichtlich ihrer politischen Linie hervor. Sie fanden ihren Niederschlag im Politischen Ausschuß. Eugene Dennis wies darauf hin, daß nach dem Kriege in den Vereinigten Staaten kein Klassenfrieden, sondern heftige Kämpfe zu erwarten seien. Gilbert Green-beantragte eine Tagung des Nationalkomitees, um über die Nachkriegslage (über die Browder mit seiner These angeblich völlige Klarheit geschaffen hatte) nochmals zu diskutieren. Benjamin J. Davis jun. warnte vor den gefährlichen Auswirkungen der gegenwärtigen Politik auf die Arbeit unter den Negern. Jack Stachel sprach vom amerikanischen Imperialismus (den es nach Browder nicht mehr gab). Robert Thompson äußerte wachsende Zweifel hinsichtlich verschiedener Aspekte der Browderschen Linie. John Williamson beklagte die Lethargie im Verein und die starken Mitgliederverluste. Foster unterstützte alle diese Zweifel hinsichtlich der Richtigkeit der Parteilinie und benutzte jede Gelegenheit, [618:] Browders Politik zu kritisieren und ihre Fehler aufzudecken. Daher traf Browder alle erforderlichen Maßnahmen, um Foster in naher Zukunft auszuschließen.

Der Duclos-Artikel

Während sich so die internationale Lage rasch veränderte, veröffentlichte Jacques Duclos, der Sekretär der Kommunistischen Partei Frankreichs, im April 1945 in der französischen Zeitschrift „Cahiers du Communisme" einen Artikel, in dem er gegen Browders Politik heftig zu Felde zog.[9] Duclos wurde zu diesem Artikel vor allem dadurch veranlaßt, daß kurz vorher in der kommunistischen Zeitschrift „France Nouvelle" ein Artikel erschienen war, der Browders Politik in den Himmel hob. Dazu kam, daß die auf Browders Initiative erfolgte Auflösung der Kommunistischen Partei der Vereinigten Staaten liquidatorische Tendenzen in der Kommunistischen Partei Frankreichs ermutigte.

In seinem Artikel gab Duclos eine ausführliche Darstellung der Browderschen Politik und stellte ihr umfangreiche Zitate aus dem Schreiben Fosters an das Nationalkomitee gegenüber. Daraus zog Duclos eigene Schlüsse und erklärte: „Wir finden hier bei Browder und seinen Anhängern eine offensichtliche Revision des Marxismus, einen Revisionismus, der in der Vorstellung zum Ausdruck kommt, daß in den Vereinigten Staaten der Klassenfrieden auf lange Zeit gesichert sei, daß in der Zeit nach dem Kriege der Klassenkampf verhindert und die Harmonie zwischen Arbeit und Kapital hergestellt werden könne." Er verurteilte Browder wegen seiner falschen Darstellung der diplomatischen Erklärung von Teheran als „eines politischen Programms des Klassenfriedens" und verdammte die Auflösung der Kommunistischen Partei in Grund und Boden. „Nichts", so erklärte er, „rechtfertigt die Auflösung der Kommunistischen Partei Amerikas." Im Gegenteil, die Lage „setzt die Existenz einer starken Kommunistischen Partei voraus".

[619:] Der Duclos-Artikel wirkte elektrisierend auf die Communist Political Association. Er brachte die sich bereits entwickelnde Opposition gegen Browders Politik schnell zur Reife. Innerhalb weniger Wochen wandte sich die gesamte Partei, von den Ortsgruppen bis zum Politischen Ausschuß, fast einmütig gegen den Teheran-Opportunismus. Zweifellos hätten die amerikanischen Kommunisten, da die innen- und außenpolitischen Ereignisse tagtäglich bewiesen, wie unsinnig Browders Revisionismus war,

---

8 Frederick V. Field in "Political Affairs", August 1945.

9 Siehe "Political Affairs", Juli 1945.

schließlich auch ohne das Eingreifen Duclos' die Partei von diesem politischen Gift befreit. Aber es wäre ein schwieriger Prozeß gewesen, und er hätte wahrscheinlich zu einer ernsthaften Parteispaltung geführt. So aber erleichterte Duclos durch seinen berühmten Artikel die Zerschlagung des Browderschen Opportunismus erheblich, und dafür ist die Kommunistische Partei der Vereinigten Staaten Jacques Duclos und der Kommunistischen Partei Frankreichs zu tiefem Dank verpflichtet.

Der außerordentliche Parteitag

Am 20. Mai 1945 erhielt die Communist Political Association ein Exemplar des Artikels von Duclos.[10] Im Politischen Ausschuß wurde sofort eine Diskussion über den Artikel eröffnet. Die gesamte Politik des Vereins wurde alsbald einer sorgfältigen Prüfung unterzogen mit dem Ergebnis, daß Browders Kurs von einer Zweidrittelmehrheit im Ausschuß abgelehnt wurde. Bald darauf herrschte im Ausschuß volle Einmütigkeit gegen Browder. Von seiner eigenen Unfehlbarkeit durchdrungen und ohne jede Spur von Selbstkritik, beharrte Browder auf seinem Standpunkt, obgleich er damit offensichtlich Schiffbruch erlitten hatte. Folglich wurde er einige Tage danach seines Postens als Generalsekretär enthoben, und an seine Stelle trat ein dreiköpfiges Sekretariat, in das William Z. Foster, Eugene Dennis und John Williamson gewählt wurden.

Vom 18. bis 20. Juni tagte das Nationalkomitee. Es brachte die praktisch einmütige Stimmung der Mitgliedschaft zum Ausdruck, indem es Browders Kurs einstimmig verurteilte, [620:] dem Duclos-Artikel zustimmte, sich geschlossen hinter Fosters früheres Schreiben an das Nationalkomitee stellte und den Entwurf einer neuen politischen Resolution annahm. Es bestätigte auch die endgültige Absetzung Browders als Generalsekretär und berief für die Zeit von 26. bis 28. Juli einen außerordentlichen Parteitag nach New York City ein.

Der außerordentliche (XIII.) Parteitag billigte einmütig die vom Politischen Ausschuß und vom Nationalkomitee getroffenen Maßnahmen. Der Parteitag übte schärfste Selbstkritik bezüglich des schweren Fehlers, den die Partei dadurch begangen hatte, daß sie dem Revisionismus Browders zum Opfer gefallen war.

In diesem Zusammenhang erklärte der Parteitag: „Die Quelle unserer früheren revisionistischen Fehler ist in dem ständigen starken Druck der bürgerlichen Ideologie und des bürgerlichen Einflusses auf die Arbeiterklasse zu suchen."

Der Parteitag ging daran, die Partei gründlich vom Browderschen Revisionismus zu säubern und ihr wieder eine feste marxistisch-leninistische Basis zu geben. Der Verein wurde aufgelöst und die Kommunistische Partei neu konstituiert. Das Statut der Partei wurde entsprechend neu formuliert. Für die Leitung der Partei wurde ein Sekretariat gewählt, dem William Z. Foster, Eugene Dennis und Robert Thompson angehörten. Foster wurde wieder Landesvorsitzender. In der Zusammensetzung des Nationalkomitees der Partei wurden zahlreiche Veränderungen vorgenommen. Entsprechende Maßnahmen wurden in den Komitees der Staaten und in den Ortskomitees durchgeführt.

Die Präambel des Parteistatuts wurde ebenfalls neu formuliert und erhielt im wesentlichen ihren heutigen Wortlaut. Sie brach mit Browders Vergötterung der bürgerlichen Demokratie und stellte sich klar auf den Standpunkt der proletarischen Demokratie und des Sozialismus. In der Präambel hieß es: „Die Kommunistische Partei der Vereinigten Staaten ist die politische Partei der Arbeiterklasse und stützt sich auf die Prinzipien des wissenschaftlichen Sozialismus, des Marxismus-Leninismus." Sie verteidigte zwar die Errungenschaften der amerikanischen Demokratie, verpflichtete die Partei aber [621:] gleichzeitig zum kompromißlosen Kampf „gegen den Imperialismus und die Unterdrückung der Kolonialvölker, gegen jegliche Diskriminierung aus rassischen, nationalen und religiösen, Gründen, gegen Negerfeindschaft, Antisemitismus und alle Formen von Chauvinismus" und für den Sozialismus. Sie stellte sich klar und entschieden auf den Standpunkt des Klassenkampfes.

Die Hauptresolution[11] gab eine realistische Übersicht über die Weltlage, unter Berücksichtigung des Umstandes, daß der Krieg mit Japan damals noch nicht beendet war. Sie verwarf das törichte Gerede

---

10 Siehe "Daily Worker", 27. Mai 1945.

11 Siehe "Political Affairs", September 1945.

Browders über die „fortschrittliche“ Rolle des amerikanischen Imperialismus und wies auf die drohenden Gefahren des von der Wallstreet und der Regierung Truman eingeschlagenen weltpolitischen Kurses hin. Die Resolution erklärte: „Die aggressivsten Kreise des amerikanischen Imperialismus wollen ihre politische und ökonomische Vorherrschaft in der ganzen Welt durchsetzen ... Wenn die reaktionäre Politik und Macht des Monopolkapitals nicht gezügelt und gebrochen wird, werden Amerika und die Welt neue Aggressionen, einen neuen Krieg und das Anwachsen der Reaktion und des Faschismus in den Vereinigten Staaten erleben.“ Diese gründliche marxistisch-leninistische Analyse enthielt eine klare Darstellung der internationalen Lage und eine Voraussage des Geschehens, die noch heute ohne Einschränkung gilt.

Auf innenpolitischem Gebiet brach die Resolution völlig mit Browders Ideen von der Zusammenarbeit der Klassen. Sie lehnte die Perspektiven des Streikverzichts für die Nachkriegszeit, den Antriebslohn, die Unterordnung unter das Zweiparteiensystem sowie den „organisierten Kapitalismus“ Browders ab und formulierte ein Programm des Klassenkampfes. Sie umriß ein Kampfprogramm zur Gewinnung des Krieges, forderte die Arbeiter auf, sich für die schweren Kämpfe der Nachkriegszeit zu rüsten, vertrat nach wie vor die richtige Politik der Kommunisten bei der Unterstützung der Roosevelt-Koalition und bemühte sich, diese Politik im leninistischen Sinne zu untermauern. Die Resolution übte scharfe Kritik an Truman, der erst seit einigen Monaten Präsident war, und er-[622:]klärte: „Es kommt vor allem darauf an, den politischen Einfluß der Arbeiterschaft, der Neger und aller echten demokratischen Kräfte im Rahmen der allgemeinen Koalition zur Bekämpfung der imperialistischen Reaktion, zur Abwehr und Zügelung aller Richtungen und Gruppen in der Koalition, die der Reaktion Konzessionen machen wollen, systematisch zu stärken. Das Lager der Reaktion darf nicht befriedet werden. Es muß isoliert und geschlagen werden.“ Die Resolution legte auch in der Negerfrage wieder eine richtige Politik fest. Die Partei war wieder kommunistisch geworden.

Kurz, der Parteitag machte reinen Tisch mit der reformistischen Fassade der Browderschen Richtung. Aber es bedurfte der Arbeit einiger Jahre, um die in der Partei weitverbreiteten revisionistischen Stimmungen und Gewohnheiten, die von Browder jahrelang gefördert worden waren, auszurotten. Nach dem außerordentlichen Parteitag ging eine Woge freudiger Begeisterung durch die Reihen der Kommunistischen Partei. Indessen erwies sich das revisionistische Abenteuer der Communist Political Association als recht kostspielig, denn die Partei verlor etwa 15.000 Mitglieder, die durch Browders Opportunismus abgestoßen wurden. Dies hatte sich bereits gezeigt, als zahlreiche Parteimitglieder es abgelehnt hatten, dem Verein beizutreten. Mitte 1944 berichtete Betty Gannett, daß nur 63.044 Mitglieder, das heißt 88 Prozent der eingeschriebenen Mitglieder der KP (ohne die 15.000 zum Militärdienst eingezogenen Mitglieder), dem Verein beigetreten waren. Das bedeutete damals einen Verlust von 9000 Mitgliedern. Im Januar 1946 wies die Partei noch 52.824 Mitglieder aus. Bis 1947 erhöhte sich diese Zahl auf 59.172.

Eine Nachwirkung des Browderschen Revisionismus war der organisierte Abfall einiger Dutzend mißvergnügter Sektierer in New York, Philadelphia, San Francisco und anderen Städten, zu denen unter anderen Sam Darcy, William F. Dunne, Harrison George und Vern Smith gehörten. Sie bezogen die Linie einer ultralinken Kritik und beschuldigten die Führung der neuen Partei des Zentrismus. So wichen sie unter dem Deckmantel revolutionärer Phrasen vor den wachsenden Schwierigkeiten des Klassenkampfes zurück.

[623:]

Der Ausschluß Browders

Browder versprach der Partei, sich den Beschlüssen des Parteitages zu fügen, und die Parteiführung erklärte sich bereit, ihm eine weniger wichtige Funktion zu übertragen. Dies lehnte er jedoch ab, da er offensichtlich zum Bruch mit der Partei entschlossen war. Bald begann er eine fraktionelle Korrespondenz innerhalb der Partei, und gegen Ende 1945 gab er ein Blättchen unter dem Namen “Distributors Guide” heraus. Hier propagierte er seine revisionistische Politik und richtete hinterhältige Angriffe gegen die Partei. Er versuchte auch, eine Fraktion aufzubauen.

Trotz wiederholter Warnungen setzte Browder sein prinzipienloses Treiben fort. Er stritt dem Politischen Ausschuß und dem Sekretariat das Recht ab, seine politische Tätigkeit zu kontrollieren. Daher wurde er auf der Tagung des Nationalkomitees vom 12. bis 15. Februar 1946 auf Grund eines Referats von Robert Thompson[12] einstimmig aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen. Nur eine kleine Schar – seine Frau, sein Bruder, sein finanzieller Manager und einige andere – schloß sich ihm an.

Nach seinem Ausschluß verstärkte Browder seine parteifeindliche Tätigkeit. Doch konnte er immer nur eine Handvoll Anhänger um sich sammeln. Obwohl seine absurde Teheran-These durch die Weltlage täglich widerlegt wurde, blieb er bei der Behauptung, sie entspreche den mit ihr völlig unvereinbaren politischen Verhältnissen. Er entartete zu einem offenen Feind der Kommunistischen Partei, einem schamlosen Fürsprecher des amerikanischen Imperialismus und einem verlogenen Verleumder der Sowjetunion.[13]

---

12 Siehe Robert Thompson, "The Path of a Renegade", New York 1946.

13 Über die weitere politische Entartung Browders siehe die Artikel von Gilbert Green in "Political Affairs", Oktober und November 1949 und März 1950.

[624:]

31
DAS REVOLUTIONÄRE NACHSPIEL DES KRIEGES
(1945-1951)

Der zweite Weltkrieg mit seiner Massenschlächterei und seinen ungeheuren Zerstörungen hatte weitreichende revolutionäre Folgen. Die breiten demokratischen Massen der Arbeiter und Bauern, die Hauptleidtragenden bei diesem entsetzlichen Gemetzel, erkannten überall, daß die Hauptursache des Krieges der Kapitalismus selbst war, und sie wehrten sich nach besten Kräften gegen dieses überlebte und mörderische soziale System. Dieser Umschwung in der Nachkriegszeit war eine natürliche Auswirkung des großen Krieges gegen den Faschismus. Mit wechselnder Stärke machte er sich in allen Teilen der Welt bemerkbar. Wie die beiden Weltkriege, die russische Revolution, das Aufkommen des Faschismus und die große Wirtschaftskrise der zwanziger Jahre, die alle aus der sich vertiefenden Krise des Weltkapitalismus erwachsen waren, erschütterte auch die auf den zweiten Weltkrieg folgende revolutionäre Bewegung das bereits kranke System aufs schwerste.

Der revolutionäre Aufschwung nach dem Kriege griff auch auf die Vereinigten Staaten, die Hochburg des Weltkapitalismus, über. Hier äußerte er sich in der wachsenden antifaschistischen und monopolfeindlichen Stimmung des Volkes, in zahlreichen großen Streikbewegungen, in der Unruhe unter dem Negervolk, in den machtvollen Kundgebungen der ihre Demobilisierung fordernden Soldaten und in anderen Massenkundgebungen, die darauf hindeuteten, daß der Widerstand gegen die Herrschaft des Monopolkapitals wuchs.

Besonders bedeutungsvoll in der auf den zweiten Weltkrieg folgenden revolutionären Entwicklung war es, daß die Macht [625:] und das politische Prestige der UdSSR gewaltig wuchsen. Dies war um so bemerkenswerter, als viele kapitalistische Länder während des Krieges bedeutend geschwächt worden waren. Nicht nur absolut, sondern auch relativ hatte sich die Stellung der Sowjetunion gefestigt.

Vor dem Kriege betrachteten die Kapitalisten die UdSSR als einen zweitrangigen Staat; nach dem Kriege wurde sie allgemein als eine der beiden wichtigsten Großmächte der Welt anerkannt. Der Krieg zeigte, daß das Sowjetsystem das stärkste in der Welt ist.

Die Fortschritte der Sowjetunion

Die gewaltigen Fortschritte der Sowjetunion mit ihren 200 Millionen Einwohnern fielen um so mehr ins Auge, als die UdSSR während des Krieges ungeheure Verluste erlitten hatte: Mehr als 23 Millionen Sowjetbürger waren getötet* oder verwundet worden, und die materiellen Verluste beliefen sich auf 128 Milliarden Dollar. Dazu kamen die riesigen Kriegskosten und die zeitweilige Besetzung ausgedehnter Gebiete sowie die sinnlose Zerstörung zahlreicher Industriebetriebe. Kein kapitalistischer Staat hätte bei diesen entsetzlichen Zerstörungen den Krieg gewinnen können. In der Tat glaubten die Kapitalisten, besonders die großen Monopolherren der Wallstreet, daß sie ihr Ziel, „Deutschland und Rußland sich gegenseitig umbringen zu lassen“, praktisch erreicht hätten und daß die UdSSR für längere Zeit, wenn nicht für immer, unfähig sein würde, sich wieder zu erholen. Um der UdSSR die Erholung vom Kriege zu erschweren, lehnten sie es durch die ihnen hörige Truman-' Regierung nicht nur ab, diesem Verbündeten, der im Kriege so schwer gelitten hatte, nach dem Kriege Anleihen zu gewähren, sondern sie machten praktisch immer wieder den Versuch, die UdSSR zur Bezahlung der Pacht- und Leihlieferungen zu zwingen, die sie im Kriege aus den Vereinigten Staaten erhalten hatte, Dieser Krämergeist der Regierung war eine Schande für das hochherzige amerikanische Volk.

[626:] Aber dank der in ihrem sozialistischen System wurzelnden ungeheuren Stärke versetzte die UdSSR unter der Führung ihrer großen Kommunistischen Partei mit Stalin an der Spitze ihre kapitalistischen Feinde in Bestürzung, indem sie sich von den in der Kriegszeit erlittenen enormen materiellen Verlusten sehr rasch wieder erholte. In wirtschaftlicher Hinsicht hat sie alle anderen europäischen Länder weit überholt, obwohl diese von den Vereinigten-Staaten finanziell stark unterstützt

---

* Nach neueren Berechnungen waren es ca. 27 Millionen getötete Sowjetbürger. *KWF*

wurden und durch den Krieg viel weniger gelitten hatten. Der Wiederaufbau in der UdSSR vollzog sich in einem solchen Tempo, daß die Industrieproduktion sich bis zum November 1951 gegenüber dem Stande von 1940 verdoppelt hatte und noch immer schnell anstieg. Darüber hinaus plante die Sowjetregierung im Bewußtsein ihrer ungeheuren industriellen Stärke bereits eine ganze Reihe von gigantischen neuen Bauvorhaben, darunter große neue Kraftwerke, zahlreiche neue Industriebetriebe, umfangreiche Bewässerungsanlagen und die Veränderung der klimatischen Verhältnisse in den Dürregebieten durch die Anlage von Schutzwaldstreifen.

Aber die Sowjetunion ist seit dem Ende des Krieges nicht nur industriell mächtig erstarkt, sondern auch ihr politisches Prestige ist gewaltig gewachsen. Durch ihr gesundes Wirtschaftssystem und ihr entschlossenes Eintreten für den Weltfrieden hat sie das Vertrauen der zahlreichen seit dem Ende des zweiten Weltkrieges entstandenen neuen Volksregierungen und weiter Kreise der Werktätigen in allen kapitalistischen Ländern gewonnen. Die UdSSR steht an der Spitze des Weltfriedenslagers im Kampf für Demokratie und Sozialismus.

Die Kommunistische Partei der USA hat niemals nachgelassen in ihrem rastlosen Bemühen, dem amerikanischen Volk die Friedensrolle der UdSSR und die Notwendigkeit der friedlichen Zusammenarbeit des amerikanischen Volkes und des Sowjetvolkes zum Wohle der ganzen Welt klarzumachen. Auch hierbei erweist sie sich als diejenige Partei, die die wahren Interessen des amerikanischen Volkes am ehrlichsten verteidigt.

[627:]

Die Entwicklung der europäischen Volksdemokratien

Eine andere bedeutsame revolutionäre Folge des zweiten Weltkrieges war die Entstehung der. neuen Volksdemokratien in Ost- und Mitteleuropa mit ihren etwa 100 Millionen Menschen. Es handelt sich dabei um Polen, die Tschechoslowakei, Rumänien, Ungarn, Bulgarien und Albanien. Aus der gleichen großen Bewegung erwuchs die fortschrittliche Deutsche Demokratische Republik.

Die europäischen Volksdemokratien bildeten sich am Ende des Krieges. Die Sowjetarmee fegte die Armeen und Marionettenregierungen Hitlers in den betreffenden Ländern hinweg, und dadurch erhielten alle antifaschistischen Parteien, besonders diejenigen, die in der Illegalität gekämpft hatten, die Möglichkeit, die Macht zu übernehmen und Koalitionsregierungen zu bilden. Mit dieser Politik wurde das vom VII. Weltkongreß der Komintern im Jahre 1935 angeregte Programm einer umfassenden antifaschistischen Einheit fortgesetzt und in die Nachkriegszeit übernommen. Diese Koalitionsregierungen kamen alle durch demokratische Wahlen zustande, größtenteils trotz des versteckten oder offenen Widerstandes der Gegner. Dieser Widerstand der Reaktion wurde von den Reaktionären in den Vereinigten Staaten durchweg ermutigt, wenn nicht gar finanziert und organisiert. Die räumliche Nähe der Sowjetunion mag mit dazu beigetragen haben, die jungen Volksdemokratien vor militärischen Interventionen seitens der Imperialisten des Westens zu bewahren.

Die Volksdemokratien stellen eine neue Form der Diktatur des Proletariats dar. An ihrer Spitze stehen die kommunistischen Parteien, die sich in der Zeit der Nazi-Okkupation als die stärksten Parteien und als die tapfersten Kämpfer erwiesen haben. Die Vorbedingung für die Schaffung dieser Demokratien war der Sieg der Sowjetarmee über Hitler. Charakteristisch für die fortschreitende Entwicklung der neuen demokratischen Staaten ist im Innern die weitere Festigung der Macht der Arbeiterklasse, die Verschmelzung der kommunisti-[628:]schen Parteien mit den besten Elementen der sozialistischen Parteien und die Stärkung der führenden politischen Rolle der kommunistischen Parteien.

Geleitet von der Arbeiterklasse mit den Kommunisten an der Spitze, führten die gewaltige antifaschistische Welle und der elementare Drang der europäischen Massen zum Sozialismus am Ende des Krieges auch in Frankreich, Italien und anderen westeuropäischen Ländern zur Bildung von Koalitionsregierungen. Auch hier waren die kommunistischen Parteien die stärksten und weitblickendsten Parteien in den neuen Regierungen. Im Gegensatz aber zu der Entwicklung in Ost- und Mitteleuropa wurden diese Länder keine Volksdemokratien, hauptsächlich deshalb, weil sie von amerikanischen und englischen Truppen besetzt waren, die die demokratischen Bestrebungen dieser Völker

erstickten. Von wesentlicher Bedeutung war in dieser Hinsicht auch der anhaltende Einfluß der reaktionär und kapitalistisch orientierten Sozialdemokratie und der katholischen Hierarchie sowie der von der Regierung der Vereinigten Staaten ausgeübte finanzielle Druck.

Der allgemeine Nachkriegsumschwung in Europa führte auch zur Bildung der Labourregierung in Großbritannien. Sie kam durch Wahlen unter der Parole des Sozialismus zustande, aber ihre sozialdemokratische Führung hielt am Kapitalismus fest. Die Kapitalisten machten größere Profite als je zuvor. Die Labourregierung führte die Geschäfte des britischen Imperialismus, bis sie bei den Wahlen im Oktober 1951 durch Churchill, den konservativen Vertrauensmann des Großkapitals, geschlagen wurde. So besorgt war die Labourregierung um die Interessen der Kapitalisten gewesen, daß die Regierung Churchill heute auf dem Standpunkt steht, die aus der Zeit der Labourregierung stammenden Steuersätze für die Unternehmer seien zu niedrig, und daß sie sie wegen der finanziellen Schwierigkeiten des Landes erhöhen will.[1] Es war nicht mehr als recht und billig, daß der König dem abgesetzten Attlee nach der Wahl für seine hervorragenden Verdienste um den britischen Kapitalismus und die Monarchie einen hohen Orden verlieh.[2]

[629:]

Die Volksrevolution in China

Eines der wichtigsten Anzeichen dafür, daß die allgemeine Krise des Kapitalismus sich durch die Auswirkungen des zweiten Weltkrieges vertieft, ist der fortschreitende Zusammenbruch der imperialistischen Herrschaft in den kolonialen und halbkolonialen Ländern in allen Teilen der Welt. Früher kämpften in diesen Ländern vor allem die verschiedenen imperialistischen Mächte untereinander um den Profit und die Möglichkeit, die Völker dieser Gebiete auszubeuten. Heute führen die Völker dieser Länder, die die Hälfte der Erdbevölkerung bilden, einen gewaltigen revolutionären Kampf, um alle imperialistischen Räuber zu verjagen. So geht das Kolonialsystem, eine der Säulen des Weltkapitalismus, schnell der Auflösung entgegen. Asien, Afrika und Lateinamerika sind von dieser gewaltigen Bewegung für Freiheit und Wohlstand mehr oder weniger stark erfaßt.

Die führende Rolle in der Befreiungsrevolution der kolonialen und halbkolonialen Völker spielt die Volksrepublik China mit ihren 484 Millionen Menschen.[3] Sie ist der Wegweiser und Bannerträger der gesamten gewaltigen Bewegung.

Herz und Hirn der chinesischen Volksrevolution ist die Kommunistische

Partei, die sich von den Lehren von Marx, Engels, Lenin und Stalin leiten läßt und von dem glänzenden marxistischen Schriftsteller und Kämpfer Mao Tse-tung geführt wird. Die im Jahre 1921 gegründete Kommunistische Partei Chinas hat die demokratischen Massen 25 Jahre lang zum Kampf gegen die imperialistischen Eindringlinge und die mit ihnen verbündeten Großgrundbesitzer geführt. Die Etappen dieses Kampfes sind der erste revolutionäre Bürgerkrieg von 1924 bis 1927, der zweite revolutionäre Bürgerkrieg von 1927 bis 1936, der Nationale Befreiungskrieg gegen die japanische Aggression von 1937 bis 1945 und der dritte revolutionäre Bürgerkrieg von 1945 bis 1949. Im Juli 1946 eröffnete der Reaktionär Tschiang Kai-schek, der „Hetzhund“ des amerikanischen Imperialismus und der chinesischen Großgrundbesitzer und Wucherer, eine [630:] großangelegte militärische Offensive, um die Volksbefreiungsarmee und die Kommunistische Partei zu vernichten. Ende Dezember 1949 aber wurde Tschiangs amerikanisch ausgerüstete Armee nach einer Reihe eklatanter Niederlagen zerschmettert, und die Reste seiner Streitkräfte wurden vom chinesischen Festland verjagt. Im Laufe dieser erbitterten Kämpfe wurden von der Volksbefreiungsarmee 8,7 Millionen Soldaten außer Gefecht gesetzt oder gefangengenommen, 1,7 Millionen liefen zur Volksbefreiungsarmee über, und Tschiang Kai-schek verlor 50.000 Geschütze, 300.000 Maschinengewehre, 1000 Panzerwagen,

---

1 Siehe “U.S. News & World Report”, 9. November 1951.

2 Siehe “New York Post”, 6. November 1951.

3 Nach neuesten Daten beträgt die Einwohnerzahl Chinas etwa 600 Millionen.

20.000 Motorfahrzeuge sowie große Mengen sonstigen Kriegsmaterials, das fast durchweg aus den Vereinigten Staaten stammte.[4]

Die chinesische Volksregierung ist eine neue Form der Volksdemokratie, eine Regierung des Proletariats und der Bauernschaft, aber ohne Sowjets. Mao Tse-tung beschreibt sie als „eine Diktatur der Volksdemokratie, geführt von der Arbeiterklasse – durch die Kommunistische Partei – und gegründet auf dem Bündnis von Arbeitern und Bauern." Diese „Diktatur muß mit den internationalen revolutionären Kräften koordiniert sein"[5]. Die Schriften Mao Tse-tungs sind klassische Analysen der kolonialen Revolution und zeigen, wie sie in der Periode der allgemeinen Krise des Weltkapitalismus zum Siege geführt werden kann.

Lenin und Stalin wiesen schon vor langer Zeit auf die Wesensverwandtschaft der russischen und der chinesischen Revolution hin, und Sun Yat-sen, der Führer der chinesischen Revolution von 1911, richtete noch auf dem Sterbebett im Jahre 1925 folgende Botschaft an die Regierung der Sowjetunion: „Sie stehen an der Spitze einer Union freier Republiken, jenes realen Erbes, das der unsterbliche Lenin den unterdrückten Völkern der Welt hinterlassen hat. Dieses Erbe wird es den Opfern des Imperialismus bestimmt ermöglichen, sich von jenem Gewaltsystem zu befreien, das seit undenklichen [631:] Zeiten auf Sklaverei, Krieg und Ungerechtigkeit beruht."[6] Tschu Teh, der große Führer der chinesischen Volksarmee, sagt: „Unter dem Einfluß der Sozialistischen Oktoberrevolution (in Rußland) lernten die chinesische Arbeiterklasse und das chinesische Volk die unbesiegliche revolutionäre Theorie des Marxismus-Leninismus kennen und schufen eine revolutionäre politische Partei des Proletariats nach den von Lenin und Stalin gegebenen Richtlinien – die Kommunistische Partei Chinas."[7]

Der amerikanische Imperialismus, der sich der großen Naturschätze Chinas bemächtigen und die Massen der chinesischen Werktätigen ausbeuten möchte, ist von jeher ein Feind des chinesischen Volkes und seiner nationalen Befreiungsrevolution gewesen. Das hat er immer wieder bewiesen durch seine Beteiligung an der internationalen Intervention in China anläßlich des Boxeraufstandes im Jahre 1900, durch seinen Versuch, die von Sun Yat-sen geführte Revolution des Jahres 1911 abzuwürgen, durch seine heuchlerische Politik der „offenen Tür", die nur ein Deckmantel für die imperialistische Durchdringung Chinas war, durch seine Lieferung von Eisenschrott und anderem Kriegsmaterial an die japanischen Aggressoren bis in den zweiten Weltkrieg hinein, durch seine Unterstützung des Erzreaktionärs Tschiang Kai-schek mit fünf Milliarden Dollar, um die koloniale Volksrevolution niederzuwerfen, und schließlich durch seine heutigen Versuche, China in die Knie zu zwingen und ihm die Insel Taiwan zu stehlen.

Die Kommunistische Partei der Vereinigten Staaten kämpft seit vielen Jahren unter der Losung „Hände weg von China!" unentwegt gegen die Aggression des amerikanischen Imperialismus in China. Doch wurde ihre Chinapolitik (wie wir auf Seite 595 gesehen haben) in der Periode des Teheran-Revisionismus in eine falsche Richtung gelenkt. Als die Partei sich von dem Browderschen Revisionismus lossagte, liquidierte sie auch diese opportunistische Politik. So forderte Eugene Dennis im Einklang mit dem wiederhergestellten marxistisch-leninistischen Kurs der Partei auf der Tagung des Nationalkomitees im November 1945 die Durchführung von 500 öffentlichen Pro-[632:]testkundgebungen anläßlich der Intervention des amerikanischen Imperialismus in China gegen die von den Kommunisten geführten volksrevolutionären Streitkräfte. Diese Kundgebungen fanden auch statt. Foster erklärte damals: „Der Krieg in China ist der Schlüssel für alle Probleme der Weltpolitik, und hier vor allem müssen wir die wuchtigsten Schläge gegen die Reaktion führen."

Die Fortschritte der amerikanischen Neger

Einen starken Widerhall fanden die großen nationalen Befreiungsrevolutionen der Kolonialländer in dem verstärkten Kampf des unterdrückten Negervolks in den Vereinigten Staaten. Das ist besonders seit dem Ende des zweiten Weltkrieges festzustellen. Die Neger in den Vereinigten Staaten erhalten

---

4 Siehe Tschu Teh in „Für dauerhaften Frieden, für Volksdemokratie!", 29. Juni 1951.

5 Mao Tse-tung, „Über die Diktatur der Volksdemokratie", Dietz Verlag, Berlin 1955, S. 19.

6 Zitiert in "People's China", 1. November 1950.

7 "People's China", 16. November 1950.

starke Antriebe für ihren Kampf durch die großen Siege, die die schwarzen Völker in den Kolonialländern jetzt über die imperialistischen Unterdrücker erringen. Anderseits empfinden die erwachenden Kolonialvölker, die sich mit den Völkern der Sowjetunion und der Volksdemokratien verbunden fühlen, lebhaft die antidemokratische Bedeutung der Negerunterdrückung in den Vereinigten Staaten und nehmen jede Gelegenheit wahr, um dagegen zu protestieren. Sie sind mächtige Verbündete des amerikanischen Negervolks geworden. In den letzten zehn Jahren ist die Negerfrage in den Vereinigten Staaten im wahrsten Sinne des Wortes zu einem Weltproblem geworden. Die Wallstreet-Imperialisten merken, daß das bei ihnen so beliebte Jim-Crow-System sich in der internationalen Politik auf ihre Welteroberungspläne hinderlich auswirkt.

Nach der Volkszählung von 1950 dauerte das Abwandern der Neger vom Süden nach dem Norden in der Zeit von 1940 bis 1950 an. In dieser Zeitspanne vermehrte sich die Negerbevölkerung in den dreizehn Südstaaten nur um 55.637 Köpfe, während sie in den Industriestaaten Kalifornien, Illinois, Michigan, New Jersey, New York, Ohio und Pennsylvania von 2.808.549 auf 4.364.000, das heißt um 1.555.451 Köpfe anstieg.[8] Dies be-[633:]deutet, daß die führende Rolle der Arbeiterklasse in dem Kampf des Negervolks immer größer wird.

In den letzten Jahren, vor allem seit dem Ende des Krieges, haben die amerikanischen Neger in dem Kampf gegen ihre Unterdrücker bemerkenswerte Erfolge erzielt, teils durch ihre eigene Aktivität, wobei sie von den Kommunisten und ihren anderen Verbündeten im Lande stets unterstützt wurden, teils dank der wirksamen Hilfe ihrer Freunde im Ausland. Sie haben eine hervorragende Armee von einer Million Negergewerkschaftern geschaffen; sie haben den Lynchbanditen weitgehend Einhalt geboten; sie haben sich im wissenschaftlichen Leben durchgesetzt (die neueste Ausgabe von "American Men of Science" enthält die Namen von 20 Negern); sie haben sich bis in die ersten Reihen in der Literatur und im Theaterleben durchgefochten; sie haben die Farbenschranke durchbrochen und sich in zahlreichen Sportarten (Baseball, Boxen, Kricket, Tennis, Leichtathletik usw.) ausgezeichnet; sie erscheinen in immer größerer Zahl an den ihnen bisher verschlossenen Universitäten des Südens; mehr und mehr setzen sie ihr Stimmrecht im reaktionären Süden durch.[9] Aber dieser Fortschritt betrifft lediglich Nebenerscheinungen des ungeheuerlichen Jim-Crow-Systems und wird durch das verhängnisvolle Anwachsen der Reaktion in den Vereinigten Staaten in Frage gestellt. Noch immer sind die Neger die Zielscheibe der gesamten Reaktion in den Vereinigten Staaten und unterliegen in der Wirtschaft, in der Politik und im gesellschaftlichen Leben der schändlichsten Diskriminierung. „Das Gerede von der fortschreitenden Eingliederung der Neger in das gesamte Leben der Vereinigten Staaten ist bedeutungslos", sagt Gus Hall, „solange die Neger 9,8 Prozent der Bevölkerung ausmachen, aber weniger als 3 Prozent des Nationaleinkommens erhalten."[10] Pettis Perry stellt zu diesem Thema fest: „Seit der Rekonstruktionsperiode ist nicht ein einziger Neger in den Senat der Vereinigten Staaten gewählt worden, und seitdem George H. [634:] White aus Nord-Carolina vor 50 Jahren aus dem Kongreß ausschied, ist in keinem Staat des Südens ein Neger in den Kongreß gewählt worden. Und doch leben mehr als 10 Millionen Neger im Süden."[11]

Der amerikanische Imperialismus fühlt sich ernstlich beunruhigt durch die heftigen Angriffe gegen die Negerdiskriminierung, denen er sich heute in den Vereinigten Staaten seitens der Kommunistischen Partei und im Ausland seitens der Sowjetunion und der übrigen demokratischen Länder der Welt ausgesetzt sieht. Durch die Negerdiskriminierung wird der Schwindel der Wallstreet von ihrem Vorkämpfertum für die Demokratie in der Welt in peinlicher Weise aufgedeckt. Um die berechtigten Angriffe abzuwehren, gehen die Imperialisten heute vielfach dazu über, prominente Neger aus verschiedenen Wirkungskreisen zu dem Zweck zu ködern, die Negerdiskriminierung in den Vereinigten Staaten zu bagatellisieren. Zu denen, die sich so gegen ihr eigenes Volk haben mißbrauchen lassen, gehören Ralph J. Bunche, Mrs. Edith Sampson, Jackie Robinson, Sugar Ray Robinson, Roy Wilkins

---

8 Siehe "New York Times", 31. Oktober 1951.

9 Näheres über die jüngsten Fortschritte des Negervolks siehe in "Progress in Negro Status and Race Relations, 1911-1946", Phelps-Stokes Fund, New York 1946.

10 Gus Hall, "Marxism and Negro Liberation", New York 1951.

11 Pettis Perry in "Political Affairs", Dezember 1951.

und Dr. Channing Tobias. Auch die konservative Negerpresse hat sich mit Apologetik des weißen Chauvinismus besudelt. Es ist ein beklagenswertes Schauspiel für alle Freunde des Negervolks, wenn prominente Vertreter der Neger über den großen Paul Robeson herfallen und den schwarzen Völkern vor der Weltöffentlichkeit erzählen, es sei nichts als ein Lügengewebe, wenn behauptet wird, das Negervolk werde in den Vereinigten Staaten in schändlicher Weise beschimpft und diskriminiert.

Der Weltgewerkschaftsbund

Eine der wichtigsten Erscheinungen in der großen demokratisch-revolutionären Massenbewegung während des zweiten Weltkrieges und danach war die mächtige Entwicklung der Gewerkschaften in der ganzen Welt (abgesehen von der UdSSR, wo die Organisierung in Gewerkschaften bereits restlos durchgeführt war). Von dieser Ausdehnung der Gewerkschaftsbewe-[635:]gung wurden nicht nur die Industrieländer, sondern in sehr hohem Grade auch die kolonialen und halbkolonialen Länder erfaßt.

Die Vereinigten Staaten, von Amerika bildeten dabei keine Ausnahme. Insgesamt stieg die Zahl der Gewerkschafter in den Vereinigten Staaten – in der AFL, im CIO und in den unabhängigen Verbänden – von etwa 10 Millionen im Jahre 1940 auf mindestens 16 Millionen Ende 1948. In den Vereinigten Staaten ist heute rund ein Drittel der Arbeiterklasse gewerkschaftlich organisiert. Nach Berechnungen der Regierung sind zur Zeit von den 62 Millionen Erwerbstätigen in den Vereinigten Staaten etwa 46,5 Millionen Lohnarbeiter. Davon sind 10,5 Millionen „Angestellte und verwandte Berufe“, 7 Millionen „gelernte Arbeiter und Vorarbeiter“, 13 Millionen „angelernte Arbeiter“ und 16 Millionen „ungelernte Arbeiter“. Die restlichen 15,5 Millionen sind freiberuflich Tätige, Direktoren, Beamte, Farmer, Ladenbesitzer usw.[12]

Hand in Hand mit der machtvollen Entwicklung der Gewerkschaften in der ganzen Welt ging der dringende Wunsch nach ihrem Zusammenschluß im nationalen wie im internationalen Maßstabe. Dies führte zur Gründung des Weltgewerkschaftsbundes, die nach mehreren Vorkonferenzen in London, Paris, Washington und San Francisco im Oktober 1945 in Paris erfolgte. Der Weltgewerkschaftsbund hatte zur Zeit seiner Gründung 64 Millionen Mitglieder in 52 Ländern. Seitdem ist er bis 1951, trotz umfassender Spaltungsaktionen der Reaktionäre, auf 78 Millionen Mitglieder in 65 Ländern angewachsen.[13]

Schon bei seiner Gründung war der Weltgewerkschaftsbund viel stärker als jeder frühere internationale Gewerkschaftsbund und erfaßte weit mehr Länder, vor allem die kolonialen und halbkolonialen Länder. Im Zuge seiner machtvollen organisatorischen Ausdehnung gewann er die bisher unversöhnlichen kommunistischen, sozialdemokratischen, syndikalistischen, katholischen und parteilosen Gewerkschafter für sich. Angesichts dieser Entwicklung zerfiel die alte, von den Sozial-[636:]demokraten beherrschte Gewerkschaftsinternationale. mehr und mehr und löste sich formell auf. Alle wichtigen gewerkschaftlichen Organisationen in der Welt, mit Ausnahme der AFL, schlossen sich dem Weltgewerkschaftsbund an.

Die starken Vereinigungstendenzen des Weltgewerkschaftsbundes machten sich auch in den Vereinigten Staaten bemerkbar, und der CIO, speziell unter der Führung Sidney Hillmans, arbeitete an der Gründung der neuen Internationale aktiv mit. Die fortschrittliche Haltung, die der CIO damals in der Frage der Weltgewerkschaftseinheit einnahm, erklärte sich, wie sein fortschrittlicher Standpunkt in manchen anderen Fragen, in erster Linie durch den Einfluß der starken Minderheit der Kommunisten und Fortschrittler. Die Kommunisten waren schon lange energische Vorkämpfer für die nationale und internationale Gewerkschaftseinheit. Die Führung der AFL dagegen lehnte, ganz im Geiste der Wallstreet, den Anschluß an den Weltgewerkschaftsbund ab und nahm von Anfang an Kurs auf die Spaltung dieser Organisation.

---

12 Siehe U.S. Census Bureau, “Statistical Abstract”, 1947, S. 100.

13 Siehe Labor Research Association, “Labor Fact Book 10”, New York 1951, S. 145.

Weltorganisationen der Frauen und der Jugend

Auch die werktätigen Frauen der Welt wurden von der auf den zweiten Weltkrieg folgenden mächtigen demokratischen Bewegung erfaßt. Sie hatten aus den Brutalitäten des Faschismus, des legitimen Sprößlings des Kapitalismus, gründlich gelernt. In vielen Ländern entstanden nach dem Kriege starke Frauenorganisationen. Diese traten Ende November 1945 in Paris zusammen und gründeten eine mächtige Organisation zum Kampf für einen demokratischen und dauerhaften Frieden, die Internationale Demokratische Frauenföderation. Anwesend waren etwa 900 Delegierte aus 42 Ländern. Einige Jahre später hatte die Organisation 81 Millionen Mitglieder oder Mitarbeiterinnen, die den verschiedensten religiösen und demokratischen politischen Gruppierungen angehörten.

Die amerikanischen Frauen entsandten 13 Delegierte zum Gründungskongreß, darunter sehr bekannte Führerinnen der [637:] Frauenbewegung. Im Frühjahr 1946 gründete die amerikanische Delegation nach ihrer Heimkehr den Congress of American Women. Diese Organisation entfaltete eine lebhafte Aktivität im Kampf für den Frieden, in der Preisfrage, auf dem Gebiet der bürgerlichen Freiheiten, des Gesundheitsschutzes, der Kinderfürsorge usw. Sie wandte sich energisch gegen Trumans Kriegspolitik und zog eine Reihe von Frauenorganisationen an sich. Es muß aber als eine große Schwäche betrachtet werden, daß sie es nicht verstand, unter der Arbeiterklasse und den Negerfrauen festen Fuß zu fassen. Wegen seines Beitritts zur Internationalen Demokratischen Frauenföderation wurde der Congress of American Women von Generalstaatsanwalt Clark als umstürzlerische Organisation verurteilt und angewiesen, sich als ausländische Organisation eintragen zu lassen, was er ablehnte. Ende 1950 löste sich die Organisation auf, da sie keine feste Massengrundlage besaß.

Die Jugend der Welt wurde von dem durch den Faschismus und den Krieg hervorgerufenen demokratischen Aufschwung nicht weniger stark erfaßt. Die fortschrittlichen Jugendlichen beiderlei Geschlechts waren fest entschlossen, eine Wiederholung all dieser Schändlichkeiten zu verhindern. Im Oktober 1945 wurde in London der Weltbund der Demokratischen Jugend gegründet, dessen Zentrale in Paris eingerichtet wurde. Er stellte eine Weiterentwicklung des während des Krieges in London entstandenen Weltjugendrats dar. Zwei Jahre nach seiner Gründung hatte der Bund 46 Millionen Mitglieder in 64 Ländern, darunter Jugendorganisationen der Arbeiter, Bauern, Katholiken, Sozialdemokraten, Kommunisten usw. Im Jahre 1951 stieg die Mitgliederzahl auf 70 Millionen. Der Weltbund der Demokratischen Jugend kämpft aktiv für den Weltfrieden.

Am Gründungskongreß des Bundes nahm auch eine amerikanische Delegation teil, der Vertreter des Christlichen Vereins junger Mädchen, des Jewish Welfare Board, der Jugendräte der National Association for the Advancement of Colored People und anderer Organisationen angehörten. Als Vertreterin der Kommunistischen Jugend gehörte Mollie Lieber West der Delegation an. Nach ihrer Rückkehr gründeten die Delegierten die [638:] American Youth for a Free World, aber nach dem Ausbruch des Krieges in Korea traten die bürgerlichen Organisationen aus, und im Jahre 1951 löste sich der Verband auf.

Der Umschwung unter den Intellektuellen

Charakteristisch für das Anwachsen der revolutionären Stimmung unter den Massen in der ganzen Welt in und nach dem zweiten Weltkrieg war sein tiefgreifender Einfluß auf die Intellektuellen aller Berufszweige und Arbeitsgebiete. Das zeigte sich deutlich in ganz Europa, besonders in den Ländern der neuen Volksdemokratien.

Noch ausgeprägter war diese Erscheinung im Fernen Osten, in China, Indien, Pakistan, Birma, Malaya und Indochina. Intellektuelle – Wissenschaftler, Schriftsteller, Ingenieure, Künstler usw. – wandten sich in Scharen gegen den Kapitalismus und zum Sozialismus. Dies war einer der bedeutsamsten Züge der rasch anwachsenden antikapitalistischen Stimmung unter den Völkern der ganzen Welt.

Auch in den Vereinigten Staaten machte sich diese Bewegung unter den Intellektuellen bemerkbar, allerdings nicht in demselben Maße wie in den Ländern, die von der allgemeinen Krise des Kapitalismus schwerer heimgesucht, in denen die Verwüstungen durch den Krieg sehr groß und die revolutionären Bewegungen stärker waren. Nach dem Kriege wurde in den Vereinigten Staaten von

fortschrittlich und demokratisch gesinnten Autoren eine Reihe von bedeutenden Büchern, Theaterstücken und Filmen geschaffen. Die Kommunistische Partei, die die Bedeutung des Kampfes an der kulturellen Front wohl zu würdigen wußte, förderte dieses Schaffen tatkräftig. Diese Werke, geboren aus der antifaschistischen Stimmung, die der Krieg erzeugt hatte, beschäftigten sich vorwiegend mit dem Antisemitismus, dem weißen Chauvinismus und ähnlichen Themen. Aber das Ergebnis war mager. Im Jahre 1947 stellte V. J. Jerome fest: „Es ist schwierig, neben de Kampf gegen den Rassismus auf bestimmte Züge des demokratischen Inhalts schöpferischer Werke aus der Nachkriegsperiode [639:] hinzuweisen.“[14] Die meisten der einstmals fortschrittlichen bürgerlichen Schriftsteller folgten selbst damals dem Ruf des amerikanischen Imperialismus und waren eifrig darauf bedacht, die Massen im Geiste der Weltherrschaftsbestrebungen der Wallstreet irrezuführen.

Wirkliche kulturelle Energie war damals nur in den Reihen der Linken zu beobachten, bei den Kommunisten und anderen vom Marxismus-Leninismus beeinflußten Kräften. Von den bemerkenswerteren Schöpfungen dieser Gruppe nennen wir nur Philip Foners “History of the Labor Movement in the United States’, Howard Fasts “The American”[15], Herbert Apthekers “The Negro People in America” und „Documentary History of the Negro People in the United States”, W. E. B. DuBois’ “The World and Africa”, John Howard Lawsons “The Hidden Heritage”, Meridel Le Sueurs “North Star Country”, Albert Maltz’ “The Journey of Simon McKeever”[16], Barbara Giles’ “The Gentle Bush” und Richard Boyers “The Dark Ship”. Auf dem Gebiet des Theaters ragte Paul Robeson im kulturellen wie im politischen Sinne in einsamer Größe empor. Die Partei spielte zwar eine beträchtliche Rolle auf kulturellem Gebiet, doch hat sie ihre demokratischen Möglichkeiten keineswegs voll entfaltet.

Die Entwicklung der kommunistischen Parteien

Ein charakteristischer Zug der Nachkriegszeit war das schnelle Anwachsen der kommunistischen Parteien in den Ländern, die unter dem Kriege gelitten hatten. Dies erklärte sich einerseits durch die tapfere Haltung der Kommunisten in der Zeit der faschistischen Okkupation und des Krieges und anderseits durch den Umstand, daß nur die Kommunisten am Ende des Krieges ein wohldurchdachtes Programm besaßen, das die Massen ansprach. Sie gingen voran bei der Organisierung all [640:] der großen Massenbewegungen und Kämpfe, von denen oben die Rede war. Infolgedessen entwickelten sich in einer Reihe von Ländern Europas die kommunistischen Parteien der Vorkriegs- und der Kriegszeit zu Massenparteien mit nach Hunderttausenden, ja Millionen zählender Mitgliedschaft. Seit 1947 sind sie fast alle schnell weiter gewachsen. Die gleiche Tendenz war im Fernen Osten und in vielen Kolonialländern zu beobachten, wobei die mächtige Kommunistische Partei Chinas mit 3 Millionen Mitgliedern (heute sind es doppelt soviel) an der Spitze steht. In Lateinamerika entwickelten sich die Dinge ähnlich. In den Vereinigten Staaten kam es, hauptsächlich (aber nicht ausschließlich) aus objektiven, national bedingten Gründen, nicht zu einer so gewaltigen Entwicklung der Kommunistischen Partei.

Die machtvolle Entwicklung demokratischer Massenorganisationen unmittelbar nach dem Kriege war begleitet von stärken Tendenzen zum Zusammenschluß, die von den Kommunisten energisch gefördert wurden. Die Arbeiter und Bauern, die katholischen und sozialistischen Arbeiter, die Arbeiter und alle anderen demokratischen Schichten drängten neuerlich zur Vereinigung. Eine der wichtigsten dieser Strömungen war die von den Kommunisten ins Leben gerufene Bewegung zur Zusammenarbeit und schließlichen Verschmelzung der kommunistischen und der sozialdemokratischen Parteien. In den ost- und mitteleuropäischen Volksdemokratien wurde die tatsächliche Vereinigung dieser Parteien (abgesehen von unbedeutenden rechten Splittergruppen) erreicht; in Westeuropa dagegen – in Frankreich, England usw. – waren die Rechtssozialisten noch stark genug, um Einheitsfrontaktionen und Parteiverschmelzungen zu verhindern. In Italien unterstützt die von Pietro Nenni geführte Sozialistische Partei die Einheitsfrontbewegung.

---

14 V. J. Jerome, „Kultur in einer sich ändernden Welt“, Dietz Verlag, Berlin 1949, S. 52.

15 „Der Amerikaner“, Dietz Verlag, Berlin 1950.

16 „Die Reise des Simon McKeever“, Dietz Verlag, Berlin 1950.

Der zunehmende Einfluß der Kommunisten während des zweiten Weltkrieges und seit seinem Ende – in den Regierungen, den Parlamenten, den Gewerkschaften und den demokratischen Bewegungen aller Art – bedeutet vor allem, daß die Führung des Weltproletariats mehr und mehr von den Rechtssozialisten auf die Kommunisten und ihre Verbündeten [641:] übergegangen ist. In den letzten beiden Generationen beherrschten die Rechtssozialisten die politische und ökonomische Bewegung der Arbeiterklasse in der ganzen Welt. Heute ändert sich das rasch, und die Führung geht auf die Kommunisten über. Diese Entwicklung verläuft natürlich nicht einheitlich. In den Vereinigten Staaten, in Kanada, Großbritannien und einer Reihe anderer Länder ist sie noch nicht eingetreten, in Frankreich, Italien und dem größten Teil Ost- und Mitteleuropas sowie im Fernen Osten und in Lateinamerika ist sie jedoch bereits Tatsache. Sie deutet darauf hin, daß sich die Hauptkräfte der internationalen Arbeiterbewegung von Kapitalismus und Krieg abwenden und sich auf den Kampf für den Frieden, die nationale Befreiung und den Sozialismus orientieren.

Die kapitalistische und die sozialistische Welt

Der mörderische Wahnsinn des ersten Weltkrieges hatte für den Kapitalismus die Folge, daß 200 Millionen Menschen und der sechste Teil der Erde – die Sowjetunion – sich seinem Herrschaftsbereich entzogen. Der noch grauenhaftere zweite Weltkrieg, der ebenfalls aus dem lebensgefährlichen Wahnsinn des kapitalistischen Systems erwuchs, kostete dies System weitere 600 Millionen Menschen, so daß heute nicht weniger als 900 Millionen Menschen, ein Drittel der gesamten Menschheit, entweder unter sozialistischen Regierungen oder in Gesellschaftsordnungen leben, die sich klar zum Sozialismus hin entwickeln. Millionen und aber Millionen, die heute noch in verschiedenen Teilen der Welt unter dem kapitalistischen System leben, wenden sich in ihrem Denken und Fühlen ebenfalls dem Sozialismus zu. Diese ungeheuren Massen bilden den Kern des noch umfassenderen Weltlagers der Demokratie und des Friedens.

Diese riesigen Massen sind entschlossen, sich einen Ausweg zu erkämpfen aus dem Chaos von Ausbeutung, Hunger, Armut, Unwissenheit, Krankheit, Tyrannei und Krieg, das das kapitalistische System darstellt. Sie sind auf dem Wege zu einer neuen Gesellschaftsordnung, die ihnen Freiheit, Frieden und [642:] allgemeinen Wohlstand bringen wird. Die größte Idiotie unserer Epoche ist es, daß die herrschenden Klassen diese große Befreiungsbewegung, die gewaltigste in der Weltgeschichte, als umstürzlerisches Komplott einer kommunistischen Minderheit zu diffamieren und gewaltsam zu unterdrücken suchen.

Die Menschheit lebt, besonders seit dem zweiten Weltkriege, buchstäblich in zwei Welten. Die eine ist die alte, erschöpfte, geschichtlich überlebte kapitalistische Welt, die Welt der Ausbeutung, des Hungers, des Imperialismus, des Faschismus und des Krieges, voller Verwirrung, Hoffnungslosigkeit und Verzweiflung. Die andere ist die große neue Welt des Sozialismus, die von Leben sprüht und von Gesundheit strotzt, die im Auftrag der Geschichte handelt und damit den Unterdrückten dieser Erde eine Botschaft von Hoffnung und Zuversicht bringt. Schon die Existenz der Sowjetunion bedeutet für die erwachenden Völker Europas, Asiens, Afrikas und Amerikas Ermutigung und starken Schutz. Alle Marxisten-Leninisten sind sich darüber einig, daß diese beiden Welten, die überlebte und die kommende, in Frieden nebeneinander leben und bestehen können und sollten; aber die herrschenden Klassen des Kapitalismus, vor allem in den Vereinigten Staaten, denken und handeln anders. Ihr Programm ist der Atomkrieg zur Eroberung der Weltherrschaft. Dieser Gewaltkult der Imperialisten kann jedoch schließlich nur zu ihrem Untergang führen. Entscheidend für unsere Epoche ist die fortschreitende Entwicklung der Welt vom Kapitalismus zum Sozialismus, eine Entwicklung, die so unaufhaltsam wie unvermeidlich ist. Daher konnte Molotow sagen: „Wir leben in einem Zeitalter, da alle Wege zum Kommunismus führen.“[17]

---

17 W. M. Molotow, „Der 30. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution“, Berlin 1947, S. 31.

[643:]

32
DER AMERIKANISCHE IMPERIALISMUS GREIFT NACH DER WELTHERRSCHAFT
(1948-1951)

Eine der bedeutsamsten Folgen des zweiten Weltkrieges und damit auch der allgemeinen Krise des Weltkapitalismus ist die Hegemonie der Vereinigten Staaten in der kapitalistischen Welt. Dies ist eine weitere Auswirkung des Leninschen Gesetzes von der ungleichmäßigen Entwicklung des Kapitalismus, wonach die einzelnen kapitalistischen Länder sich wirtschaftlich in verschiedenem Tempo entwickeln. In diesem extremen Falle hat eine einzige kapitalistische Macht – die Vereinigten Staaten – eine so unverhältnismäßige Überlegenheit über die anderen kapitalistischen Länder gewonnen, daß sie in der übrigen kapitalistischen Welt fast unumschränkt diktieren kann. Diese in der Geschichte des Kapitalismus einzigartige Entwicklung beweist schlagend, daß das kapitalistische System im Weltmaßstab durch und durch krank ist; denn nur weil die anderen Mächte wesentlich geschwächt sind, beugen sie sich dem Diktat der Wallstreet. In ihrer allgemeinsten Form offenbart sich diese Hegemonie darin, daß die Politik der Vereinten Nationen praktisch von den Vereinigten Staaten bestimmt wird. Infolge ihrer destruktiven Auswirkungen jedoch vertieft die amerikanische Hegemonie die allgemeine Krise noch mehr, und sie könnte den Untergang des kapitalistischen Systems durch einen neuen Weltkrieg herbeiführen.

Die Hegemonie des amerikanischen Kapitalismus

Die Vorherrschaft des amerikanischen Kapitalismus ist erstens durch die ernstliche wirtschaftliche und politische Schwächung der anderen Großmächte – Großbritanniens, Deutsch-[644:]lands, Japans, Frankreichs und Italiens – im Kriege und zweitens durch die enorme (etwa 75prozentige) Steigerung der Produktivkräfte der Vereinigten Staaten während des Krieges und in der Nachkriegszeit herbeigeführt worden. Die Vereinigten Staaten mit ihrem übermäßig aufgeblähten Produktionsapparat verfügen heute über etwa zwei Drittel der industriellen Kapazität der kapitalistischen Welt, sie besitzen rund drei Viertel der Goldreserven der Welt, und ihre Auslandsinvestitionen sind weit größer als „die gesamten Auslandsinvestitionen aller anderen imperialistischen Mächte“[1]. So üben sie in der kapitalistischen Welt eine fast unumschränkte Diktatur aus. Aber es ist eine sehr unsichere Herrschaft, und das wankende Gebäude droht ständig einzustürzen.

Die amerikanische Hegemonie in der kapitalistischen Welt vertieft die allgemeine Krise des kapitalistischen Systems, weil sie alle inneren Widersprüche dieses Systems sowie diejenigen zwischen der kapitalistischen und der sozialistischen Welt wesentlich verschärft. So ist zum Beispiel dadurch, daß die Vereinigten Staaten den Krieg in Korea entfesselten und andere kapitalistische Staaten buchstäblich dazu zwangen, wenigstens einige Formationen zum Zeichen ihrer Teilnahme nach den Schlachtfeldern in Korea zu schicken, in der ganzen Welt eine starke Spannung entstanden. Ebenso üben die Vereinigten Staaten in ihrer Eigenschaft als Diktator der kapitalistischen Welt auf England, Italien, Belgien und andere Länder im Zuge ihres forcierten Rüstens gegen die UdSSR einen derartigen ökonomischen Druck aus, daß diese Länder vor dem Bankrott stehen. Auch durch die rücksichtslose Durchdringung der inneren und äußeren Märkte der anderen imperialistischen Mächte schwächen die Vereinigten Staaten das gesamte Gefüge des Kapitalismus. Die Kolonialmacht Englands, Frankreichs, Hollands und Belgiens erschüttern sie dadurch, daß sie die Kolonien und Dominions dieser Länder mehr und mehr unter ihre ökonomische und politische Kontrolle bringen, wobei sie mit einem ungeheuren Propagandaaufwand behaupten, die Kolonialmethoden dieser Mächte seien „veraltet“. Auch die unverschämte Beeinträchtigung der nationalen Unabhängigkeit anderer Länder [645:] durch die Wallstreet ruft in der ganzen Welt eine starke amerikafeindliche Stimmung hervor, die sich in der wachsenden Opposition gegen die USA in den Vereinten Nationen offenbart. Vor allem aber treiben die Vereinigten Staaten mit Hilfe ihrer überragenden Machtstellung die anderen kapitalistischen

---

1 Victor Perlo, „Der amerikanische Imperialismus“, S. 30.

Länder einem Kriege entgegen, der, falls er ausbrechen sollte, sehr wahrscheinlich den Kapitalismus in der ganzen Welt vernichten würde.

Eine besonders irrsinnige politische Linie im Rahmen der wahnwitzigen Weltherrschaftspläne der Wallstreet ist die unverschämte Forderung der USA-Regierung, alle kapitalistischen Länder sollten den Handelsverkehr mit der Sowjetunion und den europäischen und asiatischen Volksdemokratien abbrechen. Diese Boykottpolitik kann den letztgenannten Ländern keinen ernsten Schaden zufügen, weil sie selbst alle Rohstoffe besitzen, die sie brauchen. Darüber hinaus macht ihre sozialisierte Wirtschaft es ihnen verhältnismäßig leicht, ohne den Handel mit kapitalistischen Ländern auszukommen. Für die kapitalistische Welt jedoch kann diese Politik verhängnisvolle Folgen haben; denn Großbritannien, Frankreich, Westdeutschland, Japan und andere Länder – ganz zu schweigen von den Vereinigten Staaten – sind in steigendem Maße auf die großen potentiellen Märkte in den boykottierten Ländern angewiesen. Die Abschnürung von diesen Märkten kann sehr wohl durch Überproduktion und Massenarbeitslosigkeit zu einer ökonomischen Explosion führen, durch die der ganze kapitalistische Kriegsbund und mit ihm die Hegemonie der Vereinigten Staaten auffliegen würde.

Zu besonders gefährlichen Spannungen führt der unverschämte Versuch der Wallstreet, den Völkern der Welt das Recht abzusprechen, in Frankreich und Italien fortschrittliche Regierungen zu bilden, die nationale Unabhängigkeit im mittleren Osten herzustellen und die große Kolonialrevolution in Asien zu Ende zu führen. Alle diese Volksbewegungen werden als russische „Verschwörungen“ und kommunistische „Infiltration“ diffamiert und bekämpft. Diese Politik muß sich in ihren letzten Konsequenzen als verhängnisvoll für den Kapitalismus erweisen.

[646:] Im Rahmen ihrer weltkapitalistischen Hegemonie unterhalten die Vereinigten Staaten eine Art Bündnis mit ihrem wichtigsten imperialistischen Konkurrenten, Großbritannien, das sie wie einen Juniorpartner behandeln. Trotz ihrer eingebildeten Überlegenheit müssen die Vereinigten Staaten den von ihnen abhängigen kapitalistischen Mächten einige geringfügige Konzessionen machen; denn ohne deren Unterstützung könnten sie sich mit ihrer Kriegspolitik nicht einmal im eigenen Lande durchsetzen. Und dennoch ist der wachsende englischamerikanische Gegensatz der wichtigste innerhalb der kapitalistischen Welt, und er verschärft sich heute immer mehr. Ein Bruch mit Großbritannien wäre verhängnisvoll für die Wallstreet. Aus dieser Tatsache geht hervor, welche große Rolle die europäischen Staaten in der Friedensbewegung zur Zügelung des kriegslustigen amerikanischen Imperialismus spielen könnten, wenn sie von ihren Völkern dazu gezwungen würden.

Die treibenden Kräfte im Kriegskurs der Wallstreet

Die von den großen Monopolkapitalisten beherrschten Vereinigten Staaten können sich mit ihrer gegenwärtigen führenden Stellung unter den kapitalistischen Nationen nicht zufriedengeben. Sie müssen nach der unbeschränkten Weltherrschaft streben, nach der Beherrschung sowohl des großen sozialistischen als auch des kapitalistischen Sektors der Welt. Die Wallstreet ist entschlossen, sich die ganze Welt zu unterwerfen, koste es, was es wolle. Man weiß in der Wallstreet sehr wohl, daß diese Bestrebungen zu einem neuen großen Kriege führen können, und ein solcher Krieg wird kaltblütig vorbereitet. Diese skrupellose Politik liegt in der Natur des Imperialismus. Die amerikanische Bourgeoisie wird zu diesem unnachgiebigen Streben nach imperialistischer Expansion und Weltherrschaft durch vier entscheidende Faktoren veranlaßt, denen sämtlich die unersättliche kapitalistische Profitsucht zugrunde liegt.

Zunächst treiben die hartnäckigen Bemühungen um Märkte, Rohstoffe, militärisch-strategische Positionen und um die Mög-[647:]lichkeit der Ausbeutung anderer Völker notwendigerweise die Vereinigten Staaten als imperialistische Großmacht in eine Aggressionspolitik hinein, der nur durch den ihr entgegentretenden Widerstand Schranken gesetzt werden. Dieser Imperialismus ist charakteristisch für alle kapitalistischen Großmächte, aber ganz besonders für die Vereinigten Staaten, so unangenehm dieser Gedanke den Amerikanern sein mag. Die Vereinigten Staaten sind, eben weil sie ökonomisch viel stärker sind und in weit höherem Grade vom Monopolkapital beherrscht werden als alle anderen Länder, auch politisch aggressiver. Sie müssen unvermeidlich in ihrer imperialistischen Zielsetzung viel weiter gehen, als andere kapitalistische Mächte dies je getan haben, sie müssen also die unbeschränkte Weltherrschaft erstreben.

Zweitens werden die Vereinigten Staaten in ihre aggressive Politik der Weltherrschaft durch die Befürchtung hineingetrieben, der Kapitalismus im restlichen Teil der Welt könne zerfallen und sei nur zu retten, wenn ihn die amerikanischen Kapitalisten mit ihren gewaltigen Mitteln und ihrer Erfahrung unter ihre Fittiche nehmen. Diese Kapitalisten mögen die marxistisch-leninistische Theorie der allgemeinen Krise des kapitalistischen Systems ablehnen, sie sind sich trotzdem darüber klar, daß sich der internationale Kapitalismus in schwerer Bedrängnis befindet und daß drastische Maßnahmen erforderlich sind, wenn eine reale Möglichkeit bestehen soll, ihn wenigstens zeitweilig am Leben zu erhalten.

Drittens fürchten die Wallstreet-Kapitalisten, die die Vereinigten Staaten in der Tasche haben und regieren[2], zutiefst die aufsteigende Entwicklung des Sozialismus in der Welt. Nicht einen Augenblick glauben sie an ihre eigenen, für den Massengebrauch bestimmten Propagandalügen, der Sozialismus sei undurchführbar und die UdSSR stehe vor dem Zusammenbruch. In ihrer Angst sehen sie ein Menetekel darin, daß im Laufe einer Generation 900 Millionen Menschen ihre kapitalistischen Ketten zerbrochen haben und nun entweder bereits im Sozialismus leben oder den Sozialismus aufbauen. Deshalb sind [648:] sie entschlossen, unter allen Umständen den Versuch zu machen, die UdSSR, die europäischen Volksdemokratien, die große Volksrepublik China und alle anderen Volksstaaten und Volksbewegungen, die dem Sozialismus zustreben, zu vernichten.

Viertens ist es für die Erklärung der Kriegs- und Weltherrschaftspolitik des amerikanischen Imperialismus von entscheidender Bedeutung, daß die Industrie der Vereinigten Staaten bei den in ihr herrschenden kapitalistischen Methoden den Krieg braucht, um wenigstens zeitweilig weiterarbeiten zu können. Wie wir aus den vorhergehenden Darlegungen gesehen haben, hat die amerikanische Industrie ihren heutigen enormen Entwicklungsstand hauptsächlich dadurch erreicht, daß die beiden Weltkriege künstliche Märkte entstehen ließen. Für diese Kriege produzierte die amerikanische Industrie Rüstungsmaterial, und nach dem Kriege produzierte sie, um die durch die beiden Kriege verursachte Warenknappheit und Zerstörung von Werten auszugleichen. Wenn die amerikanische Industrie sich noch immer so schnell weiter ausdehnt, so ist dies durch die Perspektive eines neuen Krieges bedingt.

Die Kommunistische Partei hat immer wieder darauf hingewiesen, daß die normalen nationalen und internationalen kapitalistischen Marktverhältnisse keinen Anlaß bieten für die gegenwärtige starke Entwicklung der Industrie. Der bekannte amerikanische Ökonom Leon Keyserling stellte fest, daß die USA in den nächsten zehn Jahren neue Märkte im In- und Ausland für Waren im Werte von 400 Milliarden Dollar finden oder mit einem wirtschaftlichen Zusammenbruch rechnen müssen.[3] Daher gehen die Kapitalisten darauf aus, Märkte für diese enormen Überschüsse durch umfassende Kriegsvorbereitungen und schließlich durch einen Krieg selbst zu schaffen. Diese an Keynes orientierte Politik macht die Kriegstreiberei doppelt gefährlich. Wie wir in Kapitel 36 zeigen werden, ist der Glaube, die aufgeblähte amerikanische Industrie könne durch Rüstungsproduktion voll in Gang gehalten werden, nichts als eine Illu-[649:]sion. Sie führt zur wirtschaftlichen wie zur militärischen Katastrophe. Im Augenblick aber ist sie für die Großkapitalisten sehr profitabel. „In den Vorkriegsjahren 1936 bis 1939 belief sich der jährliche Nettoprofit der amerikanischen Aktiengesellschaften auf 3,4 Milliarden Dollar; in den Jahren 1940 bis 1945 betrug er 8,7 Milliarden, von 1946 bis 1950 („kalter Krieg“ und Korea) 18,5 Milliarden und im Jahre 1951 mindestens 30 Milliarden Dollar. Von 1940 bis einschließlich 1950 wiesen die Aktiengesellschaften in den Vereinigten Staaten einen Nettoprofit von insgesamt 145 Milliarden Dollar aus.“[4] Noch mehr Blutgeld erhoffen sich die Ausbeuter durch die fortlaufende Forcierung der Kriegsvorbereitungen. Deshalb treiben sie zum Kriege, der nur zum schließlichen Zusammenbruch führen kann.

Die Kommunistische Partei weist zwar darauf hin, daß Krisen im Kapitalismus unvermeidlich sind, sucht aber den Arbeitern, die den Reichtum Amerikas geschaffen haben, eindringlich klarzumachen,

---

2 Siehe Anna Rochester, “Rulers of America”, und James S. Allen, „Weltmonopol und Frieden“.

3 Siehe „Die Wirtschaftskrise und der ‚kalte Krieg‘“, Berichte auf einer Konferenz an der Jefferson-Schule für Gesellschaftswissenschaft, herausgegeben von James S. Allen und Doxey A. Wilkersan, Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 37.

4 Herbert Aptheker in “Masses and Mainstream”, Mai 1951.

daß sie dafür kämpfen müssen, einen großen Teil der gegenwärtigen erheblichen Produktionsüberschüsse durch die Hebung des Lebensstandards der Massen, den Ausbau der Sozialversicherung, die Entwicklung des Bildungswesens und die Schaffung menschenwürdiger Wohnverhältnisse für das Volk nutzbar zu machen. Die gewaltige Produktionskapazität der amerikanischen Industrie könnte, richtig verteilt, die Lebensverhältnisse in den Vereinigten Staaten enorm verbessern. Dadurch aber würden die Profite der Unternehmer geschmälert werden, und deshalb widersetzen sie sich allen Bemühungen, die überschüssige Produktion zur Verbesserung der Lage des Volkes nutzbar zu machen. Die herrschenden Kapitalisten mißbrauchen den riesigen amerikanischen Produktionsapparat für die destruktiven Zwecke eines Krieges.

Wenn die Wallstreet auf die Welteroberung hinarbeitet, so verfolgt sie dabei gleichzeitig das Ziel, die ganze Welt zu faschisieren. Sie macht die größten Anstrengungen, um die Freiheiten der Völker in den Vereinigten Staaten sowohl wie in der ganzen übrigen Welt zu erdrosseln; denn nur durch brutale Gewaltmaßnahmen könnte der Friedenswille der Massen gebrochen werden, und nur so könnte es den Großkapitalisten [650:] der Vereinigten Staaten gelingen, den von ihnen geplanten Krieg gegen die Sowjetunion vom Zaune zu brechen und auf das von ihnen geplante System der amerikanischen Weltherrschaft zuzusteuern.

Der Friedenswille der Völker

Der Drang des Wallstreet-Kapitals zum Kriege und zum Faschismus widerspricht völlig den Interessen und Wünschen der demokratischen Massen in den Vereinigten Staaten, den Interessen und Wünschen der amerikanischen Nation. Die Arbeiter und die Farmer, die Neger, die Intellektuellen und alle übrigen Werktätigen in den Vereinigten Staaten sind demokratisch und friedlich gesinnt. Sie wollen mit den Völkern der übrigen Welt in Harmonie leben. Sie haben kein Verlangen nach imperialistischen Raubzügen, blutigen Kriegsabenteuern und der nationalen Katastrophe, zu der die expansionistische Politik der Wallstreet unvermeidlich führen muß. Leider aber haben sie keinerlei Einfluß auf die Regierung und bestimmen nicht ihre Politik. Die Regierung der Vereinigten Staaten wird von den Großkapitalisten beherrscht und zur Förderung ihrer verwerflichen Klasseninteressen, zum Schaden der Interessen der Nation mißbraucht.

Die demokratischen Massen des amerikanischen Volkes und der übrigen Völker der Welt haben wiederholt gezeigt, daß sie den Krieg, den die Wallstreet plant, energisch ablehnen. Das geht aus ihrer Unterstützung des Stockholmer Friedensappells hervor, der eine halbe Milliarde Unterschriften erhielt, aus der Kampagne für einen Fünfmächte-Friedenspakt, die rund 600 Millionen Unterschriften erbrachte, aus der unverkennbaren antimilitaristischen Gesinnung der Völker Europas (einschließlich Deutschlands), Asiens (einschließlich Japans), Lateinamerikas, Afrikas und Australiens sowie der Vereinigten Staaten und Kanadas, aus der katastrophalen Diskreditierung der amerikanischen Demokratie in der ganzen Welt, je mehr das imperialistische Aggressionsprogramm der Wallstreet durchschaut wird, und schließlich aus den gewaltigen Friedensdemonstrationen in vielen Teilen der Welt. In den Vereinigten Staa-[651:]ten hat das Volk seinen Friedenswillen bekundet durch die großartigen Demonstrationen der Soldaten und der ganzen Bevölkerung am Ende des Krieges, die eine erhebliche Verringerung der Streitkräfte erzwangen, durch die hartnäckige Opposition der Volksmassen gegen die Verfügung der Militärs über die Atombombe, gegen die Einführung der Dienstpflicht und der allgemeinen militärischen Ausbildung, gegen die nach dem Kriege andauernde Entsendung starker amerikanischer Truppenverbände nach Europa und gegen die Drohungen mit der Anwendung der Atombombe in Korea sowie durch die auffallend geringe Begeisterung für den Krieg in Korea. Eine Rundfrage des Gallup-Instituts im November 1951 ergab, daß 56 Prozent des amerikanischen Volkes sich über die „völlige Nutzlosigkeit“ des Krieges in Korea einig waren, und eine andere Rundfrage im Dezember zeigte, daß 70 Prozent des Volkes trotz der heftigen Opposition Trumans für eine Friedenskonferenz der Großmächte waren.

Die Hochburg der internationalen Friedensbewegung der Völker ist heute, wie vor dem zweiten Weltkriege, die Sowjetunion. In den Vereinten Nationen führen die Sowjetvertreter einen harten Kampf gegen die Kriegsgefahr, wie einst Litwinow im Völkerbund und Lenin vor dem Ausbruch des ersten

Weltkriegs. Die große Sowjetunion, in der es keine Kapitalisten und daher auch keine Imperialisten gibt, braucht den Frieden dringend und arbeitet für ihn, da er die unerläßliche Voraussetzung für die Erfüllung der gewaltigen Aufgaben darstellt, mit denen sie zur Zeit im Innern beschäftigt ist. Die Sowjetunion ist die starke Zitadelle des Friedens und der Demokratie in der ganzen Welt. In der UdSSR gibt es keine Ausbeuter, die sich durch Rüstungsproduktion und Kriege bereichern, und ihre gesunde sozialistische Wirtschaft ist nicht auf das verhängnisvolle Reizmittel der Kriegsproduktion angewiesen, um reibungslos arbeiten zu können. In der UdSSR ist die Kriegspropaganda, wie sie in den Vereinigten Staaten von der Presse und vom Rundfunk so fieberhaft betrieben wird, ein strafbares Verbrechen. Schon aus der sozialen Struktur der Sowjetunion ergibt sich ihr Eintreten für den Frieden und gegen jede Aggression, und ihre gesamte Außen- und Innenpolitik beruht [652:] auf dieser antiimperialistischen Grundeinstellung. Im zweiten Weltkriege hat die UdSSR die Demokratie in der Welt vor der Vernichtung durch den Faschismus bewahrt, und heute ist sie die Hauptkraft im Kampf für die Erhaltung des Weltfriedens.

Die Wallstreet-Imperialisten jedoch stellen, da sie dringend einen Vorwand zur Rechtfertigung des von ihnen geplanten Krieges brauchen, die friedliebende Sowjetunion als eine gefährliche imperialistische Macht dar. Damit stellen sie die Wirklichkeit auf den Kopf. Die im Dienste der Wallstreet stehenden Schreiberlinge und Schreihälse betreiben eine riesige Propagandakampagne, um zu beweisen, daß die Friedenspolitik der UdSSR in Wirklichkeit auf den Krieg hinsteuere, daß die demokratischen Revolutionen in der Tschechoslowakei, in Polen, China und anderen Ländern durch das militärische Eingreifen der Sowjetunion angestiftet worden seien und daß die Vereinigten Staaten mit ihren gigantischen Kriegsvorbereitungen nur defensive Ziele verfolgten.

Die Wallstreet-Kriegstreiber haben im Jahre 1951 die Rüstungsausgaben im Vergleich zu 1950 um 500 Prozent in die Höhe getrieben, obwohl die Sowjetunion immer wieder vorschlägt, die Atombombe zu verbieten und die Rüstungen erheblich zu reduzieren. Trotzdem schreien die Kriegsbrandstifter in die Welt hinaus, die Sowjetunion sei der Aggressor. In der ganzen Welt haben sie rings um die UdSSR ihre Luftstützpunkte eingerichtet[5] (als hätte die Sowjetunion starke Stützpunkte in Kanada, Mexiko und Westindien), und doch behaupten sie, alle diese Aggressionsmaßnahmen seien rein defensiver Natur. Sie bewaffnen ungeniert die ganze kapitalistische Welt für einen totalen Krieg gegen die Sowjetunion, verkünden aber überall, die Russen wollten die Welt mit ihrer Roten Armee überrennen. Die Politik der Wallstreet und Trumans ist eine Neuauflage der Münchener Politik der Vorkriegs- und Kriegsjahre, das heißt die Vorbereitung eines allgemeinen kapitalistischen Angriffs zur Zerschmetterung der UdSSR. All dies wird betrügerisch und heuchlerisch als ein Programm des Friedens und der Demokratie dargestellt.

[653:]

Die Vereinigten Staaten treiben zum Kriege

Die amerikanischen Kapitalisten arbeiten auf einen dritten Weltkrieg hin. Dieser Krieg wurde schon in der antisowjetischen Politik der Wallstreet während des zweiten Weltkrieges ins Auge gefaßt und sofort nach Kriegsende konkret vorbereitet. Das ist der Sinn der Politik der „Unnachgiebigkeit gegenüber Rußland“ und der „Atombombendiplomatie“. Zunächst wurde ganz allgemein mit der Bombe gedroht, und bald begannen die Atombombenfanatiker, unverhüllt einen „Präventivkrieg“ gegen die Sowjetunion zu propagieren. In den Vereinten Nationen sah sich die UdSSR schon früh einer geschlossenen englisch-amerikanischen Mehrheit gegenüber, die eine antisowjetische Politik betrieb. Der Baruchplan zur Kontrolle der Atomenergie, der darauf berechnet war, die Bombe den Amerikanern vorzubehalten und der Sowjetunion unzugänglich zu machen, wurde der UdSSR zur bedingungslosen Annahme vorgelegt. Alle sowjetischen Friedensvorschläge wurden prinzipiell niedergestimmt. Der Einfluß der Generale in der Führung der amerikanischen Außenpolitik wurde entscheidend.

---

5 Siehe George Marion, „Stützpunkte und Imperium“, Dietz Verlag, Berlin 1951.

Anfang 1947, als die Kriegspolitik immer schärfere Formen annahm, verkündete Präsident Truman die sogenannte Trumandoktrin. Sie bedeutete, daß die Vereinigten Staaten es übernahmen, die griechische Revolution niederzuwerfen, eine Aufgabe, zu deren Lösung sich die Briten außerstande erklärt hatten. Diese einseitige Einmischung in die Angelegenheit Griechenlands, bei der die UN übergangen wurden, war eine Fortsetzung früherer englisch-amerikanischer Versuche, die Volksdemokratien in der Tschechoslowakei, in Polen, Ungarn und anderen Ländern durch die Provozierung eines Bürgerkriegs zu vernichten. So wurde die demokratische Volksbewegung in Griechenland niedergeschlagen, und der USA-Kapitalismus konnte zum Leidwesen seines Verbündeten, Großbritanniens, festen Fuß am Adriatischen Meer fassen. Dieselbe aggressive Linie verfolgte die USA-Regierung, als sie etwa um dieselbe Zeit der französischen und der italienischen Regierung den Befehl erteilte, bei Strafe des Entzugs der amerikanischen Hilfsgelder die kommunistischen Parteien, die stärksten Parteien in [654:] diesen Ländern, von der Teilnahme an der Regierung auszuschließen. Man stelle sich einmal vor, irgendeine sozialistische Regierung erdreiste sich, sich auf solche Weise in die inneren Angelegenheiten der Vereinigten Staaten einzumischen! Dies alles stand in krassem Widerspruch zu den demokratischen Traditionen Amerikas.

Einen weiteren großen Schritt zur Durchführung des imperialistischen Programms des amerikanischen Großkapitals bedeutete die Verkündung des Marshallplans im Juni 1947. Dieser Plan forderte vom Kongreß die Bewilligung von 17 Milliarden Dollar, angeblich, um die wirtschaftliche Gesundung Europas zu ermöglichen, in Wirklichkeit jedoch, um der Wallstreet die ökonomische und politische Durchdringung des europäischen Kontinents zu erleichtern und die kapitalistischen Länder Europas zum Kriege gegen die UdSSR und ihre demokratischen Nachbarn zu organisieren. Die Kosten für diese imperialistischen Abenteuer hatten die Werktätigen zu tragen. Der Marshallplan, der am 30. Dezember 1951 ablief, wurde ersetzt durch das Gesetz über gegenseitige Sicherheit (Mutual Security Act) vom Oktober 1951. Diese Maßnahme zur Finanzierung der Nordatlantikpakt-Organisation hat das amerikanische Volk bereits 7 Milliarden Dollar gekostet, und Präsident Truman hat für das Haushaltsjahr 1951/1952 Mittel in Höhe von 10 Milliarden Dollar für diesen Zweck gefordert. Das Kernstück der ganzen Europapolitik Trumans ist ein bewaffnetes und neofaschistisches Deutschland als Basis für einen Aggressionskrieg gegen die Sowjetunion und die mitteleuropäischen Volksdemokratien.

Inzwischen beschäftigten sich die Vereinigten Staaten weiterhin eingehend mit ihren Plänen zur Eroberung des Fernen Ostens. Gemeinsam mit den anderen imperialistischen Ländern – Großbritannien, Frankreich und Holland – und unter zynischer Mißachtung der revolutionären Traditionen des amerikanischen Volkes bemüht sich die Truman-Regierung, die revolutionären Befreiungsbewegungen in China, Indochina, Birma, Indonesien, Malaya und auf den Philippinen niederzuschlagen, und liefert zu diesem Zweck gewaltige Mengen von Kriegsmaterial an die reaktionären Kräfte, die das bedrohte Kolonial-[655:]system aufrechtzuerhalten suchen. Der Gipfel der Niedertracht in diesem imperialistischen Programm ist die Schaffung eines militaristischen Japans unter Mißachtung der Vereinbarungen der alliierten Mächte aus der Kriegszeit. Das ist der Sinn des reaktionären Vertrages mit Japan vom September 1951.

In den verschiedenen Teilen der Welt gewinnt der allgemeine politische Rahmen, innerhalb dessen das USA-Großkapital seine Weltherrschaft aufzurichten plant, feste Form in Zusammenschlüssen wie der Organisation der amerikanischen Staaten (Vereinigte Staaten und Lateinamerika), dem Nordatlantikpakt (die kapitalistischen Länder Europas), dem Pazifischen Sicherheitspakt (kapitalistische und koloniale Länder im pazifischen Raum) und dem geplanten Mittelmeerpakt. Diese regionalen Gruppierungen gehören angeblich zu dem Einflußbereich und stehen unter der Kontrolle der Vereinten Nationen, werden aber in Wirklichkeit völlig von den Vereinigten Staaten beherrscht. Das gilt auch für die Vereinten Nationen selbst, wenn auch in jüngster Zeit der Einfluß der Vereinigten Staaten in dieser Organisation etwas schwächer geworden ist.

Am 25. Juni 1950 begann der Koreakrieg mit dem militärischen Einfall der amerikanischen Marionettenregierung Li Syng Manin Nordkorea. Die hinter dieser Aggression stehenden Kriegstreiber in der Wallstreet glaubten, es werde für Li Syng Mans Truppen eine Kleinigkeit sein, Nordkorea zu überrennen und die Bahn frei zu machen für einen umfassenden Angriff gegen Volkschina. Damit

sollte eine Bresche geschlagen werden für eine gewaltige Ausdehnung des Einflusses der Wallstreet in Asien. Aber es kam ganz anders. Alle amerikanischen Militärsachverständigen waren bestürzt und tief erstaunt über den prachtvollen Kampfgeist der Nordkoreaner und später der chinesischen Freiwilligen. Die Vereinigten Staaten mußten ihrem vor dem Zusammenbruch stehenden Marionettenstaat schleunigst zu Hilfe eilen. Ohne den Kongreß zu Rate zu ziehen, ja ohne sich vorher mit den Vereinten Nationen zu verständigen, stürzte Präsident Truman die Vereinigten Staaten in einen Krieg, der bereits 3 Millionen Soldaten und Zivilisten das Leben gekostet hat und leicht einen dritten Weltkrieg hätte provozieren können.

[656:] Was Truman verächtlich eine „Polizeiaktion“ nannte, erwies sich als ein regelrechter Krieg, und zwar als ein verlorener. Der erfolgreiche Widerstand der nordkoreanischen und chinesischen Streitkräfte gegen die weitgehend mechanisierten Armeen der Westmächte ist ein Ereignis von historischer Bedeutung. Diese sich gerade erst aus der Kolonialsklaverei befreienden Völker haben die bewaffnete kapitalistische Welt erfolgreich abgewehrt. Welch ein Unterschied gegenüber der Zeit vor 50 Jahren, als die kapitalistischen Mächte bei dem Boxeraufstand im Jahre 1900 mühelos und frech nach Peking marschierten! Präsident Truman und General MacArthur hätten in ihrer wilden Wut die Atombombe eingesetzt und chinesische Städte in Schutt und Asche gelegt, wäre nicht schon bei der Ankündigung einer solchen Möglichkeit überall in der Welt heftigster Protest laut geworden und hätten die Weltkapitalisten nicht gefürchtet, dadurch in noch schlimmere Verlegenheit zu geraten. Daß die Fronten des Krieges ungefähr längs der alten Grenzlinie, des 38. Breitengrades, erstarrt sind, bedeutet eine schwere Niederlage für die Aggressionspläne der Wallstreet.

Hand in Hand mit der militärischen Aggression der Wallstreet im Auslande geht in den Vereinigten Staaten selbst eine fieberhafte Kampagne zur Militarisierung des amerikanischen Volkes. Der Krieg in Korea mit seinen Brutalitäten wie der „Operation Totschläger“ oder der „Operation Würger“ wird in sadistischer Weise verherrlicht. Die Einziehung zum Militärdienst in Friedenszeiten ist eingeführt worden, der Aufbau einer Armee von 4 Millionen Mann ist im Gange, die Kriegsmarine und die Luftwaffe werden gewaltig verstärkt, und die seit jeher antimilitaristisch gesinnten amerikanischen Massen werden militärisch gedrillt. Immer dichter wird die endlose Kette von USA-Luftstützpunkten. Heute besitzen die USA etwa 150 Luftstützpunkte in England, Frankreich, Grönland, Island, Dänemark, Norwegen, Griechenland, Westdeutschland, Italien, der Türkei, Spanien, Kanada, Lateinamerika, Südafrika, Algerien, Marokko, Libyen, Thailand, den Philippinen, Japan, Hawaii, Alaska, Pakistan, Saudi-Arabien, Australien usw. Durch eine zügellose Einschüchterungs- und Verwirrungskampagne will man die Massen glauben machen, der Krieg sei [657:] wegen der „russischen Aggression“ unvermeidlich. In den sechs Jahren seit dem Ende des Krieges gegen- Japan sind bereits mehr als 100 Milliarden Dollar: für den ‚kalten Krieg“ ausgegeben worden; allein im Jahre 1951 beliefen sich die Militärausgaben auf 50 Milliarden Dollar, und in dem am 1. Juli 1952 beginnenden Haushaltsjahr sollen sie auf mehr als 65 Milliarden Dollar steigen. In seiner Budgetbotschaft am 21. Januar 1952 forderte Präsident Truman die märchenhafte Summe von 85,4 Milliarden Dollar, wovon 85 Prozent für Kriegszwecke bestimmt sind – für den vergangenen, den gegenwärtigen und den geplanten Krieg. Diese wahnwitzige Aufrüstung ist gleichbedeutend mit dem Eingeständnis, daß die Atombombe, von der man ursprünglich glaubte, sie genüge, um der Wallstreet die Weltherrschaft zu sichern, strategisch wertlos ist.

Diese aggressive Außenpolitik und die ungeheuren Militärausgaben in Verbindung mit der propagandistischen Bearbeitung der Volksmassen durch die Truman-Regierung sind imperialistische Kriegsvorbereitungen im allergrößten Maßstabe. Nur politisch ahnungslose Menschen können dies alles für Verteidigungsmaßnahmen halten. Welchen anderen Zweck als einen Krieg können die Vereinigten Staaten im Auge haben, wenn sie mit einem Kostenaufwand von vielen Milliarden einen Ring von Luftstützpunkten um die UdSSR herum schaffen? Die Wallstreet-Magnaten, deren willfähriges Werkzeug die Regierung ist, sind zum Kriege entschlossen. Nur durch einen Krieg gegen die UdSSR können sie ihrer Überzeugung nach ihre Wirtschaft voll in Gang halten, für sich selbst fortlaufend riesige Profite erzielen, das wankende kapitalistische System retten, die Gefahr des Sozialismus bannen und sich die Weltherrschaft sichern.

Je weiter die Vereinigten Staaten ihren ungeheuren Rüstungsapparat mit seiner starken Armee, seiner gewaltigen Luftwaffe, seiner riesigen Kriegsflotte, dem großen Vorrat von Atombomben und den Luft- und Marinestützpunkten in allen Teilen der Welt ausbauen, desto größer wird die militaristische Unverschämtheit ihrer kapitalistischen Führer. So stimmt der Kongreß dem Pakt über gegenseitige Sicherheit zu und bewilligt schamlos 100 Millionen Dollar zur Provozierung von Bür-[658:]gerkriegen in der UdSSR und den Volksdemokratien. Präsident Truman erklärt frech, Abkommen mit der Sowjetunion seien nicht das Papier wert, auf dem sie geschrieben sind, und fordert „die bedingungslose Kapitulation Rußlands als Preis für den Frieden“[6]. Die Pressegangster schreien immer lauter nach einem „Präventivkrieg“ gegen die UdSSR. Die Zeitschrift “Collier’s” (Ausgabe vom 27. Oktober 1951) überschlägt sich förmlich bei diesem Geschrei nach einem Blutbad und widmet ein ganzes Heft der sensationellen Schilderung, wie die Vereinigten Staaten den ersehnten Krieg gegen die Sowjetunion gewinnen. Es liegt auf der Hand, daß die Kriegstreiber, wenn das amerikanische Volk ihnen nicht in den Arm fällt, in dem ihnen geeignet erscheinenden Zeitpunkt bewußt einen „Zwischenfall“ herbeiführen und unter dem Vorwand eines sogenannten Präventiv- oder Verteidigungskrieges einen dritten Weltbrand entfachen werden. Sie gehen absichtlich darauf aus, die gegenwärtige gespannte Weltlage zur Provozierung eines dritten Weltkrieges zu benutzen, und nur der Friedenswille des amerikanischen Volkes und der anderen Völker, entschlossen zum Ausdruck gebracht durch organisierten Widerstand, kann die imperialistischen Mordanschläge der Wallstreet vereiteln. Der Volkswiderstand war entscheidend dafür, daß der Koreakrieg zum Stillstand kam, und er kann auch den geplanten dritten Weltkrieg abwenden.

Die Tendenz zum Faschismus

Das Eroberungsprogramm des amerikanischen Imperialismus unterstellt auch den Kurs auf die Herrschaft der Reaktion und auf den Faschismus; denn nur durch hemmungslose Demagogie und Terrorismus, die charakteristischen Methoden des Faschismus, können die Völker der Vereinigten Staaten und der Welt möglicherweise dazu gebracht werden, die empfindliche Senkung des Lebensstandards, die Einschränkung der bürgerlichen Freiheiten und schließlich den Massenmord, die mit den Weltherrschaftsbestrebungen der Wallstreet untrennbar verbunden sind, hinzunehmen. Ein Sieg der amerikanischen kapitalisti-[659:]schen Kriegstreiber und Imperialisten würde aller Wahrscheinlichkeit nach die Faschisierung der Welt bedeuten.

Es ist leicht begreiflich, daß die Vereinigten Staaten bei ihrem Kriegskurs die reaktionärsten Kräfte in der ganzen Welt zu Verbündeten haben. Praktisch ist es überall so, daß eine Gruppe, je konservativer sie ist, um so leidenschaftlicher die antisowjetische Politik der Wallstreet unterstützt. Die Großkapitalisten sind überall in der Welt die wichtigsten Verbündeten der Vereinigten Staaten, und das gilt auch für die zahlreichen von ihnen ausgehaltenen faschistischen Gruppen und Parteien. Dazu kommt die hohe katholische Geistlichkeit, die sich heute in der schwersten religiösen, politischen und finanziellen Krise ihrer Geschichte befindet und sich daher trotz aller Bekenntnisse zum Pazifismus und zur Neutralität mit Freuden für den antisowjetischen Kreuzzug der Wallstreet zur Verfügung stellt.

Ein anderer treuer Bundesgenosse der Wallstreet ist die rechte Sozialdemokratie, in den Vereinigten Staaten sowohl wie in anderen Ländern. Die sozialdemokratischen Führer, die sich schon längst der Erhaltung des kapitalistischen Systems auf Kosten der Arbeiter gewidmet haben, sind politisch durch und durch korrupt und entschlossen, den Führern des Weltkapitalismus, den Wallstreet-Kapitalisten, überallhin zu folgen, auch in Faschismus und Krieg. In Europa und Asien haben die sozialdemokratischen Führer sich mit der inneren Reaktion und dem ausländischen Imperialismus zusammengetan, um in dem großen revolutionären Aufschwung der Nachkriegszeit die Bildung von volksdemokratischen Regierungen auf dem Wege zum Sozialismus zu verhindern. Ein besonders krasses Beispiel für ihren Verrat am Sozialismus war die Tätigkeit der britischen Labourregierung in den ersten Jahren nach dem zweiten Weltkrieg. Die rechtssozialistischen Führer dieser Regierung, die Attlee, Morrison, Strachey usw., verteidigten nicht den Lebensstandard der Arbeiter, setzten sich nicht für den Weltfrieden ein, taten nichts, um England zu einem sozialistischen Lande zu machen. Statt dessen unterstützten

6 “Daily Compass”, 26. Oktober 1951.

sie die gesamte Kriegspolitik des amerikanischen Imperialismus – die Trumandoktrin, den Marshallplan, den Nordatlantikpakt, die [660:] Kriege in Griechenland und Korea, die Aufrüstung Westdeutschlands und Japans usw. Die opportunistischen Rechtssozialisten sind überall bereit, sich für den Krieg und für den Faschismus zur Verfügung zu stellen.

Alle reaktionären und faschistischer Verbündeten der Wallstreet in Europa, Asien und Lateinamerika samt der Sozialdemokratie, die die Spezialaufgabe erfüllt, die Gegenwehr der Arbeiter zu paralysieren, sind einverstanden mit dem Wallstreet-Programm der Faschisierung und des totalen Krieges gegen die UdSSR, wobei mit heuchlerischen Parolen von der Verteidigung des Weltfriedens und der Demokratie gearbeitet wird. Überall verfolgt die Wallstreet in Wahrheit ein Ziel: den Lebensstandard des Volkes zu senken, den Massen ihre demokratischen Freiheiten zu rauben, die kapitalistischen Länder zu remilitarisieren und ihrer nationalen Unabhängigkeit zu berauben. Das ist der Weg zum Faschismus und zum Kriege.

Die Vereinigten Staaten auf dem Wege zum Polizeistaat

In den Vereinigten Staaten selbst tritt das faschistische Element in der Kriegspolitik der Wallstreet ebenfalls in besorgniserregender Weise in Erscheinung. Die Amerikaner in ihrer Masse sind demokratisch und friedliebend, und nur durch Betrug und Terror können sie in einen neuen Weltkrieg. hineingezwungen werden. In diesem Sinne werden sie heute in einem Ausmaß bearbeitet, wie es in der ‚amerikanischen Geschichte überhaupt noch nicht dagewesen ist. Das geschieht hauptsächlich unter dem Vorwand des Kampfes gegen den Kommunismus. Niemals war die Gefahr des Faschismus in den Vereinigten Staaten akuter und drohender als heute.

Die demokratischen Volksrechte werden mehr und mehr beschnitten. Massenverhaftungen von Kommunisten, die an die Palmer-Überfälle des Jahres 1920 erinnern, folgen rasch aufeinander. Hunderte von Einwanderern werden willkürlich deportiert, um die Millionen der übrigen zu terrorisieren. In den Regierungsämtern herrscht die übelste Gesinnungsschnüffelei, [661:] und jedermann ist verdächtig, der irgendwann einmal öffentlich für Franklin D. Roosevelt eingetreten ist oder “The Nation” gelesen hat. Den Gewerkschaften werden unter dem Taft-Hartley-Gesetz systematisch Rechte abgestritten, die sie hundert Jahre lang genossen haben. In der Rüstungsindustrie wimmelt es von Spitzeln, die hysterisch nach „Roten“ suchen. Die Propaganda des Sozialismus, die die amerikanische Linke unbehindert ein Jahrhundert lang betrieben hat, ist heute ein Verbrechen, und wer sich für Friedensverhandlungen einsetzt, läuft Gefahr, als „ausländischer Agent“ unter Anklage gestellt zu werden.

Die Kommunistenhetze hat sich zu einem der blühendsten und einträglichsten Berufe entwickelt. Mehr oder weniger verschleiert werden überall der Antisemitismus, die Negerdiskriminierung und die Idee des angelsächsischen Herrenmenschentums kultiviert. Der Senator McCarthy, der von den Kapitalisten weitgehend unterstützt wird und der gefährlichste Demagoge seit Huey Long ist, denunziert und bedroht jeden, der auch nur eine leise Spur von liberaler Gesinnung erkennen läßt, und der General MacArthur verherrlicht in aller Öffentlichkeit in echt faschistischer Weise den Krieg und die amerikanische Welteroberung. Der Ku Klux Klan kann im Süden wieder sein Haupt erheben. Westbrook Pegler, ein echter Leithammel des Faschismus, fordert die Verhaftung von „Tausenden von Anhängern des New Deal“[7], und die Geheimpolizei des Federal Bureau of Investigation, die von vielen Millionen Menschen Fingerabdrücke aufnimmt und über viele Tausende Akten führt, spioniert überall und wuchert wie ein giftiges Unkraut. Gesetze zur Knebelung der Gedankenfreiheit wie die von Smith, Voorhis, McCarren und vielen anderen werden in rascher Folge eins nach dem anderen in die Gesetzbücher der Union, der Staaten und der Gemeinden aufgenommen. In vielen Gemeinden treiben terroristische Banden ihr Unwesen. Sogar Mitglieder der Regierung wie Truman, Acheson, Marshall, Jessup, Service, Lattimore usw., die mit der UdSSR und Volkschina in noch so bedingter Form zusammenarbeiteten, als diese Länder während des zweiten Weltkrieges militärische Verbün-[662:]dete der Vereinigten Staaten waren, möchten die Reaktionäre als Verräter, Betrüger und ausländische Agenten verurteilen.

---

7 “New York Journal-American”, 27. Juni 1951.

Man schüchtert das Volk auch mit einer sensationellen „Spionenpanik“ ein, die verschiedentlich zu gerichtlichen Verurteilungen geführt hat, unter anderem zu den brutalen Todesurteilen gegen die beiden Rosenbergs. Genährt wird diese Hysterie durch die phantastischen Schauermärchen der Whittaker Chambers, Elizabeth Bentley, Louis Budenz und sonstigen Renegaten und Spitzel, die heute von der Revolverpresse und vom Rundfunk mit Wonne verbreitet werden. Der Versuch, die Kommunistische Partei in diese „Verschwörung“ hineinzuziehen, ist ein absurdes Betrugsmanöver, das bereits völlig entlarvt worden ist. Die künstlich erzeugte „Spionenpanik“ spielt eine ganz bestimmte Rolle in der systematischen Kampagne der Kriegstreiber: Sie soll das amerikanische Volk durch Terror dahin bringen, daß es sich ihrem reaktionären Programm fügt.

Der bloße Schein einer Opposition gegen die Reaktionäre, ganz gleich auf welchem Gebiet unseres nationalen Lebens, wird als kommunistisch diffamiert. Niemals in seiner ganzen Geschichte war das Land so eingeschüchtert und geistig geknebelt wie heute. Verängstigte Bürger haben es wiederholt abgelehnt, Bruchstücke aus der Unabhängigkeitserklärung zu unterzeichnen, wenn sie ihnen im Zusammenhang mit einer Eingabe vorgelegt wurden. Die Zahl der liberalen Tageszeitungen kann man heute an einer Hand aufzählen, und liberale Rundfunkkommentatoren gehören der Vergangenheit an. Reaktionäre politische Analphabeten wie Winchell, Kaltenborn und Lewis erhalten für ihr Geschwätz vor Millionen von Zuhörern märchenhafte Honorare. Film und Fernsehfunk machen schamlos Propaganda für die Reaktion, und die Tagespresse serviert als Nachrichten ein Gemisch von chauvinistischer Kriegspropaganda, antisowjetischen Lügen und journalistischem Schmutz und sinkt so mehr und mehr auf das Niveau Peglers hinab.

An den Universitäten und Schulen werden alle Spuren von Liberalismus ausgerottet, und Lehrer wie Studenten gehen aus Furcht, als „Rote“ denunziert und an die Luft gesetzt zu wer-[663:]den, jeder strittigen Frage aus dem Wege. Der Richter Douglas, der gegen die Entscheidung des Obersten Gerichts über das berüchtigte New-Yorker Feinberg-Gesetz auftritt, schildert die durch das Gesetz verursachte traurige Lage folgendermaßen: „Über die Zuverlässigkeit der Lehrkräfte soll regelmäßig berichtet werden. Die Vorgesetzten werden zu Detektiven; die Studenten, die Eltern, die Gesellschaft werden zu Angebern.“ Die Entscheidung des Obersten Gerichts etabliert das schändliche Prinzip der „Kollektivschuld“.

So entsteht der Faschismus, so werden die Vereinigten Staaten zu einem Polizeistaat gemacht. Eine besonders üble und aktive Rolle spielen dabei politische Ultrareaktionäre wie McCarran und McCarthy. Aber der energischste Vorstoß in der Richtung auf Faschismus und Krieg wurde von der Regierung Truman gemacht, mit der Trumanschen Politik der Stärke gegenüber der Sowjetunion, mit seinem Koreakrieg, seinem angeblichen nationalen Notstand und seinen zügellosen Kriegsvorbereitungen, seiner Gesinnungsschnüffelei und zynischen Verfolgung der Kommunisten, seiner Preisgabe des Bürgerrechtsprogramms für das Negervolk, seiner bewußten Senkung des allgemeinen Lebensstandards durch eine Inflation, zu deren Eindämmung er nichts unternimmt, seiner verlogenen Friedensdemagogie und seiner hinterhältigen Förderung aller reaktionären Tendenzen im Lande.

Zwischen den beiden großen kapitalistischen Parteien besteht eine Art von Arbeitsteilung. Die Republikanische Partei fungiert mehr oder weniger offen als Vorkämpfer der Reaktion, während die in Wirklichkeit nicht weniger reaktionäre Demokratische Partei den Unternehmern dadurch dient, daß sie den natürlichen Widerstand der Arbeiterschaft lähmt, indem sie ihn durch heuchlerische Redensarten von Frieden und Demokratie zu ersticken sucht. Beide sind reaktionäre Parteien. Beide werden vom Finanzkapital beherrscht, und beide führen die Kriegs- und Faschisierungspolitik der Wallstreet durch. Keine von beiden ist ein „kleineres Übel“ als die andere. Wenn eine Garnitur der kapitalistischen Demagogen – Truman, Taft usw. – sich unmöglich macht, versteht es der Kapitalismus, eine andere – Eisenhower, Kefauver usw. – aufmarschieren [664:] zu lassen, um die bürgerlichen Illusionen unter den werktätigen Massen lebendig zu erhalten.

Kaum weniger schuldig an der gegenwärtigen gefährlichen Lage in den -Vereinigten Staaten sind jene feigen Liberalen, Sozialdemokraten und Gewerkschaftsbürokraten, die vor dem aufziehenden faschistischen Sturm entsetzt die Flucht ergreifen. Diese Leute unterstützen nicht nur das Kriegsprogramm,

die Basis der heutigen Reaktion, sondern sie lähmen und untergraben auch systematisch den demokratischen Widerstand der Massen. Um so größer ist das Verdienst der tapferen Kommunistischen Partei, der fortschrittlichen Gewerkschaften und derjenigen Intellektuellen, die den Mut haben, der drohenden Reaktion entgegenzutreten.

Da der amerikanische Faschismus sich über die demokratischen Traditionen und den Friedenswillen des amerikanischen Volkes durchaus klar ist, tarnt er sich raffiniert als Liberalismus und Verteidiger der nationalen Unabhängigkeit. Im Gegensatz zu dem gröberen und unverhüllten Hitlerfaschismus maskiert er seine Doktrin von der „Überlegenheit" der angloamerikanischen Völker. Seine zunehmende Verherrlichung des Krieges verbirgt er unter leidenschaftlichen Friedensbeteuerungen, und seinen Imperialismus bezeichnet er als „moralische Führung der Welt"[8], Wie Georgi Dimitroff schon vor Jahren feststellte, tritt der amerikanische Faschismus heuchlerisch als angeblicher Vorkämpfer der Demokratie, der Gleichberechtigung der Nationen, der Freiheit, des Friedens und der Unabhängigkeit für alle Völker auf.[9] Er führt die brutalsten Angriffe gegen die Rechte der Arbeiter und des Negervolks unter dem Vorwand, die Freiheiten des Volkes zu verteidigen. Die wohlklingenden demokratischen Redensarten der Wallstreet-Reaktion sind nur eine demagogische Fassade: sie sind nichts als Heuchelei, um die Massen irrezuführen, zu verwirren und einzuschüchtern. Unter der dicken Schicht von Lügen verbirgt sich die furchtbare Wirklichkeit des auf Krieg und Faschismus [665:] hinsteuernden amerikanischen Imperialismus. Diese demokratische Fassade der Wallstreet-Reaktion macht es den Massen um so schwerer, die Wallstreet zu durchschauen und zu bekämpfen.

Dies alles ist natürlich nur die eine Seite der Sache. Die große Arbeiterklasse wird noch von sich reden machen in dem heranreifenden Kampf zur Rettung der Vereinigten Staaten vor Faschismus und Krieg. Die heute noch von der Gewerkschaftsbürokratie schändlich irregeführten Arbeiter werden den Weg finden, um alle reaktionären Pläne der Wallstreet zuschanden zu machen. Doch davon mehr in späteren Kapiteln.

---

8 Siehe Herbert Aptheker, "America's Racist Laws", New York 1951.

9 Siehe G. Dimitroff, „Probleme der Einheits- und Volksfront", S. 33.

[666:]

33
DIE KOMMUNISTISCHE PARTEI UND DER „KALTE KRIEG“
(1945-1951)

Nachdem die Kommunistische Partei dem Revisionismus Browders das Rückgrat gebrochen hatte, bezog und behauptete sie eine energische und klare Position des Kampfes gegen das Kriegs-, Faschisierungs- und Weltherrschaftsprogramm der Wallstreet und Trumans. Wie bereits erwähnt, hatten die Marxisten den aggressiven Charakter der Politik der USA-Regierung schon im Kriege, in der feindseligen Haltung gegenüber unserem Verbündeten, der UdSSR, erkannt. Auf ihrem außerordentlichen (XIII.) Parteitag am 28. Juli 1945 wies daher die Partei warnend darauf hin, daß es, falls die imperialistische Politik des amerikanischen Monopolkapitals nicht gezügelt werde, zu „neuen Aggressionsakten und Kriegen und der Entwicklung von Reaktion und Faschismus in den Vereinigten Staaten“[1] kommen werde. In dem gleichen Sinne, nur noch eindringlicher, warnte die Partei auf ihrem XIV. Parteitag am 2. August 1948 vor der Kriegsgefahr. Die damals formulierte Wahlplattform bezeichnete als Hauptproblem bei den kommenden Wahlen die Frage: „Wird Amerika den Weg des Friedens oder des Krieges, den Weg der Demokratie oder des Faschismus einschlagen?“[2] Auf ihrem XV. Parteitag, der am 28. Dezember 1950 begann, erklärte die Partei: „Die wahnwitzige imperialistische Kampagne für Krieg und Faschismus ist nun in ein neues Stadium eingetreten“[3], nämlich in das Stadium der tatsächlichen militärischen Aggression im Fernen Osten.

[667:] Seit dem Ende des Krieges ist die Politik der Partei im wesentlichen darauf ausgerichtet, eine umfassende antifaschistische Friedenskoalition unter der Führung der Arbeiterschaft zustande zu bringen. Alle ihre einzelnen politischen Maßnahmen führt die Partei in Verbindung mit dem allgemeinen Kampf des Volkes gegen Faschismus und Krieg durch. Diese Politik stützt sich auf die Überzeugung, daß die Massen den Krieg nicht wollen und ihn verhindern können, wenn sie ihren Willen nur energisch bekunden. Dabei mußte die Partei ständig auf der Hut sein vor den Überresten des Browderschen Revisionismus unter ihren Führern und Mitgliedern und in ihrer allgemeinen ideologischen und politischen Massenarbeit.

Der Kriegspolitik der Truman-Regierung stellt die Kommunistische Partei eindringlich die Friedenspolitik der Zusammenarbeit zwischen den USA und der UdSSR gegenüber. Unermüdlich macht sie den Arbeitern und den Massen des amerikanischen Volkes klar, daß die amerikanisch-sowjetische Zusammenarbeit das oberste politische Gebot unserer Zeit ist. Diese Zusammenarbeit ist das entscheidende Mittel, um den Krieg zu verhindern, die Demokratie zu schützen und auszudehnen und für die werktätigen Massen den Weg zum Wohlstand frei zu machen. Diese Politik würde die Vereinten Nationen zu dem machen, was sie nach dem Willen der Völker sein sollen, nämlich zu einer Organisation, die bereit und fähig ist, den Weltfrieden zu erhalten, während sie heute unter der Vorherrschaft der Vereinigten Staaten zu einem Instrument des Krieges geworden sind. Sowohl das amerikanische Volk als auch das Sowjetvolk wünschen eine solche Zusammenarbeit, die auch von der Politik der Sowjetregierung angestrebt wird. Das Haupthindernis für ein freundschaftliches Zusammenleben der beiden großen Nationen ist die Politik der amerikanischen Monopolkapitalisten, deren ganzer Weltherrschaftsplan auf der Hoffnung beruht, einen erfolgreichen Krieg gegen die UdSSR führen zu können.

Die Partei hat die einzelnen Phasen des Welteroberungsprogramms der Wallstreet, wie sie sich seit dem Ende des Krieges entwickelt haben, entlarvt und bekämpft. Die Trumandoktrin hat sie sofort verurteilt als Anstiftung zu reaktionären Bürger-[668:]kriegen, um die Regierungen von Völkern, die nach Demokratie und Sozialismus streben, zu stürzen.. Den Marshallplan hat sie sofort gebrandmarkt als in seinem Wesen identisch mit der Trumandoktrin und als einen ungeheuerlichen Versuch, Europa vor den Kriegskarren des amerikanischen Imperialismus zu spannen. Sie hat nachgewiesen, daß Präsident Trumans „Punkt-4-Programm“ nichts anderes ist als ein Plan zur Unterstützung der Wallstreet-

---

1 “Political Affairs“, September 1945.
2 Ebenda, September 1948.
3 Ebenda, Januar 1951.

Imperialisten bei der wirtschaftlichen und politischen Durchdringung der industriell weniger entwickelten Gebiete der Welt. Ebenso hat sie sich gegen den Nordatlantikpakt und den Friedensvertrag mit Japan gewandt.

Energisch bekämpfte die Partei die Intervention der USA in Griechenland, ihre Einmischung bei den Wahlen in Frankreich und Italien, ihre Initiative beim Zustandekommen des Nordatlantik-Kriegsbündnisses, ihre militärische Hilfe für Tschiang Kai-schek in China, ihre Lieferung von Kriegsmaterial an die imperialistischen Truppen in Indonesien, Indochina, Birma, Malaya und auf den Philippinen zur Niederwerfung der Volkserhebungen, ihre Versuche zur Faschisierung Deutschlands, Italiens und Japans, ihre rücksichtslose Unterdrückung und Ausbeutung der Völker Lateinamerikas und ihre Abwälzung der mit den Kriegsvorbereitungen verbundenen Lasten auf die Arbeiter durch Inflation, hohe Steuern usw. Besonders scharf kritisiert hat die Partei die Heuchelei der Regierungspropaganda, wonach die gewaltigen militärischen Vorbereitungen in den Vereinigten Staaten nur der „Verteidigung" dienen sollen. In ihrem Kampf für den Frieden hat die Partei wirkliche Initiative und Energie bewiesen.

Die Wahlen von 1948

Bei den Präsidentschaftswahlen von 1948 stellte die Kommunistische Partei den Kampf für den Frieden in den Mittelpunkt ihrer Arbeit. Sie unterstützte die Kandidaten der Progressive Party, den früheren Vizepräsidenten Henry A. Wallace und den Senator Glen Taylor aus Idaho. Die neue Progressive Party wurde im Landesmaßstabe Anfang 1948 gegründet. An ihrem [669:] Kongreß in Philadelphia vom 23. bis 25. Juli nahmen 3240 Delegierte und Ersatzdelegierte teil. Das Programm der Progressive Party forderte „Frieden, Freiheit und Wohlstand", betonte aber vor allem die Frage des Friedens. Es war im wesentlichen den Anstrengungen der fortschrittlichen Gewerkschaften und der Kommunisten zu verdanken, daß die neue Organisation in 45 Staaten an die Wahlurne kam und so das alteingewurzelte Vorurteil widerlegte, eine dritte Partei könne ihre Kandidaten nicht vor die Wähler bringen.

Trotz heftiger Opposition seitens der AFL- und CIO-Bürokratie wurden die Kandidaten der Progressive Party von den Gewerkschaften weitgehend unterstützt. Bis Juli 1948 erklärten sich sieben Landesverbände mit insgesamt 549.000 Mitgliedern offiziell für die neue Partei, während fünf andere mit 873.000 Mitgliedern offen ihre Sympathie bekundeten.[4] Diese Unterstützung kam in der Hauptsache von den CIO-Verbänden.

Wallace setzte sich damals für eine friedliche Zusammenarbeit zwischen den USA und der UdSSR ein. Aber die Opposition war stark, und die Liste erhielt nur 1.158.000 Stimmen. Viele Arbeiter, die den Frieden ersehnten und mit der Liste sympathisierten, gingen dem „kleineren Übel" des Zweiparteiensystems in die Falle und konnten sich nicht entschließen, die Bewegung für eine dritte Partei zu unterstützen. Die verhältnismäßig geringe Stimmenzahl entmutigte Wallace tief, und später bekundete er immer weniger Interesse für den Friedenskampf. Als der Koreakrieg ausbrach, verlor er jeglichen Mut, widerrief alles, was er früher gesagt hatte, und gab dem Versuch der Wallstreet, Korea und China zu unterjochen, seinen Segen. Später versuchte er, für die „Sünde", sich einst dem kriegslüsternen amerikanischen Imperialismus widersetzt zu haben, dadurch Buße zu tun, daß er gegen die UdSSR, die Volksrepublik China und die Kommunistische Partei der Vereinigten Staaten hetzte. Seine Entwicklung vom Scheinradikalismus zur erbärmlichsten Kapitulation vor dem Kriegsprogramm des Großkapitals war charakteristisch für die schwankende Haltung des Kleinbürgertums.

[670:] Zur fast allgemeinen Überraschung siegte Präsident Truman bei den Wahlen von 1948 über den selbstsicheren Dewey. Er verdankte den Sieg seiner raffinierten Taktik, sich als Verteidiger des Weltfriedens aufzuspielen, wodurch er auf die friedliebenden Massen großen Eindruck machte. Kaum aber war er wiedergewählt, als er seine Friedensversprechungen über Bord warf und seine Kriegstreiberei gegen die Sowjetunion verdoppelte. Ebenso entledigte er sich als eines überflüssigen Ballasts seiner vor der Wahl gegebenen Versprechungen bezüglich einer Höchstgrenze für Pachtgebühren, der Bürgerrechte für die Neger, der Preiskontrolle, der Aufhebung des Taft-Hartley-Gesetzes, der Bundeshilfe für das Bildungswesen, der Beseitigung der Elendsviertel, der Senkung der Mieten und

---

4 Siehe Labor Research Association, "Labor Fact Book 9", New York 1949, S. 153.

des Ausbaus der Sozialversicherung. Für den Reaktionär Truman waren diese Reformen immer nur ein demagogischer Köder, um unbesonnene Wähler zu fangen.

Die KP handelte im wesentlichen richtig, als sie die Frage des Friedens in den Mittelpunkt ihrer Wahlkampagne stellte, doch unterliefen ihr dabei Irrtümer und Fehler sowohl rechter als auch linkssektiererischer Art. Sie unterstützte Wallace allzu kritiklos, warnte nicht genügend vor der Gefahr des „kleineren Übels" und beging im Wahlkampf Ungeschicklichkeiten bei der Anwendung der Einheitsfronttaktik. Im besonderen kämpften die Linken in den Gewerkschaften nicht energisch genug gegen den Marshallplan, für den Frieden, für freundschaftliche Beziehungen zur UdSSR und für selbständige politische Aktionen. Diese Schwächen wirkten sich im Wahlergebnis gegen Wallace aus.

In der Nachkriegszeit beteiligte sich die Kommunistische Partei auch an vielen wichtigen lokalen Wahlkämpfen. So erhielt in Cleveland (Ohio) im März 1947 der kommunistische Kandidat für das Schulamt, A. Krehmarek, 64.213 Stimmen, und in Kalifornien erzielte die bekannte Kommunistin Bernadette Doyle, die auf einer überparteilichen Liste für das Amt des Oberschulrats kandidierte, die hohe Zahl von 613.670 Stimmen. In New York City mußten die Reaktionäre bei den Stadtratswahlen von 1950, um den kommunistischen Stadtrat Benjamin J. Davis jun., einen Neger, zu schlagen, das proportionale [671:] Repräsentationssystem abschaffen und außerdem einen republikanisch-demokratisch-liberalen Gegenkandidaten vorschieben.

Ein besonders wichtiger und für den Kampf um die Erhaltung des Weltfriedens bedeutsamer Wahlkampf entbrannte im November 1951 um die Kandidatur Vito Marcantonios, der als Mitglied der American Labor Party den 18. Bezirk von New York City im Repräsentantenhaus vertrat. Marcantonio, der hervorrangendste Arbeitervertreter in der gesamten Geschichte des amerikanischen Kongresses, hatte sich, siebenmal ins Repräsentantenhaus gewählt, den wütenden Haß aller Reaktionäre zugezogen. Daher rotteten sie sich mit einer republikanisch-demokratisch-liberalen Gemeinschaftskandidatur gegen ihn zusammen. Der Kampf war außerordentlich heftig. Marcantonio konnte die Zahl der für ihn abgegebenen Stimmen von 38 Prozent im Jahre 1948 auf 42 Prozent im Jahre 1950 steigern, doch reichte dies nicht aus, um ihn vor der Niederlage zu bewahren.

Die Partei und der Koreakrieg

Als die Kriegstreiberei der Reaktion zunahm, veranlaßte und unterstützte die Kommunistische Partei zahlreiche Massenaktionen für den Frieden. Die Verteidigung des Lebensstandards und der demokratischen Freiheiten der Arbeiter (hierüber Näheres in den folgenden Kapiteln) verband sie stets mit dem allgemeinen Kampf zur Erhaltung des Weltfriedens. Mit dem Ausbruch des Koreakrieges im Juni 1950 wurden diese Aktionen wesentlich verstärkt.

Trotz heftiger Verfolgung durch die Regierung war die Partei ein konsequenter Gegner des Aggressionskriegs gegen das koreanische und das chinesische Volk. Dies entsprach dem Kampf gegen andere ungerechte Kriege in der Geschichte der Vereinigten Staaten. Als Truman am 27. Juni der Luftwaffe und der Kriegsmarine (und später auch der Armee) diktatorisch und eigenmächtig den Befehl zum Angriff gegen die Nordkoreaner gab, erklärte die Partei, es sei der Zweck dieses Krieges, „die Völker Asiens zu unterwerfen, ihnen ihre Naturreichtümer zu rauben und die Profite des Großkapitals durch Ausbeutung [672:] einer unterjochten Welt zu vermehren". Die Partei warnte vor der Gefahr eines dritten Weltkrieges und erklärte: „Hände weg von Korea! Fordert die sofortige Zurückziehung der amerikanischen Marine und Luftwaffe und die Einstellung der Waffenlieferungen an die Marionettenregierung Li Syng Man! Keinen Cent, kein Geschütz, kein Flugzeug für die Marionettenregierungen der Wallstreet in Korea, Taiwan und Vietnam!" Die Partei forderte uneingeschränkte Unterstützung für die Völker Koreas, Chinas, Taiwans, der Philippinen, Indonesiens, Indochinas und Malayas in ihrem tapferen Kampf für Einheit, Unabhängigkeit und Freiheit". Sie verlangte die Aufnahme Volkschinas in die Vereinten Nationen und seine Anerkennung durch die Vereinigten Staaten und schlug direkte Friedensverhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten, der Sowjetunion und China vor.[5]

---

5 Siehe "Daily Worker", 28. Juni 1950.

Mit ihrer konsequenten Stellungnahme gegen den reaktionären Koreakrieg, trotz strenger Verfolgung seitens der Regierung, hat die Kommunistische Partei wahrhaft als die Partei der Arbeiterklasse und 'des amerikanischen Volkes gehandelt und seine tatsächliche Ablehnung des Krieges sowie seine wahren Interessen furchtlos zum Ausdruck gebracht. Die Massen haben diesen Krieg von Anfang an gehaßt, und der intensiven Propaganda der Kriegstreiber ist es nicht gelungen, sie wirklich für diesen Krieg zu gewinnen.

Der Kampf der Partei gegen den Krieg

Wie die Partei einige Monate später nochmals feststellte, ist der Kampf für den Frieden „die zentrale, allumfassende Aufgabe in dem gesamten gegenwärtigen historischen Zeitabschnitt. Die Zukunft unserer Nation, das Wohlergehen unseres Volkes hängt von dem Ausgang dieses Kampfes ab.“ Die Partei stellte sich auf den Boden einer umfassenden Einheitsfrontpolitik mit der Feststellung: „Wir erklären unsere Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit jedem, ohne Rücksicht auf seine politischen Anschauungen, solange er wirklich den Frieden [673:] wünscht.“[6] Die Partei forderte die Zurückziehung der amerikanischen Truppen aus Korea, die Unantastbarkeit Chinas, das Verbot der Atombombe und protestierte gegen die Faschisierung und Wiederaufrüstung Deutschlands und Japans.[7]

Im internationalen Maßstabe beteiligen sich die großen fortschrittlichen Massenorganisationen, die sich bei Kriegsende so rasch entwickelten, aktiv am Kampf gegen den Krieg. Zu diesen Organisationen gehören der Weltgewerkschaftsbund, die Internationale Demokratische Frauenföderation und der Weltbund der Demokratischen Jugend. Die Dachorganisation der gesamten Weltfriedensbewegung ist der Weltfriedenskongreß. Die umfassenden Friedensaktionen dieser über die ganze Welt verbreiteten Massenbewegungen haben in den Vereinigten Staaten ein lebhaftes Echo und weitgehende Unterstützung gefunden. Die Partei setzt sich aktiv für sie ein.

Der Ausbruch des Koreakrieges rief bei den amerikanischen Arbeitern und bei den demokratischen Massen ganz allgemein heftige Empörung hervor. Zahlreiche Aktionen gegen den Krieg wurden durchgeführt, und die KP unterstützte diese Aktionen energisch, während die Sozialdemokraten, die bedingungslos dem Kriegskurs der Wallstreet folgen, ihre Mitarbeit verweigerten. Besonders aktiv im Kampf gegen Krieg und Faschismus sind die Frauen und die Jugendlichen.

Unter den amerikanischen Friedensbewegungen und Friedensorganisationen seit 1948 sind die American Cultural and Scientific Conference of World Peace in New York am 25. März 1949 und die National Labor Conference for Peace in Chicago vom Oktober 1949 hervorzuheben, an der etwa 1200 Delegierte, zum größten Teil einfache Mitglieder von Arbeiterorganisationen, teilnahmen. Die letztgenannte Organisation entfaltete eine lebhafte Aktivität und gründete in zahlreichen Städten Ortsausschüsse. Am 4. September 1949 fand in der Nähe von Peekskill (New York) eine gewaltige Kundgebung von 15.000 Menschen statt, auf der Paul Robeson sprach und sang und die von faschistischen Strolchen überfallen wurde. Dann kam die Un-[674:]terschriftensammlung für den Stockholmer Friedensappell, der vom ersten Weltfriedenskongreß in Stockholm vom 15. bis 19. März 1950 beschlossen worden war. Von den 500 Millionen Unterschriften wurden etwa 2,5 Millionen in den Vereinigten Staaten gesammelt, obwohl die Sammler vielfach verhaftet, mißhandelt und von ihren Arbeitsplätzen verjagt wurden. Bald danach kam die Unterschriftensammlung für einen Friedenspakt der fünf Großmächte, die sogar schon 600 Millionen Unterschriften erbracht hat.

Besonders bedeutsam war die Massenprotestkundgebung gegen den Koreakrieg am 2. August 1950 auf dem Union Square in New York, die von der Polizei mit brutaler Gewalt aufgelöst wurde. Zu der zweiten Weltfriedenskonferenz in Warschau, vom 16. bis 22. November 1950, wurde eine Delegation von 52 Amerikanern mit 13 Beobachtern entsandt, darunter viele bekannte Liberale, Gewerkschafter und Vertreter der Linken. Auf dem Warschauer Kongreß war auch die Organisation der American Women for Peace vertreten. Diese Organisation hat zahlreiche Aktionen gegen den Krieg durchgeführt. So entsandte sie zum Beispiel am 24. Oktober 1950 eine Delegation von 1000 Frauen an die

---

6 “Daily Worker”, 28. Juni 1950,

7 Siehe Hauptresolution des XV. Parteitags der KPdUSA in “Political Affairs”, Januar 1951.

Vereinten Nationen, um die Beendigung des Koreakrieges zu fordern. Eine andere wichtige Friedensorganisation in den Vereinigten Staaten war das Peace Information Center. Der Leiter dieser Organisation, der 83jährige weltbekannte Negergelehrte und Negervorkämpfer Dr. W. E. B. DuBois, wurde wegen Verbreitung des Weltfriedensappells als ausländischer Agent verhaftet.[8]

Die bisher wichtigste Konzentration der Friedenskräfte jedoch war der American People's Congress for Peace, der vom 29. Juni bis zum 1. Juli 1951 im Rahmen des amerikanischen Kreuzzugs für den Frieden in Chicago stattfand. An diesem außerordentlich wichtigen Treffen, das in einer Atmosphäre der brutalsten Verfolgung der Kommunistischen Partei und des wachsenden Terrorismus stattfand, beteiligten sich insgesamt rund 5000 Delegierte – Arbeiter, Farmer, kleine Geschäftsleute, Geistliche, Wissenschaftler, Künstler und aktive Politi-[675:]ker. Davon waren 1500 Neger und 1000 Jugendliche, und mehr als ein Drittel der Kongreßteilnehmer waren Frauen. Die CIO-Verbände waren durch 229 und die AFL-Verbände durch 68 Delegierte vertreten. Die Prinzipienerklärung des Kongresses forderte die Einstellung des Krieges in Korea, eine sofortige Konferenz der Großmächte sowie Abrüstung unter Kontrolle und Zerstörung von Massenvernichtungswaffen. Der Kongreß empfahl, innerhalb der nächsten Monate 100.000 Friedenskundgebungen zu veranstalten und eine Eingabe mit einer Million Unterschriften an Präsident Truman zu richten. Zur Leitung der Bewegung wurde ein Landesausschuß gewählt, dem so bekannte Friedenskämpfer wie Paul Robeson, Rockwell Kent und andere angehörten. Vorsitzende waren Dr. DuBois, Prof. A. J. Carlson von der Universität Chicago und Prof. Robert Morss Lovett, ehemaliger Gouverneur der Jungferninseln.

Ein bedeutsames Ereignis in diesen Nachkriegsjahren war auch der große Civil Rights Congress in Washington am 15. Januar 1950. Der Kongreß, an dem etwa 5000 Delegierte teilnahmen, wurde von der National Association for the Advancement of Colored People einberufen und von der AFL, vom CIO sowie von zahlreichen Kirchen und wirtschaftlichen, politischen und kommunalen Organisationen unterstützt. Zweck des Kongresses war der Kampf für das Bürgerrechtsprogramm des Präsidenten Truman, das dieser zynisch preisgegeben hatte. Eine sehr wichtige Nachkriegsbewegung stellt ferner der National Negro Labor Council dar, der am 27. und 28. Oktober 1951 in Cincinnati auf einer Konferenz von 1052 Delegierten gegründet wurde, die im Namen von einer Million Negergewerkschaftern sprachen. Sein allgemeines Ziel ist die Beseitigung der Negerdiskriminierung innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften und eine bessere Zusammenarbeit zwischen Negern und Weißen in sämtlichen Gewerkschaften. Im Rahmen seines Programms zur Verteidigung der wirtschaftlichen und politischen Rechte der werktätigen Neger übt der Rat auch scharfe Kritik an Trumans Kriegspolitik. Sein Vorsitzender ist William R. Hood.

Ein anderes wichtiges Ereignis in dieser Zeit war es, als der Civil Rights Congress im Dezember 1951 bei den Vereinten Na-[676:]tionen mit einer Protesteingabe zur Verteidigung des amerikanischen Negervolks vorstellig wurde. Die Eingabe wurde gleichzeitig in New York von Paul Robeson und in Paris von William L. Patterson überreicht. Das Dokument, das den Titel „Wir erheben Anklage wegen Rassenmordes" trägt, enthält eindrucksvolle Enthüllungen über die Negerdiskriminierung in den Vereinigten Staaten. Die UN wurden gebeten, einzugreifen und für Abhilfe zu sorgen.

Alle diese von der KPdUSA unterstützten Aktionen für den Frieden und gegen den Faschismus haben die Regierung zwar nicht zum Verzicht auf ihre Kriegspolitik bewegen können, sind aber trotzdem insofern sehr nützlich gewesen, als sie die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten beeinflußten, die Anwendung der Atombombe in Korea verhinderten und durch die dichte Finsternis der imperialistischen Kriegspropaganda und Brutalität, die heute über den Vereinigten Staaten lagert, einige Strahlen der Wahrheit und der Menschlichkeit dringen ließen. Ihre größte Schwäche liegt darin, daß sie noch keine Massenbasis in den Gewerkschaften gewonnen haben.

Die Kommunisten und das Negervolk

In der Atmosphäre des Terrorismus, der mit der Entwicklung des Kriegsprogramms der Regierung in den Nachkriegsjahren immer stärker wurde, hat die organisierte Reaktion ihre Angriffe ganz besonders

---

8 Siehe Labor Research Association, "Labor Fact Book 10", S. 27 bis 30.

gegen das Negervolk gerichtet, und zwar deshalb, weil die Neger, ganz abgesehen von ihrer großen Aktivität bei allen Kämpfen des Volkes, die lebhafteste Abneigung bekunden gegen den Krieg, den der amerikanische Imperialismus heute gegen die farbigen Völker Asiens führt. Sie bekennen sich offen als Gegner dieses Krieges, dessen imperialistisches und chauvinistisches Wesen sie erkannt haben. Deswegen sind sie vielfach mißhandelt und terrorisiert worden. Ein charakteristisches Beispiel war der Pogrom in Cicero (Illinois) im Juli 1951, als eine Negerfamilie es wagte, sich in dieser durch ihre Schieber, Prostituierten, Spielhöllen und gewerkschaftsfeindlichen Betriebe berüchtigten „lilienweißen" Stadt [677:] niederzulassen. Ein anderes Beispiel war die Ermordung H. T. Moores, eines Führers der National Association for the Advancement of Colored People in Florida, und seiner Frau durch ein Bombenattentat im Dezember 1951.

Seit dem Ende des Krieges ist es, abgesehen von anderen Brutalitäten, mehrfach zu besonders abscheulichen Lügenprozessen gegen Neger gekommen, die, wie üblich, wegen angeblicher Vergewaltigung angeklagt wurden. Während die Lynchbanden früher Neger, denen sie willkürlich irgendein Verbrechen zur Last legten, kurzerhand aufhängten oder verbrannten, gehen sie jetzt dazu über, sie „legal" zu ermorden. Ein ungeheuerliches Beispiel war die Hinrichtung der „Sieben von Martinsville" – J. Hampton, F. Hairston, B. T. Millner, H. L. Hairston, F. Grayson, J. C. Taylor und J. T. Hairston – im Jahre 1951 wegen einer „Vergewaltigung", die niemals vorgekommen war. Niemals ist in Virginia ein Weißer wegen Vergewaltigung hingerichtet worden, aber diese unschuldigen Neger konnten ihren legalen Mördern nicht einmal durch eine gewaltige internationale Massenprotestbewegung entrissen werden. Die bald danach erfolgte Hinrichtung des Negers Willie McGee in Mississippi, ebenfalls wegen angeblicher Vergewaltigung, war ein ähnlicher Fall legalen Lynchmordes. Während diese Zeilen geschrieben werden, muß das Land das schändliche Schauspiel erleben, daß man die „Sechs von Trenton" – die Neger C. English, McK. Forrest, H. Wilson, R. Cooper, J. Thorpe und J. MacKenzie – wegen eines angeblichen Mordes auf den elektrischen Stuhl zu schleppen sucht. Nach einer Protestkampagne, die das ganze Land erfaßte, wurden vier von ihnen freigelassen, zwei aber wurden zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt.

Die Kommunistische Partei rief zur Verteidigung des Negervolks bei all diesen schändlichen Angriffen auf und mobilisierte mehrfach die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten und in der ganzen Welt. Die Partei arbeitete dabei mit dem Civil Rights Congress und anderen Schutzorganisationen zusammen.

Seit dem Ende des zweiten Weltkrieges hat die Kommunistische Partei entsprechend ihrer richtigen Erkenntnis hinsichtlich [678:] der außerordentlichen politischen Bedeutung der Negerfrage mehrere sehr ergiebige theoretische Diskussionen über dieses Thema durchgeführt. So kam es zum Beispiel Ende 1946 und Anfang 1947 zu einer selbstkritischen Überprüfung der gesamten Politik der Partei und ihrer praktischen Maßnahmen im Kampf des Negervolks um wirtschaftliche, politische und soziale Gleichberechtigung, speziell in der Frage des Selbstbestimmungsrechts der Neger im Süden. Das Ergebnis war eine Klärung und nochmalige Festlegung der Parteilinie. Zu der schwierigen Frage der Selbstbestimmung bemerkt die betreffende Resolution: „Durch den Kampf für ihre Gleichberechtigung werden Neger mehr und mehr als Volk zusammengeschlossen. Ihr Kampf für die Befreiung von der Unterdrückung im Schwarzen Gürtel – wo die Mehrheit der Bevölkerung aus Negern besteht – ist ein Ringen um die endgültige Vereinigung zu einer Nation, um die von ihnen mit Recht geforderte volle nationale Gleichberechtigung."[9] Ein bedeutsamer Beitrag zu diesen Diskussionen war Harry Haywoods Buch „Die schwarze Nation".

Das Erwachen des Negervolks zum nationalen Bewußtsein vollzieht sich offenbar unter besonders schwierigen Umständen. Bezeugt wird dieses Bewußtsein unter anderem durch die frühere Entwicklung der nationalistischen Garvey-Bewegung, durch die mächtige Ausdehnung der Negerorganisationen, durch die zunehmende Anwendung des Terminus „Volk" statt „Rasse" bei den Negern selbst und durch viele andere Erscheinungen. Wenn die Neger sich die Losung der Selbstbestimmung noch nicht allgemein zu eigen gemacht haben, so hauptsächlich deshalb, weil sie eine junge Nation sind,

9 "The Communist Position on the Negro Question", New York 1947, S. 11.

die sich unter außerordentlich drückenden Verhältnissen entwickelt. Von den Reaktionären und Reformisten aller Schattierungen, Negern wie Weißen, wird diese Losung erbittert bekämpft. Außerdem herrschen unter den Negern noch weitgehend bürgerlich-demokratische Illusionen, wie ja auch die Arbeiterklasse in ihrer Masse aus ähnlichen, wenn auch nicht den gleichen Gründen die Losung des Sozialismus noch nicht angenommen hat.

[679:] Eine andere wichtige theoretische Diskussion über die Negerfrage galt vorwiegend dem bedeutsamen Problem des Rassenchauvinismus der Weißen. Die Diskussion schloß sich an ein Referat an, das Pettis Perry im Nationalkomitee am 24. April 1949 hielt. Die gründliche und freimütige Diskussion brachte viele raffinierte Erscheinungsformen der systematischen ideologischen und materiellen Negerdiskriminierung ans Tageslicht. Nochmals wurde betont, daß die weißen Arbeiter oft von dem Gift des Rassenfanatismus infiziert sind und sogar die Kommunistische Partei selbst ständig gegen diese Infektion auf der Hut ein muß. Es war eine der wichtigsten Diskussionen in der gesamten Geschichte der Partei, und die Berichte darüber füllen das ganze Juni-Heft der „Political Affairs“ vom Jahre 1949. Das allgemeine Ergebnis ist eine viel größere Wachsamkeit der Parteiführung und der Mitgliedschaft gegenüber der bedenklichen Gefahr des Rassenfanatismus innerhalb der Partei selbst, in der Arbeiterbewegung und in der Gesellschaft überhaupt.

Bei den Debatten unterstrich die Partei besonders die Tatsache, daß die Führung in dem Kampf für die Befreiung des gesamten Negervolks unbedingt in den Händen des Negerproletariats liegen muß. Das erfordert im einzelnen die Schaffung von starken Organisationen, wie zum Beispiel der Negro Labor Councils, und die Entwicklung einer engen Zusammenarbeit mit den fortschrittlichen weißen Arbeitern. Es erfordert außerdem einen energischen Kampf gegen den Einfluß des kleinbürgerlichen Nationalismus unter den Negern. Vor allem aber setzt es eine starke Kommunistische Partei voraus.

Bei diesem allgemeinen Überblick über ihre Politik in der Negerfrage konnte die Kommunistische Partei mit berechtigtem Stolz feststellen, daß ungeachtet vieler Mängel in ihrer Arbeit ihr Prestige unter dem Negervolk gewachsen und es ihr gelungen war, in den langen Jahren ihres leidenschaftlichen Kampfes für die Sache der Neger eine große Schar von hervorragenden marxistisch-leninistischen Negerfunktionären heranzubilden. In der Nachkriegszeit war der Prozentsatz der Negermitglieder in der Partei folgender: im Jahre 1946 – 14, 1947 – 17, 1948 – 17, 1949 – 14 und 1950 – 15 Prozent.

[680:]

Die Gründung der Labor Youth League

Am 28. Mai 1949 wurde in Chicago von dem linken Flügel der amerikanischen Jugendbewegung die Labor Youth League gegründet. Die Liga, die die Traditionen der Young: Communist League und der marxistischen Jugendbewegung überhaupt fortsetzt, erzieht die Jugend der Arbeiterklasse im Geiste des Sozialismus. Sie hat eine sehr wesentliche Rolle zu spielen in der entscheidenden „Schlacht um die Jugend“, denn sie soll die Jugendlichen zusammenschließen, um zu verhindern, daß sie für die imperialistischen Ambitionen der Wallstreet gedrillt und hingemordet werden. Die wichtigsten Presseorgane der marxistischen Jugend in den Vereinigten Staaten sind “New Challenge” und die Studentenzeitschrift “New Foundations”. Landesvorsitzender der Labor Youth League ist Leon Wofsy.

In den ereignisreichen Jahren seit ihrer Gründung hat sich die Liga aktiv am großen Kampf für den Frieden beteiligt, besonders im Zusammenhang mit dem Koreakrieg und mit dem Kampf gegen die Militarisierung der amerikanischen Jugend. Die Liga hat verschiedene Kundgebungen veranstaltet und eine halbe Million Unterschriften für den Stockholmer Friedensappell gesammelt. Am 24. November 1950 organisierte sie in New York eine Antikriegsdemonstration von 5000 Jugendlichen. Zu den großen Weltjugendfestspielen hat sie Delegationen entsandt. Im Sommer 1951 wurde der junge Neger Roosevelt Ward, ein Funktionär der Labor Youth League, wegen angeblicher Verletzung der Dienstpflichtbestimmungen verhaftet und zu drei Jahren Gefängnis verurteilt.

Das Problem Keynes

In der Nachkriegszeit hat die Kommunistische Partei sich in ihrer Presse, ihrem Schulungswesen usw. sehr eingehend mit der Entlarvung und Bekämpfung der vielfältigen und heuchlerischen Demagogie beschäftigt, durch die das Großkapital mit Hilfe der Regierung, der Presse, des Rundfunks, der Kirche, [681:] der Gewerkschaftsbürokratie usw. die Nation in einen Krieg zu treiben sucht. Dieses Gift der Kriegspropaganda hat zweifellos in weiten Kreisen des Volkes Verwirrung gestiftet, auch unter großen Teilen der Arbeiterklasse. Die Aufklärungskampagne der Partei richtete sich gegen solche unverschämten Lügen wie die, daß die Vereinigten Staaten kein imperialistisches Land seien, ihre Außenpolitik auf der Verteidigung der Demokratie beruhe, ihr Wirtschaftssystem „exzeptionell" sei und nicht unter den für den Kapitalismus in anderen Ländern bezeichnenden Verfallserscheinungen leide, die Politik der UdSSR „roter Imperialismus" sei usw. Im Zuge dieser ideologischen Arbeit unterzog die Partei auch die Theorien von Keynes, auf die sich die Wirtschaftspolitik der amerikanischen Regierung damals stützte, einer ausführlichen theoretischen Analyse.

Der verstorbene Sir John Maynard Keynes, ein bekannter bürgerlicher britischer Ökonom (siehe Kapitel 21), knüpfte an die üblichen kapitalistischen Wirtschaftsdogmen an, die das kapitalistische System als einen sich selbst regulierenden Mechanismus betrachten, der automatisch mit seinen inneren Krisen fertig wird. Keynes machte geltend, daß mit der Entwicklung der Produktivkräfte zum modernen Monopol das Wirtschaftssystem gleichzeitig eine Tendenz zur Einschränkung von Kapitalinvestitionen offenbare und sich damit der Gefahr schwerer Wirtschaftskrisen und einer riesigen chronischen Massenarbeitslosigkeit ausgesetzt habe. Diese Verhältnisse könnten, so sagte er, wenn man sie nicht ändere, zur Revolution und zum Sozialismus führen. Daher stellte Keynes die These auf, der Kapitalismus könne diese wesentliche Schwäche überwinden, die Vollbeschäftigung erreichen und sich stetig aufwärtsentwickeln, wenn die Regierung auf die verschiedenste Weise, hauptsächlich durch Subventionen für die Industrie, die Kapitalinvestition fördere. Das war in Kürze seine Theorie des „progressiven Kapitalismus". Durch seine Bemühungen zur Abwendung der zyklischen Krisen wollte Keynes gleichzeitig die allgemeine Krise des gesamten kapitalistischen Systems aus der Welt schaffen.[10]

[682:] Das System von Keynes ist die bürgerliche politische Ökonomie der Periode des allgemeinen Niedergangs des Weltkapitalismus. Es liegt der Wirtschaftspolitik aller führenden kapitalistischen Länder einschließlich der Vereinigten Staaten zugrunde. Auch in den Vereinten Nationen hat es Widerhall gefunden. Ein Komitee von UN-Sachverständigen, das im Jahre 1949 beauftragt wurde, Maßnahmen vorzuschlagen, die es den angeschlossenen Staaten ermöglichen sollten, die Vollbeschäftigung zu gewährleisten, legte vor kurzem ein typisches Programm im Geiste der Theorien von Keynes vor. Dem Komitee gehörten führende bürgerliche Ökonomen aus Großbritannien, Frankreich, Australien und den Vereinigten Staaten an, und sein Bericht war einmütig.[11] Dieser ehrgeizige Bericht schlug nichts Geringeres vor als eine „Kontrolle" über die Wirtschaft der verschiedenen kapitalistischen Länder und die Weltwirtschaft im ganzen, wodurch zyklische Krisen verhindert werden sollten – ein Projekt, das unter dem Kapitalismus überhaupt nicht realisierbar ist.

Die Theorien von Keynes sind von bürgerlichen Kreisen in den USA weitgehend, wenn nicht durchweg, übernommen worden, von Liberalen, Gewerkschaftsführern, Sozialdemokraten und auch Großkapitalisten. Sie sind auch tief in die Arbeiterklasse eingedrungen, und das ist besonders gefährlich. Die Theorien von Keynes sind von verschiedenen Gruppen in der verschiedensten Weise interpretiert worden. Leute wie Wallace, Browder, Murray, Reuther, Green und andere liberale und gewerkschaftliche Wortführer des „progressiven Kapitalismus" argumentieren theoretisch (soweit sie nicht sogar danach handeln), daß der Kapitalismus sich durch eine Ausdehnung des Warenmarktes retten kann und muß, und zwar durch Reformen aller Art, die angeblich dazu dienen sollen, die Kaufkraft der Massen zu vergrößern. Sie akzeptieren das gesamte System von Keynes als bürgerlichen Reformismus. Die

---

10 Zur Diskussion siehe "Political Affairs" von Januar 1948 bis Februar 1949 sowie „Die Wirtschaftskrise und der ‚kalte Krieg'".

11 Siehe O. Nathan in "Science and Society", Sommer 1951,

Großkapitalisten anderseits rümpfen zwar gelegentlich die Nase bei der bloßen Erwähnung des Namens Keynes, handeln aber trotzdem durchaus im Geiste seines Systems durch ihr gewaltiges Rüstungsprogramm. Sie stellen sich die Rettung des kranken [683:] Kapitalismus theoretisch und praktisch so vor, daß mit Regierungsmitteln ungeheure Mengen von Rüstungsmaterial produziert werden und schließlich ein Krieg vom Zaune gebrochen wird. Diese Auslegung der Theorien von Keynes ist für die Kapitalisten zur Zeit äußerst profitabel und fügt sich vortrefflich in ihr imperialistisches Expansionsprogramm ein. Die „liberalen" Anhänger von Keynes sind praktisch einverstanden mit diesem Rüstungsprogramm.

Mit den Methoden von Keynes lassen sich die periodischen wirtschaftlichen Krisen des Kapitalismus nicht verhindern, weil diese Methoden an der entscheidenden Ursache, die diese Krisen herbeiführt, nichts ändern, nämlich an dem Privateigentum in der Industrie mit seiner unvermeidlichen Ausbeutung der Arbeiter, dem anarchischen Charakter der Produktion, der monopolistischen Praxis der Truste, der imperialistischen Ausplünderung der Kolonialvölker und der scharfen wirtschaftlichen Konkurrenz unter den kapitalistischen Mächten. Die Methoden von Keynes mit ihren Regierungssubventionen für die Industrie, der Stümperei in der Steuerpolitik usw. sind kein Heilmittel gegen die entscheidenden Schwächen des Kapitalismus. Infolgedessen werden die zyklischen Krisen nicht beseitigt. Nur der Sozialismus mit seinem gesellschaftlichen Eigentum, seiner Planwirtschaft und seiner Produktion im Interesse der Gesellschaft statt für den Privatprofit kann die Wirtschaftskrisen aus der Welt schaffen und die ständige Vollbeschäftigung sichern.

Roosevelts New Deal entsprang den Theorien von Keynes, mit Anpassung an die amerikanischen Verhältnisse. Er führte jedoch, wie wir gesehen haben, nicht zu einer Wiederbelebung der Industrie. Zu einer solchen Wiederbelebung, freilich in ungesunder und verzerrter Form, kam es erst, als der Krieg in Europa ausbrach und die Rüstungsproduktion in den Vereinigten Staaten ungeheure Ausmaße annahm. Trumans Fair Deal oder „gelenkte Wirtschaft" oder „Wohlfahrtsstaat", im Wesen eine praktische Anwendung der Theorien von Keynes, führte, obwohl die Regierung in den Vereinigten Staaten wie im Ausland riesige Beträge verausgabte, direkt zu einer tiefen Wirtschaftskrise, ehe die heutige forcierte Aufrüstung begann. Die-[684:]ses ist zwar sozusagen eine Belebungsspritze für die Industrie, zögert aber die unvermeidliche wirtschaftliche Katastrophe nur um kurze Zeit hinaus.

Die amerikanische Wirtschaftspolitik im Sinne von Keynes, ob man sie nun "New Deal", "Fair Deal", „gelenkte Wirtschaft", „progressiven Kapitalismus", „Wohlfahrtsstaat" oder schlicht und einfach das Rüstungsprogramm des Großkapitals nennt, 'führt zu einer ungeheuren Rüstungsproduktion und gibt einen neuen, noch gefährlicheren Anstoß zum Kriege selbst. Es ist kein Zufall, daß Truman, Wallace, Green, Murray usw., die sogenannten liberalen Anhänger von Keynes, trotz ihrer verschiedenen Terminologie gleichzeitig wilde Kriegstreiber sind. Präsident Truman warf alle Reformpläne seines „Wohlfahrtsstaates" in den Papierkorb, als die Wallstreet Rüstungsproduktion forderte. Diese durch und durch reaktionäre Wirtschaftspolitik nach, den Theorien von Keynes paßt vortrefflich zu den Weltherrschaftsplänen des amerikanischen Imperialismus. Sie führt zum Kriege, zum Massenmord und zur wirtschaftlichen Katastrophe.

Die Kommunistische Partei stellt dieser reaktionären Wirtschaftspolitik ihr eigenes konstruktives wirtschaftliches und politisches Programm gegenüber. Sie weist darauf hin, daß die amerikanischen Arbeiter nicht mit den an Keynes orientierten verhängnisvollen Methoden der Rüstungsproduktion einen Höchststand der Beschäftigung erreichen und ganz allgemein ihre ökonomischen Interessen wahren können, soweit dies unter dem Kapitalismus möglich ist, sondern durch entschlossenen Massenkampf für höhere Reallöhne, Verkürzung der Arbeitszeit, Entwicklung der Sozialversicherung, Durchführung notwendiger öffentlicher Arbeiten und Durchsetzung anderer wirtschaftlicher Reformen. Solange aber der Kapitalismus besteht, warnt die Partei, werden die Arbeiter unter Wirtschaftskrisen, Massenarbeitslosigkeit und niedrigem Lebensstandard leiden. Nur durch den Sturz des kapitalistischen Systems können diese furchtbaren Übel endgültig aus der Welt geschafft werden. Die Macht des Monopolkapitals, das Armut, Faschismus und Krieg erzeugt, muß eingeschränkt und schließlich gebrochen werden. Die Durchführung dieses Programms setzt eine bedeutende [685:] wirtschaftliche und politische Stärkung der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten, die fortschreitende

Nationalisierung der wichtigsten Industriezweige und schließlich die Errichtung des Sozialismus voraus. Nicht Keynes, sondern Marx weist den Weg zum Wohlstand und zum Frieden.

Die Partei besteht die Prüfung

Die Partei unter ihrer neuen, auf dem außerordentlichen Parteitag von 1945 geschaffenen Führung hat sich den schwierigen Aufgaben gewachsen gezeigt, vor die sie die verwickelte Problematik der Nachkriegsjahre gestellt hatte. Abgesehen von den täglichen Kämpfen zur Verteidigung der Interessen der Arbeiter und des Negervolks hat sie sich mit drei für diese Nachkriegsperiode charakteristischen überragenden Aufgaben beschäftigen müssen.

Die erste dieser Aufgaben, chronologisch gesprochen, war die Ausmerzung des opportunistischen Gifts der Richtung Browder. Diese über mehrere Jahre verschleppte Krankheit hatte der Partei schweren Schaden zugefügt. Aber die neue Führung ging dem Problem entschlossen zu Leibe und hat die Partei endgültig nach den Prinzipien des Marxismus-Leninismus ausgerichtet. Es wurde ein aktiver Zweifrontenkampf gegen den rechten und den „linken“ Opportunismus in sämtlichen Erscheinungsformen, einschließlich verschiedener Arten von Renegatentum, geführt.

Die zweite und entscheidendste Aufgabe der Nachkriegszeit war der Kampf gegen die Bestrebungen der Wallstreet, einen neuen Weltkrieg herbeizuführen, und im besonderen der Kampf gegen den Krieg in Korea. Auch dieser entscheidenden Aufgabe hat die Partei sich im Geiste des Leninismus gewachsen gezeigt und dabei in ihrem Kampf für den Frieden wirkliche politische Initiative bewiesen.

Die dritte Aufgabe, vor der die Partei in den Nachkriegsjahren stand, war die Verteidigung ihrer eigenen Organisation und ihrer Rechte, und damit der demokratischen Rechte in ihrer Gesamtheit, gegen die Angriffe der Reaktion, die die Kommuni-[686:]stische Partei vernichten und die Vereinigten Staaten dem Faschismus in die Arme treiben möchte. Näheres über diesen entscheidenden Kampf in Kapitel 35.

Wir erleben eine sehr kritische Zeit in der Geschichte unseres Landes und der Welt. Die Kommunistische Partei der Vereinigten Staaten meistert diese Situation, obwohl ihre Kräfte und Mittel noch begrenzt sind, in echt leninistischer Weise als die Vorhut der Arbeiterklasse. Ebendeshalb wird sie so wütend angegriffen, und ebendeshalb werden Eugene Dennis und so viele andere Führer und Mitglieder der Partei willkürlich ins Gefängnis geworfen.

[687:]

34
DER AMERIKANISCHE IMPERIALISMUS KNEBELT DIE GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG
(1945–1951)

Nach dem Ende des zweiten Weltkrieges sah sich die Wallstreet bei der Verfolgung ihres Kriegsprogramms der imperialistischen Welteroberung unter anderem vor das große Problem gestellt, die umfassende und machtvolle Oppositionsbewegung der Arbeiterklasse zu unterbinden und zu zerschlagen; denn gegenüber einem aufsässigen Proletariat konnte das Monopolkapital offensichtlich keine nennenswerten Fortschritte in seinen Weltherrschaftsbestrebungen machen. Sollten die Arbeiter in das Kriegsprogramm einbezogen oder wenigstens an wirksamer Opposition gehindert werden, so war es unbedingt notwendig, sie durch Kriegspropaganda zu hypnotisieren, sie zu zwingen, den Löwenanteil der wirtschaftlichen Lasten zu tragen, ihr Streikrecht zu beschränken und vor allem ihren linken Flügel zu zerschlagen.

Diese Aufgaben für die Kriegstreiber der Wallstreet zu bewältigen, waren natürlich die konservativen Gewerkschaftsführer, die amerikanische Spielart des Sozialdemokratismus, am besten geeignet. Sie hatten den Unternehmern in der Vergangenheit, wie wir bereits festgestellt haben, immer treu gedient – im ersten Weltkrieg, in der auf diesen Krieg folgenden kapitalistischen Offensive, in den Jahren der Coolidge-Prosperität, während der großen Wirtschaftskrise und bei vielen anderen Gelegenheiten –, und sie würden die Unternehmer auch diesmal nicht im Stiche lassen. Das taten sie auch nicht, eben weil sie wirklich die „Arbeitersachwalter des Kapitals in der Arbeiterklasse“ sind.

Es war kein besonderes Problem für die Unternehmer, einen Mann wie den AFL-Vorsitzenden William Green (und die Büro-[688:]kraten seiner näheren Umgebung) dazu zu bewegen, daß er es auf sich nahm, die Arbeiterklasse für das Kriegsprogramm einzuspannen. Denn Green redet, empfindet und lebt wie ein Kapitalist und ist stets darauf bedacht, das kapitalistische System zu verteidigen. Vor nicht allzu langer Zeit erst erklärte er: „Die American Federation of Labor unterstützt unser amerikanisches kapitalistisches System und das freie Unternehmertum ... genauso energisch, wie wir das Gewerkschaftsprinzip und das Recht unterstützen, uns kollektiv zu organisieren und kollektive Abkommen zu treffen.“[1]

Genau dieselben Worte hätten trotz ihrer fortschrittlichen Pose Philip Murray und seine Spießgesellen sprechen können, denn sie entsprechen haarscharf ihren Ansichten. Vor nicht langer Zeit äußerte auch Philip Murray seine Meinung über das kapitalistische System folgendermaßen: „Wir haben keine Klassen in den Vereinigten Staaten; darum eben hat die marxistische Klassenkampftheorie so wenig Anhänger gefunden. Wir *alle* sind Arbeiter hier. Letztlich erweisen sich die Interessen der Farmer, der Fabrikarbeiter, der Geschäftsleute, der freiberuflich Tätigen und der Angestellten als identisch.“[2]

Die Geschichte der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung seit dem Ende des zweiten Weltkrieges ist in gewisser Hinsicht die Geschichte der systematischen Lähmung des Widerstandes der Arbeiter gegen das Kriegsprogramm des Wallstreet-Imperialismus durch die oberste Führung der AFL, des CIO und der Railroad Brotherhoods. Diese Leute arbeiten natürlich nicht umsonst für die Reaktion. Sie werden dafür auf die verschiedenste und für sie sehr wertvolle Art entlohnt. Zunächst einmal – und das ist das Wichtigste – haben die Unternehmer sich stillschweigend bereit erklärt, auf eine Open-Shop-Kampagne zur völligen Zerstörung der Gewerkschaften, wie sie sie nach dem ersten Weltkrieg unternahmen, zu verzichten. Dies bedeutet für die Gewerkschaftsführer eine gewisse Garantie, daß sie die großen Mitgliedermassen, aus deren Beiträgen sie [689:] ihre enormen Gehälter beziehen[3], in der Hand behalten können. Außerdem werden die Green, Murray, Reuther, Harrison usw. in nie

---

1 William Green auf dem AFL-Kongreß in New Orleans im November 1940.

2 Siehe Philip Murray in “American Magazine”, Juni 1948.

3 Die Gewerkschaftsbonzen verdienen zwei- bis fünfzehnmal soviel, wie sie als Arbeiter verdienen könnten. G. M. Harrison von der AFL-Gewerkschaft der Eisenbahnangestellten zum Beispiel bezieht ein Jahresgehalt von 76.000 Dollar.

dagewesener Weise vor der Öffentlichkeit hofiert und als große „Arbeiter-Staatsmänner“ verherrlicht. Mehr als je erhalten die Gewerkschaftsbürokraten auch gut bezahlte Posten im Regierungsapparat, wenn auch einstweilen nur in untergeordneter Stellung, als Berater bei den Kriegswirtschaftskomitees, als „Arbeitsattachés“ bei den USA-Botschaften und dergleichen. So weit ist es freilich noch nichtgekommen, daß die amerikanischen Kapitalisten, um die Arbeitermassen in die Hand zu bekommen, deren sozialdemokratische Führer durch die Ernennung zum Minister, Botschafter oder sogar Ministerpräsidenten korrumpieren, wie ihre Freunde in Europa es gemacht haben.

Vor allem aber hoffen die amerikanischen Gewerkschaftsbürokraten, sich durch die Unterstützung der Weltherrschaftsbestrebungen des Imperialismus einen erheblichen Anteil an seiner Beute zu sichern. Ihr Ziel ist, im Einklang mit der Wallstreet, die Weltherrschaft über die Gewerkschaftsbewegung. Es ist das erstemal in der Geschichte der Arbeiterbewegung, daß die Gewerkschaftsbewegung eines Landes sich ein solches imperialistisches Ziel gesetzt hat, aber genau das erstreben die AFL- und CIO-Führer. Sie sind tatsächlich Gewerkschaftsimperialisten mit eigenen „Auslandsabteilungen“ und reisenden Agenten in Europa und Asien. Mit ihren Dollarmillionen blicken sie hochmütig herab auf die Gewerkschaftsführer aller anderen Länder. Solche Elemente gehören, wie die Kommunistische Partei mit Recht feststellt, zu den gefährlichsten Feinden der Arbeiterklasse.

Das Taft-Hartley-Gesetz

Als der zweite Weltkrieg zu Ende war, befanden sich die Arbeiter in Kampfstimmung. Sie hatten zum Siege in dem großen Krieg gegen den Faschismus ihr Teil beigetragen und [690:] waren dementsprechend von kämpferischer Begeisterung für die Demokratie erfüllt. Auch litten sie vielfach unter wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Während des Krieges hatten sie sich, nach dem Rezept für die kleineren Stahlgesellschaften, mit Lohnerhöhungen von 15 Prozent gegenüber dem Stande von 1941 begnügen müssen, während die Lebenshaltungskosten um etwa 35 Prozent gestiegen waren. Dazu kam, daß infolge der Einschränkung der Rüstungsproduktion und des Fortfalls der Überstundenarbeit am Ende des Krieges die Nettolöhne erheblich gesunken waren. Daher forderten sie eine Erhöhung des Stundenlohns um 35 Cent und traten zur Durchsetzung ihrer Forderungen in den Streik. Im ersten Nachkriegsjahr, im Jahre 1946, streikten mehr als 4,5 Millionen Arbeiter. Es war das größte Streikjahr in der amerikanischen Geschichte. An den Streiks beteiligten sich die Bergarbeiter, die Stahlarbeiter, die Automobilarbeiter, die Arbeiter in der Elektro- und Rundfunkindustrie, die Hafenarbeiter, die Eisenbahner, die Arbeiter der Konservenindustrie und viele andere Gruppen. Fast alle Streiks waren siegreich. Erleichtert wurde den Arbeitern ihr Kampf durch den Umstand, daß die großen Auslandsanleihen, der Warenhunger im eigenen Lande, der durch die Kriegsjahre herbeigeführte Kaufkraftüberhang und die beginnenden Rüstungen für einen neuen Weltkrieg eine ernste Wirtschaftskrise nach dem Ende des Krieges verhindert hatten.[4] Die fortschrittlichen Gewerkschaften und die Kommunistische Partei taten natürlich alles, was in ihren Kräften stand, um die große Streikbewegung zu stärken und ihr eine klare politische Richtung zu geben.

Das waren natürlich harte Nüsse für die herrschende Klasse. Wenn die Arbeiter so kampflustig gestimmt waren, konnten die Aussichten des amerikanischen Imperialismus, durch einen Krieg die Weltherrschaft zu erobern, nicht allzu glänzend sein. Die Unternehmer und ihre Truman-Regierung sowie die leitenden Gewerkschaftsbürokraten waren ernstlich beunruhigt über den Kampfgeist der Arbeiter (der, nebenbei gesagt, Browders Theorie vom Klassenfrieden nach dem Kriege über den Haufen warf). Es mußte etwas geschehen, um die Situation zu [691:] meistern, und die Unternehmer taten etwas: Im Juni 1947 erreichten sie im 80. (von den Republikanern beherrschten) Kongreß die Annahme des Taft-Hartley-Gesetzes, übrigens mit Hilfe zahlreicher Demokraten, in beiden Häusern. In dem gleichen Jahr wurden in 30 Staaten „kleine“ Taft-Hartley-Gesetze eingeführt.

Das Taft-Hartley-Bundesgesetz diente unverhüllt dem Ziel, die Gewerkschaftsbewegung zu schwächen. Es schafft, abgesehen von anderen reaktionären Bestimmungen, das Closed-Shop-Prinzip ab, führt eine 60tägige obligatorische „Abkühlungsperiode“ vor der Ausrufung eines Streiks ein, erklärt

---

4 Siehe John Steuben, “Strike Strategy”, New York 1950.

Streikposten in größerer Zahl für ungesetzlich, gestattet den Unternehmern Maßnahmen zur Verhinderung der Schaffung von Gewerkschaften in ihren Betrieben, verbietet Sympathieboykotte, läßt gerichtliche Verfügungen bei Arbeitsstreitigkeiten wieder zu, gestattet die gerichtliche Verfolgung von Gewerkschaften wegen „unlauteren Handelns“, spricht den Gewerkschaften das Recht ab, ihre finanziellen Mittel für politische Zwecke zu verwenden, gewährt dem National Labor Relations Board entscheidende Machtbefugnisse und zwingt die Gewerkschaftsfunktionäre, schriftliche Erklärungen des Inhalts abzugeben, daß sie nicht Kommunisten sind.

Das Taft-Hartley-Gesetz schränkt die traditionelle Unabhängigkeit und Handlungsfreiheit der Gewerkschaften dadurch, daß es sie der Kontrolle durch die kapitalistische Regierung unterstellt, mit einer noch nicht dagewesenen Rücksichtslosigkeit ein. Das zeigte sich in drastischer Form, als die United Mine Workers mehrfach wegen Streiks zu ungeheuren Geldstrafen verurteilt wurden und der Oberste Gerichtshof die von Bridges geführte Longshoremen’s Union wegen „Boykotts“ und der Weigerung, die Streikpostenketten eines streikenden Verbandes zu sprengen, mit einer Geldstrafe von 750.000 Dollar belegte. Das Gesetz zielt letzten Endes darauf ab, die Gewerkschaften in staatlich gelenkte Arbeiterorganisationen nach dem Vorbild Hitlers und Mussolinis umzuwandeln. Seine Gefährlichkeit wird dadurch bewiesen, daß die Gewerkschaftsbewegung, während sie früher rasche Fortschritte machte, seit seiner Annahme nicht mehr nennenswert gewachsen ist, ob-[692:]wohl die wirtschaftliche Lage die günstigsten Voraussetzungen dafür bietet. Auch die von den Unternehmern dirigierten Betriebsverbände haben neuen Auftrieb erhalten, und der Kampf um höhere Löhne ist abgeschwächt worden.

Präsident Truman legte, um die Arbeiterwähler zu täuschen, formell sein Veto gegen das Taft-Hartley-Gesetz ein, tat aber nichts, um die Mitglieder seiner Partei im Kongreß zur Bekämpfung des Gesetzes zu sammeln: Sie stimmten bei der ersten Lesung mit etwa 50 Prozent für das Gesetz und sorgten auch dafür, daß sein Veto überstimmt wurde. Trumans rücksichtsloses Vorgehen zur Brechung des Streiks der 280.000 Lokomotivführer und Schaffner im Mai 1946 und sein darauf folgender Antrag im Kongreß, die Eisenbahnarbeiter als Streikbrecher in die Armee zu pressen, zeigten, daß er, wie die Unternehmer, mit den entscheidenden Bestimmungen des neuen Gesetzes durchaus einverstanden war.

Die Kommunistische Partei führte im ganzen Lande einen energischen Kampf gegen dieses faschistische Gesetz – vor, während und nach seiner Annahme. Die Partei wies die Arbeiterklasse warnend darauf hin, daß dieser Versuch, die Gewerkschaften unter Regierungskontrolle zu bringen, nicht nur den Lebensstandard der Arbeiter beeinträchtigen, sondern auch der Wallstreet ihren Kurs auf Faschismus und Krieg erleichtern werde.

Die oberste Führung der AFL und des CIO mimte Opposition gegen das Taft-Hartley-Gesetz, aber ihr Widerstand war ohne innere Festigkeit. Green kritisierte das Gesetz als „eine Versklavungsmaßnahme, unamerikanisch, niederträchtig und eine Verletzung der verfassungsmäßigen Rechte der Arbeiterschaft“, und Murray erklärte, es sei ein Teil „eines koordinierten Programms zur Senkung des Lebensstandards unseres Volkes“. Das Gesetz hätte zu Fall gebracht werden können, wenn die Gewerkschaftsführung ihre Zustimmung mutig verweigert hätte. John L. Lewis, viele fortschrittliche Funktionäre, und die Kommunisten schlugen das auch vor, aber die oberste Führung der AFL und des CIO wollte davon nichts wissen. Der AFL-Kongreß von 1947 stimmte dem Gesetz „unter Protest“ zu. Dieser Verrat veranlaßte die United Mine Workers zum [693:] Austritt aus der AFL. Der CIO überließ es auf seinem Kongreß im gleichen Jahre den ihm angehörenden Verbänden, „nach eigenem Ermessen zu entscheiden“.

Nacheinander nahmen die Stahlarbeiter, die Automobilarbeiter und andere konservativ geführte CIO-Verbände, ebenso wie die AFL-Verbände, das Gesetz an. Nur die United Mine Workers, die Typographical Union und das Dutzend mehr oder weniger fortschrittlicher Verbände im CIO führten gemeinsam mit der Kommunistischen Partei einen wirklichen Kampf gegen das Schandgesetz. Die tatsächliche Bedeutung des Taft-Hartley-Gesetzes besteht darin, daß die Unternehmer mit indirekter Hilfe der Truman-Regierung und unter stillschweigender Duldung der obersten Führung der AFL, des CIO und

der Railroad Brotherhoods die Gewerkschaftsbewegung geknebelt haben, was eine wesentliche Voraussetzung für die Durchführung der Weltherrschafts- und Kriegspläne der Wallstreet war.

Die Arbeiterschaft und der Marshallplan

Der nächste große Auftrag der Unternehmer für ihre imperialistischen Arbeitersachwalter im Rahmen ihrer Kriegspläne lautete dahin, daß sie ihnen helfen sollten, den Marshallplan der amerikanischen und der europäischen Arbeiterschaft schmackhaft zu machen. Der Marshallplan war damals das Kernstück in der Kriegsplanung der Wallstreet und wurde um die Mitte des Jahres 1947 lanciert. Wie die Kommunistische Partei feststellte, war er das Hauptmittel der USA, um die europäischen Länder politisch und wirtschaftlich zu durchdringen und diese Länder für einen schließlichen Krieg gegen die Sowjetunion zu bewaffnen. Unermüdlich wies die Partei darauf hin, wie töricht die Liberalen und die Gewerkschaftsführer handelten, wenn sie diese entscheidende Maßnahme für einen imperialistischen Krieg unterstützten. Um den Plan durchzusetzen, wurde die imperialistische Propaganda hinsichtlich einer wirtschaftlichen Erholung und der Verteidigung der Demokratie in der Welt, verbunden mit einer wilden Antisowjethetze, erheblich verstärkt. Der Arbeitsminister Maurice [694:] Tobin würdigte die Rolle, die die Gewerkschaftsbürokraten dabei spielten, mit der Erklärung, sie seien für die Regierung ebenso viel wert wie „hundert Divisionen oder sämtliche Diplomaten mit gestreiften Hosen, die im Außenministerium zu finden sind“.[5]

Es war für das Außenministerium nicht sehr schwierig, die AFL-Führer in diese Kriegskampagne einzuspannen. Auf ihrem Kongreß von 1946 richteten sie wütende Angriffe gegen die sowjetische Außenpolitik und schwelgten in der üblichen zügellosen Kommunistenhetze. Auch auf dem Kongreß von 1947 stellten sie sich hinter die Politik des Außenministeriums. Sie billigten die Trumandoktrin und den Marshallplan, unterstützten den fortschreitenden Wirtschaftskrieg der Regierung gegen die UdSSR, erklärten sich für den Plan eines Westeuropa-Pakts, hielten haßerfüllte Reden gegen die Sowjetunion und wiederholten vor den Arbeitern die bösartige imperialistische Kriegspropaganda der Wallstreet in vollem Umfang.

Mit dem CIO jedoch hatten es die Kriegstreiber nicht ganz so leicht. Die Gruppe der fortschrittlich geführten Gewerkschaften mit etwa einer Million Mitgliedern war sehr einflußreich und hatte in der Organisation einen verhältnismäßig fortschrittlichen Kurs durchgesetzt. So widersetzte sich der CIO auf seinem Kongreß von 1946 energisch den Tendenzen zur Antisowjethetze, zur Militarisierung und zum Krieg. In seiner Resolution hieß es: „Wir lehnen alle Vorschläge hinsichtlich einer Beteiligung der USA an irgendeinem Block oder Bündnis ab, durch das die Einigkeit der Großen Drei zerstört würde.“[6] Diese von der Linken veranlaßte Resolution wurde angenommen, obwohl Reuther, Rieve und andere Rechte in dem entsprechenden Ausschuß heftig dagegen opponierten.

Zur Zeit des CIO-Kongresses von 1947 in Boston hatte sich die Kriegspropaganda im ganzen Lande wesentlich verschärft. Trotzdem konnten die Rechten weder für die Trumandoktrin noch für den Marshallplan die Billigung des Kongresses durchsetzen, wie sie es in den Ausschußberatungen versuchten. Die schließlich einstimmig angenommene Resolution war ein unklar [695:] formuliertes Kompromiß. Sie sprach sich für amerikanische Hilfe an notleidende Länder aus, modifizierte ihre Zustimmung aber durch die Erklärung: „Unter keinen Umständen darf die einem Lande gewährte Lebensmittelhilfe oder sonstige Unterstützung dazu benutzt werden, freie, aber notleidende Menschen in der Ausübung ihrer Rechte auf Unabhängigkeit und Selbstregierung zu beschränken oder einen Bürgerkrieg zu schüren.“ Die Resolution forderte auch Abrüstung und verurteilte die überhandnehmende Kriegspropaganda. Sie verlangte „die Durchführung der grundsätzlichen Politik unseres verstorbenen Präsidenten Roosevelt im Hinblick auf die Einigkeit der drei großen Verbündeten der Kriegszeit – der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und der Sowjetunion – in ihren Bestrebungen und Handlungen innerhalb der Vereinten Nationen“. Bei den Diskussionen über die Resolution lehnten die Linken und Fortschrittler den Marshallplan ab.

---

5 “New York Times”, 4, Mai 1950.

6 Zitiert von John Williamson in “Political Affairs”, Januar 1949.

Die Lage im CIO war für die Kriegstreiber sehr unbequem. Daher wurde Staatssekretär Marshall beauftragt, auf dem Kongreß zu sprechen und seine politische Linie nach rechts abzubiegen. Dies verschaffte Philip Murray die Gelegenheit, auf die er gewartet hatte: die Zustimmung zum Kriegsprogramm der Regierung zu ergaunern. Wozu er den Kongreß auf regulärem Wege nicht bewegen konnte, das erreichte er indirekt dadurch, daß er nach der Rede Marshalls die persönliche Erklärung abgab, die außenpolitische Resolution des Kongresses bedeute praktisch eine Zustimmung zum Marshallplan. Es war ein Fehler, daß die fortschrittlichen Delegierten nicht sofort gegen diese Auslegung protestierten. Murrays Erklärung wurde in ganz Europa verbreitet mit dem verlogenen Kommentar, der CIO, der fortschrittliche Flügel der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung, habe sich mit Zustimmung der Kommunisten einmütig für den Marshallplan ausgesprochen.

In den folgenden Monaten äußerte sich Murray unverhohlen für das Kriegsprogramm der Regierung, mit einigen kritischen Vorbehalten, um die Unzufriedenheit im CIO zu beschwichtigen. Bald jedoch gesellte er sich zu den wildesten Verleumdern der Sowjetunion und der Kommunistischen Partei. Diese kriegsfreundliche Politik überwog auf dem CIO-Kongreß von [696:] 1948 in Portland (Oregon). Der Kongreß sprach sich trotz der Opposition der Linken nicht nur für die grundsätzliche Kriegspolitik des Außenministeriums aus, sondern erging sich auch in der wildesten Kommunistenhetze, die in mancher Hinsicht sogar noch bösartiger war als die auf den AFL-Kongressen übliche. Die CIO-Führung unterstützte nun mehr und mehr die von den Vereinigten Staaten geförderten Bürgerkriege in Griechenland und dann in Korea, die gewaltigen Militarisierungspläne der Vereinigten Staaten, die Senkung des Lebensstandards der Arbeiter und alle übrigen Kriegsvorbereitungen. Wie die AFL-Führer wurde die CIO-Führung nunmehr zu einer Arbeiteragentur des Außenministeriums.

Die Spaltung im CIO

Die dringlichste Aufgabe, vor die sich die kriegslüsternen amerikanischen Unternehmer in den kapitalistischen Ländern gestellt sahen, um den elementaren Widerstand der Arbeiterklasse gegen ihr Kriegsprogramm zu brechen, war die Isolierung der Kommunisten und der übrigen links und fortschrittlich eingestellten Arbeiter von den Massen der Gewerkschaftsmitglieder. Gelang dies, so war die Arbeiterbewegung ihrer besten Köpfe und kühnsten Friedenskämpfer beraubt. Dieser Angriff gegen den linken Flügel in den Gewerkschaften, der im Weltmaßstabe geplant war, bedingte neben anderen gewerkschaftsfeindlichen Maßnahmen eine Spaltung im CIO. Zu diesem Verbrechen gegen die Arbeiterschaft liehen die Murray und Reuther auf Geheiß der Regierung willig ihre Hand.

Das Bündnis zwischen dem fortschrittlichen linken Flügel und den Kräften der Mitte gegen den durch Reuther, Rieve und Green repräsentierten rechten Flügel bestand im CIO nun schon ein volles Jahrzehnt und hatte seine Politik maßgeblich beeinflußt. Von 1936 bis 1941 war die Basis dieses Bündnisses, wie wir gesehen haben, vor allem die Organisierung der Arbeiter in den vertrusteten Großbetrieben; von 1941 bis 1945 arbeitete der Block der Linken und der Mitte für die siegreiche Beendigung des Krieges; von 1945 an hätte es, wie die Linken [697:] vorschlugen, seine Aufgabe sein müssen, für die Verwirklichung ‚jenes demokratischen Friedens zu kämpfen, um dessentwillen der Krieg ausgefochten und gewonnen worden war. Jetzt aber übernahm die Murray-Gruppe das von Reuther inspirierte Programm des rechten Flügels, erfüllte die Befehle der Kriegstreiber um Truman und beschloß, den fortschrittlichen Block, der den CIO geschaffen und zum fortschrittlichsten Gewerkschaftsbund in der amerikanischen Geschichte gemacht hatte, zu sprengen.

Nach dem Kongreß von Boston, auf dem Murray durch sein Schwindelmanöver die Billigung des Marshallplans erschlichen hatte, verschärfte sich die Spannung zwischen den Rechten und den Linken im CIO rasch. Auf der Tagung des Exekutivkomitees im Januar 1948 kam es zum offenen Bruch zwischen dem fortschrittlichen Flügel und den Anhängern Murrays, als Murray forderte, das Komitee solle den Marshallplan vorbehaltlos unterstützen und sich auch auf die Kandidaten der Demokratischen Partei bei den kommenden Präsidentschaftswahlen festlegen. Der fortschrittliche Block lehnte beide Anträge ab, die allerdings trotzdem angenommen wurden. Darauf verlangte Murray, alle angeschlossenen Gewerkschaften sollten diese Beschlüsse unterstützen, und gab zu verstehen, daß sie andernfalls ausgeschlossen würden. Die elf angegriffenen fortschrittlich geführten Verbände jedoch

beriefen sich im Einklang mit der hundertjährigen amerikanischen Gewerkschaftspraxis auf ihr Recht, sich in politischen Fragen nach eigenem Ermessen zu entscheiden.[7]

Die folgenden achtzehn Monate waren gekennzeichnet durch Maßnahmen gegen Hunderte von Mitgliedern der fortschrittlichen Verbände seitens der Rechten, durch die Reorganisierung des Industrial Union Council von New York City und anderer unter linker und fortschrittlicher Führung stehender lokaler und bundesstaatlicher Organisationen sowie durch heftige Auseinandersetzungen innerhalb des CIO in der Frage der Wahlkampagne für Wallace. Die Angriffe gegen die Kommunisten und die fortschrittlichen Verbände wurden von Murray durchweg unterstützt.

[698:] Inzwischen erlitten die fortschrittlichen Verbände, die sich einer immer wilder werdenden Kriegshysterie gegenüber sahen, einige Verluste durch abtrünnige Funktionäre. So kapitulierte in der Automobilindustrie die Gruppe Addes-Thomas vor der Kriegshetze, und die Führung des Verbandes ging an Reuther über. Joseph Curran, der Vorsitzende der National Maritime Union, der früher offen mit den Kommunisten zusammengearbeitet hatte, ging ebenfalls zu den Rechten über. Die meisten Vorstandsmitglieder dieses Verbandes und der Transport Workers Union waren früher, als sie sahen, welch gewaltiges Ansehen die Partei durch die vorbildliche Arbeit der Kommunisten in den gewerkschaftlichen Kämpfen gewonnen hatte, der KP beigetreten. Viele von ihnen waren reine Opportunisten, und sobald die Regierung auf die Gewerkschaften zwecks Unterstützung ihres Kriegsprogramms drückte, fielen sie sofort um. Diese Abtrünnigkeit erklärte sich teils durch Verrat, teils durch ideologische Unklarheiten, teils einfach durch Angst.

Zu den übelsten Renegaten gehörte Michael Quill, Vorsitzender der Transport Workers Union und Busenfreund von Browder. Eine Mischung von Browderschem Revisionismus, Kriegshysterie und Bürokratismus sowie die phantastisch hohen Ausgabenkonten des CIO veranlaßten ihn, sein Liebäugeln mit den Linken aufzugeben. Sein Renegatentum offenbarte sich zum erstenmal deutlich Anfang 1946, als er im Stadtrat von New York City für einen offiziellen Empfang des Kardinals Spellman nach dessen Rückkehr von seinen vertraulichen Verhandlungen mit dem Diktator Franco stimmte, während die kommunistischen Stadträte Benjamin J. Davis jun. und Peter V. Cacchione diesen reaktionären Antrag ablehnten. Zum endgültigen Bruch kam es in New York im Jahre 1948 bei der Debatte über die Untergrundbahntarife, wobei Quill sich auf den Standpunkt der Unternehmer stellte und sich für einen Fahrpreis von 10 Cent einsetzte, während die Partei im Interesse der Bevölkerung einen Tarif von 5 Cent empfahl.

Eine wesentliche Rolle bei der Spaltung des CIO spielte die Association of Catholic Trade Unionists. Diese im Jahre 1937 von der hohen katholischen Geistlichkeit gegründete Organi-[699:]sation erstrebt bezeichnenderweise, allerdings leicht maskiert, einen klerikalen Faschismus. Von wütendem Kommunistenhaß erfüllt, stützt sie sich auf die Enzyklika des Papstes Leo XII. über Arbeitsfragen vom Jahre 1891 und trachtet danach, die Gewerkschaftsbewegung in die Hand zu bekommen. Mit ihren Ortsgruppen und eigenen Presseorganen ist die von der Geistlichkeit energisch unterstützte Vereinigung ein nicht unwichtiger reaktionärer Machtfaktor, da sie die Arbeiter in religiösen Fragen spaltet. Ihre Funktionäre arbeiteten leidenschaftlich auf die Spaltung des CIO hin, und Murray, Carey, Brophy, Haywood und andere Spitzenfunktionäre des CIO unterstützten sie aktiv.[8] Als Murray noch mit den fortschrittlichen Kräften zusammenarbeitete, bekämpfte er die Association of Catholic Trade Unionists, später aber gab er diese Opposition, wie seine ganze fadenscheinige „Fortschrittlichkeit“, auf.

Die Entwicklung zur Spaltung erreichte ihren Höhepunkt auf dem CIO-Kongreß in Cleveland (Ohio) im Oktober 1949. Murray und Reuther waren entschlossen, die fortschrittlichen Verbände um jeden Preis auszuschließen. Diese ihrerseits kämpften für die Einheit des CIO und erklärten, die Gewerkschaften müßten unbedingt alle Arbeiter, unabhängig von ihren politischen Ansichten, umfassen. Die fortschrittlichen Kräfte verfügten über 71 von den 308 Delegierten und vertraten mehr als 900.000 Mitglieder, abgesehen von den starken fortschrittlichen Minderheiten in den unter rechter Führung stehenden Verbänden. Der Kongreß war eine einzige Kommunistenhetze.

---

7 Siehe John Williamson in “The Worker”, 25. September 1949.

8 Siehe George Morris in “Political Affairs”, Juni 1950.

Den Hauptangriff führte der rechte Flügel gegen den großen Verband der United Electrical, Radio, and Machine Workers. Was man diesem fortschrittlichen Verband vor allem vorwarf, war seine Opposition gegen den Marshallplan und den Atlantikpakt, seine Weigerung, den demokratischen Präsidentschaftskandidaten Truman zu unterstützen, und seine Kritik an der CIO-Führung wegen deren Verzichts auf einen energischen Kampf gegen das Taft-Hartley-Gesetz und die Lohnsenkungspolitik der Regierung, Maßnahmen also, zu denen der Verband, wenn er sie wirklich durchführte, sowohl nach den Satzungen [700:] des CIO als auch im Sinne der alten demokratischen Traditionen der amerikanischen Gewerkschaften durchaus berechtigt war.

Auf diesem Kongreß, der von Kommunistenhetze und Kriegshysterie vergiftet war, wurde der Verband rücksichtslos ausgeschlossen. Die Charte der Organisation wurde dem profaschistischen Nationalsekretär des CIO, James B. Carey, zurückgegeben, der kurz vorher auf einer öffentlichen Kundgebung im Hotel Astor in New York erklärt hatte: „Im letzten Kriege haben wir uns mit den Kommunisten zum Kampf gegen die Faschisten verbündet. In einem neuen Kriege werden wir uns mit den Faschisten zur Vernichtung der Kommunisten verbünden.“ So wurde der prächtige Verband gespalten, da etwa die Hälfte der Mitglieder austrat. Der Kongreß beschloß ferner, später ein Verfahren gegen alle anderen fortschrittlichen Verbände zu eröffnen.

In den nächsten Monaten schloß das Exekutivkomitee des CIO daher einen Verband nach dem anderen unter lächerlichen Vorwänden aus. Schließlich wurden einschließlich des Elektrikerverbandes mit seinen 450.000 Mitgliedern elf Verbände ausgeschlossen: die United Farm Equipment Workers mit 40.000, die International Union of Mine, Mill and Smelter Workers mit 85.000, die Food, Tobacco and Agricultural Workers mit 36.000, die United Office and Professional Workers mit 25.000, die United Public Workers mit 60.000, die American Communications Association mit 15.000, die International Union of Fur and Leather Workers mit 100.000, die International Longshoremen’s and Warehousemen’s Union mit 85.000, die National Union of Marine Cooks and Stewards mit 6000 und die International Fishermen and Allied Workers mit 20.000 Mitgliedern. An dem CIO-Kongreß von 1950 in Chicago nahm nicht ein einziger Delegierter des linken Flügels teil; der Prozeß der Verwandlung der CIO-Bürokratie in eine Agentur des Außenministeriums war abgeschlossen.

So wurde eines der übelsten Verbrechen in der gesamten Geschichte der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung begangen. Durch den Ausschluß der elf fortschrittlichen Verbände hatten die rechten CIO-Führer den CIO mit Vorbedacht der [701:] stärksten Kräfte beraubt, die die Organisation aufgebaut und zur Vorhut der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung gemacht hatten.

Die elf ausgeschlossenen Verbände gaben dem CIO nicht nur die fortschrittliche politische Ausrichtung, sondern die stärksten von ihnen, wie die Elektriker, die Hafenarbeiter, die Kürschner und die Erzbergarbeiter, haben für ihre Mitglieder viel bessere Arbeitsbedingungen und weit höhere Löhne erkämpft als die rechten CIO- und AFL-Verbände. Sie sind Schrittmacher für die 'gesamte Gewerkschaftsbewegung. Im besonderen sind diese Verbände darauf bedacht, die Lage der Negerarbeiter in der Industrie zu verbessern und den Negerarbeitern Funktionärspositionen in der Gewerkschaft zugänglich zu machen.

Die verbrecherische Spaltung hatte schließlich, wie wir später sehen werden, katastrophale Folgen für den CIO. Als Murray, Reuther und ihre Spießgesellen dieses Verbrechen gegen die Arbeiterklasse ausheckten, fanden sie den Beifall und die Unterstützung der kapitalistischen Presse, der Unternehmer und der Regierung. Die Wallstreet konnte zufrieden sein mit ihren Arbeiterlakaien an der Spitze des CIO. Die fortschrittlichen Verbände gaben sich die größte Mühe, die Einheit des CIO zu erhalten, doch ließen sie es dabei häufig an gemeinsamem Vorgehen fehlen. Anfänglich konnten manche ihrer Führer auch einfach nicht begreifen, zu welchem schändlichen Verrat die Murray-Gruppe, mit der sie so lange zusammengearbeitet hatten, sich erniedrigt hatte, um das Kriegsprogramm der Wallstreet zu fördern.

AFL und CIO gegen den Lateinamerikanischen Gewerkschaftsbund

Der Lateinamerikanische Gewerkschaftsbund ist dem amerikanischen Imperialismus in seinem riesigen Hinterland südlich des Rio Grande von jeher ein Dorn im Auge gewesen. Bei der Gründung dieser äußerst wichtigen Organisation spielten die Kommunisten und andere fortschrittliche Kräfte

Lateinamerikas eine entscheidende Rolle. Der im Jahre 1938 gegrün-[702:]dete und von dem unabhängigen Marxisten Vicente Lombardo Toledano geleitete Lateinamerikanische Gewerkschaftsbund hat außerordentlich viel für die Stärkung der Gewerkschaftsbewegung in Lateinamerika geleistet. Sie hat dem Kampf des Volkes gegen die Großgrundbesitzer, die Kapitalisten, die klerikale Reaktion und den amerikanischen Imperialismus wirkliche Stoßkraft verliehen und das Kriegsprogramm der Wallstreet energisch bekämpft. Deshalb mußte sie zerstört werden, und das Monopolkapital betraute mit dieser Aufgabe seine „Arbeitersachwalter" in der obersten Führung der AFL und des CIO.

Die AFL-Führer sind von jeher gefügige Werkzeuge, eine Art Juniorpartner des amerikanischen Imperialismus in Lateinamerika. Von 1918 bis 1930 operierten sie mit der sogenannten Pan-American Federation of Labor, mit deren Hilfe die Gompers-Clique in der AFL die Politik des amerikanischen Imperialismus schamlos unterstützte. Die Pan-American Federation of Labor machte sich schließlich bei den lateinamerikanischen Arbeitern so verhaßt, daß sie preisgegeben werden mußte. Die AFL-Führer – Green, Woll, Dubinsky usw. – ließen sich dadurch aber nicht aus der Fassung bringen und gründeten entsprechend den Anweisungen des Außenministeriums für die Periode nach dem zweiten Weltkrieg im Jahre 1948 in Lima (Peru) die Inter-American Confederation of Workers. Sie war als Gegengewicht gegen den Lateinamerikanischen Gewerkschaftsbund, als eine Art zweiter Auflage der Pan-American Federation of Labor gedacht.

Die Position der CIO-Führer indessen war schwieriger, als es darum ging, den Lateinamerikanischen Gewerkschaftsbund zu zerschlagen. In der Zeit, als der CIO noch den Linken Gehör schenkte und eine fortschrittliche Politik betrieb, hatte er die Gründung des Bundes begrüßt, eng mit ihm zusammengearbeitet und die Angriffe, die die AFL schon damals gegen ihn richtete, als Verrat an der Arbeiterschaft gebrandmarkt. Als abei das Außenministerium Anweisung erteilte, den Bund zu spalten, vergaß Philip Murray seine früheren Grundsätze und tat sich mit der AFL zusammen, um ihn zu zerschlagen. Ganz plötzlich entdeckte er, daß die hervorragenden kommunistischen Kämpfer in Lateinamerika eine „Gefahr" bedeuteten.

[703:] Die gemeinsamen Spaltungsbemühungen der AFL und des CIO führten zur Einberufung einer Gewerkschaftskonferenz, die im Januar 1951 in Mexico City stattfand und auf der die bereits in Mißkredit geratene Inter-American Confederation of Workers zur Inter-American Regional Workers Organization umorganisiert wurde.[9] Es handelte sich dabei um eine Konkurrenzgründung gegenüber dem Lateinamerikanischen Gewerkschaftsbund. Auf der Gründungskonferenz wurden zwar die üblichen Angaben über ungeheure Mitgliedermassen gemacht, in Wirklichkeit aber hatten sich nur korrupte Sozialdemokraten, Trotzkisten und Vertreter der unter Regierungskontrolle stehenden lateinamerikanischen Gewerkschaften versammelt. In der Arbeiterklasse Lateinamerikas hat die Organisation niemals wirklich Fuß gefaßt.

Die Konferenz der Inter-American Regional Workers Organization war ein Gegenstück zu der Konferenz der Außenminister aller amerikanischen Staaten, die im März 1951 in Washington stattfand.[10] Die beiden Konferenzen waren zwei ineinandergreifende Räder im Mechanismus des amerikanischen Imperialismus. Die Arbeiterorganisation übernahm es, den Widerstand der lateinamerikanischen Arbeiter und Völker gegen das Kriegsprogramm der Wallstreet zu brechen, und die Konferenz der Außenminister suchte die Regierungen, die Armeen, die Rohstoffe und das Menschenreservoir Lateinamerikas noch vollständiger unter die Kontrolle der USA-Regierung zu bringen. Beiden Konferenzen wurde ihr Programm vollständig von den amerikanischen Delegationen diktiert, die im Interesse des amerikanischen Monopolkapitals handelten.

Der Lateinamerikanische Gewerkschaftsbund setzt sich gegen die von der Wallstreet gelenkten Angriffe der AFL- und CIO-Führung zur Wehr, aber die lateinamerikanische Gewerkschaftsbewegung hat doch ernstlich Schaden gelitten. Die amerikanischen Gewerkschaftsführer, die die Gewerkschaftsbewegung der Nachbarländer im Süden in unverschämter Weise zu zerschlagen suchen, sind direkt verantwortlich für das [704:] Terrorregime, das, vom Außenministerium begünstigt, seit dem

---

9 Siehe George Morris in "The Worker", 4. Februar 1951.

10 Siehe Robert F. Hall in "Political Affairs", Juni 1951.

Ende des Krieges in großen Teilen Lateinamerikas herrscht. So ist es mehrfach zu Staatsstreichen reaktionärer Regierungen gekommen, und Hunderte von Gewerkschaftsaktivisten und anderen Kämpfern der Linken für den Frieden, den materiellen Wohlstand und die nationale Unabhängigkeit ihrer Völker und Länder sind erschossen oder ins Gefängnis geworfen worden.

Der Anschlag auf den Weltgewerkschaftsbund

Die starke und einheitliche Gewerkschaftsbewegung, die sich nach dem zweiten Weltkrieg in Europa entwickelte und im Kampf für Frieden und Demokratie eine wesentliche Rolle spielt, zu zerstören war für die Wallstreet-Kriegstreiber nicht weniger wichtig, wenn sie mit ihrem Welteroberungsprogramm vorankommen wollten. Die ihnen treu ergebene Clique der imperialistisch gesinnten Streikbrecher und Gewerkschaftsspalter – die oberste Führung der AFL und des CIO – übernahm daher bereitwilligst die Aufgabe, die Gewerkschaftsbewegung in Frankreich, Italien, Deutschland und in anderen Ländern zu spalten. Sie war beseelt von der Hitlerschen Parole des Kreuzzugs gegen den Kommunismus. Männer wie Irving Brown von der AFL und James B. Carey vom CIO machten sich sofort ans Werk. Millionen von Dollars wurden unter der Oberaufsicht des Außenministeriums dafür verschwendet. Von 1948 an erlebte Europa das schmachvolle Schauspiel, daß amerikanische Gewerkschaftsführer mit reaktionären Sozialdemokraten, Regierungen und Unternehmern zusammenarbeiteten, um die Streiks der schwer bedrängten Arbeiter zu brechen und ihre Gewerkschaften zu spalten. In der Folge wurde diese Spaltungskampagne auch auf den Fernen Osten ausgedehnt, wo nach dem Kriege ebenfalls große Gewerkschaften entstanden waren.

Die amerikanischen und die europäischen Sozialdemokraten, unfähig, auf demokratischem Wege die Führung in der großen Gewerkschaftsbewegung der Nachkriegszeit zu erlangen, die [705:] sich mehr und mehr für kommunistische Leitung entschied, gingen bezeichnenderweise daran, die Bewegung zu zerschlagen. Ihre kümmerlichen Erfolge in Frankreich und Italien, wo sie besonders intensiv arbeiteten, lassen jedoch erkennen, daß sie sich vergeblich bemühen. So stellt zum Beispiel das offizielle Organ des Weltgewerkschaftsbundes im September 1951 fest: „In der CGT sind mehr als 80 Prozent aller französischen Gewerkschafter zusammengeschlossen. Tatsächlich hat die CGT mehr katholische Mitglieder als die katholischen Gewerkschaften und mehr sozialistische Mitglieder als die Jouhaux-Organisation.“ Über die Lage in Italien berichtet eine amerikanische Gewerkschaftsdelegation: „Dem Allgemeinen Italienischen Gewerkschaftsbund gehört die große Mehrheit der Arbeiter an. Er hat fünf Millionen Mitglieder, während den christlich-demokratischen Gewerkschaften 500.000 und den sozialdemokratischen Gewerkschaften 150.000 Werktätige angehören.“[11]

Ihren Höhepunkt erreichte die vom Außenministerium dirigierte internationale Kampagne zur Gewerkschaftszerschlagung jedoch in den organisierten Bemühungen, den Weltgewerkschaftsbund selbst zu spalten und zu zerschlagen. Der gegen Ende des Krieges gegründete mächtige Weltgewerkschaftsbund (siehe Seite 634) ist das Herz der großen demokratisch-sozialistischen Bewegung, die nach dem Kriege durch ganz Europa ging. Mit ihm hat die internationale Gewerkschaftsbewegung ein weit höheres Niveau erreicht als je zuvor. Er steht als ein besonders starkes Hindernis auf dem Wege des amerikanischen Imperialismus und ist daher von dessen sämtlichen Agenten und Provokateuren in der Arbeiterbewegung erbittert angegriffen worden.

Der jüngste organisierte Angriff gegen den Weltgewerkschaftsbund kam von dem ihm angeschlossenen CIO. Am 30. April 1948 forderte der CIO durch seinen profaschistischen Agenten James B. Carey, der Weltgewerkschaftsbund, dessen Exekutivkomitee damals in Rom tagte, solle sich für den Marshallplan erklären. Die von reaktionären Sozialdemokraten beherrschten britischen und holländischen Gewerkschaften stellten sich hinter diese Forderung. Der Antrag wurde abgelehnt, [706:] und die Mehrheit des Weltgewerkschaftsbundes stellte sich auf den Standpunkt, die angeschlossenen nationalen Gewerkschaften sollten, damit die Einheit der Weltgewerkschaftsbewegung erhalten bleibe, nach eigenem Ermessen zum Marshallplan Stellung nehmen. Dieser vernünftige Vorschlag paßte den Agenten des Außenministeriums natürlich nicht. Daher beantragten Carey und seine Kumpane am 1.

---

11 “News”, Moskau, 31. August 1951.

Januar 1949 auf der Pariser Tagung des Exekutivbüros des WGB, die Organisation solle ihre Tätigkeit für ein Jahr einstellen. Damit wollte man sich den WGB offensichtlich endgültig vom Halse schaffen. Als dieser skandalöse Antrag abgelehnt wurde, erklärten die Führer des CIO sowie der britischen und holländischen Gewerkschaften ihren Austritt.[12] Die Weltgewerkschaftsbewegung war gespalten, und die kapitalistische Presse brach überall in ein Freudengeschrei aus.

Die AFL-Führer, seit jeher Gegner einer arbeitsfähigen internationalen Gewerkschaftsorganisation, betätigten sich inzwischen ebenfalls eifrig als Gewerkschaftszerstörer. In Gemeinschaft mit dem CIO und den anderen Spaltern beriefen sie im November 1949 einen allgemeinen Kongreß nach London ein und gründeten die International Confederation of Free Trade Unions. Aus den Vereinigten Staaten und Kanada waren 21 Delegierte von der AFL, vom CIO, von den United Mine Workers und den christlichen Gewerkschaften erschienen. Die Amerikaner dirigierten diese Komödie selbstverständlich genauso diktatorisch wie ihre kapitalistischen Chefs die Vereinten Nationen dirigieren. Das war der bürokratische Gewerkschaftsimperialismus an der Arbeit.

Die International Confederation of Free Trade Unions betätigt sich seit ihrer Gründung als Gewerkschaftszerstörer und Streikbrecher. Erfolge hat sie nicht, obwohl sie von der amerikanischen, britischen und französischen Regierung und von den Unternehmern in der ganzen Welt weitgehend unterstützt wird. Sie zählt zur Zeit angeblich etwa 50 Millionen Mitglieder, doch sind es in Wirklichkeit nur rund 30 Millionen (hauptsächlich in den britischen und amerikanischen Gewerkschaften). Der WGB dagegen konnte Ende 1950, hauptsächlich dank der [707:] mächtigen Entwicklung der ihm angeschlossenen Verbände, 78 Millionen Mitglieder in 65 Ländern nachweisen. Nach wie vor führt der WGB sein fortschrittliches Programm durch, indem er den Arbeitern aller Länder dabei behilflich ist, ihre Gewerkschaften zu festigen, den Faschismus bekämpft und in allen internationalen Gremien für die Interessen der Arbeiterschaft eintritt, um den Weltfrieden zu erhalten. Der WGB hat eine Einheitsfront mit der International Confederation of Free Trade Unions vorgeschlagen, um für die Erhaltung des Friedens zu kämpfen, ist aber auf Ablehnung gestoßen.

Um ihre verbrecherische Spaltung des WGB zu rechtfertigen, äffen die CIO-Führer den Reaktionären in der AFL-Führung nach und stimmen in den üblichen Haßgesang von Beschuldigungen gegen die Sowjetunion ein, die sowjetischen Gewerkschaften seien keine wirklichen Arbeiterorganisationen, die russischen Kommunisten übten im WGB eine Willkürherrschaft aus und dergleichen. Aber diese Kommunistenhetze paßt schlecht zu dem, was der CIO in den Jahren, als er noch eine fortschrittliche Politik betrieb, gesagt und getan hat. Im Jahre 1945 zum Beispiel schickte der CIO eine Arbeiterdelegation in die UdSSR, der auch die heutigen Kommunistenhetzer James Carey und Joseph Curran angehörten. Diese Delegation äußerte sich nach ihrer Rückkehr in ihrem Bericht einmütig lobend über die russischen Gewerkschaften. „Auf Grund .unserer Beobachtungen“, heißt es in dem Bericht, „sind wir jetzt noch stolzer darauf, daß wir durch den Weltgewerkschaftsbund mit einer so großartigen Gewerkschaftsbewegung in Verbindung stehen.“ Ferner erklärte die Delegation: „Als Vertreter des CIO sind wir nunmehr noch fester entschlossen, alles in unserer Macht Stehende zu tun, um die freundschaftlichen Beziehungen zu den sowjetischen Gewerkschaften zu festigen und eine noch engere Einheit zwischen unseren beiden großen Ländern für die Erhaltung eines dauernden Friedens und für wachsendes Wohlergehen und demokratischen Fortschritt herzustellen.“[13]

Um die damals üblichen Beschuldigungen der AFL-Führer, der WGB werde von den Kommunisten beherrscht, zu wider-[708:]legen, erklärte der Bostoner CIO-Kongreß im Jahre 1947: „Diese Organisation (der WGB) hat bewiesen, daß die Vertreter der Gewerkschaften in der ganzen Welt sich versammeln, gemeinsam arbeiten und in voller Übereinstimmung zusammenwirken können, um die Probleme zu lösen, die der Welt zu schaffen machen.“ Der Kongreß beschloß: „Der CIO verpflichtet sich, weiterhin für die Festigung des WGB zu arbeiten und die Beschlüsse und die Politik des WGB zu unterstützen.“[14]

---

12 Siehe “World Trade Union Movement”, Paris, 5. Oktober 1950.

13 “Report of the C. I. O. Delegation to the Soviet Union”, New York 1945, S. 24/25.

14 Zitiert von George Morris in “Daily Worker”, 24. Januar 1949.

Aber Not bricht Eisen, Als daher die Wallstreet entschied, der WGB müsse als Haupthindernis auf ihrem Wege zu Expansion, Faschismus und Krieg gespalten werden, hatten Murray, Carey, Curran, Green, Rieve und andere CIO-Führer nebst der führenden Clique in der AFL als treue Diener des Kapitalismus nichts Eiligeres zu tun, als den Befehl ihrer Herren mit allem Zubehör der antikommunistischen und antisowjetischen Verleumdung auszuführen. Es kümmerte sie wenig, daß sie dabei nicht nur der Wahrheit ins Gesicht schlagen und die Interessen der Arbeiter in der ganzen Welt verraten, sondern auch alles verleugnen mußten, was sie früher in bezug auf den WGB gesagt und getan hatten.

Die "Business Week" vom 21. Juli 1951 prahlt unverhohlen mit der Kontrolle des Außenministeriums über die neue Streikbrecherinternationale. Da heißt es: „Der Einfluß der USA war, wenn auch in verhüllter Form, um der kommunistischen Propaganda keine neue Gelegenheit zu der Beschuldigung zu geben, die nichtkommunistischen Gewerkschaften im Ausland würden von den Amerikanern beherrscht, fast unbestritten auf der Internationalen Gewerkschaftskonferenz, die ihre Sitzungen diese Woche in Mailand beendete. Ausgeübt wurde dieser Einfluß durch die amerikanischen Gewerkschaftsdelegierten, die von der AFL, vom CIO und von den unabhängigen Verbänden kamen."[15]

Aber die imperialistischen Führer der AFL und des CIO stoßen auf erhebliche Schwierigkeiten bei dem Versuch, ihre Hegemonie über den konservativen Flügel der Weltgewerkschaftsbewegung aufzurichten, wie ja auch ihre imperialistisch-[709:]kapitalistischen Herren schweren Hindernissen begegnen bei der Festigung ihrer Hegemonie über die kapitalistische Welt. Auf der Brüsseler Tagung der International Confederation of Free Trade Unions im November 1951 wurden zwei wichtige AFL-Anträge abgelehnt. Heute drohen die AFL-Führer verärgert damit, ihre beträchtlichen Hilfsgelder für den Bund zu kürzen, und einige sprechen sogar von ihrer Absicht, sich völlig von dieser Organisation zurückzuziehen.[16]

Die Krise der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung

Das Bündnis (richtiger spräche man von Unterordnung) der AFL- und CIO-Führung mit dem Wallstreet-Imperialismus bei dessen expansionistischen Bestrebungen wirkt sich auf die amerikanische Gewerkschaftsbewegung äußerst schädlich aus. Es untergräbt die Lebenskraft der organisierten Arbeiterschaft an der Wurzel. Diese niederträchtige Zusammenarbeit mit dem Großkapital treibt die Gewerkschaftsbewegung schließlich in eine Krise, obwohl äußerlich alles nach Wohlstand, Stärke und Gedeihen aussieht.

Die obersten Gewerkschaftsführer, mit den Unternehmern zusammen auf das Kriegsprogramm festgelegt, unterlassen es, den Lebensstandard der Arbeiter zu verteidigen, weil sie wie Präsident Truman mit den Unternehmern stillschweigend darüber einig sind, daß die Arbeiter den Löwenanteil der Kosten für die Kriegsvorbereitungen tragen sollen. Die Inflation ist in dieses Kriegsprogramm fest eingeplant, und die Arbeiterbetrüger sind damit einverstanden. Von 1944 bis Ende 1950 stiegen die Kleinhandelspreise um 40,3 Prozent, während sich die Löhne nur um 25 Prozent erhöhten. Die Profite der Unternehmer erhöhten sich inzwischen um 97,5 Prozent. Die von den Arbeitern zu zahlenden Steuern wachsen ins Unermeßliche. Die Reallöhne liegen in den Vereinigten Staaten heute um mindestens 25 Prozent unter dem Vorkriegsstand, und die Profite der Kapitalisten sind etwa sechsmal so hoch wie vor dem Kriege. Präsident Truman prahlte in San Francisco sogar, [710:] die Profite würden im Jahre 1951 die enorme Höhe von 46 Milliarden Dollar erreichen.[17] Die Gewerkschaftsführer jedoch tun alles, um den Kampfgeist der Arbeiter zu lähmen. Im Lohnstabilisierungsamt helfen sie sogar mit, den Lohnstopp durchzusetzen. Sie werden nur dann etwas unternehmen, wenn die rebellischen Arbeiter sie dazu zwingen.

Auch gegen die tödliche Gefahr des Faschismus, die immer drohender über dem Lande heraufzieht, leisten die Gewerkschaftsführer nur zum Schein Widerstand. Ihr „Kampf" gegen das Taft-Hartley-Gesetz ist nur ein Scheingefecht, und sie werden sich mit geringfügigen Änderungen begnügen. Noch

---

15 Zitiert in "March of Labor", September 1951.
16 Siehe "New York Times", 2. Februar 1952.
17 Siehe "New York Times", 5. September 1951.

weniger Widerstand leisten sie gegen so gefährliche Maßnahmen wie das McCarran-Gesetz, die Gesinnungsprüfungen und die Durchkämmung der Arbeitsplätze, die Verfolgung der Kommunistischen Partei und die zahlreichen Verletzungen der Rechte des Negervolks. Auf seinem Kongreß von 1951 mußte der CIO allerdings unter dem Druck der Massen das Smith-Gesetz und die auf Grund dieses Gesetzes eingeleiteten Prozesse scharf kritisieren. Wenn die AFL- und CIO-Führer auf einen energischen Kampf gegen die wachsende faschistische Gefahr verzichten, so tun sie das deshalb, weil sie als Arbeitersachwalter der Unternehmer notwendigerweise ebenso handeln müssen wie diese, die sehr wohl wissen, daß sie ihr Kriegsprogramm nur durchsetzen können, wenn sie die demokratischen Freiheiten des Volkes einschränken. Diese Arbeiterbetrüger möchten die von Hitler und Mussolini so brutal erteilte Lektion ignorieren, daß der Angriff gegen die Kommunisten nur die Einleitung für einen Generalangriff gegen die gesamte Arbeiterbewegung und jede fortschrittliche Bewegung überhaupt ist.

Auf Geheiß der Unternehmer zwingen die obersten Gewerkschaftsführer den Gewerkschaften in den Betrieben auch ein neues und noch gefährlicheres System der Klassenzusammenarbeit (das heißt der Unterwerfung der Arbeiterklasse) auf. Die Politik, für die das zur Zeit geltende Abkommen der General Motors mit den United Automobile Workers im CIO ein typisches Beispiel ist, findet ihren Ausdruck in dem Ab-[711:schluß von Vereinbarungen auf fünf Jahre, in der Einführung einer gleitenden Lohnskala entsprechend den gefälschten Statistiken der Regierung über die Lebenshaltungskosten, in der Verpflichtung zum Streikverzicht, im Antreibersystem und in dem bedingungslosen Vertrauen gegenüber den nichts weniger als unparteiischen Lohnämtern der Regierung. Zu dem Abkommen zwischen Reuther und General Motors sagt die Zeitschrift "Fortune": „In seiner Bestätigung des freien Unternehmertums und der Bindung der Arbeiter an dieses geht es weiter als alle anderen wichtigen Arbeitsvereinbarungen, die in den Vereinigten Staaten jemals unterzeichnet worden sind."[18] Das Ergebnis dieser Politik der Klassenzusammenarbeit ist, daß die Aktivität und Kampfkraft der Gewerkschaften gelähmt und kollektive Vereinbarungen mehr und mehr unmöglich gemacht werden, daß den Arbeitern ein sinkender Lebensstandard aufgezwungen wird und den Unternehmern unbeschränkte Profite garantiert werden. Vor dem Koreakrieg bestanden derartige von den Unternehmern maßgeblich bestimmte Vereinbarungen erst für 500.000 Arbeiter, aber schon Mitte 1951 galten sie für 5 Millionen und erfaßten rasch immer weitere Kreise der Arbeiterschaft.

Daß die Krise der Gewerkschaftsbewegung infolge der Unterstützung des Kriegsprogramms des Wallstreet-Imperialismus durch die Gewerkschaftsführer sich immer mehr vertieft, zeigt sich besonders klar an der politischen Entartung, der die CIO-Führung verfallen ist, seitdem sie die fortschrittlichen Verbände ausgeschlossen hat. Die Organisation zeigt keine Spur mehr von kämpferischem Geist, und ihre Politik wird heute im wesentlichen durch den durchtriebenen Opportunisten Walter Reuther bestimmt. Der CIO war einmal die treibende Kraft der Gewerkschaftsbewegung. Heute aber kann er nicht mehr behaupten, die maßgebliche Sektion der Gewerkschaftsbewegung zu sein. Mit Recht bemerkt E. A. Lahey, daß seit der Spaltung der CIO „und die seit jeher konservativere AFL sich in ihrer Denkweise immer näher gekommen sind"[19]. In [712:] vieler Hinsicht – in ihrer sklavischen Unterordnung unter die Truman-Regierung (die Murray noch vor wenigen Jahren als „reaktionär" und „feige" bezeichnete), in ihrer wilden Kommunistenhetze und Kriegstreiberei, in ihrer Unterdrückung der gewerkschaftlichen Demokratie, in ihrer Kapitulation vor dem Prinzip der gleitenden Lohnskala und in ihrer Förderung der gefährlichen Association of Catholic Trade Unionists ist die CIO-Führung in der Tat noch konservativer geworden als die Führung der AFL. Fast der einzige Unterschied besteht darin, daß die CIO-Führung in ihren Resolutionen noch immer auf ein paar fortschrittliche Redensarten Wert legt, Überbleibsel aus der Zeit, als der CIO einen wirklich fortschrittlichen Kurs steuerte.

Die politische Entartung der CIO-Führung hat auch zu einer zahlenmäßigen Schwächung der Organisation geführt. Im Jahre 1947 konnte der CIO die mehrfach angegebene Mitgliederzahl von sechs Millionen mit Recht beanspruchen, heute hat er kaum mehr als vier Millionen Mitglieder.[20] Es ist so

---

18 Die Redaktion der "Fortune", "USA: The Permanent Revolution", New York 1951.

19 "Collier's", 1. September 1951.

20 Siehe "New York Times", 23. Dezember 1951.

weit gekommen, daß die AFL, die während des Krieges weniger Mitglieder hatte als der CIO, heute fast doppelt so stark ist. Die oft bewährte Energie des CIO bei der Organisierung der Unorganisierten, die auf den Einfluß der Linken zurückzuführen war, gehört heute der Vergangenheit an. Die Organisationskampagne des CIO im Süden „ohne Mitwirkung der Roten" war ein glatter Fehlschlag. Dazu kommen die Kompetenzstreitigkeiten innerhalb des CIO, eine Folge der früheren Übergriffe gegen die heute ausgeschlossenen fortschrittlichen Verbände.

Die reaktionäre Clique der Green, Woll, Meany und Hutcheson, die die AFL beherrscht und das Prinzip der Industrieverbände seit jeher ablehnt, hat die innere Krise des CIO wohl bemerkt und unternimmt heute den Versuch, die Organisation zu zerschlagen. Das ist der Sinn ihrer Parole der „organischen Einheit", das bezweckte sie, als sie im August 1951 das United Labor Policy Committee, in dem die AFL, der CIO und die unabhängigen Verbände vertreten waren, sprengte.[21] Der wahre [713:] Herr des CIO, Walter Reuther, der der oberste Gebieter in der gesamten Gewerkschaftsbewegung sein möchte und ein größeres Betätigungsfeld braucht, als es der CIO ist, würde kein Bedenken tragen, den CIO zu torpedieren, wenn er eine Möglichkeit sähe, sich mit den AFL-Führern auf der Basis ihrer Vorschläge zu einer vorgeblichen „organischen Einheit" zu verständigen.

In der gegenwärtigen schweren internationalen Krise und angesichts der Weltherrschaftsbestrebungen des amerikanischen Imperialismus, der rücksichtslos auf Faschismus und Krieg zusteuert, ist es, zumal eine politische Massenpartei der Arbeiterklasse fehlt, die dringlichste Aufgabe der Gewerkschaftsbewegung, im Kampf gegen dieses imperialistische Programm die Führung zu übernehmen. Sie muß entschlossene Anstrengungen machen, um den Lebensstandard der Arbeiter zu verteidigen, die demokratischen Rechte zu schützen und die Welt vor einem neuen furchtbaren Krieg zu bewahren. Aber die reaktionären Führer der AFL, des CIO und der konservativen unabhängigen Verbände, selbst wilde Imperialisten, haben diese Verpflichtung vollkommen verraten und die Gewerkschaftsbewegung den aggressiven Bestrebungen der Wallstreet dienstbar gemacht. Ein solcher Verrat muß die schlimmsten Folgen für die Gewerkschaftsbewegung haben und wird schließlich, falls die Arbeitermassen nicht eingreifen, zu einer Katastrophe führen.

Niemals war die Kluft zwischen der Politik der Gewerkschaftsführer und den Interessen der einfachen Mitglieder so groß. Die Führer steuern einen Kurs, der zu verschlechterten Lebensbedingungen für die Arbeiter, scharfer Beschneidung ihrer demokratischen Rechte und einem imperialistischen Aggressionskrieg führt, während die Arbeiter, wenn sie auch vielfach durch die schlaue Kriegspropaganda der Wallstreet verwirrt werden, das alles ablehnen. Es liegt auf der Hand, daß die Verschärfung des Konflikts zwischen den kriegstreiberischen obersten Gewerkschaftsführern und den kampfentschlossenen Arbeitermassen früher oder später auf der politischen Tagesordnung in den USA stehen wird.

Gegenüber dieser Situation betreiben die Kommunisten vor [714:] allem eine Politik der Einheitsfront von unten, mit den rebellischen Arbeitermassen. Jedoch ist die Partei darauf bedacht, mit unteren oder höheren Funktionären, die ehrlich für die wirtschaftlichen und politischen Rechte der Arbeiter und des Negervolks kämpfen wollen, bereitwillig zusammenzuarbeiten.

Die unabhängigen Verbände

Die vom CIO ausgeschlossenen fortschrittlichen unabhängigen Verbände mit ihren etwa 600.000 Mitgliedern stehen vor der verantwortungsvollen Aufgabe, die Rolle, die sie einst innerhalb des CIO spielten, nämlich die Bannerträger der gesamten Gewerkschaftsbewegung zu sein, außerhalb dieser Organisation weiterzuspielen und zu entwickeln. Unter dem vereinten Druck der Unternehmer, der Regierung, der AFL und des CIO und bei der herrschenden Kriegshysterie ist ihre Aufgabe, im Geiste des Fortschritts zu arbeiten, nicht leicht. Während diese Zeilen geschrieben werden, richten der McCarran-Ausschuß für innere Sicherheit im Senat, der Ausschuß des Repräsentantenhauses zur Untersuchung unamerikanischer Betätigung und der Humphrey-Unterausschuß des Senatsausschusses für Arbeitsfragen die bösartigsten Angriffe gegen sie. Alle diese Ausschüsse mischen sich willkürlich

---

[21] Das Komitee wurde im Dezember 1950 ins Leben gerufen, um die Arbeiter fester an das Kriegsprogramm zu binden.

in die inneren Angelegenheiten der unabhängigen Verbände ein, vorgeblich, um sie und die Betriebe von fortschrittlich gesinnten Funktionären und Mitgliedern – „Rote“ nennen sie sie – zu säubern, in Wirklichkeit aber, um diese Verbände zu zerschlagen. Dies alles bedeutet einen Angriff gegen die Gewerkschaftsbewegung als Ganzes.

Die ausgeschlossenen unabhängigen Verbände haben sich geschichtliche Verdienste erworben durch ihre Opposition gegen den Marshallplan und das übrige Kriegsprogramm der Truman-Regierung. Dieser Kampf für den Frieden muß vor allem verstärkt werden, und alle Tendenzen, die den gewerkschaftlichen Tageskampf auf eine bloße Magenfrage beschränken möchten, sind abzulehnen. Es gereicht diesen Verbänden, zur Ehre, daß sie niemals der wilden Kommunistenhetze und [715:] Kriegstreiberei zum Opfer gefallen sind, die sich auf die AFL- und CIO-Gewerkschaften so verheerend ausgewirkt haben. Sehr wichtig ist es ferner, daß diese Verbände die Interessen der Arbeiter und des Negervolks ganz allgemein verteidigen. Das gilt auch für ihren Kampf gegen die von den Murray, Reuther und Green unterstützte Schandpolitik des Lohnstopps, der Steuererhöhungen, der Preissteigerungen und des Streikverzichts. Die Erfahrung hat bereits gezeigt (und selbst Gewerkschaftsführer wie McGowan, der Vorsitzende der Boilermakers, und Potofsky, der Vorsitzende der Men’s Clothing Workers, haben es offen ausgesprochen), daß das Kriegsprogramm der Wallstreet den europäischen sowohl wie den amerikanischen Arbeitern schweren Schaden zugefügt hat, und Trumans „Arbeiterfreundschaft“, auf die Murray sich bei seinem Verzicht auf eine fortschrittliche Gewerkschaftspolitik berief, hat sich als äußerst fadenscheinig erwiesen.

Die Behauptung der obersten Gewerkschaftsführer, die Massenproduktion von Kriegsmaterial sei das Mittel, den Arbeitern ihre Arbeitsplätze zu erhalten, ist eine ungeheuerliche Illusion, die für die organisierte Arbeiterschaft katastrophale Folgen haben kann. Gegenüber diesem lebensgefährlichen Irrsinn müssen die unabhängigen Verbände energisch ihr Aktionsprogramm der Beschäftigungssicherung durch wesentliche Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzung, Ausdehnung der Sozialversicherung, umfassende öffentliche Arbeiten, systematische Pflege des Handels mit der UdSSR, China, Polen, der Tschechoslowakei usw. verfechten. Der Kampf für dieses Alternativprogramm ist eine Aufgabe von größter Wichtigkeit.

Eine andere wesentliche Aufgabe der unabhängigen Verbände ist der Kampf gegen alle Tendenzen, die zur Entwicklung eines Polizeistaates in den Vereinigten Staaten führen. Nicht die geringste Gefahr im Rahmen dieser Tendenzen ist der wachsende Einfluß der Generale auf den Kurs der nationalen Politik und das Bestreben des Präsidenten, sich immer größere Machtbefugnisse anzumaßen. In diesen bei den Republikanern wie den Demokraten zu beobachtenden Tendenzen widerspiegelt sich das profaschistische Kriegsprogramm der Großkapita-[716:]listen, die nur zu gern eine Militärdiktatur in den Vereinigten Staaten errichten möchten.

Die unabhängigen Verbände bedürfen jedoch offensichtlich in mancherlei Hinsicht der Festigung. So müssen sie zum Beispiel ihren Kampf gegen den weißen Rassenchauvinismus verstärken, der noch immer in ihren Reihen spürbar ist (wenn auch bei weitem nicht so stark wie in den AFL- und CIO-Verbänden) und sich auf die Arbeitsbedingungen und den gewerkschaftlichen Status der Negerarbeiter nachteilig auswirkt. Ebenso müssen sie sich vor allen Tendenzen zur politischen „Neutralität“ hüten, denn das hätte einen Beigeschmack von „Ökonomismus“ und Gompersschen Theorien. Sie müssen ernsthaft eine umfassende und unabhängige Koalition der Arbeiterschaft und ihrer Verbündeten erstreben, um die Reaktion und ihr Zweiparteiensystem zu bekämpfen. Auch die Propagierung des Sozialismus unter den Mitgliedern, die seit den Tagen Browders fast völlig eingestellt worden ist, muß wieder aufgenommen werden. Der Kampf für den Frieden ist heute das Kernstück jeder fortschrittlichen Gewerkschaftspolitik, und er sollte die engste Zusammenarbeit mit fortschrittlichen internationalen Arbeitervereinigungen wie dem Lateinamerikanischen Gewerkschaftsbund und dem Weltgewerkschaftsbund einschließen.

Die fortschrittlichen Verbände dürfen auch nicht die wichtige Aufgabe vergessen, die Massen der proletarischen Kriegsteilnehmer für ein fortschrittliches Programm und eine fortschrittliche Organisation zu gewinnen. Es war eines der schwersten Verbrechen der konservativen Gewerkschaftsführung in

der Nachkriegszeit. daß sie die demobilisierten Kriegsteilnehmer solchen reaktionären Organisationen wie der American Legion und den Veterans of Foreign Wars überließ. Es war ein Fehler, daß die Linken im CIO und in der AFL nach dem Ende des Krieges sich nicht für die Schaffung einer umfassenden Arbeiterorganisation der Kriegsteilnehmer einsetzten, was damals leicht zu erreichen gewesen wäre.

Eine wichtige Aufgabe der unabhängigen Verbände ist es ferner, in dem Kampf für die Einheit der gesamten Gewerkschaftsbewegung die Führung zu übernehmen. Die Einheit, die [717:] Green und Murray vorschwebt, würde nur darauf hinauslaufen, daß die Arbeiter im Interesse der Kriegstreiber unter Kontrolle gehalten und die konservativen Gewerkschaftsbürokraten ihre herrschende Stellung behalten würden. Wirkliche Gewerkschaftseinheit dagegen muß auf der Grundlage eines Arbeiterprogramms für Frieden und Wohlstand der Arbeiter aufgebaut sein und auf echter Gewerkschaftsdemokratie beruhen.

Im Rahmen dieses Kampfes für die allgemeine Gewerkschaftseinheit müssen die unabhängigen Verbände unbedingt auch untereinander enger zusammenarbeiten, denn zur Zeit besteht nur eine geringe Fühlung zwischen ihnen. Das gleiche gilt für brüderliche Zusammenarbeit in dringlichen Fragen zwischen den unabhängigen Verbänden und den fortschrittlichen Minderheiten in den unter rechter Führung stehenden CIO-, AFL-, Bergarbeiter- und Eisenbahnerverbänden. Ein Ausdruck dieser Zusammenarbeit zwischen den linken Gewerkschaftern und den fortschrittlichen Kräften in der Arbeiterbewegung überhaupt war es, als im August 1950 die fortschrittliche gewerkschaftliche Monatsschrift “March of Labor” unter der Redaktion von John Steuben erschien. Die Arbeiter erwarten von den unabhängigen fortschrittlichen Verbänden, daß sie der gesamten Gewerkschaftsbewegung eine feste Führung geben.

Die vorstehenden kritischen Bemerkungen über die Politik der unabhängigen Verbände gelten im wesentlichen auch für die AFL- und CIO-Gewerkschaften, die United Mine Workers, die Railroad Brotherhoods usw. Sie deuten den allgemeinen Kurs an, den die organisierte Arbeiterschaft in ihrer Gesamtheit einschlagen muß, um die gewaltige fortschrittliche Kraft der Arbeiterbewegung zur vollen Entfaltung zu bringen.

[718:]

35
DIE VERFOLGUNG DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI
(1948–1951)

Wenn die Kapitalisten die Opposition der Arbeiterklasse gegen ihre imperialistischen Weltherrschaftsbestrebungen brechen wollen, müssen sie unter allen Umständen die Kommunistische Partei außerhalb des Gesetzes stellen und vernichten. Sie wissen nämlich ganz genau, im Gegensatz zu vielen Arbeitern und Freunden der Arbeiter, daß die Kommunistische Partei tatsächlich die Vorhut der Arbeiterklasse, die wahre Partei des Volkes ist. Sie sind sich darüber klar, daß nur die Kommunistische Partei ein wirklich antifaschistisches und kriegsfeindliches Programm besitzt und der wahre Vorkämpfer für Demokratie und Frieden ist. Es ist ihnen nicht entgangen, daß die Arbeiter und die breiten demokratischen Massen in der Ära des Imperialismus nur dann eine wirkliche Führung besitzen, wenn eine starke Kommunistische Partei besteht. Dies haben die herrschenden Klassen einerseits aus den zahlreichen entschlossenen Kampfaktionen des Volkes unter der Führung der Kommunistischen Partei und anderseits aus der Kapitulation der Gewerkschaftsführer, der Sozialisten und der Liberalen (wie zum Beispiel Wallace, die "New Republic" usw.) vor der Kriegspolitik der Wallstreet gelernt. Die Monopolherren wissen, daß die Kommunistische Partei ihr Hauptfeind ist, und deshalb wollen sie sie um jeden Preis liquidieren. Das alles spricht für die Kommunistische Partei, für ihr weitsichtiges Programm, für ihren Kampfgeist.

Die Kapitalisten wissen sehr wohl, daß die Kommunistische Partei die demokratischen Rechte am stärksten verteidigt. Werden nämlich der Partei die demokratischen Rechte entzogen, so wird die Freiheit des Volkes schlechthin untergraben. [719:] Das ist eine gefährliche Wahrheit, die die amerikanischen Reaktionäre nur zu gut von Hitler, Mussolini, Franco und anderen faschistischen Diktatoren gelernt haben. Das Taft-Hartley-Gesetz, das Smith-Gesetz, das Voorhis-Gesetz, das McCarran-Gesetz, das Magnusson-Gesetz, die Gesinnungseide, die Angriffe gegen das Negervolk und die neu Eingewanderten – alle diese Dinge sind eng miteinander verbunden. Unter dem Vorwand der drohenden kommunistischen Gefahr werden die heftigsten Angriffe gegen die Gewerkschaften, die soziale Demokratie, die akademische Freiheit und den Liberalismus gerichtet. Wenn die Kriegstreiber auf die Vernichtung der Kommunistischen Partei hinarbeiten, so bedeutet dies, daß sie die Gewerkschaften entmannen, die Bill of Rights annullieren, die Vereinigten Staaten faschisieren und die Bahn zum Kriege frei machen wollen.

Der Angriff gegen die Linke wird verschärft

Seit ihrer Gründung im Jahre 1919 ist die Kommunistische Partei, wie wir gesehen haben, stets Angriffen seitens der Regierung ausgesetzt gewesen. Während des zweiten Weltkrieges ließen diese Verfolgungen etwas nach, da die Kommunisten sich energisch für den Krieg einsetzten; sobald aber der Krieg siegreich beendet war, wurde der Feldzug gegen die Kommunisten wieder aufgenommen. Auf dem Wege zur Welteroberung war die Wallstreet noch fester entschlossen, sich ihres verhaßtesten Feindes, der Kommunistischen Partei, zu entledigen. Offiziell bedient sich die Truman-Regierung für diesen Zweck und für ihre Angriffe gegen die gesamte sonstige Tätigkeit der fortschrittlichen Kräfte vor allem des von J. Edgar Hoover geleiteten Federal Bureau of Investigation, des McCarran-Ausschusses im Senat und des Ausschusses zur Untersuchung unamerikanischer Betätigung im Repräsentantenhaus (dessen Vorsitzender J. Parnell Thomas übrigens im November 1948 vor Gericht gestellt und später des gemeinen Diebstahls überführt würde).

[720:] Der wachsende Terror der Nachkriegszeit hatte zahlreiche Verhaftungen zur Folge. Verhaftet wurden unter anderen die Leiter des Joint Anti-Fascist Refugee Committee, darunter der Vorsitzende Dr. Edward K. Barsky und zwölf Vorstandsmitglieder, nämlich Howard Fast, Prof. Lyman Bradley, Dr. Joseph Auslander, Dr. Louis Miller, H. M. Justiz, Mrs. Ruth Leider, James Lustig, M. Magana, Mrs. Marjorie Chodorov, Mrs. Charlotte Stern und später Mrs. E. G. Fleischman und Helen R. Bryan. Ihnen wurde Verächtlichmachung des Kongresses vorgeworfen, und am 27. Juni 1947 wurden sie für

schuldig erklärt, weil sie es ablehnten, dem reaktionären Ausschuß zur Untersuchung unamerikanischer Betätigung die Namen ihrer Mitarbeiter und diejenigen von antifaschistischen Emigranten der spanischen Republik preiszugeben. Sie wurden zu Gefängnisstrafen bis zu sechs Monaten und Geldbußen von 500 Dollar verurteilt.

Ein anderer aufsehenerregender Prozeß wegen Verächtlichmachung des Kongresses war der gegen die „Zehn von Hollywood" – Alvah Bessie, Herbert Biberman, Lester Cole, Edward Dmytryk[1], Ring Lardner jun., John Howard Lawson, Albert Maltz, Samuel Ornitz, Adrian Scott und Dalton Trumbo. Am 5. Dezember 1947 wurden diese Männer, alles bekannte fortschrittliche Filmautoren und Produktionsleiter, unter Anklage gestellt. Sie wurden schließlich zu Gefängnisstrafen bis zu einem Jahr und Geldbußen bis zu 1000 Dollar verurteilt, weil sie sich weigerten, vor dem Komitee über ihre politischen Ansichten und Verbindungen auszusagen. Dieser skandalöse Prozeß führte zu Protestkundgebungen in der ganzen Welt.

Die Prozesse dieser Art häuften sich; es sind ihrer zu viele, um sie alle zu nennen. Wir erwähnen nur die gegen Gerhart Eisler, Leon Josephson, Carl Marzani, Richard Morford und George Marshall, die wegen falscher Aussage, Verächtlichmachung usw. angeklagt wurden. Der bekannte Negerführer William L. Patterson wurde der Verächtlichmachung des Kongresses beschuldigt, nachdem man ihn in einem Senatsausschuß einen „schwarzen Hurensohn" genannt und tätlich bedroht hatte. Einige Angeklagte wurden zu drei Jahren Gefängnis und [721:] schweren Geldstrafen verurteilt. In. Los Angeles und Denver wurden in zwei Fällen sechzehn beziehungsweise sieben Männer und Frauen unter Anklage gestellt. Sie wurden der Verächtlichmachung von Bundesuntersuchungsgerichten beschuldigt, weil sie sich weigerten, über ihre politischen Verbindungen und Ansichten auszusagen.

Auch Eugene Dennis, der Generalsekretär der Kommunistischen Partei, geriet in das Netz dieser Prozesse, die von der Regierung inszeniert wurden, um jede Opposition gegen die Durchführung des Kriegsprogramms zum Schweigen zu bringen. Dennis, früher als Seemann, Fuhrmann und Arbeiter in verschiedenen Berufen an der Pazifikküste tätig, hat immer im Klassenkampf seinen Mann gestanden. Mitglied der Kommunistischen Partei seit 1926 und längere Zeit verschiedenen Bezirkskomitees und dem Nationalkomitee der Partei angehörend, wurde er am 17. Juli 1946 zum Generalsekretär gewählt.[2] Der Regierung lag besonders viel daran, Dennis zu „erwischen". Er wurde am 9. April 1947 vor den Ausschuß zur Untersuchung unamerikanischer Betätigung geladen, verweigerte aber mutig jede Aussage mit der Begründung, der Ausschuß sei ungesetzlich, weil ihm der berüchtigte Rankin aus Mississippi angehörte, bei dessen Wahl man Neger an der Ausübung ihres Stimmrechts gehindert hatte. Dennis erklärte, das Verhör stelle eine Verletzung seiner verfassungsmäßigen Rechte dar. Im Juni 1947 verurteilte das Bundesbezirksgericht in Washington ihn wegen „Verächtlichmachung des Kongresses", und am 12. Mai 1950 mußte er in New York eine einjährige Gefängnisstrafe antreten. Außerdem erhielt er eine Geldstrafe von 1000 Dollar.[3]

Kurz vor der Einkerkerung von Dennis wurde Gus Hall, der als Mitglied des Landesausschusses der Partei und Vorsitzender des Staatskomitees Ohio eine hervorragende Rolle spielte, mit dem Titel eines Landessekretärs zu seinem Stellvertreter gewählt.

Um die Hexenjagd gegen die Kommunisten und andere fortschrittliche Kräfte zu verstärken, begannen verschiedene Regie-[722:]rungsämter ohne jede rechtliche Grundlage oder irgendwelche Präzedenzfälle, eigenmächtig eine schwarze Liste von Organisationen zu veröffentlichen, die als „umstürzlerisch" bezeichnet wurden. Den diffamierten Gruppen wurde keinerlei Gelegenheit gegeben, sich zu rechtfertigen. Um die Form zu wahren, wurden auch einige faschistische Organisationen auf die Liste gesetzt, bei weitem die meisten aber waren Linksgruppen. Die diffamierten Organisationen waren von denkbar verschiedener Art, viele bestanden schon lange nicht mehr. Betroffen wurden von dieser Maßnahme Unterstützungs- und Hilfsorganisationen, Gewerkschaften, Bildungsorganisationen, Vereinigungen von Kriegsteilnehmern, Neger-, Frauen- und Jugendorganisationen ohne Unterschied. In

---

1 Dmytryk wurde später ein Renegat.

2 Siehe "Political Affairs", September 1946.

3 Näheres über diese Prozesse siehe Labor Research Association, "Labor Fact Book 9" und "Labor Fact Book 10".

den Jahren 1947 und 1948 verzeichnete Generalstaatsanwalt Tom Clark etwa 160 derartige Gruppen, und der Ausschuß zur Untersuchung unamerikanischer Betätigung führte nicht weniger als 608 angeblich umstürzlerische Organisationen in seinen Listen. Durch dieses willkürliche Vorgehen wollte man die Linken, besonders die im Ausland geborenen Arbeiter, terrorisieren.

Ein besonders empörendes Beispiel dieses allgemeinen Feldzuges gegen das Organisationsrecht der Arbeiter ist der Versuch der Regierung, den International Workers Order zu zerschlagen. Diese in weitem Sinne fortschrittliche Unterstützungsorganisation, die zur Zeit etwa 165.000 Mitglieder verschiedener politischer Richtungen zählt, wurde im Jahre 1930 von 5000 Arbeitern gegründet, die sich von dem Social-Democratic Workmen's Circle abgespalten hatten. Der International Workers Order hat sich immer streng an die staatlichen Versicherungsgesetze gehalten, auf Grund derer er registriert ist, und seinen Mitgliedern beträchtliche wirtschaftliche Hilfe geleistet. Trotzdem wird er als umstürzlerisch verfolgt.

Die größeren Einheitsfrontorganisationen, die sich damals für die demokratischen Rechte des Volkes einsetzten, waren der Civil Rights Congress mit seinem Sekretär William L. Patterson und das American Committee for Protection of Foreign Born mit seinem Sekretär Abner Green. Sie verteidigten unter anderen Hunderte von Arbeitern, denen willkürliche Deportierung drohte.

[723:]

Die Anklage gegen die Kommunistische Partei

Am 20. Juli 1948 wurden zwölf Mitglieder des Nationalkomitees der Kommunistischen Partei wegen Verstoßes gegen das Gesetz über die Registrierung von Ausländern von 1940 (Smith-Gesetz) verhaftet und unter Anklage gestellt. Es waren der Landesvorsitzende, William Z. Foster, der Generalsekretär, Eugene Dennis, der Organisationssekretär, Henry Winston, der Gewerkschaftssekretär, John B. Williamson, der Schulungssekretär, Jacob Stachel, der Bezirksvorsitzende von New York, Robert G. Thompson, der New-Yorker Stadtrat, Benjamin J. Davis jun., der Chefredakteur des "Daily Worker", John Gates, der Vorsitzende des Gemeinsamen Rats des Kürschnerverbandes, Irving Potash, der Bezirksvorsitzende von Illinois, Gilbert Green, der Bezirksvorsitzende von Michigan, Carl Winter und der Bezirksvorsitzende von Ohio, Gus Hall. Das Verfahren gegen Foster wurde später abgetrennt, weil er herzkrank war, nachdem vier vom Gericht bestimmte führende New-Yorker Ärzte bestätigt hatten, daß eine längere Verhandlung gegen ihn sein Leben gefährden würde.

Die Anklage des Bundesuntersuchungsgerichts gegen die Mitglieder des Nationalkomitees lautete: „Etwa seit dem 1. April 1945 und weiterhin bis zum Tage der Registrierung dieser Anklage haben die Angeklagten (es folgen die zwölf Namen) im Bezirk Süd von New York und an anderen Orten sich ungesetzlich, absichtlich und wissentlich untereinander und mit verschiedenen anderen, den Untersuchungsrichtern unbekannten Personen verschworen, als Kommunistische Partei der Vereinigten Staaten von Amerika eine Vereinigung, Gruppe und Versammlung von Personen zu organisieren, die den gewaltsamen Sturz der Regierung der Vereinigten Staaten lehren und propagieren, sowie wissentlich und absichtlich die Pflicht und Notwendigkeit des gewaltsamen Sturzes der Regierung der Vereinigten Staaten zu lehren und zu propagieren, was nach Abschnitt 2 des allgemein als Smith-Gesetz bekannten Gesetzes vom 28. Juni 1940 (Abschnitt 10, Kapitel 18 des Gesetzbuches der Vereinigten Staaten) verboten ist." Außerdem wurden sie angeklagt, etwa.am 2. Juni 1945 die Communist Political As-[724:]sociation aufgelöst und „die Communist Party of the United States organisiert" zu haben. Daneben wurden die Angeklagten der Zugehörigkeit zur Kommunistischen Partei beschuldigt.

Das Verfahren gegen diese führenden Kommunisten fand im Hause des Bundesgerichts am Foley Square unter dem Vorsitz des Bundesrichters Harold R. Medina statt. Hauptankläger war John F. X. McGohey. Als Verteidiger fungierten George Crockett, ein Negeranwalt aus Michigan, Abraham J. Isserman aus New York, Louis McCabe aus Pennsylvania, Richard Gladstein aus Kalifornien und Harry Sacher aus New York. Eugene Dennis verteidigte sich selbst. Der Prozeß begann am 17. Januar 1949 und dauerte bis zum 14. Oktober des gleichen Jahres. Es war der längste „Kriminalprozeß" in der amerikanischen Geschichte.

Ein politischer Prozeß

Das Verfahren gegen die elf kommunistischen Funktionäre war kein Prozeß im zivilrechtlichen oder strafrechtlichen Sinne. Es war ein politischer Angriff der Regierung gegen die Kommunistische Partei mit Hilfe der Justiz. Auf dieser Grundlage war das ganze Verfahren aufgebaut. Von Gesetzlichkeit oder Gerechtigkeit im üblichen Sinne war keine Rede. Die Sache war als Prozeß aufgezogen, aber das war nur eine dünne Fassade, um unter dem Deckmantel der Demokratie die kommunistischen Funktionäre auf bequemem Wege ins Gefängnis schleppen und ihre Partei zerschlagen zu können. Es war der reinste Hohn, ein neuer skandalöser Fall in der langen Liste von Lügenprozessen gegen Vertreter der Arbeiterschaft, ein neuer Fall kapitalistischer Klassenjustiz, gegen die Arbeiterklasse gerichtet. Die ganze Aufmachung des Prozesses paßte vortrefflich zu diesem allgemeinen Bilde der willkürlichen politischen Verurteilung einer Partei unter der Maske eines demokratischen „Prozesses“ gegen ihre Funktionäre.

Das Smith-Gesetz, auf Grund dessen die Angeklagten vor Gericht gestellt wurden, verstößt offensichtlich gegen die Verfassung der Vereinigten Staaten, da es das Recht auf freie Meinungsäußerung, freie Presse und auf Versammlungsfreiheit [725:] aufhebt. Seit den abscheulichen Ausländer- und Aufrührergesetzen von 1798 hat es so etwas in den Vereinigten Staaten nicht mehr gegeben. Aber für den Kampf gegen die Kommunistische Partei war jedes Mittel recht.[4]

Das Gerichtsverfahren war auch insofern offenkundig verfassungswidrig, als es den Angeklagten das Recht auf Verhandlung ihrer Sache vor einem unvoreingenommenen Geschworenengericht verweigerte. Die zwölf Männer und Frauen, die in dem Prozeß als Geschworene fungierten, waren sorgfältig ausgesuchte Bürger aus den mittleren und oberen Ständen. Obwohl New York in der Hauptsache eine proletarische Stadt ist, gelang es keinem einzigen Handarbeiter, in das Untersuchungsgericht, das die kommunistischen Funktionäre unter Anklage stellte, oder in das Gericht, das den Prozeß gegen sie durchführte, als Geschworener zu kommen. Abgesehen von der feindlichen klassenmäßigen Zusammensetzung der Geschworenen erklärte einer von ihnen sogar öffentlich, er fühle sich voreingenommen gegen die Angeklagten. Daraufhin hätte das Verfahren für rechtswidrig erklärt werden müssen, was indessen nicht geschah.

Der Richter Medina, selbst ein millionenschwerer Großgrundbesitzer und Syndikus sowie wilder Kommunistenfresser, spielte eine sehr wesentliche Rolle in dieser juristischen Offensive der Regierung gegen die Kommunistische Partei. Unter Verletzung seiner richterlichen Pflichten arbeitete Medina Hand in Hand mit der Anklage und versäumte keine Gelegenheit, der Regierung bei der Einreichung ihres Beweismaterials behilflich zu sein und der Verteidigung ihre Sache möglichst schwer zu machen. Dann erging er sich in der Presse heuchlerisch in endlosen Klagen, er werde von den Angeklagten und ihren Anwälten verleumdet.[5]

Auch die kapitalistische Presse tat, was sie konnte, um die politische Verfolgung der kommunistischen Angeklagten zu unterstützen. Sie gab eine völlig verzerrte Darstellung der Tatbestände und benutzte jedes Mittel, um die Öffentlichkeit [726:] gegen die Angeklagten aufzubringen und die Geschworenen einzuschüchtern. Diese allgemeine Kommunistenhetze führte unter anderem zu den ungeheuerlichen Vorfällen in Peekskill (New York) am 4. September 1949, wo faschistische Strolche eine von 15.000 Personen besuchte Kundgebung, bei der Paul Robeson auftrat, überfielen.

Bezeichnenderweise wurden die elf Funktionäre unter Anklage gestellt, als die Kampagne für die Präsidentschaftswahlen von 1948 anlief. Die Wahl dieses Zeitpunktes erklärte sich dadurch, daß Präsident Truman, der Kandidat der Demokraten, das gerichtliche Vorgehen gegen die Kommunistische Partei als Wahlschlager brauchte.

In dieser Atmosphäre einer von der Regierung inszenierten Justizkomödie war der Schuldspruch eine ausgemachte Sache. Die antikommunistische Offensive der Regierung hätte nur durch eine

---

4 Zusammenfassendes über die Verfassungswidrigkeit des Smith-Gesetzes siehe “Political Affairs”, September 1948.

5 Siehe Joseph North, “Verdict Against Freedom”, New York 1949.

demokratische Gegenoffensive der breiten Massen verhindert werden können, die die Öffentlichkeit über die wahren Hintergründe des Prozesses aufzuklären und die gesetzlichen Rechte der Angeklagten zu wahren vermocht hätte. Diese demokratische Offensive entfaltete sich jedoch in der Atmosphäre des „kalten Krieges“ und der allgemeinen Kommunistenhetze nicht mit genügender Stärke.

Das Anklagematerial der Regierung

Der Prozeß begann am 17. Januar 1949, und die ersten beiden Monate waren von energischen Bemühungen der Verteidigung ausgefüllt, die Zurückziehung der befangenen Geschworenen zu erreichen. Besonders Doxey Wilkerson war dabei unermüdlich auf dem Posten. Einige Zeit vorher hatte der Richter Medina im Rahmen seiner Anwaltstätigkeit selbst Angriffe gegen derartige Geschworene gerichtet. Als ihm aber dieser Vorwurf offen in dem Prozeß gegen die elf Kommunisten gemacht wurde, vergaß er alsbald alle seine früheren Argumente und erklärte, es sei alles absolut gerecht und gesetzlich.[6]

[727:] Die Regierung legte ihr Beweismaterial am 21. März vor. Die Angeklagten wurden nicht etwa vorbedachter verbrecherischer Handlungen oder der Verschwörung zwecks Begehung solcher Handlungen beschuldigt. Sie wurden wegen „Verschwörung zwecks Lehre und Propagierung“ des gewaltsamen Sturzes der Regierung angeklagt. Es handelte sich also um einen Angriff gegen die Redefreiheit und die Freiheit des Denkens. Auf Grund dieser Beschuldigung, die für den Richter Medina, ganz im Sinne der Anklage, selbstverständlich im Einklang mit der Verfassung stand, hätten Männer wie Jefferson, Paine und Lincoln wegen ihrer revolutionären: Äußerungen, ganz abgesehen von ihren Taten, eingekerkert werden können. Die amerikanische Kapitalistenklasse, die selbst durch Revolutionen, und zwar durch sehr gewaltsame, an die Macht gekommen ist, möchte dem Proletariat den revolutionären Weg versperren und ihr eigenes Gesellschaftssystem für unantastbar und über jede Kritik erhaben erklären.

Die Anklage konnte keine Beispiele dafür anführen, daß führende amerikanische Kommunisten die Anwendung von Gewalt propagiert hätten, abgesehen von den offensichtlich erlogenen Behauptungen ihrer Spitzel. Sie verlas daher, um ihre Behauptungen zu „beweisen“, lange Auszüge aus dem „Kommunistischen Manifest“, aus „Staat und Revolution“, den „Fragen des Leninismus“, der „Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion“ und anderen klassischen Schriften des Marxismus, in denen die sozialistische Revolution behandelt wird.

In dieser Verdammung der marxistischen Literatur erinnerte der Prozeß an die faschistische Bücherverbrennung. In den erwähnten Werken wird, wie jeder weiß, der sie ernsthaft studiert hat, die Frage der Gewalt im Klassenkampf in dem richtigen Sinne behandelt, daß es die Bourgeoisie ist, die solche Gewaltanwendung verursacht. Angesichts einer Arbeiterklasse nämlich, hinter der die Mehrheit der Nation steht und die zur Einführung des Sozialismus entschlossen ist, versuchen die herrschenden Kapitalisten stets, die Bewegung mit Waffengewalt niederzuschlagen, worauf sich die revolutionären Arbeiter zur Gegenwehr gezwungen sehen, wie friedlich ihre Absichten auch immer sein mögen.

[728:] Das meinen Marx, Lenin und andere kommunistische Theoretiker, wenn sie von der Zerschlagung des kapitalistischen Staates durch die Arbeiter sprechen. Was die Marxisten in Wort und Schrift über die Frage der Gewalt zu sagen haben, läuft in seinem Wesen darauf hinaus, die Lehren der Geschichte über die Gewalt darzulegen und die Arbeiter darauf hinzuweisen, was sie zu erwarten haben, wenn der Klassenkampf schließlich in sein kritisches Stadium tritt.

Aus dieser wissenschaftlichen Analyse wollte die Anklage eine Propagierung der Gewaltanwendung konstruieren. Die kleine Kommunistische Partei wurde als eine „unbestreitbare und aktuelle Gefahr“ für den amerikanischen Imperialismus dargestellt. Um ihr erfundenes Beweismaterial an den Mann zu bringen, zitierte die Regierung nicht etwa „Sachverständige“ vor Gericht, die vielleicht ein geschlossenes System von theoretischen Sophismen errichtet hätten, sondern eine Kollektion von kommunistischen Renegaten, Polizeiagenten, Streikbrechern, berufsmäßigen Spitzeln und direkten Verbrechern. Solche Zeugen waren Leute wie L. Budenz, J. V. Blanc, W. Cummings, W. O. Nowell, C. Nicodemus,

---

6 Siehe Civil Rights Congress, “Censored”, New York 1950, S. 8 bis 14.

H. Philbrick, G. Herron und andere.[7] Vom Marxismus-Leninismus verstanden sie nichts und brauchten sie nichts zu verstehen. Was von ihnen verlangt wurde, war einzig die ohne Beweis oder Analyse aufgestellte Behauptung, in den Werken von Marx, Engels, Lenin und Stalin werde die Anwendung von Gewalt propagiert. Was den Zeugen der Regierung an theoretischem Wissen fehlte, ersetzten sie durch falsche Aussagen.

Dieser ganze Unsinn genügte dem Richter Medina, der die Zeugen der Regierung sorgfältig vor den Unannehmlichkeiten eines Kreuzverhörs bewahrte und sich außerdem aller möglichen Tricks bediente, um der Regierung bei ihrer verzerrten Darstellung der kommunistischen Politik unter die Arme zu greifen.[8] Die Anklage, der Richter und die Zeugen ließen es auch nicht an Lobpreisungen Browders und seines Revisionismus fehlen; denn das war die Art von „Kommunismus", mit der sie sich einverstanden erklären konnten.

[729:] Der Renegat Budenz war der Kronzeuge der Regierung. Dieser Mann, der früher in der Kommunistischen Partei durch seine giftigen Artikel gegen den Vatikan bekannt war[9], posierte vor dem Gericht als frommer Katholik. Das mutige Eintreten der Partei für die Demokratie in der Theorie wie in der Praxis versuchte er in unverschämter Weise als reine Vorspiegelung, als bloße „äsopische Sprache" abzutun. Nach Budenz meinen die Kommunisten, wenn sie „Frieden" sagen, „Krieg", wenn sie „Demokratie" sagen, meinen sie „Tyrannei" usw. Er besaß auch die Frechheit zu behaupten, daß schon der Ausdruck „Marxismus-Leninismus" eine verschleierte Aufforderung zur Gewaltanwendung darstelle. Der Zynismus dieser Behauptungen tritt besonders deutlich zutage, wenn man sich überlegt, daß keine politische Bewegung in der Welt bei der genauen Formulierung des Sinnes ihrer Analysen und ihrer Politik in allen ihren theoretischen Dokumenten und öffentlichen Erklärungen auch nur entfernt so sorgfältig verfährt wie die Kommunistische Partei.

Auf den Hokuspokus von Budenz folgten endlose falsche Aussagen anderer Zeugen, die behaupteten, sie hätten Parteifunktionäre bei verschwörerischen Zusammenkünften sagen hören, der Marxismus-Leninismus propagiere die Anwendung von Gewalt und sie warteten nur auf „den Tag", um diese Lehre in die Tat umzusetzen.[10]

Auf diese Weise brachte die amerikanische Regierung ihr Beweismaterial gegen die Kommunistische Partei vor. Ihre Zeugen waren politische Analphabeten und korrupte Spitzel, Spione, Renegaten und andere unmögliche Figuren. Alles, was sie vorbrachte, stammte aus den schmutzigsten Quellen. Die bürgerliche Presse aber, die sich in Kommunistenhetze überschlug, begrüßte diesen ganzen Unflat von schamlosen Lügen, politischem Schwachsinn und Tatsachenverdrehung als meisterhafte Verteidigung der „amerikanischen Lebensweise". Am 18. Mai war die Regierung mit der Zusammentragung ihres Materials fertig.

[730:]

Die Partei schlägt zurück

Die Partei beantwortete dieses Sperrfeuer von Verleumdungen, falschen Darstellungen und Kommunistenhetze durch eine Offensive gegen die Regierung und ihre erbärmliche Justizkomödie. Die wesentlichsten Argumente der Partei finden sich in der Eröffnungsrede und dem Schlußwort von Eugene Dennis[11], in den Aussagen von Gates, Green, Davis, Thompson, Winter und Winston und in der schriftlichen Aussage Fosters[12]. Paul Robeson, Simon Gerson, Alan Max, Joseph Starobin, Abner W. Berry, A. Krehmarek und mehrere andere sagten ebenfalls aus.

Die Partei brachte ihr Material trotz ständiger Opposition des Richters Medina vor, der sie mit allen Mitteln daran zu hindern suchte, eine erschöpfende Darstellung ihrer Politik und praktischen Arbeit zu geben. Medina machte den Zeugen der Partei ständig Schwierigkeiten. Gates, Green, Winston,

---

7 Siehe ebenda.
8 Siehe George Marion, "The Communist Trial", New York 1950.
9 Siehe Louis Budenz in "The Communist", Mai 1940.
10 Siehe Elizabeth Gurley Flynn, "The Plot to Gag America", New York 1950.
11 Siehe Eugene Dennis, "Ideas They Cannot Jail", New York 1950.
12 Siehe William Z. Foster, "In Defense of the Communist Party and Its Leaders", New York 1949.

Hall und Winter verurteilte er während des Prozesses wegen angeblicher Verächtlichmachung des Gerichts teilweise zu sechs Monaten Gefängnis. Auch die Anwälte der Verteidigung suchte er einzuschüchtern, und am Ende des Prozesses verurteilte er sie schließlich alle wegen Verächtlichmachung des Gerichts zu Gefängnisstrafen von einem bis zu sechs Monaten. Außerdem beantragte er gegen sie die Aberkennung des Rechts auf Berufsausübung.

Die Sprecher der Partei entlarvten vor dem: Gericht trotz erbitterten Widerstandes seitens des Richters und des Anklägers den faschistischen und auf die Vorbereitung des Krieges zugespitzten Charakter des Prozesses. Sie wiesen nach, daß der ganze Prozeß dem Zweck diente, die Vereinigten Staaten kriegsreif zu machen und noch vollständiger der Herrschaft des Großkapitals zu unterwerfen. Sie bewiesen ferner, daß im Falle einer Verurteilung der Kommunistischen Partei, des entschlossensten Vorkämpfers für den Weltfrieden, die Bahn frei sein würde, um die gesamte Arbeiterbewegung und liberale [731:] Bewegung zum Schweigen zu bringen. Der erste Angriff richtete sich gegen die Kommunisten, dann würden die anderen demokratischen Organisationen an die Reihe kommen.

Die Zeugen der Partei stellten, soweit es ihnen bei der Opposition des Richters möglich war, die politische Tagesarbeit der Partei dar. Sie schilderten den jahrzehntelangen Kampf der Kommunisten für bessere Löhne und Lebensbedingungen der Arbeiter, für die Rechte des Negervolks, für den Schutz der Eingewanderten, für die Rechte der Frauen und der Jugend, für fortschrittliche Gesetze aller Art, ihren Kampf gegen Faschismus und Krieg. Medina unterbrach ihre Darlegungen ständig, da ihm außerordentlich viel daran lag zu verhindern, daß die Geschworenen und die Öffentlichkeit über die wahre Natur der Kommunistischen Partei und ihres Programms aufgeklärt wurden. Etwa die Hälfte ihrer Zeit mußte die Verteidigung auf Bemühungen verwenden, entscheidende Abschnitte des Parteiprogramms als Argumente vorbringen zu können.

Die Partei setzte sich energisch für die demokratischen Rechte des Volkes ein, die in diesem mit faschistischen Methoden geführten Prozeß so schwer bedroht wurden. Ihre Zeugen verteidigten die Bill of Rights und wiesen nach, daß der Angriff der Regierung gegen die Partei, falls er Erfolg hätte, jede Garantie für die Rechte des Volkes untergraben würde. In diesem allgemeinen demokratischen Sinne verteidigte die Partei auch das Recht des Volkes auf Revolution, das vom amerikanischen Volk zweimal – 1776 und 1861 – ausgeübt und seitdem in der Öffentlichkeit sowie in der Presse unbehindert propagiert worden war.

Ebenso widerlegten die von der Partei benannten Zeugen die Behauptung der Regierung, die Kommunisten lehrten und propagierten den gewaltsamen Sturz der Regierung der Vereinigten Staaten. Sie gaben einen Überblick über alle theoretischen Äußerungen maßgeblicher kommunistischer Schriftsteller zur Frage der Gewaltanwendung und analysierten auch die Erfahrungen der Arbeiter in allen Ländern, in denen Revolutionen unter der Führung des Proletariats stattgefunden haben. Sie wiesen nach, daß die Gewaltanwendung im Klassenkampf von den großen Monopolherren ausgeht, die ja auch die Anstifter [732:] und Organisatoren des imperialistischen Krieges sind. Dabei erbrachten die Zeugen der Partei den klaren Beweis, daß die Kommunisten keineswegs die Gewaltanwendung propagieren, sondern gerade die leidenschaftlichsten Vorkämpfer des Friedens und der Demokratie sind. Sie stehen an der Spitze der Massen, wenn es darum geht, die Gewaltanwendung seitens der Kapitalisten einzuschränken und unmöglich zu machen und die endlosen Bürgerkriege und internationalen Kriege der Kapitalisten ein für allemal aus der Welt zu schaffen.

Bezüglich der Einstellung der Partei gegenüber der amerikanischen Regierung selbst verwiesen die kommunistischen Zeugen auf die Politik der Partei bei den letzten Präsidentschaftswahlen als auf ein typisches Beispiel. Eugene Dennis sagte in seiner zusammenfassenden Erklärung vor den Geschworenen: „Wir haben *nicht* den gewaltsamen Sturz der Regierung Truman propagiert. Wir *haben* jedoch bei den Wahlen von 1948 ihre Absetzung propagiert.“ Foster und andere gaben eine kurze Darstellung des Kampfes der Arbeiter für den Sozialismus auf dem Wege über eine Volksfrontregierung und eine Volksdemokratie.

Die Zeugen der Partei widerlegten restlos durch Argumente aus der Theorie und aus der Praxis die unsinnige Behauptung der Regierungsanklage, die Politik der amerikanischen Kommunistischen

Partei werde von der Sowjetunion bestimmt, weil sie sich, ähnlich wie diese, für den Weltfrieden einsetze. Sie wiesen durch zahllose Beispiele nach, daß die Partei ihre eigene Politik entsprechend dem Verlauf der Ereignisse bestimmt. Es sei nichts Ungewöhnliches daran, erklärten sie, daß die Kommunisten in allen Ländern, da ihnen die theoretische Grundlage des Marxismus-Leninismus gemeinsam sei, zu ähnlichen oder den gleichen Analysen gelangten. Das sei eine Eigentümlichkeit nicht nur der Kommunisten, sondern auch aller anderen internationalen ideologischen Gemeinschaften. Die Einheit der kommunistischen Politik werde außerdem entscheidend dadurch bestimmt, daß die einzelnen Parteien naturgemäß aus ihren gegenseitigen Erfahrungen lernten. So habe die amerikanische Kommunistische Partei außerordentlich viel gelernt aus der historischen russischen Revolution, aus der Volksfrontbewegung [733:] der Vorkriegszeit in Frankreich und Spanien, aus dem spanischen Bürgerkrieg, aus den Erfahrungen der osteuropäischen Volksdemokratien, aus der großen chinesischen Revolution und aus den Tageskämpfen und revolutionären Bewegungen der Massen in allen Teilen der Welt. Wenn die Kapitalisten immer wieder alle kommunistischen Parteien und revolutionären Massenbewegungen als „Verschwörungen“ und „Fünfte Kolonnen“ der Russen zu diffamieren suchten, so deshalb, weil sie es nicht wagten, der entscheidenden Tatsache unserer Zeit ins Auge zu sehen, daß ihr eigenes System im Sterben liege und das neue System des Sozialismus sich immer erfolgreicher entwickle.

Die vernichtenden Argumente der Partei gegen die Anklage der Regierung nutzten jedoch gar nichts. Die sorgfältig ausgesuchten und entsprechend bearbeiteten Geschworenen taten, was man von ihnen erwartete, und sprachen am 14. Oktober nach nur kurzer Beratung sämtliche Angeklagten schuldig. Daraufhin verurteilte der Richter Medina in seinem wilden Haß gegen die Kommunistische Partei die elf Angeklagten, mit Ausnahme von Robert Thompson, zu Zuchthausstrafen von fünf Jahren und Geldbußen von je 10.000 Dollar. Thompson, der während des zweiten Weltkrieges auf dem Pazifischen Kriegsschauplatz eine hohe Auszeichnung für Tapferkeit erhalten hatte, wurde zu drei Jahren verurteilt. Die Vereinigten Staaten hatten noch einen gewaltigen Schritt zum Faschismus und zum Kriege getan.

Der Oberste Gerichtshof unterstützt die Verschwörung

Am 1. August 1950 wurden der Schuldspruch und die Urteile gegen die elf kommunistischen Funktionäre vom Zweiten Bundesappellationsgericht bestätigt, und am 4. Juni 1951 wurden sie vom Obersten Gerichtshof der Vereinigten Staaten mit sechs gegen zwei Stimmen bestätigt. Der Vorsitzende, Richter Vinson, führte die Mehrheit, die Richter Black und Douglas stimmten dagegen, und der Richter Clark erklärte sich für [734:] unzuständig. Im Oktober 1951 lehnte der Oberste Gerichtshof es ab, seine Entscheidung nochmals zu überprüfen.

Im zweiten Weltkriege, unter dem Druck des Volkskampfes gegen den Faschismus, als die herrschende Klasse es für angebracht hielt, sich wenigstens scheinbar für die bürgerlichen Freiheiten einzusetzen, hatte der Oberste Gerichtshof eine vernünftige Haltung gegenüber der Kommunistischen Partei eingenommen. So erklärte er 1942 in dem Fall Schneiderman (siehe Kapitel 27) richtig, man könne mit Recht unterstellen, daß die Partei „ihr Ziel mit friedlichen und demokratischen Mitteln. zu erreichen sucht und die Anwendung von Gewalt nur theoretisch rechtfertigt als eine Methode zur Verhinderung eines versuchten gewaltsamen Gegenschlages, nachdem sie auf friedlichem Wege an die Macht gelangt ist, oder als letzte Zuflucht, um den Willen der Mehrheit durchzusetzen, falls zukünftig einmal infolge besonderer Umstände verfassungsmäßige oder friedliche Methoden nicht mehr anwendbar sein sollten“. In dem Fall Bridges entschied der Oberste Gerichtshof im Jahre 1945 ähnlich, daß „nicht der geringste Beweis dafür beigebracht wurde, daß ... die Kommunistische Partei ernstlich und unmittelbar mit der gewaltsamen Beseitigung der Regierung droht“, obwohl die Anklage massenhaft die üblichen „Beweise“ für das Bestehen einer solchen Gefahr vorgelegt hatte.

Jetzt aber, in der Atmosphäre der fieberhaften Kriegsvorbereitungen, distanzierte sich der Oberste Gerichtshof von seinen früheren „liberalen“ Ansichten und gab seine sorgfältig einstudierte Pose der „Überparteilichkeit“ auf. Wie alle anderen kapitalistischen Institutionen in den Vereinigten Staaten beeilte er sich, die Befehle der faschistischen Kriegstreiber in der Wallstreet auszuführen, und

verurteilte die Kommunisten. Seine Entscheidung war politisch und nicht juristisch, ebenso wie die der unteren Instanzen. Sie baute sich auf einer dreifachen Lüge auf, nämlich erstens auf der Lüge, die kommunistischen Angeklagten hätten „sich verschworen, um den gewaltsamen Sturz der Regierung der Vereinigten Staaten zu lehren und zu propagieren“, zweitens auf der Lüge, daß „die Antragsteller beabsichtigten, die Regierung der Vereinigten Staaten [735:] zu stürzen, sobald die Umstände es gestatten würden“, und drittens auf der unverschämten Lüge, daß „ihre Verschwörung zur Organisierung der Kommunistischen Partei und zur Lehre und Propagierung des gewaltsamen Sturzes der Regierung der Vereinigten Staaten die ‚unbestreitbare und aktuelle Gefahr eines Versuchs herbeiführte, die Regierung gewaltsam zu stürzen“.

Der Oberste Gerichtshof gelangte zu dieser empörenden Entscheidung dadurch, daß er es ablehnte, die falschen Aussagen der von der Anklage benannten Zeugen, die Willkür bei der Auswahl der Geschworenen und die parteiischen Entscheidungen des Richters Medina auch nur zu prüfen, den Ersten Zusatzartikel zur amerikanischen Verfassung jedes Inhalts beraubte und die Theorie des Richters Holmes über den Begriff „unbestreitbare und aktuelle Gefahr“ entstellte, verdrehte und praktisch umstieß. Er unterstellte einfach, daß die Kommunistische Partei die Anwendung von Gewalt propagiere, ohne das Beweismaterial abzuwägen. Auf dieser willkürlichen Grundlage erklärte der Oberste Gerichtshof das Smith-Gesetz für verfassungsmäßig und bestätigte die Verurteilung der elf kommunistischen Funktionäre.

Dieser reaktionäre Widersinn war für die Richter Black und Douglas zuviel. Der Richter Black erklärte, die Entscheidung habe den Ersten Zusatzartikel, „den Eckstein unserer Regierung“, so ausgehöhlt, „daß er wenig mehr bedeutet als eine Empfehlung an den Kongreß“. Der Richter Douglas wies darauf hin, daß durch die Entscheidung das Recht der freien Meinungsäußerung beeinträchtigt werde, und machte sich über die alberne Behauptung des erlauchten Obersten Gerichtshofs lustig, die Propaganda der verhältnismäßig kleinen Kommunistischen Partei stelle die „unbestreitbare und aktuelle Gefahr“ einer gewaltsamen Revolution in den Vereinigten Staaten dar.

Mit der Untergrabung der Bill of Rights versetzte die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs der Freiheit des amerikanischen Volkes einen gefährlichen Schlag. Sie rief im Volk allgemeine Erbitterung hervor. Zeitungen, Gewerkschaften, Negerorganisationen, Frauenklubs, Erzieher, Juristen usw. [736:] wandten sich heftig dagegen. Bezeichnenderweise hörte man jedoch :bei diesem demokratischen Protest kein Wort von den obersten Führern der Gewerkschaften, die in dem Kampf hätten vorangehen müssen. Diese Leute, selbst wilde Imperialisten, sehen in den Angriffen der Regierung gegen die Demokratie, wie die Kapitalisten, eine notwendige Voraussetzung für die Durchführung des Kriegsprogramms. Bestenfalls begnügen sie sich mit einigen wirkungslosen Mißfallensäußerungen, um sich für alle Fälle zu sichern, und lassen dann die Durchführung der schändlichen Maßnahmen zu, ohne wirklich dagegen zu kämpfen.

Am 2. Juli 1951 traten die kommunistischen Funktionäre ihre Strafen an, mit Ausnahme von Thompson, Hall, Winston und Green, die nicht vor Gericht erschienen, als sie zum Strafantritt aufgefordert wurden. Hall wurde im Oktober in Mexiko verhaftet, ohne juristische Formalitäten über die Grenze entführt und zusätzlich zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Die Gefangenen wurden auf verschiedene Zuchthäuser – Atlanta, Lewisburg, Leavenworth, Terre Haute und Danbury – verteilt, „um ihnen die Möglichkeit einer Verschwörung zu nehmen“. Im Anschluß an diese grobe Verletzung der amerikanischen Demokratie wurden der Richter Medina und der Ankläger McGohey auf höhere Posten im Bundesjustizwesen befördert.

Während so das „demokratische“ Amerika durch diese Schandprozesse diskreditiert wurde, brachte das australische Volk im September 1951 ein Gesetz, durch das die Kommunistische Partei geächtet werden sollte, durch eine Volksabstimmung zu Fall.

Weitere Angriffe und Verfolgungen

Auf die endgültige Verurteilung der elf führenden kommunistischen Funktionäre folgten alsbald weitere Verhaftungen. Am 20. Juni 1951 wurden in New York Elizabeth Gurley Flynn, Claudia Jones,

Pettis Perry, Israel Amter, Betty Gannett, Alexander Bittelman, Alexander Trachtenberg, Simon W. Gerson, V.J. Jerome, Albert Lannon, William Weinstone, Marion Bachrach, Louis Weinstock, George B. Charney, Isidore Begun, [737:] Jacob Mindel und Arnold Johnson verhaftet. Vier weitere – Fred Fine, Sid Stein, James Jackson und William Norman –, die zur gleichen Zeit unter Anklage gestellt wurden, erschienen nicht vor Gericht. Am 26. Juli wurden in Kalifornien Al Richmond, P. M. Connelly, William Schneiderman, Rose Chernin, Dorothy R. Healey, H. Steinberg, E. O. Fox, R. Lambert, A. J. Lima, Oleta O'Connor Yates, Loretta S. Stack und Bernadette Doyle verhaftet. Am 8. August wurden in Maryland R. Wood, G. Meyers, Maurice Braverman, Philip Frankfeld, Dorothy M. Blumberg und Regina Frankfeld verhaftet. Am 17. August wurden in West-Pennsylvania Andrew Onda, James H. Dolsen, Benjamin Carreathers, Steve Nelson, William Albertson und I. Weissman verhaftet. Am 28. August wurden in Hawaii J.W. Hall, C. K. Fugimoto, Eileen T. Fugimoto, K. Oryoshi, D. J. Freeman, J. D. Kimoto und Dr. J.E. Reinecki verhaftet. Am 31. August wurden in Kalifornien F. Carlson, B. Dobbs und Frank Spector verhaftet. Inzwischen wurden Frederick V. Fields, Dashiell Hammett, Alphaeus Hunton und Abner Green, die Kautionsverwalter des Civil Rights Congress, wegen Verächtlichmachung des Gerichts ins Gefängnis geworfen, weil sie es ablehnten, den Bundesuntersuchungsbeamten die Namen der Kautionssteller preiszugeben. Im November 1951 folgte der Prozeß gegen den bekannten 83jährigen Gelehrten Dr. W. E. B. DuBois, Kyrle Elkin, Abbott Simon, Sylvia Soloff und Elizabeth Moos, gegen die, weil sie im Peace Information Center Friedensappelle verbreitet hatten, der Vorwurf erhoben wurde, sie hätten es verabsäumt, sich als „ausländische Agenten" registrieren zu lassen. Das war so ungeheuerlich, daß der zuständige Richter die Klage abwies. Das FBI gab bekannt, daß alle diese Verhaftungen erst der Anfang seien, da es 43.000 Kommunisten beobachte, um sie demnächst verhaften zu lassen, und daß im Falle eines Krieges eine halbe Million Anhänger der Partei in Konzentrationslager gebracht werden würden.

Während dies Buch in Druck geht, sind die Genossen Onda, Nelson und Dolsen in Pittsburgh des Aufruhrs schuldig befunden worden, und in New York, Kalifornien, Maryland und Hawaii sind Verfahren nach dem Smith-Gesetz im Gange oder stehen unmittelbar bevor.

[738:]

Das McCarran-Gesetz

Das berüchtigte McCarran-Gesetz, ein Ausdruck des wachsenden Polizeiterrors, führt den Angriff gegen die Kommunistische Partei aus einer anderen Richtung. Dieses Gesetz wurde vom Kongreß am 23. September 1950 angenommen. Der Demagoge Truman legte ein nicht ernstgemeintes Veto dagegen ein, machte aber keine wirklichen Anstrengungen, um es im Kongreß zu Fall zu bringen. Ähnlich wie das Ausländer- und Aufruhrgesetz vor 150 Jahren, qualifiziert das McCarran-Gesetz den Kommunismus als eine internationale Verschwörung und die Kommunisten als ausländische Agenten, und es führt auch das reaktionäre Prinzip der „Kollektivschuld" ein. Das Gesetz verlangt die Registrierung der Funktionäre und Mitglieder aller „Kommunistischen Aktionsvereinigungen", das heißt der Kommunistischen Partei, unter der Kontrolle des neuen Subversive Activities Control Board. Eine solche Registrierung, die auf das Eingeständnis eines Verbrechens hinausläuft, würde die Registrierten alsbald der Strafverfolgung nach dem Smith-Gesetz aussetzen, das die kommunistische Überzeugung praktisch zu einem mit den schwersten Strafen zu belegenden Verbrechen gemacht hat. Das McCarran-Gesetz gibt außerdem dem Justizministerium die Möglichkeit, die Tätigkeit von nicht naturalisierten Amerikanern zu kontrollieren und sie willkürlich zu deportieren. Um seinen zahlreichen ultrareaktionären Bestimmungen die Krone aufzusetzen, sieht das Gesetz ferner vor, daß die Behörden im Falle einer „Kriegserklärung", eines „feindlichen Überfalles" oder eines „Aufstands" ohne vorhergehendes Gerichtsverfahren alle diejenigen, die sie für „Umstürzler" halten, in Konzentrationslager werfen können, das heißt also die Kommunisten und alle anderen, die gegen den Krieg protestieren. Zu diesem Zweck richtet die Regierung zur Zeit eiligst Konzentrationslager ein.[13]

Das McCarran-Gesetz verlangt auch die Registrierung der Funktionäre von sogenannten Organisationen der „Kommunistischen Front". Damit sind die fortschrittlichen Massenorganisationen aller Art

---

13 Siehe "New York Herald Tribune", 2. Januar 1952.

gemeint. Seit mehr als hundert Jahren [739:] pflegen die Arbeiter und die andern fortschrittlich gesinnten Kräfte Einheitsfrontkomitees und Massenorganisationen ins Leben zu rufen zum Kampf für oder gegen eine Sache, zum Beispiel für die Negerbefreiung, die bürgerlichen Freiheiten der Neger, das Frauenstimmrecht, gegen gerichtliche Verfügungen bei gewerkschaftlichen Kämpfen, die Kinderarbeit, die Lynchmorde, die Wahlsteuer, den Faschismus, für Frieden, Streikhilfe, die Verteidigung angeklagter Arbeiter usw. Die Kommunisten unterstützen alle diese Bewegungen im Rahmen ihrer Einheitsfrontpolitik und beteiligen sich an ihnen. Jetzt aber will die Regierung gegen alle diese Bewegungen, aus denen ein kämpferischer Geist spricht, einen vernichtenden Schlag führen. Sie bezeichnet sie als besonders gefährlich, ächtet sie als umstürzlerische Organisationen und bedroht durch das McCarran-Gesetz ihre Funktionäre mit langjährigen Gefängnisstrafen, wenn sie sich nicht selbst als Verbrecher und Landesverräter registrieren lassen.

Die Kommunistische Partei als solche und ihre Mitglieder im ganzen Lande sowie die Funktionäre der verschiedensten Einheitsfrontorganisationen haben es abgelehnt, sich registrieren zu lassen, mit der Begründung, das McCarran-Gesetz gelte für sie nicht. Entsprechend den Bestimmungen dieses Gesetzes hat daher der Generalstaatsanwalt J. Howard McGrath am 22. November 1950 das Aufsichtsamt aufgefordert, die Partei und ihre Mitglieder zu zwingen, sich registrieren zu lassen. Zur Zeit liegen die Dinge so, daß die Kommunistische Partei von dieser inquisitorischen Institution vorgeladen worden ist und seit dem 23. April 1951 dort gegen die Registrierung und die anderen barbarischen Bestimmungen dieses Gesetzes ankämpft. Ihre Anwälte sind Vito Marcantonio und John Abt. Um die Prozesse in Gang zu bringen, hat die Regierung als Zeugen Leute wie Gitlow, Zack und die übrigen berufsmäßigen Spitzel beordert. Das McCarran-Gesetz wird als Polizeistaatsgesetz praktisch von der gesamten Arbeiterbewegung ebenso wie von zahllosen liberalen Gruppen und Persönlichkeiten verurteilt. Die Proteste der obersten Gewerkschaftsführer dagegen sind, wie üblich, fast rein formal und entbehren jedes Nachdrucks.

[740:] Die kriegsfreundlichen Liberalen und Sozialdemokraten indessen sind weitgehend mitverantwortlich für die Annahme dieser schändlichen faschistischen Gesetze und Methoden. Morris L. Ernst setzte sich eifrig für die Registrierung der Kommunisten durch die Regierung ein, Norman Thomas unterstützte öffentlich den Vorschlag, Konzentrationslager für die Kommunisten einzurichten, und der Senator Humphrey ist mit Hilfe eines besonderen Unterausschusses im Senat dabei, nach der Methode der Dies und Rankin die fortschrittlichen unabhängigen Gewerkschaften von linken Elementen zu säubern oder sie zu zerschlagen.

Die Lage der Kommunistischen Partei

Mit solchen barbarischen Gesetzen wie dem Smith- und dem McCarran-Gesetz verfolgt man das Ziel, die Kommunistische Partei in die Illegalität zu treiben und zu vernichten. Dies Ziel ist ein Bestandteil des umfassenderen Planes, die Demokratie überhaupt zu vernichten. In den genannten Gesetzen erreichen die langjährigen Willkürmaßnahmen der Regierung gegen die Kommunistische Partei und ihre Mitglieder ihren Höhepunkt. Die fortschreitenden Angriffe haben sich aufs äußerste verschärft, seit der amerikanische Imperialismus seine faschistische Kriegspolitik zum Zweck der Welteroberung forciert.

Seit vielen Jahren werden die Kommunisten als Bürger zweiter Klasse behandelt und wegen ihrer politischen Überzeugungen in der Wahrnehmung ihrer bürgerlichen Grundrechte behindert. Heute hat diese Tendenz sich noch verstärkt. Zahlreiche AFL-Verbände lehnen schon seit den zwanziger Jahren Kommunisten als Mitglieder ab, und auch in manchen CIO-Verbänden gibt es solche undemokratischen Bestimmungen. Nach dem Taft-Hartley-Gesetz ist den Kommunisten praktisch auch das Recht verwehrt, Funktionärposten in den Gewerkschaften zu bekleiden. Durch die verschiedensten Methoden der Gesinnungskontrolle und Loyalitätsprüfungen wird es den Kommunisten bei strengster Strafe untersagt, in Regierungsämtern oder in „der Landesverteidigung dienenden“ Be-[741:]trieben, das heißt praktisch in allen wichtigen Industriezweigen, zu arbeiten. Gesetze wie das Feinberg-Gesetz im Staate New York schließen die Kommunisten vom Lehrberuf aus. Häufig wird Kommunisten auch das Recht verweigert, bei Wahlen zu kandidieren, und bei der Beschaffung von

Unterkünften, beim Mieten von Versammlungsräumen und dergleichen werden sie unglaublich schikaniert. Beim Militär werden sie ungerecht behandelt, und die Regierung verweigert ihnen Reisepässe. Nach den heute geltenden Gesetzen werden sie als Verbrecher registriert und willkürlich ins Gefängnis geworfen. Außerdem können sie ohne jede Rechtsgrundlage in Konzentrationslager geschleppt werden. Gegenüber diesen empörenden Zuständen führt die Partei einen entschlossenen Kampf um ihre legale Existenz.

Die Angriffe der Regierung stellen die Kommunistische Partei vor eine ganze Reihe von dringlichen Aufgaben. Sie muß es lernen, unter ständig schwieriger werdenden Bedingungen ihre Einheitsfrontpolitik in der umfassenden Friedensbewegung, im wirtschaftlichen Kampf, in dem Kampf des Negervolks und in der fortschreitenden Massenbewegung gegen das Smith-Gesetz und andere Phasen der Entwicklung zum Faschismus zu entfalten. Speziell bei der Verteidigung ihrer Mitglieder und Organisationen wird die Partei große Geschicklichkeit beweisen und ihre Wachsamkeit gegenüber Provokateuren und Spitzeln verstärken müssen.[14] Die Partei muß energisch wie nie zuvor Selbstkritik üben und jegliche Erscheinungsform von Bürokratismus bekämpfen. Auch gegen die Gefahren des Liquidatorentums, von rechts wie von links, muß sie auf der Hut sein. Vor allem muß ihre marxistisch-leninistische Einstellung unerschütterlich werden. Wie groß auch die Schwierigkeiten sein mögen, die Partei darf nicht nachlassen in ihren unermüdlichen Bestrebungen, eine völlig legale Existenz zu erkämpfen und zu behaupten.

Wer da glaubt, die Kommunistische Partei werde gegenüber den gegenwärtigen Verfolgungen seitens der Regierung kapitu-[742:]lieren oder durch diese Verfolgungen zur Strecke gebracht werden, der täte gut daran, sich die amerikanische Geschichte noch einmal vorzunehmen. In der Kolonialzeit trotzten die Quäker, die Katholiken und andere Sekten den Versuchen ihrer fanatischen Gegner, sie auszurotten. Vor der Revolution von 1776 und in ihrem Verlaufe wurden die Korrespondenzkomitees von den England-Anhängern für illegal erklärt, führten aber ihre gerechte Sache schließlich doch zum Siege. Auch die dem Bürgerkrieg vorausgehende abolitionistische Bewegung sah sich im Kampf für die große Sache der Negerbefreiung in ihrer Agitation und bei ihren mutigen Maßnahmen zur Unterstützung geflüchteter Negersklaven der rücksichtslosesten Verfolgung in gesetzlicher und außergesetzlicher Form gegenüber und triumphierte schließlich doch. Ebenso kämpfte die Gewerkschaftsbewegung ein Jahrhundert lang mutig und schließlich erfolgreich um ihre Existenz gegen die endlosen Repressalien der Unternehmer, der Gerichte und der Regierung. In der Anfangszeit der Republik waren Streiks ungesetzlich, die Gewerkschaften wurden von den Gerichten als „Verschwörerklubs“ verurteilt und ihre Mitglieder ins Gefängnis geworfen.[15] Noch zur Zeit des Aufkommens des CIO arbeiteten die Gewerkschaften in vielen Open-Shop-Betrieben praktisch illegal.

Die Kommunistische Partei kämpft für eine noch größere Sache als alle die genannten Bewegungen, nämlich für den Weltfrieden, die Demokratie, das Wohlergehen des Volkes und schließlich den Sozialismus. Sollte sie in die Illegalität gezwungen werden, so wird sie sich dieser amerikanischen demokratischen Traditionen würdig erweisen. Niemals aber wird sie ihren Kampf um die uneingeschränkten demokratischen Rechte für sich selbst und die Massen aufgeben. Die gegenwärtigen Angriffe der Regierung können die Kommunistische Partei nicht auslöschen. Die Bewegung und das Programm, für deren Durchsetzung die Partei kämpft, haben viel zu tiefe Wurzeln, als daß sie durch solche Gewaltmaßnahmen aus der Welt geschafft werden könnten. Die Arbeiter sind in ihrem Tageskampf auf die kommunistische Führung angewiesen, und der [743:] Sozialismus, der nach den Gesetzen der Geschichte an die Stelle des Kapitalismus treten muß, ist unvermeidlich. Ebenso unzerstörbar ist die politische Organisation des Sozialismus, die Kommunistische Partei.

Es ist für den Weltkommunismus nichts Neues, daß eine Kommunistische Partei durch die Verzweiflungstaktik des sterbenden Kapitalismus, der den Kommunisten systematisch alle verfassungsmäßigen Garantien in bezug auf Rede-, Presse- und Versammlungsfreiheit, politische Betätigung und

---

14 Siehe Gilbert Green in “Political Affairs”, Mai 1950 – John Gates, “Report to Fifteenth Convention, C. P. U. S. A.”, Dezember 1950.

15 Siehe Philip S. Foner, “History of the Labor Movement in the United States”, S. 77-81.

sogar persönliche Freiheit verweigert, in die Illegalität getrieben wird. Im zaristischen Rußland, in China, Frankreich, Italien und Polen, in der Tschechoslowakei, in Deutschland, Japan, Ungarn, Bulgarien, Brasilien, Kuba, Kanada, Venezuela und Chile, auf den Philippinen und in vielen anderen Ländern haben die kommunistischen Parteien dies erlebt. Auch die KPdUSA hatte ihre „illegale“ Periode in ihrer Gründungszeit von 1919 bis 1921. Überall aber ist das Ergebnis das gleiche gewesen: Die Schwierigkeiten der illegalen Existenz haben die Parteien gestählt und von Opportunisten und Karrieristen gesäubert. Die Folge war, daß sie, wenn sie schließlich aus der Illegalität auftauchten, stärker waren als zuvor. Was die Kommunistische Partei heute in den Vereinigten Staaten erlebt, wird zu keinen anderen Ergebnissen führen, wenn sie trotz ihres Kampfes um eine legale Existenz in die Illegalität getrieben werden sollte.

[744:]

36
DER SIEG DES VOLKES IST GEWISS

Heute, wo die Kriegsgefahr wie eine Gewitterwolke über der Welt schwebt, droht der Menschheit infolge der Machenschaften der Monopolisten und Profitjäger in der Wallstreet die furchtbarste von Menschen herbeigeführte Katastrophe in ihrer ganzen Geschichte. Trotz der bedrohlichen Perspektiven jedoch ist weder der Krieg noch der Faschismus unvermeidlich. Allen bürgerlichen Propagandalügen zum Trotz haben weder das amerikanische noch das sowjetische, noch andere Völker einen Grund, sich gegenseitig abzuschlachten. Im Gegenteil, alles spricht dafür, daß sie harmonisch zusammenleben und zusammenarbeiten müssen und können, wie es seit der Gründung der Vereinigten Staaten stets der Fall gewesen ist. Die Kommunistische Partei ist unermüdlich bestrebt, dem Volke diese großen Wahrheiten zum Bewußtsein zu bringen.

Lenin hat vor Jahren festgestellt, daß der Imperialismus seiner Natur nach unvermeidlich und unverbesserlich kriegslüstern ist. Dies bedeutet jedoch nicht, daß der Krieg unter den heutigen Bedingungen unabwendbar ist. Durch die UdSSR, die Volksdemokratien, die großen kolonialen Befreiungsbewegungen, die gewaltige Gewerkschaftsbewegung und die starken kommunistischen Parteien sind die friedliebenden Arbeiter der Welt so stark geworden, daß sie, wenn sie und ihre demokratischen Verbündeten ihre Stärke nur gebrauchen wollen, in der Lage sind, der imperialistischen Kriegstreiberei Einhalt zu gebieten. Diese überlegene Stärke der friedliebenden demokratischen Massen ist es, die das friedliche Nebeneinanderbestehen des Kapitalismus und des Sozialismus immer mehr in den Bereich der Möglichkeit rücken läßt.

[745:] Seit der russischen Revolution von 1917 vertreten die Marxisten-Leninisten den Standpunkt, daß der Sozialismus zwar ein vom Kapitalismus wesentlich verschiedenes System ist, die beiden Gesellschaftsformen aber im Wettbewerb untereinander, doch ohne gegeneinander Krieg zu führen, in der Welt nebeneinander bestehen können. Die Außenpolitik der Sowjetregierung beruht seit jeher auf dieser Voraussetzung. Stalin hat sich immer wieder für diese Politik eingesetzt.

Schon vor fünfzehn Jahren erklärte Stalin in einem Interview mit dem amerikanischen Journalisten Roy Howard: „Die amerikanische Demokratie und das Sowjetsystem können friedlich nebeneinander bestehen und miteinander wetteifern.“ Auch die Behauptung, die Sowjetregierung mache Revolutionen in anderen Ländern, wies Stalin im Sinne des Leninismus mit folgender Erklärung zurück: „Export der Revolution – das ist Unsinn. Jedes Land wird, wenn es will, seine eigene Revolution machen, und wenn es nicht will, so wird es keine Revolution geben.“[1] Erst vor wenigen Jahren äußerte Stalin gegenüber dem amerikanischen republikanischen Präsidentschaftskandidaten Harold Stassen, „die Wirtschaftssysteme in Deutschland und in den USA seien die gleichen, nichtsdestoweniger sei es zwischen ihnen zu einem Krieg gekommen. Die Wirtschaftssysteme der USA und der UdSSR seien verschieden, doch hätten sie keinen Krieg miteinander geführt, sondern während des Krieges zusammengearbeitet. Wenn zwei verschiedene Systeme während des Krieges zusammenarbeiten konnten, warum sollten sie dann nicht in Friedenszeiten zusammenarbeiten können ..., wenn der Wunsch nach Zusammenarbeit bestehe.“[2] Im Mai 1948 antwortete Stalin auf die diesbezügliche Frage von Henry Wallace: „... die Regierung der UdSSR ist der Meinung, daß trotz der Verschiedenheit der Wirtschaftssysteme und Weltanschauungen das Nebeneinanderbestehen dieser Systeme und die friedliche Beilegung der Meinungsverschiedenheiten zwischen der UdSSR und den USA nicht nur möglich, sondern im Interesse des allgemeinen Friedens auch unbedingt notwendig sind.“[3]

[746:] Das Wallstreet-Monopolkapital jedoch denkt ganz anders hierüber. Es bestreitet die Möglichkeit des friedlichen Nebeneinanderbestehens von Kapitalismus und Sozialismus und geht davon aus, daß der Kapitalismus den Sozialismus mit Feuer und Schwert ausrotten kann, muß und wird. Das wird

---

1 J. Stalin, „Unterredung mit Roy Howard“, 1937, S. 16 und 8.
2 „Neue Welt“, 1947, Heft 9, Mai, S. 3.
3 J. W. Stalin, „Über den Kampf um den Frieden“, S. 303/304.

zweifelsfrei bewiesen durch die ständige sowjetfeindliche Politik des Kapitalismus, über die wir in den vorhergehenden Kapiteln des öfteren gesprochen haben. Kaum war die Sowjetregierung entstanden, als die Großkapitalisten der Welt, einschließlich der amerikanischen, sie gewaltsam zu stürzen versuchten. Sie versuchten es ohne Erfolg von 1918 bis 1921; sie verfolgten das gleiche Ziel bei ihren Bemühungen, die Aggression Hitlers in den dreißiger Jahren gegen die UdSSR zu lenken; heute suchen sie mit allen Kräften einen noch wilderen Angriff gegen die große sozialistische Republik zu organisieren.

Wie wir in Kapitel 32 dargestellt haben, rüstet der Wallstreet-Imperialismus, der die kapitalistische Welt kommandiert, bewußt zu einem dritten Weltkriege. Systematisch organisiert die Wallstreet die Vereinigten Staaten und die kapitalistische Welt für einen Aggressionskrieg gegen die Sowjetunion und die Volksdemokratien. Aber obwohl die Kriegstreiber die großkapitalistischen Regierungen, vor allem die der Vereinigten Staaten, in der Hand haben, ist der Krieg nicht unvermeidlich. Noch kann das amerikanische Volk den Kriegstreibern in den Arm fallen, wenn es nur die wahre Quelle der Kriegsgefahr erkennt, die bei den eigenen Monopolkapitalisten liegt, und die notwendigen Maßnahmen ergreift, um sie zu zügeln und schließlich ihre Macht zu brechen. Das größte Hindernis für die Arbeiter und die anderen demokratischen Schichten ist dabei, wie wir gesehen haben, die verräterische Politik ihrer eigenen Gewerkschaftsführer, die sich als Werber und Streikbrecher für den Krieg der Wallstreet betätigen.

Was wird im Kriegsfalle?

Die Völker der Vereinigten Staaten und der Welt kämpfen für die Erhaltung des Weltfriedens (siehe Kapitel 32 und 33); was aber wird, wenn ihre Bemühungen scheitern, wenn das [747:] Schlimmste eintreten und die Wallstreet den von ihr geplanten Krieg gegen die Sowjetunion vom Zaun brechen sollte? Um die Kriegsmaschine ins Rollen zu bringen, versuchten die Kriegstreiber lange, den Anschein zu erwecken, daß es verhältnismäßig leicht sein würde, die Sowjetunion und ihre Verbündeten zu schlagen. Wie Hitler behaupteten sie, die Sowjetregierung sei nicht in der Lage, wirklich zu kämpfen, ihr Volk sei unzuverlässig, ihre Industrie schwach und veraltet und anderes mehr. Solange die Vereinigten Staaten das Atombombenmonopol hatten, erschien diese Theorie vom Krieg gegen die Sowjetunion als einem „Spaziergang“ den Gedankenlosen sehr plausibel; heute aber, wo die Sowjetunion diese furchtbare Waffe ebenfalls besitzt, müssen auch die wildesten Kriegstreiber das amerikanische Volk darauf hinweisen, daß ein Krieg gegen die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken eine sehr ernste Sache sein würde.

In Wirklichkeit aber könnten die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten einen solchen Krieg überhaupt nicht gewinnen. Sie würden vielmehr bestimmt eine katastrophale Niederlage erleiden, die verhängnisvolle Folgen für das kapitalistische Weltsystem hätte. Nur so könnte eine neue Massenschlächterei der Völker, ein vom Wallstreet-Imperialismus geführter Aggressionskrieg enden.

Die Aggressionsvorbereitungen der westlichen Kriegstreiber werden so. offen betrieben, daß sie heute ständig davon reden, welches militärische Potential in bezug auf industrielle Produktion, Ausrüstung und Menschen ihnen zur Verfügung stehe gegenüber dem der UdSSR. Sie möchten den Völkern überall einreden, daß die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten im Falle eines Krieges auf allen diesen Gebieten ungeheuer überlegen seien und daher den Sieg davontragen würden. Sie vergessen aber, daß Schlachten nicht nach der Arithmetik gewonnen und Kriege nicht durch politisierende Statistiker entschieden werden.

Die meisten im Kriegsbündnis mit den Vereinigten Staaten stehenden Länder leiden an unheilbaren wirtschaftlichen und politischen Krisen und werden durch gegenseitige wirtschaftliche und politische Rivalität geschwächt. Sie lassen sich nicht [748:] zu einer zuverlässigen militärischen Kraft zusammenschweißen. Ihre Schwäche wird augenfällig bewiesen durch die großen Schwierigkeiten, auf die die Regierung der Vereinigten Staaten gegenwärtig bei dem Versuch stößt, das kapitalistische Europa für einen Krieg gegen die Sowjetunion zu organisieren und zu bewaffnen. Bedeutsam ist es vor allem, daß seit dem Beginn des Wettrüstens die alten Gegensätze zwischen Frankreich und dem kapitalistischen Teil Deutschlands wieder aufgelebt sind. Wie Frankreich, Deutschland und Italien treiben die übermäßigen Rüstungsanstrengungen auch Großbritannien in den Bankrott. Die kolonialen und

halbkolonialen Länder des Mittleren und Fernen Ostens haben nicht die geringste Lust zu dem geplanten Krieg, sondern sind vielmehr bestrebt, sich jeglicher imperialistischen Kontrolle endgültig zu entledigen. Als Mexiko im Februar 1952 den Abschluß eines Militärpaktes mit den Vereinigten Staaten ablehnte, war dies ein eindrucksvoller Beweis dafür, daß auch die Völker Lateinamerikas dem Kriege ablehnend gegenüberstehen.

Der verlorene Krieg in Korea beweist augenfällig die Schwäche der kapitalistischen Länder, und ein neuer Weltkrieg würde diese entscheidende Tatsache in furchtbarster Weise bestätigen. Die Dinge liegen einfach so, daß das zerrüttete Weltsystem des Kapitalismus, falls ein neuer Weltkrieg ausbrechen sollte (und er kann nur ausbrechen, wenn die Wallstreet ihn vom Zaun bricht), dem robusten jungen Weltsozialismus nicht gewachsen wäre.

Die kapitalistischen Mächte würden sich in einem solchen Kriege unter anderem der entscheidenden Schwierigkeit gegenüber sehen, daß die breiten Massen keine Lust haben, ein System zu verteidigen, das ihnen heute nicht nur einen sinkenden Lebensstandard, sondern auch den Faschismus und einen Weltkrieg nach dem andern beschert. Diese Massen würden sich vielmehr immer stärker bemühen, mit diesem verderblichen System Schluß zu machen und den Sozialismus zu errichten. Auf der anderen Seite würden die kapitalistischen Mächte die leidenschaftliche Treue der Massen in den sozialistischen Ländern zu ihrem neuen und sich immer stärker entwickelnden System feststellen müssen. Auf die Dauer würde [749:] die überlegene ideologische Stärke der sozialistischen und auf dem Wege zum Sozialismus befindlichen Völker die scheinbaren statistischen Vorteile auf der Seite des Kapitalismus mehr als ausgleichen. Das wirtschaftliche und politische System des Sozialismus würde sich als weit stärker und standhafter im Kriege erweisen.

Westdeutschland und Japan, die von der Wallstreet gegenwärtig so fieberhaft wiederaufgerüstet werden, können die ungeheure militärische Stärke, die sie im zweiten Weltkriege besaßen, nicht wiedererlangen. Frankreich und Italien, deren Wirtschaft darniederliegt und deren Bevölkerung mindestens zu einem Drittel aus Kommunisten oder mit dem Kommunismus Sympathisierenden besteht, werden sich ebenfalls eher als militärische Belastung statt als Hilfe für die Wallstreet erweisen. Auch Großbritannien, dessen Reich mehr und mehr zerfällt, wird sich nur als schwacher und widerwilliger Verbündeter herausstellen. So schwache und reaktionäre Staaten aber wie Spanien, die Türkei oder Griechenland werden für die Kapitalisten als militärische Verbündete nur eine untergeordnete Rolle spielen. Das militärische Bündnis des der Wallstreet hörigen Teils der Vereinten Nationen kracht in allen Fugen und droht jeden Augenblick zusammenzubrechen.

Die starken kriegsfeindlichen und weitgehend antikapitalistischen Stimmungen in allen kapitalistischen Ländern behindern die militärische Erstarkung dieser Länder ganz besonders. Der wachsende Haß gegen den amerikanischen Imperialismus und die zunehmende Furcht vor ihm machen es unmöglich, daß sie ernstlich für die Wallstreet kämpfen. So erklären sich die gegenwärtig im ganzen kapitalistischen Europa weitverbreiteten Neutralitätsstimmungen. Durch diese starken kriegsfeindlichen und antiamerikanischen Stimmungen unter den Massen wird die Wallstreet gezwungen, ihre aggressiven Kriegsvorbereitungen, wie sie es zum Beispiel Anfang 1952 auf der Vollversammlung der Vereinten Nationen in Paris getan hat, widerwillig durch heuchlerische Beteuerungen zu tarnen, sie arbeite im Interesse des Weltfriedens, der Abrüstung und der nationalen Verteidigung.

[750:] Präsident Truman hat kürzlich erklärt, die Vereinigten Staaten hätten für den geplanten Weltkrieg „phantastische Waffen“ – Atomwaffen, chemische und bakteriologische Waffen – entwickelt. Durch diese Propaganda möchte man dem amerikanischen Volk neuen Mut machen und das Sowjetvolk einschüchtern, aber sie verfehlt ihren Zweck nach der einen wie nach der anderen Seite. Es liegt doch auf der Hand, daß die Vereinigten Staaten kein Monopol auf derartige „phantastische Waffen“ besitzen würden. Die Sowjetunion würde solche Waffen bestimmt auch haben, wie sie heute die Atombombe hat, und sie hat auch Düsenflugzeuge, die, wie amerikanische Sachverständige zugeben, allem überlegen sind, was die Vereinigten Staaten auf diesem Gebiet besitzen. Trumans Wunderwaffenpropaganda besagt nur, daß der Krieg noch furchtbarer sein würde, nicht aber, daß die Vereinigten Staaten ihn gewinnen würden.

Sollte ein dritter Weltkrieg kommen, so müßte er in der Hauptsache mit den Menschen und den Hilfsquellen der Vereinigten Staaten ausgefochten werden, und zwar unter entsetzlichen Verwüstungen auf dem Territorium der Vereinigten Staaten selbst. Der Koreakrieg, in dem die Vereinigten Staaten 90 Prozent der Streitkräfte stellten, ist ein Miniaturgemälde dessen, was im Falle eines allgemeinen Krieges in viel schlimmeren Formen zu erwarten wäre. Aus dem ersten und dem zweiten Weltkriege gingen die Vereinigten Staaten als Sieger hervor, nachdem andere Völker die Hauptlast des Kampfes getragen hatten, und dieses einträgliche Geschäft möchte die Wallstreet in dem von ihr geplanten Weltkriege nochmals machen, und ebendeshalb stellt sie große Armeen in Europa und Asien auf. Greifbare Erfolge aber kann diese Wiederaufrüstung ihr nicht einbringen. In einem neuen Weltkrieg würden die Völker der Welt noch weniger Neigung bekunden, sich im Dienste des amerikanischen Imperialismus abschlachten zu lassen, als sie es in Korea getan haben. Auch der Widerstand des amerikanischen Volkes gegen einen dritten großen Krieg würde die Kriegstreiber in Erstaunen versetzen. Nur politische und militärische Narren oder Fanatiker können glauben, daß die Vereinigten Staaten einen dritten Weltkrieg unter diesen Umständen gewinnen könnten.

[751:]

Krieg wäre Selbstmord für den Kapitalismus

Der erste Weltkrieg endete für das kapitalistische System damit, daß es ein Sechstel der Erde – die Sowjetunion – an den Sozialismus verlor. Das war ein Schlag, von dem der Kapitalismus sich nie wiedererholt hat. Der zweite Weltkrieg endete mit weiteren ungeheuren Land- und Bevölkerungsverlusten für den Weltkapitalismus – China, Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Albanien, Litauen, Lettland und Estland – sowie mit einer sehr erheblichen Schwächung seines ökonomischen, politischen und kolonialen Systems. Ein dritter Weltkrieg würde dem kapitalistischen System einen neuen furchtbaren Schlag versetzen, dem es kaum standhalten könnte. Ein solcher Krieg würde wahrscheinlich das Ende des Kapitalismus als Weltsystem bedeuten. Der Sozialismus würde zur vorherrschenden Gesellschaftsordnung in der Welt werden. Diese Perspektive läßt die Herzen der Kapitalisten erzittern. Sie ist der Alpdruck in ihren sonst so rosigen Träumen von imperialistischer Eroberung.

Die Kommunistische Partei der Vereinigten Staaten hat ihre Stellung. für den Fall des geplanten Weltkrieges folgendermaßen formuliert: „Sollte es der Wallstreet trotz der Bemühungen der Friedenskräfte in Amerika und der übrigen Welt gelingen, die Welt in einen Krieg zu stürzen, so würden wir ihn als einen ungerechten imperialistischen Aggressionskrieg, als einen undemokratischen Krieg gegen den Sozialismus bekämpfen, der den ureigensten Interessen des amerikanischen Volkes und der Menschheit zuwiderläuft. Wie Lincoln sich im Kongreß gegen den ungerechten Annexionskrieg gegen Mexiko wandte und seine Beendigung forderte, so würden wir Kommunisten mit allen demokratischen Kräften zusammenarbeiten, um die räuberischen Kriegsziele des amerikanischen Imperialismus zu vereiteln und den Krieg auf der Grundlage eines demokratischen Friedens zu einem schnellen Abschluß zu bringen.“[4]

Der von den Kommunisten organisierte und geführte und von den Arbeitern und den breiten demokratischen Massen [752:] unterstützte Sozialismus ist die große Friedenskraft in der Geschichte. Er wird die jahrhundertealte Pest des Krieges ausrotten. Das Proletariat mit seinem Grundprogramm des wirtschaftlichen Wohlstands, der politischen Freiheit und des Weltfriedens vertritt die Interessen der überwältigenden Mehrheit der ganzen Nation. Es braucht keinen Krieg, um seine großen sozialen Ziele zu erreichen. Von allen Gegnern des Krieges ist es der entschiedenste, und es ist immer bestrebt, sein Programm mit friedlichen Mitteln zu verwirklichen. Wenn aber der von der Wallstreet kommandierte Weltkapitalismus in seiner Gier und Verzweiflung zum Kriege greifen sollte, dann wird dieser Krieg sein Untergang sein. Die Herren der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung werden die für sie grausame Erfahrung machen, daß der Sozialismus dem Kapitalismus nicht nur wirtschaftlich, politisch und kulturell, sondern auch militärisch weit überlegen ist.

---

4 Erklärung von William Z. Foster und Eugene Dennis in “Political Affairs”, April 1949.

Der Niedergang des Weltkapitalismus

Das kapitalistische System ist, wie Lenin schon vor Jahren festgestellt hat, veraltet und befindet sich im Niedergang.[5] Es geht an seiner eigenen allgemeinen Krise zugrunde. Daher leben wir in einer Zeit großer Kriege und proletarischer Revolutionen, in der Zeit der Umstellung der Gesellschaft von der kapitalistischen auf die sozialistische Basis.

Die allgemeine Krise des Kapitalismus ist durch eine Verschärfung aller ihm wesenseigenen inneren und äußeren Widersprüche herbeigeführt worden, die schließlich so heftig geworden sind, daß sie das System mehr und mehr untergraben und zerstören. Der Widerspruch zwischen der Produktionskapazität und der Aufnahmefähigkeit der kapitalistischen Märkte führt immer wieder zu die ganze Welterschütternden Wirtschaftskrisen. Die Gegensätze zwischen den Monopolen und der übrigen Gesellschaft im eigenen Lande wie im Ausland haben im Laufe [753:] des letzten halben Jahrhunderts solche Ausmaße angenommen, daß die Wallstreet-Monopolisten heute in unverschämter Weise darauf ausgehen, sich die ganze Welt zu unterjochen. Die Widersprüche zwischen den Kolonien und den imperialistischen Ländern, die diese einst leicht zu ihren Gunsten bereinigen konnten, indem sie die schlecht bewaffneten „Eingeborenen" niederschießen ließen, haben sich heute zu gewaltigen, unaufhaltsamen Kolonialrevolutionen ausgewachsen, die die Grundfesten des kapitalistischen Weltsystems ins Wanken bringen. Ebenso hat sich die Rivalität unter den kapitalistischen Ländern selbst derartig verschärft, daß es zu immer verheerenderen Weltkriegen kommt. Schließlich – und das ist das Wichtigste – ist der Konflikt zwischen Kapitalismus und Sozialismus heute so weit gediehen, daß buchstäblich zwei große Lager, das kapitalistische und das sozialistische, sich in Schlachtordnung gegenüberstehen.

Dies alles hat zu einer tiefen und sich ständig verschärfenden allgemeinen Krise des kapitalistischen Weltsystems beigetragen. Vor fünfzig Jahren, in der Morgendämmerung des Imperialismus, schien die kapitalistische Gesellschaft die besten Aussichten zu haben. Als ökonomisches System herrschte sie unbestritten in der ganzen Welt. Zwar hatte der Kapitalismus mancherlei innere Schwierigkeiten wie zyklische Wirtschaftskrisen, Streiks, chaotische Konkurrenz zwischen rivalisierenden kapitalistischen Konzernen, kleinere Kolonialkriege und gelegentliche Kriege zwischen den kapitalistischen Ländern, aber trotz all dieser Hindernisse konnte er vorankommen und sich rasch ausbreiten. Heute jedoch hat sich die Lage grundlegend geändert. Die einst noch regulierbaren inneren Widersprüche des Kapitalismus haben heute katastrophale Ausmaße erreicht. Das ganze System wird bedroht durch die fortschreitende Entwicklung des neuen Systems des Sozialismus in der Welt, der gegenwärtig etwa ein Drittel der Erde und ihrer Bevölkerung umfaßt.

Die Kapitalisten, besonders die von der Wallstreet, bemühen sich verzweifelt, den Weltkapitalismus nach seiner letzten gewaltigen inneren Explosion, dem zweiten Weltkrieg, wieder zurechtzuflicken, Doch sind diese Bemühungen erfolglos, wie [754:] selbst kapitalistische Autoren zugeben müssen. Im September 1951 stellte die Zeitschrift "U. S. News & World Report" fest: „Die amerikanischen Milliarden haben Westeuropa noch nicht wieder fest auf die Beine stellen können. Neue wirtschaftliche Schwierigkeiten häufen sich ... man wird nicht weniger, sondern noch mehr amerikanische Hilfe verlangen."[6] In Großbritannien wird die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben im Jahre 1951 fast 3,5 Milliarden Dollar betragen, also so gewaltig sein wie noch nie seit dem Ende des Krieges.[7] Italien hat vier Millionen Arbeitslose, und in Frankreich stürzt eine Regierung nach der andern, unfähig, mit den ungeheuren Problemen der Inflation und der Aufrüstung fertig zu werden. Westdeutschland leidet an der allgemeinen kapitalistischen Krankheit. Es gibt zwei Arten kapitalistischer Länder in Europa – die kranken und die kränkeren. Inzwischen treiben die amerikanischen Monopolisten mit ihrem wahnsinnigen Plan eines neuen Krieges zur Ausrottung des Sozialismus diese schwachen Länder immer tiefer in eine Wirtschaftskrise hinein und immer näher an eine politische Revolution heran.

---

5 Siehe W. I. Lenin, „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus"; Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Bd. I, S. 767 bis 875. [LW 22, S. 280-290]

6 "U. S. News & World Report", 14. September 1951.

7 Siehe "New York Daily News", 14. September 1951.

Die verheerenden Folgen der allgemeinen Krise für die europäischen kapitalistischen Länder offenbaren sich eindrucksvoll in dem reißenden Niedergang des Britischen Imperiums, der besonders seit dem Ende des Krieges zu beobachten ist. Im Fernen Osten bricht das britische Kolonialsystem zusammen. Das gleiche gilt für die britischen Besitzungen und Einflußsphären im Nahen und im Mittleren Osten. Auch in den britischen Kolonien in Afrika gärt es immer stärker, und allmählich entwickelt sich in diesen Ländern ein ähnlicher Befreiungskampf wie im Fernen Osten. Dazu kommt, daß die britischen Dominions – Südafrika, Kanada, Australien und Neuseeland – mehr und mehr unter die Herrschaft der Vereinigten: Staaten geraten. Großbritannien selbst befindet sich in einer chronischen Krise. Auch die konservative Regierung kann mit all ihrer imperialistischen Großmäuligkeit den Zerfall des Reichs nicht aufhalten; sie kann ihn nur beschleunigen. Das fran-[755:]zösische und das holländische Kolonialreich zerfallen ebenfalls unter den Schlägen der erwachenden Kolonialvölker.

In ganz Asien ist die Entwicklung nicht weniger bedrohlich für den Kapitalismus als in den kapitalistischen Ländern Europas. Das revolutionäre China ist auf dem Wege zum Sozialismus, und unter den Völkern Indiens wächst der kommunistische Einfluß rasch. Bürgerliche Ökonomen rechnen damit, daß „Indien bis 1960 kommunistisch sein wird“[8]. Der kürzlich aus Asien zurückgekehrte Gouverneur Dewey äußerte seine Besorgnis über vier revolutionäre Bewegungen, denen er dort begegnet war, nämlich auf den Philippinen, in Indonesien, in Birma und in Indochina, und sagte, daß noch. mehr zu erwarten seien. Im Mittleren Osten und in den sich über 4000 Meilen erstreckenden Gebieten von Pakistan bis Marokko wird die antiimperialistische Stimmung unter den Arabern immer stärker. Dies erlebt Großbritannien jetzt zu seinem Schrecken durch den Verlust der Milliarden, die es in der Ölindustrie im Iran investiert hat, und durch den drohenden Verlust seiner Herrschaft im Sueskanal-Gebiet. Auch in Afrika entwickeln sich machtvolle koloniale Befreiungsbewegungen. Die Vereinigten Staaten können Lateinamerika vorläufig noch im Zaume halten, aber es wird nicht mehr lange dauern, bis es auch dort zur Explosion kommt, da alle diese Länder immer aufsässiger gegen die Vorherrschaft der USA werden. Nach einer Meldung der “New York Times” vom 14. Februar 1952 schmachten gegenwärtig 30.000 politische Gefangene in lateinamerikanischen Gefängnissen.

Die allgemeine Krise des Kapitalismus muß sich notwendigerweise immer mehr vertiefen. Die Kapitalisten können die unaufhaltsamen geschichtlichen Tendenzen der ökonomischen und politischen Entwicklung, die zwei Weltkriege, den Faschismus, die große Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre und im besonderen die Revolutionen in Rußland, China und anderen Teilen Europas und Asiens hervorgebracht haben, nicht rückgängig machen. Diese ganze Entwicklung führt zur allmählichen Zerstörung des Weltkapitalismus. Die schwierige Situation des Kapitalismus schafft eine Stimmung der Verzweiflung [756:] unter den Imperialisten und vergrößert auf diese Weise selbst die Kriegsgefahr; denn es ist denkbar, daß die Kapitalisten einen Krieg vom Zaun brechen, um einen Ausweg aus den sich häufenden Schwierigkeiten zu finden. Sollten jedoch die Monopolkapitalisten unter dem Kommando der Wallstreet den wahnsinnigen Versuch unternehmen, ihr System durch einen totalen Krieg gegen die UdSSR und die Volksdemokratien in Europa und Asien wiederherzustellen, so wird das den natürlichen Ablauf der Ereignisse nur beschleunigen, indem der Kapitalismus völlig vernichtet und der Sozialismus in vielen Ländern einen enormen Aufschwung nehmen wird.

Die Vereinigten Staaten und die allgemeine Krise

Trotz ihrer scheinbaren Stärke sind auch die Vereinigten Staaten von der allgemeinen Krise des Weltkapitalismus erfaßt, und auch für sie gilt die für das System entscheidende Tendenz des Niedergangs und Verfalls. Allen „amerikanischen Exzeptionalisten“ von Truman bis Browder zum Trotz unterscheidet sich der Kapitalismus in den Vereinigten Staaten im wesentlichen nicht von dem Kapitalismus in allen anderen Ländern. Seine spezifischen Züge, die von den Exzeptionalisten als Beweis für Gesundheit und Stärke aufgebauscht werden, sind nur untergeordneten und vorübergehenden Charakters. Sie erklären sich durch die besondere Lage und geschichtliche Entwicklung der Vereinigten Staaten und können sie nicht vor dem Schicksal des kapitalistischen Weltsystems in seiner Gesamtheit bewahren.

---

8 “U. S. News & World Report”, 17. August 1951.

Es ist bezeichnend, daß die Wortführer des amerikanischen Kapitalismus sich gegenwärtig an der „Prosperität“ der Aufschwungsperiode des ökonomischen Zyklus berauschen und bei der verlockenden Perspektive einer baldigen Weltherrschaft in einen Freudentaumel geraten. Wenn sie die Macht und Herrlichkeit des amerikanischen Imperialismus schildern, schlagen sie geradezu lyrische Töne an. „Die Prosperität naht und wird lange andauern ... Alles wird es im Überfluß geben. Das bedeutet Arbeit, Geld zum Ausgeben und Dinge, die man kaufen [757:] kann“, läßt die Wallstreet verkünden.[9] Und Präsident Truman schreit in die Welt hinaus: „Eine Zeit wie diese hat es in der Weltgeschichte noch nie gegeben ... Seit 1933 ist das Nationaleinkommen von 40 Milliarden Dollar jährlich auf 278 Milliarden Dollar jährlich gestiegen ... Gerade heute haben mehr Menschen gute Arbeit und gute Löhne als jemals zuvor in der Geschichte der Vereinigten Staaten oder irgendeines anderen Landes der Welt. Unsere Wirtschaft ist stärker, als sie es je gewesen ist.“[10]

Das ist nichts weiter als demagogischer Schwindel. Alle ernst zu nehmenden Wirtschaftsfachleute sind sich darüber einig, daß die neuerliche erhebliche Zunahme der amerikanischen Produktion in erster Linie durch das blutige Stimulans des Krieges – durch die Kriegsvorbereitungen, den Krieg selbst und die Wiedergutmachung der Kriegsschäden – hervorgerufen worden ist. Das wurde deutlich, als Präsident Roosevelt, wie wir in Kapitel 23 gezeigt haben, mit seinem New Deal der Industrie Milliarden an Subventionen zuführte, aber das kranke ökonomische System, das durch die große Wirtschaftskrise von 1929 bis 1933 gelähmt wurde, nicht wieder gesund machen konnte. Langsam besserte sich die Situation, wurde aber durch die Krise von 1937 wieder verschlechtert, so daß es im Jahre 1939 noch immer etwa 10 Millionen Arbeitslose gab. Es waren vor allem die ungeheuren Rüstungsaufträge für den zweiten Weltkrieg seit 1939, die im kapitalistischen Amerika zur „Prosperität“ führten. Nach dem Ende des Krieges im Jahre 1945 basierte auch die damals einsetzende kurze Periode der Wirtschaftsbelebung auf dem Kriege, nämlich auf der Notwendigkeit, den durch den Krieg verursachten Warenmangel im Lande selbst zu beseitigen und die durch den Krieg in Europa und anderen Ländern verursachten gewaltigen Schäden wiedergutzumachen. Trotzdem gerieten die Vereinigten Staaten um das Jahr 1949 rasch in eine neue schwere Wirtschaftskrise, die zu einem Produktionsrückgang um fast 20 Prozent führte. Sie wurden „wie durch ein Wunder“ vor dem Zusammenbruch bewahrt, nämlich durch den Ausbruch des Krieges in Korea, der von der südkoreanischen [758:] Marionettenregierung der Wallstreet mit Li Syng Man an der Spitze gerade zur rechten Zeit ausgelöst wurde. Die gegenwärtige „Prosperität“, über die Truman in solche Begeisterung gerät, ist also auf dem Treibsand des Krieges gebaut. Zur Zeit mehren sich trotz der ungeheuren Rüstungsausgaben der Regierung die Anzeichen dafür, daß in den zivilen Sektoren der amerikanischen Wirtschaft eine Überproduktionskrise heranreift.

Das amerikanische Wirtschaftssystem ist unheilbar krank, ist durch und durch verfault. Die Tatsache, daß es, um in Gang zu bleiben, auf die Rüstungsproduktion angewiesen ist, enthüllt seine wesentliche Schwäche. Kein Land, mag es noch so reich sein, kann vom Kriege und von der Rüstungsproduktion gedeihen. Die forcierte Aufrüstung bringt zwar den Kapitalisten märchenhafte Profite ein, wirkt sich aber auf den Lebensstandard der Arbeiter katastrophal aus. Für diese bedeutet es steigende Preise und erhöhte Steuern, zurückbleibende Löhne, verschärfte Antreibungsmethoden und schleichende Arbeitslosigkeit. Die Fortdauer der Rüstungswirtschaft kann nur zu weiterer riesiger Vergrößerung der Staatsschuld, zur Erschöpfung des für die Produktion von Bedarfsgütern verfügbaren Kapitals, zu weiterer Inflation, zur Verelendung des Volkes, zu Massenarbeitslosigkeit und zur schließlichen Untergrabung der gesamten Wirtschaft führen.[11] Abgesehen von den unvermeidlichen verderblichen Folgen für die Wirtschaft besteht die gefährlichste Perspektive der Rüstungswirtschaft darin, daß ihr logisches Ende der Krieg ist mit einer allgemeinen Schlächterei und einer ungeheuren wirtschaftlichen Katastrophe für alle Völker der Welt, die noch unter dem Kapitalismus leben. Der Plan der Leute um Truman und der übrigen Keynes-Anhänger, die amerikanische Industrie durch Rüstungsproduktion in Gang zu halten, ist eine verhängnisvolle Illusion. Eine solche künstliche Produktion

---

9 “U. S. News & World Report”, 31. August 1951.

10 “New York Times”, 5. September 1951.

11 Siehe Eugene Varga, “Two Systems”, S. 137.

kann die wirtschaftliche Lage des Landes auf die Dauer nur in katastrophaler Weise verschlechtern und die allgemeine Krise des Weltkapitalismus, zu dem auch die amerikanische Wirtschaft als organischer Bestandteil gehört, nur weiter verschärfen.

[759:] Die politische Situation der Vereinigten Staaten, im eigenen Lande wie in der Weltpolitik, sowie ihre ökonomische Lage deuten ebenfalls darauf hin, daß sie unentrinnbar in die Krise des Weltkapitalismus verstrickt sind. Das schnelle Anwachsen faschistischer Strömungen in den Vereinigten Staaten gehört zu den charakteristischen Schwächen des Monopolkapitalismus. Überall nämlich steht der mehr und mehr in die internationale Krise geratende Monopolkapitalismus vor der Notwendigkeit, die Demokratie zu unterdrücken, um die Arbeiter und das Kleinbürgertum zu zwingen, sich mit der Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Lage abzufinden und die Kriege des Kapitalismus mitzumachen. Die angeblich so starke internationale Stellung der Vereinigten Staaten, das heißt ihre Hegemonie in bezug auf die übrige kapitalistische Welt, ist nur ein Ergebnis der allgemeinen Krise des Weltkapitalismus. Gerade die Hegemonie des amerikanischen Kapitalismus ist es, die die allgemeine Krise des kapitalistischen Weltsystems in unheilvoller Weise verschärft, weil sie alle kapitalistischen Widersprüche verstärkt und alle kapitalistischen Länder zum Kriege treibt.

Die bürgerliche Kultur und die Krise

Die Weltkrise des Kapitalismus offenbart sich auch in unserem kulturellen Leben. Was man amerikanische Kultur zu nennen pflegt, ist in Wirklichkeit die Ideologie der Bourgeoisie. Sie fördert die Interessen der Kapitalisten und findet ihren Ausdruck in den verschiedensten Kunstformen, die den nationalen Interessen und demokratischen kulturellen Bestrebungen der Arbeiterklasse und der Massen des amerikanischen Volkes zuwiderlaufen. Diese bürgerliche Kultur enthüllt mit letzter Klarheit die charakteristischen Züge des niedergehenden Kapitalismus, des Imperialismus, der einem verhängnisvollen Kriege entgegentreibt. Die Kapitalistenklasse hat die Pound, Eliot, Joyce, Faulkner, Hemingway, Dos Passos, Mumford, Hicks, Eastman und ihresgleichen in ihren Sold genommen und verbreitet mit ihrer Hilfe im ganzen Lande den erstickenden Dunst des intellektuellen Chaos, des Obskurantismus und der Hoff-[760:]nungslosigkeit, um das Volk zu verwirren und wehrlos zu machen gegenüber der reaktionären Politik des amerikanischen Imperialismus.

Alle modernen Schulen der kulturellen Dekadenz werden in den kapitalistischen Vereinigten Staaten eifrig gefördert. Der Pragmatismus, die zynische Doktrin der vorbehaltlosen Rechtfertigung aller kapitalistischen Abscheulichkeiten, gilt als wertvolle Bereicherung des menschlichen Wissens. Die Psychoanalyse Freuds, die alle ökonomischen, politischen und sozialen Phänomene durch Geistesstörungen zu erklären sucht, hat sich in der dekadenten Kultur der amerikanischen Bourgeoisie fast restlos durchgesetzt. Die Apostel der Verwirrung und sozialen Reaktion, denen nicht einmal diese Doktrinen genügen, haben die antihumanistischen Theorien der Heidegger, Kierkegaard und anderer Prediger des Kosmopolitismus, des Amoralismus und des Todes importiert. Die kapitalistisch gesinnten Wissenschaftler plagen sich mit der reaktionären und unlösbaren Aufgabe, Wissenschaft und Religion in Einklang zu bringen. Die Priester und Prediger, angeblich Männer des Friedens, gehören zu den eifrigsten Kriegstreibern. In keiner großen Nation trägt das kulturelle Leben der Bourgeoisie so ausgeprägte Züge des Verfalls – in der Wissenschaft, Musik und Literatur, in der Kunst, im Sport und im Theater, im Rundfunk und im Fernsehwesen – wie in den Vereinigten Staaten.[12] Wie das kapitalistische System abstirbt, so verfault die bürgerliche Kultur.

Linke und fortschrittliche Geistesschaffende werden boykottiert. Man verweigert ihnen das Recht, ihr Können in der Presse, im Rundfunk und in anderen kulturellen Institutionen zu beweisen. Diese empörende Situation wird schlaglichtartig beleuchtet durch die Schikanen gegen den großen Künstler Paul Robeson, dem man sogar einen Paß verweigert, obwohl aus vielen europäischen Ländern der Wunsch laut geworden ist, [761:] ihn zu sehen und zu hören. Wie üblich, haben die Neger am schwersten unter der kulturellen Diskriminierung zu leiden. Die größte Gewerkschaft in der

---

12 Siehe Sidney Finkelstein in "Masses and Mainstream", August 1951 – George Siskind und Harry Martel in "Political Affairs", Dezember 1950 – Milton Howards Artikel über die Psychoanalyse in "The Worker", 1948 bis 1951 – V. J. Jerome in "Political Affairs", Februar 1951 – Lloyd Brown in "Masses and Mainstream", Oktober 1951.

Filmindustrie hat nicht einen einzigen Neger unter ihren Mitgliedern. Von den 43.000 Mitgliedern der American Bar Association sind nur sechs Neger, und unter den 7000 Anwälten der Bundesregierung befinden sich nur 25 Neger. Von der Redaktions- und Verlagsarbeit bei den großen Zeitungen werden die Neger systematisch ausgeschlossen usw. usw.[13]

Diesem allgemeinen kulturellen Niedergang, der sich aus der strukturellen Schwächung des kapitalistischen Systems ergibt, entsprechen die Entartungserscheinungen auf vielen anderen Gebieten des öffentlichen Lebens der amerikanischen Bourgeoisie. Niemals war die Korruption unter den städtischen und Staatsbeamten so weit verbreitet. Die Fälle von aktiver und passiver Bestechung, der Steuerbetrug und die Intrigen aller Art sowie die von Senator Kefauver aufgedeckte Zusammenarbeit zwischen der Polizei und der Unterwelt sind nur unbedeutende Erscheinungen an der Oberfläche der ungeheuren Korruption, von der das gesamte politische Leben im kapitalistischen Amerika durch und durch erfüllt ist. Die maßgebenden Männer achten jedoch sorgfältig darauf, daß kein neuer Steffens, Sinclair, Tarbell oder anderer „Schmutzaufwühler" Gelegenheit erhält, diesen stinkenden Sumpf wirklich zu enthüllen.

Die gegenwärtige enorme Verbreitung der Glücksspiele aller Art, die zu einem bedeutenden Gewerbezweig geworden sind, ist ein Zeichen dafür, daß die kapitalistische Gesellschaft in den Vereinigten Staaten in der Periode ihrer imperialistischen Vorherrschaft und ihres Strebens nach der Weltherrschaft von faschistischer Fäulnis befallen wird. Der Sport ist durch und durch korrumpiert, und die Presse bringt eine sensationelle Geschichte nach der anderen über die Geschäftemacherei bei sportlichen Wettkämpfen – im Basketball, im Fußball, im Boxen, im Ringen usw. Noch schlimmer als diese Korruption ist die erschreckende Jugendkriminalität, die ständig im ganzen Lande um sich greift.

[762:] Auch das Verbrechen ist zu einem nicht unbeträchtlichen Gewerbe in Amerika geworden. Am 12. April 1951 berichtete das FBI, daß im Vorjahre 1.790.030 größere Verbrechen in den Vereinigten Staaten begangen worden seien, also alle 18 Sekunden eins.[14] Der Rundfunk, das Fernsehwesen und das Verlagswesen würden ohne den endlosen Strom der Verbrechergeschichten bankrott machen. Diese Entwicklung steht in direktem Zusammenhang mit dem Niedergang des Kapitalismus. Nicht weniger erschütternd und erschreckend ist der weitverbreitete Gebrauch von Narkotika, sogar unter Schulkindern. Der Handel mit diesen Giften ist ebenfalls ein gutes Geschäft geworden. Bei dem hektischen Leben im kapitalistischen Amerika, in dem Raubüberfälle, Korruption und Betrug an der Tagesordnung sind, ist es kein Wunder, daß auch die Zahl der Geisteskranken ständig ansteigt.

Diese Phänomene – die Korruption im Sport, die weite Verbreitung von Glücksspielen und Verbrechen und die zunehmende Entartung im politischen und kulturellen Leben des Bürgertums überhaupt – deuten darauf hin, daß sich in den Vereinigten Staaten faschistische Tendenzen entwickeln. Diese Tendenzen sind wiederum nur ein Ausdruck der allgemeinen Krise des kapitalistischen Systems und der verzweifelten Entschlossenheit, des amerikanischen Imperialismus, den Ausweg aus den sich häufenden Schwierigkeiten durch einen neuen, noch furchtbareren Weltkrieg zu erzwingen.

Die entscheidende Antwort: Sozialismus

Unzählige vernünftig denkende amerikanische Bürger, Männer und Frauen, haben in tiefer Besorgnis um das Schicksal ihrer Nation und der Zivilisation selbst warnend auf die furchtbaren Gefahren hingewiesen, die ein neuer Weltkrieg mit sich bringen würde. Die Kommunistische Partei schließt sich diesen patriotischen Warnungen vor der Kriegsgefahr von ganzem Herzen an. Sie beschwört das amerikanische Volk, sich nicht zu einer nutzlosen und entsetzlichen Massenschlächterei verführen [763:] zu lassen, um die imperialistischen Ziele der unersättlichen Monopolherren zu fördern, die das Land heute wirtschaftlich und politisch beherrschen. Die Kommunistische Partei ruft statt dessen das Volk auf, die Wallstreet-Kriegstreiber zu zügeln und die Vereinigten Staaten den friedlichen Weg des demokratischen Fortschritts und schließlich zum Sozialismus zu führen.

---

13 Siehe "Daily Worker", 14. November 1951.

14 Siehe Max Gordon in "Political Affairs", Juni 1951.

Die Völker der kapitalistischen Welt stehen in entschlossenem Kampf gegen die spezifischen Übelstände des niedergehenden kapitalistischen Systems: die sich immer mehr verschärfende Wirtschaftskrise und die wachsende Verelendung der Massen, den immer gefährlicher werdenden Geist der Reaktion und des Faschismus, die rücksichtslose koloniale Unterdrückung und die periodischen Weltkriege. Geführt und unterstützt durch die KP in ihren Tagesforderungen, versuchen die Massen, sich nach besten Kräften in dem allgemeinen Verfall der Gesellschaftsordnung zu behaupten; auf die Dauer aber müssen und werden sie sich dem Sozialismus zuwenden, weil nur der Sozialismus die vielen grundlegenden Widersprüche, aus denen die Schrecken und Katastrophen des verfaulenden Kapitalismus erwachsen, endgültig lösen kann. Ein Drittel der Bevölkerung der Erde hat die zwingende Logik dieser großen Entscheidung bereits erkannt, und die übrige Menschheit, auch das Volk der Vereinigten Staaten, wird diesem Beispiel eines Tages folgen.

Die Vorhut der Weltbewegung zum Sozialismus bildet die von der Kommunistischen Partei geführte Sowjetunion. Palmiro Togliatti, der Vorsitzende der Kommunistischen Partei Italiens, sagt: „Um dem Land eine solche Macht zu verleihen und ihm ein solches Ansehen zu sichern, sind diese Partei und diese Menschen durch die schwersten Prüfungen, durch drei Revolutionen, zwei Weltkriege und zwei ausländische Invasionen gegangen. Sie haben gesiegt, weil sie im Besitz der richtigen Lehre sind, des Marxismus, den Lenin und Stalin unter den neuen Verhältnissen des Imperialismus, unter den Verhältnissen des Sieges der Revolution und des Aufbaus der sozialistischen Gesellschaft entwickelt und angewandt haben.“[15]

[764:] Wie wir oben gesehen haben, bauen die Völker den Sozialismus oder nähern sich ihm auf ganz verschiedene Weise in der ‚Sowjetunion, in den europäischen Volksdemokratien und in Volkschina. Aber die Grundlagen des Sozialismus sind überall die gleichen. Gegründet auf dem Volkseigentum an den gesellschaftlichen Produktionsmitteln (Industrie, Banken, Eisenbahnen, Grund und Boden usw.), der Abschaffung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und der Errichtung der politischen Herrschaft der Arbeiterklasse, stellt der Sozialismus das nächsthöhere Stadium im Verlauf der gesellschaftlichen Entwicklung dar. Gestützt auf das Prinzip „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung“, bedeutet der Sozialismus das Vorstadium des Kommunismus, der auf dem Prinzip „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen“ beruht.

Der Sozialismus beseitigt die Kapitalisten und Großgrundbesitzer und damit auch die Ausbeutung der werktätigen Massen. Er führt zu einem raschen Anstieg der Produktion und einer ständigen Hebung des Wohlstandes der Werktätigen auf dem Acker, in der Fabrik und im Büro. Das ist praktisch bewiesen worden durch die gewaltige Verbesserung des Lebensstandards des Sowjetvolkes seit der großen Revolution, trotz der enormen Schwierigkeiten infolge der zehn Jahre dauernden Verwüstungen durch den imperialistischen Krieg und den Bürgerkrieg und infolge der Notwendigkeit, die Wirtschaft von Grund auf neu aufzubauen. Inzwischen hat sich der Lebensstandard der Werktätigen in der ganzen kapitalistischen Welt ständig verschlechtert, und in vielen kapitalistischen Ländern hat diese Verschlechterung katastrophale Formen angenommen.

Der Sozialismus befreit die Wirtschaft von den Fesseln des Privateigentums an den Betrieben und der Begrenztheit der kapitalistischen Märkte und beschleunigt die Industrialisierung gewaltig. Eindrucksvoll bewiesen wurde dies durch die Tatsache, daß der Produktionsindex für Stahl in der Zeit von 1929 bis 1949 in der kapitalistischen Welt nur von 100 auf 111, in der sozialistischen Sowjetunion dagegen von 100 auf 582 stieg. In den fünfzehn Jahren vor dem zweiten Weltkriege entwickelte [765:] die UdSSR ihre Industrieproduktion in einem Ausmaße, zu dem die größeren kapitalistischen Länder 80 Jahre benötigt hatten. Besonders bemerkenswert ist diese rasche Industrialisierung in den unentwickelten Gebieten der Sowjetunion. Im sowjetischen Mittelasien zum Beispiel erhöhte sich die industrielle Produktion von 1927 bis 1937 um 950 Prozent, während die Industrie in den kapitalistisch beherrschten rückständigen Gebieten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas stagnierte. Auch die Wirtschaftskrisen und die Massenarbeitslosigkeit, diese furchtbaren Übelstände des Kapitalismus, sind im sozialistischen System restlos beseitigt.

---

15 Palmiro Togliatti, „Der einzig richtige Weg für die Menschheit“, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 30.

Nur der Sozialismus wird imstande sein, die große neue Entdeckung der Atomenergie positiv nutzbar zu machen. Der Kapitalismus hat die Segnungen des Dampfes und der Elektrizität nur einem Bruchteil der Erdbevölkerung zugänglich machen können; noch weniger wird er imstande sein, die Atomenergie im Weltmaßstabe nutzbar zu machen. Es ist bezeichnend, daß er diese große neue Kraft hauptsächlich für Kriegszwecke verwendet. Nur das sozialistische System kann die ungeheuren Möglichkeiten der Atomenergie wie die aller anderen großen Erfindungen voll ausnutzen, indem es sie auf allen Gebieten in den Dienst der Massen stellt.[16] Ebenso wird der Sozialismus die Weltreserven an Naturschätzen, die heute unter dem Kapitalismus achtlos vergeudet werden, zum allgemeinen Wohle verwenden.

Im Sozialismus schafft die menschliche Gesellschaft unter der Führung der Arbeiterklasse, der Diktatur des Proletariats, zum erstenmal wirkliche Demokratie in der Welt. Mit dem willkürlichen, überflüssigen und parasitären Regiment der reichen Kapitalisten und Großgrundbesitzer ist es endgültig aus. Der Faschismus, der heute eine tödliche Gefahr bedeutet, ist restlos liquidiert. Der Rassenchauvinismus der Weißen gilt als Verbrechen, und Völker der verschiedensten Nationalität, Hautfarbe und Konfession leben einträchtig zusammen. Diese demokratischen Prinzipien sind in der Sowjetunion und den [766:] Volksdemokratien, trotz der Flut gegenteiliger lügnerischer Behauptungen der Kapitalisten, endgültig durchgesetzt worden.

Durch die Schaffung einer klassenlosen Gesellschaft ohne Ausbeutung und Tyrannei gibt der Sozialismus Männern und Frauen zum erstenmal wirklich die Möglichkeit, sich als Persönlichkeiten zu entwickeln. Der Sklaverei in jeglicher Form macht der Sozialismus ein Ende. Mittelschulbildung ist allgemein. Zum erstenmal ist die Frau wahrhaft frei, und der Jugend stehen alle Möglichkeiten offen. Das Alter, im Kapitalismus vernachlässigt und mißachtet, erfreut sich im Sozialismus größter Achtung und materieller Sicherheit. Die Roboterkultur des Kapitalismus, deren Fäulnis heute zum Himmel stinkt, wird abgelöst durch eine echte sozialistische Kultur, die den edelsten Bestrebungen der Menschheit entspricht. Der Sozialismus schafft einen neuen und höheren Typus von Mann und Frau, in körperlicher, geistiger und sozialer Hinsicht. Die sozialistische Gesellschaft läßt sich von der Wissenschaft zum Wohle aller leiten und nicht, wie im Kapitalismus, vom Diktat der herrschenden Klassen im Interesse einer Handvoll Reicher. Alle diese konstruktiven Prinzipien sind das Fundament der neuen sozialistischen Gesellschaft, die heute in verschiedenen Teilen der Welt in der Entstehung begriffen ist.

Besonders wichtig in dieser Periode der drohenden Kriegsgefahr ist es, daß der Sozialismus kriegerische Konflikte zwischen den Nationen endgültig aus der Welt schafft. In sozialistischen Ländern wie zum Beispiel der UdSSR und den Volksdemokratien gibt es keine Kapitalisten und daher auch keine imperialistischen Kriegstreiber. Während der Kapitalismus – vor allem der amerikanische – vom Kriege lebt (und auch am Kriege stirbt). ist der Sozialismus in seiner gesamten ökonomischen und politischen Struktur ganz und gar auf eine Friedenspolitik ausgerichtet.

Die Verteidiger des Kapitalismus behaupten, daß das wirtschaftliche und politische Leben eines Volkes nur florieren kann, wenn in der Wirtschaft und in der Regierung eine verhältnismäßig kleine Zahl von Kapitalisten das Heft in der Hand hat, die dadurch die wohlhabenden und unumschränkten Herren der Gesellschaft werden. Aber diese Idee ist nicht nur [767:] eine nichtssagende Verteidigung der brutalen und sinnlosen Ausbeutung, sondern auch eine Beleidigung für die Intelligenz des Volkes. Die Arbeiter in der UdSSR und in den Volksdemokratien beweisen praktisch, was Marx vor langen Jahren theoretisch bewies, daß nämlich das Volk keine Parasiten als Herren braucht, sondern die Gesellschaft weit besser ohne sie erhalten kann. Die Abschaffung des Kapitalismus und die Errichtung des Sozialismus wird die furchtbare Ausbeutung und Sklaverei, unter der die Menschen seit Jahrhunderten leiden, für immer beseitigen.

Das sind die entscheidenden Gründe dafür, daß die werktätigen Massen sich in der ganzen Welt so schnell dem Sozialismus zuwenden. Die treibende Kraft der gewaltigen internationalen sozialistischen

---

16 Siehe James S. Allen, "Atomic Energy and Society", New York 1949, und "Atomic Imperialism: The State, Monopoly, and the Bomb", New York 1952.

Bewegung ist das gebieterische Verlangen der Arbeiter nach größerer Freiheit und größerem Wohlstand. Der in seiner allgemeinen Krise verfaulende Kapitalismus kann diese Forderungen der Massen nicht erfüllen. Er kann den Völkern nichts geben als zunehmende wirtschaftliche Verelendung, Faschismus und Krieg.

Daher werden die Arbeiter und die übrigen Werktätigen in allen kapitalistischen Ländern in ihrer eigenen Weise und in ihrem eigenen Tempo mehr und mehr sozialistisch in ihren Bestrebungen und Perspektiven, und die Vereinigten Staaten werden von dieser allgemeinen Regel keine Ausnahme machen. In allen Ländern sind die kommunistischen Parteien die Führer der erwachenden werktätigen Massen. In seinen Anfangsstadien war der Kapitalismus insofern fortschrittlich, als er den Feudalismus stürzte, die moderne Industrie schuf und den Anlaß zur Entstehung des Industrieproletariats gab; heute dagegen ist das System hoffnungslos veraltet und reaktionär. Es muß durch den Sozialismus ersetzt werden.

[768:]

37
DIE AMERIKANISCHE ARBEITERKLASSE UND DER SOZIALISMUS

Wortführer des amerikanischen Kapitalismus innerhalb und außerhalb der Arbeiterbewegung schreien unermüdlich in die Welt hinaus, es gebe keine Basis für den Sozialismus in den Vereinigten Staaten. Sie behaupten, die Wirtschaft der USA stelle einen Sondertyp dar, sie sei überhaupt nicht wirklich kapitalistisch und entwickle sich in einer endlosen Spiralbewegung aufwärts. Das ist der sogenannte amerikanische Exzeptionalismus. Diese Reaktionäre erklären im Brustton der Überzeugung, die amerikanische Arbeiterklasse sowohl wie die übrige Nation brauche den Sozialismus nicht und wünsche ihn auch nicht, die Arbeiter hätten die höchsten Löhne in der Welt, sie wählten kapitalistisch gesinnte Funktionäre in die Leitung ihrer Gewerkschaften, sie hätten keine Massenpartei der Arbeiterklasse, sie seien nicht klassenbewußt, sie hätten keine revolutionäre Perspektive. Daraus schließen die Wortführer des Kapitalismus, daß die amerikanischen Arbeiter, da sie in einem wesentlich anderen Wirtschaftssystem lebten als die Arbeiter anderer Länder, gegen den Marxismus-Leninismus immun und dem kapitalistischen System treu ergeben seien.

Mit all dem möchte die herrschende Klasse in einer zerfallenden kapitalistischen Welt nur ihre eigene Angst beschwichtigen. In Wirklichkeit ist der amerikanische Kapitalismus im wesentlichen derselbe wie in allen anderen kapitalistischen Ländern, wenn auch, wie wir in früheren Kapiteln gesehen haben, bestimmte geschichtliche Faktoren seine schnellere Entwicklung und größere Stärke begünstigt haben. In den Vereinigten Staaten befinden sich die Industrie und der Grund und Boden, wie überall in kapitalistischen Ländern, in Privat-[769:]besitz und dienen dem Profit der Privateigentümer. Auf der Grundlage der Konkurrenz im eigenen Lande und im Ausland wird chaotisch und planlos produziert. Vermittels des Lohnsystems werden die Arbeiter von den Unternehmern systematisch ausgebeutet und ausgeplündert. Infolgedessen leiden auch die Vereinigten Staaten an Überproduktion und zyklischen Wirtschaftskrisen. Ebenso gibt es. in den Vereinigten Staaten dieselben Klassen, die für das kapitalistische Wirtschaftssystem überhaupt charakteristisch sind, nämlich die Kapitalisten, das Kleinbürgertum und die Arbeiter. Wie überall tobt unter diesen rivalisierenden Klassen seit der Gründung der Republik der Klassenkampf mehr oder weniger heftig. Die amerikanische Wirtschaft hat die typischen Erscheinungen der Monopole und des Imperialismus hervorgebracht, und die Vereinigten Staaten sind, wie schon bemerkt, gleich allen anderen kapitalistischen Ländern unausweichlich in die allgemeine Krise des kapitalistischen Weltsystems verstrickt.

Hindernisse für die ideologische Entwicklung der Arbeiter

Der amerikanischen Arbeiterklasse hat zwar in ihrer Masse lange Zeit eine sozialistische Ideologie gefehlt, doch ist dieser Zustand nur vorübergehend. Die amerikanischen Arbeiter haben zahlreiche und heftige Klassenkämpfe durchgefochten. In diesen mehr als ein Jahrhundert dauernden Kämpfen gegen die Unternehmer haben sie eine große Gewerkschaftsbewegung aufgebaut, zahlreiche gewaltige und erbitterte Streiks und politische Kämpfe durchgeführt und ein immer stärkeres Klassenbewußtsein entwickelt. Gewiß sind sie im ganzen noch nicht so klassenbewußt und sozialistisch eingestellt wie die Arbeiter in Europa, aber sie sind auf dem Wege, es zu werden.

Die ideologische Entwicklung der amerikanischen Arbeiterklasse ist durch die längere Zeit andauernden Auswirkungen einiger bedeutsamer, aber doch sekundärer Züge in der Entwicklung des Kapitalismus in den Vereinigten Staaten aufgehalten worden. Diese Faktoren haben dazu beigetragen, daß sich [770:] unter den Arbeitern kleinbürgerliche Illusionen verbreiteten und daß die Arbeiter zu dem Glauben gelangten, sie könnten ihre wirtschaftlichen und politischen Probleme im Rahmen des kapitalistischen Systems lösen. Diese spezifisch amerikanischen ökonomischen und politischen Momente sind der fruchtbare Boden, aus dem der „amerikanische Exzeptionalismus“ in seinen verschiedenen Formen erwächst, wie sie von Gompers, Hillquit, Lovestone, Browder, Wallace usw. entwickelt wurden. Die wichtigsten dieser Momente sind folgende:

Erstens: Dank des Fehlens von politischen Überbleibseln des Feudalismus und der konsequenteren Durchführung der bürgerlichen Revolutionen von 1776 und 1861 konnten die Arbeiter in den

Vereinigten Staaten, allerdings mit Ausnahme des Negervolks, größere bürgerliche Freiheiten erringen, als sie im kontinentalen Europa bestanden. Besonders wichtig in dieser Hinsicht war das ausgedehntere Wahlrecht. Dies führte zu weitverbreiteten und tiefeingewurzelten Illusionen unter den amerikanischen Arbeitern über die Möglichkeiten der bürgerlichen Demokratie in den Vereinigten Staaten, trotz ihrer langjährigen Kämpfe um das Recht der gewerkschaftlichen Organisierung, um das Frauenstimmrecht, um eine allgemeine Volksbildung, um eine Sozialversicherung und andere Volksfreiheiten.

Zweitens: Die lange währende ungleichmäßige Zusammensetzung der amerikanischen Arbeiterklasse war, geschichtlich gesehen, ein weiterer wesentlicher Faktor, der sich auf die Entwicklung eines proletarischen Klassenbewußtseins und einer sozialistischen Perspektive in den Vereinigten Staaten ungünstig auswirkte. Generationen hindurch waren große Massen der Arbeiter Einwanderer, die aus vierzig oder mehr verschiedenen Ländern kamen und sich in bezug auf Sprache, Religion, Kultur und geschichtliche Vergangenheit weitgehend voneinander unterschieden. Dadurch wurde es ihnen natürlich erschwert, sich wirtschaftlich und politisch zu organisieren und ideologisch zu entwickeln.

Drittens: In den ersten hundert Jahren der Republik gab es riesige Strecken regierungseigenen Landes, das ohne große Schwierigkeiten in kleinen Parzellen erworben werden konnte, [771:] besonders nach der Annahme des Heimstättengesetzes im Jahre 1862. Dieser freie Boden wirkte Jahrzehnte hindurch als eine Art Sicherheitsventil gegen den Klassenkampf und behinderte die Entwicklung des Klassenbewußtseins. Den Arbeitern schwebte der. Besitz einer Farm als Ziel vor, und alle Gewerkschaften interessierten sich damals außerordentlich für die Bodenfrage. Wie wir gesehen haben, ließ dieser „freie Boden“ sogar besondere Formen des „amerikanischen Exzeptionalismus“ entstehen. Tatsächlich jedoch erhielten nur verhältnismäßig wenige Arbeiter „freien Boden“, da den größten Teil die Eisenbahnen und Bergbaugesellschaften, die Holz- und Viehkönige sowie die großen Farmer und Pflanzer an sich rissen.[1]

Viertens: Längere Zeit wurde die Entwicklung des Klassenbewußtseins der amerikanischen Arbeiter auch dadurch beeinträchtigt, daß viele von ihnen bei der umfassenden und raschen Entwicklung der Industrie und der Landwirtschaft zu Besitz gelangten und zu Kleinbürgern wurden. Die Hoffnung, sich eines Tages einen eigenen kleinen Geschäftsbetrieb einrichten zu können, war allgemein verbreitet unter den Arbeitern und wirkte sich dahin aus, daß sie am kapitalistischen Denken festhielten.

Fünftens: Am stärksten wurde die Entwicklung einer sozialistischen Ideologie unter den amerikanischen Arbeitern von jeher von dem großen Mangel an Arbeitskräften behindert, den die ungewöhnlich günstigen Entwicklungsbedingungen des amerikanischen Kapitalismus hervorriefen. Infolgedessen konnten die Arbeiter, besonders die gelernten Arbeiter, erheblich höhere Löhne durchsetzen, als sie in anderen größeren kapitalistischen Ländern üblich waren. Diese „hohen“ Löhne wurden indessen ausgeglichen durch die größere Arbeitsintensität, die größere Gefahr der Arbeitslosigkeit, viel schwierigere Arbeitsbedingungen, das vollständige Fehlen einer Sozialversicherung und ähnliche Faktoren. Dieser entscheidende Umstand der höheren Barlöhne hinderte die Arbeiter zwar nicht daran, sich gewerkschaftlich zu organisieren und zur Verteidigung und [772:] Verbesserung ihrer Lebensbedingungen erbitterte Streikkämpfe zu führen, wirkte sich aber doch ungünstig auf die Entwicklung ihres Klassenbewußtseins und einer revolutionären Gesinnung aus.

Sechstens: Es entstand eine sehr zahlreiche Arbeiteraristokratie. Das waren die Arbeiter, die Engels „verbürgerlicht“ nannte und denen die Unternehmer verhältnismäßig hohe Löhne bewilligten auf Kosten der Ungelernten, der werktätigen Neger und der Bevölkerung der Kolonialländer. Auf der Basis dieser Arbeiteraristokratie entstand, besonders mit der Entwicklung des Imperialismus, eine korrupte Gewerkschaftsbürokratie. Dieses reaktionäre Bonzentum, das charakteristische amerikanische Gegenstück zur europäischen Sozialdemokratie, betete die Parolen der Unternehmer nach und dirigierte die ökonomischen und politischen Aktionen der Arbeiter. Geschichtlich gesehen hat es sehr erheblich dazu beigetragen, daß die ideologische Entwicklung der Arbeiterklasse aufgehalten wurde.

---

1 Siehe Jürgen Kuczynski, “A Short History of Labour Conditions under Industrial Capitalism”, Bd. II.

Die Unternehmer sind diesen Bürokraten stets dabei behilflich gewesen, Machtpositionen in den Gewerkschaften zu erobern und zu halten.

Positive Momente für die Entwicklung des Klassenbewußtseins

Heute indessen sind die oben aufgezählten Hindernisse für die Entwicklung des Klassenbewußtseins und einer sozialistischen Perspektive unter den Arbeitern entweder gänzlich verschwunden oder im Verschwinden begriffen. Erstens haben die Vereinigten Staaten im Zusammenhang mit der Entwicklung der Monopole und des Imperialismus ihre demokratische Führerstellung unter den Nationen längst eingebüßt und steuern heute auf den Faschismus zu, und durch diesen Niedergang der kapitalistischen Demokratie werden die bürgerlichen Illusionen unter den Arbeitern schnell zerstört. Zweitens wird die Arbeiterklasse rasch immer homogener. Die Massen der Einwanderer haben zum größten Teil die englische Sprache erlernt und sich den Sitten des Landes angepaßt. Ihre Nachkommen in der zweiten und dritten Generation haben ihre nationale [773:] Vergangenheit zwar nicht vergessen, fühlen sich aber ganz als Amerikaner. Dazu kommt, daß sich zwischen den schwarzen und den weißen Arbeitern eine wirkliche Solidarität in der Organisationsfrage und im Handeln entwickelt. Drittens gibt es seit mindestens 60 Jahren keinen freien Boden mehr, und die Hoffnung, eine Farm zu erwerben, haben die Arbeiter praktisch aufgegeben. Viertens sind im Zusammenhang mit der Entwicklung der Truste die traditionellen Hoffnungen der Arbeiter, eines Tages kleine Geschäftsleute oder Industrielle zu werden, unaufhaltsam dahingeschwunden, und heute ist unter der Masse der Arbeiterklasse wenig mehr davon übriggeblieben als gelegentliche illusorische Spekulationen auf die „Eröffnung einer Tankstelle“. Heute hoffen die Arbeiter in ihrer großen Masse zwar noch, daß es ihre Kinder einmal „zu etwas bringen werden“, für sich selbst aber haben sie sich damit abgefunden, als Arbeiter zu leben und zu sterben, wodurch natürlich die Aussichten für die Entwicklung des Klassenbewußtseins verbessert werden. Fünftens sind die Löhne der amerikanischen Arbeiter zwar im allgemeinen noch immer höher als die Löhne in Europa, doch beruhen sie auf einer höchst unsicheren Grundlage, so daß dies Haupthindernis für die Entwicklung einer sozialistischen Perspektive unter den Arbeitern mehr und mehr beseitigt wird. Die Bedrohung der amerikanischen Löhne gefährdet die privilegierte Stellung der Arbeiteraristokratie und ebenso die der reaktionären Gewerkschaftsbürokratie, die sich auf diese Aristokratie stützt.

Die Verelendung der Arbeiter

Was das von jeher höhere amerikanische Lohnniveau vor allem bedroht, ist – nach dem Ausdruck von Marx – die relative Verelendung der Arbeiter. Sie geht in immer wachsendem Ausmaße in den Vereinigten Staaten wie in allen kapitalistischen Ländern vor sich. Nimmt man alle Faktoren – die Löhne, die Preise und die Produktivität – zusammen, so werden die amerikanischen Arbeiter schlimmer ausgebeutet und erhalten einen kleineren Anteil an dem, was sie produ-[774:]zieren, als vor einem halben Jahrhundert. „1939“, sagt Perlo, „erhielten die Unternehmer nicht nur ein doppelt so großes Produkt von jedem Arbeiter wie vierzig Jahre zuvor, sondern sie behielten auch einen viel größeren Teil des Produkts für sich selbst; ihr Profit je Arbeiter war also um weit über 100 Prozent gestiegen.“[2] Auch die Labor Research Association stellt fest: „Die ‚relative Position‘ der Fabrikarbeiter lag im Jahre 1949 um 34 Prozent unter dem Stande des vorigen Jahrhunderts ... Der Index sank von 100 im Jahre 1899 auf 66 im Jahre 1948, sogar nach der unzulänglichen Regierungsstatistik.“[3] Das USA-Arbeitsministerium bestätigt bei dem Versuch, zugunsten des amerikanischen Kapitalismus zu argumentieren, unwissentlich die obigen Schlußfolgerungen Perlos und: der Labor Research Association durch die Feststellung, daß die Reallöhne sich in den Vereinigten Staaten zwar seit 1900 etwa verdoppelt haben (was eine grobe Fälschung ist), die Produktivität der Arbeiter sich dagegen in dem gleichen Zeitraum vervierfacht oder verfünffacht hat.[4] Kuczynski sagt, daß sich die relative Position der amerikanischen Industriearbeiter in den letzten siebzig Jahren sehr erheblich verschlechtert habe.[5]

---

2 Victor Perlo, „Der amerikanische Imperialismus“, S. 264.

3 Labor Research Association, “Economic Notes”, April 1951.

4 Siehe “Menthly Labor Review”, Juli 1951.

5 Jürgen Kuczynski, “A Short History of Labour Conditions under Industrial Capitalism”, Bd. II, S. 172.

Tatsächlich ist in keinem anderen Lande der Welt die *relative* Verelendung der Arbeiter so klar erkennbar wie in den Vereinigten Staaten. Nirgends werden die Arbeiter trotz all ihrer angeblich hohen Löhne so rücksichtslos ausgebeutet wie in den Vereinigten Staaten. Diese rücksichtslose Ausbeutung und *relative* Verelendung muß notwendigerweise Erscheinungen zur Folge haben wie die Überproduktion, die zyklischen Wirtschaftskrisen, die Massenarbeitslosigkeit, das Sinken des Lebensstandards, die Entwicklung des Klassenbewußtseins und schließlich den Zusammenbruch des kapitalistischen Systems.

Das zweite Moment, das im Zusammenhang mit dem Absinken der höheren Reallöhne der amerikanischen Arbeiter [775:] berücksichtigt werden muß, ist, daß die *relative* Verelendung im Kapitalismus unausweichlich zur *absoluten* Verelendung der Arbeiter führt. Das ist deutlich zu erkennen in der gesamten übrigen kapitalistischen Welt, wo die Auswirkungen des kapitalistischen Systems – Ausbeutung, Wirtschaftskrisen und Kriege – die werktätigen Massen in tiefste Armut gestürzt haben. Die Auswirkungen dieses ökonomischen Gesetzes sind aber auch sehr deutlich erkennbar in den Vereinigten Staaten, wo ungeheure Massen der Arbeiter trotz der enormen Produktionssteigerung der letzten Zeit in erbärmlichen Verhältnissen leben.

Erst vor wenigen Jahren sprach Roosevelt davon, daß ein Drittel der Nation in schlechten Wohnungen lebe, schlecht gekleidet und schlecht ernährt sei – und das in einem Lande mit der höchsten Arbeitsproduktivität in der Welt! Das allgemein anerkannte Heller-Budget veranschlagte im Jahre 1948 einen Wochenlohn von 79,04 Dollar als Voraussetzung für eine anständige Lebenshaltung einer durchschnittlichen Arbeiterfamilie. Über ein diesem Budget entsprechendes Einkommen verfügten indessen nur 67 Prozent der Bevölkerung, und die Durchschnittslöhne der Fabrikarbeiter lagen bei nur 54,48 Dollar. Im Jahre 1939 bezog eine Oberschicht, die nur 1 Prozent der Bevölkerung umfaßte, 12 Prozent des Nationaleinkommens.[6] Wie weit die Armut heute in den Vereinigten Staaten verbreitet ist, wurde kürzlich in eindrucksvollster Weise durch einen Kongreßbericht offenbar, der zu der Feststellung gelangte, daß heute 10,5 Millionen Familien, das ist etwa ein Viertel aller Familien, mit 2000 Dollar oder weniger jährlich auskommen müssen, also regelrecht in Armut leben.[7] Gegenwärtig sind von den 17 Millionen Frauen, die in der Industrie arbeiten, 50 Prozent verheiratet, was bedeutet, daß in den meisten Fällen mindestens zwei Personen arbeiten müssen, um die Familie angemessen zu unterhalten.

Am schwersten leiden unter der ausgedehnten *absoluten* Verelendung die Neger und die Massen der ungelernten Ar-[776:]beiter, deren Notlage durch allgemein gehaltene Regierungsstatistiken und offizielle Schönfärberei verschleiert wird. Verschlimmert wird diese Massenarmut durch neue Unsicherheiten und Schwierigkeiten infolge der industriellen Rationalisierung, die Zerrüttung des normalen Familienlebens, das frühzeitige Altern der Arbeiter, die Furcht vor Wirtschaftskrisen und Kriegen, die Einschränkung der Volksfreiheiten usw.[8]

Das USA-Volkszählungsamt veröffentlichte kürzlich einen Bericht über die Eigentumsverhältnisse in den Vereinigten Staaten. Darin wurde festgestellt, daß heute die nur ein Fünftel der Bevölkerung umfassende Oberschicht 47 Prozent der Vermögenswerte und die ebenso große untere Schicht nur 3 Prozent besitzen.[9] Von den gesamten Ersparnissen des Landes (Bankeinlagen, Versicherungen usw.) besitzen die unteren 40 Prozent der amerikanischen Familien überhaupt nichts, die oberen 10 Prozent dagegen 65 Prozent. Zur, Zeit beherrschen 200 Milliardärsfamilien die Industrie und die in Gesellschaften gebundenen Vermögenswerte der Vereinigten Staaten. Diese Polarisierung größten Reichtums und tiefster Armut ist charakteristisch für den gesamten Weltkapitalismus.

Aus dem Fortbestehen des Kapitalismus und der Vertiefung seiner allgemeinen Krise ergibt sich die Perspektive der Verschärfung und Ausdehnung der *absoluten* Verelendung der Massen in den Vereinigten Staaten. Zwar sind die Löhne der amerikanischen Arbeiter im Durchschnitt höher als die Löhne in Europa, doch ruhen sie auf einer höchst unsicheren Grundlage. Zur Zeit ergeben sie sich aus einer

---

6 Siehe Labor Research Association, "Trends in American Capitalism", New York 1948, S. 92.

7 Siehe "Report of National Social Welfare Council to a Joint Committee of Congress", August 1951.

8 Siehe Alexander Bittelman in "Political Affairs", Oktober 1951.

9 Siehe "New York Herald Tribune", 2. Dezember 1951.

forcierten Rüstungswirtschaft und nicht, wie früher einmal, aus der normalen Entwicklung der Wirtschaft. Die gegenwärtige amerikanische „Prosperität“ ist künstlich herbeigeführt und beruht auf Rüstungsproduktion und Krieg sowie auf der imperialistischen Ausbeutung zahlreicher Völker in der ganzen Welt. Die gegenwärtige Bruttoproduktion der Vereinigten Staaten im Werte von 324 Milliarden Dollar (180 Milliarden nach dem Dollarwert von 1939) ist ungeheuer aufgebläht durch die Kriegsproduktion. Diejenigen Amerikaner und die vielen Gewerkschaftsbürokra-[777:]ten, die der Ansicht sind, die „Vollbeschäftigung“ und die „hohen“ Löhne könnten auf dieser Grundlage erhalten bleiben, leben in einem schönen Wahn und werden eines Tages ein furchtbares Erwachen erleben.

Infolge des gewaltigen Rüstungsprogramms mit seiner Inflation, den hohen Steuern, den riesigen Profiten und dem Lohnstopp sinkt der Lebensstandard in den Vereinigten Staaten bereits ab. Wird dieses Programm fortgesetzt, so wird es schließlich entweder zu einem furchtbaren wirtschaftlichen Zusammenbruch oder zu einer Kriegskatastrophe kommen, und in beiden Fällen wird die *absolute* Verelendung der Massen im ganzen Lande wie eine Pest um sich greifen. Die große Wirtschaftskrise von 1929 bis 1933, als der Lebensstandard halbiert wurde, Millionen von Arbeitslosen auf der Straße lagen und der Hungertod im Lande umging, war das Ergebnis des zwangsläufigen Ablaufs des Wirtschaftslebens im kapitalistischen Amerika. Die gegenwärtige Rüstungsproduktion muß in naher Zukunft unvermeidlich zu einer ähnlichen Katastrophe führen, aber dann wird der wirtschaftliche Zusammenbruch noch furchtbarer sein. Die heutige Massenarmut im kapitalistischen Europa ist nur ein Vorgeschmack dessen, was die amerikanischen Arbeiter zu erwarten haben, wenn es ihnen nicht gelingt, die Kriegs- und Faschisierungspläne der Wallstreet zu durchkreuzen und das für ihre eigene Wohlfahrt und für die Schaffung eines gesunden Wirtschaftssystems erforderliche sozialistisch orientierte Grundprogramm durchzusetzen.

Die Lage der amerikanischen Arbeiterklasse bestätigt vollauf die Richtigkeit des von Karl Marx entdeckten allgemeinen Gesetzes der kapitalistischen Akkumulation. Marx sagt hierzu: „... daß im Maße wie Kapital akkumuliert, die Lage des Arbeiters, welches immer seine Zahlung, hoch oder niedrig, sich verschlechtern muß ... Es bedingt eine der Akkumulation von Kapital entsprechende Akkumulation von Elend. Die Akkumulation von Reichtum auf dem einen Pol ist also zugleich Akkumulation von Elend, Arbeitsqual, Sklaverei, Unwissenheit, Brutalisierung und moralischer Degradation auf dem Gegenpol ...“[10]

[778:]

Die Arbeiter werden sich dem Sozialismus zuwenden

Der auf Kosten der Ungelernten, der Neger und der ausgebeuteten Massen anderer Länder erreichte relativ höhere amerikanische Lebensstandard, vor allem unter den gelernten Arbeitern, ist ein Phänomen der Aufstiegsperiode des amerikanischen Imperialismus. Diese Löhne wird der amerikanische Kapitalismus nicht mehr zahlen können, wenn er in die Niedergangsperiode gerät, was infolge seiner eigenen inneren Widersprüche und der allgemeinen Krise des kapitalistischen Weltsystems unvermeidlich geschehen wird. Der britische Kapitalismus konnte in seiner Frühzeit und in seiner Aufstiegsperiode, wie Marx und Engels bemerkt haben, die Arbeiteraristokratie durch verhältnismäßig hohe Löhne auf Kosten der Kolonialvölker und der ungelernten Arbeiter im eigenen Lande korrumpieren. Damals bekundeten auch die britischen Arbeiter als Klasse, benebelt durch diese faule imperialistische „Prosperität“, keinerlei Interesse für den Sozialismus. Die britischen Kapitalisten prahlten, die Arbeiter auf dem Kontinent könnten vielleicht Marxisten sein, in England würden sie es nie sein.

Heute, wo es mit dem britischen Kapitalismus unaufhaltsam abwärts geht, ist das alles für immer vorbei. Infolgedessen drängt die britische Arbeiterklasse heute, nachdem ihr Lebensstandard gesunken ist, unwiderstehlich zum Sozialismus, ihrer opportunistischen sozialdemokratischen Führung zum Trotz. In den Vereinigten Staaten ist die allgemeine politische Entwicklung zwar noch nicht so weit fortgeschritten wie in Großbritannien, sie verläuft aber trotzdem unvermeidlich in der gleichen Richtung. Die amerikanische Arbeiterklasse befindet sich gegenwärtig in einer Lage, in der sie

---

10 Karl Marx, „Das Kapital“, Bd. I, S. 680. [MEW 23, S. 675]

angesichts der fortschreitenden Krise und Verarmung zweifellos ebenfalls begreifen wird, daß sie ihren Lebensstandard nur verteidigen und verbessern kann, wenn sie den Weg einschlägt, der schließlich zum Sozialismus führt.

Da die Position des amerikanischen Imperialismus verhältnismäßig stark ist, bekunden die breiten Massen der Arbeiter-[779:]klasse gegenwärtig verhältnismäßig wenig Interesse für den Sozialismus. Die besondere Art von bürgerlichen. Illusionen, die heute unter den meisten amerikanischen Arbeitern und ihren konservativen Führern vorherrscht, hängt mit den Namen Roosevelt oder Keynes zusammen (siehe Kapitel 33). Es handelt sich dabei um die falsche Theorie, ein „progressiver Kapitalismus", der die Vollbeschäftigung gewährleisten könne, lasse sich durch Regierungssubventionen für die Industrie und die Landwirtschaft sowie durch Unterstützungen für die Arbeiter schaffen. Diese an Keynes anknüpfenden Vorstellungen spielen in den Vereinigten Staaten etwa die gleiche politische Rolle wie die Theorien der rechten Sozialdemokraten in Europa, insofern sie die Arbeiter an das kapitalistische System fesseln. Die europäischen rechten Sozialdemokraten, die es mit einer radikaleren Arbeiterschaft zu tun haben, würzen zwar ihren Reformismus mit viel Gerede von der Nationalisierung der Industrie, unabhängigem politischem Handeln und Sozialismus, doch beruht auch ihr ökonomisches und politisches Programm auf der an Keynes orientierten Vorstellung von einem „progressiven Kapitalismus".

Die amerikanische Sozialdemokratie hat sich vorbehaltlos einem bürgerlichen Reformismus verschrieben, dessen jüngster Ausdruck die Theorien von Keynes sind, und hat die einst von ihr betriebene Propaganda für den Sozialismus völlig aufgegeben. Ihre Kapitulation offenbarte sich in der Form, daß sie die verschiedenen Spielarten des sogenannten progressiven Kapitalismus nacheinander akzeptierte – Theodore Roosevelts Square Deal (1912), Woodrow Wilsons New Freedom (1916) und Franklin D. Roosevelts New Deal (1932) sowie gegenwärtig Trumans demagogischen Fair Deal. Heute sind „Sozialisten" wie Dubinsky und Reuther praktisch nicht zu unterscheiden von Green und Murray, was ihre allgemeine politische Perspektive betrifft. Die Kämpfer für den Sozialismus sind die Kommunisten.

Das kapitalistische System in den Vereinigten Staaten ist ein Koloß auf tönernen Füßen. Der amerikanische Imperialismus wird die ideologische und organisatorische Kontrolle über die Arbeiterschaft in dem Maße verlieren, wie seine beherrschende [780:] Stellung in der Welt schwächer wird, und sie muß schwächer werden, weil die allgemeine Krise des Kapitalismus sich unvermeidlich vertieft. Dann wird die Arbeiterklasse, wie Engels schon vor Jahren bemerkte, sehr schnell politisch reif werden. Die Arbeiter werden sich ihrer bürgerlichen Illusionen und ihrer reaktionären Führer rasch entledigen, wie sie es in vielen Ländern bereits getan haben.

In den letzten 20 Jahren haben die amerikanischen Arbeiter, obwohl Illusionen hinsichtlich einer kapitalistischen „Prosperität" noch immer unter ihnen lebendig sind, in politischer und organisatorischer Beziehung wesentliche Fortschritte gemacht. Das zeigte sich bei den Massenkämpfen der Arbeitslosen, beim Aufbau des CIO und der unabhängigen Gewerkschaften, bei der Organisierung der Massen der Negerarbeiter, bei der Entwicklung des Sozialversicherungsprogramms, bei dem immer stärker werdenden Drang nach selbständigem politischem Handeln und dem fortgesetzten Kampf gegen Faschismus und Krieg. Diese bedeutsamen politischen Vorgänge, bei denen die Kommunistische Partei eine sehr wichtige Rolle spielte, sind zuverlässige Anzeichen dafür, daß das Klassenbewußtsein der amerikanischen Arbeiter stärker wird.

Da die allgemeine Krise des Kapitalismus sich vertieft und den amerikanischen Imperialismus in wachsende wirtschaftliche Schwierigkeiten verwickelt, wird die politische Entwicklung der Arbeiterklasse in naher Zukunft sogar beschleunigt werden. Fortschrittlichere ökonomische und politische Forderungen, eine große selbständige Partei mit der Arbeiterschaft als Basis, eine breite Volksfrontbewegung, eine fortschrittliche Gewerkschaftsführung, die Entwicklung einer sozialistischen Ideologie und einer kommunistischen Massenpartei – das ist der Weg, den die amerikanischen Arbeiter ebenso unvermeidlich gehen werden, wie ihn die Arbeiter in anderen kapitalistischen Ländern gegangen sind. Viel eher, als die machttrunkene herrschende Klasse der Kapitalisten es sich heute träumen

läßt, werden die amerikanischen Arbeiter auf der politischen Bühne in den Vereinigten Staaten erscheinen. Bei dieser entscheidungsschweren Entwicklung wird die Kommunistische Partei naturgemäß mehr und mehr eine führende Rolle spielen.

[781:]

Der amerikanische Weg zum Sozialismus

Der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus schließt eine grundlegende Reorganisation der Volkswirtschaft ein, die Ersetzung des Privateigentums an den Produktionsmitteln durch das gesellschaftliche Eigentum, und auch eine entscheidende politische Umstellung von der tyrannischen Herrschaft einer kleinen Gruppe von Monopolisten auf das demokratische Regime der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten, das zur Abschaffung der Klassengesellschaft führt. Es handelt sich also um eine Revolution. Der Kapitalismus hat sich in allen wichtigeren Ländern mit Hilfe von Revolutionen durchgesetzt. Diese in der Frühzeit und fortschrittlichen Periode des Kapitalismus durchgeführten Revolutionen hatten einen positiven Charakter. In den Vereinigten Staaten haben zwei solche bürgerlichen Revolutionen stattgefunden: die Revolution von 1776 bis 1783, die die nationale Unabhängigkeit brachte, und die Revolution von 1861 bis 1865, die die Negersklaverei abschaffte. Der Weg der Arbeiter zum Sozialismus wird unendlich fortschrittlicher sein als die bürgerlichen Revolutionen, weil er Demokratie und Wohlstand für die breiten Massen des Volkes nicht nur verspricht, sondern wirklich auch schafft.

Der Sozialismus ist keine Erfindung der Kommunisten, wie die Reaktionäre behaupten. Ebensowenig ist die Abschaffung des Kapitalismus das Ergebnis einer kommunistischen Verschwörung. Im Gegenteil, der Sozialismus erwächst aus den andauernden Tageskämpfen der Arbeiter. Er ist der letzte Ausdruck und der Höhepunkt dieser Kämpfe. Die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten, die Neger, die kleinen Farmer, die Intellektuellen und andere, die die große Mehrheit der Bevölkerung bilden, werden im Kapitalismus ökonomisch und politisch immer mehr unterdrückt. Besonders sind sie von Krieg und Faschismus bedroht. Diese Gefahren werden dadurch vergrößert, daß das kapitalistische System immer tiefer in eine allgemeine Krise versinkt. Die Massen müssen sich unweigerlich immer fester zusammenschließen und immer energischer zur Wehr setzen, um der wachsenden Gefahr des wirtschaftlichen Zusammenbruchs, der Verelendung, des Faschismus und eines [782:] neuen Weltkriegs Herr zu werden. Die täglichen Kämpfe für weitergehende und immer dringlichere Forderungen, bei denen die Kommunistische Partei mehr und mehr die Führung übernimmt, wachsen sich schließlich zu einer gewaltigen Bewegung aus, um das kapitalistische System selbst als die Quelle der unerträglichen Leiden des Volkes zu beseitigen. Die Kämpfe der Arbeiter für ihre Tagesforderungen, in deren Verlauf sie sich die erforderlichen wirtschaftlichen Organisationen schaffen, die Kommunistische Partei aufbauen, Klassenbewußtsein erwerben, ein Programm entwickeln und sich demokratische Rechte erkämpfen, sind ein organischer Bestandteil des geschichtlichen Kampfes für den Sozialismus. So hat sich die politische Entwicklung im wesentlichen in allen Ländern vollzogen, in denen der Sozialismus geschaffen worden ist oder zur Zeit geschaffen wird. Der Zusammenbruch des kapitalistischen Systems macht den Sozialismus überall in der Welt, auch in den Vereinigten Staaten, sowohl unumgänglich als auch unvermeidlich.

Die zentrale Aufgabe der Kommunistischen Partei mit ihrer marxistisch-leninistischen Schulung und in ihrer Rolle als Vorhut der Arbeiterklasse und der Nation besteht darin, der elementaren antikapitalistischen Massenbewegung die notwendige Einsicht, Organisation und Führung zu geben. Anders könnten die Arbeiter und ihre Verbündeten niemals zum Sozialismus, ihrem geschichtlichen Ziel, gelangen. Die Kommunistische Partei drängt sich nicht, wie das Justizministerium behauptet, den werktätigen Massen auf, um ihnen ein fremdes Programm aufzuzwingen. Die Partei ist vielmehr vom gleichen Fleisch und Blut wie die Arbeiterklasse. Sie marschiert stets in der vordersten Front der Arbeiterklasse, verleiht ihren Interessen den klarsten Ausdruck und führt sie und ihre Verbündeten schließlich zu dem großen Ziel des Sozialismus, in dem die gesamte geschichtliche Erfahrung der Arbeiterklasse kulminiert.

Die Kommunistische Partei plant und arbeitet dafür, daß der tägliche Klassenkampf und auch der Fortschritt zum Sozialismus sich in demokratischen Formen vollziehen. In der Präambel zum Statut

der Partei wird diese Politik folgendermaßen formuliert: „Die Kommunistische Partei schützt die Errungen-[783:]schaften der amerikanischen Demokratie und verteidigt die Verfassung der Vereinigten Staaten und ihre Grundrechte gegen ihre reaktionären Feinde, die die Demokratie und die Freiheiten des Volkes vernichten möchten. Sie ist bestrebt, die Wohlfahrt des Volkes und der Nation zu bewahren, in der Erkenntnis, daß die Arbeiterklasse mit Hilfe ihrer Gewerkschaften und durch ihr unabhängiges politisches Handeln der konsequenteste Kämpfer für die Demokratie, die nationale Freiheit und den sozialen Fortschritt ist."

Die Kommunisten sind führend im Kampf gegen die beiden Hauptgefahren der Gewaltanwendung in der modernen Gesellschaft, den imperialistischen Krieg zwischen den Nationen und den faschistischen Bürgerkrieg, die beide von den Kapitalisten ausgehen. Die demokratischen Ziele der Kommunistischen Partei stehen im Einklang mit den Schriften von Marx, Engels, Lenin und Stalin, mit der Richtung der Tageskämpfe der Arbeiter und ihrer Verbündeten und mit ihrer weltumspannenden Erfahrung beim Aufbau des Sozialismus. Die Gefahr der Gewaltanwendung im täglichen Klassenkampf und in dem unvermeidlichen und unerläßlichen Fortschritt der Arbeiter und der Nation zum Sozialismus könnte einzig von seiten der Kapitalistenklasse kommen, die, wenn sie ihre Profite bedroht und sich selbst in ihrer einträglichen Machtstellung gefährdet sieht, alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel anwendet, um die demokratischen Bestrebungen des Volkes zu vereiteln. Denn schon der große Marx hat sehr richtig gesagt, daß die Geschichte keinen Fall kennt, in dem eine herrschende Klasse ihre Vormachtstellung ohne verzweifelten Kampf aufgegeben hätte.

Es gibt keinen Zeitplan und keine Schablone für den Sozialismus. Das amerikanische Volk wird unter der Führung der Arbeiterklasse den Weg zum Sozialismus in dem ihm geeignet erscheinenden Zeitpunkt und mit seinen eigenen Methoden beschreiten. Lenin sagt: „Alle Nationen werden zum Sozialismus gelangen, das ist unausbleiblich, aber aber keine auf genau die gleiche Art und Weise, jede wird zu dieser oder jener Form der Demokratie, zu dieser oder jener Abart der Diktatur des Proletariats, zu diesem oder jenem Tempo der sozialistischen Umgestaltung der verschiedenen Seiten des gesell-[784:]schaftlichen Lebens etwas Eigenes beitragen."[11] Die Erfahrung der Arbeiter in Rußland, China, Polen, der Tschechoslowakei und anderen Ländern bei ihrem Vormarsch zum Sozialismus hat diesen Satz Lenins bestätigt, und der schließliche Verlauf der Ereignisse in den Vereinigten Staaten wird ihn zweifellos ebenfalls bestätigen.

Die amerikanischen Verhältnisse und die Welterfahrungen des Sozialismus machen es indessen sehr wahrscheinlich, daß das amerikanische Volk auf seinem Wege zum Sozialismus wie viele andere Völker nacheinander die Etappen der Volksfront und der Volksdemokratie durchlaufen wird. Dabei aber werden zweifellos die spezifisch amerikanischen Verhältnisse zur Geltung kommen. Wie in den Vereinigten Staaten die Losung der Volksfront den jeweiligen besonderen Verhältnissen angepaßt worden ist (Beispiele sind die Farmer-Labor Party, die demokratische Front, die Roosevelt-Koalition und gegenwärtig die Friedenskoalition), so werden sich auch mit ziemlicher Sicherheit spezifisch amerikanische Formen und Anwendungsweisen der Volksdemokratie und ihrer Losungen ergeben.

Der wesentliche Unterschied zwischen diesen beiden Staatsformen besteht darin, daß die Volksfrontregierung noch im Rahmen des kapitalistischen Systems fungiert, die Volksdemokratie dagegen eine Form der Diktatur des Proletariats ist. In beiden Regierungstypen würden, nach den sonstigen Erfahrungen zu urteilen, mehrere Parteien vertreten sein. Angesichts der entscheidenden Aufgaben, vor die sich die demokratischen Massen gestellt sehen, würde der Einfluß der Kommunistischen Partei (oder einer Arbeiterpartei ganz allgemein, die sich auf eine Vereinigung der fortgeschrittensten Elemente unter den Arbeitern, den Farmern, den Negern usw. stützt) notwendigerweise von entscheidender Bedeutung sein, speziell in der Volksdemokratie; denn nur unter marxistisch-leninistischer Führung kann die Nation zum Sozialismus gelangen.

Die Sowjets sind die höchste Form der Diktatur des Proletariats, aber sie sind nicht die einzige Form. Die Volksdemokratie repräsentiert einen neuen und klar umrissenen Typus [785:] der Herrschaft des

---

11 W. I. Lenin, „Über eine Karikatur auf den Marxismus"; Werke, 4. Ausgabe, Bd. 23, S. 58, russ. [LW 23, S. 64]

Proletariats. Sie ist insbesondere entstanden durch die Radikalisierung breitester Massen des Volkes, die mächtige Entwicklung des Lagers des Weltsozialismus und den ständigen Niedergang des Weltkapitalismus.

Im Einklang mit diesen allgemeinen Prinzipien und Perspektiven empfiehlt die Kommunistische Partei schon seit längerer Zeit die reguläre Wahl einer umfassenden Koalitionsregierung auf Grund der Verfassung der Vereinigten Staaten. Es wäre dies eine amerikanische Variante der Volksfront, in der die politischen und wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter, des Negervolks, der kleinen Farmer, der Intellektuellen und der übrigen demokratischen Schichten vertreten sein müßten, die die große Masse des amerikanischen Volks bilden. In der Wahlkampagne von 1948 formulierte die Kommunistische Partei diese politische Linie durch ihren Generalsekretär Eugene Dennis folgendermaßen: „Für eine Volksregierung, die die Sache des Friedens, der Sicherheit und der Demokratie fördert! Für eine antiimperialistische, antimonopolistische Regierung! Was mit dieser Losung gemeint ist, das ist, darüber muß Klarheit geschaffen werden, ein politisches Ziel, in dem das Einheitsfrontprogramm seine Widerspiegelung findet, durch das alle demokratischen und antiimperialistischen Kräfte einschließlich der Bewegung für eine dritte Partei in einer umfassenden Koalition zusammengefaßt werden.“[12] Obwohl die Gefahr des Faschismus in den USA sehr groß ist, stehen die Kommunisten auf dem Standpunkt, daß die Arbeiter und ihre Verbündeten eine solche Volksfrontregierung auf dem Boden der Verfassung durch energisches Handeln zustande bringen könnten.

Darüber hinaus hat die Kommunistische Partei in der praktischen Politik nichts geplant. Aber es ist klar, daß eine solche Volksfrontregierung wahrscheinlich zustande käme, wenn die breiten Massen des Volkes angesichts einer ernsten politischen Krise dringend danach verlangen würden, um ihre ureigensten Interessen zu verteidigen. Eine solche Situation ergibt sich in der politischen Perspektive für die Vereinigten Staaten mit Sicherheit aus der Vertiefung der allgemeinen Krise des Welt-[786:]kapitalismus, die durch die aggressive Kriegspolitik der Wallstreet noch verschärft worden ist.

Eine Volksfrontregierung in den Vereinigten Staaten stünde vor der großen Aufgabe, die Arbeiter und die Massen des Volkes vor einer verheerenden Krise, vor den Folgen des Zusammenbruchs des Kapitalismus und der reaktionären Politik des Großkapitals zu bewahren. Ihr Programm würde daher notwendigerweise energische Maßnahmen umschließen, um den Weltfrieden zu erhalten beziehungsweise herzustellen, die demokratischen Volksrechte zu erhalten und zu erweitern, die Wirtschaft in Gang zu halten, den Lebensstandard des Volkes wesentlich zu verbessern sowie die ökonomische, politische und soziale Gleichberechtigung des Negervolks und sein. Selbstbestimmungsrecht in dem Schwarzen Gürtel des Südens zu verwirklichen.

Da aber eine solche demokratische Volksregierung der Kriegs- und Faschisierungspolitik des Monopolkapitals im Wege stünde, müßte sie im Prozeß ihrer Bildung wie in ihrer Arbeit auf den heftigsten Widerstand seitens der Monopolherren und ihrer sozialdemokratischen Lakaien stoßen. Wer die amerikanische Kapitalistenklasse kennt, deren Geschichte erfüllt ist von Aggressionskriegen, rücksichtsloser Bekämpfung von Streiks, erbarmungsloser Ausbeutung der Industriearbeiter, brutaler Unterdrückung des Negervolks usw., der ist sich darüber klar, daß die Reaktionäre alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel des Verrats seitens der sozialdemokratischen Führer und der offenen Gewalt anwenden würden, um eine Regierung, die ihrer Herrschaft und ihrer Volksausplünderung ein Ende machen würde, zu verhindern oder zu stürzen. Die Volksregierung könnte also zunächst einmal nur dadurch zustande kommen sowie am Leben erhalten und zur Durchführung ihres fortschrittlichen Programms befähigt werden, daß dieser Verrat seitens der sozialdemokratischen Führer und diese kapitalistische Gewaltanwendung vereitelt würden.

Mit der späteren Schaffung einer sozialistischen Regierung auf der Basis einer Volksdemokratie in der zweiten Etappe der Entwicklung würde das amerikanische Volk logischer- und notwendigerweise dazu übergehen, den Staat zu reorgani-[787:]sieren und zu demokratisieren. Es würde von Marx und aus seinen eigenen Erfahrungen lernen, daß die Arbeiter den bürgerlichen Staatsapparat nicht einfach

---

12 Eugene Dennis in “Political Affairs”, März 1948.

übernehmen und zum Aufbau des Sozialismus benutzen können. Im Rahmen der Volksdemokratie würde das amerikanische Volk allmählich einen höheren Typus der Demokratie und des demokratischen Staates entwickeln, um eine sozialisierte Wirtschaft aufzubauen und sich selbst zum wahren Herrn des Landes zu machen. Wären die Arbeiter erst einmal an der Macht, so würde sich der Übergang vom Sozialismus zu dem höheren Stadium des Kommunismus allmählich und friedlich vollziehen.

Das ist in Kürze „der amerikanische Weg zum Sozialismus“ auf der Grundlage der amerikanischen Verhältnisse und der sozialistischen Erfahrung der Arbeiter in der ganzen Welt. Diese Skizze soll aber keineswegs eine Schablone sein. Wenn die amerikanische Arbeiterklasse wirklich zur Errichtung des Sozialismus schreitet, weil die sich vertiefende Krise des Kapitalismus dies zur gebieterischen Notwendigkeit macht, so wird sie die besten, kürzesten und für das amerikanische Volk geeignetsten Wege und Methoden wählen. Was indessen aus dieser Analyse klar hervorgeht, ist, daß die Kommunistische Partei im Hinblick auf das Endziel des Sozialismus in den Vereinigten Staaten stets einen friedlichen und demokratischen Weg zum Sozialismus sucht und dabei jederzeit auf die Unterstützung durch die große Mehrheit des amerikanischen Volkes bedacht ist. Das hat auch der Oberste Gerichtshof in einem seltenen Anfall von Objektivität im Jahre 1942 in dem Fall Schneiderman klar ausgesprochen. Die werktätigen Massen in den USA, wie in allen anderen Ländern, sind im Grunde die Erhalter und Verteidiger des Friedens und der Demokratie, und diesen grundsätzlichen Kurs werden sie auch bei ihrem schließlichen Vormarsch zum Sozialismus zu steuern bemüht sein.

Die kommunistischen Parteien in anderen Industrieländern, in denen sie sich ähnlichen Verhältnissen wie in den Vereinigten Staaten gegenüber sehen, haben im allgemeinen eine ähnliche Auffassung von der Art der demokratischen Errichtung des Sozialismus. So fordert die Kommunistische Partei Großbritanniens in ihrem „Der britische Weg zum Sozialismus“ [788:] überschriebenen Programm die Wahl „eines Volksparlaments und einer Regierung, die ihre Stärke aus einer Einheitsbewegung des Volkes gewinnt, deren Kern die Arbeiterklasse bildet“. Zu der Frage eventueller kapitalistischer Gewaltanwendung erklärt das Programm: „Die von der Arbeiterklasse geführte und fest auf die Betriebe gestützte große und umfassende Volkskoalition, die die Volksregierung auf demokratischem Wege an die Macht gebracht hat, wird stark genug sein, um mit den Angriffen der kapitalistischen Kriegstreiber und ihrer Agenten fertig zu werden.“

Lehren der kommunistischen Welterfahrung

In einer kapitalistischen Welt, die immer tiefer in die allgemeine Krise versinkt und in der die Kapitalisten in ihrem verzweifelten Bemühen, ihre unlösbaren Probleme zu lösen, naturgemäß auf einen Weltkrieg und einen faschistischen Bürgerkrieg hinarbeiten, sind die wichtigsten Verteidiger des Friedens und der Demokratie im eigenen Lande wie in der ganzen Welt die von der kommunistischen Partei geführten Arbeiter und ihre Verbündeten. Die durch und durch friedliche und demokratische Politik der Kommunisten offenbart sich heute eindrucksvoll in ihrem die ganze Welt umspannenden Kampf, um die Wiedergeburt des Faschismus und den Ausbruch eines dritten Weltkrieges zu verhindern.

Ein glänzendes Beispiel für diese allgemeine Politik der Zügelung kapitalistischer Gewaltanwendung im eigenen Lande und im internationalen Maßstabe war der weltumspannende Kampf der Kommunisten zur Niederschlagung des Faschismus und zur Verhinderung des Krieges in den dreißiger Jahren. Damals orientierten sich die großen Monopolkapitalisten in vielen Ländern unter dem Zwang der allgemeinen Krise des Kapitalismus und ihres eigenen schonungslosen imperialistischen Machtstrebens auf die brutalen Gewaltmethoden des Faschismus und des Krieges. Um diese doppelte Gefahr abzuwehren, kämpften die Kommunisten für die Schaffung von Volksfrontregierungen auf breitester Basis in den betreffenden Ländern, um die Demo-[789:]kratie zu festigen und den faschistischen Bürgerkrieg abzuwenden. Im internationalen Maßstabe arbeiteten die Kommunisten unermüdlich für die Schaffung einer mächtigen Weltfront aller demokratischen Mächte, um die aggressiven faschistischen Achsenmächte im Zaum zu halten und einen Weltkrieg abzuwenden.

Mit dieser Politik wollten die Kommunisten vor allem den Krieg und den Bürgerkrieg verhindern, die demokratischen Institutionen in den betreffenden kapitalistischen Ländern erhalten und festigen, die raubgierigen kapitalistischen Staaten zum Zusammenleben ohne gegenseitige Zerfleischung

zwingen und das friedliche Nebeneinanderbestehen des Sozialismus und des Kapitalismus in der Welt erreichen. Das waren die entscheidenden demokratischen Aufgaben, vor die sich die Arbeiter damals auf ihrem Wege zum Sozialismus gestellt sahen.

Damals konnten die Kommunisten und ihre Verbündeten in vielen Ländern den Bürgerkrieg und den Faschismus verhindern. Wenn sie den zweiten Weltkrieg nicht abwenden konnten, so in erster Linie deshalb, weil der Verrat der Sozialdemokratie die Arbeiter in ihrem Streben nach Demokratie und Frieden entzweite und schwächte. Heute aber, wo die Arbeiter und die übrigen demokratischen Massen sehr viel stärker sind als in den dreißiger Jahren, haben sie, im Einklang mit den Grundsätzen der kommunistischen Politik, weit größere Möglichkeiten, ihr Programm des sozialen Fortschritts voranzutreiben und gleichzeitig das Monopolkapital, das infolge des Zusammenbruchs des kapitalistischen Systems und der enormen Festigung der demokratischen Kräfte in der ganzen Welt zu jeder Verzweiflungstat fähig wird, daran zu hindern, die einzelnen kapitalistischen Länder in einen faschistischen Bürgerkrieg zu treiben und die Welt in die Katastrophe eines Atomkrieges zu stürzen.

Auch die Geschichte der verschiedenen proletarischen und Volksrevolutionen seit dem ersten Weltkriege beweist eindeutig, daß die Kommunisten in anderen Ländern sowie in den Vereinigten Staaten bemüht sind, den unvermeidlichen Übergang der Gesellschaft vom Kapitalismus zu dem höheren Stadium des Sozialismus so friedlich wie möglich zu gestalten. So forderte zum Beispiel Lenin in der großen russischen Revolution von 1917 [790:] die Eroberung der Führung in den Sowjets, die noch nicht von den Bolschewiki geführt wurden, durch geduldige, systematische und beharrliche Aufklärung. In der „Geschichte der KPdSU (B)“ heißt es darüber: „Das bedeutete, daß Lenin nicht zum Aufstand gegen die Provisorische Regierung aufrief, die in diesem Momente das Vertrauen der Sowjets genoß, daß er nicht ihren Sturz forderte, sondern danach strebte, durch Aufklärungs- und Werbearbeit die Mehrheit in den Sowjets zu gewinnen, ... die Zusammensetzung und die Politik der Regierung zu ändern. Das war die Einstellung auf eine friedliche Entwicklung der Revolution.“[13] Kerenski aber glaubte wie so viele andere, er könne die Revolution mit Gewalt aus der Welt schaffen. Die Welt weiß, wozu seine Torheit geführt hat. Lenin war der größte aller Vorkämpfer des Friedens und der Demokratie.

Die Schaffung der osteuropäischen Volksdemokratien in Polen, der Tschechoslowakei, Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Albanien demonstrierte die Grundsätze der kommunistischen Politik des friedlichen Weges zum Sozialismus. Die Marionettenregierungen Hitlers in diesen Ländern wurden im Kriege durch die Sowjetarmee und die Völker gestürzt. Nach dem Friedensschluß wurden ordnungsgemäß und verfassungsmäßig demokratische Regierungen gewählt, die auf Koalitionen aller antifaschistischen Parteien einschließlich des Kleinbürgertums, der Bauernschaft, der Sozialisten und anderer Parteien beruhten. Diese demokratischen Elemente brachen jeglichen Widerstand, den die Reaktionäre noch organisieren konnten. Auf demokratischem und friedlichem Wege entwickelten sich diese Regimes zu Volksdemokratien, die dann im demokratischen Auftrag ihrer Völker und unter der Führung der kommunistischen Parteien auf dem Wege zum Sozialismus weiterschritten.

Auch in China sind für den Bürgerkrieg im Zuge der großen Volksbefreiungsrevolution einzig und allein der Reaktionär Tschiang Kai-schek und die hinter ihm stehenden ausländischen Imperialisten verantwortlich. Im Anfang der zwanziger Jahre bildeten die Kommunisten, die eine friedliche und demokratische Entwicklung Chinas erstrebten, eine Einheitsfront mit der Kuomintang; nachdem Tschiang aber im Jahre 1927 seine [791:] politische Machtstellung gefestigt hatte, sprengte er diese Einheitsfront bedenkenlos und machte den vergeblichen Versuch, die Kommunistische Partei in Strömen von Blut zu ertränken. Während des zweiten Weltkrieges gingen die chinesischen Kommunisten unter der hervorragenden Führung Mao Tse-tungs nochmals ein Einheitsfrontbündnis mit Tschiang zum Kampf gegen die Japaner ein. Die Kommunisten gaben sich die größte Mühe, diese Koalition in die Nachkriegszeit zu übernehmen. Tschiang aber sprengte im Auftrag der Wallstreet auch diesmal bewußt die Einheitsfront mit den Kommunisten und eröffnete im Jahre 1946 den Bürgerkrieg, um die Kommunistische Partei zu vernichten und die ungeheuren Massen ihrer Anhänger zu zerstreuen.

---

13 „Geschichte der KPdSU (B)“, S. 233.

Nachdem aber Tschiang, wie vor ihm Kerenski, den kommunistischen Weg des Friedens verlassen und den Weg des Bürgerkriegs gewählt hatte, mußte er schließlich den Sturz seines eigenen Regimes erleben. Anderen, die den Versuch machen sollten, sich dem demokratischen Vormarsch des Volkes zum Sozialismus gewaltsam in den Weg zu stellen, wird es nicht besser ergehen als Kerenski oder Tschiang Kai-schek.

Der Versuch der Truman-Regierung, die Kommunistische Partei unter dem Vorwand, sie propagiere den gewaltsamen Sturz der Regierung der Vereinigten Staaten, zu vernichten, stützt sich auf Lügen und ist ein abgekartetes politisches Spiel. Weder die marxistisch-leninistische Theorie noch das Programm und die Tätigkeit der KPdUSA, noch die Welterfahrung der kommunistischen Bewegung liefern eine Grundlage für derartige Beschuldigungen. Es ist eine Ironie der Geschichte, daß die Kommunisten, die überall in der Welt die leidenschaftlichsten Verteidiger des Friedens und der Demokratie sind, in den Vereinigten Staaten wegen Propagierung der Gewaltanwendung verurteilt werden, noch dazu von einer Kapitalistenklasse, die zum Ausbruch von zwei Weltkriegen beigetragen hat und zur Zeit eine dritte Massenschlächterei anzuzetteln sucht. Die Regierung verfolgt mit ihrer Hetze gegen die Kommunistische Partei den politischen Zweck, den tapferen Führer der demokratischen Massen zu vernichten, um so das Volk zu demoralisieren und seinen Widerstand gegen die verhängnisvolle Faschisierungs- und Kriegspolitik der Wallstreet zu brechen.

[792:]

38
DIE PARTEI DER ARBEITERKLASSE UND DIE NATION

Aus der Geschichte der Kommunistischen Partei der Vereinigten Staaten geht vor allem unbestreitbar hervor, daß die Partei, solange sie existiert, stets hingebungsvoll und entschlossen für die Interessen der Arbeiterklasse und des ganzen amerikanischen Volkes gekämpft hat. Auf allen Gebieten des Klassenkampfes hat sie sich in dieser Hinsicht bewährt durch ihre Aktivität, ihre politische Integrität und ihren Kampfgeist. Trotz vieler Fehler in der praktischen Arbeit hat sie die besten Traditionen der Marxisten in den ihr vorausgegangenen Organisationen: – der Socialist Party, der Socialist Labor Party, der Internationalen Arbeiter-Assoziation und dem Communist Club – sowie die klassenkämpferischen Traditionen der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung in würdiger Weise weitergeführt. Die Geschichte der Kommunistischen Partei beweist, wie lächerlich die Beschuldigungen ihrer Gegner sind, als sei die Partei „der Agent einer auswärtigen Macht" und „beute die Nöte der Arbeiter für eigennützige Zwecke aus".

Die Tätigkeit der Kommunistischen Partei der Vereinigten Staaten ist ein lebendiger Beweis für die Richtigkeit der von Marx und Engels im „Manifest der Kommunistischen Partei" getroffenen Feststellung, daß die Kommunisten „keine von den Interessen des ganzen Proletariats getrennten Interessen"[1] haben. Stets ist es das Hauptziel der Kommunistischen Partei gewesen, die Bedürfnisse der Arbeiterklasse und der Nation zu befriedigen.

[793:]

Die Kommunistische Partei als Führer der Arbeiterklasse

Als Vorhut des Proletariats hat die Kommunistische Partei eine führende Rolle beim Aufbau und in der Tätigkeit der Gewerkschaftsbewegung gespielt, seit diese ein aktiver Faktor im amerikanischen Klassenkampf wurde. Jeder Kampf der Arbeiter um höhere Löhne, kürzere Arbeitszeit oder bessere Arbeitsbedingungen hat die Kommunisten in der vordersten Front gesehen. Die Unternehmer und die Regierung wissen dies sehr wohl und haben unzählige kommunistische Streikposten und Streikführer für ihren Kampfgeist schwer büßen lassen durch Kerkerhaft, Mißhandlungen und Tod. Niemand übertrifft die Kommunisten im Streikkampf.

Bei der Organisierung der Unorganisierten, die viele Jahre lang die dringlichste Aufgabe der amerikanischen Arbeiter war, gingen die Kommunisten mehr als jede andere Gruppe bahnbrechend und unermüdlich voran. Sie kämpften für das Prinzip der Industrieverbände und gegen die Verrätereien und die Engstirnigkeit des Fachverbändlertums. Gegenüber den beschränkten Methoden der alten konservativen Gewerkschaftsführer setzten sie in den Streikkämpfen der Arbeiter eine neue Strategie und Taktik durch. Die Partei kann daher mit Recht das Verdienst beanspruchen, zum Aufbau des CIO und zur gewerkschaftlichen Durchdringung der wichtigsten Industriezweige entscheidend beigetragen zu haben.

Stets haben die Kommunisten sich vor allem darauf konzentriert, die Arbeiterklasse zum selbständigen politischen Handeln zu erziehen, die Arbeiter von der politischen Bevormundung durch die Unternehmer vermittels des Zweiparteiensystems zu befreien und zwischen ihnen und ihren natürlichen politischen Bundesgenossen ein Bündnis zustande zu bringen. Bisher gibt es in den Vereinigten Staaten von Amerika noch keine aktionsfähige Arbeiterpartei, Farmer-Arbeiter-Partei oder demokratische Koalition, doch das wird kommen, wenn die Zeit reif ist. Bei den politischen Bewegungen der Massen hat die Partei immer für die führende Rolle der Arbeiterklasse gekämpft.

[794:] Auch für die Gewerkschaftseinheit haben die Kommunisten stets unermüdlich gearbeitet. Sie widersetzten sich energisch den linkssektiererischen Bestrebungen zur Gewerkschaftsspaltung, als diese ein wirkliches Problem darstellten. Sie haben gegen die Spaltung zwischen CIO und AFL

---

1 Karl Marx und Friedrich Engels, Ausgewählte Schriften in zwei Bänden, Bd. I, S. 35. [MEW 4, S. 474]

angekämpft und sind seitdem bemüht, die Aktionseinheit und organische Einheit zwischen diesen beiden Landesverbänden zustande zu bringen. Im internationalen Maßstabe haben sich die Kommunisten nicht weniger leidenschaftlich für die Einheit eingesetzt und den amerikanischen Gewerkschaftsisolationismus und die Spaltungspolitik im Sinne von Gompers nicht weniger energisch bekämpft. Stets haben sie sich bemüht, zwischen der Gewerkschaftsbewegung der Vereinigten Staaten und derjenigen anderer Länder Verbindungen herzustellen. In letzter Zeit hat sich dies in ihrer aktiven Unterstützung des Lateinamerikanischen Gewerkschaftsbundes und des Weltgewerkschaftsbundes offenbart.

Ein anderes Problem, das die Kommunisten immer stark beschäftigt hat, ist die Gewerkschaftsdemokratie. Die Kommunisten haben einen beharrlichen Kampf geführt gegen übermäßig hohe Aufnahmegebühren, gegen die Riesengehälter der leitenden Funktionäre und vor allem gegen das diktatorische Regime von Gangstern und Reaktionären in den Gewerkschaften. In den zwanziger Jahren kämpften sie mutig gegen die von Gompers und den Sozialdemokraten protegierten Rowdys, und später war es weitgehend ihr Verdienst, daß im CIO in seiner Anfangszeit demokratische Zustände herrschten. In den heute unabhängigen linken und fortschrittlichen Verbänden herrscht eine gewerkschaftliche Demokratie, wie die amerikanische Arbeiterklasse sie in dieser Vollendung bisher noch nicht gekannt hat.

Ebenso waren die Kommunisten führend in dem Kampf der Arbeiter für Sozialversicherung in jeder Form. Ihr Kampf für die Arbeitslosenversicherung während der großen Wirtschaftskrise war einer der klassischen Kämpfe in der Geschichte der amerikanischen Arbeiterbewegung. Die ständig energischer werdenden Forderungen der Arbeiter nach einer Alterspension und anderen Formen staatlicher Versicherung, die unverkenn-[795:]bar darauf hindeuten, daß ihr Glaube an die Fähigkeit des kapitalistischen Systems, ihnen ein anständiges Auskommen zu gewährleisten, schwindet, werden von den Kommunisten aktiv unterstützt.

Besonders haben die Kommunisten sich für eine kämpferische Politik der Arbeiterklasse eingesetzt. Stets haben sie die verderbliche Politik der Klassenzusammenarbeit (das heißt der Kapitulation der Arbeiterklasse), wie sie von den Gompers, Green, Murray, Reuther und Dubinsky betrieben wurde oder wird, erbittert bekämpft, sowohl in den zwanziger Jahren, als diese Politik Antreiberzwecken diente, als auch heute, wo die Arbeiter dadurch dem Faschismus und dem Krieg in die Arme getrieben werden sollen. Die Kommunisten haben sich ständig für eine starke, einheitliche Gewerkschaftsbewegung und eine politische Partei der Arbeiterklasse eingesetzt, die auf dem Boden einer kämpferischen Politik stehen. Ebenso sind sie unermüdlich bemüht gewesen, die Arbeiter für eine sozialistische Perspektive zu gewinnen. Im Kampf für diese Ziele sind die Kommunisten innerhalb wie außerhalb der Gewerkschaften zahlreichen Verfolgungen ausgesetzt gewesen. In jeder fortschrittlichen Bewegung zur Stärkung der Arbeiterklasse sind sie bahnbrechend gewesen, ohne Rücksicht auf die eigenen Opfer. Auf allen diesen Gebieten ist die Partei ihrer Aufgabe gerecht geworden, die Vorhut der Arbeiterklasse zu sein.

Die Kommunistische Partei und das Negervolk

In den Jahren vor dem Bürgerkrieg beachteten die Marxisten unter der persönlichen Anleitung von Marx und Engels die Negerfrage sehr stark. In der Zeit von 1876 bis 1919, als die opportunistische Führung der Socialist Labor Party und der Socialist Party die politische Linke maßgeblich beeinflußte, wurde diese Frage stark vernachlässigt. Nach der Gründung der Kommunistischen Partei und unter dem Einfluß der Lehren Lenins und Stalins über die nationale Frage trat die Negerfrage wieder in den Vordergrund, und es wurde ihr größte Be-[796:]deutung beigemessen. Die Verteidigung der am meisten mißhandelten und ausgebeuteten Schicht des amerikanischen Volkes ist für die KP stets eine Angelegenheit von höchster Wichtigkeit gewesen. Daher macht die Partei seit Jahrzehnten die entschiedensten Anstrengungen, um das Negervolk in seinem Kampf um Arbeitsmöglichkeiten, Zutritt zu den Gewerkschaften, maßgeblichen Einfluß in den Gewerkschaften und gewerkschaftlichen Schutz, gegen das Lynchunwesen und das ganze ungeheuerliche Jim-Crow-System zu unterstützen. In dieser Hinsicht ist auch der Kampf der Partei gegen die abscheuliche Diskriminierung der Neger

im Sport, im Theaterwesen und in der Literatur zu nennen. Die Kommunistische Partei hat fraglos sehr wesentlich dazu beigetragen, daß das Negervolk in den letzten dreißig Jahren politische Fortschritte gemacht hat. Auf diese Arbeit ist die Partei besonders stolz.

Die Kommunistische Partei hat dem Kampf des Negervolks eine Reihe von neuen und wesentlichen Zügen verliehen: a) In der Erkenntnis, daß das unterdrückte Negervolk der wichtigste Verbündete der Arbeiter im Klassenkampf ist, hat sie diese Frage auf ein angemessenes politisches Niveau erhoben; b) ihr Vertrauen darauf, daß eine Zusammenarbeit zwischen den Massen der Neger und der Weißen möglich ist, war unerschütterlich, und sie hat zahlreiche Mittel und Wege für diese Zusammenarbeit gefunden; c) in theoretischer Hinsicht hat sie die Negerfrage auf das Niveau einer nationalen Frage emporgehoben und dadurch dem Negervolk die richtige Erkenntnis vermittelt, daß es eine unterdrückte Nation ist; d) sie hat die tückische Gefahr des weißen Rassenchauvinismus unter den Massen der Arbeiterklasse und in ihren eigenen Reihen ins rechte Licht gerückt und in einer Weise bekämpft, wie keine andere Organisation es auch nur begonnen hat; e) für sie ist die Negerfrage der Prüfstein für die Integrität und das Klassenbewußtsein jedes einzelnen und jeder Organisation in der Arbeiterbewegung.

Aus der gleichen Haltung heraus bekämpft die Kommunistische Partei unermüdlich jede Form des Antisemitismus. Erst mit dem Aufkommen des Weltkommunismus wurde der Kampf [797:] gegen den weißen Rassenchauvinismus, den Antisemitismus und ähnliche Formen der nationalen und rassischen Diskriminierung ein wesentlicher politischer Faktor. Die internationale Sozialdemokratie hat sich auch in ihrer besten Zeit niemals um diese entscheidenden Fragen gekümmert.

Die Kommunistische Partei und andere demokratische Schichten

Als Partei aller Unterdrückten und Ausgebeuteten hat die Kommunistische Partei dem Kampf der Frauen gegen die Beschränkungen und Vorurteile, unter denen sie im Kapitalismus zu leiden haben, stets größte Beachtung geschenkt. Wie wir im Laufe dieser Darstellung gesehen haben, haben die Kommunisten alle Angriffe – auf wirtschaftlichem, politischem und sozialem Gebiet – gegen dieses ausgedehnte System der Frauendiskriminierung unterstützt, Eine der größten Errungenschaften des Sozialismus besteht, wie die Sowjetunion und die Volksdemokratien es täglich beweisen, darin, daß die Frauen endlich Freiheit und Entwicklungsmöglichkeit erlangt haben. Die Kommunistische Partei ist sich über die große Bedeutung dieser Frage stets klar gewesen. Im Laufe ihres langen Kampfes für die Rechte der Frauen hat sie eine Kerntruppe von Funktionärinnen herangebildet, wie keine andere Organisation in den Vereinigten Staaten sie aufzuweisen hat.

Der Kommunismus, der die Gesellschaft der Zukunft repräsentiert, wendet sich naturgemäß besonders eindringlich an die Jugend. Wie alle kommunistischen Parteien hat daher auch die KPdUSA die Jugendfrage immer besonders sorgfältig beachtet. Die politische Aktivität der Kommunisten im Interesse dieses riesigen Teils der Bevölkerung läßt alles, was andere politische Parteien, Gewerkschaften oder Jugendorganisationen auf dem Gebiet getan haben, weit hinter sich. Die größten Erfolge hatten die Kommunisten dabei zur Zeit der großen Jugendbewegung der dreißiger Jahre, in der Periode des American Youth Congress. Man kann ohne Übertreibung [798:] sagen, daß die Young Communist League in diesem historischen Kampf der Jugend, der bedeutsamsten Bewegung dieser Art in der Geschichte der Vereinigten Staaten, im wesentlichen die politische Führung besessen hat.

Auch mit den Nöten der vielen Millionen von Eingewanderten hat die Kommunistische Partei sich eingehend beschäftigt. Die Reaktion, die immer darauf bedacht ist, die Arbeiterklasse zu spalten, richtet ihre Angriffe besonders gern gegen diejenigen Arbeiter, die nicht in den Vereinigten Staaten geboren sind. Die furchtbare Waffe der Deportation, wodurch Familien auseinandergerissen werden, ist unbarmherzig gegen sie angewandt worden. Die Gewerkschaften und die Socialist Party haben den Kampf für die Rechte der Eingewanderten grob vernachlässigt, während die Kommunistische Partei dieser Frage immer eine entscheidende Stelle in ihrem Programm zugewiesen hat.

Ein wichtiger Faktor im amerikanischen politischen Leben sind die Farmer, und bei vielen Gelegenheiten und viele Jahre lang haben die ärmeren Schichten der Farmer in den verschiedensten

Massenorganisationen – im Grange-Bund, in der Greenback Party, in der Populistenbewegung, in der Nonpartisan League und in der Farmer-Labor Party – bewiesen, daß sie starke und zuverlässige Verbündete des Proletariats sind. Besonders Lenin hat immer wieder auf die gewaltige politische Bedeutung des Bündnisses zwischen Arbeitern und Farmern hingewiesen. Doch ist es der amerikanischen Kommunistischen Partei, obwohl sie die große politische Bedeutung der Farmer als Bundesgenossen der Arbeiterklasse durchaus erkennt, nicht gelungen, festen Fuß unter ihnen zu fassen. Das ist eine der ernstlichsten Schwächen der Partei. In den zwanziger Jahren arbeiteten die Kommunisten, wie wir in den betreffenden Kapiteln gesehen haben, sehr aktiv und erfolgreich in den Farmerbewegungen des Mittelwestens und des Fernen Westens. In neuerer Zeit aber ist die Arbeit der Kommunisten auf diesem wichtigen Gebiet, wie die gelegentliche Behandlung der Agrarfrage in späteren Abschnitten dieses Buches zeigt, unzureichend gewesen, abgesehen von gewissen Erfolgen unter den Negerteilpächtern im Süden.

[799:]

Die Kommunistische Partei – die Partei der Nation

Die Kommunistische Partei ist *die* Partei der Arbeiterklasse. Das hat sie durch ihre ganze Geschichte über jeden Zweifel hinaus bewiesen. Im gemeinsamen Kampf mit anderen fortschrittlichen Kräften für jegliche Maßnahme im wirtschaftlichen, politischen und sozialen Interesse der Arbeiter hat die Partei stets in vorderster Front gestanden. Vor dem ersten Weltkriege gab es eine Zeit, in der die Socialist Party trotz der falschen Politik ihrer opportunistischen Führer den Anspruch erheben konnte, die Partei des Proletariats zu sein, aber das ist längst vorbei. In den Vereinigten Staaten wie im Auslande hat sich die Socialist Party, wie aus unserer Darstellung klar hervorgeht, mit den Interessen des Kapitalismus identifiziert und geht zusammen mit dem zum Untergang verurteilten System des Kapitalismus zugrunde. Die Socialist Labor Party und die Trotzkisten, die im wesentlichen den gleichen opportunistischen Kurs steuern, erwartet dasselbe Schicksal. In der ganzen Welt, auch in den Vereinigten Staaten, ist die Kommunistische Partei die wichtigste politische Organisation der werktätigen Massen.

Die Kommunistische Partei ist nicht nur *die* Partei der Arbeiterklasse, sondern auch *die* Partei, die die wahren Interessen der Nation vertritt. Wenn die Kommunistische Partei, wie sie es stets getan hat, ehrlich und geschickt für die Interessen der Arbeiter, des Negervolks, der Frauen, der Jugend, der Farmer, der Kriegsteilnehmer und der Eingewanderten kämpft, so verteidigt sie tatsächlich die wichtigsten Interessen des amerikanischen Volkes überhaupt, abgesehen natürlich von den etwa 10 Prozent der kapitalistischen Parasiten und ihres Anhangs. Die Socialist Party ist ebensowenig wie ihre Gesinnungsgenossen unter den Trotzkisten und in der Socialist Labor Party berechtigt, maßgeblich im Interesse des ganzen amerikanischen Volkes zu sprechen, weil sie sich den Ausbeutungs- und Kriegsplänen der Wallstreet sklavisch unterwirft.

Die Kommunistische Partei verteidigt aber nicht nur die besonderen Interessen der Arbeiter und der übrigen demokratischen Schichten, die die große Mehrheit der amerikanischen [800:] Nation bilden, sondern setzt sich auch stets energisch für alle Maßnahmen und Vorhaben ein, die für die große Masse des amerikanischen Volkes unmittelbar von Nutzen sind. Im politischen Kampf steht die Kommunistische Partei immer auf seiten des Fortschritts. So unterstützt die Partei in den Vereinigten Staaten heute, wie sie es immer getan hat, jede gesetzgeberische Maßnahme eines einzelnen Staates oder der Union, die fortschrittlichen Charakter trägt. Sie verteidigt energisch die Bill of Rights und die amerikanischen demokratischen Traditionen; sie bekämpft aufs entschiedenste die faschistischen Anschläge gegen die demokratischen Freiheiten des Volkes; sie wendet sich gegen die heutige Vorherrschaft des Militärs in der Regierung, der Wirtschaft und im Bildungswesen; sie setzt sich für eine Friedenskoalition des Volkes gegen die Kriegstreiber in der Wallstreet ein; sie kämpft gegen die Inflation und gegen alle Versuche der Regierung, der Unternehmer und der mit ihnen verbündeten Gewerkschaftsführer, die Last der Kriegsvorbereitungen auf die Arbeiter und das Kleinbürgertum abzuwälzen; sie bekämpft mit konkreten Maßnahmen die heutige Entartung der amerikanischen Kultur; wie sie von den Faschisten und Kriegstreibern gefördert wird. Auf allen diesen Gebieten entspricht die Politik der Kommunisten offensichtlich den Interessen des amerikanischen Volkes als einer Nation.

Auf internationalem Gebiet hat die Kommunistische Partei im Gegensatz zu den Imperialisten stets den marxistisch-leninistischen Standpunkt vertreten, daß dem Wohle der Nation am besten durch eine Politik der freundschaftlichen Zusammenarbeit mit anderen Völkern gedient ist. Dementsprechend ist es immer der Eckstein der kommunistischen Politik gewesen, gute Beziehungen zwischen den USA und der UdSSR herzustellen. Diese Politik ist der Schlüssel zum Weltfrieden und entspricht ganz bestimmt den ureigenen Interessen des gesamten amerikanischen Volkes. Die Partei lehnte den imperialistischen ersten Weltkrieg ab, unterstützte den demokratischen zweiten Weltkrieg und kämpft gegen die Entfesselung eines imperialistischen dritten Weltkrieges. Diese Politik entsprach und entspricht den wahren Interessen des amerikanischen Volkes. Vor dem letzten Weltkriege drängte die Partei auf eine [801:] starke Politik der kollektiven Sicherheit, um den Faschismus aufzuhalten und zu schlagen, und heute wagen nur noch Narren zu behaupten, diese Politik habe nicht im Interesse der amerikanischen Nation gelegen. Ebenso ist die Partei bemüht, die Vereinten Nationen zu einem echten Friedensinstrument zu machen, was gewiß den Wünschen des amerikanischen Volkes entspricht, im Gegensatz zur Wallstreet, die diese Organisation zu einem aggressiven Kriegsbündnis zu machen sucht.

Angesichts der Tatsache, daß die Kommunistische Partei in ihrer Innenpolitik wie in ihrer Außenpolitik konsequent für die wesentlichsten Interessen der Nation kämpft, erscheint die Beschuldigung, sie erhalte Befehle aus Moskau, besonders böswillig, vor allem wenn sie von den Kapitalisten erhoben wird, die grundsätzlich ihre Klasseninteressen über das Wohl der Nation stellen. Heute wie stets handeln die Kapitalisten nach Vanderbilts Motto „Wir pfeifen auf das allgemeine Wohl“.

Sozialismus im Interesse der Nation

Wenn die Arbeiterklasse und ihre demokratischen Verbündeten einst den Sozialismus in den Vereinigten Staaten errichten werden, so wird dies auch absolut im Interesse der überwältigenden Mehrheit des amerikanischen Volkes liegen. Wie die Dinge heute liegen, entsprechen die Besitz- und Herrschaftsverhältnisse im Lande in erster Linie den Interessen einer Gruppe von kapitalistischen Parasiten, die nur einen sehr kleinen Teil der Bevölkerung ausmachen. Den 200 größten Monopolen gehören heute 65 Prozent des gesamten amerikanischen Sachvermögens in der Form von Aktiengesellschaften gegenüber 50 Prozent im Jahre 1929.[2] Wenn die kapitalistische Propaganda behauptet, die Wirtschaft gehöre dem Volk, so ist das blanker Unsinn, da etwa 60 Prozent aller Aktien sich in den Händen von nur einem Prozent der Aktienbesitzer befinden und die Dividenden sich dementsprechend verteilen.[3] Die [802:] Presse, der Rundfunk, das Fernsehwesen und das Filmwesen sowie alle Industriebetriebe gehören durchweg dem Großkapital, und seine Agenten bekleiden die leitenden Posten in den entscheidenden Regierungsämtern, den Kirchen, den Hochschulen, den Fürsorgeorganisationen und den Verbänden der Kriegsteilnehmer. Sie kontrollieren sogar die oberste Gewerkschaftsführung. Der ganze Gesellschaftsaufbau dient dem Zweck, den Arbeitern die Produkte ihrer Arbeit zu entziehen und sie der Minderheit von Nichtstuern in die Hände zu spielen, denen die Wirtschaft gehört. So können diese Drohnen Jahr für Jahr Milliarden von Dollars in Form von Profiten, Zinsen, Mieten und durch die verschiedensten anderen Methoden zur Ausplünderung der Werktätigen an sich raffen.

Die Regierung der Vereinigten Staaten ist, nach dem Ausdruck von Karl Marx und Friedrich Engels, „der Vollzugsausschuß der Kapitalistenklasse“. Sie ist die Diktatur der Bourgeoisie, einer winzigen Minderheit der Bevölkerung. Präsident Truman ist nicht der Vertreter des amerikanischen Volkes, sondern der Vertreter der Wallstreet. Die entscheidenden Regierungsposten bekleiden oder kontrollieren Leute wie Dulles, Acheson, Lovett, Harriman, Wiggins, Wilson, Johnston, Symington und Brown, wohlhabende Kapitalisten und Syndizi, die mit dem monopolistischen Großkapital aufs engste verbunden sind und zuverlässig seine Interessen vertreten. Die Arbeiter, die Neger, die armen Farmer, die Frauen und die Jugend, die die überwältigende Mehrheit des amerikanischen Volkes bilden, sind praktisch in der Regierung überhaupt nicht vertreten, weder in der Legislative noch in der Exekutive, noch in der Justiz.

---

2 Siehe „Die Wirtschaftskrise und der ‚kalte Krieg‘“, S. 65.

3 Nach Angaben der Regierung, zitiert in Labor Research Association, “Trends in American Capitalism”, S. 14.

Wenn Truman und andere vorgeben, die gegenwärtige Regierung sei ein „Wohlfahrtsstaat“, dessen Bestimmung es sei, die Lage des amerikanischen Volkes zu verbessern, so ist das einfach demagogischer Unsinn. Die Regierung, steht völlig unter der Kontrolle des Großkapitals und verfolgt einzig das Ziel, die bereits märchenhaften Profite der Wallstreet weiter zu vergrößern und das Großkapital in seiner wahnsinnigen Faschisierungs- und Kriegspolitik zur Eroberung der Weltherrschaft zu unterstützen.

[803:] Der Sozialismus wird in allen diesen Dingen radikal Wandel schaffen. Er wird. das Eigentum an den Produktionsmitteln und die Kontrolle über die Wirtschaft, die Regierung, die Presse und alle anderen lebenswichtigen Institutionen in die Hände der überwältigenden Mehrheit des Volkes legen, damit sie den Interessen des Volkes und nicht der Gier der Profitjäger dienen. Er wird den Lebensstandard der werktätigen Massen rasch heben, indem er die vielen Milliarden an Zinsen, Mieten und Profiten, die heute den überflüssigen Parasiten zufließen, den Arbeitern vorbehält, die zwecklose Betätigung von Millionen Menschen in den zahllosen für den Kapitalismus charakteristischen mehr oder weniger schwindelhaften Berufszweigen abschafft, in Industrie und Landwirtschaft die modernste Technik anwendet und die ungeheuren Verluste, die durch Wirtschaftskrisen, Aufrüstung und Krieg hervorgerufen werden, aus der Welt schafft.

Der Sozialismus in den Vereinigten Staaten wird mit dem ungeheuerlichen Jim-Crow-System Schluß machen. Zum erstenmal wird das Negervolk sich der Würde und des Glücks völliger Gleichberechtigung in jedem Sinne des Wortes – wirtschaftlich, politisch und sozial – erfreuen. Der Sozialismus wird auch die furchtbare Ungewißheit über den kommenden Tag für immer beseitigen, die das Leben der werktätigen Massen in den Vereinigten Staaten heute vergiftet. Endlich werden die Massen unter Verhältnissen leben, die sie bedingungslos darauf vertrauen lassen, daß die Gesellschaft es ihnen stets ermöglichen wird, für sich und ihre Angehörigen ein gutes Auskommen zu haben. Das Alter wird von den wirtschaftlichen Bedrängnissen, mit denen es heute für die große Masse des amerikanischen Volkes verbunden ist, endgültig erlöst sein. Statt des vom heutigen Kapitalismus geförderten Geschwätzes, Aberglaubens und Dunkelmännertums wird der amerikanische Sozialismus eine Kultur entwickeln, die sich auf die Wissenschaft stützt und dem Wohle des ganzen Volkes dient.

Durch die Errichtung des Sozialismus wird das amerikanische Volk der Kriegs- und Faschisierungspolitik der Wallstreet ein Ende bereiten und wirklich die Bahn frei machen zum Frieden, [804:] zur Demokratie und zu einem Wohlstand, wie er im Kapitalismus ganz unmöglich ist. Ein höheres nationales Interesse ist nicht denkbar.[4]

Die Tagesforderungen der Partei

Die Kommunistische Partei kämpft für eine Reihe von Tagesforderungen, die sich aus den dringenden Bedürfnissen der Arbeiter, des Negervolks und der Masse des Volkes ergeben. Die wichtigsten dieser Forderungen, wie sie auf dem XV. Parteitag (1950) und in späteren Beschlüssen formuliert wurden, sind folgende:

Zur Verhinderung des Krieges fordert die Partei: eine Friedenskonferenz der fünf Großmächte, die Ächtung der Atomwaffe, die Beendigung des Koreakrieges, die Aufhebung des Handelsembargos gegen die UdSSR, Chına und die europäischen Volksdemokratien, die Aufnahme Volkschinas in den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen und seine Anerkennung durch die Vereinigten Staaten, die Rückgabe der Insel Taiwan an China, die Zurückziehung aller in fremden Ländern stationierten amerikanischen Streitkräfte, den Verzicht auf Einmischung der USA in die Volkskämpfe in Indochina, Malaya, auf den Philippinen, im Mittleren Osten, in Afrika, Lateinamerika usw., nationale Unabhängigkeit für Puerto Rico, Abbruch aller diplomatischen Beziehungen zu Franco-Spanien und zum Vatikan, eine radikale Kürzung der amerikanischen Militärausgaben, aktive Unterstützung der Weltabrüstung, Verzicht auf die Politik der Aufrüstung Westeuropas, Westdeutschlands und Japans für einen Krieg gegen die Sowjetunion sowie energische Bemühungen darum, daß die Vereinten Nationen sich

---

4 Siehe A. B.Magil, “Socialism: What’s in It for You”, New York 1946, und James S. Allen, “Who Owns America”, New York 1946.

zu einer echten Friedensorganisation statt zu einer von den USA beherrschten Kriegskoalition gegen die Sowjetunion entwickeln.

Zur Sicherung gegen Wirtschaftskrisen und Massenarbeitslosigkeit fordert die Partei, daß die gewaltige Produktionskapazität der Vereinigten Staaten, die heute in der übelsten [805:] Weise für eine wahnsinnige Rüstungsproduktion vergeudet wird, für die Hebung des Wohlstandes des amerikanischen Volkes verwandt werde. Sie kämpft daher für wesentliche Lohnerhöhungen und Verkürzung der Arbeitszeit, für eine Kontrolle der Preise und Profite, für eine grundlegende Verbesserung des Systems der Sozialversicherung (bei Arbeitslosigkeit, Krankheit, Unfall, Mutterschaft, Alter und Tod), für wirksamen Schutz gegen Betriebsunfälle, für die Durchführung dringend erforderlicher öffentlicher Arbeiten (Beseitigung der Elendsviertel, Schutz gegen Überschwemmungen, Wiederaufforstung, Bodenschutz, Straßenbau, Anlage von Parks und Spielplätzen usw.), für umfassende Bundeshilfe für den öffentlichen Unterricht, für ein Wohnungsbauprogramm, das Wohnungen für alle beschafft, für die Abschaffung aller Steuern bei geringem Einkommen, für Schutzmaßnahmen für die ärmeren Farmer in bezug auf Preise, Kredite, Hypotheken und Genossenschaften, für angemessenen Schutz der Frauen und Jugendlichen in der Industrie.

Zum Kampf gegen die wachsenden Tendenzen, die Vereinigten Staaten in einen Polizeistaat zu verwandeln, fordert die Partei vor allem: die Aufhebung der Taft-Hartley-, Smith-, McCarran-, Voorhis- und Feinberg-Gesetze sowie aller ähnlichen Bundes-, Staats- und Ortsgesetze, das Streikrecht für Arbeiter in allen Industriezweigen ohne Einmischung der Regierung, die Abschaffung aller sogenannten Zuverlässigkeitsprüfungen und aller sonstigen Gesinnungskontrolle in den Regierungsämtern und Schulen, in der Kunst und in der Industrie, die Auflösung des Ausschusses zur Untersuchung unamerikanischer Betätigung im Repräsentantenhaus sowie des McCarran- und Humphrey-Unterausschusses im Senat und aller anderen Hexenjagd-Institutionen, uneingeschränkte Bürgerrechte für Indianer, Chinesen, Japaner, Mexikaner und andere verfolgte Minderheiten, Wiederherstellung des Paß- und Reiserechtes, Verzicht auf die Terrorisierung eingewanderter Bürger durch Deportation auf Grund reaktionärer Gesetze, Erklärung jeglicher Kriegshetze zu einem Verbrechen, das mit Gefängnis bestraft wird, Bestrafung des Antisemitismus, des weißen Rassenchauvinismus und ähnlicher antidemokratischer Prak-[806:]tiken, Einstellung der Bestrebungen, die Kommunistische Partei für ungesetzlich zu erklären und zu vernichten, sowie Freilassung der kommunistischen und sonstigen politischen Gefangenen.

Um die Angriffe der Wortführer der weißen Vorrangstellung gegen das Negervolk abzuwehren, fordert die Partei vor allem: völlige wirtschaftliche, politische und soziale Gleichberechtigung für das Negervolk, das uneingeschränkte Recht der Neger auf Beschäftigung, leitende Stellungen, Beförderung und gewerkschaftliche Organisierung in allen Industriezweigen, die gesetzliche Festlegung des Rechtes auf freie Berufsausübung durch entsprechende Maßnahmen der Bundesregierung und der Regierungen der einzelnen Staaten, ein Bundesgesetz gegen die Lynchjustiz, durch das dieses Verbrechen unter Todesstrafe gestellt wird, die Abschaffung der Wahlsteuer durch ein Bundesgesetz, die Auflösung des Ku Klux Klan und aller ähnlichen Banditenorganisationen, die Aufhebung aller Gesetze, durch die Ehen zwischen Angehörigen verschiedener Rassen verboten werden, die völlige Beseitigung jeglicher Jim-Crow-Gesetze sowie der Negerdiskriminierung auf den Eisenbahnen, in den Schulen und Hotels, im Sport, im Theaterleben, in den Streitkräften usw., die Zulassung von Negern und anderen verfolgten Minderheiten zu den höchsten Stellen in der Regierung, in der Wirtschaft, in den Gewerkschaften und in allen anderen Organisationen und Berufen sowie die Durchsetzung des Selbstbestimmungsrechts für das Negervolk in dem Schwarzen Gürtel des Südens.

Entsprechend den Erfordernissen der jeweiligen Situation kämpft die Kommunistische Partei energisch für die Durchsetzung dieser Forderungen – in den gesetzgebenden Körperschaften, den Gewerkschaften, den Betrieben und überall sonst. Die Partei arbeitet aktiv mit allen demokratischen Kräften zusammen, die sich für diese oder andere fortschrittliche Maßnahmen einsetzen: Das Kernstück ihres Sofortprogramms ist der Kampf gegen die Kriegsgefahr. Zu diesem Zweck erstrebt sie die Bildung einer umfassenden Friedenskoalition der Organisationen der Arbeiter, des Negervolks,

der ärmeren Farmer, der Intellektuellen und aller anderen demokratischen [807:] Schichten, die die große Mehrheit des amerikanischen Volkes bilden.

Diese oben umrissenen wesentlichsten Punkte der kommunistischen Tagespolitik stellen eine vernünftige, praktische und konstruktive Alternative dar zu der heutigen reaktionären Politik der Unternehmer und der Regierung, durch die das Land dem Kriege, dem Faschismus, der Massenverelendung und dem nationalen Zusammenbruch entgegengetrieben wird. Das kommunistische Programm, das den wesentlichsten Interessen der Arbeiterklasse, des Negervolks und der großen Mehrheit der Nation entspricht, stellt den Weg zum Frieden, zur Demokratie und zum wirtschaftlichen Wohlergehen des Volkes dar.

Der Weg der Kommunistischen Partei

Die Kommunistische Partei ist die Partei des Sozialismus. Das haben die kommunistischen Parteien in verschiedenen Teilen der Welt praktisch bewiesen. Die sozialistischen Parteien sind Parteien des Kapitalismus und mit diesem zum Untergang verurteilt. Auch dies hat sich, wie wir gesehen haben, in vielen Ländern klar erwiesen. Je mehr die allgemeine Krise des Weltkapitalismus das kapitalistische System der Vereinigten Staaten erfaßt, desto mehr werden die werktätigen Massen – die Arbeiter, das Negervolk, die Farmer, die Intellektuellen und andere – ihre wirtschaftlichen und politischen Organisationen festigen, und sie werden selbst eine große antimonopolistische Koalition bilden. Die politische Führung dieser Massenbewegung muß, wenn sie erfolgreich kämpfen und schließlich dem Kapitalismus Einhalt gebieten soll, bei den Marxisten-Leninisten, bei der Kommunistischen Partei liegen. Stalin hatte recht, als er am 6. Mai 1929 sagte: „Die amerikanische Kommunistische Partei ist eine der sehr wenigen kommunistischen Parteien der Welt, die die Geschichte vom Standpunkt der revolutionären Bewegung aus mit Aufgaben von entscheidender Wichtigkeit betraut.“[5]

Es ist keine einfache Aufgabe, in der Hochburg des Weltkapitalismus, den Vereinigten Staaten, eine kommunistische [808:] Massenpartei aufzubauen. Die Kommunistische Partei der Vereinigten Staaten hat, seit sie besteht, viele schwierige theoretische und praktische Probleme erörtern und lösen müssen. Die schwierigsten und kompliziertesten aller dieser Probleme ergaben sich aus der charakteristischen Illusion des „amerikanischen Exzeptionalismus“. Nach dieser zählebigen und gefährlichen Idee ist der amerikanische Kapitalismus, wie oben bemerkt, fortschrittlichen Charakters und unterscheidet sich grundlegend von dem Kapitalismus in allen anderen Ländern. Diese seit Generationen eingewurzelte, durch und durch falsche Idee übertreibt die sekundären, spezifisch nationalen Züge des amerikanischen Kapitalismus und sucht sie als Merkmale darzustellen, die den amerikanischen Kapitalismus von dem Kapitalismus in der übrigen Welt wesentlich unterscheiden sollen. In diesem Sinne verkünden die Verteidiger des gegenwärtigen amerikanischen Regimes, der amerikanische Kapitalismus sei nicht imperialistisch, er kenne keine herrschende Klasse und keinen Klassenkampf, er beute die Arbeiter nicht aus, er sei in Wirklichkeit überhaupt kein Kapitalismus. Dieses Lied singen mit verschiedenen Abwandlungen die Reaktionäre, die Liberalen und die Sozialdemokraten. Niemals war dieser typische „amerikanische Exzeptionalismus“ bösartiger und gefährlicher als heute. So. wird der aggressive amerikanische Imperialismus den Massen in den Vereinigten Staaten und in der ganzen Welt nicht nur als völlig verschont von der allgemeinen Krise des Kapitalismus dargestellt, sondern auch als eine unumschränkte und wohltätige Volksherrschaft, die in selbstloser Weise einzig darauf bedacht sei, der Welt die Demokratie und den Frieden zu erhalten.[6] Mit ihrem beharrlichen Kampf gegen die Illusion des „amerikanischen Exzeptionalismus“ hat die Kommunistische Partei der Arbeiterklasse einen besonders großen Dienst erwiesen.

In ihrem jahrzehntelangen Kampf hat die Kommunistische Partei natürlich viele Fehler gemacht; denn der Marxismus-Leninismus ist keine mechanisch anwendbare Schablone, son-[809:]dern eine Anleitung zum Handeln, die große Geschicklichkeit bei ihrer Anwendung erfordert. Die meisten der von uns gestreiften ernsthafteren Fehler der Partei ergaben sich aus der ungenügenden Festigkeit

---

5 “The Communist”, Juni 1930.

6 In besonders krasser Form offenbart sich diese Demagogie neuerlich in der vom Redaktionskollegium der Zeitschrift “Fortune” herausgegebenen Schrift “U.S. A.: The Permanent Revolution”.

gegenüber dem „amerikanischen Exzeptionalismus“. Infolgedessen überschätzte die Partei die Stärke des amerikanischen Imperialismus und unterschätzte seinen reaktionären Charakter. Damit hängt auch ihre gelegentliche Unterschätzung der Stärke der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten zusammen. Diese charakteristische amerikanische Abweichung offenbarte sich in der Partei manchmal als „linkes“ Sektierertum und manchmal als Rechtsopportunismus. Der schwerste politische Fehler der Kommunistischen Partei – ihre zeitweilige Duldung des Browderschen Revisionismus – lag genau in der Richtung des „amerikanischen Exzeptionalismus“. Browder ging in diesem theoretischen Fehler, der unter den amerikanischen Sozialdemokraten wie in bürgerlichen Kreisen weite Verbreitung gefunden hat, sogar so weit, daß er das amerikanische Monopolkapital als fortschrittlich und demokratisch gelten ließ.

Die traditionelle Schwäche unserer Partei und der ihr vorausgegangenen marxistischen Gruppen war, wie wir gesehen haben, die hartnäckige Neigung zum „linken“ Sektierertum. Geschichtlich gesehen war diese sektiererische Tendenz, den Marxismus als ein Dogma statt als Anleitung zum Handeln aufzufassen, im wesentlichen eine unreife politische Reaktion auf den Rechtsopportunismus in der Arbeiterbewegung. Sie hat sich sehr nachteilig ausgewirkt auf die Entwicklung einer richtigen. politischen Linie und die Schaffung umfassender Einheitsfrontbewegungen mit potentiellen Verbündeten wie den konservativeren Arbeitern, dem Negervolk, den katholischen Massen, den Farmern und den fortschrittlichen Intellektuellen. Das entscheidende Mittel gegen die rechten wie die linken Gefahren in der Partei ist eine bessere marxistisch-leninistische Schulung der Mitgliedschaft wie der Führung.

Die Stärke der Partei besteht jedoch darin, daß sie im Geiste des großen Lenin ihre Fehler zugibt und aus ihnen lernt. Dies tut keine andere Partei. Lenin sagt dazu: „Das Verhalten einer politischen Partei zu ihren Fehlern ist eines der wichtigsten [810:] und sichersten Kriterien für den Ernst einer Partei und für die *tatsächliche* Erfüllung ihrer Pflichten gegenüber ihrer *Klasse* und den werktätigen *Massen*. Einen Fehler offen zugeben, seine Ursachen aufdecken, die Umstände, die ihn hervorgerufen haben, analysieren, die Mittel zur Behebung des Fehlers sorgfältig prüfen – das ist das Merkmal einer ernsten Partei, das heißt Erfüllung ihrer Pflichten, das heißt Erziehung und Schulung der *Klasse* und dann auch der *Masse*.“[7]

Die Stärke der Kommunistischen Partei besteht ferner darin, daß sie sich aus den besten Kämpfern der Arbeiterklasse zusammensetzt. Sie säubert ihre Reihen rücksichtslos von den Opportunisten, Feiglingen, Schwächlingen, Wirrköpfen, Überläufern, Renegaten und Spitzeln, die von Zeit zu Zeit und zu eigensüchtigen Zwecken in der Partei wie in allen Kampforganisationen der Arbeiterklasse ihr Unwesen treiben. In dieser Hinsicht unterscheidet sich die Kommunistische Partei grundlegend von der Socialist Party, die eine Brutstätte der verschiedensten Feinde der Arbeiterklasse ist. So hat sich unsere Partei im Laufe ihrer Entwicklung der Cannon, Lovestone, Browder und ihresgleichen entledigt. Der Ausschluß derartiger Elemente war kein Verlust, sondern ein Gewinn für die Partei. Durch ihren Kampf gegen solche Agenten der Kapitalistenklasse ist die Kommunistische Partei der Vereinigten Staaten, wie die kommunistischen Parteien aller anderen Länder, stärker geworden.

In jahrzehntelangen schweren Kämpfen hat die Kommunistische Partei die Grundlage für. eine starke Massenpartei in den Vereinigten Staaten geschaffen. Sie hat einen zuverlässigen, unzerstörbaren Kern von geschulten Marxisten-Leninisten entwickelt. Dies ist ihre wesentlichste Leistung. Gewiß ist die Partei noch verhältnismäßig klein, doch besitzt sie, wie alle anderen kommunistischen Parteien, die Fähigkeit zu schneller Entwicklung, wenn die politische Lage es erfordert. Heute stehen in vielen Ländern – in der Sowjetunion, in China, in der Tschechoslowakei, in Polen usw. – kommunistische Parteien an der Spitze ihrer Völker, und in anderen Ländern, wie [811:] in Italien und Frankreich, sind sie die größte politische Partei. Einst aber waren auch diese Parteien alle sehr klein. Sie wurden abgelehnt und verfolgt und sahen sich einer scheinbar unüberwindlichen Opposition gegenüber. Die Kommunistische Partei der Vereinigten Staaten arbeitet und entwickelt sich im Geiste dieser kommunistischen Parteien. Sie weiß, daß sie, wenn sie den Prinzipien des Marxismus-Leninismus treu

---

7 W. I. Lenin, „Der ‚linke Radikalismus‘, die Kinderkrankheit im Kommunismus“; Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Bd. II, S. 703. [LW 31, S. 42]

bleibt, eines Tages an der Spitze der amerikanischen Arbeiterklasse und der Nation stehen wird, wie sie auch heute deren Interessen am besten vertritt. Die Kräfte der sich allmächtig dünkenden kapitalistischen Reaktion können die KPdUSA nicht daran hindern, diese ihre geschichtliche Mission zu erfüllen.

[813:]

ANHANG

DIE PARTEITAGE DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DER VEREINIGTEN STAATEN

Die heutige Communist Party of the United States hat seit der Gründung zweier rivalisierender Parteien (31. August 1919 beziehungsweise 1. September 1919), vor allem in dem ersten Jahrzehnt ihres Bestehens, verschiedene Namen getragen. Wo der Autor die im Laufe der Entwicklung erfolgten Umbenennungen hervorhebt, sind sie auch in dem deutschen Text ausdrücklich vermerkt, und zwar dergestalt, daß die neuen Parteinamen englisch gebracht werden. Im allgemeinen wird jedoch in unserem Text immer nur von der Kommunistischen Partei gesprochen, um dem deutschen Leser die Lektüre nicht unnötig zu erschweren. Eine gute Übersicht verschafft das nachstehende Verzeichnis aller ordentlichen und außerordentlichen Parteitage. Es enthält den jeweiligen Namen der Partei, Tag und Ort des Zusammentritts sowie die erst nach dem Dezember 1921 erfolgte Bezifferung der Parteitage, obgleich es auch danach noch einige Ausnahmen für außerordentliche Tagungen gab.

Communist Labor Party of America, 31. August 1919 in Chicago

Communist Party of America, 1. September 1919 in Chicago

United Communist Party of America, 15.Mai 1920 in Bridgman, Mich.

Communist Party of America, Juli 1920 in New York

United Communist Party of America, Januar 1921 in Kingston, N. Y.

Communist Party of America, Februar 1921 in Brooklyn, N. Y.

Communist Party of America (Vereinigungsparteitag), 15. Mai 1921 in Woodstock, N. Y.

American Labor Alliance, Juli 1921 in New York

Workers Party of America (I. Parteitag), 24. Dezember 1921 in New York

Communist Party of America, 17. August 1922 in Bridgman, Mich.

[814:]

Workers Party of America (II. Parteitag), 24. Dezember in New York

Communist Party – Workers Party (Vereinigungsparteitag), 7. April 1923 in New York

Workers Party of America (III. Parteitag), 30. Dezember 1923 in Chicago

Workers Party of America (Nominierung des Präsidentschaftskandidaten), 10. Juli 1924 in Chicago

Workers (Communist) Party of America (IV. Parteitag), 21. August 1925 in Chicago

Workers (Communist) Party of America (V. Parteitag), 31. August 1927 in New York

Workers (Communist) Party of America (Nominierung des Präsidentschaftskandidaten), 25. Mai 1928 in New York

Workers (Communist) Party of America (VI. Parteitag), 1. März 1929 in New York

Communist Party of the U. S. A. (VII. Parteitag), 20. Juni 1930 in New York

Communist Party of the U. S. A. (Nominierung des Präsidentschaftskandidaten), 29. Mai 1932 in Chicago

Communist Party of the U. S. A. (VIII. Parteitag), 2. April 1934 in Cleveland

Communist Party of the U. S. A. (IX. Parteitag), 24. Juni 1936 in New York h

Communist Party of the U. S. A. (X. Parteitag), 27. Mai 1938 in New York

Communist Party of the U. S. A. (XI. Parteitag), 30. Mai 1940 in New York

Communist Party of the U. S. A. (Außerordentlicher Parteitag), 16. November 1940 in New York

Communist Political Association (XII. Parteitag), 20. Mai 1944 in New York

Communist Party of the U. S. A. (XIII. Parteitag), 26. Juli 1945 in New York

Communist Party of the U. S. A. (XIV. Parteitag), 2. August 1948 in New York

Communist Party of the U. S. A. (XV. Parteitag), 28. Dezember 1950 in New York

[815:]

VERZEICHNIS DER AMERIKANISCHEN ORGANISATIONEN, INSTITUTIONEN, BEHÖRDEN USW.

Vorbemerkung

Für die Fassung des deutschen Textes der „Geschichte der Kommunistischen Partei der Vereinigten Staaten“ haben sich Übersetzer und Redaktion dahin geeinigt, die im Original in einer Überfülle vorkommenden Namen und Bezeichnungen *amerikanischer* Organisationen, Institutionen, Gesetze usw. *englisch* wiederzugeben, da eine wörtliche Übersetzung durchaus nicht immer den wahren Charakter einer Organisation oder Institution treffend kennzeichnet. Am sinnfälligsten tritt dies wohl bei den Gewerkschaften in Erscheinung. Viele Gewerkschaftsorganisationen bezeichnen sich als *national union*, andere wiederum als *international union*, womit allerdings durchaus kein grundsätzlicher Unterschied in bezug auf ihre Struktur und ihr Programm zum Ausdruck gebracht wird. Eine *national union* entspricht etwa einer Landesorganisation, das heißt, sie ist eine Gewerkschaft für das ganze Gebiet oder für einen großen Teil des Territoriums der Vereinigten Staaten; eine *international union* ist in der Regel nur deswegen *international*, weil sie zugleich in Kanada zugelassen ist. Für Verband (Gewerkschaft) werden die verschiedensten Wörter benutzt: *union*, *association*, *league*, *federation*, *alliance*, *brotherhood*, *order*; einige Organisationen bezeichnen sich als *united* (vereinigt) oder *amalgamated* (verschmolzen, im Sinne von vereinigt) und verzichten dabei auf eine nähere Benennung als *union*, *association*, *federation* usw. Als *league*, *association*, *alliance* treten auch Organisationen nichtgewerkschaftlichen Charakters auf. Auch für Arbeiter werden in den Organisationsnamen, seien es Parteien, Gewerkschaften oder gesellschaftliche Organisationen aller Art, eine ganze Reihe englischer Wörter gebraucht: *worker*, *workingman*, *workman*, *toiler*, *labor*. Bei *labor* ist noch zu bedenken, daß es in einigen Verbindungen auch mit *Arbeit* übersetzt werden k a n n und in anderen so übersetzt werden m u ß.

Diese wenigen Beispiele mögen genügen, um die englische Schreibung der Namen und Bezeichnungen im Text zu rechtfertigen und um zu erklären, weswegen die Übersetzung der in dem nachstehenden Verzeichnis aufgeführten Organisationsnamen usw. nur als eine orientierende, charakterisierende zu betrachten ist.

[816:] Auf die im amerikanischen Original in reichem Maße gebrauchten Abkürzungen ist durchweg verzichtet worden – mit drei Ausnahmen. Sie betreffen die *Industrial Workers of the World*, die *American Federation of Labor* und den *Congress of Industrial Organizations*, für die die international üblichen Kurzbezeichnungen *IWW*, *AFL* und *CIO* eingesetzt wurden.

Nicht aufgenommen wurden in das Verzeichnis alle außeramerikanischen Organisationen.

Adamson-Gesetz Gesetz, das den Achtstundentag für die Eisenbahner festlegte (Sept. 1916)

AFL siehe *American Federation of Labor*

African Blood Brotherhood Afrikanische Blutsbrüderschaft

Agricultural Adjustment Act Gesetz über die Regulierung der Landwirtschaft

Agricultural Workers Organization Landarbeiterorganisation

All-American Anti-Imperialist League Interamerikanische antiimperialistische Liga

Amalgamated Association of Iron, Steel and Tin Workers Vereinigter Verband der Eisen-, Stahl- und Weißblecharbeiter

Amalgamated Clothing Workers Vereinigte Konfektionsarbeiter

America First Committee Komitee „Amerika vor allem“

American Alliance for Labor and Democracy Amerikanischer Bund für Arbeit und Demokratie

American Artists Congress Kongreß amerikanischer Künstler

American Bar Association Vereinigung amerikanischer Advokaten

American Committee for Protection of Foreign Born Komitee zum Schutze der im Ausland Geborenen

American Communications Association Amerikanische Vereinigung für Nachrichtenübermittlung und Verkehrswesen (Gewerkschaft)

American Cultural and Scientific Conference of World Peace Amerikanische kulturelle und wissenschaftliche Konferenz für den Weltfrieden

American Federation of Labor (*AFL*) Amerikanische Arbeiterföderation, auch Amerikanische Föderation der Arbeit

Americans for Democratic Action Amerikaner für demokratische Aktion

American Farm Bureau *Federation* Organisation der Großfarmer

American Freedom Foundation 1949 gegründetes reaktionäres Komitee, das alljährlich Preise in Höhe von 100.000 Dollar verteilt für die besten Reden, Predigten usw., die die „amerikanische Lebensweise" preisen

American Labor Alliance Amerikanischer Arbeiterbund

American Labor Alliance for Trade Relations with Russia Amerikanischer Arbeiterbund für Handelsbeziehungen mit Rußland

American Labor Party Amerikanische Arbeiterpartei

American League Against War and Fascism Amerikanische Liga gegen Krieg und Faschismus

American League for Peace and Democracy Amerikanische Liga für Frieden und Demokratie

American Legion Amerikanische Legion [reaktionäre Kriegsteilnehmerorganisation]

American Liberty League Amerikanische Freiheitsliga

American Negro Labor Congress Amerikanischer Negerarbeiter-Verband

American Peace Mobilization [Amerikanische Friedensanhänger-Organisation]

American People's Congress for Peace Amerikanischer Volkskongreß für den Frieden

American Railway Union Amerikanischer Eisenbahnerverband

American Scottsboro Committee Verteidigungskomitee für die in Scottsboro verurteilten jungen Neger (auch *Scottsboro Defense Committee*)

American Student Union Amerikanischer Studentenverband

American Women for Peace Amerikanische Frauen für Frieden

American Workers League Amerikanische Arbeiterliga

American Writers Congress Amerikanischer Schriftstellerverband

American Youth Congress Amerikanischer Jugendverband

American Youth for Democracy Amerikanische Jugend für Demokratie

American Youth for a Free World Amerikanische Jugend für eine freie Welt

Anti-Imperialist League Antiimperialistische Liga

Associated Toiler Clubs Vereinigte Klubs der Werktätigen

Association of Catholic Trade Unionists Vereinigung katholischer Gewerkschafter

Baltimore-Ohio-Plan, *B.-&-O.-Plan* Ein im Zeichen „wirtschaftsfriedlicher" Bestrebungen ausgearbeiteter Plan für die Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Unternehmern (Union-Management Cooperation), der erstmalig in den Werkstätten der Baltimore-Ohio-Eisenbahn verwirklicht wurde

Bill of Rights Die ersten zehn Nachtragsgesetze zur Verfassung der USA, die die grundlegenden Rechte der amerikanischen Bürger festlegen (in Kraft seit 15. Dezember 1791)

British Trades Union Congress Britischer Gewerkschaftsbund

Brotherhood of Dining Car Employees Bruderschaft der Speisewagen-Angestellten

Brotherhood of Sleeping Car Porters Bruderschaft der Schlafwagen-Schaffner

Building Trades Council Ausschuß für das Baugewerbe

Carpenters Union Zimmererverband

Central Labor Federation Zentrale Arbeiterföderation

Central Labor Union Zentrale Arbeiterunion

Chicago Federation of Labor Chicagoer Arbeiterföderation

Chicago Stockyards Labor Council Ausschuß der Chicagoer Schlachthofarbeiter

CIO siehe *Committee for Industrial Organization* beziehungsweise *Congress of Industrial*

Organizations

Civilian Conservation Corps Obligatorischer Arbeitsdienst für jugendliche Arbeitslose

Civil Rights Congress Organisation zur Verteidigung der Bürgerrechte

Clayton-Gesetz Mit diesem 1914 beschlossenen Gesetz sollten die Arbeiter gegen die Verfolgungen gemäß den Antitrustgesetzen geschützt werden

Closed-Shop-Prinzip Prinzip, gemäß dem in einem Betrieb nur gewerkschaftlich organisierte Arbeiter beschäftigt werden

Combined Labor Victory *Committee* Vereinigtes Arbeiterkomitee für den Sieg über die Achsenmächte

Commission on Industrial Relations Kommission für industrielle Beziehungen

Committee for Industrial Organization siehe *Congress of Industrial Organizations*

Committee for Unemployment Insurance and Relief Komitee für Arbeitslosenversicherung und -unterstützung

Committee for the Unification of the Trade Unions Komitee für die Vereinigung der Gewerkschaften

Committee of Forty-Eight Komitee der 48

Communist Club Kommunistenklub

Communist Labor Party of America Kommunistische Arbeiterpartei Amerikas

Communist Party of America Kommunistische Partei Amerikas

Communist Party of the United States Kommunistische Partei der Vereinigten Staaten

Communist Political Association Kommunistische politische Vereinigung

Communist Unity Committee Kommunistisches Einheitskomitee

Conference for Progressive Labor Action Organisation für fortschrittliche Arbeiterpolitik

Conference for Progressive Political Action Organisation für fortschrittliche Politik

Congress of American Women Kongreß amerikanischer Frauen

Congress of Industrial Organizations (CIO) Kongreß der Industrieverbände. Der Kongreß (Bund) hat sich im November 1938 endgültig konstituiert, nachdem er seit 1935 als vorbereitendes *Committee for Industrial Organization* existiert hatte. Das Komitee hatte die Aufgabe, den Gedanken der Industrie- [Einheits-] Gewerkschaften im Gegensatz zu dem von der *AFL* vertretenen Prinzip der Fachgewerkschaften zu propagieren

Construction Workers Industrial Union Industrieverband der Eisenkonstruktionsarbeiter

Copperheads Verschwörerorganisation der New-Yorker Handelsaristokratie im amerikanischen Bürgerkrieg 1861-1865, die mit den Sklavenhaltern in den Südstaaten sympathisierte

Councils for the Foreign Born Ausschüsse für die im Ausland Geborenen

Council for the Protection of the Foreign Born Ausschuß zum Schutze der im Ausland Geborenen

Economic Bill of Rights Grundlegende Rechte in wirtschaftlichen Fragen

End-Poverty-in-California (*Epic*-Bewegung) Schluß mit der Armut in Kalifornien (Losung)

Fair Deal Das demagogische Programm Trumans für sozialen Schutz, Gesundheit, Wohnungsbau, Erziehung und Arbeit

Fair Employment Practices Commission Kommission zur Durchführung von Maßnahmen gegen die Diskriminierung der Negerarbeit

Fair Labor Standards Act Gesetz über gerechte Arbeitsbedingungen (Minimallöhne, 40-Stunden-Woche)

Farm Equipment and Metal Workers Farmausrüstungs- und Metallarbeiter

Farmer-Labor-Party Farmer- und Arbeiterpartei

Farmers' National Committee of Action Landesaktionsausschuß der Farmer

Farmers' National Relief Conference Landeshilfsorganisation der Farmer

Farmer Union Farmerverband

Federal Arts Projects siehe *Works Progress Administration*

Federal Bureau of Investigation (*FBI*) Geheime (politische) Bundespolizei

Federated Farmer Labor Party Verbündete Farmer- und Arbeiterpartei

Feinberg-Gesetz Im Bundesstaat New York angenommenes Gesetz, das den Lehrern die Mitgliedschaft in „umstürzlerischen" Organisationen verbietet

Fenier Geheimbund irischer Nationalisten, die für eine unabhängige Republik Irland kämpften (60er Jahre des 19. Jh.)

Finnish Socialist Federation Finnischer Sozialistenbund

Food, *Tobacco and Agricultural Workers* Lebensmittel-, Tabak- und Landarbeiter

Food Workers Industrial Union Industrieverband der Lebensmittelarbeiter

Frazier-Lemke-Gesetz Gesetz über teilweise Ablösung der Farmhypotheken

Freedmen's Bureau Bill Gesetz über das Amt für befreite Sklaven

Friends of Negro Freedom Freunde der Negerfreiheit

Friends of Soviet Russia Freunde Sowjetrußlands

Fur Workers Union Kürschnerverband

General Trade Union of New York City Allgemeine Gewerkschaft von New York

General Workers League Allgemeine Arbeiterliga

German General Workers Union Deutsche Allgemeine Arbeiterunion

German Workers Educational Council Deutscher Arbeiterbildungsausschuß

Grangers [Farmerorganisation]

Greenback Party Die nach dem Bürgerkrieg einsetzende Protestbewegung der Arbeiter und Mittelschichten, besonders der Kleinfarmer, gegen die Raubpolitik der Wallstreet-Magnaten verschärfte sich nach der großen Krise von 1873; sie führte 1876 zur Gründung der Greenback Party. Der Kampf konzentrierte sich hauptsächlich gegen die Währungspolitik der Regierung, die die entwerteten Dollarnoten mit grünfarbiger Rückseite – daher der Name "Greenback" – zum vollen Kurs einzulösen begann. Durch diese deflationistische Politik profitierten die Wallstreet-Bankiers viele Millionen Dollars, während die Kleinfarmer immer mehr verarmten und verschuldeten

"*Ham-and-Eggs*"*-Bewegung* siehe *Retirement Life Payments Association*

Hungarian Workers Federation Ungarischer Arbeiterbund

Independent Socialist League Unabhängige Sozialistenliga

Industrial Assembly of America Vereinigung der Industriearbeiter Amerikas

Industrial Brotherhood Bruderschaft der Industriearbeiter

Industrial Court Law Spezielles Gericht für die Schlichtung von Streitfragen auf industriellem Gebiet

Industrial Union Council Ausschuß der Industriegewerkschaften

Industrial Workers of the World (*IWW*) Industriearbeiter der Welt

Inter-American Confederation of Workers Interamerikanische Arbeiterföderation

Inter-American Regional Workers Organization Interamerikanische regionale Arbeiterorganisation

Intercollegiate Socialist Society Sozialistische Gesellschaft an den Hochschulen

International Fishermen and Allied Workers Fischer und verwandte Berufe

International Fur and Leather Workers Kürschner und Lederarbeiter

International Labor Defense Internationale Rote Hilfe

International Labor Union Arbeiterunion

International Ladies Garment Workers Union Verband der Damenbekleidungsarbeiter

International Longshoremen's and Warehousemen's Union Verband der Hafen- und Speicherarbeiter

International Pressmen's Union Druckerverband

International Trade Union Educational League Gewerkschaftliche Bildungsliga

International Union of Mine, Mill and Smelter Workers Verband der Bergbau-, Hütten- und Schmelzwerkarbeiter

International Woodworkers of America Holzarbeitergewerkschaft

International Workers Order Arbeiterorden

International Working People's Association Internationale Arbeitervereinigung

Irish-American Labor League Irisch-Amerikanische Arbeiterliga

Italian Workers Federation Italienischer Arbeiterbund

Jewish Federation Jüdischer Bund

Jewish Socialist Federation Jüdischer Sozialistenbund

Jewish Welfare Board Jüdisches Wohlfahrtskomitee

Jewish Workers Federation Jüdischer Arbeiterbund

Jim Crow Verächtliche Bezeichnung des Negers; *Jim-Crow-System*, *-Tendenzen*, *-Methoden*, *-Gesetze* – die Gesamtheit aller negerfeindlichen Gesetze, Maßnahmen und Handlungen

John Reed Clubs Nach dem Schriftsteller John Reed benannte Klubs

Joint Action Committee Ausschuß für Aktionseinheit

Joint Anti-Fascist Refugee Committee Vereinigtes Komitee antifaschistischer Emigranten

Joint Committee on National Recovery Vereinigtes Komitee für die Wiedergesundung des Landes

Journeymen Barbers Friseurgesellen

Knights of Labor siehe *Noble Order of Knights* of *Labor*

Labor Advisory Board Beratungsausschuß für Arbeiterfragen

Labor Defense Council Arbeiterverteidigungsausschuß

Labor Party Arbeiterpartei, Partei der Arbeit

Labor-Progressive Party Fortschrittliche Arbeiterpartei

Labor Reform Party Arbeiter-Reformpartei

Labor Research Association Vereinigung zur Erforschung der Arbeiterfrage (fortschrittliche Wirtschaftsforschungsinstitution in New York)

Labor's Bill of Grievances Beschwerderecht der Arbeiterschaft

Labor's Non-Partisan League Splittergruppe, die eine dritte Partei zu gründen versuchte

Labor Youth League Arbeiterjugendliga

Ladies Garment Workers Damenbekleidungsarbeiter

League of American Writers Liga amerikanischer Schriftsteller

League of Struggle for Negro Rights Kampfliga für die Rechte der Neger

Left Poalei Tsion Linke Poale Zion

Locomotive Engineers Lokomotivführer

Longshoremen's Union Hafenarbeiterverband

Machinists Local N° 68 Ortsorganisation Nr. 68 der Maschinisten

Machinists Union Maschinistenverband

Maintenance of Way Union Streckenarbeiterverband

Marine Workers Industrial Union Industrieverband der Schiffbauer

Marxian Educational League Marxistische Bildungsliga

McCarran-Gesetz Gesetz gegen umstürzlerische Betätigung

Men's Clothing Workers Herrenbekleidungsarbeiter

"*Messenger*"*-Gruppe* Eine in ihren Anfängen kämpferisch eingestellte Gruppe von Negern,

die im Laufe der Entwicklung unter rechtssozialistischen Einfluß geriet; benannt nach der Negerzeitschrift "The Messenger"

Methodist Federation of Social Service Methodistenbund für Sozialfürsorge

Miners Union Bergarbeiterverband

Minnesota Farmer-Labor-Party Farmer- und Arbeiterpartei des Staates Minnesota

Municipal Leaguers Liga zur Unterstützung der Ziele und Aufgaben der Stadtverwaltung

Mutual Security Act Gesetz über gegenseitige Sicherheit

National Association for the *Advancement of Colored People* Landesverband zur Förderung der Farbigen. Der 1910 gegründete Verband, in dem der Einfluß der Weißen dominierte, war weit weniger kämpferisch eingestellt als die in ihm aufgegangene, nur von Negern geführte *Niagara-Bewegung* (s. d.). Sein Ziel ist die „Besserung der Lage der Neger ... durch Sicherung ihrer ungeschmälerten staatsbürgerlichen Rechte, der Gleichheit vor dem Gesetz und der gleichen Möglichkeiten in allen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Bereichen"

National Association of Manufacturers Landesverband der Industriellen

National Association for the Promotion of Labor Unionism among Negroes Landesverband zur Werbung für den gewerkschaftlichen Gedanken unter den Negern

National Brotherhood Workers of America Landes-Bruderschaft der Arbeiter Amerikas

National Bureau of Labor Landesarbeitsbüro

National Catholic Welfare Council Katholisches Landes-Wohlfahrtskomitee

National Civic Federation Landesbürgerbund

National Colored Labor Union Landesverband farbiger Arbeiter

National Defense Advisory Commission Beratende Kommission (Beirat) für die Landesverteidigung

National Defense Committee Komitee für Landesverteidigung

National Erectors Association Landesverband der Bauunternehmer

National Farmer-Labor Party Landespartei der Farmer und Arbeiter

National Farmers Union Landesverband der Farmer

National Grange siehe *Grangers*

National Greenback-Labor Party siehe *Greenback Party*, *Labor Party*

National Industrial Recovery Act (NIRA) Gesetz zur Wiedergesundung der Industrie (eines der New-Deal-Gesetze; siehe *New Deal*)

National Labor Conference for Peace Arbeiter-Landeskonferenz für Frieden

National Labor Party siehe Labor Party

National Labor Relations Act (*Wagner-Gesetz*) Gesetz über allgemeine Arbeitsbeziehungen (40-Stunden-Woche, Mindestlohn, Anerkennung der Gewerkschaften)

National Labor Relations Board Landesamt zur Regelung der Arbeitsverhältnisse, eine ausgesprochen gewerkschaftsfeindliche Einrichtung unter dem *Taft-Hartley-Gesetz* (s. d.)

National Labor Union Landesverband der Arbeiter

National Land Reform Party Landespartei für Bodenreform

National Lumber Workers Holzfällerorganisation

National Maritime Union Landesverband der Seeleute

National Metal Trades' Association Unternehmerverband der Metallindustriellen

National Miners Union Landesverband der Bergarbeiter

National Negro Congress Landeskongreß der Neger

National Negro Labor Council Landesausschuß der Negerarbeiter

National Open Shop Association Landesvereinigung der Openshop-Betriebe (*open shop* s. d.)

National Recovery Administration Verwaltung zur Durchführung des NIRA (s. d.)

National Reform Association Vereinigung für Landesreform

National Student League Landesliga der Studenten

National Textile Workers Union Landesverband der Textilarbeiter

National Trades Union Landesgewerkschaft

National Unemployed Council Landesausschuß der Arbeitslosen

National Unemployed League Landesliga der Arbeitslosen

National Union of Marine Cooks and Stewards Landesverband der Schiffsköche und Stewards

National Union for Social Justice Landesverband für soziale Gerechtigkeit

National Urban League siehe Urban League

National Women's Commission Landeskommission der Frauen

National Youth Administration Landesjugendverwaltung

Needle Trades Workers Industrial Union Industrieverband für die Arbeiter der Bekleidungsindustrie

Negro Labor Couneils Negerarbeiter-Ausschüsse

Negro Miners Relief Committee Hilfskomitee für die Neger-Bergarbeiter

Newark Central Labor Federation Zentrale Arbeiterföderation von Newark

New Deal Das Wirtschaftsprogramm, das Franklin D. Roosevelt nach seinem Amtsantritt im Jahre 1933 durchführte. Zu jener Zeit befand sich Amerika auf dem Höhepunkt einer Wirtschaftskrise. Die Zahl der Arbeitslosen hatte 13 Millionen erreicht. Viele von ihnen bezogen keinerlei staatliche Unterstützung. Der New Deal bezweckte, die Wirtschaftsmaschine Amerikas wieder auf normale Bahnen zurückzuführen. Staatliche Unterstützungen wurden eingeführt und Regierungsprojekte entworfen, die, insbesondere durch ein großzügiges Programm öffentlicher Arbeiten, die ärgsten Erscheinungen der Arbeitslosigkeit lindern sollten (s. auch *National Industrial Recovery* Act [*NIRA*])

New Freedom „Neue Freiheit" nannte Woodrow Wilson sein Regierungsprogramm

New York Joint Board New-Yorker vereinigter Ausschuß aller Gruppen der Gewerkschaft der Damenbekleidungsindustrie

New York Workingmen's Party New-Yorker Arbeiterpartei

Niagara-Bewegung Eine aus Opposition gegen die versumpfende, Kapitalistisch – korrumpierte *Tuskegee-Bewegung* (s. d.) im Jahre 1906 entstandene, von einer Gruppe junger Neger-Intellektueller geführte rebellische Negerbefreiungsbewegung. Sie ging 1910 in formloser Verschmelzung in der *National Association for the Advancement of Colored People* (s. d.) auf

NIRA siehe *National Industrial Recovery Act*

Noble Order of the *Knights of Labor* Edler Orden der Ritter der Arbeit

No Foreign Wars Committee Komitee „Keine Kriege im Ausland"

Nonpartisan League siehe *Labor's Non-Partisan League*

North American Federation Nordamerikanische Föderation

Office of Production Management Amt für Produktionsleitung

Open shop siehe Fußnote S. 120

Painters' Local 1158 Ortsorganisation 1158 der Maler

Peace Information Center Friedens-Informationszentrum

People's Council Volksausschuß

People's Party Volkspartei

Plumb-Plan-Bewegung 1919 entstandene, von Senator LaFollette geführte Bewegung, die sich für eine Verstaatlichung und demokratische Verwaltung der Eisenbahnen einsetzt

Populistenbewegung Die Populistenbewegung war gegen Ende des v. Jh. ein Ausdruck dafür, wie das werktätige Landvolk gegen den immer fester werdenden Würgegriff der Truste aufbegehrte. Unter den rebellischen Farmern des Westens entstanden, gewann sie auch bei den kleinen Farmern, den Pächtern und Teilpächtern im Süden einen großen Anhang

Printing Pressmen Schnelldrucker

Progressive International Committee of the United Mine Workers Fortschrittlich-internationales Komitee der Vereinigten Bergarbeiter

Progressive Party Fortschrittspartei

Proletarian Party Proletarische Partei

Punkt-4-Programm Trumans Programm zur Ermutigung von Kapitalexporten unter dem Deckmantel der „wirtschaftlichen Entwicklung rückständiger Gebiete“

Railroad Brotherhoods Eisenbahner-Bruderschaften

Railroad Labor Board Eisenbahner-Arbeitsamt

Railroad Labor Council Eisenbahner-Arbeitsausschuß

Railroad Retirement Act Eisenbahner-Ruhestandsgesetz

Rand School Sozialdemokratisch-reformistische Arbeiterschule

Reconstruction Finance Corporation Von der Roosevelt-Regierung errichtetes Kreditinstitut zur Ankurbelung der durch die große Wirtschaftskrise erschütterten Industrie durch staatliche Anleihen

Retirement Life Payments Association Etwa Vereinigung für Ruhestandsversorgung, der offizielle Name der “Ham-and- Eggs”-Bewegung (*Ham and Eggs* – Schinken und Eier, in dem Sinne gebraucht wie im Deutschen das Schlagwort von dem „Huhn im Topf“ für jeden Arbeiter)

Revolutionary Socialist Labor Party Revolutionäre Sozialistische Arbeiterpartei

Russian Socialist Federation Russischer Sozialistenbund

Scottsboro Defense Committee siehe *American Scottsboro Committee*

Share-Croppers Union Verband der Teilpächter

Sherman-Antitrustgesetz Das 1890 gegen die Truste beschlossene Gesetz wurde in der Folge gegen die Arbeiterorganisationen in Anwendung gebracht (s. auch *Clayton-Gesetz*)

Smith-Connally-Gesetz Gesetz, das Streiks in Rüstungsbetrieben für ungesetzlich erklärte und die Gewerkschaften in ihrer politischen Betätigung beschränkte

Smith-Gesetz Unter diesem Gesetz werden alle Personen mit schweren Strafen bedroht, die „empfehlen, verkünden oder lehren die Notwendigkeit, Erwünschtheit oder Zulässigkeit des Sturzes irgendeiner Regierung in den Vereinigten Staaten durch Anwendung von Zwang oder Gewalt ...“

Social Democracy of America Sozialdemokratie Amerikas

Social Democratic Federation Sozialdemokratischer Bund

Social-Democratic Party of America [*of North America*] Sozialdemokratische Partei Amerikas [Nordamerikas]

Social-Democratic Workmen’s Circle Sozialdemokratischer Arbeiterzirkel

Socialist Labor Party *of North America* Sozialistische Arbeiterpartei Nordamerikas

Socialist Party Sozialistische Partei

Socialist Propaganda League of America Sozialistische Propagandaliga Amerikas

Socialist Trades and Labor Alliance Sozialistischer Handwerker- und Arbeiterbund

Socialist Workers Party Sozialistische Arbeiterpartei

Social Party of New York New-Yorker Sozialpartei

Social Reform Association Vereinigung für Sozialreform

Social Security Act Sozialversicherungsgesetz

Social Workingmen’s Association Soziale Arbeitervereinigung

Southern Conference for Human Welfare Ausschuß für soziale Wohlfahrt in den Südstaaten

Southern Negro Youth Congress Negerjugendorganisation in den Südstaaten

Square Deal Das wirtschaftlich-soziale Reformprogramm Theodore Roosevelts

Stationary Firemen’s Union Heizerverband

Stockyards Labor Council Ausschuß der Schlachthofarbeiter

Structural Iron Workers Union Eisenkonstruktionsarbeiterverband

Student League for Industrial Democracy Studentenliga für industrielle Demokratie

Subversive Activities Control Board Amt zur Überwachung umstürzlerischer Tätigkeit

Syndicalist League of North America Svndikalistenliga von Nordamerika

Taft-Hartley-Gesetz Anti-Gewerkschaftsgesetz [„Sklavenarbeitsgesetz"]

Teamsters Union Fuhrleuteverband

Tenants League Mietervereinigung

Townsend National Recovery Plan Plan, allen arbeitsunfähigen alten Leuten eine monatliche Rente zu geben, die durch eine Steuer finanziert werden soll

Trade Union Educational League Gewerkschaftsliga für Bildungswesen

Trade Union National Committee for Russian Famine Relief Gewerkschaftlicher Landesausschuß für die Linderung der Hungersnot in Rußland

Trade Union Unity League Gewerkschaftsliga für Einheit

Transport Workers Union Transportarbeiterverband

Tuskegee-Bewegung Eine in den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts von dem Negerführer Booker T. Washington, dem „Weisen von Tuskegee", ins Leben gerufene reformistische, auf allmählichen Fortschritt abzielende und jedem aktiven Kampf abholde Bewegung, die Anfang des 20. Jahrhunderts völlig entartete

Typographical Union Buchdruckerverband

Ukrainian Workers Clubs Ukrainische Arbeiterklubs

Unemployed Councils Arbeitslosenausschüsse

Union Party Unionspartei

United Automobile Workers Vereinigte Automobilarbeiter

United Brotherhood of Carpenters Vereinigte Zimmererbruderschaft

United Brotherhood of Elevator and Switchboard Operators Vereinigte Bruderschaft der Fahrstuhlführer und Telefonisten

United Brotherhood of Railway Employees Vereinigte Bruderschaft der Eisenbahnangestellten

United Communist Party of *America* Vereinigte Kommunistische Partei Amerikas

United Electrical, *Radio*, *and Machine Workers of America* Vereinigte Elektro-, Radio- und Apparatebau-Arbeiter Amerikas

United Farm Equipment Workers Vereinigte Farmausrüstungs-[Landmaschinen-]Arbeiter

United Hebrew Trades Vereinigung jüdischer Gewerkschafter

United Irish Workers Vereinigte irische Arbeiter

United Labour Council of America Vereinigter Arbeiterausschuß Amerikas

United Labor Policy Committee Vereinigter Ausschuß für Arbeiterpolitik

United Metal Workers Vereinigte Metallarbeiter

United Mine Workers of America Vereinigte Bergarbeiter Amerikas

United Negro Trades Vereinigung der Negergewerkschafter

United Office and Professional Workers Gewerkschaft der vereinigten Büroangestellten und intellektuellen Berufe

United Public Workers Gewerkschaft der vereinigten Arbeiter der staatlichen und städtischen Betriebe

United Steelworkers of America Vereinigte Stahlarbeiter Amerikas

United Textile Workers Vereinigte Textilarbeiter

United Toilers of America Vereinigte Werktätige Amerikas

Universal Negro Improvement Association Allgemeine Vereinigung zur Verbesserung der Lage der Neger

Urban League Liga der Neger zur Verbesserung der Lebensbedingungen in den Städten, zur Unterstützung in Rechtsfällen usw.

Utopian Society Utopisten-Gesellschaft

Veterans of Foreign Wars Veteranen der Übersee-Kriege

Voorhis-Gesetz Gesetz, das der KPdUSA den Anschluß an internationale Organisationen verbietet

Wage Workers Party Lohnarbeiterpartei

Wagner-Gesetz siehe *National Labor Relations Act*

Wagner-Dingell-Gesetz Gesetz über die obligatorische Krankenversicherung

Washington Commonwealth Federation Unabhängige politische Gruppe in Washington, die auf die Gründung einer dritten Partei hinarbeitet

Western Federation of Miners Bergarbeiterföderation des Westens

Western Labor Union Arbeiterbund des Westens

Western Progressive Farmers League Fortschrittliche Farmerliga des Westens

Women's Rights Party Partei für Frauenrechte

Women's Trade Union League Gewerkschaftsliga der Frauen

Workers Alliance Arbeiterbund

Workers' Club Arbeiterklub

Workers(*Communist*) *Party* (Kommunistische) Arbeiterpartei

Workers Council Arbeiterausschuß, Arbeiterrat

Workers Defense League of New England Liga zur Verteidigung der Arbeiterrechte in Neu-England

Workers Ex-Servicemen's League Liga der [vom Militärdienst] demobilisierten Arbeiter

Workers Health Bureau of America Staatliches Büro für Gesundheitsfragen der Arbeiter

Workers International Industrial Union Internationaler Industriearbeiterverband

Workers International Relief Internationale Arbeiterhilfe

Workers League Arbeiterliga

Workers Party of America Arbeiterpartei Amerikas

Workers Party of Canada Arbeiterpartei Kanadas

Workers School Arbeiterschule

Workingmen's National Association Landesverband der Arbeiter

Workingmen's Party of America Arbeiterpartei Amerikas

Workingmen's Political Association of Penn Township Politische Vereinigung der Arbeiter der Gemeinde Penn

Works Progress Administration Verwaltung der durchzuführenden [Notstands-] Arbeiten (im Rahmen des *New Deal* [s. d.]), deren Mittel zu 20 Prozent für soziale und kulturelle Zwecke gemäß den *Federal Arts Projects* angewandt wurden

Young Communist League Kommunistischer Jugendverband

Young People's Socialist League Sozialistischer Jugendverband

Young Workers League Jungarbeiterverband